Synopse zur 1. Anhörung gem. § 9 Absatz 2 ROG i.V. mit § 12 Absatz 3 LplG

Beteiligung der Öffentlichkeit

Beteiligungszeitraum: 06.05.2024 – 30.06.2024

Inhaltsverzeichnis:

Stellungnahmen der Öffentlichkeit (privat) Seite 1 – 843

Teilfortschreibung Windenergie 2025 Regionalplan Ostwürttemberg 1. Anhörung

(sortiert nach Stellungnehmer)

Anzahl Datensätze: 1123

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 335 Privat Stn-Id: 25		BE-ID: 7 Der kleine Ortsteil Kleinkuchen hat zur Zeit 232 Einwohner und ist belastet mit 3 Umspannwerken (1 von EVS/ODR, 1 von den Stadtwerken Heidenheim und 1 von Windenergie Honold Neu Ulm) Eine Hochspannungsleitung mit 500 KV von den Goldshöfen nach Niederstotzingen, eine 110 KV Leitung von Kleinkuchen nach Wechingen in Bayern, zwei 380 KV Leitungen von Kleinkuchen nach Aufhausen, sowie ein Erdkabel 110 KV von Kleinkuchen nach Neresheim/Stetten. Von den 232 Einwohnern sind in den letzten Jahren 27 Personen, 12% der Bevölkerung an verschieden Krebsarten erkrankt und in den letzten 3 Jahren 4 Personen daran verstorben. 1 sehr junge Frau, 1 Jahr nach der Geburt ihres Sohnes, dieser Familienvater hat schon seine zweite Ehefrau durch Krebskrankheit verloren. Zwei Männer mit 50 und 64 sowie 1 Frau mit 57 Jahren. Auch meine Familie ist von der heimtückischen Krankheit nicht verschont geblieben, meine Ehefrau ist ebenfalls an Krebs erkrankt und meine Tochter konnte nachts nicht mehr schlafen.	Die Ausführungenzu den genannten Krankheitsfällen können auf Ebene der Regionalplanung nicht verifiziert werden. Medizinische Zusammenhänge daraus mit Elektrosmog zu ermitteln, entziehen sich dem Kompetenzbereich der Regionalplanung. Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 335 Privat Stn-Id: 25		BE-ID: 8 Die Professoren der Uni Klinik Ulm wo meine Frau und Tochter in Behandlung waren gingen der Sache auf den Grund und stellten fest, dass dies auf die sehr starke Belastung in Kleinkuchen durch Elektrosmog zurückzuführen sei. Die Belastung von Elektrosmog sei am größtem bei einem Abstand von ca. 300 bis ca. 1500 Meter von Hochspannungsleitungen und sonstigen Anlagen wie Umspannwerke. Das ganze Dorf Kleinkuchen liegt in diesem Bereich. Auf Anraten und Messungen von Fachleuten, sowie unserem Netzbetreiber den Stadtwerken Heidenheim haben wir unser Einfamilienhaus welches ca. 300 Meter von der 110 KV Leitung und ca. 500 Meter vom Umspannwerk Honold steht mit sehr hohem	Die Angaben werden zur Kenntnis genommen. Stromnetze, der Netzausbau und der damit verbundenen Thema Elektrosmog sind nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Aufwand mit Netzfeld-Freischalter im Zählerkasten ausgerüstet um die Wohnung wenn kein Abnehmer im Hause war stromlos zu machen. Die Funktion können Sie sich von renomierten Firmen erklären lassen, bei Bedarf steht der Strom an Schaltern und Steckdosen mit kurzer Verzögerung zur Verfügung. Sehr geehrte Frau Zanek, während ich dieses Schreiben erstellte wurde mir mitgeteilt, dass schon wieder zwei junge Frauen an Krebs erkrankt sind, so gehen die Erkrankungen immer in kürzeren Abständen weiter. Die Ärzte vermuten auch hier als Krankheitsursache Elektrosmog	
lfd. Ident-Nr.: 335 Privat Stn-Id: 25	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 9 Und jetzt zur Zukunft: Wenn Sie den Windpark in Kleinkuchen erweitern muss doch der Strom auch weitergeleitet werden, zudem kommt noch hinzu der bereits genehmigte Solarpark von ca. 20 Hektar. Landwirte haben mir in den letzten Tagen berichtet dass die Energieversorgungsunternehmen auf Sie zugekommen sind das auf ihren Feldern wo bereits Hochspannungsmasten stehen eine Erweiterung vorgenommen wird, entweder Erhöhung der Masten oder zusätzlich neue 100 KV Leitungen, Auch die Windräder vom Windpark Ohrberg Dischingen sowie vom Wahlberg, Zöschingen Nattheim werden in Kleinkuchen bei Honold eingespeist so geht das immer weiter, somit entsteht immer mehr Elektrosmog. Frau Zanek lassen Sie bitte dieses Schreiben auch Ihrem Verbandsvorsitzenden Herrn Kieninger zukommen denn die Lage in Kleinkuchen ist sehr ernst, denn jede 3 Familie ist bereits davon betroffen. Die Kleinkuchener Bürger erwarten Ihre volle Unterstützung. Ich habe absichtlich meine Bedenken nicht per E-Mail auf Ihr Portal geschickt sondern Ihnen direkt.	Die Hinweise und die Einschätzung der Situation werden zur Kenntnis genommen. Der mit dem Ausbau der Windenergie verbundene Netzausbau ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung. Innerhalb von Vorranggebieten für Windenergie sind mit dem Windenergievorhaben verbundene Nebenanlagen, wie z.B. Umspannstationen zulässig. Aufgrund des großen Mindestabstands von 1000m zu Wohnnutzungen wird an den Wohnorten keine erhebliche Erhöhung der elektromagnetischen Strahlung durch Nebenanlagen erwartet. Die Auswirkungen von Windenergieanlagen und ggf. Nebenanlagen sind jedoch Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 335 Privat Stn-Id: 25	Kapitel 4.2.2 VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 10 Bitte nehmen Sie die Erweiterung von Ihrer Teilfortschreibung.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Das Vorranggebiet 52 "Erweiterung Heidenheim / Nattheim" wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst und auf die südliche Erweiterungsfläche begrenzt. Dieser Bereich ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird.
lfd. Ident-Nr.: 341 Privat Stn-Id: 31		BE-ID: 94 ich rege an, das sehr große, seit Jahren ungenutzte und bereits verkehrsmäßig erschlossene Areal des ehemaligen Munitions-Depots auf Markung Lauchheim für einen Windpark vorzusehen. Dort ist der Eingriff in Natur und Landschaft am	Die Anregung wurde geprüft. Der Bereich des ehemaligen Munitions-Depots auf Gemarkung Lauchheim wird aufgrund der dort bestehenden großflächigen Ausgleichsmaßnahmen für den westlich gelegenen Windpark Waldhausen/Beuren, der An- und Abflugschneise des Flugplatzes Aalen-Elchingen und aufgrund der räumlichen Belastung im

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		geringsten, außerdem werden die nötigen Mindestentfernungen zu Wohngebieten eingehalten.	Rahmen der vorliegenden Teilfortschreibung 2025 nicht als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen aufgenommen. Weiterhin soll der Bereich des Kugeltales aufgrund landschaftlicher als auch topografischer Gegebenheiten nicht überplant werden.
lfd. Ident-Nr.: 341 Privat Stn-Id: 334		BE-ID: 1227 im Nachgang übersende ich Ihnen zwei aktuelles Fotos des ehemaligen Mun.-Depots. Angeblich soll dieses Gelände als Ausgleichsfläche für bereits bestehende Windkraftanlagen dienen. Scheidet dieses Areal deshalb für eine Windkraftnutzung aus? Wäre schade, denn es grenzt an den bestehenden Windpark AA-Waldhausen an, dieser könnte entsprechend erweitert werden und würde das Kugeltal nicht belasten. Ein massiver Eingriff in das umliegende, geschlossene Waldgebiet ohne zwingende Erfordernis wäre m.E. nicht zu verantworten.	Die Fotos und Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Ausgleichs-/Kompensationsmaßnahmen sind im Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht als Ausschlusskriterien definiert. Somit stellen diese keinen pauschalen Ausschluss für potenzielle Windenergiegebiete dar. Allerdings werden Bereiche, in denen Ausgleichsmaßnahmen bereits umgesetzt wurden, bei konkreten Betroffenheiten im Rahmen der Abwägung einzelfallbezogen betrachtet und bewertet. Das ehemalige Munitionsdepot Lauchheim wird - in Verbindung mit weiteren Belangen und aufgrund gegebener Alternativen im unmittelbaren Umfeld - im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen aufgenommen. Das geplante Erweiterungsgebiet 48 "Erweiterung Waldhausen/Beuren" ist für die Nutzung der Windenergie dahingegen gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst bzw. deutlich reduziert.
lfd. Ident-Nr.: 341 Privat Stn-Id: 334		BE-ID: 1229 Wie werden eigentlich diese Ausgleichsmaßnahmen geregelt, werden dafür auch Ökokontos angelegt und fortgeführt, wer finanziert diese und werden die Kosten ebenso wie auch die Kosten für die Windparks auch über den Strompreis in Ostwürttemberg umgelegt. Müssen also die Stromabnehmer in unserer Region diese Zeche bezahlen, während die Bevölkerung im von Windrädern unbelasteten Remstal bzw. in der Region Stuttgart uns dafür belächelt? Ich bitte Sie um kurze Bestätigung des Eingangs beider E-Mails und zu gegebener Zeit um Benachrichtigung über das Ergebnis Ihrer Entscheidung.	Die aufgeworfenen Fragen sind nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken sowie deren naturschutzrechtliche Kompensation ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Bei Fragen zum Ökokonto und Ausgleichsmaßnahmen wird an die Untere Naturschutzbehörde verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 342 Modellflugsportvere in Giengen e.V. Stn-Id: 32		BE-ID: 95 der Gemeinderat der Stadt Giengen hat beschlossen, den Mindestabstand von 1000 m zu bebauten Grundstücken auf 750 m zu verkürzen und sich grundsätzlich bereit erklärt, Flächen für mögliche Windkraftanlagen am "Hohen Stich" am Nordrand der Stadt zur Verfügung zu stellen.	Wird zur Kenntnis genommen. Der Sachverhalt wird nicht exakt wiedergegeben. Der Gemeinderatsbeschluss bezieht sich auf "Gehöfte" im Umfeld des Gebiets "Hoher Stich". Der Regionalverband Ostwürttemberg wendet die Abstandsregelung von 750 m dort zu Einzelgehöften und wohngenutzten Einzelgebäuden an, nicht zu bebauten Grundstücken.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 342 Modellflugsportvere in Giengen e.V. Stn-Id: 32		BE-ID: 96 Ich bin Vorstand des MSV Giengen e.V. (Modellflugsportverein Giengen e.V.). Wir betreiben seit vielen Jahren einen Modellflugplatz im Taubentäle, nur wenig südlich der potentiellen Flächen für Windkraftanlagen am Hohen Stich. Für den Modellflug auf unserem Platz wurde uns eine unbefristete Aufstiegserlaubnis vom Regierungspräsidium Stuttgart mit erstem Datum vom 26.03.1986 erteilt. Der Bau und die Inbetriebnahme von WKA (Windkraftanlagen) würde unseren Flugbetrieb voraussichtlich nicht entscheidend einschränken.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 342 Modellflugsportvere in Giengen e.V. Stn-Id: 32		BE-ID: 2209 Allerdings würden sich größere Probleme ergeben, wenn es zu Änderungen für den Sportflugplatz auf der Irpfel (EDNG) kommt. Der Betrieb von Modellflug und manntragendem Fliegen ist räumlich klar geregelt: Modellflieger dürfen die Landesstraße L1083 nach Westen nicht überfliegen. Im Gegenzug überfliegen die Piloten von manntragenden Flugzeugen die L1083 nicht nach Osten, sofern Modellflugbetrieb herrscht. Sollte sich im Zusammenhang mit der Erstellung von WKAen eine Änderung des An- und Abflugverfahrens für den Flugbetrieb auf der Irpfel ergeben, insbesondere eine Verlegung in östliche Richtung, wäre der Modellflugbetrieb direkt betroffen. Bevor es hier zu einschneidenden Konsequenzen kommen kann, äußere ich hiermit die Bedenken des MSV Giengen e.V. gegen den Bau von WKAen auf dem Hohen Stich in Giengen.	Wird nicht gefolgt Der An- und Abflug zum Flugplatz Giengen/Brenz liegt westlich des Gebiets 68 "Giengen". Etwaige Beeinträchtigungen des An- und Abflugs zum Flugplatz Giengen/Brenz sind nicht erkennbar. Im Rahmen der 1. Anhörung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 wurden seitens der Landesluftfahrtbehörde keine Bedenken hinsichtlich des An- und Abflugs zum Flugplatz Giengen/Brenz geäußert (vgl. Ident-Nr. 187, BE-ID 1598, 1599 und BE-ID 1967 - 1969). Die geäußerten Bedenken hinsichtlich des Modellflugbetriebs des Modellflugsportverein Giengen e.V. sind nicht zutreffend. Die weiteren luftrechtlichen und luftfahrtrechtlichen Belange sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und sind in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 342 Modellflugsportvere in Giengen e.V. Stn-Id: 32		BE-ID: 2210 Ich bitte darum, unsere Interessen zu berücksichtigen und um Informationen über den Fortgang des weiteren Verfahrens. Diese Mail erhält nachrichtlich der Oberbürgermeister der Stadt Giengen, Herr Dieter Henle, der Vorstand der Fliegergruppe Giengen, Herr [...] und die Vorstandsmitglieder und Ausschussmitglieder des MSV Giengen e.V.	Wird zur Kenntnis genommen. Der Stellungnehmer wird seitens des Regionalverbands über das Ergebnis der Abwägung zu seiner Stellungnahme informiert. Weitere Informationen zum Regionalplanverfahren Teilfortschreibung Windenergie 2025 stellt der Regionalverband Ostwürttemberg auf seiner Homepage zur Verfügung (https://www.ostwuerttemberg.org).
lfd. Ident-Nr.: 343 Privat Stn-Id: 33		BE-ID: 97 es ist jetzt 02:32 Uhr, ich bin diese Nacht wieder zum Wachsein verdammt, nach knapp 2 Stunden unruhigen Schlafes...geweckt durch Schall, Wummern, Brummen und unerträglichen Vibrationen am ganzen Körper spürbar, vor allem im Liegen, was beim Schlafen ja normal ist. 41 Windräder kreisen Heidenheim ein und Schallen und Brummen und Vibrieren Tag und Nacht...satte 24 Stunden in wechselnden	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Intensitäten... Ich gehöre leider zu den inzwischen mehr als 30% der Bevölkerung die der Folter durch Infraschall von WKA ausgesetzt sind.	
lfd. Ident-Nr.: 343 Privat Stn-Id: 33		BE-ID: 98 Das ist eine schwere Körperverletzung und ein massiver Eingriff in das Leben, das vor dem Ausbau von angeblich "sauberen" WKA, beschwerdefrei verlief. Das Grundgesetz das die körperliche Unversehrtheit schützt wird komplett außer Kraft gesetzt... Mit welchem Recht erlauben Sie sich das? Mit welchem Recht negieren und ignorieren Sie die von Vielen vorgebrachten negativen Erfahrungen und Bedenken???	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg). Gemäß der Vorgaben des Bundes hat die Landesregierung Baden-Württemberg den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die angesprochenen Aspekte (Lärmimmissionen, Infraschall) sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und erst in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) detailliert geprüft werden. Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Analgentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage. Aufgrund der o.g. Regelungen geht der Regionalverband Ostwürttemberg davon aus, dass bei den nachfolgenden Genehmigungsverfahren die rechtlichen Bestimmungen eingehalten werden und "keine unzumutbaren Auswirkungen auf die Schutzgüter Mensch, Tier, Pflanzen, Boden, Wasser und Atmosphäre, Kultur und sonstige Sachgüter (§ 1 I BImSchG) ausgehen" (vgl. https://rp.baden-wuerttemberg.de/themen/umwelt/immission/).
lfd. Ident-Nr.: 343 Privat Stn-Id: 33		BE-ID: 99 Überdenken Sie Ihr Handeln hinsichtlich der Gesundheit der Bevölkerung und der Zerstörung der Natur, da vor allem der unersetzlichen Waldgebiete!!!	Wird zur Kenntnis genommen. Die Regionalverbände haben die Aufgabe, die Auswahl der Gebiete für Windenergienutzung als Vorranggebiete gesamtregional zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten und einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umfassung / Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Der Erhalt und Schutz der genannten Belange wurde bei der Aufstellung des Kriterienkatalogs berücksichtigt und zeigt sich z.B. in den gewählten Mindestabständen zu Wohngebieten und Wohngebäuden, hochwertigen Naturschutz- und Waldflächen sowie der Einzelfallprüfung für Gebiete

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			in ruhigen unzerschnittenen Räumen. Der 1. Anhörungsentwurf wird aufgrund von verschiedenen Anregungen angepasst und reduziert. Im Raum Heidenheim kommt es dabei zur Streichung und Reduzierung von Gebieten des 1. Anhörungsentwurfs.
lfd. Ident-Nr.: 344 Privat Stn-Id: 34	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 102 in unserem Regionalverband gibt es ein Projekt "Kocher-/Brenztal". Es verfolgt das Ziel, das genannte Gebiet als eine Region mit hoher Lebensqualität und als attraktives touristisches Ziel zu positionieren. Das begrüße ich sehr.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 344 Privat Stn-Id: 34	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 103 Aber: Die im Betreff genannten 5 Windräder befinden sich mitten in dem Gebiet, das sich touristisch profilieren möchte; u.a. führt auch der Albschäferweg mitten durch. Um das Profilierungsziel nicht zu konterkarieren, dürfen die genannten Windräder seitens des Regionalverbandes nicht befürwortet werden. Bitte berücksichtigen Sie diesen Aspekt bei Ihrer Entscheidungsfindung. Besten Dank.	Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Auch die Belange des Tourismus sind mittelbar (z.B. über Siedlungsflächen für die Erholung mit entsprechenden Umgebungsabständen, Bereiche mit sehr hoher Landschaftsbildqualität oder in höchstem Maße raumwirksame Kulturdenkmale, darunter auch UNESCO-Welterbestätten) als Ausschlusskriterien oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien in die Auswahl und Bewertung eingeflossen. Zudem sind entsprechende Aspekte über die Schutzgüter "Menschen und menschliche Gesundheit", „Kultur- und Sachgüter“ und "Landschaft" in die Strategische Umweltprüfung eingeflossen. Touristische

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Belange, sowie die Belange der Freizeit- und Erholungsnutzung wurden gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG einbezogen, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete - so auch das in der Stellungnahme angesprochene Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" - keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion und der genannten touristischen Bereiche auf. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 345 Privat Stn-Id: 35		BE-ID: 104 zunächst nochmals Ihnen allen herzlichen Dank für die Informationen zur zukünftigen Planung der Nutzung von Windenergie in unserer Region. Alle Referenten waren m.E. sachkompetent und konnten den vielen (oftmals schwierigen) Fragen einiger Teilnehmer passend antworten. Ich wohne seit 35 Jahren in dem Ellwanger Teilort Neunheim, mit rund 500 m über NN bereits auf Höhe der Albfläche. Von meinem Wohnort aus kann ich in der Winterzeit (wenn keine Blätter auf den Bäumen die Weitsicht beeinträchtigen) 25 Windräder am Horizont sehen. Ich selbst bin auch ein Befürworter der nachhaltigen, alternativen Energiegewinnung und somit auch pro Windkraft eingestellt. Was mich bei Ihren Vorträgen und den gezeigten Bilder staunen lässt sind 2 Themen:	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 345 Privat Stn-Id: 35		BE-ID: 105 a) Die ungleiche Verteilung der Windkraftanlagen auf dem Gebiet von BW! In Ostwürttemberg (incl. der Kreise Schw. Hall und Main Tauber) stehen die anzahlmässig meisten Windkraftanlagen in BW,	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW). Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat den zwölf Regionalverbänden einen konkreten

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		während z. B. in anderen Kreisen mit ähnlich starken Windkraftpotenzialen (wie im Regierungsbezirk Tübingen oder Südbaden) nur ganz wenige Anlagen stehen. Der vom Bund vorgegebene Wert von 2% der Flächen für die Windkraftenergienutzung gleichfalls gelten und die Landesregierung BW ist m.E. verpflichtet, diese Vorgaben in ALLEN Regionen BWs durchzusetzen.	Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Demnach sind derzeit alle Regionalverbände Baden-Württembergs mit der Festlegung von Windenergiegebieten betraut ("Regionale Planungsoffensive BW").
lfd. Ident-Nr.: 345 Privat Stn-Id: 35		BE-ID: 108 b) Wenn man die in unserer Nähe aufgestellten Windkraftanlagen betrachtet fällt auf, dass tagsüber teilweise einzelne Windräder, teilweise auch der der Windpark außer Funktion ist. Die vielfach der Öffentlichkeit gegenüber gemachten Hinweise, dass es sich um reguläre Wartungsarbeiten handele, sind m. E. Schutzbehauptungen, die die Öffentlichkeit irreführen sollen. In einem persönlichen Gespräch mit einem kompetenten Mitarbeiter einer der großen Stadtwerke und dort zuständig für die Netzwerke, wurde mir mitgeteilt, dass an vielen Tagen nicht genügend Netzkapazitäten zur Aufnahme der durch Photovoltaik-Anlagen, Windkraftanlagen und Biogasanlagen zur Verfügung stehen, und deshalb z.B. ganze Windparks ausgeschaltet werden. Die Betreiber dieser Windparks erhalten jedoch trotzdem die komplette Vergütung der (nicht produzierten) Energie!!! Und diese Kosten gehen zu Lasten der Allgemeinheit alles Stromverbraucher. Wir tragen die Last bei der Fehlplanung eines ineffizienten Stromnetzwerkes. Als Wirtschaftswissenschaftler habe ich deshalb sehr begründete Zweifel an der Effizienz der staatlich reglementierten Energieplanung!! Ihr Haus ist ausschließlich für die Erstellung der technischen Energieerzeugung verantwortlich, nicht jedoch für das Funktionieren eines stabilen und effizienten Netzwerkes zur Bedienung der Verbraucher in Industrie, Kommunen und der Haushalt. Für dieses Netzwerk ist der Bund zuständig (wie wir an dieser Veranstaltung informiert wurden) , während Ihre Behörde der Landesregierung BW unterstellt ist. Wozu planen Sie eine durch Bund vorgegebene Anzahl an klimaneutralen Energieanlagen, die mit hohen Kosten und auch Belastungen des Bevölkerung / Natur verbunden ist, wenn andererseits der Bund nicht die notwendigen Voraussetzungen für die Aufnahme der produzierten Strommengen zur Verfügung stellt, sodass die Kosten der Energieerzeugung durch Windkraft sich verteuern. Meine Forderung an Sie, bzw. das Land BW: Fordern Sie vom Bund die Bereitstellung eines den jetzt und zukünftigen Erfordernissen gerechten Stromnetzwerkes und planen dann hierzu die auf den regionalen Bedarf entsprechenden Anlagen in den entsprechenden Regionen unseres Bundeslandes. Wenn beide Planungen und technische Realisierungen Hand in Hand gehen, entspricht dieses	Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG und der Steuerung der Nutzung der Windenergie in der Region Ostwürttemberg. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Darüber hinaus wird der Netzausbau wird von den Übertragungsnetzbetreibern vorangetrieben. Für die Verfahrensführung (Bundesfachplanung) ist in den meisten Fällen die Bundesnetzagentur, in den anderen Fällen die örtlich betroffene Landesbehörde (Regierungspräsidium) zuständig. Der Regionalverband Ostwürttemberg wird sich wie bisher im Rahmen seiner Eigenschaft als Träger öffentlicher Belange in diesen Verfahren für die regionalplanerischen Interessen der Region einsetzen. Es sei darauf hingewiesen, dass im Zuge der Regionalen Planungsoffensive und der Vorgaben in § 20 Klimaschutz- und Klimaanpassungsgesetz alle Regionalverbände Baden-Württembergs parallel die Festlegung von Gebieten für Windenergie (und Freiflächen-Photovoltaik gem. § 21 KlimaG) vornehmen. Dadurch besteht die Möglichkeit, dass Netzbetreiber die gleichzeitig in ganz Baden-Württemberg festgelegten Gebiete als Planungsgrundlage für den Netzausbau nutzen können.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		einem effizienten und gesamtgesellschaftlich wünschenswertem Vorgang.	
lfd. Ident-Nr.: 346 Privat Stn-Id: 36	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 109 ich wohne in Burgberg bei Giengen. Ich bin gegen den Bau der Windkraftanlagen im Bereich ist es pro Tal, so wie auch an der Autobahn A7.!!!	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 346 Privat Stn-Id: 36		BE-ID: 111 Windkraftanlagen bestehen genauso wie Segelflugzeuge aus GfK und CFK Gewebe, welche als Sondermüll nach ihrer Bauzeit ab getan werden müssen. Der Amerikaner hat etwas mehr Wüstenfläche als wir in Deutschland; daher verbuddelt er den ganzen Schrott irgendwo in der Wüste. Ich bin selber Pilot und habe auf einem Holz Segelflugzeug mit Betankung gelernt zu fliegen, die Entwicklung geht immer weiter; jedoch sehe ich als negativ Aspekt; die Abnutzung der Rotorblätter; wo Mikroplastik an die Umgebungsluft abgegeben wird, durch Abreibung. Ebenso gibt es eine Verfüllung des Standortes mit circa 25 m (Durchmesser Zylinder), weicher, mit Stahl fundamentiert wird und mit Beton ausgegossen werden muss. Für mich ist es ein sehr hoher, schaden in die Natur und die Natürlichkeit der Erde und ein Eingriff, welcher rückbaubar wäre; jedoch auf 40 Jahre gesehen. (Fundament, Vertigungskosten, Aufstellung) für mich nicht rentabel ersichtlich. Wir haben genug Mikropkadtik in den Weltmeeren und in unseren Fischen. (Beweise durch Untersuchungen, ja Schweröle sinddauch enthalten) Jedoch was ist schweröl? Ach ja das Zeug woraus Kleber, etc,.. gewonnen wird. Ebenso (erhöhtes Lärmaufkommen und kein schöner Anblick) Saubere Energie sieht anderst aus. Ich bin gegen den Bau und der Nabu/ Bund sollte dies auch sein.	Die Hinweise und Bedenken werden zur Kenntnis genommen. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die o.g. gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Die Themen Recycling und Rückbau von Windenergieanlagen sind nicht Gegenstand der gegenwärtigen Teilfortschreibung Windenergie 2025, sondern betreffen die Genehmigungsebene. Nachdem eine Anlage außer Betrieb genommen wurde, sind die Betreiber verpflichtet, den Rückbau ordnungsgemäß durchzuführen und die Komponenten fachgerecht zu entsorgen. Der Ressourcenverbrauch für Windenergieanlagen ist im Vergleich zu anderen Stromerzeugungsarten vergleichsweise gering. Ein Recycling der Anlagenbestandteile wird nach dem Stand der Technik durchgeführt. Insofern ergeben sich aus den genannten Aspekten keine Rückwirkungen auf die räumliche Steuerung im Regionalplan.
lfd. Ident-Nr.: 347 Privat Stn-Id: 37		BE-ID: 116 hiermit reichen wir unseren Antrag auf die Aufnahme des Flurstücks Nummer [...], gelegen in der Gemarkung Essingen, in	Wird nicht gefolgt Wie im Textteil zum 1. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 dargelegt, sind die im Regionalplan festgelegten

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		das bestehende Vorranggebiet Lauterburg ein. Unser Anliegen ist es, dieses Gebiet als potenzielle Standortfläche für die Errichtung einer Windkraftanlage zu nutzen. Im Folgenden möchten wir die Gründe für unseren Antrag erläutern:	Vorranggebiete maßstabsbedingt nur gebiets- und nicht parzellenscharf abgegrenzt. Demnach werden keine Flurstücksgrenzen bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Die Ausformung der Vorranggebiete orientiert sich ausschließlich an planerischen Kriterien - nicht an Flurstücksgrenzen oder Eigentumsverhältnissen. Der eingegebene Bereich wurde auf dessen Eignung als Erweiterungsflächen zu dem geplanten Vorranggebiet 58 "Erweiterung Lauterburg" geprüft. Die Fläche liegt in Ausschlussbereichen gem. des regionsweit einheitlich angewendeten Kriterienkatalogs, weshalb sich diese im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht als Windenergiegebiete bzw. Erweiterungsflächen von geplanten Vorranggebieten eignet und nicht in die Vorranggebietskulisse aufgenommen wird. Im Detail handelt es sich um das Ausschlusskriterium "Vorsorgeabstand zu Flugplätzen", welcher sich auf die Platzrunde Bartholomä-Amalienhof bezieht. Grundsätzlich ist das Vorranggebiet 58 "Erweiterung Lauterburg" für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 347 Privat Stn-Id: 37		BE-ID: 2180 1. Ausreichender Siedlungsabstand: Das Flurstück [...] befindet sich in einem angemessenen Abstand von über 1000 Metern zu den nächsten Siedlungen, wodurch potenzielle Auswirkungen auf die Wohnbevölkerung minimiert werden können. 2. Nähe zum Naturschutzgebiet/FFH-Gebiet: Trotz der Nähe zum Naturschutzgebiet/FFH- Gebiet, liegt das Flurstück in einem Abstand von ca. 850 Metern, was eine geringere Beeinträchtigung der geschützten Gebiete durch die Windkraftanlage erwarten lässt.	Wird zur Kenntnis genommen. Im Bereich des genannten Flurstücks liegt ein anderes Ausschlusskriterium des Planungskonzepts vor (vgl. BE ID 116).
lfd. Ident-Nr.: 347 Privat Stn-Id: 37		BE-ID: 2181 3. Eignung laut Karten und Datendienst der LUBW: Das Flurstück [...] wurde im Karten- und Datendienst der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW) als "geeignete Fläche" für die Errichtung von Windkraftanlagen ausgewiesen, was seine Eignung für dieses Vorhaben unterstreicht.	Wird zur Kenntnis genommen. Die im Daten- und Kartendienst der LUBW dargestellten Windpotenzialflächen wurden anhand des Kriterienkatalogs der LUBW ermittelt, der im Hinblick auf Hindernisse für die Nutzung der Windenergie nicht abschließend ist. Für die Teilfortschreibung Windenenergie 2025 hat der Regionalverband Ostwürttemberg ein eigenes, auf die Region abgestimmtes Plankonzept entwickelt mit rechtlichen und planerischen Ausschlussbereichen entwickelt. Die im genannten Bereich relevanten Abstandsbereiche zu Platzrunden wurden bei der Ermittlung der Windpotenzialflächen der LUBW nicht detailliert berücksichtigt.
lfd. Ident-Nr.: 347 Privat Stn-Id: 37		BE-ID: 2182 4. Windleistungsdichte: Die Windleistungsdichte auf dem Flurstück beträgt nach unseren Untersuchungen zwischen 250-310 W/m2 in	Wird zur Kenntnis genommen. Bezüglich der Windleistungsdichte wird die Eignung des Gebiets bestätigt (> 215W/m² in 160m Höhe lt. Windatlas).

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		einer Höhe von 180 Metern, was auf ein hohes Potenzial für die Energieerzeugung durch Windkraft hinweist.	
lfd. Ident-Nr.: 347 Privat Stn-Id: 37		BE-ID: 2183 Wir möchten Sie bitten, dass Sie mir eine schriftliche Eingangsbestätigung meines Antrages zukommen lassen. Genauso möchten wir Sie bitten, dass Sie mir eine Bestätigung zukommen lassen, dass der Antrag auf die Tagesordnung der öffentlichen Anhörung kommt.	Kenntnisnahme. Der Eingang wurde per E-Mail bestätigt. Die Beratung über den Antrag erfolgt im Rahmen der öffentlichen Beratung über den Umgang mit den Stellungnahmen zum 1. Anhörungsentwurf.
lfd. Ident-Nr.: 351 Deutscher Hängegleiter Club Sektion Heidenheim e. V. Stn-Id: 47	Kartenteil VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 122 der DHC Heidenheim, vertreten durch den 1. Vorstand [...] erhebt hiermit Widerspruch gegen den Planentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg, Gebiet 51 auf Gemarkung Dischingen. Begründung: Der DHC Heidenheim ist ein seit 1977 eingetragener Verein zur Ausübung des Drachen- und Gleitschirmsports mit derzeit über 150 Mitgliedern aus der Region Heidenheim, Ulm, Aalen und Dillingen. Seit 1988 betreibt der DHC Heidenheim unmittelbar östlich angrenzend an das geplante Vorranggebiet 51 ein Fluggelände zur Durchführung von Windenschlepps für Drachen und Gleitschirme. Hierbei werden die Drachen und Gleitschirme wie auch bei Segelflugzeugen üblich mittels einer Seilwinde auf einer ca. 800 m langen Schleppstrecke bis auf eine Höhe von ca. 300 m geschleppt. Nach dem Ausklinken wird zum weiteren Höhengewinn über dem unmittelbar anschließenden Gelände nach thermischen Aufwinden gesucht. Das Fluggelände wird durch die Mitglieder des DHC Heidenheim sowie durch Gastflieger aus der Region intensiv genutzt, pro Jahr sind es ca. 600 bis 900 Starts. Das Gelände wurde am 14. Juli 1988 durch das Regierungspräsidium Stuttgart nach § 6 Luft VG in Verbindung mit §§ 39 ff der Luft VZO luftrechtlich zugelassen. Es ist in der ICAO Luftfahrtkarte sowie in den einschlägigen Landkarten (z. B. Open Topo Map) eingezeichnet. Laut Planentwurf des Regionalplans soll jetzt auf unserem West-Landeplatz sowie unmittelbar westlich, nordwestlich und südlich angrenzend an unser Fluggelände der Bau von bis zu 300 m hohen Windkraftanlagen ermöglich werden.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Informationen zum DHC Heidenheim und dessen Fluggelände werden zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 51 "Dischingen / Nattheim" wird aufgrund von Anregungen zum 1. Anhörungsentwurf sowie nach Beratung und Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Genau in diesen Gebieten finden sich die besten thermischen Aufwinde, sodass wir diese auf der Suche nach Thermik bis in niedere Höhen überfliegen. Außerdem wäre bei West-, Nordwest- und Südwind durch die von den Windkraftrotoren erzeugten Turbulenzen auf dem gesamten Gelände ein gefahrloser Flugbetrieb nicht mehr möglich. Zusammenfassung: Sollten die auf Gebiet 51 geplanten Windräder gebaut werden, wäre ein Betrieb unseres Fluggeländes gefahrlos nicht mehr möglich. Die Beschaffung eines gleichwertigen Ersatzgeländes wäre bei den heutigen naturschutzrechtlichen und sonstigen Auflagen ebenfalls nicht möglich, zumal das Gelände wieder in der Nähe thermischer Aufwindquellen liegen müsste. Sollte das Gelände für den Flugbetrieb ausfallen, würde das das Ende des DHC Heidenheim bedeuten, da es abgesehen von einem kleinen Übungshang in Burgberg das einzige Fluggelände des DHC ist. Wir lehnen daher die geplante Lage des Gebiets 51 ab und bitten um Tilgung dieses Gebiets bei der weiteren Planung. Im Anhang finden Sie eine Karte in der wir unsere Schleppstrecke eingezeichnet haben.	
lfd. Ident-Nr.: 368 unbekannt Stn-Id: 68		BE-ID: 3 Ich bin in Bartholomä geboren und wohne hier Zeit meines Lebens. Was ich in und um Bartholomä sehr schätze, ist die Natur. Ich muss nur ein paar Schritte gehen, und schon bin ich im Wald. Ich habe zwei erwachsene Kinder, was mich dazu veranlasst, auch in die weitere Zukunft zu schauen. Mir ist klar, dass die Fossilen Energie ENDLICH sind und dass wir auf die Erneuerbaren setzen sollten. Jedoch stört mich ungemein, dass für den geplanten Windkraftausbau sehr viel Wald geopfert wird. Wir haben schon 19 Anlagen im Bereich Kitzing stehen. Meiner Meinung nach, ist das GENUG. Laufen Sie bitte an einem ruhigen Tag durch diesen Wald. Sie werden spüren und hören, wie sich das anfühlt. Meine Freundin lebt auf dem Äusseren Kitzing. In vielen Nächten ist es so, als ob Hubschrauber über ihrem Dach kreisen. Und jetzt soll das alles noch ausgeweitet werden. Für mich ich jeder Baum, der dafür fällt, einer zu viel. Ich bin gegen den überdimensionalen Ausbau um unser schönes Dorf.	Die Hinweise und Anregungen werden zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 61 "Erweiterung Falkenberg" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg - u.a. aufgrund der Belastung der Raumschaft - nicht weitergeführt. Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Eine pauschale Bevorzugung von Offenlandbereichen oder Ausschluss von Waldgebieten wäre nicht sachgerecht für die Sicherung der günstigsten Standorte für die Windenergienutzung und spiegelt nicht die ökologische Wertigkeit der Lebensräume wider. Ökologisch besonders hochwertige

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Insgesamt ist eine wertigkeitsunabhängige Bevorzugung von Gebieten im Offenland gegenüber Gebieten im Wald weder sachgerecht noch geboten. Zum Umfang der Waldinanspruchnahme: Gemäß Fachagentur Wind an Land zeigen aktuelle Erhebungen, dass für die Dauer des Betriebes von Windenergieanlagen (WEA) durchschnittlich ca. 0,48 Hektar für den Betrieb einer WEA gerodet werden müssen. Hiervon entfallen ca. 0,05 ha auf die Versiegelung für das Fundament. Während der Bauphase sind zusätzlich ca. 0,47 ha freizuhalten, die nach Abschluss der Bauphase dann wieder aufgeforstet werden (Fachagentur Wind an Land 2024: Entwicklung der Windenergie im Wald.- Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Forstflächen in den Bundesländern.- Analyse.- S. 15f). Für die Inanspruchnahme der Waldflächen besteht das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung.
lfd. Ident-Nr.: 369 Privat Stn-Id: 69		BE-ID: 2084 Da der Unterzeichner an der Teilnahme der Sitzung des Regionalverbandes Ostwürttemberg am 8. Mai 2024 in Heidenheim verhindert war, stellt er hiermit folgende Anträge: Offenlegung der Geldzuflüsse Der Unterzeichner beantragt die vollständige Offenlegung aller finanziellen Zuwendungen an den Regionalverband Ostwürttemberg seitens des Energiekonzerns badenova AG & Co. KG aus Freiburg und etwaiger weiterer beteiligter Energieversorger. Diese Transparenz ist notwendig, um eventuelle Interessenkonflikte im Entscheidungsprozess der Teilfortschreibung Windenergie zu prüfen. Ausstellung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung Der Unterzeichner beantragt ferner die Ausstellung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung bezüglich der Person [...], ausgewiesen durch den Reisepass [...] (siehe Anlage). Diese Bescheinigung soll bestätigen, dass für die nächsten 50 Jahre keinerlei gesundheitliche Schäden (körperlicher, seelischer oder geistiger Art) durch die Entscheidung des Regionalverbandes	Es erfolgten weder von Seiten der Badenova AG noch anderer Energiekonzerne finanzielle Zuwendungen an den Regionalverband Ostwürttemberg. Sollten in Zukunft weitere derartige öffentliche Unterstellungen erfolgen, behalten wir uns rechtliche Schritte vor. Der Regionalverband Ostwürttemberg genehmigt keine Windenergieanlagen. Er kommt seinen Aufgaben nach Landesplanungsgesetz nach. Die konkrete Genehmigung und die in diesem Zusammenhang notwendigen weiteren Prüfungen, wie z. B. Immissionsschutz, erfolgen im Rahmen eines nachgelagerten Verfahrens auf anderweitiger behördlicher Ebene.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		„Genehmigung des Ausbaus mit derzeit 6 Windkraftanlagen im Teichhau" zu erwarten sind. Diese Aussage muss durch aussagekräftige Studien belegt und schriftlich durch den Vorstand versichert werden. Wir bitten um eine zeitnahe Bearbeitung dieser Anträge und um schriftliche Bestätigung der oben genannten Punkte, Die Offenlegung und Ausstellung der Bescheinigungen sind unerlässlich, um Vertrauen und Transparenz im Genehmigungsprozess sicherzustellen.	
lfd. Ident-Nr.: 370 Privat Stn-Id: 70		BE-ID: 2083 am 8. Mai 2024 tagte der Regionalverband Ostwürttemberg zum Thema „1. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 — Öffentlichkeitsbeteiligung" im Konzerthaus Heidenheim. Da der Unterzeichner an der Teilnahme dieser Sitzung örtlich verhindert war, stellt er hiermit folgende Anträge: 1. Offenlegung der Geldzuflüsse Der Unterzeichner beantragt die vollständige Offenlegung aller finanziellen Zuwendungen an den Regionalverband Ostwürttemberg seitens des Energiekonzerns badenova AG & Co. KG aus Freiburg sowie deren Vorgängerunternehmen und/oder weiterer beteiligter Energieversorger. Diese Transparenz ist notwendig, um eventuelle Interessenkonflikte im Entscheidungsprozess der Teilfortschreibung Windenergie zu prüfen. 2. Verantwortliche Personen für „Bestand"-Deklaration Weiterhin wird die Offenlegung der verantwortlichen Personen beantragt, die dafür zuständig sind, das Waldgebiet „Teichhau" in der Gemarkung Gerstetten Ortsteil Dettingen am Albuch weiterhin als „Bestand (Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014) PS 4.2.2.1 (1)" zu deklarieren. Dies betrifft die genannte Deklaration gemäß des Dokumentes „Lageplan-1. Anhoerung-TF-Windenergie.pdf". Trotz der Tatsache, dass das Landratsamt Heidenheim im Jahr 2017 aus immissionsschutz-rechtlichen Gründen keine Genehmigung für das Gebiet erteilte, bleibt die Frage offen, warum diese Klassifizierung bestehen bleibt. Zumal die Region angrenzend zum UNESCO-Welterbe der Vogelherdhöhle ist, welche nur ca. 4,5 km entfernt liegt. Dieses ist laut Landesdenkmalpflege (LAD) Regierungspräsidium Stuttgart einer der 97 besonders geschützten Kulturdenkmäler in Baden-Württemberg und mit einer Einzelprüfung zu bewerten. Wurde dies berücksichtigt? 3. Ausstellung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung Der Unterzeichner beantragt ferner die Ausstellung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung bezüglich der Person [...], ausgewiesen durch den Familiennamen im Reisepass [...] (siehe Anlage). Diese Bescheinigung soll bestätigen, dass für die nächsten 50 Jahre keinerlei gesundheitliche Schäden (körperlicher, seelischer oder geistiger Art) durch die Aktivitäten	Klarstellung: 1. der Regionalverband Ostwürttemberg "tagte" nicht am 08.Mai 2024, sondern führte im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung eine Bürgerinformationsveranstaltung durch. 2. Der Regionalverband Ostwürttemberg erfüllt seine Aufgaben nach Landesplanungsgesetz. Die konkrete Genehmigung von Windenergieanlagen erfolgt auf nachgelagerter behördlicher Ebene. Folgend unsere Stellungnahme zu den genannten Punkten: Zu 1.: Es erfolgten weder von Seiten der Badenova AG noch anderer Energiekonzerne finanzielle Zuwendungen an den Regionalverband Ostwürttemberg. Sollten in Zukunft weitere derartige öffentliche Unterstellungen erfolgen, behalten wir uns rechtliche Schritte vor. Zu 2.: Das genannte Gebiet ist mit Beschluss der gewählten Verbandsversammlung der Region Ostwürttemberg vom 16.10.2013 rechtskräftig. Die konkrete Genehmigung von Windenergieanlagen richtet sich nach den zum jeweiligen Zeitpunkt gültigen Rechtsvorschriften und erfolgt im Rahmen eines nachgelagerten Verfahrens auf anderweitiger behördlicher Ebene. Zu 3.: Siehe Punkt 2

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		und Entscheidungen des Regionalverbandes (speziell in diesem Fall: Genehmigung von derzeit 6 Windkraftanlagen im "Teichhau" grenzend zur Ortschaft Dettingen am Albuch) zu erwarten sind. Diese Aussage muss durch aussagekräftige Studien belegt und schriftlich durch den Vertretungsberechtigten = Verbandsdirektorin Frau ZANEK versichert werden. De Autor bittet um eine zeitnahe (spätester Stichtag ist der 14.06.2024) Bearbeitung dieser Anträge und um schriftliche Bestätigung der oben genannten Punkte. Die Offenlegung und Ausstellung der Bescheinigungen sind unerlässlich, um Vertrauen und Transparenz im Genehmigungsprozess sicherzustellen.	
lfd. Ident-Nr.: 371 Privat Stn-Id: 71	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 5 zunächst möchten wir bemerken, dass es äußerst kompliziert ist, Sie elektronisch zu erreichen. Ist das gegenüber den Bürgern so geplant?	Wird zur Kenntnis genommen. Der Regionalverband Ostwürttemberg ist jederzeit via Mail über info@ostwuerttemberg.org elektronisch zu erreichen. Weiterhin sind auf der Homepage sowie im Gremieninformationssystem des Verbandes alle Informationen, Termine und Unterlagen zu aktuellen Planverfahren digital abrufbar.
lfd. Ident-Nr.: 371 Privat Stn-Id: 71	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 137 Zu der Errichtung der 5 Windräder auf Giengener Gemarkung haben wir folgende Einwände: Das Windrad 68/2 befindet sich sehr nahe am Wohngebiet "Flecken", am Hohenmemminger Schützenhaus und am Schratenhof, der neben Wohnbebauung auch einen Kindergarten beherbergt. Es soll auf sumpfigen Gelände zwischen 2 Gärten errichtet werden. In unmittelbarer Nähe befindet sich eine Hochspannungsleitung und ein Naturschutzgebiet. Auch der Albschäferweg führt durch das Gelände. Das umliegende Gelände ist wegen seiner Sumpfigkeit von den Landwirten mit zahlreichen Drainagen durchzogen, die bei der aktuellen Witterung gut gefüllt sind. In den Gebieten befinden sich Milanhorste. Die Windräder 68/1 sind im Wald geplant. Durch die Baustellen, Anfahrt und Transport wird der Wald auf viele Jahre zerstört. Die Anlagen sollen in einem Erholungsgebiet (sog. ME-Schutzgebiet) errichtet werden, das die Stadt Giengen durch die Pflege der dort gelegenen Joggingstrecken Trimmpfade und Grillstellen seit vielen Jahren unterstützt. In unmittelbarer Nähe befindet sich die Einflugschneise des Giengener Segelflugplatzes sowie der Polizeihubschrauberlandeplatz der Autobahnpolizei.	Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Die Teilfläche 68/2 des geplanten Vorranggebiets 68 "Giengen an der Brenz" wird aufgrund diverser Belange (u.a. fehlender Windnachweis, Abstand zu Waldkindergarten) im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs nicht weitergeführt. Die Teilfläche 68/1 des geplanten Vorranggebiets 68 "Giengen an der Brenz" wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung - insbesondere aufgrund der Nachführung des Abstandes zum Waldkindergarten - angepasst. Das Gebiet (68/1) ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb es im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Durch die Anpassung / Reduzierung des Vorranggebiets 68 verbessert sich zudem die umweltfachliche Gesamtbewertung des Gebiets (vgl. SUP zum 2. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Zu den genannten Milanhorsten: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die landesweite Planungshilfe für die Regionalplanung zur Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung („Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ der LUBW, 2022) wurde bei der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Die Gebietsbriefe weisen genügend Flächen als "geeignet" oder "bedingt geeignet" aus, während 68/1 und 68/2 als "sehr konfliktbehaftet" ausgewiesen werden.	Konzepterstellung und Festlegung von Vorranggebieten im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt. Damit erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" liegt nicht innerhalb von Schwerpunktvorkommen der Kategorie A oder B des Fachbeitrags. Die in der Stellungnahme genannten Art/en (Rot- und/oder Schwarzmilan) sind über die kategorisierten Schwerpunktvorkommen des o.g. „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ bereits berücksichtigt. Die eingebrachten Informationen bewegen sich im Rahmen der Annahmen, die im Fachbeitrag zum Verhältnis der kategorisierten Schwerpunkträume zu den tatsächlichen Artvorkommen getroffen wurden. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes auf Projektebene (im nachgelagerten Verfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Auf der nachgelagerten Planungsebene können zudem Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen umgesetzt werden. Zum genannten Thema Wald/-zerstörung: Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Eine pauschale Bevorzugung von Offenlandbereichen oder Ausschluss von Waldgebieten wäre nicht sachgerecht für die Sicherung der günstigsten Standorte für die Windenergienutzung und spiegelt nicht die ökologische Wertigkeit der Lebensräume wider. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Auf das Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff. wird hingewiesen. Die Hinweise zur räumlichen Nähe des Segelflug- und Hubschrauberlandeplatzes werden zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 371 Privat Stn-Id: 71	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 138 Auf Ihrer Informationsveranstaltung am 8. Mai 24 wurde von Ihrer Seite mehrmals stolz hervorgehoben, dass sich der Regionalverband Ostwürttemberg auf einen 1000 Meter Abstand der Windräder zur Wohnbebauung verständigt hätte. Bereits Wochen vorher hatte sich der Giengener Oberbürgermeister Henle mit dem Gemeinderat auf eine Abstandsverringerung auf 750 m geeinigt, ohne die betroffenen Bürger vorher zu befragen oder zu informieren. Im Wohngebiet Flecken wusste auf unsere Nachfragen niemand von den genauen Plänen der Stadt. Auf diesen Einwand wurde am 8. Mai kaum eingegangen. (Die betroffenen Bürger sollten das mit ihrer Kommune klären). Sollte durch die Abstandsverkürzung die Möglichkeit geschaffen werden, 5 Windräder auf Giengener Gemarkung unterzubringen und dadurch die Stadtkasse aufzufüllen?	Hinsichtlich des Kriteriums Siedlungsabstand hat die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg den Kommunen die Verringerung des regionalen Planungskriteriums "1.000m Umgebungsabstand" auf 750m eingeräumt, wenn dies mit einem Gemeinderatsbeschluss belegt werden kann. Das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" wurde nach Vorlage des Beschlusses des Gemeinderats Giengen zur Verringerung des Siedlungsabstandes auf 750m mit einem Abstand zu wohngenutzten Einzelgehöften im Außenbereich von 750m festgelegt. Dies entspricht dem Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 (s.o.), welches von der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg am 15.12.2023 beschlossen wurde. Weiterhin sind die Entscheidungen kommunaler Gremien sowie der Weg dieser Entscheidungsfindungen nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene.
lfd. Ident-Nr.: 372 Privat Stn-Id: 73	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 140 Zu den Windrädern 68/1 Hier ist in unmittelbarer Nähe die Einflugschneise des Giengener Segelflugplatzes (Irpfel). Der Flugplatz unterhält auch eine Flugschule. Auch ist unweit ein Landeplatz für Hubschrauber der Autobahnpolizei. Hier sind die massiven Luftverwirbelungen ein grosses Problem. Auch kann nicht ausgeschlossen werden, dass in den heutigen unruhigen Zeiten diese Flug- und Landeplätze auch militärisch genutzt werden müssen. Insofern können an dieser Stelle keine	Hinweis: Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Die im Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 festgelegten

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Windräder gebaut werden.	Schutzabstände zu Flugplätzen und weitere Belange der Flugsicherheit wurden bei der Festlegung des Vorranggebiets 68 "Giengen an der Brenz" sachgerecht berücksichtigt (vgl. auch Kriterienkatalog). Darüber hinaus erfolgte nach der 1. Anhörung der vorliegenden Teilfortschreibung eine Abstimmung mit der zuständigen Luftfahrtbehörde, um potenziell betroffene luftfahrtrechtliche Belange zu prüfen und Lösungsmöglichkeiten zu erörtern. Für den in der Stellungnahme genannten Flugplatz konnte durch die vorliegende Planung keine erhebliche Beeinträchtigung festgestellt werden (vgl. auch Stellungnahme des Regierungspräsidiums Stuttgart (Ident-Nr.: 187)). Die Prüfung von Abständen für konkrete Bauvorhaben erfolgt in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 372 Privat Stn-Id: 73	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 141 Die Region Brenz/Kocher ist mit einer Tourismusoffensive 2021 durch den Regionalverband zur bevorzugten Tourismusregion in Ostwürttemberg ernannt worden. Die Windräder zerstören das darin gepriesene Natur-, Landschafts-, Wald- und Heide-Idyll.	Die Belange des Tourismus sind mittelbar (z.B. über Siedlungsflächen für die Erholung mit entsprechenden Umgebungsabständen, Bereiche mit sehr hoher Landschaftsbildqualität oder in höchstem Maße raumwirksame Kulturdenkmale, darunter auch UNESCO-Welterbestätten) als Ausschlusskriterien oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien in die Auswahl und Bewertung eingeflossen. Zudem sind entsprechende Aspekte über die Schutzgüter "Menschen und menschliche Gesundheit", „Kultur- und Sachgüter“ und "Landschaft" in die Strategische Umweltprüfung eingeflossen. Touristische Belange, sowie die Belange der Freizeit- und Erholungsnutzung wurden gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG einbezogen, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde.
lfd. Ident-Nr.: 372 Privat Stn-Id: 73	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 142 Der Kirnberg (Hoher Stich) ist ein kleines Waldstück, und es ist das einzige Waldstück, das Giengen als Naherholungsgebiet besitzt. Hier verlaufen Jogging, Walking und Wanderstrecken.	Wird zur Kenntnis genommen. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 372 Privat Stn-Id: 73	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 143 Auch sind in unmittelbarer Nähe mehrere private Reiterhöfe sowie ein ein Pferdehof des Giengener Reitvereins. Hier ist eine große Anzahl Pferde untergebracht, die den betreffenden Wald täglich zum Ausreiten nutzen. Hier sind Betriebslärm der Anlagen und der Infraschall aufgrund des guten Gehörs der Pferde problematisch.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Schallemissionen von Windenergieanlagen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Anlagentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage. Weiterhin schreibt das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz zum Thema Infraschall durch Windenergieanlagen unter https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/FAQ/Windenergie/faq-windenergie.html (Stand Juli 2024): „Infraschall-Töne unterhalb einer Frequenz von 20 Hertz - ist alltäglicher und überall präsenter Bestandteil unserer Lebenswelt. Er geht von einer Vielzahl sowohl natürlicher als auch technischer Quellen aus. Natürliche Quellen sind z. B. Wind, Gewitter, Meeresdünung und Vulkane sowie Meteoriten. Zudem gibt es zahlreiche künstliche und technische Infraschall-Quellen wie z. B. Klima- und Lüftungsanlagen, Umspannwerke, Kraftfahrzeuge, Lautsprechersysteme, Kühlschränke und Windenergieanlagen. Die Intensität des Infraschalls von Windenergieanlagen (sog. Schalldruckpegel) ist so gering, dass sie bereits in wenigen hundert Meter Entfernung deutlich unterhalb der menschlichen Wahrnehmbarkeitsgrenze liegt. In den meisten Fällen wird der Infraschall außerdem von natürlichen anderen Geräuschen überdeckt. So haben auch wissenschaftliche Studien bislang keinen Nachweis erbracht, dass der von Windenergieanlagen ausgehende Infraschall eine schädliche Wirkung auf die menschliche Gesundheit hat.“ Das Umweltbundesamt (UBA) kommt zu dem Schluss, dass es keine Evidenz dafür gibt, dass durch Infraschall von Windenergieanlagen gesundheitliche Beeinträchtigungen verursacht werden. Nach heutigem Stand der Forschung ist die Belastung mit Infraschall durch Windenergieanlagen im Vergleich zu anderen Quellen von Infraschall natürlichen oder technischen Ursprungs (Heizungsanlage, Kühlschrank, Straßenverkehr oder Gewitter) zudem gering. Das belegt beispielsweise eine Messkampagne der Landesanstalt für Umwelt (LUBW) zwischen 2013 und 2015. Diese untersuchten tieffrequente Geräusche ab 1 Hz. in der näheren Umgebung von Windkraftanlagen sowie in urbanen und ländlichen Räumen. Die Untersuchung stellt, wie das UBA,

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			unterschiedlichen Quellen und die Omnipräsenz von Infraschall im Alltag fest. Windkraftanlagen leisteten hierzu aber keinen wesentlichen Beitrag da deren Pegel schon in 300 m Entfernung zur Windkraftanlage deutlich unterhalb der Wahrnehmungsgrenze liegt. (Tieffrequente Geräusche inkl. Infraschall von Windkraftanlagen und anderen Quellen – Bericht über Ergebnisse des Messprojektes 2013-2015, LUBW 2016: https://pudi.lubw.de/detailseite/-/publication/84558). Das Landesamt für Umwelt Bayern (LfU 2022) kommt in einer neueren Studie ebenfalls zum Schluss, dass bereits viele sorgfältige, wissenschaftliche Studien zum Infraschall rund um Windenergieanlagen vorliegen. In ihnen aber keine schädlichen Wirkungen auf den Menschen gefunden werden, denn die Pegel in der Umgebung (Immissionen) lägen stets deutlich unterhalb der Hör- und Wahrnehmungsschwelle – und für diesen Bereich wurden bisher keine gesundheitlichen Wirkungen nachgewiesen. (https://www.lfu.bayern.de/buerger/doc/uw_117_windkraftanlagen_infraschall_gesundheit.pdf)Um den aktuellen Kenntnisstand zu Infraschall von Windenergieanlagen zu festigen und zu erweitern, beobachten das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und das Umweltbundesamt kontinuierlich die Entwicklung wissenschaftlicher Studien. Damit ist sichergestellt, dass neue Entwicklungen und gesicherte Erkenntnisse frühzeitig bekannt werden (vgl. vgl. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/4031/publikationen/umid_01-2021-infraschall.pdf). Bereits mehrere Gerichte haben sich mit dem Thema Infraschall beschäftigt und unterstützen die obenstehenden Ausführungen. So stellt das Oberverwaltungsgericht Münster zusammenfassend fest: „Die Rechtsprechung des Senats und anderer Obergerichte geht davon aus, dass Infraschall – wie auch tieffrequenter Schall – durch Windenergieanlagen nach dem bisherigen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse grundsätzlich nicht zu Gesundheitsgefahren führt“ Quelle: OVG Münster (8. Senat), Urteil vom 22. November 2021 – 8A 973/15. Pathogene Effekte durch von Windkraftanlagen abgegebene Luftdruckpulse sind weder bekannt noch belegt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Die Berücksichtigung von Infraschall auf Ebene der Regionalplanung bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie ist daher weder erforderlich noch geboten.
lfd. Ident-Nr.: 372 Privat Stn-Id: 73	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 144 Eines der Windräder liegt unmittelbar an einer naturgeschützten Orichideenwiese, die saure Mahd Wiese zwischen Kirnberghütte und Waldsee.	Hinsichtlich der Anmerkung zum geplanten "Windrad" wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der vorliegenden Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt werden. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt.
lfd. Ident-Nr.: 372 Privat Stn-Id: 73	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 145 Zum Windrad 68/2 Dieses ist umgeben von Landschaftsschutzgebiet und Heideflächen die von Schafen abgeweidet werden. Hier wird der Mikroabrieb problematisch.	Hinsichtlich der Anmerkung zum "Windrad" wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der vorliegenden Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt werden. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Hinweis: Das Teilgebiet 68/2 wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung der vorliegenden Teilfortschreibung im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs nicht weitergeführt. Zum Thema Mikroabrieb: Aufgrund von Umwelteinflüssen (UV-Strahlung,

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Wind, Temperaturwechsel u.a.) kommt es an den Rotoren von Windenergieanlagen zu Erosion und in Folge zur Freisetzung von Mikroplastik, welches sich in der Umwelt ablagert. Nach einer Kurzinformation der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages (WD 8 - 3000 - 077/20 (8. Dezember 2020)) wird ein Maximalabtrag von ca. 1.400 t/a für alle ca. 31.000 Windkraftanlagen in Deutschland geschätzt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit liegt der tatsächliche Wert gem. IMES deutlich niedriger. Im Vergleich mit den vom Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik (UMSICHT) ermittelten Werte z.B. für Kunststoffemissionen in Form primären Mikroplastiks für Reifenabrieb (102.090 t/a) oder von Schuhsohlen (9.047 t/a) ist die Belastung durch Windenergieanlagen somit sehr gering Eine signifikante Erhöhung der Umweltbelastung durch Mikroplastik und eine Gesundheitsgefährdung des Menschen durch den Abrieb ist nicht belegt. Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind zudem nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Fragen der verwendeten Baustoffe werden im Vorhabenzulassungsverfahren für die konkret beabsichtigten Anlagen geprüft und nachgewiesen und ggfls. werden Auflagen festgesetzt. Die vorliegende Teilfortschreibung dient der Steuerung und raumordnerischen Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen sowie dem Erreichen des gesetzlich festgelegten Flächenbeitragswerts von 1,8 % der Regionsfläche für Windenergie an Land (s. Abschnitt 1 dieses Dokuments). Wenn dieser Flächenbeitragswert nicht erreicht wird, gelten nach Ablauf des jeweiligen Stichtags die Rechtsfolgen des § 249 Abs. 7 Baugesetzbuch, d.h. Windenergieanlagen wären im Außenbereich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 Baugesetzbuch privilegiert zulässig und Darstellungen in Flächennutzungsplänen, Ziele der Raumordnung sowie sonstige Maßnahmen der Landesplanung könnten einem Vorhaben nach § 35 Absatz 1 Nummer 5, das der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dient, nicht entgegengehalten werden. Räumliche Steuerungsoptionen auf regionaler und kommunaler Ebene, wo Windenergieanlagen errichtet werden können, würden damit hinfällig. Die Steuerungswirkung der vorliegenden Teilfortschreibung ist damit unmittelbar vom Erreichen des Flächenbeitragswerts abhängig. Bei der planerischen Abwägung im

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie wurde eine sorgfältige Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG durchgeführt und das Gewicht jedes Belangs wurde angemessen berücksichtigt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Zudem ist es aus Sicht des Regionalverbands nicht sinnvoll, an die Abwägung Maßstäbe anzulegen, die zur Unterschreitung des Flächenziels führen, denn dann würde die oben beschriebene Steuerungswirkung des Regionalplans entfallen und dem Anliegen würde gar keine Rechnung mehr getragen werden.
lfd. Ident-Nr.: 372 Privat Stn-Id: 73	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 147 Im Bereich des Windrades sind vom NABU bestätigte Milan-Horste.	Hinsichtlich der Anmerkung zum "Windrad" wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der vorliegenden Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt werden. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die landesweite Planungshilfe für die Regionalplanung zur Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung („Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ der LUBW, 2022) wurde bei der Konzepterstellung und Festlegung von Vorranggebieten im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt. Damit erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" liegt nicht innerhalb von Schwerpunktvorkommen der Kategorie A oder B des Fachbeitrags. Die in der Stellungnahme genannten Art/en (Rot- und/oder Schwarzmilan) sind über die kategorisierten Schwerpunktvorkommen des o.g. „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ bereits berücksichtigt. Die eingebrachten Informationen bewegen sich im Rahmen der Annahmen, die im Fachbeitrag zum Verhältnis der kategorisierten Schwerpunkträume zu den tatsächlichen Artvorkommen getroffen wurden. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes auf Projektebene (im nachgelagerten Verfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Auf der nachgelagerten Planungsebene können zudem Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen umgesetzt werden.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 372 Privat Stn-Id: 73	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 148 Die Windhöffigkeit bei allen 5 Rädern ist sehr schlecht und es ist nicht einzusehen, dass man die Natur und den Wald opfert, wo gar kein Wind bläst!	Wie in der Abwägung zu den BE IDs 140 bis 145 und 147 zu dieser Stellungnahme bereits dargelegt, ist die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung und damit der Flächensicherung gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Berücksichtigung der mittleren gekappten Windleistungsdichte bei den Planungskriterien dient der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Im Ergebnis stellt der Windatlas eine für die Region Ostwürttemberg durchschnittlich gute bis sehr gute Windleistungsdichten dar und bescheinigt ihr damit eine grundsätzliche Eignung für die Windenergienutzung. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen). Dem Regionalverband wurde für das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" (Teilgebiet 1), welches laut Windatlas einer geringeren Windhöffigkeit (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) unterliegt, ein rechnerischer Nachweis vorgelegt, welcher eine höhere Windhöffigkeit belegt, als im Windatlas dargestellt ist. Dieser Nachweis und die Interessensbekundung der Stadt Giengen zum Gebiet belegen die faktische und wirtschaftliche Umsetzbarkeit von Windenergievorhaben und das konkrete Umsetzungsinteresse in diesem Gebiet (Teilfläche 1). Damit wird das benannte Vorranggebiet als vollziehbar gewertet. Da für die südöstliche Teilfläche (2) des Vorranggebiets 68 kein Nachweis vorgelegt wurde, wird die Teilfläche im Zuge des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weiterverfolgt.
lfd. Ident-Nr.: 373 Privat Stn-Id: 74	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 150 Windräder Gebietsbrief 68/1 und 68/2 „Hoher Stich" Giengen hier meine Stellungnahme zu oben geplanten Windrädern: Allein die Bezeichnung „Hoher Stich" ist schon eine Irreführung. Diese Namensgebung ist der Giengener Bevölkerung völlig unbekannt, höchstens Förster und Waldarbeiter können mit dieser Gebietsbezeichnung etwas anfangen. Ist dies schon beabsichtigt? Am „Hohen Stich" liegt lediglich 1 der 5 Windräder,	Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Des Weiteren trägt das im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 geplante Vorranggebiet 68 den Namen "Giengen an der Brenz". Die Bezeichnung "Hoher Stich" wird im Zuge der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		alle anderen sind Kirnberg (Naturschutzgebiet und Landschaftsschutzgebiet) und Scheuenberg (ebenfalls Landschaftsschutzgebiet).	regionalen Gebietsfestlegung nicht verwendet.
lfd. Ident-Nr.: 373 Privat Stn-Id: 74	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 151 Zu 68/2 1. Dieses Windrad ist umgeben von Landschaftsschutzgebiet und Heideflächen die vom örtlichen Schäfereibetrieb beweidet werden. Diese Beweidung wird durch den Mikroplastikabrieb nicht mehr möglich sein. (PFAS durch die EU seit 2023 verboten!)	Hinsichtlich der Anmerkung zum "Windrad" wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der vorliegenden Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt werden. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Aufgrund von Umwelteinflüssen (UV-Strahlung, Wind, Temperaturwechsel u.a.) kommt es an den Rotoren von Windenergieanlagen zu Erosion und in Folge zur Freisetzung von Mikroplastik, welches sich in der Umwelt ablagert. Nach einer Kurzinformation der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages (WD 8 - 3000 - 077/20 (8. Dezember 2020)) wird ein Maximalabtrag von ca. 1.400 t/a für alle ca. 31.000 Windkraftanlagen in Deutschland geschätzt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit liegt der tatsächliche Wert gem. IMES deutlich niedriger. Im Vergleich mit den vom Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik (UMSICHT) ermittelten Werte z.B. für Kunststoffemissionen in Form primären Mikroplastiks für Reifenabrieb (102.090 t/a) oder von Schuhsohlen (9.047 t/a) ist die Belastung durch Windenergieanlagen somit sehr gering Eine signifikante Erhöhung der Umweltbelastung durch Mikroplastik und eine Gesundheitsgefährdung des Menschen durch den Abrieb ist nicht belegt. Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind zudem nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Fragen der verwendeten Baustoffe werden im Vorhabenzulassungsverfahren für die konkret beabsichtigten Anlagen geprüft und nachgewiesen und ggfls. werden Auflagen festgesetzt. Die vorliegende Teilfortschreibung dient der Steuerung und raumordnerischen Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen sowie dem Erreichen des gesetzlich festgelegten Flächenbeitragswerts von 1,8 % der Regionsfläche für Windenergie an Land (s. Abschnitt 1 dieses Dokuments). Wenn dieser Flächenbeitragswert nicht erreicht wird, gelten nach Ablauf des jeweiligen Stichtags die Rechtsfolgen des § 249 Abs. 7 Baugesetzbuch, d.h. Windenergieanlagen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			wären im Außenbereich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 Baugesetzbuch privilegiert zulässig und Darstellungen in Flächennutzungsplänen, Ziele der Raumordnung sowie sonstige Maßnahmen der Landesplanung könnten einem Vorhaben nach § 35 Absatz 1 Nummer 5, das der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dient, nicht entgegengehalten werden. Räumliche Steuerungsoptionen auf regionaler und kommunaler Ebene, wo Windenergieanlagen errichtet werden können, würden damit hinfällig. Die Steuerungswirkung der vorliegenden Teilfortschreibung ist damit unmittelbar vom Erreichen des Flächenbeitragswerts abhängig. Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie wurde eine sorgfältige Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG durchgeführt und das Gewicht jedes Belangs wurde angemessen berücksichtigt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Zudem ist es aus Sicht des Regionalverbands nicht sinnvoll, an die Abwägung Maßstäbe anzulegen, die zur Unterschreitung des Flächenziels führen, denn dann würde die oben beschriebene Steuerungswirkung des Regionalplans entfallen und dem Anliegen würde gar keine Rechnung mehr getragen werden.
lfd. Ident-Nr.: 373 Privat Stn-Id: 74	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 152 2. Im Bereich dieses Windrades befindet sich die Zufahrt zum Waldkindergarten „Kleine Strolche", sowie für das Bringen und Holen der Kinder durch die Eltern. Bei Gefahr von Eisschlag wird dies nicht mehr möglich sein.	Hinsichtlich der Anmerkung zum "Windrad" wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der vorliegenden Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt werden. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Die genannten Anmerkungen zur Thematik Eisschlag sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft.
lfd. Ident-Nr.: 373 Privat Stn-Id: 74	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 153 3. Im Bereich des Windrades befinden sich mehrere nachgewiesene Milanhorste.	Hinsichtlich der Anmerkung zum "Windrad" wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der vorliegenden Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt werden. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Planungsebene. Der Hinweis auf Milan-Horste wird zur Kenntnis genommen. Die landesweite Planungshilfe für die Regionalplanung zur Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung („Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ der LUBW, 2022) wurde bei der Konzepterstellung und Festlegung von Vorranggebieten im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt. Damit erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" liegt nicht innerhalb von Schwerpunktvorkommen der Kategorie A oder B des Fachbeitrags. Die Arten Rot- und Schwarzmilan sind über die kategorisierten Schwerpunktvorkommen des o.g. „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ bereits berücksichtigt. Die eingebrachten Informationen bewegen sich im Rahmen der Annahmen, die im Fachbeitrag zum Verhältnis der kategorisierten Schwerpunkträume zu den tatsächlichen Artvorkommen getroffen wurden. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes auf Projektebene (im nachgelagerten Verfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Auf der nachgelagerten Planungsebene können zudem Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen umgesetzt werden.
lfd. Ident-Nr.: 373 Privat Stn-Id: 74	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 154 4. Der Standort des Windrades ist die sumpfigste Wiese im weitem Umfeld, hier laufen mehrere Quellen zusammen.	Hinsichtlich der Anmerkung zum "Windrad" wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der vorliegenden Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt werden. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Die Hinweise zum Untergrund und den Verhältnissen vor Ort werden zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 373 Privat Stn-Id: 74	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 155 Zu 68/1 1. Diese 4 Windräder sollen im WALD am Kirnberg gebaut werden, dem einzigen bewaldeten Naherholungsgebiet, das Giengen hat. Es ist DAS Naherholungsgebiet für unsere Stadt. Hier unterhält und pflegt die Stadt seit Jahrzehnten eine Grillstelle und einen ausgewiesenen „Trimm-Dich-Pfad". Weiter unterhält die Stadt Giengen dort einen Nordic Walking Parcours verschiedener Längen mit Tafeln zur Fitnesskontrolle.	Wie in der Abwägung zu den BE IDs 150 bis 154 zu dieser Stellungnahme bereits dargelegt, ist die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Die eingegebenen Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Weiterhin werden Windenergieanlagen im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen (z.B. Naherholung) entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		2. Durch das Waldstück verlaufen der Albschäferweg, der Jakobsweg, ausgeschilderte Rundwanderwege, ausgeschilderte Fahrradwege und die Langstreckenwanderwege des Albvereins (Gabel und Raute).	im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 373 Privat Stn-Id: 74	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 156 3. Im Wald sind mehrere Waldspielplätze des Waldkindergartens „Kleine Strolche" angelegt. (Grossbaustelle über Jahre, danach Eisschlag und Infraschall, wer will das schon für seine Kinder? Der Waldkindergarten kann-dicht machen.)	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Der Waldkindergarten im Bereich des Schratenhofs inkl. des Umgebungsabstandes (1.000m) zu den Aufenthalts- und Spielbereichen wurde nachgeführt und bei der Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs berücksichtigt. Die durch den nachgeführten Umgebungsabstand tangierten Bereiche des Vorranggebiets 68 "Giengen an der Brenz" wurden ausgeschnitten. Das Vorranggebiet 68 wird - mit entsprechend angepasstem / reduziertem Gebietszuschnitt - im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Hinsichtlich der Thematik Eisschlag wird auf die Abwägung zur BE ID 152 dieser Stellungnahme verwiesen. Zum Thema Infraschall durch Windenergieanlagen schreibt das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz unter https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/FAQ/Windenergie/faq-windenergie.html (Stand Juli 2024): „Infraschall-Töne unterhalb einer Frequenz von 20 Hertz - ist alltäglicher und überall präsenter Bestandteil unserer Lebenswelt. Er geht von einer Vielzahl sowohl natürlicher als auch technischer Quellen aus. Natürliche Quellen sind z. B. Wind, Gewitter, Meeresdünung und Vulkane sowie Meteoriten. Zudem gibt es zahlreiche künstliche und technische Infraschall-Quellen wie z. B. Klima- und Lüftungsanlagen, Umspannwerke, Kraftfahrzeuge, Lautsprechersysteme, Kühlschränke und Windenergieanlagen. Die Intensität des Infraschalls von Windenergieanlagen (sog. Schalldruckpegel) ist so gering, dass sie bereits in wenigen hundert Meter Entfernung deutlich unterhalb der menschlichen Wahrnehmbarkeitsgrenze liegt. In den meisten Fällen wird der Infraschall außerdem von natürlichen anderen Geräuschen überdeckt. So haben auch wissenschaftliche Studien bislang keinen Nachweis erbracht, dass der von Windenergieanlagen ausgehende Infraschall eine schädliche Wirkung auf die menschliche Gesundheit hat.“ Das Umweltbundesamt (UBA) kommt zu dem Schluss, dass es keine Evidenz dafür gibt, dass durch Infraschall von Windenergieanlagen gesundheitliche Beeinträchtigungen verursacht werden. Nach heutigem Stand der Forschung ist die Belastung mit Infraschall durch Windenergieanlagen im Vergleich zu anderen Quellen von Infraschall natürlichen oder technischen Ursprungs (Heizungsanlage, Kühlschrank, Straßenverkehr oder Gewitter) zudem gering. Das belegt beispielsweise eine Messkampagne der Landesanstalt für Umwelt (LUBW) zwischen 2013 und 2015. Diese untersuchten tieffrequente Geräusche ab 1 Hz. in der näheren Umgebung von Windkraftanlagen sowie in urbanen und ländlichen Räumen. Die Untersuchung stellt, wie das UBA, unterschiedlichen Quellen und die Omnipräsenz von Infraschall im Alltag fest. Windkraftanlagen leisteten hierzu aber keinen wesentlichen Beitrag da deren Pegel schon in 300 m Entfernung zur Windkraftanlage deutlich unterhalb der Wahrnehmungsgrenze liegt. (Tieffrequente Geräusche inkl. Infraschall von Windkraftanlagen und anderen Quellen – Bericht über Ergebnisse des Messprojektes 2013-2015, LUBW 2016: https://pudi.lubw.de/detailseite/-/publication/84558). Das Landesamt für Umwelt Bayern (LfU 2022) kommt in einer neueren Studie ebenfalls zum Schluss, dass bereits viele sorgfältige, wissenschaftliche Studien zum Infraschall rund um Windenergieanlagen vorliegen. In ihnen aber keine schädlichen Wirkungen auf den Menschen gefunden werden, denn die Pegel in der Umgebung (Immissionen) lägen stets deutlich unterhalb der Hör- und Wahrnehmungsschwelle – und für diesen Bereich wurden bisher keine gesundheitlichen Wirkungen nachgewiesen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			(https://www.lfu.bayern.de/buerger/doc/uw_117_windkraftanlagen_infraschall_gesundheit.pdf)Um den aktuellen Kenntnisstand zu Infraschall von Windenergieanlagen zu festigen und zu erweitern, beobachten das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und das Umweltbundesamt kontinuierlich die Entwicklung wissenschaftlicher Studien. Damit ist sichergestellt, dass neue Entwicklungen und gesicherte Erkenntnisse frühzeitig bekannt werden (vgl. vgl. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/4031/publikationen/umid_01-2021-infraschall.pdf). Bereits mehrere Gerichte haben sich mit dem Thema Infraschall beschäftigt und unterstützen die obenstehenden Ausführungen. So stellt das Oberverwaltungsgericht Münster zusammenfassend fest: „Die Rechtsprechung des Senats und anderer Obergerichte geht davon aus, dass Infraschall – wie auch tieffrequenter Schall – durch Windenergieanlagen nach dem bisherigen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse grundsätzlich nicht zu Gesundheitsgefahren führt“ Quelle: OVG Münster (8. Senat), Urteil vom 22. November 2021 – 8A 973/15. Pathogene Effekte durch von Windkraftanlagen abgegebene Luftdruckpulse sind weder bekannt noch belegt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Die Berücksichtigung von Infraschall auf Ebene der Regionalplanung bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie ist daher weder erforderlich noch geboten.
lfd. Ident-Nr.: 373 Privat Stn-Id: 74	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 157 4. Das Gebiet ist nach allen Seiten umgeben von Naturschutzgebiet und Landschaftsschutzgebiet. Dieses wäre vom Abrieb der Rotorblätter direkt betroffen. (Ewigkeitschemikalie PFAS).	Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt.
lfd. Ident-Nr.: 373 Privat Stn-Id: 74	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 158 Der Regionalverband hat sich ausdrücklich für einen Abstand von 1 000m zu jeglicher Bewohnung ausgesprochen, also auch Gehöfte. Mit der Abstandsverkürzung auf 750m fällt man der Giengener Bevölkerung in den Rücken.	Die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg hat hinsichtlich des regionalen Planungskriteriums "1.000m Umgebungsabstand" zu Siedlungsbereichen den Kommunen die Verringerung auf 750m eingeräumt, wenn dies mit einem Gemeinderatsbeschluss belegt werden kann. Das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" wurde nach Vorlage des Beschlusses des Gemeinderats Giengen zur Verringerung des Siedlungsabstandes auf 750m mit einem Abstand zu wohngenutzten Einzelgehöften im Außenbereich von 750m festgelegt. Dies entspricht dem Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 (s.o.), welches von der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg am 15.12.2023 beschlossen wurde. Die Entscheidungen kommunaler Gremien sind nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene.
lfd. Ident-Nr.: 374 Privat Stn-Id: 78		BE-ID: 159 als Bürger von Großkuchen und ehemaligem langjährigen Gemeinde- und Ortschaftsrat liegt mir die Zukunft meines Heimatortes und die noch verbliebene unberührte Erholungslandschaft sehr am Herzen. Ich sehe sehr wohl die Notwendigkeit von Wind- und Solarenergie für die Energieversorgung. Dies bedeutet immer Eingriffe in die Landschaft.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 374 Privat Stn-Id: 78		BE-ID: 160 Im Gebiet des Regionalverbandes darf sich das jedoch nicht auf wenige Gebiete beschränken. Wenn ich das Gebiet des Regionalverbandes betrachte, ist mein Heimatort besonders stark belastet.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten und einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Ich ersuche den Regionalverband für eine ausgewogene Verteilung der Vorranggebiete für die Windkraft zu sorgen.	der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umfassung / Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend.
lfd. Ident-Nr.: 374 Privat Stn-Id: 78		BE-ID: 161 Meine Einwendungen: 1.Überlastung von Großkuchen mit den Teilorten Kleinkuchen, Rotensohl und Nietheim - Vorranggebiet 69 Königsbronn - Ebnat 14 bestehende Windräder - Vorranggebiet 52 Heidenheim - Nattheim 9 bestehende Windräder - Solaranlage Kleinkuchen geplant mit 20 ha -Solaranlage Diepertsbuch geplant mit 40 ha - Überland-Stromleitung - Umspannwerk bei Rotensohl - 2 Steinbrüche im Waibertal - Steinbruch Hirntal Neuanlage auf der Südseite des Tales nahe bei Großkuchen 2023 - Steinbruch Hirntal Bisheriger Steinbruch auf der Nordseite des Tales wird mit Bauaushub verfüllt. -Flugplatz Elchingen -Autobahn A7 Auswirkungen: - Das Gebiet im Westen, Südwesten und Nordwesten von Großkuchen hat durch die genannten Eingriffe in die Natur als Erholungsgebiet stark gelitten. - Belästigung durch Lärm, Staub und Erschütterungen durch die 3 Steinbrüche - Verschmutzung der Kreisstraße von Großkuchen nach Heidenheim - Lärmbelästigung durch Flugzeuge, vor allem beim Start und bei der Landung. Meine Forderung:	Die Hinweise zur Belastung durch bestehende und geplante Vorhaben im Raum Großkuchen und Umgebung werden zur Kenntnis genommen. Die Gebietskulisse im Raum Großkuchen wird aufgrund verschiedener Anregungen zur 1. Anhörung angepasst und reduziert.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Großkuchen trägt durch die bestehenden bzw. geplanten Eirichtungen zur Energieversorgung und zur Rohstoffversorgung (Kalkstein, Kalk Mehl) bei. Der Erholungswert des Naherholungsgebietes hat stark gelitten. Es gibt nur noch wenige unbelastete Bereiche im Norden und Osten. Eine weiter Belastung durch neue Gebiete bzw. durch die Erweiterung bestehender Gebiete muss vermieden werden.	
lfd. Ident-Nr.: 374 Privat Stn-Id: 78	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 164 2. Vorranggebiet 53 Pfaffentäle - Diepertsbuch Dieses liegt nahe an einem der schönsten Trockentäler des Härtsfeldes, dem Krätzental. Dieses Gebiet sollte als Naherholungsgebiet bzw. Naturschutzgebiet erhalten bleiben. Meine Forderung: Auf eine Ausweisung des Vorranggebietes 53 muss verzichtet werden. In der Nähe befindet sich bereits das Vorranggebiet 69, das eventuell erweitert werden kann (siehe Punkt 3.).	Wird zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg aus anderen Gründen nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 374 Privat Stn-Id: 78	VRG 69 Erweiterung Königsbronn / Ebnat	BE-ID: 165 3. Erweiterung des Vorranggebietes 69 Königsbronn - Ebnat Nietheim ist durch die bestehenden Windräder belastet (Windschlag, Geräusche). Der Abstand eines der Windräder zu einem Gebäude ist bedenklich. Meine Forderung: Von einer Erweiterung des Gebietes in Richtung Nietheim muss abgesehen werden. Eine Erweiterung in nördlicher bzw. nordwestlicher Richtung ist vorzuziehen.	Wird zur Kenntnis genommen. Bei der Abgrenzung des Vorranggebiets 69 für den 1. Anhörungsentwurf wurden die im Kriterienkatalog festgelegten Abstände eingehalten (z.B. 1000 m zu Wohngebäuden). Das Vorranggebiet 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg aufgrund anderer Anregungen nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 374 Privat Stn-Id: 78	VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 166 4. Erweiterung des Vorranggebietes 52 Heidenheim - Nattheim Kleinkuchen ist durch bestehende bzw. geplante Gebiete (Solarpark) belastet. Meine Forderung: Eine Erweiterung des bestehenden Gebietes in Richtung Kleinkuchen muss unterbleiben.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Das Vorranggebiet 52 "Erweiterung Heidenheim / Nattheim" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird unter Berücksichtigung verschiedener Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Eine Erweiterung auf die andere Seite der A7 wäre sinnvoller.	Dem Vorschlag einer Erweiterung des Gebiets 52 westlich der A7 wird aufgrund bestehender Ausschlusskriterien und fehlender Eignungskriterien nicht gefolgt.
lfd. Ident-Nr.: 374 Privat Stn-Id: 78		BE-ID: 167 Ich bitte den Regionalverband , meine Einwendungen bei der weiteren Planung zu berücksichtigen. Der Regionalverband sollte einzelne Gebiete nicht überbelasten. Eine ausgewogene Verteilung der Vorranggebiete muss angestrebt werden. Nur so kann die Akzeptanz der Bevölkerung für die erneuerbaren Energien gewonnen werden.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 376 Privat Stn-Id: 79		BE-ID: 168 um später mein Klagerecht zu wahren, lege ich hiermit meinen Einspruch gegen die geplanten industriellen Windkraftanlagen in der Region Ostwürttemberg ein. Begründung: • Windkraftanlagen verursachen hörbaren Lärm, Infraschall sowie Schattenschlag, die in der derzeitigen Genehmigungspraxis nicht ausreichend berücksichtigt werden. Ich befürchte negative Auswirkungen auf meine Gesundheit, wie sie im Umfeld von Windkraftanlagen bereits nachgewiesen worden sind, darunter Schlafstörungen, Schwindel, Übelkeit, Kopfschmerzen, Konzentrationsschwierigkeiten, Herzrasen, Tinnitus, Angstzustände, Depressionen usw.	Hinweis: Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Die Aufstellung des Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für Ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Im Einzelnen zu den in der Stellungnahme aufgeführten Themen: Schall: Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Anlagentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage. Infraschall: Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz schreibt zum Thema Infraschall durch Windenergieanlagen unter https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/FAQ/Windenergie/faq-windenergie.html (Stand Juli 2024): „Infraschall-Töne unterhalb einer Frequenz von 20 Hertz - ist alltäglicher und überall präsenter Bestandteil unserer Lebenswelt. Er geht von einer Vielzahl sowohl natürlicher als auch technischer Quellen aus. Natürliche Quellen sind z. B. Wind, Gewitter, Meeresdünung und Vulkane sowie Meteoriten. Zudem gibt es zahlreiche künstliche und technische Infraschall-Quellen wie z. B. Klima- und Lüftungsanlagen, Umspannwerke, Kraftfahrzeuge, Lautsprechersysteme, Kühlschränke und Windenergieanlagen. Die Intensität des Infraschalls von Windenergieanlagen (sog. Schalldruckpegel) ist so gering, dass sie bereits in wenigen hundert Meter Entfernung deutlich unterhalb der menschlichen Wahrnehmbarkeitsgrenze liegt. In den meisten Fällen wird der Infraschall außerdem von natürlichen anderen Geräuschen überdeckt. So haben auch wissenschaftliche Studien bislang keinen Nachweis erbracht, dass der von Windenergieanlagen ausgehende Infraschall eine schädliche Wirkung auf die menschliche Gesundheit hat.“ Das Umweltbundesamt (UBA) kommt zu dem Schluss, dass es keine Evidenz dafür gibt, dass durch Infraschall von Windenergieanlagen gesundheitliche Beeinträchtigungen verursacht werden. Nach heutigem Stand der Forschung ist die Belastung mit Infraschall durch

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Windenergieanlagen im Vergleich zu anderen Quellen von Infraschall natürlichen oder technischen Ursprungs (Heizungsanlage, Kühlschrank, Straßenverkehr oder Gewitter) zudem gering. Das belegt beispielsweise eine Messkampagne der Landesanstalt für Umwelt (LUBW) zwischen 2013 und 2015. Diese untersuchten tieffrequente Geräusche ab 1 Hz. in der näheren Umgebung von Windkraftanlagen sowie in urbanen und ländlichen Räumen. Die Untersuchung stellt, wie das UBA, unterschiedlichen Quellen und die Omnipräsenz von Infraschall im Alltag fest. Windkraftanlagen leisteten hierzu aber keinen wesentlichen Beitrag da deren Pegel schon in 300 m Entfernung zur Windkraftanlage deutlich unterhalb der Wahrnehmungsgrenze liegt. (Tieffrequente Geräusche inkl. Infraschall von Windkraftanlagen und anderen Quellen – Bericht über Ergebnisse des Messprojektes 2013-2015, LUBW 2016: https://pudi.lubw.de/detailseite/-/publication/84558). Das Landesamt für Umwelt Bayern (LfU 2022) kommt in einer neueren Studie ebenfalls zum Schluss, dass bereits viele sorgfältige, wissenschaftliche Studien zum Infraschall rund um Windenergieanlagen vorliegen. In ihnen aber keine schädlichen Wirkungen auf den Menschen gefunden werden, denn die Pegel in der Umgebung (Immissionen) lägen stets deutlich unterhalb der Hör- und Wahrnehmungsschwelle – und für diesen Bereich wurden bisher keine gesundheitlichen Wirkungen nachgewiesen. (https://www.lfu.bayern.de/buerger/doc/uw_117_windkraftanlagen_infraschall_gesundheit.pdf)Um den aktuellen Kenntnisstand zu Infraschall von Windenergieanlagen zu festigen und zu erweitern, beobachten das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und das Umweltbundesamt kontinuierlich die Entwicklung wissenschaftlicher Studien. Damit ist sichergestellt, dass neue Entwicklungen und gesicherte Erkenntnisse frühzeitig bekannt werden (vgl. vgl. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/4031/publikationen/umid_01-2021-infraschall.pdf). Bereits mehrere Gerichte haben sich mit dem Thema Infraschall beschäftigt und unterstützen die obenstehenden Ausführungen. So stellt das Oberverwaltungsgericht Münster zusammenfassend fest: „Die Rechtsprechung des Senats und anderer Obergerichte geht davon aus, dass Infraschall – wie auch tieffrequenter Schall – durch Windenergieanlagen nach dem bisherigen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse grundsätzlich nicht zu Gesundheitsgefahren führt“ Quelle: OVG Münster (8. Senat), Urteil vom 22. November 2021 – 8A 973/15. Pathogene Effekte durch von Windkraftanlagen abgegebene Luftdruckpulse sind weder bekannt noch belegt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Die Berücksichtigung von Infraschall auf Ebene der Regionalplanung bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie ist daher weder erforderlich noch geboten.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Schattenschlag: Windenergieanlagen führen bei klaren Wetterbedingungen durch den bewegten Anlagenrotor zu optischen Immissionen und können dadurch als Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die Beurteilung der derzeitigen Genehmigungspraxis ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung. Bedenken hinsichtlich negativer Auswirkungen auf die Gesundheit: Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehenden räumlichen Nutzungsansprüchen bzw. -interessen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Der wissenschaftliche Konsens weist auf, dass durch Windenergieanlagen mit Schutzabständen zur Wohnbebauung keine allgemeine Gesundheitsgefahr gegeben ist. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung des Schutzgutes Mensch, insbesondere der menschlichen Gesundheit, wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch auf. Die berücksichtigten Ausschluss- und Konfliktkriterien hinsichtlich des Schutzgutes Mensch sind angesichts der Maßgaben des § 2 EEG auf regionaler Planungsebene ausreichend. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen eingegrenzt und im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) detailliert geprüft. Dabei werden sowohl Schallemissionen als auch andere potenziell schädliche Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 376 Privat Stn-Id: 79		BE-ID: 169 • Durch die sehr geringen Abstände zur Wohnbebauung ist der Wert von Wohnimmobilien in der Nähe von Windindustriegebieten sehr gefährdet. Ich befürchte Wertminderungen von Immobilien bis hin zur Unverkäuflichkeit.	Die Teilfortschreibung dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Beurteilung des Immobilienwertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob Wertminderungen durch Windenergieanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls, insbesondere im Falle eines tatsächlichen Verkaufs der Immobilie ab. Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass der Wert und die Preisentwicklung von Immobilien von ökonomischen und demografischen Einflüssen dominiert werden und nicht von Windenergieanlagen. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kaum möglich, den Anstieg oder den Rückgang des Verkehrswertes eines bebauten oder unbebauten Grundstücks auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen (s. Landtag von Baden-Württemberg (2019): Kleine Anfrage des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Wertminderung von Immobilien infolge von Windkraftanlagen II (Drucksache 16 / 5820), 26. Februar 2019, Stuttgart (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5820_D.pdf).Daher und wegen des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ist es aus Sicht des Regionalverbands weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen.
lfd. Ident-Nr.: 376 Privat Stn-Id: 79		BE-ID: 170 • Windindustrieanlagen sind eine große Gefahr für Vögel, die die Geschwindigkeit der Rotoren nicht einschätzen können, und für Fledermäuse, denen durch den Luftdruck die Lungen platzen. Ich befürchte, dass auch geschützte Arten Opfer der	Hinsichtlich der artenschutzfachlichen Belange wird auf das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 verwiesen, welches diese Belange umfassend und gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie der verbindlichen Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Insbesondere durch

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Windkraftanlagen werden und deren Fortbestand gefährdet ist.	die Anwendung des o.g. Fachbeitrags Artenschutz erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes auf der genannten Planungsebene, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes im nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 376 Privat Stn-Id: 79		BE-ID: 171 • Windkraftanlagen können bei Unfällen Trinkwasser und Heilquellen verschmutzen. Ich befürchte, dass die Trinkwasserversorgung gefährdet wird.	Aspekte des Boden- und Wasserschutzes wurden bei der vorliegenden Teilfortschreibung mittels Planungskriterien sowie in der Umweltprüfung berücksichtigt. So werden beispielsweise Wasserschutzgebiete der Zone I als Ausschlussbereiche für Windenergiegebiete definiert. Des Weiteren ist nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Die angesprochenen Aspekte (Unfälle bei Windenergieanlagen) sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 376 Privat Stn-Id: 79		BE-ID: 172 Windkraftanlagen können in unserer Region mit niedrigen Windgeschwindigkeiten trotz Subventionen wahrscheinlich nicht kostendeckend arbeiten. Deshalb befürchte ich bei Insolvenzen der Betreiberfirmen, dass die Kosten des Abbaus der Anlagen aus Steuergeldern der Bevölkerung getragen werden müssen.	Die Finanzierung des Rückbaus wird im Vorhabenzulassungsverfahren abgesichert und ist nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Rückbauverpflichtungen des Windenergieanlagenbetreibers sind fester Bestandteil des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung), die vor Genehmigungserteilung nachgewiesen werden müssen. Insofern ergeben sich aus dem Aspekt keine Rückwirkungen auf die räumliche Steuerung der Nutzung der Windenergie in der Region.
lfd. Ident-Nr.: 376 Privat Stn-Id: 79		BE-ID: 173 • Da Windenergieanlagen von allen Bürgern über Zwangsabgaben im Rahmen der Stromrechnung bezahlt werden, erzielt die Windindustrie ihre Profite auf Kosten der breiten Bevölkerung. Außerdem werden die Zuschüsse für die Windindustrie durch den weiteren Zubau von Anlagen voraussichtlich weiter steigen. Ich befürchte, dass Strom für ärmere Menschen	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		unbezahlbar wird und die Umverteilung von unten nach oben zu sozialen Spannungen führt.	der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die o.g. gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Des Weiteren ist die Umsetzung der Energiewende gesellschaftspolitischer Konsens sowie Beschlusslage sowohl im Deutschen Bundestag als auch im Landtag von Baden-Württemberg. Sie hat überdies Eingang in zahlreiche europäische, nationale und landesgesetzliche Vorgaben gefunden. Die vorliegende Planung setzt diese Vorgaben um. Grundsätzliche Betrachtungen über die Ausgestaltung des Strommarktes sowie finanzieller Anreize sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens, sondern wären im Zuge möglicher Gesetzesänderungen von den jeweiligen Gesetzgebern vorzunehmen.
lfd. Ident-Nr.: 376 Privat Stn-Id: 79		BE-ID: 174 Weitere Gründe: • Mindestabstand zu Wohnsiedlungen (1 Km) ist viel zu gering, gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung kann somit nicht ausgeschlossen werden (mindestens 2 Km zu Wohnsiedlungen)	Die im Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 festgelegten Siedlungsabstände berücksichtigen den öffentlichen Belang einer optisch bedrängenden Wirkung gem. § 249 Abs. 10 BauGB umfassend. Darüber hinaus ist die Festlegung eines größeren Siedlungsabstandes (>1.000 m) im Plankonzept der genannten Teilfortschreibung und auf regionaler Planungsebene gem. § 249 Abs. 9 BauGB nicht möglich.
lfd. Ident-Nr.: 376 Privat Stn-Id: 79		BE-ID: 175 • In der Nähe liegende öffentliche Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Pflegeeinrichtungen, und Krankenhäuser und die hier zu erwartenden Störungen und gesundheitlichen Beeinträchtigungen bis hin zu Schädigungen	Die einzuhaltenden Lärmimmissionen sind gesetzlich geregelt. Die Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (kurz TA Lärm) beinhaltet Immissionsrichtwerte für verschiedene Siedlungsgebiete (bspw. Wohngebiet, Mischgebiet, u.a.). Die TA Lärm dient dem Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie der Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch Geräusche und differenziert nach den in den Baugebietstypen zulässigen Immissionen. Die pauschalen Umgebungsabstände zu Siedlungen in der vorliegenden Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigen diese einzuhaltenden Lärmimmissionen. Die tatsächliche Einhaltung dieser Werte wird jedoch auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) behandelt, wenn mit einer Projektplanung Angaben zur Anzahl, zu Standorten und Anlagentypen bekannt sind. Der Betreiber muss hierbei den Nachweis führen, dass die Grenzwerte der TA Lärm eingehalten werden und damit eine Gesundheitsgefährdung ausgeschlossen wird.
lfd. Ident-Nr.: 376 Privat Stn-Id: 79		BE-ID: 176 • Zerstörung des Waldes bei der Errichtung der industriellen Windkraftanlagen plus Infrastruktur und in der Folge durch erhöhte Gefahr von Windbruch und Austrocknung • Mögliche Zerstörung von Teilen des Bannwaldes aufgrund zu	Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		geringer Abstände • Windpotentialkarte des TÜV SÜD weist zu hohe Windgeschwindigkeiten über Waldflächen und den Waldrändern aus	eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Insgesamt ist eine wertigkeitsunabhängige Bevorzugung von Gebieten im Offenland gegenüber Gebieten im Wald weder sachgerecht noch geboten. Die Windenergiepotenziale des Windatlas Baden-Württemberg (2019) stellen ein wichtiges Eignungskriterium für die Suche nach geeigneten Gebieten für die Windenergienutzung dar. Im Windatlas 2019 sind diese für ganz Baden-Württemberg berechnet und in einer Karte dargestellt. Die Maßeinheit für das Windenergiepotenzial ist die mittlere gekappte Windleistungsdichte in Watt pro Quadratmeter (W/m²). Es handelt sich um einen Durchschnittswert, der die Windgeschwindigkeit und die Windverteilung in Abhängigkeit der jeweiligen Luftdichte über das Jahr darstellt. Damit wird der zu erwartende Energieertrag am jeweiligen Standort beschrieben. Je höher der Wert, desto mehr Energieertrag ist zu erwarten. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, welche von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Der Windatlas Baden-Württemberg stützt sich auf punktuelle Daten und extrapoliert diese durch Simulationen flächendeckend auf das gesamte Landesgebiet. Es handelt sich damit um Simulationsergebnisse, die von den Rechenmethoden, Grundlagendaten und insbesondere der Kalibrierung an Messpukten abhängen. Deswegen kann es sein, dass sich die Daten des Windatlasses von den Ergebnissen konkreter Windmessungen vor Ort unterscheiden. Dennoch ist davon auszugehen, dass der Windatlas Baden-Württemberg die Windverhältnisse in der Region in Relation zueinander korrekt beschreibt und somit deutlich wird, wo Gebiete mit höchster und geringster Windleistungsdichte in einer Region liegen. Damit stellt der Windatlas von Baden-Württemberg eine wichtige und geeignete Planungsgrundlage für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dar. Tatsächliche Windmessungen werden erst zu einem späteren Zeitpunkt

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks vorgenommen, wenn die konkreten Anlagenstandorte bekannt sind. Projektierer nehmen zur Absicherung wirtschaftlicher Risiken in aller Regel immer konkrete Windmessungen – üblicherweise über den Zeitraum eines gesamten Kalenderjahres – vor. Damit liegen dann konkrete Messdaten vor, die exakter sind als dies allein über die Übernahme der Inhalte aus dem Windatlas leistbar wäre.
lfd. Ident-Nr.: 376 Privat Stn-Id: 79		BE-ID: 177 • Tötung von Vögeln und Fledermäusen	Auf die Abwägung zur BE ID 170 dieser Stellungnahme wird verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 376 Privat Stn-Id: 79		BE-ID: 178 • Gefährdung des Trinkwassers und der Heilquellen	Auf die Abwägung zur BE ID 171 dieser Stellungnahme wird verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 376 Privat Stn-Id: 79		BE-ID: 179 • Zerstörung des Landschaftsbildes	Die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfergebnisse werden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt.
lfd. Ident-Nr.: 376 Privat Stn-Id: 79		BE-ID: 180 • Optische Bedrängung aufgrund der immensen Größe der Anlagen	Die im Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 festgelegten Siedlungsabstände berücksichtigen den öffentlichen Belang einer optisch bedrängenden Wirkung gem. § 249 Abs. 10 BauGB umfassend.
lfd. Ident-Nr.: 376 Privat Stn-Id: 79		BE-ID: 181 • Wertverlust der Grundstücke bei Nachbarschaft zu einem Windkraft-Industriegebiet bis hin zur faktischen Unverkäuflichkeit (kalte Enteignung)	Auf die Abwägung zur BE ID 169 dieser Stellungnahme wird verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 376 Privat Stn-Id: 79		BE-ID: 182 • Bevölkerungsabwanderung und absterbende Gemeinden im ländlichen Bereich	Die Bevölkerungsentwicklung von Gemeinden und Gemeindeteilen ist von vielerlei Faktoren und Akteuren abhängig. Insbesondere die Ausstattung mit sozialer Infrastruktur (Schulen, Kinderbetreuung etc.) spielt dabei für

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			die Attraktivität eine wesentliche Rolle. Schrumpfende Gemeinden sind in allen Bundesländern unabhängig von der räumlichen Nähe zu Windenergieanlagen zu finden. Auch die Entwicklung des Handels und anderer örtlicher Gewerbebetriebe wird durch vielfältige Faktoren beeinflusst, die im Wesentlichen im Kaufverhalten der Kunden liegen. Unabhängig hiervon existieren verschiedene Untersuchungen zur regionalen Wertschöpfung und positiven Beschäftigungseffekten in Kommunen durch den Bau und Betrieb von Windenergieanlagen.
lfd. Ident-Nr.: 376 Privat Stn-Id: 79		BE-ID: 183 • Spaltung und Zerstörung von über Jahrhunderten hinweg gewachsenen Sozialgemeinschaften	Dieses Thema ist nicht Gegenstand der Anhörung. Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region zu betreiben. Die Möglichkeit zur räumlichen Steuerung soll genutzt und ein ungesteuerter Zustand vermieden werden. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg).
lfd. Ident-Nr.: 376 Privat Stn-Id: 79		BE-ID: 184 • Undemokratische Privilegierung Einzelner (Landbesitzer) nach BauGB §35, wodurch die betroffene Bevölkerung kein Mitspracherecht mehr hat • Wenige profitieren auf Kosten vieler	Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.
lfd. Ident-Nr.: 376 Privat Stn-Id: 79		BE-ID: 186 • Fragwürdiger Beitrag der Windkraft an der Energiewende, da nicht grundlastfähig	Der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch in Deutschland betrug im Jahr 2023 56 Prozent. Die Windenergie war dabei mit einem Anteil von 31 Prozent der wichtigste Energieträger für die deutsche Stromerzeugung und überstieg dabei den Anteil des Kohlestroms (Quelle: Statistisches Bundesamt). Die Windenergienutzung leistet einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende. Die genaue gesetzliche Ausgestaltung der Energiewende ist darüber hinaus nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung.
lfd. Ident-Nr.: 376 Privat Stn-Id: 79		BE-ID: 187 • Windkraft ohne Speichertechnologie macht keinen Sinn	Gemäß der Vorgaben des Bundes hat die Landesregierung Baden-Württemberg den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne auszuarbeiten. Maßgebliche Zielsetzung der vorliegenden Teilfortschreibung ist die Steuerung und raumordnerische Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen und damit die Umsetzung der o.g. Landesflächenziele. Der Ausbau erneuerbarer Energien und deren Speichermöglichkeiten sind wesentlicher Bestandteil der Energiewende. Die konkrete Entwicklung von Möglichkeiten zur Speicherung des erzeugten Stroms ist jedoch nicht Gegenstand dieses Verfahrens. Sie obliegt insbesondere dem jeweiligen Gesetzgeber auf europäischer, bundesdeutscher und landesweiter Ebene, der den entsprechenden gesetzlichen Rahmen setzt. Nach § 249a BauGB ist die Herstellung und Speicherung von Wasserstoff in den Vorranggebieten

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			für regionalbedeutsame Windenergieanlagen unter bestimmten Bedingungen möglich.
lfd. Ident-Nr.: 376 Privat Stn-Id: 79		BE-ID: 188 • Destabilisierung der Stromnetze mit der Gefahr partieller Blackouts	Gemäß den Vorgaben des Bundes hat die Landesregierung Baden-Württemberg damit den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne auszuarbeiten. Zielsetzung der vorliegenden Teilfortschreibung ist die Steuerung der Nutzung der Windenergie in der Region Ostwürttemberg. Der Netzausbau wird von den Übertragungsnetzbetreibern vorangetrieben, für die Verfahrensführung (Bundesfachplanung) ist in den meisten Fällen die Bundesnetzagentur, in den anderen Fällen die örtlich betroffene Landesbehörde (Regierungspräsidium) zuständig. Durch die Regionale Planungsoffensive besteht die Möglichkeit, dass Netzbetreiber die gleichzeitig in ganz Baden-Württemberg festgelegten Gebiete für Erneuerbare Energieanlagen als Planungsgrundlage für den Netzausbau nutzen können.
lfd. Ident-Nr.: 376 Privat Stn-Id: 79		BE-ID: 189 • Weiter steigende Strompreise	Auf die Abwägung zur BE ID 173 dieser Stellungnahme wird verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 376 Privat Stn-Id: 79		BE-ID: 190 • Kein Beitrag zur C02-Reduktion, obwohl inzwischen über 29.000 industrielle Windkraftanlagen errichtet worden sind.	Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.
lfd. Ident-Nr.: 376 Privat Stn-Id: 79		BE-ID: 191 • Problem der Entsorgung der Glasfaserverbundstoffe (Sondermüll) im Bereich der Flügel	Die Themen Recycling und Rückbau sind nicht Gegenstand der gegenwärtigen Teilfortschreibung, sondern betreffen die Genehmigungsebene. Nachdem eine Anlage außer Betrieb genommen wurde, sind die Betreiber verpflichtet, den Rückbau ordnungsgemäß durchzuführen und die Komponenten fachgerecht zu entsorgen. Der Ressourcenverbrauch für Windenergieanlagen ist im Vergleich zu anderen Stromerzeugungsarten vergleichsweise gering. Ein Recycling der Anlagenbestandteile wird nach dem Stand der Technik durchgeführt. Insofern ergeben sich aus den genannten Aspekten keine Rückwirkungen auf die räumliche Steuerung im Regionalplan.
lfd. Ident-Nr.: 377 Privat Stn-Id: 80	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 11 Windräder Giengen Gebietsbrief 68/1 und 68/2 „Hoher Stich" Stellungnahme Gebietsbrief 68/1 Der Kirnberg ist ein Naherholungsgebiet mit vielen Wanderwegen.(Mehrere Routen Rundwanderwege, zusätzlich Jakobsweg, Albschäferweg, Langstrecken-Wanderwegen des Albvereins) Auch sind hier touristisch ausgewiesene Nordic-Walking	Durch die Errichtung von Windenergieanlagen im Freiraum kann ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen (bspw. Naherholung) entstehen. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Strecken, sowie ein sehr gepflegter und immer wieder erneuerter Trimm-Dich-Pfad mit mehreren Kilometern Länge. Der Giengener Bevölkerung und den Urlaubsgästen wird all dies zerstört und genommen.	einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Darüber hinaus sind die Belange des Tourismus mittelbar (z.B. über Siedlungsflächen für die Erholung mit entsprechenden Umgebungsabständen, Bereiche mit sehr hoher Landschaftsbildqualität oder in höchstem Maße raumwirksame Kulturdenkmale, darunter auch UNESCO-Welterbestätten) als Ausschlusskriterien oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien in die Auswahl und Bewertung eingeflossen. Zudem sind entsprechende Aspekte über die Schutzgüter "Menschen und menschliche Gesundheit", „Kultur- und Sachgüter“ und "Landschaft" in die Strategische Umweltprüfung eingeflossen. Touristische Belange, sowie die Belange der Freizeit- und Erholungsnutzung wurden gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG einbezogen, wobei nach § 2

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde.
lfd. Ident-Nr.: 377 Privat Stn-Id: 80	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 12 Die Windräder würden an Naturschutz und Landschaftsschutzgebiet grenzen, an unsere schützenswerte Wacholderheide, mit Schafbeweidung. Durch den Mikroabrieb wird keine Schafbeweidung mehr stattfinden können, da die Partikel giftig sind.	Die konkrete Standortplanung ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene und damit auch nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung Windenergie 2025. An den Rotoren von Windenergieanlagen kommt es aufgrund von Umwelteinflüssen (UV-Strahlung, Wind, Temperaturwechsel u.a.) zu Erosion und in Folge zur Freisetzung von Mikroplastik, welches sich in der Umwelt ablagert. Nach einer Kurzinformation der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages (WD 8 - 3000 - 077/20 (8. Dezember 2020)) wird ein Maximalabtrag von ca. 1.400 t/a für alle ca. 31.000 Windkraftanlagen in Deutschland geschätzt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit liegt der tatsächliche Wert gem. IMES deutlich niedriger. Im Vergleich mit den vom Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik (UMSICHT) ermittelten Werte z.B. für Kunststoffemissionen in Form primären Mikroplastiks für Reifenabrieb (102.090 t/a) oder von Schuhsohlen (9.047 t/a) ist die Belastung durch Windenergieanlagen somit sehr gering Eine signifikante Erhöhung der Umweltbelastung durch Mikroplastik und eine Gesundheitsgefährdung des Menschen durch den Abrieb ist nicht belegt. Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind zudem nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Fragen der verwendeten Baustoffe werden im Vorhabenzulassungsverfahren für die konkret beabsichtigten Anlagen geprüft und nachgewiesen und ggfls. werden Auflagen festgesetzt. Die vorliegende Teilfortschreibung dient der Steuerung und raumordnerischen Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen sowie dem Erreichen des gesetzlich festgelegten Flächenbeitragswerts von 1,8 % der Regionsfläche für Windenergie an Land (s. Abschnitt 1 dieses Dokuments). Wenn dieser Flächenbeitragswert nicht erreicht wird, gelten nach Ablauf des jeweiligen Stichtags die Rechtsfolgen des § 249 Abs. 7 Baugesetzbuch, d.h. Windenergieanlagen wären im Außenbereich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 Baugesetzbuch privilegiert zulässig und Darstellungen in Flächennutzungsplänen, Ziele

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			der Raumordnung sowie sonstige Maßnahmen der Landesplanung könnten einem Vorhaben nach § 35 Absatz 1 Nummer 5, das der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dient, nicht entgegengehalten werden. Räumliche Steuerungsoptionen auf regionaler und kommunaler Ebene, wo Windenergieanlagen errichtet werden können, würden damit hinfällig. Die Steuerungswirkung der vorliegenden Teilfortschreibung ist damit unmittelbar vom Erreichen des Flächenbeitragswerts abhängig. Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie wurde eine sorgfältige Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG durchgeführt und das Gewicht jedes Belangs wurde angemessen berücksichtigt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Zudem ist es aus Sicht des Regionalverbands nicht sinnvoll, an die Abwägung Maßstäbe anzulegen, die zur Unterschreitung des Flächenziels führen, denn dann würde die oben beschriebene Steuerungswirkung des Regionalplans entfallen und dem Anliegen würde gar keine Rechnung mehr getragen werden.
lfd. Ident-Nr.: 377 Privat Stn-Id: 80	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 14 Die Windhöffigkeit ist sehr schlecht. Warum ein Kleinod an Wald zerstören, wo kein Wind weht?	Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung und damit der Flächensicherung gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Berücksichtigung der mittleren gekappten Windleistungsdichte bei den Planungskriterien dient der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Im Ergebnis stellt der Windatlas eine für die Region Ostwürttemberg durchschnittlich gute bis sehr gute Windleistungsdichten dar und bescheinigt ihr damit eine grundsätzliche Eignung für die Windenergienutzung. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen). Dem Regionalverband wurde für das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" (Teilgebiet 1), welches laut Windatlas einer geringeren Windhöffigkeit (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) unterliegt, ein rechnerischer Nachweis vorgelegt, welcher eine höhere Windhöffigkeit belegt, als im Windatlas dargestellt ist. Dieser Nachweis und die Interessensbekundung der Stadt Giengen zum Gebiet belegen die faktische und wirtschaftliche Umsetzbarkeit von Windenergievorhaben und das konkrete Umsetzungsinteresse in diesem Gebiet (Teilfläche 1). Damit wird das benannte Vorranggebiet als

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			vollziehbar gewertet. Da für die südöstliche Teilfläche (2) des Vorranggebiets 68 kein Nachweis vorgelegt wurde, wird die Teilfläche im Zuge des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weiterverfolgt.
lfd. Ident-Nr.: 377 Privat Stn-Id: 80	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 15 Wie passt das zur Tourismusoffensive Brenz-Kocher-Region durch den Regionalverband in 2021?	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg). Im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 sind die Belange des Tourismus mittelbar (z.B. über Siedlungsflächen für die Erholung mit entsprechenden Umgebungsabständen, Bereiche mit sehr hoher Landschaftsbildqualität oder in höchstem Maße raumwirksame Kulturdenkmale, darunter auch UNESCO-Welterbestätten) als Ausschlusskriterien oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien in die Auswahl und Bewertung eingeflossen. Zudem sind entsprechende Aspekte über die Schutzgüter "Menschen und menschliche Gesundheit", „Kultur- und Sachgüter“ und "Landschaft" in die Strategische Umweltprüfung eingeflossen. Touristische Belange, sowie die Belange der Freizeit- und Erholungsnutzung wurden gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG einbezogen, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde.
lfd. Ident-Nr.: 377 Privat Stn-Id: 80	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 16 Gebietsbrief 68/2 Das Windrad soll auf einer sumpfigen Wiese gebaut werden. Der ganze Bereich ist ein Naturbiotop (Riedle). Dies ist aus Artenschutzgründen nicht vertretbar. Hier lebt der schützenswerte Milan. Der Bereich um das Windrad herum ist weiträumig als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. Der Regionalverband will solche Bereiche ja ausdrücklich schützen!	Hinweis: Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Im Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 sind besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz)

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Der Hinweis zum Lebensraum des Milans wird zur Kenntnis genommen. Die landesweite Planungshilfe für die Regionalplanung zur Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung („Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ der LUBW, 2022) wurde bei der Konzepterstellung und Festlegung von Vorranggebieten im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt. Damit erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" liegt nicht innerhalb von Schwerpunktvorkommen der Kategorie A oder B des Fachbeitrags. Die Arten Rot- und Schwarzmilan sind über die kategorisierten Schwerpunktvorkommen des o.g. „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ bereits berücksichtigt. Die eingebrachten Informationen bewegen sich im Rahmen der Annahmen, die im Fachbeitrag zum Verhältnis der kategorisierten Schwerpunkträume zu

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			den tatsächlichen Artvorkommen getroffen wurden. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes auf Projektebene (im nachgelagerten Verfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Auf der nachgelagerten Planungsebene können zudem Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen umgesetzt werden. Zum Thema Landschaftsschutzgebiete: Landschaftsschutzgebiete wie das angesprochene Landschaftsschutzgebiet "Irpfel mit Bernauer Feld, Rechberg, Läutenberg, Kürnberg, Schießberg, Heideflächen im Hölletal" sind im Plankonzept der vorliegenden Teilfortschreibung als im Einzelfall zu prüfendes Kriterium festgelegt (vgl. Kriterienkatalog). Das genannte Schutzgebiet auf Gemarkung Giengen wird durch das geplante Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" nicht tangiert. Darüber hinaus sind die Landschaftsschutzgebiete gem. §26 (3) BNatSchG derzeit* grundsätzlich für die Windenergienutzung geöffnet. *Flächenbeitragswerte nach Anlage 1 Spalte 2 des WindBG wurden noch nicht festgestellt (vgl. §5 WindBG). Nach Feststellung der erforderlichen Flächenziele gilt die Öffnung nur für Standorte in Windenergiegebieten nach §2 Nr. 1 WindBG.
lfd. Ident-Nr.: 377 Privat Stn-Id: 80	Kapitel 4.2.2 VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 17 Daher muß das Projekt "Hoher Stich" tabu sein!	Wird zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst / reduziert.
lfd. Ident-Nr.: 378 Privat Stn-Id: 81		BE-ID: 192 um später mein Klagerecht zu wahren, lege ich hiermit meinen Einspruch gegen die geplanten industriellen Windkraftanlagen in der Region Ostwürttemberg ein. Begründung: • Windkraftanlagen verursachen hörbaren Lärm, Infraschall sowie Schattenschlag, die in der derzeitigen Genehmigungspraxis nicht ausreichend berücksichtigt werden. Ich befürchte negative Auswirkungen auf meine Gesundheit, wie sie im Umfeld von Windkraftanlagen bereits nachgewiesen worden sind, darunter Schlafstörungen, Schwindel, Übelkeit, Kopfschmerzen, Konzentrationsschwierigkeiten, Herzrasen, Tinnitus, Angstzustände, Depressionen usw.	Hinweis: Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Die Aufstellung des Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für Ihre

Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen.

Im Einzelnen zu den in der Stellungnahme aufgeführten Themen:
Schall:
Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Anlagentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.

Infraschall:
Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz schreibt zum Thema Infraschall durch Windenergieanlagen unter https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/FAQ/Windenergie/faq-windenergie.html (Stand Juli 2024): „Infraschall-Töne unterhalb einer Frequenz von 20 Hertz - ist alltäglicher und überall präsenter Bestandteil unserer

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Lebenswelt. Er geht von einer Vielzahl sowohl natürlicher als auch technischer Quellen aus. Natürliche Quellen sind z. B. Wind, Gewitter, Meeresdünung und Vulkane sowie Meteoriten. Zudem gibt es zahlreiche künstliche und technische Infraschall-Quellen wie z. B. Klima- und Lüftungsanlagen, Umspannwerke, Kraftfahrzeuge, Lautsprechersysteme, Kühlschränke und Windenergieanlagen. Die Intensität des Infraschalls von Windenergieanlagen (sog. Schalldruckpegel) ist so gering, dass sie bereits in wenigen hundert Meter Entfernung deutlich unterhalb der menschlichen Wahrnehmbarkeitsgrenze liegt. In den meisten Fällen wird der Infraschall außerdem von natürlichen anderen Geräuschen überdeckt. So haben auch wissenschaftliche Studien bislang keinen Nachweis erbracht, dass der von Windenergieanlagen ausgehende Infraschall eine schädliche Wirkung auf die menschliche Gesundheit hat.“ Das Umweltbundesamt (UBA) kommt zu dem Schluss, dass es keine Evidenz dafür gibt, dass durch Infraschall von Windenergieanlagen gesundheitliche Beeinträchtigungen verursacht werden. Nach heutigem Stand der Forschung ist die Belastung mit Infraschall durch Windenergieanlagen im Vergleich zu anderen Quellen von Infraschall natürlichen oder technischen Ursprungs (Heizungsanlage, Kühlschrank, Straßenverkehr oder Gewitter) zudem gering. Das belegt beispielsweise eine Messkampagne der Landesanstalt für Umwelt (LUBW) zwischen 2013 und 2015. Diese untersuchten tieffrequente Geräusche ab 1 Hz. in der näheren Umgebung von Windkraftanlagen sowie in urbanen und ländlichen Räumen. Die Untersuchung stellt, wie das UBA, unterschiedlichen Quellen und die Omnipräsenz von Infraschall im Alltag fest. Windkraftanlagen leisteten hierzu aber keinen wesentlichen Beitrag da deren Pegel schon in 300 m Entfernung zur Windkraftanlage deutlich unterhalb der Wahrnehmungsgrenze liegt. (Tieffrequente Geräusche inkl. Infraschall von Windkraftanlagen und anderen Quellen – Bericht über Ergebnisse des Messprojektes 2013-2015, LUBW 2016: https://pudi.lubw.de/detailseite/-/publication/84558). Das Landesamt für Umwelt Bayern (LfU 2022) kommt in einer neueren Studie ebenfalls zum Schluss, dass bereits viele sorgfältige, wissenschaftliche Studien zum Infraschall rund um Windenergieanlagen vorliegen. In ihnen aber keine schädlichen Wirkungen auf den Menschen gefunden werden, denn die Pegel in der Umgebung (Immissionen) lägen stets deutlich unterhalb der Hör- und Wahrnehmungsschwelle – und für diesen Bereich wurden bisher keine gesundheitlichen Wirkungen nachgewiesen. (https://www.lfu.bayern.de/buerger/doc/uw_117_windkraftanlagen_infraschall_gesundheit.pdf)Um den aktuellen Kenntnisstand zu Infraschall von Windenergieanlagen zu festigen und zu erweitern, beobachten das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und das Umweltbundesamt kontinuierlich die Entwicklung wissenschaftlicher Studien. Damit ist sichergestellt, dass neue Entwicklungen und gesicherte Erkenntnisse frühzeitig bekannt werden (vgl. vgl.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/4031/publikationen/umid_01-2021-infraschall.pdf). Bereits mehrere Gerichte haben sich mit dem Thema Infraschall beschäftigt und unterstützen die obenstehenden Ausführungen. So stellt das Oberverwaltungsgericht Münster zusammenfassend fest: „Die Rechtsprechung des Senats und anderer Obergerichte geht davon aus, dass Infraschall – wie auch tieffrequenter Schall – durch Windenergieanlagen nach dem bisherigen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse grundsätzlich nicht zu Gesundheitsgefahren führt“ Quelle: OVG Münster (8. Senat), Urteil vom 22. November 2021 – 8A 973/15. Pathogene Effekte durch von Windkraftanlagen abgegebene Luftdruckpulse sind weder bekannt noch belegt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Die Berücksichtigung von Infraschall auf Ebene der Regionalplanung bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie ist daher weder erforderlich noch geboten. Schattenschlag: Windenergieanlagen führen bei klaren Wetterbedingungen durch den bewegten Anlagenrotor zu optischen Immissionen und können dadurch als Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die Beurteilung der derzeitigen Genehmigungspraxis ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung. Bedenken hinsichtlich negativer Auswirkungen auf die Gesundheit: Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung zwischen dem Interesse der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Windenergienutzung und entgegenstehenden räumlichen Nutzungsansprüchen bzw. -interessen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Der wissenschaftliche Konsens weist auf, dass durch Windenergieanlagen mit Schutzabständen zur Wohnbebauung keine allgemeine Gesundheitsgefahr gegeben ist. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung des Schutzgutes Mensch, insbesondere der menschlichen Gesundheit, wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch auf. Die berücksichtigten Ausschluss- und Konfliktkriterien hinsichtlich des Schutzgutes Mensch sind angesichts der Maßgaben des § 2 EEG auf regionaler Planungsebene ausreichend. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen eingegrenzt und im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) detailliert geprüft. Dabei werden sowohl Schallemissionen als auch andere potenziell schädliche Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 378 Privat Stn-Id: 81		BE-ID: 193 • Durch die sehr geringen Abstände zur Wohnbebauung ist der Wert von Wohnimmobilien in der Nähe von Windindustriegebieten sehr gefährdet. Ich befürchte Wertminderungen von Immobilien bis hin zur Unverkäuflichkeit.	Die Teilfortschreibung dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Beurteilung des Immobilienwertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob Wertminderungen durch Windenergieanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls, insbesondere im Falle eines tatsächlichen Verkaufs der Immobilie ab. Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass der Wert und die Preisentwicklung von Immobilien von ökonomischen und demografischen Einflüssen dominiert werden und nicht von Windenergieanlagen. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es im

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kaum möglich, den Anstieg oder den Rückgang des Verkehrswertes eines bebauten oder unbebauten Grundstücks auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen (s. Landtag von Baden-Württemberg (2019): Kleine Anfrage des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Wertminderung von Immobilien infolge von Windkraftanlagen II (Drucksache 16 / 5820), 26. Februar 2019, Stuttgart (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5820_D.pdf).Daher und wegen des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ist es aus Sicht des Regionalverbands weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen.
lfd. Ident-Nr.: 378 Privat Stn-Id: 81		BE-ID: 194 • Windindustrieanlagen sind eine große Gefahr für Vögel, die die Geschwindigkeit der Rotoren nicht einschätzen können, und für Fledermäuse, denen durch den Luftdruck die Lungen platzen. Ich befürchte, dass auch geschützte Arten Opfer der Windkraftanlagen werden und deren Fortbestand gefährdet ist.	Hinsichtlich der artenschutzfachlichen Belange wird auf das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 verwiesen, welches diese Belange umfassend und gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie der verbindlichen Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Insbesondere durch die Anwendung des o.g. Fachbeitrags Artenschutz erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes auf der genannten Planungsebene, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes im nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 378 Privat Stn-Id: 81		BE-ID: 195 • Windkraftanlagen können bei Unfällen Trinkwasser und Heilquellen verschmutzen. Ich befürchte, dass die Trinkwasserversorgung gefährdet wird.	Aspekte des Boden- und Wasserschutzes wurden bei der vorliegenden Teilfortschreibung mittels Planungskriterien sowie in der Umweltprüfung berücksichtigt. So werden beispielsweise Wasserschutzgebiete der Zone I als Ausschlussbereiche für Windenergiegebiete definiert. Des Weiteren ist nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Die angesprochenen Aspekte (Unfälle bei Windenergieanlagen) sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 378 Privat Stn-Id: 81		BE-ID: 197 Windkraftanlagen können in unserer Region mit niedrigen Windgeschwindigkeiten trotz Subventionen wahrscheinlich nicht kostendeckend arbeiten. Deshalb befürchte ich bei Insolvenzen der Betreiberfirmen, dass die Kosten des Abbaus der Anlagen aus Steuergeldern der Bevölkerung getragen werden müssen.	Die Finanzierung des Rückbaus wird im Vorhabenzulassungsverfahren abgesichert und ist nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Rückbauverpflichtungen des Windenergieanlagenbetreibers sind fester Bestandteil des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung), die vor Genehmigungserteilung nachgewiesen werden müssen. Insofern ergeben sich aus dem Aspekt keine Rückwirkungen auf die räumliche Steuerung der Nutzung der Windenergie in der Region.
lfd. Ident-Nr.: 378 Privat Stn-Id: 81		BE-ID: 198 • Da Windenergieanlagen von allen Bürgern über Zwangsabgaben im Rahmen der Stromrechnung bezahlt werden, erzielt die Windindustrie ihre Profite auf Kosten der breiten Bevölkerung. Außerdem werden die Zuschüsse für die Windindustrie durch den weiteren Zubau von Anlagen voraussichtlich weiter steigen. Ich befürchte, dass Strom für ärmere Menschen unbezahlbar wird und die Umverteilung von unten nach oben zu sozialen Spannungen führt.	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die o.g. gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Des Weiteren ist die Umsetzung der Energiewende gesellschaftspolitischer Konsens sowie Beschlusslage sowohl im Deutschen Bundestag als auch im Landtag von Baden-Württemberg. Sie hat überdies Eingang in zahlreiche europäische, nationale und landesgesetzliche Vorgaben gefunden. Die vorliegende Planung setzt diese Vorgaben um. Grundsätzliche Betrachtungen über die Ausgestaltung des Strommarktes sowie finanzieller Anreize sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens, sondern wären im Zuge möglicher Gesetzesänderungen von den jeweiligen Gesetzgebern vorzunehmen.
lfd. Ident-Nr.: 378 Privat Stn-Id: 81		BE-ID: 199 Weitere Gründe: • Mindestabstand zu Wohnsiedlungen (1 Km) ist viel zu gering, gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung kann somit nicht ausgeschlossen werden (mindestens 2 Km zu Wohnsiedlungen)	Die im Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 festgelegten Siedlungsabstände berücksichtigen den öffentlichen Belang einer optisch bedrängenden Wirkung gem. § 249 Abs. 10 BauGB umfassend. Darüber hinaus ist die Festlegung eines größeren Siedlungsabstandes (>1.000 m) im Plankonzept der genannten Teilfortschreibung und auf regionaler Planungsebene gem. § 249 Abs. 9 BauGB nicht möglich.
lfd. Ident-Nr.: 378 Privat Stn-Id: 81		BE-ID: 200 • In der Nähe liegende öffentliche Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Pflegeeinrichtungen, und Krankenhäuser und die hier zu erwartenden Störungen und gesundheitlichen Beeinträchtigungen bis hin zu Schädigungen	Die einzuhaltenden Lärmimmissionen sind gesetzlich geregelt. Die Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (kurz TA Lärm) beinhaltet Immissionsrichtwerte für verschiedene Siedlungsgebiete (bspw. Wohngebiet, Mischgebiet, u.a.). Die TA Lärm dient dem Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			durch Geräusche sowie der Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch Geräusche und differenziert nach den in den Baugebietstypen zulässigen Immissionen. Die pauschalen Umgebungsabstände zu Siedlungen in der vorliegenden Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigen diese einzuhaltenden Lärmimmissionen. Die tatsächliche Einhaltung dieser Werte wird jedoch auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) behandelt, wenn mit einer Projektplanung Angaben zur Anzahl, zu Standorten und Anlagentypen bekannt sind. Der Betreiber muss hierbei den Nachweis führen, dass die Grenzwerte der TA Lärm eingehalten werden und damit eine Gesundheitsgefährdung ausgeschlossen wird.
lfd. Ident-Nr.: 378 Privat Stn-Id: 81		BE-ID: 201 • Zerstörung des Waldes bei der Errichtung der industriellen Windkraftanlagen plus Infrastruktur und in der Folge durch erhöhte Gefahr von Windbruch und Austrocknung • Mögliche Zerstörung von Teilen des Bannwaldes aufgrund zu geringer Abstände • Windpotentialkarte des TÜV SÜD weist zu hohe Windgeschwindigkeiten über Waldflächen und den Waldrändern aus	Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Insgesamt ist eine wertigkeitsunabhängige Bevorzugung von Gebieten im Offenland gegenüber Gebieten im Wald weder sachgerecht noch geboten. Die Windenergiepotenziale des Windatlas Baden-Württemberg (2019) stellen ein wichtiges Eignungskriterium für die Suche nach geeigneten Gebieten für die Windenergienutzung dar. Im Windatlas 2019 sind diese für ganz Baden-Württemberg berechnet und in einer Karte dargestellt. Die Maßeinheit für das Windenergiepotenzial ist die mittlere gekappte Windleistungsdichte in Watt pro Quadratmeter (W/m²). Es handelt sich um einen Durchschnittswert, der die Windgeschwindigkeit und die Windverteilung in Abhängigkeit der jeweiligen Luftdichte über das Jahr

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			darstellt. Damit wird der zu erwartende Energieertrag am jeweiligen Standort beschrieben. Je höher der Wert, desto mehr Energieertrag ist zu erwarten. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, welche von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Der Windatlas Baden-Württemberg stützt sich auf punktuelle Daten und extrapoliert diese durch Simulationen flächendeckend auf das gesamte Landesgebiet. Es handelt sich damit um Simulationsergebnisse, die von den Rechenmethoden, Grundlagendaten und insbesondere der Kalibrierung an Messpukten abhängen. Deswegen kann es sein, dass sich die Daten des Windatlasses von den Ergebnissen konkreter Windmessungen vor Ort unterscheiden. Dennoch ist davon auszugehen, dass der Windatlas Baden-Württemberg die Windverhältnisse in der Region in Relation zueinander korrekt beschreibt und somit deutlich wird, wo Gebiete mit höchster und geringster Windleistungsdichte in einer Region liegen. Damit stellt der Windatlas von Baden-Württemberg eine wichtige und geeignete Planungsgrundlage für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dar. Tatsächliche Windmessungen werden erst zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks vorgenommen, wenn die konkreten Anlagenstandorte bekannt sind. Projektierer nehmen zur Absicherung wirtschaftlicher Risiken in aller Regel immer konkrete Windmessungen – üblicherweise über den Zeitraum eines gesamten Kalenderjahres – vor. Damit liegen dann konkrete Messdaten vor, die exakter sind als dies allein über die Übernahme der Inhalte aus dem Windatlas leistbar wäre.
lfd. Ident-Nr.: 378 Privat Stn-Id: 81		BE-ID: 202 • Tötung von Vögeln und Fledermäusen	Auf die Abwägung zur BE ID 194 dieser Stellungnahme wird verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 378 Privat Stn-Id: 81		BE-ID: 203 • Gefährdung des Trinkwassers und der Heilquellen	Auf die Abwägung zur BE ID 195 dieser Stellungnahme wird verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 378 Privat Stn-Id: 81		BE-ID: 204 • Zerstörung des Landschaftsbildes	Die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfergebnisse werden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt.
lfd. Ident-Nr.: 378 Privat Stn-Id: 81		BE-ID: 205 • Optische Bedrängung aufgrund der immensen Größe der Anlagen	Die im Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 festgelegten Siedlungsabstände berücksichtigen den öffentlichen Belang einer optisch bedrängenden Wirkung gem. § 249 Abs. 10 BauGB umfassend.
lfd. Ident-Nr.: 378 Privat Stn-Id: 81		BE-ID: 206 • Wertverlust der Grundstücke bei Nachbarschaft zu einem Windkraft-Industriegebiet bis hin zur faktischen Unverkäuflichkeit (kalte Enteignung)	Auf die Abwägung zur BE ID 193 dieser Stellungnahme wird verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 378 Privat Stn-Id: 81		BE-ID: 207 • Bevölkerungsabwanderung und absterbende Gemeinden im ländlichen Bereich	Die Bevölkerungsentwicklung von Gemeinden und Gemeindeteilen ist von vielerlei Faktoren und Akteuren abhängig. Insbesondere die Ausstattung mit sozialer Infrastruktur (Schulen, Kinderbetreuung etc.) spielt dabei für die Attraktivität eine wesentliche Rolle. Schrumpfende Gemeinden sind in allen Bundesländern unabhängig von der räumlichen Nähe zu Windenergieanlagen zu finden. Auch die Entwicklung des Handels und anderer örtlicher Gewerbebetriebe wird durch vielfältige Faktoren beeinflusst, die im Wesentlichen im Kaufverhalten der Kunden liegen. Unabhängig hiervon existieren verschiedene Untersuchungen zur regionalen Wertschöpfung und positiven Beschäftigungseffekten in Kommunen durch den Bau und Betrieb von Windenergieanlagen.
lfd. Ident-Nr.: 378 Privat Stn-Id: 81		BE-ID: 208 • Spaltung und Zerstörung von über Jahrhunderten hinweg gewachsenen Sozialgemeinschaften	Dieses Thema ist nicht Gegenstand der Anhörung. Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region zu betreiben. Die Möglichkeit zur räumlichen Steuerung soll genutzt und ein ungesteuerter Zustand vermieden werden. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg).
lfd. Ident-Nr.: 378 Privat Stn-Id: 81		BE-ID: 209 • Undemokratische Privilegierung Einzelner (Landbesitzer) nach BauGB §35, wodurch die betroffene Bevölkerung kein Mitspracherecht mehr hat • Wenige profitieren auf Kosten vieler	Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.
lfd. Ident-Nr.: 378 Privat Stn-Id: 81		BE-ID: 211 • Fragwürdiger Beitrag der Windkraft an der Energiewende, da nicht grundlastfähig	Der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch in Deutschland betrug im Jahr 2023 56 Prozent. Die Windenergie war dabei mit einem Anteil von 31 Prozent der wichtigste Energieträger für die deutsche Stromerzeugung und überstieg dabei den Anteil des Kohlestroms (Quelle: Statistisches Bundesamt). Die Windenergienutzung leistet einen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			entscheidenden Beitrag zur Energiewende. Die genaue gesetzliche Ausgestaltung der Energiewende ist darüber hinaus nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung.
lfd. Ident-Nr.: 378 Privat Stn-Id: 81		BE-ID: 212 • Windkraft ohne Speichertechnologie macht keinen Sinn	Gemäß der Vorgaben des Bundes hat die Landesregierung Baden-Württemberg den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne auszuarbeiten. Maßgebliche Zielsetzung der vorliegenden Teilfortschreibung ist die Steuerung und raumordnerische Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen und damit die Umsetzung der o.g. Landesflächenziele. Der Ausbau erneuerbarer Energien und deren Speichermöglichkeiten sind wesentlicher Bestandteil der Energiewende. Die konkrete Entwicklung von Möglichkeiten zur Speicherung des erzeugten Stroms ist jedoch nicht Gegenstand dieses Verfahrens. Sie obliegt insbesondere dem jeweiligen Gesetzgeber auf europäischer, bundesdeutscher und landesweiter Ebene, der den entsprechenden gesetzlichen Rahmen setzt. Nach § 249a BauGB ist die Herstellung und Speicherung von Wasserstoff in den Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen unter bestimmten Bedingungen möglich.
lfd. Ident-Nr.: 378 Privat Stn-Id: 81		BE-ID: 213 • Destabilisierung der Stromnetze mit der Gefahr partieller Blackouts	Gemäß den Vorgaben des Bundes hat die Landesregierung Baden-Württemberg damit den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne auszuarbeiten. Zielsetzung der vorliegenden Teilfortschreibung ist die Steuerung der Nutzung der Windenergie in der Region Ostwürttemberg. Der Netzausbau wird von den Übertragungsnetzbetreibern vorangetrieben, für die Verfahrensführung (Bundesfachplanung) ist in den meisten Fällen die Bundesnetzagentur, in den anderen Fällen die örtlich betroffene Landesbehörde (Regierungspräsidium) zuständig. Durch die Regionale Planungsoffensive besteht die Möglichkeit, dass Netzbetreiber die gleichzeitig in ganz Baden-Württemberg festgelegten Gebiete für Erneuerbare Energieanlagen als Planungsgrundlage für den Netzausbau nutzen können.
lfd. Ident-Nr.: 378 Privat Stn-Id: 81		BE-ID: 214 • Weiter steigende Strompreise	Auf die Abwägung zur BE ID 198 dieser Stellungnahme wird verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 378 Privat Stn-Id: 81		BE-ID: 215 • Kein Beitrag zur C02-Reduktion, obwohl inzwischen über 29.000 industrielle Windkraftanlagen errichtet worden sind.	Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.
lfd. Ident-Nr.: 378 Privat Stn-Id: 81		BE-ID: 216 • Problem der Entsorgung der Glasfaserverbundstoffe (Sondermüll) im Bereich der Flügel	Die Themen Recycling und Rückbau sind nicht Gegenstand der gegenwärtigen Teilfortschreibung, sondern betreffen die Genehmigungsebene. Nachdem eine Anlage außer Betrieb genommen wurde, sind die Betreiber verpflichtet, den Rückbau ordnungsgemäß

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			durchzuführen und die Komponenten fachgerecht zu entsorgen. Der Ressourcenverbrauch für Windenergieanlagen ist im Vergleich zu anderen Stromerzeugungsarten vergleichsweise gering. Ein Recycling der Anlagenbestandteile wird nach dem Stand der Technik durchgeführt. Insofern ergeben sich aus den genannten Aspekten keine Rückwirkungen auf die räumliche Steuerung im Regionalplan.
lfd. Ident-Nr.: 379 Privat Stn-Id: 83	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 228 Windräder 68/ I Hier sind Horste von SCHWARZ-Milanen. Diese sind höchst selten und in hohem Maße schützenswert.	Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Der Hinweis auf Schwarzmilan-Horste wird zur Kenntnis genommen. Die landesweite Planungshilfe für die Regionalplanung zur Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung („Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ der LUBW, 2022) wurde bei der Konzepterstellung und Festlegung von Vorranggebieten im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt. Damit erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" liegt nicht innerhalb von Schwerpunktvorkommen der Kategorie A oder B des Fachbeitrags. Die in der Stellungnahme genannte Art Schwarzmilan ist über die kategorisierten Schwerpunktvorkommen des o.g. „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ bereits berücksichtigt. Die eingebrachten Informationen bewegen sich im Rahmen der Annahmen, die im Fachbeitrag zum Verhältnis der kategorisierten Schwerpunkträume zu den tatsächlichen Artvorkommen getroffen wurden. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes auf Projektebene (im nachgelagerten Verfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Auf der nachgelagerten Planungsebene können zudem Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen umgesetzt werden.
lfd. Ident-Nr.: 379 Privat Stn-Id: 83	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 229 Die Windräder liegen in der Einflugschneise des Flugplatzes Irpfel. Dieser ist nicht lediglich ein Segelflugplatz mit Flugschule, sondern er	Hinsichtlich der Anmerkung zu den "Windrädern" wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der vorliegenden Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) Vorranggebiete für regionalbedeutsame

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		ist ein VERKEHRS-Flugplatz, Hier wird wohl das Militär die Entscheidungshoheit haben müssen.	Windenergieanlagen festgelegt werden. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Die im Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 festgelegten Schutzabstände zu Flugplätzen und weitere Belange der Flugsicherheit wurden bei der Festlegung des Vorranggebiets 68 "Giengen an der Brenz" sachgerecht berücksichtigt (vgl. auch Kriterienkatalog). Auch die Belange der Bundeswehr sind umfassend berücksichtigt. Darüber hinaus erfolgte nach der 1. Anhörung der vorliegenden Teilfortschreibung eine Abstimmung mit der zuständigen Luftfahrtbehörde, um potenziell betroffene luftfahrtrechtliche Belange zu prüfen und Lösungsmöglichkeiten zu erörtern. Für den in der Stellungnahme genannten Flugplatz konnte durch die vorliegende Planung keine erhebliche Beeinträchtigung festgestellt werden (vgl. auch Stellungnahme des Regierungspräsidiums Stuttgart (Ident-Nr.: 187)). Die Prüfung von Abständen für konkrete Bauvorhaben erfolgt in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 379 Privat Stn-Id: 83	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 230 Die Windräder liegen im Naherholungsgebiet Kirnberg und grenzen an Natur- und Landschaftsschutzgebiet.	Hinsichtlich der Anmerkung zu den "Windrädern" wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der vorliegenden Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt werden. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Die angesprochenen Schutzgebiete werden durch das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" nicht tangiert. Allerdings kann durch die Errichtung von Windenergieanlagen im Freiraum ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen (z.B. Naherholung) entstehen. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 379 Privat Stn-Id: 83	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 232 Die Windräder kommen lediglich wegen Abstandsverkürzung auf 750m zustande, obwohl vom Regionalverband 1000m empfohlen sind, um gerade solche Naherholungsgebiete zu schützen.	Wie in den Abwägungen zu den BE IDs 228 bis 230 zu dieser Stellungnahme bereits dargelegt, ist die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Hinsichtlich des Kriteriums Siedlungsabstand hat die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg den Kommunen die Verringerung des regionalen Planungskriteriums "1.000m Umgebungsabstand" auf 750m eingeräumt, wenn dies mit einem Gemeinderatsbeschluss belegt werden kann. Das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" wurde nach Vorlage des Beschlusses des Gemeinderats Giengen zur Verringerung des Siedlungsabstandes auf 750m mit einem Abstand zu wohngenutzten Einzelgehöften im Außenbereich von 750m festgelegt. Dies entspricht dem Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 (s.o.), welches von der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg am 15.12.2023 beschlossen wurde. Darüber hinaus ist die Aussage, dass ein 1.000m-Siedlungsabstand zum

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Schutz von Naherholungsgebieten festgelegt wurde, nicht zutreffend.
lfd. Ident-Nr.: 379 Privat Stn-Id: 83	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 233 Der Wald mit seiner Funktion für CO2 Reduktion und Kühlung wird zerstört.	Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Auf das Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff. wird hingewiesen. Weiterhin besteht für die Inanspruchnahme der Waldflächen das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung. Zur CO2-Bilanz von Windenergieanlagen: 0,4 bis 0,5 ha Wald nimmt rund 2,2 bis 2,75 Tonnen CO2 pro Jahr auf (Umweltbundesamt 2021a/b: 2). Dagegen steht die jährliche CO2-Vermeidung einer Windenergieanlage von 4.200 Tonnen. Die CO2-Einsparung durch Windenergieanlagen ist somit um ein Vielfaches höher (Umweltbundesamt 2021a: 2). Quellen: Umweltbundesamt 2021a: Themenpapier.- Windenergie im Wald; Umweltbundesamt 2021b: Themenpapier.- Ökobilanz der Windenergieanlagen an Land
lfd. Ident-Nr.: 379 Privat Stn-Id: 83	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 234 Windrad 68/2 Nachgewiesene Milan-Horste	Hinsichtlich der Anmerkung zum "Windrad" wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der vorliegenden Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt werden. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Der Hinweis auf Milan-Horste wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Die landesweite Planungshilfe für die Regionalplanung zur Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung („Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ der LUBW, 2022) wurde bei der Konzepterstellung und Festlegung von Vorranggebieten im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt. Damit erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" liegt nicht innerhalb von Schwerpunktvorkommen der Kategorie A oder B des Fachbeitrags. Die Arten Rot- und Schwarzmilan sind über die kategorisierten Schwerpunktvorkommen des o.g. „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ bereits berücksichtigt. Die eingebrachten Informationen bewegen sich im Rahmen der Annahmen, die im Fachbeitrag zum Verhältnis der kategorisierten Schwerpunkträume zu den tatsächlichen Artvorkommen getroffen wurden. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes auf Projektebene (im nachgelagerten Verfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Auf der nachgelagerten Planungsebene können zudem Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen umgesetzt werden.
lfd. Ident-Nr.: 379 Privat Stn-Id: 83	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 235 68/1 und 68/2 Hier ist ein Waldkindergarten, der erst vor kurzem eröffnet wurde. Hier ist auf Privatinitiative der Besitzerfamilie des Schratenhofes mit großer Investition und viel Einsatz ein wunderbares Terrain für Kinder geschaffen worden. Der Kindergarten erfreut sich großer Beliebtheit und ist zur Sicherung der Anzahl von Kinderbetreuungsplätzen in Giengen dringend notwendig. Es sind dort Aufenthaltsplätze für die Kinder geschaffen worden an verschiedenen Stellen des Waldes. Diese sind, wenn die Windräder kommen, nicht mehr zu benützen und der ganze Waldkindergarten kann zumachen. (Schwerfahrzeuge über Jahre, Eisschlag, und permanenter Infraschall)	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Der Waldkindergarten im Bereich des Schratenhofs inkl. des Umgebungsabstandes (1.000m) zu den Aufenthalts- und Spielbereichen wurde nachgeführt und bei der Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs berücksichtigt. Die durch den nachgeführten Umgebungsabstand tangierten Bereiche des Vorranggebiets 68 "Giengen an der Brenz" wurden ausgeschnitten. Das Vorranggebiet 68 wird - mit entsprechend angepasstem / reduziertem Gebietszuschnitt - im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 379 Privat Stn-Id: 83	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 236 Ich bitte dies bei ihren Entscheidungen abzuwägen und zu berücksichtigen. Ohne unseren Kirnberg hätten wir CORONA nicht überstanden. Ein solches Naherholungsgebiet ist für eine Stadt dringend nötig.	Die Hinweise und Anregungen werden zur Kenntnis genommen. Auf die Abwägung zur BE ID 230 dieser Stellungnahme wird verwiesen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 384 Privat Stn-Id: 89	VRG 65 Schönbühl	BE-ID: 237 ich [...] lege Einspruch ein für das Windenergieplan 65 . Das Gebiet liegt in der Nähe eines Segelfluggelände und stellt einen besonderen Sicherheitsbereich für anfliegende Segelflugzeuge dar.	Wird zur Kenntnis genommen. Die im Plankonzept (Kriterienkatalog) verankerten Abstände zu Flugplätzen folgen den Empfehlungen, die als Planungskorridor für die Regionale Planungsoffensive erarbeitet wurden. Für die Platzrunde "Gerstetten" wurden diese Abstände berücksichtigt und eingehalten. Die Prüfung von Abständen für konkrete Bauvorhaben erfolgt in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Hinweis: Die Luftfahrtbehörde wird bei diesen Verfahren beteiligt, um die luftfahrtrechtlichen Belange zu prüfen. Das Vorranggebiet 65 "Schönbühl" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 385 Privat Stn-Id: 90		BE-ID: 239 Es ist eine Schande unsere natürliche Lunge so zu dezimieren ich bin entschieden dagegen	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 386 Privat Stn-Id: 91		BE-ID: 240 Ich möchte hiermit zu den geplanten Windanlagen in der Gemeinde Gerstetten Stellung beziehen. Auf der Karte sind die geplanten Abschnitte als 43 und 65 definiert.	Wird zur Kenntnis genommen. Hinweise zu den genannten Gebieten: Das Vorranggebiet 43 "Gerstetten" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Das Vorranggebiet 65 "Schönbühl" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 386 Privat Stn-Id: 91		BE-ID: 241 Es kann doch nicht sein, dass im Sinne der "nachhaltigen" Stromproduktion Wälder gerodet, oder zumindest durch die im Zusammenhang mit schweren Baumaschienen entstehende Bodenverdichtung regelrecht zerstört werden. Vor allem vor dem Hintergrund, bis in 6 Jahren 10% der gesamten Landesfläche Deutschlands unter Naturschutz zu stellen, erscheint ein deratiger Eingriff in einen Wald geradezu irrwitzig. Zudem ist der Gemeindewald nach höchstrichterlicher Entscheidung zur Erholung da, was in diesem Fall ebenfalls nicht gegeben wäre...	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 und 21 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Insgesamt ist eine wertigkeitsunabhängige Bevorzugung von Gebieten im Offenland gegenüber Gebieten im Wald weder sachgerecht noch geboten. Hinsichtlich des Umfangs der Waldinanspruchnahme für Windenergieanlagen zeigen aktuelle Erhebungen (vgl. Fachagentur Wind an Land), dass für die Dauer des Betriebes von Windenergieanlagen (WEA) durchschnittlich ca. 0,48 Hektar für den Betrieb einer WEA gerodet werden müssen. Hiervon entfallen ca. 0,05 ha auf die Versiegelung für das Fundament. Während der Bauphase sind zusätzlich ca. 0,47 ha freizuhalten, die nach Abschluss der Bauphase dann wieder aufgeforstet werden (Fachagentur Wind an Land 2024: Entwicklung der Windenergie im Wald.- Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Forstflächen in den Bundesländern.- Analyse.- S. 15f). Für die Inanspruchnahme der Waldflächen besteht das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung. Auch die angesprochene Bodenverdichtung ist ein Detail, welches über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgeht und daher in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären ist, wenn Standorte etc. der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung - wie der angesprochene Gemeindewald - sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 386 Privat Stn-Id: 91		BE-ID: 244 Zudem wäre das Aufstellen der Rotoren in meinen Augen rechtswidrig, da diese augenscheinlich keine 1000m von der nächsten besiedelten Fläche entfernt aufgestellt werden würden.	Der im Regionalplan festgelegten Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wird die Rotor-out-Regelung zu Grunde gelegt. Das bedeutet, der Rotor von Windenergieanlagen darf über die Außengrenze der festgelegten Vorranggebiete hinausragen.
lfd. Ident-Nr.: 387 Privat Stn-Id: 92		BE-ID: 245 ich wohne in Gerstetten und mache mir echt Sorgen um den weiteren Ausbau der Windenergie in userer Region und auch Bundesweit. Wir sind in einer Ideologie ohne Vernunft und Verstand gefangen und das nicht nur bei der Energiewende. Ich bin sogar an einem Bürgerwindrad beteiligt. Meiner Überzeugung nach bringt jedoch ein weiter Ausbau der Windkraft überhaupt nichts mehr in Richtung CO2 Reduktion. Gründe gibt es sehr viele, man muss sich nur Mal mit dem Thema näher beschäftigen ! Es muss doch möglich sein, wenn eine Politik ganz Oben nicht mehr richtig funktioniert, dass man von unten gegensteuert. Wir haben einen Punkt in diesem Land erreicht, wo man NEIN sagen muss. Ansonsten fahren wir das Land gegen die Wand. Hier einige Punkte warum das Ideologischer Blödsinn ist: Weshalb in den letzten Jahren deutlich mehr Windkraftanlagen errichtet werden als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen war, liegt schlicht und ergreifend am politischen Willen auf Landes- und Bundesebene und hat weniger bis nichts mit Evidenz oder technischer Effizienz zu tun – die Abschaltung der letzten drei AKWs in Deutschland lässt grüßen!	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 387 Privat Stn-Id: 92		BE-ID: 248 Als technische Grundlage dient der Windatlas Baden-Württemberg, der seit dem Jahr 2019 auf neuen Parametern fußt. Zuvor war die Windgeschwindigkeit in Metern pro Sekunde der maßgebliche Faktor, womit auch ein Laie mehr oder weniger etwas anfangen konnte. Seit 2019 orientiert man sich an der sogenannten „mittleren gekappten Windleistungsdichte“ in Watt pro Quadratmeter, womit sich selbst ausgewiesene Experten schwertun. Ergebnis: Durch die Umstellung werden jetzt tendenziell Regionen bzw. Standorte als „windkrafttauglich“ ausgewiesen, die zuvor noch „untauglich“ galten – weil es eben politisch gewollt ist. Die Autoren des Essays Studie Der Windatlas im Realitätscheck.pdf (oaseverlag.de) kritisieren, dass die Daten auf deren Grundlage dieser Windatlas erstellt wurde und wird, „nicht einer unabhängigen Prüfung unterzogen“ werden könnten. Stoppt den Wahnsinn mit den Windrädern !	Die Einschätzung wird zur Kenntnis genommen. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 (LUBW) stellt die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, welche von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Inhalte und Berechnungsmethode des Windatlas 2019 (LUBW) sind nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 388 Modell-Flug-Club Ellwangen Stn-Id: 93	VRG 47 Hornsberg	BE-ID: 249 in der Nähe von unserem bestehenden Modellfluggelände ist im Waldgebiet Richtung Süden, eine neue Windkraftfläche (Nr. 47) ausgewiesen worden. Diese Fläche liegt auf dem Gebiet der Gemeinde Westhausen. Unser Flugplatz gehört noch zur Gemarkung Ellwangen (Flurstück Nr. [...]).	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 388 Modell-Flug-Club Ellwangen Stn-Id: 93	VRG 47 Hornsberg	BE-ID: 250 Wir bitten, dass der Regionalverband ausreichend viel Abstand zu unserem Modellflugplatz einhält, um den bestehenden Betrieb nicht zu gefährden und keinesfalls einzuschränken. Genehmigte und ausgeübte Nutzungen dürfen von der Windkraftplanung nicht beeinträchtigt werden. Dies muss bei der Abgrenzung der künftigen Windflächen, insbesondere vor dem Hintergrund der künftigen Rotor-out-Regelung und künftig evtl. noch höheren Windenergieanlagen mit ausreichend viel Abstand sichergestellt werden. Ansonsten wäre ein Planungsschaden zu befürchten. Es wird beantragt die geplante Windfläche so weit zu verkleinern, dass auch künftig bei höheren Windenergieanlagen der bestehende und genehmigte Flugbetrieb auf jeden Fall sichergestellt ist und keinesfalls eingeschränkt wird. Unser Flugfenster beginnt ca. 50m nördlich vom Waldrand hat einen Radius von 300 m in Richtung Norden.	Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten und einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in der Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die im Plankonzept (Kriterienkatalog) verankerten Abstände zu Flugplätzen folgen den Empfehlungen, die als Planungskorridor für die Regionale Planungsoffensive erarbeitet wurden (Ausschluss und Vorsorgeabstände zu Flugplätzen und deren Platzrunden). Zum Modellflug wurden von Seiten der Regionalen Planungsoffensive keine Empfehlungen zur Berücksichtigung abgegeben. Modellflugplätze, die nicht bauplanungsrechtlich als Fläche für die Erholung (Grünfläche, Sportplatz, o.ä.) festgesetzt sind, werden daher im Kriterienkatalog nicht berücksichtigt. Das Vorranggebiet 47 "Hornsberg" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 388 Modell-Flug-Club Ellwangen Stn-Id: 93	VRG 47 Hornsberg	BE-ID: 251 Im Anhang sind verschiedene Dokumente auf denen die Situation ersichtlich ist. Die lila Strichpunktlinien auf der "Karte mit Grenzen" sind die Gemarkungsgrenzen. Die Pfeile markieren unseren Flugplatz. Im Anhang ist auch eine gutachterliche Stellungnahme von unserem Verband.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 389 Privat Stn-Id: 94		BE-ID: 253 Ich möchte hiermit Einspruch gegen die Erstellung von Windkraftanlagen in den Wäldern zwischen Gerstetten, Heidenheim	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		und Herbrechtingen einlegen.	
lfd. Ident-Nr.: 389 Privat Stn-Id: 94		BE-ID: 255 Zum einen ist dies eines der wenigen großen zusammenhängenden Waldgebiete, die für Menschen zur Erholung wichtig sind, zum anderen für die Wildtiere. Immer mehr Wälder sind von Straßen zerschnitten und bieten immer weniger Rückzugsmöglichkeit für die heimischen Wildarten.	Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Eine pauschale Bevorzugung von Offenlandbereichen oder Ausschluss von Waldgebieten wäre nicht sachgerecht für die Sicherung der günstigsten Standorte für die Windenergienutzung und spiegelt nicht die ökologische Wertigkeit der Lebensräume wider. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Auf das Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff. wird hingewiesen.
lfd. Ident-Nr.: 389 Privat Stn-Id: 94		BE-ID: 257 So ist in diesem Gebiet der geschützte Rotmilan am Brüten (mehrere Paare). In den letzten Jahren war auch ein Uhu unterwegs. Fledermäuse, verschiedene Falken, wilde Wachteln, selten auch mal Schnepfen - auch diese Tiere brauchen ungestörte Rückzugsorte. Davon gibt es immer weniger und die verbleibenden	Die Informationen werden zur Kenntnis genommen. Die landesweite Planungshilfe für die Regionalplanung zur Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung („Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ der LUBW, 2022) wurde bei der Konzepterstellung und Festlegung von Vorranggebieten im Rahmen der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		werden immer kleiner. Diese Vögel würden erheblich gestört.	Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt. Damit erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Die in der Stellungnahme genannten Art Rotmilan sowie windenergiesensible Fledermausarten u.a. sind über die kategorisierten Schwerpunktvorkommen des o.g. „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ bereits berücksichtigt. Die eingebrachten Informationen bewegen sich im Rahmen der Annahmen, die im Fachbeitrag zum Verhältnis der kategorisierten Schwerpunkträume zu den tatsächlichen Artvorkommen getroffen wurden. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes auf Projektebene (im nachgelagerten Verfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Auf der nachgelagerten Planungsebene können zudem auch die genannten Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen umgesetzt werden.
lfd. Ident-Nr.: 389 Privat Stn-Id: 94		BE-ID: 258 Zum anderen kämpft der Wald und der Waldboten mit der Trockenheit der vergangenen Jahre. Die Speichermöglickeit des Waldbodens wird durch das Überfahren mit den schweren LKWs beim Aufbau für Jahre gestört und der Wasserfluss im Boden zerschnitten. Auch müssen Trassen für den Aufbau, Wartung uns später für den Abbau gemacht und frei gehalten werden. Das hat nichts mit einem gesunden Wald zu tun.	Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Auf das Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff. wird hingewiesen. Zum Umfang der Waldinanspruchnahme: Gemäß Fachagentur Wind an Land zeigen aktuelle Erhebungen, dass für die Dauer des Betriebes von

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Windenergieanlagen (WEA) durchschnittlich ca. 0,48 Hektar für den Betrieb einer WEA gerodet werden müssen. Hiervon entfallen ca. 0,05 ha auf die Versiegelung für das Fundament. Während der Bauphase sind zusätzlich ca. 0,47 ha freizuhalten, die nach Abschluss der Bauphase dann wieder aufgeforstet werden (Fachagentur Wind an Land 2024: Entwicklung der Windenergie im Wald.- Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Forstflächen in den Bundesländern.- Analyse.- S. 15f). Für die Inanspruchnahme der Waldflächen besteht das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung. Auch die angesprochene Bodenverdichtung und die weiteren genannten Aspekte sind Details, welche über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und daher in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte etc. der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 389 Privat Stn-Id: 94		BE-ID: 259 Auch wenn es eine technische Grenze für den Lärm gibt, so sind Wildtiere empfindlicher und auch Menschen werden von dem Dauer-Geräuschpegel und den unruhigen Schatten gestresst.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die von Windenergieanlagen ausgehenden Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Anlagentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage. Auch die bei klaren Wetterbedingungen durch die bewegten Anlagenrotoren von Windenergieanlagen entstehenden optischen Immissionen können als Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.
lfd. Ident-Nr.: 389 Privat Stn-Id: 94		BE-ID: 261 Bitte planen und bauen Sie die Windkrafträder NICHT in Wälder!!! Und nicht mit einm Abstand von unter 1000m zu bewohnten Häusern.	Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Auf die Abwägung der BE IDs 255 und 258 dieser Stellungnahme wird verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 390 Privat Stn-Id: 96		BE-ID: 263 solange die Netzbetreiber selbst warnen, dass ein weiterer Ausbau von fluktuativen Energieerzeugern (Wind, Solar) die Netzstabilität gefährden und man für das Thema Energiespeicherung immer noch kein bundesweites Konzept hat, macht es keine Sinn weitere Windräder zu bauen. Dadurch werden die Summen die an das Ausland zur Abnahme von	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Überschussstrom gezahlt werden nur noch höher und die Netzentgelte steigen noch weiter. Hierzu auch gerne mal die ersten 6min anschauen. https://youtu.be/MiUaFnbfQt0?si=4PDdtKqaAHC3lpKc	der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die o.g. gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Gemäß den Vorgaben des Bundes hat die Landesregierung Baden-Württemberg damit den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne auszuarbeiten. Zielsetzung der vorliegenden Teilfortschreibung ist die Steuerung der Nutzung der Windenergie in der Region Ostwürttemberg. Der Netzausbau wird von den Übertragungsnetzbetreibern vorangetrieben, für die Verfahrensführung (Bundesfachplanung) ist in den meisten Fällen die Bundesnetzagentur, in den anderen Fällen die örtlich betroffene Landesbehörde (Regierungspräsidium) zuständig. Der Regionalverband Ostwürttemberg wird sich wie bisher im Rahmen seiner Eigenschaft als Träger öffentlicher Belange in diesen Verfahren für die regionalplanerischen Interessen der Region einsetzen. Es sei darauf hingewiesen, dass im Zuge der Regionalen Planungsoffensive und der Vorgaben in § 20 und 21 Klimaschutz- und Klimaanpassungsgesetz alle Regionalverbände Baden-Württembergs parallel die Festlegung von Gebieten für Windenergie und Freiflächen-Photovoltaik vornehmen. Dadurch besteht die Möglichkeit, dass Netzbetreiber die gleichzeitig in ganz Baden-Württemberg festgelegten Gebiete als Planungsgrundlage für den Netzausbau nutzen können.
lfd. Ident-Nr.: 390 Privat Stn-Id: 96		BE-ID: 265 Und abgesehen von der physikalischen Komponente sieht es zwischenzeitlich einfach auch furchtbar aus. Die Gemeinde Gerstetten ist inzwischen in jeder Richtung mit Windrädern zugepflastert, wenn das im Teichhau tatsächlich auch noch durchgeht ist das ein Armutszeugnis für die Alb als Urlaubsgebiet. Um meine Stellungnahme abzuschließen. Ich bin gegen eine weitere Teilfortschreibung und daraus resultierende neue Windparks/Windräder.	Die Hinweise und Bedenken werden zur Kenntnis genommen. Auf das Erfordernis der Teilfortschreibung Windenergie 2025 gem. der gesetzlichen Vorgaben (vgl. § 3 WindBG, § 20 KlimaG BW) wird hingewiesen. Das in der Stellungnahme angesprochene Thema "Überlastungsschutz" wurde einschlägig geprüft. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Im angesprochenen Bereich Gerstetten wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg beispielsweise das Vorranggebiet 64 "Gussenstadt Nordost" aufgrund einer nachweislichen Überlastungssituation einzelner Siedlungsbereiche gem. des

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			angewandten Prüfmodells nicht weitergeführt. Des Weiteren werden weitere geplante Vorranggebiete aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 390 Privat Stn-Id: 96		BE-ID: 266 solange die Netzbetreiber selbst warnen, dass ein weiterer Ausbau von fluktuativen Energieerzeugern (Wind, Solar) die Netzstabilität gefährden und man für das Thema Energiespeicherung immer noch kein bundesweites Konzept hat, macht es keine Sinn weitere Windräder zu bauen. Dadurch werden die Summen die an das Ausland zur Abnahme von Überschussstrom gezahlt werden nur noch höher und die Netzentgelte steigen noch weiter. Hierzu auch gerne mal die ersten 6min anschauen. https://youtu.be/MiUaFnbfQt0?si=4PDdtKqaAHC3lpKc Und abgesehen von der physikalischen Komponente sieht es zwischenzeitlich einfach auch furchtbar aus. Die Gemeinde Gerstetten ist inzwischen in jeder Richtung mit Windrädern zugepflastert, wenn das im Teichhau tatsächlich auch noch durchgeht ist das ein Armutszeugnis für die Alb als Urlaubsgebiet.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Der Netzausbau wird von den Übertragungsnetzbetreibern vorangetrieben, für die Verfahrensführung (Bundesfachplanung) ist in den meisten Fällen die Bundesnetzagentur, in den anderen Fällen die örtlich betroffene Landesbehörde (Regierungspräsidium) zuständig. Die in der Teilfortschreibung Windenergie 2025 festgelegten Vorranggebiete für Windenergie sind eine Grundalge für die Planung und bedarfsgerechte Gestaltung des anstehenden Netzausbaus.
lfd. Ident-Nr.: 390 Privat Stn-Id: 96		BE-ID: 2281 Um meine Stellungnahme abzuschließen. Ich bin gegen eine weitere Teilfortschreibung und daraus resultierende neue Windparks/Windräder.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 391 Fliegergruppe Giengen/Brenz e.V. Stn-Id: 187	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 736 Stellungnahme der Fliegergruppe Giengen/Brenz e.V. zur Windvorrangfläche 68 Wir befürworten grundsätzlich die Verwendung von Windenergie als regenerative Energiequelle. Wir bitten um einen Ausschluss des Gebiets 68/1 als Windvorrangfläche, da Umweltaspekte wie die Verlagerung von Fluglärm-Emissionen auf besiedeltes Gebiet und eklatante Beeinträchtigungen der Flugsicherheit bei der Auswahl der Windvorranggebiete nicht berücksichtigt wurden. Die Fliegergruppe Giengen/Brenz e.V. besteht bereits seit 90 Jahren. Mit aktuell über 100 aktiven Mitgliedern und nochmals ähnlich vielen fördernden/passiven Mitgliedern unterhält unser Verein aktuell fünf Segel- und neun Motorflugzeuge. Gemäß Satzung fördern wir die Ausübung des Luftsports, u.a. durch	Die Informationen und Anmerkungen werden zur Kenntnis genommen. Die Belange der Luftfahrt und des Flugverkehrs sind im Planungskonzept der Teilfortschreibung berücksichtigt (s. Kriterienkatalog). In Rücksprache mit der zuständigen Luftfahrtbehörde (Regierungspräsidium Stuttgart, Referat 46.2 – Luftverkehr und Luftsicherheit) ergibt sich durch das geplante Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" keine Betroffenheit luftfahrttechnischer Belange. Die weitere Berücksichtigung der angesprochenen Aspekte gehen über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinaus und sind in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Wettkampfteilnahmen und die Ausrichtung eines großen Flugerlebnistages, und möchten insbesondere Jugendliche an die Fliegerei heranführen. Als zugelassene Flugschule bilden wir daher unseren fliegerischen Nachwuchs im Segel- und Motorflug, sowie im Nacht- und Kunstflug aus. --> Abbildung 1: Vorbereitung für Flugtag (s. Stn.) Insbesondere in Flugplatznähe, wenn sich Flugzeuge noch im Steig- und Sinkflug befinden und daher keine ausreichende Höhe erreicht haben, stellen Windenergieanlagen ein unüberwindbares Hindernis dar. Gemäß LuftVO §6 sind rechtlich Mindestabstände von 300m horizontal und 150m vertikal erforderlich, wodurch bereits eine einzelne Windenergieanlage ein Hindernis gemäß Abbildung 2 wird. Es erschließt sich, dass mehrere Windenergieanlagen in einer Vorrangfläche schnell zu einer großräumigen Barriere für den Flugverkehr werden können. Dies bestätigt auch die Landesregierung NRW in ihrem Windenergieatlas vom 04.11.2014, S80. Es wird darauf hingewiesen, dass Flugmanöver wie z.B. Ausweichmanöver in der Nähe von Windenergieanlagenparks wesentlich schwerer auszuführen sind als dies bei Einzelhindernissen der Fall ist. Aus diesem Grund müssten demnach Mindestabstände zu einer Ballung von Hindernissen anders bewertet werden wie bei Einzelhindernissen. Weiter heißt es hier: “Auch sollte das Überfliegen von Windenergieanlagen bei Start- und Landung streng untersagt werden.” --> Abbildung 2: Sicherheitsabstände gemäß LuftVO§6 (s. Stn.) Hinzu kommt, dass abseits der rechtlichen Randbedingungen die Flugsicherheit in der Nähe von Windenergieanlagen gefährdet ist. Gemäß eines Gutachtens der FH-Aachen v. Prof. Dr. F. Janser bestehen im Bereich des Abstands des siebenfachen Rotordurchmessers im Leebereich einer Windkraftanlage konkrete Gefahren für Luftfahrzeuge, welche durch Wirbelbildung verursacht werden. Gerade weil sich Flugzeuge bei Start und Landung länger in Nabenhöhe aufhalten, stellen Windenergieanlagen in Flugplatznähe eine besondere Gefahr dar. Diese Erkenntnisse sind noch nicht in Regulierungsvorschriften enthalten, dürfen aber angesichts der Größe der geplanten Anlagen nicht ignoriert werden. Prof. Janser kommt weiter zu dem Ergebnis, dass dynamische Hindernisse wie Windenergieanlagen eine erhöhte Aufmerksamkeit der Piloten und Pilotinnen erfordern, sodass die insbesondere in Platznähe notwendige Anflugvorbereitung und Beobachtung des übrigen Verkehrs vernachlässigt werden	Rechtslage. Der Anregung, das Teilgebiet 68/1 als Ausschluss zu definieren, wird demnach nicht gefolgt. Das Vorranggebiet 68 "Giengen" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		könnte und erhöhte Unfallgefahr besteht. Aus den zuvor genannten Gründen ergibt sich, dass Windparks in Flugplatznähe generell eine signifikante Einschränkung und ein eklatantes Sicherheitsrisiko für den Flugverkehr bedeuten. Dies gilt insbesondere für die Vorrangfläche 68/1, die in der seit Jahrzehnten verwendeten An- und Abflugroute des Flugplatzes Giengen liegt, siehe Abbildung 3, und daher besonders verkehrsreich ist. Ebenfalls zu berücksichtigen ist die seitens der deutschen Flugsicherung genehmigte Kunstflugbox. --> Abbildung 3: seit Jahrzehnten verwendete Platzrunde der Fliegergruppe Giengen (rot) sowie Kunstflugbox (blau) Aus der Bebauung des Gebietes 68/1 ergäbe sich durch rechtliche Randbedingungen, Wirbelbildung und Ablenkung für unsere Piloten und insbesondere Flugschüler ein Sicherheitsrisiko, das wir als Verein unbedingt vermeiden möchten. Dies betrifft im Speziellen die für unsere Jugendarbeit wichtigen Schleppflüge, bei denen ein Motorflugzeug ein von einem Flugschüler gelenktes Segelflugzeug auf eine ausreichende Flughöhe zieht. Aufgrund der dabei verringerten Steigleistung in Kombination mit den topographischen Gegebenheiten nördlich des Platzes ist die Sperrwirkung eines potenziellen Windparks hier besonders relevant. Im Falle einer Bebauung müssten die An- und Abflüge demnach über besiedeltes Gebiet erfolgen. Anwohner in der Nähe des Flugplatzes auf den Gemarkungen Giengen und Heidenheim wären dadurch mit höherem Lärmaufkommen belästigt. Dieser Umweltaspekt wurde bei Umweltgutachten zu WEA bislang übersehen. Als Verein tragen wir eine Verantwortung für die Sicherheit der Flugschüler und Flugschülerinnen. Außerdem möchten wir das gute, nachbarschaftliche Klima zu den umliegenden Gemeinden durch unsere lärmschutzoptimierte Platzrunde erhalten. Wir appellieren daher an alle Verantwortlichen, von einer Ausschreibung der Windvorrangfläche 68/1 abzusehen.	
lfd. Ident-Nr.: 401 Air Service GmbH Stn-Id: 106	Kartenteil VRG 48 Erweiterung Waldhausen / Beuren	BE-ID: 280 ich bin CEO der Firma Air Service GmbH mit Sitz in Abtsgmünd. Unsere Firmenflugzeuge sind u.a. auf dem Verkehrslandeplatz in Elchingen stationiert. Ein sicherer und hindernisfreier Anflug in den veröffentlichten Gegenanflug zum Flugplatz Elchingen wäre mit dieser Baumaßnahme nicht mehr durchzuführen! Der Flugplatz in Elchingen ist das Standbein unseres Unternehmens mit 9 Angestellten.	Wird zur Kenntnis genommen. Der Einflug in die Platzrunde und der Geradeausan- und Geradeausabflug für am Verkehrslandeplatz Aalen-Elchingen zugelassene Flugzeuge werden bei der Anpassung der Gebietskulisse des 1. Anhörungsentwurfs berücksichtigt. Die Anregungen der Luftfahrtbehörde (RP Stuttgart, Ident -Nr. 187, DS-Nr. 1967) werden hierbei besonders berücksichtigt. Das Vorranggebiet 48 "Erweiterung Waldhausen / Beuren" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Die Teilflächen 48/2 und 48/4 werden u.a. aufgrund der Lage im Einflugbereich nicht weitergeführt. Die Teilflächen 48/1 und 48/3 werden aufgrund von Anregungen reduziert.
lfd. Ident-Nr.: 401 Air Service GmbH Stn-Id: 107	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 281 ich bin CEO der Firma Air Service GmbH mit Sitz in Abtsgmünd. Unsere Firmenflugzeuge sind u.a. auf dem Verkehrslandeplatz in Elchingen stationiert. Ein sicherer und hindernisfreier Anflug in den Endanflug aus Westen zum Flugplatz Elchingen wäre mit dieser Baumaßnahmen nicht mehr durchzuführen! Unsere Geschäftsreise Flugzeuge könnten daher aus Westen kommend aufgrund ihrer Größe und Geschwindigkeit den Flugplatz nicht mehr anfliegen. Der Flugplatz in Elchingen ist das Standbein unseres Unternehmens mit 9 Angestellten.	Wird zur Kenntnis genommen. Der Einflug in die Platzrunde und der Geradeausan- und Geradeausabflug für am Verkehrslandeplatz Aalen-Elchingen zugelassene Flugzeuge werden bei der Anpassung der Gebietskulisse des 1. Anhörungsentwurfs berücksichtigt. Die Anregungen der Luftfahrtbehörde (RP Stuttgart, Ident -Nr. 187, DS-Nr. 1967) werden hierbei besonders berücksichtigt. Das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Das Vorranggebiet 54 "Ebnat" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Es erfolgt eine Reduzierung im südlichen Bereich des Gebiets.
lfd. Ident-Nr.: 403 Privat Stn-Id: 193	Kartenteil VRG 58 Erweiterung Lauterburg	BE-ID: 760 Am Sonderlandeplatz Bartholomä-Amalienhof wird seit 1972 Segelflug durch die drei dort fliegenden Luftsport-Vereine durchgeführt. Das vorgeschlagene Vorranggebiet 58 würde die sichere Fortführung dieses Flugbetrieb gefährden, da es eine wichtige Flugroute direkt nach Norden versperrt. Wir schlagen eine Verkleinerung dieses Gebiets vor, damit weiterhin sicherer Flugbetrieb möglich bleibt. In der beiliegenden Stellungnahme wird mit Karten und Text der Sachverhalt erläutert, sowie unsere Stellungnahme detailliert formuliert. << Stellungnahme_Flugplatz_Bartholomä-Amalienhof_240628.pdf >> Zu dieser Stellungnahme senden wir als Anlage unsere diesbezügliche Vorab-Information über Flugbetrieb und genehmigte Flugrouten an unserem Flugplatz zu, die im September	Die Informationen zum Sonderlandeplatz Bartholomä-Amalienhof und die Darlegung der Situation nach Beschluss RVOW werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		2023 bereits an den Regionalverband Ostwürttemberg gesendet wurde. << Vorab-Information_Platzrunde_Flugplatz_Bartholomä-Amalienhof_230904.pdf >> Stellungnahme Flugplatz Bartholomä-Amalienhof Einführung Bereits im Sommer 2023 hat die Akademische Fliegergruppe Stuttgart e.V. dem Regionalverband Ostwürttemberg eine Information mit dem Titel „Flugplatz-Platzrunde und Fluggebiete am Sonderlandeplatz Bartholomä-Amalienhof, Stand 04. September 2023“ zur Verfügung gestellt. Darin enthalten ist nebenstehende Kartendarstellung des Umfelds des Sonderlandeplatzes Bartholomä-Amalienhof mit Darstellung der vom Regierungspräsidium Stuttgart genehmigten Platzrunden mit ungefähren Abmessungen und dem Standort der heute bereits nördlich errichteten fünf Windkraftanlagen. (Abb. s. Stn.) Situation nach Beschluss RVOW (Anhörung Öffentlichkeit bis Juni 2024) Der nebenstehende Kartenausschnitt zeigt die veröffentlichte Raumnutzungskarte für Essingen, die als Entwurf neue bzw. erweiterte Vorranggebiete für Windenergie darstellt – hier die neuen Gebiete 58 / 59 / 60 nördlich der Gemeinde Bartholomä. Zu sehen ist die deutliche Erweiterung des Vorranggebiets nördlich des Flugplatzes Bartholomä-Amalienhof um das neue Gebiet 58. Unmittelbar südlich an dieses neue Gebiet 58 schließt sich das bereits existierende Vorranggebiet an, auf dem heute 5 Anlagen vom Typ MM92 betrieben werden. (Abb. s. Stn.) Diese (im Juni 2024) aktuelle Situation ist nebenstehend in die eingangs bereits vorgestellte Karte mit den genehmigten Flugwegen um den Sonderlandeplatz Bartholomä-Amalienhof übertragen worden. Deutlich sichtbar wird, dass das neue Gebiet 58 nunmehr einen An-/Abflug in nördlicher Richtung (in Verlängerung der Startbahn auf der Karte nach oben) versperrt. Weiter nach Westen kann wegen des ansteigenden Geländes des Bärenbergs nicht ausgewichen werden, weiter nach Osten versperren die bestehenden und zukünftig im Gebiet 58 errichteten	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Windenergieanlagen den Weg. Dieser sog. „Direktabflug nach Norden“ ist bei bestimmten Windverhältnissen unverzichtbar, da ein Wegkurven nach Osten (gemäß Platzrunde) durch die Turbulenz der Windenergieanlagen nicht sicher wäre. (Abb. s. Stn.) Diese mögliche Versperrung der An- und Abflugwege nördlich des Sonderlandeplatzes Bartholomä-Amalienhof war bereits Gegenstand eines Verfahrens vor dem Verwaltungsgericht Stuttgart, als es um die Genehmigung der Standorte von bis zu 8 Windenergieanlagen im sog. „Windpark Lauterburg“ und der sich daraus ergebenden Änderung der genehmigten Flugwege ging. Hier klagte die Akademische Fliegergruppe Stuttgart e.V. im Namen des Sonderlandeplatz Bartholomä-Amalienhof in 2006 gegen das Land Baden-Württemberg. Als Folge der Klage und des bis 2008 laufenden Prozesses wurde in Absprache mit dem Planer des Windparks und dem Regierungspräsidium Stuttgart ein in direkter Bahnverlängerung liegender Standort einer Anlage („x“ in nebenstehender Karte) aufgegeben (bzw. dann nach Osten verschoben). Ferner wurden zwei im Süden des 2002 genehmigten Vorranggebiets geplante Standorte ebenfalls nicht bebaut („o“ in nebenstehender Karte). Damit ist im gegenseitigen Einvernehmen die seither bis heute bestehende Situation entstanden, in der die genehmigten Flugwege sicheren Flugbetrieb sowohl entlang der Platzrunde als auch bei direktem An- oder Abflug aus/nach Norden ermöglichen. (Abb. s. Stn.)	
lfd. Ident-Nr.: 403 Privat Stn-Id: 193	Kartenteil VRG 58 Erweiterung Lauterburg	BE-ID: 761 Vorschlag zur Lösung Um weiterhin diesen seit 2008 etablierten und für die Durchführung eines sicheren Flugbetriebs wichtigen Zustand zu erhalten, schlägt die Akademische Fliegergruppe Stuttgart e.V. vor, das neue Vorranggebiet 58 auf der Westseite etwas zu verkleinern. Weiterhin wäre damit der direkte An- und Abflug nach Norden entlang der gestrichelten Flugbahn möglich – dies ist besonders wichtig bei Starts von Segelflugzeugen im sog. Flugzeugschlepp. Dieser ist vor allem auch für die sichere Ausbildung unserer Flugschüler essentiell für die drei am Flugplatz fliegenden Vereine. (Abb. s. Stn.) Zusammenfassung Zur Aufrechterhaltung der genehmigten An- und Abflugverfahren am Sonderlandeplatz Bartholomä-Amalienhof muss der Bereich des als Entwurf vorgestellten neuen Windenergie-Vorranggebiets 58 im	Wird gefolgt Nach der 1. Anhörung der vorliegenden Teilfortschreibung Windenergie 2025 erfolgte eine Abstimmung mit der zuständigen Luftfahrtbehörde, um potenziell betroffene luftfahrtrechtliche Belange zu prüfen und Lösungsmöglichkeiten zu erörtern. Für den in der Stellungnahme genannten Flugplatz wurde auch von Seiten der zuständigen Behörde eine Reduzierung im Westen des geplanten Vorranggebiets 58 "Erweiterung Lauterburg" angeregt, um den nördlichen An- und Abflug weiterhin zu gewährleisten (vgl. auch Stellungnahme des Regierungspräsidiums Stuttgart (Ident-Nr.: 187)). Die weitere Prüfung von Abständen für konkrete Bauvorhaben erfolgt in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Westen etwas verkleinert werden. Andernfalls ist die Flugsicherheit bei direktem Abflug nach Norden (wie auch bei direktem Anflug von Norden) erheblich gefährdet – dies würde den Betrieb am Fluggelände wesentlich einschränken. In der Karte sind rot die von uns vorgeschlagenen Begrenzungslinien und grün der sichere Bereich für Windenergieanlagen eingezeichnet. (Abb. s. Stn.)	
lfd. Ident-Nr.: 403 Privat Stn-Id: 291	VRG 58 Erweiterung Lauterburg	BE-ID: 1195 über die Beteiligungsplattform haben wir Ihnen bereits unsere Stellungnahme zugesendet. Hiermit erfolgt parallel noch Zusendung per Mail, um Ihnen auch direkte Möglichkeit für Rückfragen zu geben. Ferner erhalten damit die beteiligten Vorständen der drei betroffenen Luftsportvereine, wie auch Herrn Bürgermeister Kuhn von der Gemeinde Bartholomä diese Information auch direkt. Auf der Beteiligungsplattform wurde heute abend fristgerecht hochgeladen: << Entwurf_Stellungnahme_Beteiligungsplattform_Flugplatz_Bartholomä-Amalienhof_240628.pdf >> Entwurf der Stellungnahme in der Beteiligungsplattform << Stellungnahme_Flugplatz_Bartholomä-Amalienhof_240628.pdf >> unsere eigentliche Stellungnahme mit Karten und Text << Vorab-Information_Platzrunde_Flugplatz_Bartholomä-Amalienhof_230904.pdf >> Unsere Vorab-Information bereits vom September 2023 als ergänzende Anlage	Wird zur Kenntnis genommen. Auf die Abwägung zur Stellungnahme ID 193 (BE ID 760 und 761) wird verweisen.
lfd. Ident-Nr.: 418 Privat Stn-Id: 129		BE-ID: 406 Ablehnende Stellungnahme zur Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen: 52 Heidenheim / Nattheim 53 Pfaffentäle	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Aufgrund von Anregungen zum 1. Anhörungsentwurf erfolgen für den 2. Anhörugnsentwurf Anpassungen der Gebietskulisse. Das Vorranggebiet 52 "Erweiterung Heidenheim / Nattheim" wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst und auf die südliche Erweiterungsfläche begrenzt. Dieser Bereich ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 418 Privat Stn-Id: 129	6. Gesamtplanbetrachtung, kumulative Wirkungen und Wechselwirkungen VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 407 Belange des Naturschutzes Wildkorridore im Bereich Möhntal, sowie im Bereich Nietheim.	Die genannten Wildwegekorridore sind bekannt. Die Betroffenheit und der Umgang mit Wildtierkorridoren des Generalwildwegeplans wurde mit den zuständigen Unteren Naturschutzbehörden abgestimmt. Im Ergebnis stellen Wildtierkorridore kein Ausschlusskriterium für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen dar, sondern werden im Rahmen einer Einzelfallprüfung betrachtet. In vielen Bereichen können die benannten Korridore des Generalwildwegeplans bei der konkreten Standortplanung von Windenergieanlagen im nachgelagerten Verfahren berücksichtigt werden. Dafür wird in den Gebietssteckbriefen der betroffenen Vorranggebiete der Hinweis "Wanderkorridor des Generalwildwegeplans (GWP)" eingefügt. In begründeten Einzelfällen werden die Zuschnitte der Vorranggebiete in Bezug auf den Generalwildwegeplan in Verbindung mit weiteren Abwägungsbelangen angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 418 Privat Stn-Id: 129	6. Gesamtplanbetrachtung, kumulative Wirkungen und Wechselwirkungen VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 408 Brutplätze des Rotmilan ebenso im Bereich Hirntal, sowie Kleinkuchen sind klar durch Beobachtung ersichtlich. Es existiert eine windkraftempfindliche Fledermauskolonie mit Brutplatz im Wald des Bereichs um das Hirntal.	Die Informationen und Anmerkungen werden zur Kenntnis genommen. Die landesweite Planungshilfe für die Regionalplanung zur Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung („Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ der LUBW, 2022) wurde bei der Konzepterstellung und Festlegung von Vorranggebieten im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt. Damit erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes für windkraftsensible Vogel- und Fledermausarten, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Die Vorranggebiete 52 "Erweiterung Heidenheim / Nattheim" und 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" liegen nicht innerhalb von Schwerpunktvorkommen der Kategorie A oder B des Fachbeitrags. Die in der Stellungnahme genannte Art Rotmilan und verschiedene Fledermausarten sind über die kategorisierten Schwerpunktvorkommen des o.g. „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ bereits berücksichtigt. Die eingebrachten Informationen bewegen sich im Rahmen der Annahmen, die im Fachbeitrag zum Verhältnis der kategorisierten Schwerpunkträume zu den tatsächlichen Artvorkommen getroffen wurden. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes auf Projektebene (im nachgelagerten Verfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Auf der nachgelagerten Planungsebene können zudem auch die genannten Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen umgesetzt werden.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 418 Privat Stn-Id: 129		BE-ID: 409 Überlastungssituation in Großkuchen Es ist festzustellen, dass eine Überlastung der gesamten Gemarkung Heidenheim-Großkuchen über alle Ortsteilen hinweg besteht. Lärmemissionen Lärmemissionen werden durch den Straßen- und landwirtschaftlichen Verkehr bereits in hohem Maße verursacht. Speziell in Nietheim kommt zusätzlich noch die Belastung durch Lärm und Verkehrsabgase durch die BAB 7 dazu. Durch den Flugverkehr des nahegelegenen Flugfelds Elchingen, insbesondere am Wochenende kommt es zu weiteren Lärmemissionen, teils erheblichen Ausmaßes. Steinbrüche Die Steinbrüche Waibertal und Hirntal verursachen darüber hinaus neben dem LKW Zu- und Abfahrtsverkehr, sowie durch regelmäßige Sprengungen Lärmemissionen. Durch Staubverwehungen kommen hier außerdem augenscheinlich und durch sehr viele Anwohner bestätigt, je nach Wetterlage und Windrichtung Feinstaubemissionen hinzu. In einigen Häusern zeigen sich Setzungsrisse, wohl verursacht durch sprengungsbedingte Bodenerschütterungen.	Die Hinweise zur Bestandssituation werden zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 418 Privat Stn-Id: 129		BE-ID: 411 Bestehende Anlagen der Windkraft auf der Gemarkung Großkuchen Es bestehen bereits Windkraftanlagen auf der Gemarkung selbst, bzw. in unmittelbar angrenzender Nachbarschaft zu Nattheim und Ebnat. Der Beitrag zur Erzeugung erneuerbarer Energien bürdet den Einwohnerinnen und Einwohnern der Gesamtortschaft bereits jetzt erhebliche Lasten auf. Durch die geplante Photovoltaikanlage in Kleinkuchen nimmt die einseitige Überlastung der Gesamtortschaft Großkuchen weiter zu. Eine besonders hohe Windhöffigkeit im Vergleich zu anderen Räumen innerhalb des Plangebietes ist nicht zu erkennen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Bestehende Belastungen durch Windenergiegebiete bzw. Windenergieanlagen werden bei der Prüfung des Kriteriums "Überlastungsschutz" berücksichtigt. Die Prüfung und Bewertung von optischen Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Für Teilorte wurden Überlastungen durch den 1. Anhörungsentwurf festgestellt. Das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg aufgrund anderer Anregungen und zur Begrenzung der Raumbelastung in diesem Bereich nicht weitergeführt. Die Windhöffigkeit nach Windatlas (2019) sind geringer als < 190 W/m². Im 2. Anhörungsentwurf erfolgt eine Weiterführung von Bereichen mit

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			einer Windleistungsdichte unter 190W/m² laut Windatlas nur, wenn für diese Bereiche Windberechnungen oder Ertragsabschätzungen vorliegen, die eine höhere Windhöffigkeit bzw. eine faktische und wirtschaftliche Umsetzbarkeit von Windenergievorhaben belegen. Bereiche ohne ausreichende Nachweise werden im 2. Anhörungsentwurf nicht weitergeführt. Das Vorranggebiet 52 "Erweiterung Heidenheim / Nattheim" wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst und auf die südliche Erweiterungsfläche begrenzt. Dieser Bereich ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird.
lfd. Ident-Nr.: 418 Privat Stn-Id: 129		BE-ID: 414 Eine faire, planerisch gebotene Verteilung der Lasten innerhalb des Regionalverbandes Ostalb ist damit nicht mehr gegeben. Eine weitere einseitige Belastung von Großkuchen, Kleinkuchen, Nietheim und Rotensohl wird entschieden abgelehnt, die ansässige Bevölkerung hat bereits in erheblicher Weise ihren Beitrag zur Erreichung der avisierten Ziele geleistet.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 418 Privat Stn-Id: 129		BE-ID: 415 Sichtbarkeit der Windenergieanlagen Insbesondere im südlichen und östlichen Teil der Region Ostalb gibt es kaum noch Bereiche in denen Windanlagen nicht deutlich wahrnehmbar sind. Für den westlichen Teil um Schwäbisch Gmünd ist dies jedoch nicht zu erkennen. Dies Ungleichverteilung kann offensichtlich sachlich nicht gerechtfertigt sein und muss bei der weiteren Planung, auch aus den bereits erwähnten Erwägungen der einseitigen Überlastung insbesondere der Gemarkung HDH-Großkuchen entsprechend gewürdigt werden.	Wird nicht gefolgt Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten und einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umfassung / Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			mitentscheidend.
lfd. Ident-Nr.: 418 Privat Stn-Id: 129		BE-ID: 416 Ich ersuche um behördlichen Hinweis, sollte noch weiterer Sachvortrag für erforderlich gehalten werden. Ebenso bitte ich um Hinweis, bzw. amtlicherseits zu erfolgende Korrektur, falls die Zuordnung zum entsprechenden Themengebiet unzutreffend erfolgt ist.	Wird zur Kenntnis genommen. Ein weiterer Sachvortrag ist nicht erforderlich. Es wird darauf hingewiesen, dass der Regionalverband Ostwürttemberg als Körperschaft des öffentlichen Rechts keine Behörde darstellt.
lfd. Ident-Nr.: 424 Klimaentscheid Aalen Stn-Id: 133		BE-ID: 436 Positionspapier zum Ausbau der Windenergie in Ostwürttemberg Beitrag zur Anhörung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 – Öffentlichkeitsbeteiligung – Unser Anliegen: Wir fordern den Regionalverband Ostwürttemberg auf, sich gegenüber der Landesregierung, gegenüber den beteiligten öffentlichen Grundbesitzern, insbesondere gegenüber Forst Baden-Württemberg, sowie gegenüber den beteiligten Kommunen dafür einzusetzen, dass die Ausschreibebedingungen für die Umsetzung von Windenergieanlagen mit möglichst direkter Bürgerbeteiligung deutlich und kurzfristig verbessert werden. Ohne eine stärkere Gewichtung der Regionalität und Bürgerbeteiligung bei Projektausschreibungen ist damit zu rechnen, dass nur große, finanzkräftige Gesellschaften von den Erträgen der Windenergieerzeugung profitieren werden und so sich die Akzeptanz dieser Technologien weiter verschlechtert. Angesichts der extremen Entwicklungen, die der Weltklimarat aktuell drastisch aufzeigt, erscheint es fraglich, ob rein marktgesteuerte Regulierungen ausreichen, um mit der benötigten hohen Geschwindigkeit die gesteckten Ziele zu erreichen. Begründung: Um die Klimaziele des Bundes und unseres Bundeslandes zu erreichen und gleichzeitig eine sichere Energieversorgung zu gewährleisten, ist der zügige Ausbau der erneuerbaren Energien unumgänglich. Der Ausbau der Windenergie spielt dabei eine entscheidende Rolle, da das Aufkommen an Wind- und Solarenergie häufig gegenläufig ist und so die beiden Energiequellen gemeinsam zu einer deutlichen Verringerung möglicher Deckungslücken beitragen. Die Solarenergie genießt in der Bevölkerung eine breite Akzeptanz, der Ausbau der Erzeugungskapazitäten ist in den vergangenen Jahren gut vorangekommen. Demgegenüber fehlt der Windenergie leider häufig diese Akzeptanz in der Bevölkerung, was bisher deren Ausbau stark verzögert und teilweise sogar verhindert hat. Erfahrungen aus unserer Region und darüber	Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung. Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Die Gestaltung der Ausschreibebedingungen für Windenergieprojekten dabei nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung Windenergie 2025. Sie obliegt insbesondere dem jeweiligen Gesetzgeber auf bundesdeutscher und landesweiter Ebene, der den entsprechenden gesetzlichen Rahmen setzt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		hinaus zeigen jedoch, dass bei einer wirtschaftlichen und planerischen Beteiligung der betroffenen Bürgerschaft die Akzeptanz auch für Windräder im eigenen Umfeld deutlich zunimmt (s. Bürgerwindrad Gnannenweiler, Schenkwindrad Gnannenweiler, Windenergieprojekte des Rhein-Hunsrück-Kreises u.a.). Je unmittelbarer diese Beteiligung ausfällt, z.B. durch Bürgerenergiegenossenschaften, umso mehr wird aus einer Ablehnung eine Befürwortung. Eine bedeutende Rolle in der Wahrnehmung der Windräder in der Bevölkerung spielt hierbei die Tatsache, wohin die Gewinne aus dem Betrieb der bei ihnen in der Landschaft errichteten und betriebenen Windräder fließen. Diese Idee der Steigerung der Akzeptanz der Windenergie in der Bevölkerung durch die Umsetzung von Bürgerwindrädern ist keine neue Idee, vielmehr wird sie schon seit Jahren immer wieder als Ziel der verantwortlichen Politiker und auch in der Windenergiebranche formuliert. Leider bilden diese Projekte in der Landschaft der aktuellen Neuprojektierungen, auch im Rahmen des Regionalplans Ostwürttemberg, die große Ausnahme. An sehr vielen Standorten werden die Anlagen durch die Projektierer meistbietend verkauft an Investoren, die häufig nicht aus der Region stammen. Die Gewinne von Windrädern, die z. B. auf der Schwäbischen Alb oder im Schwarzwald betrieben werden, fließen an Investorengesellschaften die deutschlandweit und sogar immer öfter international ansässig sind, da der Euroraum als Investitionsort zunehmend attraktiver wird. Die Geldströme sind in den meisten Fällen von den Bürgern vor Ort kaum nachvollziehbar. Auch der Ansatz der Optimierung der Pachterträge bei der Errichtung der Anlagen im Staatsforst stellt für Bürgerenergiegenossenschaften meist eine unüberwindbare Hürde dar. Da diese die notwendigen Projektmittel am Kapitalmarkt finanzieren müssen, sind sie meist nicht in der Lage, gegen kapitalstarke Investoren beim Bieterverfahren um den höchstmöglichen Pachtzins zu konkurrieren. Aus diesem Grund stößt nach wie vor ein Großteil der aktuell geplanten und auch bereits errichteten Anlagen vor Ort zunehmend auf Ablehnung. Diese Vorhaben der Projektierung von Windrädern durch Investorengruppen stoßen in der Bevölkerung auf immer stärkeren Widerstand, nicht nur in der Freifläche, auch gerade in Waldgebieten. Durch Einsprüche und gesellschaftlichen Widerstand wird so das Erreichen der dringend nötigen Geschwindigkeit beim Ausbau der Windenergie verhindert.	
lfd. Ident-Nr.: 425 Carl Zeiss Energie	Umweltbericht VRG 54 Ebnat	BE-ID: 437 Anschreiben zur Stellungnahme der Carl Zeiss Energie GmbH zum	Die Informationen des Anschreibens werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
GmbH Stn-Id: 134		Planentwurf der 1. Anhörung – Teilfortschreibung Windenergie 2025 der Region Ostwürttemberg ZEISS hat sich zum Ziel gesetzt bis 2030 in allen eigenen Aktivitäten (Scope 1 und 2) CO2-neutral zu sein. Sowie gehen wir davon aus, dass der Strombedarf vor allem in der Region Ostwürttemberg weiter steigen wird. Zum einen wird diese Prognose durch das geplante Wachstum inkl. Erschließung neuer Produktionsstandorte und zum anderen aber auch maßgeblich durch unsere Dekarbonisierungsstrategie gestützt. Die Glaubwürdigkeit einer nachhaltigen Energieversorgung ist unserer Meinung nach jedoch erst durch einen hohen Anteil an regionaler Stromerzeugung und der Bereitschaft selbst in neue Erneuerbare Energieanlagen zu investieren gegeben. Alle potenziellen Suchräume für Windenergie haben wir deshalb frühzeitig und in vertrauensvollen Gesprächen mit den Kommunen, Landratsamt Ostalbkreis, Landratsamt Heidenheim und nicht zuletzt auch mit Ihnen als Regionalverband Ostwürttemberg abgestimmt. In diesem Zuge haben wir zu dem geplanten Vorhaben stets positives und konstruktives Feedback erhalten. Nachdem die Entscheidung final gefallen war, dass der Suchraum „Wollenberg“ aufgrund des Artenschutzraum (Schwerpunktvorkommen - Kategorie A) im Rahmen der laufenden Teilfortschreibung nicht weiterverfolgt wird, haben wir unsere Bemühungen gezielt und mit Nachdruck auf das Vorranggebiet 54/1 und 54/2 gelenkt. Inhaltlich haben wir uns in der beiliegenden Stellungnahme deshalb auch auf dieses Gebiet fokussiert. Aus diversen Abstimmungsrunden wissen Sie bereits, dass wir frühzeitig natur- und artenschutzrechtliche Kartierungen bzw. Untersuchungen in die Wege geleitet haben. Speziell zu diesem Vorranggebiet liegen uns deshalb mittlerweile fundierte Erkenntnisse und Ergebnisse vor. Die beigefügte Stellungnahme haben wir zusammen mit unserem Projektierer UHL Windkraft aus Ellwangen verfasst, sodass u.a. auch die Expertise von einem regional erfahrenen Planungsbüro für Windenergie eingeflossen ist. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir die einmalige Chance nun ergreifen - etwas wirklich Besonderes zu schaffen - und in Ostwürttemberg ein Leuchtturmprojekt mit bundesweitem Vorbildcharakter, im Bereich der Energietransformation von Industrieunternehmen, auf die Beine stellen. Ganz im Sinne der Landesregierung, welche den konsequenten Ausbau der Windkraft im Land ebenfalls mit Nachdruck verfolgt und auch einfordert. Nicht zuletzt trägt das Projekt in unserer Wahrnehmung auch zu einer maßgeblichen Stärkung des Wirtschaftsstandorts Ostwürttemberg bei. In Verbindung mit der Ansiedlung von ZEISS im Gewerbepark Ebnat	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		und der in unmittelbarer Nähe geplanten PV-Freiflächenanlage (ca. 40 ha) kann mittels Stromdirektleitung „echter Eigenverbrauch“ ermöglicht werden. Darüber hinaus sind wir im Sinne eines maximalen BürgerInnen-Schutz auch bereit, im Rahmen der weiterführenden Planung einen freiwilligen Umgebungsabstand zum „Reinen und Allg. Wohngebiet (WR/WA)“ von mindestens 1,5 km einzuhalten und beugen damit vorsorglich einer etwaigen Überlastungswirkung vor. Die räumliche Nähe zu den beiden bestehenden Vorranggebieten für Windenergie sowie auch die positive Rückmeldung seitens Netze BW (110kV), zur Errichtung eines Umspannwerkes in direkter Nähe zum geplanten Windpark, stimmt uns hoffnungsvoll und veranlasst uns dazu eine schnelle Umsetzung des Projekts in Aussicht zu stellen.	
lfd. Ident-Nr.: 425 Carl Zeiss Energie GmbH Stn-Id: 134	Umweltbericht VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2217 Stellungnahme zu VRG 54/1 und 54/2 Allgemeine Anmerkungen Die nachfolgende Stellungnahme gilt für die beiden Gebiete VRG 54/1 und 54/2. Es handelt sich nur formal um getrennte Flächen, die aber insgesamt eine gemeinsame Projektfläche bilden. Die Fläche schließt direkt an ein bestehendes VRG an, ist also genau wie VRG 55 die Erweiterung eines bestehenden Windparks, wenn auch durch einen anderen Betreiber. Dies spielt für die raumplanerische Abwägung jedoch keine Rolle. Mit der Ausweisung von VRG 54/1 und 54/2 kann eine räumliche Konzentration von WEA erreicht werden, die wiederum ermöglicht, andere Bereiche freizuhalten. Im Zusammenspiel mit einer bei AA-Niesitz geplanten Freiflächen-PV-Anlage soll ein Hybridkraftwerk entstehen, das landesweit Vorbildcharakter haben wird. Es soll der direkten Versorgung einer in AA-Ebnat geplanten Gewerbeneuansiedlung dienen, um diese mit vor Ort und erneuerbar erzeugtem Strom zu versorgen.	Die Hinweise zur Stellungnahme und den Planungen im Umfeld werden zur Kenntnis genommen. Das Gebiet 54 mit seinen Teilflächen wird in der Teilfortschreibung Windenergie 2025 als ein Gebiet betrachtet. Lediglich für die Darstellung der Umweltauswirkungen zum 1. Anhörungsentwurf werden die Teilflächen im Umweltbericht auch einzeln betrachtet, um Differenzierungen besser erfassen zu können.
lfd. Ident-Nr.: 425 Carl Zeiss Energie GmbH Stn-Id: 134	Umweltbericht VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2218 Zu den einzelnen Schutzgütern im Anhang der SUP: Menschen und menschliche Gesundheit „Akustische und visuelle Beeinträchtigung von bedeutsamen Erholungsgebieten:< 50 % des VRG im Erholungswald I" Die möglichen Vorranggebiete liegen in Bereichen, die als Erholungswald der Stufe 1b und 2 klassifiziert sind. Dabei sind die Bereiche um Wege als Erholungswald der Stufe 1b kartiert, was gemäß der forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt BW,	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Abteilung Wald und Gesellschaft (kurz FVA), für einen Waldbereich „mit großer Bedeutung für die Erholung" steht. Stufe 2 bedeutet „Wald mit relativ großer Bedeutung für die Erholung". Durch die Aktualisierung der Erholungswaldkulisse von der alten zur neuen Kartierung (alte Karte Stand 1989/90) ist der Erholungswaldanteil von 28 % auf 71 % gestiegen. Somit sind knapp dreiviertel des Waldbestands als Erholungswald klassifiziert. Dies spiegelt sich auch in der Region Ostwürttemberg wider: von einer Gesamtwaldfläche von ca. 86.000 Hektar sind gut 67.000 Hektar bzw. ein Anteil von 78% ausgewiesene Erholungswaldfläche. Beim Blick in die Kartierung ist die betreffende Waldfläche für das mögliche Vorranggebiet sowie die angrenzenden Bereiche und die weitere Umgebung praktisch vollflächig als Erholungswald markiert. Die Stufe 1 b findet sich dabei vor allem an den Wegebereichen wieder. Mit der flächigen Ausweisung geht keine regelmäßige Kontrolle der Wertigkeit einzelner Bereiche einher. Vielmehr ist ein Ziel bzw. eine Handlungsempfehlung festgelegt, wie die Pflege und Bewirtschaftung erfolgen können. Eine Aussage darüber, ob der Wald an der betreffenden Stelle besondere Strukturen aufweist, wird nicht gegeben. In der Bewertung innerhalb der SUP werden die durch Windkraft erwartbaren akustischen und visuellen Beeinträchtigungen in Verbindung mit der Lage an bzw. im Erholungswald I als negativ angeführt. Durch die bauliche Ausführung von Windenergieanlagen als schlanke, hohe Bauwerke ohne erhöhten Platzbedarf am Boden ergibt sich keine Barrierewirkung für die im Gebiet stattfindende Naherholung (Spazieren, Wandern, Radfahren, etc.). Eine visuelle Veränderung am Turmfuß sowie durch die Kranstellfläche ist unvermeidbar. Im Zuge der Genehmigungsplanung und der Umsetzung von WEA können wir diesen Belang berücksichtigen, bspw. indem entsprechend hochwertig Waldstrukturen rekultiviert werden können. Weiterhin sind Biotope etc. möglich, sodass hohe Vielseitigkeit für Flora und Fauna und damit Attraktivität zur Naherholung erreicht werden kann.	
lfd. Ident-Nr.: 425 Carl Zeiss Energie GmbH Stn-Id: 134	Umweltbericht VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2219 Kultur- und Sachgüter „Beeinträchtigung archäologischer Denkmale und Böden mit Archivfunktion durch Flächenverlust: <20 % des VRG in Grabungsschutzgebiet und Boden mit Archivfunktion" Nicht nachvollziehbar ist, wieso archäologische Denkmale durch die Ausweisung als Vorranggebiet beeinträchtigt werden sollen. Der Ausweisung als VRG folgt ein Genehmigungsverfahren, in dem die	Die Berücksichtigung der Belange des Denkmalschutzes auf Ebene der Regionalplanung entspricht der aktuellen, zuletzt zum 11. Februar 2023 geänderten Rechtslage nach dem Denkmalschutzgesetz BW. Der sogenannte Umgebungsschutz (vgl. § 15 DSchG) ist danach nur für die in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmalen zu berücksichtigen. Eine mögliche Beeinträchtigung weiterer, nicht in höchstem Maße raumbedeutsame Kulturdenkmale wird auf Ebene des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		konkreten Standorte von WEA untersucht werden. Hierin wird darauf zu achten sein, die WEA nicht in Flächen zu errichten, die konkret archäologische Denkmale beinhalten. Dies kann bspw. durch Erkundungen durch Suchschlitze und Schürfungen sichergestellt werden. Der Ausweisung als VRG stehen mögliche Denkmale nicht entgegen.	Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage geprüft. In der Strategischen Umweltprüfung (SUP) werden die möglichen Beeinträchtigungen durch den Bau von Windenergieanlagen aufgezeigt, auch um Unterschiede von verschiedenen Alternativen miteinander vergleichen zu können. Bei großen Gebieten sind die in der Stellungnahme angesprochenen Vermeidungsmaßnahmen möglich, in kleineren Gebieten kann dies auch nicht der Fall sein. Die angesprochenen Vermeidungsmaßnahmen können erst bei der nachgelagerten Anlagenplanung berücksichtigt werden. Auf Ebene der Regionalplanung sind die möglichen Beeinträchtigungen zu betrachten und bewerten. In der SUP werden Möglichkeiten zur Vermeidung, Minimierung und zum Ausgleich nachteiliger Umweltauswirkungen aufgezeigt, bei der Bewertung der Umweltauswirkungen auf regionaler Ebene können diese noch nicht berücksichtigt werden. Im 1. Anhörungsentwurf liegen nicht in höchstem Maß raumbedeutsame Denkmale innerhalb des Gebiets 54 "Ebnat", sodass eine potentielle Betroffenheit gegeben ist. Das Gebiet 54 wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst und im 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 mit geringerer Ausdehnung weitergeführt. Die potentielle Betroffenheit der Bodendenkmale ist im 2. Anhörungsentwurf nicht mehr gegeben.
lfd. Ident-Nr.: 425 Carl Zeiss Energie GmbH Stn-Id: 134	Umweltbericht VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2220 Landschaft „Zerschneidung von Räumen, die bisher einen geringeren Zerschneidungsgrad aufweisen als der Durchschnitt Baden-Württembergs: > 20 % des VRG in unzerschnittenen Raum > 25 km2" Richtig ist, dass der Bereich zwischen den bestehenden Windparks Oberkochen und Blauwind eine große zusammenhängende Fläche bildet. Ungleich größere zusammenhängende Flächen qibt es jedoch im unmittelbaren Umfeld, bspw. zwischen Aalen und Essingen im Norden, Lauterburg und Bartholomä im Westen, Zang im Süden und der Achse entlang der B19 im Osten. Die Größe der Fläche ermöglicht überhaupt erst die Konzentration vieler WEA. 54/1 und 54/2 haben zusammen eine Fläche von ca. 470 ha und sind damit eine der größten Flächen im gesamten Regionalverbandsgebiet. Nur mithilfe solch großer Flächen kann das Ziel räumlicher Konzentration erreicht werden. „visuelle Beeinträchtigung raumprägender und regional bedeutsamer Landschaftskante Albtrauf /einzigartige geomorphologische Erscheinung Riesrand: > 3 ha des VRG im	Die Hinweise und Anregungen werden zur Kenntnis genommen. In der Strategischen Umweltprüfung (SUP) werden die möglichen Beeinträchtigungen durch den Bau von Windenergieanlagen aufgezeigt, auch um Unterschiede von verschiedenen Alternativen miteinander vergleichen zu können. Große, unzerschnittene Räume haben in einer immer stärker fragmentierten Landschaft eine sehr hohe Bedeutung, um den Rückgang von Tier- und Pflanzenarten und der Gefährdung der Artenvielfalt entgegenzuwirken. In ökologisch besonders hochwertigen und sensiblen Gebieten, die eine überdurchschnittliche Dichte schutzwürdiger Biotope oder überdurchschnittliche Vorkommen landesweit gefährdeter Tier- und Pflanzenarten aufweisen, wirkt sich die Zerschneidung diesbezüglich besonders gravierend aus.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Bereich von 500 - 2500 m vor und Bereiche bis 2500 m hinter Traufkante, in denen Rotoren sichtbar sein können" Durch die bestehenden Windparks in den angrenzenden VRG in Oberkochen und Königsbronn/Heidenheim besteht eine erhebliche Vorprägung, ebenso durch eine zwischen 54/1 und 54/2 verlaufende Hochspannungsleitung. Diese Vorprägung muss berücksichtigt werden. Eine nennenswerte zusätzliche visuelle Beeinträchtigung des Albtraufs können wir nicht erkennen. Vielmehr kann die hier zu erwartende Konzentration von WEA ermöglichen, andere Bereiche des Albtraufs freizuhalten.	
lfd. Ident-Nr.: 425 Carl Zeiss Energie GmbH Stn-Id: 134	Umweltbericht VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2221 Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt „Beeinträchtigung geschützter Biotope durch Verlust oder Störung von Funktionsfähigkeit: größer 50 % des VRG als Waldbiotop/naturnaher Wald erfasst" Wie in der SUP im Kapitel 3.4 beschrieben, wurde das Vorkommen von verschiedenen Schutzgebietsklassen bzw. geschützter Bereiche wie Biotope in den Flächen der geplanten Vorranggebiete betrachtet. Dadurch wird Rückschluss auf die Betroffenheit der Schutzgüterkategorie Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt gezogen. Für das VRG 54/1 und 54/2 wird eine Fläche größer 50% als Waldbiotop oder naturnaher Wald behauptet. Nach Einsicht der öffentlich zugänglichen Daten zu den verschiedenen Schutzgebieten und den kartierten Biotopen über den Umweltdaten und -kartendienst der LUBW (kurz UDO) ist diese Feststellung nicht nachvollziehbar: Das geplante Vorranggebiet mit beiden Teilflächen liegt außerhalb von Natur-, Landschafts-, und Vogelschutzgebieten. Weiterhin liegt es außerhalb von FFH-Gebieten und es ist kein Schwerpunktvorkommen der Kategorie A oder B gemäß LUBW 2023 festgelegt. Es sind punktuell kleinflächige Biotope vorhanden, die aufgrund ihrer Lage im Wald als Waldbiotope geführt werden. Bei der Detailbetrachtung dieser Biotope ist festzustellen, dass die große Mehrheit Dolinenfelder sind, also eine geologische Sonderform, die als Biotop geführt wird. Konkrete WEA-Standorte werden sicher nicht in Dolinen liegen. Diese Waldbiotope werden sicher nicht durch WEA beeinträchtigt. Der Rückschluss auf eine Beeinträchtigung von Biotopen durch deren bloße Existenz ist unzulässig. --> Abbildung 1: Schutzgebiete und Waldgebiete im Umfeld zu VRG 54/1 und 54/2 (s. Stn.)	Wird zur Kenntnis genommen. In der Strategischen Umweltprüfung (SUP) werden die möglichen Beeinträchtigungen durch den Bau von Windenergieanlagen aufgezeigt, auch um Unterschiede von verschiedenen Alternativen miteinander vergleichen zu können. Das geplante Vorranggebiet 54 liegt gemäß Daten der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt (FVA) in einem Gebiet mit überwiegend sehr naturnahen / naturnahen Waldbeständen. Die Einbeziehung bestehender Biotope in die Beurteilung möglicher Beeinträchtigungen ist zutreffend, da die in der Stellungnahme vorweggenommene Standortabwägung (keine WEA in Dolinen) erst auf der nachgelagerten Planungsebene erfolgen kann, nicht auf der regionaler Planungsebene. Auf Ebene der Regionalplanung sind die möglichen Beeinträchtigungen zu betrachten und bewerten. In der Genehmigungsplanung und Realisierung sind entsprechende eingriffsvermeidende und -minimierende Maßnahmen zu ergreifen. Details der späteren Nutzung der Windenergie sind im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren) zu klären, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der geplanten Nutzung feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Bei der qualitativen Betrachtung der im VRG vorhandenen Waldstruktur ist ein naturnaher Bestand maximal punktuell erkennbar. Die intensive forstliche Nutzung der Flächen steht im Vordergrund. Es liegt kein Bann- oder Schonwald vor. Die Betrachtung der aktuellen Forsteinrichtungskarten der Eigentümer spiegelt die intensive forstliche Nutzung im Großprivat- und Staatswald wider, wobei flächendeckend Fichte angebaut wird (auf der nachfolgenden Karte in Grau dargestellt). Auch die zugänglichen Biotopbeschreibungen bestätigen den überwiegenden Fichtenbestand und geben eine Laubbaumbeimischung als .nur vereinzelt" an. Lediglich die im FFH-Gebiet liegenden Hangflächen mit starkem Laubanteil können als naturnah bezeichnet werden. Die Einstufung der Flächen im VRG als naturnaher Wald ist nicht im Ansatz nachvollziehbar. Die Bewertung mit .. --" ist falsch. Im Gegenteil sollte auf den zusätzlichen Pufferabstand zum FFH-Gebiet verzichtet werden. --> Abbildung 2: Forsteinrichtungskarten der drei Waldeigentümer und VRG 54/1 und 54/2 (s. Stn)	
lfd. Ident-Nr.: 425 Carl Zeiss Energie GmbH Stn-Id: 134	Umweltbericht VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2222 „Zerschneidung funktionaler Zusammenhänge durch Verlust oder Störung der Funktionsfähigkeit> 50 % des VRG in Achse des Generalwildwegeplans mit beidseits 500 m Abstand" Der Generalwildwegeplan ist ein planerisches Element zur Herstellung eines Biotopverbunds, damit verschiedenste Arten (vordergründig bodengebundene) Möglichkeiten zur Ausbreitung, Wanderung und Wiederansiedelung erhalten. Den Zielen des Generalwildwegeplans stehen Vorhaben mit Zerschneidungs- oder Barrierewirkung entgegen. Windparks entfalten diese Wirkung nicht. Während der baulichen Umsetzung der Vorhaben sind temporäre Auswirkungen in geringem Ausmaß unvermeidlich. Über die Betriebsphase hinweg ist am Boden hingegen keine erhöhte Aktivität durch Personen oder Maschinen zu verzeichnen. Mit einem Turmfuß im Durchmesser von ca.12 Metern stellt eine WEA keine physische Barriere dar. Für Vorhaben in Waldgebieten wie im vorliegenden Fall können nötige Eingriffe im Umfeld des Wildtierkorridors sogar zur Aufwertung der Struktur dienen. Temporär benötigte Flächen können nach Abschluss der Baumaßnahmen entsprechend hochwertig und artenreich bepflanzt werden. Sukzessionsflächen bieten entsprechende Attraktivität durch höheres Nahrungsangebot im Vergleich zum umliegenden Forstbestand aus · nahezu Fichtenmonokultur. Die jeweilige Ausgestaltung wird im Zuge des Vorhabens im landschaftspflegerischen Begleitplan durch	Wird zur Kenntnis genommen. In der SUP werden die möglichen Beeinträchtigungen durch den Bau von Windenergieanlagen aufgezeigt, auch um Unterschiede von verschiedenen Alternativen miteinander vergleichen zu können. Die angeführten Aufwertungen können erst im Rahmen der Genehmigungsplanung und Realisierung als Vermeidungs-, Minimierungs- und Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt werden. Die Prüfung und Festlegung erfolgen im Rahmen des nachgelagerten Vorhabenzulassungsverfahrens und richten sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Fachgutachter in Rücksprache mit der Genehmigungsbehörde festgelegt. Hierbei kann gezielt auf die Besonderheiten der Flächen eingegangen werden, sodass Begleitmaßnahmen gezielt die Strukturen im Gebiet stärken und positive Effekte auf den Wildtierkorridor resultieren. Die Behauptung, es handle sich um den einzigen offenen Wanderkorridor zwischen Baden-Württemberg und Bayern ist schlicht falsch.	
lfd. Ident-Nr.: 425 Carl Zeiss Energie GmbH Stn-Id: 134	Umweltbericht VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2223 „Beeinträchtigung hochwertiger Waldbestände mit hoher Bedeutung für Pflanzen und Tiere durch Verlust oder Störung der Funktionsfähigkeit: größer 3 ha des VRG als Waldrefugien mit 200 m Umgebungsschutz erfasst" Diese als Hinweis zum geplanten VRG 54/1 vermerkte Feststellung, wird, wie in Kapitel 1.7.2 der SUP beschrieben, auf der Ebene der Genehmigungsplanung beachtet. Die Gesamtfläche an Waldrefugien misst deutlich unter 10 ha, was an der geplanten Vorranggebietsfläche von 440,7 ha etwa 2 % ausmacht. Somit können Anlagenstandorte so platziert werden, dass Waldrefugien nicht betroffen sind. --> Abbildung 3: Waldbiotope und Waldrefugien im Bereich VRG 54/1 und 54/2 (s. Stn.)	Wird zur Kenntnis genommen. In der SUP werden die möglichen Beeinträchtigungen durch den Bau von Windenergieanlagen aufgezeigt, auch um Unterschiede von verschiedenen Alternativen miteinander vergleichen zu können. Bei großen Gebieten sind die in der Stellungnahme angesprochenen Vermeidungsmaßnahmen möglich, in kleineren Gebieten kann dies auch nicht der Fall sein. Die angeführte Vermeidungsmaßnahme kann erst im Rahmen der Anlagen- und Genehmigungsplanung umgesetzt werden. Auf Ebene der Regionalplanung sind die möglichen Beeinträchtigungen zu betrachten und bewerten.
lfd. Ident-Nr.: 425 Carl Zeiss Energie GmbH Stn-Id: 134	Umweltbericht VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2224 Boden „Funktionale Beeinträchtigung hochwertiger Böden bspw. durch Versiegelung und Flächenumwidmung: größer 50 % des VRG mit sehr hochwertigen Böden" Wie in Kapitel 3.5 in der SUP erläutert, wurden hinsichtlich der Feststellung zur Wertigkeit von Böden vier Bodenfunktionen ausgewertet. Für diese Funktionen (natürliche Bodenfruchtbarkeit, Ausgleichskörper im Wasserhaushalt, Filter und Puffer für Schadstoffe und Sonderstandort für naturnahe Vegetation) sind die Einzelkarten online über https:/ /maps.lgrb-bw.de/ einsehbar. Nach Betrachtung der Einzelkarten und insbesondere unter Betrachtung möglicher Auswirkungen von WEA auf den Boden in der Umgebung ist die Einstufung innerhalb der SUP nicht nachvollziehbar. Für das VRG 54/1 seien mehr als 50 % des VRG mit sehr hochwertigem Boden ausgestattet. In der Bewertung für das direkt angrenzende Gebiet 54/2 ist keine Betroffenheit festgehalten. Drei der vier Einzelkarten weisen dem Gebiet jedoch nur eine maximal durchschnittliche bzw. mittlere Wertigkeit in der jeweiligen Kategorie zu. Für die Bedeutung als Ausgleichskörper im Wasserhaushalt	Wird zur Kenntnis genommen. Grundlage der Beurteilung im Bereich Boden ist die Gesamtbeurteilung der BK 50. Das Vorranggebiet 54/1 in der Abgrenzung der Kulisse zur 1. Anhörung liegt zu 74,7% in hoch oder sehr hoch beurteilten Bereichen. In der Genehmigungsplanung und Realisierung sind konfliktvermeidende und -minimierende Maßnahmen zu ergreifen. Details der späteren Nutzung der Windenergie sind im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren) zu klären, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der geplanten Nutzung feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		ist diese mittel bis hoch. Für die verbleibenden drei Kategorien ist die Einstufung eher mittel bis gering. Wie nachfolgend zur Kategorie Wasser erläutert, sind WEA selbst in Wasserschutzgebieten Zone II zulässig. Eine Auswirkung auf den Boden bzw. seine Funktion als Ausgleichskörper im Wasserhaushalt gibt es nicht. Demnach führt dieses Kriterium trotz einer qualitativ höheren Einstufung für diesen Bereich nicht zu einem Konflikt, da es schlicht keinen Zusammenhang mit der Nutzung durch Windenergie gibt. WEA werden mit Kreisfundamenten im Durchmesser von 25 bis 30 m flach gegründet. Das Fundament misst an der mächtigsten Stelle direkt unter dem Turm (Turmfußdurchmesser ca. 12 m) etwa eine Höhe von 3 m. Nach außen fällt die Mächtigkeit auf 70 cm ab. Dieser Fundamentteller wird flach gegründet, sodass die Tiefe der Baugrube im Standardfall etwa 0,5 - 1 m beträgt. Ausschließlich in diesem Fundamentbereich wird Fläche (etwa 700 m²) punktuell versiegelt. Darüber hinaus findet keine Vollversiegelung statt. Kranstellflächen werden als geschotterte Flächen wasserdurchlässig ausgeführt und temporäre Bauflächen, die während der Betriebszeit nicht benötigt werden, werden nach Abschluss der Errichtung rekultiviert. Anfallendes Niederschlagswasser wird nicht gesammelt bzw. in einen Kanal abgeleitet, sondern vor Ort versickert und dem lokalen Wasserhaushalt nicht entzogen. Die Einstufung als Beeinträchtigung hochwertiger Böden ist nicht nachvollziehbar. --> Abbildung 4: Auszug aus dem LGRB Kartenmaterial: Kriterium Sonderstandort für naturnahe Vegetation.	
lfd. Ident-Nr.: 425 Carl Zeiss Energie GmbH Stn-Id: 134	Umweltbericht VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2225 Wasser „Beeinträchtigung durch Verringerung des Grundwasserschutzes: größer 50 % des VRG mit einer sehr geringen und geringen Grundwasserüberdeckung" Die Ziele des Grundwasserschutzes und der allgemeinen Wasserversorgung dürfen durch Windkraftplanungen nicht beeinträchtigt werden. Die „Handreichung zu Planung, Bau und Betrieb von Freiflächen-Photovoltaik- und Windenergieanlagen in der Schutzzone II von Wasserschutzgebieten", die 2022 vom Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft an die Genehmigungsbehörden herausgegeben wurde, definiert Anforderungen und gibt Hinweise zu Planung und Genehmigung von Projekten sogar in Wasserschutzgebieten. Wie bereits dem Titel der Handreichung zu entnehmen, wird die Schutzgebietszone II	Wird zur Kenntnis genommen. In der SUP werden die möglichen Beeinträchtigungen durch den Bau von Windenergieanlagen aufgezeigt, auch um Unterschiede von verschiedenen Alternativen miteinander vergleichen zu können. Bei großen Gebieten sind die in der Stellungnahme angesprochenen Vermeidungsmaßnahmen möglich, in kleineren Gebieten kann dies auch nicht der Fall sein. Wie in der Abwägung zu BE-ID 2221 dieser Stellungnahme dargelegt, sind auf Ebenen der Regionalplanung die möglichen Beeinträchtigungen zu betrachten und bewerten. Im späteren Anlagenplanungs- und Vorhabenzulassungsverfahren vorgesehene Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen können bei der Bewertung der Umweltauswirkungen auf regionaler Ebene noch nicht berücksichtigt werden.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		behandelt und Möglichkeiten aufgezeigt, eine genehmigungsfähige Planung in dieser Zone zu entwickeln. Neben planerischen Methoden wie Flächen- und Eingriffsminimierung, Erstellung eines Bodenschutzkonzeptes und hydrogeologischem Gutachten werden für die Bauphase die Umsetzung einer bodenkundlichen Baubegleitung und Anforderungen an das Baumaterial thematisiert. Für die Betriebsphase werden Anforderungen an Leckagesicherheit und Vorgaben für die einzusetzenden Betriebsstoffe gestellt. In der Praxis sind die aus dieser Handreichung resultierenden Kriterien für die Genehmigungsfähigkeit von Anlagen in der Schutzzone II keine Herausforderung, da die relevanten Anbieter von Windenergieanlagen keine Anlagentypen auf dem deutschen Markt anbieten, die die Anforderungen nicht erfüllt. Auch bei der baulichen Umsetzung werden die Vorgaben regelmäßig ohne speziellen Mehraufwand unabhängig vom Vorliegen einer Schutzzone oder nicht erfüllt. Die Eingriffe in den Bodenhaushalt zur Herstellung von Kranstellflächen beschränkt sich auf eine geringe Tiefe von kleiner ein Meter. Das Fundament der Anlage gründet ebenfalls flach, sodass bei entsprechendem Untergrund ebenfalls nicht tiefer als einen Meter in den Boden eingegriffen wird. Bei der Planung werden die Projektgebiete entsprechend der Bodenbeschaffenheit umfassend untersucht, sodass kleinräumig der ideale Standort mit minimalem Eingriff ermittelt werden kann. Das geplante VRG 54 liegt lediglich innerhalb von Wasserschutzgebieten der Zone III und IIIA (WSG-Nr: 135.001, 135.002 und 136.006). Die Einordnung als Zone III und IIIA beschreibt, dass die Flächen innerhalb der weiteren Schutzzone im Einzugsgebiet um eine Fassung liegen. Dort gelten die geringsten Ge- und Verbote für nach Wasserhaushaltsgesetz möglichen Schutzzonen. Wie oben beschrieben hat die Landesregierung aktiv Möglichkeiten aufgezeigt, Windkraftplanungen in Schutzzone II genehmigungsfähig zu entwickeln. Eine genehmigungsfähige Planung ist folglich auch in Schutzzone III machbar, da dort geringere Anforderungen gelten. In der SUP wird speziell auf eine Beeinträchtigung des Grundwasserschutzes eingegangen, da über 50 % der Fläche hinsichtlich der Grundwasserüberdeckung als sehr gering und gering eingestuft seien. Die Realisierung von WEA hat keinen flächendeckenden Einfluss auf die natürlich vorkommenden Deckschichten. WEA verursachen punktuelle bauliche Eingriffe, die	Die angeführten Vermeidungsmaßnahmen können erst im Rahmen der Anlagenplanung und Realisierung festgelegt und umgesetzt werden. Die Prüfung und Festlegung erfolgen im Rahmen des nachgelagerten Vorhabenzulassungsverfahrens und richten sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		wie oben beschrieben durch entsprechende Planung und kleinräumiger Eingriffsminimierung keine Auswirkung in die Tiefe entfalten. Das kreisrunde verursacht die einzige Vollversiegelung. Kran- und Montagefläche werden mit gebietsverträglichem Schottermaterial teildurchlässig hergestellt. Eine Versickerung von Niederschlagswasser ist an den angrenzenden Flächen gewährleistet. Somit haben die Anlagen weder relevante Auswirkung auf die Quantität der Grundwasserneubildung noch auf die Funktionsfähigkeit des Bodens als Filter. Beweis hierfür ist die Zulässigkeit der Anlage auch in der engeren Schutzzone II um Fassungsbereiche. Die Annahme einer Beeinträchtigung des Schutzguts Wasser ist daher nicht nachvollziehbar.	
lfd. Ident-Nr.: 425 Carl Zeiss Energie GmbH Stn-Id: 134	Umweltbericht VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2226 Fläche „Sehr schlechter nachhaltiger Umgang mit der Ressource Fläche: > 50 % des VRG mit einer Windhöffigkeit von= 190 W/m2 in 160 m über Grund" Gemäß dem Kriterienkatalog zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 der Region Ostwürttemberg werden Flächen mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte von über 215 W/m² mit höchster Priorität kategorisiert. An zweiter Stelle folgen Flächen mit Werten zwischen 190-215 W/m2. Die Datengrundlage bildet der Windatlas BW. Für das mögliche VRG 54 wurde zur konkreteren Betrachtung eine Ertragsabschätzung durch den TÜV Süd auf Basis der Bestandsanlagen in direkter Umgebung erstellt (siehe Anhang). Die Bestandsanlagen sind vom Typ Nordex N117 mit einer Nabenhöhe von 141 Meter und einem Rotordurchmesser von 117 Metern. Die Anlagen sind seit Ende 2015 in Betrieb, sodass die verwendeten Daten durch den langen Betriebszeitraum eine gute Datenbasis für die Ertragsabschätzung bilden. Bei der Abschätzung wurde innerhalb des möglichen VRG 54 eine vorläufige und beispielhafte Planung mit 14 Anlagenstandorten verwendet, um einen flächendeckenden Überblick zu erhalten. Die detaillierte Betrachtung durch den TÜV Süd auf Basis von Realdaten aus dem Gebiet kommt zu dem Ergebnis, dass die Fläche hinsichtlich der Windhöffigkeit zur Nutzung durch Windenergie insgesamt geeignet ist. Kleinräumig vorkommende Zonen mit geringerer Windleistung (insbesondere durch Tallage) werden ohnehin nicht beplant. Die Behauptung, mehr als 50 % des VRG hätten eine	Wird zur Kenntnis genommen. Für die SUP werden die flächendeckend vorliegenden Daten des Windatlas BW (2019) zu Grunde gelegt, um Unterschiede von verschiedenen Alternativen miteinander vergleichen zu können. Hieraus lässt sich ableiten, dass es in der Region Gebiete mit einer höheren mittleren gekappten Windleistungsdichte gibt. Die vorliegenden Berechnungen werden bei der regionalplanerischen Gesamtabwägung berücksichtigt. Das Gebiet 54 "Ebnat" wird aufgrund von Anregungen zum 1. Anhörungsentwurf angepasst. Die Anpassung zum 2. Anhörungsentwurf erfolgte unter anderem unter Berücksichtigung der vorgelegten Berechnungen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Windleistungsdichte< 190 W/m² ist durch die - dem Regionalverband vorliegende - Berechnung des TÜV Süd widerlegt und falsch.	
lfd. Ident-Nr.: 425 Carl Zeiss Energie GmbH Stn-Id: 134	Umweltbericht VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2227 Rechtliche Aspekte - Artenschutz Für das VRG 54/1 wird in der Rubrik Artenschutz der Uhu als vorkommende Art angeführt, was die Fallgruppe B auslöst. Damit ist innerhalb der SUP das Gebiet so eingestuft, dass eine Planung in Ausnahmelage erfolgt und das Gebiet nur weiterverfolgt werden könne, wenn eine Ausnahme in Aussicht gestellt wird. Diese Kategorisierung ist nicht nachvollziehbar, da der Uhu (präziser: als nachgewiesener Brutvogel in einem Gebiet) gemäß§ 45b BNatSchG Anlage 1 nur dann als kollisionsgefährdet eingestuft wird, wenn „die Höhe der Rotorunterkante [...] in hügeligem Gelände weniger als 80 m beträgt." Dies gilt nicht für den artspezifischen Nahbereich von 500 m. Aufgrund dieser Einstufung kann selbst bei Vorkommen des Uhus in einem Gebiet planerisch ein Konflikt bzw. ein Verstoß gegen das BNatSchG vermieden werden. Moderne WEA haben immer eine Rotorunterkante über 80 m. Im vorliegenden Fall wird seit Jahresbeginn auch das Vorkommen des Uhus untersucht. Bislang gibt es keine Erkenntnisse, dass diese Art im geplanten Vorranggebiet brütet. Somit ist ein Konflikt ausgeschlossen. Als weiterer Hinweis wird in dieser Rubrik nochmals die angebliche Eignung des Gebietes als einziger offener Wanderkorridor zwischen Baden-Württemberg und Bayern angeführt. Bei großräumiger Betrachtung erscheint auch diese Bewertung nicht nachvollziehbar, da mehrere Wander- und Zugkorridore verfügbar sind wie bspw. vom nördlichen Albtrauf bei Heubach zum Albtrauf östlich von Aalen zu den bedeutenden Rastvogelhabitaten am Bucher Stausee und dem Stausee Stockmühle bei Westhausen. Auf dem Landweg ist die Querung der BAB 7 im Bereich des Agnesbergtunnel möglich. Weiterhin erscheint sie möglich von der Hochfläche bei Böhmenkirch und Bartholomä über das Härtsfeld ins Nördlinger Ries. Weder auf Grundlage der Landschaftsstruktur noch auf Basis der aktuell durchgeführten Erfassungen erscheint der Rückschluss zutreffend, dass das Gebiet den letzten offenen Wanderkorridor zerschneidet.	Wird zur Kenntnis genommen. Für die SUP werden die flächendeckend vorliegenden Daten zu Grunde gelegt, um mögliche Konflikte zu erfassen und Unterschiede von verschiedenen Alternativen miteinander vergleichen zu können. Hierzu werden auch die vorliegenden Artenschutzdaten des Landes genutzt. Spätestens in der Genehmigungsplanung sind mögliche Artenschutzkonflikte in Abstimmung mit den Naturschutzbehörden zu lösen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 425 Carl Zeiss Energie GmbH Stn-Id: 134	Umweltbericht VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2228 Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Einstufung als "sehr konfliktbehaftet" nicht nachvollziehbar ist. Wir bitten darum, die Fläche weiterzuverfolgen und in die Teilfortschreibung aufzunehmen.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Vorranggebiete werden in der SUP auf Grundlage flächendeckend vorliegender Daten geprüft, um Konflikte zu erfassen und Unterschiede von verschiedenen Alternativen miteinander vergleichen zu können. Ein zusammenfassendes Ergebnis ergibt sich aus der Gesamtbetrachtung einer Vielzahl an Kriterien.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Das Vorranggebiet 54 "Ebnat" ist für die Nutzung der Windenergie geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst und entsprechend auch in der SUP erneut geprüft.
lfd. Ident-Nr.: 428 Privat Stn-Id: 136		BE-ID: 466 auf dem Weg zur Erfüllung des Flächenziels, das sich aus dem Klimaschutz- und Klimaanpassungsgesetz vorgegeben wird, wird derzeit die Ausweisung weiterer Flächen diskutiert. Beim Blick auf den Lageplan zur 1.Anhoerung-TF-Windenergie habe ich z.B. die Fläche, auf der die WKA in Ellenberg steht, nicht gefunden.	Wird zur Kenntnis genommen. Der Standort der bestehenden Windenergieanlage bei Ellenberg erfüllt nicht die Planungskriterien der Teilfortschreibung Windenergie 2025 zur Festlegung von Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen. Er befindet sich z.B. weniger als 1000m von Wohngebäuden entfernt und somit in einem planerischen Ausschlussbereich. Die Planungskriterien werden im im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 detailliert beschrieben.
lfd. Ident-Nr.: 428 Privat Stn-Id: 136		BE-ID: 467 Ich bin der Meinung, dass auf Grund der schieren Größe einer WKA diese regionalbedeutsam ist und deshalb in den Regionalplan mitübernommen werden sollte und diese auch als tatsächlich vorhanden zur Flächenbilanz zählen muss.	Wird nicht gefolgt Die Windenergieanlage bei Ellenberg gilt aufgrund ihrer Größe (Nabenhöhe 66,80 m) als regionalbedeutsam. Der Standort wird aufgrund der in DS-Nr. 466 dargelegten Gründen nicht in die Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufgenommen. Der Regionalverband beabsichtigt in den Beschluss zur Feststellung der Flächenbeitragswerte gem. § 5 (1) Wind BG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land) nur die bestehenden Vorranggebiete der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien (2014) und die neuen Vorranggebiete aus der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufzunehmen. Für einzelne Windenergieanlagen außerhalb von Windenergiegebieten ist gemäß § 4 (1) Satz 2 WindBG eine Anrechnung möglich. Dies kann im Zuge der Feststellung des Erreichens der Flächenbeitragswerte (§ 5 WindBG) erfolgen.
lfd. Ident-Nr.: 428 Privat Stn-Id: 143		BE-ID: 506 Der Regionalverband Ostwürttemberg hat bezüglich der Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans mehrere Bürgerinformationsveranstaltungen durchgeführt. Zuletzt am 8. Mai 2024. Bei dieser und bei den vorangegangenen gleichartigen Veranstaltungen in anderen Raumschaften der Region wurde darauf hingewiesen, dass der jetzt zur Anhörung durch die Verbandsversammlung beschlossene Plan mit allen 53 Städten und Gemeinden der Region vorabgestimmt wurde. Ich empfinde das als sehr befremdlich, wenn Vertreter der Stadt Heidenheim gegenüber dem Regionalverband Ostwürttemberg in dieser Vorabstimmung diese massive Ausweitung der Vorrangflächen für Windkraft in und um die Ortschaft Großkuchen unwidersprochen hinnehmen und befürworten, dass	Wird zur Kenntnis genommen. Die Vorabstimmungen mit den Kommunen vor dem 1. Anhörungsentwurf erfolgten als informelle Gespräche mit Vertretern der Verwaltung. Die genannten Inhalte der Gespräche werden nicht kommentiert. Im Rahmen der formalen Anhörungsverfahren haben Kommunen die Möglichkeit sich zu den Anhörungsentwürfen zu äußern.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		diese Flächen so von der Regionalverbandsversammlung beschlossen und dann in das formelle Verfahren gegeben werden.	
lfd. Ident-Nr.: 428 Privat Stn-Id: 143		BE-ID: 507 Schon von weitem ist eine Überlastung dieser Raumschaft mit regionalbedeutsamen, oftmals aber sehr störenden Einrichtungen der Infrastruktur erkennbar.	Die Bewertung der Bestandssituation wird zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wurde der Belang "Überlastung durch Windenergieanlagen" einschlägig geprüft. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013).
lfd. Ident-Nr.: 428 Privat Stn-Id: 143		BE-ID: 508 Darüber hinaus sind Vorrangflächen für Windkraft in sensible und wertvolle Natur- und Landschaftsbereiche hineingeplant, ganz zu schweigen von Bereichen, die künftiger Rohstoffsicherung dienen müssen.	Hinsichtlich der Rohstoffsicherung wurde aufgrund von Anregungen im Rahmen der 1. Anhörung die Planungskriterien ergänzt und ein Vorsorgeabstand von 300 m zu regionalen Vorranggebieten Rohstoffsicherung aufgenommen. Die Berücksichtigung konzessionierter Abbauflächen wird bei einer möglichen Betroffenheit im Einzelfall geprüft. Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind ebenfalls im Planungskonzept berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG).
lfd. Ident-Nr.: 428 Privat Stn-Id: 143		BE-ID: 509 Konkret zu den dargestellten Flächen: 52 Nord 52 Süd 53 westl. BAB 53 östlich BAB 69 Alle Flächen führen zu einer Zunahme der Überlastung der Raumschaft Großkuchen Die Raumschaft Großkuchen ist schon überlastet durch: 1. die BAB 7 2. die Umspannwerke in Verbindung mit den 3. Freispannungs- Hochspannungsleitungen, die die Landschaft durschneiden 4. die durch vorhabenbezogenen Bebauungsplan rechtskräftig ausgewiesene FreiflächenPV Anlage "Solarpark Kleinkuchen" 5. die in Betrieb befindlichen Abbaubereiche von Rohstoffen und deren Erweiterungsflächen (Steinbrüche) 6. durch die im Entwurf zur generellen Fortschreibung des Regionalplans enthaltenen regionalbedeutsamen Flächen für Freiflächen-PV-Anlagen 7. Verkehrslandeplatz Aalen-Heidenheim/Elchingen und dessen Flugbetrieb Siehe auch Lageplan in der Anlage. Eine weitere Ausweisung von Vorrangflächen für Windkraft verschärft diese Überlastung und ist deshalb abzulehnen.	Die Hinweise zur Belastung durch bestehende und geplante Vorhaben im Raum Großkuchen und Umgebung werden zur Kenntnis genommen. Die Gebietskulisse im Raum Großkuchen wird aufgrund verschiedener Anregungen zur 1. Anhörung angepasst und reduziert. Der Umgang mit den genannten Gebieten im 2. Anhörungswurf wird in den nachfolgenden BE ID 510, 512, 513 erläutert.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 428 Privat Stn-Id: 143	VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 510 Darüber hinaus sprechen gegen einzelne Flächen 52 Nord + 52 Süd - diese Flächen Rücken viel zu nah an die Teilgemeinde Kleinkuchen heran - diese Flächen engen i.V.m. der eingezäunten Fläche der FreiflächenPV-Anlage "Solarpark Kleinkuchen" den im Generalwildwegeplan ausgewiessenen Wildkorridor ein, so dass dieser in seiner Funktion wirkungslos wird	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Bei der Abgrenzung der im 1. Anhörungsentwurf dargestellten Gebietsfläche wird der im Kriterienkatalog festgelegte Vorsorgeabstand von 1000m zu Wohngebieten und -gebäuden eingehalten. Die Betroffenheit und der Umgang mit Wildtierkorridoren des Generalwildwegeplans wurde mit den zuständigen Unteren Naturschutzbehörden abgestimmt. Im Ergebnis stellen Wildtierkorridore kein Ausschlusskriterium für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen dar, sondern werden im Rahmen einer Einzelfallprüfung betrachtet. In vielen Bereichen können die benannten Korridore des Generalwildwegeplans bei der konkreten Standortplanung von Windenergieanlagen im nachgelagerten Verfahren berücksichtigt werden. Dafür wird in den Gebietssteckbriefen der betroffenen Vorranggebiete der Hinweis "Wanderkorridor des Generalwildwegeplans (GWP)" eingefügt. In begründeten Einzelfällen werden die Zuschnitte der Vorranggebiete in Bezug auf den Generalwildwegeplan in Verbindung mit weiteren Abwägungsbelangen angepasst. Das Vorranggebiet 52 "Erweiterung Heidenheim / Nattheim" wird aufgrund von Anregungen u.a. zum vorhandenen Wildwegekorridor zur 1. Anhörung angepasst und auf eine südliche Erweiterungsfläche begrenzt. Dieser Bereich ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird.
lfd. Ident-Nr.: 428 Privat Stn-Id: 143	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 512 53 östlich BAB dort befindet sich der Eingang in ein europaweit bedeutsames Trockental, das als Landschaftsschutzgebiet einen besonderen Schutzstatus genießt. die geplante Errichtung von WKA dort zerstört diesen europaweit einmaligen Naturraum (https://de.wikipedia.org/wiki/Krätzental)	Wird zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg aufgrund anderer Anregungen und zur Begrenzung der Raumbelastung nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 428 Privat Stn-Id: 143	VRG 69 Erweiterung Königsbronn / Ebnat	BE-ID: 513 69 diese Fläche - rückt zu nah an die Teilgemeinde Nietheim heran - behindert den Rohstoff-Abbaubetrieb "[...]" in seiner weiteren Entwicklung bzgl. der dort befindlichen weiteren Abbauflächen	Bei der Abgrenzung der im 1. Anhörungsentwurf dargestellten Gebietsfläche wird der im Kriterienkatalog festgelegte Vorsorgeabstand von 1000m zu Wohngebieten und -gebäuden eingehalten. Das Gebiet 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat" liegt im Vorsorgeabstand eines Vorranggebiets Rohstoffsicherung. Dieses Kriterium wurde aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung als planerischer Ausschluss in den Kriterienkatalog aufgenommen. Das Vorranggebiet 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 428 Privat Stn-Id: 143		BE-ID: 514 Fazit: Eine weitere Ausweisung von Vorrangflächen für Windkraft verschärft die bestehende Überlastung der Raumschaft und einzelne Flächen greifen darüber hinaus in andere raumbedeutsame Schutzgüter ein, widersprechen anderen Zielen der Raumplanung und ist deshalb abzulehnen. Konkret wird die Ausweisung folgender weiterer Flächen im Rahmen der jetzigen Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans abgelehnt: 52 Nord, 52 Süd, 53 westl. BAB, 53 östlich BAB und 69	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Aufgrund von Anregungen zum 1. Anhörungsentwurf erfolgen für den 2. Anhörungsentwurf Anpassungen der Gebietskulisse. Die Gebiete 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" und 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat" werden im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Das Vorranggebiet 52 "Erweiterung Heidenheim / Nattheim" wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Es ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird.
lfd. Ident-Nr.: 428 Privat Stn-Id: 136		BE-ID: 2211 Jetzt meine Fragen: Gibt es weitere WKA in der Region, die nicht auf Flächen stehen, die der Regionalverband als raumbedeutsam bereits ausgewiesen hat oder ausweisen will? Was ist der Grund, warum diese Fläche(n) nicht als Bestandsfläche(n) übernommen wird (werden)?	In der Region Ostwürttemberg bestehen noch weitere Einzelanlagen außerhalb bestehender und geplanter Vorranggebiete für Windenergie. Die Standorte erfüllen die Planungskriterien der aktuellen Teilfortschreibung nicht, weshalb dort keine Vorranggebiete in den Entwurf aufgenommen wurden.
lfd. Ident-Nr.: 429 Privat Stn-Id: 137	VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 468 mein Name ist [...], und ich bin Anwohner des Gehöfts Heutenburg. Ich wende mich an Sie in Bezug auf die geplante Errichtung einer Windkraftanlage im Waldgebiet Steinhaus, bei der die Abstandsregelung zum nächsten Wohnhaus von 1000 Metern auf 750 Meter verringert wurde. Es ist äußerst besorgniserregend für mich und meine Nachbarn, dass der Gemeinderat von Gerstetten diese Entscheidung ohne angemessene Information und Einbeziehung der betroffenen Anwohner getroffen hat. Wir fühlen uns in diesem Prozess völlig übergangen und unsere Bedenken und Einwände wurden nicht berücksichtigt.	Wird zur Kenntnis genommen. Hinweis: Das Vorranggebiet 43 "Gerstetten" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Die Entscheidungen kommunaler Gremien sowie der Weg dieser Entscheidungsfindungen sind nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene. Seitens des Regionalverbandes werden die im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Teilregionalplans bestehenden zahlreichen gesetzlich normierte Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit (gem. den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg (LplG)) eingehalten.
lfd. Ident-Nr.: 429 Privat Stn-Id: 137	VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 470 Die Nähe der geplanten Windkraftanlage zu unserem Gehöft Heutenburg wirft mehrere Fragen und Bedenken auf, insbesondere in Bezug auf Lärmbelästigung, Schattenwurf und potenzielle gesundheitliche Auswirkungen.	Im Einzelnen zu den hervorgebrachten Bedenken hinsichtlich Schall, Schattenwurf und potenziellen gesundheitlichen Auswirkungen: 1. Schall: Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Anlagentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage. 2. Schattenwurf: Windenergieanlagen führen bei klaren Wetterbedingungen durch den bewegten Anlagenrotor zu optischen Immissionen und können dadurch als Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			3. Mögliche gesundheitliche Auswirkungen: Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehenden räumlichen Nutzungsansprüchen bzw. -interessen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Der wissenschaftliche Konsens weist auf, dass durch Windenergieanlagen mit Schutzabständen zur Wohnbebauung keine allgemeine Gesundheitsgefahr gegeben ist. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung des Schutzgutes Mensch, insbesondere der menschlichen Gesundheit, wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch auf. Die berücksichtigten Ausschluss- und Konfliktkriterien hinsichtlich des Schutzgutes Mensch sind angesichts der Maßgaben des § 2 EEG auf regionaler Planungsebene ausreichend. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen eingegrenzt und im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) detailliert geprüft. Dabei werden sowohl Schallemissionen als auch andere potenziell schädliche Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 429 Privat Stn-Id: 137	VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 473 Es ist für uns unverständlich, warum eine so gravierende Entscheidung ohne umfassende Bürgerbeteiligung und transparente Kommunikation getroffen wurde. Ich fordere den Regionalverband Ostwürttemberg daher auf,	Im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Teilregionalplans bestehen zahlreiche gesetzlich normierte Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit. Diese richten sich nach den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg (LplG). Die Frist zur Beteiligung der Öffentlichkeit ergibt sich aus § 9 Abs. 2 ROG i.V.m. § 12 Abs. 3 LplG: Sie beträgt

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		diesen Beschluss zu überprüfen und sicherzustellen, dass die betroffenen Anwohner in Heutenburg in den weiteren Planungsprozess einbezogen werden. Es sollte eine öffentliche Informationsveranstaltung stattfinden, bei der die Gründe für die Abstandsverringerung und die möglichen Auswirkungen ausführlich dargestellt und diskutiert werden. Wir bitten Sie dringend, unsere Anliegen ernst zu nehmen und den Prozess der Entscheidungsfindung transparenter und partizipativer zu gestalten. Es ist wichtig, dass die Interessen und das Wohlbefinden der Anwohner bei solchen Projekten angemessen berücksichtigt werden.	i.d.R. einen Monat. Bei der Beteiligung ging der Regionalverband Ostwürttemberg zur Steigerung der Transparenz und zur Ermöglichung zusätzlicher Beteiligung über dieses gesetzlich geforderte Maß hinaus. Über ein eigens dafür eingerichtetes Online-Beteiligungstool war die Abgabe von Hinweisen, Anregungen und Änderungsvorschlägen auch digital möglich. Alle Beteiligungsmöglichkeiten wurden in den regionalen Medien und im Internet angekündigt. Die Verfahrensunterlagen waren während der Öffentlichkeitsbeteiligung zusätzlich auf der Internetseite des Regionalverbandes einsehbar. Zusätzlich zu den gesetzlich vorgesehenen Beteiligungsmöglichkeiten hat der Regionalverband Ostwürttemberg weitere Informations- und Beteiligungsangebote, z. B. ein Informationsangebot auf der Homepage und drei öffentliche Informationsveranstaltungen in der Region (Ellwangen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd) vor Beginn der ersten formellen Anhörung umgesetzt. Alle eingegangenen Anregungen und Hinweise wurden sorgfältig geprüft und abgewogen. Die Entscheidungen kommunaler Gremien sind nicht Gegenstand des vorliegenden Anhörungsverfahrens und auch nicht Regelungsgegenstand der Regionalplanung (vgl. Abwägung zur BE ID 468 dieser Stellungnahme).
lfd. Ident-Nr.: 430 Privat Stn-Id: 138	VRG 57 Herbrechtingen	BE-ID: 475 Anlagen die nicht wirtschaftlich durch genügend Wind betrieben werden können sollten nicht gebaut werden. Wenn es sich nun lohnt in Herbrechtingen/Bolheim Windräder zu bauen möchte ich Sie bitten die Fläche nicht am Besitzstand fest zu machen sondern an der WIndhäuffigkeit und an den Abständen zur Wohnbebauung. Warum ist das Gebiet nicht weiter richtung Norden geplant und weshalb lässt man das Gebiet Rothau/Birklesreute auch weg wenn dort die Windhäuffigkeit so gut ist?	Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten und einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umfassung / Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Hinweis: Das Vorranggebiet 57 "Herbrechtingen" bei Bolheim wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg aufgrund von verschiedenen Abwägungsbelangen nicht weitergeführt. Das Vorranggebiet 65 "Schönbühl" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird allerdings aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 431 Privat Stn-Id: 139	VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 478 Wir als Bürger des Weilers Heutenburg und sämtliche Nachbargehöfte sind unmittelbar betroffen bezüglich des Planaufstellungsverfahrens Steinhaus/ Gemarkung Gerstetten. Aus ihrer Beschreibung geht hervor, das der Mindestabstand von WKA und Wohnhaus mindestens 1000 m betragen soll. Die Gemeinde Gerstetten hat sich das Vorrecht gesichert, auf dieser Gemarkung selbst einen Windpark zu errichten. Allerdings wurde der vom Verband empfohlene Mindestabstand durch Gemeinderatsbeschluss vom 14.5.24 von 1000 m auf 750 m herabgesetzt.	Hinsichtlich des Kriteriums "Siedlungsabstand" hat die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg den Kommunen die Verringerung des regionalen Planungskriteriums "1.000m Umgebungsabstand" auf 750m eingeräumt, wenn dies mit einem Gemeinderatsbeschluss belegt werden kann. Für das Gebiet 43 "Gerstetten" wurde dem Regionalverband ein Gemeinderatsbeschluss zur Verringerung des Siedlungsabstandes seitens der Kommune Gerstetten vorgelegt, weshalb das genannte Vorranggebiet im 1. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 mit einem Abstand von 750m zu Siedlungsbereichen festgelegt wurde. Das Vorranggebiet 43 "Gerstetten" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg allerdings nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 431 Privat Stn-Id: 139	VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 479 Unsere Bedenken und Gegenargumente: Ein Ausbau der Windkraft ohne rechtlichen Schutz der Menschen darf nicht Grundlage sein. Nur wenn die nötige Akzeptanz für ein Projekt gegeben ist, ergibt es einen Sinn, die Pläne voranzutreiben! Inzwischen haben sich über 50 Personen zusammengeschlossen, die direkt davon betroffen sind. Auch macht es erst einen Sinn, die 1000 m aufzuweichen, wenn! die Beteiligten vor Ort damit einverstanden sind.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 431 Privat Stn-Id: 139	VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 480 Unsere persönlichen Belange: - unzulässige Schallemissionen, Schattenschlag	Im Einzelnen zu den aufgeführten Themen Schall und Schattenschlag: 1. Schall: Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Anlagentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. 2. Schattenschlag: Windenergieanlagen führen bei klaren Wetterbedingungen durch den bewegten Anlagenrotor zu optischen Immissionen und können dadurch als Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Für 1. und 2. gilt folglich: Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 431 Privat Stn-Id: 139	VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 481 - Minderung Wohnwert, bzw Wertverlust der Immobilie	Die Teilfortschreibung dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Beurteilung des Immobilienwertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob Wertminderungen durch Windenergieanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls, insbesondere im Falle eines tatsächlichen Verkaufs der Immobilie ab. Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass der Wert und die Preisentwicklung von Immobilien von ökonomischen und demografischen Einflüssen dominiert werden und nicht von

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Windenergieanlagen. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kaum möglich, den Anstieg oder den Rückgang des Verkehrswertes eines bebauten oder unbebauten Grundstücks auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen (s. Landtag von Baden-Württemberg (2019): Kleine Anfrage des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Wertminderung von Immobilien infolge von Windkraftanlagen II (Drucksache 16 / 5820), 26. Februar 2019, Stuttgart (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5820_D.pdf).Daher und wegen des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ist es aus Sicht des Regionalverbands weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen.
lfd. Ident-Nr.: 431 Privat Stn-Id: 139	VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 482 öffentliche Belange: - Hochwaldrodung, wertvoller Buchenbestand	Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Obwohl mit dem in der Stellungnahme genannten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird das betreffende Vorranggebiet 43 "Gerstetten" in Verbindung mit weiteren Belangen im Rahmen der Abwägung zum 2. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 431 Privat Stn-Id: 139	VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 483 - Naturschutzgebiet (alter Steinbruch)	Naturschutzgebiete sowie naturschutzgebietswürdige Flächen inkl. eines Pufferabstandes von 200 m zu diesen Gebieten sind im regionalen Planungskonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 (s. Kriterienkatalog) als Ausschlussbereiche definiert und werden demnach nicht mit Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen überplant.
lfd. Ident-Nr.: 431 Privat Stn-Id: 139	VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 484 - geologische Gegebenheiten, Karst, bzw Erdfälle und Dolinen, sind in der Karte eingezeichnet!!	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 431 Privat Stn-Id: 139	VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 485 - Ruinen ehemaliger Besiedlung (siehe Bezeichnung Steinhaus)	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 431 Privat	VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 486 - Naherholungsgebiet mit Wanderparkplatz!!	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 139			WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 431 Privat Stn-Id: 139	VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 487 - Wasserschutzzone	Im Bereich des Vorranggebiets 43 "Gerstetten" ist keine Wasserschutzgebietszone I oder II festgesetzt. Wasserschutzgebiete der Zone I sind inkl. eines Pufferabstandes im regionalen Planungskonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 (s. Kriterienkatalog) als Ausschlussbereiche definiert und werden demnach nicht mit Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen überplant. Vorranggebiete in Wasserschutzgebieten der Zone II werden gemäß des Plankonzepts einzelfallbezogen betrachtet und geprüft. Wasserschutzgebiete der Zone III stehen der Errichtung und dem Betrieb von Windenergieanlagen nicht entgegen.
lfd. Ident-Nr.: 431 Privat Stn-Id: 139	VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 488 Unsere Bedenken hinsichtlich der Planung (Anhang Kap.4.2.2. Erneuerbare Energie) Nr. 43 des Planungsverfahrens Regionalplan (Seite 20, Textteil mit Begründung) Beispiel: " im Einzelfall zu prüfende Kriterien.....kein Eintrag!!! Auf der Karte aber ersichtlich, Frühmessmäder Wohnhaus Nr.3, würde nicht berücksichtigt!! Der Mindestabstand wird nicht gewährleistet.....Verfahrensfehler?? Beispiel: " Umsetzungsbegünstigte Faktoren: Fläche mit voraussichtlicher schneller Umsetzung" Frage: welche Gründe sprechen für eine schnelle Umsetzung?? Beispiel: " Ein Gemeinderatsbeschluss zur Verringerung des Siedlungsabstandes auf 750 m ist in Aussicht gestellt. Frage: wie kann ein Gemeinderatsbeschluss VOR der Abstimmung vorausgesagt werden?	Wird zur Kenntnis genommen. Die "im Einzelfall zu prüfenden Kriterien" sind im Kriterienkatalog zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 festgelegt. Im Bereich des Vorranggebiets 43 "Gerstetten" liegen keine Einzelfallkriterien vor, weshalb im Gebietssteckbrief zum Vorranggebiet 43 zum 1. Anhörungsentwurf kein Eintrag vorliegt. Nach Kenntnisstand des Regionalverbandes handelt es sich bei dem Gebäude "Frühmessmäder 3" nicht um ein baurechtlich genehmigtes Wohnhaus, weshalb der im Kriterienkatalog zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 definierte Siedlungsabstand hier keine Anwendung findet. Eine "schnelle Umsetzung" für das Gebiet 43 wurde zum Stand des 1. Anhörungsentwurfs aufgrund des bereits vorhandenen Projektiererinteresses und nach Aussagen der Kommune Gersetten angenommen. Zum Stand der Erarbeitung der Planungsunterlagen zur 1. Anhörung lag der Gemeinderatsbeschluss der betreffenden Kommune noch nicht vor, weshalb die Formulierung "in Aussicht gestellt" verwendet wurde. Zum Stand des Verfahrens (1. Anhörung) ist das Vorgehen angemessen. Für das Gebiet 43 "Gerstetten" wurde dem Regionalverband im Laufe der Anhörungsphase ein Gemeinderatsbeschluss zur Verringerung des Siedlungsabstandes seitens der Kommune Gerstetten vorgelegt. Das Vorranggebiet 43 "Gerstetten" wurde nach der 1. Anhörung erneut überprüft. Das Gebiet wird entsprechend der auf diesen Ergebnissen basierenden Abwägung durch die Verbandsversammlung im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg allerdings nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 432 Privat Stn-Id: 141	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 493 Wir [...] erheben Widerspruch gegen den geplanten Bau der neuen Windräder im Geislinger Forst. Folgende Punkte sprechen für uns ganz klar dagegen:	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 432 Privat Stn-Id: 141	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 2256 Zerstörung der Natur	Beim Bau und Betrieb von Windenergieanlagen sind Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft nicht vollständig vermeidbar. Im Planungsverfahren sind ökologisch besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna und weitere bedeutsame Umweltbelange mittels rechtlicher Ausschlusskriterien, planerischer Ausschlusskriterien oder im Einzelfall zu prüfender Kriterien im Planungskonzept als berücksichtigt (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. (vgl. Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff.) Die in der Strategischen Umweltprüfung ermittelten Beeinträchtigungen werden im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) überprüft und durch Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung, Ausgleich bzw. Kompensation auf ein rechtskonformes Maß gebracht.
lfd. Ident-Nr.: 432 Privat Stn-Id: 141	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 2257 Lärmbelästigung für uns als Anwohner	Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Anlagentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 432 Privat	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 2258 Wertminderung unserer Grundstücke	Wird nicht gefolgt Die Teilfortschreibung dient der räumlichen Steuerung der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 141			Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Beurteilung des Immobilienwertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob Wertminderungen durch Windenergieanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls, insbesondere im Falle eines tatsächlichen Verkaufs der Immobilie ab. Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass der Wert und die Preisentwicklung von Immobilien von ökonomischen und demografischen Einflüssen dominiert werden und nicht von Windenergieanlagen. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kaum möglich, den Anstieg oder den Rückgang des Verkehrswertes eines bebauten oder unbebauten Grundstücks auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen (s. Landtag von Baden-Württemberg (2019): Kleine Anfrage des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Wertminderung von Immobilien infolge von Windkraftanlagen II (Drucksache 16 / 5820), 26. Februar 2019, Stuttgart (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5820_D.pdf). Daher und wegen des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ist es aus Sicht des Regionalverbands weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen.
lfd. Ident-Nr.: 432 Privat Stn-Id: 141	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 2259 Bitte um Bestätigung ihrerseits dieses Widerspruchs	Wird nicht gefolgt Das Vorranggebiet 45 "Unterschneidheim / Tannhausen" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird.
lfd. Ident-Nr.: 433 Privat Stn-Id: 142	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 498 wir, die Bürgerinnen und Bürger der umliegenden Gemeinden Geislingen, Ellrichsbronn, Tannhausen, Oberschneidheim und Nordhausen, möchten unsere tiefgreifende Besorgnis und unseren entschiedenen Widerspruch gegen die geplante Errichtung eines Windparks im Geislinger Forst im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 zum Ausdruck bringen. Unser Naherholungsgebiet, der Geislinger Forst, stellt für uns einen unverzichtbaren Wert dar – sowohl ökologisch als auch kulturell. Der geplante Bau von mindestens zehn Windrädern mit einer Bauwerkshöhe von bis zu 300 Metern würde dieses wertvolle Gebiet unwiederbringlich zerstören. Die damit verbundenen Maßnahmen, wie der Ausbau von Stromtrassen, die Errichtung eines Umspannwerks und die	Die Hinweise und Bedenken werden zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass durch die Teilfortschreibung Windenergie 2025 Gebiete festgelegt werden, in denen die Nutzung der Windenergie Vorrang vor anderen regionalbedeutsamen Nutzungen Vorrang hat. Die anschließende Windparkplanung ist nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Erweiterung von Waldwegen, stellen massive Eingriffe in die Natur dar und würden irreversible Schäden verursachen.	
lfd. Ident-Nr.: 433 Privat Stn-Id: 142	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 499 Gründe gegen den Windpark im Geislinger Forst: Zerstörung von Natur und Lebensraum: • Abholzung von Wäldern: Für den Bau der Windräder und der dazugehörigen Infrastruktur müssen erhebliche Waldflächen gerodet werden. Dies führt zu einem dramatischen Verlust an Biodiversität und zerstört die Lebensräume zahlreicher Tier- und Pflanzenarten. • Beeinträchtigung von Tierpopulationen: Der Lärm und die physische Präsenz der Windräder stören die natürlichen Lebensräume von Vögeln und anderen Wildtieren. Es gibt zahlreiche Berichte über Vogel- und Fledermauspopulationen, die durch Windparks erheblich beeinträchtigt wurden.	Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. (vgl. Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff.) Die in der Strategischen Umweltprüfung ermittelten Beeinträchtigungen werden im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) überprüft und durch Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung, Ausgleich bzw. Kompensation auf ein rechtskonformes Maß gebracht.
lfd. Ident-Nr.: 433 Privat	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 500 Lärmbelästigung und gesundheitliche Auswirkungen:	Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 142		• Dauerhafte Lärmemissionen: Windräder erzeugen kontinuierlichen Lärm, der in ruhigen Waldgebieten und in der Nähe von Wohngebieten besonders störend ist. Studien haben gezeigt, dass der Lärm von Windkraftanlagen Schlafstörungen und andere gesundheitliche Probleme verursachen kann. • Infraschall: Auch nicht hörbare Schallwellen (Infraschall) können gesundheitliche Auswirkungen auf Menschen haben, wie Kopfschmerzen, Schwindel und Stresssymptome.	entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Anlagentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz schreibt zum Thema Infraschall durch Windenergieanlagen unter https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/FAQ/Windenergie/faq-windenergie.html (Stand Juli 2024): „Infraschall-Töne unterhalb einer Frequenz von 20 Hertz - ist alltäglicher und überall präsenter Bestandteil unserer Lebenswelt. Er geht von einer Vielzahl sowohl natürlicher als auch technischer Quellen aus. Natürliche Quellen sind z. B. Wind, Gewitter, Meeresdünung und Vulkane sowie Meteoriten. Zudem gibt es zahlreiche künstliche und technische Infraschall-Quellen wie z. B. Klima- und Lüftungsanlagen, Umspannwerke, Kraftfahrzeuge, Lautsprechersysteme, Kühlschränke und Windenergieanlagen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Die Intensität des Infraschalls von Windenergieanlagen (sog. Schalldruckpegel) ist so gering, dass sie bereits in wenigen hundert Meter Entfernung deutlich unterhalb der menschlichen Wahrnehmbarkeitsgrenze liegt. In den meisten Fällen wird der Infraschall außerdem von natürlichen anderen Geräuschen überdeckt. So haben auch wissenschaftliche Studien bislang keinen Nachweis erbracht, dass der von Windenergieanlagen ausgehende Infraschall eine schädliche Wirkung auf die menschliche Gesundheit hat.“ Das Umweltbundesamt (UBA) kommt zu dem Schluss, dass es keine Evidenz dafür gibt, dass durch Infraschall von Windenergieanlagen gesundheitliche Beeinträchtigungen verursacht werden. Nach heutigem Stand der Forschung ist die Belastung mit Infraschall durch Windenergieanlagen im Vergleich zu anderen Quellen von Infraschall natürlichen oder technischen Ursprungs (Heizungsanlage, Kühlschrank, Straßenverkehr oder Gewitter) zudem gering. Das belegt beispielsweise eine Messkampagne der Landesanstalt für Umwelt (LUBW) zwischen 2013 und 2015. Diese untersuchten tieffrequente Geräusche ab 1 Hz. in der näheren Umgebung von Windkraftanlagen sowie in urbanen und ländlichen Räumen. Die Untersuchung stellt, wie das UBA, unterschiedlichen Quellen und die Omnipräsenz von Infraschall im Alltag fest. Windkraftanlagen leisteten hierzu aber keinen wesentlichen Beitrag da deren Pegel schon in 300 m Entfernung zur Windkraftanlage deutlich unterhalb der Wahrnehmungsgrenze liegt. (Tieffrequente Geräusche inkl. Infraschall von Windkraftanlagen und anderen Quellen – Bericht über Ergebnisse des Messprojektes 2013-2015, LUBW 2016: https://pudi.lubw.de/detailseite/-/publication/84558) Das Landesamt für Umwelt Bayern (LfU 2022) kommt in einer neueren Studie ebenfalls zum Schluss, dass bereits viele sorgfältige, wissenschaftliche Studien zum Infraschall rund um Windenergieanlagen vorliegen. In ihnen aber keine schädlichen Wirkungen auf den Menschen gefunden werden, denn die Pegel in der Umgebung (Immissionen) lägen stets deutlich unterhalb der Hör- und Wahrnehmungsschwelle – und für diesen Bereich wurden bisher keine gesundheitlichen Wirkungen nachgewiesen. (https://www.lfu.bayern.de/buerger/doc/uw_117_windkraftanlagen_infraschall_gesundheit.pdf) Um den aktuellen Kenntnisstand zu Infraschall von Windenergieanlagen zu festigen und zu erweitern, beobachten das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und das Umweltbundesamt kontinuierlich die Entwicklung wissenschaftlicher Studien. Damit ist sichergestellt, dass neue Entwicklungen und gesicherte Erkenntnisse frühzeitig bekannt werden (vgl. vgl. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/4031/publikationen/umid_01-2021-infraschall.pdf) Bereits mehrere Gerichte haben sich mit dem Thema Infraschall

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			beschäftigt und unterstützen die obenstehenden Ausführungen. So stellt das Oberverwaltungsgericht Münster zusammenfassend fest: „Die Rechtsprechung des Senats und anderer Obergerichte geht davon aus, dass Infraschall – wie auch tieffrequenter Schall – durch Windenergieanlagen nach dem bisherigen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse grundsätzlich nicht zu Gesundheitsgefahren führt“ Quelle: OVG Münster (8. Senat), Urteil vom 22. November 2021 – 8A 973/15 Pathogene Effekte durch von Windkraftanlagen abgegebene Luftdruckpulse sind weder bekannt noch belegt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Die Berücksichtigung von Infraschall auf Ebene der Regionalplanung bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie ist daher weder erforderlich noch geboten.
lfd. Ident-Nr.: 433 Privat Stn-Id: 142	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 501 Ästhetische und kulturelle Verluste: • Visuelle Verschmutzung: Die imposante Größe der Windräder wird das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen. Unser Naherholungsgebiet würde seinen natürlichen Charme verlieren und zu einer industriellen Zone verkommen. • Kulturelle Werte: Der Geislinger Forst ist nicht nur ein Naturraum, sondern auch ein Teil unseres kulturellen Erbes und Identität. Die Zerstörung dieses Gebiets bedeutet einen Verlust an kulturellem und historischem Wert.	Die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfergebnisse werden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Die Berücksichtigung von Kulturdenkmalen und der Belange des Denkmalschutzes auf Ebene der Regionalplanung entspricht der aktuellen, zuletzt zum 11. Februar 2023 geänderten Rechtslage nach dem Denkmalschutzgesetz BW. Der sogenannte Umgebungsschutz (vgl. § 15 DSchG) ist danach nur für die in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmalen zu berücksichtigen. Kulturdenkmale dieser Kategorie sind in der Umgebung des Vorranggebietes 45 "Unterschneidheim / Tannhausen" nicht vorhanden. Die mögliche Beeinträchtigung weiterer,

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			nicht in höchstem Maße raumbedeutsame Kulturdenkmale wird auf Ebene des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage geprüft.
lfd. Ident-Nr.: 433 Privat Stn-Id: 142	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 503 Wirtschaftliche und infrastrukturelle Probleme: • Kosten und Nutzen: Der wirtschaftliche Nutzen von Windparks wird oft überschätzt, während die Kosten für die Umwelt und die Lebensqualität der Anwohner unterschätzt werden.	Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch in Deutschland betrug im Jahr 2023 56 Prozent. Die Windenergie war dabei mit einem Anteil von 31 Prozent der wichtigste Energieträger für die deutsche Stromerzeugung und überstieg dabei den Anteil des Kohlestroms (Quelle: Statistisches Bundesamt). Die Windenergienutzung leistet einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende. Die genaue gesetzliche Ausgestaltung der Energiewende ist nicht Gegenstand des vorliegenden Teilfortschreibung.
lfd. Ident-Nr.: 433 Privat Stn-Id: 142	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 504 • Infrastrukturbelastung: Die Errichtung und Wartung der Windräder erfordert umfangreiche bauliche Maßnahmen, die die bestehende Infrastruktur belasten und die Umwelt zusätzlich schädigen.	Beim Bau und Betrieb von Windenergieanlagen sind Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft nicht vollständig vermeidbar. Im Planungsverfahren sind ökologisch besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna und weitere für Mensch und Natur bedeutsame Belange mittels rechtlicher Ausschlusskriterien, planerischer Ausschlusskriterien oder im Einzelfall zu prüfender Kriterien im Planungskonzept als berücksichtigt (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. (vgl. Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff.) Die in der Strategischen Umweltprüfung ermittelten Beeinträchtigungen werden im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) überprüft und durch Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung, Ausgleich bzw. Kompensation auf ein rechtskonformes Maß gebracht. Gemäß Fachagentur Wind an Land zeigen aktuelle Erhebungen, dass für die Dauer des Betriebes von Windenergieanlagen (WEA) durchschnittlich ca. 0,48 Hektar für den Betrieb einer WEA gerodet werden müssen. Hiervon entfallen ca. 0,05 ha auf die Versiegelung für das Fundament. Während der Bauphase sind zusätzlich ca. 0,47 ha freizuhalten, die nach Abschluss der Bauphase wieder aufgeforstet werden (Fachagentur Wind an Land 2024: Entwicklung der Windenergie im Wald.- Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Forstflächen in den Bundesländern.- Analyse.- S. 15f). Für die Inanspruchnahme der Waldflächen besteht das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			§2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Auf das Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff. wird hingewiesen.
lfd. Ident-Nr.: 433 Privat Stn-Id: 142	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 505 Wir fordern den Regionalverband Ostwürttemberg auf, alternative Standorte für Windenergieanlagen zu prüfen, die weniger zerstörerische Auswirkungen auf die Umwelt und die Lebensqualität der Menschen haben.	Wird nicht gefolgt Die Auswahl der Vorranggebiete für Windenergie erfolgte anhand eines nachvollziehbaren Planungskonzepts in mehreren Planungsschritten (Flächenauswahlprozess). Die Vorgehensweise ist in der Begründung transparent dokumentiert. Es sei darauf hingewiesen, dass im Rahmen der zudem durchgeführten Umweltprüfung (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorprüfung auf Ebene der Regionalplanung, artenschutzrechtliche Prüfung) Alternativflächen geprüft wurden (s. Umweltbericht zur Teilfortschreibung Windenergie 2025). Ziel dieser Alternativenprüfung ist eine primär auf die Umweltwirkungen zielende Planoptimierung während der Planungsphase, die in die raumordnerische Entscheidung für die eine oder andere Alternative einfließt, diese aber nicht determiniert. Die Alternativenprüfung ist somit ein Teil der gesamtplanerischen Abwägung. Die Festlegung der zu prüfenden Alternativen erfolgte im Rahmen des Flächenauswahlprozesses. In die dort angewandten Ausschluss- und Eignungskriterien sind Umweltbelange ebenfalls eingeflossen. Damit wird sichergestellt, dass sich die Alternativenprüfung auf die Prüfung „vernünftiger Alternativen“ (Art. 5 Abs. 1 SUP-RL) beschränkt, d.h. in der Regel auf Alternativen, die das Erreichen des Planungsziels erlauben (Anlage 1 Nr. 2d LplG) und die aus planerischer Sicht Aussicht auf Realisierung haben.
lfd. Ident-Nr.: 433 Privat Stn-Id: 142		BE-ID: 2252 Es ist unerlässlich, nachhaltige Energielösungen zu finden, die im Einklang mit dem Schutz unserer wertvollen Natur- und Kulturlandschaften stehen.	Die Anregung zur Suche anderer, nachhaltiger Energieformen ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die o.g. gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Dieser Hinweis ist für viele der folgenden Einwendungen relevant, entsprechende Verweise sind eingefügt. Das Land Baden-Württemberg legt beim Ausbau der Erneuerbaren Energien einen besonderen Fokus auf die Wind- und Solarenergie. In § 20 und § 21 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG) werden für die Träger der Regionalplanung daher Flächenziele für die Windenergie sowie für die Freiflächenphotovoltaik vorgegeben. Bei der Festlegung der Flächenziele hat der Gesetzgeber eine Gesamtbetrachtung des Strombedarfes und aller regenerativen Energiequellen vorangestellt und im Lichte der bundesgesetzlichen Vorgaben des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) bewertet. Maßgebliche Zielsetzung der vorliegenden Teilfortschreibung ist die Steuerung und raumordnerische Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen und damit die Umsetzung der Landesflächenziele nach § 20 und § 21 KlimaG.
lfd. Ident-Nr.: 433 Privat Stn-Id: 142		BE-ID: 2253 Wir hoffen, dass unsere Einwände ernst genommen und der geplante Windpark im Geislinger Forst nicht realisiert wird.	Wird zur Kenntnis genommen. Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass die Teilfortschreibung Windenergie 2025 Gebiete festgelegt werden, in denen die Nutzung der Windenergie Vorrang vor anderen regionalbedeutsamen Nutzungen Vorrang hat. Die konkrete Windparkplanung ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und somit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung. Das Vorranggebiet 45 "Unterschneidheim / Tannhausen" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird.
lfd. Ident-Nr.: 434 Privat Stn-Id: 144	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 516 vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu den Planungsverfahren der Teilfortschreibung Windenergie 2025. In den Plangebieten 53 und 54 sind Vorrangflächen für Windenergie von ca. 98 ha bzw. ca. 469 ha geplant. Diese Plangebiete sind Habitat zum Teil vom Aussterben bedrohter Artem sowie bedeutsamer Naturdenkmale und gesetzlich geschützte Waldbiotope. Die Umweltverträglichkeitsprüfung spricht für die Plangebiete 53 und 54 von einem „sehr konfliktbehaftetes Gebiet“. Darüber hinaus ist zu erkennen, dass die Raumschaft rund um Ebnat und Niesitz, welche von den Plangebieten 53 und 54 wesentlich betroffen ist, auch durch bereits bestehende bzw. bereits geplante Vorhaben nicht unerheblich vorbelastet ist. Im Hinblick auf	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Zu den von Ihnen erwähnten Anregungen werden nachfolgend nähere Erläuterungen gegeben.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		die geplante Erweiterung der Vorranggebiete ist somit zu befürchten, dass es zu einer Überbelastung der Raumschaft und der dort lebenden Bevölkerung kommen wird. Losgelöst vom derzeitigen Regionalplanverfahren wurde durch die Fa. Zeiss u.a. in Zusammenarbeit mit der Fa. Blauwald bereits konkrete Pläne zur Gestaltung des Plangebiets 54 erarbeitet. Insbesondere auf der Planfläche 54 sollen nach den Planungen der Fa. Fa. Zeiss u.a. zusammen mit der Fa. Blauwald insgesamt weitere 16 Windkraftanlagen errichtet werden. Mit den bereits vorhandenen 14 Windenergieanlagen im Windpark Ebnat-Ochsenberg sowie der Windenergieanlage in Königsbronn/Ochsenberg würden sich nach den derzeitigen Planungen insgesamt 31 Windenergieanlagen bzw. Windkraftanlagen südlich und westlich von Ebnat und Niesitz befinden. Hinzukommen weitere Windkraftanlagen nord-östlich von Waldhausen. Die Raumschaft Ebnat/Niesitz stellt bereits heute eine der größten Windvorrangflächen in Ostwürttemberg dar.	
lfd. Ident-Nr.: 434 Privat Stn-Id: 144	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 520 Ausgehend hiervon hat sich in Ebnat und Niesitz zwischenzeitlich eine Bürgerinitiative „Windkraft – aber fair verteilt“ gegründet, um auf die Bedenken der geplanten Erweiterung der Vorrangflächen hinzuweisen und die Möglichkeit zur Findung geeigneterer Alternativflächen zu schaffen.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Anregungen werden zur Kenntnis genommen. Der Regionalverband erkennt die Belastung des Raumes Ebnat. In Verbindung mit anderen im Rahmen der 1. Anhörung eingebrachten Belangen wird die Gebietskulisse zur 2. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 überarbeitet. In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden zwischen Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen und bspw. Wohngebieten Umgebungsabstände eingehalten, um den Menschen vor erheblichen, potenziell schädlichen Einflüssen zu schützen. Im nachfolgenden Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) wird die Einhaltung der Mindestabstände zu Siedlungsbereichen und der immissionsschutzrechtlichen Belange bei Vorliegen konkreter Anlagenstandorte geprüft.
lfd. Ident-Nr.: 434 Privat Stn-Id: 144	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 521 Auch der Ortschaftsrat von Ebnat hat sich gegen die Erweiterung der Vorrangflächen in unmittelbarer Nähe von Ebnat und Niesitz ausgesprochen. Auch wir möchten die Gelegenheit nutzen und auf die – sicher zum Teil schon bekannten – Aspekte im Hinblick auf die Auswirkungen der Erweiterung der Vorranggebiete und den damit folgenden Veränderungen für die Raumschaft hinweisen.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Der Teilfortschreibung Windenergie 2025 liegt ein nach den gesetzlichen Vorgaben und dem anerkannten Stand der Wissenschaft und Technik erarbeitetes Planungskonzept zugrunde. Die Planungsverfahren der Regionalplanung sind transparent und demokratisch legitimiert. Teil des Verfahrens ist eine Beteiligung der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Öffentlichkeit. Die prozeduralen und inhaltlichen Entscheidungen, von der Einleitung des Verfahrens bis hin zum Satzungsbeschluss des endgültigen Plans, treffen die Verbandsversammlungen. In der kommunal verfassten Regionalplanung in Baden-Württemberg sind die Entscheidungstragenden somit Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus der Region. Die Einwände des Ortschaftsrats Ebnat durch die Beschlussfassung am 29. Februar 2024 wurden uns im Rahmen der Anhörung vorgelegt und die Hinweise gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen einbezogen. Die betreffenden Vorranggebiete werden nach Abwägung aller Belange entsprechend angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 434 Privat Stn-Id: 144	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 523 Windhöffigkeit – keine geeigneten Windpotentialflächen Die Plangebiete 53 und 54 stellen keine geeignete Fläche darf. Es handelt sich bei den Plangebieten 53 und 54 überwiegend weder um eine „geeignete Fläche“ noch um eine „bedingt geeignete Fläche“ der durch das Land Baden-Württemberg ermittelten Windpotentialflächen. Leidlich im Bereich westlich von Maria Eich ist eine kleine Fläche, welche als „bedingt geeignete Fläche“ festgestellt wurde. Als „geeignete Flächen“ gelten Flächen mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte von mindestens 215 W/m² in 160 m Höhe über Grund, die nicht innerhalb von Ausschluss- und Restriktionsflächen liegen. Als „bedingt geeignet Flächen“ gelten Flächen mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte von mindestens 215 W/m² in 160 m Höhe über Grund, die nicht innerhalb von Ausschlussflächen liegen, deren Nutzungsmöglichkeit für Windenergieanlagen aufgrund bekannter Flächenrestriktionen jedoch im Einzelfall besonders zu prüfen ist. Die Windhöffigkeit für das Gebiet 54 beträgt 160-215 W/qm. Die Windhöffigkeit für das Gebiet 53 ist kleiner 160 W/qm. Die Plangebiete 53 und 54 stellen für Windenergieanlagen daher kein geeignetes Gebiet dar.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Berücksichtigung der mittleren gekappten Windleistungsdichte bei den Planungskriterien dient der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Im Ergebnis stellt der Windatlas eine für die Region Ostwürttemberg durchschnittlich gute bis sehr gute Windleistungsdichten dar und bescheinigt ihr damit eine grundsätzliche Eignung für die Windenergienutzung. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung und damit der Flächensicherung gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Vorranggebiet 54 "Ebnat", welches laut Windatlas einer geringeren Windhöffigkeit (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) unterliegt, befindet sich in der unmittelbaren Umgebung zum bestehenden Windpark Königsbronn / Ebnat. Da in diesem Bereich bereits Windenergieanlagen sowie die dazugehörige Infrastruktur vorhanden sind, wurde das Gebiet nicht pauschal für die Nutzung der Windenergie ausgeschlossen, sondern als Potenzialgebiet in die Gebietskulisse der ersten Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufgenommen. Dem Regionalverband wurde für das Gebiet 54 "Ebnat" ein rechnerischer Nachweis vorgelegt, welcher eine höhere Windhöffigkeit belegt, als im Windatlas dargestellt ist. Dieser Nachweis ist als plausibel zu bewerten (positive Umsetzungsprognose), weshalb die benannte Fläche als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen weiterverfolgt werden kann. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen).

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Hinweis: Aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange inkl. Windhöffigkeit werden im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 der Gebietszuschnitt der Vorranggebiete 54 und 48 angepasst und das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 434 Privat Stn-Id: 144	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 526 Landschaftsbild und Erholung, Kultur Die Plangebiete 53 und 54 liegen im Naturraum Albuch und Härtsfeld. Dieser Naturraum ist durch seine geringeren Höhen und ruhige Formen sowie einen hohen Waldanteil gekennzeichnet. Die Gebiete liegen im Bereich eines regionalen Grünzugs. Der Naturraum wird für Erholung genutzt, wobei die Vorhabengebiete 53 und 54 aufgrund ihrer Nähe zu den Stadtgebieten von Aalen und Heidenheim, aber vor allem durch die Orte Ebnat, Ochsenberg und Niesitz zu den regelmäßig frequentierten Gebieten. Siedlungsnähe, Erschließung, Ruhe und saubere Luft sind die wichtigsten Kriterien für das Plangebiet als Naherholungsgebiet. Zu erkennen ist auch, dass im Plangebiet 54 die Wallfahrtskapelle „Maria Eich“ liegt, welche Jährlich von tausenden Besuchern frequentiert wird. Ebenfalls liegen im Planungsgebiet 54 de ehemaligen Siedlungen „Hagenbucher Hof“ und „Hubertsweiler“. Im Plangebiet 53 ist mindestens ein vorgeschichtlicher Grabhügel vorhanden. Durch die Erweiterung der bereits bestehenden Windparks, also durch die Errichtung von technischen Bauwerken und die damit verbundenen Eingriffe in Natur und Infrastruktur ist ein Eigenartverlust zu befürchten. Bereits die seit 2016 betriebenen Windkraftanlagen verursachen bedeutsame Belastungen, u.a. durch das gestörte Landschaftsbild, das von den Windrädern schon heute dominiert und zerschnitten wird. Der natürliche Charakter des Gebiets wird verzerrt und der Wert als erlebbaren Erholungsraum geschmälert.	Wird nicht gefolgt Die Anregungen und Kritik werden zur Kenntnis genommen. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Mit §§ 20 und 21 KlimaG hat die Landesregierung den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (1,8% Regionsfläche für Windenergie an Land und 0,2% Regionsfläche für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ziel dieser Teilfortschreibung ist die Umsetzung dieser gesetzlichen Vorgaben. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen, -funktionen sowie deren Wechselwirkungen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehenden räumlichen Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Satz 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Auch die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Die Berücksichtigung der Belange des Denkmalschutzes auf Ebene der Regionalplanung entspricht der aktuellen, zuletzt zum 11. Februar 2023 geänderten Rechtslage nach dem Denkmalschutzgesetz BW. Der sogenannte Umgebungsschutz (vgl. § 15 DSchG) ist danach nur für die in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmalen zu berücksichtigen. Hinsichtlich „Maria Eich“ wird darauf hingewiesen, dass der Regionalverband Ostwürttemberg in enger Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege (Regierungspräsidium Stuttgart, Abteilung 8) die in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmale innerhalb sowie im Grenzbereich der Region eingehend geprüft hat. Das Landesamt für Denkmalpflege bewertet die geplanten Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen im Bereich Ebnat (53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch", 54 "Ebnat" und 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat") zum aktuellen Verfahrensstand als nicht kritisch; insbesondere, da diese Vorranggebiete nicht in Prüfbereichen zu in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmalen liegen. Auf die in den Gebieten vorhandenen archäologischen Kulturdenkmale (z.B. Grabhügelfelder) wurde vom Landesamt für Denkmalpflege hingewiesen. Im Gebietssteckbrief zum Vorranggebiet 54 "Ebnat" wurde der Hinweis auf ein im Gebiet enthaltenes Denkmal unter "Hinweise auf Restriktionen und weitere zu prüfende Belange" zur Berücksichtigung im nachgelagerten Verfahren aufgenommen. Die mögliche Beeinträchtigung weiterer, nicht in höchstem Maße raumbedeutsame Kulturdenkmale wird auf Ebene des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage geprüft. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Weitergehende Forderungen nach dem Erhalt einer objektiv vorhandenen oder subjektiv wahrgenommenen Wohn- und Lebensqualität gehen über den gesetzlichen Immissionsschutz- und den regionalplanerischen Vorsorgeanspruch hinaus. Die Beurteilung der Lebensqualität wird von verschiedenen Faktoren bestimmt, z.B. dem materiellen Lebensstandard, der Bildung, den Berufschancen, dem sozialen Status, der Gesundheit, der den Wohnort umgebenden Natur. Die Gewichtung dieser Faktoren ist subjektiv und kann sich von Person zu Person stark unterscheiden. Windenergieanlagen können einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und -unabhängigkeit Deutschlands leisten und damit mittelbar zum Erhalt der Lebensqualität beitragen bzw. Beeinträchtigungen der Lebensqualität vermeiden. Je nach Einstellung des Individuums zum Thema Windenergienutzung kann die Sicherung der Vorranggebiete für Windenergie im räumlichen Umfeld zum eigenen Wohnort daher ebenso positiv wie negativ zur Wohn- und Lebensqualität beitragen. Fragen zur Wohn- und Lebensqualität von Einzelpersonen können auf regionalplanerischer Ebene daher weder beeinflusst noch beurteilt werden und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Die Teilfortschreibung dient der Flächensicherung für die Windenergienutzung gemäß dem gesetzlichen Planungsauftrag. Aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange werden im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 angepasst und das Vorranggebiet 53 nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 434 Privat Stn-Id: 144	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 527 Vor allem durch Geräuschimmissionen sind die angrenzenden Bewohner nicht nur in ihrer nächtlichen Ruhe tangiert.	Wird nicht gefolgt Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Analgentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 434 Privat Stn-Id: 144	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 529 Naturdenkmale und gesetzlich geschützte Waldbiotope Innerhalb der Plangebiete 53 und 54 liegen zahlreiche Naturdenkmale sowie gesetzlich geschützte Waldbiotope gem. § 30a LWaldG/ § 32 NatSchG und Bodenschutzwald gem. § 30 LWaldG.	Wird nicht gefolgt Aufgrund der tlw. geringen Flächengröße ist eine Überplanung dieser Gebiete mit den Vorranggebieten für Windenergie nicht ausgeschlossen. Diese Belange sind bei der nachgelagerten Planung und Standortwahl zu berücksichtigen, und wurden deshalb im Gebietssteckbrief für den angepassten Gebiet 54 als „Hinweis auf Restriktionen und weitere zu prüfende Belange“ aufgeführt.
lfd. Ident-Nr.: 434 Privat Stn-Id: 144	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 530 Wildtierkorridor Das Plangebiet 54 liegt im internationalen Wildtierkorridor, der eine überregionale Lebensraumverbindung auf gesamteuropäischer Ebene schaffen soll. In diesen wurden Wanderkorridore zur Habitatsvernetzung für Großsäuger ausgewiesen. Der im Plangebiet 54 verlaufende Korridor liegt entlang der BAB 7 und verbindet nördlich gelegene Areale mit südlich gelegenen Arealen. Westlich von Niesitz, im Plangebiet 54, befindet sich sogar ein Knotenpunkt, an dem verschiedene Wildtierkorridore sich kreuzen.	Wird nicht gefolgt Die Betroffenheit und der Umgang mit Wildtierkorridoren des Generalwildwegeplans wurde mit den zuständigen Unteren Naturschutzbehörden abgestimmt. Im Ergebnis stellen Wildtierkorridore kein Ausschlusskriterium für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen dar, sondern werden im Rahmen einer Einzelfallprüfung betrachtet. In vielen Bereichen können die benannten Korridore des Generalwildwegeplans bei der konkreten Standortplanung von Windenergieanlagen im nachgelagerten Verfahren berücksichtigt werden. Dafür wird in den Gebietssteckbriefen der betroffenen Vorranggebiete der Hinweis "Wanderkorridor des

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Ca. 2 km östlich bzw. südöstlich des Plangebietes 54, zwischen den Plangebieten 53/1 und 53/2 befindet sich eine Wildbrücke über die BAB 7. Der Wildkorridor in Verbindung mit der Wildbrücke hat u.a. für die Ausbreitung der Wildkatze im Gebiet eine wichtige Funktion. So konnte die Wildkatze bereits im angrenzenden Krätzental nachgewiesen werden. Der Wildtierkorridor läuft in nord-südlicher-Richtung durch das gesamte Plangebiet 54. Es ist insofern nicht möglich, den Wildtierkorridor bei der Standortauswahl der Anlagen untangiert zu lassen – siehe folgende Grafik.	Generalwildwegeplans (GWP)" eingefügt. In begründeten Einzelfällen werden die Zuschnitte der Vorranggebiete in Bezug auf den Generalwildwegeplan in Verbindung mit weiteren Abwägungsbelangen angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 434 Privat Stn-Id: 144	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 531 Tiere, Pflanzen und deren Lebensgemeinschaften Die Plangebiete 53 und 54 sind Lebensraum diverser vorhaben- und eingriffsrelevanter Tierarten. Unter anderem ist das Plangebiet Habitat für folgende Vogelarten: - Rotmilan - Schwarzmilan - Wespenbussard - Wanderfalke - Baumfalke - Turmfalke - Mäusebussard - Kornweihe - Waldschnepfe - Schleiereule - Uhu - Raufußkauz - Sperlingskauz - Kiebitz - Waldrapp Besonders zu erwähnen ist, dass das Plangebiet 54 Winterquartier der Kornweihe ist, einem in Deutschland fast ausgestorbenem Greifvogel. Des Weiteren ist das Plangebiet Habitat zum Teil vom Aussterben bedrohter Fledermäuse. Insgesamt sind im Plangebiet mindestens 12 Arten, wovon sieben Arten als kollisionsgefährdet gelten. Folgende Fledermausarten sind im Plangebiet nachgewiesen: - Zweifarbfledermaus - Zwergfledermaus - Mückenfledermaus - Kleiner Abendsegler - Nordfledermaus - Großer Abendsegler	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Hinsichtlich der artenschutzfachlichen Belange wird auf das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 verwiesen, welches diese Belange umfassend und gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie der verbindlichen Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Insbesondere durch die Anwendung des o.g. Fachbeitrags Artenschutz erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes auf der genannten Planungsebene, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes im nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		- Rauhautfledermaus - Kleine Bartfledermaus - Große Bartfledermaus - Fransenfledermaus - Großes Mausohr - Graues Langohr - Braunes Langohr - Bechsteinfledermaus Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass im Plangebiet folgende in Anlage IV der FFH-Richtlinie aufgeführte Arten jedenfalls zeitweise vorkommen: - Wildkatze - Haselmaus - Baumschläfer - Gelbbauchunke - Kammmolch - Zauneidechse - Schlingnatter - Laubfrosch - Großer Eichenbock - Grüne Mosaikjungfer - Großer Feuerfalter - Wandergebiet von Wölfen - Wandergebiet von Luchsen - Wald-Wiesenvögelchen - Frauenschuh Schließlich finden sich im Plangebiet 54 hügelbauende Waldameisen. Alle hügelbauenden Ameisenarten sind nach Bundesartenschutzverordnung besonders geschützt und dürfen werde entnommen noch getötet werden. Auch die Waldeidechse und die Blindschleiche hat im Plangebiet u.a. ihr Habitat.	
lfd. Ident-Nr.: 434 Privat Stn-Id: 144	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 532 Zwischenergebnis Vor dem Hintergrund der zahlreichen durch das Vorhaben tangierten Umweltverträglichkeitsaspekte sind die Plangebiete 53 und 54 als „sehr konfliktbehaftetes Gebiet“ eingestuft und daher für die weitere Planung der Windvorranggebiete nicht geeignet.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			§2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien für einen Teil des Gebiets 54 der Vorrang eingeräumt. Das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" wird nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 434 Privat Stn-Id: 144	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 533 Bestehende räumliche Vorbelastungen Die Raumschaft rund um Ebnat und Niesitz ist in besonderer Weise bedeutsam vorbelastet. Bereits seit vielen Jahren trägt die hier lebende Bevölkerung immer weitere Belastungen. Dazu zählen in erster Linie die Bundesautobahn A7, welche in unmittelbarer örtlicher Nähe verläuft und vor allem bei Ostwind geräuschtechnisch intensiv wahrnehmbar ist. Durch die beschlossene Ansiedlung der Fa. Zeiss in Ebnat wird ein Industriegebiet bisher nicht gekannter Größe ausgewiesen. Damit einher geht eine deutliche Intensivierung der Verkehrsbelastung, welche bereits heute wahrnehmbar ist. Ca. 2.500 Menschen sollen am Standort Ebnat nach Fertigstellung beschäftigt werden. Dies setzt einen weiteren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur voraus. Der Ausbau der Ebnater Steige oder die Schaffung einer weiteren Verkehrsanbindung über die sog. Pulverturmtrasse sind zu erwarten. Weitere Maßnahmen sind unausweichlich. Schon heute sind in unmittelbarer Umgebung Sendemasten und eine 380 kV-Hochspannungsleitung, welche östlich der Siedlungen Ebnat und Niesitz verläuft. Ebenfalls befinden sich in unmittelbarer Nähe verschiedene Steinbrüche, welche vor allem akustisch durch die wiederkehrenden Sprengungen wahrgenommen werden. Westlich von Niesitz befindet sich die Kläranlage Ebnat-Niesitz. Vor allem Niesitz ist wiederkehrend Einflugschneise des Flughaftens Aalen-Elchingen. In Niesitz befindet sich eine Biogasanlage, welche weite Teile des Ortes Niesitz mit Biogas versorgt. Des Weiteren soll südlich von Diepertsbuch ein ca. 40 ha großer Solarpark errichtet werden, durch den eine weitere nicht unerhebliche Belastung der Raumschaft einhergehen wird. Vor allem aber durch die bereits bestehenden Windparks in unmittelbarer Umgebung ist bereits heute eine nicht unerhebliche Vorbelastung der Region und ihrer Bevölkerung gegeben. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Windanlagen: • Bestehender Windpark Ebnat/Ochsenberg:	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die aufgeführten Aspekte werden zur Kenntnis genommen. Der Regionalverband erkennt die Belastung des Raumes Ebnat. Das Kriterium "Überlastungsschutz" wurde einschlägig geprüft. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Aufgrund der Feststellung einer Überlastung von Niesitz wurde das Gebiet 53 gestrichen. Auch der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 wurde aufgrund Anregungen und Hinweisen im Rahmen der Anhörung (inkl. Entlastung der Raumschaft) optimiert und zwei südliche Teilbereiche zurückgenommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		14 WKA Nordex N117/2400, Leistung 2,4 MW, Nabenhöhe 141m, Rotordurchmesser 117m, Länge Rotorblatt 58,5m, Drehzahl 5…10,8/min. • Bestehende Windkraftanlage Königsbronn/Ochsenberg Eine Anlage Enercon E138 EP3 Leistung: 3,5 MW, Nabenhöhe: 160 m, Rotordurchmesser 138 m, Rotorblatt Länge 67 m, Drehzahl: 5...10,8/min (s. Bild) Hinweis: Die Fotografie zeigt die bestehenden Anlagen des Windpark Ebnat/Ochsenberg sowie die Windkraftanlage Königsbronn/Ochsenberg. Im Vordergrund die Ortschaft Niesitz. • Bestehender Windpark Waldhausen 7 REPower/Senvion MM92, Leistung 2,0 MW, Nabenhöhe 100m, Rotordurchmesser 92m Diese Anlagen sollen durch 6 neue Anlagen mit einer Leistung von ca. 7,2 MW, einer Nabenhöhe von 199m, einem Rotordurchmesser von 172 m, einer Gesamthöhe von 260 bis 285m ersetzt werden. Die bestehenden Windparks stellen schon heute einen wesentlichen Eingriff in die bestehende Raumschaft dar. Die Errichtung konnte nur durch eine nicht unerhebliche Schaffung von Ausgleichsflächen sowie weitreichender Maßnahmen zum Schutz bedrohter Arten umgesetzt werden. Unabhängig davon stellen die bereits bestehenden Windkraftanlagen eine nicht unerhebliche Belastung für die Bevölkerung vor allem in Form der Geräuschentwicklung dar. Auch in optischer Hinsicht stellen die Windkraftanlagen eine Belastung für die Bevölkerung dar.	
lfd. Ident-Nr.: 434 Privat Stn-Id: 144	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 534 Ergebnis Bei den Plangebieten 53 und 54 handelt es sich überwiegend weder um eine „geeignete Fläche“ noch um eine „bedingt geeignete Fläche“ der durch das Land Baden-Württemberg ermittelten Windpotentialflächen. Die Windhöffigkeit für das Gebiet 54 beträgt 160-215 W/qm; die Windhöffigkeit für das Gebiet 53 ist kleiner 160 W/qm. Bei den Plangebieten 53 und 54 handelt es sich im Rahmen der Einstufung der Umweltverträglichkeit um „sehr konfliktbehaftetes Gebiet“. Es liegen eine Vielzahl von Konfliktpunkten vor. Das Plangebiet ist Lebensraum verschiedener zum Teil vom Aussterben betroffener bzw. besonders geschützter Arten, so z.B. die	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten und einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Kornweihe, die Haselmaus, die Wildkatze und verschiedene Fledermausarten. Auch für die Bevölkerung, vor allem der Orte Ebnat und Niestz ist durch die bereits bestehende Konzentration von Windenergieanlagen, aber auch anderen Vorbelastungen in Form der Bundesautobahn A7, der großflächig geplanten Industrieansiedlung von Zeiss, der geplanten 40-ha PV-Anlage bei Diepertsbuch, den bestehenden Hochspannungstrasse, dem Sendemast, der Steinbrüche in unmittelbarer Umgebung, der bestehenden Biogasanlage in Niesitz sowie der Kläranlage Ebnat-Niesitz sowie der Einflugschneise des Flugplatzes Aalen-Elchingen ist ein bereits vorhandene weitreichende Konzentration von Belastungen gegeben. Eine weitere Belastung in Form einer weiteren Vorrangfläche für Windenergie von ca. 469 ha im Plangebiet 54 sowie ca. 98 ha im Plangebiet 53 ist nicht tragbar. Die Planungen der Fa. Zeiss u.a. in Zusammenarbeit mit der Fa. Blauwald zur Errichtung weiterer 16 Windkraftanlagen nur im Plangebiet 54 führt zu einer Überbelastung der Region und der dort lebenden Bevölkerung. Die Akzeptanz der Bevölkerung ist der maßgebliche Erfolgsfaktor für den Ausbau von Windenergie. Dies setzt eine Ausgewogenheit und gerechte Verteilung der Lasten voraus. Windkraft als Teil der Energiewende ist räumlich und zeitlich fair zu verteilen. Vor diesem Hintergrund sind zunächst andere, bisher von Windenergie nicht tangierte Gebiete von Baden-Württemberg sowie der Region Ostwürttemberg bei der Ausweisung von Vorranggebieten zu berücksichtigen, welche auch wesentlich geeignetere Windpotentialflächen darstellen. Wir bitten Sie all die genannten Punkte in Ihre Erwägungen einzubeziehen und im Ergebnis einen für die Windkraft geeigneteren Standort zu definieren.	prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten. Der Regionalverband erkennt dennoch die Belastung des Raumes Ebnat. Aufgrund der Feststellung einer Überlastung von Niesitz wurde das Gebiet 53 gestrichen. Auch der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 wurde aufgrund Anregungen und Hinweisen im Rahmen der Anhörung (inkl. Entlastung der Raumschaft) optimiert und zwei südliche Teilbereiche zurückgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 435 Privat Stn-Id: 145	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 536 Wir, als Anwohner der Teilgemeinde Niesitz haben aufgrund der erheblichen Beeinträchtigung des geplanten Vorhabens beschlossen, eine Stellungnahme zum Teilfortschreibung	Wird nicht gefolgt Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Windenergie 2025 abzugeben. Wir möchten uns aus nachfolgenden Gründen gegen die Erweiterung des bereits bestehenden Vorranggebiets aussprechen: Wir sind durch den bestehenden Windpark schon seit Jahren erheblich beeinträchtigt und leisten in der Region bereits einen überdurchschnittlichen Beitrag zur Energiewende. Wir haben dabei stets konstruktiv und kooperativ alle Bestrebungen zu verbesserter Nachhaltigkeit unterstützt. Viele Niesitzer haben auch selbst aus ökologischer Überzeugung und trotz nicht immer klar gegebener Wirtschaftlichkeit in private Photovoltaik- und Solarthermieanlagen oder in einen Anschluss an das lokale Biogas-Wärmenetz investiert. Als unmittelbar Betroffene haben wir aber aus den gemachten, realen Erfahrungen mit den bestehenden Windkraftanlagen zwischenzeitlich eine kritische Haltung gegenüber einer weiteren Zunahme von Belastungen die durch eine Erweiterung des Windparks entstehen würden. Diese Haltung wurde auch gegenüber lokalen Bürgervertretern und Unternehmensvertretern bereits ausgesprochen und dies wird auch weiterhin geschehen.	Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Mit §§ 20 und 21 KlimaG hat die Landesregierung den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (1,8% Regionsfläche für Windenergie an Land und 0,2% Regionsfläche für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ziel dieser Teilfortschreibung ist die Umsetzung dieser gesetzlichen Vorgaben. Das verbindliche Teilflächenziel gemäß § 20 KlimaG BW gilt für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an diversen Eignungs-, Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen sowie der Verzicht auf bereits vorbelastete Gebiete / Bereiche in der Region nicht möglich. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen, -funktionen sowie deren Wechselwirkungen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehenden räumlichen Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Satz 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Auch die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Weitergehende Forderungen nach dem Erhalt einer objektiv vorhandenen oder subjektiv wahrgenommenen Wohn- und Lebensqualität gehen über den gesetzlichen Immissionsschutz- und den regionalplanerischen Vorsorgeanspruch hinaus. Die Beurteilung der Lebensqualität wird von verschiedenen Faktoren bestimmt, z.B. dem materiellen Lebensstandard, der Bildung, den Berufschancen, dem sozialen Status, der Gesundheit, der den Wohnort umgebenden Natur. Die Gewichtung dieser Faktoren ist subjektiv und kann sich von Person zu Person stark unterscheiden. Windenergieanlagen können einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und -unabhängigkeit Deutschlands leisten und damit mittelbar zum Erhalt der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Lebensqualität beitragen bzw. Beeinträchtigungen der Lebensqualität vermeiden. Je nach Einstellung des Individuums zum Thema Windenergienutzung kann die Sicherung der Vorranggebiete für Windenergie im räumlichen Umfeld zum eigenen Wohnort daher ebenso positiv wie negativ zur Wohn- und Lebensqualität beitragen. Fragen zur Wohn- und Lebensqualität von Einzelpersonen können auf regionalplanerischer Ebene daher weder beeinflusst noch beurteilt werden und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Die Teilfortschreibung dient der Flächensicherung für die Windenergienutzung gemäß dem gesetzlichen Planungsauftrag.
lfd. Ident-Nr.: 435 Privat Stn-Id: 145	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 537 Überlastung: Der Ortsteil Ebnat/Niesitz ist bereits heute durch 14 Windkraftanlagen der Firma Blauwald/Gree sowie weiteren auf Königsbronner und Oberkochener Fläche eingekesselt. Aufgrund der Größe sind alle Anlagen in einem weiten Umfeld sichtbar und teils hörbar. Eine Ausweitung der Flächen zur Windenergienutzung sind für uns deshalb äußerst beinträchtigend. Desweiteren verläuft unweit bereits seit Jahrzehnten die Hochspannungsleitung, die BAB A7 sowie die Kläranlage. Vor kurzem wurde die Zeiss-Ansiedlung mit einem riesigen Flächenbedarf sowie die im Zusammenhang stehende Ansiedlung einer Großflächen-Solaranlage auf Gemarkung Niesitz-Diepertsbuch beschlossen. Der zukünftig nötige Albaufstieg wird ebenfalls noch hinzukommen (ob Tunnellösung finanzierbar ist – steht noch in den Sternen) All diese Projekte gehen zu Lasten der Anwohner unseres Ortes Ebnat/Niesitz. Wir können nicht die Energiewende für ganze Teile Baden-Württembergs leisten! Es können nicht weiterhin diejenigen, die bisher bereits die Nachteile der Energiewende getragen haben, noch mehr aufgebürdet bekommen.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die aufgeführten Aspekte werden zur Kenntnis genommen. Der Regionalverband erkennt die Belastung des Raumes Ebnat. Das Kriterium "Überlastungsschutz" wurde einschlägig geprüft. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Aufgrund der Feststellung einer Überlastung von Niesitz wurde das Gebiet 53 gestrichen. Auch der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 wurde aufgrund Anregungen und Hinweisen im Rahmen der Anhörung (inkl. Entlastung der Raumschaft) optimiert und zwei südliche Teilbereiche zurückgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 435 Privat Stn-Id: 145	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 538 Windhöffigkeit: Aus der Vergangenheit wissen wir, dass der Standort südlich Niesitz um Ebnat eine äußerst schwache Windhöffigkeit bietet. Dies ist aufgrund des Windatlas' vom Regionalverband klar erkennbar. Täglich sehen wir, dass die bestehenden Windkraftanlagen aufgrund fehlenden Windes hohe Stillstandszeiten haben. Man sollte neue Flächen an windoptimierten Stellen planen - wozu Ebnat/Niesitz definitive nicht zählt.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Berücksichtigung der mittleren gekappten Windleistungsdichte bei den Planungskriterien dient der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Im Ergebnis stellt der Windatlas eine für die Region Ostwürttemberg durchschnittlich gute bis sehr gute Windleistungsdichten dar und bescheinigt ihr damit eine grundsätzliche Eignung für die Windenergienutzung. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient der räumlichen Steuerung der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Windenergienutzung und damit der Flächensicherung gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Vorranggebiet 54 "Ebnat", welches laut Windatlas einer geringeren Windhöffigkeit (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) unterliegt, befindet sich in der unmittelbaren Umgebung zum bestehenden Windpark Königsbronn / Ebnat. Da in diesem Bereich bereits Windenergieanlagen sowie die dazugehörige Infrastruktur vorhanden sind, wurde das Gebiet nicht pauschal für die Nutzung der Windenergie ausgeschlossen, sondern als Potenzialgebiet in die Gebietskulisse der ersten Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufgenommen. Dem Regionalverband wurde für das Gebiet 54 "Ebnat" ein rechnerischer Nachweis vorgelegt, welcher eine höhere Windhöffigkeit belegt, als im Windatlas dargestellt ist. Dieser Nachweis ist als plausibel zu bewerten (positive Umsetzungsprognose), weshalb die benannte Fläche als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen weiterverfolgt werden kann. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen). Hinweis: Aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange inkl. Windhöffigkeit werden im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 der Gebietszuschnitt der Vorranggebiete 54 und 48 angepasst und das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 435 Privat Stn-Id: 145	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 539 Natur: Neben der tiefen Sorge hinsichtlich weiterer Einschränkungen der unmittelbaren, eigenen, tagtäglichen Lebensqualität besteht auch Sorge um die Beeinträchtigung von Natur- und Kulturdenkmälern, die für uns von großer Bedeutung sind. Die Errichtung weiterer Windkraftanlagen würde die Gegebenheiten irreversibel zum Schlechten hin verändern und ihrer historischen und identitätsstiftenden Bedeutung erheblich schaden. Diese Situation ist dem Regionalverband, den politischen Vertretern und Vertretern der Wirtschaft (Blauwald GmbH & Co KG, Carl Zeiss AG) bekannt und sind auch in den Unterlagen des Regionalverbands beschrieben.	Wird nicht gefolgt Die Berücksichtigung der Belange des Denkmalschutzes auf Ebene der Regionalplanung entspricht der aktuellen, zuletzt zum 11. Februar 2023 geänderten Rechtslage nach dem Denkmalschutzgesetz BW. Der sogenannte Umgebungsschutz (vgl. § 15 DSchG) ist danach nur für die in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmalen zu berücksichtigen. Hinsichtlich „Maria Eich“ wird darauf hingewiesen, dass der Regionalverband Ostwürttemberg in enger Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege (Regierungspräsidium Stuttgart, Abteilung 8) die in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmale innerhalb sowie im Grenzbereich der Region eingehend geprüft hat. Das Landesamt für Denkmalpflege bewertet die geplanten Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen im Bereich Ebnat (53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch", 54 "Ebnat" und 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat") zum aktuellen Verfahrensstand als nicht kritisch; insbesondere, da diese Vorranggebiete nicht in Prüfbereichen zu in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmalen liegen. Auf die in den Gebieten vorhandenen archäologischen Kulturdenkmale (z.B. Grabhügelfelder)

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			wurde vom Landesamt für Denkmalpflege hingewiesen. Im Gebietssteckbrief zum Vorranggebiet 54 "Ebnat" wurde der Hinweis auf ein im Gebiet enthaltenes Denkmal unter "Hinweise auf Restriktionen und weitere zu prüfende Belange" zur Berücksichtigung im nachgelagerten Verfahren aufgenommen. Die mögliche Beeinträchtigung weiterer, nicht in höchstem Maße raumbedeutsame Kulturdenkmale wird auf Ebene des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage geprüft.
lfd. Ident-Nr.: 435 Privat Stn-Id: 145	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 540 Die Bedrohung von Biotopen und besonders schützenswerten Habitaten, die Lebensraum für zahlreiche Pflanzen- und Tierarten sehen wir ebenfalls bedroht. Es handelt sich hierbei um ein nachgewiesenes Vogelzuggebiet und einen bedeutenden Lebensraum von u.a. Fledermaus, Waldschnepfe, Wespenbussard, roter Milan, Turmfalke und ist auch der einzige offene Wildtierkorridor zwischen Baden-Württemberg und Bayern. Zudem befindet sich in diesem Gebiet ein historischer Naturwald.	Wird nicht gefolgt Hinsichtlich der artenschutzfachlichen Belange wird auf das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 verwiesen, welches diese Belange umfassend und gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie der verbindlichen Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Insbesondere durch die Anwendung des o.g. Fachbeitrags Artenschutz erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes auf der genannten Planungsebene, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes im nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 435 Privat Stn-Id: 145	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 541 Eine weitere Beeinträchtigung dieser ökologisch sensiblen Bereiche birgt ein schwerwiegendes Risiko für nachhaltige	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Biodiversität und das ökologische Gleichgewicht in der Region. Das zur Erweiterung diskutierte Gebiet ist daher vom Regionalverband Ostwürttemberg wenig überraschend bereits als sehr konfliktbehaftet bekannt und gekennzeichnet, was unsere kritische Haltung klar untermauert.	eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien für einen Teil des Gebiets 54 der Vorrang eingeräumt. Das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" wird nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 435 Privat Stn-Id: 145	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 543 Die Wildbrücke über die BAB A7 grenzt an die Erweiterungsflächen, was den Nutzen der Querung für Wildtiere sicherlich unattraktiver macht. Es sollte nicht passieren, dass teure und wichtige Naturschutzprojekte durch falsch ausgewählte Energiestandorte zunichte gemacht werden.	Wird nicht gefolgt Die Betroffenheit und der Umgang mit Wildtierkorridoren des Generalwildwegeplans wurde mit den zuständigen Unteren Naturschutzbehörden abgestimmt. Im Ergebnis stellen Wildtierkorridore kein Ausschlusskriterium für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen dar, sondern werden im Rahmen einer Einzelfallprüfung betrachtet. In vielen Bereichen können die benannten Korridore des Generalwildwegeplans bei der konkreten Standortplanung von Windenergieanlagen im nachgelagerten Verfahren berücksichtigt werden. Dafür wird in den Gebietssteckbriefen der betroffenen Vorranggebiete der Hinweis "Wanderkorridor des Generalwildwegeplans (GWP)" eingefügt. In begründeten Einzelfällen werden die Zuschnitte der Vorranggebiete in Bezug auf den Generalwildwegeplan in Verbindung mit weiteren Abwägungsbelangen angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 435 Privat Stn-Id: 145	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 544 Wir, als Niesitzer leisten seit Jahren einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende, vorauseilend und in positive Grundhaltung. Wir lehnen aber die geplante Erweiterung des bestehenden Windparks südlich und westlich von Niesitz ab. Beim Ausbau der Windenergie ist auf Ausgewogenheit und Verteilung der Lasten zu achten. Eine einseitige Überbelastung einzelner Ortsteile ist nicht akzeptabel.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten und einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten. Der Regionalverband erkennt dennoch die Belastung des Raumes Ebnat. Aufgrund der Feststellung einer Überlastung von Niesitz wurde das Gebiet 53 gestrichen. Auch der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 wurde aufgrund Anregungen und Hinweisen im Rahmen der Anhörung (inkl. Entlastung der Raumschaft) optimiert und zwei südliche Teilbereiche zurückgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 435 Privat Stn-Id: 145	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 546 Grundsätzlich erwarten Bürgerinnen und Bürger auch, dass sie aktiv, frühzeitig und transparent in alle Überlegungen und in Diskussionen zu Szenarien eingebunden werden.	Wird nicht gefolgt Im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Teilregionalplans bestehen zahlreiche gesetzlich normierte Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit. Diese richten sich nach den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg (LplG). Die Frist zur Beteiligung der Öffentlichkeit

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			ergibt sich aus § 9 Abs. 2 ROG i.V.m. § 12 Abs. 3 LplG: Sie beträgt i.d.R. einen Monat. Bei der Beteiligung ging der Regionalverband Ostwürttemberg zur Steigerung der Transparenz und zur Ermöglichung zusätzlicher Beteiligung über dieses gesetzlich geforderte Maß hinaus. Über ein eigens dafür eingerichtetes Online-Beteiligungstool war die Abgabe von Hinweisen, Anregungen und Änderungsvorschlägen auch digital möglich. Alle Beteiligungsmöglichkeiten wurden in den regionalen Medien und im Internet angekündigt. Die Verfahrensunterlagen waren während der Öffentlichkeitsbeteiligung zusätzlich auf der Internetseite des Regionalverbandes einsehbar. Zusätzlich zu den gesetzlich vorgesehenen Beteiligungsmöglichkeiten hat der Regionalverband Ostwürttemberg weitere Informations- und Beteiligungsangebote, z. B. ein Informationsangebot auf der Homepage und drei öffentliche Informationsveranstaltungen in der Region (Ellwangen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd) vor Beginn der ersten formellen Anhörung umgesetzt. Diese wurden ebenfalls in den regionalen Medien und im Internet angekündigt. Alle eingegangenen Anregungen und Hinweise wurden sorgfältig geprüft und abgewogen.
lfd. Ident-Nr.: 435 Privat Stn-Id: 145	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 547 Die Zielstellung ist u.a.: • Abstände von Windkraftanlagen zu Wohnbebauungen aller Teilorte >1500m	Wird nicht gefolgt Die im Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 festgelegten Siedlungsabstände berücksichtigen den öffentlichen Belang einer optisch bedrängenden Wirkung gem. § 249 Abs. 10 BauGB umfassend. Darüber hinaus ist die Festlegung eines größeren Siedlungsabstandes (>1.000 m) im Plankonzept der genannten Teilfortschreibung und auf regionaler Planungsebene gem. § 249 Abs. 9 BauGB nicht möglich. In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden zwischen Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen und bspw. Wohngebieten Umgebungsabstände eingehalten, um den Menschen vor erheblichen, potenziell schädlichen Einflüssen zu schützen. Im nachfolgenden Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) wird die Einhaltung der Mindestabstände zu Siedlungsbereichen und der immissionsschutzrechtlichen Belange bei Vorliegen konkreter Anlagenstandorte geprüft. In diesem Rahmen werden potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen durch rechtliche Regelungen eingegrenzt. Dabei werden sowohl Schallemissionen als auch andere potenziell schädliche Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 435 Privat Stn-Id: 145	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 548 • Möglichst wenige zusätzliche Windkraftanlagen in den Gebieten um Ebnat und Niesitz – nur innerhalb der bestehenden	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Das Vorranggebiet 54 "Ebnat" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Windkraftflächen	Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Der Gebietszuschnitt wurde dennoch optimiert und zwei südliche Teilbereiche aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange (inkl. Entlastung der Raumschaft, An- und Abflug des Flugplatzes Aalen-Elchingen, Windhöffigkeit) zurückgenommen. Das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" wurde aufgrund der Anwendung verschiedener Abwägungsbelange (u.a. Überlastung von Niesitz, Entlastung des Raums, An- und Abflug des Flugplatzes Aalen-Elchingen, geringe Windhöffigkeit) gestrichen. Im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg wird es nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 435 Privat Stn-Id: 145	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 549 Wir bedanken uns für die Beachtung und Berücksichtigung der vorgebrachten Einwände im fortlaufenden Verfahren. Aufgrund der Wichtigkeit unseres Anliegens werden wir uns der Bürgerinitiative „Windkraft – fair verteilt“ anschließen!	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Anregungen werden zur Kenntnis genommen. Der Regionalverband erkennt die Belastung des Raumes Ebnat. In Verbindung mit anderen im Rahmen der 1. Anhörung eingebrachten Belangen wird die Gebietskulisse zur 2. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 überarbeitet.
lfd. Ident-Nr.: 436 Privat Stn-Id: 146	VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 550 Stellungnahme zur Abstandsverringerung eventuell zu erstellender Windkraftanlagen im Gebiet Steinhaus (Vorrangfläche 43). Als Bewohner des Hauses Heutenburg [...] nehme ich zum Beschluss des Gemeinderats Gerstetten vom 14.6.‘24, den Mindestabstand von 1000m auf 750 m zu verringern, folgendermaßen Stellung: Der Gemeinderatsbeschluss, der mit 11:11 Stimmen der Gemeinderäte eine Ablehnung bedeutet hätte und nur durch die Ja-Stimme des Bürgermeisters zugunsten der Abstandsverringerung ausfiel, beruht nicht zuletzt darauf, dass dem Gemeinderat kein korrektes Bild der Sachlage gegeben wurde. Unsere Recherchen ergaben: 1. wurde dem Gemeinderat die Angelegenheit so dargestellt, als käme die Initiative von Seiten des Regionalverbandes, der aber so kleine Flächen für die Erstellung von Windkraftanlagen gar nicht in Betracht zieht. Die Initiative ging tatsächlich von der Gemeindeverwaltung Gerstetten aus. 2. Die Gemeinderäte wurden dadurch zu einem „Ja“ gedrängt, dass gesagt wurde, im Falle der Ablehnung kämen die Kosten, etwa für die Änderung des Flächennutzungsplans etc. auf die Gemeinde zu, im Falle der Annahme müsse aber der Regionalverband die Kosten dafür tragen; 3. Wurde ein Wohnhaus in den „Frühmessmädern“ gar nicht berücksichtigt, weil das die Ausweisung des Gebiets auch bei einem Abstand von 750m unmöglich gemacht hätte.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 43 "Gerstetten" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Die Entscheidungen kommunaler Gremien sowie der Weg dieser Entscheidungsfindungen sind nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene. Seitens des Regionalverbandes werden die im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Teilregionalplans bestehenden zahlreichen gesetzlich normierte Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit (gem. den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg (LplG)) eingehalten. Zu Punkt 3. der Stellungnahme: Nach Kenntnisstand des Regionalverbandes handelt es sich bei dem benannten Gebäude in den "Frühmessmädern" nicht um ein baurechtlich genehmigtes Wohnhaus, weshalb der im Kriterienkatalog zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 definierte Siedlungsabstand hier keine Anwendung findet.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Ein solcher, nur mit „Tricks“ mühsam zustande gebrachter Beschluss, der die „Energiewende“ als „Feigenblatt“ verwendet, eigentlich aber Erträge für die Gemeindekasse zur Absicht hat, kann meiner Ansicht nach nicht Grundlage einer Ausweisung dieses Waldstücks für die Errichtung von Windkraftanlagen sein.	
lfd. Ident-Nr.: 437 Privat Stn-Id: 147		BE-ID: 552 gegen die geplanten Vorrangfläche 59 Utzenberg und den östlichen Bereich der Fläche 60 Rechberger Buch möchte ich folgende Einwände erheben. 1. Überlastung Bartholomä und Lauterburg Die beiden Ortschafen sind bereits durch die Erweiterung Flächen Lauterburg und Falkenberg, Lauterstein etc. massiv belastet auch mit Implikationen auf Immobilienwerte. In Lauterburg hätten insbesondere ältere Bewohner fortan keine Wege mehr um auf Freiflächen einigermaßen eben spazieren zu gehen ohne sich dem Lärm, dem Schattenwurf und der Gefahr von Eiswurf durch die Windkraftanlagen auszusetzen. Auf letztere Gefahr wird seit Jahren im Windpark Lauterburg mit Schildern hingewiesen. Damit würde auch die beliebte Bärenbergrunde der Bartholomäer zu jeder Jahreszeit beeinträchtigt und im Winter ein gefährliches Unterfangen. Wer möchte schon von einer Eisplatte erschlagen werden die sich in 300m Höhe losreißt? Dass die Bärenbergrunde eine beliebte touristische Attraktion ist lässt sich unter anderem an dem Parkplatz Adelheits Steinle zeigt in den die Gemeinde Bartholomä große Summen investiert. Dieser würde fortan direkt an 2 Vorrangfläche grenzen.	Die Hinweise und Informationen werden zur Kenntnis genommen. Die Teilfortschreibung dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags (vgl. § 3 WindBG, § 20 KlimaG BW). Nachfolgend wird auf die in der Stellungnahme genannten Anregungen und Bedenken eingegangen: Zum Punkt Überlastung: Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Die Überlastung von Teilräumen kann abschließend erst bei fortgeschrittenem Planungskonzept bewertet werden, was in der Region Ostwürttemberg nach Abschluss der 1. Anhörung der Fall ist. Im Rahmen der Überarbeitung des Planungskonzeptes wurde das genannte Modell zur Bewertung möglicher Überlastungen angewendet und der Raum Bartholomä dezidiert geprüft. Gemäß des Prüf- und Bewertungsmodells liegt für den Bereich Bartholomä selbst bei Einbeziehung der Planungen der Nachbarregion Verband Region Stuttgart keine faktische Überlastungssituation vor. Der Regionalverband erkennt jedoch die potenzielle Belastung in dieser Raumschaft. In Verbindung mit anderen Abwägungsbelangen und u.a. um die Raumschaft im Grenzbereich zu entlasten, wird das Vorranggebiet 61 "Erweiterung Falkenberg" im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weitergeführt. Zum genannten Aspekt Immobilienwert: Die Beurteilung des Immobilienwertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob Wertminderungen durch Windenergieanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls, insbesondere im Falle eines tatsächlichen Verkaufs der Immobilie ab. Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass der Wert und die Preisentwicklung von Immobilien von ökonomischen und demografischen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Einflüssen dominiert werden und nicht von Windenergieanlagen. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kaum möglich, den Anstieg oder den Rückgang des Verkehrswertes eines bebauten oder unbebauten Grundstücks auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen (s. Landtag von Baden-Württemberg (2019): Kleine Anfrage des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Wertminderung von Immobilien infolge von Windkraftanlagen II (Drucksache 16 / 5820), 26. Februar 2019, Stuttgart (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5820_D.pdf).Daher und wegen des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ist es aus Sicht des Regionalverbands weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen. Zum Punkt Lärm: Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Anlagenstandorte und des Anlagentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage. Zum Punkt Schattenwurf: Windenergieanlagen führen bei klaren Wetterbedingungen durch den bewegten Anlagenrotor zu optischen Immissionen und können dadurch als Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Zum genannten Aspekt Eiswurf: Die Thematik "Eiswurf" ist nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern bezieht sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. die Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft.
lfd. Ident-Nr.: 437 Privat Stn-Id: 147		BE-ID: 553 2. Die Eiswurfgefahr sehe ich nicht nur für Erholungssuchende sondern auch für die Landstraßen Bartholomä-Heubach und Bartholomä-Lauterburg. Auch durch energieintensive technische Vorrichtungen bleibt ein erhebliches Restrisiko für Eiswurf.	Im Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 ist zu Bundes-, Landes- und Kreisstraßen ein Mindestabstand definiert (vgl. Kriterienkatalog), der bei der Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen berücksichtigt wird. Der in der Stellungnahme genannte Aspekt "Eiswurf" ist nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern bezieht sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. die Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Windenergieanlage geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft.
lfd. Ident-Nr.: 437 Privat Stn-Id: 147	VRG 59 Utzenberg	BE-ID: 554 3. Schattenwurf für Lauterburg 300 Meter hohe WEK im Bereich Utzenberg werden v.a. im Winterhalbjahr in Lauterburg u.a. in den Straßenzügen Panoramastraße und Utzenbergblick massiven Schattenwurf verursachen oder häufig abzuschalten sein.	Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer durch Windenergieanalgen sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.
lfd. Ident-Nr.: 437 Privat Stn-Id: 147		BE-ID: 555 4. Im Windpark Lauterburg wurden schon mehrere Rotmilane getötet. Diese leben auch im Bereich Utzenberg und Bärenberg	Die Information wird zur Kenntnis genommen. Die landesweite Planungshilfe für die Regionalplanung zur Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung („Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ der LUBW, 2022) wurde bei der Konzepterstellung und Festlegung von Vorranggebieten im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt. Damit erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Die Vorranggebiete 58 "Erweiterung Lauterburg", 59 "Utzenberg" und 60 "Rechberger Buch" liegen nicht innerhalb von Schwerpunktvorkommen der Kategorie A oder B des Fachbeitrags. Die in der Stellungnahme genannten Art Rotmilan ist über die kategorisierten Schwerpunktvorkommen des o.g. „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ bereits berücksichtigt. Die eingebrachten Informationen bewegen sich im Rahmen der Annahmen, die im Fachbeitrag zum Verhältnis der kategorisierten Schwerpunkträume zu den tatsächlichen Artvorkommen getroffen wurden. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes auf Projektebene (im nachgelagerten Verfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Auf der nachgelagerten Planungsebene können zudem Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen umgesetzt werden.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 437 Privat Stn-Id: 147		BE-ID: 556 5. Wasserschutz: Windkraftanlagen enthalten große Mengen Schmierstoffe (Öl) die im Fall einer Havarie das Grundwasser verseuchen können Ferner werden durch Abrieb und erhebliche Mengen an Farbpartikeln und Kunststoffpartikel ins Grundwasser gelangen. Wieso plant man solche Kraftwerke in einen Wasserschutzgebiet?	Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 legt Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen fest, die der räumlichen Steuerung der Windnutzung im regionalen Maßstab dienen. Aspekte des Wasserschutzes (beispielsweise Wasserschutzgebietszonen I und II) wurden hierbei mittels Planungskriterien berücksichtigt. Wasserschutzgebiete der Zone III stellen keinen rechtlichen Ausschluss für Windenergiegebiete sowie Windenergieanlagen dar. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter - z.B. Boden und Wasser - zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Die Auswirkungen auf den Wasserhaushalt betreffen jedoch nicht die Gebiete insgesamt, sondern den Nahbereich der späteren Anlagenstandorte. Die Prüfung möglicher konkreter Beeinträchtigung des Bodens oder Grundwassers ist demnach erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte möglich. Die Wirkungen auf den Wasserhaushalt ergeben sich aus der spezifischen Situation an den potenziellen Standorten und werden im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft. Dabei werden auch Vermeidungs-, Minimierungs- und Kompensationsmaßnahmen eingehend betrachtet. Die hydrologische Unbedenklichkeit im Rahmen der Vorhabenzulassungsverfahren sicher zu stellen. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 437 Privat Stn-Id: 147	VRG 59 Utzenberg	BE-ID: 557 Es fehlen zur Fläche Utzenberg folgende Kriterien: -einzigartige geomorphologische Erscheinung Albtrauf -ruhiger unzerschnittener Raum mit hoher Landschaftsbildqualität für Lauterburg	Das Vorranggebiet 59 "Utzenberg" ist - gemäß der herangezogenen Datengrundlagen (vgl. Kriterienkatalog) - nicht von den in der Stellungnahme aufgeführten im Einzelfall zu prüfenden Kriterien betroffen. Eine Ergänzung der Planunterlagen erfolgt nicht.
lfd. Ident-Nr.: 437 Privat Stn-Id: 147		BE-ID: 559 Da deutlich mehr Flächen ausgewiesen werden als vom Bundesgesetzgeber gefordert, sollte wenigsten für die Fläche Utzenberg und Rechberger Buch die 10 H Abstandsregel zu Bartholomä und Lauterburg zugrunde gelegt werden, wie sie in Bayern Gesetz ist. Damit könnten der Bevölkerung in Lauterburg und Bartholomä noch einige kleinere Erholungsflächen erhalten werden die nicht massiv von Windraftanlagen beeinträchtigt sind. Generell halte ich den Ausweis von Vorrangfläche ohne Höhenbegrenzung für fragwürdig. Stand heute sieht der Plan ungefähr 5 H vor was sich in Zukunft auch zu einem 3 H entwickeln kann wenn wie zu erwarten höhere	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Das verbindlich vorgegebenen Teilflächenziel gemäß § 20 KlimaG wird für die Region Ostwürttemberg mit den bestehenden und geplanten Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfüllt. Ob und inwiefern das gesetzlich geforderte Mindestflächenziel

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Anlagen auf den Markt kommen Ich halte schon 5 H für fragwürdig und der Akzeptanz der Energiewende für abträglich.	überschritten wird, obliegt der Entscheidung des politischen Gremiums (Verbandsversammlung) des Regionalverbandes Ostwürttemberg. Die Festlegung eines größeren Siedlungsabstandes (>1.000 m) im Plankonzept der genannten Teilfortschreibung und auf regionaler Planungsebene ist gem. § 249 Abs. 9 BauGB nicht möglich. Der Forderung wird nicht gefolgt. Des Weiteren sind gemäß § 4 Abs. 1 Satz 5 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land) Festlegungen von Vorranggebieten mit Höhenbegrenzungen nicht auf den Flächenbeitragswert anrechenbar. Eine Höhenbegrenzung im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 ist damit der Umsetzung der Flächenziele und der beabsichtigten räumlichen Steuerungswirkung nicht dienlich. Gebiete mit Höhenbeschränkung würden somit keinen Beitrag zur Erreichung der Flächenziele leisten. Es müssten zusätzlich Flächen als Vorranggebiete für Windenergieanlagen im gesetzlich geforderten Umfang ohne Höhenbeschränkung festgelegt werden, um die Steuerungswirkung in der Region zu erreichen. Sofern der Flächenbeitragswert nicht erreicht würde, gelten nach Ablauf des jeweiligen Stichtags gemäß § 3 Absatz 1 Satz 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes die Rechtsfolgen des § 249 Abs. 7 Baugesetzbuch, d.h. Windenergieanlagen wären im Außenbereich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 Baugesetzbuch privilegiert zulässig und Darstellungen in Flächennutzungsplänen, Ziele der Raumordnung sowie sonstige Maßnahmen der Landesplanung können einem Vorhaben nach § 35 Absatz 1 Nummer 5, das der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dient, nicht entgegengehalten werden. Sämtliche räumliche Steuerungsoptionen auf regionaler und kommunaler Ebene, wo Windenergieanlagen errichtet werden können, würden damit hinfällig. Zum genannten Punkt Erhalt von Erholungsflächen: Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 438 Privat Stn-Id: 148	VRG 47 Hornsberg	BE-ID: 561 ich stimme dem Entwurf zur Teilfortschreibung des o. g. Regionalplans Windenergie nicht zu und begründe dies wie folgt: --> Abb. 1.1 (s. Stn.) Hornberg (47) befindet sich zwischen den Naturschutzgebieten "Bucher Stausee" und Stausee "Stockmühle" (Abb.: 1.1). Das Vorbecken des Bucher Stausee als auch die Feuchtgebiete an der Jagst, die oberhalb des Stausees liegen, wurden unter Naturschutz gestellt. Absicht war, vor allem für Vögel ein Brut-, Durchzugs- und Überwinterungsgebiet zu schaffen. Das Naturschutzgebiet hat sich zu einem Eldorado für Vögel von überregionaler Bedeutung entwickelt. Verschiedene Arten von Schwänen, Enten, Gänsen, Tauchern und Reihern sind das ganze Jahr über zu beobachten. Dazu kommen Zugvögel, vor allem Watvögel, die im flachen Wasser des Vorbeckens rasten und Fettreserven für den Weiterzug anfressen. Eine ganze Reihe Greifvögel und mit etwas Glück auch Möwen, Seeschwalben und Eisvögel sind ebenso anzutreffen wie die verschiedenen Enten, Gänsearten und Säger, die im Vorbecken überwintern. Der Stausee "Stockmühle" ist ebenfalls als Naturschutzgebiet ausgewiesen. Der See ist mit seinen strukturreichen Ufern sowie angrenzenden Wald- und Wiesenflächen Nahrungs-, Rast- und Brutplatz für zahlreiche gefährdete oder vom Aussterben bedrohte Vogelarten. Hier wurden schon seltene Gäste wie Hauben- und Zwergtaucher, Tafel-, Reiher-, Löffel-, Krick- und Kolbenenten gesehen.	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft. Das Vorranggebiet 47 "Hornsberg" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg aufgrund unterschiedlicher Belange im Rahmen der Gesamtabwägung nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Dazwischen liegt der Hornberg (47) und die Entsorgungsanlage Reutehau. Die Vögel suchen nicht mehr nur auf Wiesen und Ackern nach Nahrungsmittel, Insekten, ... sie haben mittlerweile auch die Entsorgungsanlage Reutehau in Killingen als neues, attraktives Jagdrevier entdeckt. So kommt es zu einem regen Flugverkehr der Vögel zwischen den Naturschutzgebieten und der Reutehau der tagtäglich zu beobachten ist. Die Flugroute führt unweigerlich durch "Hornberg (47)" wie aus Abb.: 1.1 zu ersehen ist in denen dann bis zu 300m hohe Windkraftanlagen aufgestellt werden sollen.	
lfd. Ident-Nr.: 438 Privat Stn-Id: 148	VRG 47 Hornsberg	BE-ID: 562 Durch einen Windpark im Hornberg (47) würde das Erhaltungsziel der Vögel in den oben genannten Naturschutzgebieten stark beeinträchtigt werden. Im Hornberg (47) leben zahlreiche geschützte und besonders geschützte Arten nach §44 BNatschG. Diese werden durch den Bau und Betrieb von Windkraftanlagen erheblich gestört und im schlimmsten Fall sogar getötet. Insbesondere sind Vorkommen von Rotmilan, Schwarzmilan, Kornweihe, Eulen, Falken verschieden Fledermausarten und viele mehr nachgewiesen. Zudem geht durch die Rodung von Heckenstreifen und Feldgehölzen, die dem Rehwild, dem Feldhasen als Einstand dienen, dem Wild die notwendige Deckung verloren und es wird wohnungslos.	Hinsichtlich der in der Stellungnahme aufgeführten artenschutzfachlichen Belange wird auf das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 verwiesen, welches diese Belange umfassend und gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie der verbindlichen Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Insbesondere durch die Anwendung des o.g. Fachbeitrags Artenschutz erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes auf der genannten Planungsebene, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes im nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Des Weiteren sind besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG).
lfd. Ident-Nr.: 438 Privat Stn-Id: 148	VRG 47 Hornsberg	BE-ID: 564 Durch die besondere Lage von Hornberg (47) und der dort zahlreich vorkommenden Greifvögel wie z.B. Rotmilane, Schwarzmilane usw. ist er ein wichtiger Faktor für das ökologisches Gleichgewicht der angrenzenden Naturschutzgebiete. Für viele Zugvögel und Weißstörche dient Killingen mit ihrer Mülldeponie Reutehau als Zwischenstopp auf ihren Flug in den Süden (Abb.2.1). --> Add. 2.1: Weißstörche aus Norddeutschland bei einem Zwischenstopp auf der Reutehau --> Abb.2.2: Weißstörche über den Dächern von Killingen Sollten Windkraftanlagen am Hornberg (47) entstehen würde diese von den Weißstörchen bisher regelmäßig genutzten Nahrungsflächen am Rande vom Hornberg (47) sowie der Zug- und Flugkorridor verbaut. Abb.: 3.3 Weißstörche bei der Nahrungssuche um Killingen Inzwischen haben sich mehrere Weißstorchpaare in Killingen (Abb.:3.1 / 3.2) und Umgebung sowie Westhausen niedergelassen. Zudem kommen viele Jungstörche, die im Ries aufgewachsen sind nach Killingen. Abb. 3.1: Weißstorchenpaar bei Killingen	Die Informationen und Anmerkungen werden zur Kenntnis genommen. Die landesweite Planungshilfe für die Regionalplanung zur Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung („Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ der LUBW, 2022) wurde bei der Konzepterstellung und Festlegung von Vorranggebieten im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt. Damit erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Die in der Stellungnahme genannten Art Weißstorch ist über die kategorisierten Schwerpunktvorkommen des o.g. „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ bereits berücksichtigt. Die eingebrachten Informationen bewegen sich im Rahmen der Annahmen, die im Fachbeitrag zum Verhältnis der kategorisierten Schwerpunkträume zu den tatsächlichen Artvorkommen getroffen wurden. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes auf Projektebene (im nachgelagerten Verfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Auf der nachgelagerten Planungsebene können zudem auch die genannten Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen umgesetzt werden. Auf die Abwägung zu den BE IDs 561 und 562 dieser Stellungnahme wird hingewiesen.
lfd. Ident-Nr.: 438 Privat Stn-Id: 148	VRG 47 Hornsberg	BE-ID: 565 Aus den vorgegebenen Gründen und zum Schutz der geschützten und besonders geschützten Tiere fordere ich, dass Hornberg (47) aus der Planung für zukünftige Windkraftpläne herausgenommen wird. Ich bitte um eine schriftliche	Wird zur Kenntnis genommen. Hinweis: Das Vorranggebiet 47 "Hornsberg" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg aufgrund verschiedener Abwägungsbelange nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Eingangsbestätigung für diese meine Einwendung.	
lfd. Ident-Nr.: 439 Privat Stn-Id: 149	VRG 47 Hornsberg	BE-ID: 566 Betrifft Vorranggebiet: VRG 47 (Hornberg) ich stimme dem Entwurf zur Teilfortschreibung des o. g. Regionalplans Windenergie nicht zu und begründe dies wie folgt: Abb. 1.1 Hornberg (47) befindet sich zwischen den Naturschutzgebieten "Bucher Stausee" und Stausee "Stockmühle" (Abb.: 1.1). Das Vorbecken des Bucher Stausee als auch die Feuchtgebiete an der Jagst, die oberhalb des Stausees liegen, wurden unter Naturschutz gestellt. Absicht war, vor allem für Vögel ein Brut-, Durchzugs- und Überwinterungsgebiet zu schaffen. Das Naturschutzgebiet hat sich zu einem Eldorado für Vögel von überregionaler Bedeutung entwickelt. Verschiedene Arten von Schwänen, Enten, Gänsen, Tauchern und Reihern sind das ganze Jahr über zu beobachten. Dazu kommen Zugvögel, vor allem Watvögel, die im flachen Wasser des Vorbeckens rasten und Fettreserven für den Weiterzug anfressen. Eine ganze Reihe Greifvögel und mit etwas Glück auch Möwen, Seeschwalben und Eisvögel sind ebenso anzutreffen wie die verschiedenen Enten, Gänsearten und Säger, die im Vorbecken überwintern. Der Stausee "Stockmühle" ist ebenfalls als Naturschutzgebiet ausgewiesen. Der See ist mit seinen strukturreichen Ufern sowie angrenzenden Wald- und Wiesenflächen Nahrungs-, Rast- und Brutplatz für zahlreiche gefährdete oder vom Aussterben bedrohte Vogelarten. Hier wurden schon seltene Gäste wie Hauben- und Zwergtaucher, Tafel-, Reiher-, Löffel-, Krick- und Kolbenenten gesehen. Dazwischen liegt der Hornberg (47) und die Entsorgungsanlage Reutehau. Die Vögel suchen nicht mehr nur auf Wiesen und Ackern nach Nahrungsmittel, lnsekten, ... sie haben mittlerweile auch die Entsorgungsanlage Reutehau in Killingen als neues, attraktives Jagdrevier entdeckt. So kommt es zu einem regen Flugverkehr der Vögel zwischen den Naturschutzgebieten und der Reutehau der tagtäglich zu beobachten ist. Die Flugroute führt unweigerlich durch "Hornberg (47)" wie aus Abb.: 1.1 zu ersehen ist in denen dann bis zu 300m hohe Windkraftanlagen aufgestellt werden sollen. Durch einen Windpark im Hornberg (47) würde das Erhaltungsziel	Die Informationen und Anmerkungen werden zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 47 "Hornsberg" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg aufgrund diverser Belange (u.a. Berücksichtigung eines Waldkindergartens) nicht weitergeführt. Hinsichtlich der in der Stellungnahme artenschutzfachlichen und -rechtlichen Aspekte wird auf das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 verwiesen, welches diese Belange umfassend und gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie der verbindlichen Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Insbesondere durch die Anwendung des o.g. Fachbeitrags Artenschutz erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes auf der genannten Planungsebene, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes im nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		der Vögel in den oben genannten Naturschutzgebieten stark beeinträchtigt werden. Im Hornberg (47) leben zahlreiche geschützte und besonders geschützte Arten nach §44 BNatschG. Diese werden durch den Bau und Betrieb von Windkraftanlagen erheblich gestört und im schlimmsten Fall sogar getötet. Insbesondere sind Vorkommen von Rotmilan, Schwarzmilan, Kornweihe, Eulen, Falken verschieden Fledermausarten und viele mehr nachgewiesen. Zudem geht durch die Rodung von Heckenstreifen und Feldgehölzen, die dem Rehwild, dem Feldhasen als Einstand dienen, dem Wild die notwendige Deckung verloren und es wird wohnungslos. Durch die besondere Lage von Hornberg (47) und der dort zahlreich vorkommenden Greifvögel wie z.B. Rotmilane, Schwarzmilane usw. ist er ein wichtiger Faktor für das ökologisches Gleichgewicht der angrenzenden Naturschutzgebiete. Für viele Zugvögel und Weißstörche dient Killingen mit ihrer Mülldeponie Reutehau als Zwischenstopp auf ihren Flug in den Süden (Abb.2.1). Add. 2.1: Weißstörche aus Norddeutschland bei einem Zwischenstopp auf der Reutehau Abb.2.2: Weißstörche über den Dächern von Killingen Sollten Windkraftanlagen am Hornberg (47) entstehen würde diese von den Weißstörchen bisher regelmäßig genutzten Nahrungsflächen am Rande vom Hornberg (47) sowie der Zug- und Flugkorridor verbaut. Abb.: 3.3 Weißstörche bei der Nahrungssuche um Killingen Inzwischen haben sich mehrere Weißstorchpaare in Killingen (Abb.:3.1 / 3.2) und Umgebung sowie Westhausen niedergelassen. Zudem kommen viele Jungstörche, die im Ries aufgewachsen sind nach Killingen. Abb. 3.1: Weißstorchenpaar bei Killingen Aus den vorgegebenen Gründen und zum Schutz der geschützten und besonders geschützten Tiere fordere ich, dass Hornberg (47) aus der Planung für zukünftige Windkraftpläne herausgenommen wird. Ich bitte um eine schriftliche	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Eingangsbestätigung für diese meine Einwendung.	
lfd. Ident-Nr.: 440 H&K Kalkstein GmbH & Co. KG Stn-Id: 150	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 571 vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum vorliegenden Entwurf des Teilregionalplans Windkraft der Region Ostwürttemberg. Durch die vorliegende Planung ist unser rohstoffgewinnender Betrieb in Giengen-Burgberg in seiner längerfristigen Entwicklung eingeschränkt. Wir bringen uns daher in das Planungsverfahren ein: Die H&K Kalkstein GmbH & Co.KG baut am Standort Giengen-Burgberg Kalksteine des oberen Jura ab für die Herstellung von Produkten insbesondere für den Verkehrswegebau, als Düngekalke und Zuckersteine sowie für die Branntkalkproduktion. Das Rohstoffvorkommen erlaubt an diesem Standort eine breite Produktpalette entsprechend der Qualitätsanforderungen der jeweiligen Produkte, was zu einer nachhaltigen Nutzung der Lagerstätte beiträgt und andererseits einen wesentlichen Versorgungsbeitrag für das regionale Umfeld mit diesen Produkten leistet. Aufgrund der anzustrebenden möglichst vollständigen Nutzung der Lagerstätte, bestehenden Werksanlagen und vertretbaren Raumnutzungskonflikten sollten diesem Steinbruch mit seiner Standortgunst langfristige Entwicklungsmöglichkeiten offengehalten werden. Im Südosten rücken die Windkraftgebiete 66/1und 66/3 in Richtung des Steinbruchs und überlagern spätere potenzielle Erweiterungsbereiche. Damit der Fortbestand des Kalksteinwerks langfristig gesichert und weiterhin mit Rohstoffen versorgt werden kann, ist daher im Rahmen der vorliegenden Windkraftplanung die weitere langfristige Entwicklung des Steinbruchs mitzudenken. Würde die Windkraftplanung unverändert umgesetzt, würde dies die weitere Entwicklung des Steinbruchs in südöstlicher Richtung ausschließen und über die bestehenden Vorranggebiete hinaus nur noch eine Erweiterung in südlicher Richtung denkbar erscheinen lassen. Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass der Gesteinsabbau im Bohr-Spreng-Verfahren erfolgt, somit mit Erschütterungen und ggf. Steinflug zu rechnen ist und hierdurch Abstände zwischen den Nutzungen erforderlich werden, um den sicheren Abbaubetrieb nicht zu beeinträchtigen. Zur Entwicklung des Abbaus:	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Zur Sicherung der langfristigen Abbau- und Erweiterungsmöglichkeit des Steinbruchbetriebs wird zu Vorranggebieten Rohstoffsicherung ein Vorsorgeabstand von 300 m in das Plankonzept (Kriterienkatalog) aufgenommen. Für konzessionierte Rohstoffabbauflächen wird eine Einzelfallprüfung vorgenommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		In Kenntnis des bisherigen Abbaus, der derzeitigen aufgeschlossenen Steinbruchwände nach Westen, Süden und Osten, bestehender Bohrungen, der Interpretation verschiedener Karten einerseits und der Betroffenheiten anderer Raumnutzungen andererseits wird sich die künftige Erweiterung des Steinbruchs außerhalb der Vorranggebiete langfristig auch südlich und südöstlich erstrecken. Diese Richtungen sind derzeit noch nicht regionalplanerisch abgebildet. Wir möchten Sie daher im Hinblick auf eine spätere Rohstoffsicherungsplanung bitten, in dem in der u.a. Skizze dargestellten Bereich von der Darstellung des Windkraftvorranggebiets abzusehen. Somit stünde für die nächste regionalplanerische Rohstoffsicherung noch Potenzial in südlicher und südöstlicher Richtung offen. Der Abbau erfolgt im Bohr- und Sprengverfahren. Grundsätzlich bestehen aus technischer Sicht keine Bedenken Windkraftanlagen dem Abbau bis auf 300 Meter anzunähern, was die Erschütterungen anbelangt. Dieser Abstand sollte jedoch auch grundsätzlich eingehalten werden, da so mögliche Schäden an der Windkraftanlage durch möglichen Steinflug bei Sprengarbeiten ausgeschlossen werden können. Wir bitten Sie, um den späteren Abbaubetrieb am Steinbruch Giengen-Burgberg nicht einzuschränken, einen möglichst großen Abstand vorzusehen, dies bietet nicht nur für den Steinbruchbetrieb, sondern auch für Vorhabenträger von Windkraftanlagen Planungssicherheit, so dass auf zusätzliche Begutachtungen und einschränkende Maßnahmen hinsichtlich Erschütterungen, Standsicherheit und Steinflug verzichtet werden kann.	
lfd. Ident-Nr.: 440 H&K Kalkstein GmbH & Co. KG Stn-Id: 150		BE-ID: 2154 Änderung der Abgrenzung der Windkraftvorranggebiete 66/1und 66/3: Wir bitten Sie daher, die Windkraftvorranggebiete 66/1und 66/3 im nordwestlichen Bereich um ca. 20 ha entsprechend der nachfolgenden Skizze zurückzunehmen. Abbildung 1: Gepl. Vorranggebiet Windkraft 66/l_66/3 mit Bereich Sparenwald/Sontheimer Wanne zur Rücknahme Die vergleichsweise geringflächige Rücknahme erscheint uns unter Berücksichtigung eines hierdurch möglichen langfristigen Standorterhalts des Steinbruchbetriebs vertretbar.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Der Änderungsvorschlag wurde anhand des überarbeiteten Plankonzepts geprüft. Der in das Plankonzept aufgenommene Vorsorgeabstand von 300m zu Vorranggebieten für Rohstoffsicherung führt zur keiner Reduzierung im genannten Bereich des Gebiets 66. Im Rahmen der Einzelfallprüfung der konzessionierten Abbauflächen ergibt sich eine kleinräumige Unterschreitung des für Abbaugebiete angesetzten 300m-Abstands durch das im 1. Anhörungsentwurf enthaltene Gebiet 66 "Bergenweiler / Sontheim". Dem begründeten Anliegen des Rohststoffabbaus in den konzessionierten Abbaubereichen wird durch Rücknahme des Vorranggebiets 66 auf einen Vorsorgeabstand von 300m Rechnung getragen. Das Vorranggebiet 66 "Bergenweiler / Sontheim" ist für die Nutzung der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 440 H&K Kalkstein GmbH & Co. KG Stn-Id: 150		BE-ID: 2155 Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Belange zur langfristigen Sicherung unseres Steinbruchbetriebs und stehen für Rückfragen gerne Rede und Antwort.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 442 Privat Stn-Id: 151		BE-ID: 572 um mein späteres Klagerecht zu wahren, lege ich hiermit meinen Einspruch gegen die geplanten industriellen Windkraftanlagen in Ostwürttemberg ein.	Wird zur Kenntnis genommen. Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene.
lfd. Ident-Nr.: 442 Privat Stn-Id: 151		BE-ID: 573 Begründung: - Das in den Windkraftanlagen verwendete hochgiftige Treibhausgas SF6 (Schwefelhexafluorid) schadet dem Klima sowie der Gesundheit extrem. SF6 wirkt rund 22.800 mal so stark wie die identische Menge Kohlendioxid. Es dauert mehr als 3000 Jahre bis SF6 sich wieder zersetzt und unwirksam wird. I Kg SF6 ist so schädlich wie 23.000 kg CO2 - Zur Herstellung der Windräder braucht es seltene Erden (Metalle, die aus China importiert werden) wie 2 Tonnen Neodym je Windrad. Beim Abbau von Neodym werden hochradioaktives Uran und Torium freigesetzt. Zu allem Übel wächst hier noch die Abhängigkeit von China. - Für jede Windkraftanlage braucht es CO2 intensive Stahlbeton-Fundamente, welche die Ökovielfalt gefährden. 10.000 t Beton sind nötig für einen Windradsockel.	Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Fragen der verwendeten Baustoffe und Betriebsmittel werden im Vorhabenzulassungsverfahren für die konkret beabsichtigten Anlagen geprüft und nachgewiesen und ggfls. werden Auflagen festgesetzt. Die CO2-Bilanz von Windenergieanlagen ist abhängig vom Modell der Windenergieanlage. Windenergieanlagen amortisieren sich energetisch gesehen im Laufe des ersten Betriebsjahres. Auf die produzierte Kilowattstunde Strom (kWh) bezogen, erzeugen Windenergieanlagen weniger Treibhausgase als andere Energieträger wie Photovoltaik oder fossile Energieträger. Bei Windenergieanlagen im Wald liegt die Einsparung von CO2 durch Windenergieanlagen um einen Faktor von mehr als 1.000 höher, als die durch die dafür notwendige Rodung von Wald verlorene CO2-Aufnahme (lt. Umweltbundesamt).
lfd. Ident-Nr.: 442 Privat		BE-ID: 574 - Hinter jedem Windrad bilden sich Wirbelschleppen, die je nach	Der sog. Wake-Effekt (Nachlauf-Effekt, Wirbelschleppen-Effekt) ist durch mehrere Studien hinsichtlich seiner durch die Reduktion der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 151		Länge kilometerweit Bestand haben. Die vertikale Durchmischung der Luft bewirkt einen Transport der feuchten Luft aus den bodennahen Schichten in höhere. Die Folgen sind Trockenheit und Erderwärmung	Windgeschwindigkeiten verursachten leistungsmindernden Wirkung für im Windschatten eines Windparks liegende Windenergieanlagen belegt. Gem. Drucksache 17/2899 des Landtags Baden-Württemberg vom 14.07.2022 sind diese Effekte nach Aussagen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern jedoch lokal begrenzt und lösen sich in entsprechendem Abstand von der Windenergieanlage wieder auf. Ein großräumiger Effekt mit Auswirkungen auf die Windenergienutzung allgemein oder großräumige Beeinflussungen des Windaufkommens etc. ist gem. o.g. Drucksache nicht zu befürchten. Eine großräumige oder sogar globale Beeinflussung des Klimas (z.B. Dürren, Temperaturanstieg) oder des Wetters (z.B. Zunahme des Starkregens) durch Windenergieanlagen ist gem. der aktuellen Studienlage nicht zu erwarten. Verschiedene Studien zeigen, dass der Wake-Effekt durch die Verwirbelung und Durchmischung der Luftschichten nachts zu einer leichten Erwärmung der oberflächennahen Luftschichten im Windschatten von Windenergieanlagen führen kann. Eine Dokumentation der wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags aus dem Jahr 2022 (WD 8 - 3000 - 083/20) wertet mehrere Studien zu mikroklimatischen Effekten von Windenergieanlagen aus. Die Untersuchungen zeigen, dass der Wake-Effekt nachts potenziell Auswirkungen auf die lokalen bodennahen Lufttemperaturen und die Bodenfeuchtigkeit haben kann. Das Ausmaß und die Wirkungen sind gering und hängen stark von verschiedenen Faktoren (z.B. Gelände, Ausgestaltung und Anordnung der Windenergieanlagen) ab. Gem. Drucksache 17/3142 des Landtags Baden-Württemberg vom 25.08.2022 befürchtet die Landesregierung weder relevante negative Auswirkungen auf das Mikroklima noch eine Austrocknung der lokalen Landschaft in der Nähe von Windparks. Insgesamt ist eine Reduktion der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen aufgrund möglicher Wirkungen durch den Wake-Effekt daher weder fachlich geboten noch erforderlich. Die weitere Berücksichtigung dieser Belange auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 442 Privat Stn-Id: 151		BE-ID: 575 - Windkraftanlagen verursachen hörbaren Lärm, Infraschall sowie Schattenschlag, die in der derzeitigen Genehmigungspraxis nicht ausreichend berücksichtigt werden. Ich befürchte negative Auswirkungen auf meine Gesundheit wie sie im Umfeld von Windkraftanlagen bereits nachgewiesen worden sind, darunter Schlafstörungen, Schwindel, Übelkeit, Kopfschmerzen, Konzentrationsschwierigkeiten, Herzrasen, Herzerkrankungen, Tinnitus, Angstzustände, Depressionen usw.	Wird zur Kenntnis genommen. Zu den in der Stellungnahme aufgeführten Themen: Schall: Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Anlagentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage. Infraschall: Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz schreibt zum Thema Infraschall durch Windenergieanlagen unter https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/FAQ/Windenergie/faq-windenergie.html (Stand Juli 2024): „Infraschall-Töne unterhalb einer Frequenz von 20 Hertz - ist alltäglicher und überall präsenter Bestandteil unserer Lebenswelt. Er geht von einer Vielzahl sowohl natürlicher als auch technischer Quellen aus. Natürliche Quellen sind z. B. Wind, Gewitter, Meeresdünung und Vulkane sowie Meteoriten. Zudem gibt es zahlreiche künstliche und technische Infraschall-Quellen wie z. B. Klima- und Lüftungsanlagen, Umspannwerke, Kraftfahrzeuge, Lautsprechersysteme, Kühlschränke und Windenergieanlagen. Die Intensität des Infraschalls von Windenergieanlagen (sog. Schalldruckpegel) ist so gering, dass sie bereits in wenigen hundert Meter Entfernung deutlich unterhalb der menschlichen Wahrnehmbarkeitsgrenze liegt. In den meisten Fällen wird der Infraschall außerdem von natürlichen anderen Geräuschen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			überdeckt. So haben auch wissenschaftliche Studien bislang keinen Nachweis erbracht, dass der von Windenergieanlagen ausgehende Infraschall eine schädliche Wirkung auf die menschliche Gesundheit hat.“ Das Umweltbundesamt (UBA) kommt zu dem Schluss, dass es keine Evidenz dafür gibt, dass durch Infraschall von Windenergieanlagen gesundheitliche Beeinträchtigungen verursacht werden. Nach heutigem Stand der Forschung ist die Belastung mit Infraschall durch Windenergieanlagen im Vergleich zu anderen Quellen von Infraschall natürlichen oder technischen Ursprungs (Heizungsanlage, Kühlschrank, Straßenverkehr oder Gewitter) zudem gering. Das belegt beispielsweise eine Messkampagne der Landesanstalt für Umwelt (LUBW) zwischen 2013 und 2015. Diese untersuchten tieffrequente Geräusche ab 1 Hz. in der näheren Umgebung von Windkraftanlagen sowie in urbanen und ländlichen Räumen. Die Untersuchung stellt, wie das UBA, unterschiedlichen Quellen und die Omnipräsenz von Infraschall im Alltag fest. Windkraftanlagen leisteten hierzu aber keinen wesentlichen Beitrag da deren Pegel schon in 300 m Entfernung zur Windkraftanlage deutlich unterhalb der Wahrnehmungsgrenze liegt. (Tieffrequente Geräusche inkl. Infraschall von Windkraftanlagen und anderen Quellen – Bericht über Ergebnisse des Messprojektes 2013-2015, LUBW 2016: https://pudi.lubw.de/detailseite/-/publication/84558). Das Landesamt für Umwelt Bayern (LfU 2022) kommt in einer neueren Studie ebenfalls zum Schluss, dass bereits viele sorgfältige, wissenschaftliche Studien zum Infraschall rund um Windenergieanlagen vorliegen. In ihnen aber keine schädlichen Wirkungen auf den Menschen gefunden werden, denn die Pegel in der Umgebung (Immissionen) lägen stets deutlich unterhalb der Hör- und Wahrnehmungsschwelle – und für diesen Bereich wurden bisher keine gesundheitlichen Wirkungen nachgewiesen. (https://www.lfu.bayern.de/buerger/doc/uw_117_windkraftanlagen_infraschall_gesundheit.pdf)Um den aktuellen Kenntnisstand zu Infraschall von Windenergieanlagen zu festigen und zu erweitern, beobachten das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und das Umweltbundesamt kontinuierlich die Entwicklung wissenschaftlicher Studien. Damit ist sichergestellt, dass neue Entwicklungen und gesicherte Erkenntnisse frühzeitig bekannt werden (vgl. vgl. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/4031/publikationen/umid_01-2021-infraschall.pdf). Bereits mehrere Gerichte haben sich mit dem Thema Infraschall beschäftigt und unterstützen die obenstehenden Ausführungen. So stellt das Oberverwaltungsgericht Münster zusammenfassend fest: „Die Rechtsprechung des Senats und anderer Obergerichte geht davon aus, dass Infraschall – wie auch tieffrequenter Schall – durch Windenergieanlagen nach dem bisherigen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse grundsätzlich nicht zu Gesundheitsgefahren führt“ Quelle: OVG Münster (8. Senat), Urteil vom 22. November 2021 – 8A 973/15. Pathogene Effekte durch von

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Windkraftanlagen abgegebene Luftdruckpulse sind weder bekannt noch belegt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Die Berücksichtigung von Infraschall auf Ebene der Regionalplanung bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie ist daher weder erforderlich noch geboten. Schattenschlag: Windenergieanlagen führen bei klaren Wetterbedingungen durch den bewegten Anlagenrotor zu optischen Immissionen und können dadurch als Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die Beurteilung der derzeitigen Genehmigungspraxis ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung. Bedenken hinsichtlich negativer Auswirkungen auf die Gesundheit: Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehenden räumlichen Nutzungsansprüchen bzw. -interessen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Der wissenschaftliche Konsens weist auf, dass durch Windenergieanlagen mit Schutzabständen zur Wohnbebauung keine

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			allgemeine Gesundheitsgefahr gegeben ist. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung des Schutzgutes Mensch, insbesondere der menschlichen Gesundheit, wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch auf. Die berücksichtigten Ausschluss- und Konfliktkriterien hinsichtlich des Schutzgutes Mensch sind angesichts der Maßgaben des § 2 EEG auf regionaler Planungsebene ausreichend. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen eingegrenzt und im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) detailliert geprüft. Dabei werden sowohl Schallemissionen als auch andere potenziell schädliche Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 442 Privat Stn-Id: 151		BE-ID: 576 - Durch die sehr geringen Abstände zur Wohnbebauung ist der Wert von Wohnimmobilien in der Nähe von Windindustriegebieten mehr als gefährdet. Ich befürchte Wertminderungen von Immobilien bis hin zur Unverkäuflichkeit.	Im Plankonzept ist zu Wohnbebauung ein Vorsorgeabstand von 1.000 m berücksichtigt. Die Festlegung eines größeren Siedlungsabstandes (>1.000 m) ist im Plankonzept der genannten Teilfortschreibung und auf regionaler Planungsebene gem. § 249 Abs. 9 BauGB nicht möglich. Die Teilfortschreibung dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Beurteilung des Immobilienwertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob Wertminderungen durch Windenergieanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls, insbesondere im Falle eines tatsächlichen Verkaufs der Immobilie ab. Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass der Wert und die Preisentwicklung von Immobilien von ökonomischen und demografischen Einflüssen dominiert werden und nicht von Windenergieanlagen. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kaum möglich, den Anstieg oder den Rückgang des Verkehrswertes eines bebauten oder unbebauten Grundstücks auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen (s. Landtag von Baden-Württemberg (2019): Kleine Anfrage des Abg. Andreas Glück

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			FDP/DVP – Wertminderung von Immobilien infolge von Windkraftanlagen II (Drucksache 16 / 5820), 26. Februar 2019, Stuttgart (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5820_D.pdf). Daher und wegen des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ist es aus Sicht des Regionalverbands weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen.
lfd. Ident-Nr.: 442 Privat Stn-Id: 151		BE-ID: 577 - Windindustrieanlagen sind eine große Gefahr für Vögel und andere Flugtiere, die die Geschwindigkeit der Rotoren nicht einschätzen können, und für Fledermäuse, denen durch den Luftdruck die Lungen platzen. Ich befürchte, dass auch geschützte Arten Opfer der Windkraftanlagen werden und deren Fortbestand stark bedroht ist.	Wird zur Kenntnis genommen. Hinsichtlich der artenschutzfachlichen Belange wird auf das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 verwiesen, welches diese Belange umfassend und gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie der verbindlichen Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Insbesondere durch die Anwendung des o.g. Fachbeitrags Artenschutz erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes auf der genannten Planungsebene, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes im nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 442 Privat Stn-Id: 151		BE-ID: 578 - Windkraftanlagen können bei Unfällen Trinkwasser und Heilquellen verschmutzen. Ich befürchte, dass die Trinkwasserversorgung gefährdet wird.	Wird zur Kenntnis genommen. Aspekte des Boden- und Wasserschutzes wurden bei der vorliegenden Teilfortschreibung mittels Planungskriterien sowie in der Umweltprüfung berücksichtigt. So werden beispielsweise Wasserschutzgebiete der Zone I als Ausschlussbereiche für Windenergiegebiete definiert. Des Weiteren ist nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Die angesprochenen Aspekte (Unfälle bei Windenergieanlagen) sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 442 Privat Stn-Id: 151		BE-ID: 579 - Die in den Rotorblättern verarbeiteten carbonfaserverstärkten Kunststoffe CFK bergen asbestähnliches Risiko, welche Krebs verursachen können. Die Rotorblätter werden aktuell einfach vergraben und es gibt derzeit keine Recyclingmöglichkeit.	Die aufgeworfenen Fragen und genannten Hinweise sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter bzw. Baustoffe von Windenergieanlagen. Die Themen Recycling und Rückbau sind ebenfalls nicht Gegenstand der gegenwärtigen Teilfortschreibung, sondern betreffen die Genehmigungsebene. Nachdem eine Anlage außer Betrieb genommen wurde, sind die Betreiber verpflichtet, den Rückbau ordnungsgemäß durchzuführen und die Komponenten fachgerecht zu entsorgen. Ein Recycling der Anlagenbestandteile wird nach dem Stand der Technik durchgeführt. Insofern ergeben sich aus den genannten Aspekten keine Rückwirkungen auf die räumliche Steuerung im Regionalplan. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Fragen der verwendeten Baustoffe werden im Vorhabenzulassungsverfahren für die konkret beabsichtigten Anlagen geprüft und nachgewiesen und ggfls. werden Auflagen festgesetzt.
lfd. Ident-Nr.: 442 Privat Stn-Id: 151		BE-ID: 580 - Windkraftanlagen können in unserer Region mit niedrigen Windgeschwindigkeiten trotz Subventionen nicht kostendeckend arbeiten. Deshalb befürchte ich bei Insolvenzen der Betreiberfirmen, dass die Kosten des Abbaus der Anlagen aus Steuergeldern der Bevölkerung getragen werden müssen.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Finanzierung des Rückbaus wird im Vorhabenzulassungsverfahren abgesichert und ist nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Rückbauverpflichtungen des Windenergieanlagenbetreibers sind fester Bestandteil des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung), die vor Genehmigungserteilung nachgewiesen werden müssen. Insofern ergeben sich aus dem Aspekt keine Rückwirkungen auf die räumliche Steuerung der Nutzung der Windenergie in der Region.
lfd. Ident-Nr.: 442 Privat Stn-Id: 151		BE-ID: 581 - Da Windenergieanlagen von allen Bürgern über Zwangsabgaben im Rahmen der Stromrechnung bezahlt werden, erzielt die Windindustrie ihre Profite auf Kosten der breiten Bevölkerung. Außerdem werden die Zuschüsse für die Windindustrie durch den weiteren Zubau von Anlagen voraussichtlich weiter steigen. Ich befürchte, dass Strom für ärmere Menschen unbezahlbar wird und die Umverteilung von unten nach oben zu sozialen Spannungen führt.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die o.g. gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Des Weiteren ist die Umsetzung der Energiewende gesellschaftspolitischer Konsens sowie Beschlusslage sowohl im Deutschen Bundestag als auch im Landtag von Baden-Württemberg. Sie hat überdies Eingang in zahlreiche europäische, nationale und landesgesetzliche Vorgaben gefunden. Die vorliegende Planung setzt diese Vorgaben um. Grundsätzliche Betrachtungen über die Ausgestaltung des Strommarktes sowie finanzieller Anreize sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens, sondern wären im Zuge möglicher Gesetzesänderungen von den jeweiligen Gesetzgebern vorzunehmen.
lfd. Ident-Nr.: 442 Privat Stn-Id: 151		BE-ID: 582 - Der Mindestabstand zu Wohnsiedlungen ist viel zu gering, gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung kann somit nicht ausgeschlossen werden (mindestens 2 Km zu Wohnsiedlungen)	Die im Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 festgelegten Siedlungsabstände berücksichtigen den öffentlichen Belang einer optisch bedrängenden Wirkung gem. § 249 Abs. 10 BauGB umfassend. Darüber hinaus ist die Festlegung eines größeren Siedlungsabstandes (>1.000 m) im Plankonzept der genannten Teilfortschreibung und auf regionaler Planungsebene gem. § 249 Abs. 9 BauGB nicht möglich.
lfd. Ident-Nr.: 442 Privat Stn-Id: 151		BE-ID: 583 - In der Nähe liegende öffentliche Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Pflegeeinrichtungen, und Krankenhäuser und die hier zu erwartenden Störungen und gesundheitlichen Beeinträchtigungen bis hin zu Schädigungen	Die einzuhaltenden Lärmimmissionen sind gesetzlich geregelt. Die Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (kurz TA Lärm) beinhaltet Immissionsrichtwerte für verschiedene Siedlungsgebiete (bspw. Wohngebiet, Mischgebiet, u.a.). Die TA Lärm dient dem Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie der Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch Geräusche und differenziert nach den in den Baugebietstypen zulässigen Immissionen. Die pauschalen Umgebungsabstände zu Siedlungen in der vorliegenden Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigen diese einzuhaltenden Lärmimmissionen. Die tatsächliche Einhaltung dieser Werte wird jedoch auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) behandelt, wenn mit einer Projektplanung Angaben zur Anzahl, zu Standorten und Anlagentypen bekannt sind. Der Betreiber muss hierbei den Nachweis führen, dass die Grenzwerte der TA Lärm eingehalten werden und damit eine Gesundheitsgefährdung ausgeschlossen wird.
lfd. Ident-Nr.: 442 Privat Stn-Id: 151		BE-ID: 584 - Zerstörung des Waldes beider Errichtung der industriellen Windkraftanlagen plus Infrastruktur und in der Folge durch erhöhte Gefahr von Windbruch und Austrocknung	Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Ökologisch besonders hochwertige

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Insgesamt ist eine wertigkeitsunabhängige Bevorzugung von Gebieten im Offenland gegenüber Gebieten im Wald weder sachgerecht noch geboten.
lfd. Ident-Nr.: 442 Privat Stn-Id: 151		BE-ID: 585 - Zerstörung des Landschaftsbildes . Optische Bedrängung aufgrund der immensen Größe der Anlagen	Die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfergebnisse werden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Bezüglich einer optisch bedrängenden Wirkung gilt seit dem 01.02.2023 § 249 Abs. 10 BauGB, wonach der öffentliche Belang einer optisch bedrängenden Wirkung einem Windenergievorhaben in der Regel nicht entgegensteht, wenn der Abstand von der Mitte des Mastfußes der Windenergieanlage bis zu einer zulässigen baulichen Nutzung zu Wohnzwecken mindestens der zweifachen Gesamthöhe der Windenergieanlage entspricht. Dieser beschlossene § 249 Abs. 10 BauGB verringert den vorher in der Rechtsprechung anerkannten Abstandwert von 3 H auf 2 H, nunmehr führt bereits das Einhalten der zweifachen Gesamthöhe als Abstandswert „in der Regel“ dazu, dass sich die

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			WEA nicht als optisch bedrängend darstellt. Die im Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 festgelegten Siedlungsabstände (berücksichtigen den öffentlichen Belang einer optisch bedrängenden Wirkung gem. § 249 Abs. 10 BauGB umfassend.
lfd. Ident-Nr.: 442 Privat Stn-Id: 151		BE-ID: 586 - Bevölkerungsabwanderung und absterbende Gemeinden im ländlichen Bereich. Spaltung und Zerstörung von über Jahrhunderten hinweg gewachsenen Sozialgemeinschaften. Undemokratische Privilegierung Einzelner (Landbesitzer) nach BauGB §35, wodurch die betroffene Bevölkerung kein Mitspracherecht mehr hat Wenige profitieren auf Kosten vieler	Die Bevölkerungsentwicklung von Gemeinden und Gemeindeteilen ist von vielerlei Faktoren und Akteuren abhängig. Insbesondere die Ausstattung mit sozialer Infrastruktur (Schulen, Kinderbetreuung etc.) spielt dabei für die Attraktivität eine wesentliche Rolle. Schrumpfende Gemeinden sind in allen Bundesländern unabhängig von der räumlichen Nähe zu Windenergieanlagen zu finden. Auch die Entwicklung des Handels und anderer örtlicher Gewerbebetriebe wird durch vielfältige Faktoren beeinflusst, die im Wesentlichen im Kaufverhalten der Kunden liegen. Unabhängig hiervon existieren verschiedene Untersuchungen zur regionalen Wertschöpfung und positiven Beschäftigungseffekten in Kommunen durch den Bau und Betrieb von Windenergieanlagen. Die angeführten Themen "Spaltung der Gesellschaft" und " undemokratische Privilegierung" sind nicht Gegenstand der Anhörung. Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region zu betreiben. Die Möglichkeit zur räumlichen Steuerung soll genutzt und ein ungesteuerter Zustand vermieden werden. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg).
lfd. Ident-Nr.: 442 Privat Stn-Id: 151		BE-ID: 590 Fragwürdiger Beitrag der Windkraft an der Energiewende, da nicht grundlastfähig	Der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch in Deutschland betrug im Jahr 2023 56 Prozent. Die Windenergie war dabei mit einem Anteil von 31 Prozent der wichtigste Energieträger für die deutsche Stromerzeugung und überstieg dabei den Anteil des Kohlestroms (Quelle: Statistisches Bundesamt). Die Windenergienutzung leistet einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende. Die genaue gesetzliche Ausgestaltung der Energiewende ist nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung.
lfd. Ident-Nr.: 442 Privat Stn-Id: 151		BE-ID: 591 Windkraft ohne Speicheftechnologie macht keinen Sinn	Gemäß der Vorgaben des Bundes hat die Landesregierung Baden-Württemberg den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne auszuarbeiten. Maßgebliche Zielsetzung der vorliegenden Teilfortschreibung ist die Steuerung und raumordnerische Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen und damit die Umsetzung der o.g. Landesflächenziele. Der Ausbau erneuerbarer Energien und deren Speichermöglichkeiten sind wesentlicher

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Bestandteil der Energiewende. Die konkrete Entwicklung von Möglichkeiten zur Speicherung des erzeugten Stroms ist jedoch nicht Gegenstand dieses Verfahrens. Sie obliegt insbesondere dem jeweiligen Gesetzgeber auf europäischer, bundesdeutscher und landesweiter Ebene, der den entsprechenden gesetzlichen Rahmen setzt. Nach § 249a BauGB ist die Herstellung und Speicherung von Wasserstoff in den Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen unter bestimmten Bedingungen möglich.
lfd. Ident-Nr.: 442 Privat Stn-Id: 151		BE-ID: 592 Destabilisierung der Stromnetze mit der Gefahr partieller Blackouts Weiter steigende Strompreise	Gemäß den Vorgaben des Bundes hat die Landesregierung Baden-Württemberg damit den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne auszuarbeiten. Zielsetzung der vorliegenden Teilfortschreibung ist die Steuerung der Nutzung der Windenergie in der Region Ostwürttemberg. Der Netzausbau wird von den Übertragungsnetzbetreibern vorangetrieben, für die Verfahrensführung (Bundesfachplanung) ist in den meisten Fällen die Bundesnetzagentur, in den anderen Fällen die örtlich betroffene Landesbehörde (Regierungspräsidium) zuständig. Durch die Regionale Planungsoffensive besteht die Möglichkeit, dass Netzbetreiber die gleichzeitig in ganz Baden-Württemberg festgelegten Gebiete für Erneuerbare Energieanlagen als Planungsgrundlage für den Netzausbau nutzen können. Zur Strompreisthematik wird auf die Abwägung zur BE-ID 581 dieser Stellungnahme verwiesen. Die Gestaltung des Strommarkts und Strompreise sind nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.
lfd. Ident-Nr.: 442 Privat Stn-Id: 151		BE-ID: 593 - Kein Beitrag zur CO2-ReduKion, obwohl inzwischen über 29.000 industrielle Windkraftanlagen errichtet worden sind. -Problem der Entsorgung der Glasfaserverbundstoffe (Sondermüll) im Bereich der Flügel	Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung. Hinweis: Durch die Reduktion fossiler Brennstoffe bei der Stromerzeugung wurde im Jahr 2023 108 Mio. Tonnen CO2-Äquivaltene durch Windenergie vermieden (Quelle: Umweltbundesamt, Grafik "Vermiedene Treibhausgas-Emissionen durch die Nutzung erneuerbarer Energien im Jahr 2023, https://www.umweltbundesamt.de). Die Themen Recycling und Rückbau sind nicht Gegenstand der gegenwärtigen Teilfortschreibung, sondern betreffen die Genehmigungsebene. Nachdem eine Anlage außer Betrieb genommen wurde, sind die Betreiber verpflichtet, den Rückbau ordnungsgemäß durchzuführen und die Komponenten fachgerecht zu entsorgen. Der Ressourcenverbrauch für Windenergieanlagen ist im Vergleich zu anderen Stromerzeugungsarten vergleichsweise gering. Ein Recycling der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Anlagenbestandteile wird nach dem Stand der Technik durchgeführt. Insofern ergeben sich aus den genannten Aspekten keine Rückwirkungen auf die räumliche Steuerung im Regionalplan.
lfd. Ident-Nr.: 442 Privat Stn-Id: 151		BE-ID: 594 Windkraft ist nicht CO2 freundlich, da die Herstellung äußerst Energie- und Ressourcenintensiv ist. Sie beanspruchen große Flächen, was zur Versiegelung von Flächen und Böden führt. Bedrohung für heimische Faune, sie zerstören Lebensräume und töten Tiere. Sie trocknen die Böden aus.	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die o.g. gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Dieser Hinweis ist für viele der folgenden Einwendungen relevant, entsprechende Verweise sind eingefügt. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch in Deutschland betrug im Jahr 2023 56 Prozent. Die Windenergie war dabei mit einem Anteil von 31 Prozent der wichtigste Energieträger für die deutsche Stromerzeugung und überstieg dabei den Anteil des Kohlestroms (Quelle: Statistisches Bundesamt). Die Windenergienutzung leistet einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende. Die genaue gesetzliche Ausgestaltung der Energiewende ist nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Aspekte des Bodenschutzes wurden bei der vorliegenden Teilfortschreibung mittels Planungskriterien sowie in der Umweltprüfung berücksichtigt. Der Flächenverbrauch durch Windenergieanlagen ist im regionalen Maßstab sehr gering. In der Regel werden, wo möglich, vorhandene Wege verwendet. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs. Dabei werden schädliche Umwelteinwirkungen sowie deren Vermeidung, Minimierung und Kompensation eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung. Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Der sog. Wake-Effekt (Nachlauf-Effekt, Wirbelschleppen-Effekt) ist durch mehrere Studien hinsichtlich seiner durch die Reduktion der Windgeschwindigkeiten verursachten leistungsmindernden Wirkung für im Windschatten eines Windparks liegende Windenergieanlagen belegt. Gem. Drucksache 17/2899 des Landtags Baden-Württemberg vom 14.07.2022 sind diese Effekte nach Aussagen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern jedoch lokal begrenzt und lösen sich in entsprechendem Abstand von der Windenergieanlage wieder auf. Ein großräumiger Effekt mit Auswirkungen auf die Windenergienutzung allgemein oder großräumige Beeinflussungen des Windaufkommens etc. ist gem. o.g. Drucksache nicht zu befürchten. Verschiedene Studien zeigen, dass der Wake-Effekt durch die Verwirbelung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			und Durchmischung der Luftschichten nachts zu einer leichten Erwärmung der oberflächennahen Luftschichten im Windschatten von Windenergieanlagen führen kann. Eine Dokumentation der wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags aus dem Jahr 2022 (WD 8 - 3000 - 083/20) wertet mehrere Studien zu mikroklimatischen Effekten von Windenergieanlagen aus. Die Untersuchungen zeigen, dass der Wake-Effekt nachts potenziell Auswirkungen auf die lokalen bodennahen Lufttemperaturen und die Bodenfeuchtigkeit haben kann. Das Ausmaß und die Wirkungen sind gering und hängen stark von verschiedenen Faktoren (z.B. Gelände, Ausgestaltung und Anordnung der Windenergieanlagen) ab. Gem. Drucksache 17/3142 des Landtags Baden-Württemberg vom 25.08.2022 befürchtet die Landesregierung weder relevante negative Auswirkungen auf das Mikroklima noch eine Austrocknung der lokalen Landschaft in der Nähe von Windparks. Insgesamt ist eine Reduktion der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen aufgrund möglicher Wirkungen durch den Wake-Effekt daher weder fachlich geboten noch erforderlich. Die weitere Berücksichtigung dieser Belange auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 442 Privat Stn-Id: 151		BE-ID: 595 Windkraft kann nur durch hohe Subventionen, die der Steuerzahler zu zahlen hat am Leben gehalten werden. Würde man die gigantischen Subventionen, die mit der EEG Umlage in die Windkraft fließen anderweitig einsetzen, könnte man viel mehr Arbeitsplätze schaffen bzw. erhalten.	Wie in der Abwägung zur BE-ID 594 dieser Stellungnahme dargelegt, begründet sich die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben und dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG BW. Die gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Die Umsetzung der Energiewende ist gesellschaftspolitischer Konsens sowie Beschlusslage sowohl im Deutschen Bundestag als auch im Landtag von Baden-Württemberg. Sie hat überdies Eingang in zahlreiche europäische, nationale und landesgesetzliche Vorgaben gefunden. Die vorliegende Planung setzt diese Vorgaben um. Grundsätzliche Betrachtungen über die Ausgestaltung des Strommarktes sowie finanzieller Anreize sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens, sondern wären im Zuge möglicher Gesetzesänderungen von den jeweiligen Gesetzgebern vorzunehmen.
lfd. Ident-Nr.: 442 Privat Stn-Id: 151		BE-ID: 2273 Der Tourismus wird zudem geschwächt, wer will schon in der Nähe von solchen Windkraftanlagen seinen Urlaub verbringen?	Die Entwicklung des Tourismus ist wie auch die Bevölkerungsentwicklung von vielerlei Faktoren und Akteuren abhängig. Das Landschaftsbild ist einer der Wirkfaktoren. Ob Windenergieanlagen positiv oder negativ wahrgenommen werden, hängt von der Einstellung des Individuums zum Thema Windenergie ab. Die Belange des Tourismus sind mittelbar (z.B. über Siedlungsflächen für die Erholung mit entsprechenden Umgebungsabständen, Bereiche mit sehr hoher Landschaftsbildqualität oder in höchstem Maße

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			raumwirksame Kulturdenkmale, darunter auch UNESCO-Welterbestätten) als Ausschlusskriterien oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien in die Auswahl und Bewertung eingeflossen. Zudem sind entsprechende Aspekte über die Schutzgüter "Menschen und menschliche Gesundheit", „Kultur- und Sachgüter“ und "Landschaft" in die Strategische Umweltprüfung eingeflossen. Touristische Belange, sowie die Belange der Freizeit- und Erholungsnutzung wurden gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG einbezogen, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde.
lfd. Ident-Nr.: 443 Scheunenwirtin GbR Stn-Id: 152		BE-ID: 596 das Windkraftkonzept von Stuttgart und Ostwürttemberg wurde am 18.03.2024 in Bartholomä den Bürgern und somit auch uns vorgestellt. Gestern wurde erneut hierzu im Rathaus in einer Gemeinderatsitzung informiert. Wir sind ein Gastronomiebetrieb mit Kultur- und Eventfokus. In den vergangenen Jahren haben wir mehrere Liegenschaften erworben und eine siebenstellige Inventionen in unseren Standort getätigt. Mittlerweile bieten wir unseren Gästen 38 Betten die auf fünf Ferienhäuser verteilt sind. In diesem Jahr haben wir in einen weiteren Betrieb, der mehr als 15 Jahre stilllag, investiert. Hierfür haben wir, unsere Familie und unsere Mitarbeiter fleißig und sehr hart jahrzehntelang gearbeitet. Wir haben dies geschafft ohne staatliche Hilfen oder Subventionen aber natürlich mit den lokalen Finanzpartnern. Unser Betrieb zieht Kunden aus der Region an aber auch aus anderen Bundesländern und oftmals sogar aus anderen Ländern und Kontinenten. Wir wurden mehrfach in unterschiedlichsten Kategorien ausgezeichnet (z.B. Nachhaltigkeit, Genuss, Gastronomische Konzepte). Als Demeterbetrieb und Mitglied der Bio Hotels ist uns Nachhaltigkeit in allen Dimensionen extrem wichtig. Es gehört zu unseren Grundwerten. Erneuerbare Energien sind wichtig. Sehr wichtig sogar. Es darf aber nicht sein, dass eine Gemeinde dadurch vollkommen einkesselt wird und Gemarkungsgrenzen zu einem derart verzerrten Landbild und Belastung für einen Ort, dessen Bürger und Betriebe wird. Das empfinden wir als rücksichtslos und unverhältnismäßig.	Die gegebenen Informationen und Hinweise werden zur Kenntnis genommen. In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt demnach für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Auch die in der Stellungnahme angesprochenen Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (u.a. durch das

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Während andere Gastronomiebetriebe auf dem Land schließen, investieren wir in die Zukunft und in diesen Standort. Damit schaffen wir gute und abwechslungsreiche Arbeitsplätze für Hochqualifizierte aber auch für Personen ohne eine anerkannte berufliche Ausbildung. Lange haben wir gezweifelt, ob wir hier oben auf der Ostalb, ein tolles Urlaubsdomizil sein können. Auch aus Heimatverbundenheit sind wir bei unseren Investitionen große betriebswirtschaftliche Risiken eingegangen. Jetzt, einige Millionen später und nachdem es gelungen ist, genug Fläche für zukunftsfähige und nachhaltige Konzepte zu erwerben, wurde dieses Konzept zur Windkraft vorgelegt. Es spricht unserseits nichts gegen den Ausbau der Windkraftanlagen an den bestehenden Flächen. Jetzt aber zusätzlich andere Standorte ergänzen (nur damit jede Gemeinde sowie die Regionalverbände über eigene Anlagen verfügt) sprengt alle Belastbarkeitsgrenzen. Wenn Gäste dann bei uns Urlaub machen, haben diese das Gefühl direkt im Windpark zu nächtigen. Schlussendlich gäbe es keinen einzigen Fernblick mehr ohne Anlagen. Auch keinen Wanderweg ohne Anlagen. Es ist auch nicht geholfen, wenn jede angrenzende Gemeinde nur die Hälfte der vorgestellten Windkraftanlagen baut. Geholfen wäre ausschließlich, wenn die Anlagen an einem Standort (oder maximal 2 Standorten) gebündelt werden. Das wäre auch eher im Sinne des Artenschutzes und der Natur. Strom könnte vermutlich in fast gleicher Menge produziert werden. Nur würden eben angrenzende Gemeinden weniger Pachteinnahmen erzielen. Dies würde aber vermutlich durch die Standortattraktivität kompensiert. Losgelöst vom Finanziellen gilt wohl auch das Gebot der Rücksichtnahme. Hier wird sehr einseitig belastet. Es gibt meines Erachtens auch andere sehr windige Gebiete. Beispielsweise entlang der bestehenden Autobahnen (z.B. A7 entlang). Hier wäre der Schaden für die Natur und für Bürger deutlich geringer. Der Tourismus wäre hierdurch auch nicht belastet.	planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten. Zur Vermeidung einer räumlichen Umfassung (Umzingelung) wurde die Umfassungswirkung durch Windenergieanlagen betrachtet. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Aufgrund unterschiedlicher räumlicher Gegebenheiten und großen Unterschieden im Windenergiepotenzial in den 12 Regionen Baden-Württembergs ist keine vollständig einheitliche Vorgehensweise möglich. Die Überlastung von Teilräumen kann abschließend erst bei fortgeschrittenem Planungskonzept bewertet werden, was in der Region Ostwürttemberg nach Abschluss der 1. Anhörung der Fall ist. Im Rahmen der Überarbeitung des Planungskonzeptes wurde das genannte Modell zur

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Wir hoffen, dass Sie in Abstimmung mit dem Verband Region Stuttgart bessere Lösungen gefunden werden.	Bewertung möglicher Überlastungen angewendet und der Raum Bartholomä dezidiert geprüft. Gemäß des durch die Kommune Bartholomä ebenfalls eingeforderten Prüf- und Bewertungsmodells liegt für den Bereich Bartholomä selbst bei Einbeziehung der Planungen der Nachbarregion Verband Region Stuttgart keine faktische Überlastungssituation vor. Der Regionalverband erkennt jedoch die potenzielle Belastung in dieser Raumschaft. In Verbindung mit anderen Abwägungsbelangen und u.a. um die Raumschaft im Grenzbereich zu entlasten, wird das Vorranggebiet 61 "Erweiterung Falkenberg" im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weitergeführt. Der Regionalverband Ostwürttemberg ist in regelmäßigem engem Austausch mit dem Verband Region Stuttgart, um die Planungen der beiden Teilfortschreibungen Windenergie im Rahmen der Regionalen Planungsoffensive an den Regionsgrenzen zu harmonisieren und bestmöglich aufeinander abzustimmen. Hinweis zu den Gebieten 59 und 60: Die beiden Vorranggebiete 59 "Utzenberg" und 60 "Bartholomä" sind für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb diese im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt werden. Beide Gebiete werden aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 444 Privat Stn-Id: 153		BE-ID: 603 mit diesem Schreiben lege ich gegen die oben genannte Teilfortschreibung Widerspruch ein.	Der Widerspruch wird zur Kenntnis genommen. Weder in diesem Widerspruch, noch in den nachfolgenden Begründungen, die sich auf "ein Gebiet" beziehen ist, ist das Gebiet näher bezeichnet. Eine klare Zuordnung zu einem Vorranggebiet ist nicht möglich. Die Abwägung dieser Stellungnahme bezieht sich daher auf den Gesamtplan. Der 1. Anhörungsentwurf wurde aufgrund von im Rahmen der 1. Anhörung eingegangenen Anregungen überarbeitet. Im 2. Anhörungsentwurf werden 12 Vorranggebiete nicht weitergeführt. 18 Vorranggebiete sind für die Nutzung der Windenergie gut geeignet und werden im 2. Anhörungsentwurf weitergeführt. Teilweise wurden die Abgrenzungen aufgrund von Anregungen angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 444 Privat Stn-Id: 153		BE-ID: 604 Begründung: • Durch die geringe Entfernung von ca. 1000 Meter zur Wohnbebauung und die Höhe der Anlagen sind diese auch extrem sichtbar und haben massive Auswirkungen auf das Landschaftsbild. Im vorherigen Regionalplan wurde das Gebiet als Vorranggebiet für Erholung ausgewiesen. Das Gebiet wird von mir und von vielen Menschen als Erholungsgebiet genutzt. Nun wird dieses überplant	Die im Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 festgelegten Siedlungsabstände berücksichtigen den öffentlichen Belang einer optisch bedrängenden Wirkung gem. § 249 Abs. 10 BauGB umfassend. Darüber hinaus ist die Festlegung eines größeren Siedlungsabstandes (>1.000 m) im Plankonzept der genannten Teilfortschreibung und auf regionaler Planungsebene gem. § 249 Abs. 9 BauGB nicht möglich. Die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		ohne eine Kompensation.	berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfergebnisse werden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Die Gesamtfortschreibung des Regionalplans 2010, der die genannten Vorranggebiete für Erholung enthält, wurde in den letzten Jahren bearbeitet. Die im Regionalplan 2010 noch enthaltenen Vorranggebiete für Erholung werden in der Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035 nicht als eigene Gebietskategorie weitergeführt. Die Belange der Erholung wurden nicht ersatzlos gestrichen, sondern in die Kriterien für die Festlegung der Regionalen Grünzüge, die ebenfalls Vorrangfunktion haben, integriert. Während der Erarbeitung der Gesamtfortschreibung 2035 wurde das Landesplanungsgesetz Anfang 2023 geändert und eine unverzügliche Öffnung der Grünzüge für Windkraft- und Freiflächen-Photovoltaikanlagen in § 11 Absatz 3 Nr. 7 LplG gesetzlich festgelegt. Die rechtliche Vorgabe wurde in die Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035 noch eingearbeitet, jedoch mit Einschränkungen für besondere Grünzugfunktionen (ruhige unzerschnittene Räumen, Sichtachsen von bedeutsamen Kulturdenkmalen) . Der Satzungsbeschluss der Gesamtfortschreibung 2035 ist im Juli 2024 erfolgt, derzeit befindet sich der Regionalplan in der behördlichen Prüfung. Aufgrund der Vorgaben des Landesplanungsgesetzes sind Regionale Grünzüge für die Nutzung der Windenergie zu öffnen. Bei der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden Flächen für die Erholung in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Im Bereich von Regionalen Grünzügen ist dennoch eine Überlagerung von regionalen Grünzügen mit Vorranggebieten für Windenergie möglich.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 444 Privat Stn-Id: 153		BE-ID: 605 • Die Anlagen im vorgesehenen Vorranggebiet hätten eine massive Auswirkung auf das Landschaftsbild. Durch die massive Größe der Anlagen ergibt sich ein bedrängendes Gefühl und eine Minderung des Wohlbefindens.	Bezüglich einer optisch bedrängenden Wirkung gilt seit dem 01.02.2023 § 249 Abs. 10 BauGB, wonach der öffentliche Belang einer optisch bedrängenden Wirkung einem Windenergievorhaben in der Regel nicht entgegensteht, wenn der Abstand von der Mitte des Mastfußes der Windenergieanlage bis zu einer zulässigen baulichen Nutzung zu Wohnzwecken mindestens der zweifachen Gesamthöhe der Windenergieanlage entspricht. Der beschlossene § 249 Abs. 10 BauGB verringert den bislang in der Rechtsprechung anerkannten Abstandwert von 3 H (3 x Anlagenhöhe) auf 2 H. Nunmehr führt bereits das Einhalten der zweifachen Gesamthöhe als Abstandswert „in der Regel“ dazu, dass sich die WEA nicht als optisch bedrängend darstellt. Damit ist mit dem Umgebungsabstand von 1.000 m zu Wohngebieten u.ä. auch bezüglich der optisch bedrängenden Wirkung den rechtlichen Vorgaben Folge geleistet.
lfd. Ident-Nr.: 444 Privat Stn-Id: 153		BE-ID: 606 • Durch die geringen Abstände ist zudem der Wert von Wohnimmobilien in der Nähe von Windindustriegebieten sehr gefährdet. Ich befürchte Wertminderungen von Immobilien bis hin zur Unverkäuflichkeit.	Die Teilfortschreibung dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Beurteilung des Immobilienwertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob Wertminderungen durch Windenergieanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls, insbesondere im Falle eines tatsächlichen Verkaufs der Immobilie ab. Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass der Wert und die Preisentwicklung von Immobilien von ökonomischen und demografischen Einflüssen dominiert werden und nicht von Windenergieanlagen. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kaum möglich, den Anstieg oder den Rückgang des Verkehrswertes eines bebauten oder unbebauten Grundstücks auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen (s. Landtag von Baden-Württemberg (2019): Kleine Anfrage des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Wertminderung von Immobilien infolge von Windkraftanlagen II (Drucksache 16 / 5820), 26. Februar 2019, Stuttgart (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5820_D.pdf). Daher und wegen des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ist es aus Sicht des Regionalverbands weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen.
lfd. Ident-Nr.: 444 Privat Stn-Id: 153		BE-ID: 607 • Windindustrieanlagen sind eine große Gefahr für Vögel und Fledermäuse, die die Geschwindigkeit der Rotoren nicht einschätzen können und für Fledermäuse, denen durch den Luftdruck die Lungen platzen. Ich befürchte, dass auch geschützte Arten Opfer der Windkraftanlagen werden und deren	Wird zur Kenntnis genommen. Das Land Baden-Württemberg hat eine landesweite Planungshilfe zur Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergie den „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ (LUBW, 2022) erarbeitet. Der Fachbeitrag benennt Schwerpunktvorkommen windenergiesensibler Vogel-

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Fortbestand gefährdet ist.	und Fledermausarten und gibt Empfehlungen und Hinweise zur Berücksichtigung des Artenschutzes bei der regionalen Windenergieplanungen. Der "Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ (LUBW, 2022) wurde bei der Konzepterstellung und Festlegung von Vorranggebieten im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt. Damit erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Schwerpunktvorkommen der Kategorie A sind als planerisches Ausschlusskriterium im Kriterienkatalog berücksichtigt. Schwerpunktvorkommen Kategorie B wurden im Einzelfall geprüft. Nach Anpassung der Gebietskulisse aufgrund von Anregungen der 1. Anhörung enthält der 2. Anhörungsentwurf keine Vorranggebiete für Windenergie innerhalb von Schwerpunktvorkommen des Fachbeitrags Artenschutz. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes auf Projektebene (im nachgelagerten Verfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Auf der nachgelagerten Planungsebene können zudem auch die genannten Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen umgesetzt werden.
lfd. Ident-Nr.: 444 Privat Stn-Id: 153		BE-ID: 608 • Der strukturreiche Biotopkomplex am Baronenweiher bestehend aus Gewässer, Verlandungsbereiche, Nasswiesen, geschützten Mähwiesen und Röhrichstreifen stellt ein wichtiges Trittsteinbiotop dar. Dies zieht viele Vogelarten an, die in der Agrarlandschaft keine Nahrung mehr finden.	Der Baronenweiher südöstlich von Tannhausen mit seinen geschützten Bereichen (FFH-Gebiet, geschützte Biotope) wurde bei der Abgrenzung des Vorranggebiets 45 "Unterschneidheim / Tannhausen" berücksichtigt. Das Vorranggebiet 45 umfasst nur Bereiche südlich des Baronenweihers. Von Westen, Norden und Osten ist ein freier Anflug weiterhin gegeben. Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt.
lfd. Ident-Nr.: 444 Privat Stn-Id: 153		BE-ID: 609 • Der Bereich stellt ein Schwerpunktvorkommen Kategorie A und B laut Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie dar. In diesen Bereichen sollten keine Windkraftanlagen gebaut werden.	Da der Bereich bzw. das Vorranggebiet in der Stellungnahme nicht näher benannt sind, ist eine konkrete Zuordnung zu einem Vorranggebiet nicht möglich. Die Abwägung erfolgt daher allgemein. Für die Erläuterung zum Umgang mit dem Thema Artenschutz und Schwerpunktvorkommen des Fachbeitrags Artenschutz wird auf die Abwägung zur der BE-ID 607 dieser Stellungnahme verwiesen. Schwerpunktvorkommen der Kategorie A des Fachbeitrags Artenschutz (LUBW 2022) sind im Plankonzept mit einem Umgebungsabstand von einem Rotorradius als Ausschlussbereich berücksichtigt. Schwerpunktvorkommen der Kategorie B wurden im Einzelfall geprüft. Nach der Überarbeitung der Gebietskulisse nach der 1. Anhörung liegen keine Vorranggebiete des " Anhörungsentwurfs in Schwerpunktvorkommen der Kategorie B.
lfd. Ident-Nr.: 444 Privat Stn-Id: 153		BE-ID: 611 • Nach der Feldvogelkulisse Baden-Württembergs stellen die Offenlandflächen prioritäre Offenlandflächen für den Feldvogelschutz dar.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Berücksichtigung der prioritären Offenlandbereiche der Feldvogelkulisse Baden-Württemberg erfolgt in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren), wenn anlagenbezogene Eigenschaften bekannt sind und Standorte der späteren Nutzung der Windenergie konkretisiert werden. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Sofern prioritäre Offenlandbereiche der Feldvogelkulisse Baden-Württemberg bestehen, werden entsprechende Hinweise in die Gebietssteckbriefe in der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Begründung und des Umweltberichts aufgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 444 Privat Stn-Id: 153		BE-ID: 612 • Windkraftanlagen können in unserer Region mit niedrigen Windgeschwindigkeiten trotz Subventionen wahrscheinlich nicht kostendeckend arbeiten (vor allem in Hinblick auf mögliche Abschaltungen für Minderungsmaßnahmen für Vögel und Fledermäuse). Deshalb befürchte ich bei Insolvenzen der Betreiberfirmen, dass die Kosten des Abbaus der Anlagen aus Steuergeldern der Bevölkerung getragen werden müssen.	Die Finanzierung des Rückbaus wird im Vorhabenzulassungsverfahren abgesichert und ist nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Rückbauverpflichtungen des Windenergieanlagenbetreibers sind fester Bestandteil des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung), die vor Genehmigungserteilung nachgewiesen werden müssen. Insofern ergeben sich aus dem Aspekt keine Rückwirkungen auf die räumliche Steuerung der Nutzung der Windenergie in der Region.
lfd. Ident-Nr.: 444 Privat Stn-Id: 153		BE-ID: 613 • Im vorherigen Regionalplan war im geplanten Gebiet ein Gebiet mit überdurchschnittlicher Dichte schutzwürdiger Biotope und überdurchschnittlichem Vorkommen landesweit gefährdeter Arten ausgewiesen. Dieses wurde nun einfach überplant.	Wird zur Kenntnis genommen. Da das Gebiet nicht näher bezeichnet wird, ist eine klare Zuordnung nicht möglich. Wie in der Abwägung zu BE ID 604 bereits erläutert ist, wurde der Regionalplan 2010 überarbeitet. Für den Regionalplan 2035, der die Planungsgrundlage für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 darstellt, wurde am 17. Juli 2025 der Satzungsbeschluss gefasst. Im Regionalplan 2035 werden wie bereits im Regionalplan 2010 für Naturschutz und Landschaftspflege bedeutsame Bereiche als Ziel der Raumordnung festgelegt. Im Regionalplan 2035 sind diese als Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (PS. 3.2.1.1) bezeichnet. Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege sind im Kriterienkatalog der Teilfortschreibung Windenergie als planerisches Ausschlusskriterium berücksichtigt. Im 1. Anhörungsentwurf waren im Planteil kleinflächige Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege zeichnerisch noch nicht aus den im Plan dargestellten Gebieten ausgeschnitten. Dies wurde bei der Anpassung zum 2. Anhörungsentwurf korrigiert. Im Regionalplan 2035 enthaltene Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege werden somit nicht Von Vorranggebieten für Windenergie überlagert, können aber in unmittelbarer Nähe liegen. Um die Berücksichtigung in weiteren Planungsverfahren zu gewährleisten, wird für kleinflächige Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege innerhalb oder am Rand von Vorranggebieten für Windenergie ein entsprechender Hinweis in die Gebietssteckbriefe aufgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 444 Privat Stn-Id: 153		BE-ID: 614 • Das Gebiet hat eine mittlere Landschaftsbildqualität und hohe Kultur- und naturhistorische Bedeutung. Ich befürchte, dass durch Windkraftanlagen diese Bedeutung degradiert.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Diese Prüfergebnisse werden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Die Berücksichtigung der Belange des Denkmalschutzes auf Ebene der Regionalplanung entspricht der aktuellen, zuletzt zum 11. Februar 2023 geänderten Rechtslage nach dem Denkmalschutzgesetz BW. Der sogenannte Umgebungsschutz (vgl. § 15 DSchG) ist danach für die in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmalen zu berücksichtigen. Der Regionalverband Ostwürttemberg hat in enger Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege (Regierungspräsidium Stuttgart, Abteilung 8) die in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmale innerhalb sowie im Grenzbereich der Region eingehend geprüft.
lfd. Ident-Nr.: 444 Privat Stn-Id: 153		BE-ID: 616 • Der Kumulationsraum wird extrem erweitert, sodass hier nicht mehr von Kumulationsraum, sondern von einer zerstreuten Verteilung gesprochen werden kann. Durch das Vorranggebiet wird hier ein völllig neuer Bereich erschlossen, der die Sichtbarkeit der potentiellen Windkraftanlagen extrem vergrößert.	Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten und einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umfassung / Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Es ist zutreffend, dass sich durch die zusätzlichen Vorranggebiete der Teilfortschreibung Windenergie die im Umweltbericht dargestellten Kumulationsräume erweitern und Windenergieanlagen in größeren Räumen sichtbar sein werden. Durch die Reduktion der Gebietskulisse um 12 Gebiete zum 2.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Anhörungsentwurf wird die Ausdehnung der Kumulationsräume gegenüber dem 1. Anhörungsentwurf vermindert. Die verbleibende Gebietskulisse mit 18 Vorranggebieten, von denen die Hälfte Erweiterungen bestehender Windenergiegebiete darstellen, wir dennoch zu Erweiterungen bzw. neuen Kumulationsräumen führen.
lfd. Ident-Nr.: 444 Privat Stn-Id: 153		BE-ID: 617 • Durch die Schneisen, die in den Wald gezogen werden, werden die sowieso schon trockenen Wälder noch anfälliger für Wetterereignisse und Trockenheit sein.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Erschließungsplanung in Wäldern sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Für die Inanspruchnahme von Waldflächen besteht das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich, sowie naturschutzrechtlich erforderliche Vermeidungs-, Minimierungs- und Ausgleichsmaßnahmen werden ebenfalls auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 447 Blauwald GmbH & Co KG Stn-Id: 158	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 635 im Anhang sende ich Ihnen die Stellungnahme der Blauwald GmbH & Co KG für die Ausweisung des Windgebietes 54 bei Ebnat. Die Blauwald GmbH & Co KG ist ein privater Erwerbsforstbetrieb, der seine Wälder naturnah und nachhaltig bewirtschaftet. Unser Betrieb mit rd. 50 Mitarbeiter:innnen versorgt die umliegende Holzverarbeitungsindustrie mit ca. 100.000 Festmeter Rundholz jährlich und liefert somit einen entscheidenden Beitrag zur CO2-Speicherung und Vermeidung. Außerdem betreiben wir bereits seit 2016 auf unseren Waldflächen auf den Gemarkungen Ebnat und Großkuchen einen Windpark mit 14 Anlagen selbst und konnten seither viele Erfahrungen hinsichtlich aller Bedenken aus dem Gutachten sammeln, die ich im Folgenden kurz in drei Absätzen darstellen möchte: 1. Forstwirtschaft: Unsere Wälder sind überwiegend mit Fichten bestockt und müssen aufgrund des rasanten Klimawandels dringend mit	Die Hinweise und Anregungen werden zur Kenntnis genommen. Hinweis: Das Vorranggebiet 54 "Ebnat" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		wärmeliebenden Laubbaumarten umgebaut werden. Der Waldumbau ist für uns eine große finanzielle Herausforderung, die wir nicht ohne zusätzliche Einnahmequellen stemmen können. Die Verpachtung der Standorte für Windenergieanlagen bietet uns eine große Chance den Waldumbau hin zu naturnahen, strukturreichen Mischwäldern finanzieren zu können. Aus eigener Erfahrung wissen wir, dass der Betrieb von Windenergieanlagen im Wald sehr gut mit der Forstwirtschaft, der Jagd und dem Naturschutz einhergeht, da der Flächenverbrauch mit rd. 5.000 m² pro WEA nur marginal sind. Durch den Einfall des Seitenlichts bei den WEA-Standorten ist es möglich, wärmeliebende Lichtbaumarten wie Eiche und Esskastanie anzubauen. 2. Artenschutz Die Bedenken des Gutachtens hinsichtlich des Artenschutzes teilen wir nicht. Beim Bau unseres Windparks Ochsenberg, wurde nur der Wespenbussard als schlaggefährdete Vogelart festgestellt. Hierfür wurden Lichtwaldflächen außerhalb des Windparks von uns angelegt, die sehr gut von dieser Vogelart angenommen werden. Auch die Auswirkungen auf den Wildbestand und das Wildwechselverhalten hat sich durch den Betrieb des Windparks nicht verschlechtert. Das Gegenteil ist der Fall. Durch die Veränderung der Waldstruktur und durch den vermehrten Lichteinfall sind mehr Randbereiche entstanden und die Biodiversität hat zugenommen. Der Generalwildweg, der unseren Windpark streift, wird weiterhin von allen Tierarten angenommen. 3. Auswirkungen auf den Erholungsraum Die Auswirkungen auf den Tourismus und die Waldbesucher hat sich unserer Wahrnehmung nach nicht verschlechtert. Auch hier stellen wir fest, dass die Anzahl der Waldbesucher und vor allem der Radfahrer mit E-Antrieb im Windparkgebiet stetig zugenommen hat. 4. Fazit Die Diskussion pro und contra Windenergie ist aus unserer Sicht eine eher emotionale. Wir bitten Sie daher unsere Argumente und Erfahrungen aus dem Windparkbetrieb für die Ausweisung des Windgebiets Ebnat zu berücksichtigen.	
lfd. Ident-Nr.: 447 Blauwald GmbH & Co KG Stn-Id: 159	VRG 50 Dunstelkingen / Reistingen	BE-ID: 636 im Anhang sende ich Ihnen die Stellungnahme der Blauwald GmbH & Co KG für die Ausweisung des Windgebietes 50 bei Dunstelkingen/Reitsingen. wir nehmen in unserer Eigenschaft als Grundstückseigentümer zum Inhalt des Entwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nachfolgend Stellung:	Die Anregungen und Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Ermittlung und Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischer Umweltprüfung. Die Ausformung der Vorranggebiete orientiert sich ausschließlich an planerischen Kriterien - nicht an Flurstücksgrenzen oder Eigentumsverhältnissen. Im Rahmen der Anhörung vorgebrachte

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Vorschlag zur Flächenerweiterung: ? Aktuelle Fläche: ca. 33 ha, bis zu 2 Windenergieanlagen ? Vorgeschlagene Ergänzung: ca. 66 ha, bis zu 2 Windenergieanlagen ? Gesamtleistung (nach Erweiterung): Bis zu 28,8 MW bei bis zu 4 Windenergieanlagen Technische und rechtliche Begründung: 1. Zustimmung der Eigentümer: Kooperation mit dem Flächeneigentümer und der iTerra energy GmbH zur Sicherstellung einer erfolgreichen Projektumsetzung sowie der Gemeinde Dischingen 2. Synergieeffekte bei Infrastruktur: Gemeinsame Nutzung der technischen Infrastruktur für mehrere geplante Windparks 3. Forstwirtschaft: Unsere überwiegend mit Fichten bestockten Wälder müssen aufgrund des Klimawandels in wärmeliebende Laubbaumarten umgewandelt werden, was eine finanzielle Herausforderung darstellt, die wir durch die Verpachtung von Flächen für Windenergieanlagen bewältigen können. 4. Umwelt- und Naturschutz: Wir teilen die Bedenken des Gutachtens nicht, da beim Bau unseres Windparks nur der Wespenbussard als gefährdete Vogelart festgestellt wurde und wir geeignete Maßnahmen ergriffen haben, um seinen Lebensraum zu schützen. Auch die Biodiversität und der Wildbestand wurden nicht negativ beeinträchtigt. 5. Auswirkungen auf den Erholungsraum: Die Auswirkungen auf den Tourismus und die Waldbesucher haben sich nicht verschlechtert; im Gegenteil, die Zahl der Besucher und vor allem der E-Bike-Fahrer im Windparkgebiet hat zugenommen. Schlussfolgerung: Die Stellungnahme empfiehlt, die Ergänzungsfläche auszuweisen, um die vollständige und effiziente Nutzung der Windressourcen in der Region Ostwürttemberg zu gewährleisten. I. Ausgangslage 1. Verfahren Die Bundesländer sind aufgrund des Windenergieflächenbedarfsgesetzes dazu verpflichtet, einen ihnen zugewiesenen Flächenanteil als Eignungskriterium für die Nutzung der Windenergie auszuweisen. Das Land Baden-Württemberg hat diese Aufgabe den Regionalverbänden übertragen. Eine Konkretisierung wurde im Landesplanungsgesetz des Landes Baden-Württemberg dahingehend vorgenommen, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten bis zum 30. September 2025 erfolgen soll. Nach § 20 KlimaG BW werden landesweit	Gebietsvorschläge - wie die vorliegende zum Gebiet 50 - werden hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit dem Planungskonzept geprüft. Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 50 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen (z.B. Siedlungsabstand, Schwerpunktvorkommen der Kategorie A des Fachbeitrags Artenschutz, Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege), weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird. Dem Vorschlag zur Flächenerweiterung wird somit nicht gefolgt. Das Vorranggebiet 50 "Dunstelkingen / Reistingen" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		mindestens 1,8% der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Nutzung der Windenergie vorgegeben. Für die Region Ostwürttemberg entspricht dies – bei einer Gesamtfläche von 2.138.53 km² - einer Fläche von mindestens 38,49 km² beziehungsweise 3.849 ha (vgl. Anlage 2 KlimaG BW). Der erste Entwurf der Fortschreibung des Regionalverbands Ostwürttemberg liegt mittlerweile aus. Privatpersonen und Unternehmen können zu dem Entwurf bis zum 30. Juni 2024 Stellung nehmen. 2. Einwender Die Blauwald GmbH & Co KG ist ein privater Erwerbsforstbetrieb, der seine Wälder naturnah und nachhaltig bewirtschaftet. Unser Betrieb mit rd. 50 Mitarbeiter:innnen versorgt die umliegende Holzverarbeitungsindustrie mit ca. 100.000 Festmeter Rundholz jährlich und liefert somit einen entscheidenden Beitrag zur CO2-Speicherung und Vermeidung. Außerdem betreiben wir bereits seit 2016 auf unseren Waldflächen auf den Gemarkungen Ebnat und Großkuchen einen Windpark mit 14 Anlagen selbst und konnten seither viele Erfahrungen hinsichtlich aller Bedenken aus dem Gutachten sammeln. 3. Betroffenes Gebiet, geplante Festsetzungen Wir wenden uns an Sie betreffend das Gebiet „Dunstelkingen / Reistingen“ mit der Nummer 50 des Planungsverfahren in der Gemeinde Aalen. Der Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 sieht die folgende Flächenausweisung vor (siehe Anlagen): --- Abb. s. Stn. --- 4. Betroffenheit und Alternativen Wir sind durch die geplante Ausweisung von Windenergie Gebieten betroffen, weil Flächen nicht ausgewiesen sind, die wir in unserer Eigenschaft als Grundstückseigentümer entwickeln könnten, wenn eine entsprechende Ausweisung erfolgen würde. Wir schlagen vor, die Ausweisung in der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wie folgt zu ergänzen: --- Tab. s. Stn. --- Eine Erweiterung des Gebiets Nr. 50 bietet die Möglichkeit, zusätzliche Windkraftanlagen zu errichten, was uns dem Ziel der klimaneutralen Energiegewinnung und dem Schutz der Wälder näherbringt. Als erfahrene Grundstückseigentümer im Bereich der Windparkentwicklung ist es aus unserer Sicht sinnvoll, das volle Potenzial des Gebiets auszuschöpfen und Synergieeffekte durch die Nutzung der vorhandenen Infrastruktur zu erzielen. Wir, als Grundstückseigentümer, unterstützen die Erweiterung der Fläche 50 „Dunstelkingen / Reistingen“ aus den folgenden Gründen, welche in Kapitel II genauer erläutert,	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		werden: 1. Zustimmung der Eigentümer als Grundlage einer erfolgreichen Projektumsetzung 2. Erweiterung eines geplanten Windparks und Nutzung gemeinsamer Infrastruktur 3. Finanzierung zukunftsorientierter Forstwirtschaft 4. Umwelt- und Naturschutz in Bestandspark 5. Keine negativen Auswirkungen auf den Erholungsraum II. Erläuterung 1. Zustimmung als Eigentümer für eine erfolgreiche Projektumsetzung: Das Projektgebiet vor unserer Haustür in Dischingen wird seit Anfang 2023 gemeinsam mit den Stadtwerken Ulm und deren Kooperationspartner, der iTerra energy GmbH, als möglicher Standort für Windenergieanlagen betrachtet. Diese Kooperation bietet uns als Flächeneigentümer eine solide Partnerschaft für die erfolgreiche Umsetzung eines Windenergieprojekts. Seit Beginn der Zusammenarbeit wurden gemeinsam diverse Schritte durchgeführt, um für eine Ausweisung der Fläche zu werben. 2. Erweiterung eines geplanten Windparks und Nutzung gemeinsamer Infrastruktur: Als Grundstückseigentümer betrachten wir das Gebiet 50 und die vorgeschlagene Erweiterung als Teil einer Gesamtplanung für den angrenzenden Windpark Ziertheim, der derzeit von iTerra Energy in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Ulm geplant wird. Durch die gemeinsame Nutzung der Infrastruktur können wir verschiedene Synergieeffekte bei den Zufahrtsmöglichkeiten und dem Netzanschluss erzielen. Darüber hinaus kann der Eingriff in die Natur minimiert werden. 3. Forstwirtschaft: Unsere Wälder sind überwiegend mit Fichten bestockt und müssen aufgrund des rasanten Klimawandels dringend mit wärmeliebenden Laubbaumarten umgebaut werden. Der Waldumbau ist für uns eine große finanzielle Herausforderung, die wir nicht ohne zusätzliche Einnahmequellen stemmen können. Die Verpachtung der Standorte für Windenergieanlagen bietet uns eine große Chance den Waldumbau hin zu naturnahen, strukturreichen Mischwäldern finanzieren zu können. Aus eigener Erfahrung wissen wir, dass der Betrieb von Windenergieanlagen im Wald sehr gut mit der Forstwirtschaft, der Jagd und dem Naturschutz einhergeht, da der Flächenverbrauch mit rd. 5.000 m² pro WEA nur marginal sind. Durch den Einfall des Seitenlichts bei den WEA-Standorten ist es möglich, wärmeliebende Lichtbaumarten wie Eiche und Esskastanie anzubauen.	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		4. Artenschutz: Die Bedenken des Gutachtens hinsichtlich des Artenschutzes teilen wir nicht. Beim Bau unseres Windparks Ochsenberg, wurde nur der Wespenbussard als schlaggefährdete Vogelart festgestellt. Hierfür wurden Lichtwaldflächen außerhalb des Windparks von uns angelegt, die sehr gut von dieser Vogelart angenommen werden. Auch die Auswirkungen auf den Wildbestand und das Wildwechselverhalten hat sich durch den Betrieb des Windparks nicht verschlechtert. Das Gegenteil ist der Fall. Durch die Veränderung der Waldstruktur und durch den vermehrten Lichteinfall sind mehr Randbereiche entstanden und die Biodiversität hat zugenommen. Der Generalwildweg, der unseren Windpark streift, wird weiterhin von allen Tierarten angenommen. 5. Auswirkungen auf den Erholungsraum: Die Auswirkungen auf den Tourismus und die Waldbesucher hat sich unserer Wahrnehmung nach nicht verschlechtert. Auch hier stellen wir fest, dass die Anzahl der Waldbesucher und vor allem der Radfahrer mit E-Antrieb im Windparkgebiet stetig zugenommen hat. 6. Fazit: Die Diskussion pro und contra Windenergie ist aus unserer Sicht eine eher emotionale. Wir bitten Sie daher unsere Argumente und Erfahrungen aus dem Windparkbetrieb für die Ausweisung des Windgebiets „Dunstelkingen / Reistingen“ zu berücksichtigen. Aus Sicht des Forstbetriebs Blauwald ist es sinnvoll, die vorgeschlagene Ergänzungsfläche auszuweisen, um dem Vorranggebiet Windenergie vor dem Hintergrund der gesetzlichen Regelungen und der Realisierung von Projekten sowie insbesondere der überragenden Bedeutung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien ausreichend Geltung zu verschaffen. --- Abb. s. Stn. ---	
lfd. Ident-Nr.: 447 Blauwald GmbH & Co KG Stn-Id: 160	VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 639 im Anhang sende ich Ihnen die Stellungnahme der Blauwald GmbH & Co KG für die Ausweisung des Windgebietes 51 bei Dischingen/Nattheim . wir nehmen in unserer Eigenschaft als Grundstückseigentümer zum Inhalt des Entwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nachfolgend Stellung: Vorschlag zur Flächenerweiterung: ? Aktuelle Fläche: ca. 211 ha, bis zu 7 Windenergieanlagen ? Vorgeschlagene Ergänzung: ca. 167 ha, bis zu 4 Windenergieanlagen	Die Anregungen und Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Ermittlung und Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischer Umweltprüfung. Die Ausformung der Vorranggebiete orientiert sich ausschließlich an planerischen Kriterien - nicht an Flurstücksgrenzen oder Eigentumsverhältnissen. Im Rahmen der Anhörung vorgebrachte Gebietsvorschläge - wie die vorliegende zum Gebiet 51 - werden hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit dem Planungskonzept geprüft. Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 51 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen (z.B. Siedlungsabstand,

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		? Gesamtleistung (nach Erweiterung): Bis zu 79,2 MW bei bis zu 11 Windenergieanlagen Technische und rechtliche Begründung: 1. Zustimmung der Eigentümer: Kooperation zwischen uns (Eigentümer) und der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH und der iTerra energy GmbH zur Sicherstellung einer erfolgreichen Projektumsetzung sowie der Gemeinde Dischingen 2. Synergieeffekte bei Infrastruktur: Gemeinsame Nutzung der technischen Infrastruktur für mehrere geplante Windparks 3. Forstwirtschaft: Unsere überwiegend mit Fichten bestockten Wälder müssen aufgrund des Klimawandels in wärmeliebende Laubbaumarten umgewandelt werden, was eine finanzielle Herausforderung darstellt, die wir durch die Verpachtung von Flächen für Windenergieanlagen bewältigen können. 4. Umwelt- und Naturschutz: Wir teilen die Bedenken des Gutachtens nicht, da beim Bau unseres Windparks nur der Wespenbussard als gefährdete Vogelart festgestellt wurde und wir geeignete Maßnahmen ergriffen haben, um seinen Lebensraum zu schützen. Auch die Biodiversität und der Wildbestand wurden nicht negativ beeinträchtigt. 5. Auswirkungen auf den Erholungsraum: Die Auswirkungen auf den Tourismus und die Waldbesucher haben sich nicht verschlechtert; im Gegenteil, die Zahl der Besucher und vor allem der E-Bike-Fahrer im Windparkgebiet hat zugenommen. Schlussfolgerung: Die Stellungnahme empfiehlt, die Ergänzungsfläche auszuweisen, um die vollständige und effiziente Nutzung der Windressourcen in der Region Ostwürttemberg zu gewährleisten. I. Ausgangslage 1. Verfahren Die Bundesländer sind aufgrund des Windenergieflächenbedarfsgesetzes dazu verpflichtet, einen ihnen zugewiesenen Flächenanteil als Eignungskriterium für die Nutzung der Windenergie auszuweisen. Das Land Baden-Württemberg hat diese Aufgabe den Regionalverbänden übertragen. Eine Konkretisierung wurde im Landesplanungsgesetz des Landes Baden-Württemberg dahingehend vorgenommen, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten bis zum 30. September 2025 erfolgen soll. Nach § 20 KlimaG BW werden landesweit mindestens 1,8% der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Nutzung der Windenergie vorgegeben. Für die Region Ostwürttemberg entspricht dies – bei einer Gesamtfläche von 2.138.53 km² - einer Fläche von	Schwerpunktvorkommen der Kategorie A des Fachbeitrags Artenschutz), weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird. Dem Vorschlag zur Flächenerweiterung wird somit nicht gefolgt. Das Vorranggebiet 51 "Dischingen / Nattheim" wird aufgrund von Anregungen zum 1. Anhörungsentwurf sowie nach Beratung und Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		mindestens 38,49 km² beziehungsweise 3.849 ha (vgl. Anlage 2 KlimaG BW). Der erste Entwurf der Fortschreibung des Regionalverbands Ostwürttemberg liegt mittlerweile aus. Privatpersonen und Unternehmen können zu dem Entwurf bis zum 30. Juni 2024 Stellung nehmen. 2. Einwender Die Blauwald GmbH & Co KG ist ein privater Erwerbsforstbetrieb, der seine Wälder naturnah und nachhaltig bewirtschaftet. Unser Betrieb mit rd. 50 Mitarbeiter:innnen versorgt die umliegende Holzverarbeitungsindustrie mit ca. 100.000 Festmeter Rundholz jährlich und liefert somit einen entscheidenden Beitrag zur CO2-Speicherung und Vermeidung. Außerdem betreiben wir bereits seit 2016 auf unseren Waldflächen auf den Gemarkungen Ebnat und Großkuchen einen Windpark mit 14 Anlagen selbst und konnten seither viele Erfahrungen hinsichtlich aller Bedenken aus dem Gutachten sammeln. 3. Betroffenes Gebiet, geplante Festsetzungen Wir wenden uns an Sie betreffend das Gebiet „Dischingen / Nattheim“ mit der Nummer 51 des Planungsverfahren in der Gemeinde Dischingen. Der Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 sieht die folgende Flächenausweisung vor: --- Abb. s. Stn. --- 4. Betroffenheit und Alternative Wir sind durch die geplante Ausweisung von Windenergie Gebieten betroffen, weil Flächen nicht ausgewiesen sind, die wir in unserer Eigenschaft als Grundstückseigentümer entwickeln könnten, wenn eine entsprechende Ausweisung erfolgen würde. Wir schlagen vor, die Ausweisung in der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wie folgt zu ergänzen (siehe Anlage): --- Tab. s. Stn. --- Eine Erweiterung des Gebiets Nr. 51 bietet die Möglichkeit, zusätzliche Windkraftanlagen zu errichten, was uns dem Ziel der klimaneutralen Energiegewinnung und dem Schutz der Wälder näher bringt. Als erfahrene Grundstückseigentümer im Bereich der Windparkentwicklung ist es aus unserer Sicht sinnvoll, das volle Potenzial des Gebiets auszuschöpfen und Synergieeffekte durch die Nutzung der vorhandenen Infrastruktur zu erzielen. Wir, als Grundstückseigentümer, unterstützen die Erweiterung der Fläche 51 „Dischingen / Nattheim“ aus den folgenden Gründen, welche in Kapitel II genauer erläutert, werden: 1. Zustimmung der Eigentümer als Grundlage einer erfolgreichen Projektumsetzung 2. Gemeinsame Nutzung von Infrastruktur weiterer geplanter Windparks in der Gemeinde Dischingen	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		3. Finanzierung zukunftsorientierter Forstwirtschaft 4. Umwelt- und Naturschutz in Bestandspark 5. Keine negativen Auswirkungen auf den Erholungsraum II. Erläuterung 1. Zustimmung als Eigentümer für eine erfolgreiche Projektumsetzung: Das Projektgebiet vor unserer Haustür in Dischingen wird seit Anfang 2023 gemeinsam mit den Stadtwerken Ulm und deren Kooperationspartner, der iTerra energy GmbH, als möglicher Standort für Windenergieanlagen betrachtet. Diese Kooperation bietet uns als Flächeneigentümer eine solide Partnerschaft für die erfolgreiche Umsetzung eines Windenergieprojekts. Seit Beginn der Zusammenarbeit wurden gemeinsam diverse Schritte durchgeführt, um für eine Ausweisung der Fläche zu werben. 2. Gemeinsame Nutzung von Infrastruktur weitere geplanter Windparks in der Gemeinde Dischingen: Als Grundstückseigentümer betrachten wir das Gebiet 51 und die vorgeschlagene Erweiterung als Teil einer Gesamtplanung für die Gemeinde Dischingen. Zusätzlich zur Planung im Gebiet Nr. 50, die derzeit von iTerra Energy in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Ulm beplant wird, kann so ein Gesamtplanung geschaffen werden. Durch die gemeinsame Nutzung der Infrastruktur können so verschiedene Synergieeffekte bei den Zufahrtsmöglichkeiten und dem Netzanschluss erzielen werden. Darüber hinaus kann der Eingriff in die Natur minimiert werden. 3. Forstwirtschaft: Unsere Wälder sind überwiegend mit Fichten bestockt und müssen aufgrund des rasanten Klimawandels dringend mit wärmeliebenden Laubbaumarten umgebaut werden. Der Waldumbau ist für uns eine große finanzielle Herausforderung, die wir nicht ohne zusätzliche Einnahmequellen stemmen können. Die Verpachtung der Standorte für Windenergieanlagen bietet uns eine große Chance den Waldumbau hin zu naturnahen, strukturreichen Mischwäldern finanzieren zu können. Aus eigener Erfahrung wissen wir, dass der Betrieb von Windenergieanlagen im Wald sehr gut mit der Forstwirtschaft, der Jagd und dem Naturschutz einhergeht, da der Flächenverbrauch mit rd. 5.000 m² pro WEA nur marginal sind. Durch den Einfall des Seitenlichts bei den WEA-Standorten ist es möglich, wärmeliebende Lichtbaumarten wie Eiche und Esskastanie anzubauen. 4. Artenschutz: Die Bedenken des Gutachtens hinsichtlich des Artenschutzes teilen wir nicht. Beim Bau unseres Windparks Ochsenberg, wurde nur der Wespenbussard als schlaggefährdete Vogelart festgestellt.	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Hierfür wurden Lichtwaldflächen außerhalb des Windparks von uns angelegt, die sehr gut von dieser Vogelart angenommen werden. Auch die Auswirkungen auf den Wildbestand und das Wildwechselverhalten hat sich durch den Betrieb des Windparks nicht verschlechtert. Das Gegenteil ist der Fall. Durch die Veränderung der Waldstruktur und durch den vermehrten Lichteinfall sind mehr Randbereiche entstanden und die Biodiversität hat zugenommen. Der Generalwildweg, der unseren Windpark streift, wird weiterhin von allen Tierarten angenommen. 5. Auswirkungen auf den Erholungsraum: Die Auswirkungen auf den Tourismus und die Waldbesucher hat sich unserer Wahrnehmung nach nicht verschlechtert. Auch hier stellen wir fest, dass die Anzahl der Waldbesucher und vor allem der Radfahrer mit E-Antrieb im Windparkgebiet stetig zugenommen hat. 6. Fazit: Die Diskussion pro und contra Windenergie ist aus unserer Sicht eine eher emotionale. Wir bitten Sie daher unsere Argumente und Erfahrungen aus dem Windparkbetrieb für die Ausweisung des Windgebiets „Erweiterung Dischingen / Nattheim“ zu berücksichtigen. Aus Sicht des Forstbetriebs Blauwald ist es sinnvoll, die vorgeschlagene Ergänzungsfläche auszuwei sen, um dem Vorranggebiet Windenergie vor dem Hintergrund der gesetzlichen Regelungen und der Realisierung von Projekten sowie insbesondere der überragenden Bedeutung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien ausreichend Geltung zu verschaffen. --- Abb. s. Stn. ---	
lfd. Ident-Nr.: 447 Blauwald GmbH & Co KG Stn-Id: 161	VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 642 im Anhang sende ich Ihnen die Stellungnahme der Blauwald GmbH & Co KG für die Ausweisung des Windgebietes 52 bei Nattheim. wir nehmen in unserer Eigenschaft als Grundstückseigentümer zum Inhalt des Entwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nachfolgend Stellung: Vorschlag zur Flächenerweiterung: ? Aktuelle Fläche: ca. 146 ha, bis zu 3 Windenergieanlagen ? Vorgeschlagene Ergänzung: ca. 50 ha, bis zu 1 Windenergieanlage ? Gesamtleistung (nach Erweiterung): Bis zu 28,8 MW bei bis zu 4 Windenergieanlagen Technische und rechtliche Begründung: 1. Mindestabstände zur Bebauung: Erfüllung des	Die Anregungen und Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Ermittlung und Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischer Umweltprüfung. Die Ausformung der Vorranggebiete orientiert sich ausschließlich an planerischen Kriterien - nicht an Flurstücksgrenzen oder Eigentumsverhältnissen. Im Rahmen der Anhörung vorgebrachte Gebietsvorschläge - wie die vorliegende zum Gebiet 52 - werden hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit dem Planungskonzept geprüft. Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 52 stehen planerische Kriterien entgegen (u.a. Siedlungsabstand), weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird. Dem Vorschlag zur Flächenerweiterung wird somit nicht gefolgt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		ursprünglichen Mindestkriteriums von 750 m zur Bebauung. 2. Synergieeffekte bei Infrastruktur: Gemeinsame Nutzung der bestehenden technischen Anlagen 3. Forstwirtschaft: Unsere überwiegend mit Fichten bestockten Wälder müssen aufgrund des Klimawandels in wärmeliebende Laubbaumarten umgewandelt werden, was eine finanzielle Herausforderung darstellt, die wir durch die Verpachtung von Flächen für Windenergieanlagen bewältigen können. 4. Umwelt- und Naturschutz: Wir teilen die Bedenken des Gutachtens nicht, da beim Bau unseres Windparks nur der Wespenbussard als gefährdete Vogelart festgestellt wurde und wir geeignete Maßnahmen ergriffen haben, um seinen Lebensraum zu schützen. Auch die Biodiversität und der Wildbestand wurden nicht negativ beeinträchtigt. 5. Auswirkungen auf den Erholungsraum: Die Auswirkungen auf den Tourismus und die Waldbesucher haben sich nicht verschlechtert; im Gegenteil, die Zahl der Besucher und vor allem der E-Bike-Fahrer im Windparkgebiet hat zugenommen. Schlussfolgerung: Die Stellungnahme empfiehlt, die Ergänzungsfläche auszuweisen, um die vollständige und effiziente Nutzung der Windressourcen in der Region Ostwürttemberg zu gewährleisten. I. Ausgangslage 1. Verfahren Die Bundesländer sind aufgrund des Windenergieflächenbedarfsgesetzes dazu verpflichtet, einen ihnen zugewiesenen Flächenanteil als Eignungskriterium für die Nutzung der Windenergie auszuweisen. Das Land Baden-Württemberg hat diese Aufgabe den Regionalverbänden übertragen. Eine Konkretisierung wurde im Landesplanungsgesetz des Landes Baden-Württemberg dahingehend vorgenommen, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten bis zum 30. September 2025 erfolgen soll. Nach § 20 KlimaG BW werden landesweit mindestens 1,8% der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Nutzung der Windenergie vorgegeben. Für die Region Ostwürttemberg entspricht dies – bei einer Gesamtfläche von 2.138.53 km² - einer Fläche von mindestens 38,49 km² beziehungsweise 3.849 ha (vgl. Anlage 2 KlimaG BW). Der erste Entwurf der Fortschreibung des Regionalverbands Ostwürttemberg liegt mittlerweile aus. Privatpersonen und Unternehmen können zu dem Entwurf bis zum 30. Juni 2024 Stellung nehmen. 2. Einwender Die Blauwald GmbH & Co KG ist ein privater Erwerbsforstbetrieb, der	Das Vorranggebiet 52 "Erweiterung Heidenheim / Nattheim" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		seine Wälder naturnah und nachhaltig bewirtschaftet. Unser Betrieb mit rd. 50 Mitarbeiter:innnen versorgt die umliegende Holzverarbeitungsindustrie mit ca. 100.000 Festmeter Rundholz jährlich und liefert somit einen entscheidenden Bei trag zur CO2-Speicherung und Vermeidung. Außerdem betreiben wir bereits seit 2016 auf unseren Waldflächen auf den Gemarkungen Ebnat und Großkuchen einen Windpark mit 14 Anlagen selbst und konnten seither viele Erfahrungen hinsichtlich aller Bedenken aus dem Gutachten sammeln. 3. Betroffenes Gebiet, geplante Festsetzungen Wir wenden uns an Sie betreffend das Gebiet „Erweiterung Heidenheim / Nattheim“ mit der Nummer 52 des Planungsverfahren in der Gemeinde Aalen. Der Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 sieht die folgende Flächenausweisung vor: --- Abb. s. Stn. --- 4. Betroffenheit und Alternative Wir sind durch die geplante Ausweisung von Windenergie Gebieten betroffen, weil Flächen nicht ausgewiesen sind, die wir in unserer Eigenschaft als Grundstückseigentümer entwickeln könnten, wenn eine entsprechende Ausweisung erfolgen würde. Wir schlagen vor, die Ausweisung in der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wie folgt zu ergänzen (siehe Anlagen): --- Tab. s. Stn. --- Durch eine Erweiterung des Gebietes Nr.52 ist es nicht nur möglich, den Bau von mehr Windkraftanlagen zu realisieren und somit dem Ziel der klimaneutralen Energiegewinnung und dem Erhalt der Wälder einen Schritt näher zu kommen. Als Grundstückseigentümer mit Erfahrung in der Realisierung eines Windparks ist es aus unserer Sicht sinnvoll, das gesamte, zur Verfügung stehende Potenzial auszunutzen und Synergieeffekte, bspw. durch die Nutzung der vorhandenen Infrastruktur, herzustellen. Wir, als Grundstückseigentümer, unterstützen die Erweiterung der Fläche 52 „Heidenheim / Nattheim“ aus den folgenden Gründen, welche in Kapitel II genauer erläutert werden: 1. Zustimmung der Eigentümer als Grundlage einer erfolgreichen Projektumsetzung 2. Erweiterung eines bestehenden Windparks und Nutzung vorhandener Infrastruktur II. Erläuterung 1. Zustimmung als Eigentümer für eine erfolgreiche Projektumsetzung: Das Projektgebiet vor unserer Haustür in Nattheim wird seit Anfang 2023 gemeinsam mit den Stadtwerken Ulm und deren	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Kooperationspartner, der iTerra energy GmbH, als möglicher Standort für Windenergieanlagen betrachtet. Diese Kooperation bietet uns als Flächeneigentümer eine solide Partnerschaft für die erfolgreiche Umsetzung eines Windenergieprojekts. Seit Beginn der Zusammenarbeit wurden gemeinsam diverse Schritte durchgeführt, um für eine Ausweisung der Fläche zu werben. 2. Erweiterung eines bestehenden Windparks: Das Gebiet 52 sowie die vorgeschlagene Erweiterung können als Zusatz zum bestehenden Windpark Nattheim gesehen werden. Durch die vorhandene Infrastruktur können auf diese Weise diverse Synergieeffekte in Sachen Zuwegungsmöglichkeiten und Netzanschluss genutzt werden. Des Weiteren kann der Eingriff in die Natur minimiert werden. 3. Forstwirtschaft: Unsere Wälder sind überwiegend mit Fichten bestockt und müssen aufgrund des rasanten Klimawandels dringend mit wärmeliebenden Laubbaumarten umgebaut werden. Der Waldumbau ist für uns eine große finanzielle Herausforderung, die wir nicht ohne zusätzliche Einnahmequellen stemmen können. Die Verpachtung der Standorte für Windenergieanlagen bietet uns eine große Chance den Waldumbau hin zu naturnahen, strukturreichen Mischwäldern finanzieren zu können. Aus eigener Erfahrung wissen wir, dass der Betrieb von Windenergieanlagen im Wald sehr gut mit der Forstwirtschaft, der Jagd und dem Naturschutz einhergeht, da der Flächenverbrauch mit rd. 5.000 m² pro WEA nur marginal sind. Durch den Einfall des Seitenlichts bei den WEA-Standorten ist es möglich, wärmeliebende Lichtbaumarten wie Eiche und Esskastanie anzubauen. 4. Artenschutz: Die Bedenken des Gutachtens hinsichtlich des Artenschutzes teilen wir nicht. Beim Bau unseres Windparks Ochsenberg, wurde nur der Wespenbussard als schlaggefährdete Vogelart festgestellt. Hierfür wurden Lichtwaldflächen außerhalb des Windparks von uns angelegt, die sehr gut von dieser Vogelart angenommen werden. Auch die Auswirkungen auf den Wildbestand und das Wildwechselverhalten hat sich durch den Betrieb des Windparks nicht verschlechtert. Das Gegenteil ist der Fall. Durch die Veränderung der Waldstruktur und durch den vermehrten Lichteinfall sind mehr Randbereiche entstanden und die Biodiversität hat zugenommen. Der Generalwildweg, der unseren Windpark streift, wird weiterhin von allen Tierarten angenommen. 5. Auswirkungen auf den Erholungsraum: Die Auswirkungen auf den Tourismus und die Waldbesucher hat sich unserer Wahrnehmung nach nicht verschlechtert. Auch hier stellen wir fest, dass die Anzahl der Waldbesucher und vor allem der	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Radfahrer mit E-Antrieb im Windparkgebiet stetig zugenommen hat. 6. Fazit: Die Diskussion pro und contra Windenergie ist aus unserer Sicht eine eher emotionale. Wir bitten Sie daher unsere Argumente und Erfahrungen aus dem Windparkbetrieb für die Ausweisung des Windgebiets „Erweiterung Heidenheim / Nattheim“ zu berücksichtigen. Aus Sicht des Forstbetriebs Blauwald ist es sinnvoll, die vorgeschlagene Ergänzungsfläche auszuweisen, um dem Vorranggebiet Windenergie vor dem Hintergrund der gesetzlichen Regelungen und der Realisierung von Projekten sowie insbesondere der überragenden Bedeutung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien ausreichend Geltung zu verschaffen. --- Abb. s. Stn. ---	
lfd. Ident-Nr.: 447 Blauwald GmbH & Co KG Stn-Id: 162	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 645 im Anhang sende ich Ihnen die Stellungnahme der Blauwald GmbH & Co KG für die Ausweisung des Windgebietes 53 Diepertsbuch. wir nehmen in unserer Eigenschaft als Grundstückseigentümer zum Inhalt des Entwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nachfolgend Stellung: Vorschlag zur Flächenerweiterung: ? Aktuelle Fläche: ca. 98 ha, bis zu 5 Windenergieanlagen ? Vorgeschlagene Ergänzung: ca. 118 ha, bis zu 4 Windenergieanlagen ? Gesamtleistung (nach Erweiterung): Bis zu 64,8 MW bei bis zu 9 Windenergieanlagen Technische und rechtliche Begründung: 1. Zustimmung der Eigentümer: Kooperation mit dem Flächeneigentümer und der iTerra energy GmbH zur Sicherstellung einer erfolgreichen Projektumsetzung 2. Synergieeffekte bei Infrastruktur: Gemeinsame Nutzung der bestehenden technischen Infrastrukturanlagen 3. Vorbelastungen durch vorhandene Infrastruktur: Nähe zur BAB A7 4. Forstwirtschaft: Unsere überwiegend mit Fichten bestockten Wälder müssen aufgrund des Klimawandels in wärmeliebende Laubbaumarten umgewandelt werden, was eine finanzielle Herausforderung darstellt, die wir durch die Verpachtung von Flächen für Windenergieanlagen bewältigen können. 5. Umwelt- und Naturschutz: Wir teilen die Bedenken des Gutachtens nicht, da beim Bau unseres Windparks nur der Wespenbussard als	Die Anregungen und Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Ermittlung und Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischer Umweltprüfung. Die Ausformung der Vorranggebiete orientiert sich ausschließlich an planerischen Kriterien - nicht an Flurstücksgrenzen oder Eigentumsverhältnissen. Im Rahmen der Anhörung vorgebrachte Gebietsvorschläge - wie die vorliegende zum Gebiet 53 - werden hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit dem Planungskonzept geprüft. Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 53 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen (z.B. Siedlungsabstand, Schutzbereich zur Platzrunde des Flugplatzes Aalen-Elchingen, Umgebungsabstand zu FFH-Gebiet), weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird. Dem Vorschlag zur Flächenerweiterung wird somit nicht gefolgt. Das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		gefährdete Vogelart festgestellt wurde und wir geeignete Maßnahmen ergriffen haben, um seinen Lebensraum zu schützen. Auch die Biodiversität und der Wildbestand wurden nicht negativ beeinträchtigt. 6. Auswirkungen auf den Erholungsraum: Die Auswirkungen auf den Tourismus und die Waldbesucher haben sich nicht verschlechtert; im Gegenteil, die Zahl der Besucher und vor allem der E-Bike-Fahrer im Windparkgebiet hat zugenommen. Schlussfolgerung: Die Stellungnahme empfiehlt, die Ergänzungsfläche auszuweisen, um die vollständige und effiziente Nutzung der Windressourcen in der Region Ostwürttemberg zu gewährleisten. I. Ausgangslage 1. Verfahren Die Bundesländer sind aufgrund des Windenergieflächenbedarfsgesetzes dazu verpflichtet, einen ihnen zugewiesenen Flächenanteil als Eignungskriterium für die Nutzung der Windenergie auszuweisen. Das Land Baden-Württemberg hat diese Aufgabe den Regionalverbänden übertragen. Eine Konkretisierung wurde im Landesplanungsgesetz des Landes Baden-Württemberg dahingehend vorgenommen, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten bis zum 30. September 2025 erfolgen soll. Nach § 20 KlimaG BW werden landesweit mindestens 1,8% der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Nutzung der Windenergie vorgegeben. Für die Region Ostwürttemberg entspricht dies – bei einer Gesamtfläche von 2.138.53 km² - einer Fläche von mindestens 38,49 km² beziehungsweise 3.849 ha (vgl. Anlage 2 KlimaG BW). Der erste Entwurf der Fortschreibung des Regionalverbands Ostwürttemberg liegt mittlerweile aus. Privatpersonen und Unternehmen können zu dem Entwurf bis zum 30. Juni 2024 Stellung nehmen. 2. Einwender Die Blauwald GmbH & Co KG ist ein privater Erwerbsforstbetrieb, der seine Wälder naturnah und nachhaltig bewirtschaftet. Unser Betrieb mit rd. 50 Mitarbeiter:innnen versorgt die umliegende Holzverarbeitungsindustrie mit ca. 100.000 Festmeter Rundholz jährlich und liefert somit einen entscheidenden Beitrag zur CO2-Speicherung und Vermeidung. Außerdem betreiben wir bereits seit 2016 auf unseren Waldflächen auf den Gemarkungen Ebnat und Großkuchen einen Windpark mit 14 Anlagen selbst und konnten seither viele Erfahrungen hinsichtlich aller Bedenken aus dem	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Gutachten sammeln. 3. Betroffenes Gebiet, geplante Festsetzungen Wir wenden uns an Sie betreffend das Gebiet „Pfaffentäle / Diepertsbuch“ mit der Nummer 53 des Planungsverfahren in der Gemeinde Aalen. Der Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 sieht die folgende Flächenausweisung vor: --- Abb. s. Stn. --- 4. Betroffenheit und Alternativen Wir sind durch die geplante Ausweisung von Windenergie Gebieten betroffen, weil Flächen nicht ausgewiesen sind, die wir in unserer Eigenschaft als Grundstückseigentümer entwickeln könnten, wenn eine entsprechende Ausweisung erfolgen würde. Wir schlagen vor, die Ausweisung in der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wie folgt zu ergänzen (siehe Anlage Nr. 1): --- Tab. s. Stn. --- Durch eine Erweiterung des Gebietes Nr.53 ist es nicht nur möglich, den Bau von mehr Windkraftanlagen zu realisieren und somit dem Ziel der klimaneutralen Energiegewinnung und dem Erhalt der Wälder einen Schritt näher zu kommen. Als Grundstückseigentümer mit Erfahrung in der Realisierung eines Windparks ist es aus unserer Sicht sinnvoll, das gesamte, zur Verfügung stehende, Potenzial auszunutzen und Synergieeffekte, bspw. durch die Nutzung der vorhandenen Infrastruktur, herzustellen. Wir, als Grundstückseigentümer, unterstützen die Erweiterung der Fläche 53 „Pfaffentäle / Diepertsbuch“ aus den folgenden Gründen, welche in Kapitel II genauer erläutert werden: 1. Zustimmung der Eigentümer als Grundlage einer erfolgreichen Projektumsetzung 2. Nähe zu einem bestehenden Windpark und Nutzung vorhandener Infrastruktur 3. Vorbelastungen des Gebietes durch Autobahn 7 4. Finanzierung zukunftsorientierter Forstwirtschaft 5. Umwelt- und Naturschutz in Bestandspark 6. Keine negativen Auswirkungen auf den Erholungsraum II. Erläuterung 1. Zustimmung als Eigentümer für eine erfolgreiche Projektumsetzung: Das Projektgebiet vor unserer Haustür in Nietheim wird seit Anfang 2023 gemeinsam mit den Stadtwerken Ulm und deren Kooperationspartner, der iTerra energy GmbH, als möglicher Standort für Windenergieanlagen betrachtet. Diese Kooperation bietet uns als Flächeneigentümer eine solide Partner schaft für die erfolgreiche Umsetzung eines Windenergieprojekts. Seit Beginn der Zusammenarbeit wur den gemeinsam diverse Schritte	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		durchgeführt, um für eine Ausweisung der Fläche zu werben. 2. Erweiterung eines bestehenden Windparks: Das Gebiet 53 sowie die vorgeschlagene Erweiterung liegen nahe an dem bestehenden Windpark Nietheim. Durch die vorhandene Infrastruktur können auf diese Weise diverse Synergieeffekte in Sachen Zuwegungsmöglichkeiten und Netzanschluss genutzt werden. Des Weiteren kann der Eingriff in die Natur minimiert werden. 3. Vorbelastungen des Gebietes durch Autobahn 7 Als Waldbesitzer mit Flächen nahe der A7 sehe ich die Errichtung von Windenergieanlagen in diesen Gebieten aus mehreren Gründen positiv. Autobahnnahe Flächen sind in der Regel bereits durch Lärm und visuelle Einflüsse vorbelastet. Die Errichtung von Windenergieanlagen führt in diesen Gebieten zu keiner signifikanten zusätzlichen Beeinträchtigung des Landschaftsbildes oder der Geräuschkulisse, da die Akzeptanz für technische Infrastrukturen in solchen Bereichen bereits höher ist. Außerdem erleichtert die bestehende Verkehrsinfrastruktur den Transport und die Installation der Windenergieanlagen erheblich. 3. Forstwirtschaft: Unsere Wälder sind überwiegend mit Fichten bestockt und müssen aufgrund des rasanten Klimawandels dringend mit wärmeliebenden Laubbaumarten umgebaut werden. Der Waldumbau ist für uns eine große finanzielle Herausforderung, die wir nicht ohne zusätzliche Einnahmequellen stemmen können. Die Verpachtung der Standorte für Windenergieanlagen bietet uns eine große Chance den Waldumbau hin zu naturnahen, strukturreichen Mischwäldern finanzieren zu können. Aus eigener Erfahrung wissen wir, dass der Betrieb von Windenergieanlagen im Wald sehr gut mit der Forstwirtschaft, der Jagd und dem Naturschutz einhergeht, da der Flächenverbrauch mit rd. 5.000 m² pro WEA nur marginal sind. Durch den Einfall des Seitenlichts bei den WEA-Standorten ist es möglich, wärmeliebende Lichtbaumarten wie Eiche und Esskastanie anzubauen. 4. Artenschutz: Die Bedenken des Gutachtens hinsichtlich des Artenschutzes teilen wir nicht. Beim Bau unseres Windparks Ochsenberg, wurde nur der Wespenbussard als schlaggefährdete Vogelart festgestellt. Hierfür wurden Lichtwaldflächen außerhalb des Windparks von uns angelegt, die sehr gut von dieser Vogelart angenommen werden. Auch die Auswirkungen auf den Wildbestand und das Wildwechselverhalten hat sich durch den Betrieb des Windparks nicht verschlechtert. Das Gegenteil ist der Fall. Durch die Veränderung der Waldstruktur und durch den vermehrten Lichteinfall sind mehr Randbereiche entstanden und die Biodiversität hat zugenommen.	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Der Generalwildweg, der unseren Windpark streift, wird weiterhin von allen Tierarten angenommen. 5. Auswirkungen auf den Erholungsraum: Die Auswirkungen auf den Tourismus und die Waldbesucher hat sich unserer Wahrnehmung nach nicht verschlechtert. Auch hier stellen wir fest, dass die Anzahl der Waldbesucher und vor allem der Radfahrer mit E-Antrieb im Windparkgebiet stetig zugenommen hat. 6. Fazit: Die Diskussion pro und contra Windenergie ist aus unserer Sicht eine eher emotionale. Wir bitten Sie daher unsere Argumente und Erfahrungen aus dem Windparkbetrieb für die Ausweisung des Windgebiets „Pfaffentäle / Diepertsbuch“ zu berücksichtigen. Aus Sicht des Forstbetriebs Blauwald ist es sinnvoll, die vorgeschlagene Ergänzungsfläche auszuwei sen, um dem Vorranggebiet Windenergie vor dem Hintergrund der gesetzlichen Regelungen und der Realisierung von Projekten sowie insbesondere der überragenden Bedeutung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien ausreichend Geltung zu verschaffen. --- Abb. s. Stn. ---	
lfd. Ident-Nr.: 447 Blauwald GmbH & Co KG Stn-Id: 163	VRG 69 Erweiterung Königsbronn / Ebnat	BE-ID: 648 im Anhang sende ich Ihnen die Stellungnahme der Blauwald GmbH & Co KG für die Ausweisung des Windgebietes 69 bei Königsbronn/Ebnat. wir nehmen in unserer Eigenschaft als Grundstückseigentümer zum Inhalt des Entwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nachfolgend Stellung: Vorschlag zur Flächenerweiterung: ? Aktuelle Fläche: ca. 38 ha, bis zu 2 Windenergieanlagen ? Vorgeschlagene Ergänzung: ca. 130 ha, bis zu 3 Windenergieanlagen ? Gesamtleistung (nach Erweiterung): Bis zu 36 MW bei bis zu 5 Windenergieanlagen Technische und rechtliche Begründung: 1. Zustimmung der Eigentümer: Kooperation mit dem Flächeneigentümer und der iTerra energy GmbH zur Sicherstellung einer erfolgreichen 2. Synergieeffekte bei Infrastruktur: Gemeinsame Nutzung der technischen Infrastruktur für mehrere geplante Windparks 3. Forstwirtschaft: Unsere überwiegend mit Fichten bestockten Wälder müssen aufgrund des Klimawandels in wärmeliebende	Die Anregungen und Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Ermittlung und Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischer Umweltprüfung. Die Ausformung der Vorranggebiete orientiert sich ausschließlich an planerischen Kriterien - nicht an Flurstücksgrenzen oder Eigentumsverhältnissen. Im Rahmen der Anhörung vorgebrachte Gebietsvorschläge - wie die vorliegende zum Gebiet 69 - werden hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit dem Planungskonzept geprüft. Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 69 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen (u.a. Siedlungsabstand, Umgebungsabstand zu einem Rohstoffsicherungs- und Abbaugebiet), zudem wird die vorgeschlagene Erweiterungsfläche aufgrund der räumlichen Belastung und zur Vermeidung einer Überlastungssituation im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen. Dem Vorschlag zur Flächenerweiterung wird somit nicht gefolgt. Das Vorranggebiet 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.

Laubbaumarten umgewandelt werden, was eine finanzielle Herausforderung darstellt, die wir durch die Verpachtung von Flächen für Windenergieanlagen bewältigen können.
4. Umwelt- und Naturschutz: Wir teilen die Bedenken des Gutachtens nicht, da beim Bau unseres Windparks nur der Wespenbussard als gefährdete Vogelart festgestellt wurde und wir geeignete Maßnahmen ergriffen haben, um seinen Lebensraum zu schützen. Auch die Biodiversität und der Wildbestand wurden nicht negativ beeinträchtigt.
5. Auswirkungen auf den Erholungsraum: Die Auswirkungen auf den Tourismus und die Waldbesucher haben sich nicht verschlechtert; im Gegenteil, die Zahl der Besucher und vor allem der E-Bike-Fahrer im Windparkgebiet hat zugenommen.
Schlussfolgerung: Die Stellungnahme empfiehlt, die Ergänzungsfläche auszuweisen, um die vollständige und effiziente Nutzung der Windressourcen in der Region Ostwürttemberg zu gewährleisten.

I. Ausgangslage
1. Verfahren
Die Bundesländer sind aufgrund des Windenergieflächenbedarfsgesetzes dazu verpflichtet, einen ihnen zugewiesenen Flächenanteil als Eignungskriterium für die Nutzung der Windenergie auszuweisen. Das Land Baden-Württemberg hat diese Aufgabe den Regionalverbänden übertragen. Eine Konkretisierung wurde im Landesplanungsgesetz des Landes Baden-Württemberg dahingehend vorgenommen, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten bis zum 30. September 2025 erfolgen soll. Nach § 20 KlimaG BW werden landesweit mindestens 1,8% der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Nutzung der Windenergie vorgegeben. Für die Region Ostwürttemberg entspricht dies – bei einer Gesamtfläche von 2.138.53 km² - einer Fläche von mindestens 38,49 km² beziehungsweise 3.849 ha (vgl. Anlage 2 KlimaG BW). Der erste Entwurf der Fortschreibung des Regionalverbands Ostwürttemberg liegt mittlerweile aus. Privatpersonen und Unternehmen können zu dem Entwurf bis zum 30. Juni 2024 Stellung nehmen.
2. Einwender
Die Blauwald GmbH & Co KG ist ein privater Erwerbsforstbetrieb, der seine Wälder naturnah und nachhaltig bewirtschaftet. Unser Betrieb mit rd. 50 Mitarbeiter:innnen versorgt die umliegende Holzverarbeitungsindustrie mit ca. 100.000 Festmeter Rundholz jährlich und liefert somit einen entscheidenden Beitrag zur CO2-Speicherung und Vermeidung. Außerdem betreiben wir bereits

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		seit 2016 auf unseren Waldflächen auf den Gemarkungen Ebnat und Großkuchen einen Windpark mit 14 Anlagen selbst und konnten seither viele Erfahrungen hinsichtlich aller Bedenken aus dem Gutachten sammeln. 3. Betroffenes Gebiet, geplante Festsetzungen Wir wenden uns an Sie betreffend das Gebiet „Erweiterung Königsbronn/Ebnat“ mit der Nummer 69 des Planungsverfahren in der Gemeinde Aalen. Der Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 sieht die folgende Flächenausweisung vor: --- Abb. s. Stn. --- 4. Betroffenheit und Alternative Wir sind durch die geplante Ausweisung von Windenergie Gebieten betroffen, weil Flächen nicht ausgewiesen sind, die wir in unserer Eigenschaft als Grundstückseigentümer entwickeln könnten, wenn eine entsprechende Ausweisung erfolgen würde. Wir schlagen vor, die Ausweisung in der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wie folgt zu ergänzen (siehe Anlagen): --- Tab. s. Stn. --- Durch eine Erweiterung des Gebietes Nr.69 ist es nicht nur möglich, den Bau von mehr Windkraftanlagen zu realisieren und somit dem Ziel der klimaneutralen Energiegewinnung und dem Erhalt der Wälder einen Schritt näher zu kommen. Als Grundstückseigentümer mit Erfahrung in der Realisierung eines Windparks ist es aus unserer Sicht sinnvoll, das gesamte, zur Verfügung stehende, Potenzial auszunutzen und Synergieeffekte, bspw. durch die Nutzung der vorhandenen Infrastruktur, herzustellen. Wir, als Grundstückseigentümer, unterstützen die Erweiterung der Fläche 69 „Erweiterung Königsbronn / Ebnat“ aus den folgenden Gründen, welche in Kapitel II genauer erläutert, werden: 1. Zustimmung der Eigentümer als Grundlage einer erfolgreichen Projektumsetzung 2. Erweiterung eines bestehenden Windparks und Nutzung vorhandener Infrastruktur 3. Finanzierung zukunftsorientierter Forstwirtschaft 4. Umwelt- und Naturschutz in Bestandspark 5. Keine negativen Auswirkungen auf den Erholungsraum II. Erläuterung 1. Zustimmung als Eigentümer für eine erfolgreiche Projektumsetzung: Das Projektgebiet vor unserer Haustür in Nietheim wird seit Anfang 2023 gemeinsam mit den Stadtwerken Ulm und deren Kooperationspartner, der iTerra energy GmbH, als möglicher	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Standort für Windenergieanlagen betrachtet. Diese Kooperation bietet uns als Flächeneigentümer eine solide Partnerschaft für die erfolgreiche Umsetzung eines Windenergieprojekts. Seit Beginn der Zusammenarbeit wurden gemeinsam diverse Schritte durchgeführt, um für eine Ausweisung der Fläche zu werben. 2. Erweiterung eines bestehenden Windparks: Das Gebiet 69 sowie die vorgeschlagene Erweiterung können als Zusatz zum bestehenden Windpark Nietheim gesehen werden. Durch die vorhandene Infrastruktur können auf diese Weise diverse Synergieeffekte in Sachen Zuwegungsmöglichkeiten und Netzanschluss genutzt werden. Des Weiteren kann der Eingriff in die Natur minimiert werden. 3. Forstwirtschaft: Unsere Wälder sind überwiegend mit Fichten bestockt und müssen aufgrund des rasanten Klimawandels dringend mit wärmeliebenden Laubbaumarten umgebaut werden. Der Waldumbau ist für uns eine große finanzielle Herausforderung, die wir nicht ohne zusätzliche Einnahmequellen stemmen können. Die Verpachtung der Standorte für Windenergieanlagen bietet uns eine große Chance den Waldumbau hin zu naturnahen, strukturreichen Mischwäldern finanzieren zu können. Aus eigener Erfahrung wissen wir, dass der Betrieb von Windenergieanlagen im Wald sehr gut mit der Forstwirtschaft, der Jagd und dem Naturschutz einhergeht, da der Flächenverbrauch mit rd. 5.000 m² pro WEA nur marginal sind. Durch den Einfall des Seitenlichts bei den WEA-Standorten ist es möglich, wärmeliebende Lichtbaumarten wie Eiche und Esskastanie anzubauen. 4. Artenschutz: Die Bedenken des Gutachtens hinsichtlich des Artenschutzes teilen wir nicht. Beim Bau unseres Windparks Ochsenberg, wurde nur der Wespenbussard als schlaggefährdete Vogelart festgestellt. Hierfür wurden Lichtwaldflächen außerhalb des Windparks von uns angelegt, die sehr gut von dieser Vogelart angenommen werden. Auch die Auswirkungen auf den Wildbestand und das Wildwechselverhalten hat sich durch den Betrieb des Windparks nicht verschlechtert. Das Gegenteil ist der Fall. Durch die Veränderung der Waldstruktur und durch den vermehrten Lichteinfall sind mehr Randbereiche entstanden und die Biodiversität hat zugenommen. Der Generalwildweg, der unseren Windpark streift, wird weiterhin von allen Tierarten angenommen. 5. Auswirkungen auf den Erholungsraum: Die Auswirkungen auf den Tourismus und die Waldbesucher hat sich unserer Wahrnehmung nach nicht verschlechtert. Auch hier stellen wir fest, dass die Anzahl der Waldbesucher und vor allem der Radfahrer mit E-Antrieb im Windparkgebiet stetig zugenommen hat.	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		6. Fazit: Die Diskussion pro und contra Windenergie ist aus unserer Sicht eine eher emotionale. Wir bitten Sie daher unsere Argumente und Erfahrungen aus dem Windparkbetrieb für die Ausweisung des Windgebiets „Erweiterung Königsbronn/Ebnat“ zu berücksichtigen. Aus Sicht des Forstbetriebs Blauwald ist es sinnvoll, die vorgeschlagene Ergänzungsfläche auszuweisen, um dem Vorranggebiet Windenergie vor dem Hintergrund der gesetzlichen Regelungen und der Realisierung von Projekten sowie insbesondere der überragenden Bedeutung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien ausreichend Geltung zu verschaffen. --- Abb. s. Stn. ---	
lfd. Ident-Nr.: 448 Privat Stn-Id: 165	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 657 Wir erheben Einspruch gegen den geplanten Windpark im Geislinger Forst!!	Wird zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass durch die Teilfortschreibung Windenergie 2025 Gebiete festgelegt werden, in denen die Nutzung der Windenergie Vorrang vor anderen regionalbedeutsamen Nutzungen Vorrang hat. Die anschließende Windparkplanung ist nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene.
lfd. Ident-Nr.: 448 Privat Stn-Id: 165	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 658 Begründung : 1. Wir sind empört über das undemokratische Verhalten im Vorfeld! Bürger sollten nicht erfahren, was hinter den Kulissen ausgehandelt wurde. Nur die Bürger wurden informiert, deren Grundstücke zur Bebauung oder in Konktakt mit Windrädern kommen. Wurden zum Stillschweigen aufgefordert, um keine Widerstände aufkommen zu lassen!!	Wird nicht gefolgt Im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Teilregionalplans bestehen zahlreiche gesetzlich normierte Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit. Diese richten sich nach den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg (LplG). Die Frist zur Beteiligung der Öffentlichkeit ergibt sich aus § 9 Abs. 2 ROG i.V.m. § 12 Abs. 3 LplG: Sie beträgt i.d.R. einen Monat. Bei der Beteiligung ging der Regionalverband Ostwürttemberg zur Steigerung der Transparenz und zur Ermöglichung zusätzlicher Beteiligung über dieses gesetzlich geforderte Maß hinaus. Über ein eigens dafür eingerichtetes Online-Beteiligungstool war die Abgabe von Hinweisen, Anregungen und Änderungsvorschlägen auch digital möglich. Alle Beteiligungsmöglichkeiten wurden in den regionalen Medien und im Internet angekündigt. Die Verfahrensunterlagen waren während der Öffentlichkeitsbeteiligung zusätzlich auf der Internetseite des Regionalverbandes einsehbar. Zusätzlich zu den gesetzlich vorgesehenen Beteiligungsmöglichkeiten hat der Regionalverband Ostwürttemberg weitere Informations- und Beteiligungsangebote, z. B. ein Informationsangebot auf der Homepage und drei öffentliche Informationsveranstaltungen in der Region (Ellwangen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd) vor Beginn der ersten formellen Anhörung umgesetzt. Alle eingegangenen Anregungen und Hinweise wurden sorgfältig geprüft und abgewogen.
lfd. Ident-Nr.: 448 Privat Stn-Id: 165	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 659 2. Die Windräder sind zu nahe am Dorf. Auch wenn die Gesetze es erlauben, finden wir es als Zumutung, die riesigen Windräder so nahe zu sehen, und zu hören. Wir befürchten Ruhestörung bei	Die Festlegung eines größeren Siedlungsabstandes (>1.000 m) im Plankonzept der genannten Teilfortschreibung und auf regionaler Planungsebene ist gem. § 249 Abs. 9 BauGB nicht möglich.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Tag und Nacht, möglicherweise sogar gesundheitliche Beeinträchtigungen. 3. Wir liegen in Geislingen genau in der Hauptwindrichtung von Nord-West, so dass wir vermutlich fast ständig durch Lärm belästigt werden. In den Sommermonaten kommt wohl noch Schlagschatten dazu.	Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Anlagentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage. Windenergieanlagen führen bei klaren Wetterbedingungen durch den bewegten Anlagenrotor zu optischen Immissionen und können dadurch als Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb,

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.
lfd. Ident-Nr.: 448 Privat Stn-Id: 165	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 662 4. Wir befürchten die Entwertung unserer Immobilien. Auch die Siedlung in unserm Ort wird nicht mehr attraktiv für Bauwillige sein. Unser Dorf blutet irgendwann aus.	Die Teilfortschreibung dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Beurteilung des Immobilienwertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob Wertminderungen durch Windenergieanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls, insbesondere im Falle eines tatsächlichen Verkaufs der Immobilie ab. Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass der Wert und die Preisentwicklung von Immobilien von ökonomischen und demografischen Einflüssen dominiert werden und nicht von Windenergieanlagen. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kaum möglich, den Anstieg oder den Rückgang des Verkehrswertes eines bebauten oder unbebauten Grundstücks auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen (s. Landtag von Baden-Württemberg (2019): Kleine Anfrage des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Wertminderung von Immobilien infolge von Windkraftanlagen II (Drucksache 16 / 5820), 26. Februar 2019, Stuttgart (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5820_D.pdf). Daher und wegen des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ist es aus Sicht des Regionalverbands weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen.
lfd. Ident-Nr.: 448 Privat Stn-Id: 165	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 663 5. Unser größtes Plus, unser schöner Wald, den nicht nur wir Geislinger gerne zum Spaziergang aufgesucht haben ,sondern auch Menschen aus dem angrenzenden-waldlosen- Ries wird zerstört. Wir werden mit dem Auto weiter wegfahren müssen, wenn wir Ruhe und Erholung im Wald genießen wollen!!	Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird.
lfd. Ident-Nr.: 448 Privat Stn-Id: 165	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 664 6. Wir sind grundsätzlich keine Windkraftgegner deshalb hoffen wir daß es doch noch einen Kompromiss gibt, mit dem wir leben können!!	Wird zur Kenntnis genommen. Die zur 1. Anhörung eingegangenen Anregungen wurden geprüft, die Gebietskulisse der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wurde angepasst. Das Vorranggebiet 45 "Unterschneidheim / Tannhausen" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg mit geringfügigen Anpassungen weitergeführt wird.
lfd. Ident-Nr.: 449 Privat Stn-Id: 166	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 665 Bauvorhaben Windpark bei Geislingen wir möchten unsere Bedenken gegen o.g. Bauvorhaben aussprechen. Als direkt Betroffene haben wir ein berechtigtes Interesse daran unsere Sorgen zu äußern.	Wird zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass durch die Teilfortschreibung Windenergie 2025 zunächst Gebiete festgelegt werden, in denen die Nutzung der Windenergie Vorrang vor anderen regionalbedeutsamen Nutzungen Vorrang hat. Die anschließende Windparkplanung ist nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene.
lfd. Ident-Nr.: 449 Privat Stn-Id: 166	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 666 Landschaftszerstörung • massive Veränderung und Prägung unseres schönen Landschaftsbildes ? im negativen Sinn	Die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfergebnisse werden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt.
lfd. Ident-Nr.: 449 Privat Stn-Id: 166	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 667 • Zerstörung unseres Naherholungsgebietes und der Landschaftsidylle	Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird.
lfd. Ident-Nr.: 449 Privat Stn-Id: 166	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 668 • Abholzung von jahrzehntelangen Waldflächen	Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Auf das Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff. wird hingewiesen. Zum Umfang der Waldinanspruchnahme: Gemäß Fachagentur Wind an Land zeigen aktuelle Erhebungen, dass für die Dauer des Betriebes von Windenergieanlagen (WEA) durchschnittlich ca. 0,48 Hektar für den Betrieb einer WEA gerodet werden müssen. Hiervon entfallen ca. 0,05 ha auf die Versiegelung für das Fundament. Während der Bauphase sind zusätzlich ca. 0,47 ha freizuhalten, die nach Abschluss der Bauphase dann wieder aufgeforstet werden (Fachagentur Wind an Land 2024: Entwicklung der Windenergie im Wald.- Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Forstflächen in den Bundesländern.- Analyse.- S. 15f). Für die Inanspruchnahme der Waldflächen besteht das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung.
lfd. Ident-Nr.: 449 Privat Stn-Id: 166	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 669 Lärmbelästigung • laute Geräusche der Rotoren, die die Lebensqualität einschränken und einen gesunden Schlaf stören ? auch der Menschen aus weiterer Entfernung	Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Anlagentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 449 Privat Stn-Id: 166	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 670 Biodiversitätsverlust • Verschlechterung der Ökosysteme, Abnahme Artenvielfalt, Aussterben von Tierarten	Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen, -funktionen sowie deren Wechselwirkungen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehenden räumlichen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Satz 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, sowie deren Wechselwirkung zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Wechselwirkung der Schutzgüter wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine Beeinträchtigungen auf, welche das ökologische Gleichgewicht bei dem zu betrachtenden Maßstab und Detaillierungsgrad gefährden. Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt.
lfd. Ident-Nr.: 449 Privat Stn-Id: 166	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 671 Unzureichende Bürgerbeteiligung • Unsere Meinung als betroffene Anwohner wurde bis jetzt nicht ausreichend berücksichtigt	Im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Teilregionalplans bestehen zahlreiche gesetzlich normierte Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit. Diese richten sich nach den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg (LplG). Die Frist zur Beteiligung der Öffentlichkeit ergibt sich aus § 9 Abs. 2 ROG i.V.m. § 12 Abs. 3 LplG: Sie beträgt i.d.R. einen Monat. Bei der Beteiligung ging der Regionalverband Ostwürttemberg zur Steigerung der Transparenz und zur Ermöglichung zusätzlicher Beteiligung über dieses gesetzlich geforderte Maß hinaus. Über ein eigens dafür eingerichtetes Online-Beteiligungstool war die Abgabe von Hinweisen, Anregungen und Änderungsvorschlägen auch digital möglich. Alle Beteiligungsmöglichkeiten wurden in den regionalen Medien und im Internet angekündigt. Die Verfahrensunterlagen waren während der Öffentlichkeitsbeteiligung zusätzlich auf der Internetseite des Regionalverbandes einsehbar. Zusätzlich zu den gesetzlich vorgesehenen Beteiligungsmöglichkeiten hat der Regionalverband Ostwürttemberg weitere Informations- und Beteiligungsangebote, z. B. ein Informationsangebot auf der Homepage und drei öffentliche Informationsveranstaltungen in der Region (Ellwangen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd) vor Beginn der ersten formellen Anhörung umgesetzt. Alle eingegangenen Anregungen und Hinweise wurden sorgfältig geprüft und abgewogen.
lfd. Ident-Nr.: 449 Privat Stn-Id: 166	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 672 Immobilien • erheblicher Wertverlust unserer Immobilien und Grundstücke	Die Teilfortschreibung dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Beurteilung des Immobilienwertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob Wertminderungen durch Windenergieanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls, insbesondere im Falle eines tatsächlichen Verkaufs der Immobilie ab. Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass der Wert und die Preisentwicklung von Immobilien von ökonomischen und demografischen Einflüssen dominiert werden und nicht von Windenergieanlagen. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kaum möglich, den Anstieg oder den Rückgang des Verkehrswertes eines bebauten oder unbebauten Grundstücks auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen (s. Landtag von Baden-Württemberg (2019): Kleine Anfrage des Abg. Andreas Glück

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			FDP/DVP – Wertminderung von Immobilien infolge von Windkraftanlagen II (Drucksache 16 / 5820), 26. Februar 2019, Stuttgart (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5820_D.pdf). Daher und wegen des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ist es aus Sicht des Regionalverbands weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen.
lfd. Ident-Nr.: 449 Privat Stn-Id: 166	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 673 Feinstaub • Anstieg der Feinstaubemission in der Luft durch die Windräder	Aufgrund von Umwelteinflüssen (UV-Strahlung, Wind, Temperaturwechsel u.a.) kommt es an den Rotoren von Windenergieanlagen zu Erosion und in Folge zur Freisetzung von Mikroplastik, welches sich in der Umwelt ablagert. Nach einer Kurzinformation der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages (WD 8 - 3000 - 077/20 (8. Dezember 2020)) wird ein Maximalabtrag von ca. 1.400 t/a für alle ca. 31.000 Windkraftanlagen in Deutschland geschätzt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit liegt der tatsächliche Wert gem. IMES deutlich niedriger. Im Vergleich mit den vom Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik (UMSICHT) ermittelten Werte z.B. für Kunststoffemissionen in Form primären Mikroplastiks für Reifenabrieb (102.090 t/a) oder von Schuhsohlen (9.047 t/a) ist die Belastung durch Windenergieanlagen somit sehr gering Eine signifikante Erhöhung der Umweltbelastung durch Mikroplastik und eine Gesundheitsgefährdung des Menschen durch den Abrieb ist nicht belegt. Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind zudem nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Fragen der verwendeten Baustoffe werden im Vorhabenzulassungsverfahren für die konkret
lfd. Ident-Nr.: 449 Privat Stn-Id: 166	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 674 Es handelt sich vielmehr um steuerlich subventionierte und meist ineffiziente Industrieanlagen, die in unseren Wäldern stehen. Bei der Herstellung von Windrädern und Installation von Windparks wird so viel CO2 produziert, dass ein Windrad weit länger als die üblichen 20 Jahre laufen müsste, um am Ende auch nur ein einziges Gramm an CO2 eingespart zu haben.	Wird nicht gefolgt Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die o.g. gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Dieser Hinweis ist für viele der folgenden Einwendungen relevant, entsprechende Verweise sind eingefügt. Die Themen Recycling, Rückbau und CO2-Bilanz sind nicht Gegenstand der gegenwärtigen Teilfortschreibung, sondern betreffen die Genehmigungsebene. Nachdem eine Anlage außer Betrieb genommen wurde, sind die Betreiber verpflichtet, den Rückbau ordnungsgemäß durchzuführen und die Komponenten fachgerecht zu entsorgen. Der Ressourcenverbrauch für Windenergieanlagen ist im Vergleich zu anderen Stromerzeugungsarten vergleichsweise gering. Ein Recycling der Anlagenbestandteile wird nach dem Stand der Technik durchgeführt. Insofern ergeben sich aus den genannten Aspekten keine Rückwirkungen auf die räumliche Steuerung im Regionalplan. Die CO2-Bilanz von Windenergieanlagen ist abhängig vom Modell der Windenergieanlage. Windenergieanlagen amortisieren sich energetisch gesehen im Laufe des ersten Betriebsjahres. Auf die produzierte Kilowattstunde Strom (kWh) bezogen, erzeugen Windenergieanlagen weniger Treibhausgase als andere Energieträger wie Photovoltaik oder fossile Energieträger. Bei Windenergieanlagen im Wald liegt die Einsparung von CO2 durch Windenergieanlagen um einen Faktor von mehr als 1.000 höher, als die durch die dafür notwendige Rodung von Wald verlorene CO2-Aufnahme (Umweltbundesamt).
lfd. Ident-Nr.: 449 Privat Stn-Id: 166		BE-ID: 2265 Warum sind Windräder immer wieder abgeschaltet? Gefühlt sind es in Zöbingen die Hälfte, die immer abgeschaltet sind. In Deutschland wird so einiges über die Köpfe der Menschen entschieden, so die Ideologie der Grünen zur Energiepolitik. Wie kann man den ländlichen Gemeinden so etwas antun und solch eine Anzahl an Windrädern in Betracht ziehen? Die Natur leidet darunter, dass schon eine Biogasanlagendichte von 250% aus erneuerbaren Energien besteht.	Die in der Anregung angeführten Themen sind nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.
lfd. Ident-Nr.: 450 Bürger für Giengen e.V. Stn-Id: 167	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 675 Stellungnahme zu den Vorranggebieten 68/1 und 68/2 wir möchten zu obigen Vorranggebieten folgende Stellungnahme abgeben:	Wird zur Kenntnis genommen. Die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sowie die Zerschneidung von Landschaftsräumen wurden u.a. durch das im Plankonzept festgelegte Kriterium "Unzerschnittene, ruhige Räume" (vgl. Kriterienkatalog und Regionalplan 2035) und durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		1. Die geplanten Vorrangsgebiete 68/1 und 68/2 liegen mitten in einem Landschaftsraum mit hoher bis sehr hoher Vielfalt, Eigenart und Schönheit. Dieser verhältnismäßig unzerschnittene Raum ist besonders empfindlich gegenüber einer weiteren Zerschneidung durch Infrastrukturen.	Windenergieanlagen berücksichtigt. Das geplante Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" liegt nicht in einem großen oder kleinen unzerschnittenen, ruhigen Landschaftsraum (vgl. Regionalplan 2035). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfergebnisse werden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt.
lfd. Ident-Nr.: 450 Bürger für Giengen e.V. Stn-Id: 167	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 677 2. Dieser Landschaftsraum ist das bedeutendste Naherholungsgebiet der Stadt Giengen. Dort befinden sich eine ganze Reihe wichtiger Einrichtungen, die der Naherholung dienen. Dazu zählen unter anderem mehrere Nordic-Walking-Strecken, ein Trimm-Dich-Pfad, ein Naturschutzgebiet, ein Grillplatz, ein Waldsee. Es ist das einzige größere weitgehend unzerschnittene Naherholungsgebiet rund um Giengen und wie kein zweites Gebiet für die Naherholung geeignet. Dementsprechend ist es bei den Giengener Bürgerinnen und Bürger äußerst beliebt und wird intensiv genutzt. Es ist ein äußerst schutzbedürftiger Bereich zur Erholung der Bevölkerung. Dieses Gebiet als Vorranggebiet ausweisen zu wollen, steht im Widerspruch zu den selbst festgelegten Auswahlkriterien des Regionalverbands Ostwürttemberg.	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Damit entspricht die Festlegung des Vorranggebietes 68 "Giengen an der Brenz" dem Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Des Weiteren wird durch die regionale Steuerung von Windenergiegebieten ein Verbleiben von Erholungsräumen in der Region ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 450 Bürger für Giengen e.V. Stn-Id: 167	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 678 3. Mindestens drei der angedachten fünf Windkraftanlagen liegen mitten im Wald bzw. können nur über derzeit schlecht ausgebaute Waldwege erreicht. Um hier Windkraftanlagen zu errichten müssen diese Waldwege deutlich verbreitert und größere Schneisen durch den Wald gezogen werden. Für Arbeiten an den Windkraftanlagen können diese nicht wieder zurückgebaut werden und bleiben als Schneisen sichtbar.	Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Die in der Stellungnahme angesprochenen Aspekte demnach Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Weiterhin besteht für die Inanspruchnahme von Waldflächen das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich wird

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			ebenfalls auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 450 Bürger für Giengen e.V. Stn-Id: 167	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 679 4. Dieser Wald hat einen abwechslungsreichen Baumbestand, der aus Sicht von Fachleuten auch für zu erwartende klimatische Veränderungen bestens aufgestellt ist. Auskünfte dazu kann der zuständige Förster geben.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 450 Bürger für Giengen e.V. Stn-Id: 167	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 680 5. Im Steckbrief zu 68/1 der Strategischen Umweltprüfung SUP vom 02.04.2024 wird unter Artenschutz konstatiert, dass „keine erheblichen Beeinträchtigungen von Artenvorkommen zu erwarten sein“ sowie dass „potenzielle Vollzugsunfähigkeit des Regionalplans aus Gründen des Artenschutzes auf Basis der verfügbaren Datenlage und maßstabsgerechten Prüftiefe ausgeschlossen werden kann“. Dies ist falsch und muss korrigiert werden! Mindestens im westlichen Bereich von 68/1 gibt es Brutnester des Schwarzmilans. Im Folgenden finden Sie zwei Screenshots der App Birdnet – aufgenommen 2022 und 2023. 2024 sind die Vögel ebenfalls wieder da: - Abb. -	Wird nicht gefolgt Die landesweite Planungshilfe für die Regionalplanung zur Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung („Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ der LUBW, 2022) wurde bei der Konzepterstellung und Festlegung von Vorranggebieten im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt. Damit erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" liegt nicht innerhalb von Schwerpunktvorkommen der Kategorie A oder B des Fachbeitrags. Die in der Stellungnahme genannten Art Schwarzmilan ist über die kategorisierten Schwerpunktvorkommen des o.g. „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ bereits berücksichtigt. Die eingebrachten Informationen bewegen sich im Rahmen der Annahmen, die im Fachbeitrag zum Verhältnis der kategorisierten Schwerpunkträume zu den tatsächlichen Artvorkommen getroffen wurden. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes auf Projektebene (im nachgelagerten Verfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Auf der nachgelagerten Planungsebene können zudem auch die genannten Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen umgesetzt werden.
lfd. Ident-Nr.: 450 Bürger für Giengen e.V. Stn-Id: 167	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 681 6. Brandschutz: Kommt es zum Brand einer Windkraftanlage im Wald, haben Feuerwehr und Hilfskräfte kaum eine Möglichkeit, einen größeren Waldbrand zu verhindern. Die Anlage selbst kann im Bereich der Gondel mangels ausreichender Wassersäule nicht erreicht werden. Die Feuerwehr hat dementsprechend keinerlei Möglichkeit, den Brand selbst zu bekämpfen. Brennende Teile der	Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Anlage werden weit in die Gegend geschleudert. Eine Brandbekämpfung am Boden ist aufgrund der Streuwirkung der brennenden Teile nahezu ausgeschlossen. Bis die Kräfte der Feuerwehr brennende Teile erreichen, haben diese bereits Flächenbrände ausgelöst. Hinzu kommt, dass im Fall eines Brandes die Fläche mindestens in einer Entfernung von 500 m abzusperren ist, um Gefahr für Leib und Leben abzuwenden. Dies gilt letztlich auch für die Einsatzkräfte. Selbst die in letzter Zeit konzipierten Brandschutzeinrichtungen im Bereich der Gondel können letztlich Brände nicht verhindern. - Abb. Brennendes Windrad bei Losheim im Dezember 2022 -	Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft.
lfd. Ident-Nr.: 450 Bürger für Giengen e.V. Stn-Id: 167	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 683 7. Die Fliegergruppe Giengen e.V. mit ihrem Verkehrslandeplatz auf der Irpfel geht davon aus, dass sie bei Errichtung von Windkraftanlagen im Vorranggebiet 68 ihren Schulbetrieb komplett einstellen muss. 8. Bei Errichtung von Windrädern im Vorranggebiet 68 kommt es zu einem akuten Interessenskonflikt zwischen dem Flugbetrieb der Fliegergruppe Giengen e.V. mit ihrem Verkehrslandeplatz auf der Irpfel und dem Flugbetrieb des Modellflugsportverein Giengen e.V., deren Start-/Landeplatz sich im Taubentäle direkt südlich des Vorranggebiets 68/1 befindet. Von der Irpfel aus startenden Flugzeuge drehen in Richtung Osten derzeit genau über dem Vorranggebiet 68/1 ab. Stehen dort Windräder, dann können sie nur nördlich davon – also über der Ortschaft Oggenhausen – oder südlich davon direkt über dem Modellflugplatz des MSV Giengen abdrehen. Im letzteren Fall muss der MSV Giengen seinen Flugbetrieb komplett einstellen, da Modellflugzeuge nicht in den Flugkorridoren von bemannten Sportflugzeugen fliegen dürfen. 9. Der Posten der Verkehrspolizeiinspektion Heidenheim direkt an der A7 bei Oggenhausen verfügt über einen Hubschrauberlandeplatz. Dieser liegt lediglich ca. 1, 5 km vom Vorranggebiet 68/1 entfernt.	Die im Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 festgelegten Schutzabstände zu Flugplätzen und weitere Belange der Flugsicherheit wurden bei der Festlegung des Vorranggebiets 68 "Giengen an der Brenz" sachgerecht berücksichtigt (vgl. auch Kriterienkatalog). Darüber hinaus erfolgte nach der 1. Anhörung der vorliegenden Teilfortschreibung eine Abstimmung mit der zuständigen Luftfahrtbehörde, um potenziell betroffene luftfahrtrechtliche Belange zu prüfen und Lösungsmöglichkeiten zu erörtern. Für den in der Stellungnahme genannten Flugplatz konnte durch die vorliegende Planung keine erhebliche Beeinträchtigung festgestellt werden (vgl. auch Stellungnahme des Regierungspräsidiums Stuttgart (Ident-Nr.: 187)). Die Prüfung von Abständen für konkrete Bauvorhaben erfolgt in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 450 Bürger für Giengen e.V. Stn-Id: 167	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 685 10. Zur Erreichung des 1,8% Flächenziels werden noch ca. 650 ha Fläche benötigt. In der erweiterten Suchraumkulisse des Regionalverbands Ostwürttemberg werden 5 Gebiete mit 155,3 ha als „geeignete Gebiete“ festgestellt und 8 Gebiete mit 758,2 ha als „bedingt geeignet“ (S. 75 SUP). Weitere 389,8 ha sind zwar konfliktbehaftet, aber eine Erweiterung bestehender Gebiete (S. 76 SUP). Insgesamt sind dies 1.303,3 ha. Daher ist es nicht	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		notwendig, weitere konfliktbehaftete oder sehr konfliktbehaftete Gebiete in die Suchraumkulisse aufzunehmen.	Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Das verbindlich vorgegebenen Teilflächenziel gemäß § 20 KlimaG wird für die Region Ostwürttemberg mit den bestehenden und geplanten Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfüllt. Ob und inwiefern das gesetzlich geforderte Mindestflächenziel überschritten wird, obliegt der Entscheidung des politischen Gremiums (Verbandsversammlung) des Regionalverbandes Ostwürttemberg.
lfd. Ident-Nr.: 450 Bürger für Giengen e.V. Stn-Id: 167	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 686 11. Der Giengener Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 22.02.2024 zunächst beschlossen, für die Vorranggebiete 68/1 und 68/2 den Siedlungsabstand von 1.000m auf 750m zu verkürzen und sich grundsätzlich bereit erklärt, Flächen für die Vorranggebiete 68/1 und 68/2 zur Verfügung zu stellen. Zumindest das (größere) Vorranggebiet 68/1, das für vier Windräder geeignet ist, befindet sich auf städtischem Grund. Die Stimmung im Gemeinderat hat sich aber geändert: In seiner Sitzung vom 20.06.24 wurde der Antrag der Stadtverwaltung auf eine positive Stellungnahme zu den Vorranggebieten abgelehnt. Beachtenswert ist auch, dass von den Befürwortern von Windkraft am Kirnberg mindestens 3 Personen aus dem Gemeinderat ausscheiden. Dagegen werden in den am 25.07.24 sich neu konstituierenden Gemeinderat mindestens 3 Personen eintreten, die ausgesprochene Gegner der Vorranggebiete 68/1 und 68/ sind.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Entscheidungen kommunaler Gremien sowie der Weg dieser Entscheidungsfindungen sind nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene.
lfd. Ident-Nr.: 450 Bürger für Giengen e.V. Stn-Id: 167	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 687 Aufgrund der aufgezeigten Kriterien bitten wir sehr darum, die Vorranggebiete 68/1 und 68/2 wegen der vielen Konflikte aus der erweiterten Suchraumkulisse heraus zu nehmen. Wir sind der Überzeugung, dass es einem sehr großen Teil der Bevölkerung nicht zu vermitteln ist, wenn solch konfliktbehaftete Gebiete als Vorranggebiete ausgewiesen werden.	Wird zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Das angepasste Gebiet ist für die Nutzung der Windenergie geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 weitergeführt wird.
lfd. Ident-Nr.: 451 Steinverarbeitung Dehlingen GmbH & Co. KG Stn-Id: 168	VRG 49 Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen	BE-ID: 690 vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum vorliegenden Entwurf des Teilregionalplans Windkraft der Region Ostwürttemberg. Durch die vorliegende Planung ist unser rohstoffgewinnender Betrieb in Neresheim-Dehlingen in seiner längerfristigen Entwicklung eingeschränkt. Wir bringen uns daher in das Planungsverfahren ein: Die Steinverarbeitung Dehlingen GmbH & Co.KG baut am Standort Neresheim-Dehlingen Kalksteine des oberen Jura ab für die Herstellung von Produkten für den Verkehrswegebau, insbesondere Frostschutzmaterialien, Schroppen, Schotter und Schottergemische, aber auch Splitte und Brechsande als Betonzuschläge zur Substitution von Naturkies- und -sandprodukten	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Zur Sicherung der langfristigen Abbau- und Erweiterungsmöglichkeit des Steinbruchbetriebs wird zu Vorranggebieten Rohstoffsicherung ein Vorsorgeabstand von 300 m in das Plankonzept (Kriterienkatalog) aufgenommen. Für konzessionierte Rohstoffabbauflächen wird eine Einzelfallprüfung vorgenommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		aus dem Donautal. Der Standort versorgt als nordöstlichster Steinbruch in der Region ein vergleichsweise großes Gebiet und ist hier von großer und zunehmender Bedeutung. Dank seiner geringen Raumnutzungskonflikte, einer Entfernung von mehr als zwei Kilometern zu Ortschaften, der direkten Lage an der Bundesstraße 466, der überdurchschnittlich hohen nutzbaren Rohstoffmächtigkeit und der Leistungsfähigkeit der Anlagen sollten diesem Steinbruch mit seiner Standortgunst langfristige Entwicklungsmöglichkeiten offengehalten werden. In nördlicher Richtung rückt das Windkraftgebiet 49/3 fast unmittelbar an die künftigen Abbauflächen heran, welches dem späteren Rohstoffabbau damit entgegenstünde. Zwar reichen die Rohstoffvorranggebiete in diesem Bereich nicht direkt heran, was aber durch eine fehlerhafte Rücknahme der Rohstoffvorranggebiete bedingt ist. Damit der Fortbestand des Schotterwerks langfristig gesichert und weiterhin mit Rohstoffen versorgt werden kann, ist daher im Rahmen der vorliegenden Windkraftplanung die weitere Entwicklung des Steinbruchs mitzudenken. Würde die Windkraftplanung unverändert umgesetzt, würde dies die weitere Entwicklung des Steinbruchs in nördlicher Richtung ausschließen und nur noch eine Erweiterung in östlicher Richtung denkbar erscheinen lassen. Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass der Gesteinsabbau im Bohr-Spreng-Verfahren erfolgt, somit mit Erschütterungen und ggf. Steinflug zu rechnen ist und hierdurch Abstände zwischen den Nutzungen erforderlich werden, um den sicheren Abbaubetrieb nicht zu beeinträchtigen. Zur Entwicklung des Abbaus: Im westlichen und südlichen Bereich des Steinbruchs ist keine Abbautätigkeit mehr vorgesehen. Wir haben daher frühzeitig angeregt, das Windkraftgebiet bis an das genehmigte Gebiet des Steinbruchs auszudehnen, was vom Regionalverband auch aufgegriffen wurde. In Kenntnis des bisherigen Abbaus, der derzeitigen aufgeschlossenen Steinbruchwände nach Norden und Osten, der in bestehenden Bohrungen, der Interpretation verschiedener Karten einerseits und der Betroffenheiten anderer Raumnutzungen andererseits wird sich die künftige Erweiterung des Steinbruchs ausgehend vom zuletzt genehmigten Bereich nach Norden und erst	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		dann in östliche Richtung erstrecken. Genau diese beiden Richtungen sind in der Rohstoffsicherungsplanung in Grundzügen vorgezeichnet. Wir möchten Sie daher bitten, für eine spätere Rohstoffsicherungsplanung in dem in der u.a. Skizze dargestellten Bereich von der Darstellung des Windkraftvorranggebietes abzusehen bzw. dieses hiervon abzurücken. Somit stünde für die nächste regionalplanerische Rohstoffsicherung noch Potenzial in nördlicher Richtung offen. Der Abbau erfolgt im Bohr- und Sprengverfahren. Grundsätzlich bestehen aus technischer Sicht keine Bedenken Windkraftanlagen dem Abbau bis auf 300 Meter anzunähern, was die Erschütterungen anbelangt. Dieser Abstand sollte jedoch auch grundsätzlich eingehalten werden, da so mögliche Schäden an der Windkraftanlage durch möglichen Steinflug bei Sprengarbeiten ausgeschlossen werden können. Wir bitten Sie, um den späteren Abbaubetrieb am Steinbruch Neresheim-Dehlingen nicht einzuschränken, einen möglichst großen Abstand vorzusehen, dies bietet nicht nur für den Steinbruchbetrieb, sondern auch für Vorhabenträger von Windkraftanlagen Planungssicherheit, so dass auf zusätzliche Begutachtungen und einschränkende Maßnahmen hinsichtlich Erschütterungen, Standsicherheit und Steinflug verzichtet werden kann.	
lfd. Ident-Nr.: 451 Steinverarbeitung Dehlingen GmbH & Co. KG Stn-Id: 168	VRG 49 Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen	BE-ID: 691 Änderung der Abgrenzung des Windkraftvorranggebiets 49/3: Wir bitten Sie daher, das Windkraftvorranggebiet 49/3 in seinem östlichen Fortsatz nördlich der Forststraße auf einer Länge von rund 500 Metern und bis zu 160 Metern Breite entsprechend der nachfolgenden Skizze zurückzunehmen. - Abbildung 1: Gepl. Vorranggebiet Windkraft 49/3 mit Bereich zur Rücknahme nördlich der Forststraße - Durch den Verbleib des nördlichen Teils des Fortsatzes des Vorranggebietes in der Windkraftplanung können dort dennoch Windkraftanlagen errichtet werden - zwei Reihen Windkraftanlagen wären aufgrund der fehlenden Breite des Gebietes dort ohnehin nicht möglich gewesen.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Das Vorranggebiet 49 "Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen" wurde unter Berücksichtigung eines Vorsorgeabstands von 300m zur Vorranggebieten Roststoffsicherung in Verbindung mit weiteren Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Nach Beratung und Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 wird das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 451 Steinverarbeitung Dehlingen GmbH & Co. KG Stn-Id: 168	VRG 49 Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen	BE-ID: 692 Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Belange zur langfristigen Sicherung unseres Steinbruchbetriebs und stehen für Rückfragen gerne Rede und Antwort.	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 452 Bürgerinitiative Gegenwind Teichhau, Pro Teichhau / Eselsburger Tal e.V. Stn-Id: 169		BE-ID: 693 Betrifft: Antrag auf Streichung des Windvorranggebiets Teichhau (Gemeinde Gerstetten / Kreis HDH) aus dem Regionalplan Ostwürttemberg im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 im Namen der Bürgerinitiative Gegenwind Teichhau / des Vereins pro Teichhau / Eselsburger Tal e.V. stellen wir hiermit bei Ihnen im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 den Antrag auf unwiderrufliche Streichung des bereits existierenden Windvorranggebiets Teichhau in der Gemeinde Gerstetten (Kreis Heidenheim) aus dem Regionalplan Ostwürttemberg. Es gab in den Jahren 2014-2017 Planungen der EnBW zum Bau eines Windparks im Teichhau mit 22 Windkraftanlagen. Entgegen der landläufigen Fehlinformation, die EnBW habe den Antrag im Jahr 2OI7 zurückgezogen, hat Herr Landrat Polta uns bei unserem persönlichen Gespräch am 17.6.2024 versichert, dass er im Jahr 2O17 höchstpersönlich den Antrag der EnBW zum Bau eines Windparks im Teichhau aus verschiedenen Gründen abgelehnt hat. Dabei war ausschlaggebend, dass das sich in unmittelbarer Nähe befindende Lonetal UNESCO Welterbe wurde. Aber auch artenschutzrechtliche sowie luftfahrtrechtliche Belange usw. standen in großem Konflikt mit dem geplanten Bau im Teichhau, weshalb Herr Landrat Polta und seine Kollegen unter der damaligen Führung von Herrn Landrat Reinhardt im Landratsamt Heidenheim den Bau abgelehnt haben. Zu erwarten wäre infolgedessen, dass ein Vorranggebiet nach erteilter Nichtgenehmigung als Vorranggebiet aus dem Regionalplan gestrichen wird. Dies ist jedoch nicht geschehen. Unser Anwalt, Herr Armin Brauns, wird überprüfen, ob es sich hierbei um einen Verfahrensfehler handelt.	Das genannte Vorranggebiet war Inhalt der „Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014“ und wurde am 16. Oktober 2013 mit Satzungsbeschluss durch die Verbandsversammlung des Regionalverbands Ostwürttemberg festgelegt. Die Teilfortschreibung wurde durch das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur am 28. August 2014 genehmigt und mit der öffentlichen Bekanntmachung im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, Nr. 35 vom 05. September 2014 rechtskräftig. Die insgesamt 20 Vorranggebiet aus diesem Planungsverfahren sind bestandskräftig. Die Ausführungen beziehen sich insofern auf Inhalte, die nicht Bestandteil der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und somit nicht Gegenstand dieses Anhörungsverfahrens sind.
lfd. Ident-Nr.: 452 Bürgerinitiative Gegenwind Teichhau, Pro Teichhau / Eselsburger Tal e.V. Stn-Id: 169		BE-ID: 694 Aufgrund der Ablehnung des Windparks von2017 beantragen wir die Streichung des Teichhaus als Windvorranggebiet. Die Gründe, die einst gegen den Bau der Windkraftanlagen im Teichhau gesprochen haben, existieren nach wie vor, weshalb der Teichhau kein geeigneter Standort für den Bau eines Windparks ist.	In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 erfolgt keine Änderung der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014. Der Antrag bezieht sich insofern auf Festlegungen, die nicht Bestandteil der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und somit nicht Gegenstand dieses Anhörungsverfahrens sind.
lfd. Ident-Nr.: 452 Bürgerinitiative		BE-ID: 695 Außerdem erbitten wir freundlichst um Auskunft über die	Das Vorranggebiet Dettingen/Hürben (Ihre Bezeichnung: Teichhau) ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025, sodass in

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Gegenwind Teichhau, Pro Teichhau / Eselsburger Tal e.V. Stn-Id: 169		Ergebnisse der Strategischen Umweltprüfune (SUP) im Teichhau. In welche Kategorie ist das noch existierende Vorranggebiet Teichhau eingestuft?	diesem Verfahren für dieses Gebiet dementsprechend keine Strategische Umweltprüfung durchgeführt wird. Eine vollumfängliche Prüfung der Umweltberlange erfolgte im Rahmen der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 und war Grundlage für die Abwägungsentscheidungen und den Satzungsbeschluss am 16. Oktober 2013 durch die Verbandsversammlung.
lfd. Ident-Nr.: 452 Bürgerinitiative Gegenwind Teichhau, Pro Teichhau / Eselsburger Tal e.V. Stn-Id: 170		BE-ID: 696 Betrifft: Stellungnahme Teilfortschreibung Windenergie 2025 im Namen der Bürgerinitiative Gegenwind Teichhau / des Vereins pro Teichhau / Eselsburger Tal e.V. übermitteln wir Ihnen heute unsere Stellungnahme zur Teilfortschreibung Windenergie2O25 des Regionalverbands Ostwürttemberg.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 452 Bürgerinitiative Gegenwind Teichhau, Pro Teichhau / Eselsburger Tal e.V. Stn-Id: 170		BE-ID: 697 Wir lehnen die Ausweisung von neuen Windvorranggebieten laut Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalverbands Ostwürttemberg sowie den Bau neuer Windkraftanlagen im gesamten Kreis Heidenheim sowie im Ostalbkreis komplett und ausnahmslos ab.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg).
lfd. Ident-Nr.: 452 Bürgerinitiative Gegenwind Teichhau, Pro Teichhau / Eselsburger Tal e.V. Stn-Id: 170		BE-ID: 698 Wenn Sie sich den bereits sehr fortgeschrittenen Ausbau der Windenergie im Kreis Heidenheim und im Ostalbkreis einmal genau ansehen, müsste Ihnen klar werden, dass die Belastungsgrenze der Bevölkerung bereits erreicht ist! Vor dem Hintergrund, dass die meisten Windkraftanlagen sowieso die meiste Zeit stillstehen und rein wirtschaftlich gesehen nicht zu verantworten sind. Der Kreis Heidenheim und auch der Ostalbkreis sind schon massiv belastet durch unzählige Windkraftanlagen, Solarparks und Logistikhallen. Von der Industrie ganz abgesehen. Mehr Windkraftanlagen verkraften die Bürgerinnen und Bürger aus den o.g. Landkreisen nicht mehr, sind auch aus Gründen der Wertschätzung der Bevölkerung nicht mehr zumutbar!	Die Aufstellung des Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 und 21 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für Ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehenden räumlichen Nutzungsansprüchen bzw. -interessen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Der wissenschaftliche Konsens weist auf, dass durch Windenergieanlagen mit Schutzabständen zur Wohnbebauung keine allgemeine Gesundheitsgefahr gegeben ist. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung des Schutzgutes Mensch, insbesondere der menschlichen Gesundheit, wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch auf. Die berücksichtigten Ausschluss- und Konfliktkriterien hinsichtlich des Schutzgutes Mensch sind angesichts der Maßgaben des § 2 EEG auf regionaler Planungsebene ausreichend. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen eingegrenzt und im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) detailliert geprüft. Dabei werden sowohl Schallemissionen als auch andere potenziell schädliche Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 452 Bürgerinitiative Gegenwind Teichhau, Pro Teichhau / Eselsburger Tal e.V. Stn-Id: 170		BE-ID: 699 Außerdem lehnen wir ganz dezidiert das Gebiet 57 westlich von Bolheim und das Gebiet 65 zwischen Gerstetten und Heidenheim ab.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Das Vorranggebiet 57 wurde aufgrund der Anwendung verschiedener Abwägungsbelange gestrichen. Für das Vorranggebiet 65 erfolgte eine Anpassung der Gebietsabgrenzung aufgrund planungsrelevanter Aspekte.
lfd. Ident-Nr.: 452 Bürgerinitiative Gegenwind Teichhau, Pro Teichhau / Eselsburger Tal e.V. Stn-Id: 170		BE-ID: 700 Beide Gebiete befinden sich in einem der allergrößten Waldstücke von ganz Baden-Württemberg. Diesen wertvollen Wald durch den Bau von Windkraftanlagen zu zerstören, steht in großem Konflikt mit Umwelt- und Naturschutz.	Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage).
lfd. Ident-Nr.: 452 Bürgerinitiative Gegenwind Teichhau, Pro Teichhau / Eselsburger Tal e.V. Stn-Id: 170		BE-ID: 701 Darüber hinaus ist Küpfendorf, ein kleiner Ort nordöstlich des Gebiets 65, bereits durch einen großen Solarpark stark belastet. Weitere Belastungen durch Windräder sind der dortigen Bürgerschaft nicht mehr zumutbar.	Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten. Der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 65 wurde optimiert und ein Teilbereich Richtung Küpfendorf aufgrund Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange zurückgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 452 Bürgerinitiative Gegenwind Teichhau, Pro Teichhau / Eselsburger Tal e.V. Stn-Id: 170		BE-ID: 702 Die Nachteile, mit denen die Bürger aus beiden Landkreisen konfrontiert sind, sind derart gravierend. Ein weiterer Ausbau der Windkraft würde unsere Region noch weiter massiv schwächen und unsere Landschaft zerstören.	In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Mit den rechtskräftigen Vorranggebieten für Windenergie aus der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 werden 1,5 Prozent der Regionsfläche erreicht, somit ist die Festlegung weiterer Vorranggebiete für die Windenergie erforderlich, um eine räumliche Steuerung zu erzielen.
lfd. Ident-Nr.: 452 Bürgerinitiative Gegenwind Teichhau, Pro Teichhau / Eselsburger Tal e.V. Stn-Id: 170		BE-ID: 703 Unsere Immobilien haben durch den Ausbau von Windkraftanlagen bereits einen enormen Wertverlust.	Die Teilfortschreibung dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Beurteilung des Immobilienwertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob Wertminderungen durch Windenergieanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls, insbesondere im Falle eines tatsächlichen Verkaufs der Immobilie ab. Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass der Wert und die Preisentwicklung von Immobilien von ökonomischen und demografischen Einflüssen dominiert werden und nicht von Windenergieanlagen. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kaum möglich, den Anstieg oder den Rückgang des Verkehrswertes eines bebauten oder unbebauten Grundstücks auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen (s. Landtag von Baden-Württemberg (2019): Kleine Anfrage des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Wertminderung von Immobilien infolge von Windkraftanlagen II (Drucksache 16 / 5820), 26. Februar 2019, Stuttgart (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5820_D.pdf).Daher und wegen des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ist es aus Sicht des Regionalverbands weder

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen.
lfd. Ident-Nr.: 452 Bürgerinitiative Gegenwind Teichhau, Pro Teichhau / Eselsburger Tal e.V. Stn-Id: 170		BE-ID: 704 Der Standort Kreis Heidenheim und Ostalbkreis verliert immer mehr an Attraktivität, was sich durch einen massiven Mangel an Ärzten und Lehrern sowie weiteren Fachkräften bereits heute mehr als deutlich abzeichnet!	In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden zwischen Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen und bspw. Wohngebieten Umgebungsabstände eingehalten, um den Menschen vor erheblichen, potenziell schädlichen Einflüssen zu schützen. Im nachfolgenden Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) wird die Einhaltung der Mindestabstände zu Siedlungsbereichen und der immissionsschutzrechtlichen Belange bei Vorliegen konkreter Anlagenstandorte geprüft. Weitergehende Forderungen nach dem Erhalt einer objektiv vorhandenen oder subjektiv wahrgenommenen Wohn- und Lebensqualität gehen über den gesetzlichen Immissionsschutz- und den regionalplanerischen Vorsorgeanspruch hinaus. Die Beurteilung der Lebensqualität wird von verschiedenen Faktoren bestimmt, z.B. dem materiellen Lebensstandard, der Bildung, den Berufschancen, dem sozialen Status, der Gesundheit, der den Wohnort umgebenden Natur. Die Gewichtung dieser Faktoren ist subjektiv und kann sich von Person zu Person stark unterscheiden. Auch die Wohnqualität kann mangels objektiver Maßstäbe nicht allgemeingültig definiert werden. Windenergieanlagen können einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und - unabhängigkeit Deutschlands leisten und damit mittelbar zum Erhalt der Lebensqualität beitragen bzw. Beeinträchtigungen der Lebensqualität vermeiden. Je nach Einstellung des Individuums zum Thema Windenergienutzung kann die Sicherung der Vorranggebiete für Windenergie im räumlichen Umfeld zum eigenen Wohnort daher ebenso positiv wie negativ zur Wohn- und Lebensqualität beitragen. Fragen zur Wohn- und Lebensqualität von Einzelpersonen können auf regionalplanerischer Ebene daher weder beeinflusst noch beurteilt werden und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Die Teilfortschreibung dient der Flächensicherung für die Windenergienutzung gemäß dem gesetzlichen Planungsauftrag.
lfd. Ident-Nr.: 452 Bürgerinitiative Gegenwind Teichhau, Pro Teichhau / Eselsburger Tal e.V. Stn-Id: 170		BE-ID: 705 Die gesundheitlichen Gefahren, denen Menschen durch Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe von Bebauungen ausgesetzt sind, werden schändlicherweise von den Behörden und von der Gesetzgebung vehement negiert. Führende Mediziner in Deutschland und weltweit haben aber längst bewiesen, dass der Infraschall von Windrädern massiv gesundheitsschädigend für den Menschen und auch für Tiere ist. Da gibt es keine 150m Grenze! Sie machen sich mitschuldig am Leid unzählig vieler Menschen, die unter den Auswirkungen der Wind kraftanlagen massiv leiden!	Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz schreibt zum Thema Infraschall durch Windenergieanlagen unter https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/FAQ/Windenergie/faq-windenergie.html (Stand Juli 2024): „Infraschall-Töne unterhalb einer Frequenz von 20 Hertz - ist alltäglicher und überall präsenter Bestandteil unserer Lebenswelt. Er geht von einer Vielzahl sowohl natürlicher als auch technischer Quellen aus. Natürliche Quellen sind z. B. Wind, Gewitter, Meeresdünung und Vulkane sowie Meteoriten. Zudem gibt es zahlreiche künstliche und technische Infraschall-Quellen wie z. B. Klima- und Lüftungsanlagen, Umspannwerke, Kraftfahrzeuge, Lautsprechersysteme, Kühlschränke und Windenergieanlagen. Die Intensität des Infraschalls von Windenergieanlagen (sog. Schalldruckpegel) ist so gering, dass sie

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			bereits in wenigen hundert Meter Entfernung deutlich unterhalb der menschlichen Wahrnehmbarkeitsgrenze liegt. In den meisten Fällen wird der Infraschall außerdem von natürlichen anderen Geräuschen überdeckt. So haben auch wissenschaftliche Studien bislang keinen Nachweis erbracht, dass der von Windenergieanlagen ausgehende Infraschall eine schädliche Wirkung auf die menschliche Gesundheit hat.“ Das Umweltbundesamt (UBA) kommt zu dem Schluss, dass es keine Evidenz dafür gibt, dass durch Infraschall von Windenergieanlagen gesundheitliche Beeinträchtigungen verursacht werden. Nach heutigem Stand der Forschung ist die Belastung mit Infraschall durch Windenergieanlagen im Vergleich zu anderen Quellen von Infraschall natürlichen oder technischen Ursprungs (Heizungsanlage, Kühlschrank, Straßenverkehr oder Gewitter) zudem gering. Das belegt beispielsweise eine Messkampagne der Landesanstalt für Umwelt (LUBW) zwischen 2013 und 2015. Diese untersuchten tieffrequente Geräusche ab 1 Hz. in der näheren Umgebung von Windkraftanlagen sowie in urbanen und ländlichen Räumen. Die Untersuchung stellt, wie das UBA, unterschiedlichen Quellen und die Omnipräsenz von Infraschall im Alltag fest. Windkraftanlagen leisteten hierzu aber keinen wesentlichen Beitrag da deren Pegel schon in 300 m Entfernung zur Windkraftanlage deutlich unterhalb der Wahrnehmungsgrenze liegt. (Tieffrequente Geräusche inkl. Infraschall von Windkraftanlagen und anderen Quellen – Bericht über Ergebnisse des Messprojektes 2013-2015, LUBW 2016: https://pudi.lubw.de/detailseite/-/publication/84558). Das Landesamt für Umwelt Bayern (LfU 2022) kommt in einer neueren Studie ebenfalls zum Schluss, dass bereits viele sorgfältige, wissenschaftliche Studien zum Infraschall rund um Windenergieanlagen vorliegen. In ihnen aber keine schädlichen Wirkungen auf den Menschen gefunden werden, denn die Pegel in der Umgebung (Immissionen) lägen stets deutlich unterhalb der Hör- und Wahrnehmungsschwelle – und für diesen Bereich wurden bisher keine gesundheitlichen Wirkungen nachgewiesen. (https://www.lfu.bayern.de/buerger/doc/uw_117_windkraftanlagen_infraschall_gesundheit.pdf)Um den aktuellen Kenntnisstand zu Infraschall von Windenergieanlagen zu festigen und zu erweitern, beobachten das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und das Umweltbundesamt kontinuierlich die Entwicklung wissenschaftlicher Studien. Damit ist sichergestellt, dass neue Entwicklungen und gesicherte Erkenntnisse frühzeitig bekannt werden (vgl. vgl. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/4031/publikationen/umid_01-2021-infraschall.pdf). Bereits mehrere Gerichte haben sich mit dem Thema Infraschall beschäftigt und unterstützen die obenstehenden Ausführungen. So stellt das Oberverwaltungsgericht Münster zusammenfassend fest: „Die Rechtsprechung des Senats und anderer Obergerichte geht davon aus, dass Infraschall – wie auch tieffrequenter Schall – durch Windenergieanlagen nach dem bisherigen Stand

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			wissenschaftlicher Erkenntnisse grundsätzlich nicht zu Gesundheitsgefahren führt“ Quelle: OVG Münster (8. Senat), Urteil vom 22. November 2021 – 8A 973/15. Pathogene Effekte durch von Windkraftanlagen abgegebene Luftdruckpulse sind weder bekannt noch belegt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Die Berücksichtigung von Infraschall auf Ebene der Regionalplanung bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie ist daher weder erforderlich noch geboten.
lfd. Ident-Nr.: 452 Bürgerinitiative Gegenwind Teichhau, Pro Teichhau / Eselsburger Tal e.V. Stn-Id: 170		BE-ID: 706 Darüber hinaus ist der weitere Ausbau von Stromerzeugungsanlagen, deren Erzeugungsleistung ausschließlich von der saisonalen Wetterlage bestimmt wird, energiewirtschaftlich nicht zielführend. Windgeschwindigkeiten, die über der Anlaufgrenze der geplanten Maschinen liegen, treten in diesem Gebiet nur sporadisch auf.	Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium. Ein wichtiges Eignungskriterium für die Suche nach geeigneten Gebieten für die Windenergienutzung sind die Windenergiepotenziale. Im Windatlas 2019 sind diese für ganz Baden-Württemberg berechnet und in einer Karte dargestellt. Die Maßeinheit für das Windenergiepotenzial ist die mittlere gekappte Windleistungsdichte in Watt pro Quadratmeter (W/m²). Es handelt sich um einen Durchschnittswert, der die Windgeschwindigkeit und die Windverteilung in Abhängigkeit der jeweiligen Luftdichte über das Jahr darstellt. Damit wird der zu erwartende Energieertrag am jeweiligen Standort beschrieben. Je höher der Wert, desto mehr Energieertrag ist zu erwarten. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, welche von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Der Windatlas Baden-Württemberg stützt sich auf punktuelle Daten und extrapoliert diese durch Simulationen flächendeckend auf das gesamte Landesgebiet. Es handelt sich damit um Simulationsergebnisse, die von den Rechenmethoden, Grundlagendaten und insbesondere der Kalibrierung an Messpukten abhängen. Damit stellt der Windatlas von Baden-Württemberg eine wichtige und geeignete Planungsgrundlage für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dar. Tatsächliche Windmessungen werden erst zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks vorgenommen, wenn die konkreten Anlagenstandorte bekannt sind. Projektierer nehmen zur Absicherung wirtschaftlicher Risiken in aller Regel immer konkrete Windmessungen – üblicherweise über den Zeitraum eines gesamten Kalenderjahres – vor.
lfd. Ident-Nr.: 452 Bürgerinitiative Gegenwind Teichhau, Pro		BE-ID: 707 Möchte man den dabei erzeugten Strom sinnvoll nutzen, so sind unbedingt zusammen mit dem Bau der Windkraftanlagen entsprechende Stromspeichermöglichkeiten einzurichten. Stehen	Maßgebliche Zielsetzung der vorliegenden Teilfortschreibung ist die Steuerung und raumordnerische Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen und damit die Umsetzung der Landesflächenziele nach § 20 und § 21 KlimaG. Der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Teichhau / Eselsburger Tal e.V. Stn-Id: 170		diese nicht zur Verfügung, so kommt es sehr häufig vor, dass überschüssiger Strom zu negativen Preisen an unsere Nachbarländer abgegeben werden muss. Dieser Fall kann schon heute in den Datensätzen der Bundesnetzagentur regelmäßig beobachtet werden. Die errichteten Windkraftanlagen sind dann ein Zuschussgeschäft, das vom Stromkunden und vom Steuerzahler subventioniert wird.	Ausbau erneuerbarer Energien und deren Speichermöglichkeiten sind wesentlicher Bestandteil der Energiewende. Die konkrete Entwicklung von Möglichkeiten zur Speicherung des erzeugten Stroms ist jedoch nicht Gegenstand dieses Verfahrens. Sie obliegt insbesondere dem jeweiligen Gesetzgeber auf europäischer, bundesdeutscher und landesweiter Ebene, der den entsprechenden gesetzlichen Rahmen setzt. Nach §249a BauGB ist die Herstellung und Speicherung von Wasserstoff in den Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen unter bestimmten Bedingungen möglich.
lfd. Ident-Nr.: 452 Bürgerinitiative Gegenwind Teichhau, Pro Teichhau / Eselsburger Tal e.V. Stn-Id: 170		BE-ID: 708 Deshalb unser klares Votum: . Nein zu weiteren Windvorranggebieten im Regionalplan Ostwürttemberg. . Nein zum Bau weiterer Windkraftanlagen in unserer Region. . Nein zu den von lhnen vorgeschlagenen Windvorranggebieten 57 & 65. Nehmen Sie sich ein Beispiel am Regionalverband Donau-Iller. Sitzen Sie die wenigen Monate der Ampelregierung mit uns zusammen geduldig aus. Es wird eine politische Wende kommen!	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die o.g. gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Für eine zukunftsfähige Energieversorgung sind die erneuerbaren Energien der zentrale Baustein. 2 % der Regionsfläche sollen laut Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen und Windenergie an Land gesichert werden – davon nach den Vorgaben des Bundes 1,8 % für die Windenergie an Land. Ziel dieser Teilfortschreibung ist die Umsetzung dieser gesetzlichen Vorgaben. Das Vorranggebiet 57 wurde aufgrund der Anwendung verschiedener Abwägungsbelange gestrichen. Für das Vorranggebiet 65 erfolgte eine Anpassung der Gebietsabgrenzung aufgrund planungsrelevanter Aspekte.
lfd. Ident-Nr.: 454 Privat Stn-Id: 171	VRG 47 Hornsberg	BE-ID: 709 da ich gestern in der Gemeinderatsitzung war und bei der Diskussion um den Hornberg, den ich auch kenne, schon verwundert bin, dass man dort eine Fläche als Vorranggebiet für Windenergie ausweisen will. Im Anhang ist "Regional bedeutsame Kulturdenkmale in Ostwürttemberg" dort ist eine Karte und der Hornberg als Burgstall gekennzeichnet. Mein Eindruck war, dass der "Hornberg" bei vielen nicht bekannt ist.	Wird zur Kenntnis genommen. Hinweis: Das Vorranggebiet 47 "Hornsberg" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 455 Privat	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 710 gegen die geplante Errichtung von Windkraftanlagen in den	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 172		Plangebieten 53 /54 erheben wir hiermit Einspruch.	
lfd. Ident-Nr.: 455 Privat Stn-Id: 172	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 711 Begründung für den Einspruch: 1. Störung des Wohlbefindens durch den Anblick des pausenlosen Drehens der Rotoren und des aufdringlichen Blinkens in der Nacht. 2. Schlagschatten im Süden und Westen durch drehende Rotoren.	Windenergieanlagen führen bei klaren Wetterbedingungen durch den bewegten Anlagenrotor zu optischen Immissionen und können dadurch als Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.
lfd. Ident-Nr.: 455 Privat Stn-Id: 172	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 713 3. Lärm und Infraschall werden bei den Genehmigungsverfahren zu wenig berücksichtigt und stellen eine Gesundheitsgefahr dar.	Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Analgentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz schreibt zum Thema Infraschall durch Windenergieanlagen unter https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/FAQ/Windenergie/faq-windenergie.html (Stand Juli 2024): „Infraschall-Töne unterhalb einer Frequenz von 20 Hertz - ist alltäglicher und überall präsenter Bestandteil unserer Lebenswelt. Er geht von einer Vielzahl sowohl natürlicher als auch technischer Quellen aus. Natürliche Quellen sind z. B. Wind, Gewitter, Meeresdünung und Vulkane sowie Meteoriten. Zudem gibt es zahlreiche künstliche und technische Infraschall-Quellen wie z. B. Klima- und Lüftungsanlagen, Umspannwerke, Kraftfahrzeuge, Lautsprechersysteme, Kühlschränke und Windenergieanlagen. Die Intensität des Infraschalls von Windenergieanlagen (sog. Schalldruckpegel) ist so gering, dass sie bereits in wenigen hundert Meter Entfernung deutlich unterhalb der menschlichen Wahrnehmbarkeitsgrenze liegt. In den meisten Fällen wird der Infraschall außerdem von natürlichen anderen Geräuschen überdeckt. So haben auch wissenschaftliche Studien bislang keinen Nachweis erbracht, dass der von Windenergieanlagen ausgehende Infraschall eine schädliche Wirkung auf die menschliche Gesundheit hat.“ Das Umweltbundesamt (UBA) kommt zu dem Schluss, dass es keine Evidenz dafür gibt, dass durch Infraschall von Windenergieanlagen gesundheitliche Beeinträchtigungen verursacht werden. Nach heutigem Stand der Forschung ist die Belastung mit Infraschall durch Windenergieanlagen im Vergleich zu anderen Quellen von Infraschall natürlichen oder technischen Ursprungs (Heizungsanlage, Kühlschrank, Straßenverkehr oder Gewitter) zudem gering. Das belegt beispielsweise eine Messkampagne der Landesanstalt für Umwelt (LUBW) zwischen 2013 und 2015. Diese untersuchten tieffrequente Geräusche ab 1 Hz. in der näheren Umgebung von Windkraftanlagen sowie in urbanen und ländlichen Räumen. Die Untersuchung stellt, wie das UBA, unterschiedlichen Quellen und die Omnipräsenz von Infraschall im Alltag fest. Windkraftanlagen leisteten hierzu aber keinen wesentlichen Beitrag da deren Pegel schon in 300 m Entfernung zur Windkraftanlage deutlich unterhalb der Wahrnehmungsgrenze liegt. (Tieffrequente Geräusche inkl. Infraschall von Windkraftanlagen und anderen Quellen – Bericht über Ergebnisse des Messprojektes 2013-2015, LUBW 2016: https://pudi.lubw.de/detailseite/-/publication/84558). Um den aktuellen Kenntnisstand zu Infraschall von Windenergieanlagen zu festigen und zu erweitern, beobachten das Bundesministerium für

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Wirtschaft und Klimaschutz und das Umweltbundesamt kontinuierlich die Entwicklung wissenschaftlicher Studien. Damit ist sichergestellt, dass neue Entwicklungen und gesicherte Erkenntnisse frühzeitig bekannt werden (vgl. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/4031/publikationen/umid_01-2021-infraschall.pdf). Bereits mehrere Gerichte haben sich mit dem Thema Infraschall beschäftigt und unterstützen die obenstehenden Ausführungen. So stellt das Oberverwaltungsgericht Münster zusammenfassend fest: „Die Rechtsprechung des Senats und anderer Obergerichte geht davon aus, dass Infraschall – wie auch tieffrequenter Schall – durch Windenergieanlagen nach dem bisherigen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse grundsätzlich nicht zu Gesundheitsgefahren führt“ Quelle: OVG Münster (8. Senat), Urteil vom 22. November 2021 – 8A 973/15
lfd. Ident-Nr.: 455 Privat Stn-Id: 172	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 714 4. Der zu geringe Abstand zur Wohnbebauung führt zu einem Wertverlust unserer Immobilie.	Die Teilfortschreibung dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Beurteilung des Immobilienwertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob Wertminderungen durch Windenergieanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls, insbesondere im Falle eines tatsächlichen Verkaufs der Immobilie ab. Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass der Wert und die Preisentwicklung von Immobilien von ökonomischen und demografischen Einflüssen dominiert werden und nicht von Windenergieanlagen. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kaum möglich, den Anstieg oder den Rückgang des Verkehrswertes eines bebauten oder unbebauten Grundstücks auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen (s. Landtag von Baden-Württemberg (2019): Kleine Anfrage des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Wertminderung von Immobilien infolge von Windkraftanlagen II (Drucksache 16 / 5820), 26. Februar 2019, Stuttgart (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5820_D.pdf). Daher und wegen des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ist es aus Sicht des Regionalverbands weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen.
lfd. Ident-Nr.: 455 Privat Stn-Id: 172	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 715 5. Unzumutbare Beeinträchtigung des Landschaftsbildes im Naherholungsgebiet "Härtsfeld" durch hohe Windkraftanlagen und Überlandleitungen.	Die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfergebnisse werden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Obwohl mit dem hier vorgebrachten Belang allein kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird aufgrund einer gleichzeitig hohen Betroffenheit anderer Belange in der regionalplanerischen Abwägung der Nutzung der Windenergie kein Vorrang eingeräumt.
lfd. Ident-Nr.: 455 Privat Stn-Id: 172	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 716 6. Beeinträchtigung ungestörten Wanderns durch die erdrückende Wirkung der Anlagen und Eiswurf bei Vereisung der Totorblätter.	Bezüglich einer optisch bedrängenden Wirkung gilt seit dem 01.02.2023 § 249 Abs. 10 BauGB, wonach der öffentliche Belang einer optisch bedrängenden Wirkung einem Windenergievorhaben in der Regel nicht entgegensteht, wenn der Abstand von der Mitte des Mastfußes der Windenergieanlage bis zu einer zulässigen baulichen Nutzung zu Wohnzwecken mindestens der zweifachen Gesamthöhe der Windenergieanlage entspricht. Diese Regelung bezieht sich allerdings nur auf baulichen Wohnnutzung, nicht auf Erholungsnutzung in der freien Landschaft. Mit dem Umgebungsabstand von 1.000 m zu Wohngebieten u.ä. werden bezüglich der optisch bedrängenden Wirkung den rechtlichen Vorgaben Folge geleistet. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Gefahr durch Eiswurf von Rotoren ist ein Aspekt, der durch technische Maßnahmen vermieden oder vermindert werden kann. Dieser Aspekt geht über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinaus und ist in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft.
lfd. Ident-Nr.: 455 Privat Stn-Id: 172	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 717 7. Zerstörung von Flora und Fauna im angrenzenden Waldgebiet.	Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 455 Privat Stn-Id: 172	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 718 Zudem ist es sehr befremdend, dass auf der Karte nicht einmal unser Wohnort Niesitz eingetragen ist. Da kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Anlagen in die dünn besiedelte Peripherie verschoben werden, da dort von der Bevölkerung der geringste Widerstand zu erwarten ist.	Der Eindruck ist nicht zutreffend. Die Ermittlung der Vorranggebiete durch Anwendung der im Kriterienkatalog festgelegten Ausschlusskriterien erfolgte nicht auf Basis der zur Darstellung des 1. Anhörungsentwurfs verwendeten Kartengrundlage, sondern mit einem georgraphischen Informations-System (GIS-Programm) anhand vorhandener Daten des Landes Baden-Württemberg. Bei der Berücksichtigung beispielsweise der 1000m-Siedlungsabstände wurden alle Wohn- und Mischgebiete (inkl. Dorfgebiete), sowie im Außenbereich alle Gebäude mit Wohnnutzung berücksichtigt. Die Bevölkerungsdichte wurde bei der Ermittlung der Vorranggebiete nicht berücksichtigt.
lfd. Ident-Nr.: 455 Privat Stn-Id: 172	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 719 Außerdem ist unser beschaulicher Wohnort durch die große Anzahl bereits bestehender Windkraftanlagen schon genug benachteiligt. Hinzu kommen noch die fehlende Anbindung an den ÖPNV, die fehlende Infrastruktur, die weiten Entfernungen zum Gesundheitswesen und für berufstätige Ehepaare der Kauf eines Zweitwagens.	Wird zur Kenntnis genommen. Bestehende Belastungen durch Windenergiegebiete bzw. Windenergieanlagen werden bei der Prüfung des Kriteriums "Überlastungsschutz" berücksichtigt. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013).
lfd. Ident-Nr.: 455 Privat Stn-Id: 172	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 720 Wir bitten Sie deshalb, mit unserem Anliegen der Wertschätzung der Bevölkerung Sorge zu tragen und die geplanten Windkraftanlagen in weniger belasteten Gebieten zu erstellen. Wir haben unser Haus gebaut, bevor die Windkraft kam und tragen durch PV-Anlage und Solartherme zu erneuerbaren Energien bei.	Wird zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg aufgrund anderer Anregungen und zur Begrenzung der Raumbelastung in diesem Bereich nicht weitergeführt. Das Vorranggebiet 54 "Ebnat" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 457 Privat Stn-Id: 178	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 721 bei den ausgewiesenen Gebieten handelt es sich um Naherholungsgebiete und schützenswerte Naturlandschaften "Wald", die auch für den Artenschutz wichtig sind. Zusammenhängende Waldgebiete und Rückzugsorte für Wildtieren werden minimiert und zerstört.	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			-funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind dabei nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung sowie ökologisch (besonders) hochwertige Waldlebensräume werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Bspw. wird hierbei auch die potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion behandelt. Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungs- und Waldfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Weiterhin wird durch die regionale Steuerung ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 457 Privat Stn-Id: 178	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 723 Wie der mensch Körper langfristig auf die Auswirkungen der Windkrafträder reagiert, kann aufgrund mangelnder Erfahrung noch gar nicht abgeschätzt werden.	Der wissenschaftliche Konsens weist auf, dass durch Windenergieanlagen mit Schutzabständen zur Wohnbebauung keine allgemeine Gesundheitsgefahr gegeben ist. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung des Schutzgutes Mensch, insbesondere der menschlichen Gesundheit, wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch auf. Die berücksichtigten Ausschluss- und Konfliktkriterien hinsichtlich des Schutzgutes Mensch sind angesichts der Maßgaben des § 2 EEG auf regionaler Planungsebene ausreichend. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen eingegrenzt und im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) detailliert geprüft. Dabei werden sowohl Schallemissionen als auch andere potenziell schädliche Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 457 Privat Stn-Id: 178	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 724 In Giengen gibt es seit vielen Jahrzehnten einen Verkehrslandeplatz der Fliegergruppe Giengen auf der Irpfel. Durch den Bau weiterer ortsnaher Windräder ist auch der weitere Betrieb dieser Institution gefährdet.	Die im Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 festgelegten Schutzabstände zu Flugplätzen und weitere Belange der Flugsicherheit wurden bei der Festlegung des Vorranggebiets 68 "Giengen an der Brenz" berücksichtigt (vgl. auch Kriterienkatalog). Darüber hinaus erfolgte nach der 1. Anhörung der vorliegenden Teilfortschreibung eine Abstimmung mit der zuständigen Luftfahrtbehörde, um potenziell betroffene luftfahrtrechtliche Belange zu prüfen und Lösungsmöglichkeiten zu erörtern. Für den in der Stellungnahme genannten Flugplatz konnte durch die vorliegende Planung keine erhebliche Beeinträchtigung festgestellt werden (vgl. auch Stellungnahme des Regierungspräsidiums

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Stuttgart (Ident-Nr.: 187)). Die Prüfung von Abständen für konkrete Bauvorhaben erfolgt in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 457 Privat Stn-Id: 178	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 725 Anmerken möchte ich noch, dass das seit 2019 entstandene Industriegebiet GIP an der A7 auch bereits zu Zeiten der Energiewende entstanden ist. Auf den gesamten Dachflächen der neu gebauten Halle wurde ...aus welchen Grude auch immer... darauf verzichtet diese Flächen für Photovoltaik zu nutzen. Für mich ist es ein gravierender Widerspruch wenn ständig neue Flächen zerstört weren, anhand bestehender anderer Möglichkeiten einen Beitrag zur Energiewende zu leisten.	Die Anmerkung wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 458 EnBW Energie Baden-Württemberg AG Stn-Id: 186		BE-ID: 726 die EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) begrüßt ausdrücklich die Möglichkeit als Projektentwicklerin für Windenergie in Ihrem Verfahren angehört zu werden. Wir bedanken uns für die geleistete Arbeit und nehmen im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung Windenergie Stellung. Kriterienkatalog Zunächst möchten wir die Gelegenheit nutzen, um zu den nachstehenden Aspekten Ihres Kriterienkatalogs unsere Position darzulegen. Windhöffigkeit Wie genau können die Kategorien der Windhöffigkeit verstanden werden? Sind Gebiete die eine Eignung mit niedriger Priorität (0 und 1) noch in den Potenzialflächen enthalten? Die allgemeine Berücksichtigung von Flächen mit einer Windleistungsdichte von unter 190 W/m2 ist unseres Erachtens nicht zielführend. Diese Flächen sollten in der Potenzialfläche nicht weiter betrachtet werden. Sollten jedoch Windmessungen eine andere Windhöffigkeit prognostizieren als der Windatlas, so ist eine Ausnahmeregelung durchzuführen, die eine Berücksichtigung doch wieder möglich macht. Abstände zu Bebauung Für einen Nachtwert von 35 dB(A) nach TA Lärm wurde ein Abstand von 1.000 m gewählt, sodass ein ausreichender Schutz der	Die Hinweise und Anregungen werden zur Kenntnis genommen. Den Anregungen zur Änderung der Planungskriterien wird nicht gefolgt. Zu "Windhöffigkeit": Im 1. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 sind auch Bereiche / Gebiete mit einer laut Windatlas (LUBW, 2019) mittleren gekappten Windleistungsdichte <190 W/m² enthalten, da sich diese überwiegend in der unmittelbaren Umgebung zum bestehenden Windparken befinden. Da in diesen Bereichen bereits Windenergieanlagen sowie die dazugehörige Infrastruktur vorhanden sind, wurden diese nicht pauschal für die Nutzung der Windenergie ausgeschlossen, sondern als Potenzialgebiete in die Gebietskulisse der ersten Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufgenommen. Dem Regionalverband wurden für einige geplante Vorranggebiete in Bereichen mit Windleistungsdichten <190 W/m² laut Windatlas (LUBW, 2019) Nachweise vorgelegt, die eine höhere Windhöffigkeiten und / oder das konkrete Umsetzungsinteresse von Windenergieanlagen belegen. Daher wird für diese Vorranggebiete hinsichtlich des Kriteriums der Windhöffigkeit eine positive Umsetzungsprognose zu Grunde gelegt. Das gesetzlich geforderte Flächenziel (in der Region Ostwürttemberg noch 0,3%, da bereits 1,5% mit bestehenden, rechtsverbindlichen Vorranggebieten aus der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 umgesetzt) wird mit Vorranggebieten in Bereichen von >215 W/m² gem. Windatlas des LUBW (2019) erfüllt. Darüber hinaus ist die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen). Die Teilfortschreibung Windenergie 2025

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Bürger*innen im Hinblick auf die Immissionen der WEA erreicht wird. Wir erachten es für nicht nachvollziehbar warum dann bei Richtwerten von 40 dB(A) und 45 dB(A) die gleichen Abstände (1000 m) festgelegt werden. In diesem Fall wären kleinere Abstände ausreichend, um die Grenzwerte einzuhalten. Sachlich und fachlich ist das nicht verständlich und entspricht unserer Ansicht nach einer falschen Abwägung. Der einzig gesetzlich festgelegte Abstand ergibt sich aus dem § 249 (10) BauGB, dieser beträgt die zweifache Höhe der Windenergieanlage (2H). Unter der Annahme das heutige und zukünftig zu planende Windenergieanlagen eine Gesamthöhe von 300 m haben, ergibt sich hieraus ein Abstand von 600 m zu Wohngebäuden. Der Verweis auf die TA Lärm ist nicht zielführend, da die TA Lärm erst im Genehmigungsverfahren eine Relevanz entfaltet. Durch Abschaltungen der Windenergieanlagen kann die Einhaltung der Vorgaben der TA Lärm am entsprechenden Emissionspunkt gewährleistet werden. Zusätzliche Pufferung von Schutzgebieten Für die Festlegung pauschaler Abstände zu Natur- und Artenschutzgebieten gibt es keine rechtliche und sachliche Grundlage. Die Begründung der Einhaltung eines Vorsorgeabstandes ist nicht nachvollziehbar. Im Rahmen der Schutzgüterabwägung würde dieses Kriterium dem Vorrang des Ausbaus der erneuerbaren Energien unterliegen, sodass die Errichtung und der Betrieb der Anlagen auf diesen Flächen möglich wären. Darunter fallen die Abstände von 200 m zu den Naturschutzgebieten, Bann- und Schonwäldern, Waldrefugien und FFH-Gebieten. Sowie die Abstände von 700 m zu europäischen Vogelschutzgebieten und Rast- und Überwinterungsgebieten von Zugvögeln mit internationaler und nationaler Bedeutung. Eine Abstufung des Puffers zwischen 700 und 200 m erschließt sich für uns auch nicht, da sich aus den uns vorliegenden Unterlagen keine eindeutigen Hinweise für diese unterschiedliche Bewertung ergeben. Umgang mit Fachbeitrag Artenschutz Klare und nachvollziehbare Abwägungskriterien hinsichtlich des Umgangs mit dem Fachbeitrag Artenschutz müssen Grundlage der Ausweisung sein. Zielsetzung muss sein, auch in möglichen Konfliktflächen windhöffige Standorte zur Nutzung durch Windenergie auszuweisen.	dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung und damit der Flächensicherung gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Zu "Abstände zu Bebauung": Im Kriterienkatalog werden die betreffenden Inhalte klarstellend formuliert / angepasst. Der im Plankonzept festgelegte und angewandte Umgebungsabstand von 1.000m zu bestimmten Siedlungsbereichen ist ein vom politischen Gremium des Regionalverbandes (Verbandsversammlung) beschlossenes Kriterium. Die TA Lärm sowie §249 (9) und (10) stellen für den Siedlungsabstand wesentliche Leitlinien dar. Zu "Zusätzliche Pufferung von Schutzgebieten": Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Innerhalb dieser Region wurde ein ausgewogenes Planungskonzept entwickelt. Bekannte, besonders sensible, stetige Lebensräume geschützter Arten, welche häufig bereits Teil geschützter Lebensräume (Biotope, Naturschutzgebiete, FFH-Mähwiesen, etc.) sind und den gesetzlichen Schutzanforderungen unterliegen, sind im Rahmen der Planungskriterien berücksichtigt. Das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 definiert zudem zu bestimmten Artenschutzgebieten Umgebungsabstände, um die natur- und artenschutzfachlichen Belange umfassend zu berücksichtigen. Durch eine differenzierte Betrachtung der Natura2000-Gebiete anhand von Schutzzielen zu windkraftsensiblen Arten wird bereits auf regionalplanerischer Ebene ein möglicher Konflikt mit den Artenschutzbelangen minimiert. Die Umgebungsabstände werden seitens der zuständigen Fachbehörden ausdrücklich begrüßt. Weiterhin ist die Festlegung dieser Abstände unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten (große Potenziale für die Nutzung der Windenergie) plausibel. Das gesetzlich geforderte Teilflächenziel gem. § 20 KlimaG wird - auch bei Berücksichtigung dieser Abstände - erreicht. Eine Abschichtung der Einhaltung der Abstände zu diesen Gebieten ist daher weder erforderlich noch vorgesehen. Zu "Umgang mit Fachbeitrag Artenschutz": Das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 umfasst und berücksichtigt artenschutzfachliche Belange gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie der verbindlichen Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) auf Ebene der Regionalplanung. Insbesondere durch die Anwendung des o.g. Fachbeitrags Artenschutz erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes auf der genannten Planungsebene gem. den Empfehlungen des Landes, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes im nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 458 EnBW Energie Baden-Württemberg AG Stn-Id: 186	VRG 63 Erweiterung Gussenstadt	BE-ID: 727 Projekt Gussenstadt III – Windvorranggebiet 63 Die EnBW plant im Vorranggebiet 63 zwischen den Ortschaften Gussenstadt und Söhnstetten ein Windenergievorhaben mit 6 Windenergieanlagen. Das Gebiet ist ein sehr vielversprechendes Gebiet für die Nutzung der Windenergie. Die Begrenzung der Fläche nach Osten können wir nicht nachvollziehen. Hier wurden Abstände zu der Einzelbebauung von 1.000 m festgelegt. Dies ist zur Einhaltung des Grenzwertes von 45 dB(A) nicht notwendig. Hier würde auch ein geringerer Abstand ausreichen. Deshalb empfehlen und begrüßen wir die Erweiterung des Vorranggebiets nach Osten und die Beibehaltung dieses Windvorranggebietes im Region	Die Hinweise zu dem geplanten Windvorhaben werden zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 63 "Erweiterung Gussenstadt" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst (u.a. Thema Überlastungsschutz und Bestand einer FF-PV-Anlage). Der Anregung zur Erweiterung des Vorranggebiets wird aufgrund entgegenstehender planerischer Kriterien (s. Kriterienkatalog) nicht gefolgt.
lfd. Ident-Nr.: 458 EnBW Energie Baden-Württemberg AG Stn-Id: 186		BE-ID: 729 Heubach – Windvorranggebiete 59 und 60 Die EnBW plant in Heubach in den Windvorranggebieten 59 und 60 zusammen mit der Gemeinde ein Windenergievorhaben. Die aktuellen Analysen überschneiden sich mit den Ausweisungen der Vorranggebiete. Vergleicht man den Lageplan mit einem Maßstab von 1:75.000 mit der Strategischen Umweltprüfung 1:50.000 so erhält man unterschiedliche Ergebnisse für die Vorranggebiete. Hier empfehlen und begrüßen wir es, wenn die größere Fläche aus der Strategischen Umweltprüfung im weiteren Verfahren berücksichtigt wird. Wir halten es für richtig die Belange Landschaftsschutzgebiet, Bodenschutzwald und Wasserschutzwald im späteren Genehmigungsverfahren zu erörtern. Darüber hinaus erschließt es sich uns nicht auf welcher Datengrundlage ein Bodenschutzwald und ein Wasserschutzwald angenommen wird.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Vorranggebiete 59 "Utzenberg und 60 "Rechberger Buch" sind für die Nutzung der Windenergie geeignet; die Gebiete sollen im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt werden. Die Gebiete werden aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst (u.a. Nachmeldung Einzelgehöft). Der Entwicklung des Regionalplans lagen eine Vielzahl an Kriterien zu Grunde. Die SUP hat das Planwerk und die entwickelten Vorranggebiete systematisch geprüft und entsprechende Hinweise zu Umweltthemen gegeben. Im Zuge der Planentwicklung konnten einige Konflikte gelöst werden, andere nicht. In den Gebietsbriefen werden Hinweise zu notwendigen Betrachtungen auf nachgeordneter Ebene aufgezeigt. Der in den Hinweisen zu den Gebieten aufgeführte Boden- und Wasserschutzwald basiert auf den von der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg (FVA) zur Verfügung gestellten Daten.
lfd. Ident-Nr.: 458 EnBW Energie Baden-Württemberg AG Stn-Id: 186	VRG 58 Erweiterung Lauterburg	BE-ID: 730 Erweiterung Lauterburg – Windvorranggebiet 58 Wir möchten die Auswahl des Windvorranggebiets 58, die Erweiterung des Vorranggebiets Lauterburg positiv hervorheben. Hier sieht die EnBW das Gebiet als vielversprechend für die Windenergie. Die Einschränkung der Fläche nach Osten können wir nicht nachvollziehen. Hier wurde ein Puffer von 700 m um das Vogelschutzgebiet gewählt. Für die Festlegung pauschaler Abstände zu Natur- und Artenschutzgebieten gibt es keine	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 58 "Erweiterung Lauterburg" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst (u.a. Flugsicherung). Der Anregung zur Erweiterung des Vorranggebiets wird aufgrund entgegenstehender planerischer Kriterien (s. Kriterienkatalog) nicht gefolgt -

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		rechtliche und sachliche Grundlage. Die Begründung der Einhaltung eines Vorsorgeabstandes ist nicht nachvollziehbar. Im Rahmen der Schutzgüterabwägung würde dieses Kriterium dem Vorrang des Ausbaus der erneuerbaren Energien unterliegen, sodass die Errichtung und der Betrieb der Anlagen auf diesen Flächen möglich wären. Daher begrüßen wir es, wenn die Vorrangfläche nach Osten bis zur Grenze des Vogelschutzgebietes erweitert wird	Verweis auf die Abwägung zur BE ID 726.
lfd. Ident-Nr.: 458 EnBW Energie Baden-Württemberg AG Stn-Id: 186	VRG 48 Erweiterung Waldhausen / Beuren	BE-ID: 732 Lauchheim / Bopfingen / Aalen-Waldhausen – Windvorranggebiet 48, 48/1 und 48/2 Die EnBW plant auf den Gemeinden Aalen-Waldhausen, Lauchheim und Bopfingen Windenergievorhaben. Die Planungen liegen zum Teil in den bereits ausgewiesenen Vorranggebieten und in der Erweiterung des Vorranggebiets 48, 48/1. Die Ausweisung der Fläche in der aktuellen Offenlage wollen wir positiv hervorheben. Eine interne Analyse von Seiten der EnBW überschneidet sich mit der Flächenkulisse des Regionalverbands. Darüber hinaus besteht hier bereits ein Windpark, wodurch Bündelungseffekte erzielt werden können. Das Windpotential spricht ebenfalls für eine Eignung der beiden Flächen. In der Region entstehen weitere Windparks (siehe Kumulationsraum aus der SUP) und durch einen gemeinsamen Netzanschluss können diese Projekte zusammengefasst werden. Daher würden wir es begrüßen, wenn die Flächen weiterhin im Regionalplan ausgewiesen werden.	Die Hinweise zum geplanten Windvorhaben und die weiteren Anmerkungen zur Eignung werden zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 48 "Erweiterung Waldhausen / Beuren" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb es im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst (u.a. Flugsicherung, Rohstoffsicherung, Denkmalschutz).
lfd. Ident-Nr.: 458 EnBW Energie Baden-Württemberg AG Stn-Id: 186	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 734 Unterschneidheim – Windvorranggebiet 45 Die EnBW projektiert im Windvorranggebiet 45 in Unterschneidheim ein Windenergievorhaben mit derzeit 6 Windenergieanlagen. Im Gebiet befindet sich das FFH-Gebiet „Rotachtal“, das offenkundig mit einem Abstandspuffer von 200 m versehen wurde. Wir halten diesen pauschalen Abstandspuffer für nicht zielführend und sehen keine Rechtsgrundlage hierfür. Eine eventuelle Beeinträchtigung muss im späteren Immissionsschutzrechtlichen Verfahren geprüft werden. Wir begrüßen die Ausweisung des Vorranggebietes 45 und regen eine Vergrößerung des Gebietes hin zum FFH-Gebiet an.	Die Hinweise zu dem geplanten Windvorhaben werden zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 45 "Unterschneidheim / Tannhausen" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Der Anregung zur Erweiterung des Vorranggebiets wird aufgrund entgegenstehender planerischer Kriterien (s. Kriterienkatalog) nicht gefolgt - Verweis auf die Abwägung zur BE ID 726 dieser Stellungnahme.
lfd. Ident-Nr.: 458 EnBW Energie Baden-Württemberg AG Stn-Id: 229		BE-ID: 933 wir würden gerne eine Ergänzung zu unserer am Freitag, den 28.06.2024 eingereichten Stellungnahme nachreichen. Diese wurde in Form eines Dokumentes mit der Bezeichnung 20240628_Stellungnahme_RVO eingereicht. Diese Stellungnahme bezieht sich auf das Gebiet Heubach – Windvorranggebiete 59 und 60 und insbesondere auf die SUP ab S.	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		72ff. Hier werden Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung von schädlichen Umweltauswirkungen auf Genehmigungsebene im Hinblick auf verschiedene Schutzgüter bzw. bestimmte Kriterien (Umweltbelange) aufgeführt. --- Ausschnitt Tabelle 9 SUP --- Diese Belange werden im späteren Genehmigungsverfahren geprüft, da zur Bewertung der Umweltauswirkungen ein konkretes Vorhaben vorhanden sein muss. Sollten aus Sicht der Genehmigungsbehörde Auflagen zur Vermeidung und Minimierung der Umweltauswirkungen nötig sein, werden diese gerne von der EnBW umgesetzt.	
lfd. Ident-Nr.: 460 Statkraft Erneuerbare GmbH Stn-Id: 189	Kartenteil VRG 49 Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen	BE-ID: 739 Wir begrüßen zunächst die umfangreichen und zusätzlichen Flächenausweisungen von Vorranggebieten für die Windenergie im Sinne des § 2 (1) WindBG in der vorliegenden Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplan Ostwürttemberg. Aufgrund der hohen Bedeutung der Windenergie beim Umbau der Energieerzeugung hin zu erneuerbaren Erzeugungstechnologien, muss in naher Zukunft ein deutlicher Zubau von Windenergie-anlagen vor allem Onshore erfolgen. Eine rasche und umfassende Bereitstellung von entsprechenden Flächen ist dafür eine Grundvoraussetzung, um den steigenden Strombedarf durch erneuerbare Energien im Zuge der Energiewende decken zu können. Dem Land Baden-Württemberg, das als Flächenland bisher die wenigsten Windenergieanlagen in Betrieb genommen hat, kommt hier eine besondere Aufgabe zu. Zu den offengelegten Unterlagen legen wir Ihnen form- und fristgerecht die nachfolgende Stellungnahme vor und beantragen die Berücksichtigung der nachfolgenden Aspekte. I. Allgemeine Informationen zu Statkraft Statkraft ist als Unternehmen des norwegischen Staats bereits seit über 125 Jahren auf dem Feld der erneuerbaren Energien tätig und erzeugt Strom aus Wasser, Wind, Sonne und Gas. Mit über 6.000 Mitarbeitern in mehr als 20 Ländern setzt sich Statkraft für eine nachhaltige Energiezukunft ein und leistet damit weltweit einen Beitrag zum Klimaschutz. Statkraft ist seit 1999 in Deutschland vertreten und plant, entwickelt und betreibt deutschlandweit erfolgreich Windparks. Unsere starken regionalen Verankerungen	Zu I & II: Die Ausführungen und Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Regionalverbände haben die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Das verbindlich vorgegebenen Teilflächenziel gemäß § 20 KlimaG wird für die Region Ostwürttemberg mit den bestehenden und geplanten Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfüllt. Ob und inwiefern das gesetzlich geforderte Mindestflächenziel überschritten wird, obliegt der Entscheidung des politischen Gremiums (Verbandsversammlung) des Regionalverbandes Ostwürttemberg. Darüber hinaus erfolgt mit der Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen auf Ebene der Regionalplanung keine abschließende Gebietsausweisung für Windenergieanlagen (vgl. § 11 Abs. 7 LplG). Kommunen haben weiterhin die Möglichkeit auf Ebene der Bauleitplanung selbst Konzentrationszonen für Windenergieanlagen auszuweisen (vgl. § 245e Abs. 1 BauGB). Diese zusätzliche planerische Steuerungsmöglichkeit von Windenergievorhaben bietet Städten und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		durch die Regionalbüros in Lingen, Schweinfurt, Birkenfeld und Berlin ermöglichen es, feste Netzwerke mit Bürgern, Eigentümern und Kommunen aufzubauen und gemeinsam erneuerbare Projekte umzusetzen. Ende des Jahres 2021 hat Statkraft in der Region Ostwürttemberg die vier Windparks Lauterburg, Waldhausen, Weilermerkingen und Birkenzell im Rahmen eines Portfoliokaufs erworben, mit dem Ziel diese nach deren Lebensende innerhalb der nächsten Jahre durch ein Repowering zu erneuern. In enger Abstimmung mit den Eigentümerinnen und Eigentümern sind hierfür Flächen durch Gestattungsverträge für die zukünftige Windenergienutzung bereits gesichert worden. Statkraft hat sich in der Zusammenarbeit mit Kommunen und Bürger als zuverlässiger Partner in der Region bereits bewiesen. Eine übergeordnete Flächenausweisung hat das Potenzial, eine konfliktfreie Umsetzung der Energiewende zu ermöglichen. Daher möchten wir uns bereits sehr früh mit diesen in Frage kommenden Flächen für erneuerbare Energien in Ihr Planungsverfahren einbringen. II. Bereits ausgewiesene Windenergiegebiete In der Begründung wird darauf hingewiesen, dass mit der Teilfortschreibung „Erneuerbare Energien“ aus dem Jahr 2014 bereits 1,5% der Regionsfläche als Vorranggebiete ausgewiesen wurden. In einigen ausgewiesenen Vorranggebieten wurde aber auch nach 10 Jahren noch keine Windenergieanlage errichtet bzw. diese nur teilweise bebaut. Aus diesem Grund ist davon auszugehen, dass diesen Bereichen Restriktionen unterliegen und somit faktisch nicht der Windenergie zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund können sie nicht dem Flächenziel zugerechnet werden. Darüber hinaus gibt es Vorranggebieten, die durch Bebauungspläne Höhenrestriktionen unterworfen sind. Auch diese Gebiete dürfen gemäß WindBG nicht dem Flächenbeitragswert zugerechnet werden. Zur Erfüllung des von der Bundes- und Landesregierung vorgegebenen Flächenbeitragswert und somit auch zum Erreichen der Rechtsicherheit, ist es erforderlich faktisch deutlich mehr Fläche als 1,8 % auszuweisen, da damit zu rechenen ist, dass manche Gebiete nicht dem Flächenbeitragswert angerechnet werden dürfen. Wir regen einen Zielwert mindestens 2,5 % an.	Gemeinden die Chance, die Nutzung der Windenergie in kommunale Projekte wie bspw. die kommunale Wärmeplanung einzubinden, Bürgerwindenergieprojekte gezielt kommunal umzusetzen sowie die Standortvorteile für Gewerbe und Wohnen durch vergünstigten lokalen Strom aus erneuerbaren Energien weiterhin auszubauen. Zu II: Die seit 2014 rechtsverbindliche Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 bleibt unverändert bestehen. Lediglich drei der 20 rechtsverbindlichen Vorranggebiete sind noch nicht mit Windenergieanlagen bebaut. Durch die neuen gesetzlichen Regelungen und Erleichterungen für den Ausbau Erneuerbarer Energien bleibt die positive Umsetzungsprognose für die drei genannten, noch nicht bebauten Vorranggebiete bestehen. Die angesprochenen Höhenrestriktionen belaufen sich auf den Regelungsgehalt von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen. In der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 sind keine Höhenbeschränkungen definiert. Die Anrechenbarkeit von Gebieten mit Höhenbegrenzungen wird gem. § 4 (1) WindBG nur für Pläne eingeschränkt, die nach dem 1.2.2023 wirksamgeworden sind. Demnach sind die Vorranggebiete der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 auf das Flächenziel anrechenbar (vgl. § 4 Abs. 1 WindBG). Das verbindlich vorgegebenen Teilflächenziel gemäß § 20 KlimaG wird für die Region Ostwürttemberg mit den bestehenden und geplanten Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfüllt. Ob und inwiefern das gesetzlich geforderte Mindestflächenziel überschritten wird, obliegt der Entscheidung des politischen Gremiums (Verbandsversammlung) des Regionalverbandes Ostwürttemberg. Zu III: Der Anregung wird teilweise / sinngemäß gefolgt. Der Plansatz zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 wurde entsprechend der Anregungen zur 1. Anhörung überarbeitet.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		III. Differenzierung zwischen Raumbedeutsamkeit und Regionalbedeutsamkeit Nach der Analyse der Unterlagen stellt sich für uns die Frage, warum bei der Ausweisung der Vorranggebiete zwei unterschiedliche Ziele in Ansatz gebracht werden, die im Grunde die gleiche Aussage treffen. Es lässt sich nicht nachvollziehen, warum bei dem Ziel 4.2.2.1 (1) die Raumbedeutsamkeit von Windenergieanlagen (WEA) erwähnt wird, während beim Ziel 4.2.2.1 (2) nur noch der Begriff regionalbedeutsam genannt wird. Vor dem Hintergrund, dass moderne Großwindanlagen in der Regel als raumbedeutsam einzustufen sind, und die Unterscheidung zwischen raum- und regionalbedeutsam nicht näher erläutert wird, bitten wir um Klärung des Sachverhalts und der damit verbundenen planerischen Intention. Vor dem Hintergrund der Flächengrößen von häufig über 100 ha ist bei der Umsetzung auch nicht von Einzelanlagen auszugehen, bei denen im Zusammenhang mit bestehenden WEA ggf. nicht zwingend von einer Raumbedeutsamkeit ausgegangen werden muss und dies erst im Einzelfall zu prüfen wäre. Aus unserer Sicht sollte der planerische Ansatz dahingehend überprüft werden, ob die beiden Kategorien der Vorranggebiete zusammengefasst und vereinheitlicht werden können.	
lfd. Ident-Nr.: 460 Statkraft Erneuerbare GmbH Stn-Id: 189	Kartenteil VRG 49 Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen	BE-ID: 740 IV. Vorranggebiet Erweiterung Weilermerkingen/Dehlingen (49) Bei der Erweiterungsfläche Weilermerkingen/Dehling (49) handelt es sich um ein überaus geeignetes Potentialgebiet, weshalb wir im Folgenden auf die Vorzüge eingehen wollen: a. Anrechnung auf das erforderliche Flächenziel Bisher ist für das Stadtgebiet Neresheim das Windvorranggebiet „Weilermerkingen/Dehlingen“ mit einer Größe von 71 ha ausgewiesen. Dies entspricht einem Flächenbeitragswert von nur 0,6 % der kommunalen Fläche und liegt damit noch weit unter einem anzustrebenden Zielwert von mindestens 2,5 %. Durch die Erweiterung des Windvorranggebiets können zusätzlich ca. 351 ha dem Ausbau der Windenergie bereitgestellt und ein substanzieller Beitrag zur Erreichung des Flächenziels geleistet werden. b. Vorbelastung durch Bestandswindpark Bei diesen Flächen sollte die Nähe zu den bereits bestehenden Anlagen sowie die großräumigen Faktoren bei der Bewertung stärker Berücksichtigung finden. Hier wird ein bereits erschlossener Standort deutlich außerhalb von großen unzerschnittenen Räumen und von Räumen mit hoher/sehr hoher Gesamtbewertung des Landschaftsbildes erweitert und besser genutzt. Auch ist dieser Standort mit vergleichsweise geringen Einsehbarkeiten aus den umliegenden Landschaftsbereichen	Zu IV. a) In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Zu IV. b) Die Nähe zu bestehender Infrastruktur und zu bestehenden Windenergiegebieten wird im Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 als sog. Eignungsfaktoren berücksichtigt. Auf die Bewertung der angesprochenen Schutzgüter (Landschaftsbild, Fläche) in der SUP zur Teilfortschreibung wird verwiesen. Zu IV. c)

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		verbunden, so dass die landschaftlichen Wirkungen auch vor dem Hintergrund der bestehenden 9 Windenergieanlagen vergleichsweise begrenzt sind. c. Vorbelastung durch den Steinbruch Neresheim-Dehlingen Die Einstufung der Flächen 49/2 und 49/4 als „konfliktbehaftet“ ist nicht nachvollziehbar. Bei der Bewertung des gesamten Windvorranggebiets (49/1-4) sollte die Vorbelastungen durch den Steinbruch Neresheim-Dehlingen erwähnt und berücksichtigt werden. Die Abbautätigkeiten sind mit erheblichen Eingriffen in Natur und Landschaft durch Lärm- und Staubemissionen sowie den Verlust von Biotopen, Ökosystemen und Landschaftsbereichen verbunden. Dies wurde bei der Bewertung des Standortes in keiner Weise berücksichtigt, was zu einer Überbewertung des Ausgangszustandes und des potenziellen Eingriffs durch mögliche Windenergieanlagen führt. Hier sollte aus unserer Sicht nachgebessert und die Bewertungen noch einmal überprüft werden. d. Lage der Potenzialfläche in Gebiet mit geringer Bevölkerungsdichte Das potenzielle Vorranggebiet grenzt direkt an einen bereits bestehenden Windpark an und liegt insgesamt in einem sehr dünn besiedelten Gebiet, weshalb die Zusatzbelastung für die Region als gering einzustufen ist. Durch den sehr großzügigen Vorsorgeabstand von 1.000 Meter zur Wohnbebauung kann davon ausgegangen werden, dass es zu keiner unzumutbaren optischen Belastung durch den Windpark kommen wird. Gemessen an der Anzahl betroffener Haushalte ist festzustellen, dass die Belastung für die Region im Vergleich sehr gering ausfällt, was für eine sehr gute Eignung des Standorts spricht und als umsetzungsbegünstigenden Faktor aufzunehmen ist. e. Keine artenschutzrechtlichen Konflikte zu erwarten Aufgrund bereits durchgeführter Untersuchungen in dem Gebiet können signifikante Konflikte mit dem Artenschutz ausgeschlossen werden. Im Zuge eines geplanten Repoweringvorhabens des Bestandswindparks östlich von Weilermerklingen wurden bereits umfangreiche faunistische Untersuchungen veranlasst, die durch die GDS Raum- und Umweltplanung GmbH im Jahr 2023 durchgeführt wurden. Dabei wurden im Untersuchungsbereich um das Plangebiet ein Rotmilanbrutplatz sowie ein vermuteter Uhubrutplatz erfasst. Die Entfernung des Rotmilans zum Plangebiet von über 1.200 m lässt hier keine artenschutzrechtlichen Konflikte erwarten. Auch können	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. In der Strategischen Umweltprüfung (SUP) werden die möglichen Beeinträchtigungen durch den Bau von Windenergieanlagen aufgezeigt, auch um Unterschiede von verschiedenen Alternativen miteinander vergleichen zu können. Vorhandene Vorbelastungen werden dabei in Hinblick möglicher kumulativer Wirkungen (vgl. SUP Kap. 6.5) berücksichtigt. Zu IV. d) Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Den Erläuterungen kann sinngemäß gefolgt werden. Zu IV. e) Die Informationen werden zur Kenntnis genommen. Die Berücksichtigung des Artenschutzes richtet sich nach den Planungskriterien des Plankonzeptes zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 (darunter findet u.a. auch die verbindliche Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) Berücksichtigung). Zu IV. f) Eigentumsverhältnisse sowie bereits geschlossene (Vor-)Verträge etc. werden bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung nicht berücksichtigt. Die Hinweise zu Schall-, Schatten- und Ertragsprognosen werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Das Vorranggebiet 49 "Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen" wurde aufgrund von Anregungen zum 1. Anhörungsentwurf angepasst und wird nach Beratung und Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		durch entsprechende Maßnahmen mögliche Beeinträchtigungen wirkungsvoll reduziert und vermieden werden. Auch der vermutete Uhubrutplatz führt hier voraussichtlich zu keinen artenschutzrechtlichen Konflikten, da dieser weitgehend außerhalb des Nahbereichs gemäß § 45b Abs. 1-5 BNatSchG liegt und durch die aktuellen Anlagenhöhen mit entsprechender Bodenfreiheit des Rotors das Kollisionsrisiko erheblich gemindert ist. Auch können durch eine angepasste Standortplanung mögliche Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden. Signifikante artenschutzrechtliche Konflikte, die die Nutzbarkeit dieser Fläche für die Windenergie einschränken, sind auf Grundlage der vorliegenden Untersuchungen somit nicht erkennbar f. Flächenbereitstellung und positive Voruntersuchungen Auf Seiten der Grundstückseigentümer besteht ein hohes Interesse Ihre Grundstücke der Windenergie zur Verfügung zu stellen. Mit einer Vielzahl von Grundstückseigentümern in dem Gebiet wurden bereits Vorverträge geschlossen und eine Projektplanung vorangetrieben. Wir erwarten eine schnelle Umsetzung der Planung und beantragen dies als umsetzungsbegünstigenden Faktor aufzunehmen. Unsere Voruntersuchungen in Bezug auf Schallemissionen und Schattenwurf haben keine signifikanten Einschränkungen ergeben. Nichtsdestotrotz wird durch eine vor dem Genehmigungsbeantragung anstehende gutachterliche Überprüfung gewährleistet, dass zu jeder Zeit die geltenden Grenzwerte für Schall- oder Schattenemissionen eingehalten werden. Unsere Ertragsberechnungen kommen auf eine Windleistungsdichte von 207 W/m² und bestätigen die Annahmen des LUBW von 2019, zeigen aber an, dass sich der Standort im oberen Bereich der Kategorie 160 – 215 W/m² bewegt Unter Berücksichtigung der genannten Aspekte entspricht das Windvorranggebiet Erweiterung Weilermerkingen/Dehlingen (49) in besonderer Weise dem raumordnerischen Ansatz, Anlagen an geeigneten und weitgehend umweltverträglichen Standorten zu bündeln und zu konzentrieren und sollte deshalb unbedingt als Vorranggebiet für raumbedeutsame Windenergieanlagen beibehalten werden.	
lfd. Ident-Nr.: 460 Statkraft Erneuerbare GmbH Stn-Id: 189	Kartenteil VRG 58 Erweiterung Lauterburg	BE-ID: 741 V. Vorranggebiet Erweiterung Lauterburg (58) Das dargestellte Vorranggebiet verfügt über eine Gesamtfläche von 77 Hektar. Die Fläche befindet sich süd-östlich von Lauterburg und erweitert das bestehende Vorranggebiet 40 nach	Zu V. a) In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Westen und Norden. Wir erachten die Erweiterungsfläche als sehr geeignet und würden eine Ausweisung als Vorranggebiet sehr begrüßen. Die nachfolgenden Punkte möchten wir gerne hervorheben. a. Anrechnung auf das erforderliche Flächenziel Bisher ist für das Stadtgebiet Essingen das Windvorranggebiet „Lauterburg“ mit einer Größe von 55 ha ausgewiesen. Dies entspricht einem Flächenbeitragswert von 0,94 % der kommunalen Fläche und liegt damit noch weit unter einem anzustrebenden Zielwert von mindestens 2,5 %. Durch die Erweiterung des Windvorranggebiets können zusätzlich ca. 77 ha dem Ausbau der Windenergie bereitgestellt und ein substanzieller Beitrag zur Erreichung des Flächenziels geleistet werden. b. Kriterien die für eine Eignung der Potenzialfläche sprechen Nach Auffassung der Statkraft Erneuerbare GmbH sprechen vor allem die folgenden Aspekte für eine Ausweisung der Potenzialfläche als Vorranggebiet: • Akzeptanz geplanter Windkraftanlagen ist in der Regel an Orten höher, an den bereits Windkraftanlagen in Betrieb sind • Nutzung der bestehenden Windpark-Infrastruktur möglich. • Bereitschaft/Interesse der Flächeneigentümer zum Abschluss von Nutzungsverträgen ist gegeben • Windhöffigkeit, errechnet aus den Betriebsdaten von naheliegenden Bestands-WEA aus dem VRG Lauterburg liegt bei > 230 W/m2 in 160 m und damit über der prognostizierten (LUBW 2019). Einen Nachweis dafür kann vorgelegt werden. Wir beantragen dies in der Abwägung zu anzupassen. • Die Erweiterungsfläche ist nur äußerst am Rand vom Bodenschutzwald gemäß § 30 LWaldG betroffen. Eine Einschränkung der Standortwahl durch diesen Schutzwald ist nicht gegeben	S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Zu V. b) Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 58 "Erweiterung Lauterburg" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 460 Statkraft Erneuerbare GmbH Stn-Id: 189		BE-ID: 742 VI. Potenzialflächen Hardt (Essingen) an der L 1165 In der Sitzungsvorlage DS-20/2023 zur Verbandsversammlung vom 15.12.2023 war mit der Anlage 2 zum Tagesordnungspunkt 5 ein Gebiet nordöstlich von Essingen Lauterburg vorgeschlagen (siehe Roter Pfeil). Es umfasst eine sehr geeignete Potentialfläche mit einer Größe von ca. 26 Hektar. Im weiteren Verlauf wurde das Gebiet leider nicht in den Entwurfsbeschluss für die 1. Anhörung übernommen. Die Gründe sind uns nicht bekannt. Nach unserer Auffassung sprechen vor allem die folgenden Aspekte für eine Ausweisung der Potenzialfläche als Vorranggebiet: • Mit einer prognostizierten mittleren gekappten	Wird nicht gefolgt Der Bereich "Hart" ist für die Festlegung eines Windenergiegebiets (Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen) im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 u.a. aufgrund seiner Kleinflächigkeit nicht geeignet und wird daher nicht in die Gebietskulisse des 2. Anhörungsentwurfs aufgenommen. Das verbindliche Flächenziel gem. § 20 KlimaG wird dennoch erfüllt. Mit der Festlegung von Standorten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen auf Ebene der Regionalplanung erfolgt allerdings keine abschließende Gebietsausweisung für Windenergieanlagen (vgl. § 11 Abs. 7 LplG). Kommunen haben weiterhin die Möglichkeit auf Ebene der Bauleitplanung selbst Konzentrationszonen für Windenergieanlagen auszuweisen (vgl. § 245e Abs. 1 BauGB).

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Windleistungsdichte von > 215 W/m2 in 160m über Grund handelt es sich um einen windstarken Standort mit höchster Eignung, der sehr gut zur Erreichung der Flächenziele beitragen wird • Die Standortgemeinde Essingen befürwortet die Ausweisung dieser Potenzialfläche • Flächeneigentümer sind gewillt die Flächen für die Windenergie bereitzustellen • Die Potenzialfläche bietet Platz für 2-3 Windenergieanlagen • Die Kriterien des Kriterienkatalogs Teilfortschreibung Windenergie 2025 sind unserer Ansicht nach vollumfänglich erfüllt Ein Ausschluss der Potentialfläche ist nicht nachvollziehbar. Daher beantragen wir das Gebiet wieder in die Flächenkulisse zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufzunehmen.	
lfd. Ident-Nr.: 460 Statkraft Erneuerbare GmbH Stn-Id: 189		BE-ID: 744 VII. Zusammenfassung Für die Potentialflächen „Erweiterung Weilermerkingen/Dehlingen (49)“ und „Erweiterung Lauterburg (58)“ sind keine technischen, wirtschaftlichen oder rechtlichen Gründe zu identifizieren, aufgrund dessen eine Ausweisung als Windvorranggebiet nicht möglich ist. Eigene Untersuchungen haben eine sehr gute Eignung zur Erweiterung der bestehenden Windparks ergeben. Daher sollte die hier in Planung befindlichen Flächen in der Teilfortschreibung Windenergie 2025 im Regionalplan Ostwürttemberg als Vorranggebiet ausgewiesen werden. Für Rückfragen und weitere Gespräche stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.	Wird zur Kenntnis genommen. Auf die Abwägung der BE ID 740 und 741 wird verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 462 Flywinx GmbH Stn-Id: 199		BE-ID: 786 Als am Flugplatz Aalen Elchingen ansässigen Unternehmen für Wartung und Reparatur von Luftfahrzeugen, sind wir von der guten und sicheren Erreichbarkeit des Flugplatzes abhängig. Für ein gutes Miteinander sind wir in der Fliegerei bemüht die Beeinträchtigung der Bevölkerung bei Start und Landung so gering wie möglich zu halten. Ein wesentlicher Punkt ist hier der schnelle und gerade An- und Abflug an den Flugplatz.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 462 Flywinx GmbH Stn-Id: 199		BE-ID: 787 Hier stellt das geplante Gebiet 53 und 54 im Westen des Flugplatzes ein Hindernis / Gefährdung dar. Das Gebiet 48 im Norden der Platzrunde befindet sich genau in dem heuten Einflugbereich der Platzrunde. Dieser Bereich ist der einzige Bereich der einen Einflug über nicht besiedeltem Gebiet ermöglicht. Fällt dieser Bereich weg muss alternativ über	Der Einflug in die Platzrunde und der Geradeausan- und Geradeausabflug für am Verkehrslandeplatz Aalen-Elchingen zugelassene Flugzeuge werden bei der Anpassung der Gebietskulisse des 1. Anhörungsentwurfs berücksichtigt. Die Anregungen der Luftfahrtbehörde (RP Stuttgart, Ident -Nr. 187, DS-Nr. 1967) werden hierbei besonders berücksichtigt. Die Prüfung der Hindernisfreiheit in An- und Abflugbereichen ist ein Detail,

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		besiedeltem Gebiet (nord-westlich über Waldhausen, nordöstlich über Unterriffingen) eingeflogen werden. Der Einflug über besiedeltem Gebiet führt zu einer unnötigen Belastung der Bevölkerung und in der Folge zu Konflikten und im schlimmsten Fall zu Einschränkungen des Flugbetriebs. Letzteres hätte für uns nicht unerhebliche wirtschaftliche Folgen!	das über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgeht und ist in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Das Vorranggebiet 54 "Ebnat" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Es erfolgt eine Reduzierung im südlichen Bereich des Gebiets. Das Vorranggebiet 48 "Erweiterung Waldhausen / Beuren" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Die Teilflächen 48/2 und 48/4 werden u.a. aufgrund der Lage im Einflugbereich nicht weitergeführt. Die Teilflächen 48/1 und 48/3 werden aufgrund von Anregungen reduziert.
lfd. Ident-Nr.: 462 Flywinx GmbH Stn-Id: 199	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2186 Ergänzend aus meiner Tätigkeit im Rettungswesen sehe ich die durchgehende Verbauung der Albkante (Gebiet 54.....) als ein Risiko für den Rettungshubschrauber der bei kritischen Wetterlange eine Möglichkeit braucht von den Albhochflächen runter vor die Albkante an die Kliniken zu kommen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 463 Realgenossenschaft Oberkochen Stn-Id: 212	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 830 Stellungnahme als betroffener Grundstückseigentümer zu VRG 54/1 und 54/2 Unser Forstbetrieb Realgenossenschaft Oberkochen ist mit über 900ha Eigentumsfläche der größte private Grundstückseigentümer auf Gemarkung Oberkochen und zählt zu den größten privaten Forstbetrieben in der Region. Insbesondere in den beiden VRG 54/1 und 54/2 sind wir als Grundstückseigentümer direkt betroffen. Im Folgenden nehmen wir zu diesen beiden VRG im Rahmen der 1.	Die Hinweise und Anregungen werden zur Kenntnis genommen. Das Gebiet 54 "Ebnat" grenzt im Gegensatz zu dem Gebiet 55 " Erweiterung Oberkochen" nicht direkt an das bestehende Vorranggebiet Oberkochen an. Im 1. Anhörungsentwurf grenzt das Gebiet 54 zwar an das bestehende Vorranggebiet Königsbronn/Ebnat an, jedoch grenzt auch im Süden ein Entwurfsgebiet an. Dieses wird aufgrund der geringeren Größe im . Anhörungsentwurf als Gebiet 69 "Erweiterungsgebiet Königsbronn/Ebnat " bezeichnet. Aufgrund der Größe des Gebiets 54 wird dieses als eigenständiges, neues Vorranggebiet betrachtet. Die genannten Bewertungen der Steckbriefe geben das Prüfergebnis der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Anhörung wie folgt Stellung : Die regionsweite Offensive « Zukunft Ostwürttemberg » sieht die erneuerbaren Energien als Fundament einer Wertschöpfung vor Ort und der Gestaltung einer klimaneutralen Region. In der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2025 sollen zusätzliche VRG zur Erreichung des verbindlichen Teilflächenziels von mindestens 1,8% für die Region ausgewiesen werden. Da in der Teilfortschreibung 2014 bereits ein Teilflächenanteil von 1,5% erreicht wurde, besteht für die zusätzlich auszuweisenden Gebiete nur eine geringe Notwendigkeit an flächenmäßiger Erweiterung der VRG. Daher sind bei der Ausweisung dieser Flächen unserer Ansicht nach sämtliche raumordnerischen Aspekte zu berücksichtigen. Aufgrund der Größe der Planungsregion erscheint uns die mehrstufige Verfahrensweise im Rahmen einer Abschichtung und einer großflächigen Vorprüfung sinnvoll, gleichwohl sollten auch im Rahmen der großflächigen Vorprüfung nicht aufgrund unzutreffender Planungsannahmen bzw. zu grobrasterig vorliegender Daten für einzelne Flächen unzutreffende Entscheidungen getroffen werden. Die Steckbriefe weisen das VRG 54/1 als sehr konfliktbehaftet, das VRG 54/2 als konfliktbehaftet aus. Dieser Einstufung können wir nicht folgen. Grundsätzlich sehen wir die Einstufung als neue eigenständige Fläche kritisch. Beide Flächen grenzen unmittelbar an das bestehende VRG 55 an. Dieses wird als geeignet eingestuft. Wir sehen hier vielmehr eine großflächige Erweiterung eines bestehenden VRG.	Strategischen Umweltprüfung wider. Die Vorranggebiete werden in der SUP auf Grundlage flächendeckend vorliegenden Daten geprüft, um Konflikte zu erfassen und Unterschiede von verschiedenen Alternativen miteinander vergleichen zu können. Ein zusammenfassendes Ergebnis ergibt sich aus der Gesamtbetrachtung einer Vielzahl an Kriterien. Die Vorgehensweise bei der Bewertung ist im Umweltbericht ausführlich dargelegt.
lfd. Ident-Nr.: 463 Realgenossenschaft Oberkochen Stn-Id: 212	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 831 Gerade aufgrund der Interessens- und Zielkonflikte sollte eine Konzentration der Anlagen erfolgen. Die Erweiterung des VRG 55 in Richtung Nordosten als VRG 54/1 und 54/2 scheint hier sinnvoll zu sein. Es ist zutreffend, das Windkraftanlagen grundsätzlich eine akustische und visuelle Beeinträchtigung mit sich bringen. Eine Erweiterung eines bestehenden VRG führt unserer Ansicht nach zu einer Konzentration dieser Beeinträchtigungen auf minimalem Raum. Wird dort, wo diese Beeinträchtigungen eh schon bestehen, weiter verdichtet, bleiben andere Bereiche dafür unberührt.	Wird nicht gefolgt In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Die Regionalverbände haben die Aufgabe, die Auswahl der Gebiete für Windenergienutzung als Vorranggebiete gesamtregional zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Planungsschritten und einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Für die Ermittlung der Gebiete und die Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben ist es dabei unerheblich, ob ein Gebiet als "Erweiterungsgebiet" bezeichnet wird oder diese Bezeichnung nicht im Namen führt. Bezüglich der Benennungen wird auf Abwägung zur BE-ID 830 dieser Stellungnahme hingewiesen.
lfd. Ident-Nr.: 463 Realgenossenschaft Oberkochen Stn-Id: 212	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 832 Unser Wald ist fast vollständig als Erholungswald kartiert und wird flächendeckend von Erholungssuchenden genutzt. Wir können hier keinerlei Einschränkungen im Bereich der vorhandenen Windkraftanlagen feststellen. Vielmehr stellen diese oftmals einen zusätzlichen Anziehungspunkt dar und werden von Wanderern und Radfahrern gerne als Zwischenziel aufgesucht. Einer negativen Bewertung aufgrund der unterstellten Einschränkungen bei der Wertigkeit als Erholungsraum können wir hier nicht zustimmen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 463 Realgenossenschaft Oberkochen Stn-Id: 212	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 833 Ebenfalls nicht erkennbar ist für uns, wo durch die Ausweisung als VRG archäologische Denkmale und Böden beeinträchtigt werden sollen.	Die Berücksichtigung der Belange des Denkmalschutzes auf Ebene der Regionalplanung entspricht der aktuellen, zuletzt zum 11. Februar 2023 geänderten Rechtslage nach dem Denkmalschutzgesetz BW. Der sogenannte Umgebungsschutz (vgl. § 15 DSchG) ist danach nur für die in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmalen zu berücksichtigen. Eine mögliche Beeinträchtigung weiterer, nicht in höchstem Maße raumbedeutsame Kulturdenkmale wird auf Ebene des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage geprüft. In der Strategischen Umweltprüfung (SUP) werden die möglichen Beeinträchtigungen durch den Bau von Windenergieanlagen aufgezeigt, auch um Unterschiede von verschiedenen Alternativen miteinander vergleichen zu können. Bei großen Gebieten sind die in der Stellungnahme angesprochenen Vermeidungsmaßnahmen möglich, in kleineren Gebieten kann dies auch nicht der Fall sein. Auf Ebene der Regionalplanung sind die möglichen Beeinträchtigungen zu betrachten und bewerten. Im 1. Anhörungsentwurf liegen nicht in höchstem Maß raumbedeutsame Denkmale innerhalb des Gebiets 54 "Ebnat", sodass eine potentielle Betroffenheit gegeben ist. Das Gebiet 54 wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst und im 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 mit geringerer Ausdehnung weitergeführt. Die potentielle Betroffenheit der Bodendenkmale ist im 2. Anhörungsentwurf nicht mehr gegeben.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 463 Realgenossenschaft Oberkochen Stn-Id: 212	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 834 Ebenfalls nicht nachvollziehbar ist, warum die Größe des zusammenhängenden Gebietes hier durch eine unterstellte Zerschneidung negativ gewertet wird. Zum einen ermöglicht die Größe des Gebietes überhaupt erst eine Konzentration mehrerer Anlagen. Zum anderen ist die Zerschneidung an sich durch den geringen Flächenverbrauch im Verhältnis zur Gesamtgröße des zusammenhängenden Gebietes von sehr untergeordneter Bedeutung.	Wird zur Kenntnis genommen. In der Strategischen Umweltprüfung (SUP) werden die möglichen Beeinträchtigungen durch den Bau von Windenergieanlagen aufgezeigt, auch um Unterschiede von verschiedenen Alternativen miteinander vergleichen zu können. Große, unzerschnittene Räume haben in einer immer stärker fragmentierten Landschaft eine sehr hohe Bedeutung, um den Rückgang von Tier- und Pflanzenarten und der Gefährdung der Artenvielfalt entgegenzuwirken. In ökologisch besonders hochwertigen und sensiblen Gebieten, die eine überdurchschnittliche Dichte schutzwürdiger Biotope oder überdurchschnittliche Vorkommen landesweit gefährdeter Tier- und Pflanzenarten aufweisen, wirkt sich die Zerschneidung diesbezüglich besonders gravierend aus.
lfd. Ident-Nr.: 463 Realgenossenschaft Oberkochen Stn-Id: 212	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2274 Ebenfalls nicht nachvollziehbar ist für uns die Einstufung als naturnaher Wald. Grundsätzlich sind die Hänge des Albtraufs mit naturnahem Buchenbestand bestockt. Die Flächen auf der Ebene, die für die Erstellung von Windkraftanlagen in Frage kommen, sind mit reinen Fichten-Monokulturen bestockt. Insoweit ist diese flächige Darstellung als naturnaher Waldbestand im Gebietssteckbrief unzutreffend. Vorhandene Waldbiotope sind in der Regel kleinflächig vorhanden und können ebenfalls nicht zu einer negativen Bewertung des gesamten Gebietes führen. Die Biotope können bei der Erstellung von Windkraftanlagen umgangen werden, insbesondere da es sich bei den kartierten Biotopen überwiegend um Dolinen handelt. Diese sind an sich schon ungeeignet für die Erstellung von Windkraftanlagen, so dass sich hieraus keinerlei Gefährdung für diese Biotope ergibt.	Wird zur Kenntnis genommen. In der Strategischen Umweltprüfung (SUP) werden die möglichen Beeinträchtigungen durch den Bau von Windenergieanlagen aufgezeigt, auch um Unterschiede von verschiedenen Alternativen miteinander vergleichen zu können. Das geplante Vorranggebiet 54 "Ebnat" liegt gemäß Daten der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt (FVA) in einem Gebiet mit überwiegend sehr naturnahen / naturnahen Waldbeständen. Die Einbeziehung bestehender Biotope in die Beurteilung möglicher Beeinträchtigungen ist zutreffend, da die in der Stellungnahme vorweggenommene Standortabwägung (keine WEA in Dolinen) erst auf der nachgelagerten Planungsebene erfolgen kann, nicht auf der regionaler Planungsebene. In der Genehmigungsplanung und Realisierung sind entsprechende eingriffsvermeidende und -minimierende Maßnahmen zu ergreifen. Details der späteren Nutzung der Windenergie sind im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren) zu klären, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der geplanten Nutzung feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 463 Realgenossenschaft Oberkochen Stn-Id: 212	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2275 Eine Zerschneidung eines Wildtierkorridors halten wir für nicht zutreffend. Zum einen stellen die schmalen und im Flächenverbrauch sehr sparsamen baulichen Eingriffe keine tatsächlichen Barrieren für Wildtiere dar. Zum anderen lassen sich Baunebenflächen und Wegränder mit für Wildtiere attraktiven Äsungsmischungen anreichern, so dass diese im Vergleich zu den jetzt vorhandenen Fichtenbeständen für das Wild noch an Attraktivität gewinnen.	Wird zur Kenntnis genommen. In der SUP werden die möglichen Beeinträchtigungen durch den Bau von Windenergieanlagen aufgezeigt, auch um Unterschiede von verschiedenen Alternativen miteinander vergleichen zu können. Die angeführten Aufwertungen können erst im Rahmen der Genehmigungsplanung und Realisierung als Vermeidungs-, Minimierungs- oder Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt werden. Die Prüfung und Festlegung erfolgen im Rahmen des nachgelagerten Vorhabenzulassungsverfahrens und richten sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 463 Realgenossenschaft Oberkochen Stn-Id: 212	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2276 Negative Einflüsse auf die Bodenqualität und auf das Wasser können wir durch Windkraftanlagen nicht erkennen. Die Flächenversiegelung ist als äußerst gering einzuschätzen.	Wird zur Kenntnis genommen. In der SUP werden die möglichen Beeinträchtigungen durch den Bau von Windenergieanlagen aufgezeigt, auch um Unterschiede von verschiedenen Alternativen miteinander vergleichen zu können. Bei großen Gebieten sind die in der Stellungnahme angesprochenen Vermeidungsmaßnahmen möglich, in kleineren Gebieten kann dies auch nicht der Fall sein. Mögliche bau-, anlage- und betriebsbedingte Auswirkung von Windenergieanlagen auf die Schutzgüter Boden und Wasser sind in Kap. 4.1 des Umweltberichts der SUP dargelegt. Auf Ebene der Regionalplanung sind die möglichen Beeinträchtigungen zu betrachten und bewerten. Die Ermittlung, Quantifizierung und Bewertung der Beeinträchtigungen der konkreten Vorhaben erfolgt in den nachgelagerten Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren).
lfd. Ident-Nr.: 463 Realgenossenschaft Oberkochen Stn-Id: 212	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2277 Hinsichtlich eines scheinbar schlechten Umgangs mit der Ressource Fläche bitten wir zu bedenken, dass eine entsprechende Erschließung des Gebiets durch bereits ausreichend breite vorhandene Waldwege vorhanden ist. Ebenso verläuft bereits eine entsprechende Trasse mit Stromleitungen durch das Gebiet. Der Flächenverbrauch ist somit im Vergleich zu anderen Standorten, die noch nicht über diese Erschließungseinrichtungen verfügen, deutlich geringer und nachhaltiger. Die vorhandenen und durch die Windkraftanlagenbetreiber dann laufend in gutem Zustand zu erhaltenden Wege dienen darüber hinaus den Erholungssuchenden ebenfalls als Erschließung.	Wird zur Kenntnis genommen. Das Vorhandensein von Leitungstrassen ist im Planungskonzept als Eignungsaspekt für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen enthalten (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Ein Erschließungskonzept für einen geplanten Windpark wird detailliert im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) ausgearbeitet. Das vorhandene Wegenetz kann bei der Anlagen- und Erschließungsplanung berücksichtigt werden, um auf Genehmigungsebene zur Eingriffsminimierung beizutragen.
lfd. Ident-Nr.: 463 Realgenossenschaft Oberkochen Stn-Id: 212	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2278 Zusammenfassend kommen wir zu dem Ergebnis, dass die Einstufung der beiden VRG als « sehr konfliktbehaftet » bzw. als « konfliktbehaftet »unserer Ansicht nach nicht nachvollziehbar ist.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Vorranggebiete werden in der SUP auf Grundlage flächendeckend vorliegender Daten geprüft, um Konflikte zu erfassen und Unterschiede von verschiedenen Alternativen miteinander vergleichen zu können. Ein zusammenfassendes Ergebnis ergibt sich aus der Gesamtbetrachtung einer Vielzahl an Kriterien. Das Vorranggebiet 54 "Ebnat" ist für die Nutzung der Windenergie geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst und entsprechend auch in der SUP zum 2. Anhörungsentwurf erneut geprüft.
lfd. Ident-Nr.: 463 Realgenossenschaft Oberkochen Stn-Id: 212	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2279 In Anbetracht der bereits aufgeführten abzuwägenden Ziel- und Interessenskonflikte können wir als betroffener Grundstückseigentümer im Interesse der gesamten Region Ostwürttemberg nur eindringlichst dafür plädieren, die Fläche in die Teilfortschreibung aufzunehmen. Durch die Erweiterung des VRG 55 nach Nordosten als VRG54/1 und	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Das Vorranggebiet 54 "Ebnat" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		54/2 lassen sich die damit einhergehenden, unvermeidlichen Konflikte auf ein Minimum reduzieren. Die Erweiterung erhöht die bereits vorhandenen Beeinträchtigungen minimal. Die vorhandene Infrastruktur wird bestmöglich genutzt. Andere Räume bleiben so von den Beeinträchtigungen verschont. Ebenso bitten wir zu bedenken, dass wir als privater Waldbesitzer unser möglichstes Tun, die knappe Ressource Wald für alle Nutzungen und Ansprüche bestmöglich einzusetzen. Wir dulden nicht nur die Erholungssuchenden, sondern bieten entsprechende Infrastruktur. Wo möglich schützen und etablieren wir entsprechende Biotope und bauen die Waldbestände auf naturnahe und resistente, den Standorten angepasste Baumarten um. Seit Jahrhunderten bewirtschaften wir den Wald nachhaltig und schaffen es durch unsere gute fachliche Praxis, Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion in Einklang zu bringen. Seit geraumer Zeit wird die Nutzfunktion durch die Nutzung zur Gewinnung von erneuerbaren Energien erweitert. Auch diese zusätzliche Funktion erfüllen wir nur im Einklang mit den anderen Nutzungen.	Der angeregten Erweiterung des Gebiet 55 "Erweiterung Oberkochen" um die Bereiche des Gebiets 54 "Ebnat" wird nicht gefolgt. Hinsichtlich der späteren Nutzung der Windenergie und der damit verbundenen Konflikte sind durch die Umbenennung bei Beibehaltung der Flächen keine Vorteile erkennbar.
lfd. Ident-Nr.: 463 Realgenossenschaft Oberkochen Stn-Id: 212	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2280 Wir sind ein ortsansässiger Forstbetrieb, der gemeinsam mit einem der größten Arbeitgeber der Region die Energieversorgung vor Ort mit erneuerbaren Energien sicherstellen will. Wenn sich zwei private Unternehmen zur Erreichung eines so hoch angesiedelten politischen Zieles für die ganze Region vorbildlich zusammen finden und unter Abwägung aller Ziel- und Interessenskonflikte zu einer sinnvollen Lösung kommen, sollte dies nicht an politischen raumordnerischen Eingriffen, die zum Teil auf nicht nachvollziehbaren, zum Teil auf zu grobrasterigen erarbeiteten Entscheidungsgrundlagen aufbauen, verhindert werden. An dieser Stelle darf ich nochmals die Eingangs erwähnte Zukunftsoffensive Ostalb zitieren. Die Wertschöpfung soll vor Ort in der Region bleiben. Durch die Ausweisung der VRG 54/1 und 54/2 ist dies möglich. Diese vor Ort bleibende Wertschöpfung ermöglicht es privaten Waldbesitzern wie uns, weiter der gesamten Region dienende Investitionen in den Wald von morgen zu tätigen, um auch künftig die immer mehr in den Vordergrund tretenden Schutz- und Erholungsfunktionen sicherzustellen. Eine Erweiterung des VRG 55 für nicht in der Region ansässige Investoren könnten wir bei einer Streichung der VRG 54/1 und 54/2 ebensowenig nachvollziehen wie die Ausweisung anderer stärker konfliktbehafteter Gebiete, die im Eigentum der öffentlichen Hand sind. Wir bitten daher nochmals ausdrücklich um Aufnahme des	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		VRG54/1 und 54/2 in die Teilfortschreibung.	
lfd. Ident-Nr.: 470 Privat Stn-Id: 247		BE-ID: 1045 hiermit erhebe ich Einwände gegen die Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalverbandes Ostwürttemberg. Begründung: fehlende Windhöffigkeit der Vorranggebiete VRG 59 - 61 Das zentrale Kriterium in BW ist laut Empfehlung des Umweltministeriums die mittlere gekappte Windleistungsdichte (E_kapp), welche die Mindestschwelle von 215 W/m2 in 160 m Höhe erreichen sollte, ansonsten gilt eine Fläche als nicht für die Windenergie geeignet. Als Beurteilungsgrundlage dient der Windatlas von BW, in dem diese ZIelgröße angegeben ist. Laut diesem Windatlas liegen die Werte für die o. g. Vorranggebiete zwischen 230 W/m2 und 280 W/m2, wären also mehr als ausreichend, was in den Steckbriefen dann auch mit > 215 W/m2 angegeben ist. Im Bereich des benachbarten Standortes Lauterstein liegen die im Windatlas angegebenen Werte ebenfalls in dem Bereich zwischen 230 und 280 W/m2 und die mittlere Windgeschwindigkeit (vm) bei 6,41 m/s . Ermittelt man aus den veröffentlichten Ertragsdaten die dazugehörigen Werte für die mittlere Geschwindigkeit und E_kapp, so ergeben sich wesentlich niedrigere Werte. nämlich vm = 5,10 m/s, und E_kapp = 152 W/m2, berechnet für das Jahr 2021, welches als Durchschnittsjahr gilt und für 160 m Höhe. Es gibt nun keinen Grund, dass die realen Werte in den VRG 59 - 61 sehr unterschiedlich sein sollten, also kann man davon ausgehen, dass der Windatlas die Beurteilungsgröße E_kapp viel zu optimistisch angibt. Diese Standorte sind somit nicht geeignet. In der obigen Anlage Sind die Erträge für drei Typische Standorte in Nordostwürttemberg dargestellt. Goldboden_Lauterstein_Langenburg präsentiert die aktuellen Ergebnisse inklusive des Jahres 2022. Für 2023 stehen für Lauterstein noch keine Ertragsergebnisse zur Verfügung, sie werden erst Anfang August veröffentlicht. Man sieht im letzten Anhang auch, dass die Jahre 2020 und 2022 überdurchschnittliche Windjahre waren, während das Jahr 2021 ein durchschnittliches Windjahr darstellte. Das ist wichtig für Vergleiche, denn auch die Ergebnisse im Windatlas sollen ja	Ein wichtiges Eignungskriterium für die Suche nach geeigneten Gebieten für die Windenergienutzung sind die Windenergiepotenziale. Im Windatlas 2019 sind diese für ganz Baden-Württemberg berechnet und in einer Karte dargestellt. Die Maßeinheit für das Windenergiepotenzial ist die mittlere gekappte Windleistungsdichte in Watt pro Quadratmeter (W/m²). Es handelt sich um einen Durchschnittswert, der die Windgeschwindigkeit und die Windverteilung in Abhängigkeit der jeweiligen Luftdichte über das Jahr darstellt. Damit wird der zu erwartende Energieertrag am jeweiligen Standort beschrieben. Je höher der Wert, desto mehr Energieertrag ist zu erwarten. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, welche von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Der Windatlas Baden-Württemberg stützt sich auf punktuelle Daten und extrapoliert diese durch Simulationen flächendeckend auf das gesamte Landesgebiet. Es handelt sich damit um Simulationsergebnisse, die von den Rechenmethoden, Grundlagendaten und insbesondere der Kalibrierung an Messpukten abhängen. Deswegen kann es sein, dass sich die Daten des Windatlasses von den Ergebnissen konkreter Windmessungen vor Ort unterscheiden. Dennoch ist davon auszugehen, dass der Windatlas Baden-Württemberg die Windverhältnisse in der Region in Relation zueinander korrekt beschreibt und somit deutlich wird, wo Gebiete mit höchster und geringster Windleistungsdichte in einer Region liegen. Damit stellt der Windatlas von Baden-Württemberg eine wichtige und geeignete Planungsgrundlage für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dar. Tatsächliche Windmessungen werden erst zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks vorgenommen, wenn die konkreten Anlagenstandorte bekannt sind. Projektierer nehmen zur Absicherung wirtschaftlicher Risiken in aller Regel immer konkrete Windmessungen – üblicherweise über den Zeitraum eines gesamten Kalenderjahres – vor. Damit liegen dann konkrete Messdaten vor, die exakter sind als dies allein über die Übernahme der Inhalte aus dem Windatlas leistbar wäre. Für die in der Stellungnahme genannten Vorranggebiete - 59 Utzenberg, 60 Rechberger Buch und 61 Erweiterung Falkenberg - weist der Windatlas Baden-Württemberg (2019) eine mittlere gekappte Windleistungsdichte >215 W/m² aus. Damit sind diese Gebiete hinsichtlich des grundlegenden Eignungskriteriums "Windhöffigkeit" für die Nutzung der Windenergie gut geeignet.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		langjährige Durchschnittswerte darstellen. Hinweis: Diese Berechnungen wurden exakt nach der IEC Norm und den Standards der Technischen Richtlinie & (TR 6) von Herrn Willy Fritz ermittelt, welcher an der Universität Stuttgart Luft- und Raumfahrttechnik studiert hat, mit u. a. den Studienschwerpunkten Aerodynamik, Gasdynamik, numerische Strömungsmechanik, Thermodynamik, Reaktionskinetik, Stofftransport und Verbrennung, numerische Methoden; Diplomarbeit auf dem Gebiet der Gebäudeaerodynamik. (Abschluss: Dipl.-Ing.) Während einer 40-Jährigen Berufstätigkeit arbeitete er 30 Jahre lang in der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie auf dem Gebiet der numerischen Strömungssimulation. Dabei erwarb er sich im Rahmen nationaler und internationaler Verbundprojekte umfassende Kenntnisse sowohl in der Entwicklung als auch in der Anwendung von hochwertigen numerischen Rechenmethoden zur Behandlung von hochturbulenten Strömungen um Luftfahrzeuge im Hochanstellwinkelbereich (manövrierende Kampfflugzeuge, Wiedereintrittsprobleme, ZweiPhasen-Strömungen mit Verbrennung in Triebwerken) als auch Strömungen im Niedergeschwindigkeitsbereich wie Landekonfigurationen mit Klappenausschlägen und ausgefahrenen Fahrwerken. Insbesondere war er an der Entwicklung von Turbulenzmodellen für Navier-Stokes Methoden, wie sie auch im Windatlas verwendet werden, beteiligt. Er war Senior Mitglied beim AIAA (American Institute for Aeronautics and Astronautics) und dort im Panel Applied Aerodynamics mehrere Jahre als Chairman für die Organisation internationaler Konferenzen mit zuständig. Unter anderem für das Reviewing von Konferenz- und Journalbeiträgen aus aller Welt zu dem Themenkomplex „Applied Aerodynamics“, zu dem auch das Thema „Windturbines“ gehörte.	
lfd. Ident-Nr.: 470 Privat Stn-Id: 248		BE-ID: 1048 hiermit erhebe ich Einwände gegen die Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalverbandes Ostwürttemberg. Begründung: Verschmutzung von Feldern und Grundwasser vom Abrieb der Windräder. Schaden an Landwirtschaft, Gesundheit und Trinkwasserversorgung Je nach Größe des Windrades verliert dies jährlich zwischen 90 kg bis 150 kg durch Abrieb. Der Abrieb besteht aus Verbundwerkstoffe von Rotorblättern aus Glasfasern (GFK), Balsaholz, Stahlelementen und bei sehr großen Flügeln auch	Aufgrund von Umwelteinflüssen (UV-Strahlung, Wind, Temperaturwechsel u.a.) kommt es an den Rotoren von Windenergieanlagen zu Erosion und in Folge zur Freisetzung von Mikroplastik, welches sich in der Umwelt ablagert. Nach einer Kurzinformation der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages (WD 8 - 3000 - 077/20 (8. Dezember 2020)) wird ein Maximalabtrag von ca. 1.400 t/a für alle ca. 31.000 Windkraftanlagen in Deutschland geschätzt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit liegt der tatsächliche Wert gem. IMES deutlich niedriger. Im Vergleich mit den vom Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik (UMSICHT) ermittelten Werte z.B. für Kunststoffemissionen in Form primären Mikroplastiks für Reifenabrieb (102.090 t/a) oder von Schuhsohlen (9.047 t/a) ist die Belastung durch Windenergieanlagen somit

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Kohlenstofffasern (CFK). Diese werden mit Epoxidharzen verklebt. Darin enthalten sind giftige Stoffe wie Bisphenol A. Nachdem GFK lange als Hauptbestandteil eingesetzt wurde, verwenden die Hersteller der Anlagen zur Gewichtseinsparung zunehmend die mit Carbonfasern verstärkten Kunststoffe (CFK). Bei einer Laufzeit von 20 Jahren, verliert ein Windrad bis zu 3 Tonnen sehr schädliches Abriebmaterial. Bei 10 Windrädern können dies bis zu 1.500 kg Abrieb pro Jahr sein. Dieser Abrieb verteilt auf den umliegenden Feldern und wird in das Grund- bzw. Trinkwasser gespült. Dies ist in den Wassereinzugsgebieten von Heidenheim und des Ostalbkreises für die Trinkwasserversorgung stark belastend und hat auch Auswirkungen auf vorhandene Heil- und Trinkwasserquellen. Bei einer Beschädigung eines Rotorblattes können neben scharfkantigen größeren Bruchstücken auch feinste, lungengängige Faserstäube von Carbonfasern freigesetzt werden, sogenannte Fiese Fasern, die über Haut und Lunge in den Organismus von Menschen und Tieren eindringen und diesen schädigen können. Diese Gefahr und die entsprechenden Zusammenhänge wurden im Planentwurf planerisch nicht berücksichtigt. Daher ist der Planentwurf unsachgemäß, unvollständig und somit als fehlerhaft zurückzuweisen. Ich bitte Sie um eine schriftliche Stellungnahme an meine o.a. Adresse.	sehr gering Eine signifikante Erhöhung der Umweltbelastung durch Mikroplastik und eine Gesundheitsgefährdung des Menschen durch den Abrieb ist nicht belegt. Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind zudem nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Fragen der verwendeten Baustoffe werden im Vorhabenzulassungsverfahren für die konkret beabsichtigten Anlagen geprüft und nachgewiesen und ggfls. werden Auflagen festgesetzt. Die vorliegende Teilfortschreibung dient der Steuerung und raumordnerischen Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen sowie dem Erreichen des gesetzlich festgelegten Flächenbeitragswerts von 1,8 % der Regionsfläche für Windenergie an Land (s. Abschnitt 1 dieses Dokuments). Wenn dieser Flächenbeitragswert nicht erreicht wird, gelten nach Ablauf des jeweiligen Stichtags die Rechtsfolgen des § 249 Abs. 7 Baugesetzbuch, d.h. Windenergieanlagen wären im Außenbereich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 Baugesetzbuch privilegiert zulässig und Darstellungen in Flächennutzungsplänen, Ziele der Raumordnung sowie sonstige Maßnahmen der Landesplanung könnten einem Vorhaben nach § 35 Absatz 1 Nummer 5, das der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dient, nicht entgegengehalten werden. Räumliche Steuerungsoptionen auf regionaler und kommunaler Ebene, wo Windenergieanlagen errichtet werden können, würden damit hinfällig. Die Steuerungswirkung der vorliegenden Teilfortschreibung ist damit unmittelbar vom Erreichen des Flächenbeitragswerts abhängig. Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie wurde eine sorgfältige Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG durchgeführt und das Gewicht jedes Belangs wurde angemessen berücksichtigt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Zudem ist es aus Sicht des Regionalverbands nicht sinnvoll, an die Abwägung Maßstäbe anzulegen, die zur Unterschreitung des Flächenziels führen, denn dann würde die oben beschriebene Steuerungswirkung des Regionalplans entfallen und dem Anliegen würde gar keine Rechnung mehr getragen werden.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 470 Privat Stn-Id: 249		BE-ID: 1054 hiermit erhebe ich Einwände gegen die Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalverbandes Ostwürttemberg. Begründung: Rotmilan und Schwarzmilan / Gefährdung der Gesamtpopulation Rotmilan und Schwarzmilan sind streng geschützte Arten und erfahren eine sehr hohe Gefährdung durch Windenergieanlagen. Mehr als die Hälfte des gesamten Weltbestandes des Rotmilans leben in Deutschland! Deshalb ist hier eine besonders hohe Verantwortung für diese Art gegeben. Der Rotmilan sowie der Schwarzmilan haben beim Fliegen kein Meideverhalten gegenüber Windenergieanlagen. Balzflüge, Thermikkreisen und Nahrungsflüge gehen in größere Höhen, die im Bereich der überstrichenen Rotorfläche von Windindustrieanlagen liegen. Deshalb unterliegen Rotmilan und Schwarzmilan einem großen Kollisionsrisiko bzw. Schlagopfer-Risiko. Es gibt deutliche Hinweise auf vorhandene Brutpaare in obigen Waldgebieten (1000 m-Abstand-Regel). Und ein Hinweis: Milane überfliegen auch den Wald! Wir verweisen auf die bekannten und kartographierten Horste. In der näheren Umgebung des geplanten Vorranggebietes liegen zudem FFH-Gebiete (Flora-Fauna-Habitat) Die Datengrundlage im Planentwurf in Bezug auf windindustriegefährdete Vogelarten ist nicht ausreichend aktuell und lückenhaft. Für den Rotmilan und den Schwarzmilan wurden die Brutwälder nicht systematisch und flächendeckend ausgewertet. Für die genannten Planungsgebiete sind aktuelle Punktdaten zu Brutstätten, zu Schlafstätten und zu Flug und Beutesuchbewegungen des streng geschützten Rot- und Schwarzmilans systematisch zu erfassen. Dies wurde bislang unterlassen. Die unvollständige Datenbasis des Planentwurfs führt zu einer Unterschätzung der Gefährdung der Rot- und Schwarzmilane. Der Planentwurf ist somit unzureichend und wird hiermit abgelehnt. Bitte bestätigen Sie mir den Eingang dieses Schreibens und geben Sie mir detaillierte Rückmeldung zu den aufgeführten Punkten.	Die Informationen und Anmerkungen werden zur Kenntnis genommen. Die landesweite Planungshilfe für die Regionalplanung zur Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung („Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ der LUBW, 2022) wurde bei der Konzepterstellung und Festlegung von Vorranggebieten im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt. Damit erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Die in der Stellungnahme genannten Arten Rotmilan und Schwarzmilan sind über die kategorisierten Schwerpunktvorkommen des o.g. „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ bereits berücksichtigt. Die eingebrachten Informationen bewegen sich im Rahmen der Annahmen, die im Fachbeitrag zum Verhältnis der kategorisierten Schwerpunkträume zu den tatsächlichen Artvorkommen getroffen wurden. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes auf Projektebene (im nachgelagerten Verfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Auf der nachgelagerten Planungsebene können zudem Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen umgesetzt werden.
lfd. Ident-Nr.: 470 Privat Stn-Id: 250		BE-ID: 1057 hiermit erhebe ich Einwände gegen die Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalverbandes Ostwürttemberg. Begründung: gesundheitsschädliche Lärmimmissionen	Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Die geplanten Windenergieanlagen sind eine starke Quelle von Lärmimmissionen. Der Lärm wird, abhängig von der Windlage, in Richtung der betroffenen Gemeinden / Gehöfte zu starken Beeinträchtigungen und Lärmbelästigungen führen. Diesen können sich die Bewohner der originär ruhigen Gebiete nicht entziehen. Sie wären den deutlichen Lärmbeeinträchtigungen durch Windturbinen rund um die Uhr ausgesetzt. Das Tragen von Gehörschutz im eigenen Wohnumfeld oder der immense ökonomische Aufwand für den Einbau spezieller Schallschutzfenster ist als unzumutbar zurückzuweisen. Mediziner warnen im Zusammenhang mit kontinuierlichen Lärmbelästigungen im Lebensumfeld vor gravierenden Gesundheitsrisiken. Zitat: „Nach einer fehlerhaften Berechnung des Schalldrucks von Windkraftanlagen durch das Bundesamt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) warnen Mediziner vor höheren Gesundheitsgefahren. „Offenbar ist Windkraft schon bei niedrigeren Schalldrucken gefährlicher als bisher angenommen“, sagte Christian-Friedrich Vahl, langjähriger Direktor der Klinik für Herz-, Thorax- und Gefäßchirurgie an der Universität Mainz, gegenüber WELT AM SONNTAG“.“ Quelle: https://www.welt.de/wirtschaft/article230800405/Windkraft-Gesundheitsrisiko-steigt-durch-den-Schall.html --> --- Artikel s. Anlage zur Stn. --- Die Immissionsrichtlinien in Baden-Württemberg richten sich immer noch nach der TA Lärm und einer DIN aus den Jahren 1990 und 1997. Diese technischen Vorschriften beinhalten keine expliziten Aussagen zu Windenergieanlagen und können die Beeinträchtigung durch die Geräuschentwicklung bei WEA nicht zutreffend erfassen. Bei WEA ist regelmäßig ein dauernder Heulton wahrzunehmen, der bei stärkerer Windgeschwindigkeit lauter wird – je mehr WEA, desto stärker die Belastung – und in Entfernungen von bis zu 3-5 km wahrzunehmen ist (Quelle: Verwaltungsgericht Oldenburg, 1998, Akt. 4 B 1807/98; Bundesamt für Naturschutz, 2000). Derzeit läuft in Berlin noch das Novellierungsverfahren der DIN 45680 Norm für die Messung und Beurteilung tieffrequenter Geräuschimmissionen. Diese Überarbeitung der als Schutznorm für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung gedachten Regelung sollte den rasanten technischen Entwicklungen der Emissionsquellen einerseits und dem vertieften Verständnis über gesundheitliche Immissionswirkungen andererseits Rechnung tragen. Dies ist im derzeitigen Entwurf der DIN 45680 allerdings nicht der Fall und hat zu einer Fülle von	seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Anlagentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		medizinischen und wissenschaftlichen Einsprüchen geführt. (Quelle: aefis.jimdo.com) Es ist zu erwarten, dass die überarbeitete Norm zu einer erheblichen Verbesserung im Lärmschutz führt. Dieser wird zu einer wesentlichen Vergrößerung der Mindestabstände größer 1000 m führen. Bis dahin ist die Planung und Ausweisung von Windenergieanlagen auszusetzen. Ich bitte Sie um schriftliche Stellungnahme an meine o.a. Adresse.	
lfd. Ident-Nr.: 470 Privat Stn-Id: 251		BE-ID: 1060 hiermit erhebe ich Einwände gegen die Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalverbandes Ostwürttemberg. Begründung: Schwefelhexafluorid (SF 6 Gas) SF 6 Gas (Schwefelhexafluorid) wird in den sogenannten Schaltanlagen eingesetzt - also in "Knotenpunkten", in denen die elektrische Energie verteilt wird. Gasisolierte Schaltanlagen sind vor allem dort praktisch, wo wenig Platz ist. Deshalb werden solche Schalter in Windrädern verbaut. Doch der Stoff hat auch eine fatale Eigenschaft: Schwefelhexafluorid - kurz: SF6 - hat von allen bekannten Substanzen die stärkste Treibhauswirkung. Es wirkt rund 22.800 Mal so stark wie die identische Menge Kohlendioxid (CO^2). Und: Wenn es einmal in die Atmosphäre gelangt ist, dauert es mehr als 3000 Jahre, bis SF6 sich wieder zersetzt und unwirksam wird. Das ist seit Jahrzehnten bekannt. Schon im Kyoto-Protokoll wurde 1997 festgelegt, dass die Emissionen von SF6 begrenzt werden müssen. In vielen früheren Anwendungsgebieten spielt es heute keine Rolle mehr - außer eben in elektrischen Schaltanlagen. Eine gesetzliche Regulierung für SF6 in diesem Bereich gibt es bis heute nicht. Nur eine freiwillige Selbstverpflichtung der Industrie, den Stoff nur in geschlossenen Systemen einzusetzen und am Ende der Lebensdauer zu recyceln oder chemisch zu neutralisieren. Diese Selbstverpflichtung von 1998 enthält auch, dass die verwendeten und recycelten Mengen erfasst und gemeldet werden. Das ARD-Wirtschaftsmagazin Plusminus hat deswegen bei den wichtigsten Herstellern von Windkraftanlagen nachgefragt. Von Nordex und Vestas gab es die Rückmeldung, dass es derzeit noch keine Alternative gebe. Und: Während des Betriebes von Windrädern würden nur minimale Mengen SF6 in die Luft entweichen, und eine ordnungsgemäße Entsorgung am Ende der Lebensdauer von Windrädern sei gesichert. Allerdings sind die Hersteller dafür gar nicht selbst verantwortlich. Jeder Besitzer eines Windrades, das demontiert werden soll, muss sich selbst um das aufwendige Recycling kümmern. Eine Kontrolle findet nicht statt, so dass es keine Sicherheit gibt, dass der Stoff nicht in die Umwelt entweicht. Somit ist eine Erhöhung der Treibhauswirkung eher	Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Fragen der verwendeten Baustoffe und Betriebsmittel werden im Vorhabenzulassungsverfahren für die konkret beabsichtigten Anlagen geprüft und nachgewiesen und ggfls. werden Auflagen festgesetzt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		wahrscheinlich als dass sie verringert wird. Anmerkung: Alternativen zu SF6 gibt es sehr wohl. Siemens Energy hat sie für Windräder des Tochterunternehmens Gamesa längst entwickelt. Dort sitzen die Schalter in einer Vakuumröhre und sind dadurch perfekt isoliert. Auch verschiedene Anbieter von Hochspannungsschaltern, die in kleinen Umspannwerken eingesetzt werden und bislang ebenfalls mit dem problematischen Gas isoliert waren, haben bereits auf klimaneutrale Alternativen umgestellt. Nur die Hersteller von Windrädern pochen im harten Preiswettbewerb weiter darauf, das SF6 einzusetzen. Die EU wollte nun in einer neuen Verordnung den Einsatz von Schwefelhexafluorid einschränken und letztlich verbieten. So etwas ist in Europa ein oft langwieriger Prozess, den der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europaparlament, Bas Eickhout, folgendermaßen beschreibt: "Es gab große Akteure im Markt, die damit Geld verdienen. Sie haben erfolgreich Lobbyarbeit betrieben, haben argumentiert, man dürfe die Energiewende nicht behindern und dafür bräuchte man SF6. Und: da gab es auch einige deutsche Firmen, die Druck gemacht haben." Das Ergebnis ist ernüchternd: Laut aktuellem Entwurf ist der Einsatz von SF6 in Schaltanlagen erst ab 2030 verboten. Mit Übergangsfrist von weiteren acht Jahren - obwohl es heute bereits praktikable Alternativen gibt. Ich bitte Sie um eine schriftliche Stellungnahme an meine o.a. Adresse.	
lfd. Ident-Nr.: 470 Privat Stn-Id: 252		BE-ID: 1063 hiermit erhebe ich Einwände gegen die Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalverbandes Ostwürttemberg. Begründung: Bedrängungswirkung wegen zu geringem Abstand zu Wohnsiedlungen Die Teilfortschreibung der Plangebiete ermöglicht auch Windenergieanlagen, die bis auf wenige hundert Meter an dörfliche Wohnsiedlungen heranreichen. Es sind bereits Windenergieanlagen mit 200 m Nabenhöhe in der Entwicklung. Technisch wären bis zu 300 m Nabenhöhe möglich. Diese technischen Entwicklungen sind im vorliegenden Planentwurf nicht berücksichtigt. Ebenfalls nicht berücksichtigt ist die Bedrängungswirkung der Windenergieanlagen auf die angrenzenden zahlreichen Wohngebiete sowie die Einschränkung derer Weiterentwicklung. Große Windenergieanlagen mit Höhen bis zu 285 m Höhe führen zu schwerwiegenden Bedrängungswirkungen der	Die im Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 festgelegten Siedlungsabstände berücksichtigen den öffentlichen Belang einer optisch bedrängenden Wirkung gem. § 249 Abs. 10 BauGB umfassend. Darüber hinaus ist die Festlegung eines größeren Siedlungsabstandes (>1.000 m) im Plankonzept der genannten Teilfortschreibung und auf regionaler Planungsebene gem. § 249 Abs. 9 BauGB nicht möglich.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Menschen. Es ist eine angemessene Abstandregelung vorzusehen und nicht eine Verdichtung in dörflichen Regionen. Ich bitte Sie um eine schriftliche Stellungnahme an meine o.a. Adresse.	
lfd. Ident-Nr.: 470 Privat Stn-Id: 256		BE-ID: 1083 hiermit erhebe ich Einwände gegen die Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalverbandes Ostwürttemberg. Begründung: unzureichender Brandschutz und notwendige Infrastruktur Brände in einem Maschinenhaus in ca. 160 m Höhe können von den örtlichen Feuerwehren nicht gelöscht werden. Die Feuerwehren beschränken sich auf die Absperrung des Gefahrenbereichs mit Trassierband. Die brandschutztechnischen Hinweise in den immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen der Landratsämter sind uneinheitlich, veraltet und völlig unzureichend. Brandlöschsysteme gibt es seit Jahren, werden aber nur vereinzelt von der Genehmigungsbehörde gefordert. Eine behördlich angeordnete bundesweite Erfassung und Auswertung der Windkrafthavarien gibt es bis heute nicht. Sie wird auf privater Basis erfasst und geführt. Hinzu kommt, dass die Brandlast in den Maschinengondeln bauartbedingt durch die Hersteller erhöht wird. Der Hersteller ENERCON hat in seiner neuen WEA E-160 EP 5 den Transformator in das Maschinenhaus integriert und damit die Brandlast unnötigerweise erhöht. Bereits 2014 machte das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr auf „Gefährdung durch lungengängige Carbonfaserbruchstücke nach Bränden“ aufmerksam. Die tragischen Abstürze zweier Eurofighter und eines Hubschraubers ließen diese Gefahren im Sommer 2019 real werden und warfen ein Schlaglicht auf Risiken, die von schätzungsweise 10.000 Windkraftanlagen ausgehen, in deren Rotorblättern ebenfalls CFK-Materialien verbaut sind: • Ein Bekämpfen von Bränden durch Feuerwehren ist wegen der Höhe der WKA unmöglich. • Umweltbehörden, Genehmigungsbehörden und Hilfskräfte haben keine belastbaren Informationen über verbautes CFK-Material und dessen Gefahren. • Die Zivilbevölkerung ist nicht über die Gefahren im Brandfall informiert. • Anlagenhersteller verweigern Information und stufen die verbauten Materialien als Betriebsgeheimnis ein. Teilweise sind sich	Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		die Hersteller nicht darüber im Klaren, ob in den Rotorblättern CFK oder GFC verbaut wurde. Kohlenstofffasern – auch kurz Kohlefasern genannt und als Carbonfasern oder Karbonfasern bezeichnet – sind industriell gefertigte Fasern aus kohlenstoffhaltigen Ausgangsmaterialien, die durch an den Rohstoff angepasste chemische Reaktionen in graphitartig angeordneten Kohlenstoff umgewandelt werden. Bei Bränden, mit dem Erreichen von Temperaturen von mehr als 650°C, verändern sich die Carbonfasern und erreichen eine kritische Größe, die in die Lungen eindringen können. Da auch eine Aufnahme über die Haut nicht ausgeschlossen werden kann, wird auf eine besondere Gefahrenlage und auf besonderen Vorsichtsmaßnahmen hingewiesen. In Verbindung mit der Freisetzung dieser Carbonfasern (umgangssprachlich „Fiese Fasern“ (Nanotubes) genannt), wird als Schutzmaßnahme für die Feuerwehr- und Rettungseinsatzkräfte die gleiche Schutzausrüstung wie bei Unfällen mit radioaktiven Stoffen angeordnet. Somit kommen der ABC-Zug (atomar, biologisch, chemisch) der Feuerwehr und CBRN(E)- Trupps zum Einsatz. Die Abkürzung steht für „chemisch, biologisch, radiologisch, nuklear“ und „explosiv. Die Kontamination der Agrarflächen durch fiese Fasern nach Bränden führt in der Regel zur Sperrung der kontaminierten Agrarflächen – die Landwirte werden monatelang über die Beseitigung und Regulierung der Schäden im Unklaren gelassen. Teilweise wurden die Fasern mit Fräsen untergepflügt – was einen Verstoß gegen die einschlägigen Umweltrichtlinien darstellt, aber von den Behörden in Ermangelung von Richtlinien stillschweigend geduldet wird. Die Haftungsfrage für die Beseitigung von Drittschäden (durch Brände verursacht) ist ungeklärt. Deckungssummen für Drittschäden werden in den Immissionsschutzgenehmigungen grundsätzlich weder thematisiert noch gefordert. Der Planentwurf ist bezüglich des Brandschutzes als fehlerhaft, unsachgemäß und unvollständig zurückzuweisen. Ich bitte Sie um eine schriftliche Stellungnahme an meine o.a. Adresse.	
lfd. Ident-Nr.: 470 Privat Stn-Id: 257		BE-ID: 1087 hiermit erhebe ich Einwände gegen die Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalverbandes Ostwürttemberg. Begründung: Gefährdung von Wasserschutzgebieten Das Aufstellen von Windenergieanlagen in der Nähe von Wasserschutzgebieten Zone 1-3 gefährdet die Wasserversorgung	Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 legt Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen fest, die der räumlichen Steuerung der Windnutzung im regionalen Maßstab dienen. Aspekte des Wasserschutzes wurden hierbei mittels Planungskriterien sowie in der Umweltprüfung berücksichtigt. So werden beispielsweise Wasserschutzgebiete der Zone I als Ausschlussbereiche für Windenergiegebiete definiert. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		der betroffenen Bereiche. Die Wasserschutzgebiete sind mit entsprechenden Verboten und Geboten amtlich festgelegt. Vor Erstellung von WEA muss ein Hydrologisches Gutachten erstellt werden. Dies ist maßgeblich Stand der Technik des DVGW-Arbeitsblatts 101, neuste Fassung. Bewertung der Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung im Bereich der betroffenen Planungsgebiete ist erwünscht. Das Schutzpotential der Grundwasserüberdeckung ist insbesondere in Gebieten gering, in denen der obere Muschelkalk nicht durch eine Lettengipsüberschicht überdeckt wird. Zudem wirkt sich die karsttypische kurze Verweilzeit des Grundwassers im Untergrund nachteilig im Falle einer Havarie aus. Da der exakte Verlauf im durchlässigen Gesteinskörper nicht bekannt ist, kann eine Beeinträchtigung des Grundwassers im Bau nicht ausgeschlossen werden. Beim Errichten von Windenergieanlagen in den Plangebieten werden die Böden großflächig entfernt, dabei wird der Grundwasserleiter freigelegt - insbesondere bei der Einbringung von Erdpfählen und Fundamenten. Auch bei zwangsläufigen Bodenverbesserungsmaßnahmen wird der Grundwasserleiter gestört. Dabei kann die Grundwasserströmungsrichtung verändert werden. Andere Wasserwegsamkeiten können ebenfalls nicht ausgeschlossen werden. Ich bitte um eine schriftliche Stellungnahme an meine o.a. Adresse.	durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Die Auswirkungen auf den Wasserhaushalt betreffen jedoch nicht die Gebiete insgesamt, sondern den Nahbereich der späteren Anlagenstandorte. Die Prüfung möglicher konkreter Beeinträchtigung des Bodens oder Grundwassers ist demnach erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte möglich. Die Wirkungen auf den Wasserhaushalt ergeben sich aus der spezifischen Situation an den potenziellen Standorten und werden im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft. Dabei werden auch Vermeidungs-, Minimierungs- und Kompensationsmaßnahmen eingehend betrachtet. Die hydrologische Unbedenklichkeit im Rahmen der Vorhabenzulassungsverfahren sicher zu stellen. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 470 Privat Stn-Id: 258		BE-ID: 1090 hiermit erhebe ich Einwände gegen die Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalverbandes Ostwürttemberg. Begründung: Eiswurf Betriebsbedingt kann es bei Frost zu einer Vereisung der Rotorblätter der Windenergieanlagen kommen. Drehen sich die Rotoren, können Eisbrocken bis zu 1000 Meter weit geschleudert werden. In deTeilfortschreibung werden die neuen Rotordurchmesser in der Regel nicht beachtet. Die in Baden-Württemberg geltenden Abstände zu Infrastruktur (Straße/Schiene) sind hinsichtlich Eiswurfgefahr unklar. Beobachtet wird, dass Projektierer die Vereisungs-Gefahren im süddeutschen komplexen Gelände falsch einschätzen. Auskunft über die Vereisungsgefahr der WEA gibt die Vereisungskarte in TR6 Rev. 10. Die Plangebiete befinden sich teilweise in unmittelbarer Nähe zu Gehöften, Wohnsiedlungen und Spazierwegen. Die massive Gefährdung von Fußgängern und Verkehrsteilnehmern durch Eiswurf verschärft sich durch die unmittelbare Nähe von Wohnhäusern zu einigen Vorranggebieten. Dies ist im Planentwurf nicht ausreichend berücksichtigt oder untersucht worden. Daher ist der Planentwurf	Die angesprochene Thematik Eiswurf ist nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern bezieht sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		unvollständig und als fehlerhaft zurückzuweisen. Ich bitte Sie um eine schriftliche Stellungnahme an meine o.a. Adresse.	
lfd. Ident-Nr.: 470 Privat Stn-Id: 267		BE-ID: 1099 hiermit erhebe ich Einwände gegen die Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalverbandes Ostwürttemberg. Begründung: Entsorgung der Kohlefaserverbundwerkstoffe bei Rückbau der Windenergieanlagen Im Falle des Rückbaus der geplanten Windenergieanlagen fallen sehr große Mengen an umweltschädlichen Kohlefaserverbundwerkstoffen aus den Rotorblättern an. Prinzipiell werden Kohlefasern aus reinem Kohlenstoff in einer Matrix eingebettet. Je nach gewünschten Eigenschaften kommen für die Matrix verschiedene Kunststoffe, wie Epoxidharze, Thermoplaste oder auch gummielastische Polymere zum Verbund hinzu. Eine technische Trennung beim Rückbau ist nicht mehr möglich, sondern nur die thermische Entsorgung. Die Kosten einer derartig umweltschädlichen Entsorgung sind in den Planungen der Windindustrie nicht berücksichtigt. Ebenso wird der Eindruck erweckt, es handele sich bei den Kohlefasern um Naturrohstoffe. Stattdessen werden diese Materialien aufwendig aus Erdöl- und Kohleverbindungen hergestellt und tragen zur Umweltgefährdung bei. Schließlich sind diese Materialien brennbar. Im Brandfall entwickelt sich giftiger Rauch und Nanopartikel und Fasern, die stark gesundheitsgefährdend sind. Im Fall eines Brandes verändern sich Carbonfasern bei Temperaturen von mehr als 650°C und erreichen eine kritische Größe, die in die Lunge eindringen kann. Damit steht das Material nach den Kriterien der Weltgesundheitsorganisation WHO im Verdacht, Krebs zu erregen. Diese Aspekte wurden im Planentwurf nicht berücksichtigt. Der Planentwurf ist daher unsachgemäß, fehlerhaft und als unvollständig zurückzuweisen. Ich bitte Sie um eine schriftliche Stellungnahme an meine o.a. Adresse.	Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Fragen der verwendeten Baustoffe und Betriebsmittel werden im Vorhabenzulassungsverfahren für die konkret beabsichtigten Anlagen geprüft und nachgewiesen und ggfls. werden Auflagen festgesetzt.
lfd. Ident-Nr.: 470 Privat Stn-Id: 268		BE-ID: 1102 Begründung: Schutz von Vogelarten hiermit erhebe ich Einwände gegen die Teilfortschreibung Windenergie des Regionalverbandes Ostwürttemberg. Die Planungen liegen in mehreren Vorranggebieten in landwirtschaftlich genutzten Hochflächen im Übergang zu	Hinsichtlich der artenschutzfachlichen Belange wird auf das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 verwiesen, welches diese Belange umfassend und gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie der verbindlichen Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Insbesondere durch die Anwendung des o.g. Fachbeitrags Artenschutz erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes auf der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Waldgebieten. Dies sind Lebens- und Jagdräume vieler Greifvogelarten wie Roter Milan, Turm- und Baumfalke, Sperber sowie Wespen- und Mäusebussard, Uhu und Kornweihe. Die angrenzenden Wälder bieten diesen immer seltener werdenden Vögeln ideale Horsthabitate. Die vielfältigen landschaftlichen Strukturen mit Wiesenflächen und Äckern, angrenzenden Streuobstwiesen sowie dazwischen gelagerten Busch- und Baumstreifen bieten vielseitige Lebensräume für Klein- und Großvögel, auch bieten großräumigen Acker- und Wiesenflächen ein ideales Nahrungsrevier unterschiedlicher Schwalbenarten und Lerchen. Des Weiteren ziehen Zugvögel beim Wegzug vorwiegend durch das Plangebiet der Schwäbischen Alb in Richtung Süden (z.B. beim Lerchenzug, Bachstelzenzug, Kranichzug, Starenzug, Wacholderdrosselzug, etc.) Die Standorte von Windenergieanlagen in den Wäldern bergen zudem besonders hohe Risiken für dort lebende Fledermausarten. Auch ist die Funktion der betroffenen Hochflächen für den Fledermauszug noch nicht grundlegend erforscht. Durch die Aufstellung von Windkraftanlagen in den Vogelzuggebieten sind diese Vogelarten und Fledermäuse massiv gefährdet. Die Planung berücksichtigt diese Erkenntnisse nicht ausreichend, und sollte so nicht weiterverfolgt werden. Ich bitte Sie um eine schriftliche Stellungnahme an meine o.a. Adresse.	genannten Planungsebene, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes im nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Des Weitern sind ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Auf das Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff. wird hingewiesen.
lfd. Ident-Nr.: 470 Privat Stn-Id: 270		BE-ID: 1107 Stellungnahme Gefahr für das Grundwasser durch Öl- und Chemikalienverschmutzung eine durchschnittliche Windindustrieanlage enthält im Maschinenhaus ca. 1200 Liter Getriebeöl, 600 Liter Kühlflüssigkeit und 250 Liter Hydrauliköl. Diese Gefahrstoffe können bei einem Unfall oder einer Betriebsstörung auf den durchlässigen Untergrund kommen (Waldboden, Ackerflächen, Wiesen) und ins Erdreich eindringen. Schwere Grundwasserverunreinigungen drohen. Dies hat v.A. in den Wasserschutzgebieten verheeerende Auswirkungen.	Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 legt Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen fest, die der räumlichen Steuerung der Windnutzung im regionalen Maßstab dienen. Aspekte des Wasserschutzes wurden hierbei mittels Planungskriterien sowie in der Umweltprüfung berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Die Auswirkungen auf den Wasserhaushalt betreffen jedoch nicht die Gebiete insgesamt, sondern den Nahbereich der späteren Anlagenstandorte. Die Prüfung möglicher konkreter Beeinträchtigung des Bodens oder

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Diese Zusammenhänge wurden im Planentwurf nicht ausreichend berücksichtigt. Daher ist der Planentwurf unsachgemäß, unvollständig und somit als fehlerhaft zurückzuweisen. Ich bitte Sie um eine schriftliche Stellungnahme an meine o.a. Adresse.	Grundwassers ist demnach erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte möglich. Die Wirkungen auf den Wasserhaushalt ergeben sich aus der spezifischen Situation an den potenziellen Standorten und werden im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft. Dabei werden auch Vermeidungs-, Minimierungs- und Kompensationsmaßnahmen eingehend betrachtet. Die hydrologische Unbedenklichkeit im Rahmen der Vorhabenzulassungsverfahren sicher zu stellen. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 470 Privat Stn-Id: 271		BE-ID: 1109 im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalverbandes Ostwürttemberg nehme ich wie folgt Stellung : Schutz von Kindertageseinrichtungen Nach dem heutigem Stand der Technik ist für die neuen Vorranggebiete mit Windindustrieanlagen mit einer Gesamthöhe von bis zu 285 Metern zu rechnen. Aufgrund der teilweise nahen Lage der Windvorranggebiete – und der geografischen Ausrichtung, bezogen auf einen Teil der Kindertageseinrichtungen der betroffenen Gemeinden, besteht die Gefahr, dass ein Teil dieser Einrichtungen täglich über einen bestimmten Zeitraum dem Schattenschlag der Anlagen ausgesetzt sind. Oftmals werden in diesen Einrichtungen Kleinkinder bereits ab einem Alter von 1 Jahr betreut. Die Einrichtungen können direkt und indirekt vom Schattenwurf mehrere Stunden am Tag betroffen sein. Dort sind dann Kinder und Erzieherinnen sowohl innerhalb der Gebäude als auch in deren Außenbereichen vom Schattenwurf betroffen. Hinzu kommt der mit Windturbinen verbundene Lärm. Dies stellt eine unzumutbare Belastung für die Kleinkinder und Erzieher dar und birgt erhebliches Risikopotenzial für die Entwicklung der Kinder. Aufgrund der besonders schutzbedürftigen Personengruppe (Klein- und Kleinstkinder), die durch den Schattenschlag besonders beeinträchtigt wird, deren Entwicklungsprozess gefährdet wird und die keine Möglichkeit hat, sich der Beeinträchtigung zu entziehen, sind diese Standorte als ungeeignet abzuweisen. Die genannten Umstände wurden in den bisherigen Entwürfen nicht ausreichend berücksichtigt oder abgewogen. Ich bitte Sie um eine schriftliche Stellungnahme zu meiner Stellungnahme an meine o.a. Adresse.	Zu Flächen für den Gemeinbedarf - wie beispielsweise Kindergärten - wurde im Plankonzept und bei der Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen im Zuge der Teilfortschreibung Windenergie 2025 ein Umgebungsabstand von 1.000m berücksichtigt. Des Weiteren sind für den angesprochenen potenziellen Schattenwurf durch Windenergieanlagen Immissionsrichtwerte für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 470 Privat Stn-Id: 272		BE-ID: 1114 Begründung: Infraschall betriebsbedingt emittieren Windindustrieanlagen Infraschall, der sich über die Luft und den Boden ungehindert ausbreitet. Derartige Schallwellen liegen im Frequenzbereich unterhalb von 8 Hz und liegen natürlich unterhalb der direkten akustischen Wahrnehmungsschwelle des menschlichen Hörapparates. Gleichwohl ist es seit einer neueren Arbeit wohl etabliert (Kugler K,Wiegrebe L, Grothe B, Kössl M, Gürkov R, Krause E, Drexl M. 2014 Low-frequency sound affects active micromechanics in the human inner ear. R. Soc. open sci. 1: 140166), dass das menschliche Innenohr sehr wohl an Infraschallwellen ankoppeln kann. In der Untersuchung zeigte sich, dass niederfrequente Schallwellen mit einem unauffälligen Schalldruck von 80dB (A) unter einer nur kurzen Expositionsdauer von 90 Sekunden sehr wohl otoakustische Signale im Innenohr hervorrufen, die noch bis zu 2 Minuten nach dem Absetzen der Schallwellen andauern. Klare positive Korrelationen konnten hier für unauffälligen Schalldruck nachgewiesen werden. Der direkte Wirkmechanismus ist somit nachgewiesen über die mikromechanische Kopplung der Infraschallwellen an die äußeren Haarzellen im Innenohr. Deren Zweck ist es, Schallwellen zu detektieren und mikromechanisch zu verstärken über eine schnelle Veränderung der Ausdehnung des Zellkörpers. Dieser sogenannten cochleare Verstärker erzeugt aktiv mikromechanische Energie, die in die cochleare Laufwelle zurückgeführt wird. Dieser Mechanismus dient auch als Nebeneffekt zur zweifelsfreien experimentellen Detektion über den Ohrkanal. Dies bedeutet, dass das menschliche Hörorgan sehr wohl in der Lage ist, Infraschallwellen aktiv verstärkt aufzunehmen, obwohl die Infraschallwellen nicht direkt an die inneren Haarzellen koppeln. Es sind dies die inneren Haarzellen, welche die direkten akustischen Wahrnehmungsschwellen determinieren. Auch der Arbeitskreis „Ärzte für Immissionsschutz“ warnt in einem Grundlagenpapier vor den gesundheitlichen Folgen des Infraschalls. Das Land Baden-Württemberg unterstützt selbst mehrere Forschungsprojekte zur Erforschung des Infraschalls und seiner gesundheitlichen Auswirkungen. Wenn die Windindustrie-Lobby recht hätte mit der Behauptung, es gebe keine Gefährdungen von Menschen durch Infraschall, dann bräuchten ja auch keine Forschungsprojekte durch Steuergelder unterstützt werden. Die Auswirkungen von Infraschall auf die Gesundheit der Menschen sind noch nicht hinreichend erforscht. Dies erfordert weitere medizinische Forschungsarbeiten zur Erforschung der Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit. Sehr aufschlussreich dieser Artikel:	Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz schreibt zum Thema Infraschall durch Windenergieanlagen unter https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/FAQ/Windenergie/faq-windenergie.html (Stand Juli 2024): „Infraschall-Töne unterhalb einer Frequenz von 20 Hertz - ist alltäglicher und überall präsenter Bestandteil unserer Lebenswelt. Er geht von einer Vielzahl sowohl natürlicher als auch technischer Quellen aus. Natürliche Quellen sind z. B. Wind, Gewitter, Meeresdünung und Vulkane sowie Meteoriten. Zudem gibt es zahlreiche künstliche und technische Infraschall-Quellen wie z. B. Klima- und Lüftungsanlagen, Umspannwerke, Kraftfahrzeuge, Lautsprechersysteme, Kühlschränke und Windenergieanlagen. Die Intensität des Infraschalls von Windenergieanlagen (sog. Schalldruckpegel) ist so gering, dass sie bereits in wenigen hundert Meter Entfernung deutlich unterhalb der menschlichen Wahrnehmbarkeitsgrenze liegt. In den meisten Fällen wird der Infraschall außerdem von natürlichen anderen Geräuschen überdeckt. So haben auch wissenschaftliche Studien bislang keinen Nachweis erbracht, dass der von Windenergieanlagen ausgehende Infraschall eine schädliche Wirkung auf die menschliche Gesundheit hat.“ Das Umweltbundesamt (UBA) kommt zu dem Schluss, dass es keine Evidenz dafür gibt, dass durch Infraschall von Windenergieanlagen gesundheitliche Beeinträchtigungen verursacht werden. Nach heutigem Stand der Forschung ist die Belastung mit Infraschall durch Windenergieanlagen im Vergleich zu anderen Quellen von Infraschall natürlichen oder technischen Ursprungs (Heizungsanlage, Kühlschrank, Straßenverkehr oder Gewitter) zudem gering. Das belegt beispielsweise eine Messkampagne der Landesanstalt für Umwelt (LUBW) zwischen 2013 und 2015. Diese untersuchten tieffrequente Geräusche ab 1 Hz. in der näheren Umgebung von Windkraftanlagen sowie in urbanen und ländlichen Räumen. Die Untersuchung stellt, wie das UBA, unterschiedlichen Quellen und die Omnipräsenz von Infraschall im Alltag fest. Windkraftanlagen leisteten hierzu aber keinen wesentlichen Beitrag da deren Pegel schon in 300 m Entfernung zur Windkraftanlage deutlich unterhalb der Wahrnehmungsgrenze liegt. (Tieffrequente Geräusche inkl. Infraschall von Windkraftanlagen und anderen Quellen – Bericht über Ergebnisse des Messprojektes 2013-2015, LUBW 2016: https://pudi.lubw.de/detailseite/-/publication/84558). Das Landesamt für Umwelt Bayern (LfU 2022) kommt in einer neueren Studie ebenfalls zum Schluss, dass bereits viele sorgfältige, wissenschaftliche Studien zum Infraschall rund um Windenergieanlagen vorliegen. In ihnen aber keine schädlichen Wirkungen auf den Menschen gefunden werden, denn die Pegel in der Umgebung (Immissionen) lägen stets deutlich unterhalb der Hör- und Wahrnehmungsschwelle – und für diesen Bereich wurden bisher keine gesundheitlichen Wirkungen nachgewiesen. (https://www.lfu.bayern.de/buerger/doc/uw_117_windkraftanlagen_infraschall_gesundheit.pdf)Um den aktuellen Kenntnisstand zu Infraschall von

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		https://www.welt.de/wirtschaft/article230800405/WindkraftGesundheitsrisiko-steigt-durch-den-Schall.html --> --- Artikel s. Anlage zur Stn. --- Nicht außen vor bleiben darf die Gesundheit von Wild- und Nutztieren. Auffällige Verhaltensweisen, Stress, Fehl- und Totgeburten sind dokumentiert. Diese negativen Auswirkungen auf die Menschen und Tiere sind im Planentwurf des Regionalverbandes nicht ausreichend berücksichtigt. Er ist deshalb nicht sachgemäß und als fehlerhaft zurückzuweisen. Ich bitte Sie um eine schriftliche Stellungnahme zu meiner Stellungnahme an meine o.a. Adresse.	Windenergieanlagen zu festigen und zu erweitern, beobachten das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und das Umweltbundesamt kontinuierlich die Entwicklung wissenschaftlicher Studien. Damit ist sichergestellt, dass neue Entwicklungen und gesicherte Erkenntnisse frühzeitig bekannt werden (vgl. vgl. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/4031/publikationen/umid_01-2021-infraschall.pdf). Bereits mehrere Gerichte haben sich mit dem Thema Infraschall beschäftigt und unterstützen die obenstehenden Ausführungen. So stellt das Oberverwaltungsgericht Münster zusammenfassend fest: „Die Rechtsprechung des Senats und anderer Obergerichte geht davon aus, dass Infraschall – wie auch tieffrequenter Schall – durch Windenergieanlagen nach dem bisherigen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse grundsätzlich nicht zu Gesundheitsgefahren führt“ Quelle: OVG Münster (8. Senat), Urteil vom 22. November 2021 – 8A 973/15. Pathogene Effekte durch von Windkraftanlagen abgegebene Luftdruckpulse sind weder bekannt noch belegt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Die Berücksichtigung von Infraschall auf Ebene der Regionalplanung bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie ist daher weder erforderlich noch geboten. Aspekte des Tierschutzes sind über die regionalplanerischen Festlegungen nicht unmittelbar steuerbar. Die Berücksichtigung des Schutzes wildlebender Pflanzen und Tiere orientiert sich an den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes, des Bundes- sowie des Landesnaturschutzgesetzes. Der Belang wird der Maßstäblichkeit des Regionalplans entsprechend in der Planungskonzeption auf der Grundlage verfügbarer Daten berücksichtigt. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung.
lfd. Ident-Nr.: 470 Privat Stn-Id: 273		BE-ID: 1119 Begründung: Wertverlust bei Immobilien in der Nähe von Windkraftanlagen im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalverbandes	Die Teilfortschreibung dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Beurteilung des Immobilienwertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob Wertminderungen durch Windenergieanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls, insbesondere im Falle eines tatsächlichen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Ostwürttemberg erhebe ich Einwände gegen die Planung. Einer Untersuchung des RWI – Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung zufolge können Windkraftanlagen den Wert von Einfamilienhäusern in unmittelbarer Umgebung deutlich mindern. Der Wert eines Hauses in einem Kilometer Entfernung zu einer Windindustrieanlage sinkt im Durchschnitt um 7,1 Prozent, so die Studie. Wenn diese acht bis neun Kilometer entfernt ist, hat sie keine Auswirkung mehr auf die Immobilienpreise. Die Studie hat knapp drei Millionen Verkaufsangebote zwischen 2007 und 2015 ausgewertet, die auf dem Online-Portal Immoscout24 erschienen sind. Besonders ausgeprägt ist der Wertverlust innerhalb des Ein-Kilometer-Radius in ländlichen Gebieten. Hier kann er bis zu 23 Prozent betragen. Dieser Wertverlust ist real und wurde beispielsweise durch die Oberfinanzdirektion Nordrhein-Westfalen, Verfügung v. 20.4.2015, Kurzinfo Einheitsbewertung Nr. 01/2015 bereits verwaltungs-technisch umgesetzt. Für bebaute Grundstücke kommt eine Wertminderung im Ertragswertverfahren in Betracht. Die OFD weist zudem darauf hin, dass die Grundsätze auch bei Grundstücken angewandt werden dürfen, die im Sachwertverfahren zu bewerten sind (z. B. unbebaute Grundstücke, Luxusbauten). Wertminderungen lassen sich dann ggf. im Rahmen des § 88 Abs. 1 BewG berücksichtigen. Auch der Bundesfinanzhof hat entschieden, dass Immissionen von Windkraftanlagen grundsätzlich eine Ermäßigung des Einheitswerts rechtfertigen können (BFH, Beschluss v. 22.6.2006, II B 171/05). Somit ist die Möglichkeit eines Wertverlusts auch amtlich dokumentiert. Dies gefährdet die aktuell immer wichtiger werdende private Daseinsvorsorge im Hinblick auf das künftig sinkende Rentenniveau aufgrund der nicht vorhersehbaren Wirtschaftslage etc. Der Planentwurf verletzt massiv die Rechte der betroffenen Bürger in der persönlichen Planung der Alterssicherung und des Schutzes vor Altersarmut. Ich bitte Sie um eine schriftliche Stellungnahme zu meiner Stellungnahme an meine o.a. Adresse.	Verkaufs der Immobilie ab. Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass der Wert und die Preisentwicklung von Immobilien von ökonomischen und demografischen Einflüssen dominiert werden und nicht von Windenergieanlagen. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kaum möglich, den Anstieg oder den Rückgang des Verkehrswertes eines bebauten oder unbebauten Grundstücks auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen (s. Landtag von Baden-Württemberg (2019): Kleine Anfrage des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Wertminderung von Immobilien infolge von Windkraftanlagen II (Drucksache 16 / 5820), 26. Februar 2019, Stuttgart (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5820_D.pdf).Daher und wegen des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ist es aus Sicht des Regionalverbands weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen.
lfd. Ident-Nr.: 470 Privat Stn-Id: 274		BE-ID: 1121 hiermit erhebe ich als betroffene Bürgerin Einwendungen und Bedenken gegen die obige Teilfortschreibung im Gesamten wie folgt : Zerstörung unserer Wälder, die unser Klima schützen und das	Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		CO^2 reduzieren: im vorliegenden Planentwurf sind in den neuen Vorranggebieten aller Voraussicht nach 30 oder mehr Windindustrieanlagen vorgesehen. Für die Standflächen, die Zuwegung und die Leitungsanschlüsse müssten mehrere hundert Hektar klima- und umwelttechnisch wertvolle Waldflächen gerodet und somit dauerhaft zerstört werden. Aus den bis jetzt zusammenhängenden Waldgebieten würden Flickenteppiche von Waldstückchen und Waldstreifen entstehen. Derartig zerstückelte Waldgebiete sind bei Stürmen und auch Starkregenereignissen großer Gefährdung ausgesetzt und ein vollständiger Verlust kann möglich werden, da zb. Sturmwinde an Waldrändern besonders stark angreifen und bei Starkregen die Bodenerosionen / Hangrutschungen etc. verstärkt werden. Dies kann mittelbar auch zur Gefährdung von besiedelten Flächen führen (Hangrutschungen, Überschwemmungen etc.), so dass dort Gefahr für Leib und Leben bestehen kann. Diese Aspekte wurden im Planentwurf nicht berücksichtigt. Der Planentwurf ist daher als unsachgemäß und fehlerhaft zurückzuweisen. Ich bitte Sie um eine schriftliche Stellungnahme zu meiner Stellungnahme an meine o.a. Adresse.	Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Aspekte des Bodenschutzes wurden bei der vorliegenden Teilfortschreibung mittels Planungskriterien sowie in der Umweltprüfung berücksichtigt. Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Auf das Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff. wird hingewiesen. Die Prüfung möglicher konkreter Beeinträchtigung des Bodens ist erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte möglich. Der Flächenverbrauch durch Windenergieanlagen ist im regionalen Maßstab sehr gering. In der Regel werden, wo möglich, vorhandene Wege verwendet. Gemäß Fachagentur Wind an Land zeigen aktuelle Erhebungen, dass für die Dauer des Betriebes von Windenergieanlagen (WEA) durchschnittlich ca. 0,48 Hektar für den Betrieb einer WEA gerodet werden müssen. Hiervon entfallen ca. 0,05 ha auf die Versiegelung für das Fundament. Während der Bauphase sind zusätzlich ca. 0,47 ha freizuhalten, die nach Abschluss der Bauphase dann wieder aufgeforstet werden (Fachagentur Wind an Land 2024: Entwicklung der Windenergie im Wald.- Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Forstflächen in den Bundesländern.- Analyse.- S. 15f). Für die Inanspruchnahme der Waldflächen besteht das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs. Dabei werden schädliche Umwelteinwirkungen sowie deren Vermeidung, Minimierung und Kompensation eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung.
lfd. Ident-Nr.: 470 Privat Stn-Id: 247		BE-ID: 2244 Anlage zur Stellungnahme ID 247 (BE ID 1045): Erträge für die Windparks Goldboden, Lauterstein und Langenburg -2021- . Dipl.-Ing Willy Fritz Zusammenfassung Nachfolgend sind für einige markante Windparks im Nordosten BWs die wichtigsten Ertragsdaten dargestellt. Alle drei Windparks bilden ein Dreieck, welches das Gebiet Berglen, Schurwald, Welzheimer Wald, Voralbgebiet und Albtrauf abdeckt. Somit sind sie durchaus repräsentativ für diesen Teil der Region Stuttgart. Lauterstein ist kein EnBW Standort, der Windpark wird von der Firma WPD betrieben, es ist mit 16 Windrädern der größte Windpark in BW und wurde bei der Eröffnung Ende 2017 großspurig als der zukünftig ertragreichste Windpark des Landes angekündigt. Langenburg (Lkrs. SHA) ist der größte EnBW Windpark im Ländle mit 12 Windrädern. Dargestellt sind einmal die sogenannten mittleren gekappten Windleistungsdichten für die Jahre 2020 und 2021. Hierbei handelt es sich um die neuerdings ausschließlich zu verwendende Zielgröße zur Beurteilung der Windhöffigkeit. Das Jahr 2020 gilt selbst in der Windbranche als Rekordjahr, das Jahr 2021 als durchschnittliches Windjahr (gemessen an den Jahreserträgen). Die Ergebnisse belegen ganz klar, dass die vom Umweltministerium empfohlene Mindestschwelle dieser Windleistungsdichte von 215 W/m2 sowohl im Rekordjahr 2020, als auch im Durchschnittsjahr 2021 klar verfehlt wurden, die Standorte somit nach Definition des UM nicht für Windkraftgeeignet sind und andere Belange wie Arten-,Landschafts- und Naturschutz Vorrang hätten. Ergänzend sind noch die jährlichen Ertragsverläufe für die erwähnten Windparks dargestellt. Allgemeines	Die Informationen und Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Auf die Abwägung zur BE ID 1045 dieser Stellungnahme wird verwiesen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Goldboden und Langenburg sind EnBW Windparks. Über das EnBW-Tool „e-cockpit“ https://www.enbw.com/erneuerbare-energien/windenergie/ welches als kostenlose App für Smartphones angeboten wird, kann der Ertrag hierfür online verfolgt werden und stehen sofort zur Verfügung. Die Ertragsdaten von Lauterstein werden vom Netzbetreiber TransnetBW zusammen mit den Daten sämtlicher EEG registrierten Anlagen mit einer Verzögerung von 7 – 8 Monaten veröffentlicht. Seit 29. 07. 2022 stehen sie für das Jahr 2021 zur Verfügung. Während in dem „e-cockpit“ nur die Erträge für den jeweiligen Gesamtwindpark angegeben werden, sind in den sogenannten Bewegungsdaten von TransnetBW sämtliche Anlagen einzeln mit einer eigenen Anlagennummer aufgeführt. Leider sind aber bei den Windparks die Erträge der einzelnen Anlagen immer identisch, d.h. der gesamte Jahresertrag, der durch Summation der Einzelerträge ermittelt wird, wird dann wieder gleichmäßig auf die Einzelanlagen verteilt. Dies ist äußerst ärgerlich, da gerade bei großen Windparks wie Lauterstein und Langenburg die Detailerträge Rückschlüsse über die lokalen Geschwindigkeitsverteilungen ermöglichen würden. Windleistungssdichte Nachfolgend der Vergleich der mittleren gekappten Windleistungsdichte für die drei Windparks dargestellt. --- Abb. 1: Mittlere gekappte Windleistungsdichte s. Anlage zur Stn. --- Diese Größe wird im Windatlas „Ekapp“ genannt, deshalb auch hier diese Bezeichnung. Der zusätzliche Index 160 bedeutet, dass sie für 160 m über Grund an dem Standort ermittelt wurde. Das ist die vom Umweltministerium in einem gesonderten Schreiben an die Genehmigungsbehörden definierte Zielgröße zur Beurteilung der Windhöffigkeit. Bei der Berechnung wurde zunächst die zum Ertrag passende mittlere Geschwindigkeit über iterative Ertragsermittlungen gemäß IEC-Norm ermittelt. Diese Vorgehensweise wird genau so auch im Windatlas zur Ermittlung von Vergleichsdaten aus den Erträgen existierender Windenergieanlagen beschrieben. Stillstandszeiten infolge Fledermausflug, Vereisung etc. wurden durch einen 5%-igen Aufschlag auf den Jahresertrag berücksichtigt. In offiziellen Windgutachten wird dies durch einen 3,5 %-igen Aufschlag abgetan. Zusätzliche, längere Stillstandzeiten am Goldboden (2019, 2021) wurden heraus gerechnet. (Es war immer nur eine Anlage betroffen). Die so erhaltene mittlere Windgeschwindigkeit wird über eine ebenfalls im Windatlas beschriebene Extrapolation auf die Höhe von 160 m über Grund extrapoliert. (Langenburg und Lauterstein	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		haben Nabenhöhen von lediglich 137 m und 139 m). Aus diesen Geschwindigkeiten in 160 m über Grund wurde dann gemäß der physikalischen Definition und der daraus folgenden iterativen numerischen Berechnungsmethode, die ebenfalls im Windatlas ausführlich dargelegt ist, Ekapp(160) ermittelt. Die Berechnung erfolgte somit streng nach den Vorgaben des Windatlas und enthält keinerlei vereinfachenden Annahmen. Auch in der Windkraftbranche ist unbestritten, dass das Jahr 2020 ein Rekordwindjahr war, während es sich bei 2021 um ein durchschnittliches Windjahr handelte. Es ist klar erkennbar, dass die drei für die Region repräsentative Windparks selbst im Rekordwindjahr 2020 die Mindestempfehlung des UM bei Weitem nicht erreichen, geschweige denn in einem Durchschnittswindjahr. An anderen geplanten Standorten der Region (Buocher Höhe, weitere Schurwald Standorte) sind die gleichen Verhältnisse zu erwarten. Der von der EnBW immer wieder vorgebrachte Einwand, auf die Windhöffigkeit käme es nicht an, jede kWh Windstrom nütze dem Klimaschutz, ist absurd. Gerade hierfür muss angesichts der enormen Eingriffe in die Natur eine Relation zwischen Ertrag und Aufwand erfüllt sein. Ebenso für das Gelingen der sogenannten Energiewende. Um dies zu beurteilen dient eben diese vom UM empfohlene Mindestschwelle von 215 W/m2 der Windleistungsdichte. Nachfolgend noch die jährlichen Ertragsverteilungen für die einzelnen Windparks. Ertragsverteilung Goldboden --- Abb. 2: Windstromproduktion 2019/2021 Goldboden Datenquelle: EnBW s. Anlage zur Stn. --- Ertragsverteilung Lauterstein --- Abb. 3: Windstromproduktion 2017/2021 Lauterstein Datenquelle: TransnetBW s. Anlage zur Stn. --- Die Daten stammen vom Netzbetreiber TransnetBW. Hier werden sämtliche 16 Anlagen einzeln aufgeführt, allerdings mit nahezu identischen Erträgen. Deshalb wurde hier nur beispielhaft die Anlage 9 ausgesucht. Ertragsverteilung Langenburg --- Abb. 4: Windstromproduktion 2017/2021 Langenburg Datenquelle: EnBW s. Anlage zur Stn. --- Die einzelnen Monatserträge lassen natürlich keine Rückschlüsse auf die extremen Leistungsschwankungen innerhalb eines Monats zu, diese werden durch das Aufsummieren	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		über den jeweiligen Monat praktisch geglättet. Dies entspricht der Verstetigung der volatilen Leistungsabgabe durch eine geeignete Kurzzeitspeichertechnik. Aber selbst bei den so geglätteten Monatsergebnissen fällt doch ein erheblicher Ertragseinbruch in den Sommermonaten auf, der für einen grundlastfähigen Verlauf der Windenergie ausgeglichen werden müsste. Dies ist der saisonale Ausgleich, der gigantische Speichermengen erfordert und der in öffentlichen Diskussionen überhaupt nicht erwähnt wird. Deutlich erkennbar ist dies auch aus den eingezeichneten Trendkurven. Hierbei handelt es sich um quadratische, nach oben geöffnete Parabeln, die so ermittelt wurden, dass die Fehlerabweichungen zu den Ist-Werten am geringsten werden. Falls vorhanden wurde die Trendkurve von 2018 verwendet. Das Jahr 2018 lag sowohl im Jahresertrag als auch im Jahresverlauf sehr nahe am langjährigen Durchschnitt. Ansonsten ist die Trendkurve für das Jahr 2021 (Durchschnittsjahr bezüglich des Jahresertrags) verwendet. Die EnBW gibt auch die monatlichen Prognosen an. Diese entstehen aus der Jahresprognose durch nichtlineare Verteilung auf die einzelnen Monate. Man berücksichtigt also den Jahresgang auch in der monatlichen Prognose. Trotz dieser Anpassung der Prognosen werden sie nur in einigen wenigen Ausnahmemonaten (März 2019, Februar 2020, März 2020, Oktober 20/21 und Mai 2021) erreicht oder überschritten. Weiterhin ist offensichtlich, dass abgesehen von dem erwähnten Trend, der naturgegeben ist, die monatlichen Erträge ziemlich willkürlich sind und kein erkennbarer Zusammenhang zwischen den einzelnen Monaten oder gar über die einzelnen Jahre hinweg besteht. Dies gilt auch großflächig, wie die nachfolgende Darstellung für Gesamt-BW eindringlich zeigt: --- Abb. 5: Windstromeinspeisung BW 2012 – 2022 2017/2021. Monatliche Durchschnittswerte. Datenquelle: EnBW s. Anlage zur Stn. --- Hier sind die oben beschriebenen Verläufe ebenfalls klar erkennbar. Auch noch so viele Windräder können an der Zufälligkeit und dem Jahrestrend nichts ändern. Und was die Speichertechnik angeht: Überschüsse vom November und Dezember können nicht rückwirkend im Juni oder Juli verbraucht werden, die Speicherung muss also jahresübergreifend und in enormen Mengen möglich sein, nicht nur über ein paar Stunden oder Tage hinweg. Nachfolgend noch einige Zahlenwerte in Tabellenform: --- Tab. s. Anlage zur Stn. ---	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Es handelt sich um Werte pro Anlage, In Lautersein wurde wie erwähnt die Anlage 9 beispielhaft ausgewählt. Der Referenzertrag ist derjenige Ertrag, den die betreffende Windmühle in einem genormten Geschwindigkeitsfeld erbringt. Die Standortgüte ist das Verhältnis von tatsächlichem Ertrag zu Referenzertrag. Er galt bis 2019 als Bewertungskriterium für die Windhöffigkeit, die Empfehlung lag bei den Großwindanlagen bei 65 – 70 %. Investoren und Banken verlangten gar den Nachweis von 80% für die Standortgüte. Wenig aussagefähig ist dagegen das Verhältnis von Ertrag zu Prognose, wie das Beispiel Goldboden zeigt. Hier wurde die Prognose angesichts der Größe der Anlage wohl etwas zu niedrig angesetzt, was gegenüber den anderen beiden Standorten wohl zu einer scheinbar besseren Auslastung führt. Set 2019 gilt als alleiniges Bewertungskriterium die mittlere gekappte Windleistungsdichte von mindestens 215 W/m2. Wie man leicht erkennt, wird weder das neue noch das alte Bewertungskriterium von den 3 Windparks erfüllt.	
lfd. Ident-Nr.: 484 ForstBW Stn-Id: 233		BE-ID: 935 vielen Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme in der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Planentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 für die Region Ostwürttemberg. Als größter Waldbesitzer in Baden-Württemberg wurde ForstBW mit dem Koalitionsvertrag der Landesregierung (Mai 2021) die Aufgabe übertragen, in der laufenden Legislaturperiode Flächen für 500 Windräder im Staatswald bereitzustellen. Dieser Aufgabe kann ForstBW jedoch nur gerecht werden, wenn die Regionalverbände bei der Ausweisung von Vorranggebieten Staatswaldflächen in ausreichendem Maße berücksichtigen. Daher begrüßen wir ausdrücklich den Umfang der seither berücksichtigen Flächenkulissen von Vorranggebieten im Staatswald durch den Regionalverband Ostwürttemberg. Mit unserer Stellungnahme möchten wir auf einzelne Vorranggebiete innerhalb der vorgesehenen Flächenkulisse hinweisen, die einer erneuten Prüfung durch den Regionalverband unterzogen werden sollten. Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Anlage 1: Stellungnahme von ForstBW zum Planentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 beim Regionalverband Ostwürttemberg Beteiligung gem. § 12 Abs. 2 und 3 Landesplanungsgesetz	Wird zur Kenntnis genommen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Inhalt 1. Befürwortung ausgewiesener Vorrangflächen 2. Erweiterung der geplanten Vorranggebiete 3. Neuaufnahme von Staatswaldflächen als Vorranggebiete	
lfd. Ident-Nr.: 484 ForstBW Stn-Id: 233		BE-ID: 936 1. Befürwortung ausgewiesener Vorrangflächen ForstBW befürwortet die nachfolgenden Flächen im Staatswald, die als Vorranggebiete vorgesehen sind: Planungsverfahren Nr. Bezeichnung 41 Erweiterung Ellenberg/Jagstzell West Zusatzinformation: Staatswald im Vorranggebiet bereits verpachtet. 43 Gerstetten 48 Erweiterung Waldhausen/Beuren Zusatzinformation: Vorranggebiet in Teilbereichen bereits verpachtet. 52 Erweiterung Heidenheim/Nattheim 54 Ebnat Zusatzinformation: Das Vorranggebiet ist im Staatswald fast vollständig an die Firma Zeiss verpachtet. Wir verweisen insbesondere auf die gemeinsame Stellungnahme der Firmen Zeiss und Uhl Windkraft gegenüber dem Regionalverband Ostwürttemberg. Die Argumentationen hierin sind für uns nachvollziehbar und werden von uns unterstützt. Zusätzlich weisen wir darauf hin, dass die verpachteten Staatswaldflächen mit Zustimmung der Ministerien im Rahmen eines Sonderverfahrens als Leuchtturmprojekt zur Stromdirektversorgung der lokalen Industrie zur Verfügung gestellt wurden. Hierbei handelt es sich um ein Windkraftprojekt mit regionalen, wirtschaftspolitischen Zielsetzungen im herausragenden Interesse des Landes Baden-Württemberg. Die Bereiche des Vorranggebiets innerhalb des Staatswaldes befinden sich in deutlich ausreichender Siedlungsentfernung und forst- und naturschutzrechtlich relevante Restriktionen sind nicht erkennbar. 55 Erweiterung Oberkochen Zusatzinformation: Forst- und naturschutzrechtlich relevante Restriktionen sind nicht erkennbar. Die Vorrangfläche ist sehr gut für eine Erweiterung des bestehenden Windparks geeignet. Ein interessierter Projektierer ist bereits in Gesprächen mit ForstBW.	Die Befürwortung der benannten Vorranggebiete inkl. der aufgeführten Zusatzinformationen werden zur Kenntnis genommen. Hinweise zum weiteren Umgang mit den genannten Vorranggebieten: Folgende Vorranggebiete sind für die Nutzung der Windenergie gut geeignet und werden im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg - mit überarbeiteter Gebietsabgrenzung - weitergeführt: 41 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell West", 48 "Erweiterung Waldhausen / Beuren", 52 "Erweiterung Heidenheim / Nattheim", 54 "Ebnat", 55 "Erweiterung Oberkochen", 65 "Schönbühl", 66 "Bergenweiler / Sontheim". Die Vorranggebiete 43 "Gerstetten" und 57 "Herbrechtingen" werden im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		57 Herbrechtingen 65 Schönbühl 66 Bergenweiler/Sontheim Zusatzinformation: Staatswaldflächen im Vorranggebiet sind bereits verpachtet.	
lfd. Ident-Nr.: 484 ForstBW Stn-Id: 233		BE-ID: 938 2. Erweiterung der geplanten Vorranggebiete Neben dem Erhalt der bereits im Entwurf ausgewiesenen Vorranggebiete empfehlen wir bei den nachfolgenden Vorranggebieten eine Erweiterung um angrenzende Flächen: Planungsverfahren Nr. Bezeichnung 42 Erweiterung Ellenberg/Jagstzell Ost 44 Erweiterung Nonnenholz 47 Hornsberg 60 Rechberger Buch 61 Erweiterung Falkenberg 67 Hermaringen Nummer Planungsverfahren 42 - Erweiterung Ellenberg/Jagstzell Ost (Jagstzell, Ellenberg) Stellungnahme: ForstBW begrüßt die Ausweisung des Vorranggebietes. Wir bitten um Erweiterung des Vorranggebietes in nördlicher Richtung im Staatswald (rot umrandet) bis zu 450 m Entfernung zur Wohnnutzung im Außenbereich (Kriterium LUBW). Eine Erweiterung würde für den Ort Matzenbach keine wesentlichen Sichtauswirkungen haben, da bereits dahinterliegend bestehende Windräder sind. Nummer Planungsverfahren 44 - Erweiterung Nonnenholz (Ellwangen) Stellungnahme: ForstBW begrüßt die Ausweisung des Vorranggebietes. Wir bitten um Erweiterung des Vorranggebietes Teilbereich 44/1 in nördlicher Richtung im Staatswald (rot umrandet) bis zu 700 m Entfernung zu Wohngebieten (Kriterium LUBW). In der Erweiterung liegt die Windhöffigkeit in großen Bereichen > 250 – 310 W/m² (Windatlas Baden-Württemberg 2019 in 160 m Höhe) und somit eine Stufe höher als in den ausgewiesenen Vorranggebieten. Dieses zusammenhängende größere Staatswaldgebiet ist für das Land eine wichtige Potenzialfläche zur Umsetzung der Energiewende. Nummer Planungsverfahren 47 - Hornsberg (Westhausen, Rainau)	Die Anregungen zur Erweiterung der Vorranggebiete 42, 44, 47, 60, 61 und 67 werden zur Kenntnis genommen. Den Anregungen wird nicht gefolgt, da bei allen eingegebenen Erweiterungsflächen planerische Kriterien - gem. des Kriterienkatalogs - entgegenstehen: In dem vorgeschlagenen Erweiterungsbereich nördlich des Vorranggebiets 42 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell Ost" steht das Kriterium Siedlungsabstand entgegen. In dem vorgeschlagenen Erweiterungsbereich nordöstlich der Teilfläche 44 "Erweiterung Nonnenholz Nord" stehen die Kriterien Abstand zur Landesstraße L1026, Siedlungsabstand sowie weitere kleinflächige Kriterien (u.a. ein Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege) entgegen. In dem vorgeschlagenen Erweiterungsbereich östlich des Vorranggebiets 47 "Hornsberg" stehen die Kriterien Siedlungsabstand, großflächiger Bodenschutzwald sowie weitere kleinflächigere Belange entgegen. In dem vorgeschlagenen Erweiterungsbereich südlich und westlich des Vorranggebiets 60 "Rechberger Buch" stehen die Kriterien Siedlungsabstand, eine naturschutzgebietswürdige Fläche inkl. Umgebungsabstand, großflächiger Bodenschutzwald sowie weitere kleinflächigere Belange (u.a. Vielzahl an gesetzlich geschützten Waldbiotopen) entgegen. In dem vorgeschlagenen Erweiterungsbereich südöstlich des Vorranggebiets 61 "Erweiterung Falkenberg" stehen die Kriterien Schwerpunktvorkommen der Kategorie A inkl. Umgebungsabstand, Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege, ein forstlicher Vermehrungsgutbestand, großflächiger Bodenschutzwald sowie teilweise der Umgebungsabstand zum Vogelschutzgebiet "Albuch" und weitere kleinflächigeren Belange (u.a. einige gesetzlich geschützten Waldbiotope) entgegen. In dem vorgeschlagenen Erweiterungsbereich südlich des Vorranggebiets 67 "Hermaringen" stehen die Kriterien Schwerpunktvorkommen der Kategorie A inkl. Umgebungsabstand, z.T. der Abstand zur Straße B492 und das raumordnerische Ziel "Grünzäsur" sowie weitere

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Stellungnahme: ForstBW begrüßt die Ausweisung des Vorranggebietes. Wir bitten um Erweiterung des Vorranggebietes in östlicher Richtung zumindest in Teilbereichen innerhalb des angrenzenden Staatswaldes (rot umrandet) auch teilweise bis zu 450 m Entfernung zur Wohnnutzung im Außenbereich (Kriterium LUBW). Nummer Planungsverfahren 60 – Rechberger Buch (Heubach, Schwäbisch Gmünd) Stellungnahme: ForstBW begrüßt die Ausweisung des Vorranggebietes. Wir bitten um Erweiterung des Vorranggebietes in südlicher Richtung im Staatswald (rot umrandet) bis zu 450 m Entfernung zur Wohnnutzung im Außenbereich (Kriterium LUBW). Die Windhöffigkeit liegt bei > 250 – 310 W/m² (Windatlas Baden-Württemberg 2019 in 160 m Höhe) und somit über dem Durchschnittswert von 215 W/m². Das Vorranggebiet ist im Staatswald bereits vollständig an die Stadt Schwäbisch Gmünd (Nachhaltiger Industrie- und Technologiepark H2-Aspen) verpachtet. Zusätzlich weisen wir darauf hin, dass die verpachteten Staatswaldflächen mit Zustimmung der Ministerien im Rahmen eines Sonderverfahrens als Leuchtturmprojekt zur Stromdirektversorgung der lokalen Industrie zur Verfügung gestellt wurden. Hierbei handelt es sich um ein Windkraftprojekt mit regionalen, wirtschaftspolitischen Zielsetzungen im herausragenden Interesse des Landes Baden-Württemberg. Nummer Planungsverfahren 61 – Erweiterung Falkenberg (Bartholomä) Stellungnahme: ForstBW begrüßt die Ausweisung des Vorranggebietes. Wir bitten um Erweiterung des Vorranggebietes in östlicher Richtung und in südwestlicher Richtung im Staatswald (rot umrandet). Der Abstand zur Wohnnutzung im Außenbereich liegt bei ca. 1.000 m. Die Windhöffigkeit liegt bei > 250 – 310 W/m². Wesentliche Restriktionen werden von uns nicht gesehen. Mit einer Erweiterung würde auch die bereits vorhandene Konzentration von Windrädern unterstützt. Nummer Planungsverfahren 67 – Hermaringen (Hermaringen) Stellungnahme: ForstBW begrüßt die Ausweisung des Vorranggebietes. Wir bitten um Erweiterung des Vorranggebietes in westlicher Richtung und in südlicher Richtung innerhalb des markierten Staatswaldes (rot umrandet). Der Abstand zur Wohnnutzung im Außenbereich liegt bei > 450 m, der Abstand zum Industriegebiet liegt bei > 250 m und	kleinflächigeren Belange (u.a. Vielzahl an gesetzlich geschützten Waldbiotopen) entgegen. Hinweise zum weiteren Umgang mit den genannten Vorranggebieten: Die geplanten Vorranggebiete 44 "Erweiterung Nonnenholz", 60 "Rechberger Buch" und 67 "Hermaringen" sind für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Die drei Gebiete werden jeweils aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Die Vorranggebiete 42 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell Ost", 47 "Hornsberg" und 61 "Erweiterung Falkenberg" werden im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg aufgrund verschiedener Belange nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		der Abstand zum Wohngebiet liegt bei > 700 m (Kriterien LUBW). Die Windhöffigkeit liegt bei > 190 – 250 W/m² (Windatlas Baden-Württemberg 2019 in 160 m Höhe) und somit im Bereich des Durchschnittswerts von 215 W/m². Die Staatswaldfläche befindet sich bereits nach gemeinsamer Ausschreibung mit der Gemeinde Hermaringen in der Verpachtungsphase. Die Gemeinde Hermaringen befürwortet die Windkraft. Da der südliche Teil als Artenschutzräume Schwerpunktvorkommen der Kategorie A kategorisiert ist, bitten wir um Prüfung, diesen planerischen Ausschluss nicht anzuwenden und eine Ausnahme in Aussicht zu stellen, sofern eine artenschutzrechtliche Prüfung eine Unbedenklichkeit als Ergebnis bringt.	
lfd. Ident-Nr.: 484 ForstBW Stn-Id: 233		BE-ID: 939 3. Neuaufnahme von Staatswaldflächen als Vorranggebiete Wir bitten um Prüfung und um Neuaufnahme folgender geeigneter Gebiete als Vorranggebiete: Gemeindegebiet Ellenberg Gemeindegebiet Westhausen Gemeindegebiet Aalen Gemeindegebiet Neresheim/Bopfingen Gemeindegebiet Ellenberg Stellungnahme: Wir bitten um Prüfung und um Aufnahme zumindest Teilbereiche dieser ausgewiesenen Staatsforstpotentialflächen als Vorranggebiet, da für ForstBW aufgrund des Kriterienkatalogs nicht in vollem Umfang nachvollziehbar ist, warum diese Flächen nicht als Vorranggebiet ausgewiesen sind. Zur Umsetzung der von der Landesregierung beschlossenen Zielsetzung ist dies eine sehr wichtige und geeignete Windparkfläche. Gemeindegebiet Westhausen Stellungnahme: Wir bitten um Prüfung und um Aufnahme dieser ausgewiesenen Staatsforstpotentialflächen als Vorranggebiet, da für ForstBW aufgrund des Kriterienkatalogs nicht in vollem Umfang nachvollziehbar ist, warum diese Flächen nicht als Vorranggebiet ausgewiesen sind. Zur Umsetzung der von der Landesregierung beschlossenen Zielsetzung ist dies eine sehr wichtige und geeignete Windparkfläche. Gemeindegebiet Aalen Stellungnahme: Wir bitten um Prüfung und um Aufnahme dieser ausgewiesenen Staatsforstpotentialflächen als Vorranggebiet, da für ForstBW	Die Anregungen zur Neuaufnahme von Staatswaldflächen werden zur Kenntnis genommen. Grundsätzlich werden Eigentumsverhältnisse - wie bspw. Staatsforstflächen - bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung nicht berücksichtigt, weshalb sich die Ausformung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen ausschließlich an planerischen Kriterien orientiert. Den Anregungen wird nicht gefolgt, da bei allen eingegebenen Erweiterungsflächen überwiegend planerische Kriterien - gem. des Kriterienkatalogs - entgegenstehen: Entgegenstehende Kriterien bei der Fläche auf Gemeindegebiet Ellenberg: Überwiegend Siedlungsabstand, Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege, tlw. Ausschlussflächen der Bundeswehr, einige kleinflächige Kriterien wie Binnengewässer, Gewässer 2. Ordnung, gesetzlich geschützte Biotope usw. Verbleibende Restfläche nach Abzug der planerischen Kriterien nicht als "regionalbedeutsam" zu bewerten. Entgegenstehende Kriterien bei der Fläche auf Gemeindegebiet Westhausen: Siedlungsabstand, Nähe zum in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmal Schloss Kapfenburg sowie weitere kleinflächige und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, zudem Belastung Raum (Band an Windenergiegebieten) als Abwägungsbelang. Entgegenstehende Kriterien bei der Fläche auf Gemeindegebiet Aalen: Überwiegend Siedlungsabstand, Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege und FFH-Gebiet "Heiden und Wälder zwischen Aalen und Heidenheim" inkl. Umgebungsabstand, Nähe zum in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmal Schloss Kapfenburg sowie weitere kleinflächige und im Einzelfall zu prüfende Kriterien. Verbleibende Restfläche nach Abzug der planerischen Kriterien nicht als "regionalbedeutsam" zu bewerten. Entgegenstehende Kriterien bei der Fläche auf Gemeindegebiet

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		aufgrund des Kriterienkatalogs nicht in vollem Umfang nachvollziehbar ist, warum diese Flächen nicht als Vorranggebiet ausgewiesen sind. Zur Umsetzung der von der Landesregierung beschlossenen Zielsetzung ist dies eine sehr wichtige und geeignete Windparkfläche. Gemeindegebiet Neresheim/Bopfingen Stellungnahme: Wir bitten um Prüfung und um Aufnahme dieser ausgewiesenen Staatsforstpotentialflächen als Vorranggebiet, da für ForstBW aufgrund des Kriterienkatalogs nicht in vollem Umfang nachvollziehbar ist, warum diese Flächen nicht als Vorranggebiet ausgewiesen sind. In diesem großen Staatswaldkomplex liegt ein sehr hohes Windkraftpotenzial. Zur Umsetzung der von der Landesregierung beschlossenen Zielsetzung ist dies eine sehr wichtige und geeignete Windparkfläche.	Neresheim/Bopfingen: Siedlungsabstand, Abstand zu Straßen, Nähe zu den in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmalen Kloster Neresheim und Höhensiedlung Ipf, zudem Belastung Raum (Band an Windenergiegebieten) als Abwägungsbelang. Des Weiteren wird das verbindliche Teilflächenziel gem. §20 KlimaG BW in der Region Ostwürttemberg erreicht. Eine Aufnahme weiterer Windenergiegebiete im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfes der Teilfortschreibung Windenergie 2025 ist daher nicht vorgesehen.
lfd. Ident-Nr.: 484 ForstBW Stn-Id: 233		BE-ID: 940 Abschließende Anmerkungen: ForstBW befürwortet die gegenwärtigen Planungen des Regionalverbands und plädiert – auch unter der Notwendigkeit der Förderung der erneuerbaren Energien – für eine Vorrangausweisung mindestens in vorgesehener Höhe (Flächenanteil). Im Interesse der Landesziele sollten die jetzt in der Vorrangplanung enthaltenen Staatswaldflächen auf jeden Fall beibehalten werden. Wir sehen – wie oben dargestellt - im Staatswald noch weitere, bisher nicht berücksichtigte Potenziale. Hier bitten wir um Prüfung, ob nicht noch weitere Flächen aufgenommen werden können. Nicht befürworten können wir aus unserer Sicht die pauschale Einhaltung von den Wohnbebauungsabständen. Dies verhindert teilweise die Ausformung von größeren wirtschaftlicheren Vorranggebieten oder verhindert sogar ganze Vorranggebiete. Wir bedanken uns auf jeden Fall sehr herzlich für die bisherige sehr konstruktive Zusammenarbeit und wünschen uns, diese auch in den nächsten Monaten so fortsetzen zu können. Auch wissen wir um die Schwere und Komplexität Ihrer Arbeit!	Wird zur Kenntnis genommen. Wie bereits erläutert, stellen Eigentumsverhältnisse - wie bspw. die Staatsforstflächen - keinen Abwägungsbelang / Eignungskriterium bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung dar. Auf die Abwägung der BE IDs 936, 938 und 939 wird verwiesen. Die im Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 festgelegten 1.000m Umgebungsabstand zu wohngenutzten Siedlungsbereichen (s. Kriterienkatalog) sind ein planerisches Ausschlusskriterium, welches vom politischen Gremium (Verbandsversammlung) des Regionalverbandes Ostwürttemberg beschlossen wurde. Im Plankonzept wurde den Kommunen der Region die Möglichkeit eröffnet, eine Reduzierung des im Kriterienkatalog festgelegten Siedlungsabstandes auf 750m vorzunehmen (s. Kriterienkatalog). Das verbindliche Teilflächenziel gem. §20 KlimaG BW wird in der Region Ostwürttemberg auch bei Einhaltung der umfassenden Siedlungsabstände von 1.000m erreicht.
lfd. Ident-Nr.: 485 Privat Stn-Id: 235	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 942 wir [...] nehmen ebenso Stellung zu	Die Anregungen und Bedenken werden zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Das angepasste Gebiet ist für

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Geplanten Vorranggebieten zur Windenergienutzung auf Giengener Gemarkung 68 (Giengen: Hoher Stich/Kirnberg) Wir unterstreichen die Argumentation des Vereins „Bürger-für-Giengen“ vollumfänglich, insbesondere die gezogene Schlussfolgerung basierend auf den Ergebnissen der durchgeführten SUP (Strategischen Umweltprüfung). Einzelne Argumente 1. Es fehlt jegliche Begründung, warum diese Gebiete als Vorranggebiet geeignet sein sollen. In der Vorlage steht lediglich der Satz, dass die Gebiete „aus Sicht der Verwaltung als geeignet einzustufen“ sind. Es werden keine Kriterien angegeben und keine Bewertung vorgenommen gemäß Ihres Kriterienkatalog, anhand dessen Sie die Eignung jedes einzelne Vorranggebiet bewertet haben. 2. Die Vorranggebiete 68/1 und 68/2 wurden erst nachträglich in die Suchraumkulisse aufgenommen, weil sie die Kriterien des Regionalverbands, also sprich Ihre Kriterien, nicht erfüllen. 3. Die Ergebnisse der Strategischen Umweltprüfung (SUP) mit Datum 02.04.24 zur Teilfortschreibung Windenergie 2025, Fokus Seite 75, welche neue Vorranggebiete mit einer Fläche von 155,3 ha als „geeignet“ eingestuft, und mit einer Fläche von 758,2 ha als „bedingt geeignet“. Weitere Gebiete mit einer Fläche von 389,8 ha sind zwar als „konfliktbehaftet“ eingestuft, stellen aber eine Erweiterung zu bestehenden Vorranggebieten dar. Von diesen insgesamt 1.303,3 ha werden im Regionalverband Ostwürttemberg lediglich noch 650 ha benötigt, um die Landesvorgabe von 1,8% zu erreichen. => Es ist also gar nicht notwendig, „konfliktbehaftete“ und „sehr konfliktbehaftete“ Gebiete als Vorranggebiete auszuweisen. (--- Abbildung: Ausschnitt SUP ---) Wir bitten Sie also eindringlich von einer Ausweisung abzusehen.	die Nutzung der Windenergie geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 weitergeführt wird. Zu 1.: Das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" (in der Gebietsabgrenzung zum 2. Anhörungsentwurf) ist für die Nutzung der Windenergie geeignet, da im Bereich des geplanten Vorranggebietes einerseits keine rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien entgegenstehen und andererseits eine ausreichende Windhöffigkeit bestätigt sowie das konkrete Umsetzungsinteresse von Windenergieanlagen dargelegt wurde. Zu 2.: Das geplante Vorranggebiet 68 - bestehend aus den genannten Teilgebieten - war in der Suchraumkulisse enthalten. Allerdings aufgrund des damals berücksichtigten Siedlungsabstandes von 1.000m in geringerem Gebietsumfang. Das Gebiet wurde nach Vorlage des Beschlusses des Gemeinderats Giengen zur Verringerung des Siedlungsabstandes auf 750m mit einem Abstand zu wohngenutzten Einzelgehöften im Außenbereich von 750m festgelegt. Dies entspricht dem Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025, welches von der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg am 15.12.2023 beschlossen wurde. Zu 3.: Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Das verbindlich vorgegebenen Teilflächenziel gemäß § 20 KlimaG wird für die Region Ostwürttemberg mit den bestehenden und geplanten Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfüllt. Ob und inwiefern das gesetzlich geforderte Mindestflächenziel überschritten wird, obliegt der Entscheidung des politischen Gremiums (Verbandsversammlung) des Regionalverbandes Ostwürttemberg.
lfd. Ident-Nr.: 486 W-I-N-D Energien GmbH Stn-Id: 237		BE-ID: 944 die Unterlagen der 1. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie des Regionalverbandes Ostwürttemberg vom 22.03.2024 haben wir ausgewertet. Bezugnehmend auf die geplanten Vorranggebieten für Windenergie 41 / 42 im Bereich Ellenberg / Jagstzell möchten wir gerne Stellung nehmen.	Wird zur Kenntnis genommen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Der Regionalverband Ostwürttemberg weitet insgesamt die Möglichkeiten zur Gewinnung von regenerativer Energie durch Windenergieanlagen auf Wirtschaftswaldflächen des Staatsforstes aus. Aufgrund der räumlichen Nähe zur BAB 8 besitzen diese Flächen keine besondere Bedeutung für die Erholung. Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für die Erholung sind durch die Raumordnung hier nicht ausgewiesen. Die geplante Vorranggebietsfläche 41/2 Erweiterung Ellenberg/Jagstzell West bietet für uns ein besonderes Potenzial zur Erweiterung des Bestandswindparks. Bestehende Infrastruktur und insbesondere das forstliche Wegenetz kann hier teilweise gut mitgenutzt werden und ein Netzanschluss ist vorhanden. Die Flächenausweisung durch den Regionalverband ist jedoch insbesondere vor dem Hintergrund der Dringlichkeit zur Erfüllung des 2%-Flächenziels erfolgt und ist daher nicht anlagenstandortbezogen.	
lfd. Ident-Nr.: 486 W-I-N-D Energien GmbH Stn-Id: 237		BE-ID: 945 Unter Berücksichtigung dieses Aspekts sehen wir die Notwendigkeit zu einer räumlichen Trennung des bestehenden Windenergiegebietes Nr. 11 und der geplanten Erweiterung 41/2, um die Bestandsanlagen und deren Wirtschaftlichkeit wegen Windabschattungen zu schützen. Das geplante Vorranggebiet 41/2 sollte seinen Schwerpunkt sich auf den Höhenrücken zwischen dem Gewann Höllbuck im Norden und dem Gewann Laubbuck im Süden haben, sowie im Bereich des Gewann Brandhalde. Bei der Konzentration auf die Hochlagen des Gebietes können somit Abstände von zumeist deutlich mehr als 1.500 m zu den umliegenden Siedlungsbereichen eingehalten werden. Grundsätzlich sollten die Tallagen ausgeschlossen werden, diese sind i.d.R. unwirtschaftlich und ggfs. schwer zu erschließen und stehen somit einer Planung von WEA-Standorten entgegen. Die Vorranggebietsfläche 41/1 wird generell als unwirtschaftlich angesehen, da sie den Talbereich des Weißenbaches umfasst. WEA-Standorte sind hier aufgrund der topographischen Ausgangslage nicht möglich. Gleiches gilt für das Fischbachtal und betrifft die südöstlichen Teile des geplanten Vorranggebietes 41/2 für Windenergie und des bestehenden Vorranggebietes Nr. 11. Die Topographie und naturschutzfachlich höherwertige Bereiche sprechen hier gegen Anlagenstandorte für WEA. Diese Flächen können somit im Zuge der weiteren Planung	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Durch Berücksichtigung verschiedener Belange, die im Zuge der 1. Anhörung gemeldet wurden, erfolgt eine Anpassung des Gebietszuschnitts des Vorranggebietes 41. Die Teilfläche 41/1 entfällt vollständig. Bei Teilfläche 41/2 werden insbesondere nicht bebaubare Bereiche wie die Tallagen aus der Vorranggebietsfläche herausgenommen. Die Hinweise auf nicht bestätigte Artenvorkommen (Schwarzstorch, Sperlingskauz und Raufußkauz) werden zur Kenntnis genommen. Die Prüfung dieser Aspekte ist Bestandteil des nachgelagerten Genehmigungsverfahrens, an welches die Hinweise gerichtet sind. Die Hinweise verbleiben in den Unterlagen, um eine entsprechende Prüfung zu sicherzustellen. Die vorgebrachten, bereits vorhandenen artenschutzrechtlichen Erkenntnisse dazu können in dieses nachgelagerte Verfahren eingebracht werden. Die Erkenntnisse der Windmessungen zur Fläche 41/2 wurden berücksichtigt und sind in die Flächenauswahl zur 2. Anhörung eingeflossen. Für die Vorranggebietsfläche 42 wurden in der 1. Anhörung mehrere Belange vorgebracht, die in die planerische Abwägung eingeflossen sind und zu einer Streichung der Fläche führen. Die Fläche 42 wird vollständig aus der Flächgenkulisse entnommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		sowohl für die geplante Erweiterung des Windenergiegebietes als auch für den Bestand entfallen. Um kommunale Interessen zu berücksichtigen, kann mit diesen Anpassungsvorschlägen auch den Verkleinerungswünschen der Windenergiegebietsausweisung der Gemeinden Rechnung getragen werden. In der geplanten Vorranggebietsfläche 41/2 haben artenschutzrechtliche Untersuchungen für 6 Windenergieanlagen stattgefunden, welche die in der strategischen Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie enthaltenen Hinweise auf Übersommerung des Seeadlers bzw. Vorkommen des Schwarzstorches, Sperlingskauzes und Raufußkauz nicht bestätigen konnten. Die weiteren angesprochenen artenschutzrechtlich relevanten Arten, insbes. Fledermäuse, werden im Zuge der Vorhabenumsetzung so behandelt, dass artenschutzrechtliche Konflikte ausgeschlossen werden können. Unsererseits geplante Anlagenstandorte sind außerhalb sensibler Schutzbereiche wie gem. § 30 geschützten Waldbiotopen und Waldrefugien vorgesehen. Ein Schutzabstand zu diesen Bereichen wird eingehalten. Ein Abstand von deutlich mehr als 1.600 m zu Siedlungsflächen wird eingehalten. Bei der Planung wurde auch berücksichtigt, dass es sich bei dem westlich der BAB 7 gelegenen Waldgebiet in erster Linie um einen Wirtschaftsforst handelt. Es werden überwiegend jüngere Waldbestände mit einem Durchschnittsalter von 40 bis 50 Jahren beansprucht. Zudem sind hier aufgrund von Sturmereignissen in den letzten Jahren Windwurfflächen vorhanden. Die Wirtschaftlichkeit des Standortes für die Windenergienutzung ist nachgewiesen. Für den Bereich der Vorranggebietsfläche 41/2 haben wir auf Grundlage unserer Bestandsanlagen sowie eigener Windmessungen ein Windgutachten erstellen lassen. Der Windgutachter kommt zum Ergebnis, dass die Potentialfläche eine gekappte Windleistungsdichte von 268 – 291 W/m² in einer Höhe von 179 m aufweist. Die Ergebnisse sind für uns nicht überraschend, da bei unseren Bestandsanlagen die Prognosen regelmäßig erreicht oder übertroffen werden. Für die Fläche Nr. 42 sehen wir aufgrund des geringen Abstandes zu den bestehenden WEA im Gebiet Nr.11 standsicherheitsbezogene	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Nachteile und bitten daher die Abgrenzung im weiteren Planungsprozess zu überdenken.	
lfd. Ident-Nr.: 487 Alterric Stn-Id: 238	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 946 Im Rahmen der aktuell stattfindenden Öffentlichkeitsbeteiligung bis zum 30. Juni 2024 zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalverbands Ostwürttemberg möchten wir als Alterric Deutschland GmbH die Möglichkeit nutzen eine Stellungnahme abzugeben. Der aktuelle Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berührt die Interessen der Alterric Deutschland GmbH als Projektierer aktiver, weit vorangeschrittener Windparkprojekte im unmittelbaren Untersuchungsraum des Teilregionalplan Energie. I. Die Alterric Deutschland GmbH plant bereits seit 2016 mit lokalen Partnern und Kommunen in der Region Ostwürttemberg und Heilbronn-Franken erfolgreich an mehreren Standorten wie z.B. Nattheim, Heidenheim/Waibertal und Unterschneidheim die Errichtung von mehreren Windparks und betreibt ebenfalls mehrere Parks in Ostwürttemberg. Die entsprechenden Nutzungsrechte, sowie umfangreiche Untersuchungen im Arten- und Immissionsschutz sind bereits geplant oder in Durchführung, sodass sich die Projektentwicklung in der Vorbereitungsphase für die Antragsstellung befindet. Die im Rahmen der Aufstellung des Teilregionalplans Energie ausgewiesenen Gebiete sind grundlegend für das zukünftige Planungsrecht der Windenergie und haben eine starke Lenkwirkung, welche Flächen für den Ausbau der Windenergie zukünftig noch zur Verfügung stehen werden. Der momentane Planungsstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des RV Ostwürttemberg weist in seinen Unterlagen das Gebiet 45 aus, welches die Planungen der Alterric Deutschland in Unterschneidheim betrifft. Die allgemeine Ausweisung des Gebietes befürworten wir an dieser Stelle ausdrücklich, möchten aber in den folgenden Absätzen auch weiter Stellung zur aktuellen Planungskulisse des Gebiets 45 nehmen. Die Windenergienutzung leistet einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz, sie ist eines der Kernelemente der von der Bundesregierung und dem Land Baden-Württemberg vorangetriebenen Energiewende. Für den erfolgreichen Ausbau der erneuerbaren Energien in	Die Hinweise und Informationen werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Baden-Württemberg hat insbesondere auch die Region Ostwürttemberg bereits Vorreiterrolle eingenommen. Im Vergleich zu vielen anderen Regionen Baden-Württembergs sind in Ostwürttemberg erfolgreich Windparks umgesetzt und der Anteile an erneuerbarem Strom in der Region gesteigert worden. Für diesen Erfolg verantwortlich ist die Ausweisung von rechtskräftigen Vorranggebieten für die Windenergie. Hierbei hat der Regionalverband bereits in der Vergangenheit darauf geachtet Flächen mit entsprechender Eignung und von geeigneter Größe auszuweisen. Im Planungsprozess der aktuellen Teilfortschreibung Windenergie 2025 ergaben sich mehrere Zwischenergebnisse bis hin zur 1. Anhörung und die sich darin befindlichen geplanten Vorranggebiete.	
lfd. Ident-Nr.: 487 Alterric Stn-Id: 238	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 947 Bezugnehmend auf das Gebiet 45 (Unterschneidheim/Tannhausen) gab es im Planungsprozess mehrere Iterationen, die teilweise nachvollziehbar und aus unserer Sicht gut waren. Jedoch ist im letzten Planungsschritt vom Sachstand Dezember 2023 bis zur Verabschiedung im Gremium für die 1. Anhörung eine weitere nicht nachvollziehbare Reduktion des Gebiets 45 durchgeführt worden. Das Gebiet 45 erstreckte sich im Planungsstand 2023 noch über einen weiteren Teil der Gemarkung Tannhausen im Norden des aktuellen in Anhörung befindlichen Gebiets. Dieser Teil befand sich in großem Abstand (1000 m +) zu Wohnsiedlungen und besteht ausschließlich aus bewaldeten Flächen mit großen Anteilen an jungen Nadelholzbeständen. In der Umweltprüfung des Büros HPP wird das Gebiet auf Grund eines vorhandenen FFH-Gebietes als konfliktbehaftet bewertet, jedoch ist diese Einschätzung auf Grund des bereits geplanten Sicherheitsabstandes des Regionalverbands unserer Einschätzung nach nicht korrekt. Eine Beeinträchtigung des FFH-Gebietes durch das geplante Vorranggebiet, ist selbst bei einer Ausweitung des nördlichen Bereiches ausgeschlossen. Der Hinweis des Gutachterbüros HHP zum Punkt Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt aus der strategischen Umweltprüfung möchten wir an dieser Stelle ebenfalls Nachdruck verleihen. Das Büro HHP betont, dass es zu einer Beeinträchtigung hochwertiger Habitate durch Verlust und Störung der Funktionalität kommt. Insbesondere mit Hinblick auf die in ganz Baden-Württemberg ausgeprägte Avifauna stellt sich uns die Frage, warum das Gebiet	Wird nicht gefolgt Im Zuge der Erarbeitung des 1. Anhörungsentwurfes der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wurden mögliche Potenzialflächen - sog. Suchräume - zu konkreten Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen ausgeformt. Bei dem benannten Vorranggebiet 45 "Unterschneidheim / Tannhausen" erfolgte hierbei (u.a. unter Anwendung des planerischen Spielraumes) eine Konzentration auf die windhöffigen Bereiche (>215 W/m² laut Windatlas) und deren direkter Umgebung. Der nördliche Bereich wurde aufgrund der Lage (östlich und westlich des FFH-Gebiets "Rotachtal" einerseits und aufgrund der Belastung des Raumes als planerischer Abwägungsbelang andererseits nicht als Vorranggebiet weitergeführt. Hinsichtlich der Anregungen / Hinweisen zum Offenland ist zu betonen, dass es zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, unabdingbar ist, auch Offenlandflächen trotz ihrer Bedeutung für den Naturhaushalt und ggf. als Nahrungshabitate für bestimmte Vogelarten für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Zumal die artenschutzfachlichen Belange im Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 umfassend und gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie der verbindlichen Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt werden. Eine pauschale Bevorzugung von Waldbereichen oder Ausschluss der genannten Offenlandgebiete wäre nicht sachgerecht für die Sicherung der günstigsten Standorte für die Windenergienutzung und spiegelt nicht die ökologische Wertigkeit der Lebensräume wider.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		45 im nördlichen bewaldeten Bereich verkleinert wurde und nicht im Bereich des Offenlandes im mittleren/südlichen Bereich. Das sich aktuell im Vorranggebiet befindliche Offenland wird landwirtschaftlich genutzt und stellt ein optimales Jagdhabitat für nachweislich Rotmilan, Schwarzmilan und verschiedene Falkenarten dar. So weist auch die LUBW (2021) in ihren Hinweisen zur Erfassung und Bewertung von Vogelvorkommen darauf hin, dass „häufig frequentierte Nahrungshabitate anders als die Fortpflanzungs- und Ruhestätten im Allgemeinen einer höheren räumlich-zeitlichen Variabilität unterliegen“. Weiter wird betont, dass „es im Bereich der häufig frequentierten Nahrungshabitate“ – welche das Offenland in Gebiet 45 in seiner aktuellen Struktur nachweislich darstellt – „zu erhöhten Aufenthaltswahrscheinlichkeiten kommt“, wodurch es „durch den Betrieb von WEA eine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos eintreten“ kann (LUBW 2021 – S. 71).	
lfd. Ident-Nr.: 487 Alterric Stn-Id: 238	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 948 Auf Basis dieser Feststellungen kann die Entscheidung, den nördlichen Wald aus dem Vorranggebiet zu nehmen nicht nachvollzogen werden. Fortpflanzungsstätten kann durch Alternativstandorte und Abstandregelungen leichter ausgewichen werden als Nahrungshabitaten, die in deutlich höherer Frequenz und mit einem Jagdverhalten beflogen werden. So ist es nachgewiesen, dass der Rotmilan im Offenland – und somit bei der Jagd – seine Aufmerksamkeit auf den Boden richtet, und nach Beute Ausschau hält. Dieser Jagdflug beeinträchtigt die Wahrnehmung der WEAs im Offenland und somit die Ausweichmöglichkeit, des ansonsten guten Flugtiers. Bei Transektflügen oder Flügen zum Horst ist der Vogel vollkommen aufmerksam und das signifikante Tötungsrisiko ist nicht erhöht. Zu betonen ist auch an dieser Stelle, dass sich die Standard-Vermeidungsmaßnahmen der LUBW (2021) im Bereich des Offenlandes nur schwerlich umsetzen lassen, um das signifikante Tötungsrisiko zu senken. Auf Grund der aktuellen vielfältigen Struktur und unterschiedlichen Bewirtschaftungen im gesamten Offenland des Gebiet 45 ist eine Effektivität von „Mastfußumgestaltung“ oder die Umsetzung von einer sogenannten „Mahdabschaltung“ als unrealistisch anzunehmen. Ebenfalls ist auf Grund der bereits ausgeprägten landwirtschaftlichen Struktur eine Schaffung von „attraktiven Ausweichhabitaten“ als unrealistisch einzuschätzen – bei guten Verhältnissen vor Ort ergibt sich keine Ablenkwirkung durch weiter entfernte Ausweichhabitate.	Die Hinweise zu den Nahrungshabitaten und dem Flugverhalten von Vögeln werden zur Kenntnis genommen. Hinsichtlich der artenschutzfachlichen Belange wird auf das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 verwiesen, welches diese Belange umfassend und gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie der verbindlichen Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Insbesondere durch die Anwendung des o.g. Fachbeitrags Artenschutz erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes auf der genannten Planungsebene, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes (darunter ggf. auch die genannten potenzielle Nahrungshabitate windenergiesensibler Arten) im nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Die weiteren in der Anregung aufgeführten Aspekte zu Vermeidungsmaßnahmen werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren zu klären sind. Die Hinweise zum Waldbereich nördlich des geplanten Vorranggebiets 45 werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Auch ist der Waldbereich im Norden nicht mehr durch anderweitige Fauna- und Floravorkommen geprägt als die bereits ausgewiesenen Waldbereiche im Gebiet 45 oder im bestandkräftigten Vorranggebiet westlichen von Unterschneidheim, welches durch Gebiet 44 erweitert werden könnte.	
lfd. Ident-Nr.: 487 Alterric Stn-Id: 238	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 949 In Baden-Württemberg herrscht ein anerkannter Breitband-Vogelzug, wodurch sich auch hier kein erhöhtes Risiko im Norden der Flächen ableiten lässt, zudem Rastvögel sich vermehrt im Offenland oder auf größeren offengelegenen Gewässern zur Nahrungssuche niederlassen. Ein bekanntes Rast- oder Überwinterungsgebiet ist im Bereich Unterschneidheim nicht bekannt, weder von landesweiter noch von nationaler Bedeutung.	Wird zur Kenntnis genommen und teilweise gefolgt. Rast- und Überwinterungsgebiete von Zugvögeln mit internationaler und nationaler Bedeutung wurden im Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt.
lfd. Ident-Nr.: 487 Alterric Stn-Id: 238	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 950 II. Ohne einen Ausbau der Windenergienutzung wird Deutschland seine Klimaschutzziele nicht erreichen. Dies wurde nicht zuletzt durch das von der Bundesregierung verabschiedete Windenergie-an-Land-Gesetz und der aktuell stattfindenden Planungsinitiative bestätigt. Dabei sind insbesondere bereits weit vorangeschrittene Projekte mit hoher Gewichtung im Abwägungsprozess zu beachten, da notwendige und aufwendige Untersuchungen zum Thema Natur- und Artenschutz, sowie Immissionsschutz bereits für das nachgelagerte Genehmigungsverfahren durchgeführt wurden und aus Sicht der externen Gutachter positiv im Hinblick auf eine mögliche Genehmigung bewertet wurden. Projekte, die in neu auszuweisenden Vorranggebieten erst in den kommenden zwei Jahren beginnen, leisten zu einem deutlich späteren Zeitpunkt einen Beitrag zum Klimaschutz und zur Resilienz der Energieversorgung. Auf dem Gebiet 45 gibt es bereits ein sehr fortgeschrittenes Projekt, in dem die Planunterlagen noch im Jahr 2025 fertiggestellt werden können und die Einreichung der vollständigen Antragsunterlagen nach BImSchG noch im selben Jahr vorgenommen werden.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Hinweis: Das Vorranggebiet 45 "Unterschneidheim / Tannhausen" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Alle weiteren genannten Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 487 Alterric Stn-Id: 238	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 951 Auf Grund der dargelegten Argumente bitten wir Sie die nördlich an das Vorranggebiet 45 angrenzenden Waldflächen wieder in die Teilfortschreibung Windenergie 2025 mit aufzunehmen und die Offenlandplanungen kritisch zu hinterfragen. Eine mögliche Darstellung des Vorranggebietes mit Erweiterungsmöglichkeit und naturschutzfachlich kritischen Bereichen haben wir Ihnen in Anlage 1 zur Verfügung gestellt.	Wird nicht gefolgt Auf die Abwägung der BE IDs 947 und 948 wird verwiesen. Des Weiteren wird das verbindliche Teilflächenziel gem. §20 KlimaG BW in der Region Ostwürttemberg erreicht. Eine Aufnahme weiterer Windenergiegebiete im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfes der Teilfortschreibung Windenergie 2025 ist daher nicht vorgesehen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 487 Alterric Stn-Id: 238	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 952 Sollten Sie weitere Daten von unserer Seite zum Nachweis für die Eignung des Planungsgebietes benötigen werden wir Ihnen diese gerne bereitstellen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 953 Stellungnahme Der Koalitionsvertrag der Landesregierung Baden-Württembergs definiert wichtige Meilensteine zur Erreichung der Klimaneutralität im Bundesland Baden-Württemberg bis 2040. Ein entscheidender Schritt stellt dabei die Bereitstellung von Flächen für die Windenergienutzung dar. Mit der Regionalen Planungsoffensive, die am 17. März 2022 vom Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der Regionalverbände Baden-Württemberg gestartet wurde, wurden die Rahmenbedingungen für die Umsetzung des landesweiten Flächenziels (siehe Windenergieflächenbedarfsgesetz) definiert: Die Träger der Regionalplanung - die 12 Regionalverbände des Landes Baden- Württemberg - sollen jeweils 1,8% ihrer Region-Fläche als Windenergiegebiete bis zum 31.September 2025 ausweisen und diese bis zum genannten Stichtag als Satzung beschließen (siehe Klimagesetz Baden-Württemberg). Im Zuge der ersten Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 durch den Regionalverband Ostwürttemberg nehme ich wie folgt Stellung: Gegen alle Festlegungen der entstehenden Satzung und gegen die entstehende Satzung als Ganzes erhebe ich Einwendungen und beantrage wegen offensichtlicher Rechtswidrigkeit die Satzung nicht zu erlassen.	Die Informationen, Anregungen und Bedenken werden zur Kenntnis genommen. Auf die im Rahmen dieser Stellungnahme hervorgebrachten Einwendungen wird im Einzelnen in den nachfolgenden Abwägungen eingegangen. Dem Antrag wird nicht gefolgt.
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 954 Begründung Die Satzung ist rechtswidrig. I) Falsches Klimawandel-Narrativ als primäre Einwendung Das Klimawandel-Narrativ ist falsch. 1) Fehlende Beweise für das Klimawandel-Narrativ Es gibt keine wissenschaftlichen Beweise für einen durch Kohlenstoffdioxid (CO-2) verursachten menschengemachten	Gemäß der Vorgaben des Bundes hat die Landesregierung Baden-Württemberg den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Welt-Klima-Wandel. Falls Sie dieses Narrativ vertreten, dann müssen diese Behauptungen vor der Öffentlichkeit in einem Behördenverfahren oder in einem Gerichtsverfahren mit den zulässigen Beweismitteln bewiesen werden. Wer hat wann, wo, wie, mit welchen Mitteln, unter welchen Bedingungen diese Tatsachen durch ein wissenschaftliches Experiment nachgewiesen? Veröffentlichung? Fundstelle? 2) Fehlende Beweise für den sogenannten Theibhausgaseffekt Es gibt keine wissenschaftlichen Experimente, die den angenommenen Treibhauseffekt bestätigen. Falls Sie dieses Narrativ vertreten, dann müssen diese Behauptungen vor der Öffentlichkeit in einem Behördenverfahren oder in einem Gerichtsverfahren mit den zulässigen Beweismitteln bewiesen werden. Wer hat wann, wo, wie, mit welchen Mitteln, unter welchen Bedingungen diese Tatsachen durch ein wissenschaftliches Experiment nachgewiesen? Veröffentlichung? Fundstelle? 3) Keine Korrelation Temperaturanstieg und Anstieg Kohlenstoffdioxid Es gibt keine wissenschaftliche Korrelation zwischen Temperaturanstieg und Anstieg des Kohlenstoffdioxids (CO-2). Falls Sie dieses Narrativ vertreten, dann müssen diese Behauptungen vor der Öffentlichkeit in einem Behördenverfahren oder in einem Gerichtsverfahren mit den zulässigen Beweismitteln bewiesen werden. Wer hat wann, wo, wie, mit welchen Mitteln, unter welchen Bedingungen diese Tatsachen durch ein wissenschaftliche Daten nachgewiesen? Veröffentlichung? Fundstelle? Die uns zur Verfügung stehenden Daten weisen ganz eindeutig und klar daraufhin, dass es keine Korrelation gibt. 4) Eigenschaften von Kohlenstoffdioxid Bereits beim Blick auf die Eigenschaften des Kohlenstoffdioxids (CO-z) ergibt sich, dass die Annahme eines Treibhausgaseffektes durch Kohlenstoffdioxid wissenschaftlich nicht haltbar ist. a) Kohlenstoffdioxid und Dichte Kohlenstoffdioxid (CO-2) ist ein gasförmiger Stoff und hat eine Dichte von 1,98 kg/m³ (bei O °C und 1.013 bar).	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Luft ist ein gasförmiger Stoff mit einer Dichte von 1.293 kg/m³ (bei O °C und 1.013 bar). Kohlenstoffdioxid ist folglich etwa 53 Prozent schwerer als Luft. Dieses Gas sammelt sich am Boden und nicht in der Luft sowie in der Atmosphäre an. b) Kohlenstoffdioxid und spezifische Wärmekapazität Kohlenstoffdioxid (CO-2) ist ein gasförmiger Stoff und hat eine spezifische Wärmekapazität von 0,82 bzw. 0,63 (bei 20 °C und 1,013 bar). Luft ist ein gasförmiger Stoff und hat eine spezifische Wärmekapazität von 1,005 bzw. 0,716 (bei 20 °C und 1,013 bar). Folglich nimmt Luft mehr Wärme auf als Kohlenstoffdioxid (CO-2).	
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 956 II) Einspeisungen überhaupt technisch möglich? Sekundäre Einwendung Es stellt sich die Frage, ob eine Einspeisung des durch Windenergieanlagen generierten Stromes in das Verbundnetz der Stromversorgung technisch überhaupt möglich ist. Es muss in einem Behördenverfahren oder in einem Gerichtsverfahren geklärt werden, ob eine Einspeisung technisch überhaupt möglich ist und gegebenenfalls wie genau die Einspeisung erfolgt. Von den Windparks gehen in der Luft keine Kabel weg. Erdkabel werden keine verlegt. Selbst wenn sogenannte ,,Flatterstromergänzungskraftwerke mit Gasturbinen" als netztechnische Betriebsmittel eingesetzt werden, dann kann man nicht mehr von einer Einspeisung regenerativer Energien sprechen. III) Weitere allgemeine Einwendungen Folgende weitere allgemeine Einwendungen werden erhoben. 1) Wirkungsgrad der Windräder. Der behauptete Wirkungsgrad für die Windenergieanlagen wird bestritten. Der genaue Wirkungsgrad muss durch ein unabhängiges Sachverständigengutachten von unabhängigen Experten im Rahmen eines Behördenverfahrens oder eines Gerichtsverfahrens geprüft werden.	Gemäß der Vorgaben des Bundes hat die Landesregierung Baden-Württemberg den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die genannten Themen sind nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung. Hinweis: Der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch in Deutschland betrug im Jahr 2023 56 Prozent. Die Windenergie war dabei mit einem Anteil von 31 Prozent der wichtigste Energieträger für die deutsche Stromerzeugung und überstieg dabei den Anteil des Kohlestroms (Quelle: Statistisches Bundesamt). Die Windenergienutzung leistet einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende. Die genaue gesetzliche Ausgestaltung der Energiewende ist nicht Gegenstand des vorliegenden Teilfortschreibung.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 957 2) Keine geeignete Wind-Effizienz Es besteht keine geeignete Wind-Effizienz für den Betrieb der Windenergieanlagen auf den Flächen des Regionalverbandes Ostwürttemberg. a) Wind-Atlas 2019 Baden-Württemberg Die Daten aus dem vorliegenden Wind-Atlas 2019 Baden-Württemberg werden bestritten. Es gibt Zweifel an der Richtigkeit und Vollständigkeit der Feststellungen. Diese Festlegungen sind willkürlich und für die Beurteilung von Windstärken für Windenergieanlagen unzureichend. Die Umstellung von mittleren Windgeschwindigkeiten auf die Windleistungsdichte vergrößerte schlagartig die Potenzialflächen und die Windstärken in den einzelnen Gebieten. Auch die Festlegung einer mittleren gekappten Windleistungsdichte von 215 W/qm erscheint willkürlich und muss neu festgelegt werden. Um den alten Kennwert von 6,5 m/s in 150 m Höhe zu erreichen, müsste der Kennwert bei 310 W/qm liegen. In anderen Bundesländern liegt die Windleistungsdichte höher. Außerdem fällt auf, dass große Unterschiede zwischen den Wind-Atlanten der Länder bestehen. Vergleicht man die Werte im bayerischen Wind-Atlas entlang der Grenze an der Iller, ergeben sich erheblich andere Werte als im baden-württembergischen Wind-Atlas entlang der Iller. Ferner werden die meisten Daten des Wind-Atlas 2019 Baden-Württemberg vertraulich behandelt. Diese Daten müssen veröffentlicht werden. Die genau Ermittlung der mittleren Windgeschwindigkeiten sind aber eine wesentliche Voraussetzung für das Erstellen eines Windgutachtens. Daher sollte hier höchste Sorgfalt und Transparenz herrschen. Es wird beantragt, dass ein neuer Wind-Atlas durch unabhängige Sachverständige erstellt wird. Es wird beantragt, dass diese Bemessungs-Bedingungen für diesen neuen Wind-Atlas öffentlich gemacht werden. Es wird beantragt, dass dieser neue Wind-Atlas durch Beteiligung der Öffentlichkeit kritisch geprüft wird. Es wird beantragt, dass die Öffentlichkeit bei der Festlegung dieser Bemessungs-Bedingungen für den neuen Wind-Atlas mitbestimmend beteiligt wird. Ob das Messverfahren Wind-Mast oder das Messverfahren LIDAR oder das Messverfahren SODAR oder ein anderes Messverfahren	Ein wichtiges Eignungskriterium für die Suche nach geeigneten Gebieten für die Windenergienutzung sind die Windenergiepotenziale. Im Windatlas 2019 sind diese für ganz Baden-Württemberg berechnet und in einer Karte dargestellt. Die Maßeinheit für das Windenergiepotenzial ist die mittlere gekappte Windleistungsdichte in Watt pro Quadratmeter (W/m^2). Es handelt sich um einen Durchschnittswert, der die Windgeschwindigkeit und die Windverteilung in Abhängigkeit der jeweiligen Luftdichte über das Jahr darstellt. Damit wird der zu erwartende Energieertrag am jeweiligen Standort beschrieben. Je höher der Wert, desto mehr Energieertrag ist zu erwarten. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, welche von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Der Windatlas Baden-Württemberg stützt sich auf punktuelle Daten und extrapoliert diese durch Simulationen flächendeckend auf das gesamte Landesgebiet. Es handelt sich damit um Simulationsergebnisse, die von den Rechenmethoden, Grundlagendaten und insbesondere der Kalibrierung an Messpukten abhängen. Deswegen kann es sein, dass sich die Daten des Windatlasses von den Ergebnissen konkreter Windmessungen vor Ort unterscheiden. Dennoch ist davon auszugehen, dass der Windatlas Baden-Württemberg die Windverhältnisse in der Region in Relation zueinander korrekt beschreibt und somit deutlich wird, wo Gebiete mit höchster und geringster Windleistungsdichte in einer Region liegen. Dem Regionalverband Ostwürttemberg sind die unterschiedlichen Darstellungen der jeweils ermittelten Kenngrößen im Bayerischen (2021) und Baden-Württembergischen (2019) Windatlas bekannt. Diese wurden beispielsweise von Saur et al. (2023) (DOI:10.13140/RG.2.2.33739.98086) beschrieben. Beide Windatlanten stützen sich auf punktuelle Daten und extrapolieren diese durch Simulationen flächendeckend auf das gesamte Landesgebiet. Grundsätzlich handelt es sich bei den Windatlanten immer um Simulationsergebnisse, die von den Rechenmethoden, Grundlagendaten und insbesondere der Kalibrierung an Messpukten abhängen. Es kann somit durchaus vorkommen, dass sich in unterschiedlichen Modellen unterschiedliche Absolutwerte ergeben, auch wenn beide eine gute Modellqualität ausweisen. Für die räumliche Steuerung ist insbesondere die Relation der Gebiete untereinander wichtig, und zu dieser geben die Windatlanten eine gute und auch in der Praxis bewährte Grundlage. Modellübergreifende Vergleiche sind z.B. aufgrund der unterschiedlichen Kalibrierung naturgemäß problematisch. Eine pauschale Aussage, der eine Windatlas würde generell überhöhte Windverhältnisse und der andere zu niedrige Windverhältnisse darstellen, lässt sich deshalb nicht treffen. Trotz der bekannten Inkonsistenz der Windatlanten entlang der Grenze zwischen dem Freistaat Bayern und Baden-Württemberg wird davon ausgegangen, dass die Windverhältnisse in der Region relativ zueinander korrekt beschrieben

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		geeignet ist, müssen unabhängige Sachverständige nach Zweckmäßigkeit festlegen. Im Zweifel muss darüber ein Gericht entscheiden. Wesentliche Faktoren für die Messverfahren sollten die Bestimmung des Windpotenzials, die Bestimmung des Turbulenzenpotenzials, die Bestimmung der optimalen Nabenhöhe und die Bestimmung der optimalen Anlagenordnung sein.	werden und somit die Relationen zwischen Gebieten mit höchster und geringster Windleistungsdichte innerhalb der Region richtig dargestellt sind (vgl. oben). Damit stellt der Windatlas von Baden-Württemberg eine wichtige und geeignete Planungsgrundlage für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dar. Tatsächliche Windmessungen werden erst zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks vorgenommen, wenn die konkreten Anlagenstandorte bekannt sind. Projektierer nehmen zur Absicherung wirtschaftlicher Risiken in aller Regel immer konkrete Windmessungen – üblicherweise über den Zeitraum eines gesamten Kalenderjahres – vor. Damit liegen dann konkrete Messdaten vor, die exakter sind als dies allein über die Übernahme der Inhalte aus dem Windatlas leistbar wäre. Die Orientierung am Windatlas Baden-Württemberg 2019 ist daher eine für die Ebene der Regionalplanung in Baden-Württemberg geeignete Planungsgrundlage. Die in der Stellungnahme aufgeführten Anträge beziehen sich auf vom Land Baden-Württemberg zur Verfügung gestellte Daten und sind damit nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 958 b) Windstärken Selbst wenn man den besffittenen aktuellen Wind-Atlas 2019 Baden-Württemberg her nimmt, ergibt sich, dass für unsere Region die Windstärken zu gering sind, um effektiv Windenergie zu betreiben. Aufgrund dieser Tatsache, dass die Windstärken zu gering sind, muss eine Nutzen-Gefahren-Abwägung zwangsweise zum Ergebnis führen, dass die Windenergie für unsere Region nicht in Frage kommt.	Die Berücksichtigung der mittleren gekappten Windleistungsdichte bei den Planungskriterien dient der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Im Ergebnis stellt der Windatlas eine für die Region Ostwürttemberg durchschnittlich gute bis sehr gute Windleistungsdichten dar und bescheinigt ihr damit eine grundsätzliche Eignung für die Windenergienutzung. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen). Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung und damit der Flächensicherung gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags.
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 959 3) Untaugliche Wind-Messtechnik Ein großer Streitpunkt stellt das Windgutachten über die Windprognose dar. Die Abschätzung der Leistungsausbeute der Windenergieanlagen im Wege der Windgeschwindigkeiten ist wesentlich, aber sehr fehleranfällig.	Ein wichtiges Eignungskriterium für die Suche nach geeigneten Gebieten für die Windenergienutzung sind die Windenergiepotenziale. Im Windatlas 2019 sind diese für ganz Baden-Württemberg berechnet und in einer Karte dargestellt. Die Maßeinheit für das Windenergiepotenzial ist die mittlere gekappte Windleistungsdichte in Watt pro Quadratmeter (W/m^2). Es handelt sich um einen Durchschnittswert, der die Windgeschwindigkeit und die Windverteilung in Abhängigkeit der jeweiligen Luftdichte über das Jahr darstellt. Damit wird der zu erwartende Energieertrag am jeweiligen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Die Wind-Messungen werden aktuell durch untaugliche Messverfahren und Messtechniken durchgeführt. Abschattungseffekte der Windenergieanlagen müssen im Wind- und Turbulenzengutachten mit berücksichtigt werden. Es wird beantragt, dass ein neues Konzept für die Wind-Messungen durch unabhängige Sachverständige erstellt wird. Es wird beantragt, dass dieses neue Konzept für die Wind-Messungen öffentlich gemacht wird. Es wird beantragt, dass dieses neue Konzept für die Wind-Messungen durch Beteiligung der Öffentlichkeit kritisch geprüft wird. Es wird beantragt, dass die Öffentlichkeit bei der Festlegung dieser Bemessungs-Bedingungen mitbestimmend beteiligt wird.	Standort beschrieben. Je höher der Wert, desto mehr Energieertrag ist zu erwarten. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, welche von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Der Windatlas Baden-Württemberg stützt sich auf punktuelle Daten und extrapoliert diese durch Simulationen flächendeckend auf das gesamte Landesgebiet. Es handelt sich damit um Simulationsergebnisse, die von den Rechenmethoden, Grundlagendaten und insbesondere der Kalibrierung an Messpukten abhängen. Deswegen kann es sein, dass sich die Daten des Windatlasses von den Ergebnissen konkreter Windmessungen vor Ort unterscheiden. Dennoch ist davon auszugehen, dass der Windatlas Baden-Württemberg die Windverhältnisse in der Region in Relation zueinander korrekt beschreibt und somit deutlich wird, wo Gebiete mit höchster und geringster Windleistungsdichte in einer Region liegen. Damit stellt der Windatlas von Baden-Württemberg eine wichtige und geeignete Planungsgrundlage für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dar. Tatsächliche Windmessungen werden erst zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks vorgenommen, wenn die konkreten Anlagenstandorte bekannt sind. Projektierer nehmen zur Absicherung wirtschaftlicher Risiken in aller Regel immer konkrete Windmessungen – üblicherweise über den Zeitraum eines gesamten Kalenderjahres – vor. Damit liegen dann konkrete Messdaten vor, die exakter sind als dies allein über die Übernahme der Inhalte aus dem Windatlas leistbar wäre. Die Orientierung am Windatlas Baden-Württemberg 2019 ist daher eine für die Ebene der Regionalplanung in Baden-Württemberg geeignete Planungsgrundlage. Die in der Stellungnahme aufgeführten Anträge beziehen sich auf vom Land Baden-Württemberg zur Verfügung gestellte Daten und sind damit nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 960 4) Artenschutz und Umweltverträglichkeitsprüfung Eine Artenschutzprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung muss im Planungsverfahren und im Genehmigungsverfahren unbedingt eingehalten werden. Anderweitige Regelungen sind grundrechtswidrig. a) Neuregelung grundrechtswidrig Die neuen Regelungen in § 6 Abs. 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) sehen keine Umweltverträglichkeitsprüfung nach den Vorschriften des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung und keine	Die angesprochenen Aspekte zu Artenschutz- und Umweltverträglichkeitsprüfungen sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die Erforderlichkeit von Artenschutz- und Umweltverträglichkeitsprüfungen, die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Die gesetzlichen Grundlagen sind nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung Windenergie 2025. Sie obliegt insbesondere dem jeweiligen Gesetzgeber auf europäischer, bundesdeutscher und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Artenschutzprüfung nach den Vorschriften des § 44 Abs. 1 des Bundesnaturschutzgesetzes mehr vor. Diese Regelung erscheint grundrechtswidrig und müsste gerichtlich geprüft werden. In jeden Fall ist diese Regelung für die Betroffenen nicht hinnehmbar. Artenschutzprüfung und Umwelverträglichkeitsprüfung sind unverzichtbare Elemente eines Planungsverfahrens und Genehmigungsverfahrens. Diese Vorschriften dienen dem Schutz von Mensch und Natur. Diese Vorschriften dürfen nicht zur Disposition stehen. Unabdingbar müssen die Abstandsregelungen für Windenergieanlagen zu bedeutenden Vogellebensräumen sowie Brutplätzen ausgewählter Vogelarten bleiben. Insbesondere müssen auch die Schutzvorschriften des EU-Artenschutzrechtes eingehalten werden. Die kollisionsgefährdeten Brutvogelarten nach § 45b des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) müssen in jedem Fall weiterhin Schutz genießen. b) Mängel im System der Artenschutzgutachten Zu bemängeln sind insbesondere die fehlende staatliche Kontrolle bei den Gutachten, der fehlende Qualifikationsnachweis bei den Gutachtern, die fehlende Haftung der Gutachter, die fehlende Archivierung der Gutachten und die offensichtlichen Gefälligkeitsgutachten in großem Umfang. Daher muss in Zukunft gesichert werden, dass eine Entkopplung von Gutachter und Planungsträger besteht, dass die Zuständigkeiten auf Fachbehörden übertragen werden, dass die Sicherstellung des Qualifikationsnachweises gewährleistet ist, dass eine Akkreditierung für Fachgutachter vorliegt, dass eine Haftung der Gutachter für falsche Gutachten eingeführt wird und dass unabhängige wie kompetente Gutachter vom Staat ausgewählt werden.	landesweiter Ebene, der den entsprechenden gesetzlichen Rahmen setzt.
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 961 5) Keine Zuverlässigkeit bei der Stromerzeugung Windenergie ist bei der Energieerzeugung für die Anforderungen eines modernen Industriestandorts völlig ungeeignet. Durch die Windenergie ist eine stabile Grundlastversorgung nicht möglich. Die Windleistung folgt den Großwetterlagen. Bei der Stromerzeugung durch Windenergie handelt sich es um einen sogenannten Flatterstrom. Es wird mal kein oder zu wenig oder zu viel Strom erzeugt.	Die grundlegende Gestaltung der Energiewende und damit auch das Ausmaß und die gezielte Förderung der Nutzung grundlastfähiger Energieträger im Zusammenhang mit dem Ausbau der Netze und Speicherkapazitäten ist nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung Windenergie 2025. Sie obliegt insbesondere dem jeweiligen Gesetzgeber auf europäischer, bundesdeutscher und landesweiter Ebene, der den entsprechenden gesetzlichen Rahmen setzt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 962 6) Keine ausreichenden und bezahlbaren Speicher Es gibt aktuell und mittelfristig keine ausreichenden und bezahlbaren Speicher für den generierten Strom aus Windenergieanlagen.	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die o.g. gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Gemäß der Vorgaben des Bundes hat die Landesregierung Baden-Württemberg den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne auszuarbeiten. Maßgebliche Zielsetzung der vorliegenden Teilfortschreibung ist die Steuerung und raumordnerische Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen und damit die Umsetzung der Landesflächenziele nach § 20 KlimaG. Der Ausbau erneuerbarer Energien und deren Speichermöglichkeiten sind wesentlicher Bestandteil der Energiewende. Die konkrete Entwicklung von Möglichkeiten zur Speicherung des erzeugten Stroms ist jedoch nicht Gegenstand dieses Verfahrens. Sie obliegt insbesondere dem jeweiligen Gesetzgeber auf europäischer, bundesdeutscher und landesweiter Ebene, der den entsprechenden gesetzlichen Rahmen setzt. Nach § 249a BauGB ist die Herstellung und Speicherung von Wasserstoff in den Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen unter bestimmten Bedingungen möglich.
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 963 7) Ungenützte Kapazitäten anderer bereits bestehender Anlagen Die ungenützten Kapazitäten anderer bereits bestehender Windenergieanlagen müssen bei der Güter-Abwägung entscheidend berücksichtigt werden. Ansonsten führt dies zu einem Verstoß gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz. Bevor neue Windräder erstellt werden, sollten die ungenützten und nicht ausgelasteten Kapazitäten anderer bereits bestehender Anlagen optimiert werden. Bevor neue Windräder erstellt werden, sollten die ungenützten und nicht ausgelasteten Kapazitäten anderer bereits bestehender regenerativen Anlagen optimiert werden. Erwiesenermaßen konnte ein Viertel der Windenergieanlagen in der	In Baden-Württemberg sind die Regionalverbände damit betraut, ausreichend Flächen für den Ausbau der erneuerbaren Energien planerisch zu sichern (vgl. § 20 KlimaG BW). Bei der Festlegung der Flächenziele hat der Gesetzgeber u.a. den Aspekt der Effizienzsteigerung in seine Gesamtbetrachtung des Strombedarfes einbezogen. Die Auslastung der Kapazitäten bereits bestehender Windenergieanlagen ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Bundesrepublik Deutschland (BRD) lediglich einen Kapazitätsfaktor von 20 % vorweisen. Auf eine geschätzte Auslastung von mehr als 30 % kommen lediglich 15 % der Anlagen - die fast ausschließlich in Küstennähe stehen.	
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 964 8) Starke übermäßige Verteuerung des Stroms Die starke übermäßige Verteuerung des Stromes ist unverhältnismäßig. Der massive flächendeckende Ausbau der Windenergieanlagen führt zu einer starken übermäßigen Verteuerung des Strompreises. Bereits jetzt ist der Strompreis in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) im Vergleich zu anderen Staaten in Europa nahezu am höchsten. Der massive Ausbau der Windenergieanlagen führt zu weiteren starken Erhöhungen beim Strompreis für die Verbraucher. Durch die Umlage verteuert jede neue Windenergieanlage die Stromrechnung der Verbraucher.	Die Umsetzung der Energiewende ist gesellschaftspolitischer Konsens sowie Beschlusslage sowohl im Deutschen Bundestag als auch im Landtag von Baden-Württemberg. Sie hat überdies Eingang in zahlreiche europäische, nationale und landesgesetzliche Vorgaben gefunden. Die vorliegende Planung setzt diese Vorgaben um (vgl. auch §§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW). Grundsätzliche Betrachtungen über die Ausgestaltung des Strommarktes sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens, sondern wären im Zuge möglicher Gesetzesänderungen von den jeweiligen Gesetzgebern vorzunehmen.
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 965 9) Soziale Ungerechtigkeit Das Windenergiekonzept der Bundesrepublik Deutschland (BRD) ist unverhältnismäßig und sozial ungerecht und verstößt somit gegen das Grundgesetz. Sozial ungerecht ist, dass die Allgemeinheit den Ausbau durch die Verteuerung der Stromrechnung bezahlen muss, während wenige durch den Betrieb der Windenergieanlagen sich massiv bereichern. Der Bundesbürger muss die Rechnung bezahlen und Investoren, Bauunternehmen, Grundstückseigentümer und Lobbygruppen bereichern sich.	Dieses Thema ist nicht Gegenstand der Anhörung. Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region zu betreiben. Die Möglichkeit zur räumlichen Steuerung soll genutzt und ein ungesteuerter Zustand vermieden werden. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW). Bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung werden Eigentumsverhältnisse zudem nicht berücksichtigt.
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 966 10) Keine Wirtschaftlichkeit ohne hohe Subventionierungen durch den Staat Wirtschaftlich überlebensfähig sind die meisten Windenergieanlagen nur durch das üppige deutsche Fördersystem.	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die o.g. gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Die Umsetzung der Energiewende ist gesellschaftspolitischer Konsens sowie Beschlusslage sowohl im Deutschen Bundestag als auch im Landtag von Baden-Württemberg. Sie hat überdies Eingang in zahlreiche europäische, nationale und landesgesetzliche Vorgaben gefunden. Die vorliegende Planung setzt diese Vorgaben um. Grundsätzliche Betrachtungen über die Ausgestaltung des Strommarktes sowie finanzieller Anreize sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens, sondern wären im Zuge möglicher Gesetzesänderungen von den jeweiligen Gesetzgebern vorzunehmen.
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 967 11) Bezug von teurem ausländischem Strom konventioneller Kraftwerke Um das Verbundnetz und die flächendeckende Stromversorgung beim Einsatz regenerativer Energien zu gewährleisten, ist der Bezug von teurem ausländischem Strom konventioneller Kraftwerke nötig. Hierzulande will man eine sogenannte ,,regenerative Energiewende", muss aber anderswo Strom konventioneller Art beziehen. So geht es nicht!	Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung. Auf die Abwägung zur BE ID 964 dieser Stellungnahme wird verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 968 12) Phantomstrom oder Geisterstrom Das Phänomen des Phantomstroms oder Geisterstroms ist für die Allgemeinheit als soziale Ungerechtigkeit nicht hinnehmbar. Bei diesem Phänomen handelt es sich um sogenannten erneuerbaren Strom, der nicht erzeugt werden darf, aber bezahlt wird! Diese ungerechte Regelung findet sich in der ,,Härtefallklausel" nach § 15 des Erneurbare-Energien-Gesetzes (EEG) alt.	Dieses Thema ist nicht Gegenstand der Anhörung. Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region zu betreiben. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW).
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 969 13) Immobilien Wertverlust Durch den Bau und den Betrieb einer Windenergieanlage und/oder eines Windparks kommt es zu Wertverlusten bei den Immobilien der Anwohner. Das ist sozial ungerecht und für die Anwohner nicht hinnehmbar. Nach den Erhebungen des RWI - Leibniz - Instituts für Wirtschaftsforschung müssen Anwohner von Windparks mit erheblichen Wertverlusten ihrer Immobilien rechnen.	Die Teilfortschreibung dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Beurteilung des Immobilienwertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob Wertminderungen durch Windenergieanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls, insbesondere im Falle eines tatsächlichen Verkaufs der Immobilie ab. Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass der Wert und die Preisentwicklung von Immobilien von ökonomischen und demografischen Einflüssen dominiert werden und nicht von Windenergieanlagen. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es im

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kaum möglich, den Anstieg oder den Rückgang des Verkehrswertes eines bebauten oder unbebauten Grundstücks auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen (s. Landtag von Baden-Württemberg (2019): Kleine Anfrage des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Wertminderung von Immobilien infolge von Windkraftanlagen II (Drucksache 16 / 5820), 26. Februar 2019, Stuttgart (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5820_D.pdf). Daher und wegen des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ist es aus Sicht des Regionalverbands weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen.
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 970 IV) Schädliche Auswirkungen und Aspekte als spezielle Einwendungen Nachweislich haben Windenergieanlagen erhebliche schädliche Auswirkungen und Aspekte. Diese Folgen sind nicht hinnehmbar. 1) Größte menschliche, irreversible Umweltzerstörung gigantischen Ausmaßes Mit dem am 01.02.2023 in Kraft getretenen Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) verpflichtet der Bund die Länder, bis zum Ende des Jahres 2032 einen Teil der Landesfläche für Windenergie auszuweisen. Für die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen liegt dieser Anteil bei 0,5 % der Fläche, für die anderen Länder zwischen 1,8 % und 2,2 %. Damit dieses Ziel überhaupt erreicht werden kann, müssen sogar Landschaftsschutzgebiete mit einbezogen werden, weshalb auch das Bundesnaturschutzgesetz geändert wurde. Aufgrund der Koalitionsvereinbarungen der Regierungskoalition sollen bis zu 1,8 Prozent der Landesflächen von Baden-Württemberg für die Windenergieanlagen genutzt werden. Damit wurde die größte menschliche irreversible Umweltzerstörung gigantischen Ausmaßes für Baden-Württemberg von der Regierungs-Koalition unverantwortlich beschlossen. Das Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) als Bundesgesetz und das Klima-Gesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) als Landesgesetz erscheinen grundrechtswidrig und müssten gerichtlich überprüft werden. Jede Satzung, die auf diesem Beschluss beruht, ist rechtswidrig und zweckwidrig. Jede Baugenehmigung, die auf rechtswidrigen und zweckwidrigen Satzungen beruhen, sind rechtswidrig.	Gemäß der Vorgaben des Bundes hat die Landesregierung Baden-Württemberg den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die gesetzlichen Grundlagen - wie bspw. das WindBG, BNatSchG oder das KlimaG BW - und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung. Sie obliegt insbesondere dem jeweiligen Gesetzgeber auf europäischer, bundesdeutscher und landesweiter Ebene, der den entsprechenden gesetzlichen Rahmen setzt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 972 2) Unfassbarer Ressourcenverbrauch Der Ressourcenverbrauch ist völlig unverhältnismäßig und ist nicht hinnehmbar. Beim Bau einer einzigen Windenergieanlage werden beispielsweise 25 Tonnen Kupfer und 1.600 Tonnen Beton verbraucht. Bei den geplanten 10.000 Windräder für Baden-Württemberg wären das 25.000 Kupfer und 16 Millionen Tonnen Beton (sic!). Laut Berechnungen werden für 1 Megawatt Leistung bei den neuen Windenergieanlagen insgesamt 1100 Tonnen Zement, 170 Tonnen Eisen, 35 Tonnen Aluminium, 4,5 Tonnen Kupfer und 69 Tonnen Glas benötigt. Eine Windenergieanlage der 6 MW-Klasse wie die Enercon E-126 benötigt etwa 3.500 Tonnen Stahl. Beton, Gusseisen, Verbundmaterial und Kupfer. Für das Fundament werden 3.500 Tonnen Beton benötigt. Die Rotorblätter eine Windenergieanlage benötigt bis zu 6 Tonnen Balsaholz aus tropischen Wäldern. Windenergieanlagen verbrauchen Öl. Beispielsweise braucht eine Windenergieanlage mit fünf Megawatt Leistung alleine für das Getriebe 1000 Liter, hinzu kommen noch einmal bis zu 500 Liter für die Hydraulik bei Großanlagen. Viele der benötigten Rohstoffe müssen aus dem Ausland bezogen werden. Dort werden sie erwiesenermaßen unter fürchterlichen Arbeitsbedingungen und unter katastrophaler Umweltzerstörung oder Umweltverschmutzung gewonnen. So stammt beispielsweise Kupfer aus Peru und Chile, Bauxit aus Guinea, Eisenerz aus Brasilien, Silber aus Mexiko und Argentinien sowie Seltene Erden aus China. Windenergieanlagen haben Hydraulikaggregate für den Generator und für das Drehen des Rotors. Das System ist mehrfach ausgelegt und der Hauptantrieb ist ein luftgekühlter Zweizylinder-Dieselmotor mit 20,9 kW Leistung.	Die angesprochenen Aspekte beziehen sich auf anlagebezogene Eigenschaften und technische Parameter von Windenergieanlagen und sind damit Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und demnach nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung sind.
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 973 3) Benutzung und Freisetzung von gefährlichen Baustoffen und Giften Beim Bau, bei der Errichtung, bei dem Betrieb sowie dem Rückbau der Windenergieanlagen werden gefährliche wie giftige Baustoffe und Chemikalien eingesetzt und an die Umwelt freigesetzt. Beispielsweise wird der Stoff Schwefelhexaflourid (SF6) eingesetzt und dieses sehr gefährliche Gift wird in die Umwelt emittiert. Das Gas ist ein perfekter Isolator. Darum wird es vor allem in sogenannten Schaltanlagen eingesetzt - also "Knotenpunkten", in	Die Hinweise zu Baustoffen von Windenergieanlagen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		denen die elektrische Energie verteilt wird. Gasisolierte Schaltanlagen sind vor allem dort praktisch, wo wenig Platz ist. Deshalb werden solche Schalter beispielsweise in Windrädern verbaut. Hinzu kommt insbesondere auch eine sehr starke Feinstaubbelastung durch den Abtrag der Schutzversiegelung, wodurch beispielsweise der krebserregende Stoff Bisphenol A freigesetzt wird.	ausgewählt sind. Fragen der verwendeten Baustoffe und Betriebsmittel werden im Vorhabenzulassungsverfahren für die konkret beabsichtigten Anlagen geprüft und nachgewiesen und ggf. werden Auflagen festgesetzt.
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 974 4) Verbrauch seltener Erden Beim Bau, bei der Errichtung, bei dem Betrieb sowie dem Rückbau der Windenergieanlagen werden seltene Erden eingesetzt.	Die Hinweise zu Baustoffen von Windenergieanlagen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen. Auf die Abwägung zur BE ID 973 dieser Stellungnahme wird verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 975 5) Fatale Folgen für Fauna, Vogelsterben, Insektensterben, Fledermäuse Der Betrieb von Windenergieanlagen hat fatale Folgen für die Fauna. Diese Folgen widersprechen den Grundsätzen des praktischen Umweltschutzes. Das ist nicht hinzunehmen. a) Vogelsterben Der Betrieb von Windenergieanlagen verursacht nachweislich das sogenannte Vogelsterben. Die Windenergieanlagen kollidieren mit den Lebensräumen der Vögel. Betroffen sind die Nist- und Brutplätze der Vögel. Vogelarten wandern einerseits ab, andererseits werden sie durch den Betrieb der Rotorblätter verletzt und/oder getötet. Dramatisch ist, dass der Bestandsverlust nicht regeneriert werden kann. Hinzu kommt, dass die Fortpflanzungsrate durch den fehlenden Lebensraum katastrophal sinkt. Als Todesursache kommt nicht nur der Rotor-Schlag in Betracht, sondern auch das sogenannte ,,Baro-Trauma". Dabei handelt es sich um den entstehenden Unterdruck auf der Saugseite der Rotorblätter und dieser lässt die Lungen bzw. die Alveolen der Lungen der Tiere kollabieren.	Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung sowie Bau und Betrieb von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept berücksichtigt (z.B. Schutzgebiete wie Naturschutz- oder Natura2000-Gebiete als auch geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz)). Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Hinsichtlich der artenschutzfachlichen Belange wird ebenfalls auf das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 verwiesen, welches diese Belange umfassend und gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie der verbindlichen Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Insbesondere durch die Anwendung des o.g. Fachbeitrags Artenschutz erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes auf der genannten Planungsebene, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes im nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 976 b) Insektensterben Der Betrieb von Windenergieanlagen verursachen nachweislich das sogenannte Insektensterben.	Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung sowie Bau und Betrieb von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Der in der Stellungnahme aufgeworfene genannte Aspekt Insektensterben ist nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung.
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 977 c) Rückgang der Fledermäuse-Populationen Der Betrieb von Windenergieanlagen verursachen nachweislich den Rückgang der Fledermäuse-Populationen.	Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung sowie Bau und Betrieb von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Hinsichtlich der artenschutzfachlichen Belange wird auf das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 verwiesen, welches diese Belange umfassend und gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie der verbindlichen Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Insbesondere durch

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			die Anwendung des o.g. Fachbeitrags Artenschutz erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes auf der genannten Planungsebene, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes im nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 978 6) Fatale Folgen für die Flora. Der Betrieb von Windenergieanlagen hat fatale Folgen für die Flora. Diese Folgen widersprechen den Grundsätzen des praktischen Umweltschutzes. Das ist nicht hinzunehmen. a) Flächenverbrauch und Raubbau an der Natur Der Flächenverbrauch an Natur, Wiesen, Wälder, Acker ist gigantisch und zerstört unnötig lebenswichtige Natur. Es werden in Wäldern und anderen Flächen große Schneisen geschlagen, riesige Flächen mit Beton und Kies versiegelt. Durch die Baumaßnahmen wird die Flora an diesen Stellen zerstört. Die ohnehin schon intensiv genutzten Kulturflächen in Forst- und Landwirtschaft werden nochmals erheblich stark beeinflusst. Infolgedessen werden Wind, Wetter, Erosion, Trockenheit noch mehr die schon mitgenommene Kultur- und Naturlandschaft negativ beeinflussen. Dadurch droht eine Dürre mit katastrophalen Folgen für Natur und Mensch.	Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung sowie Bau und Betrieb von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna wie z.B. Schutzgebiete (Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete) und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz (z.B. Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035)) sind im Planungskonzept berücksichtigt (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Des Weiteren sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			eingeräumt. Auf das Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff. wird hingewiesen. Hinweis zum Umfang der Inanspruchnahme von Waldflächen durch Windenergieanlagen: Gemäß Fachagentur Wind an Land zeigen aktuelle Erhebungen, dass für die Dauer des Betriebes von Windenergieanlagen (WEA) durchschnittlich ca. 0,48 Hektar für den Betrieb einer WEA gerodet werden müssen. Hiervon entfallen ca. 0,05 ha auf die Versiegelung für das Fundament. Während der Bauphase sind zusätzlich ca. 0,47 ha freizuhalten, die nach Abschluss der Bauphase dann wieder aufgeforstet werden (Fachagentur Wind an Land 2024: Entwicklung der Windenergie im Wald.- Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Forstflächen in den Bundesländern.- Analyse.- S. 15f). Für die Inanspruchnahme der Waldflächen besteht das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung.
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 979 b) Sogenannte Wirbelschleppen Durch das sogenannte Wirbelschleppen verursachen die Windenergieanlagen verlangsamte Windgeschwindigkeiten. Durch das sogenannte Wirbelschleppen verursachen die Windenergieanlagen auch negative Auswirkungen auf den Jet-Stream. Dadurch droht eine Dürre mit katastrophalen Folgen für Natur und Mensch. c) Austrocknung der Böden Bei den Wechselwirkungen zwischen Windkraft-Turbinen und Luftschichten werden die Wärme- und Feuchtigkeits-Strömungen zwischen Oberfläche und Atmosphäre entscheidend beeinflusst. Vor den Windrädern wird die Luftströmung gebremst und dahinter verwirbelt. An jedem großen Windpark wird so der Luft Feuchtigkeit - besonders im Sommer - entzogen und der Boden zusätzlich erwärmt. Dies verursacht eine Austrocknung der Böden und ist ein Faktor für das Entstehen einer Dürre mit katastrophalen Auswirkungen für Natur und Mensch.	Die angesprochenen Aspekte gehen über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinaus und sind damit nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung. Der sog. Wake-Effekt (Wirbelschleppen-Effekt) ist durch mehrere Studien hinsichtlich seiner durch die Reduktion der Windgeschwindigkeiten verursachten leistungsmindernden Wirkung für im Windschatten eines Windparks liegende Windenergieanlagen belegt. Gem. Drucksache 17/2899 des Landtags Baden-Württemberg vom 14.07.2022 sind diese Effekte nach Aussagen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern jedoch lokal begrenzt und lösen sich in entsprechendem Abstand von der Windenergieanlage wieder auf. Ein großräumiger Effekt mit Auswirkungen auf die Windenergienutzung allgemein oder großräumige Beeinflussungen des Windaufkommens etc. ist gem. o.g. Drucksache nicht zu befürchten. Eine großräumige oder sogar globale Beeinflussung des Klimas (z.B. Dürren, Temperaturanstieg) oder des Wetters (z.B. Zunahme des Starkregens) durch Windenergieanlagen ist gem. der aktuellen Studienlage nicht zu erwarten. Verschiedene Studien zeigen, dass der Wake-Effekt durch die Verwirbelung und Durchmischung der Luftschichten nachts zu einer leichten Erwärmung der oberflächennahen Luftschichten im Windschatten von Windenergieanlagen führen kann. Eine Dokumentation der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags aus dem Jahr 2022 (WD 8 - 3000 - 083/20) wertet mehrere Studien zu mikroklimatischen Effekten von Windenergieanlagen aus. Die Untersuchungen zeigen, dass der Wake-Effekt nachts potenziell Auswirkungen auf die lokalen bodennahen Lufttemperaturen und die Bodenfeuchtigkeit haben kann. Das Ausmaß und die Wirkungen sind gering und hängen stark von verschiedenen Faktoren (z.B. Gelände, Ausgestaltung und Anordnung der Windenergieanlagen) ab. Gem. Drucksache 17/3142 des Landtags Baden-Württemberg vom 25.08.2022 befürchtet die Landesregierung weder relevante negative Auswirkungen auf das Mikroklima noch eine Austrocknung der lokalen Landschaft in der Nähe von Windparks. Insgesamt ist eine Reduktion der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen aufgrund möglicher Wirkungen durch den Wake-Effekt daher weder fachlich geboten noch erforderlich. Die weitere Berücksichtigung dieser Belange auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage."
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 980 7) Rotorblätter und Mikroplastik Die großen Mengen an giftigem Mikroplastik durch den Abrieb der Rotorblätter der Windenergieanlagen widersprechen absolut einem praktischen Umweltschutz. Rotorblätter sind nicht recycelbar, verursachen innerhalb kurzer Zeit Unmengen an Sondermüll und verteilen durch ihren Abrieb große Mengen Mikroplastik in die Umwelt. Mikroplastik vergiftet die Umwelt und macht Menschen krank. Das Mikroplastik entsteht im Wege des Abriebs durch große Temperaturschwankungen, UV-Strahlung des Sonnenlichts, Einwirkung von Luftschadstoffen, Fäkalien der Vögel, mechanische Einwirkungen, Wind und Wetter, Salzgehalt in der Luft, Abrasion durch Sand und andere feine Partikel in der Luft. Jede Windenergieanlage produziert rund 90 kg Mikroplastik als Abrieb im Jahr und emittiert diese Schadstoffe in die Umwelt. Die Entsorgung der Rotorblätter ist problematisch. Diese beinhalten gefährliche und giftige Stoffe. Es handelt sich um Sondermüll. Alleine die Rotorblätter machen jährlich 20.000 Tonnen Sondermüll aus - die Tendenz ist steigend. gen verursachen durch den Anlagenrotor optische Immissionen. Dies bewirkt enorme Belästigungen und erhebliche gesundheitliche Beeinträchtigungen, beispielsweise Konzentrationsstörungen, Nervosität, Kopfschmerzen und Schlafstörungen.	Aufgrund von Umwelteinflüssen (UV-Strahlung, Wind, Temperaturwechsel u.a.) kommt es an den Rotoren von Windenergieanlagen zu Erosion und in Folge zur Freisetzung von Mikroplastik, welches sich in der Umwelt ablagert. Nach einer Kurzinformation der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages (WD 8 - 3000 - 077/20 (8. Dezember 2020)) wird ein Maximalabtrag von ca. 1.400 t/a für alle ca. 31.000 Windkraftanlagen in Deutschland geschätzt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit liegt der tatsächliche Wert gem. IMES deutlich niedriger. Im Vergleich mit den vom Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik (UMSICHT) ermittelten Werte z.B. für Kunststoffemissionen in Form primären Mikroplastiks für Reifenabrieb (102.090 t/a) oder von Schuhsohlen (9.047 t/a) ist die Belastung durch Windenergieanlagen somit sehr gering Eine signifikante Erhöhung der Umweltbelastung durch Mikroplastik und eine Gesundheitsgefährdung des Menschen durch den Abrieb ist nicht belegt. Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind zudem nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Fragen der verwendeten Baustoffe werden im

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Vorhabenzulassungsverfahren für die konkret beabsichtigten Anlagen geprüft und nachgewiesen und ggfls. werden Auflagen festgesetzt. Die vorliegende Teilfortschreibung dient der Steuerung und raumordnerischen Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen sowie dem Erreichen des gesetzlich festgelegten Flächenbeitragswerts von 1,8 % der Regionsfläche für Windenergie an Land (s. Abschnitt 1 dieses Dokuments). Wenn dieser Flächenbeitragswert nicht erreicht wird, gelten nach Ablauf des jeweiligen Stichtags die Rechtsfolgen des § 249 Abs. 7 Baugesetzbuch, d.h. Windenergieanlagen wären im Außenbereich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 Baugesetzbuch privilegiert zulässig und Darstellungen in Flächennutzungsplänen, Ziele der Raumordnung sowie sonstige Maßnahmen der Landesplanung könnten einem Vorhaben nach § 35 Absatz 1 Nummer 5, das der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dient, nicht entgegengehalten werden. Räumliche Steuerungsoptionen auf regionaler und kommunaler Ebene, wo Windenergieanlagen errichtet werden können, würden damit hinfällig. Die Steuerungswirkung der vorliegenden Teilfortschreibung ist damit unmittelbar vom Erreichen des Flächenbeitragswerts abhängig. Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie wurde eine sorgfältige Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG durchgeführt und das Gewicht jedes Belangs wurde angemessen berücksichtigt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Zudem ist es aus Sicht des Regionalverbands nicht sinnvoll, an die Abwägung Maßstäbe anzulegen, die zur Unterschreitung des Flächenziels führen, denn dann würde die oben beschriebene Steuerungswirkung des Regionalplans entfallen und dem Anliegen würde gar keine Rechnung mehr getragen werden. Zum genannten Aspekt der optischen Immissionen: Windenergieanlagen führen bei klaren Wetterbedingungen durch den bewegten Anlagenrotor zu optischen Immissionen und können dadurch als Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 981 8) Fehlerhafte und willkürliche Bemessung der Abstandsflächen Die derzeit von der Politik und den Behörden festgelegten Abstandsflächen sind fehlerhaft und willkürlich festgelegt. Es wird beantragt, dass ein neues Konzept für die Bestimmung der Abstandsflächen durch unabhängige Sachverständige erstellt wird. Es wird beantragt, dass dieses neue Konzept für die Bestimmung der Abstandsflächen öffentlich gemacht wird. Es wird beantragt, dass dieses neue Konzept für die Bestimmung der Abstandsflächen durch Beteiligung der Öffentlichkeit kritisch geprüft wird. Es wird beantragt, dass die Öffentlichkeit bei der Festlegung dieser Bemessungs-Bedingungen mitbestimmend beteiligt wird. Im Streitfall ist eine gerichtliche Prüfung nötig.	Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 für die Region Ostwürttemberg dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG und § 20 KlimaG sowie der Steuerung und raumordnerischen Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen. Wenn dieser Flächenbeitragswert nicht erreicht wird, gelten nach Ablauf des jeweiligen Stichtags die Rechtsfolgen des § 249 Abs. 7 Baugesetzbuch, d.h. Windenergieanlagen wären im Außenbereich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 Baugesetzbuch privilegiert zulässig und Darstellungen in Flächennutzungsplänen, Ziele der Raumordnung sowie sonstige Maßnahmen der Landesplanung könnten einem Vorhaben nach § 35 Absatz 1 Nummer 5, das der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dient, nicht entgegengehalten werden. Räumliche Steuerungsoptionen auf regionaler und kommunaler Ebene, wo Windenergieanlagen errichtet werden können, würden damit hinfällig. Die Steuerungswirkung der vorliegenden Teilfortschreibung ist damit unmittelbar vom Erreichen des Flächenbeitragswerts abhängig. Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie wurde eine sorgfältige Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG durchgeführt und das Gewicht jedes Belangs wurde angemessen berücksichtigt. Allerdings ist es aus Sicht des Regionalverbands nicht sinnvoll, an die Abwägung Maßstäbe anzulegen, die zur Unterschreitung des Flächenziels führen, denn dann würde die oben beschriebene Steuerungswirkung des Regionalplans entfallen und dem Anliegen würde gar keine Rechnung mehr getragen werden. Des Weiteren ist der Kriterienkatalog Teil des Plankonzeptes der Teilfortschreibung Windenergie 2025. In benanntem Kriterienkatalog werden u.a. die bei der Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen zu berücksichtigenden Umgebungsabstände definiert. Die Umgebungsabstände zu unterschiedlichsten Bereichen (u.a. Siedlungsbereiche, Schutzgebiete, Gewässer, Bereiche für die Rohstoffsicherung etc.) wurden vom demokratisch gewählten Gremium des Regionalverbandes - der Verbandsversammlung - diskutiert. Der Kriterienkatalog als Teil des Plankonzeptes der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wurde am 15.12.2023 in öffentlicher Sitzung mehrheitlich beschlossen. Den eingebrachten Anträgen wird nicht gefolgt.
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 982 9) Zerstörung des Landschaftsbildes Durch den Betrieb von Windenergieanlagen wird das Landschaftsbild und die Kultur- und Naturlandschaft als wichtiger Teil der Erholung	Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		für den Menschen zerstört.	Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung sowie Bau und Betrieb von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfergebnisse werden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt.
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 983 10) Infraschall Das Phänomen Infraschall ist für die Bürger als erhebliche gesundheitliche Beeinträchtigung nicht hinnehmbar. Gesundheitliche Beeinträchtigen sind hier insbesondere Schlafstörungen, Schwindel, Kopfschmerzen. Viele Betroffene beklagen dabei, ständig das Gefühl zu haben, dass irgendetwas brumme. Dabei sind das Geräusche, die der Mensch eigentlich gar nicht hören sollte. Die gezackten Rotorblätter führen zwar zu einer Reduzierung der für Menschen hörbaren Lärmemissionen, dagegen erhöhen und verschlimmern diese das Phänomen des Infraschalls (Schwingungen und Vibrationen unterhalb des vom Menschen hörbaren Frequenzbereich).	Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz schreibt zum Thema Infraschall durch Windenergieanlagen unter https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/FAQ/Windenergie/faq-windenergie.html (Stand Juli 2024): „Infraschall-Töne unterhalb einer Frequenz von 20 Hertz - ist alltäglicher und überall präsenter Bestandteil unserer Lebenswelt. Er geht von einer Vielzahl sowohl natürlicher als auch technischer Quellen aus. Natürliche Quellen sind z. B. Wind, Gewitter, Meeresdünung und Vulkane sowie Meteoriten. Zudem gibt es zahlreiche künstliche und technische Infraschall-Quellen wie z. B. Klima- und Lüftungsanlagen, Umspannwerke, Kraftfahrzeuge, Lautsprechersysteme, Kühlschränke und Windenergieanlagen. Die Intensität des Infraschalls von Windenergieanlagen (sog. Schalldruckpegel) ist so gering, dass sie bereits in wenigen hundert Meter Entfernung deutlich unterhalb der menschlichen Wahrnehmbarkeitsgrenze liegt. In den meisten Fällen wird der Infraschall außerdem von natürlichen anderen Geräuschen überdeckt. So haben auch wissenschaftliche Studien bislang keinen Nachweis erbracht, dass der von Windenergieanlagen ausgehende Infraschall eine schädliche Wirkung auf die menschliche Gesundheit hat.“ Das Umweltbundesamt (UBA) kommt zu dem Schluss, dass es

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			keine Evidenz dafür gibt, dass durch Infraschall von Windenergieanlagen gesundheitliche Beeinträchtigungen verursacht werden. Nach heutigem Stand der Forschung ist die Belastung mit Infraschall durch Windenergieanlagen im Vergleich zu anderen Quellen von Infraschall natürlichen oder technischen Ursprungs (Heizungsanlage, Kühlschrank, Straßenverkehr oder Gewitter) zudem gering. Das belegt beispielsweise eine Messkampagne der Landesanstalt für Umwelt (LUBW) zwischen 2013 und 2015. Diese untersuchten tieffrequente Geräusche ab 1 Hz. in der näheren Umgebung von Windkraftanlagen sowie in urbanen und ländlichen Räumen. Die Untersuchung stellt, wie das UBA, unterschiedlichen Quellen und die Omnipräsenz von Infraschall im Alltag fest. Windkraftanlagen leisteten hierzu aber keinen wesentlichen Beitrag da deren Pegel schon in 300 m Entfernung zur Windkraftanlage deutlich unterhalb der Wahrnehmungsgrenze liegt. (Tieffrequente Geräusche inkl. Infraschall von Windkraftanlagen und anderen Quellen – Bericht über Ergebnisse des Messprojektes 2013-2015, LUBW 2016: https://pudi.lubw.de/detailseite/-/publication/84558). Das Landesamt für Umwelt Bayern (LfU 2022) kommt in einer neueren Studie ebenfalls zum Schluss, dass bereits viele sorgfältige, wissenschaftliche Studien zum Infraschall rund um Windenergieanlagen vorliegen. In ihnen aber keine schädlichen Wirkungen auf den Menschen gefunden werden, denn die Pegel in der Umgebung (Immissionen) lägen stets deutlich unterhalb der Hör- und Wahrnehmungsschwelle – und für diesen Bereich wurden bisher keine gesundheitlichen Wirkungen nachgewiesen. (https://www.lfu.bayern.de/buerger/doc/uw_117_windkraftanlagen_infraschall_gesundheit.pdf)Um den aktuellen Kenntnisstand zu Infraschall von Windenergieanlagen zu festigen und zu erweitern, beobachten das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und das Umweltbundesamt kontinuierlich die Entwicklung wissenschaftlicher Studien. Damit ist sichergestellt, dass neue Entwicklungen und gesicherte Erkenntnisse frühzeitig bekannt werden (vgl. vgl. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/4031/publikationen/umid_01-2021-infraschall.pdf). Bereits mehrere Gerichte haben sich mit dem Thema Infraschall beschäftigt und unterstützen die obenstehenden Ausführungen. So stellt das Oberverwaltungsgericht Münster zusammenfassend fest: „Die Rechtsprechung des Senats und anderer Obergerichte geht davon aus, dass Infraschall – wie auch tieffrequenter Schall – durch Windenergieanlagen nach dem bisherigen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse grundsätzlich nicht zu Gesundheitsgefahren führt“ Quelle: OVG Münster (8. Senat), Urteil vom 22. November 2021 – 8A 973/15. Pathogene Effekte durch von Windkraftanlagen abgegebene Luftdruckpulse sind weder bekannt noch belegt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Die

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Berücksichtigung von Infraschall auf Ebene der Regionalplanung bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie ist daher weder erforderlich noch geboten.
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 984 11) Disko-Licht-Effekt Das Phänomen des Disko-Licht-Effekts ist für die Anwohner als erhebliche gesundheitliche Beeinträchtigung nicht hinnehmbar. Windenergieanlagen verursachen durch den Anlagenrotor optische Immissionen. Dies bewirkt enorme Belästigungen und erhebliche gesundheitliche Beeinträchtigungen, beispielsweise Konzentrationsstörungen, Nervosität, Kopfschmerzen und Schlafstörungen. 13) Periodischer Schattenwurf (nicht Disko-Licht-Effekt) Das Phänomen des periodischen Schattenwurfes ist für die Anwohner nicht hinnehmbar. Die heutigen Windenergieanlagen werden mit einem Schattenabschaltmodul ausgerüstet. Dieses stoppt die Anlage und setzt es wieder in Gang, wenn der Schatten weg ist. Der zulässige Schatten ist 30 Stunden im Jahr und am Tag max. 30 Minuten festgelegt. Darüber hinaus muss die Anlage abschalten. Nach den Bestimmungen des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BimSchG) gilt dies für Menschen, Tiere und Pflanzen. Um dies zu bestimmen, sind spezielle Schattenwurfgutachten für alle Eventualitäten im Planungsgebiet erforderlich. Windenergieanlagen verursachen durch den Anlagenrotor optische Immissionen. Dies bewirkt enorme Belästigungen und erhebliche gesundheitliche Beeinträchtigungen, beispielsweise Konzentrationsstörungen, Nervosität, Kopfschmerzen und Schlafstörungen.	Windenergieanlagen führen bei klaren Wetterbedingungen durch den bewegten Anlagenrotor zu optischen Immissionen und können dadurch als Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 986 14) Umgang mit wassergefährdenden Stoffen Der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen muss in der Planung berücksichtigt werden und die Gefahrenlage muss durch ein unabhängiges Sachverständigengutachten richtig und vollständig eingeschätzt werden. Im Zweifel muss hier eine gerichtliche Entscheidung getroffen werden. Zwar führen die Planungsträger aus, dass beim ,,Bau und Betrieb von Windkraftanlagen kaum wassergefährdende Stoffe zum Einsatz" kommen und verweisen in	Die Hinweise zu Baustoffen von Windenergieanlagen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		diesem Zusammenhang auf getriebelose Anlagen, allerdings werden nach dem Leitfaden zum Bau und Betrieb von Windenergieanlagen in Wasserschutzgebieten des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten Rheinland-Pfalz (Februar 2013) in getriebelosen Anlagen minimal bis zu 1.600 l wassergefährdende Stoffe eingesetzt: Bei Anlagen mit Getriebe werden etwa 650 l Getriebeöl (Ölwechsel spätestens nach 5 Jahren) und rund 400 Liter Kühlmittel in der Gondel benötigt. Bei getriebelosen Anlagen entfällt das GetriebeöI, jedoch brauchen solche Anlagen circa 600 l Kühlmittel in der Gondel. Hinzu kommen kleinere Mengen an Ölen und Fetten für Wellen und Azimutmotoren. Zu beiden Anlagetypen gehören Transformatoren, die entweder außerhalb des Turms in einer Transformatorstation oder im Turmfuß, neuerdings aber auch in der Gondel untergebracht sind. Ein Transformator benötigt ca. 1.000 bis 1.300 l Kühlöl. Damit summiert sich die Menge an wassergefährdenden Stoffen auf ca. 2.000 bis 2.400 l pro Anlage.	Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Fragen der verwendeten Baustoffe und Betriebsmittel werden im Vorhabenzulassungsverfahren für die konkret beabsichtigten Anlagen geprüft und nachgewiesen und ggf. werden Auflagen festgesetzt.
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 987 15) Lärmemissionen Die durch den Betrieb der Windenergieanlagen verursachte Lärmemission ist für die Bürger als erhebliche gesundheitliche Beeinträchtigung nicht hinnehmbar. Die gezackten Rotorblätter führen zwar zu einer Reduzierung der für Menschen hörbaren Lärmemissionen, dagegen erhöhen und verschlimmern diese das Phänomen des Infraschalls (Schwingungen und Vibrationen unterhalb des vom Menschen hörbaren Frequenzbereich).	Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Anlagenstandorte und des Anlagentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage. Hinsichtlich der in der Stellungnahme aufgeführten Thematik Infraschall wird auf die Abwägung zur BE ID 983 dieser Stellungnahme verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 988 16) Eisfall-Gefahr Eisabwurf oder Eisfall oder Eiswurf ist eine reale Gefahr. In eisgefährdeten Regionen (ab etwa 400 Höhenmeter) ist ein Gutachten zu erstellen, in dem die Sicherheitseinrichtungen gegen Eisabwurf festgelegt werden sollten (2.8. Abschaltung, Rotorblattheizung, Hinweisschilder usw).	Die aufgeworfenen Anregungen zur Thematik Eiswurf sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft.
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 989 17) Brandschutz In jedem Planungsverfahren und in jedem Genehmigungsverfahren müssen Brandschutzmaßnahmen und brandschutzrechtliche Gesichtspunkte bedacht, geregelt und festgelegt werden, um die Bevölkerungen vor Gefahren zu schützen.	Die genannten Aspekte zur Thematik Brandschutz sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft.
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 990 V) Gefährlicher Sonderweg als spezielle Einwendung Die anvisierte sogenannte Klimaneutralität vernichtet den bisherigen Lebensstandard. 1.) Sonderweg Die aufgrund der irrigen Annahme eines durch Kohlenstoffdioxid (CO-2) verursachten menschengemachten Welt-Klima-Wandels beruhende sogenannte Energiewende (Verzicht auf fossile	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 Klimaschutz- und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Brennstoffe und Verwendung von sogenannten regenerativen Energien) mit dem erklärten Ziel der Klimaneutralität (Zero-CO-2-Politik) stellt einen irrationalen und selbstzerstörerischen Sonderweg ohne historisches Beispiel dar. Niemand in Europa und auf der Welt folgt diesen Weg. Es gibt auch keine moralische Verpflichtung, diesen fatalen Weg zu gehen. 2) Deutscher Anteil am weltweiten CO-2-Ausstoß Die Bundesrepublik Deutschland (BRD) solle 2 Prozent des weltweiten menschengemachten CO-2 Ausstoßes verursachen. Selbst wenn die Klimaneutralität in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) vollständig durchgesetzt wird, könnte man damit keinen Einfluss auf das Welt-Klima bewirken. 3) Gefährdung des deutschen Wirtschaftsstandorts, Verarmung, Verelendung Der deutsche Wirtschafts- und Industriestandort ist durch diesen fatalen Sonderweg gefährdet. Zu teure Energiekosten führen dazu, dass Unternehmen den deutschen Wirtschaftsstandort verlassen müssen. Dies führt zwangsweise zu einer zunehmenden Arbeitslosigkeit der Bevölkerung. Arbeitslosigkeit führt zu Belastung der sowieso nur noch durch massives Schuldenmachen finanzierbare Sozialsystem. Deindustrialisierung und Arbeitslosigkeit führen zu einer wirtschaftlichen Rezession. Es droht eine massive Verarmung und Verelendung breiter Schichten der Bevölkerung.	Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ziel der vorliegenden Teilfortschreibung ist die Umsetzung dieser gesetzlichen Vorgaben. Die gesetzlichen Grundlagen selbst und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Weiterhin ist die Umsetzung der Energiewende gesellschaftspolitischer Konsens sowie Beschlusslage sowohl im Deutschen Bundestag als auch im Landtag von Baden-Württemberg. Sie hat überdies Eingang in zahlreiche europäische, nationale und landesgesetzliche Vorgaben gefunden. Für eine zukunftsfähige Energieversorgung sind die erneuerbaren Energien der zentrale Baustein. Die Transformation und damit die Gestaltung der Energiewende ist dabei nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung Windenergie 2025. Sie obliegt insbesondere dem jeweiligen Gesetzgeber auf europäischer, bundesdeutscher und landesweiter Ebene, der den entsprechenden gesetzlichen Rahmen setzt.
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 991 VI) Effektivere, nachhaltigere, sauberere, kostengünstigere Alternativen Es gibt längst effektivere, nachhaltigere, sauberere und kostengünstigere andere Technologien als Alternativen. Die Atomkraft ist eine solche Alternative. AIs Beispiele können hier der Thorium-Reaktor oder der Dual-Fluid-Reaktor benannt werden. Der Dual-Fluid-Reaktor könnte dezentral vor Ort errichtet werden, dort wo die Energie benötigt wird. Dieser kann sehr kostengünstig und umweltfreundlich Strom produzieren. Dabei würden gleichzeitig noch die Altlasten aus der Kernenergie verbraucht und somit die alten Brennstäbe umweltverträglich entsorgt werden. Nur ist diese in Deutschland entwickelte Hochtechnologie in Deutschland nicht erwünscht. Damit wäre das ideologische Prestigeprojekt ,,Windkraft" sofort gestorben und die von einschlägigen Kreisen angestrebte Deindustrialisierung nicht mehr möglich.	Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 992 VII) Altlasten und Rückbau als spezielle Einwendungen Der Rückbau und die Altlasten sind problematisch, insbesondere auch für die Grundstückseigentümer wegen der Durchgriffshaftung. 1) Problemschwerpunkt Entsorgung des Sondermülls als spezielle Einwendung Die Entsorgung von Windenergieanlagen ist problematisch und viele Komponenten sind als gefährlicher und giftiger Sondermüll einzustufen. 2) Problemschwerpunkt Vergiftung des Standorts Jeder Grundstückeigentümer sollte sich klar machen, dass durch die Errichtung, den Betrieb und den Rückbau von Windenergieanlagen gefährliche und giftige Stoffe auf dem Standort emittiert werden. Diese Vergiftung des Standorts wird als eine zu entsorgende Altlast behördlich katalogisiert. 3) Problemschwerpunkt Entsorgungskosten und Altlasten, Durchgriffshaftung Nach der Gesetzeslage ist der Grundstückeigentümer auch in der Haftung. Grundsätzlich soll laut den Verträgen der Nutzer und Betreiber die Entsorgungskosten beim Rückbau der Anlagen und der Altlasten übernehmen. Das Insolvenzrisiko liegt aber beim Grundstückseigentümer. Sollte der Nutzer und Betreiber insolvent werden, so haftet der Grundstückseigentümer allein und ganz für die gesamten Kosten. Auch die vertraglich eingeräumte Rückbaubürgschaft greift nicht, weil diese erstens viel zu gering veranschlagt ist und zweitens in die Insolvenzmasse fällt. Nach § 4 Abs. 3 des Bundesbodenschutzgesetzes (BBodenSchG) haftet auch der Grundstückeigentümer. Es liegt hier ein verwaltungsrechtliches Instrumentarium der Durchgriffshaftung vor. Man sollte dies bei der Unterzeichnung eines Vertrages genau bedenken. Die Entsorgungskosten beim Rückbau und bezüglich der Altlasten wird astronomisch teuer werden, weil viele Komponenten gefährlicher und giftiger Sondermüll darstellen. Die Kosten werden die Grundstückeigentümer ruinieren.	Der Rückbau sowie die Finanzierung des Rückbaus von Windenergieamöagen werden im Vorhabenzulassungsverfahren abgesichert und sind nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Rückbauverpflichtungen des Windenergieanlagenbetreibers sind fester Bestandteil des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung), die vor Genehmigungserteilung nachgewiesen werden müssen. Insofern ergeben sich aus dem Aspekt keine Rückwirkungen auf die räumliche Steuerung der Nutzung der Windenergie in der Region.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 993 VIII) Konzentrationsfläche als spezielle Einwendung Selbst wenn alle vorgetragenen Bedenken nicht geteilt werden und die Regionalplanung am Vorhaben festhalten will, so ist diese aufgrund des Verwaltungsrechts zu einer Güterabwägung nach dem Verhältnismäßigkeitsprinzip gesetzlich verpflichtet. Es gilt der Grundsatz des geringstmöglichen Eingriffs. Gemäß des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes ist es geboten, nur eine oder ganz wenige Konzentrationsflächen zu errichten. So ist eine Konzentrationsfläche entlang der Autobahn, möglichst auf staatlichen Grund, insbesondere auch auf Staatsforstflächen oder Gemeindeflächen, das kleinere Übel. Der Vorteil wäre, dass nicht die ganze Fläche des Gebietes genutzt werden müsste und dass auf staatseigenen Grund die Vorteile beim Staat bleiben und private Investoren nicht die Profite erhalten. Diese Vorgehensweise ist nach dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz geboten. Eine andere Planung verstößt in jedem Fall gegen das Verhältnismäßigkeitsprinzip. Die Satzung wäre schon aus diesem Grund rechtswidrig.	Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie wurde eine sorgfältige Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG durchgeführt und das Gewicht jedes Belangs wurde angemessen berücksichtigt. Die Auswahl der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte anhand eines nachvollziehbaren Planungskonzepts in mehreren Planungsschritten (Flächenauswahlprozess). Die die Ausformung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen orientiert sich ausschließlich an planerischen Kriterien. Grundsätzlich werden Eigentumsverhältnisse - wie bspw. die in der Stellungnahme aufgeführten Staatsforst- oder Gemeindeflächen - bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung nicht berücksichtigt.
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 994 IX) Übertragung der Windenergieanlagen an Dritte und Sicherungsübereignung an Banken Gemäß den Vertragsbedingungen zwischen den Betreibern der Windenergieanlagen und den Grundstückseigentümer besteht die vertragliche Möglichkeit, dass die Betreiber die Windenergieanlagen jederzeit, sofort und ganz an alle möglichen Dritten übertragen können. Ferner wird gemäß den Vertragsbedingungen zwischen den Betreibern der Windenergieanlagen und den Grundstückseigentümer das Eigentum an den Windenergieanlagen zur Sicherung der Finanzierung an Banken als Sicherungsübereignung übertragen und steht dann während der Finanzierung im Eigentum der Bank. X) Beispiele aus dem Ausland als spezielle Einwendungen In Frankreich wurde nach einer Entscheidung eines Höchstgerichtes ein sofortiger Baustopp sowie ein allmählicher Rückbau der Windenergieanlagen angeordnet. Die gerichtliche Entscheidung bestätigte gesundheitliche Beeinträchtigungen der Menschen durch die Windenenergieanlagen. Es können Schadensersatzforderungen gestellt werden. Es kommt zu Haftungsprozessen. Wollen sie uns vorsätzlich krank machen?	Zu IX): Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung. Zu X): Gesetzgebungen und Rechtsprechungen anderer Staaten sind nicht Gegenstand dieser Anhörung. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau von Windenergieanlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Anlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird dabei der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Töten? Anzeigen sollten rausgehen!	
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 995 XI) Gesetzlich verordnete Flächenzerstörung, Verantwortung, Remonstrationspflicht Bei dieser gesetzlich verordneten Flächenzerstörung haben alle Beteiligten die Pflicht, sich über alle dafür und dagegen sprechenden Argumenten zu informieren, sich sachlich und fachlich intensiv damit auseinanderzusetzen, eine sachgerechte und verhältnismäßige Güter-Abwägung vorzunehmen und insbesondere den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz zu beachten. Ein Verstoß gegen diese Pflicht führt zwangsweise zu einer Verantwortlichkeit und Haftung. Bei Bedenken und Zweifel gegen die Rechtmäßigkeit oder Zweckmäßigkeit des gesamten Vorhabens oder einzelner Teile des Vorhabens sind Behördenmitarbeiter zur Remonstration beim Vorgesetzten gesetzlich verpflichtet. Bei Bedenken und Zweifel gegen die Rechtmäßigkeit oder Zweckmäßigkeit des gesamten Vorhabens oder einzelner Teile des Vorhabens unterliegen Entscheidungsträger in den Gremien der Amtshaftung und der persönlichen Haftung. Nachgewiesene vorsätzliche Fehlentscheidungen führen zwangsweise zur Haftung. Auch bei sogenannten ,,privilegierten Bauvorhaben nach § 35 des Baugesetzbuches (BauGB)" müssen die Voraussetzungen, insbesondere auch die Gründe zur Versagung, genau geprüft werden. Gerade eine fachgerechte und intensive Umweltverträglichkeitsprüfung muss in jedem Fall von allen Entscheidungsträger erkannt werden.	Haftungsfragen sind nicht Aufgabe der Regionalplanung. Im Rahmen der mehrstufigen Methodik zur Auswahl von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen fand eine Abwägung aller auf regionalplanerischer Ebene erkennbaren schützenswerten Belange gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG statt. Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurde das Gewicht jedes Belangs angemessen berücksichtigt, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde. Im Großteil des Verbandsgebiets Ostwürttemberg war die Windenergienutzung nicht möglich oder andere Belange/schutzbedürftige Interessen hatten in der Abwägung ein höheres Gewicht als die Windenergienutzung. An den Stellen in der Region, an denen nun Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt werden sollen, überwiegt das überragende öffentliche Interesse an der Windenergienutzung gegenüber den anderen Belangen. Des Weiteren wird auf die gesetzlichen Grundlagen und das Erfordernis der Planung verwiesen (vgl. § 3 WindBG, § 20 KlimaG BW, § 2 EEG).
lfd. Ident-Nr.: 488 Privat Stn-Id: 239		BE-ID: 996 XII) Fazit Windenergiewerke liefern nur unzuverlässig Strom, verschandeln die Landschaft, haben fatale Folgen für Flora wie Fauna und führen zu erheblichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen bei Mensch und Tieren. Außerdem können sie, solange der Strom nicht gespeichert wird, kein einziges konventionelles Kraftwerk ersetzen! Ferner gibt es unzählige Möglichkeiten, mit denen man umweltfreundlich Energie erzeugen könnte.	Die Anregungen und Bedenken werden zur Kenntnis genommen. Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Auf die Abwägung der im Rahmen dieser Stellungnahme hervorgebrachten Belange wird verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 489 Privat Stn-Id: 240	VRG 57 Herbrechtingen	BE-ID: 997 hiermit übersende ich Ihnen meine persönliche Stellungnahme zur Teilfortschreibung Windenergie 2025.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Das Vorranggebiet 57 wurde aufgrund der Anwendung verschiedener Abwägungsbelange gestrichen. Für das Vorranggebiet 65 erfolgte eine Anpassung der Gebietsabgrenzung aufgrund planungsrelevanter Aspekte.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Ich erhebe Einspruch und erbitte um Streichung der Windvorranggebiete 57 & 65.	
lfd. Ident-Nr.: 489 Privat Stn-Id: 240	VRG 57 Herbrechtingen	BE-ID: 998 Dieses Waldstück ist eines der größten zusammenhängenden Waldstücke in ganz Süddeutschland. Diesen Wald in einem Schwachwindgebiet zu zerstören, hätte fatale Folgen für Menschen, Natur und Umwelt.	Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage).
lfd. Ident-Nr.: 489 Privat Stn-Id: 240	VRG 57 Herbrechtingen	BE-ID: 999 Ich sende Ihnen im Anhang das Dokument Anhörung Klima & Energie von Dipl. Phys. Dieter Böhme. Dies zeigt, dass die Windkraft NICHT die Lösung für den Klimawandel ist. Vielmehr wird der Klimawandel noch weiter befeuert durch die Windkraft. Von den gesundheitlichen Folgen ganz zu schweigen: https://report24.news/horror-studie-so-gesundheitsgefaehrdend-lebt-es-sich-in-der-naehe-von-windkraftwerken/ --> siehe Anlage	Gemäß der Vorgaben des Bundes hat die Landesregierung Baden-Württemberg den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die o.g. gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Die CO2-Bilanz von Windenergieanlagen ist abhängig vom Modell der Windenergieanlage. Windenergieanlagen amortisieren sich energetisch gesehen im Laufe des ersten Betriebsjahres. Auf die produzierte Kilowattstunde Strom (kWh) bezogen, erzeugen Windenergieanlagen weniger Treibhausgase als andere Energieträger wie Photovoltaik oder fossile Energieträger. Bei Windenergieanlagen im Wald liegt die Einsparung von CO2 durch Windenergieanlagen um einen Faktor von mehr als 1.000 höher, als die durch die dafür notwendige Rodung von Wald verlorene CO2-Aufnahme (Umweltbundesamt).
lfd. Ident-Nr.: 489 Privat Stn-Id: 240	VRG 57 Herbrechtingen	BE-ID: 1000 Die Bevölkerung im Kreis HDH und AA ist schon über alle Maßen belastet durch den bereits sehr fortgeschrittenen Ausbau der Windkraft. Mehr ist nicht mehr zu verkraften und auch nicht zu verantworten. Die Bürgerschaft	Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region zu betreiben. Die Möglichkeit zur räumlichen Steuerung soll genutzt und ein ungesteuerter Zustand vermieden werden. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		wird sich immer mehr dagegen wehren und es wird den Standort HDH und AA außerdem massiv unattraktiv machen.	Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg). In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt zudem für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten. Zur Vermeidung einer räumlichen Umfassung (Umzingelung) wurde die Umfassungswirkung durch Windenergieanlagen betrachtet. Diese ist für die Regionalplanung ein abwägungsrelevanter Belang, der über die visuelle Wahrnehmung der Anlagen definiert wird. Der freie Blick in die Landschaft wird dabei über Freihaltekorridore oder -bereiche gesichert. Die Größe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen spielt dabei keine Rolle. Die Vorgehensweise ist in der Begründung dokumentiert. Demnach wurde im Raum Aalen und Heidenheim, um eine Umfassung und damit eine räumliche Überlastung von Ortslagen zu vermeiden, in der Regel in einem Abstand von ca. 2,5 Kilometern ausgehend vom Siedlungsrand ein Winkel von zweimal 60 Grad gegenüberliegend entsprechender Orte freigehalten und Vorranggebiete angepasst oder ganz aus dem Entwurf zur 2. Anhörung genommen.
lfd. Ident-Nr.: 489 Privat Stn-Id: 240	VRG 57 Herbrechtingen	BE-ID: 1001 Ich bin die Leiterin einer sehr gut organisierten Bürgerinitiative. Es kommen unglaublich viele Menschen aus dem ganzen Kreis HDH und AA auf mich zu und bitten um Hilfe, da bei ihnen Windkraftanlagen gegen ihren Willen gebaut werden sollen. Hören Sie die Stimme der Menschen, die betroffen sind und gebieten Sie dieser sehr negativen Entwicklung in Deutschland Einhalt.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 490 Privat Stn-Id: 241	VRG 59 Utzenberg	BE-ID: 1002 es war mir möglich auf 4 Bürgerinformationsveranstaltungen anwesend zu sein. In Bartholomä, in Heubach, in Schwäbisch Gmünd und in	Die Hinweise zu den Bürgerinformationsveranstaltungen werden zur Kenntnis genommen. Die Bürgerinformationsveranstaltungen des Regionalverbandes folgten einer einheitlichen Konzeptionierung und spiegelten stets die Informations- und Sachlage zur Teilfortschreibung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Heidenheim an der Brenz habe ich den Vorträgen der Referenten etc. aufmerksam Gehör geschenkt. Leider musste ich feststellen dass sich die Redner im Bezug auf die Windräder bei den einzelnen Veranstaltungen widersprochen haben. Das kann passieren, wenn es sich um so komplexe Themen geht ist aber nicht vertrauensfördernt. Meine Stellungnahme bezieht sich auf die Gebiete 59 und 60. Ihnen ist bekannt dass es sich beim Utzenberg um ein Landschaftsschutzgebiet handelt.	Windenergie 2025 wider. Dass das geplante Vorranggebiet 59 "Utzenberg" (sowie auch das geplante Vorranggebiet 60 "Rechberger Buch") zum Teil im Landschaftsschutzgebiet „Kaltes Feld bis Rosenstein“ (Angaben in LUBW-Gebietssteckbrief: LSG-Nr. 1.36.021, Verordnung vom 04.11.1974 in der derzeit gültigen Fassung) liegt, ist bekannt.
lfd. Ident-Nr.: 490 Privat Stn-Id: 241	VRG 59 Utzenberg	BE-ID: 1003 Der Wasserschutzwald ist ein hochwertiger Bereich für Natur und Erholung!	Wasserschutzwälder sind im Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 als ein im Einzelfall zu prüfendes Kriterium definiert (s. Kriterienkatalog) und entsprechend im Planungsprozess berücksichtigt worden. Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Auf das Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff. wird hingewiesen. Zur Berücksichtigung des Belangs "Wasserschutzwald" im nachgelagerten Planungs- und Vorhabenszulassungsverfahren wurde im Gebietsbriefe des betreffenden Vorranggebiets 59 "Utzenberg" der Hinweis "Wasserschutzwald gem. § 31 LWaldG" eingefügt.
lfd. Ident-Nr.: 490 Privat Stn-Id: 241	VRG 60 Rechberger Buch	BE-ID: 1004 Im Rechberger Buch liegt ein geschütztes Waldbiotop, Naturdenkmale und ist ein Bodenschutzwald. Waldrefugien sowie ein Geotop müssen unantastbar sein!	Bei der Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 auf regionaler Planungsebene wurden u.a. kleinflächige gesetzlich geschützte Biotope und Naturdenkmale, Geotope, Bodenschutzwälder sowie Waldrefugien aus Maßstabsgründen überplant. Diese sind in den nachgelagerten Planungen und Genehmigungsverfahren zur Festlegung von Anlagenstandorten zu berücksichtigen und mit der dort notwendigen Tiefenschärfe zu prüfen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 490 Privat Stn-Id: 241		BE-ID: 1007 Wir benötigen heute mehr den je die grüne Lunge der Natur. Nur ein intakter Wald kann das leisten. Im Namen des ökologischen Umbaus der Energieversorgung werden jahrzehntelange Bemühungen um den Schutz der Natur zunichte gemacht.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Für die Inanspruchnahme der Waldflächen - z.B. für den Bau und Betrieb von Windenergieanlagen - besteht das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung.
lfd. Ident-Nr.: 490 Privat Stn-Id: 241		BE-ID: 1008 Trinkwasser- und Bodenschutz spielt für den Regionalverband dem Anschein nach keine Rolle.	Die Anmerkung ist nicht zutreffend. Aspekte des Wasser- und Bodenschutzes wurden bei der vorliegenden Teilfortschreibung mittels Planungskriterien (s. Kriterienkatalog) sowie in der Umweltprüfung berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Wasser oder dem Schutzgut Boden zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Die Strategische Umweltprüfung umfasst u.a. Maßnahmen, welche auch bei erst späterem Kenntniserlang des Vorkommens einer geschützten Art zu einer Vermeidung bzw. Minimierung der Beeinträchtigung führt. Die Prüfung möglicher konkreter Beeinträchtigung bspw. des Bodens ist erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte möglich. Der Flächenverbrauch durch Windenergieanlagen ist im regionalen Maßstab sehr gering. In der Regel werden, wo möglich, vorhandene Wege verwendet. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs. Dabei werden schädliche Umwelteinwirkungen sowie deren Vermeidung, Minimierung und Kompensation eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung.
lfd. Ident-Nr.: 490 Privat Stn-Id: 241		BE-ID: 1009 Gesundheitliche Risiken für Mensch und Tier, lokale Klimaschäden, Optik und ungelöste Recycling Fragen werden als nichtig abgetan.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Daher sind die angesprochenen Aspekte Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die berücksichtigten Kriterien hinsichtlich der Schutzgüter (u.a. Schutzgut Mensch, Klima und Landschaftsbild) sind angesichts der Maßgaben des § 2 EEG auf regionaler Planungsebene ausreichend. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen eingegrenzt und im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) detailliert geprüft. Dabei werden sowohl Schallemissionen als auch andere potenziell schädliche Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 490 Privat Stn-Id: 241		BE-ID: 1012 Wirtschaftlichkeit und zu erwartende Stromerträge werden geschönt solange es die Steuereinnahmen noch zulassen. Es wäre sinnvoller bezahlbare Speichermöglichkeiten zu erforschen und zu bauen, bevor noch mehr WKA negativ Strompreise produzieren.	Gemäß der Vorgaben des Bundes hat die Landesregierung Baden-Württemberg den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne auszuarbeiten. Maßgebliche Zielsetzung der vorliegenden Teilfortschreibung ist die Steuerung und raumordnerische Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen und damit die Umsetzung der Landesflächenziele nach § 20 KlimaG. Die Umsetzung der Energiewende ist gesellschaftspolitischer Konsens sowie Beschlusslage sowohl im Deutschen Bundestag als auch im Landtag von Baden-Württemberg. Sie hat überdies Eingang in zahlreiche europäische, nationale und landesgesetzliche Vorgaben gefunden. Die vorliegende Planung setzt diese Vorgaben um. Grundsätzliche Betrachtungen über die Ausgestaltung des Strommarktes sowie finanzieller Anreize sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens, sondern wären im Zuge möglicher Gesetzesänderungen von den jeweiligen Gesetzgebern vorzunehmen. Der Ausbau erneuerbarer Energien und deren Speichermöglichkeiten sind wesentlicher Bestandteil der Energiewende. Die konkrete Entwicklung von Möglichkeiten zur Speicherung des erzeugten Stroms ist jedoch nicht Gegenstand dieses Verfahrens. Sie obliegt insbesondere dem jeweiligen Gesetzgeber auf europäischer, bundesdeutscher und landesweiter Ebene, der den entsprechenden gesetzlichen Rahmen setzt. Nach §249a BauGB ist die Herstellung und Speicherung von Wasserstoff in den Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen unter bestimmten Bedingungen möglich.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 491 Privat Stn-Id: 242		BE-ID: 1014 hiermit möchten wir Einspruch gegen die Ernennung des Teichhaus als Windvorranggebiet erheben. Zum einen wurde bereits 2017 auf der Basis eines Windgutachtens entschieden, dass sich der Teichhau als Niedrigwindgebiet NICHT als Standort für Windräder eignet und entsprechend ein Windpark an der Stelle keinen Sinn macht. Zum anderen ist es völlig unverständlich, dass im 'grünen' und windarmen Baden-Württemberg Waldgebiete für den Bau von unrentablen Windparks abgeholzt werden, was in anderen (Bundes-) Ländern schon längst verboten ist. Dies ist Raubbau an der Natur!!! Hinzu kommt, dass sich ganz speziell in unserer Gegend und somit im Gebiet Teichhau die Bodenverhältnisse und der karstige, einsturzgefährdete Untergrund (aufgrund der vielen Hohlräumen und Dolinen) überhaupt NICHT für den Bau von Windparks eignet und Dolinen zu schützende Biotope sind (§24a Biotopenschutzgebiet BW). Um Windräder in der geplanten Größe/Höhe auf den von Hohlräumen durchzogenen Karstböden aufzustellen, sind enorme Zusatzvorkehrungen so wie zum Beispiel unterirdische Betonstehlen etc. notwendig, die sowohl die Kosten als auch die Zerstörung der Böden und Natur erhöhen und dennoch die Einsturzgefahr nicht verhindern. Unmittelbar an den Teichhau grenzen auf der einen Seite das Naturschutzgebiet Eselsburger Tal (lt Regierungspräsidium Stuttgart ein äußerst artenreiches und hochsensibles Gebiet mit über 80 Vogelarten, darunter zahlreiche gefährdete und vom Aussterben bedrohte Arten) und auf der anderen Seite die Vogelherdhöhle als UNESCO Weltkulturerbe. Windräder stellen bekanntlich ein hohes Tötungsrisiko für Vögel dar. Ich Hinblick auf den Schutz von Natur und Umwelt beantragen wir die Streichung des Teichhaus als Windvorranggebiet aus dem Regionalplan.	Das in der Stellungnahme genannte Vorranggebiet im Bereich "Teichhau" war Inhalt der „Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014“ und wurde am 16. Oktober 2013 mit Satzungsbeschluss durch die Verbandsversammlung des Regionalverbands Ostwürttemberg festgelegt. Die Teilfortschreibung wurde durch das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur am 28. August 2014 genehmigt und mit der öffentlichen Bekanntmachung im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, Nr. 35 vom 05. September 2014 rechtskräftig. Die insgesamt 20 Vorranggebiet aus diesem Planungsverfahren sind bestandskräftig. Die Ausführungen beziehen sich insofern auf Inhalte, die nicht Bestandteil der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und somit nicht Gegenstand dieses Anhörungsverfahrens sind.
lfd. Ident-Nr.: 492 Forstverwaltung Hohenroden GbR Stn-Id: 243	VRG 59 Utzenberg	BE-ID: 1021 Stellungname zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 - Erweiterung Lauterburg (Nr. 58) - Utzenberg (Nr. 59) - Wiederaufnahme Hardt	Die Ausführungen und Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Den Einschätzungen zur Windhöffigkeit kann sinngemäß gefolgt werden. Die beiden Vorranggebiete 59 "Utzenberg" und 58 "Erweiterung Lauterburg" werden aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst und im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt. Das Gebiet

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		„Um die Klimaziele des Bundes zu erreichen und die Sicherung der Energieträger zu gewährleisten, ist es notwendig, den Verbrauch endlicher Energieträger zu reduzieren und verstärkt Erneuerbare Energien zu nutzen sowie auf den Einsatz moderner Anlagen und Technologien mit hohem Wirkungsgrad (Effizienz) hinzuwirken. Dabei ist eine umweltverträgliche Energieerzeugung und Energieversorgung der Bevölkerung und der heimischen Wirtschaft das Ziel“ [SUP S.58] Der Koalitionsvertrag der Landesregierung Baden-Württembergs definiert wichtige Meilensteine zur Erreichung der Klimaneutralität in BW. Ein entscheidender Schritt stellt dabei die Bereitstellung von Flächen für die Windenergienutzung dar. Die Forstverwaltung Hohenroden GbR, ein seit mehreren hundert Jahren ortsansässiger Land- und Forstwirtschaftlicher Betrieb unterstützt bereits durch aktives Handeln und einer Vielzahl an Maßnahmen und Projekten seit Jahrzehnten die Erreichung der Klimaschutzziele und steht mit der Gesamtheit seiner Gesellschafter vollumfänglich hinter der Energiewende. Die Flächen der Forstverwaltung Hohenroden GbR liegen in sehr windhöffigen Gebieten (> 235 W/m², in 160 m Höhe; Messdaten an nahgelegenen Bestandsanlagen haben noch höhere Werte ergeben). Nach Abwägung und unter Einbeziehung der Kommunen, der regionalen Wirtschaft und Teilen der Bevölkerung sind die Gesellschafter einstimmig zu dem Ergebnis gekommen die Flächen für die Nutzung von Windenergie zu Verfügung zu stellen und damit einen wichtigen Beitrag zur Energiewende und zur Erreichung der Klimaschutzziele zu leisten. Um die Region zu stärken, wurde bewusst ein regionaler Projektierer ausgewählt. Die Flächen liegen zwischen Aalen und Schwäbisch Gmünd und unweit von Oberkochen. In der Region ist eine Vielzahl an Unternehmen, vom Handwerksbetrieb bis zu Weltmarktführern (Zeiss, Voith, ZF) ansässig. Auf der Gemarkung Essingen wird voraussichtlich das Kreiskrankenhaus gebaut, welches für sich genommen schon einen sehr hohen Strombedarf haben wird. Durch die Umstellung auf Elektromobilität und Wärmepumpen steigt auch der Strombedarf der privaten Haushalte kontinuierlich an. Es ist eine wichtige Aufgabe die regionale Energieversorgung für die Region und den Standort Ostwürttemberg CO2-neutral auszubauen und die Wirtschaftskraft weiter zu stärken. Die	"Hart" ist nicht Teil des 1. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Weitere Hinweise: Die Regionalverbände haben die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Das verbindlich vorgegebenen Teilflächenziel gemäß § 20 KlimaG wird für die Region Ostwürttemberg mit den bestehenden und geplanten Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfüllt. Ob und inwiefern das gesetzlich geforderte Mindestflächenziel überschritten wird, obliegt der Entscheidung des politischen Gremiums (Verbandsversammlung) des Regionalverbandes Ostwürttemberg. Weiterhin erfolgt mit der Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen auf Ebene der Regionalplanung keine abschließende Gebietsausweisung für Windenergieanlagen (vgl. § 11 Abs. 7 LplG). Kommunen haben weiterhin die Möglichkeit auf Ebene der Bauleitplanung selbst Konzentrationszonen für Windenergieanlagen auszuweisen (vgl. § 245e Abs. 1 BauGB). Diese zusätzliche planerische Steuerungsmöglichkeit von Windenergievorhaben bietet Städten und Gemeinden die Chance, die Nutzung der Windenergie in kommunale Projekte wie bspw. die kommunale Wärmeplanung einzubinden, Bürgerwindenergieprojekte gezielt kommunal umzusetzen sowie die Standortvorteile für Gewerbe und Wohnen durch vergünstigten lokalen Strom aus erneuerbaren Energien weiterhin auszubauen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		überregionale Stromversorgung in den kommenden Jahren und Jahrzehnten stabil zu halten, erfordert extreme Investitionen in die überregionalen Netze. Diese Investitionen können nicht gänzlich ersetzt, aber deutlich reduziert werden, wenn jede Region ihre Potenziale an Erneuerbaren Energien nutzt. Die Energiewende wird dadurch bezahlbar. Weiter bleibt festzuhalten, dass sowohl der Gemeinderat Heubach einstimmig für die Ausweisung Utzenberg (Nr. 59) als Windvorranggebiet gestimmt hat, wie auch der Gemeinderat Essingen hat einstimmig für die Ausweisung der oben genannten Gebiete (Erweiterung Lauterburg (Nr. 58), Utzenberg (Nr. 59) und Wiederaufnahme Hardt) auf Essinger Gemarkung gestimmt. Auch der Ortschaftsrat von Lauterburg hat sich für die Ausweisung als Windvorranggebiet ausgesprochen.	
lfd. Ident-Nr.: 492 Forstverwaltung Hohenroden GbR Stn-Id: 243	VRG 59 Utzenberg	BE-ID: 1022 Wir bedanken uns an dieser Stelle bei Ihnen ausdrücklich als verantwortlicher Regionalverband für den transparenten Planungsprozess und die Vielzahl an professionell durchgeführten Informationsveranstaltungen und „Aufklärungsarbeit“! Wir sind uns bewusst, dass Sie als als Regionalverband auch viel „Gegenwind“ bekommen. Wir vertrauen auf Ihre professionelle Arbeit und stehen für Rückfragen gerne jederzeit zur Verfügung bzw. würden uns freuen Ihnen Konzepte, Planungen und Maßnahmen zur Förderung der Schutzgüter in einem persönlichen Termin vorzustellen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 492 Forstverwaltung Hohenroden GbR Stn-Id: 243	VRG 59 Utzenberg	BE-ID: 1023 Erlauben Sie uns an der Stelle noch den Hinweis, dass beim Lesen des SUP und verfassen der Stellungnahme deutlich wurde, dass wir als Privatperson bzw. Gesellschaft bürgerlichen Rechtes an unsere Grenzen stoßen. Da uns das Anliegen, die Bewertung und Ausweisung der Flächen sehr wichtig sind, haben wir eine Kanzlei (Dombert) um Unterstützung gebeten. Deren Stellungnahme wurde heute gesondert eingereicht.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 493 Privat Stn-Id: 244	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 1024 Bedenken und Einwände gegen Ausweisung des Gebiets Nr. 45 als Vorranggebiet für Windkraftanlagen wir haben erhebliche Bedenken und Einwände gegen die Ausweisung des Gebiets Nr. 45 als Vorranggebiet für Windkraftanalgen:	Die Bedenken und Einwände werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 493 Privat Stn-Id: 244	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 1025 1. Der Abstand von 1000 m ist viel zu gering angesichts der geplanten Höhe der Windräder von knapp 300 m	Die im Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 festgelegten Siedlungsabstände berücksichtigen den öffentlichen Belang einer optisch bedrängenden Wirkung gem. § 249 Abs. 10 BauGB umfassend. Darüber hinaus ist die Festlegung eines größeren Siedlungsabstandes (>1.000 m) im Plankonzept der genannten Teilfortschreibung und auf regionaler Planungsebene gem. § 249 Abs. 9 BauGB nicht möglich.
lfd. Ident-Nr.: 493 Privat Stn-Id: 244	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 1026 2. Es wurden lt. Umweltgutachten ca. 150 ha als „geeignetes Gebiet“ und über 700 ha als „bedingt geeignetes Gebiet“ ausgewiesen – das Gebiet Nr. 45 ist „konfliktbehaftetes Gebiet“, also ist es aus Gründen des Umweltschutzes niemals vertretbar hier einen Windpark zu bauen	Wird zur Kenntnis genommen. Das geplante Vorranggebiet 45 "Unterschneidheim / Tannhausen" ist für die Nutzung der Windenergie geeignet. Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Eine strategische Umweltprüfung (SUP) hat die Aufgabe, die Umweltauswirkungen eines Planwerks aufzuzeigen. Sie bietet die Möglichkei, verschiedene Aspekte der Auswirkungen eines Planinhalts zu betrachten und diese in die Entscheidungsfindung angemessen einzubringen. Jedoch fließen in die Entscheidungsfindung auch weitere Aspekte mit ein. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zeitlich befristet in einem überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, soll in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt werden.
lfd. Ident-Nr.: 493 Privat Stn-Id: 244	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 1027 3. Ein Windpark würde die Zerstörung unseres Naherholungsgebiets bedeuten, in dem täglich viele Menschen Sport treiben und Ruhe und Erholung finden	Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht zudem eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 493 Privat Stn-Id: 244	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 1028 4. Zerstörung unseres Waldes durch den Bau der für einen Windpark notwendigen Infrastruktur (Umspannwerk, Stromtrassen, größer und stabiler ausgelegte Waldwege usw.). Das Abholzen von jahrzehntealtem, teilweise sogar über hundert Jahre altem Baumbestand wäre ein drastischer Eingriff in die Natur und kann weitreichende Folgen für die Biodiversität haben. Die teilweise Wiederaufforstung würde viele Jahrzehnte dauern und die vorhandenen Tiere würden abwandern (z. B. mehrere rote Melane, die wir täglich zwischen dem Wald am Gebiet Nr. 45 und Geislingen beobachten)	Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Eine pauschale Bevorzugung von Offenlandbereichen oder Ausschluss von Waldgebieten wäre nicht sachgerecht für die Sicherung der günstigsten Standorte für die Windenergienutzung und spiegelt nicht die ökologische Wertigkeit der Lebensräume wider. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Auf das Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff. wird hingewiesen. Darüber hinaus zeigen aktuelle Erhebungen (vgl. Fachagentur Wind an Land) hinsichtlich der Waldinanspruchnahme, dass für die Dauer des Betriebes von Windenergieanlagen (WEA) durchschnittlich ca. 0,48 Hektar für den Betrieb einer WEA gerodet werden müssen. Hiervon entfallen ca. 0,05 ha auf die Versiegelung für das Fundament. Während der Bauphase sind zusätzlich ca. 0,47 ha freizuhalten, die nach Abschluss der Bauphase dann wieder aufgeforstet werden (Fachagentur Wind an Land 2024: Entwicklung der Windenergie im Wald.- Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Forstflächen in den Bundesländern.- Analyse.- S. 15f). Für die Inanspruchnahme der Waldflächen besteht das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung.
lfd. Ident-Nr.: 493 Privat Stn-Id: 244	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 1029 5. Windräder dieser Größenordnung verändern das Landschaftsbild des besonders schützenswerten Riesrandes wesentlich	Die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfergebnisse werden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt.
lfd. Ident-Nr.: 493 Privat Stn-Id: 244	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 1030 6. Lärmbelästigung – durch die ständigen Geräusche der Rotoren können die Lebensqualität und den Schlaf der Anwohner stark beeinträchtigen, besonders bei nur 1000 m Entfernung (wie auch in der strategischen Umweltprüfung festgestellt wurde --> „besonders erhebliche negative Umweltauswirkungen“). Ich persönlich bin diesbezüglich sehr empfindlich und habe große Sorge, dass ich dadurch dauerhafte gesundheitliche Beschwerden bekomme.	In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden zwischen Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen und bspw. Wohngebieten Umgebungsabstände eingehalten, um den Menschen vor erheblichen, potenziell schädlichen Einflüssen zu schützen. Im nachfolgenden Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) wird die Einhaltung der Mindestabstände zu Siedlungsbereichen und der immissionsschutzrechtlichen Belange bei Vorliegen konkreter Anlagenstandorte geprüft. Weitergehende Forderungen nach dem Erhalt einer objektiv vorhandenen oder subjektiv wahrgenommenen Wohn- und Lebensqualität gehen über den gesetzlichen Immissionsschutz- und den regionalplanerischen Vorsorgeanspruch hinaus. Die Beurteilung der Lebensqualität wird von verschiedenen Faktoren bestimmt, z.B. dem materiellen Lebensstandard, der Bildung, den Berufschancen, dem sozialen Status, der Gesundheit, der den Wohnort umgebenden Natur. Die Gewichtung dieser Faktoren ist subjektiv und kann sich von Person zu Person stark unterscheiden. Auch die Wohnqualität kann mangels objektiver Maßstäbe nicht allgemeingültig definiert werden. Windenergieanlagen können einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und - unabhängigkeit Deutschlands leisten und damit mittelbar zum Erhalt der Lebensqualität beitragen bzw. Beeinträchtigungen der Lebensqualität vermeiden. Je nach Einstellung des Individuums zum Thema Windenergienutzung kann die Sicherung der Vorranggebiete für Windenergie im räumlichen Umfeld zum eigenen Wohnort daher ebenso positiv wie negativ zur Wohn- und Lebensqualität beitragen. Fragen zur Wohn- und Lebensqualität von Einzelpersonen können auf regionalplanerischer Ebene daher weder beeinflusst noch beurteilt werden und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Die Teilfortschreibung dient der Flächensicherung für die Windenergienutzung gemäß dem gesetzlichen Planungsauftrag.
lfd. Ident-Nr.: 493 Privat	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 1031 7. Unsere jungen Menschen ändern ihre Zukunftspläne und	Die Bevölkerungsentwicklung von Gemeinden und Gemeindeteilen ist von vielerlei Faktoren und Akteuren abhängig. Insbesondere die Ausstattung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 244		werden ihre Häuser sicherlich nicht in unseren Dörfern neben einem Windpark bauen (unser Neubaugebiet ist am Nähesten am Beginn des Gebiets Nr. 45), das haben sie uns bereits versichert!	mit sozialer Infrastruktur (Schulen, Kinderbetreuung etc.) spielt dabei für die Attraktivität eine wesentliche Rolle. Schrumpfende Gemeinden sind in allen Bundesländern unabhängig von der räumlichen Nähe zu Windenergieanlagen zu finden. Auch die Entwicklung des Handels und anderer örtlicher Gewerbebetriebe wird durch vielfältige Faktoren beeinflusst, die im Wesentlichen im Kaufverhalten der Kunden liegen. Unabhängig hiervon existieren verschiedene Untersuchungen zur regionalen Wertschöpfung und positiven Beschäftigungseffekten in Kommunen durch den Bau und Betrieb von Windenergieanlagen.
lfd. Ident-Nr.: 493 Privat Stn-Id: 244	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 1033 9. Drohende Doppelbelastung von Windrädern zusätzlich in Bayern – wir wohnen direkt an der Grenze zu Bayern – daher ist diese Gefahr sehr groß	Der Regionalverband Ostwürttemberg befindet sich bezüglich der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und den Wind-Planungen der Nachbarregionen in regelmäßigem Austausch mit den regionalen Planungsverbänden der angrenzenden Regionen, um übermäßige Belastungs- sowie Überlastungssituationen zu vermeiden und die Planungen möglichst zu harmonisieren. Des Weiteren wurde im Zuge der Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der vorliegenden Teilfortschreibung das Kriterium "Überlastungsschutz" einschlägig geprüft. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Für den Raum Unterschneidheim liegt - gem. des angewandten Modells - keine Überlastungssituation durch das geplante Vorranggebiet 45 (auch in Verbindung mit den Planungen der Nachbarregionen) vor.
lfd. Ident-Nr.: 493 Privat Stn-Id: 244	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 1034 10. Unzureichende Bürgerbeteiligung – Das Einverständnis des Ortschaftsrates und infolge daraus der Gemeinde wird bzw. wurde weitergegeben ohne die Meinung der Bürger ausreichend zu berücksichtigen. Es entstand der Eindruck, dass die Räte voreingenommen sind und es der Gemeinde „nur“ um die von der EnBW versprochenen nicht unwesentlichen Einnahmen geht – unsere Bedenken wurden nicht erhört. Dieses „JA“ vonseiten der Gemeinde spiegelt auf gar keinen Fall die Meinung der Menschen Vorort wider. Viele wussten nur sehr wenig darüber und niemand wusste, dass an der öffentlichen Ortschaftsratsitzung am 18.06.2024 bereits die Abstimmung der Ortschaftsräte stattfindet. Es wird vermutet und gerade geklärt, dass in anderen Ortschaften einige Waldbesitzer im Ortschaftsrat sitzen, die durch Ihre Vorverträge mit der EnBW über Ihre Einnahmen durch die Windräder befangen sind.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Entscheidungen kommunaler Gremien sowie der Weg dieser Entscheidungsfindungen sind nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene. Seitens des Regionalverbandes werden die im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Teilregionalplans bestehenden zahlreichen gesetzlich normierte Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit (gem. den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg (LplG)) eingehalten.
lfd. Ident-Nr.: 493 Privat	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 1035 Ein Windpark würde eine wesentliche Verschlechterung der	Wird zur Kenntnis genommen. Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 244		Lebensqualität in unserer Umgebung bedeuten, wo wir uns schon oft genug an der östlichsten Stelle von BaWÜ vernachlässigt und in vielerlei Hinsicht nicht berücksichtigt fühlen!	Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieparken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Des Weiteren wird die Beurteilung der Lebensqualität von verschiedenen Faktoren bestimmt, z.B. dem materiellen Lebensstandard, der Bildung, den Berufschancen, dem sozialen Status, der Gesundheit, der den Wohnort umgebenden Natur. Die Gewichtung dieser Faktoren ist subjektiv und kann sich von Person zu Person stark unterscheiden. Auch die Wohnqualität kann mangels objektiver Maßstäbe nicht allgemeingültig definiert werden. Windenergieanlagen können einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und - unabhängigkeit Deutschlands leisten und damit mittelbar zum Erhalt der Lebensqualität beitragen bzw. Beeinträchtigungen der Lebensqualität vermeiden. Je nach Einstellung des Individuums zum Thema Windenergienutzung kann die Sicherung der Vorranggebiete für Windenergie im räumlichen Umfeld zum eigenen Wohnort daher ebenso positiv wie negativ zur Wohn- und Lebensqualität beitragen. Fragen zur Wohn- und Lebensqualität von Einzelpersonen können auf regionalplanerischer Ebene daher weder beeinflusst noch beurteilt werden und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Die Teilfortschreibung dient der Flächensicherung für die Windenergienutzung gemäß dem gesetzlichen Planungsauftrag.
lfd. Ident-Nr.: 493 Privat Stn-Id: 244	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 2193 8. Es ist erwiesen, dass die umliegenden Immobilien an einem Windpark deutlich an Wert verlieren – wer soll uns diesen Verlust ausgleichen?	Die Teilfortschreibung dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Beurteilung des Immobilienwertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob Wertminderungen durch Windenergieanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls, insbesondere im Falle eines tatsächlichen Verkaufs der Immobilie ab. Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass der Wert und die Preisentwicklung von Immobilien von ökonomischen und demografischen Einflüssen dominiert werden und nicht von Windenergieanlagen. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kaum möglich, den Anstieg oder den Rückgang des Verkehrswertes eines bebauten oder unbebauten Grundstücks auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen (s. Landtag von Baden-Württemberg (2019): Kleine Anfrage des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Wertminderung von Immobilien infolge von Windkraftanlagen II (Drucksache 16 / 5820), 26. Februar 2019, Stuttgart (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5820_D.pdf).Daher und wegen des überragenden

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ist es aus Sicht des Regionalverbands weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen.
lfd. Ident-Nr.: 494 Privat Stn-Id: 245		BE-ID: 1036 als Bürgerin nehme ich Stellung zum Planentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalverbands Ostwürttemberg, insbesondere zum Gebiet zwischen Großkuchen, Ebnat und Ochsenberg. Auf der Karte des Flächennutzungsplanes sind die größeren Ortschaften eingezeichnet, nicht aber die kleinen Ortschaften in der Nähe der Vorranggebiete, wie z.B. Nietheim. Auch wenn sie nicht eingezeichnet sind, existieren diese Ortschaften und sollten bei der Planung berücksichtigt werden. Im Bereich zwischen Großkuchen, Ebnat und Ochsenberg befindet sich keine „Leere“ oder nur Wald, sondern eine Ortschaft mit Anwohnern. (https://www.ostwuerttemberg.org/wp-content/uploads/2024/04/Lageplan-1.Anhoerung-TF-Windenergie.pdf) --> siehe Anlage Hier wurde bereits der Windpark Ebnat-Ochsenberg mit 14 Windrädern in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung von Nietheim privatwirtschaftlich errichtet. Nun wurden dort - um Nietheim herum, das in der Karte nicht eingezeichnet ist - weitere Vorranggebiete mit den Nummern 53, 54 und 69 ausgewiesen. Würden in diesem Bereich weitere Windkraftanlagen errichtet, läge Nietheim inmitten eines großen Windparkgebietes. Der bestehende Windpark mit 14 Anlagen stellt bereits eine Belastung für Anwohner, Tiere und Natur dar. Eine Erweiterung des Windparks auf die oben genannten Vorranggebiete führt zu einer massiven und unzumutbaren Mehrbelastung. Der bestehende Windpark wirkt sich bereits negativ auf das Leben der Anwohner aus. Eine Erweiterung des Windparks ist daher unerwünscht. Es geht hier nicht um das Prinzip „Not in my backyard“. Nietheim hat bereits 14 Windkraftanlagen, eine Hochspannungsleitung mit Mast und die Autobahn A7. Insbesondere mit dem Bau weiterer Windkraftanlagen im Vorranggebiet 53 würde zudem noch mehr Wald abgeholzt, der bisher den einzigen natürlichen Lärmschutz zur Autobahn darstellt. Deshalb möchte ich in meiner Stellungnahme ein Plädoyer für die Belange der Anwohner in den kleinen Ortschaften halten, die bereits Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe ihrer Häuser	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Aufgrund der räumlichen Belastung bis Überlastung der genannten Ortschaften - insbesondere Niesitz und Nietheim - in Verbindung mit weiteren Belangen (u.a. Flugverkehr und Rohstoffsicherung) werden im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 die beiden geplanten Vorranggebiete 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" und 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat" nicht weitergeführt. Das Vorranggebiet 54 "Ebnat" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb es im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet 54 wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Hinweis zum Lageplan des 1. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025: Bei der verwendeten Hintergrundkarte handelt es sich um eine topografische Übersichtskarte. Der Maßstab des Lageplans beträgt 1:50.000. Aus diesen Gründen sind kleinere Ortschaften im Plan nicht dargestellt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		haben und eine weitere Ansiedlung von Windkraftanlagen nicht wünschen. Bei der Planung sollte bitte auch an die unmittelbaren Anwohner gedacht werden und nicht der Profitgedanke der Investoren und Betreiber im Vordergrund stehen.	
lfd. Ident-Nr.: 495 Privat Stn-Id: 246	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 1042 ich möchte gerne noch eine Stellungnahme abgeben zu den geplanten Windrädern auf der Gemarkung Giengen/Brenz.	Wird zur Kenntnis genommen. Hinweis: Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene.
lfd. Ident-Nr.: 495 Privat Stn-Id: 246	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 1043 Diese sollen in einem sehr beliebten Naherholungsgebiet errichtet werden.	Durch die Errichtung von Windenergieanlagen im Freiraum kann ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 495 Privat Stn-Id: 246	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 1044 Zudem sollen sie im Wald errichtet werden mit den dazugehörigen Problematiken (Zufuhrschneisen, etc.). Wald hat viele Funktionen für das Ökosystem, aber Strom produzieren gehört nicht dazu. Wald ist Teil des Ökosystems und schützt dieses. Intakte Wälder werden in Zukunft immer wichtiger. Wald sollte nicht für die "Ökostromproduktion" geopfert werden, dazu ist er zu wertvoll. Das wäre kontraproduktiv. Es muss andere Lösungen geben. Außerdem handelt es sich bei diesem Wald um das einzige Waldgebiet auf Giengener Gemarkung. Es gibt noch südlich des Teilortes Burgberg im Übergang zu Sontheim, Brenz, Niederstotzingen einen Wald, aber auch dort sind Windräder geplant. Bitte beachten Sie diese Punkte bei Ihren Entscheidungen.	Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Eine pauschale Bevorzugung von Offenlandbereichen oder Ausschluss von Waldgebieten wäre nicht sachgerecht für die Sicherung der günstigsten Standorte für die Windenergienutzung und spiegelt nicht die ökologische Wertigkeit der Lebensräume wider. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Auf das Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff. wird hingewiesen. Darüber hinaus zeigen - gemäß Fachagentur Wind an Land - aktuelle Erhebungen, dass für die Dauer des Betriebes von Windenergieanlagen (WEA) durchschnittlich ca. 0,48 Hektar für den Betrieb einer WEA gerodet werden müssen. Hiervon entfallen ca. 0,05 ha auf die Versiegelung für das Fundament. Während der Bauphase sind zusätzlich ca. 0,47 ha freizuhalten, die nach Abschluss der Bauphase dann wieder aufgeforstet werden (Fachagentur Wind an Land 2024: Entwicklung der Windenergie im

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Wald.- Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Forstflächen in den Bundesländern.- Analyse.- S. 15f). Für die Inanspruchnahme der Waldflächen besteht das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung.
lfd. Ident-Nr.: 496 Privat Stn-Id: 253		BE-ID: 1068 Folgende Punkte und bedenken habe ich zum diesen Thema: - Zerstörung des Naherholungsgebiets	In der Stellungnahme wird nicht aufgeführt, um welches Naherholungsgebiet es sich konkret handelt. Zur genannten Thematik Naherholungsgebiete wird darauf hingewiesen, dass durch die Errichtung von Windenergieanlagen im Freiraum generell ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 496 Privat Stn-Id: 253		BE-ID: 1069 - zu viele und zu große Windräder für dieses Gebiet	Wird zur Kenntnis genommen. In der Stellungnahme wird nicht aufgeführt, um welches Vorranggebiet es sich konkret handelt. Hinweis: Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene.
lfd. Ident-Nr.: 496 Privat Stn-Id: 253		BE-ID: 1070 - Lärmbelästigung der Rotoren	Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Analgentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 496 Privat Stn-Id: 253		BE-ID: 1071 - vertreiben von dem Wild in den Wäldern (es ist ein schönes Bild wenn man sie im Wald sieht)	Wird zur Kenntnis genommen. Das in der Anregung aufgeführte Thema ist allerdings nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.
lfd. Ident-Nr.: 497 Privat Stn-Id: 254		BE-ID: 1072 Einwendung gegen den Antrag der Badenova Wärmeplus GmbH & Co. KG, Tullastrasse 61, 79108 Freiburg. Vorhaben: Errichtung von 6 Windkraftanlagen in 89547 Gerstetten, Gebiet Teichhau Falkenstein. hiermit erkläre ich ausdrücklich, dass ich mich durch die Errichtung und den Betrieb der sechs geplanten Windkraftanlagen im Gebiet Teichhau / Falkenstein persönlich betroffen fühle. 1. Der Teichhau ist ein Gebiet mit vielen Dolinen mit unterirdischen Wasserläufen. Hier sehe ich ein Problem, dass durch die Errichtung der Fundamente der Windkraftanlagen diese natürlichen Wasserläufe gestört werden, mit unabsehbaren Folgen. Als am 19.03.2024 das geplante Projekt auf der Gerstetter Gemeinderatsitzung im Ortsteil Dettingen vorgestellt wurde und ein Mitarbeiter der Badenovia Wärmeplus GmbH auf diese Problematik angesprochen wurde, meinte dieser, dass man dann eben mehr Beton für die Fundamente benötige, um die darunter liegenden Hohlräume auszufüllen. Dies ist für mich ein Frevel an der Umwelt. Diese schwierigen Bodenverhältnisse befinden sich auch unter der nebenanliegenden Gemeinde Herbrechtingen / Eselsburg, die gerade aus diesem Grund (die Gefahr, dass der Boden nachgeben kann) nie einen Anschluss an das öffentliche Gasnetz erhalten hat. 2. Gesundheitsgefährdung durch Infraschall. Windräder produzieren Infraschall, der zu Gesundheitsschäden im menschlichen Körper führen kann. Eine besondere Gefahr sehe ich darin, dass der Infraschall nicht nur über die Luft, sondern auch über die Gesteinsschichten des	Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Das in der Stellungnahme genannte Vorranggebiet im Bereich "Teichhau" war Inhalt der „Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014“ und wurde am 16. Oktober 2013 mit Satzungsbeschluss durch die Verbandsversammlung des Regionalverbands Ostwürttemberg festgelegt. Die Teilfortschreibung wurde durch das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur am 28. August 2014 genehmigt und mit der öffentlichen Bekanntmachung im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, Nr. 35 vom 05. September 2014 rechtskräftig. Die insgesamt 20 Vorranggebiet aus diesem Planungsverfahren sind bestandskräftig. Die Ausführungen beziehen sich insofern auf Inhalte, die nicht Bestandteil der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und somit nicht Gegenstand dieses Anhörungsverfahrens sind. Zu dem genannten Aspekt Infraschall: Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz schreibt zum Thema Infraschall durch Windenergieanlagen unter https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/FAQ/Windenergie/faq-windenergie.html (Stand Juli 2024): „Infraschall-Töne unterhalb einer Frequenz von 20 Hertz - ist alltäglicher und überall präsenter Bestandteil unserer Lebenswelt. Er geht von einer Vielzahl sowohl natürlicher als auch technischer Quellen aus. Natürliche Quellen sind z. B. Wind, Gewitter, Meeresdünung und Vulkane sowie Meteoriten. Zudem gibt es zahlreiche

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Karstes direkt in die Fundamente und Wände von Wohngebäuden übertragen werden kann. 3. Natur- und Landschaftsschutz. Die Windkraftanlagen befinden sich unmittelbar an der Grenze zum Landschafts- und Naturschutzgebiet Eselsburger Tal, das mit seiner Flora und Fauna in Baden Württemberg einzigartig ist. Es handelt sich hiermit für mich um die Zerstörung eines Landschaftsbildes ersten Ranges. Aus diesen genannten Gründen lehne ich die Errichtung der Windkraftanlagen ab.	künstliche und technische Infraschall-Quellen wie z. B. Klima- und Lüftungsanlagen, Umspannwerke, Kraftfahrzeuge, Lautsprechersysteme, Kühlschränke und Windenergieanlagen. Die Intensität des Infraschalls von Windenergieanlagen (sog. Schalldruckpegel) ist so gering, dass sie bereits in wenigen hundert Meter Entfernung deutlich unterhalb der menschlichen Wahrnehmbarkeitsgrenze liegt. In den meisten Fällen wird der Infraschall außerdem von natürlichen anderen Geräuschen überdeckt. So haben auch wissenschaftliche Studien bislang keinen Nachweis erbracht, dass der von Windenergieanlagen ausgehende Infraschall eine schädliche Wirkung auf die menschliche Gesundheit hat.“ Das Umweltbundesamt (UBA) kommt zu dem Schluss, dass es keine Evidenz dafür gibt, dass durch Infraschall von Windenergieanlagen gesundheitliche Beeinträchtigungen verursacht werden. Nach heutigem Stand der Forschung ist die Belastung mit Infraschall durch Windenergieanlagen im Vergleich zu anderen Quellen von Infraschall natürlichen oder technischen Ursprungs (Heizungsanlage, Kühlschrank, Straßenverkehr oder Gewitter) zudem gering. Das belegt beispielsweise eine Messkampagne der Landesanstalt für Umwelt (LUBW) zwischen 2013 und 2015. Diese untersuchten tieffrequente Geräusche ab 1 Hz. in der näheren Umgebung von Windkraftanlagen sowie in urbanen und ländlichen Räumen. Die Untersuchung stellt, wie das UBA, unterschiedlichen Quellen und die Omnipräsenz von Infraschall im Alltag fest. Windkraftanlagen leisteten hierzu aber keinen wesentlichen Beitrag da deren Pegel schon in 300 m Entfernung zur Windkraftanlage deutlich unterhalb der Wahrnehmungsgrenze liegt. (Tieffrequente Geräusche inkl. Infraschall von Windkraftanlagen und anderen Quellen – Bericht über Ergebnisse des Messprojektes 2013-2015, LUBW 2016: https://pudi.lubw.de/detailseite/-/publication/84558). Das Landesamt für Umwelt Bayern (LfU 2022) kommt in einer neueren Studie ebenfalls zum Schluss, dass bereits viele sorgfältige, wissenschaftliche Studien zum Infraschall rund um Windenergieanlagen vorliegen. In ihnen aber keine schädlichen Wirkungen auf den Menschen gefunden werden, denn die Pegel in der Umgebung (Immissionen) lägen stets deutlich unterhalb der Hör- und Wahrnehmungsschwelle – und für diesen Bereich wurden bisher keine gesundheitlichen Wirkungen nachgewiesen. (https://www.lfu.bayern.de/buerger/doc/uw_117_windkraftanlagen_infraschall_gesundheit.pdf)Um den aktuellen Kenntnisstand zu Infraschall von Windenergieanlagen zu festigen und zu erweitern, beobachten das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und das Umweltbundesamt kontinuierlich die Entwicklung wissenschaftlicher Studien. Damit ist sichergestellt, dass neue Entwicklungen und gesicherte Erkenntnisse frühzeitig bekannt werden (vgl. vgl. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/4031/publikationen/umid_01-2021-infraschall.pdf). Bereits mehrere Gerichte haben sich mit dem Thema Infraschall beschäftigt und unterstützen die obenstehenden

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Ausführungen. So stellt das Oberverwaltungsgericht Münster zusammenfassend fest: „Die Rechtsprechung des Senats und anderer Obergerichte geht davon aus, dass Infraschall – wie auch tieffrequenter Schall – durch Windenergieanlagen nach dem bisherigen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse grundsätzlich nicht zu Gesundheitsgefahren führt“ Quelle: OVG Münster (8. Senat), Urteil vom 22. November 2021 – 8A 973/15. Pathogene Effekte durch von Windkraftanlagen abgegebene Luftdruckpulse sind weder bekannt noch belegt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Die Berücksichtigung von Infraschall auf Ebene der Regionalplanung bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie ist daher weder erforderlich noch geboten.
lfd. Ident-Nr.: 498 Privat Stn-Id: 255	VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 1077 heute wende ich mich an Sie in Bezug auf die geplante Errichtung von Windkraftanlagen im Waldgebiet Steinhaut, bei der die Abstandsregelungen zu den nächsten Wohnhäusern in Heutenburg, Hardthöfe und Erpfenhausen von 1000m auf 750m reduziert wurde.	Wird zur Kenntnis genommen. Hinweis: Das Vorranggebiet 43 "Gerstetten" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene.
lfd. Ident-Nr.: 498 Privat Stn-Id: 255	VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 1078 Für mich ist die Abstandsverringerung sehr bedenklich vor allem in Bezug auf gesundheitliche Auswirkungen, Lärmbelästigung und Schattenwurf.	Die Verringerung des Siedlungsabstandes entspricht dem Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025, welches von der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg am 15.12.2023 beschlossen wurde (s. Kriterienkatalog). Zu den Bedenken zu gesundheitlichen Auswirkungen, Lärm und Schattenwurf: Die Aufstellung des Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für Ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehenden räumlichen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Nutzungsansprüchen bzw. -interessen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Der wissenschaftliche Konsens weist auf, dass durch Windenergieanlagen mit Schutzabständen zur Wohnbebauung keine allgemeine Gesundheitsgefahr gegeben ist. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung des Schutzgutes Mensch, insbesondere der menschlichen Gesundheit, wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch auf. Die berücksichtigten Ausschluss- und Konfliktkriterien hinsichtlich des Schutzgutes Mensch sind angesichts der Maßgaben des § 2 EEG auf regionaler Planungsebene ausreichend. Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Analgentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Windenergieanlagen führen bei klaren Wetterbedingungen durch den bewegten Anlagenrotor zu optischen Immissionen und können dadurch als Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Insgesamt werden die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb und zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen sowie die werden durch rechtliche Regelungen eingegrenzt und im Vorhabenzulassungsverfahren (s.o.) ebenfalls detailliert geprüft. Dabei werden sowohl Schallemissionen als auch Schattenwurf und andere potenziell schädliche Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 498 Privat Stn-Id: 255	VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 1081 Des Weiteren stellt sich mir die Frage wieso diese Maßnahme vom Gemeinderat ohne weitere Informationen zum Windpark selbst sowie ohne weitere Informationen und in Kenntnis setzen der betroffenen Bewohner zur Abstandsverringerung diesem zugestimmt hat.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Entscheidungen kommunaler Gremien sowie der Weg dieser Entscheidungsfindungen sind nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene. Seitens des Regionalverbandes werden die im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Teilregionalplans bestehenden zahlreichen gesetzlich normierte Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit (gem. den

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg (LplG)) eingehalten.
lfd. Ident-Nr.: 498 Privat Stn-Id: 255	VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 1082 Ich bitte den Regionalverband Ostwürttemberg höflichst, diesen Beschluss sorgfältig zu überprüfen und sicherzustellen, dass die Anwohner und die Bevölkerung in den weiteren Planungsprozess mit einbezogen werden. Ich bitte Sie, mein Anliegen ernst zu nehmen und den Prozess der Entscheidungsfindung transparent zu gestalten.	Wird zur Kenntnis genommen. Das Verfahren zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 ist transparent gestaltet. Alle Entscheidungen werden durch das politische Gremium des Regionalverbandes - der Verbandsversammlung - demokratisch getroffen. Des Weiteren geht der Regionalverband Ostwürttemberg bei der Beteiligung der Öffentlichkeit zur Steigerung der Transparenz und zur Ermöglichung zusätzlicher Beteiligung über das gesetzlich geforderte Maß hinaus. Alle Beteiligungsmöglichkeiten wurden und werden weiterhin in den regionalen Medien und im Internet angekündigt. Alle eingegangenen Anregungen und Hinweise wurden sorgfältig geprüft und abgewogen.
lfd. Ident-Nr.: 499 Forstverwaltung Hohenroden GbR Stn-Id: 260	VRG 59 Utzenberg	BE-ID: 1095 Betr.: Stellungname zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 - Erweiterung Lauterburg (Nr. 58) - Utzenberg (Nr. 59) - Wiederaufnahme Hardt Im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens würde ich es als Mitgesellschafter der Forstverwaltung Hohenroden GbR begrüßen, wenn die Flächen Utzenberg 59, Erweiterungsgebiet Lauterburg 58 und Hardt für Windenergie genutzt und im Regionalplan entsprechend als geeignete Vorranggebiete ausgewiesen werden würden. Bei den oben genannten Flächen handelt es sich um Flächen mit sehr hoher Windhöffigkeit. In der Region gibt es kaum andere Flächen mit so hoher Windhöffigkeit. Messungen an Bestandanlagen haben ergeben, dass die tatsächliche Windleistungsdichte noch über den von LUBW veröffentlichten Werten liegt. Entsprechend LUBW sind die Flächen mit höchster Priorität zu nutzen. Dies insbesondere dann, wenn die Auswirkungen auf die Schutzgüter als nicht erheblich eingestuft werden können. Alle oben genannten Flächen weisen fast keine Restriktionen auf. Zum Beispiel liegen keine der oben genannten Flächen in einem Landschaftsschutzgebiet, bei keiner handelt es sich um ein Waldrefugium oder große bzw. kleine unzerschnittene Räume. Vor allem die Auswirkungen auf die im SUP definierten Schutzgüter, Mensch und Gesundheit, Kultur- und sonstige Sachgüter, Landschaft, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt,	Die Hinweise und Anregungen werden zur Kenntnis genommen. Die beiden Vorranggebiete 59 "Utzenberg" und 58 "Erweiterung Lauterburg" werden aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst und im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt. Das Gebiet "Hart" ist nicht Teil des 1. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Den Einschätzungen zur Windhöffigkeit und den umweltrelevanten Aspekten kann teilweise / sinngemäß gefolgt werden. Allerdings ist durch das Vorranggebiet 58 "Erweiterung Lauterburg" der Randbereich eines großen unzerschnittenen, ruhigen Raumes und durch das Vorranggebiet 59 "Utzenberg" ein Landschaftsschutzgebiet betroffen. Diese Belange wurden - auch unter Anwendung des § 2 EEG - abgewogen. Auf die Bewertung der Schutzgüter in der SUP zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 wird verwiesen. Hinsichtlich der Hinweise in den letzten drei Absätzen der Stellungnahme (Stichwort Puffer, Chancen) ist darauf hinzuweisen, dass die Regionalverbände die Aufgabe haben, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog –

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Boden, Wasser, Klima, Luft und Fläche halten sich in Grenzen und sind, wenn man die Windhöffigkeit mit heranzieht, vernachlässigbar. Der Regionalverband steht vor der schwierigen Entscheidung, geeignete Flächen zur Verfügung zu stellen, inklusive etwaiger „Puffer“. Hier bieten sich drei Flächen an, die die entsprechende Windhöffigkeit aufzeigen und gleichzeitig nicht nur die Akzeptanz der Eigentümer, sondern auch der entsprechenden Kommunen, inklusive der Nachbarkommunen haben und zudem eine durchschnittlich geringe Auswirkung auf die in dem SUP genannten Schutzgüter aufweisen bzw. diese durch weitere einfache Massnahmen verringert werden können. Die Ortschaften Essingen, Heubach, Lautern, Lauterburg und auch Bartholomä, deren Gemarkung direkt betroffen sind, stehen (nahezu einstimmig) hinter dem Vorhaben. Der Ortschaftsrat Lauterburg (unmittelbar betroffen) hat sich für alle drei genannten Gebiete auf Essinger Gemarkung ausgesprochen. Der Gemeinderat Heubach hat einstimmig dafür gestimmt. Der Gemeinderat Essingen hat mit nur zwei Enthaltungen auch dafür gestimmt. Es wäre schade, wenn der Regionalverband diese Chance nicht nutzen würde.	zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Das verbindlich vorgegebenen Teilflächenziel gemäß § 20 KlimaG wird für die Region Ostwürttemberg mit den bestehenden und geplanten Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfüllt. Ob und inwiefern das gesetzlich geforderte Mindestflächenziel überschritten wird, obliegt der Entscheidung des politischen Gremiums (Verbandsversammlung) des Regionalverbandes Ostwürttemberg. Weiterhin erfolgt mit der Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen auf Ebene der Regionalplanung keine abschließende Gebietsausweisung für Windenergieanlagen (vgl. § 11 Abs. 7 LplG). Kommunen haben weiterhin die Möglichkeit auf Ebene der Bauleitplanung selbst Konzentrationszonen für Windenergieanlagen auszuweisen (vgl. § 245e Abs. 1 BauGB). Diese zusätzliche planerische Steuerungsmöglichkeit von Windenergievorhaben bietet Städten und Gemeinden die Chance, die Nutzung der Windenergie in kommunale Projekte wie bspw. die kommunale Wärmeplanung einzubinden, Bürgerwindenergieprojekte gezielt kommunal umzusetzen sowie die Standortvorteile für Gewerbe und Wohnen durch vergünstigten lokalen Strom aus erneuerbaren Energien weiterhin auszubauen.
lfd. Ident-Nr.: 500 Privat Stn-Id: 266	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 1096 als Anwohner in direkter Nähe zum Kirnberg, erhielte ich die Informationen bezüglich geplanter Flächen für Windräder am Kirnberg .	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 500 Privat Stn-Id: 266	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 1097 Es ist nach meines Erachtens nicht vertretbar diese Flächen für Windräder zu verwenden. Der Kirnberg ist einer der wenigen (ich glaube mittlere Weile das letzte) Naherholungsgebiete für die Bürger von Giengen, die wirklich für Familien, ältere Menschen und Junge für Sport, gemeinsame Aktivitäten und verweilen in der Natur genutzt wird.	Das Naturschutzgebiet "Kürnberg" sowie das Landschaftsschutzgebiet "Irpfel mit Bernauer Feld, Rechberg, Läutenberg, Kürnberg, Schießberg, Heideflächen im Hölletal" werden von dem Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" nicht überplant. Allerdings kann durch die Errichtung von Windenergieanlagen im Freiraum ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt.
lfd. Ident-Nr.: 500 Privat Stn-Id: 266	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 1098 Zudem die Lärmbelästigung, die wir mittlerweile in Giengen ausgesetzt sind und die on top noch drauf kommen, auf da erst erbaute 40 Hektar großen Industriegebiet in Giengen, in dem sich gerühmt wurde, wieviel LKWs nun mehr abgefertigt werden können und plus den ausgebauten Güterbahnhof beim Bosch. Wir als Bürger in Giengen, sind geplagt von Flächenfrass, Betonwüsten, Lärm und Luftverschmutzung und nun nochmal ein Projekt, das einen geringen Output hat, möglicherweise auf einer Grundlage entschieden wird, die recht nebulös erscheint und die ganze Branche der Windkraft Thema in eine doch etwas , wie sollte man es beschreiben “ schmuddel Ecke “ setzt. Hauptsache Windkraft , Gelder einkassieren, mit geringem Wirkungsgrad und am Kirnberg auch komplett ohne Sinn. Leiden werden die Bürger.	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten. Die von Windenergieanlagen ausgehenden Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Analgentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage. Hinsichtlich der in der Stellungnahme angesprochenen Sinnhaftigkeit von Windenergieanlagen / -gebieten wird darauf hingewiesen, dass der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch in Deutschland im Jahr 2023 56 Prozent betrug. Die Windenergie war dabei mit einem Anteil von 31 Prozent der wichtigste Energieträger für die deutsche Stromerzeugung und überstieg dabei den Anteil des Kohlestroms (Quelle: Statistisches Bundesamt). Die Windenergienutzung leistet einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende. Die genaue gesetzliche Ausgestaltung der Energiewende ist nicht Gegenstand des vorliegenden Teilfortschreibung.
lfd. Ident-Nr.: 500 Privat Stn-Id: 266		BE-ID: 2192 Deshalb stehe ich voll und ganz hinter den im Anhang zusammengefassten Punkte von “ Bürger für Giengen” und fordere sie auf. Dieses Vorhaben in Giengen an der Brenz nicht umzusetzen zu fördern oder Ähnliches. Wir sind mittlerweile eine sehr geplagte Bürgerschaft mit guten Aktionen und Veränderungen aber leider auch vielen sinnlosen - und dies gehört leider dazu. Ich bedanke mich bei Ihnen für ihre Mühe.	Die Anregungen und Bedenken werden zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst / reduziert. Das Gebiet ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb es im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg mit angepasster Gebietsabgrenzung weitergeführt wird.
lfd. Ident-Nr.: 501 Privat Stn-Id: 269	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 1103 ich möchte eine Stellungnahme zu den Vorranggebieten für Windkraftanlagen in Giengen abgeben.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 501 Privat Stn-Id: 269	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 1104 Da die Strategische Umweltprüfung (SUP) zu dem Ergebnis kam, dass die Vorranggebiete Hoher Stich/Kirnberg konfliktbehaftet (68/2) und sehr konfliktbehaftet(68/1) zu bewerten sind, bin ich der Meinung, dass zu viel Natur für zu wenig Nutzen zerstört werden würde.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Eine strategische Umweltprüfung (SUP) hat die Aufgabe, die Umweltauswirkungen eines Planwerks aufzuzeigen. Sie bietet die Möglichkei, verschiedene Aspekte der Auswirkungen eines Planinhalts zu

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			betrachten und diese in die Entscheidungsfindung angemessen einzubringen. Jedoch fließen in die Entscheidungsfindung auch weitere Aspekte mit ein. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zeitlich befristet in einem überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, soll in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt werden.
lfd. Ident-Nr.: 501 Privat Stn-Id: 269	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 1105 Der Kirnberg ist für uns Bürgerinnen und Bürger ein sehr wichtiges Naherholungsgebiet und es wäre schade und traurig, dafür ein so wertvolles Gebiet irreversibel zu verändern und zu schädigen.	Das Naturschutzgebiet "Kürnberg" sowie das Landschaftsschutzgebiet "Irpfel mit Bernauer Feld, Rechberg, Läutenberg, Kürnberg, Schießberg, Heideflächen im Hölletal" werden von dem Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" nicht überplant. Allerdings kann durch die Errichtung von Windenergieanlagen im Freiraum ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt.
lfd. Ident-Nr.: 501 Privat Stn-Id: 269	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 1106 Außerdem wurden diese Gebiete erst nachträglich durch unsere Stadtverwaltung als Vorranggebiete befürwortet und mir ist nicht klar warum dies gemacht wurde. Es gibt eine mangelnde Transparenz gegenüber unserer Stadtverwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern. Wie ich mitbekommen habe, lagen auch dem Gemeinderat am Anfang des Jahres nicht alle wichtigen Informationen vor, um eine gute und sinnvolle Entscheidung hinsichtlich dieser Vorranggebiete zu treffen. Bei einer erneuten Abstimmung des Gemeinderats im Juni, nach Vorlage umfassenderer Informationen, wurde der Antrag der Stadtverwaltung, eine positive Stellungnahme zu den von ihr vorgeschlagenen Vorranggebieten abzugeben, abgelehnt. Dieser Ablehnung schließe ich mich als Bürgerin von Giengen an.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Entscheidungen kommunaler Gremien sowie der Weg dieser Entscheidungsfindungen sind nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene. Seitens des Regionalverbandes werden die im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Teilregionalplans bestehenden zahlreichen gesetzlich normierte Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit (gem. den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg (LplG)) eingehalten.
lfd. Ident-Nr.: 502 Privat Stn-Id: 276		BE-ID: 1128 hiermit melden wir Bedenken gegen den geplanten Windpark bei Geislingen wie folgt an:	Hinweis: Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie § 20KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene.
lfd. Ident-Nr.: 502 Privat Stn-Id: 276		BE-ID: 1130 1. Unsere Landschaft wird zerstört. Die Naturidylle die wir haben ist wichtig für Mensch und Tier. 2. Die Windräder sollen im Waldgebiet stehen, die Abholzung der Waldflächen ist jedoch ein drastischer Eingriff in die Natur und kann weitreichende Folgen haben.	Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Flächen für die Erholung des Menschen werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Auch besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Zudem ist nach § 8 ROG sowie § 2a LplG bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch oder dem Schutzgut „Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Die Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Auf das Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff. wird hingewiesen. Gemäß Fachagentur Wind an Land zeigen aktuelle Erhebungen, dass für die Dauer des Betriebes von Windenergieanlagen (WEA) durchschnittlich ca. 0,48 Hektar für den Betrieb einer WEA gerodet werden müssen. Hiervon entfallen ca. 0,05 ha auf die Versiegelung für das Fundament. Während der Bauphase sind zusätzlich ca. 0,47 ha freizuhalten, die nach Abschluss der Bauphase dann wieder aufgeforstet werden (Fachagentur Wind an Land 2024: Entwicklung der Windenergie im Wald.- Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Forstflächen in den

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Bundesländern.- Analyse.- S. 15f). Für die Inanspruchnahme der Waldflächen besteht das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung.
lfd. Ident-Nr.: 502 Privat Stn-Id: 276		BE-ID: 1131 3. Auch die fehlende Berücksichtigung der Meinung von uns Anwohnern ist sehr fragwürdig. Wir hoffen Sie nehmen unsere Bedenken ernst und bitten Sie diese zu berücksichtigen.	Im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Teilregionalplans bestehen zahlreiche gesetzlich normierte Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit. Diese richten sich nach den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg (LplG). Die Frist zur Beteiligung der Öffentlichkeit ergibt sich aus § 9 Abs. 2 ROG i.V.m. § 12 Abs. 3 LplG: Sie beträgt i.d.R. einen Monat. Bei der Beteiligung ging der Regionalverband Ostwürttemberg zur Steigerung der Transparenz und zur Ermöglichung zusätzlicher Beteiligung über dieses gesetzlich geforderte Maß hinaus. Über ein eigens dafür eingerichtetes Online-Beteiligungstool war die Abgabe von Hinweisen, Anregungen und Änderungsvorschlägen auch digital möglich. Alle Beteiligungsmöglichkeiten wurden in den regionalen Medien und im Internet angekündigt. Die Verfahrensunterlagen waren während der Öffentlichkeitsbeteiligung zusätzlich auf der Internetseite des Regionalverbandes einsehbar. Zusätzlich zu den gesetzlich vorgesehenen Beteiligungsmöglichkeiten hat der Regionalverband Ostwürttemberg weitere Informations- und Beteiligungsangebote, z. B. ein Informationsangebot auf der Homepage und drei öffentliche Informationsveranstaltungen in der Region (Ellwangen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd) vor Beginn der ersten formellen Anhörung umgesetzt. Alle eingegangenen Anregungen und Hinweise wurden und werden sorgfältig geprüft und abgewogen.
lfd. Ident-Nr.: 503 Privat Stn-Id: 277		BE-ID: 1133 Stellungname zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 - Erweiterung Lauterburg (Nr. 58) - Utzenberg (Nr. 59) - Wiederaufnahme Hardt Im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens würde ich es als Mitgesellschafter der [...] begrüßen, wenn die Flächen Utzenberg 59, Erweiterungsgebiet Lauterburg 58 und Hardt für Windenergie genutzt und im Regionalplan entsprechend als geeignete Vorranggebiete ausgewiesen werden würden.	Wird zur Kenntnis genommen. Die beiden Vorranggebiete 59 "Utzenberg" und 58 "Erweiterung Lauterburg" werden aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst und im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt. Das Gebiet "Hart" ist nicht Teil des 1. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025.
lfd. Ident-Nr.: 503 Privat Stn-Id: 277		BE-ID: 1134 Bei den oben genannten Flächen handelt es sich um Flächen mit sehr hoher Windhöffigkeit. In der Region gibt es kaum andere	Den Einschätzungen zur Windhöffigkeit und den umweltrelevanten Aspekten kann teilweise / sinngemäß gefolgt werden. Allerdings ist durch das Vorranggebiet 58 "Erweiterung Lauterburg" der Randbereich eines

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Flächen mit so hoher Windhöffigkeit. Messungen an Bestandanlagen haben ergeben, dass die tatsächliche Windleistungsdichte noch über den von LUBW veröffentlichten Werten liegt. Entsprechend LUBW sind die Flächen mit höchster Priorität zu nutzen. Dies insbesondere dann, wenn die Auswirkungen auf die Schutzgüter als nicht erheblich eingestuft werden können. Alle oben genannten Flächen weisen fast keine Restriktionen auf. Zum Beispiel liegen keine der oben genannten Flächen in einem Landschaftsschutzgebiet, bei keiner handelt es sich um ein Waldrefugium oder große bzw. kleine unzerschnittene Räume. Vor allem die Auswirkungen auf die im SUP definierten Schutzgüter, Mensch und Gesundheit, Kultur- und sonstige Sachgüter, Landschaft, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt, Boden, Wasser, Klima, Luft und Fläche halten sich in Grenzen und sind, wenn man die Windhöffigkeit mit heranzieht, vernachlässigbar. Der Regionalverband steht vor der schwierigen Entscheidung, geeignete Flächen zur Verfügung zu stellen, inklusive etwaiger „Puffer“. Hier bieten sich drei Flächen an, die die entsprechende Windhöffigkeit aufzeigen und gleichzeitig nicht nur die Akzeptanz der Eigentümer, sondern auch der entsprechenden Kommunen, inklusive der Nachbarkommunen haben und zudem eine durchschnittlich geringe Auswirkung auf die in dem SUP genannten Schutzgüter aufweisen bzw. diese durch weitere einfache Massnahmen verringert werden können. Die Ortschaften Essingen, Heubach, Lautern, Lauterburg und auch Bartholomä, deren Gemarkung direkt betroffen sind, stehen (nahezu einstimmig) hinter dem Vorhaben. Der Ortschaftsrat Lauterburg (unmittelbar betroffen) hat sich für alle drei genannten Gebiete auf Essinger Gemarkung ausgesprochen. Der Gemeinderat Heubach hat einstimmig dafür gestimmt. Der Gemeinderat Essingen hat mit nur zwei Enthaltungen auch dafür gestimmt. Es wäre schade, wenn der Regionalverband diese Chance nicht nutzen würde.	großen unzerschnittenen, ruhigen Raumes und durch das Vorranggebiet 59 "Utzenberg" ein Landschaftsschutzgebiet betroffen. Diese Belange wurden - auch unter Anwendung des § 2 EEG - abgewogen. Auf die Bewertung der Schutzgüter in der SUP zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 wird verwiesen. Hinsichtlich der Hinweise in den letzten drei Absätzen der Stellungnahme (Stichwort Puffer, Chancen) ist darauf hinzuweisen, dass die Regionalverbände die Aufgabe haben, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Das verbindlich vorgegebenen Teilflächenziel gemäß § 20 KlimaG wird für die Region Ostwürttemberg mit den bestehenden und geplanten Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfüllt. Ob und inwiefern das gesetzlich geforderte Mindestflächenziel überschritten wird, obliegt der Entscheidung des politischen Gremiums (Verbandsversammlung) des Regionalverbandes Ostwürttemberg. Weiterhin erfolgt mit der Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen auf Ebene der Regionalplanung keine abschließende Gebietsausweisung für Windenergieanlagen (vgl. § 11 Abs. 7 LplG). Kommunen haben weiterhin die Möglichkeit auf Ebene der Bauleitplanung selbst Konzentrationszonen für Windenergieanlagen auszuweisen (vgl. § 245e Abs. 1 BauGB). Diese zusätzliche planerische Steuerungsmöglichkeit von Windenergievorhaben bietet Städten und Gemeinden die Chance, die Nutzung der Windenergie in kommunale Projekte wie bspw. die kommunale Wärmeplanung einzubinden, Bürgerwindenergieprojekte gezielt kommunal umzusetzen sowie die Standortvorteile für Gewerbe und Wohnen durch vergünstigten lokalen Strom aus erneuerbaren Energien weiterhin auszubauen.
lfd. Ident-Nr.: 504 Stn-Id: 278	VRG 58 Erweiterung Lauterburg	BE-ID: 1135 in vorbezeichneter Angelegenheit zeigen wir an, dass wir die Forstverwaltung Hohenroden GbR vertreten. Eine auf uns lautende Vollmacht finden Sie in der Anlage 1. Namens und in Vollmacht unserer Mandantin nehmen wir zum 1.	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 Regionalplan Ostwürttemberg (nachfolgend : ,,Entwurf") wie folgt Stellung : l. Einleitung Unsere Mandantin ist ein forstwirtschaftliches Unternehmen, das seit Jahrzenten durch aktives Handeln sowie eine Vielzahl von Maßnahmen und Projekten die Erreichung der Klimaschutzziele unterstützt und mit der Gesamtheit seiner Gesellschafter vollumfänglich hinter der Energiewende steht. Sie ist Eigentümerin von Flächen, die sich innerhalb der im Entwurf vorgesehen Vorranggebiete Nr. 58 ,,Erweiterung Lauterburg" (nachTolgend : ,,VR 58") und Nr. 59 ,,Utzenberg" (nachfolgend : ,,VR 59") befinden. Da diese Flächen sehr windhöffig sind (190- > 215 W/m2 und > 235 W/m2), weitere positive Kriterien erfüllen und die betroffenen Kommunen sowie die Bevölkerung vor Ort unsere Mandantin unterstützen, beabsichtigt sie, im VR 58 und VR 59 Windenergieanlagen (nachfolgend:,,WEA") zu errichten und zu betreiben. Um die Region zu stärken, kooperiert sie bei der Planung mit einem regionalen Projektierer. Unsere Mandantin hat vor diesem Hintergrund ein berechtigtes privates Interesse an der Festlegung der VR 58 und VR 59. Darüber hinaus liegt es auch im überragenden öffentlichen Interesse, dass der Windenergie in der Region Ostwürttemberg ausreichend Raum verschafft wird. Unsere Mandantin unterstützt es daher grundsätzlich, dass der Regionalverband Ostwürttemberg (nachfolgend:,,Regionalverband") zügig den Entwurf vorgelegt hat, der auf die bundesgesetzlichen Änderungen zum beschleunigten Ausbau der Windenergie reagiert. Allerdings muss - dies ist unserer Mandantin ein besonderes Anliegen - auch sichergestellt werden, dass die in der Anlage zum Windenergieflächenbedarfsgesetz (nachfolgend: ,,WindBG") festgelegten Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg von 1,1 % bis zum 31.12.2027 und von 1,8 % bis zum 31.12.2032 nicht nur auf dem Papier erreicht werden. Es müssen demnach im ersten Schritt unter Berücksichtigung des Teilflächenziels für 2027 ausreichend Flächen ausgewiesen	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		werden, die sich auch für die Errichtung moderner, marktgerechter WEA mit entsprechender Anlagenhöhe eignen. Dabei müssen die Kriterien im Sinne eines einheitlichen, schlüssigen Vorgehens bereits so gewählt werden, dass sie die im zweiten Schritt notwendige Erreichung des Flächenbeitragswerts für 2032 nicht unnötig erschweren. Dies vorangestellt, halten wir zum Entwurf Folgendes fest:	
lfd. Ident-Nr.: 504 Stn-Id: 278	VRG 58 Erweiterung Lauterburg	BE-ID: 1136 ll. Planungskonzept 1. Ausbau der erneuerbaren Energien als Chance für die Region Ostwürttemberg 1.1 Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird für die Entwicklung der Region Ostwürttemberg von entscheidender Bedeutung sein. Er bietet nicht nur die Möglichkeit, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu reduzieren und den Klimawandel zu bekämpfen, sondern eröffnet neue wirtschaftliche Chancen. Die Ansiedlung von grünen Arbeitsplätzen, die Förderung von nachhaltigen Geschäftsmodellen und die Senkung der Energiekosten für Unternehmen sind nur einige der Vorteile, die sich in Baden-Württemberg bereits bemerkbar machen. 1.2 Die Flächen unserer Mandantin liegen zwischen Aalen und Schwäbisch Gmünd. In dieser Region sind viele große Unternehmen ansässig (bspw. Zeiss, Voith oder ZF). In Essingen wird derzeit das Kreiskrankenhaus gebaut. Es wird geschätzt, dass dieses einen Bedarf an Strom von mindestens 2.000.000 kW/h pro Jahr haben wird. Seitens der Industrie und der öffentlichen Versorgung werden also große Mengen an Strom benötigt. Mit Blick auf die Umstellung auf Elektromobilität und die Umrüstung auf Wärmepumpen nimmt der Bedarf aber auch bei den privaten Haushalten zu. Es ist auch Aufgabe der Regionalplanung, diesen Bedarf zu erkennen und ihm gerecht zu werden, die Energieversorgung in der Region Ostwürttemberg C02-neutral auszubauen und so die Wirtschaftskraft weiter zu stärken. Um die überregionale Stromversorgung in den kommenden Jahren und Jahrzehnten zu stabilisieren, bedarf es erheblicher Investitionen in die überregionalen Netze. Diese können deutlich reduziert werden, wenn jede Region ihre Potenziale an erneuerbaren Energien ausschöpft.	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		2. Planungsrechtlicher Rahmen 2.1 Um all diese Chancen nutzen zu können, bedarf es der Ausweisung von geeigneten Vorranggebieten, die die Errichtung und den Betrieb von WEA tatsächlich ermöglichen. Mit dem WindBG und den darin festgelegten Flächenbeitragswerten hat der Bund klare und verbindliche Vorgaben gemacht (vgl. Punkt I.). Das Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg legt ergänzend fest, dass diese Ziele gleichmäßig auf alle zwölf Planungsregionen und damit auch auf die Region Ostwürttemberg verteilt werden. 2.2 Hinzu kommt, dass die besondere Bedeutung der erneuerbaren Energien nunmehr gemäß % 2 EEG gesetzlich festgeschrieben wird. Nach dieser Regelung liegen die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien sowie der dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Die erneuerbaren Energien sollen im Zuge dessen als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen - auch auf Ebene der Regionalplanung - eingebracht werden (BT-Drs. 20/1630, S. 139). Diese Vorgabe beeinflusst auch die Abwägung nach § 7 Abs. 2 ROG: Die Belange der Flächenbereitstellung für WEA können derzeit im Rahmen von Abwägungsentscheidungen, bspw. gegenüber seismologischen Stationen, Wasserschutzgebieten, denkmalschutz-, forst-, immissionsschutz-, naturschutz-, bau oder straßenrechtlichen Regelungen nur in Ausnahmefällen überwunden werden. Um diesen Gewichtungsvorgaben und den generellen Anforderungen an eine rechtmäßige Festlegung von Vorranggebieten Rechnung zu tragen, muss der Plangeber sicherstellen, dass sich eine wirtschaftlich sinnvolle Windenergienutzung in den Vorranggebieten tatsächlich durchsetzen kann. Denn das regionalplanerische Vorranggebiet ist gemäß den gesetzlichen Vorgaben in § 7 Abs. 3 Nr. 1 ROG nur für bestimmte raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen vorgesehen. Andere raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen sind dort ausgeschlossen,oweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		vereinbar sind. Damit ist das Vorranggebiet das stringenteste raumordnerische Instrument zur Sicherung bestimmter raumbezogener Nutzungen oder Funktionen. Dementsprechend muss - gerade mit Blick auf § 2 EEG - gewährleistet werden, dass die Vorranggebiete derart bemessen und qualitativ geprüft sind, dass sich die Windenergie in ihnen selbst auf genügend großer Fläche und in hinreichender Qualität durchsetzen kann. Dabei ist - gerade mit Blick auf die Erfahrungen anderer Bundesländer - zu berücksichtigen, dass nicht alle festgelegten Vorranggebiete im Genehmigungsverfahren auch ausnahmslos für die Errichtung von WEA zur Verfügung stehen. Der Plangeber soll die geltenden Flächenbeitragswerte deshalb nicht nur knapp erfüllen, sondern dafür Sorge tragen, dass mit Blick auf die Nicht-Nutzbarkeit bestimmter Flächen genug ,,Puffer" zur Verfügung steht, um diese Flächen ,,aufzufangen".	
lfd. Ident-Nr.: 504 Stn-Id: 278		BE-ID: 2111 3. Planungskonzept des Entwurfs Im Rahmen der Aufstellung des Entwurfs hat der Regionalverband auf der Grundlage eines umfassenden Kriterienkatalogs Vorranggebiete ermittelt und mit entgegenstehenden Belangen abgewogen. Für die Bewertung der Umweltauswirkungen im Rahmen der Umweltprüfung hat er ein zweistufiges Verfahren gewählt. Die erste Stufe dient dazu, auf Basis einer quantitativen Erheblichkeitsschwelle zu definieren, ob die Umweltauswirkungen potenziell als regional erheblich einzustufen sind. Für all diejenigen Kriterien, für die eine regionale Erheblichkeit gegeben ist, wird im zweiten Schritt eine detaillierte Analyse durchgeführt, um differenzierter zu bewerten, ob es sich um besonders erheblich negative (--) oder erheblich negative (-) Umweltauswirkungen handelt oder ob nach der Einzelfallbetrachtung keine (O) regionale oder ggfs. positive (+) Auswirkungen zu erwarten sind. Sind bei einem Schutzgut mehrere Umweltaspekte erheblich betroffen, erhält das Schutzgut als Gesamtbewertung grundsätzlich die Bewertung des Umweltaspekts, der am schlechtesten eingestuft wurde (vgl. SUP, Anhang A - Methodik, S. 6 ff.).	Wird zur Kenntnis genommen. Die dargestellte Herangehensweise betrifft ausschließlich den Umweltbereich. Die dargestellte "Gesamtbewertung" stellt eine Gesamtbewertung aus Umweltsicht dar.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 504 Stn-Id: 278		BE-ID: 2112 III. VR 58 - Erweiterung Lauterburg Das VR 58 wird vom Regionalverband in der Gesamtbewertung als sehr konfliktbehaftetes Gebiet eingestuft (vgl. SUP, Anhang B - Gebietsbriefe, S. 101 f). Dieser Einschätzung kann allerdings nicht gefolgt werden. Nach Prüfung der Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter handelt es sich beim VR 58 vielmehr um ein mindestens bedingt geeignetes Gebiet. 1. Schutzgut BO - Boden 1.1 Das Schutzgut BO ist nach der Bewertung des Regionalverbands mit erheblich negativen Umweltauswirkungen belastet. Dem liegen folgende Beurteilungskriterien und Einstufungen zugrunde: --> siehe Abbildung anbei 1.2 Diese Bewertung ist nicht nachvollziehbar. Die Anwendung des Beurteilungskriteriums ,,Beeinträchtigung durch Verringerung des Erosionsschutzes: < 50 % des VRG als Bodenschutzwald ausgewiesen" ist unzutreffend. Das VR 58 befindet sich nicht innerhalb eines Bodenschutzwaldes. Die von unserer Mandantin durchgeführte GIS-Daten-Analyse zeigt kein Vorkommen eines Bodenschutzwaldes innerhalb des VR 58 auf: --> siehe Abbildung anbei Auch in anderen Anwendungen, etwa dem Geoportal Baden-Württemberg, ist kein Vorkommen eines Bodenschutzwaldes innerhalb des VR 58 festzustellen. 1.3 Im Ergebnis ist also festzuhalten, dass das Schutzgut BO mit (O) zu bewerten ist, da keine erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut BO zu erwarten sind. 2. Schutzgut WA - Wasser 2.1 Das Schutzgut WA ist nach der Bewertung des Regionalverbands mit besonders erheblich negativen Umweltauswirkungen belastet. Diese Bewertung beruht auf folgendem Beurteilungskriterium mit entsprechender Einstufung:	Wird nicht gefolgt zu 1. Schutzgut Boden: Der Einwand ist nicht berechtigt; der Anregung wird nicht gefolgt. Gemäß den vorliegenden Daten des Landes Baden-Württemberg sind 4,23ha rsp. 5,4% der Gebietskulisse Bodenschutzwald. Die Beurteilung in der Umweltprüfung ist somit korrekt. zu 2. Schutzgut Wasser: Der Einwand ist nicht berechtigt; der Anregung wird nicht gefolgt. Die Beurteilung erfolgte auf Grundlage einer Auswertung des Regionalverbandes in der Landschaftsrahmenplanung. Zur besseren Nachvollziehbarkeit der Beurteilungen wird die Dokumentation der Datenquellen in der Umweltprüfung gestärkt. zu 3. Schutzgut Fläche: Der Einwand ist nicht berechtigt; der Anregung wird nicht gefolgt. Gemäß den vorliegenden Daten des Landes Baden-Württemberg sind in der Flurbilanz 77,9ha rsp. 83% als hochwertige landwirtschaftliche Flächen erfasst und auch als Vorranggebiet Landwirtschaft ausgewiesen. Die Ausführungen zum Wald-Flur Verhältnis in der Region haben keinen Einfluß auf die fachliche Beurteilung des Sachverhalts.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		--> siehe Abbildung anbei 2.2 Auch diese Bewertung kann nicht nachvollzogen werden. Das VR 58 befindet sich nicht innerhalb eines Wasserschutzwaldes oder eines Wasserschutzgebiets. Insoweit verwiesen wir auf die GIS-Daten-Analyse unserer Mandantin. Es ist vor diesem Hintergrund völlig unklar, auf welcher Grundlage die Anwendung des Beurteilungskriteriums erfolgt ist. Im Ergebnis ist das Beurteilungskriterium für das VR 58 nicht zugrunde zu legen, mit der Folge, dass das Schutzgut WA mit (O) zu bewerten ist, da keine erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut WA zu erwarten sind. 3. Schutzgut FI - Fläche 3.1 Das Schutzgut FI ist nach der Bewertung des Regionalverbands mit besonders erheblich negativen Umweltauswirkungen belastet. Dieser Bewertung liegen Tolgende Beurteilungskriterien mit entsprechender Einstufung zugrunde: --> siehe Abbildung anbei 3.2 Auch diese Bewertung ist - teilweise - unzutreffend. Innerhalb des VR 58 liegen keine hochwertigen landwirtschaftlichen Flächen. Es ist auch insoweit nicht klar, auf welcher Grundlage die Anwendung des Beurteilungskriteriums erfolgt ist. In der Region Ostwürttemberg weisen Waldflächen einen größeren Anteil auf als landwirtschaftliche Flächen. Ausweislich der Tabelle 4 der SUP (vgl. S. 42) haben Waldflächen in den Jahren 1996 bis 2020 um 95 ha zugenommen, während die landwirtschaftlichen Flächen im selben Zeitraum um 700 ha abgenommen haben.	
lfd. Ident-Nr.: 504 Stn-Id: 278		BE-ID: 2113 Um diesem Missverhältnis auch bei der Ausweisung des VR 58 Rechnung zu tragen, kann das VR 58 um die betroffene landwirtschaftliche Fläche reduziert werden. Sollte der Regionalverband diesem Vorschlag folgen, wären im Hinblick auf das Schutzgut FI für das VR 58 aufgrund des verbleibenden Beurteilungskriteriums ,,Sehr nachhaltiger Umgang mit der Ressource Fläche durch	Wird nicht gefolgt Die landwirtschaftlichen Flächen im Bereich des Vorranggebiets 58 sind im Regionalplan 2035 als Vorranggebiet für Landwirtschaft festgelegt. In diesen Vorranggebieten ist die Nutzung der Windenergie zulässig. Eine Reduzierung des Gebiets 58 aufgrund landwirtschaftlicher Belange erfolgt nicht. Das Vorranggebiet 58 "Erweiterung Lauterburg" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Nutzung geeigneter Gebiete für die ortsgebundene Ressourcennutzung Windenergie > 50 % des VR mit einer Windhöffigkeit > 235 W/m² in 160m über Grund" ausschließlich erheblich positive Auswirkungen (+) für das Schutzgut FI zu verzeichnen.	aufgrund anderer Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs wurden in der Umweltprüfung sowohl die negativen, als auch die positiven Wirkungen dargestellt.
lfd. Ident-Nr.: 504 Stn-Id: 278		BE-ID: 2114 IV. VR 59 - Utzenberg Das VR 59 wird vom Regionalverband in der Gesamtbewertung als konfliktbehaftetes Gebiet eingestuft (vgl. SUP, Anhang B - Gebietsbriefe, S. 104). Dieser Einschätzung kann nicht gefolgt werden. Nach Prüfung der Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter handelt es sich beim VR 59 vielmehr um ein geeignetes Gebiet. 1. Schutzgut ME - Menschen und menschliche Gesundheit 1.1 Das Schutzgut ME ist nach der Bewertung des Regionalverbands mit erheblich negativen Umweltauswirkungen belastet. Dies ergibt sich aus der Anwendung folgender Beurteilungskriterien und ihren Einstufungen: --> siehe Abbildung anbei 1.2 Die vorstehende Bewertung kann allerdings nicht nachvollzogen werden. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass das VR 59 in der Bevölkerung vor Ort den notwendigen Rückhalt genießt. Der Ortsteil Lauterburg (Gemeinde Essingen) weist die geringste Entfernung zum VR 59 auf. Gleichwohl hat der Ortschaftsrat bisher keine Einwände gegen die Festlegung des VR 59 erhoben. Der Gemeinderat der Gemeinde Heubach hat einstimmig für das VR 59 gestimmt; der Gemeinderat der Gemeinde Essingen mit großer Mehrheit. Abgesehen davon ist nicht nur im Zusammenhang mit dem Schutzgut KL - Klima und Luft, sondern auch bei der Bewertung des Schutzguts ME zu berücksichtigen, dass die Nutzung der Windenergie in der Region zu einer Verringerung der Schadstoffemissionen und zum Erhalt von gesunden Lebensbedingungen beiträgt. 1.3 Im Ergebnis ist das Schutzgut ME mit (O) einzustufen, da keine erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut ME zu erwarten sind.	Wird nicht gefolgt zu 1: Schutzgut Menschen und Gesundheit Der Einwand ist nicht berechtigt; der Anregung wird nicht gefolgt. Die Überprüfung der Schutzgutbeurteilung hat die dokumentierten Wertungen bestätigt. Eine Änderung erfolgt somit nicht. Die vorgebrachte Argumentation der politischen Unterstützung einer Windenergienutzung im Vorranggebiet 59 durch die Bevölkerung ist kein relevanter Aspekt der Umweltprüfung, sondern allenfalls ein Aspekt der politischen Abwägung in den Gremien des Regionalverbandes Ostwürttemberg. zu 2 Schutzgut Kultur und Sachgüter Der Einwand ist nicht berechtigt; der Anregung wird nicht gefolgt. Die Beurteilung der Sachverhalte erfolgte mit einem Geoinformationssystem; die zusammenfassenden Darstellungen zum Umweltzustand im Umweltbericht dienen lediglich der Illustration und sind keine direkte Beurteilungsgrundlage. Es ist nur bedingt richtig, dass keine "in höchstem Maße raumwirksamen Denkmale" betroffen sind; der Rätische Limes verläuft nördlich am Vorranggebiet 59 vorbei. In der Umweltprüfung sind die verschiedenen Belange des Schutzgutes zunächst umfassend zu betrachten. Hierbei sind in diesem Fall weitere Aspekte der Beurteilung eingeflossen, die zu einer negativen Beurteilung geführt haben. Im konkreten Fall ist herauszustellen, dass durch eine Nutzung des Vorranggebietes die Burgruine Rosenstein in einer Entfernung bis 2500m visuell betroffen ist. Durch Windenergieanlagen wäre die Qualität potentiell beeinträchtigt. Im Rahmen der politischen Abwägung in den Gremien des Regionalverbandes greifen die eingebrachten und dargestellten rechtlich verankerten Priorisierungen; in der Umweltprüfung verbleibt die Darstellung möglicher Konflikte sowie darauf aufbauende Vorschläge zur Vermeidung und Minimierung dieser Konflikte. zu 3 Schutzgut Landschaft Der Einwand ist nicht berechtigt; der Anregung wird nicht gefolgt. Die Darstellungen in der Umweltprüfung erfolgen fachlich umfassend. In der politischen Abwägung greifen die erfolgten, rechtlich vorgegebenen Vereinfachungen, Öffnungen und Priorisierungen zur Förderung der Erneuerbaren Energien. Anzumerken ist hierbei, dass einige der Regelungen auch zeitlich begrenzt sind. Die unter cc) und b) erfolgten Beurteilungen werden fachlich nicht geteilt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		2. Schutzgut KS - Kultur- und Sachgüter 2.1 Das Schutzgut KS ist nach der Bewertung des Regionalverbands ebenfalls mit erheblich negativen Umweltauswirkungen belastet. Folgendes Beurteilungskriterium mit entsprechender Einstufung hat zu dieser Bewertung geführt: --> siehe Abbildung anbei 2.2 Nach Würdigung der konkreten denkmalschutzrechtlichen Belange kann auch diese Bewertung nicht nachvollzogen werden. a) Dies gilt insbesondere angesichts der Tatsache, dass keine historischen Kulturlandschaften von der Ausweisung des VR 59 betroffen sind : --> siehe Abbildung anbei (Ausschnitt aus der SUP, Abbildung 4, Seite 18) Auch in höchstem Maße raumwirksame Kulturdenkmale sind nicht betroffen. Gleiches gilt fur Denkmäler von überregionaler und nationaler Bedeutung. b) Es ist lediglich die Betroffenheit eines sonstigen landschaftsprägenden regionalbedeutsamen Kulturdenkmals festzustellen: --> siehe Abbildung anbei (Ausschnitt aus der SUP, Abbildung 5, S. 19) Dies ergibt sich auch aus den im Geoportal Baden-Württemberg vorhandenen Daten : --> siehe Abbildung anbei (Ausschnitt Geoportal, abgerufen am 24.06.2024, 16.30 Uhr, unter https://www.geoportal-bw.de/#/(sidenav:karten)) Allerdings befindet sich dieses sonstige landschaftsprägende regionalbedeutsame Ku1turdenkmal nicht innerhalb des VR 59, sondern in weiter Entfernung. Der Abstand ist mithin so groß, dass die Erlebbarkeit dieses Kulturdenkmals in seiner Gesamtheit nicht negativ beeinträchtigt wird. Die restriktive Bewertung im Hinblick auf den Denkmalschutz ist vor diesem Hintergrund nicht nachzuvollziehen.	zu 4 Schutzgut Pflanzen, Tiere, biologische Vielfalt Der Einwand ist nicht berechtigt; der Anregung wird nicht gefolgt. Die Darstellungen in der Umweltprüfung erfolgen fachlich umfassend. Das geplante Vorranggebiet liegt in einem Bereich, in dem das Land Baden-Württemberg Waldbiotope und besonders naturnahe Wälder erfasst hat. Eine genaue Erfassung und die Ausschöpfung möglicher Kompensationsmaßnahmen kann in der Genehmigungsplanung erfolgen. Hinzuweisen ist auf den Kleinvogelzug sowie die Notwendigkeit einer NATURA 2000 Verträglichkeitsprüfung in der Genehmigungsplanung. zu 5 Schutzgut Boden Der Einwand ist nicht berechtigt; der Anregung wird nicht gefolgt. Im Gebiet befindet sich am westlichen Rand ein kleiner Anteil eines Bodenschutzwaldes (5,5% des VRG). Nach erneuter Prüfung ist auch festzustellen, dass das Vorranggebiet 59 in der Gesamtbewertung der BK 50 mit einem Anteil von 89,9% als hochwertig gewertet wurde. Die Hinweise zu möglichen Kompensationen werden zur Kenntnis genommen; sie sind in der Genehmigungsplanung festzulegen. zu 6 Schutzgut Wasser Der Einwand ist nicht berechtigt; der Anregung wird nicht gefolgt. Gemäß der Daten des Landes Baden-Württemberg befinden sich 92,2% des Vorranggebietes in einem Wasserschutzwald. zu 7 Schutzgut Fläche Der Einwand ist nicht berechtigt; der Anregung wird nicht gefolgt. Die Bewertung der Offenlandbereiche des Vorranggebietes ist korrekt. 7,8% des Vorranggebietes sind in der Flurbilanz als hochwertige Böden ausgewiesen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		c) Abgesehen davon ist zu berücksichtigen, dass aufgrund der L1162 und der Freileitung bereits eine starke Vorbelastung gegeben ist. Ob und inwieweit sich diese Vorbelastung hier in der Bewertung niedergeschlagen hat, ist nicht ersichtlich. d) überdies sind die Belange der erneuerbaren Energien in der Bewertung stärker zu berücksichtigen. So schreibt auch das Denkmalschutzgesetz Baden-Württemberg (nachfolgend : ,,DSchG") in g 15 Abs. 4 S. 1 DSchG vor, dass ,,bis zur Erreichung des Ziels der Netto-Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2040 nach dem Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden- Württemberg [...] der Errichtung, Veränderung oder Beseitigung von Windenergieanlagen denkmalfachliche Belange nicht entgegen [stehen], soweit die Windenergieanlagen nicht in der Umgebung eines in höchstem Maße raumwirksamen eingetragenen Kulturdenkmals errichtet, verändert oder beseitigt werden; die Genehmigung nach Absatz 3 Satz 3 ist regelmäßig zu erteilen." Ein in höchstem Maße raumwirksames eingetragenes Kulturdenkmal ist hier, wie oben bereits erwähnt, nicht betroffen. Auch die Dokumentation,,Regional bedeutsame Kulturdenkmale in Ostwürttemberg" des Landesdenkmalamtes Baden-Württemberg und des Regionalverbands (nachfolgend: ,,Dokumentation"), die der Bewertung zugrunde gelegt wird (vgl. SUP, S. 18) verkennt nicht, dass der Erhalt von Kulturdenkmälern in einen Ausgleich mit wirtschaftlichen Interessen zu bringen ist (vgl. Dokumentation, S. 5) : ,,Daher gilt es, diese wichtigen und für die Region bedeutsamen Kulturdenkmale im Rahmen aller Flächenplanungen zu bewahren und ihr sinngebendes Umfeld zu erhalten. Dabei ist aber auch auf die Interessen der Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung unserer Zeit Rücksicht 2U nehmen." Die Dokumentation selbst versteht sich dabei nur als ersten Anhaltspunkt für eine denkmalschutzrechtliche Bewertung, ohne verpflichtend zu berücksichtigende Vorgaben zu machen:	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		,,Als Basis für eine Bewertung und sinnvolle Integration dieses kulturellen Erbes in regionalen und kommunalen Planungen soll die vorliegende Broschüre dienen. Der Regionalverband Ostwürttemberg und das Landesdenkmalamt Baden-Württemberg haben in einem Gemeinschaftsprojekt die Grundlagen für eine dem kulturellen Erbe verpflichtete Raumplanung zusammengetragen. In informativen Texten und durch eine Ubersichtskarte liegen die Voraussetzungen dafür vor, in Rücksicht auf unser kulturelles Erbe die Zukunft unserer Region zu gestalten." Ausschlaggebend sind vielmehr die bereits dargestellten rechtlichen Wertungen. Dabei ist ebenso in den Blick zu nehmen, dass denkmaIschutzrechtliche Belange einer Abwägung zugänglich und unter Berücksichtigung von § 2 EEG entsprechend zu bewerten sind. 2.3 Im Ergebnis ist das Schutzgut KS mit (O) einzustufen, da keine erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut KS zu erwarten sind. 3.Schutzgut L - Landschaft 3.1 Das Schutzgut L ist nach der Bewertung des Regionalverbands mit besonders erheblich negativen Umweltauswirkungen belastet. Folgende Beurteilungskriterien und Einstufungen sind in diese Bewertung eingeflossen: --> siehe Abbildung anbei 3.2 Die Bewertung ist aus folgenden Gründen nicht nachvollziehbar: a) Zwar befindet sich das VR 59 teilweise im Landschaftsschutzgebiet,,Kaltes Feld bis Rosenstein" (nachfolgend: ,,LSG"). Dies darf für die Bewertung aber nicht ausschlaggebend sein. aa) Gemäß ä 26 Abs. 3 BNatSchG sind in einem Landschaftsschutzgebiet ,,[...] die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen sowie der zugehörigen Nebenanlagen nicht verboten, wenn sich der Standort der Windenergieanlagen	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		in einem Windenergiegebiet nach S 2 Nummer 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBI. I S. 1353) befindet. Satz 1 gilt auch, wenn die Erklärung zur Unterschutzstellung nach § 22 Absatz 1 entgegenstehende Bestimmungen enthält. Für die Durchführung eines im Übrigen zulässigen Vorhabens bedarf es insoweit keiner Ausnahme oder Befreiung. Bis gemäß § 5 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes festgestellt wurde, dass das jeweilige Land den Flächenbeitragswert nach Anlage 1 Spalte 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes oder der jeweilige regionale oder kommunale Planungsträger ein daraus abgeleitetes Teilflächenziel erreicht hat, gelten die Sätze 1 bis 3 auch außerhalb von für die Windenergienutzung ausgewiesenen Gebieten im gesamten Landschaftsschutzgebiet entsprechend." Die Regelung wurde eingeführt, um Landschaftsschutzgebiete für WEA zu öffnen und auf diese Weise die Flächenverfügbarkeit für den Ausbau von WEA zu verbessern (BT-Drs. 20/2354, S. 24). Die Regelung hat zur Folge, dass die Erforderlichkeit von Raumordnungsplänen nicht mehr mit dem Hinweis auf die mangelnde Vollzugsfähigkeit nach g 1 Abs. 3 BauGB in Frage gestellt werden kann, wenn ein Landschaftsschutzgebiet betroffen ist. bb) Das hier betroffene LSG wurde durch die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet ,,Kaltes Feld bis Rosenstein" in den Landkreisen Ostalbkreis und Göppingen vom 04.11.1974 (nachfolgend: ,,LSG-VO") unter Schutz gestellt. Die LSG-VO schließt die Errichtung von WEA nicht grundsätzlich aus, sondern unterstellt diese gemäß § 4 Abs. 2 LSG-VO einem Erlaubnisvorbehalt. Die Erlaubnis ist gemäß § 4 Abs. 3 LSG-VO zu erteilen, wenn die beabsichtigte Maßnahme keine der in § 3 LSG-VO genannten Wirkungen zur Folge hat. Nach § 3 LSG-VO wiederum sind im LSG Änderungen verboten, die die Landschaft verunstalten, die Natur schädigen oder den Naturgenuss beeinträchtigen. cc) Unter Zugrundelegung von § 26 Abs. 3 BNatSchG im Allgemeinen und der LSGVO im Konkreten darf sich die Betroffenheit des LSG hier nicht negativ auf die Bewertung des Schutzgutes auswirken.	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Mit § 26 Abs. 3 BNatSchG sollen LSG explizit und ohne weitere Bedingungen für WEA geöffnet werden. Die hier zu Landschaftsschutzgebieten angesetzten Beurteilungskriterien und ihre Einstufung (Beeinträchtigung des Schutzzwecks Landschaftsschutzgebiet: > 50 %:-und Beeinträchtigung des Schutzzwecks Landschaftsschutzgebiet: < 50 %: -; vgl. SUP, S. 26) sind daher insgesamt rechtlich unzutreffend. Dies gilt im Übrigen auch unter Zugrundelegung von § 2 EEG. LSG dürfen sich in keiner Weise negativ auf die Planung von WEA auswirken. Das hier zugrunde gelegte Beurteilungskriterium ,,Beeinträchtigung des Schutzzwecks Landschaftsschutzgebiet: < 50 % des VR in Landschaftsschutzgebiet" sollte demnach vollständig entfallen, jedenfalls aber mit (O) bewertet werden. Eine maßgebliche Beeinträchtigung des Schutzzwecks des LSG nach §3 LSG-VO ist hier im übrigen nicht zu erwarten. Die Errichtung von WEA würde weder die Landschaft verunstalten noch die Natur schädigen oder den Naturgenuss beeinträchtigen. Insoweit ist zu berücksichtigen, dass das VR 59 aus öst- und südöstlicher Richtung kaum einsehbar ist. Es liegt vielmehr im Sichtschatten des Bärenbergs. Auch aus west- und nordwestlicher Richtung ist es kaum wahrnehmbar. Aufgrund der vorhandenen L1162 und der Freileitung ist bereits eine starke Vorbelastung gegeben, die den Naturgenuss beeinträchtigt. Die Errichtung von WEA würde den ohnehin kaum möglichen Naturgenuss folglich nicht maßgeblich beeinflussen. Dort, wo er noch stattfinden kann, würde die Standortwahl der einzelnen WEA so erfolgen, dass er nicht gefährdet würde. Durch den Einsatz modernster WEA würde zudem ein optimales Verhältnis aus regionaler Energieerzeugung und geringer Beeinträchtigung des Landschaffsbildes sichergestellt. b) Bedenken bestehen auch im Hinblick auf das Beurteilungskriterium ,,visuelle Beeinträchtigung raumprägender und regional bedeutsamer Landmarken > 20 % des VRG in Räumen mit landschaftlichen Besonderheiten im Umgebungsbereich bis 2500m, in denen Rotoren sichtbar sein können". Zur Erläuterung der Landmarken findet sich in der SUP lediglich die Abbildung 30. Diese ist stark verpixelt und zeigt die Lage	

geologischer Besonderheiten,
mithin sonstiger Landmarken, nur grob auf. Im übrigen wird nur dargelegt, dass die Wahrung der visuellen Erlebbarkeit und der Integrität der Kulturgüter
und Landmarken eine besonders hohe Bedeutung habe (vgl. SUP, S. 100). Wonach sich die Betroffenheit von Landmarken genau richtet, bleibt jedoch offen.
Auch mit Blick auf das VR 59 ist völlig unklar, wie sich die Beeinträchtigung der Landmarken darstellt. Dasselbe gilt im Übrigen auch für das VR 58.
Dies ist angesichts der Einstufung des Beurteilungskriteriums (-/ besonders erhebliche negative Umweltauswirkungen auf das Schutzgut) bedenklich. Das
Beurteilungskriterium sollte mangels Nachvollziehbarkeit vollständig entfallen, jedenfalls aber mit (O) bewertet werden.

c) Im übrigen ist zu berücksichtigen, dass etwaige Beeinträchtigungen des Schutzgutes L kompensiert würden, in dem an anderer Stelle durch die Investitionen
der Erträge der WEA und der Mieten für die Flächen eine Aufwertung des Landschaftsbildes erfolgen würde, bspw. durch Aufforstung, die Anlage von Streuobstwiesen
oder von Biotopen.

3.3 Nach alledem ist das Schutzgut L im Ergebnis mit (O) zu bewerten, da keine erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut L zu erwarten sind.

4. Schutzgut BI - Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt

4.1 Das Schutzgut BI ist nach der Bewertung des Regionalverbands ebenfalls mit besonders erheblich negativen Umweltauswirkungen belastet. Diese Bewertung
beruht auf folgendem Beurteilungskriterium und dessen Einstufung :

--> siehe Abbildung anbei

4.2 Auch diese Bewertung ist nicht nachvollziehbar. Eine Beeinträchtigung geschützter Biotope durch Verlust oder Störung der Funktionsfähigkeit droht bei
Ausweisung des VR 59 nicht.

a) Innerhalb des VR 59 liegt keine großräumig verbundene Waldfläche. Es ist daher bereits in Frage zu stellen, ob überhaupt ein gesetzlich geschütztes Waldbiotop

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		im Sinne des § 30 BNatSchG oder ein naturnaher Wald betroffen sind. Auch eine Lage im Kernbereich des regionalen Biotopverbundes trockener oder feuchter Standorte kann ausgeschlossen werden. b) Ferner befinden sich innerhalb des VR 59 keine Wildkorridore von internationaler, nationaler oder landesweiter Bedeutung. Ein Vorkommen windkraftsensibler Arten innerhalb oder in relevanter Umgebung des VR 59 ist nicht bekannt. Den Belangen des Artenschutzes kann im Übrigen im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren ausreichend Rechnung getragen werden. Die Standorte der WEA innerhalb des VR 59 können so geplant werden, dass der Lebensraum der naturtypischen Tier- und Pflanzenarten weitestgehend unberührt bleibt. Durch die Errichtung und den Betrieb von WEA modernster Bauart können negative Einflüsse auf betroffene Tier- und Pflanzenarten ebenfalls reduziert werden. 4.3 Im Ergebnis ist das Schutzgut BI mit (O) zu bewerten, da keine erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut BI zu erwarten sind. 5. Schutzgut BO - Boden 5.1 Das Schutzgut BO ist nach der Bewertung des Regionalverbands mit erheblich negativen Umweltauswirkungen belastet. Folgende Beurteilungskriterien und Einstufungen waren für diese Bewertung relevant: --> siehe Abbildung anbei 5.2 Auch dieser Bewertung kann allerdings nicht gefolgt werden. a) Die Anwendung des Beurteilungskriteriums ,,Beeinträchtigung durch Verringerung des Erosionsschutzes: < 50 % des VRG als Bodenschutzwald ausgewiesen" ist unzutreffend. Das VR 59 befindet sich nicht innerhalb eines Bodenschutzwaldes. Die von unserer Mandantin durchgeführte GIS-Daten-Analyse zeigt kein Vorkommen eines Bodenschutzwaldes innerhalb des VR 59 auf: --> siehe Abbildung anbei	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Auch in anderen Anwendungen, etwa dem Geoportal Baden-Württemberg, ist das Vorkommen eines Bodenschutzwaldes innerhalb des VR 59 nicht festzustellen. Ergänzend merken wir an, dass im VR 59 keine steilen Hanglagen oder Böden mit erhöhter Erosionsgefahr vorhanden sind. Dies ergibt sich auch aus einer Abfrage der amtlichen Bodenkartierung: --> siehe Abbildung anbei (Ausschnitt Bodenkartierung, abgerufen am 25.06.2024, 15.00 Uhr, unter https://maps.lgrb-bw.de/) b) (Sehr) hochwertige Böden sind innerhalb des VR 59 ebenfalls nicht vorhanden. --> siehe Abbildung anbei (Ausschnitt Bodenkartierung, abgerufen am 25.06.2024, 16.00 Uhr, unter https://maps.lgrb-bw.de/) Innerhalb des VR 59 kommen Böden mit einer natürlichen Bodenfruchtbarkeit von überwiegend mittlerer Güte, stellenweise von mittlerer bis hoher Güte vor. Sehr hochwertige Böden sind jedenfalls nicht vorzufinden. Selbst wenn man auf die Böden mittlerer bis hoher Güte abstellen würde, würden sich diese auf weniger als 50 % der Fläche des VR 59 beschränken. Ausweislich der Tabelle 2, Anhang SUP (vgl. S. 28) führt eine Betroffenheit von sehr hochwertigen Böden < 50 % nicht zu einer Abwertung. Die Einstufung lautet vielmehr ,,keine erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut" (O). Vor diesem Hintergrund kann hier bei einer Betroffenheit von Böden mit lediglich mittlerer Güte erst recht kein strengerer Maßstab angelegt und eine Abwertung vorgenommen werden. c) Ergänzend merken wir an, dass die Belange des Bodenschutzes infolge der Errichtung und des Betriebs der WEA durch unsere Mandantin positiv beeinflusst würden. Unsere Mandantin beabsichtigt, die Erträge aus den WEA unter anderem in den Waldumbau zu investieren. Sie plant, ca. 500 ha des Waldes klimaresilient umzubauen. Waldflächen mit Bodenschutzfunktion können diese aufgrund der geplanten Maßnahmen also weiter langfristig erfüllen. Die geplanten Maßnahmen haben zudem einen positiven Effekt auf die Biodiversität sowie die Vielfalt von Flora und Fauna. 5.3 Im Ergebnis ist festzuhalten, dass das Schutzgut BO mit (O) zu	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		bewerten ist, da keine erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut BO zu erwarten sind. 6. Schutzgut WA - Wasser 6.1 Das Schutzgut WA ist nach der Bewertung des Regionalverbands mit besonders erheblich negativen Umweltauswirkungen belastet. Dieser Bewertung liegt folgendes Beurteilungskriterium mit entsprechender Einstufung zugrunde: --> siehe Abbildung anbei 6.2 Die Bewertung ist jedoch unzutreffend. a) Wie dem Geoportal Baden-Württemberg sowie der GIS-Daten-Analyse unserer Mandantin entnommen werden kann, liegt das VR 59 nicht innerhalb eines Wasserschutzwaldes. b) Im übrigen liegt das VR 59 nicht in einem hoch bis hochempfindlichen Raum hinsichtlich Bodenabtragung. Es handelt sich um Flächen mit gering durchlässigen Deckschichten, mithin von hoher Mächtigkeit. Risikofaktoren wie schwebende Grundwasservorkommen und gespannte Grundwasserverhältnisse sind nicht gegeben. Restriktionen entsprechend den Angaben der Hydrologischen Karte (vgl. SUP, Abbildung 16, S. 35) sind nicht bekannt. Im übrigen beeinflusst die Errichtung von WEA aufgrund der geringen Versieglung das Schutzgut WA weder in positiver noch in negativer Hinsicht. 6.3 Nach alledem ist das Schutzgut WA mit (O) zu bewerten ist, da keine erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut WA zu erwarten sind. 7. Schutzgut FI - Fläche 7.1 Das Schutzgut FI ist nach der Bewertung des Regionalverbands mit erheblich negativen Umweltauswirkungen belastet. Diese Bewertung beruht allein auf dem folgenden Beurteilungskriterium mit entsprechender Einstufung: --> siehe Abbildung anbei	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Dieser Bewertung kann ebenfalls nicht gefolgt werden. Innerhalb des VR 59 liegen keine hochwertigen landwirtschaftlichen Flächen. Die Anwendung dieses Beurteilungskriteriums auf das VR 59 ist nicht nachvollziehbar.	
lfd. Ident-Nr.: 504 Stn-Id: 278		BE-ID: 2115 Um dem Missverhältnis zwischen forst- und landwirtschaftlicher Nutzung bei der Ausweisung des VR 59 Rechnung zu tragen, kann auch das VR 59 um die betroffene landwirtschaftliche Fläche reduziert werden (vgl. gelbe Markierung): --> siehe Abbildung anbei 7.3 Sollte der Regionalverband diesem Vorschlag folgen, wären im Hinblick auf das Schutzgut FI für das VR 59 aufgrund des verbleibenden Beurteilungskriteriums ,,Sehr nachhaltiger Umgang mit der Ressource Fläche durch Nutzung geeigneter Gebiete für die ortsgebundene Ressourcennutzung Windenergie ? 50 % des VR mit einer Windhöffigkeit > 235 W/m² in 160m über Grund" ausschließlich erheblich positive Auswirkungen (+) auf das Schutzgut FI zu verzeichnen.	Die landwirtschaftlichen Flächen im Bereich des Vorranggebiets 59 sind im Regionalplan 2035 als Vorranggebiet für Landwirtschaft festgelegt. In diesen Vorranggebieten ist die Nutzung der Windenergie zulässig. Eine Reduzierung des Gebiets 59 aufgrund landwirtschaftlicher Belange erfolgt nicht. Das Vorranggebiet 59 "Utzenberg" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund anderer Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 504 Stn-Id: 278		BE-ID: 2116 8. Vergleich mit anderen Vorranggebieten Wir weisen darauf hin, dass für das vorgesehene Vorranggebiet Nr. 60 ,,Rechberger Bucht" (nachfolgend: ,,VR 60"), das sich westlich des VR 59 befindet, ein Aspekt zur Ermittlung benannt wird, der beim VR 59 nicht berücksichtigt wurde. Ausweislich des Gebietssteckbriefs im Anhang zu Plansatz Z 4.2.2.1 (2) des Entwurfs handelt es sich beim VR 60 um ein Gebiet mit besonderer wirtschaftspolitischer und standortsichernder Bedeutung. Es erschließt sich nicht, weshalb dies nicht auch auf das in unmittelbarer Nähe liegende VR 59 zutreffen sollte. Lediglich die Trennung durch die L1162 rechtfertigt diese Ungleichbehandlung von VR 59 und VR 60 nicht. --> siehe Abbildung anbei (Ausschnitt aus Gebietssteckbrief zu VR 60 im Anhang zu Plansatz Z 4.2.2.1 (2) des Entwurfs)	Wird nicht gefolgt zu 8 Vergleich mit anderen Vorranggebieten Die Anmerkung zu Vorranggebiet 60 betrifft nicht die Aussagen der Umweltprüfung. Das Vorranggebiet 60 "Rechberger Buch" soll der Versorgung des Nachhaltigen Industrie- und Technologiepark H2-Aspen der Stadt Schwäbisch Gmünd dienen. Die Planung sieht eine Direktleitung zu einem Elektrolyseur vor und stellt eines der Leuchtturmprojekte in Baden-Württemberg im Bereich Wasserstoff dar. Dem Regionalverband Ostwürttemberg ist für das Vorranggebiet 59 "Utzenberg" keine klare Zuordnung zu einem wirtschaftspolitisch bedeutsamen Projekt bekannt, weshalb das Gebiet 59 diese Zuordnung nicht erhalten hat.
lfd. Ident-Nr.: 504 Stn-Id: 278		BE-ID: 2117 9. Weitere positive Aspekte 9.1 Auch im Hinblick auf weitere Aspekte, die bei der Ausweisung	Wird zur Kenntnis genommen. zu 9 weitere positive Aspekte Die Akzeptanz in der Bevölkerung und bei den Kommunen hat keine

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		des VR 59 zu berücksichtigen sind, machen wir darauf aufmerksam, dass das VR 59 von der Bevölkerung vor Ort unterstützt wird. Der Ortsteil Lauterburg (Gemeinde Essingen) weist die geringste Entfernung zum VR 59 auf. Gleichwohl hat der Ortschaftsrat bisher keine Einwände gegen die Festlegung des VR 59 erhoben. Der Gemeinderat der Gemeinde Heubach hat einstimmig für das VR 59 gestimmt; der Gemeinderat der Gemeinde Essingen mit großer Mehrheit. Ebenso hat sich die Stadt Heubach im Rahmen der förmlichen Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange mit Stellungnahme vom 16.04.2024, hier beigefügt als für die Ausweisung des VR 59 ausgesprochen. 9.2 Abschließend weisen wir auf Folgendes hin: Durch die sehr hohe Windhöffigkeit der Flächen ergibt sich eine maximale Flächeneffizienz (Verhältnis der erzeugten kW/h zu in Anspruch genommener Fläche). Auf lediglich 0,5 ha können durch die Errichtung und den Betrieb von WEA jährlich ca. 15 Mio. kW/h Strom erzeugt werden. Zum Verg1eich: Freiflächen-PhotovoltaikanIagen benötigen für dieselbe Menge an kW/h eine Fläche von 20 ha, mithin das 40-fache; eine Biogasanlage sogar eine (landwirtschaftliche) Fläche von 800 ha und damit das 1.600-fache. Auch angesichts dessen sollte jedes im Entwurf geplante Vorranggebiet - wenn möglich - ausgewiesen werden. b) Unsere Mandantin reicht auf Wunsch gerne Detailkonzepte zu den angesprochenen Maßnahmen zur Aufwertung der umliegenden Flächen nach bzw. stellt die Konzepte sowie ein regionales Speicherkonzept gerne auch persönlich vor.	Relevanz für die Umweltprüfung. Auch der Aspekt der Flächeneffizenz ist nur bedingt der Umweltprüfung zugänglich; im Rahmen des Schutzgutes Fläche wurden die Gebiete mit einer hohen Windhöffigkeit positiv gewertet, während die Gebiete, die unterhalb des Schwellwertes des Landes Baden-Württemberg liegen, negativ gewertet wurden. Festzuhalten ist hiermit also, dass das Gebiet 59 positiv gewertet wurde. Das Angebot wird zur Kenntnis genommen. Eine Einreichung von Detailkonzepten ist nicht erforderlich.
lfd. Ident-Nr.: 505 Privat Stn-Id: 279		BE-ID: 1137 Ich möchte mich bedanken für die sehr gute und nachzuvollziehende Ausarbeitung der Kriterien des Umweltberichts. Allerdings möchte ich zu bedenken geben, dass eine Ausarbeitung auf dem Papier immer unzureichend ist, da der Betrachter den Ort nicht erfahren und direkt erkundet hat. Bei der Auswahl von Vorranggebieten sollte der Entscheider/die Entscheiderin vor Ort gewesen sein, um wirklich entscheiden zu können.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Generell sind Vorranggebiete für Windkraft in Waldgebieten immer als Problem behaftet anzusehen. Dies trifft auf eine Vielzahl der vorgeschlagenen Gebiete zu. Windkraftanlagen sollten nicht im Wald platziert werden. Dem Wald gehen viele seiner natürlichen Funktion verloren und er wird technisch überbaut. Die Biodiversität wird unzureichend betrachtet oder durch die Privilegisierung der Windkrafträder beiseite gewischt.	das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Eine pauschale Bevorzugung von Offenlandbereichen oder Ausschluss von Waldgebieten wäre nicht sachgerecht für die Sicherung der günstigsten Standorte für die Windenergienutzung und spiegelt nicht die ökologische Wertigkeit der Lebensräume wider. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Auf das Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff. wird hingewiesen. Insgesamt ist eine wertigkeitsunabhängige Bevorzugung von Gebieten im Offenland gegenüber Gebieten im Wald weder sachgerecht noch geboten. Weiterhin zeigen aktuelle Erhebungen (vgl. Fachagentur Wind an Land), dass für die Dauer des Betriebes von Windenergieanlagen (WEA) durchschnittlich ca. 0,48 Hektar für den Betrieb einer WEA gerodet werden müssen. Hiervon entfallen ca. 0,05 ha auf die Versiegelung für das Fundament. Während der Bauphase sind zusätzlich ca. 0,47 ha freizuhalten, die nach Abschluss der Bauphase dann wieder aufgeforstet werden (Fachagentur Wind an Land 2024: Entwicklung der Windenergie im Wald.- Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Forstflächen in den Bundesländern.- Analyse.- S. 15f). Für die Inanspruchnahme der Waldflächen besteht darüber hinaus das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung.
lfd. Ident-Nr.: 505 Privat Stn-Id: 279	VRG 65 Schönbühl	BE-ID: 1138 Nr. 65 Schönbühl Dieses Plangebiet, das schon im Umweltbericht als konfliktbehaftet angesehen wird, sollte aus der weiteren Planung als Vorrangfläche ausgeschlossen werden.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Strategische Umweltprüfung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 hat zum Ergebnis, dass in dem Vorranggebiet 65 "Schönbühl" Konflikte vorhanden sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt und im Falle des genannten Vorranggebietes der Windenergienutzung Vorrang eingeräumt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Die in der Strategischen Umweltprüfung ermittelten Beeinträchtigungen werden im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) überprüft und durch Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung, Ausgleich bzw. Kompensation auf ein rechtskonformes Maß gebracht. Hinweis: Das Vorranggebiet 65 "Schönbühl" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 505 Privat Stn-Id: 279	VRG 65 Schönbühl	BE-ID: 1139 Begründung: Es existieren nur noch wenig unzerschnittene Räume um Heidenheim/Steinheim in der Kategorie größer als 25 km2. Dieses unzerschnittene raumbedeutsame Waldgebiet sollte demnach nicht weiter zerschnitten werden. Unzerschnittene Räume haben besonderere Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz. Das geplante Gebiet Schönbühl beinhaltet insbesondere große Anteile hochwertiger Waldbestände mit hoher Bedeutung für Pflanzen und Tiere. Es existieren außerdem eine Vielzahl gesetzlich geschützter	Die im Regionalplan 2035 festgelegten unzerschnittenen, ruhigen Räume (Teile der Regionalen Grünzüge) sind im Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 als im Einzelfall zu prüfendes Kriterium berücksichtigt. Im Bereich des geplanten Vorranggebiets 65 "Schönbühl" ist laut Regionalplan 2035 kein großer oder kleiner unzerschnittener, ruhiger Raum festgelegt. Die in der Stellungnahme angesprochenen Aspekte gesetzlich geschützte Waldbiotope, Waldrefugien sowie der Generalwildwegeplan und besonders hochwertige Waldflächen wurden in den Gebietssteckbrief zum Vorranggebiet als Hinweise für die nachgelagerte Planungsebene aufgenommen. Die Belange finden i.d.R. in den nachgelagerten Planungs-

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Waldbiotope gem. §30 BNatSchG und §30a LwaldG und eine Vielzahl an Waldrefugien, sprich es ist besonderer Wald mit potenziell hoher Leistungs- und Funktionsfähigkeit für den Arten- und Biotopschutz und entsprechend hoher Empfindlichkeit gegenüber Flächeninanspruchnahme. Betroffen wäre auch der überregional verlaufende Wildwegeplan. In die Struktur des Waldes würde hier durch den Bau von Windkraftanlagen massiv eingegriffen werden. Durch die großen Stellflächen innerhalb des Waldes und die Rodungen zur Herstellung der Zuwegungen würde die Geschlossenheit des Waldes zerstört. Wege und Stellflächen werden verdichtet und Stahlbetonfundamente mit Tausenden Tonnen Zement gegossen. Windkraftanlagen würden dieses Waldstück nachhaltig und dauerhaft in seiner Art und Funktion schädigen und zu einer Technisierung der Landschaft führen. Durch den Bau und betriebsbedingt sind durch Lärm und den Flügelschlag der Windkraftanlagen außerdem eine massive Barrierewirkung, wie auch eine Scheuch- und Schlagwirkung und damit einhergehend eine erhebliche Habitatbeeinträchtigung bzw. ein Habitatsverlust für hier lebende Tiere zu erwarten.	und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) Berücksichtigung, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie festgelegt werden. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Die Bedenken zum Eingriff in den Wald werden zur Kenntnis genommen. Auf die Abwägung zur BE ID 1138 dieser Stellungnahme wird verwiesen. Bau- und betriebsbedingte Auswirkungen von Windenergieanlagen sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die ebenfalls in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt (vgl. auch Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff.)
lfd. Ident-Nr.: 505 Privat Stn-Id: 279	VRG 65 Schönbühl	BE-ID: 1140 Anzumerken ist auch, dass relevante Artenvorkommen von Raufuß- und Sperlingskauz bekannt sind und damit das Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände möglich ist. Die Auswirkung von Windkraftanlagen (insbesondere Körperschall und Infraschall) auf Tierwelt und Pflanzenwelt sind zudem noch nicht	Hinsichtlich der artenschutzfachlichen Belange wird auf das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 verwiesen, welches diese Belange umfassend und gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie der verbindlichen Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Insbesondere durch die Anwendung des o.g. Fachbeitrags Artenschutz erfolgte eine fachlich

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		ausreichend geklärt.	fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes auf der genannten Planungsebene, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes im nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 505 Privat Stn-Id: 279	VRG 65 Schönbühl	BE-ID: 1141 Die Erholungsfunktion für den Mensch wäre außerdem deutlich eingeschränkt. Betroffen wäre hier die Achse Heidenheim, Küpfendorf, Erpfenhausen, Gerstetten mit vielen Radfahrern und Wanderern.	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 505 Privat Stn-Id: 279	VRG 65 Schönbühl	BE-ID: 1142 Auch besteht die konkrete Gefahr von Eiswurf im Winter.	Der genannte Aspekt "Eiswurf" ist nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern bezieht sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. die Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb und zur Gefahrenabwehr werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft.
lfd. Ident-Nr.: 505 Privat Stn-Id: 279	VRG 65 Schönbühl	BE-ID: 1143 Hinzu kommen die Lärmimmissionen, der Schattenwurf sowie die optische Bedrängung und Bewegungsunruhe, insbesondere für den Weiler Küpfendorf, Erpfenhausen und Ugenhof.	Zu den genannten Lärmimmissionen: Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Anlagentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Zum Schattenwurf und weiteren optischen Immissionen: Windenergieanlagen führen bei klaren Wetterbedingungen durch den bewegten Anlagenrotor zu optischen Immissionen und können dadurch als Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Des Weiteren berücksichtigen die im Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 festgelegten Siedlungsabstände den öffentlichen Belang einer optisch bedrängenden Wirkung gem. § 249 Abs. 10 BauGB umfassend.
lfd. Ident-Nr.: 505 Privat Stn-Id: 279	VRG 65 Schönbühl	BE-ID: 1146 Brände von Windenergieanlagen sind nicht löschbar. Insbesondere der Fichtenbestand im Bereich Schönbühl wäre hier gefährdet.	Die Anregungen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. die Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb und zur Gefahrenabwehr werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			verknüpft.
lfd. Ident-Nr.: 505 Privat Stn-Id: 279	VRG 65 Schönbühl	BE-ID: 1147 Hinzu kommt die Verteilung durch Mikroplastik von der Erosion der Schutzversiegelung an den Rotorblättern, was die Bodenstruktur mit seinen Kleinlebewesen nachhaltig und dauerhaft stören kann, was im Wald zusätzlich problematisch ist, da hier der Boden wie auf Ackerflächen nicht einfach ausgetauscht werden kann.	Aufgrund von Umwelteinflüssen (UV-Strahlung, Wind, Temperaturwechsel u.a.) kommt es an den Rotoren von Windenergieanlagen zu Erosion und in Folge zur Freisetzung von Mikroplastik, welches sich in der Umwelt ablagert. Nach einer Kurzinformation der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages (WD 8 - 3000 - 077/20 (8. Dezember 2020)) wird ein Maximalabtrag von ca. 1.400 t/a für alle ca. 31.000 Windkraftanlagen in Deutschland geschätzt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit liegt der tatsächliche Wert gem. IMES deutlich niedriger. Im Vergleich mit den vom Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik (UMSICHT) ermittelten Werte z.B. für Kunststoffemissionen in Form primären Mikroplastiks für Reifenabrieb (102.090 t/a) oder von Schuhsohlen (9.047 t/a) ist die Belastung durch Windenergieanlagen somit sehr gering Eine signifikante Erhöhung der Umweltbelastung durch Mikroplastik und eine Gesundheitsgefährdung des Menschen durch den Abrieb ist nicht belegt. Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind zudem nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Fragen der verwendeten Baustoffe werden im Vorhabenzulassungsverfahren für die konkret beabsichtigten Anlagen geprüft und nachgewiesen und ggfls. werden Auflagen festgesetzt. Die vorliegende Teilfortschreibung dient der Steuerung und raumordnerischen Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen sowie dem Erreichen des gesetzlich festgelegten Flächenbeitragswerts von 1,8 % der Regionsfläche für Windenergie an Land (s. Abschnitt 1 dieses Dokuments). Wenn dieser Flächenbeitragswert nicht erreicht wird, gelten nach Ablauf des jeweiligen Stichtags die Rechtsfolgen des § 249 Abs. 7 Baugesetzbuch, d.h. Windenergieanlagen wären im Außenbereich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 Baugesetzbuch privilegiert zulässig und Darstellungen in Flächennutzungsplänen, Ziele der Raumordnung sowie sonstige Maßnahmen der Landesplanung könnten einem Vorhaben nach § 35 Absatz 1 Nummer 5, das der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dient, nicht entgegengehalten werden. Räumliche Steuerungsoptionen auf regionaler und kommunaler Ebene, wo Windenergieanlagen errichtet werden können, würden damit hinfällig. Die Steuerungswirkung der vorliegenden

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Teilfortschreibung ist damit unmittelbar vom Erreichen des Flächenbeitragswerts abhängig. Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie wurde eine sorgfältige Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG durchgeführt und das Gewicht jedes Belangs wurde angemessen berücksichtigt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Zudem ist es aus Sicht des Regionalverbands nicht sinnvoll, an die Abwägung Maßstäbe anzulegen, die zur Unterschreitung des Flächenziels führen, denn dann würde die oben beschriebene Steuerungswirkung des Regionalplans entfallen und dem Anliegen würde gar keine Rechnung mehr getragen werden.
lfd. Ident-Nr.: 505 Privat Stn-Id: 279	VRG 65 Schönbühl	BE-ID: 1148 Aus persönlicher Betroffenheit soll noch angemerkt werden, dass Küpfendorf mit seiner raumbedeutsamen Freiflächen PV-Anlage schon sehr zur Energiewende beiträgt und nicht weiter belastet werden sollte.	In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt zudem für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete - wie im genannten Bereich Schönbühl / Küpfendorf - zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten.
lfd. Ident-Nr.: 506 Privat Stn-Id: 280		BE-ID: 1149 Meine Frage: Sind Sie sich wirklich nicht im Klaren darüber wie schlimm es für manche Menschen und die Tierwelt ist, wenn es in unserem doch recht kleinen Naherholungsgebiet keinerlei Orte mehr für Rückzug zu Ruhe und freier Sicht gibt? Da sprechen die Menschen von Stess, Waldbaden u.s.w. , werden depressiv und krank und dann werden die wenigen verbliebenen Rückzugsgebiete zerstört. Für mich ist es Zerstörung und eine Zumutung. Für Gemeinden wie Bartholomä ein Horror. Wandern, radeln und langlaufen unter und um Windräder. Eine gleichmäßige Beschallung ,auch die nicht wahrnehmbare, der Abrieb der sich doch wunderbar verteilt und es in der Stadt durch Reifenabrieb viel schlimmer ist, der Schattenwurf, die nächtlichen Blinklichter (ich sehe aus meinem Fenster bisher nur Eines und empfinde das schon als irritierend). Was möchten die Verantwortlichen denn noch für Unterfangen begehen um unser Ländle unlebenswert zu machen? Jeder ist ja immer nur für seinen kleinen Bereich zuständig. Wenn ich die Vorträge anschaue werden die Fragen nicht befriedigend beantwortet sondern es wird immer abgelenkt. Und es wird sein wie immer. Wenn die Folgen kommen war Niemand verantwortlich. Es ist sehr traurig wie mit der Schöpfung umgegangen wird. Und das Prinzip von Ursache und Wirkung völlig außer Acht gelassen wird. Wir leben in einem Land der Regeln. Warum werden keine sinnigen Vorschriften gemacht um Energie einzusparen. Technisch wären wir in der Lage. Oder etwa nicht?	Die Anregungen und Bedenken werden zur Kenntnis genommen. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Hinsichtlich der Bedenken zur Beschallung: Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Anlagenstandorte und des Anlagentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage. Zur genannten Thematik Abrieb: Aufgrund von Umwelteinflüssen (UV-Strahlung, Wind, Temperaturwechsel u.a.) kommt es an den Rotoren von Windenergieanlagen zu Erosion und in Folge zur Freisetzung von Mikroplastik, welches sich in der Umwelt ablagert. Nach einer Kurzinformation der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages (WD 8 - 3000 - 077/20 (8. Dezember 2020)) wird ein Maximalabtrag von ca. 1.400 t/a für alle ca. 31.000 Windkraftanlagen in Deutschland geschätzt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit liegt der tatsächliche Wert gem. IMES deutlich niedriger. Im Vergleich mit den vom Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik (UMSICHT) ermittelten Werte z.B. für Kunststoffemissionen in Form primären Mikroplastiks für Reifenabrieb (102.090 t/a) oder von Schuhsohlen (9.047 t/a) ist die Belastung durch Windenergieanlagen somit sehr gering Eine signifikante Erhöhung der Umweltbelastung durch Mikroplastik und eine Gesundheitsgefährdung des Menschen durch den Abrieb ist nicht belegt. Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind zudem nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Fragen der verwendeten Baustoffe werden im Vorhabenzulassungsverfahren für die konkret beabsichtigten Anlagen geprüft und nachgewiesen und ggfls. werden Auflagen festgesetzt. Die vorliegende Teilfortschreibung dient der Steuerung und raumordnerischen Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen sowie dem Erreichen des gesetzlich festgelegten Flächenbeitragswerts von 1,8 % der Regionsfläche für Windenergie an Land (s. Abschnitt 1 dieses Dokuments). Wenn dieser Flächenbeitragswert nicht erreicht wird, gelten nach Ablauf des jeweiligen Stichtags die Rechtsfolgen des § 249 Abs. 7 Baugesetzbuch, d.h. Windenergieanlagen wären im Außenbereich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 Baugesetzbuch

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			privilegiert zulässig und Darstellungen in Flächennutzungsplänen, Ziele der Raumordnung sowie sonstige Maßnahmen der Landesplanung könnten einem Vorhaben nach § 35 Absatz 1 Nummer 5, das der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dient, nicht entgegengehalten werden. Räumliche Steuerungsoptionen auf regionaler und kommunaler Ebene, wo Windenergieanlagen errichtet werden können, würden damit hinfällig. Die Steuerungswirkung der vorliegenden Teilfortschreibung ist damit unmittelbar vom Erreichen des Flächenbeitragswerts abhängig. Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie wurde eine sorgfältige Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG durchgeführt und das Gewicht jedes Belangs wurde angemessen berücksichtigt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Zudem ist es aus Sicht des Regionalverbands nicht sinnvoll, an die Abwägung Maßstäbe anzulegen, die zur Unterschreitung des Flächenziels führen, denn dann würde die oben beschriebene Steuerungswirkung des Regionalplans entfallen und dem Anliegen würde gar keine Rechnung mehr getragen werden. Zu den genannten Bedenken hinsichtlich Schattenwurf und nächtlichem Blinken: Windenergieanlagen führen bei klaren Wetterbedingungen durch den bewegten Anlagenrotor zu optischen Immissionen und können dadurch als Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Zu den angesprochenen Einsparpotenzialen: In Baden-Württemberg sind die Regionalverbände (vgl. § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) damit betraut, ausreichend Flächen für den Ausbau der erneuerbaren Energien planerisch zu sichern. Bei der Festlegung der Flächenziele hat

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			der Gesetzgeber den Aspekt der Effizienzsteigerung in seine Gesamtbetrachtung des Strombedarfes einbezogen. Direkte Maßnahmen zur Nutzung von Einspar- und Effizienzpotenzialen sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens.
lfd. Ident-Nr.: 507 Privat Stn-Id: 281	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 1151 Einwand, geplanter Windpark bei Unterschneidheim-Geislingen hiermit möchten wir unserer Einwand gegen die Windparkanlage nahe unserem Wohnort kundtun. Bei der Entscheidung, den Windpark zu errichten wurde die Meinung der Anwohner nicht berücksichtigt bzw. erst gar nicht eingeholt.	Wird zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass durch die Teilfortschreibung Windenergie 2025 Gebiete festgelegt werden, in denen die Nutzung der Windenergie Vorrang vor anderen regionalbedeutsamen Nutzungen Vorrang hat. Die anschließende Windparkplanung ist nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene.
lfd. Ident-Nr.: 507 Privat Stn-Id: 281	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 1153 Auch wenn man sieht, wie oft die Windräder zwischen Zöbingen und Röhlingen still stehen, wegen Windknappkeit oder einfach weil sie ausgeschaltet wurden, fragt man sich schon ob Geislingen der richtige Standort für so eine Anlage ist. Vor allem, da die geplanten Windräder eine Höhe von knapp 300 Meter erreichen, damit sie dann - in luftiger Höhe - Ihre Runden drehen können, oder auch nicht.	Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten und einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umfassung / Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Die Windhöffigkeit in 160m Höhe liegt laut Windatlas Baden-Württemberg (2019) im Vorranggebiet 45 "Unterschneidheim / Tannhausen" bei mehr als der Hälfte des Gebiets über 215 W/m2, im übrigen Bereich beträgt sie mindestens 190 W/m2. Die vorhandene Windhöffigkeit entspricht den im Kriterienkatalog der Teilfortschreibung Windenergie 2025 festgelegten Eignungskriterien für die Nutzung Windenergie.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 507 Privat Stn-Id: 281	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 1154 Weshalb muss so eine Anlage im Wald gebaut werden? Hier soll wieder fleißig abgeholzt werden, was in jahrzentelanger Arbeit herangezogen wurde. Ganz zu Schweigen von den benötigten Zufahrtswegen, damit die gigantischen Montageteile in den Wald transportiert werden können. Nachhaltigkeit sieht für uns anders aus. Hierfür muss es doch geeignetere Standorte geben.	Wird zur Kenntnis genommen. Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Eine pauschale Bevorzugung von Offenlandbereichen oder Ausschluss von Waldgebieten wäre nicht sachgerecht für die Sicherung der günstigsten Standorte für die Windenergienutzung und spiegelt nicht die ökologische Wertigkeit der Lebensräume wider. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Insgesamt ist eine wertigkeitsunabhängige Bevorzugung von Gebieten im Offenland gegenüber Gebieten im Wald weder sachgerecht noch geboten. Die angesprochene Zufahrtswege und die Erschließung sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Im Rahmen der mehrstufigen Methodik zur Auswahl von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen fand eine Abwägung aller auf regionalplanerischer Ebene erkennbaren schützenswerten Belange gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG statt. Bei der planerischen Abwägung im

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurde das Gewicht jedes Belangs angemessen berücksichtigt, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde. Im Großteil des Verbandsgebiets Ostwürttemberg war die Windenergienutzung nicht möglich oder andere Belange/schutzbedürftige Interessen hatten in der Abwägung ein höheres Gewicht als die Windenergienutzung. An den Stellen in der Region, an denen nun Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt werden sollen, überwiegt das überragende öffentliche Interesse an der Windenergienutzung gegenüber den anderen Belangen.
lfd. Ident-Nr.: 507 Privat Stn-Id: 281	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 2272 Deswegen sind wir gegen den geplanten Windpark.	Wird zur Kenntnis genommen. Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass die Teilfortschreibung Windenergie 2025 Gebiete festgelegt werden, in denen die Nutzung der Windenergie Vorrang vor anderen regionalbedeutsamen Nutzungen Vorrang hat. Die konkrete Windparkplanung ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und somit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung. Das Vorranggebiet 45 "Unterschneidheim / Tannhausen" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg mit geringfügigen Anpassungen weitergeführt wird.
lfd. Ident-Nr.: 508 Privat Stn-Id: 282		BE-ID: 1155 Betreff: Persönliche Stellungnahme bzw. Einspruch gegen den Bau von 6 Windkraftanlagen in Dettingen am Albuch im Gebiet Teichhau wir schreiben Ihnen, um unseren Einspruch bzw. unsere persönliche Stellungnahme gegen das geplante Projekt zum Bau von 6 Windkraftanlagen in Dettingen am Albuch im Gebiet Teichhau auszudrücken. 1. Der Standort ist ein Karststein- und Dolinengebiet Unser erstes Hauptanliegen ist die geplante Standortwahl für diese Windkraftanlagen. Es ist bekannt, dass das Gebiet Teichhau ein Karststein- und Dolinengebiet ist. Diese geologischen Merkmale machen es zu einem sehr konfliktbehafteten Gebiet für solche Bauvorhaben.	Das genannte Vorranggebiet ("Dettingen/Hürben") in Dettingen am Albuch, Teichhau, war Inhalt der „Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014“ und wurde am 16. Oktober 2013 mit Satzungsbeschluss durch die Verbandsversammlung des Regionalverbands Ostwürttemberg festgelegt. Die Teilfortschreibung wurde durch das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur am 28. August 2014 genehmigt und mit der öffentlichen Bekanntmachung im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, Nr. 35 vom 05. September 2014 rechtskräftig. Die insgesamt 20 Vorranggebiet aus diesem Planungsverfahren sind bestandskräftig. Die Ausführungen beziehen sich insofern auf Inhalte, die nicht Bestandteil der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und somit nicht Gegenstand dieses Anhörungsverfahrens sind. Des Weiteren ist die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Die Errichtung von Windkraftanlagen auf solch empfindlichem Untergrund kann erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt und die Stabilität des Geländes haben. Es besteht die Gefahr von Bodenverlagerungen und Erosion, die nicht nur die Anlagen selbst, sondern auch die umliegende Landschaft und die Tierwelt gefährden könnten. Das Einbringen von mehreren 10.000 Tonnen Beton und weiteren gesundheitsgefährdeten, speziellen Verfestigungsmaterialien für die Fundamente der 6 Windkraftanlagen könnte in diese Hohlräume versickern und somit das Höhlensystem der Charlottenhöhle und Waldgebiete des Eselsburger Tals zerstören. Dies würde auch das Grundwasser erheblich beeinträchtigen. Die Ausweitungen der Hohlräume der Charlottenhöhle sind noch lange nicht vollständig erschlossen und es ist wahrscheinlich, dass Ausläufer dieses Höhlensystems im Teichhau und im Eselsburger Tal zu finden sind. Angesichts dieser sehr konfliktbehafteten Situation fordern wir das Landratsamt Heidenheim auf, eine zweite, zusätzliche unabhängige Prüfung aus umweltrelevanten Gründen durchzuführen. Neben dem Gutachten des Windkraftbetreibers Badenova sollte dieses zusätzliche Gutachten erstellt werden, um die potenziellen Auswirkungen auf die Umwelt, das Höhlensystem, sowie auf die Fließgewässer Brenz, Hürbe und die Lone gründlichst zu untersuchen. Wir bitten Sie daher, diese Bedenken bei der Prüfung des Projekts zu berücksichtigen und sehr ernst zu nehmen. Die Gefahren für das wunderschöne Naturschutzgebiet Eselsburger Tal und für die längste begehbare Tropfsteinhöhle der Schwäbischen Alb, sowie deren gesamten Umwelt sind hier besonders hoch. Daher erwarten wir von Ihnen eine allumfängliche Überprüfung mit höchster Sorgfalt. 2. Direkt angrenzendes Naturschutzgebiet Eselsburger Tal wird visuell erheblich beeinträchtigt. Neben den bereits genannten Bedenken bezüglich des Karststein- und Doliniengebiets und der Nähe zur Charlottenhöhle in Hürben, möchten wir auf die unmittelbare Nähe des Eselsburger	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Tals in Herbrechtingen zu den Windkrafträdern hinweisen. Der Teichhau grenzt direkt an das Eselsburger Tal, womit die im Teichhau geplanten Windkrafträder unübersehbar und von vielen Stellen des Eselsburger Tals den sehr zahlreichen Besuchern und Touristen ins Auge stechen. Dieses Gebiet ist ein sehr beliebtes touristisches Ausflugsziel der Ostalb und ein besonders bedeutendes Erholungs- und Naturschutzgebiet. Im Besonderen wirbt unser Tourismusverband mit schönsten Bildern, Worten wie Genusswandern, zauberhaft schön, oder der Eiszeit auf der Spur. Darüber hinaus zählt das Eselsburger Tal zum europäischen Schutzgebietssystem Natura 2000. Daher gelten in diesem Gebiet die Schutzregeln der Fauna- und Flora- sowie der Habitatrichtlinien. Diese sind in ihren Gutachten zwingend zu beachten. Die Errichtung von Windkraftanlagen in dieser unmittelbaren Nähe würde das visuelle Landschaftsbild erheblich schädigen und zu einer starken visuellen Beeinträchtigung führen. Dies mindert deutlich die Attraktivität des Gebiets für Besucher bzw. des Tourismus für das Eselsburger Tal und die gesamte Ostalb Region und untergräbt somit seine Bedeutung als Erholungsgebiet. Auch zu diesem Punkt bitten wir Sie um eine allumfängliche Prüfung, auch wenn sicher die Bewertungen hier nicht so einfach messbar sind. Wir sind der Meinung, dass es sehr wichtig ist, sich an die Regeln für ein Naturschutzgebiet zu halten, um in unserem Fall die natürliche Schönheit des Eselsburger Tals für zukünftige Generationen zu bewahren. Uns und sicherlich vielen anderen Menschen als auch nachfolgende Generationen würde es sehr freuen, wenn Sie ein Herz für die Natur und unsere kostbaren Schätze auf unserer einzigartigen Ostalb zeigen. Wir bitten Sie um eine Rückmeldung des Erhalts unserer Stellungnahme, sowie nach Erledigung Ihrer zeitnahen Prüfungen, um einen Bericht Ihrer Ergebnisse.	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 509 Privat Stn-Id: 283		BE-ID: 1163 Hiermit lege ich als Dettinger Bürger Einspruch gegen die geplanten Flächen 57 und 65 ein, den ich wie folgt begründe: 1. Viele Bürger der Gerstetter Alb haben in den letzten Jahren private Photovoltaik-Anlagen installiert. Vor allem deshalb wird der Energiebedarf inzwischen zu ca. 95 Prozent durch regenerative Energien gedeckt (Bericht zur Energiewende in Gerstetten). Es ist in keiner Weise erforderlich, weitere Windkraftanlagen zu errichten!	Wird zur Kenntnis genommen. In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt zudem für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Hinweis: Das Vorranggebiet 57 "Herbrechtingen" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Das Vorranggebiet 65 "Schönbühl" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird allerdings aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 509 Privat Stn-Id: 283		BE-ID: 1164 Insbesondere die aktuell geplante Errichtung des Windparks Gerstetten-Falkenstein stellt bereits eine massive Überschreitung des regionalen Energiebedarfs dar. Die Rücksprache mit dem Freiburger Betreiber des Windparks hat ergeben, dass der dort produzierte Strom nicht in die Region gehen wird. Vielmehr werden Windanlagen direkt an das Eselsburger Tal und das UNESCO-Welterbe „Höhlen und Eiszeitkunst der Schwäbischen Alb“ gebaut. Eine solche Zerstörung der Landschaft ohne Nutzen für die Region lehne ich ab.	Das genannte Vorranggebiet ("Dettingen/Hürben") im Bereich Gerstetten-Falkenstein war Inhalt der „Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014“ und wurde am 16. Oktober 2013 mit Satzungsbeschluss durch die Verbandsversammlung des Regionalverbands Ostwürttemberg festgelegt. Die Teilfortschreibung wurde durch das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur am 28. August 2014 genehmigt und mit der öffentlichen Bekanntmachung im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, Nr. 35 vom 05. September 2014 rechtskräftig. Die insgesamt 20 Vorranggebiet aus diesem Planungsverfahren sind bestandskräftig. Die Ausführungen beziehen sich insofern auf Inhalte, die nicht Bestandteil der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und somit nicht Gegenstand dieses Anhörungsverfahrens sind.
lfd. Ident-Nr.: 509 Privat Stn-Id: 283		BE-ID: 1166 2. Die Windhöfigkeit vor Ort und fehlende Stromspeicher erlauben keinen wirtschaftlichen Betrieb.	Die Berücksichtigung der mittleren gekappten Windleistungsdichte bei den Planungskriterien dient der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche. Der Windatlas

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Im Ergebnis stellt der Windatlas eine für die Region Ostwürttemberg durchschnittlich gute bis sehr gute Windleistungsdichten dar und bescheinigt ihr damit eine grundsätzliche Eignung für die Windenergienutzung. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen). Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung und damit der Flächensicherung gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Der Ausbau erneuerbarer Energien und deren Speichermöglichkeiten sind wesentlicher Bestandteil der Energiewende. Die konkrete Entwicklung von Möglichkeiten zur Speicherung des erzeugten Stroms ist jedoch nicht Gegenstand dieses Verfahrens. Sie obliegt insbesondere dem jeweiligen Gesetzgeber auf europäischer, bundesdeutscher und landesweiter Ebene, der den entsprechenden gesetzlichen Rahmen setzt. Nach §249a BauGB ist die Herstellung und Speicherung von Wasserstoff in den Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen unter bestimmten Bedingungen möglich.
lfd. Ident-Nr.: 509 Privat Stn-Id: 283		BE-ID: 1168 3. Die Überproduktion von Ökostrom, nicht ausreichend vorhandener Wind und Stromspeicher gehen zu Lasten der Steuerzahler, da eine massive Subventionierung der Anlagen erfolgt. Der aktuelle EEG-Finanzierungsbedarf ist stark angestiegen: Die Übertragungsnetzbetreiber forderten im Mai 2024 7,8 Milliarden Förderung vom Bund (Quelle: Handelsblatt vom 24.6.24, taz vom 22.5.24). Der Windpark Gerstetten-Falkenstein und die beiden beabsichtigten Gebiete stehen in keinem nachvollziehbaren Kosten-Nutzen-Verhältnis. Vielmehr wird die schützenswerte Landschaft der Schwäbischen Alb aufgrund nicht angepasster Politik zerstört. Die Finanzierung der Gemeindehaushalte über den Umweg subventionierter Windkraftanlagen lehne ich ab.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die o.g. gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Die Umsetzung der Energiewende ist gesellschaftspolitischer Konsens sowie Beschlusslage sowohl im Deutschen Bundestag als auch im Landtag von Baden-Württemberg. Sie hat überdies Eingang in zahlreiche europäische, nationale und landesgesetzliche Vorgaben gefunden. Die vorliegende Planung setzt diese Vorgaben um. Grundsätzliche Betrachtungen über die Ausgestaltung des Strommarktes sowie

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			finanzieller Anreize sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens, sondern wären im Zuge möglicher Gesetzesänderungen von den jeweiligen Gesetzgebern vorzunehmen. Hinsichtlich des in der Stellungnahme benannten Windparks "Gerstetten-Falkenstein" wird auf die Abwägung zur BE ID 1171 dieser Stellungnahme verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 509 Privat Stn-Id: 283		BE-ID: 1169 4. Es werden keine ausreichenden Abstände zu Wohnbebauungen eingehalten. 750 Meter im Gerstetter Gewann Steinhaus sind für angrenzende Bewohner nicht zumutbar.	Hinsichtlich des Kriteriums "Siedlungsabstand" hat die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg den Kommunen die Verringerung des regionalen Planungskriteriums "1.000m Umgebungsabstand" auf 750m eingeräumt, wenn dies mit einem Gemeinderatsbeschluss belegt werden kann. Für das Gebiet 43 "Gerstetten" wurde dem Regionalverband ein Gemeinderatsbeschluss zur Verringerung des Siedlungsabstandes seitens der Kommune Gerstetten vorgelegt, weshalb das genannte Vorranggebiet im 1. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 mit einem Abstand von 750m zu Siedlungsbereichen festgelegt wurde. Das Vorranggebiet 43 "Gerstetten" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg allerdings nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 510 Privat Stn-Id: 284		BE-ID: 1170 Hiermit lege ich als Dettinger Bürgerin Einspruch gegen die geplanten Flächen 57 und 65 ein, den ich wie folgt begründe: 1.Viele Bürger der Gerstetter Alb haben in den letzten Jahren private Photovoltaik-Anlagen installiert. Vor allem deshalb wird der Energiebedarf inzwischen zu ca. 95 Prozent durch regenerative Energien gedeckt (Bericht zur Energiewende in Gerstetten). Es ist in keiner Weise erforderlich, weitere Windkraftanlagen zu errichten!	Wird zur Kenntnis genommen. In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt zudem für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Hinweis: Das Vorranggebiet 57 "Herbrechtingen" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Das Vorranggebiet 65 "Schönbühl" ist für die Nutzung der Windenergie

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird allerdings aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 510 Privat Stn-Id: 284		BE-ID: 1171 Insbesondere die aktuell geplante Errichtung des Windparks Gerstetten-Falkenstein stellt bereits eine massive Überschreitung des regionalen Energiebedarfs dar. Meine persönliche Rücksprache mit dem Freiburger Betreiber des Windparks hat ergeben, dass der dort produzierte Strom nicht in die Region gehen wird. Vielmehr werden Windanlagen direkt an das Eselsburger Tal und das UNESCO-Welterbe „Höhlen und Eiszeitkunst der Schwäbischen Alb“ gebaut. Eine solche Zerstörung der Landschaft ohne Nutzen für die Region lehne ich ab.	Das genannte Vorranggebiet ("Dettingen/Hürben") im Bereich Gerstetten-Falkenstein war Inhalt der „Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014“ und wurde am 16. Oktober 2013 mit Satzungsbeschluss durch die Verbandsversammlung des Regionalverbands Ostwürttemberg festgelegt. Die Teilfortschreibung wurde durch das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur am 28. August 2014 genehmigt und mit der öffentlichen Bekanntmachung im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, Nr. 35 vom 05. September 2014 rechtskräftig. Die insgesamt 20 Vorranggebiet aus diesem Planungsverfahren sind bestandskräftig. Die Ausführungen beziehen sich insofern auf Inhalte, die nicht Bestandteil der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und somit nicht Gegenstand dieses Anhörungsverfahrens sind.
lfd. Ident-Nr.: 510 Privat Stn-Id: 284		BE-ID: 1173 2.Die Windhöfigkeit vor Ort und fehlende Stromspeicher erlauben keinen wirtschaftlichen Betrieb.	Die Berücksichtigung der mittleren gekappten Windleistungsdichte bei den Planungskriterien dient der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Im Ergebnis stellt der Windatlas eine für die Region Ostwürttemberg durchschnittlich gute bis sehr gute Windleistungsdichten dar und bescheinigt ihr damit eine grundsätzliche Eignung für die Windenergienutzung. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen). Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung und damit der Flächensicherung gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Der Ausbau erneuerbarer Energien und deren Speichermöglichkeiten sind wesentlicher Bestandteil der Energiewende. Die konkrete Entwicklung von Möglichkeiten zur Speicherung des erzeugten Stroms ist jedoch nicht Gegenstand dieses Verfahrens. Sie obliegt insbesondere dem jeweiligen Gesetzgeber auf europäischer, bundesdeutscher und landesweiter Ebene, der den entsprechenden gesetzlichen Rahmen setzt. Nach §249a BauGB ist die Herstellung und Speicherung von Wasserstoff in den Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen unter bestimmten Bedingungen möglich.
lfd. Ident-Nr.: 510 Privat		BE-ID: 1175 3.Die Überproduktion von Ökostrom, nicht ausreichend	Wird zur Kenntnis genommen. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 284		vorhandener Wind und Stromspeicher gehen zu Lasten der Steuerzahler, da eine massive Subventionierung der Anlagen erfolgt. Der aktuelle EEG-Finanzierungsbedarf ist stark angestiegen: Die Übertragungsnetzbetreiber forderten im Mai 2024 7,8 Milliarden Förderung vom Bund (Quelle: Handelsblatt vom 24.6.24, taz vom 22.5.24). Der Windpark Gerstetten-Falkenstein und die beiden beabsichtigten Gebiete stehen in keinem nachvollziehbaren Kosten-Nutzen-Verhältnis. Vielmehr wird die schützenswerte Landschaft der Schwäbischen Alb aufgrund nicht angepasster Politik zerstört. Die Finanzierung der Gemeindehaushalte über den Umweg subventionierter Windkraftanlagen lehne ich ab.	aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die o.g. gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Die Umsetzung der Energiewende ist gesellschaftspolitischer Konsens sowie Beschlusslage sowohl im Deutschen Bundestag als auch im Landtag von Baden-Württemberg. Sie hat überdies Eingang in zahlreiche europäische, nationale und landesgesetzliche Vorgaben gefunden. Die vorliegende Planung setzt diese Vorgaben um. Grundsätzliche Betrachtungen über die Ausgestaltung des Strommarktes sowie finanzieller Anreize sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens, sondern wären im Zuge möglicher Gesetzesänderungen von den jeweiligen Gesetzgebern vorzunehmen. Hinsichtlich des in der Stellungnahme benannten Windparks "Gerstetten-Falkenstein" wird auf die Abwägung zur BE ID 1171 dieser Stellungnahme verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 510 Privat Stn-Id: 284		BE-ID: 1176 4. Es werden keine ausreichenden Abstände zu Wohnbebauungen eingehalten. 750 Meter im Gerstetter Gewann Steinhaus sind für angrenzende Bewohner nicht zumutbar.	Hinsichtlich des Kriteriums "Siedlungsabstand" hat die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg den Kommunen die Verringerung des regionalen Planungskriteriums "1.000m Umgebungsabstand" auf 750m eingeräumt, wenn dies mit einem Gemeinderatsbeschluss belegt werden kann. Für das Gebiet 43 "Gerstetten" wurde dem Regionalverband ein Gemeinderatsbeschluss zur Verringerung des Siedlungsabstandes seitens der Kommune Gerstetten vorgelegt, weshalb das genannte Vorranggebiet im 1. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 mit einem Abstand von 750m zu Siedlungsbereichen festgelegt wurde. Das Vorranggebiet 43 "Gerstetten" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg allerdings nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 511 Privat Stn-Id: 285	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1177 Danke für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Planungsverfahren der Teilfortschreibung zur Windenergie 2025 im Ostalbkreis. Diese Möglichkeit erlaubt es uns, unsere Bedenken e im Planungsverfahren 54 innerhalb des Vorranggebiets 26 (Gebiet	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Vorranggebiet 54 "Ebnat" (sowie die umliegenden Gebiete 53 und 69), welches laut Windatlas einer geringeren Windhöffigkeit (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) unterliegt, befindet

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		südwestlich von Niesitz und Ebnat, Ostalbkreis), anzubringen. Wir sind der Meinung, dass das ausgewiesene Gebiet nicht die Voraussetzung für ein wirtschaftliches Arbeiten laut Windatlas BW erfüllen.	sich in der unmittelbaren Umgebung zum bestehenden Windpark Königsbronn / Ebnat. Da in diesem Bereich bereits Windenergieanlagen sowie die dazugehörige Infrastruktur vorhanden sind, wurde das Gebiet nicht pauschal für die Nutzung der Windenergie ausgeschlossen, sondern als Potenzialgebiet in die Gebietskulisse der ersten Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufgenommen. Dem Regionalverband wurde für das Gebiet 54 "Ebnat" ein rechnerischer Nachweis vorgelegt, welcher eine höhere Windhöffigkeit belegt, als im Windatlas dargestellt ist. Dieser Nachweis ist als plausibel zu bewerten (positive Umsetzungsprognose), weshalb die benannte Fläche als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen weiterverfolgt werden kann. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen). Hinweis: Aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange inkl. Windhöffigkeit werden im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 angepasst und das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 511 Privat Stn-Id: 285	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1178 Beim Ausbau der Windenergie ist auf eine gerechte Verteilung der Lasten zu achten. Als Ebnater Bürger möchten wir betonen, dass seit 2016 Ebnat und Niesitz durch umliegende Windparks erheblich belastet werden. Wir unterstützen nachhaltige Energiegewinnung und haben dies durch eigene Investitionen in Photovoltaik- und Solarthermieanlagen gezeigt. Die zahlreichen roten Blinklichter stören den Nachthimmel. Es beunruhigt uns, dass die vorgeschriebene „bedarfsgerechte Nachtkennzeichnung“ (BNK) erst kürzlich aktiviert wurde, was die Prioritäten der Betreiber in Frage stellt.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Anregungen und Kritik werden zur Kenntnis genommen. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Mit §§ 20 und 21 KlimaG hat die Landesregierung den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (1,8% Regionsfläche für Windenergie an Land und 0,2% Regionsfläche für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ziel dieser Teilfortschreibung ist die Umsetzung dieser gesetzlichen Vorgaben. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien für Vorranggebiete

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			für Windenergie in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Dennoch wurde zur Vermeidung einer räumlichen Umfassung (Umzingelung) die Umfassungswirkung durch Windenergieanlagen betrachtet. Diese ist für die Regionalplanung ein abwägungsrelevanter Belang, der über die visuelle Wahrnehmung der Anlagen definiert wird. Der freie Blick in die Landschaft wird dabei über Freihaltekorridore oder -bereiche gesichert. Die Vorgehensweise ist in der Begründung dokumentiert. Aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange werden im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 angepasst und das Vorranggebiet 53 nicht weitergeführt. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 511 Privat Stn-Id: 285	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1179 Der Ortschaftsrat Ebnat hat sich am 29. Februar 2024 in einer nichtöffentlichen Sitzung klar gegen den Ausbau der Windkraft bei Niesitz und Ebnat ausgesprochen. Wir erwarten, dass die Beschlüsse unserer gewählten Vertreter das nötige Gewicht in der politischen Willensbildung haben.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Der Teilfortschreibung Windenergie 2025 liegt ein nach den gesetzlichen Vorgaben und dem anerkannten Stand der Wissenschaft und Technik erarbeitetes Planungskonzept zugrunde.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Die Planungsverfahren der Regionalplanung sind transparent und demokratisch legitimiert. Teil des Verfahrens ist eine Beteiligung der Öffentlichkeit. Die prozeduralen und inhaltlichen Entscheidungen, von der Einleitung des Verfahrens bis hin zum Satzungsbeschluss des endgültigen Plans, treffen die Verbandsversammlungen. In der kommunal verfassten Regionalplanung in Baden-Württemberg sind die Entscheidungstragenden somit Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus der Region. Die Einwände des Ortschaftsrats Ebnat durch die Beschlussfassung am 29. Februar 2024 wurden uns im Rahmen der Anhörung vorgelegt und die Hinweise gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen einbezogen. Die betreffenden Vorranggebiet werden nach Abwägung aller Belange entsprechend angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 511 Privat Stn-Id: 285	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1180 Zu beachten ist ebenfalls die Carbon-Feinstaubbelastung, die durch die modernen Windräder erzeugt wird.	Wird nicht gefolgt Aufgrund von Umwelteinflüssen (UV-Strahlung, Wind, Temperaturwechsel u.a.) kommt es an den Rotoren von Windenergieanlagen zu Erosion und in Folge zur Freisetzung von Mikroplastik/Feinstaub, welches sich in der Umwelt ablagert. Nach einer Kurzinformation der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages (WD 8 - 3000 - 077/20 (8. Dezember 2020)) wird ein Maximalabtrag von ca. 1.400 t/a für alle ca. 31.000 Windkraftanlagen in Deutschland geschätzt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit liegt der tatsächliche Wert gem. IMES deutlich niedriger. Im Vergleich mit den vom Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik (UMSICHT) ermittelten Werte z.B. für Kunststoffemissionen in Form primären Mikroplastiks für Reifenabrieb (102.090 t/a) oder von Schuhsohlen (9.047 t/a) ist die Belastung durch Windenergieanlagen somit sehr gering Eine signifikante Erhöhung der Umweltbelastung durch Mikroplastik und eine Gesundheitsgefährdung des Menschen durch den Abrieb ist nicht belegt. Die aufgeworfene Anregung ist zudem nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern bezieht sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnte. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Fragen der verwendeten Baustoffe werden im Vorhabenzulassungsverfahren für die konkret beabsichtigten Anlagen geprüft und nachgewiesen und ggfls. werden Auflagen festgesetzt. Die vorliegende Teilfortschreibung dient der Steuerung und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			raumordnerischen Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen sowie dem Erreichen des gesetzlich festgelegten Flächenbeitragswerts von 1,8 % der Regionsfläche für Windenergie an Land. Wenn dieser Flächenbeitragswert nicht erreicht wird, gelten nach Ablauf des jeweiligen Stichtags die Rechtsfolgen des § 249 Abs. 7 Baugesetzbuch, d.h. Windenergieanlagen wären im Außenbereich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 Baugesetzbuch privilegiert zulässig und Darstellungen in Flächennutzungsplänen, Ziele der Raumordnung sowie sonstige Maßnahmen der Landesplanung könnten einem Vorhaben nach § 35 Absatz 1 Nummer 5, das der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dient, nicht entgegengehalten werden. Räumliche Steuerungsoptionen auf regionaler und kommunaler Ebene, wo Windenergieanlagen errichtet werden können, würden damit hinfällig. Die Steuerungswirkung der vorliegenden Teilfortschreibung ist damit unmittelbar vom Erreichen des Flächenbeitragswerts abhängig. Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie wurde eine sorgfältige Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG durchgeführt und das Gewicht jedes Belangs wurde angemessen berücksichtigt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Zudem ist es aus Sicht des Regionalverbands nicht sinnvoll, an die Abwägung Maßstäbe anzulegen, die zur Unterschreitung des Flächenziels führen, denn dann würde die oben beschriebene Steuerungswirkung des Regionalplans entfallen und dem Anliegen würde gar keine Rechnung mehr getragen werden.
lfd. Ident-Nr.: 511 Privat Stn-Id: 285	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1181 Wir haben bereits Belastungen, wie die 380kV-Hochspannungsleitung, die Kläranlage Ebnat/Niesitz, den Verkehrslandeplatz Aalen-Elchingen und die geplante Groß-Photovoltaikanlage bei Niesitz/Diepertsbuch. Auch die bevorstehende Ansiedelung der Firma Carl Zeiss im Norden von Ebnat wird mit Sicherheit zu zusätzlichen Belastungen führen.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die aufgeführten Aspekte werden zur Kenntnis genommen. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Der Regionalverband erkennt die Belastung des Raumes Ebnat. In Verbindung mit anderen im Rahmen der 1. Anhörung eingebrachten Belangen wird die Gebietskulisse zur 2. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 überarbeitet.
lfd. Ident-Nr.: 511 Privat Stn-Id: 285	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1182 Die geplante Erweiterung des Windparks lehnen wir ab. Wir erwarten eine frühzeitige und transparente Einbindung in die Planungsprozesse. Es ist inakzeptabel, dass wesentliche Informationen in einer Veranstaltung in Schwäbisch Gmünd und Heidenheim präsentiert wurden, ohne die Betroffenen vor Ort (Aalen) umfassend zu informieren.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Teilregionalplans bestehen zahlreiche gesetzlich normierte Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit. Diese richten sich nach den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg (LplG). Die Frist zur Beteiligung der Öffentlichkeit ergibt sich aus § 9 Abs. 2 ROG i.V.m. § 12 Abs. 3 LplG: Sie beträgt i.d.R. einen Monat. Bei der Beteiligung ging der Regionalverband Ostwürttemberg zur Steigerung der Transparenz und zur Ermöglichung zusätzlicher Beteiligung über dieses gesetzlich geforderte Maß hinaus. Über ein eigens dafür eingerichtetes Online-Beteiligungstool war die Abgabe von Hinweisen, Anregungen und Änderungsvorschlägen auch digital möglich. Alle Beteiligungsmöglichkeiten wurden in den regionalen Medien und im Internet angekündigt. Die Verfahrensunterlagen waren während der Öffentlichkeitsbeteiligung zusätzlich auf der Internetseite des Regionalverbandes einsehbar. Zusätzlich zu den gesetzlich vorgesehenen Beteiligungsmöglichkeiten hat der Regionalverband Ostwürttemberg weitere Informations- und Beteiligungsangebote, z. B. ein Informationsangebot auf der Homepage und drei öffentliche Informationsveranstaltungen in der Region (Ellwangen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd) vor Beginn der ersten formellen Anhörung umgesetzt. Diese wurden ebenfalls in den regionalen Medien und im Internet angekündigt. Alle eingegangenen Anregungen und Hinweise wurden sorgfältig geprüft und abgewogen. Aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange werden im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 angepasst und das Vorranggebiet 53 nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 512 Fürst Wallerstein Forstbetriebe Stn-Id: 286		BE-ID: 1183 die Fürst Wallerstein Forstbetriebe, Inh. Carl-Eugen Prinz zu Oettingen-Wallerstein, begrüßen ausdrücklich den vorliegenden 1. Anhörungsentwurf und nehmen wie folgt Stellung zu der vorliegenden Planung für die Gebiete 45 und 49:	Wird zur Kenntnis genommen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 512 Fürst Wallerstein Forstbetriebe Stn-Id: 286	VRG 49 Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen	BE-ID: 1184 Gebiet 45 Das Gebiet in der Nähe von Dehlingen und des Ohrengipfel erscheint aus unserer Sicht sehr gut für eine Windkraftnutzung geeignet. Neben der bereits bestehenden Infrastruktur (Bundesstraße und 110 kV Hochspannungsleitung) und der sonstigen Nutzung (Steinbruch) käme Windkraftnutzung hinzu bzw. würde an einen vorhandenen Windpark anschließen – eine Konzentrationswirkung wäre somit ideal gegeben und sollte unseres Erachtens für diesen Bereich ausschlaggebend sein. Die (bereits teilweise vorhandene) Nutzung des Gebiets für Windkraft spiegelt dies auch wider: die Topografie (Windhöffigkeit, Lage zur Hauptwindrichtung), die Art des vorhandenen Waldbestandes (überwiegend jüngere, nadelholzbetonte Bestände) und die Entfernung zu Siedlungen machen diesen Standort für Windkraft sehr attraktiv. Die Ausweisung eines Vorranggebietes an diesem Standort ist deshalb ausdrücklich zu begrüßen. Sie vergrößert das Potential für regionale Wertschöpfung deutlich.	Wird zur Kenntnis genommen Bei dem in der Stellungnahme beschriebenen Gebiet handelt es sich um das Vorranggebiet 49 "Erweiterung Weilermekringen / Dehlingen". Das Gebiet 49 wurde aufgrund von Anregungen zum 1. Anhörungsentwurf angepasst und wird nach Beratung und Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 512 Fürst Wallerstein Forstbetriebe Stn-Id: 286	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 2229 Gebiet 49 Dieses Gebiet umfasst Flächen in den Gemeinden Unterschneidheim und Tannhausen. Der Standort ist sehr gut geeignet: Topografie (Anströmung aus den Hauptwindrichtungen), vorhandener Waldbestand (vorwiegend jüngere nadelholzbetonte Bestände) sowie auch die Möglichkeit, auf großer Fläche siedlungsfern planen zu können, sind als positiv zu bewerten. Nicht zuletzt wird die Windkraft in der Gemeinde Unterschneidheim heute wie in Zukunft als bedeutende Möglichkeit gesehen, die regionale Wertschöpfung nachhaltig zu erhöhen. Hinweisen möchten wir auf den Zuschnitt im Bereich der Gemeinde Tannhausen. Hier wäre es aus unserer Sicht sinnvoll, im nördlichen Bereich die Kulisse nach Norden zu erweitern – wie bereits ursprünglich vorgesehen, und zwar in den Bereichen westlich und östlich der sog. Baronenweiher (diese werden umfasst vom Flurstück 4636 Gemeinde Tannhausen). Aus unserer Sicht sind in diesem Waldgebiet mit vielen jungen Nadelholzbeständen Vogelschutz und Windkraftnutzung nicht konfliktbehaftet bzw. schließen sich nicht aus, weil ausreichend Abstand zu den beiden Weihern besteht bzw. der Bereich rund um die Weiher ohnehin frei von Wald ist. Die aktuelle nördliche Grenze des Vorranggebietes scheint primär geometrischen Aspekten zu folgen, in dem eine gerade, in ost-westlicher Richtung verlaufende	Wird zur Kenntnis genommen Bei dem in der Stellungnahme beschriebenen Gebiet handelt es sich um das Vorranggebiet 45 "Unterschneidheim / Tannhausen". Das Gebiet 45 ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb es im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Im Zuge der Erarbeitung des 1. Anhörungsentwurfes der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wurden mögliche Potenzialflächen - sog. Suchräume - zu konkreten Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen ausgeformt. Bei dem benannten Vorranggebiet 45 "Unterschneidheim / Tannhausen" erfolgte hierbei (u.a. unter Anwendung des planerischen Spielraumes) eine Konzentration auf die windhöffigen Bereiche (>215 W/m² laut Windatlas) und deren direkter Umgebung. Der nördliche Bereich wurde aufgrund der Lage (östlich und westlich des FFH-Gebiets "Rotachtal" einerseits und aufgrund der Belastung des Raumes als planerischer Abwägungsbelang andererseits nicht als Vorranggebiet weitergeführt. Dem Erweiterungsvorschlag wird nicht gefolgt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Linie gezogen wurde. Diese Grenze führt dazu, dass Waldfläche nördlich dieser Linie in jeglicher Entfernung zu den Weihern und dem umgebenden Frei- bzw. Offenland entfiele. Geeignete Waldfläche wird somit pauschal ausgeschlossen, zumal wenn nicht klar ist, welche Eigenschaften die Lebensräume an den Weihern auszeichnen und in welchem Zusammenhang diese mit den angrenzenden Waldflächen stehen.	
lfd. Ident-Nr.: 513 Privat Stn-Id: 287	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 1185 Hiermit erheben wir Einspruch gegen den geplanten Windpark bei Geislingen und Ellrichsbronn.	Wird zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass durch die Teilfortschreibung Windenergie 2025 Gebiete festgelegt werden, in denen die Nutzung der Windenergie Vorrang vor anderen regionalbedeutsamen Nutzungen Vorrang hat. Die anschließende Windparkplanung ist nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene.
lfd. Ident-Nr.: 513 Privat Stn-Id: 287	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 1186 Durch die enorme Höhe und die hohe Anzahl Ihrer geplanten Windräder sowie die abzusehende Geräuschkulisse ist zu erwarten, dass sich die Lebensqualität von Menschen und Tieren in einem großen Umkreis negativ verändern wird.	Wird zur Kenntnis genommen. In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden zwischen Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen und bspw. Wohngebieten Umgebungsabstände eingehalten, um den Menschen vor erheblichen, potenziell schädlichen Einflüssen zu schützen. Die im Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 festgelegten Siedlungsabstände berücksichtigen den öffentlichen Belang einer optisch bedrängenden Wirkung gem. § 249 Abs. 10 BauGB umfassend. Darüber hinaus ist die Festlegung eines größeren Siedlungsabstandes (>1.000 m) im Plankonzept der genannten Teilfortschreibung und auf regionaler Planungsebene gem. § 249 Abs. 9 BauGB nicht möglich. Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Anlagentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Im nachfolgenden Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) wird die Einhaltung der Mindestabstände zu Siedlungsbereichen und der immissionsschutzrechtlichen Belange bei Vorliegen konkreter Anlagenstandorte geprüft. Die Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Für Flora und Fauna besonders hochwertige Lebensräume sind im Planungskonzept als Ausschluss- und Einzelfallkriterien berücksichtigt, (vgl. Kriterienkatalog - Zweckdienliche Unterlage zur Teilfortschreibung Windenergie 2025). Weitergehende Forderungen nach dem Erhalt einer objektiv vorhandenen oder subjektiv wahrgenommenen Wohn- und Lebensqualität gehen über den gesetzlichen Immissionsschutz- und den regionalplanerischen Vorsorgeanspruch hinaus. Die Beurteilung der Lebensqualität wird von verschiedenen Faktoren bestimmt, z.B. dem materiellen Lebensstandard, der Bildung, den Berufschancen, dem sozialen Status, der Gesundheit, der den Wohnort umgebenden Natur. Die Gewichtung dieser Faktoren ist subjektiv und kann sich von Person zu Person stark unterscheiden. Auch die Wohnqualität kann mangels objektiver Maßstäbe nicht allgemeingültig definiert werden. Windenergieanlagen können einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und -unabhängigkeit Deutschlands leisten und damit mittelbar zum Erhalt der Lebensqualität beitragen bzw. Beeinträchtigungen der Lebensqualität vermeiden. Je nach Einstellung des Individuums zum Thema Windenergienutzung kann die Sicherung der Vorranggebiete für Windenergie im räumlichen Umfeld zum eigenen Wohnort daher ebenso positiv wie negativ zur Wohn- und Lebensqualität beitragen. Fragen zur Wohn- und Lebensqualität von Einzelpersonen können auf regionalplanerischer Ebene daher weder beeinflusst noch beurteilt werden und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Die

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Teilfortschreibung dient der Flächensicherung für die Windenergienutzung gemäß dem gesetzlichen Planungsauftrag.
lfd. Ident-Nr.: 513 Privat Stn-Id: 287	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 1187 Des Weiteren ist von einem deutlichen Wertverlust unserer Immobilien in Ellrichsbronn, sowie unserer Grundstücksflächen im Umkreis auszugehen.	Die Teilfortschreibung dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Beurteilung des Immobilienwertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob Wertminderungen durch Windenergieanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls, insbesondere im Falle eines tatsächlichen Verkaufs der Immobilie ab. Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass der Wert und die Preisentwicklung von Immobilien von ökonomischen und demografischen Einflüssen dominiert werden und nicht von Windenergieanlagen. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kaum möglich, den Anstieg oder den Rückgang des Verkehrswertes eines bebauten oder unbebauten Grundstücks auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen (s. Landtag von Baden-Württemberg (2019): Kleine Anfrage des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Wertminderung von Immobilien infolge von Windkraftanlagen II (Drucksache 16 / 5820), 26. Februar 2019, Stuttgart (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5820_D.pdf). Daher und wegen des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ist es aus Sicht des Regionalverbands weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen.
lfd. Ident-Nr.: 513 Privat Stn-Id: 287	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 1188 Dies werden wir nicht ohne Weiteres akzeptieren und behalten uns weitere Schritte vor, sollte das Windpark-Projekt in dieser Form geplant werden.	Wird zur Kenntnis genommen. Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass die Teilfortschreibung Windenergie 2025 Gebiete festgelegt werden, in denen die Nutzung der Windenergie Vorrang vor anderen regionalbedeutsamen Nutzungen Vorrang hat. Die konkrete Windparkplanung ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und somit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung. Das Vorranggebiet 45 "Unterschneidheim / Tannhausen" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg mit geringfügigen Anpassungen weitergeführt wird.
lfd. Ident-Nr.: 515 Privat Stn-Id: 290		BE-ID: 1367 Namens und im Auftrag meiner Mandanten gebe ich zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg die nachfolgende Stellungnahme ab.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Die „Teilfortschreibung Windenergie 2025“ wird gemäß den aktuell geltenden planerischen und rechtlichen Vorgaben für Regionalplanverfahren basierend auf den geltenden Landes- und Bundesgesetzen sowie EU-Verordnungen durchgeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Die Stellungnahme für meine Mandantschaft bezieht sich auf die folgende ursprüngliche Potenzialfläche: Adelmannsfelden/Bühler/Eiwald. --> siehe Abbildung anbei A. Prüffläche Der Ausweisung der Fläche Adelmannsfelden/Bühler/Eiwald stehen mehrere öffentliche Belange entgegen, die im Folgenden aufgezeigt werden. Generell fällt auf, dass im Rahmen des Planverfahrens keine konkreten Gutachten zu den einzelnen Themenbereichen ausgelegt werden. Es muss aus diesem Grund davon ausgegangen werden, dass der Regionalplaner zu den einzelnen Themenbereichen überhaupt keine Gutachten eingeholt hat, sondern einzig und allein aufgrund beigezogener Unterlagen über die einzelnen Prüfflächen und deren Ausweisung entscheiden will. Offensichtlich will der Regionalplaner die Erörterung eventuell entgegenstehender öffentlicher Belange in den Bereich des Genehmigungsverfahrens für einzelne Windkraftanlagen oder Windparks verschieben. Diese Vorgehensweise ist jedoch unzulässig und führt aus diesem Grund zur Rechtswidrigkeit der gesamten Planung. Dies zeigt sich bereits in der Behandlung des Natur- und Artenschutzes. Dem Planungsverband liegen keine konkreten Unterlagen zum Naturschutz vor. Nach den Gesetzesänderungen der Bundesregierung durch das Wind-an-Land-Gesetz (WaLG) und das WindBG sollen Windeignungsgebiete ausgewiesen werden, die bei Erreichen des Flächenbeitragswerts eines jeden Landes Ausschlusswirkung betreffend der übrigen Landesfläche entfalten sollen. Bis zum Erreichen dieses Flächenbeitragswerts gibt es allerdings keine Ausschlussgebiete. Ungeachtet dessen können die einzelnen Gemeinden im Rahmen der Bauleitplanung zusätzliche Flächen ausweisen, die jedoch als solche keine Ausschlusswirkung entfalten können. Die Bundesregierung hat wiederholt Notverordnungen zur Sicherung des Energiebedarfs erlassen. Dadurch werden insbesondere	Die Stellungnahme bezieht sich auf das rechtskräftige Vorranggebiet Bühler (Ihre Bezeichnung: Adelmannsfelden/Bühler/Eiwald) auf den Gemarkungen Adelmannsfelden und Abtsgmünd. Dieses Vorranggebiet war Inhalt der „Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014“ und wurde am 16. Oktober 2013 mit Satzungsbeschluss durch die Verbandsversammlung des Regionalverbands Ostwürttemberg festgelegt. Die Teilfortschreibung wurde durch das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur am 28. August 2014 genehmigt und mit der öffentlichen Bekanntmachung im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, Nr. 35 vom 05. September 2014 rechtskräftig. Die insgesamt 20 Vorranggebiet aus diesem Planungsverfahren sind bestandskräftig und nicht Teil der laufenden „Teilfortschreibung Windenergie 2025“. Eine Darstellung der Bestandsgebiete in den Verfahrensunterlagen zur laufenden Teilfortschreibung Windenergie 2025 erfolgt für die erforderliche Betrachtung der Inhalte des Gesamtplans und die Bewertung möglicher Bündelungsoptionen. Eine Neuplanung oder Überprüfung der Bestandsgebiete erfolgt nicht. Eine entsprechende kartographische und textliche Differenzierung und Kennzeichnung als Bestand mit Hinweis auf das abgeschlossene Verfahren wurde in den Verfahrensunterlagen vorgenommen. Die Ausführungen beziehen sich insofern auf Inhalte, die nicht Bestandteil der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und somit nicht Gegenstand dieses Anhörungsverfahrens sind.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Einschränkungen durch Naturschutz, Landschaftsschutz, Bodenschutz, Waldschutz, Denkmalschutz, regionale Grünzüge, Wasserschutz extrem eingeschränkt. Dies alles sind Folgen der maximalen Höherstufung des Ausbaus der Windenergie durch die Verleihung des Prädikats „überragendes öffentliches Interesse“. Diese rechtlichen Vorgänge begegnen jedoch erheblichen rechtlichen Bedenken. Der Gesetzgeber hat in § 35 Abs. 3 S. 1 BauGB jene Gründe ausdrücklich benannt, die der Verwirklichung sogenannter privilegierter Vorhaben im Außenbereich entgegenstehen. Durch die Gesetzesänderungen bzw. Erlass der Notverordnung werden diese Schutznormen nahezu bedeutungslos. Der Regionalplaner weist auf die gesetzlichen Neuregelungen der Bundesregierung hin und will diese grundsätzlich zum Gegenstand der Planung machen: § 2 EEG schreibt das überragende öffentliche Interesse an der Nutzung der erneuerbaren Energien fest und regelt zudem in Satz 2 einen befristeten „vorrangigen Belang“ der erneuerbaren Energien in Schutzgüterabwägungen. Zudem bestimmt er, dass die Anlagen der öffentlichen Sicherheit dienen. Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2023 bekommt der Ausbau der Erneuerbaren Energien ein deutlich stärkeres Gewicht als in der Vergangenheit. Damit liegen die Errichtung und der Betrieb von Anlagen der erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse; die Anlagen dienen der öffentlichen Sicherheit. Den räumlichen Erfordernissen für eine kostengünstige, sichere und umweltverträgliche Energieversorgung ist gemäß § 2 Nr. 4 ROG von Seiten der Raumordnung Rechnung zu tragen. Dazu hat die Raumordnung nach § 2 Nr. 6 ROG die räumlichen Erfordernisse des Klimaschutzes und der Klimawandelanpassung einzubeziehen und u. a. die räumlichen Voraussetzungen für den Ausbau erneuerbarer Energien zu schaffen. Hierzu folgende Anmerkungen des Unterfertigten: Die gesetzlichen Neuerungen in § 2 EEG und § 45b BNatSchG sind aus hiesiger Sicht rechtswidrig. Diese Regelung in § 2 EEG und auch die Regelung in § 45b BNatSchG (überragendes öffentliches Interesse und öffentliche Sicherheit) führen dazu, dass die Abwägungsentscheidungen der Belange der Windkraftbetreiber und des Naturschutzes nicht nur in	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		„Schieflage“ geraten, sondern dass eine massive Bevorzugung der Windkraftanlagen ohne hinreichenden Grund und unter Missachtung bundesrechtlicher Vorgaben erfolgt. Insbesondere liegt ein Verstoß gegen die Vogelschutzrichtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten vor. Danach dient die Vogelschutzrichtlinie der Erhaltung der Bestände sämtlicher im Gebiet der Europäischen Union natürlicherweise vorkommenden Vogelarten einschließlich der Zugvogelarten, indem sie die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu Erhaltung und Wiederherstellung der Lebensstätten und Lebensräume verpflichtet, die insbesondere durch die Errichtung von Schutzgebieten sowie durch die Einführung artenschutzrechtlicher Schutzvorschriften. Diesen Erfordernissen ist der Bundesgesetzgeber mit § 44 Abs. 1 BNatSchG nachgekommen. Durch die von der Bundesregierung eingeführten Ausnahmevorschriften in § 45b BNatSchG wird dieser ursprüngliche Schutz des § 44 Abs. 1 BNatSchG unionsrechtswidrig ausgehöhlt bzw. teilweise sogar beseitigt. Abweichungen sind nur nach Art. 9 Abs. 1 V-RL erlaubt und zwar im Interesse der Gesundheit und der öffentlichen Sicherheit (Buchstabe a). Der Bundesgesetzgeber legt mit der neuen Regelung fest, dass der Betrieb einer Windkraftanlage stets der öffentlichen Sicherheit dient. Es wird aber damit verkannt, dass es einem Mitgliedstaat verwehrt ist, einen unionsrechtlichen Begriff rein national zu definieren, um über diesen Weg in den Anwendungsbereich einer Ausnahmeregelung in der V-RL zu gelangen. In Rechtsprechung und Literatur ist seit langem geklärt, dass jeder im Unionsrecht verwendete Begriff autonom in seinem spezifischen unionsrechtlichen Sinne aus sich selbst heraus auszulegen ist, und dass es wegen der notwendig einheitlichen Geltung des Unionsrechts unter allen Mitgliedstaaten keine Verweisung auf innerstaatliche Sinngehalte geben kann. Insoweit ist zu verweisen auf zwei Entscheidungen des EuGH aus den Jahren 2018 und 2019; vgl. EuGH, Urteil vom 6.3.2018 - C-284/16 Rn. 33 EuGH, Urteil vom 11.4.2019-C-483/17 Rn. 36 sowie auf die weitere Entscheidung des EuGH, Urteil vom 10.12.2018-C-621/18, Rn. 47.	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Hierin ist unter anderem klar festgelegt, dass das Unionsrecht dadurch gekennzeichnet ist, dass es einer autonomen Quelle entspringt und Vorrang vor dem Recht der Mitgliedstaaten hat. Dies deckt sich letztlich auch mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, wonach der Grundsatz der autonomen Auslegung des Unionsrechts von deutschen Gerichten beachtet werden muss; vgl. BVerfG, Beschluss vom 9.1.2001 - 1 BvR1036/99. Speziell hinsichtlich der öffentlichen Sicherheit hat der EuGH ausgeführt, dass dieser Begriff streng zu verstehen ist, sodass „ihr Umfang nicht einseitig von jedem der Mitgliedstaaten ohne Kontrolle durch die Organe der Europäischen Gemeinschaft festgelegt werden kann." Damit verbietet sich das Vorgehen der Bundesregierung für einen einzelnen Mitgliedstaat den unionsrechtlichen Begriff der „öffentlichen Sicherheit" eigenständig-zumal entgegen der EuGH-Rechtsprechung und undifferenziert zu definieren. § 2 EEG sowie § 45b BNatSchG verstoßen dementsprechend gegen Art. 9V-RL. Eine konkrete Einzelfallabwägung zwischen dem Artenschutz und anderen Belangen kann deshalb auf dieser Grundlage nicht mehr erfolgen. Es ist davon auszugehen, dass die bezeichneten Neuregelungen europarechtlicher Prüfung nicht standhalten werden. Auf den Verstoß gegen Art. 20a GG wird ebenfalls verwiesen. Des Weiteren wurde auf Drängen der Bundesregierung auf EU-Basis die Möglichkeit des Erlasses von Notverordnungen zur Errichtung von Windkraftanlagen durchgesetzt, die wiederum in nationales Recht derzeit umgesetzt werden. Hierzu ist anzumerken, dass allein schon die Verfügung dieser „EU-Notverordnung“ auf EU-Basis sowohl gegen die artenschutzrechtlichen Vorgaben der Vogelschutzrichtlinie und weiterer Schutznormen für den Artenschutz verstoßen sowie gegen die bisherige ständige Rechtsprechung des EuGHs zu diesem Themenbereich. Darüber hinaus ist derzeit der Erlass einer „Notverordnung“ wegen Energiekrise rechtswidrig. Der Ausfall der Stromversorgung in Deutschland war zwar ursprünglich befürchtet worden, nachdem wegen verhängter Sanktionen sowohl die Erdgaslieferungen als nun auch die	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Rohöllieferungen aus Russland eingestellt wurden. Zwischenzeitlich hat sich die Lage aber derart entspannt, dass für eine Notverordnung kein Raum mehr bleibt. Die Gasspeicher sind gefüllt. Die Bundesregierung plant sogar die Errichtung von Gaskraftwerken. Auch die Prognosen für die Gasversorgung in den kommenden Jahren sind nach Aussage der Erdgasbetreiberfirmen und entsprechender Gutachter absolut gesichert. Gleiches gilt für die Versorgung mit Treibstoffen. Es hat zwar eine gewisse Teuerung stattgefunden. Die Versorgungslage ist aber nach wie vor in jeglicher Hinsicht gesichert. Insoweit verweise ich auf die erstatteten Gutachten sowie die Meldungen aus der Presse. Folglich sind weitere Maßnahmen, Gesetze und Verordnungen auf der Grundlage einer Notverordnung rechtswidrig. Der Ausbau erneuerbarer Energien ist grundsätzlich zu befürworten. Dies darf aber nicht auf dem Rücken des Artenschutzes und Naturschutzes ausgetragen werden. Die Maßgaben des § 45 Abs. 7 BNatSchG sowie den Neuregelungen in § 45b BNatSchG fehlt insoweit die Rechtsgrundlage. Aufgrund dieser Neuregelungen findet im Ergebnis keine Artenschutzprüfung mehr statt. Dies folgt auch aus den Regelungen der §§ 249 und 245 e BauGB. Der Naturschutz und der Artenschutz werden nach diesen Regelungen komplett ignoriert und ausgeschaltet. Die bisherigen Regelungen haben den Naturschutz und Artenschutz bereits stark zurückgedrängt. Eine Naturschutz- und Artenschutzprüfung war aber immer noch möglich. Die jetzigen Regelungen verstoßen gegen nationales Recht aber auch gegen Unionsrechts. Dementsprechend ist auch die deutsche Gerichtsbarkeit verpflichtet, europäische Vorgaben bei der Beurteilung von Klageverfahren wie in vorliegendem Fall zu beachten. Gleiches gilt auch für die anderen ebenfalls eingeschränkten entgegenstehenden Belange. Im Übrigen sei der Regionalplaner darauf hingewiesen, dass der Regionalplan als solcher grundsätzlich über ein Jahrzehnt und mehr Gültigkeit haben soll, wohingegen die Notverordnung in Kürze auslaufen wird. Unter diesen Gesichtspunkten ist nicht nachvollziehbar, wie das Ziel	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		der Vereinbarkeit zwischen Windkraft und Naturschutz erreicht werden soll. Die politischen Vorgaben ignorieren den Naturschutz, Wasserschutz, Landschaftsschutz, Bodenschutz, Denkmalschutz und die weiteren Schutznormen einseitig zugunsten der Windkraft, wenngleich auch in der Öffentlichkeit anderes behauptet wird. Festzustellen ist insbesondere eine völlig übereilte und damit auch oberflächliche Raumplanung, wie im Folgenden noch ausgeführt wird. Im Einzelnen: B. Entgegenstehende öffentliche Belange I. natur- und artenschutzrechtliche entgegenstehende Belange Der Ausweisung der Vorrangfläche Adelmannsfelden/Bühler/Eiwald stehen Belange des Naturschutzes entgegen. Eine Ausweisung als Vorrangfläche zur Nutzung der Windenergie scheidet aus, wenn bereits jetzt erkennbar ist, dass eine spätere immissionsschutzrechtliche Genehmigung nicht erteilt werden kann. Gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG darf eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung nur dann erteilt werden und eine Positivplanung nur dann erfolgen, wenn sichergestellt ist, dass die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden und gem. Nr. 2 der Vorschrift andere öffentlich-rechtliche Vorschriften der Errichtung und dem Betrieb der Anlage nicht entgegenstehen. Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BImSchG dürfen von immissionsträchtigen Anlagen keine schädlichen Umwelteinwirkungen, sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorgerufen werden. Die in § 6 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG angesprochenen „anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften” verweisen insbesondere auf die entgegenstehenden öffentlichen Belange, definiert in § 35 Abs. 3 BauGB, wobei die in § 35 Abs. 3 BauGB vorhandene Auflistung der entgegenstehenden öffentlichen Belange nur exemplarisch aber nicht abschließend ist. Nach § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 BauGB liegt eine Beeinträchtigung	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		öffentlicher Belange vor, wenn das Vorhaben die Belange des Naturschutzes beeinträchtigt. Die Belange des Naturschutzes sind unabhängig vom Naturschutzrecht zu prüfen und unterliegen der vollen gerichtlichen Kontrolle. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat in einem Urteil aus dem Jahr 2011 bereits entschieden, dass schon im Regionalplanverfahren entgegenstehende Belange bei der Ausweisung von Vorranggebieten zur Nutzung der Windenergie berücksichtigt werden müssen, wenn sie im Rahmen der Planung bekannt werden. Dementsprechend verweise ich auf das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes vom 17.11.11, AZ: 2 BV 10.2295, das für die Regionalplanung gilt mit folgendem Inhalt: ”Sprechen bei der Änderung eines Regionalplans mehrere weiche Ausschlusskriterien gegen die Festlegung einer Fläche als Vorranggebiet für Windkraftanlagen und damit auch für den Ausschluss des Gebiets, so ist dieses in Aufstellung befindliche Ziel der Raumordnung soweit konkretisiert, dass es als unbenannter öffentlicher Belang nach § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB einer dort geplanten Windkraftanlage entgegenstehen kann.” Dies bedeutet im Klartext, dass schon im Regionalplanverfahren entgegenstehende öffentliche Belange zu berücksichtigen sind, wenn entsprechende Hinweise vorhanden sind oder vorgetragen werden. Zu diesen öffentlichen entgegenstehenden Belangen gehören der sog. vorbeugende Immissionsschutz i. S. d. § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 BauGB, aber auch die naturschutzrechtlichen und landschaftsschutzrechtlichen Belange sowie Belange des Waldschutzes, des Wasserschutzes, des Bodenschutzes, den Schutz vor Verunstaltung des Landschaft- und Ortsbildes sowie die weiteren in § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB genannten Belange. Grundsätzlich müssen solche Planungen unterbleiben, auf deren Grundlage wegen entgegenstehender Belange des § 35 Abs. 3 S. 1 BauGB im späteren Verfahren keine Genehmigung erteilt werden kann und darf. Auch die aktuelle Bundesregierung hat die Prüfung naturschutzrechtlicher Belange bereits im Planverfahren favorisiert,	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		wenn auch aus anderen Gründen. Zum einen soll die naturschutzrechtliche Prüfung nur noch als sogenannte „strategische Umweltprüfung“ (SUP) durchgeführt werden. Zum anderen soll dies dann auch für das Genehmigungsverfahren genügen. Diese sogenannte strategische Umweltprüfung war ursprünglich lediglich als erste überschlägige Prüfung vom Gesetzgeber gedacht, sollte aber keinesfalls eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung ersetzen. Diese jetzt praktizierte Missachtung der möglicherweise entgegenstehenden naturschutzrechtlichen Belange kann weder mit der Rechtsordnung der Bundesrepublik noch mit europäischer Gesetzeslage und Rechtsprechung in Einklang stehen. Wie bereits oben ausgeführt, hat im Bereich des Artenschutzes keine konkrete Prüfung dieser Prüffläche stattgefunden. Dem Regionalen Planungsverband liegen nicht die geringsten Unterlagen über den tatsächlichen Naturschutz vor, wie bereits oben ausgeführt. Dennoch unternimmt der Regionalplaner eine Naturschutzfachliche Bewertung im Rahmen der SUP. Damit verstößt der Planer eindeutig gegen die planerischen Voraussetzungen des § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB i.V.m. § 44 Abs. 1 BNatSchG. Dementsprechend verdient der sogenannte “Umweltbericht“ diese Bezeichnung nicht. Eine vertiefte Prüfung ist nirgendwo ersichtlich. Zu verweisen ist an dieser Stelle auf den Vortrag im bisherigen Verfahren: Der Sachverständige Widmann betont an einigen Stellen der Begutachtung, das durchaus massivere Raumnutzung durch die einzelnen festgestellten windkraftempfindlichen Vogelarten bestehen kann. Meine Mandantschaft, die von ihrem Wohnhaus aus nahezu das gesamte Plangebiet überschauen kann, besitzt darüber hinaus weitreichende Aufzeichnungen hinsichtlich der Raumnutzung artengeschützter Vögel, insbesondere der Vogelart Rotmilan und Schwarzstorch. Gerade die bislang vorhandene Begutachtung hinsichtlich des Rotmilans ist weitestgehend unvollständig und unzureichend. Meine	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Mandantschaft bestätigt die regelmäßige Raumnutzung des gesamten betroffenen Gebietes durch den Rotmilan auch durch Überflug im Wechsel zwischen einzelnen Habitatgebieten. Die Häufigkeit des Auftretens des Rotmilans weist darüber hinaus auf in der Nähe befindliche Horste eindeutig hin. Hierbei handelt es sich vermutlich auch um mehrere Horste. Es dürfte seitens des Gutachters Herrn Widmann wohl auch nicht in Frage stehen, dass die wenigen Beobachtungszeitpunkte im Jahr 2012 mit jeweils nur 1 - 2 Stunden (5 Termine im Jahr 2012) und nochmals 4 Beobachtungstermine im Jahr 2013 nicht ausreichend sind, um erfahrungsgemäß schwer auffindbare Rotmilanhorste in Erfahrung zu bringen. Schon gar nicht genügen diese wenigen Termine um Aussagen über die Raumnutzung abzugeben. Darüber hinaus dürfte ebenfalls unstreitig sein, dass das Beobachtungsjahr 2013 und insbesondere das Frühjahr bis einschließlich Ende April 2013 auf Grund viel zu kalter und nasser Witterung nicht geeignet war, ein repräsentatives Bild hinsichtlich naturschutzfachlicher Beurteilung abzugeben. Viele betroffene Arten haben im Jahr 2013 ihre Brutstandorte erst gar nicht aufgesucht oder haben mit der Brut nicht begonnen oder es wurden Bruten abgebrochen. Dementsprechend erfolgte auch kein repräsentatives Flugverhalten. Diese schlechten Voraussetzungen im Frühjahr 2013 beeinflussen logischerweise das gesamte Beobachtungsjahr 2013, sodass grundsätzlich Gutachten im Folgejahr notwendig wurden, was hier allerdings bislang nicht geschehen ist. Insoweit verwundert auch die Aussage des Gutachters nicht, dass für das Jahr 2012 keine exakte abschließende Aussage getroffen werden kann und deshalb Untersuchungen im Jahr 2013 notwendig sind. Zu diesem Zeitpunkt war aber nicht abzusehen, dass gerade im Jahr 2013 methodisch aufgrund der schlechten Witterung keine ordnungsgemäße Begutachtung erfolgen konnte. Gleiches gilt für die Beurteilung des Schwarzstorches. Hier hat selbst der Gutachter häufige Raumnutzung des Schwarzstorches festgestellt. Meiner Mandantschaft gegenüber äußerte sich Herr Gutachter Widmann dahingehend, dass er von mehreren Schwarzstorchhorsten in der Gegend ausgeht. Dies ergebe sich aus der Häufigkeit und Vielzahl der Schwarzstorchsichtungen in diesem Bereich. In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Empfehlungen der Vogelschutzwarten, die hinsichtlich des Schwarzstorches einen	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		engeren Prüfbereich um den Horst von 3.000 m annehmen und einen Wirkbereich von 10.000 m. Auch meine Mandantschaft kann das häufige Auftreten der Schwarzstörche in diesem Bereich bestätigen. Das Auffinden eines Schwarzstorchhorstes ist äußerst schwierig und zeitaufwändig, sodass auch diesbezüglich eine gesonderte Begutachtung notwendig sein wird. Allein die bisherigen Sichtungen und auch die Aussagen des Gutachters ergeben in der Summe ein signifikantes Tötungsrisiko i. S. d. § 44 Abs. 1 BNatSchG i. V. m. § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB. Mit dem Auffinden mehrerer Horste im besagten Bereich ist deshalb mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu rechnen. Ein erhebliches Gefährdungspotenzial besteht darüber hinaus hinsichtlich der Fledermauspopulation. Hinsichtlich Methodik und bisheriger Aufklärung gilt hier das oben Ausgeführte. Das Vorkommen windkraftrelevanter Fledermausarten erreicht in diesem Gebiet eine hohe Intensität. Dies dürfte durch die bisherigen Gutachten bereits belegt sein. Meine Mandantschaft hatte bereits im Vorfeld darauf hingewiesen, dass selbst in ihrem Anwesen hohe Fledermauspopulation vorhanden ist, die sich auch auf das besagte Gebiet auswirkt. Rein vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass hier aufgrund der hohen Intensität des Fledermausvorkommens Ausnahmen durch zeitweises Abschalten der Anlagen nicht ausreichend sein werden. Darüber hinaus müssten die Anlagen derart oft und langwierig außer Betrieb gesetzt werden, dass im Zusammenwirken mit der nicht ausreichenden Windhöffigkeit keine Effizienz der Anlagen mehr gegeben sein wird. Der Gutachter Widmann führt in seinem Umweltbericht im Rahmen der Flächennutzungsplanung der Gemeinde Abtsgmünd wie folgt aus: „Die Erhebungen im September 2012 sind in der Zusammenschau mit denjenigen auf Ellwanger Seite bemerkenswert. Die besonders arten- und individuenreiche Zone nördlich der Eiwald Hütte setzt sich auf Abtsgmünder Gemarkung fort,…. Neben den oben erwähnten häufigen Arten und Einzelnachweise verschiedener Arten ist vor allem das Vorkommen des Großen Abendseglers und der Breitflügelfledermaus bemerkenswert." Insgesamt ist deshalb festzustellen, dass hier zwingend weitere	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Erkenntnisse zu sammeln sind. Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass mehrere Personen, darunter ein Tierarzt, dokumentieren rund um den Eiwald mit Beobachtungsprotokollen und Fotos Sichtungen von Schwarzstörchen durchgehend seit 2015 bis heute. Bezüglich des reichhaltigen Fledermausvorkommens wird darauf verwiesen, dass der Fledermausbeauftragte für den Ostalbkreis den Nachweis der Mopsfledermaus am westlichen Rand des Eiwaldes bestätigt. Waldschutz Der Windpark soll vorwiegend im Wald errichtet werden. Hierzu werden breite Wege mit Einschränkungen bis zu 10 m (Kreuzungen, Einbiegungen, Kurven) in den Forst eingeschlagen. Hinzu kommen die großen Stellflächen für die Windkraftanlage selbst und die Kranfläche auch die Flügel mit einer Länge von 90 m müssen im Wald abgelegt werden, sodass entsprechender Kahlschlag erfolgt. Durch diesen massiven Eingriff in den Wald wird dieser nachhaltig geschädigt. Die Wasserversorgung des Waldes wird durch die Windkraftanlagen gefährdet. Es dürfte zwischenzeitlich allgemein bekannt sein, dass ein Hauptgrund für die Gefährdung des Waldes die Trockenheit ist. Durch die Windkraftanlage gerade im Bereich der oberirdischen und unterirdischen Wasserflächen wird die Wasserversorgung des Waldes extrem gefährdet. Dies gilt nicht nur für die Standfläche der Windkraftanlage, sondern auch für die zu schaffenden Zuwegungen. Es werden neue Wege in einer Breite von mindestens 4,5 m (in Kurven usw. weitaus größere Breiten) geschaffen und der Wald gerodet. Die bestehenden Wege müssen ebenfalls tief ausgegraben und für den Schwerlastverkehr ausgebaut werden. Dadurch wird der Wald in einzelne kleinere Fragmente geteilt. Es entstehen auf Dauer riesige Freiflächen, die insgesamt die Temperatur und Austrocknung des Waldes fördern. Insoweit verweise ich auf die kürzliche ZDF- Dokumentation „Streitfall Windenergie“ vom 3.9.2023:	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		https://www.zdf.de/dokumentation/planet-e/planet-e-streitfall-windenergie-100.html Professor Pierre Ibisch weist aufgrund eines untersuchten Windparks bei Nieskau auf die negativen Auswirkungen hin. Satellitenaufnahmen aus der Zeit vor dem Windkraftausbau und nach dem Windkraftausbau zeigen die massive Erhöhung der Oberflächentemperaturen der Freiflächen im Wald und die damit verbundenen negativen Auswirkungen auf den Wald. Jeder Weg und jede Schneise innerhalb des Waldes sorgen an heißen Tagen für eine deutliche Erwärmung des Waldes und damit eine fortschreitende Schädigung. Laut Aussage des Professors Ibisch ist die Folge Stress, die beiträgt zur Schwächung des Gesamtsystems Wald und erhöht dazu noch die Risiken für erhöhte Waldbrandgefahr. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang auch die am 10.2.2023 ergangene Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs zum Thema Waldschutz und „überragendes öffentliches Interesse“. Verwiesen wird auf die Internet Veröffentlichung: https://www.taylorwessing.com/de/insights-and-events/insights/2023/08/rechtsprechung-zum-waldrecht Hieraus ist zu zitieren: Der Hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH Hessen) hat im Februar diesen Jahres im Rahmen eines Eilrechtsschutzverfahrens (VGH Hessen, Beschluss vom 10.02.2023, Az. 9 B 247/22.T) gegen die Genehmigung einer Waldumwandlung von insgesamt rund 5 Hektar Waldfläche für den Ausbau einer Zuwegung zu einem Windpark eine Grenze des neuen § 2 EEG 2023 aufgezeigt: Zwar seien auf Grundlage des § 2 EEG die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die durchzuführende Schutzgüterabwägung einzubringen und könne das Interesse am Ausbau der erneuerbaren Energien nur in Ausnahmefällen überwunden werden – aber: Die für die Abwägung erforderliche Ermittlung aller relevanten Tatsachen muss der Entscheidung des VGH Hessen zufolge dennoch erfolgen. Die Zusammenstellung und Ermittlung der relevanten Tatsachen erfolgten im zu entscheidenden Fall nach Überzeugung des Gerichts nur lückenhaft. Dem Eilrechtsschutzantrag gegen das Vorhaben wurde daher stattgegeben. § 2 EEG bietet im Hinblick auf die vorzunehmende Ermittlung der Tatsachengrundlage also keine Erleichterung: Die für die	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Gewichtung der abwägungserheblichen Belange notwendige Tatsachengrundlage muss in einem ersten Schritt umfassend ermittelt werden. Erst innerhalb der (nachgelagerten) auf Grundlage aller zu berücksichtigenden Tatsachen vorzunehmenden Abwägung kommt § 2 EEG zum Zuge und kann zur Durchsetzung des Interesses am Ausbau erneuerbarer Energien verhelfen. Zu beachten ist, dass dieser allgemeine Grundsatz Geltung über das Waldrecht hinaus zugesprochen werden kann. Landschaftsschutz Bereits im vorangegangen Beteiligungsverfahren wurden zu der Fläche Adelmannsfelden/Bühler/Eiwald entgegenstehende Belange vorgebracht. Dieser Bereich wird als vielfältige, häufig strukturreiche und mitunter stark bewegte Landschaft im ländlichen Raum dargestellt. Wörtlich enthält die Einleitung des Umweltberichtes folgende Passage: „Aufgrund der vielfältigen und strukturreichen Landschaft ist Abtsgmünd ein prädikatisierter Erholungsort.“ Bereits aus der Einleitung ist ersichtlich, dass ganz offensichtlich die Flächennutzungsplaner schon große Mühe haben, in diesem für Windkraftanlagen aus landschaftsschutzrechtlicher Sicht völlig ungeeigneten Gebiet ein Gebiet herauszufiltern. „Notgedrungen“ wird die später als Konzentrationszone ausgewiesene Fläche Hinterbüchelberg/Eiwald sozusagen „als Opfer“ benannt, um überhaupt eine Positivplanung durchführen zu können. Tatsächlich eignet sich der gesamte Raum bereits unter landschaftsschutzrechtlichen Gesichtspunkten, aber auch unter waldschutzrechtlichen Gesichtspunkten für Windkraftnutzung nicht. Die gesamte Argumentation zum Landschaftsschutz und zum Waldschutz der Planer spricht gegen eine entsprechende Ausweisung. Die abschließende Begründung für diese Konzentrationsfläche spiegelt die Vorbehalte, die der Planer offensichtlich hat, bereits wider (vgl. Gemeinde Abtsgmünd, Flächennutzungsplan Teilfortschreibung "Windkraft" - Begründung - der Grimm Ingenieure, vom 16.8.2013, Seite 19). Aus dem Umweltbericht ist wie folgt zu zitieren: „Die K-Zone 1 liegt fast vollständig innerhalb eines kartierten, unzerschnittenen, verkehrsarmen Landschaftsraumes der Kategorie 9 - 16 km² (tatsächliche Größe 11,4 km²). Südlich grenzt unmittelbar ein unzerschnittener verkehrsarmer	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Landschaftsraum der Kategorie 16 - 25 km² (tatsächliche Größe 17,6 km²) an (unzerschnittene Räume 2004, Daten- und Kartendienst der LUBW). Die K-Zone 1 liegt vollständig innerhalb der unzerschnittenen Räume des Landesentwicklungsplans Baden-Württemberg (Geoportal Raumordnung Baden-Württemberg), sowie innerhalb des unzerschnittenen, verkehrsarmen Raumes UZVR 6 - „Ellwanger - Limpurger Berge“ (RIPS Datenpool, ATKIS 25 LUBW). Diese unzerschnittenen Räume sind schützens- und erhaltenswert. Um eine zu starke Zerschneidung zu vermeiden, wurde der ursprüngliche Suchraum auf der Gemarkung Adelmannsfelden stark verkleinert.“ Daneben befinden sich in unmittelbarer Nähe mehrere gesetzlich geschützte Waldbiotope sowie Feuchtbiotope, die wiederum als Nahrungshabitate geschützter Arten gelten. Die Flora und Biotopstrukturen der Konzentrationszone 1 wird als großes zusammenhängendes Waldgebiet beschrieben. Die Waldflächen sind geprägt von einer Vielzahl großflächiger, sehr strukturreicher und naturnaher Tannen - Buchen - Fichten - Althölzer. Die Konzentrationszone 1 liegt vollständig innerhalb eines geschlossenen und ausgedehnten Waldareals. Dominant sind Mischwälder unterschiedlicher Altersstadien. Laut Aussage des Umweltberichts ist der Waldbestand relativ homogen, was sich auch im Artenspektrum der Fauna niederschlägt. Eine Nutzung für Windenergie würde das Landschaftsbild nicht nur stark belasten, sondern verunstalten. Es ist selbstverständlich in Zusammenhang mit Windkraftanlagen nicht zu vermeiden, dass sich diese auf Höhenzügen befinden und damit weitreichende Wirkung haben. Maßgeblich ist jedoch die Frage, inwieweit eine Landschaft schützenswert ist und der Landschaftsschutz, insbesondere im Wege der Abwägung Vorrang genießt. Hier mag die Beschreibung des Landschaftsbildes im Umweltbericht der Gemeinde Abtsgmünd eine entsprechende Begründung abgeben: „Die K-Zone 1 befindet sich in einem waldreichen und von kleinen eingekerbten Bachtälchen geprägtem Landschaftsraum westlich von Adelmannsfelden und nördlich von Untergröningen, relativ hoch gelegen auf einer Geländehöhe von ca. 460 - 490 m ü. NN.... Das Gebiet ist daher stark einsehbar. Durch den Wechsel von Wäldern und Waldrändern mit landwirtschaftlich genutzten Flächen und einer Vielzahl von	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Stillgewässern und beginnenden und zum Teil naturnahen Bachläufen, handelt es sich um eine strukturreiche Landschaft, die für die Erholung sehr gut geeignet ist. Für die Eigenart und Schönheit der Landschaft in diesem Bereich sprechen auch die drei Landschaftsschutzgebiete, die sich in einem Abstand unter 1 km rings um die K-Zone befinden und deren Schutzzweck die Erhaltung der Eigenart und Schönheit der Natur und Landschaft und ihres besonderen Erholungswertes für die Allgemeinheit ist. Der Büchelberger Grat tritt im Landschaftsbild markant in Erscheinung und stellt eine einzigartige Landschaftsform dar.“ Im Folgenden wird noch auf die vorhandenen Erholungseinrichtungen wie Aussichtsturm, Campingplatz, Hammerschmiedesee mit Möglichkeit zum Baden und Bootfahtren, Radwege und dergleichen verwiesen. Für die Waldgebiete des Ostalbkreises wurde 2006 ein Zonierungskonzept von „Erholungsschwerpunkten“ einerseits und „beruhigten Waldbereichen“ andererseits entwickelt. Die Konzentrationszone liegt zum großen Teil innerhalb eines „beruhigten Bereiches“, also in einem Schonbereich, der von weiteren Inanspruchnahmen jeglicher Art freigehalten werden soll. Wie bereits eingangs bemerkt, liegt die Konzentrationszone weit tiefer als umgebende Höhenzüge, sodass die Anlagen in diesem Fall sogar noch mehr aus landschaftsschutzrechtlicher Sicht ins Gewicht fallen. Beispielsweise liegt der Büchelberger Grat erheblich höher im Niveau als die Höhenzüge hinter Büchelberg und Eiwald. Bereits aus Gründen des Landschaftsschutzes und des Waldschutzes verbietet sich deshalb aus hiesiger Sicht eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung von Anlagen. IV. Mangelnde Windhöffigkeit Hier wird zunächst auf die Ausführungen aus dem Umweltbericht zum Flächennutzungsplan-Teilfortschreibung Windkraft der Gemeinde Abtsgmünd zurückgegriffen. Dort wird ausgeführt, dass die minimale Windhöffigkeit in Gebieten erreicht wird, die mindestens 60 % des Referenzertrages nach EEG-Gesetz bzw. eine mittlere Windgeschwindigkeit von 5,3 - 5,5 m/s in 100 m über Grund aufweisen. Nach der Karte der LUBW soll dieser Wert in der Konzentrationszone Abtsgmünd/Adelmannsfelden erreicht werden, wobei auf Gemarkung Adelmannsfelden am südlichen Rand die Grenze der	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Mindestwindhöffigkeit verläuft. Je nach Kartengrundlage variiere hier die Grenze der Windhöffigkeit. Der tatsächliche Windertrag sei im Rahmen der Genehmigungsverfahren nachzuweisen. Bereits aus diesen Ausführungen ist ersichtlich, dass die Gutachter selbst Zweifel hegen, ob hier die notwendige Windhöffigkeit gegeben ist. Es ist bekannt, dass der zu Grunde liegende Windatlas lediglich computererrechnete Werte wiedergibt. Unbestritten dürfte sein, dass die Windhöffigkeit hier sehr gering ist. Abweichungen von 0,1 - 0,3 m/s oder sogar darüber hinaus sind durchaus möglich. Ausschließlich langfristige Windmessungen können hier Aufschluss über den tatsächlichen Ertrag geben. Maßgeblich ist letztlich auch nicht die reine Windgeschwindigkeit als solche, sondern vielmehr die tatsächliche Energieeffizienz. Bei der reinen Windgeschwindigkeit wird beispielsweise die Rauigkeit des Waldes nicht berücksichtigt. Bei Windkraftanlagen, die im Wald platziert werden, sind grundsätzlich erhebliche Abzüge vorzunehmen. Hinzukommt, dass das Vorranggebiet tiefer liegt, als benachbarte Höhenzüge und somit die Effizienz durch mangelhafte Anströmung der Windkraftanlagen noch mehr infrage steht. Dies wird auch im Windatlas Baden-Württemberg 2011 (Seite 46) entsprechend gewürdigt. Dort wird unter anderem festgestellt, dass vor allem an Standorten in Waldgebieten die Windgeschwindigkeit korrigiert werden muss. Die Modellrechnungen des Windatlasses Baden-Württemberg nehmen keine spezifische Berücksichtigung der Geländeoberfläche wahr, so wird insbesondere kein Unterschied zwischen Wald und Offenland gemacht. Nunmehr kann auf neuere Karten und Ergebnisse zurückgegriffen werden. Aus dem Windatlas Baden-Württemberg ergibt sich für das Gebiet Adelmannsfelden/Bühler/Eiwald eine mittlere gekappte Windleistungsdichte von lediglich 145-190 W/m2. Anlage: Karte Windatlas BW – als Anl. 2 Der Orientierungswert für die Ausweisung von Flächen für die Windkraftnutzung liegt aber bei 215 W/m2.	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Anlage: Auszug aus Empfehlung – als Anl. 3 Aufgrund der absolut zu geringen Winddichte verbietet sich bereits die Ausweisung. Für Ausnahmen fehlen die zusätzlichen Voraussetzungen: --> siehe Abbildung anbei Hinzu kommt noch, dass durch bereits jetzt feststehende notwendige Abschaltzeiten in Zusammenhang mit den Fledermauspopulationen enorme Ertragseinbußen entstehen werden, die ebenfalls beim Referenzertrag zu berücksichtigen sind. Insgesamt ist deshalb festzustellen, dass trotz Regionalplanung und Flächennutzungsplanung immissionsschutzrechtliche Genehmigungen aufgrund entgegenstehender öffentlicher Belange nicht genehmigungsfähig sind. Angerissen wurden hier nur die wichtigsten Themen. Es wird höflich gebeten, diese Ausführungen und diese Gesichtspunkte bei der Behandlung künftiger Planung zu berücksichtigen. Insbesondere wird aber beantragt, die Fläche Adelmannsfelden/Bühler/Eiwald aus der Planung zu nehmen. Selbst der Umweltbericht bezeichnet das Vorranggebiet „Bühler“ (Nr. 5) als „besonders kritisches Gebiet“. Anträge hinsichtlich Windkraftanlagen im besagten Bereich angemessen zu berücksichtigen. Weiterer Vortrag bleibt vorbehalten.	
lfd. Ident-Nr.: 517 Privat Stn-Id: 292	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1196 Herzlichen Dank, dass Sie uns die Gelegenheit geben, unsere Stellungnahme zu den Planungsverfahren der Teilfortschreibung Windenergie 2025 einzureichen. Diese Möglichkeit erlaubt es uns, unsere Bedenken und Kritikpunkte bezüglich der geplanten Erweiterung des bestehenden Windenergieparks, insbesondere im Planungsverfahren 54 innerhalb des Vorranggebiets 26 (Gebiet südwestlich von Niesitz und Ebnat, Ostalbkreis), deutlich zu machen.	Die Anregungen werden zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 517 Privat Stn-Id: 292	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1197 Wir sind der Meinung, dass die Standortwahl für Windparks ideologiefrei und basierend auf objektiven Kriterien der Windhöffigkeit erfolgen sollte. Aufgrund der hohen	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Vorranggebiet 54 "Ebnat" (sowie die umliegenden Gebiete 53 und 69), welches laut Windatlas einer geringeren Windhöffigkeit (mittlere gekappte

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Anschaffungskosten und Betriebskosten von Windkraftanlagen (WKA) ist es essenziell, dass sie an Standorten mit optimalen Windverhältnissen errichtet werden. Andernfalls riskieren wir, dass diese Anlagen defizitär arbeiten und auf Subventionen angewiesen sind, die in Zeiten knapper Staatsfinanzen nicht garantiert werden können. Laut Windatlas Baden-Württemberg erfüllt das Vorranggebiet 26 diese Voraussetzungen nicht.	Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) unterliegt, befindet sich in der unmittelbaren Umgebung zum bestehenden Windpark Königsbronn / Ebnat. Da in diesem Bereich bereits Windenergieanlagen sowie die dazugehörige Infrastruktur vorhanden sind, wurde das Gebiet nicht pauschal für die Nutzung der Windenergie ausgeschlossen, sondern als Potenzialgebiet in die Gebietskulisse der ersten Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufgenommen. Dem Regionalverband wurde für das Gebiet 54 "Ebnat" ein rechnerischer Nachweis vorgelegt, welcher eine höhere Windhöffigkeit belegt, als im Windatlas dargestellt ist. Dieser Nachweis ist als plausibel zu bewerten (positive Umsetzungsprognose), weshalb die benannte Fläche als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen weiterverfolgt werden kann. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen). Hinweis: Aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange inkl. Windhöffigkeit werden im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 angepasst und das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 517 Privat Stn-Id: 292	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1198 Das Argument der vorhandenen Infrastruktur überzeugt uns nicht. Die Kosten für Kabeltrassen, Zuwegungen und Umspannwerke sind im Vergleich zu den Gesamtinvestitionen in die WKA relativ gering. Zudem verursacht die Nutzung der bestehenden Infrastruktur ebenfalls Kosten.	Wird nicht gefolgt Das Vorhandensein von Leitungstrassen wurde im Planungskonzept als Eignungsaspekt für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen aufgenommen (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Ein Erschließungskonzept für einen geplanten Windpark wird detailliert im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) ausgearbeitet. Die Wirtschaftlichkeit eines Ausbaus von Leitungstrassen und Versorgungswegen sowie der Transport und Wartung der Anlagen liegt im Ermessen des Projektierers/Betreibers. Dabei ist die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung stark vom erwarteten Winddargebot und den Renditeerwartungen des Betreibers abhängig. Konkret und abschließend wird das Vorhandensein einer ausreichenden Erschließung im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft.
lfd. Ident-Nr.: 517 Privat Stn-Id: 292	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1199 Seit 2016 sind Ebnat und Niesitz durch umliegende Windparks erheblich belastet. Das Landschaftsbild ist beeinträchtigt, und der Erholungswert der Region hat gelitten. Die bestehenden Anlagen verursachen Lärmemissionen, die insbesondere nachts die Lebensqualität der Anwohner beeinträchtigen. Auch die	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Anregungen und Kritik werden zur Kenntnis genommen. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz -

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		zahlreichen roten Blinklichter stören den natürlichen Nachthimmel. Es beunruhigt uns, dass die vorgeschriebene „bedarfsgerechte Nachtkennzeichnung“ (BNK) erst kürzlich aktiviert wurde, was die Prioritäten der Betreiber in Frage stellt.	EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Mit §§ 20 und 21 KlimaG hat die Landesregierung den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (1,8% Regionsfläche für Windenergie an Land und 0,2% Regionsfläche für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ziel dieser Teilfortschreibung ist die Umsetzung dieser gesetzlichen Vorgaben. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Auch die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Weitergehende Forderungen nach dem Erhalt einer objektiv vorhandenen oder subjektiv wahrgenommenen Wohn- und Lebensqualität gehen über den gesetzlichen Immissionsschutz- und den regionalplanerischen Vorsorgeanspruch hinaus. Die Beurteilung der Lebensqualität wird von verschiedenen Faktoren bestimmt, z.B. dem materiellen Lebensstandard, der Bildung, den Berufschancen, dem sozialen Status, der Gesundheit, der den Wohnort umgebenden Natur. Die Gewichtung dieser Faktoren ist subjektiv und kann sich von Person zu Person stark unterscheiden. Windenergieanlagen können einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und -unabhängigkeit Deutschlands leisten und damit mittelbar zum Erhalt der Lebensqualität beitragen bzw. Beeinträchtigungen der Lebensqualität vermeiden. Je nach Einstellung des Individuums zum Thema Windenergienutzung kann die Sicherung der Vorranggebiete für Windenergie im räumlichen Umfeld zum eigenen Wohnort daher ebenso positiv wie negativ zur Wohn- und Lebensqualität beitragen. Fragen zur Wohn- und Lebensqualität von Einzelpersonen können auf regionalplanerischer Ebene daher weder beeinflusst noch beurteilt werden und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Die Teilfortschreibung dient der Flächensicherung für die Windenergienutzung gemäß dem gesetzlichen Planungsauftrag. Aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange werden im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 angepasst und das Vorranggebiet 53 nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 517 Privat Stn-Id: 292	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1202 Als Bürger von Ebnat möchten wir betonen, dass wir bereits erhebliche Belastungen durch den Windpark in unserer Nähe ertragen. Wir unterstützen nachhaltige Energiegewinnung und haben dies durch eigene Investitionen in Photovoltaik- und Solarthermieanlagen gezeigt. Unsere Erfahrungen mit den bestehenden Windkraftanlagen haben zu einer kritischen Haltung gegenüber einer weiteren Expansion geführt, insbesondere wenn noch höhere Anlagen geplant sind. Diese Bedenken wurden auch gegenüber lokalen Bürgervertretern geäußert und werden weiterhin mit Nachdruck verfolgt.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Anregungen werden zur Kenntnis genommen. In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden zwischen Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen und bspw. Wohngebieten Umgebungsabstände eingehalten, um den Menschen vor erheblichen, potenziell schädlichen Einflüssen zu schützen. Im nachfolgenden Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) wird die Einhaltung der Mindestabstände zu Siedlungsbereichen und der immissionsschutzrechtlichen Belange bei Vorliegen konkreter Anlagenstandorte geprüft. Weitergehende Forderungen nach dem Erhalt einer objektiv vorhandenen oder subjektiv wahrgenommenen Wohn- und Lebensqualität gehen über den gesetzlichen Immissionsschutz- und den regionalplanerischen Vorsorgeanspruch hinaus. Die Beurteilung der Lebensqualität wird von verschiedenen Faktoren bestimmt, z.B. dem materiellen Lebensstandard, der Bildung, den Berufschancen, dem sozialen Status, der Gesundheit, der den Wohnort umgebenden Natur. Die Gewichtung dieser Faktoren ist subjektiv und kann sich von Person zu Person stark unterscheiden. Auch die Wohnqualität kann mangels objektiver Maßstäbe nicht allgemeingültig

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			definiert werden. Windenergieanlagen können einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und - unabhängigkeit Deutschlands leisten und damit mittelbar zum Erhalt der Lebensqualität beitragen bzw. Beeinträchtigungen der Lebensqualität vermeiden. Je nach Einstellung des Individuums zum Thema Windenergienutzung kann die Sicherung der Vorranggebiete für Windenergie im räumlichen Umfeld zum eigenen Wohnort daher ebenso positiv wie negativ zur Wohn- und Lebensqualität beitragen. Fragen zur Wohn- und Lebensqualität von Einzelpersonen können auf regionalplanerischer Ebene daher weder beeinflusst noch beurteilt werden und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Die Teilfortschreibung dient der Flächensicherung für die Windenergienutzung gemäß dem gesetzlichen Planungsauftrag. Dennoch wird in Verbindung mit anderen im Rahmen der 1. Anhörung eingebrachten Belangen die Gebietskulisse zur 2. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 überarbeitet.
lfd. Ident-Nr.: 517 Privat Stn-Id: 292	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1204 Der Ortschaftsrat Ebnat hat sich am 29. Februar 2024 in einer nichtöffentlichen Sitzung klar gegen den Ausbau der Windkraft bei Niesitz und Ebnat ausgesprochen. Wir erwarten, dass die Beschlüsse unserer gewählten Vertreter das nötige Gewicht in der politischen Willensbildung haben.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Der Teilfortschreibung Windenergie 2025 liegt ein nach den gesetzlichen Vorgaben und dem anerkannten Stand der Wissenschaft und Technik erarbeitetes Planungskonzept zugrunde. Die Planungsverfahren der Regionalplanung sind transparent und demokratisch legitimiert. Teil des Verfahrens ist eine Beteiligung der Öffentlichkeit. Die prozeduralen und inhaltlichen Entscheidungen, von der Einleitung des Verfahrens bis hin zum Satzungsbeschluss des endgültigen Plans, treffen die Verbandsversammlungen. In der kommunal verfassten Regionalplanung in Baden-Württemberg sind die Entscheidungstragenden somit Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus der Region. Die Einwände des Ortschaftsrats Ebnat durch die Beschlussfassung am 29. Februar 2024 wurden uns im Rahmen der Anhörung vorgelegt und die Hinweise gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen einbezogen. Die betreffenden Vorranggebiet werden nach Abwägung aller Belange entsprechend angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 517 Privat Stn-Id: 292	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1205 Zudem möchten wir auf bereits vorhandene Belastungen hinweisen, wie die 380kV-Hochspannungsleitung, die Kläranlage Ebnat/Niesitz, den Verkehrslandeplatz Aalen-Elchingen und die geplante Groß-Photovoltaikanlage bei Niesitz/Diepertsbuch. Auch die bevorstehende Ansiedelung der Firma Carl Zeiss im Norden von Ebnat wird zu zusätzlichen Belastungen führen.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die aufgeführten Aspekte werden zur Kenntnis genommen. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Der Regionalverband erkennt die Belastung des Raumes Ebnat. In Verbindung mit anderen im Rahmen der 1. Anhörung eingebrachten Belangen wird die Gebietskulisse zur 2. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 überarbeitet.
lfd. Ident-Nr.: 517 Privat Stn-Id: 292	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1206 Technische Risiken des Betriebs von Windkraftanlagen, wie Brandgefahr und Eiswurf, sind bekannt.	Wird nicht gefolgt Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft.
lfd. Ident-Nr.: 517 Privat Stn-Id: 292	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1207 In diesem Planungsverfahren sollte jedoch besonders auf die Abstände zum Verkehrslandeplatz Elchingen geachtet werden, um den sicheren Betrieb zu gewährleisten. Wir stellen uns die Frage, ob durch zusätzliche Anlagen eine erhöhte Unfallgefahr für Flugzeuge besteht.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Zum konkreten Belang der Flugsicherheit wurden im Rahmen der Anhörung die Hinweise der Luftfahrtbehörde sowie des Luftsportrings entsprechend abgewogen. Demzufolge werden der südliche Bereich des geplanten Vorranggebiets 54 "Ebnat" sowie Gebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Zusätzlich wird im Gebietssteckbrief zum angepassten Gebiet 54 folgender Hinweis aufgenommen: "Der südliche Bereich des Gebiets befindet sich im Geradeausan- und -abflugbereich des Verkehrslandeplatzes Aalen-Elchingen. Die Zustimmung zu Windenergieanlagen in diesem Bereich ist eine Einzelfallentscheidung der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Luftfahrtbehörde, voraussichtlich ist die Erstellung eines luftfahrtrechtlichen Gutachtens erforderlich. Eine frühzeitige Abstimmung mit der Luftfahrtbehörde wird empfohlen."
lfd. Ident-Nr.: 517 Privat Stn-Id: 292	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1208 Wir sind auch besorgt über die Auswirkungen auf Natur- und Kulturdenkmäler, wie die Andachtskapelle Maria Eich, und auf schützenswerte Habitate, die Lebensraum für zahlreiche Pflanzen- und Tierarten bieten.	Wird nicht gefolgt Die Berücksichtigung der Belange des Denkmalschutzes auf Ebene der Regionalplanung entspricht der aktuellen, zuletzt zum 11. Februar 2023 geänderten Rechtslage nach dem Denkmalschutzgesetz BW. Der sogenannte Umgebungsschutz (vgl. § 15 DSchG) ist danach nur für die in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmalen zu berücksichtigen, welche "Maria Eich" nicht dazugehört. Die mögliche Beeinträchtigung weiterer, nicht in höchstem Maße raumbedeutsame Kulturdenkmale wird auf Ebene des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage geprüft. Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Des Weiteren sind einige naturschutzfachliche Belange im Gebietssteckbrief für den angepassten Gebiet 54 als Hinweis auf Restriktionen und weitere zu prüfende Belange zur Berücksichtigung im nachgelagerten Verfahren aufgeführt.
lfd. Ident-Nr.: 517 Privat Stn-Id: 292	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1210 Das Gebiet wird als konfliktbehaftet angesehen, was unsere kritische Haltung unterstützt.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien für einen Teil des Gebiets 54 der Vorrang eingeräumt. Das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" wird nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 517 Privat Stn-Id: 292	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1211 Es scheint eine einseitige Lastverschiebung hin zu bereits stark belasteten Gebieten zu geben, während andere Teile geschont werden. Beim Ausbau der Windenergie ist auf eine gerechte Verteilung der Lasten zu achten.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang).

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Der Regionalverband erkennt die Belastung des Raumes Ebnat. In Verbindung mit anderen im Rahmen der 1. Anhörung eingebrachten Belangen wird die Gebietskulisse zur 2. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 überarbeitet.
lfd. Ident-Nr.: 517 Privat Stn-Id: 292	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1212 Wir, die in Ebnat und Niesitz lebenden Menschen, leisten bereits einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende. Die geplante Erweiterung des Windparks lehnen wir jedoch ab. Wir erwarten eine frühzeitige und transparente Einbindung in die Planungsprozesse. Es ist inakzeptabel, dass wesentliche Informationen in einer Veranstaltung in Schwäbisch Gmünd präsentiert wurden, ohne die Betroffenen vor Ort umfassend zu informieren. Wir bedanken uns für die sorgfältige Erwägung unserer Einwände und freuen uns auf eine weitere konstruktive Beteiligung im fortlaufenden Verfahren.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Anregungen werden zur Kenntnis genommen. Im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Teilregionalplans bestehen zahlreiche gesetzlich normierte Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit. Diese richten sich nach den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg (LplG). Die Frist zur Beteiligung der Öffentlichkeit ergibt sich aus § 9 Abs. 2 ROG i.V.m. § 12 Abs. 3 LplG: Sie beträgt i.d.R. einen Monat. Bei der Beteiligung ging der Regionalverband Ostwürttemberg zur Steigerung der Transparenz und zur Ermöglichung zusätzlicher Beteiligung über dieses gesetzlich geforderte Maß hinaus. Über ein eigens dafür eingerichtetes Online-Beteiligungstool war die Abgabe von Hinweisen, Anregungen und Änderungsvorschlägen auch digital möglich. Alle Beteiligungsmöglichkeiten wurden in den regionalen Medien und im Internet angekündigt. Die Verfahrensunterlagen waren während der Öffentlichkeitsbeteiligung zusätzlich auf der Internetseite des Regionalverbandes einsehbar. Zusätzlich zu den gesetzlich vorgesehenen Beteiligungsmöglichkeiten hat der Regionalverband Ostwürttemberg weitere Informations- und Beteiligungsangebote, z. B. ein Informationsangebot auf der Homepage und drei öffentliche Informationsveranstaltungen in der Region (Ellwangen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd) vor Beginn der ersten formellen Anhörung umgesetzt. Diese wurden ebenfalls in den regionalen Medien und im Internet angekündigt. Alle eingegangenen Anregungen und Hinweise wurden sorgfältig geprüft und abgewogen. Aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange werden im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			2025 der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 angepasst und das Vorranggebiet 53 nicht weitergeführt. Durch die Anpassungen der Gebietskulisse zum 2. Anhörungsentwurf wird der genannte Bereich um Niesitz und Ebnat entlastet.
lfd. Ident-Nr.: 518 Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Stn-Id: 293		BE-ID: 2094 in der oben genannten Angelegenheit vertreten wir [...]. Ordnungsgemäße Bevollmächtigung versichern wir anwaltlich. Auf Wunsch werden wir eine auf uns lautende Vollmacht nachreichen. Unser Mandant ist Eigentümer eines 15.895 m2 großen Waldgrundstücks (Grundbuch von Essingen, Blatt [...], Flurstück [...]), das östlich an das Vorranggebiet für Windenergie „Lauterburg (40)" angrenzt, welches im Rahmen der „Teilfortschreibung Windenergie 2025 Regionalplan Ostwürttemberg" erweitert werden soll („Erweiterung Lauterburg", Planungsverfahren 58). Das Grundstück unseres Mandanten ist im aktuellen Planentwurf (1. Anhörungsentwurf) nicht als Teil des erweiterten Vorranggebiets berücksichtigt, obwohl es in besonderer Weise für Windenergienutzungen geeignet ist und unser Mandant auf ihm eine Windenergienutzung beabsichtigt.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 518 Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Stn-Id: 293	VRG 58 Erweiterung Lauterburg	BE-ID: 2096 Um die rechtlichen Interessen unseres Mandanten in dem Planungsverfahren zur Teilfortschreibung des Regionalplans zu wahren, beantragen wir deshalb, die geplante Erweiterung des Vorranggebiets für Windenergieanlagen „Erweiterung Lauterburg" dahingehend anzupassen, dass auch das Grundstück unseres Mandanten von dem Vorranggebiet mit umfasst wird. Unser Mandant hatte bereits mit Schreiben vom 8. April 2024 beantragt, sein Grundstück in das Vorranggebiet einzubeziehen und dies damit begründet, dass es einen für eine Windenergienutzung ausreichenden Abstand von mehr als 1.000 m zu den umliegenden Siedlungsbereichen und dem nächstgelegenen Naturschutzgebiet / FFH-Gebiet aufweist. Außerdem hat er auf die hervorragenden Windverhältnisse und darauf hingewiesen, dass die Fläche im Karten- und Datendienst der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg als für Windenergienutzungen geeignete Fläche gekennzeichnet ist. Eine Kopie des Schreibens vom 8. April 2024 finden Sie beigefügt.	Wird nicht gefolgt Wie im Textteil zum 1. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 definiert, sind die im Regionalplan festgelegten Vorranggebiete maßstabsbedingt nur gebiets- und nicht parzellenscharf abgegrenzt. Demnach werden keine Flurstücksgrenzen oder Eigentumsverhältnisse bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt, weshalb sich die Ausformung des Vorranggebiets 58 "Erweiterung Lauterburg" ausschließlich an planerischen Kriterien - und nicht an Flurstücksgrenzen - orientiert. Der eingegebene Bereich wurde auf dessen Eignung als Erweiterungsflächen zu dem geplanten Vorranggebiet 58 "Erweiterung Lauterburg" geprüft. Die Fläche liegt in Ausschlussbereichen gem. des regionsweit einheitlich angewendeten Kriterienkatalogs, weshalb sich diese im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht als Windenergiegebiete bzw. Erweiterungsflächen von geplanten Vorranggebieten eignet und demnach nicht in die Vorranggebietskulisse aufgenommen wird. Grundsätzlich ist das Vorranggebiet 58 "Erweiterung Lauterburg" für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 518 Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH		BE-ID: 2098 Auch die nunmehr im Rahmen der „1. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 — formelles Beteiligungsverfahren" ausgelegten Planungsunterlagen bestätigen	Das im Planentwurf vorgesehene Vorranggebiet 58 "Erweiterung Lauterburg" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 293		eindeutig die Eignung des Grundstücks unseres Mandanten für Windenergienutzungen.	wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Das benannte Grundstück liegt nicht im geplanten Vorranggebiet 58, da in dem Bereich des Flurstücks planerische Ausschlusskriterien der Festlegung eines Windenergiegebietes im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 entgegenstehen.
lfd. Ident-Nr.: 518 Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Stn-Id: 293		BE-ID: 2100 So geht aus dem Gebietssteckbrief „Erweiterung Lauterburg" hervor, dass bereits geplant ist, einen Teil der östlich an das bestehende Vorranggebiet anschließenden Waldfläche, zu der das Grundstück unseres Mandanten gehört, für Windenergienutzungen auszuweisen. Das Grundstück unseres Mandanten liegt weniger als 300 Meter südlich des derzeitigen Erweiterungsbereichs. Weder aus den im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung ausgelegten Planungsunterlagen noch sonst ist irgendetwas dafür ersichtlich, weshalb sich die Erweiterung des Vorranggebiets nicht auch auf den Bereich erstrecken soll, zu dem das Grundstück unseres Mandanten gehört. Aus den vorliegenden Planungsunterlagen ergeben sich keine Anhaltspunkte, dass das Grundstück unseres Mandanten weniger gut für Windenergienutzungen geeignet sein könnte als der nördlich gelegene Teil der Waldfläche, der in das Vorranggebiet einbezogen werden soll. Im Gegenteil: Das Grundstück liegt weiter von dem östlich gelegenen FFH-Gebiet „Albuchwiesen" entfernt als die nördlich gelegene Erweiterung des Vorranggebiets. Wir gehen deshalb davon aus, dass es sogar besser für Windenergienutzungen geeignet ist als der nördlich gelegene Bereich. Auch andere Umweltbelange stehen einer Ausweisung des Grundstücks unseres Mandanten als Teil des Vorranggebiets nicht erkennbar entgegen. Dafür gibt auch der ausgelegte Bericht über die Durchführung einer Strategischen Umweltprüfung (SUP) im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg vom 2. April 2024 nichts her. Ebensowenig stehen einer Ausweisung der Fläche Belange des Landschaftsschutzes, des Denkmalschutzesoder sonstige im Regionalplanungsverfahrens zu berücksichtigende Belange entgegen.	Wie in der Abwägung zu BE ID 2096 und BE ID 2098 dargelegt, liegt das genannte Grundstück innerhalb eines planerischen Ausschlussbereichs gem. Kriterienkatalog der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Es handelt sich um das Ausschlusskriterium "Vorsorgeabstand zu Flugplätzen", welcher sich auf die Platzrunde Bartholomä-Amalienhof bezieht.
lfd. Ident-Nr.: 518 Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Stn-Id: 293		BE-ID: 2102 Die Einbeziehung des Grundstücks in das Vorranggebiet für Windenergieanlagen ist auch aufgrund des in § 2 EEG niedergelegten überragenden öffentlichen Interesses an einem zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien geboten. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts wird durch § 2 EEG das Gewicht der Windenergienutzung in der Abwägung für die Ausweisung von Windenergieflächen erheblich verstärkt. Bis	Wird zur Kenntnis genommen. Das gesetzlich geforderte Flächenziel des §3 WindBG und §20 KlimaG BW wird erreicht. Der §2 EEG wird im Zuge der Abwägung für die Festlegung von Windenergieflächen im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 umfassend berücksichtigt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, soll nach der BVerfG-Entscheidung der Ausbau der erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. BVerfG, Beschluss vom 27. September 2022 — 1 BvR 2661/21 —, juris).	
lfd. Ident-Nr.: 518 Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Stn-Id: 293		BE-ID: 2103 Gerade in einem Fall wie dem vorliegenden, in dem ein bestehendes Vorranggebiet mit bereits vorhandenen Windenergienutzungen ohne eine Inanspruchnahme gänzlich unvorbelasteter Bereiche erweitert werden soll, kommt dem überragenden Interesse an einem zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 EEG besonderes Gewicht im Rahmen der Flächenauswahl zu. Mit Blick auf das hier in Rede stehende Grundstück unseres Mandanten gilt dies umso mehr, weil dieses Grundstück in besonderer Weise für eine Windenergienutzung geeignet ist und unser Mandant auf ihm den zeitnahen Bau einer Windenergieanlage ausdrücklich anstrebt. Wir bitten daher, den Bereich, in dem das Grundstück unseres Mandanten liegt, mit in die Erweiterung des Vorranggebiets für Windenergienutzungen einzubeziehen.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Eigentumsverhältnisse werden bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung nicht berücksichtigt. Auf die Abwägung der BE ID 2096, 2098 und BE ID 2102 wird verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 518 Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Stn-Id: 293		BE-ID: 2104 Rein vorsorglich weisen wir darauf hin, dass sich unser Mandant vorbehält, die Teilfortschreibung des Regionalplans gerichtlich überprüfen zu lassen, falls sein Grundstück nicht berücksichtigt werden sollte. Für Rückfragen / Rücksprachen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 519 JUWI GmbH Stn-Id: 294		BE-ID: 1254 die JUWI GmbH begrüßt die Teilfortschreibung des Regionalplans Ostwürttemberg zum Thema Windenergie. Der Stellenwert der Windenergie für die Erreichung der Klimaschutzziele der Region Ostwürttemberg und für das Land Baden-Württemberg insgesamt ist von großer Bedeutung. In Anbetracht des fortschreitenden und immer deutlicher sichtbaren Klimawandels möchten wir noch einmal hervorheben: Das entscheidende Jahrzehnt für die rasche Umsetzung entschiedener Klimaschutzmaßnahmen läuft bereits. Eine dieser Maßnahmen ist die Teilfortschreibung Windenergie 2025. Anbei finden Sie daher die Stellungnahme der JUWI GmbH im Rahmen der Beteiligung gem. § 9 Abs. 2 ROG mit der Bitte um Berücksichtigung im weiteren Verfahren. Gerne stehen wir für einen Dialog u.a. zu den gesetzlichen Änderungen sowie zu den in der Stellungnahme angeführten Potenzialen und Hinweisen zur Verfügung.	Die Ausführungen zum Planungsverfahren und den rechtlichen Rahmenbedingungen werden zur Kenntnis genommen. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg). 2.1., 2.2., 2.3.: Das gesetzliche Flächenziel kann in der Region Ostwürttemberg auch mit - im Vergleich zu anderen Regionalverbänden - "großen Wirkräumen" (größeren Umgebungsabständen zu Siedlungen u.a.) erreicht werden. Der Umgebungsabstand von 1.000m zu Siedlungsbereichen, die der Wohnnutzung unterliegen (allgemeine Wohngebiete, gemischte Bauflächen und Dorfgebiete sowie Einzelgehöfte und wohngenutzte Einzelgebäude im Außenbereich) ist ein vom politischen Gremium des Regionalverbandes (Verbandsversammlung) mehrstimmig beschlossenes planerisches Kriterium, welches zur Ermittlung von geeigneten Windenergiegebieten

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Aufstellungsverfahren Die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg hat in ihrer Sitzung am 22. März 2024 die Durchführung des Beteiligungsverfahrens und der Offenlage zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg beschlossen. Die förmliche Auslegung der Planunterlagen findet vom 06.05.2024 bis zum 28.05.2024 statt. Anregungen und Hinweise können bis zum 30.06.2024 eingereicht werden. JUWI nutzt die Gelegenheit, im Rahmen der Beteiligung die vorliegende Stellungnahme fristgerecht abzugeben. Allgemeiner Teil Die Nutzung der Windenergie im Außenbereich ist nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB privilegiert. Mit der geplanten Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung wird das Ziel verfolgt, den Flächenbeitragswert des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) schnellstmöglich umzusetzen. Mit ordnungsgemäßer Feststellung, dass das Flächenziel er-reicht ist, entfällt für den übrigen Außenbereich außerhalb der ausgewiesenen Gebiete die Privilegierung der Windenergie. Umso wichtiger ist es, die Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung entsprechend fachlicher und rechtlicher Vorgaben vorzunehmen und nur solche Flächen auszuweisen, auf denen Windenergieanlagen (WEA) aller Vorrausicht nach tatsächlich realisierbar sind. Ist Letzteres bei den ins Auge gefassten Flächen nicht der Fall, droht ein vollständiger Entfall der Steuerungsmöglichkeit. Daher haben wir uns im folgenden Teil der Stellungnahme mit dem allgemeinen Planungskonzept und den hierzu im Kontext stehenden Punkten befasst. Anschließend setzen wir uns mit den unsererseits identifizierten Potenzialgebieten näher auseinander, bei denen nach den von uns durchgeführten Ermittlungen ein hohes Maß an Planungssicherheit besteht, dass auf diesen Flächen Windenergieanlagen realisierbar sind. 1. Substanziell Raum schaffen Die Rechtssicherheit des Planwerks hängt wesentlich davon ab, dass der Windenergienutzung substanziell Raum zur Verfügung gestellt wird (entsprechend den Mindestvorgaben nach der Anlage zu § 3 Abs. 1 WindBG). Die Region Ostwürttemberg gibt an, dass nach jetzigem Entwurf Vorranggebiete zur Windenergienutzung in einem Umfang von 7.858	dient. Im Rahmen der Erarbeitung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen (1. Anhörungsentwurf) wurde den Kommunen der Region eine Öffnung des vorsorglichen Umgebungsabstandes von 1.000m eingeräumt, wenn diese Windenergiegebiete innerhalb des Umgebungsabstandes bis 750m planen. Dadurch konnten weitere gut geeignete Flächen und ggf. geeignete kommunale Planungen zum Ausbau der Windenergie bei der Gebietsausweisung auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt werden.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		ha dargestellt werden sollen (Strategische Umweltprüfung, S. 87). Die Flächengröße entspricht einem Anteil von ca. 3,67 % in Bezug auf die Gesamtfläche der Planungsregion. Fläche Ostwürttemberg: ca. 214.000 ha Flächenbeitragswerte gem. WindBG: ca. 3.850 ha (1,8 %) Im Entwurf vorgesehene VRG Wind (inkl. Bestand): ca. 7.858 ha (3,67 %) Das Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) legt für die Bundesländer verbindliche Flächenziele (Flächenbeitragswerte) fest. Gemäß Anlage 1 des WindBG wird Baden-Württemberg ein Flächenbeitragswert von 1,1 % der Landesfläche bis zum Ende des Jahres 2027 und 1,8 % der Landesfläche bis zum Ende des Jahres 2032 festgelegt. Das Land hat jedoch selbst-ständig eine vorzeitige Erreichung des Ziels von 1,8 % bis zum 30.09.2025 beschlossen (§ 20 Abs. 2 KlimaG BW). Maßgeblich für den Ausbau der Windenergie ist jedoch insbesondere die Ausweisung geeigneter Flächen. Die „Arbeitshilfe Wind-an-Land“ der Fachkommission Städtebau und dem Ausschuss für Recht und Verfahren der Ministerkonferenz für Raumordnung vom 3. Juli 2023 führt dazu aus: „Die voraussichtliche Eignung von Flächenausweisungen ist bereits auf Planungs-ebene von entscheidender Bedeutung: Flächen, auf denen Windenergieanlagen voraussichtlich nicht realisierbar sind, dürfen nicht planerisch ausgewiesen werden.“ (Arbeitshilfe Wind-an-Land, S. 12) Der nutzbare Flächenanteil von Vorranggebieten für die Windenergie sinkt im Genehmigungsverfahren teilweise erheblich, zum Beispiel durch artenschutzrechtliche Vorgaben. In einem aktuellen Gutachten des Umweltbundesamtes wurde festgestellt, dass ausgewiesene Flächen für die Windenergie in der Praxis bislang in einem Umfang von ca. 30 % nicht nutzbar waren (Bons, M.; Pape, C.; Wegner, N.; et al (2023): Flächenverfügbarkeit und Flächenbedarfe für den Ausbau der Windenergie an Land; Climate Change 32/2023). Für den aktuellen Planentwurf entspricht das einer Reduktion der Flächenbilanz um 2.357 ha. Die zukünftig nutzbare Gesamtfläche beträgt nach dieser Rechnung 5.501 ha (2,57 % der Gesamtfläche). Hinzu sind weitere nicht zu beziffernde Reduktionen durch eingehende Stellungnahmen zu erwarten. Damit liegen die ausgewiesenen Flächen im Entwurf nach wie vor über der gesetzlichen Anforderung für das Jahr 2025, bzw. 2032	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		(3.850 ha des Gesamtraums). Trotzdem möchten wir im Folgenden weitere Vorschläge zur Optimierung der Flächenkulisse einreichen. Damit können selbst über den statistisch zu erwartenden Fehlpotenziale abgefangen und weitere Potenziale effizienter genutzt werden, was im Sinne aller Beteiligten und Betroffenen ist. 2. Erörterung des Kriterienkatalogs Im Folgenden setzen wir uns mit einzelnen Inhalten des Kriterienkatalogs auseinander, bei denen es aus der Perspektive der JUWI GmbH den Bedarf einer weiteren Auseinandersetzung und entsprechender Anpassungen gibt. 2.1. Abstand zu Wohngebieten, gemischten Bauflächen und Dorfgebieten Landes- und regionalplanerisches Ziel sollte eine planvolle WEA-Konzentration sein, sodass in einem Gebiet zur Nutzung der Windenergie mehrere WEA-Standorte realisiert werden können. Eine Konzentration der Anlagen auf in der Regel mindestens drei WEA pro Fläche (was auch der Definition eines Windparks/einer Windfarm nach dem UVPG entspricht) sollte dafür in der Regel anvisiert werden. Mit zunehmender WEA-Anzahl in einem Windpark vergrößert sich allerdings, aufgrund des Kumulationseffektes der einzelnen WEA-Schallleistungspegel, die Lärmausbreitung bzw. verschieben sich die TA-Lärm-Grenzwert-Isolinien weiter nach außen. Folglich sollte, aus Gründen des vorsorgenden Lärmschutzes und weiteren, im Nahbereich eines Windparks vorhandene Belastungen für das Schutzgut „Mensch“ (z.B. Schattenwurf) auch der Vorsorgeabstand zu Wohnbauflächen entsprechend berücksichtigt werden. Diesem Umstand wird mit dem im Kriterienkatalog festgelegten Mindestabstand von 1000 m zu jedweder Wohnbebauung in hohem Maße Rechnung getragen. Durch unsere langjährige Erfahrung als Projektierer kommen wir zu dem Schluss, dass dieser Abstand jedoch zu hoch ist. Ein zielführender und lärmverträglicher Betrieb von Windenergieanlagen ist schon bei geringerem Abstand möglich und stellt gleichzeitig einen erheblich größeren Umfang an potenziell höchst ertragsreicher Windenergie zur Verfügung, welche wiederum einer möglichst effizienten Energiewende zugutekommt. Daher empfiehlt die JUWI GmbH eine Reduzierung des Vorsorgeabstandes auf 900 m zu Wohngebieten, gemischten Bauflächen und Dorfgebieten.	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		2.2. Abstand zu Einzelgehöften & Wohngebäuden im Außenbereich Die JUWI GmbH erachtet den vorgesehen Mindestabstand zu Einzelgebäuden im Außenbereich mit veranschlagten 1000 m als zu hoch. Zum einen kann hierfür die gleiche Argumentation aus 2.1 angewendet werden. Zum anderen kommt in diesem Fall aber auch insbesondere § 249 Abs. 10 BauGB zum Tragen, der einen Mindestabstand von der zweifachen Gesamt-höhe der Windenergieanlage zum nächsten Gebäude mit Wohnzwecken vorsieht, um einer optisch bedrängenden Wirkung vorzugreifen. Dementsprechend läge der zu empfehlende und rechtlich notwendige Abstand bei 500 m, wenn man die von der Region Ostwürttemberg angenommene Referenzanlage mit einer Gesamthöhe von 250 m zugrunde legt (SUP, S. 4). Jedoch empfiehlt die JUWI GmbH mit einer Referenzanlage von 270 m Gesamthöhe (Nabenhöhe 180 m, Rotorradius 90 m) zu rechnen. Dies ist der realistische Mindestwert einer Anlagenhöhe, wie sie in der Regel realisiert werden wird, wenn die Vorranggebiet Rechtskraft erlangen. Die Gesamthöhe von 270 m legen teilweise auch andere Regionen in Baden-Württemberg als Referenzanlage (z.B. Neckar-Alb; SUP, S. 46) in ihrem Umweltbericht als mögliche Höhe zugrunde. Die JUWI GmbH empfiehlt daher analog zu allen bisher verfassten Stellungnahmen in Baden-Württemberg eine Reduzierung des Vorsorgeabstandes zu Einzelgebäuden im Außenbereich auf eine doppelte Anlagenhöhe von 540 m. Anmerkung: In den Abschnitten zu weiteren Inhalten des Kriterienkatalogs wird in der Folge stets mit der soeben empfohlenen Referenzanlage gerechnet, sollte die Höhe oder der Rotorradius für das Kriterium relevant sein. 2.3. Abstand zu Gewerbegebieten Die JUWI GmbH unterstützt den Ausschluss von Gewerbegebieten und die Einhaltung eines Vorsorgeabstandes bei der Ausweisung von Windenergiegebieten. Auch hier gelten die bereits genannten Aspekte des Schutzgutes Mensch, wenn auch, z.B. in Bezug auf Schall, in geringerer Form, da die TA Lärm in Gewerbegebieten weniger strenge Vorgaben macht als in Wohngebieten. Da es sich bei Gewerbegebieten um wichtige Institutionen für regionale Wertschöpfung handelt, möchten wir durch einen Vorsorgeabstand zudem Entwicklungsspiel-räume zur Vergrößerung in den Kommunen gewährleisten. Um sowohl dem Schutzgut Mensch als auch regionalen	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen, empfehlen wir, den Vorsorgeabstand zu Gewerbegebieten bei der Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie auf 400 m zu erhöhen.	
lfd. Ident-Nr.: 519 JUWI GmbH Stn-Id: 294		BE-ID: 1255 2.4. Abstand zu Verkehrswegen Ein ausreichender und gesetzeskonformer Abstand zu diversen Verkehrswegen wird von der JUWI GmbH unterstützt. Jedoch entsprechen nicht alle im Kriterienkatalog aufgeführten An-gaben dem aktuellen rechtlichen Status. Bei Straßen, die unter das Bundesrecht fallen, regelt § 9 Abs. 2b FStrG explizit, dass die Anbaubeschränkungszonen nicht für Windenergieanlagen gültig sind, solange nur die Rotorblätter über diese Fläche ragen und das Fundament den Abstand einhält. An dieser Stelle gilt also nicht die Anbaubeschränkungszone nach § 9 Abs. 2 FStrG (BAB = 100 m & Bundesstraßen = 40 m), sondern die tatsächliche Anbauverbotszone nach § 9 Abs. 1 FStrG (BAB = 40 m & Bundesstraßen = 20 m). Allerdings muss der Rotorradius addiert werden, da dieser nicht über die Anbauverbotszone ragen darf. Bei einem Rotorradius von 90 m ergibt sich hieraus bei einer Rotor-Out Planung die Empfehlung von Vorsorgeabständen bei BAB von 130 m und bei Bundesstraßen von 110 m. Dies ist bei durch das Landesrecht (§ 22 StrG) geregelten Straßen anders gelagert, da hier die Anbaubeschränkungszonen (Landesstraße = 40 m & Kreisstraße = 30 m) ausschlaggebend sind. Einen vergleichbaren Paragrafen zu § 9 Abs. 2b FStrG gibt es hier nicht. Die eigentliche Anbauverbotszone (Landesstraße = 20 m & Kreisstraße = 15 m) spielt dementsprechend auf Landesebene für Windenergie nur eine untergeordnete Rolle. Daher ergeben sich hier Mindestabstände von 130 m für Landesstraßen und 120 m für Kreisstraßen. Nach der gleichen Berechnung ergibt sich außerdem unter der Berücksichtigung des Verbots einer baulichen Anlage innerhalb eines Abstandes von 50 m (§ 4 Abs. 1 a) LEisenbG BW) außerdem ein Abstand von 140 m zu Schienenwegen. --> Übersicht siehe Anlage Die JUWI GmbH möchte daraus ableitend auf den Umstand aufmerksam machen, dass nach der aktuellen Gesetzeslage Bundesstraßen einen kleineren Abstand erforderlich machen als Kreis- oder Landesstraßen, was von außen betrachtet abgesehen von der gesetzgeberischen Zuständigkeit nicht nachvollziehbar erscheint. Auch wenn der Regionalverband Ostwürttemberg nicht	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Der Umgebungsabstand zu Straßen wird an die aktuellen gesetzlichen Anbauverbotszonen (zzgl. Abstand Rotorradius) angepasst.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		für die Gesetzeslage zuständig ist, sollte er darauf hinwirken, dass der Gesetzgeber in Baden-Württemberg in Anlehnung an den Gesetzgeber des Bundes ebenfalls eine Ausnahme für Windenergieanlagen in das StrG BW aufnehmen und dementsprechend lediglich die Anbauverbotszone als ausschlaggebend einstufen sollte.	
lfd. Ident-Nr.: 519 JUWI GmbH Stn-Id: 294		BE-ID: 1256 2.5. Abstand zu Hoch- & Mittelspannungsfreileitungen Ein ausreichender und der Sicherheit dienender Mindestabstand zwischen Hochspannungsfreileitungen und Windenergieanlagen wird von der JUWI GmbH befürwortet. Der, laut Kriterienkatalog, zugrundeliegende Abstand von 150 m und dessen Begründung entspricht jedoch nicht in Gänze der aktuell einschlägigen DIN 50341-2-4 (VDE 0210-2-4). Diese empfiehlt eine Berechnung des Mindestabstands, die im Regelfall mit 120 m erfüllt ist. Als genauere Alternative bietet sich die zugrunde liegende Formel aWEA = 0,5 x DWEA + aRaum + aLTG an. Da jedoch bei der Ausweisung von Vorranggebieten bereits ein konkreter Abstand zur Hochspanungsfreileitung angenommen werden muss, um eine konkrete Fläche festlegen zu können, hält die JUWI GmbH einen Vorsorgeabstand von 120 m (bei der Annahme eines Rotorradius von 90 m) für angemessen. 2.6. Abstand zu Drehfunkfeuer Ein auf § 18a LuftVG basierender ausreichender Abstand zu DVOR, um einen störungsfreien Betrieb dieser zu gewährleisten, wird von der JUWI GmbH unterstützt. Hierfür sieht die Deutsche Flugsicherung seit einer Initiative des BMWK und des BMDV aus dem Jahr 2023 einen Anlagenschutzbereich von 7 km vor. Dieser Schutzbereich ist aber nicht mit einem rechtlich festgelegten Ausschluss gleichzusetzen. Vielmehr handelt es sich um einen Prüfbereich, in dem im Einzelfall unter Einbeziehung des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung (BAF) und der Deutschen Flugsicherung (DFS) über die Ausweisung und den Bau von Windenergiegebieten/-anlagen entschieden werden kann und sollte. So hat sich in der Praxis gezeigt, dass die DFS bei Abständen zwischen 3 km und 7 km häufig keinen Widerspruch gegen die Errichtung von Windenergieanlagen einlegte (z.B. in Erp – DVOR Nörvenich oder Volkmarsdorf – DVOR Hehlingen). Bei einem Ausschluss von 7 km besteht das Risiko, ohne rechtlichen Bedarf für Windenergie geeignete Fläche von der Ausweisung von Vorranggebieten auszuschließen. Daher empfiehlt die JUWI GmbH einen Ausschlussbereich mit einem Radius von 3 km und für	2.5.: Für das Planverfahren wurde - entsprechend der DIN EN 50341-2-4 (VDE 0210-2-4: 2019-09) - einen 150m Mindestabstand angewendet. Dies entspricht den halben Rotordurchmesser plus den spannungsabh. Mindestabstand plus den Abstand des äußeren Leiterseils zur Leitungsachse. Im Genehmigungsverfahren sind die Abstände zu den Leitungsachsen anhand der konkreten WEA-Standorte zu prüfen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Eine mögliche Abweichung von den genannten 30m ist bei Festlegungen im Maßstab von 1:50.000 aufgrund der maßstabsbedingten Unschärfe vertretbar. 2.6.: Der reduzierte Schutzbereichs des Drehfunkfeuer von 7 km wird gem. Angaben des Bundesamts für Flugsicherung (BAF) als rechtlicher Ausschluss beiobehalten.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Abstände zwischen 3 km und 7 km eine Einzelfallprüfung im Kriterienkatalog festzulegen.	
lfd. Ident-Nr.: 519 JUWI GmbH Stn-Id: 294		BE-ID: 1257 2.7. Abstand zu Umweltschutzgebieten Die Berücksichtigung der Schutzgüter diverser Schutzgebiete (Naturschutzgebiete, Naturschutzgebietswürdige Flächen & Bann- und Schonwälder) und den in der Regel damit einhergehenden Ausschluss dieser Gebiete als Windenergiegebiete unterstützt die JUWI GmbH. Einen pauschalen Vorsorgeabstand von 200 m unabhängig vom tatsächlichen Schutzzweck halten wir jedoch für undifferenziert und nicht angemessen. Insgesamt sind Schutzgebiete in der Regel so groß angelegt, dass der Schutzzweck bereits innerhalb der Fläche vollumfänglich erfüllt wird. Vorsorgeabstände, die das Schutzgebiet etwa vor dem Hineinragen der Rotorblätter oder Kranstellflächen, etc. schützen sollen, erachtet die JUWI GmbH ebenfalls als nicht notwendig, da in der Regel ohnehin mit einem entsprechenden Abstand geplant wird, um im Genehmigungsverfahren erfolgreich zu sein. Der hier vorliegende Abstand von 200 m überschreitet aber ohnehin den anzunehmenden Rotorradius um mehr als das Doppelte. Daher empfiehlt die JUWI GmbH die pauschalen Schutzabstände zu streichen und mögliche notwendige Abstände zu bestimmten Gebieten einer Einzelfallbetrachtung zu unterziehen, bzw. auf die nachfolgenden Planungsebenen im Genehmigungsverfahren zu verschieben.	Wird nicht gefolgt Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Innerhalb dieser Region wurde ein ausgewogenes Planungskonzept entwickelt. Das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 definiert zu bestimmten Natur- und Artenschutzgebieten Umgebungsabstände, um die natur- und artenschutzfachlichen Belange umfassend zu berücksichtigen. Die Umgebungsabstände werden seitens der zuständigen Fachbehörden ausdrücklich begrüßt. Weiterhin ist die Festlegung dieser Abstände unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten (große Potenziale für die Nutzung der Windenergie) plausibel. Das gesetzlich geforderte Teilflächenziel gem. § 20 KlimaG wird - auch bei Berücksichtigung dieser Abstände - erreicht. Eine Abschichtung der Einhaltung der Abstände zu diesen Gebieten ist daher weder erforderlich noch vorgesehen.
lfd. Ident-Nr.: 519 JUWI GmbH Stn-Id: 294		BE-ID: 1258 2.8. Generalwildwegeplan Der Wildtierkorridor des Generalwildwegeplans ist in aller Regel kein Ausschlusskriterium für die Ausweisung von Windenergiegebieten und sollte deswegen auch als Einzelfallprüfung auf der Ebene des Regionalplans keine Rolle spielen. Prinzipiell ist im immissionsschutzrechtlichen Verfahren zu prüfen, ob möglicherweise durch Zuwegung oder die Anlagenstandorte eine Unterbrechung des Korridors erfolgt und so Wanderbewegungen unterbrochen werden. Laut Boldt & Hummel (2013) dürfte die folgende Aussage überwiegend zutreffen: „Windparks haben vermutlich für die meisten terrestrischen Säugetierarten selten größere negative Auswirkungen. Besonders große und mittelgroße Säugetiere können sich offenbar recht gut an einen Windpark gewöhnen. Nach einer vorübergehenden Meidung des Gebiets während der Bauphase werden die Lebensräume wieder	Wird nicht gefolgt 2.8.: Die Kategorisierung des Generalwildwegeplans als Einzelfallkriterium wird beibehalten. Es erfolgt keine Generierung grundsätzlicher pauschaler Ausschlussbereiche. Die konkrete Betroffenheit des Generalwildwegeplans wird einzelfallbezogen bewertet, je nach Erheblichkeit kann es bereits auf Ebene der Regionalplanung Berücksichtigung bspw. durch Anpassung des Flächenzuschnitts erfordern. Die Einstufung wird als verhältnismäßig betrachtet. 2.9.: Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Innerhalb dieser Region wurde ein ausgewogenes Planungskonzept entwickelt. Bekannte, besonders sensible, stetige Lebensräume geschützter Arten, welche häufig bereits Teil geschützter Lebensräume (Biotope, Naturschutzgebiete, FFH-Mähwiesen, etc.) sind und den gesetzlichen Schutzanforderungen unterliegen, sind im Rahmen der Planungskriterien berücksichtigt. Das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 definiert zudem zu

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		genutzt.“ Negative Konsequenzen auf Populationsebene konnten bisher kaum beobachtet werden. Zu-dem werden in der Regel bei der Planung bereits vorhandene Wegenetze genutzt, um eine zusätzliche Zerschneidung zu vermeiden. Es gibt auch Fälle in denen Auswirkungen von WEA auf Säugetiere festgestellt werden konnten. Daraus wird aber auch ersichtlich, dass zur Beurteilung möglicher Auswirkungen die lokalen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden müssen und keine grundsätzlichen Ausschlussbereiche generiert werden können. Daher empfehlen wir, die Wildtierkorridore des Generalwildwegeplans aus dem Kriterienkatalog als Einzelfallprüfung zu streichen, da sonst möglicherweise gut beplanbare Flächen von vornherein aus dem Ausweisungsprozess ausgeschlossen werden können. Stattdessen sollte die detaillierte Prüfung wie bisher im Rahmen des Genehmigungsverfahrens stattfinden, wodurch die wenigen tatsächlich untauglichen Flächen ebenfalls identifiziert werden können. 2.9. Abstand zu Artenschutzgebieten Die soeben erörterte Argumentation bzgl. Umweltschutzgebieten gilt insbesondere auch für den bis zu 700 m vorgesehenen Vorsorgeabstand zu europäischen Vogelschutzgebieten mit windkraftempfindlichen Arten, die sich unter Natura 2000 Gebieten einreihen. Jedoch gibt es in Baden-Württemberg keine Vorgabe, dass Natura 2000 Gebiete für Windenergieanlagen Tabubereiche sind, es sei denn, es handelt sich um ein VSG mit dem Vorkommen des Auerhuhns. Einen grundsätzlichen Ausschluss von Planungsvorhaben oder sogar darüber hinaus eine Festlegung eines zusätzlichen Pufferbereiches um die Schutzgebiete gibt es allerdings aus rechtlicher Perspektive nicht. Vielmehr ist zu prüfen, ob ein mögliches Vorhaben erhebliche Beeinträchtigungen auf das Schutzgebiet und dessen Erhaltungs- und Entwicklungsziele hat. Daher sind die Gebiete hinsichtlich des Schutzzweckes genauer zu betrachten inwieweit durch die Planung erhebliche Beeinträchtigungen nicht ausgeschlossen werden können. Das Vorgehen der Regionalplanung, dass nach Möglichkeit auf Eingriffe in Natura 2000 Gebiete verzichtet werden soll, wenn eine ausreichende Fläche zur Erreichung des Flächenziels sichergestellt werden kann, ist nachvollziehbar und wird von der JUWI GmbH grundsätzlich befürwortet. Eine zusätzliche Pufferung von 200 m bis zu 700 m zum Schutzgebiet ohne nähere Betrachtung der Schutzziele des Gebietes ist nicht zielführend und suggeriert, dass eine Planung innerhalb dieses Puffers nicht verträglich ist. Dabei ist vielmehr zu erwarten, dass eine	bestimmten Artenschutzgebieten Umgebungsabstände, um die natur- und artenschutzfachlichen Belange umfassend zu berücksichtigen. Durch eine differenzierte Betrachtung der Natura2000-Gebiete anhand von Schutzzielen zu windkraftsensiblen Arten wird bereits auf regionalplanerischer Ebene ein möglicher Konflikt mit den Artenschutzbelangen minimiert. Die Umgebungsabstände werden seitens der zuständigen Fachbehörden ausdrücklich begrüßt. Weiterhin ist die Festlegung dieser Abstände unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten (große Potenziale für die Nutzung der Windenergie) plausibel. Das gesetzlich geforderte Teilflächenziel gem. § 20 KlimaG wird - auch bei Berücksichtigung dieser Abstände - erreicht. Eine Abschichtung der Einhaltung der Abstände zu diesen Gebieten ist daher weder erforderlich noch vorgesehen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Verträglichkeit erzielt werden könnte, wenn die Eingriffe außerhalb des Schutzgebietes erfolgen und es sich beispielsweise um Schutzgebiete handelt, in denen nicht windkraftsensible Arten geschützt werden oder eine direkte Betroffenheit durch Lebensraumverlust im FFH-Gebiet ausgeschlossen werden kann. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass auch im Sinne der Verträglichkeitsprüfung Schadensbegrenzungsmaßnahmen möglich wären, um eine Verträglichkeit erzielen zu können. Dies kann vor allem bei kollisionsgefährdeten Arten durch geeignete Schutzmaßnahmen erzielt werden. Eine genaue Standortplanung kann auf Ebene der Regionalplanung noch nicht erfolgen und bietet daher im Planungsprozess auch die Möglichkeit durch bspw. Standortoptimierungen eine Verträglichkeit zu erzielen. Daher empfehlen wir, die Vorsorgeabstände zu Natura 2000 Gebieten streichen oder mindestens zu minimieren, um zu verhindern, dass gut beplanbare Flächen von vornherein aus dem Ausweisungsprozess ausgeschlossen werden. Sollten in Einzelfällen auch Puffer um Artenschutzgebiete nicht beplanbar sein, so wird dies ohnehin spätestens im Genehmigungs-verfahren festgestellt und entsprechend berücksichtig.	
lfd. Ident-Nr.: 519 JUWI GmbH Stn-Id: 294		BE-ID: 1259 2.10. Landschaftsschutzgebiete Losgelöst von den anderen Natur- und Artenschutzgebieten sind Landschaftsschutzgebiete als Sonderfall zu betrachten. Insbesondere für den Ausbau von Windenergie hat sich durch eine Anpassung des relevanten Gesetzes der Status dieses Gebiets verändert. Nach § 26 Abs. 3 BNatSchG sind Landschaftsschutzgebiete inzwischen für Windenergieanlagen geöffnet, solange sie zur Erfüllung des WindBG beitragen (was der Zweck der aktuellen Ausweisung von Vorranggebieten ist). Auch unsere langjährige Erfahrung als Projektierer zeigt, Landschaftsschutzgebiete und deren Schutzzwecke stehen einer Windenergienutzung nicht entgegen. Dementsprechend empfehlen wir, dieses Kriterium als Einzelfallprüfung aus dem Kriterienkatalog zu streichen und Landschaftsschutzgebiete umfänglich auf Windpotenziale zu prüfen und entsprechend zu öffnen. 2.11. Wasserschutzgebiete Die Berücksichtigung der WSG Zone I und den in der Regel damit einhergehenden Ausschluss dieser Gebiete als Vorranggebiete für Windenergieanlagen unterstützt die JUWI GmbH. Einen pauschalen Vorsorgeabstand von 100 m halten wir jedoch für undifferenziert und nicht angemessen. Insgesamt sind Schutzgebiete	Wird zur Kenntnis genommen. 2.10.: Die Einstufung als Einzelfallkriterium wird beibehalten. Es handelt sich nicht um ein Ausschlusskriterium. Dadurch ist die Öffnung des Landschaftsschutzgebiets gem. §26 (3) BNatSchG für die Nutzung Windenergie gegeben und entsprechend in die Abwägung eingeflossen. Landschaftsschutzgebiete sind nach Anwendung des §26 (3) BNatSchG derzeit grundsätzlich für die Windenergienutzung geöffnet. Eine Ausnahme hiervon besteht nur, wenn die Windenergiestandorte in Natura2000-Gebieten oder Weltkulturerbestätten […] liegen würden. Für die Errichtung und Betrieb von im Übrigen zulässigen Windenergieanlagen und mit Nebenanlagen ist dann keine Ausnahme oder Befreiung von der Erklärung zur Unterschutzstellung erforderlich, selbst wenn diese entgegenstehende Bestimmungen enthält. Im Rahmen der Einzelfallprüfung wurde die Betroffenheit der jeweiligen Landschaftsschutzgebiete geprüft bspw. aufgrund besonderer Wertigkeit in Bezug auf das Landschaftsbild oder bei gleichzeitigem Auftreten weiterer Schutzzweckrelevanter Aspekte. Ein Ausschluss allein aufgrund einer Einstufung als Landschaftsschutzgebiet erfolgt nicht. 2.11.: Bei dem im Plankonzept definierten Abstand zu Wasserschutzgebieten der Zone I handelt es sich um ein planerisches Ausschlusskriterium zur umfassenden Berücksichtigung des Wasserschutzes (sensible Bereiche zur Trinkwasserversorgung). Dieser wird - auch im Hinblick auf die Rotor-out-Regelung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 - aufrechterhalten. Weiterhin ist die Festlegung des

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		in der Regel so groß angelegt, dass der Schutzzweck bereits innerhalb der Fläche vollumfänglich erfüllt wird. Sollten in spezifischen Fällen Abstände erforderlich sein, ist davon auszugehen, dass ohnehin mit einem entsprechenden Abstand geplant wird, um im Genehmigungsverfahren erfolgreich zu sein. Daher empfiehlt die JUWI GmbH den pauschalen Vorsorgeabstand zu streichen und mögliche notwendige Abstände zu bestimmten Gebieten einer Einzelfallbetrachtung zu unterziehen, bzw. auf die nachfolgenden Planungsebenen im Genehmigungsverfahren zu verschieben.	Abstandes unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten (große Potenziale für die Nutzung der Windenergie) plausibel. Das verbindliche Teilflächenziel gem. § 20 KlimaG wird in der Region Ostwürttemberg - auch bei Berücksichtigung des Abstandes - erreicht. Eine Abschichtung der Einhaltung der Abstände zu diesen Gebieten ist daher weder erforderlich noch vorgesehen. Hinweis: Wasserschutzgebiete der Zone II wurden im Plankonzept als Einzelfallkriterium definiert.
lfd. Ident-Nr.: 519 JUWI GmbH Stn-Id: 294		BE-ID: 1260 2.12. Topografie / Hangneigung Bei besonders steilem Gelände ist davon auszugehen, dass ein massiver baulicher Eingriff in die natürliche Topografie zum Ebnen der Fläche erforderlich ist, bevor mit den eigentlichen Bauarbeiten zur Errichtung der WEA begonnen werden kann. Dies ist zum einen ein weiteres Hemmnis, das die Wirtschaftlichkeit des Projektes verringert, sowie insbesondere ein erheblicher Eingriff in das Landschaftsbild an dem Vorhabensort. Darüber hinaus stellt vor allem die Zuwegung und Schwerlasttransportmöglichkeiten eine große Hürde dar. Insbesondere der Transport der Rotorblätter ist bei steilem Gelände und den zumeist damit einhergehenden scharfen Serpentinen eine starke Einschränkung und senkt die Realisierungswahrscheinlichkeit enorm. In der Praxis ist eine Neigung von < 10 % wünschenswert. Auch Flächen mit einer Hangneigung von < 15 % sind häufig realisierbar, allerdings ergeben sich bereits ab diesem Wert erhöhte Anforderungen an die Wirtschaftlichkeit der Fläche. Eine Neigung von > 15 % auf erheblichen Teilen der Potenzialfläche schließt eine Realisierung von WEA zwar nicht pauschal aus, erschwert diese jedoch erheblich, wodurch die wirtschaftliche Nutzung des Standorts erschwert bzw. nahezu unmöglich wird. Daher empfehlen wir, die Geländebeschaffenheit der Entwurfsflächen zu prüfen, sodass keine Flächen ausgewiesen werden, die nicht bzw. teilweise nicht erschlossen werden können und folglich nicht oder nur sehr eingeschränkt für die Windenergie geeignet sind. Wir bitten darum die Topografie / Hangneigung als Einzelfallprüfungskriterium in den Kriterienkatalog aufzunehmen und im Zuge der Abwägung zu berücksichtigen (z.B. VRG 70 & VRG 59).	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Topographie und Geländeneigung wurde überprüft und die Gebietsabgrenzung bei nicht bebauubare Steillagen angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 519 JUWI GmbH Stn-Id: 294		BE-ID: 1261 3. Potenzialflächen der JUWI GmbH	Wird zur Kenntnis genommen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Mittels dieser Flächeneingabe möchten wir die Abgrenzungen der Entwurfskulissen in Teilen bestätigen oder für eine Anpassung bzw. Aufnahme von Potenzialflächen zur Kompensation von im Verfahren wegfallenden Potenzialen argumentieren. Wir bitten darum, dass die aufgeführten Flächen und Erkenntnisse Eingang in das weitere Verfahren erhalten, bzw. beibehalten werden. Im Folgenden setzen wir uns mit den aufgeführten Gebieten auseinander: • Kirchheim / Unterschneidheim (46) (LK Ostalbkreis; Kirchheim, Unterschneidheim) • Schönbühl (65) (LK Heidenheim; Gerstetten, Herbrechtingen, Steinheim am Albuch) • Hornsberg (47) (LK Ostalbkreis; Westhausen, Rainau) • Gnannenweiler (62) - (LK Heidenheim; Steinheim am Albuch) • Gussenstadt (63) - (LK Heidenheim; Gerstetten) • Gussenstadt Nordost (64) - (LK Heidenheim; Gerstetten) • Langert (70) – Aalen-Süd (LK Ostalbkreis; Aalen)	
lfd. Ident-Nr.: 519 JUWI GmbH Stn-Id: 294	VRG 49 Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen	BE-ID: 1262 Des Weiteren möchten wir folgende Fläche ohne weitere Erläuterungen positiv hervorheben: • Weilermerkingen / Dehlingen (49) - (LK Ostalbkreis; Neresheim, Bopfingen, Riesbürg) • Herbrechtingen (57) – (LK Heidenheim; Herbrechtingen)	Wird zur Kenntnis genommen Hinweis: Das Vorranggebiet 49 "Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen" wurde aufgrund von Anregungen zum 1. Anhörungsentwurf angepasst und wird nach Beratung und Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Das Vorranggebiet 57 "Herbrechtingen" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 519 JUWI GmbH Stn-Id: 294	VRG 46 Kirchheim / Unterschneidheim	BE-ID: 1263 3.1. Kirchheim / Unterschneidheim (46) --> Übersicht / Abbildung siehe Anlage Bestandsbeschreibung (Realnutzung) Forst- und landwirtschaftlich genutzte Fläche, Bachläufe Schutzgut Mensch und menschliche Gesundheit Um die Schall- und Lärmemissionen gering zu halten und gleichzeitig eine möglichst leistungsstarke und wirtschaftliche Fläche zu ermöglichen, empfehlen wir einen Siedlungsabstand von 900 m zur geschlossenen Siedlung und mindestens 540 m zum Außenbereich. Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt Auf der Fläche befinden sich vereinzelt geschützte Biotope. Diese	Wird nicht gefolgt Das Vorranggebiet 46 "Kirchheim / Unterschneidheim" wird aufgrund der geringen Windhöffigkeit gem. Windaltas (LUBW, 2019) sowie weiterer Belange, die im Rahmen der 1. Anhörung gemeldet wurden, im 2. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		werden bei der Planung und Umsetzung der Anlagenstandorte vorsorglich ausgespart. Folglich ist hier keine negative Auswirkung zu erwarten. Die angrenzenden Restriktionen Schwerpunktvorkommen windsensibler Arten der Kategorie A, sowie das FFH-Gebiet bleiben vom Flächenzuschnitt unberührt. Folglich befindet sich keine Restriktionen auf der Fläche, die einem Windenergievorhaben entgegenstehen. Schutzgut Boden, Wasser, Klima und Luft Das Gebiet befindet sich zum größten Teil in landwirtschaftlich benachteiligtem Gebiet. Schutzgut Landschaft, Kultur und Sachgüter Die Landschaftsbildbewertung wird vom LNV in etwa zu gleichen Teilen als hoch / mittel und gering / sehr gering eingeschätzt. Dies entspricht den Wertigkeitsstufen 4 - 6. Für den östlichen Teilbereich der Fläche, nahe der Landesgrenze, liegen keine Daten vor. Infrastruktur Die lokale Infrastruktur, wie die K3204 und L1060, bieten gute Voraussetzungen zur Erschließung der Fläche. Nördlich angrenzend befindet sich eine Biogasanlage. Projektkonstellation Durch die interkommunale Lage der Entwurfsfläche können Synergien hinsichtlich regionaler Wertschöpfung entstehen, die im weiteren Verlauf eines Projektes ausgelotet werden. Eine Beteiligung der Gemeinden ist vorgesehen. Die Eigentümer stehen erneuerbaren Energien überwiegend positiv gegenüber. Durch die Lage im landwirtschaftlich benachteiligten Gebiet, sowie angrenzend an die bestehende Biogasanlage, besteht die Möglichkeit der Konzentration von erneuerbaren Energien. Folglich könnten auch hier Synergieeffekte entstehen. Projektrealisierung Die Entwurfsfläche weist eine Hangneigung von 5 - 10 % auf, folglich ist die Erschließung als unproblematisch einzuschätzen. Zusammenfassende Bewertung Aufgrund der aufgeführten Aspekte bestätigen wir die Eignung der Fläche 46 zur Ausweisung für Windenergienutzung. Der Standort eignet sich dank guter Erschließungsvoraussetzungen und wenigen Restriktionen ausgezeichnet für die Umsetzung eines Windenergievorhabens. Wir bitten jedoch auf Basis der Hinweise aus Kapitel 2.1 und 2.9 den Flächenzuschnitt anzupassen und die Erweiterung um 123 ha in das Verfahren aufzunehmen und	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		empfehlen die gesamte Fläche als VRG für die Windenergienutzung auszuweisen.	
lfd. Ident-Nr.: 519 JUWI GmbH Stn-Id: 294	VRG 65 Schönbühl	BE-ID: 1264 3.2. Schönbühl (65) --> Übersicht / Abbildung siehe Anlage Bestandsbeschreibung (Realnutzung) Forstwirtschaftliche Nutzung Schutzgut Mensch und menschliche Gesundheit Um die Schall- und Lärmemissionen gering zu halten, empfehlen wir einen Siedlungsabstand von 900m zur geschlossenen Siedlung und mindestens 540 m zum Außenbereich. Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt Auf der Fläche befinden sich vereinzelt geschützte Biotope, sowie die Restriktion IBA „Mittlere Schwäbische Alb“. Die Biotope werden bei der Planung und Realisierung der Anlagenstandorte vorsorglich ausgespart. Grundsätzlich steht die IBA einem Windenergievorhaben nicht entgegen. Um den Eingriff in die Natur gering zu halten, ist eine enge Abstimmung mit den Natur- und Umweltbehörden im nachgelagerten Genehmigungsverfahren vorgesehen. Schutzgut Boden, Wasser, Klima und Luft Das Potenzialgebiet wird flächig von einem Wasserschutzgebiet Zone III überlagert. Auch diese Restriktion steht einem Windenergievorhaben nicht entgegen. Es ist davon auszugehen, dass durch ein Windenergieprojekt keine negativen Auswirkungen auf die Schutzfunktion entstehen. Schutzgut Landschaft, Kultur und Sachgüter Die Landschaftsbildbewertung wird vom LNV hat das Gebiet überwiegend als hoch/mittel und zu einem kleineren Teil als gering / sehr gering eingeschätzt. Dies entspricht den Wertigkeitsstufen 4 und 5. Das Potenzialgebiet wird nach der FVA Baden-Württemberg als Waldfunktion „Erholung“ festgesetzt. Rechtlich steht dies einem Windenergievorhaben nicht entgegen. Es ist davon auszugehen, dass ein Windenergieprojekt keine negativen Auswirkungen auf die Erholungsfunktion des Waldes mit sich bringt. Infrastruktur & Luftfahrt Die durch das Potenzialgebiet verlaufende Stromleitung ist,	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 65 "Schönbühl" wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst (reduziert). Das Gebiet ist - in der angepassten Gebietsabgrenzung - für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		hinsichtlich des Landschaftsbildes, als Vorbelastung zu bewerten. Nordwestlich der Potenzialfläche bietet die verlaufende L1165 gute Voraussetzungen zur Erschließung der Fläche Das Potenzialgebiet befindet sich im 1,5 km Abstandspuffer einer Jet-Tiefflugtrasse. Bei einer maximalen Bauhöhe von 1006 m, ist ausreichend freie Bauhöhe zur Umsetzung eines Windenergievorhabens vorhanden. Dem Vorhaben steht dies folglich nicht entgegen. Projektkonstellation Die Anlagenstandorte auf der Gemarkung Herbrechtingen befinden sich in Gemeindehand. Dieser Teilbereich des Potenzialgebietes wurde im Zuge einer Ausschreibung vergeben. Die Gemeinde ist weiterhin sehr an einer Umsetzung des Projekts interessiert und steht mit uns regelmäßigem Kontakt. Eine Beteiligung der Gemeinden ist vorgesehen. Projektrealisierung Die Potenzialfläche bietet durch eine Hangneigung von 0 – 10 % gute Voraussetzungen zur Erschließung des Gebietes. Durch die unmittelbare Nähe zur L 1165 ist eine eingriffsarme Erschließung der Fläche möglich. Außerdem ist das Wegenetz bereits sehr gut ausgebaut. Folglich ist die Erschließung ohne größere Eingriffe in die Natur möglich. Zusammenfassende Bewertung Aufgrund der aufgeführten Aspekte bestätigen wir die Eignung der Fläche 65 zur Ausweisung für Windenergienutzung. Der Standort eignet sich dank guter Erschließungsvoraussetzungen und wenigen Restriktionen ausgezeichnet für die Umsetzung eines Windenergievorhabens. Somit empfehlen wir die Fläche als VRG für die Windenergienutzung auszuweisen. Durch die produktive Zusammenarbeit zwischen JUWI und der Gemeinde Herbrechtingen ist mit einem schnellen Umsetzungserfolg zu rechnen.	
lfd. Ident-Nr.: 519 JUWI GmbH Stn-Id: 294	VRG 47 Hornsberg	BE-ID: 1265 3.3. Hornsberg (47) --> Übersicht / Abbildung siehe Anlage Bestandsbeschreibung (Realnutzung) Land- und forstwirtschaftlich genutzte Fläche östlich der BAB 7. Südlich angrenzend befindet sich eine Freiflächensolaranlage. Die Konzentration von erneuerbaren Energien ist als positiv zu bewerten.	Wird nicht gefolgt Das Vorranggebiet 47 "Hornsberg" wird aufgrund verschiedener Belange, die im Rahmen der 1. Anhörung gemeldet wurden, nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Zusammenfassende Bewertung Wir bestätigen die Eignung der Fläche 47 zur Ausweisung für Windenergienutzung. Der Standort eignet sich dank guter Anbindung und Erschließungsvoraussetzungen, sowie guten Windverhältnissen für die Umsetzung eines Windenergievorhabens. Wir bitten jedoch auf Basis der Hinweise zu den Kapiteln 2.1, 2.4, 2.7 und 2.12 die Erweiterung um 174 ha in das Verfahren aufzunehmen und die gesamte Fläche als VRG für die Windenergienutzung auszuweisen.	
lfd. Ident-Nr.: 519 JUWI GmbH Stn-Id: 294	VRG 62 Erweiterung Gnannenweiler	BE-ID: 1267 3.4. Gnannenweiler (62) --> Übersicht / Abbildung siehe Anlage Bestandsbeschreibung (Realnutzung) Die Entwurfsfläche wird derzeit land- und forstwirtschaftlich genutzt. Östlich der Fläche ist bereits eine Freiflächenphotovoltaikanlage, sowie ein Windpark. Folglich liegt bereits eine Vorbelastung hinsichtlich des Landschaftsbildes vor. Eine Konzentration der Anlagen wird von unserer Seite bevorzugt. Zusammenfassende Bewertung Wir bestätigen die Eignung der Fläche 62 zur Ausweisung für Windenergienutzung. Der Standort eignet sich dank guter Erschließungsvoraussetzungen, der Konzentration der Anlagen durch den bestehenden Wind- und Solarpark, sowie guten Windverhältnissen ausgezeichnet für die Umsetzung eines Windenergievorhabens. Wir bitten jedoch auf Basis der Hinweise zu den Kapiteln 2.1 und 2.7 die Erweiterung um 92 ha in das Verfahren aufzunehmen und die gesamte Fläche als VRG für die Windenergienutzung auszuweisen.	Wird nicht gefolgt Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Der Siedlungsabstand sowie der Abstand zu Schutzgebieten basieren auf dem regionsweit einheitlich angewendeten Konzept (Kriterienkatalog), welches durch die Verbandsversammlung des Regionalverbandes beschlossen wurde. Das Vorranggebiet 62 "Erweiterung Gnannenweiler" wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst (reduziert). Das Gebiet ist - in der angepassten Gebietsabgrenzung - für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Eine Erweiterung ist aufgrund entgegenstehender planerischer Belange nicht vorgesehen. Diesem Vorschlag wird nicht gefolgt.
lfd. Ident-Nr.: 519 JUWI GmbH Stn-Id: 294	VRG 63 Erweiterung Gussenstadt	BE-ID: 1269 3.5. Gussenstadt (63) --> Übersicht / Abbildung siehe Anlage Bestandsbeschreibung (Realnutzung) Ein Teilbereich der Fläche ist bereits mit Windenergieanlagen bebaut. Folglich liegt bereits eine Vorbelastung hinsichtlich des Landschaftsbildes vor. Eine Konzentration der Anlagen wird auch von unserer Seite bevorzugt. Bei der Fläche der potenziellen Erweiterung handelt es sich um land- und forstwirtschaftlich genutzte Fläche.	Wird nicht gefolgt Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Die Schutzabstände zu Siedlungen und Schutzgebieten u.a. basieren auf dem regionsweit einheitlich angewendeten Konzept (Kriterienkatalog), welches durch die Verbandsversammlung des Regionalverbandes beschlossen wurde. Das Vorranggebiet 63 "Erweiterung Gussenstadt" wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung im Bereich der bestehenden FF-PV-Anlage angepasst (reduziert). Das Gebiet ist - in der angepassten Gebietsabgrenzung - für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Eine Erweiterung ist aufgrund entgegenstehender planerischer Belange nicht vorgesehen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Zusammenfassende Bewertung Wir bestätigen die Eignung der Fläche 63 zur Ausweisung für Windenergienutzung. Der Standort eignet sich dank guter Anbindung und Erschließungsvoraussetzungen, der Konzentration der Anlagen durch den Bestandspark und guten Windverhältnissen ausgezeichnet für die Umsetzung eines Windenergievorhabens. Wir bitten jedoch auf Basis der Hinweise zu den Kapiteln 2.1, 2.4 und 2.7 die Erweiterung um 95 ha in das Verfahren auf-zunehmen und die gesamte Fläche als VRG für die Windenergienutzung auszuweisen.	Diesem Vorschlag wird nicht gefolgt.
lfd. Ident-Nr.: 519 JUWI GmbH Stn-Id: 294	VRG 64 Gussenstadt Nordost	BE-ID: 1271 3.6. Gussenstadt Nordost (64) --> Übersicht / Abbildung siehe Anlage Bestandsbeschreibung (Realnutzung) Land- und forstwirtschaftlich genutzte Fläche. Nach dem derzeit rechtskräftigen Regionalplan verläuft eine Ferngasleitung über die Fläche. Diese wird bei der Planung und Realisierung der Anlagenstandorte entsprechende Berücksichtigung finden. Zusammenfassende Bewertung Wir bestätigen die Eignung der Fläche 64 zur Ausweisung von Windenergienutzung. Der Standort eignet sich dank sehr guten Windverhältnissen, sowie guter Anbindung und Erschließungsvoraussetzungen ausgezeichnet für die Umsetzung eines Windenergievorhabens. Wir bitten jedoch auf Basis der Hinweise zu den Kapiteln 2.2 und 2.9 die Erweiterung um 34 ha in das Verfahren aufzunehmen und die gesamte Fläche als VRG für die Windenergienutzung auszuweisen.	Wird nicht gefolgt Das Vorranggebiet 64 "Gussenstadt Nordost" wird aufgrund verschiedener Belange - insbesondere aufgrund der faktischen Überlastungssituation mehrerer Siedlungsbereiche durch das Gebiet - nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 519 JUWI GmbH Stn-Id: 294	VRG 70 Langert	BE-ID: 1273 3.7. Langert (70) --> Übersicht / Abbildung siehe Anlage Bestandsbeschreibung (Realnutzung) Forstwirtschaftliche Nutzung Zusammenfassende Bewertung Wir bestätigen die Eignung der Fläche 70 zur Ausweisung für Windenergienutzung. Der Standort eignet sich dank sehr guten Windverhältnissen ausgezeichnet für die Umsetzung eines Windenergievorhabens.	Wird nicht gefolgt Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Die Schutzabstände zu Siedlungen basieren auf dem regionsweit einheitlich angewendeten Konzept (Kriterienkatalog), welches durch die Verbandsversammlung des Regionalverbandes beschlossen wurde. Das Vorranggebiet 70 "Langert" wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst (reduziert). Bei der Anpassung wurde u.a. auch der genannte Aspekt "Topografie" berücksichtigt. Das Gebiet ist - in der angepassten Gebietsabgrenzung - für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Eine Erweiterung ist aufgrund entgegenstehender planerischer Belange nicht vorgesehen. Diesem Vorschlag wird nicht gefolgt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Wir bitten jedoch auf Basis der Hinweise zu den Kapiteln 2.2 und 2.12 die Erweiterung um 240 ha in das Verfahren aufzunehmen und die gesamte Fläche als VRG für die Windenergienutzung auszuweisen.	
lfd. Ident-Nr.: 520 Alterric Deutschland GmbH Stn-Id: 308	VRG 69 Erweiterung Königsbronn / Ebnat	BE-ID: 1275 wir möchten hiermit die Möglichkeit wahrnehmen uns mit einer Stellungnahme im Rahmen der öffentlichen Auslegung der Teilfortschreibung Windenergie der Region Ostwürttemberg in der Fassung vom 22.03.2024 zu beteiligen. Um die Klimaschutzziele im Bundesland Baden-Württemberg und in Deutschland zu erreichen, ist ein erheblicher Ausbau der Windenergienutzung auch im Bereich des Teilfortschreibung Windenergie der Region Ostwürttemberg erforderlich. Der Klimawandel kann noch in diesem Jahrhundert zu einer ökologischen Katastrophe führen, die den Lebensraum unzähliger Tier- und Pflanzenarten vernichten und unsere Lebensgrundlagen weltweit gefährden kann, wenn nicht der Ausstoß von klimaschädlichen Gasen, insbesondere von CO2, durch den Einsatz der Windenergie und anderer erneuerbarer Energien erheblich verringert wird. Der verstärkte Einsatz regenerativer Energien entspricht den internationalen und nationalen Klimaschutzzielen, um den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren. Beim Ausbau der erneuerbaren Energieträger ist insbesondere die Windenergienutzung in der Lage, wesentlich zur Verringerung von CO2-Emissionen beizutragen. Ein nachhaltiger Umgang mit Energie, sowohl bei der Erzeugung als auch beim Verbrauch dient dem Umwelt- und Klimaschutz. Durch die Erzeugung im eigenen Land werden weiterhin die Versorgungssicherheit und die Unabhängigkeit von Energieimporten gestärkt. Des Weiteren dient der Ausbau der erneuerbaren Energien auch der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands, der Bundesländer und der Kommunen des Ländlichen Raumes, die u.a. durch Pachteinnahmen und Gewerbesteuern von der Windenergienutzung profitieren. Umweltverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit, Wettbewerbsfähigkeit, Ressourcenschonung und Sicherheit gehen somit eine positive Verbindung ein, von der auch die privaten Eigentümer in der Region profitieren. Durch die Ausweisung von Vorranggebieten in der Teilfortschreibung Windenergie 2025 der Region Ostwürttemberg soll der Windenergienutzung substanziell Raum geschaffen werden, der gegenüber konkurrierenden Nutzungen geschützt wird. Auf der anderen Seite findet sich jedoch die beabsichtigte	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Ausschlusswirkung für alle Gebiete, die in der Teilfortschreibung nicht für die Windenergienutzung ausgewiesen werden.	
lfd. Ident-Nr.: 520 Alterric Deutschland GmbH Stn-Id: 308	VRG 69 Erweiterung Königsbronn / Ebnat	BE-ID: 1276 Als größter Projektentwickler und Betreiber von Windenergieanlagen im Onshore-Bereich haben wir die Mission von 100 Prozent Energiewende sowie das klare Ziel den Ausbau der erneuerbaren Energien zu fördern, weshalb wir in diesem Rahmen Stellungnahme zum Gebiet 69 Ihrer Vorranggebietskulisse nehmen möchten, da hier der Ausbau Erneuerbare Energien noch weiteres Potenzial aufweist. Vorranggebiet zur Sicherung von Rohstoffen und VRG Wind Südlich Ihres Gebietes 69 befindet sich unmittelbar ein Vorranggebiet zur Sicherung von Rohstoffen, darauffolgend weiter südlich folgt das Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe, zuletzt folgt das genehmigte Abbau- und Erweiterungsgebiet des Calcitwerks Schön. Nach eingehender Prüfung und den zu berücksichtigen Aspekten möchten wir Ihnen eine Erweiterungsmöglichkeit aufzeigen, die sowohl den Interessen der Windenergienutzung als auch der Rohstoffsicherung gerecht wird. Da die tatsächliche Inanspruchnahme der Flächen für den Abbau von Rohstoffen erst nach Ausschöpfung der Vorranggebiete für den Abbau erfolgt, besteht für die nächsten 30 Jahre unserer Einschätzung nach keiner Notwendigkeit, auf die Vorranggebiete zur Sicherung zurückzugreifen. Die Vorranggebiete zur Sicherung dienen ausschließlich der Deckung des längerfristigen Bedarfs und könnten daher vorübergehend für die Windenergienutzung freigegeben werden. Diesbezüglich sind wir bereits mit dem hiesigen Unternehmen als auch dem Grundstückseigentümer im Austausch. Wir würden vereinbaren, dass die Windenergieanlagen nach einer Betriebsdauer von 30 Jahren vollständig zurückgebaut werden. Innerhalb dieses Zeitraums wird kein Rohstoffabbau auf dem Vorranggebiet zur Sicherung von Rohstoffen erfolgen. Dies gewährleistet, dass die langfristige Sicherung der Rohstoffvorkommen nicht beeinträchtigt wird. Gemäß § 7 Abs. 1 ROG können Raumordnungspläne zeitlich begrenzte Nutzungen vorsehen. Die Vorgaben von § 7 ROG gelten damit für alle Raumordnungspläne, insoweit auch für die Raumordnungspläne der Teilräume der Länder, vgl. § 13 Abs. 1 Nr. 2 ROG, und auch für Vorranggebiete (§ 7 Abs. 3 ROG). Eine solche zeitliche Limitierung ist von Gesetzes wegen möglich und vorliegend sogar zweckdienlich. Es wird vorgeschlagen, eine	Wird nicht gefolgt Die im Teilregionalplan Rohstoffe (2019) festgelegten Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe und Vorranggebiete zur Sicherung von Rohstoffen werden im Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 (2. Anhörungsentwurf) mit einem Vorsorgeabstand von 300m berücksichtigt. Der Abstand von 300m zu Rohstoffabbaugebieten (VRG) fand im Zuge des 1. Anhörungsentwurfes bereits Anwendung, um die in diesen Gebieten vorherrschenden Abbauprozesse (bspw. Sprengungen) zu berücksichtigen. Im Rahmen der 1. Anhörung wurde vermehrt angeregt, auch zu Rohstoffsicherungsgebieten (VRG) einen ausreichenden Abstand (300m) zu berücksichtigen, um den mittelfristigen Rohstoffabbau in diesen Gebieten sowie potenzielle Erweiterungsmöglichkeiten von Steinbrüchen zu ermöglichen. Aus genanntem Grund wird diesen Anregungen wird gefolgt, wodurch das Vorranggebiet 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat" im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weitergeführt werden kann. In der Gesamtabwägung der im Rahmen der 1. Anhörung eingebrachten Anregungen und Bedenken werden diesen anderen Belangen Vorrang gewährt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		entsprechende Regelung in den Regionalplan aufzunehmen, die eine zeitlich befristete Nutzung der Vorranggebiete zur Sicherung für Windenergie ermöglicht, solange der Rohstoffabbau nicht unmittelbar bevorsteht. Eine Überlagerung von Vorranggebieten für eine mit der Vorrangnutzung unvereinbare Nutzung sollte daher immer dann möglich sein, wenn die vorrangige Nutzung innerhalb absehbarer Zeit eingestellt wird und ein besonderes Interesse daran besteht, nachfolgend die Vorrangnutzung raumordnerisch zu sichern. Eine Überlagerung von Vorranggebieten kann daher immer dann in Betracht kommen, wenn es durch die Überlagerungen nicht zu einer Beeinträchtigung des jeweils anderen, dem Gebiet vorbehaltenen Nutzungszwecks kommt (vgl. Dietmar Scholich, Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Vorranggebiet, Vorbehaltsgebiet und Eignungsgebiet, Hannover 2018). Der Abbau von Rohstoffen soll, soweit es mit den Betriebsabläufen vereinbar ist, abschnittsweise durchgeführt werden. Vorhandene Abbaubereiche sollen zunächst vollständig abgebaut und die größtmögliche Abbautiefe genutzt werden. Nur in begründeten Fällen, z.B. bei Erschöpfung bestehender Lagerstätten, sollen neue Standorte in Anspruch genommen werden. Da das betroffene Gebiet lediglich zur Sicherung dient, sollte deshalb auch die grundsätzliche Möglichkeit der Überlagerung mit anderen freiraumschützenden Festlegungen, wie etwa Grünzügen, Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege und auch Windenergienutzung ermöglicht werden. Die Ausweisung eines Vorranggebietes zeigt auch, dass etwa artenschutzrechtliche Kriterien oder andere Belange auf den betroffenen Flächen nicht entgegenstehen sollten, denn diese müssten bereits bei der Identifizierung des Vorranggebietes berücksichtigt worden sein. Eine Zwischennutzung in Form der Windenergie bis zum finalen Zugriff auf die Bodenschätze ist daher wirtschaftlich, ressourceneffizient, umweltschonend und auch vor dem Hintergrund von § 2 EEG angezeigt. + Hippelein GmbH + Co. KG (siehe Karte in Anlage 1). Windenergieanlagen haben im Regelfall nach etwa 20 bis 30 Jahren das Ende ihrer Lebensdauer erreicht und müssen anschließend zurückgebaut werden. Aus diesem Grund bietet sich südlich des Gebiet 69 eine zeitlich befristete Nutzungsstaffelung an. Es kommt hinzu, dass Windenergieanlagen nur eine geringe Fläche (etwa 0,5 Hektar pro Anlage) dauerhaft in Anspruch nehmen. Aus	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		diesen Gründen kann eine Beeinträchtigung des Nutzungszwecks der langfristigen Rohstoffsicherung auch im Fall der Windenergienutzung in großen Teilen des Vorranggebiets ausgeschlossen werden. Daher erachten wir eine Abstimmung und Anpassung der raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen unter raumordnerischen Gesichtspunkten als zielführend. Wir bitten Sie in Anbetracht der Argumentationslinie das Gebiet 69 (Erweiterung Königsbronn / Ebnat) auf das Vorranggebiet zur Sicherung von Rohstoffen zu erweitern (siehe Anlage 1 / gelb schraffierte Fläche). Da hier zudem ein Bestandspark angrenzend betrieben wird, könnte man so auch den Grundsatz einer konzentrierten Planung weiter vorantreiben.	
lfd. Ident-Nr.: 520 Alterric Deutschland GmbH Stn-Id: 308	VRG 69 Erweiterung Königsbronn / Ebnat	BE-ID: 1277 Sollten Sie weitere Daten von unserer Seite zum Nachweis für die Eignung des Planungsgebietes benötigen werden wir Ihnen diese gerne bereitstellen. Für etwaige Rückfragen stehen ich Ihnen selbstverständlich gerne unter den oben genannten Kontaktdaten zur Verfügung.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 309	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 1278 wir nehmen in unserer Eigenschaft als Vorhabenträger zum Inhalt des Entwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nachfolgend Stellung: ZUSAMMENFASSUNG DER STELLUNGNAHME ZUR TEILFORTSCHREIBUNG WINDENERGIE 2025 Betroffenes Gebiet: PFAFFENTÄLE / DIEPERTSBUCH NR. 53 Vorschlag zur Flächenerweiterung: - Aktuelle Fläche: ca. 98 ha, bis zu 5 Windenergieanlagen - Vorgeschlagene Ergänzung: ca. 118 ha, bis zu 4 Windenergieanlagen - Gesamtleistung (nach Erweiterung): Bis zu 64,8 MW bei bis zu 9 Windenergieanlagen Technische und rechtliche Begründung: 1. Technologischer Fortschritt: Nutzung von Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von 199 m (Vestas V172-7.2), welche eine höhere Windleistungsdichte auf 200 m Höhe nutzen. 2. Mindestabstände zur Bebauung: Erfüllung des	Wird nicht gefolgt Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 53 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen, weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird. Des Weiteren wird das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch"im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. In der Gesamtabwägung der im Rahmen der 1. Anhörung eingebrachten Anregungen und Bedenken werden anderen Nutzungen und Belangen Vorrang gewährt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		ursprünglichen Mindestkriteriums von 750 m zur Bebauung. 3. Zustimmung der Eigentümer: Kooperation mit dem Flächeneigentümer und der iTerra energy GmbH zur Sicherstellung einer erfolgreichen Projektumsetzung sowie der Gemeinde Dischingen 4. Synergieeffekte bei Infrastruktur: Gemeinsame Nutzung der bestehenden technischen Infrastrukturanlagen 5. Umwelt- und Naturschutz: Keine wesentlichen Konflikte mit VRG Naturschutz und Landschaftspflege. 6. Vorbelastungen durch vorhandene Infrastruktur: Nähe zur BAB A7 Schlussfolgerung: Die Stellungnahme empfiehlt, die Ergänzungsfläche auszuweisen, um die vollständige und effiziente Nutzung der Windressourcen in der Region Ostwürttemberg zu gewährleisten.	
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 309	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 1280 I. AUSGANGSLAGE 1. VERFAHREN Die Bundesländer sind aufgrund des Windenergieflächenbedarfsgesetzes dazu verpflichtet, einen ihnen zugewiesenen Flächenanteil als Eignungskriterium für die Nutzung der Windenergie auszuweisen. Das Land Baden-Württemberg hat diese Aufgabe den Regionalverbänden übertragen. Eine Konkretisierung wurde im Landesplanungsgesetz des Landes Baden-Württemberg dahingehend vorgenommen, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten bis zum 30. September 2025 erfolgen soll. Nach § 20 KlimaG BW werden landesweit mindestens 1,8% der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Nutzung der Windenergie vorgegeben. Für die Region Ostwürttemberg entspricht dies – bei einer Gesamtfläche von 2.138.53 km² - einer Fläche von mindestens 38,49 km² beziehungsweise 3.849 ha (vgl. Anlage 2 KlimaG BW). Der erste Entwurf der Fortschreibung des Regionalverbands Ostwürttemberg liegt mittlerweile aus. Privatpersonen und Unternehmen können zu dem Entwurf bis zum 30. Juni 2024 Stellung nehmen. 2. EINWENDER Wir, die iTerra energy GmbH, nehmen unser Recht als	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Vorhabenträger für geplante Windparkprojekte war. Die iTerra energy GmbH ist seit vielen Jahren am Markt tätig, sowohl als Projektentwickler als auch als Betreiber von Windenergieanlagen. Auf Grundlage einer intensiven Kooperation mit der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH sind wir bereits an vielen Projektentwicklungen in Baden-Württemberg beteiligt. Durch die intensive Kommunikation mit unserem Projektpartner und dem Ausstauch mit Kommunen und Eigentümern sind uns die örtlichen Gegebenheiten und die örtlichen Interessen und Bedenken bekannt. 3. BETROFFENES GEBIET, GEPLANTE FESTSETZUNGEN Wir wenden uns an Sie betreffend das Gebiet „Pfaffentäle / Diepertsbuch“ mit der Nummer 53 des Planungsverfahren in der Gemeinde Aalen. Der Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 sieht die folgende Flächenausweisung vor: --> siehe Abbildung Anlage	
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 309	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 1281 4. BETROFFENHEIT UND ALTERNATIVE Wir sind durch die geplante Ausweisung von Windenergie Gebieten betroffen, weil Flächen nicht ausgewiesen sind, die wir in unserer Eigenschaft als Vorhabenträger entwickeln könnten, wenn eine entsprechende Ausweisung erfolgen würde. Wir schlagen vor, die Ausweisung in der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wie folgt zu ergänzen (siehe Anlage Nr. 1): --> siehe Abbildung Anlage Die Ergänzungsfläche in Kombination mit der ausgewiesenen Suchraumfläche der Teilfortschreibung Windenergie 2025, sowie eine potenzielle Planung auf dieser, ist in Form einer Übersichtskarte als Anlage Nr. 2 diesem Schreiben beigefügt. Insgesamt bietet die dargestellte Fläche das Potenzial für 9 WEAs mit einer Gesamtleistung von 64,8 MW. Die Windenergieplanung wurde mit dem Typ Vestas V172-7.2 auf 199 m Nabenhöhe erstellt. Das ist der zurzeit größte bekannte Windkraftanlagentyp. Durch eine Erweiterung des Gebietes Nr. 53 ist es nicht nur möglich, den Bau von mehr Windkraftanlagen zu realisieren und somit dem Ziel der klimaneutralen Energiegewinnung einen Schritt näher zu kommen, es böte außerdem die Möglichkeit, die	Wird nicht gefolgt Die Ermittlung und Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischer Umweltprüfung. Im Rahmen der Anhörung vorgebrachte Gebietsvorschläge werden hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit dem Planungskonzept geprüft. Zu den von Ihnen erwähnten Faktoren zur Eignung einer Erweiterungsfläche werden nachfolgend nähere Erläuterungen gegeben.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Windkraftanlagen optimal zu positionieren und auf Gegebenheiten während der Planung zu reagieren. Dadurch kann eine tatsächliche Ausnutzung der Fläche gewährleistet werden. Hinzukommt ein Synergieeffekt, welcher sich klar durch die Errichtung mehrerer Anlagen an einem Standort ergibt, da beispielsweise auf eine gemeinsame Infrastrukturplanung zurückgegriffen werden kann. Die Fläche ist als Windenergiegebiet bestens geeignet da sie die folgenden Faktoren erfüllt, welche in Kapitel II genauer erläutert werden: 1. Gekappte Windleistungsdichte auf 200 m NH statt 160 m NH 2. Erfüllung des Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung 3. Zustimmung der Eigentümer als Grundlage einer erfolgreichen Projektumsetzung 4. Nähe zu einem bestehenden Windpark und Nutzung vorhandener Infrastruktur 5. Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege kein Hindernis der Windkraft 6. Vorbelastungen des Gebietes durch Autobahn 7	
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 309	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 1283 II. ERLÄUTERUNG Der Regionalverband orientiert sich ausweislich der ausgelegten Unterlagen dem Planungskonzept an den Eignungskriterien Windhöffigkeit, rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien sowie sonstigen Abwägungskriterien. Im Zuge der Einzelfallprüfung kommt es ferner zu einer Betrachtung etwaiger Schutzgebiete und wirksamer Kulturdenkmale. Im Ergebnis bleiben Flächen übrig, die als Windenergiegebiete ausgewiesen werden sollen. Nach unserer Überzeugung erfolgte bislang in dem hier näher betrachteten Gebiet die Anwendung der Planungskriterien nicht richtig, vor allem weil bei der Aufstellung des Entwurfs der ersten Teilfortschreibung die nachfolgend genannten Aspekte übersehen worden sind. Vorab lassen Sie uns folgendes voranstellen: Der Ausbau der Windenergie zur Erreichung der Klimaneutralität setzt eine bestmögliche Nutzung vorhandener Flächen voraus. Deutschland ist in der Regel windschwach; speziell im Süden ist die Windhöffigkeit geringer als im Norden Deutschlands. Deutschland ist in weiten Gebieten dicht besiedelt; häufig müssen Konflikte mit anderen Nutzungen gelöst werden. Es geht also darum, als mögliche Windenergiegebiete identifizierte Flächen	Wird nicht gefolgt In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Auswahl der Gebiete für Windenergienutzung als Vorranggebiete gesamtregional zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		bestmöglich zu nutzen. Wir können es uns nicht erlauben, Gebiete ungenutzt zu lassen. Daher ist eine Ausweisung immer dann möglich und geboten, wenn andere Nutzungen nicht entgegenstehen. Ist eine Fläche grundsätzlich geeignet, ist eine möglichst intensive Nutzung sicherzustellen. Die Regionalplanung hat dabei im Auge zu behalten, dass konkrete Konflikte im Einzelfall vor Ort im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu lösen sind. Im Folgenden wird auf einzelne Kriterien Stellung bezogen, wodurch die Möglichkeit einer Flächenvergrößerung bekräftigt wird:	Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in der Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umfassung / Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Die schrittweise Anwendung von Eignungs-, Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien führt dazu, dass in der Region nur eine beschränkte Anzahl an Gebieten verbleibt, die sich als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen eignen. Die von der iTerra energy GmbH genannten Aspekte wurden auf Basis des regionsweit einheitlich angewendeten Konzepts in die Planung einbezogen. Ausführungen dazu erfolgen themenspezifisch zu den jeweiligen Absätzen.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 310	VRG 69 Erweiterung Königsbronn / Ebnat	BE-ID: 1286 wir nehmen in unserer Eigenschaft als Vorhabenträger zum Inhalt des Entwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nachfolgend Stellung: ZUSAMMENFASSUNG DER STELLUNGNAHME ZUR TEILFORTSCHREIBUNG WINDENERGIE 2025 Betroffenes Gebiet: ERWEITERUNG KÖNIGSBRONN/EBNAT NR. 59 Vorschlag zur Flächenerweiterung: - Aktuelle Fläche: ca. 38 ha, bis zu 2 Windenergieanlagen - Vorgeschlagene Ergänzung: ca. 130 ha, bis zu 3 Windenergieanlagen - Gesamtleistung (nach Erweiterung): Bis zu 36 MW bei bis zu 5 Windenergieanlagen Technische und rechtliche Begründung: 1. Technologischer Fortschritt: Nutzung von Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von 199 m (Vestas V172-7.2), welche eine höhere Windleistungsdichte auf 200 m Höhe nutzen. 2. Mindestabstände zur Bebauung: Erfüllung des ursprünglichen Mindestkriteriums von 750 m zur Bebauung.	Wird nicht gefolgt Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 69 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen, weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird. Des Weiteren wird das Vorranggebiet 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat" im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt, da andere Belangen in der Gesamtbetrachtung des Gebiets überwiegen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		3. Zustimmung der Eigentümer: Kooperation mit dem Flächeneigentümer und der iTerra energy GmbH zur Sicherstellung einer erfolgreichen Projektumsetzung 4. Umwelt- und Naturschutz: Keine wesentlichen Konflikte mit VGB Naturschutz. Schlussfolgerung: Die Stellungnahme empfiehlt, die Ergänzungsfläche auszuweisen, um die vollständige und effiziente Nutzung der Windressourcen in der Region Ostwürttemberg zu gewährleisten.	
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 310	VRG 69 Erweiterung Königsbronn / Ebnat	BE-ID: 1288 I. AUSGANGSLAGE 1. VERFAHREN Die Bundesländer sind aufgrund des Windenergieflächenbedarfsgesetzes dazu verpflichtet, einen ihnen zugewiesenen Flächenanteil als Eignungskriterium für die Nutzung der Windenergie auszuweisen. Das Land Baden-Württemberg hat diese Aufgabe den Regionalverbänden übertragen. Eine Konkretisierung wurde im Landesplanungsgesetz des Landes Baden-Württemberg dahingehend vorgenommen, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten bis zum 30. September 2025 erfolgen soll. Nach § 20 KlimaG BW werden landesweit mindestens 1,8% der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Nutzung der Windenergie vorgegeben. Für die Region Ostwürttemberg entspricht dies – bei einer Gesamtfläche von 2.138.53 km² - einer Fläche von mindestens 38,49 km² beziehungsweise 3.849 ha (vgl. Anlage 2 KlimaG BW). Der erste Entwurf der Fortschreibung des Regionalverbands Ostwürttemberg liegt mittlerweile aus. Privatpersonen und Unternehmen können zu dem Entwurf bis zum 30. Juni 2024 Stellung nehmen. 2. EINWENDER Wir, die iTerra energy GmbH, nehmen unser Recht als Vorhabenträger für geplante Windparkprojekte war. Die iTerra energy GmbH ist seit vielen Jahren am Markt tätig, sowohl als Projektentwickler als auch als Betreiber von Windenergieanlagen. Auf Grundlage einer intensiven Kooperation mit der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH sind wir bereits an vielen Projektentwicklungen in Baden-Württemberg beteiligt.	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Durch die intensive Kommunikation mit unserem Projektpartner und dem Ausstauch mit Kommunen und Eigentümern sind uns die örtlichen Gegebenheiten und die örtlichen Interessen und Bedenken bekannt.	
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 310	VRG 69 Erweiterung Königsbronn / Ebnat	BE-ID: 1289 3. BETROFFENES GEBIET, GEPLANTE FESTSETZUNGEN Wir wenden uns an Sie betreffend das Gebiet „Erweiterung Königsbronn/Ebnat“ mit der Nummer 69 des Planungsverfahren in der Gemeinde Aalen. Der Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 sieht die folgende Flächenausweisung vor: --> siehe Abbildung Anlage 4. BETROFFENHEIT UND ALTERNATIVE Wir sind durch die geplante Ausweisung von Windenergie Gebieten betroffen, weil Flächen nicht ausgewiesen sind, die wir in unserer Eigenschaft als Vorhabenträger entwickeln könnten, wenn eine entsprechende Ausweisung erfolgen würde. Wir schlagen vor, die Ausweisung in der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wie folgt zu ergänzen (Siehe Anlagen): --> siehe Abbildung Anlage Die Ergänzungsfläche in Kombination mit der ausgewiesenen Suchraumfläche der Teilfortschreibung Windenergie 2025, sowie eine potenzielle Planung auf dieser, ist in Form einer Übersichtskarte als Anlage diesem Schreiben beigefügt. Insgesamt bietet die dargestellte Fläche das Potenzial für 5 WEAs mit einer Gesamtleistung von 36 MW. Die Windenergieplanung wurde mit dem Typ Vestas V172-7.2 auf 199 m Nabenhöhe erstellt. Das ist der zurzeit größte bekannte Windkraftanlagentyp. Durch eine Erweiterung des Gebietes Nr.69 ist es nicht nur möglich, den Bau von mehr Windkraftanlagen zu realisieren und somit dem Ziel der klimaneutralen Energiegewinnung einen Schritt näher zu kommen, es böte außerdem die Möglichkeit, die Windkraftanlagen optimal zu positionieren und auf Gegebenheiten während der Planung zu reagieren. Dadurch kann eine tatsächliche Ausnutzung der Fläche gewährleistet werden. Hinzukommt ein Synergieeffekt, welcher sich klar durch die Errichtung mehrerer Anlagen an einem Standort ergibt, da beispielsweise auf eine gemeinsame Infrastrukturplanung zurückgegriffen werden kann.	Wird nicht gefolgt Die Ermittlung und Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischer Umweltprüfung. Im Rahmen der Anhörung vorgebrachte Gebietsvorschläge werden hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit dem Planungskonzept geprüft. Zu den von Ihnen erwähnten Faktoren zur Eignung einer Erweiterungsfläche werden nachfolgend nähere Erläuterungen gegeben.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Die Fläche ist als Windenergiegebiet bestens geeignet da sie die folgenden Faktoren erfüllt, welche in Kapitel II genauer erläutert, werden: 1. Gekappte Windleistungsdichte auf 200 m NH statt 160 m NH 2. Erfüllung des Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung 3. Zustimmung der Eigentümer als Grundlage einer erfolgreichen Projektumsetzung 4. Erweiterung eines bestehenden Windparks und Nutzung vorhandener Infrastruktur 5. Vorbehaltsgebiet für Bodenschutz kein Hindernis der Windkraft	
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 310	VRG 69 Erweiterung Königsbronn / Ebnat	BE-ID: 1291 II. ERLÄUTERUNG Der Regionalverband orientiert sich ausweislich der ausgelegten Unterlagen dem Planungskonzept an den Eignungskriterien Windhöffigkeit, rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien sowie sonstigen Abwägungskriterien. Im Zuge der Einzelfallprüfung kommt es ferner zu einer Betrachtung etwaiger Schutzgebiete und wirksamer Kulturdenkmale. Im Ergebnis bleiben Flächen übrig, die als Windenergiegebiete ausgewiesen werden sollen. Nach unserer Überzeugung erfolgte bislang in dem hier näher betrachteten Gebiet die Anwendung der Planungskriterien nicht richtig, vor allem weil bei der Aufstellung des Entwurfs der ersten Teilfortschreibung die nachfolgend genannten Aspekte übersehen worden sind. Vorab lassen Sie uns folgendes voranstellen: Der Ausbau der Windenergie zur Erreichung der Klimaneutralität setzt eine bestmögliche Nutzung vorhandener Flächen voraus. Deutschland ist in der Regel windschwach; speziell im Süden ist die Windhöffigkeit geringer als im Norden Deutschlands. Deutschland ist in weiten Gebieten dicht besiedelt; häufig müssen Konflikte mit anderen Nutzungen gelöst werden. Es geht also darum, als mögliche Windenergiegebiete identifizierte Flächen bestmöglich zu nutzen. Wir können es uns nicht leisten, Gebiete ungenutzt zu lassen. Daher ist eine Ausweisung immer dann möglich, wenn andere Nutzungen nicht entgegenstehen. Ist eine Fläche grundsätzlich geeignet, ist eine möglichst intensive Nutzung sicherzustellen. Die Regionalplanung hat dabei im Auge zu behalten, dass konkrete Konflikte im Einzelfall vor Ort im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu lösen sind.	Wird nicht gefolgt In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Auswahl der Gebiete für Windenergienutzung als Vorranggebiete gesamtregional zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in der Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umfassung / Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Die schrittweise Anwendung von Eignungs-, Ausschlusskriterien und im

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Im Folgenden wird auf einzelne Kriterien Stellung bezogen wodurch die Möglichkeit einer Flächenvergrößerung bekräftigt wird:	Einzelfall zu prüfende Kriterien führt dazu, dass in der Region nur eine beschränkte Anzahl an Gebieten verbleibt, die sich als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen eignen. Die von der iTerra energy GmbH genannten Aspekte wurden auf Basis des regionsweit einheitlich angewendeten Konzepts in die Planung einbezogen. Ausführungen dazu erfolgen themenspezifisch zu den jeweiligen Absätzen.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 310	VRG 69 Erweiterung Königsbronn / Ebnat	BE-ID: 1292 1. Gekappte Windleistungsdichte auf 200 m Nabenhöhe anstatt der Betrachtung auf 160 m Nabenhöhe: Der Regionalverband Ostwürttemberg bezieht sich im Rahmen der Ausweisung der Windvorranggebiete auf die gekappte Windleistungsdichte auf einer Höhe von 160 m. Der Standort „Erweiterung Königsbronn/ Ebnat“ erreicht auf dieser Höhe gemäß des LUBW eine Windhöffigkeit von < 160 – 190 W/m², was zur Folge hat, dass der Regionalverband dem Standort hinsichtlich der Windeignung eine niedrige Priorität zuweist. Dies ist aus unserer Sicht falsch, was wir wie folgt begründen: der technische Fortschritt ermöglicht es, dass mittlerweile deutlich höhere Anlagen gebaut werden können. Die Planung von Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von fast 200 m ist insbesondere im süddeutschen Raum gängig. Durch die Betrachtung der Windleistungsdichte auf 160 m Nabenhöhe orientiert sich der Planungsverband an der Vergangenheit und nicht an der Zukunft. Eine Vergrößerung der Fläche 69 auf den oben beschriebenen Bereich würde nach unseren Berechnungen ebenfalls das Mindestkriterium der Regionalplanung in Bezug auf die mittlere gekappte Windgeschwindkeit erfüllen und bietet dabei sogar ein größeres Windpotenzial als die derzeit ausgewiesene Suchraumfläche Nr. 69.	Wird nicht gefolgt Der Windatlas Baden-Württemberg (2019) stellt die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, welche von den Regionalverbänden für ihre Planung vom Land zugrunde gelegt wird. Auch wenn Windenergieanlagen inzwischen eine höhere Nabenhöhe als 160 m haben, ist dennoch davon auszugehen, dass der Windatlas Baden-Württemberg die Windverhältnisse in der Region in Relation zueinander korrekt beschreibt und somit deutlich wird, wo Gebiete mit höchster und geringster Windleistungsdichte in einer Region liegen. Damit stellt der Windatlas von Baden-Württemberg eine wichtige und geeignete Planungsgrundlage für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dar. Obwohl laut Umweltministerium des Landes vor allem Gebiete mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte über 215 W/m² in 160 m über Grund als Vorranggebiete festgelegt werden sollen, werden auch im Kriterienkatalog zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 Gebieten mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte von unter 190 W/m² in 160 m über Grund als Eignungskriterium berücksichtigt, wenn Nachweise (Windberechnungen, -messungen oder Abschätzungen des Energieertrags seitens Kommunen und/oder Projektierern) vorliegen, die das konkrete Interesse an der Umsetzung von Windenergievorhaben bestätigen. Diese Einzelfälle müssen besonders begründet werden. Dem Regionalverband wurde für das Gebiet 69 ein rechnerischer Nachweis vorgelegt, welcher eine höhere Windhöffigkeit belegt, als im Windatlas dargestellt ist. Dieser Nachweis ist in Abstimmung mit den zuständigen Fachbehörden als plausibel zu bewerten. Allerdings überwiegen andere Belange (u.a. Entlastung des Raums, Rohstoffsicherung) in der Abwägung des Vorranggebiets, so dass das betreffende Gebiet nicht weiterverfolgt wird.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 311	VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 1296 wir nehmen in unserer Eigenschaft als Vorhabenträger zum Inhalt des Entwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nachfolgend Stellung: ZUSAMMENFASSUNG DER STELLUNGNAHME ZUR	Wird nicht gefolgt Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 52 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen, weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		TEILFORTSCHREIBUNG WINDENERGIE 2025 Betroffenes Gebiet: Erweiterung Heidenheim / Nattheim, Planungsverfahren Nr. 52 Vorschlag zur Flächenerweiterung: - Aktuelle Fläche: ca. 146 ha, bis zu 3 Windenergieanlagen - Vorgeschlagene Ergänzung: ca. 50 ha, bis zu 1 Windenergieanlage - Gesamtleistung (nach Erweiterung): Bis zu 28,8 MW bei bis zu 4 Windenergieanlagen Technische und rechtliche Begründung: 1. Technologischer Fortschritt: Nutzung von Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von 199 m (Vestas V172-7.2), welche eine höhere Windleistungsdichte auf 200 m Höhe nutzen. 2. Mindestabstände zur Bebauung: Erfüllung des ursprünglichen Mindestkriteriums von 750 m zur Bebauung. 3. Zustimmung der Eigentümer: Kooperation mit dem Flächeneigentümer und der iTerra energy GmbH zur Sicherstellung einer erfolgreichen Projektumsetzung 4. Umwelt- und Naturschutz: Keine wesentlichen Konflikte mit Artenschutzräumen oder Wasserschutzgebieten. Gutachten wurden bereits durchgeführt. 5. Synergieeffekte bei Infrastruktur: Gemeinsame Nutzung der bestehenden technischen Anlagen Schlussfolgerung: Die Stellungnahme empfiehlt, die Ergänzungsfläche auszuweisen, um die vollständige und effiziente Nutzung der Windressourcen in der Region Ostwürttemberg zu gewährleisten.	Das Vorranggebiet 52 "Erweiterung Heidenheim / Nattheim" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wurde gemäß der Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 311	VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 1297 I. AUSGANGSLAGE 1. VERFAHREN Die Bundesländer sind aufgrund des Windenergieflächenbedarfsgesetzes dazu verpflichtet, einen ihnen zugewiesenen Flächenanteil als Eignungskriterium für die Nutzung der Windenergie auszuweisen. Das Land Baden-Württemberg hat diese Aufgabe den Regionalverbänden übertragen. Eine Konkretisierung wurde im Landesplanungsgesetz des Landes Baden-Württemberg dahingehend vorgenommen, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten bis zum 30. September	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		2025 erfolgen soll. Nach § 20 KlimaG BW werden landesweit mindestens 1,8% der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Nutzung der Windenergie vorgegeben. Für die Region Ostwürttemberg entspricht dies – bei einer Gesamtfläche von 2.138.53 km² - einer Fläche von mindestens 38,49 km² beziehungsweise 3.849 ha (vgl. Anlage 2 KlimaG BW). Der erste Entwurf der Fortschreibung des Regionalverbands Ostwürttemberg liegt mittlerweile aus. Privatpersonen und Unternehmen können zu dem Entwurf bis zum 30. Juni 2024 Stellung nehmen. 2. EINWENDER Wir, die iTerra energy GmbH, nehmen unser Recht als Vorhabenträger für geplante Windparkprojekte war. Die iTerra energy GmbH ist seit vielen Jahren am Markt tätig, sowohl als Projektentwickler als auch als Betreiber von Windenergieanlagen. Auf Grundlage einer intensiven Kooperation mit der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH sind wir bereits an vielen Projektentwicklungen in Baden-Württemberg beteiligt. Durch die intensive Kommunikation mit unserem Projektpartner und dem Ausstauch mit Kommunen und Eigentümern sind uns die örtlichen Gegebenheiten und die örtlichen Interessen und Bedenken bekannt. 3. BETROFFENES GEBIET, GEPLANTE FESTSETZUNGEN Wir wenden uns an Sie betreffend das Gebiet „Erweiterung Heidenheim / Nattheim“ mit der Nummer 52 des Planungsverfahren in den Gemeinden Nattheim und Heidenheim an der Brenz. Der Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 sieht die folgende Flächenausweisung vor: --> siehe Abbildung Anlage	
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 311	VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 1298 4. BETROFFENHEIT UND ALTERNATIVE Wir sind durch die geplante Ausweisung von Windenergie Gebieten betroffen, weil Flächen nicht ausgewiesen sind, die wir in unserer Eigenschaft als Vorhabenträger entwickeln könnten, wenn eine entsprechende Ausweisung erfolgen würde. Wir schlagen vor, die Ausweisung in der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wie folgt zu ergänzen (siehe Anlagen):	Wird nicht gefolgt Die Ermittlung und Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischer Umweltprüfung. Im Rahmen der Anhörung vorgebrachte Gebietsvorschläge werden hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit dem Planungskonzept geprüft.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		--> siehe Abbildung Anlage Die Ergänzungsfläche in Kombination mit der ausgewiesenen Suchraumfläche der Teilfortschreibung Windenergie 2025, sowie eine potenzielle Planung auf dieser, ist in Form einer Übersichtskarte als Anlage diesem Schreiben beigefügt. Insgesamt bietet die dargestellte Fläche das Potenzial für 4 WEAs mit einer Gesamtleistung von 28,8 MW. Die Windenergieplanung wurde mit dem Typ Vestas V172-7.2 auf 199 m Nabenhöhe erstellt. Das ist der zurzeit größte bekannte Windkraftanlagentyp. Durch eine Erweiterung des Gebietes Nr. 52 ist es nicht nur möglich, den Bau von mehr Windkraftanlagen zu realisieren und somit dem Ziel der klimaneutralen Energiegewinnung einen Schritt näher zu kommen, es böte außerdem die Möglichkeit, die Windkraftanlagen optimal zu positionieren und auf Gegebenheiten während der Planung zu reagieren. Dadurch kann eine tatsächliche Ausnutzung der Fläche gewährleistet werden. Hinzukommt ein Synergieeffekt, welcher sich klar durch die Errichtung mehrerer Anlagen an einem Standort ergibt, da beispielsweise auf eine gemeinsame Infrastrukturplanung zurückgegriffen werden kann. Die Fläche ist als Windenergiegebiet bestens geeignet da sie die folgenden Faktoren erfüllt, welche in Kapitel II genauer erläutert werden: 1. Gekappte Windleistungsdichte auf 200 m NH statt 160 m NH 2. Erfüllung des Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung 3. Zustimmung der Eigentümer als Grundlage einer erfolgreichen Projektumsetzung 4. Erweiterung eines bestehenden Windparks und Nutzung vorhandener Infrastruktur 5. Vorbehaltsgebiet für Bodenschutz kein Hindernis der Windkraft	Zu den von Ihnen erwähnten Faktoren zur Eignung einer Erweiterungsfläche werden nachfolgend nähere Erläuterungen gegeben.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 311	VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 1299 II. ERLÄUTERUNG Der Regionalverband orientiert sich ausweislich der ausgelegten Unterlagen dem Planungskonzept an den Eignungskriterien Windhöffigkeit, rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien sowie sonstigen Abwägungskriterien. Im Zuge der Einzelfallprüfung kommt es ferner zu einer Betrachtung etwaiger Schutzgebiete und wirksamer Kulturdenkmale. Im Ergebnis bleiben Flächen übrig, die als Windenergiegebiete ausgewiesen werden sollen.	Wird nicht gefolgt In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Nach unserer Überzeugung erfolgte bislang in dem hier näher betrachteten Gebiet die Anwendung der Planungskriterien nicht richtig, vor allem weil bei der Aufstellung des Entwurfs der ersten Teilfortschreibung die nachfolgend genannten Aspekte übersehen worden sind. Vorab lassen Sie uns folgendes voranstellen: Der Ausbau der Windenergie zur Erreichung der Klimaneutralität setzt eine bestmögliche Nutzung vorhandener Flächen voraus. Deutschland ist in der Regel windschwach; speziell im Süden ist die Windhöffigkeit geringer als im Norden Deutschlands. Deutschland ist in weiten Gebieten dicht besiedelt; häufig müssen Konflikte mit anderen Nutzungen gelöst werden. Es geht also darum, als mögliche Windenergiegebiete identifizierte Flächen bestmöglich zu nutzen. Wir können es uns nicht erlauben, Gebiete ungenutzt zu lassen. Daher ist eine Ausweisung immer dann möglich und geboten, wenn andere Nutzungen nicht entgegenstehen. Ist eine Fläche grundsätzlich geeignet, ist eine möglichst intensive Nutzung sicherzustellen. Die Regionalplanung hat dabei im Auge zu behalten, dass konkrete Konflikte im Einzelfall vor Ort im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu lösen sind. Im Folgenden wird auf einzelne Kriterien Stellung bezogen, wodurch die Möglichkeit einer Flächenvergrößerung bekräftigt wird:	Regionalplanung festgelegt.“ Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Auswahl der Gebiete für Windenergienutzung als Vorranggebiete gesamtregional zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in der Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umfassung / Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Die schrittweise Anwendung von Eignungs-, Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien führt dazu, dass in der Region nur eine beschränkte Anzahl an Gebieten verbleibt, die sich als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen eignen. Die von der iTerra energy GmbH genannten Aspekte wurden auf Basis des regionsweit einheitlich angewendeten Konzepts in die Planung einbezogen. Ausführungen dazu erfolgen themenspezifisch zu den jeweiligen Absätzen.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 311	VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 1300 1. Gekappte Windleistungsdichte auf 200 m Nabenhöhe anstatt der Betrachtung auf 160 m Nabenhöhe: Der Regionalverband Ostwürttemberg stützt sich bei der Ausweisung der Windvorranggebiete auf die gemessene Windleistungsdichte in einer Höhe von 160 m. Der Standort „Erweiterung Heidenheim / Nattheim (Nr. 52)“ erreicht in dieser Höhe laut LUBW eine Windhöffigkeit von < 160 – 190 W/m², weshalb der Regionalverband diesem Standort hinsichtlich der Windeignung eine niedrige Priorität zuweist. Aus unserer Sicht ist dies nicht korrekt, da der technische Fortschritt inzwischen den Bau wesentlich höherer Anlagen ermöglicht. Im süddeutschen Raum ist die Planung von Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von nahezu 200 m üblich. Indem der Planungsverband die	Wird nicht gefolgt Der Windatlas Baden-Württemberg (2019) stellt die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, welche von den Regionalverbänden für ihre Planung vom Land zugrunde gelegt wird. Auch wenn Windenergieanlagen inzwischen eine höhere Nabenhöhe als 160 m haben, ist dennoch davon auszugehen, dass der Windatlas Baden-Württemberg die Windverhältnisse in der Region in Relation zueinander korrekt beschreibt und somit deutlich wird, wo Gebiete mit höchster und geringster Windleistungsdichte in einer Region liegen. Damit stellt der Windatlas von Baden-Württemberg eine wichtige und geeignete Planungsgrundlage für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dar. Obwohl laut Umweltministerium des Landes vor allem Gebiete mit einer

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Windleistungsdichte auf 160 m Nabenhöhe betrachtet, orientiert er sich an veralteten Standards statt an zukünftigen Entwicklungen. Eine Vergrößerung der Fläche 52 auf den oben beschriebenen Bereich würde nach unseren Berechnungen ebenfalls das Mindestkriterium der Regionalplanung in Bezug auf die mittlere gekappte Windgeschwindigkeit erfüllen.	mittleren gekappten Windleistungsdichte über 215 W/m² in 160 m über Grund als Vorranggebiete festgelegt werden sollen, werden auch im Kriterienkatalog zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 Gebieten mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte von unter 190 W/m² in 160 m über Grund als Eignungskriterium berücksichtigt, wenn Nachweise (Windberechnungen, -messungen oder Abschätzungen des Energieertrags seitens Kommunen und/oder Projektierern) vorliegen, die das konkrete Interesse an der Umsetzung von Windenergievorhaben bestätigen. Diese Einzelfälle müssen besonders begründet werden. Das Gebiet 52, welches laut Windatlas dieser geringeren Windhöffigkeit aufweist, befindet sich in der unmittelbaren Umgebung zum bestehenden Windpark im Vorranggebiet Heidenheim/Nattheim (25). Da in diesem Bereich bereits Windenergieanlagen sowie die dazugehörige Infrastruktur vorhanden sind, wurde das Gebiet nicht pauschal für die Nutzung der Windenergie ausgeschlossen, sondern als Potenzialgebiet in die Gebietskulisse der ersten Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufgenommen. Dem Regionalverband wurde für das Gebiet 52 ein rechnerischer Nachweis vorgelegt, welcher eine höhere Windhöffigkeit belegt, als im Windatlas dargestellt ist. Dieser Nachweis ist in Abstimmung mit den zuständigen Fachbehörden als plausibel zu bewerten. Die vorgeschlagene Erweiterungsfläche zu Gebiet 52 weise keine Eignung aufgrund entgegenstehender planerischer Kriterien (z.B. Siedlungsabstand, entgegenstehende artenschutzrechtliche Kriterien) nach.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 311	VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 1301 2. Erfüllung des Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung: Der Regionalverband Ostwürttemberg verwendet für die Ermittlung der geeigneten Windvorranggebiete einen Siedlungsabstand von 1000 m. Somit wurde der Siedlungsabstand im Laufe der Aufstellung der Regionalplanfortschreibung noch einmal deutlich erhöht, was einen deutlichen Flächenverlust zur Folge hat. Die vorgeschlagene Erweiterung der Fläche 52 erfüllt in seiner Gesamtheit das ursprüngliche Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung. In Teilen erfüllt sie nach der Vergrößerung der Mindestabstände zur Bebauung auch diese. Eine Erweiterung der Fläche bedeutet in diesem Fall eine Vergrößerung eines möglichen Windparks um eine Windenergieanlage somit eine deutliche Steigerung des Potentials.	Wird nicht gefolgt Der Umgebungsabstand von 1.000m zu Siedlungsbereichen, die der Wohnnutzung unterliegen (allgemeine Wohngebiete, gemischte Bauflächen und Dorfgebiete sowie Einzelgehöfte und wohngenutzte Einzelgebäude im Außenbereich) ist ein vom politischen Gremium des Regionalverbandes (Verbandsversammlung) mehrstimmig beschlossenes planerisches Kriterium, welches zur Ermittlung von geeigneten Windenergiegebieten für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient. Im Rahmen der Erarbeitung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen (1. Anhörungsentwurf) wurde den Kommunen der Region eine Öffnung des vorsorglichen Umgebungsabstandes von 1.000m eingeräumt, wenn diese Windenergiegebiete innerhalb des Umgebungsabstandes bis 750m befürworten und dies mit einem entsprechenden Gemeinderatsbeschluss bestätigen. Für das Gebiet 52 liegen keine entsprechenden Beschlüsse vor.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH	VRG 50 Dunstelkingen / Reistingen	BE-ID: 1302 wir nehmen in unserer Eigenschaft als Vorhabenträger zum Inhalt des Entwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nachfolgend	Wird nicht gefolgt Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 50 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen, weshalb er im Rahmen des 2.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 313		Stellung: ZUSAMMENFASSUNG DER STELLUNGNAHME ZUR TEILFORTSCHREIBUNG WINDENERGIE 2025 Betroffenes Gebiet: Dunstelkingen / Reistingen, Planungsverfahren Nr. 50 Vorschlag zur Flächenerweiterung: - Aktuelle Fläche: ca. 33 ha, bis zu 2 Windenergieanlagen - Vorgeschlagene Ergänzung: ca. 66 ha, bis zu 2 Windenergieanlagen - Gesamtleistung (nach Erweiterung): Bis zu 28,8 MW bei bis zu 4 Windenergieanlagen Technische und rechtliche Begründung: 1. Technologischer Fortschritt: Nutzung von Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von 199 m (Vestas V172-7.2), welche eine höhere Windleistungsdichte auf 200 m Höhe nutzen. 2. Mindestabstände zur Bebauung: Erfüllung des ursprünglichen Mindestkriteriums von 750 m zur Bebauung. 3. Zustimmung der Eigentümer: Kooperation mit dem Flächeneigentümer und der iTerra energy GmbH zur Sicherstellung einer erfolgreichen Projektumsetzung sowie der Gemeinde Dischingen 4. Synergieeffekte bei Infrastruktur: Gemeinsame Nutzung der technischen Infrastruktur für mehrere geplante Windparks 5. Umwelt- und Naturschutz: Keine wesentlichen Konflikte mit Artenschutzräumen oder Wasserschutzgebieten. Gutachten wurden bereits durchgeführt. Schlussfolgerung: Die Stellungnahme empfiehlt, die Ergänzungsfläche auszuweisen, um die vollständige und effiziente Nutzung der Windressourcen in der Region Ostwürttemberg zu gewährleisten.	Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird. Das Vorranggebiet 50 "Dunstelkingen / Reistingen" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 313	VRG 50 Dunstelkingen / Reistingen	BE-ID: 1304 I. AUSGANGSLAGE 1. VERFAHREN Die Bundesländer sind aufgrund des Windenergieflächenbedarfsgesetzes dazu verpflichtet, einen ihnen zugewiesenen Flächenanteil als Eignungskriterium für die	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Nutzung der Windenergie auszuweisen. Das Land Baden-Württemberg hat diese Aufgabe den Regionalverbänden übertragen. Eine Konkretisierung wurde im Landesplanungsgesetz des Landes Baden-Württemberg dahingehend vorgenommen, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten bis zum 30. September 2025 erfolgen soll. Nach § 20 KlimaG BW werden landesweit mindestens 1,8% der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Nutzung der Windenergie vorgegeben. Für die Region Ostwürttemberg entspricht dies – bei einer Gesamtfläche von 2.138.53 km² - einer Fläche von mindestens 38,49 km² beziehungsweise 3.849 ha (vgl. Anlage 2 KlimaG BW). Der erste Entwurf der Fortschreibung des Regionalverbands Ostwürttemberg liegt mittlerweile aus. Privatpersonen und Unternehmen können zu dem Entwurf bis zum 30. Juni 2024 Stellung nehmen. 2. EINWENDER Wir, die iTerra energy GmbH, nehmen unser Recht als Vorhabenträger für geplante Windparkprojekte war. Die iTerra energy GmbH ist seit vielen Jahren am Markt tätig, sowohl als Projektentwickler als auch als Betreiber von Windenergieanlagen. Auf Grundlage einer intensiven Kooperation mit der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH sind wir bereits an vielen Projektentwicklungen in Baden-Württemberg beteiligt. Durch die intensive Kommunikation mit unserem Projektpartner und dem Ausstauch mit Kommunen und Eigentümern sind uns die örtlichen Gegebenheiten und die örtlichen Interessen und Bedenken bekannt. 3. BETROFFENES GEBIET, GEPLANTE FESTSETZUNGEN Wir wenden uns an Sie betreffend das Gebiet „Dunstelkingen / Reistingen“ mit der Nummer 50 des Planungsverfahren in der Gemeinde Dischingen. Der Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 sieht die folgende Flächenausweisung vor: --> siehe Abbildung Anlage	
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 313	VRG 50 Dunstelkingen / Reistingen	BE-ID: 1305 4. BETROFFENHEIT UND ALTERNATIVE Wir sind durch die geplante Ausweisung von Windenergie Gebieten betroffen, weil Flächen nicht ausgewiesen sind, die wir in unserer Eigenschaft als Vorhabenträger entwickeln könnten, wenn eine	Wird nicht gefolgt Die Ermittlung und Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischer

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		entsprechende Ausweisung erfolgen würde. Wir schlagen vor, die Ausweisung in der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wie folgt zu ergänzen (siehe Anlagen): --> siehe Abbildung Anlage Die Ergänzungsfläche in Kombination mit der ausgewiesenen Suchraumfläche der Teilfortschreibung Windenergie 2025, sowie eine potenzielle Planung auf dieser, ist in Form einer Übersichtskarte als Anlage diesem Schreiben beigefügt. Insgesamt bietet die dargestellte Fläche das Potenzial für 4 WEAs mit einer Gesamtleistung von 28,8 MW. Die Windenergieplanung wurde mit dem Typ Vestas V172-7.2 auf 199 m Nabenhöhe erstellt. Das ist der zurzeit größte bekannte Windenergieanlagentyp. Durch eine Erweiterung des Gebietes Nr. 50 ist es nicht nur möglich, den Bau von mehr Windenergieanlagen zu realisieren und somit dem Ziel der klimaneutralen Energiegewinnung einen Schritt näher zu kommen, es böte außerdem die Möglichkeit, die Windkraftanlagen optimal zu positionieren und auf Gegebenheiten während der Planung zu reagieren. Dadurch kann eine tatsächliche Ausnutzung der Fläche gewährleistet werden. Hinzukommt ein Synergieeffekt, welcher sich klar durch die Errichtung mehrerer Anlagen an einem Standort ergibt, da beispielsweise auf eine gemeinsame Infrastrukturplanung zurückgegriffen werden kann. Die Fläche ist als Windenergiegebiet bestens geeignet da sie die folgenden Faktoren erfüllt, welche in Kapitel II genauer erläutert, werden: 1. Gekappte Windleistungsdichte auf 200 m NH statt 160 m NH 2. Erfüllung des Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung 3. Zustimmung der Eigentümer als Grundlage einer erfolgreichen Projektumsetzung 4. Erweiterung eines geplanten Windparks und Nutzung gemeinsamer Infrastruktur 5. VRG Naturschutz und Landschaftspflege sowie Schwerpunktvorkommen Artenschutz	Umweltprüfung. Im Rahmen der Anhörung vorgebrachte Gebietsvorschläge werden hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit dem Planungskonzept geprüft. Zu den von Ihnen erwähnten Faktoren zur Eignung einer Erweiterungsfläche werden nachfolgend nähere Erläuterungen gegeben.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 313	VRG 50 Dunstelkingen / Reistingen	BE-ID: 1306 II. ERLÄUTERUNG Der Regionalverband orientiert sich ausweislich der ausgelegten Unterlagen dem Planungskonzept an den Eignungskriterien Windhöffigkeit, rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien sowie sonstigen Abwägungskriterien. Im Zuge der	Wird nicht gefolgt In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Einzelfallprüfung kommt es ferner zu einer Betrachtung etwaiger Schutzgebiete und wirksamer Kulturdenkmale. Im Ergebnis bleiben Flächen übrig, die als Windenergiegebiete ausgewiesen werden sollen. Nach unserer Überzeugung erfolgte bislang in dem hier näher betrachteten Gebiet die Anwendung der Planungskriterien nicht richtig, vor allem weil bei der Aufstellung des Entwurfs der ersten Teilfortschreibung die nachfolgend genannten Aspekte übersehen worden sind. Vorab lassen Sie uns folgendes voranstellen: Der Ausbau der Windenergie zur Erreichung der Klimaneutralität setzt eine bestmögliche Nutzung vorhandener Flächen voraus. Deutschland ist in der Regel windschwach; speziell im Süden ist die Windhöffigkeit geringer als im Norden Deutschlands. Deutschland ist in weiten Gebieten dicht besiedelt; häufig müssen Konflikte mit anderen Nutzungen gelöst werden. Es geht also darum, als mögliche Windenergiegebiete identifizierte Flächen bestmöglich zu nutzen. Wir können es uns nicht erlauben, Gebiete ungenutzt zu lassen. Daher ist eine Ausweisung immer dann möglich und geboten, wenn andere Nutzungen nicht entgegenstehen. Ist eine Fläche grundsätzlich geeignet, ist eine möglichst intensive Nutzung sicherzustellen. Die Regionalplanung hat dabei im Auge zu behalten, dass konkrete Konflikte im Einzelfall vor Ort im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu lösen sind. Im Folgenden wird auf einzelne Kriterien Stellung bezogen, wodurch die Möglichkeit einer Flächenvergrößerung bekräftigt wird:	Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Auswahl der Gebiete für Windenergienutzung als Vorranggebiete gesamtregional zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in der Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umfassung / Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Die schrittweise Anwendung von Eignungs-, Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien führt dazu, dass in der Region nur eine beschränkte Anzahl an Gebieten verbleibt, die sich als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen eignen. Die von der iTerra energy GmbH genannten Aspekte wurden auf Basis des regionsweit einheitlich angewendeten Konzepts in die Planung einbezogen. Ausführungen dazu erfolgen themenspezifisch zu den jeweiligen Absätzen.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 313	VRG 50 Dunstelkingen / Reistingen	BE-ID: 1307 1. Gekappte Windleistungsdichte auf 200 m Nabenhöhe anstatt der Betrachtung auf 160 m Nabenhöhe: Der Regionalverband Ostwürttemberg stützt sich bei der Ausweisung der Windvorranggebiete auf die gemessene Windleistungsdichte in einer Höhe von 160 m. Der Standort „Dustelkingen / Reistingen (Nr. 50)“ erreicht in dieser Höhe laut LUBW eine Windhöffigkeit von < 160 – 190 W/m², weshalb der Regionalverband diesem Standort hinsichtlich der Windeignung	Wird nicht gefolgt Der Windatlas Baden-Württemberg (2019) stellt die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, welche von den Regionalverbänden für ihre Planung vom Land zugrunde gelegt wird. Auch wenn Windenergieanlagen inzwischen eine höhere Nabenhöhe als 160 m haben, ist dennoch davon auszugehen, dass der Windatlas Baden-Württemberg die Windverhältnisse in der Region in Relation zueinander korrekt beschreibt und somit deutlich wird, wo Gebiete mit höchster und geringster Windleistungsdichte in einer Region liegen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		eine niedrige Priorität zuweist. Aus unserer Sicht ist dies nicht korrekt, da der technische Fortschritt inzwischen den Bau wesentlich höherer Anlagen ermöglicht. Im süddeutschen Raum ist die Planung von Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von nahezu 200 m üblich. Indem der Planungsverband die Windleistungsdichte auf 160 m Nabenhöhe betrachtet, orientiert er sich an veralteten Standards statt an zukünftigen Entwicklungen. Eine Vergrößerung der Fläche 50 auf den oben beschriebenen Bereich würde nach unseren Berechnungen ebenfalls das Mindestkriterium der Regionalplanung in Bezug auf die mittlere gekappte Windgeschwindkeit erfüllen.	Damit stellt der Windatlas von Baden-Württemberg eine wichtige und geeignete Planungsgrundlage für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dar. Obwohl laut Umweltministerium des Landes vor allem Gebiete mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte über 215 W/m² in 160 m über Grund als Vorranggebiete festgelegt werden sollen, werden auch im Kriterienkatalog zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 Gebieten mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte von unter 190 W/m² in 160 m über Grund als Eignungskriterium berücksichtigt, wenn Nachweise (Windberechnungen, -messungen oder Abschätzungen des Energieertrags seitens Kommunen und/oder Projektierern) vorliegen, die das konkrete Interesse an der Umsetzung von Windenergievorhaben bestätigen. Diese Einzelfälle müssen besonders begründet werden. Dem Regionalverband wurde für das Gebiet 50 kein rechnerischer Nachweis vorgelegt, welcher eine höhere Windhöffigkeit belegt, als im Windatlas dargestellt ist. Nach der Gesamtabwägung aller Belange wird das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Die vorgeschlagene Erweiterungsfläche zu Gebiet 50 weist keine Eignung aufgrund entgegenstehender planerischer Kriterien (z.B. Siedlungsabstand, Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege sowie andere entgegenstehende artenschutzrechtliche Kriterien) auf.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 313	VRG 50 Dunstelkingen / Reistingen	BE-ID: 1308 2. Erfüllung des Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung: Der Regionalverband Ostwürttemberg verwendet für die Ermittlung der geeigneten Windvorranggebiete einen Siedlungsabstand von 1000 m. Somit wurde der Siedlungsabstand im Laufe der Aufstellung der Regionalplanfortschreibung noch einmal deutlich erhöht, was einen deutlichen Flächenverlust zur Folge hat. Die vorgeschlagene Erweiterung der Fläche 50 erfüllt in seiner Gesamtheit das ursprüngliche Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung. In Teilen erfüllt sie nach der Vergrößerung der Mindestabstände zur Bebauung auch diese. Eine Erweiterung der Fläche bedeutet in diesem Fall eine Vergrößerung eines möglichen Windparks um bis zu zwei Windenergieanlagen somit eine deutliche Steigerung des Potentials. Nach Abstimmungsgesprächen mit der Gemeinde Dischingen kann man festhalten, dass auch die Gemeinde eine Verkleinerung der Abstände zur Bebauung unterstützt, um das Potential der Fläche zu heben.	Wird nicht gefolgt Der Umgebungsabstand von 1.000m zu Siedlungsbereichen, die der Wohnnutzung unterliegen (allgemeine Wohngebiete, gemischte Bauflächen und Dorfgebiete sowie Einzelgehöfte und wohngenutzte Einzelgebäude im Außenbereich) ist ein vom politischen Gremium des Regionalverbandes (Verbandsversammlung) mehrstimmig beschlossenes planerisches Kriterium, welches zur Ermittlung von geeigneten Windenergiegebieten für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient. Im Rahmen der Erarbeitung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen (1. Anhörungsentwurf) wurde den Kommunen der Region eine Öffnung des vorsorglichen Umgebungsabstandes von 1.000m eingeräumt, wenn diese Windenergiegebiete innerhalb des Umgebungsabstandes bis 750m befürworten und dies mit einem entsprechenden Gemeinderatsbeschluss bestätigen. Für das Gebiet 50 liegen keine entsprechenden Beschlüsse vor.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 313	VRG 50 Dunstelkingen / Reistingen	BE-ID: 1309 3. Zustimmung der Eigentümer als Grundlage einer erfolgreichen Projektumsetzung: Das Projektgebiet in der Nähe von Dischingen wird seit Dezember 2022 gemeinsam mit unserem Kooperationspartner, den Stadtwerken Ulm, und dem Flächeneigentümer, dem Forstbetrieb Blauwald, als möglicher Standort für Windenergieanlagen betrachtet. Diese Kooperation bildet einen soliden Grundstein für eine erfolgreiche Projektierung des Gebietes. Seit Beginn der Kooperation wurden gemeinsam diverse Schritte durchgeführt, um für eine Ausweisung der Fläche zu sorgen und die Umsetzbarkeit des Projektes zu erhöhen.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Flächen mit einer voraussichtlich schnellen Umsetzung wurden als Eignungsaspekt im Kriterienkatalog berücksichtigt. Insgesamt werden jedoch Flurstücksgrenzen oder Eigentumsverhältnisse bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung nicht berücksichtigt, die Ausformung der Vorranggebiet orientiert sich ausschließlich an planerischen Kriterien und nicht an Flurstücksgrenzen.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 314	VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 1310 wir nehmen in unserer Eigenschaft als Vorhabenträger zum Inhalt des Entwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nachfolgend Stellung: ZUSAMMENFASSUNG DER STELLUNGNAHME ZUR TEILFORTSCHREIBUNG WINDENERGIE 2025 Betroffenes Gebiet: Dischingen / Nattheim, Planungsverfahren Nr. 51 Vorschlag zur Flächenerweiterung: - Aktuelle Fläche: ca. 211 ha, bis zu 7 Windenergieanlagen - Vorgeschlagene Ergänzung: ca. 167 ha, bis zu 4 Windenergieanlagen - Gesamtleistung (nach Erweiterung): Bis zu 79,2 MW bei bis zu 11 Windenergieanlagen Technische und rechtliche Begründung: 1. Technologischer Fortschritt: Nutzung von Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von 199 m (Vestas V172-7.2), welche eine höhere Windleistungsdichte auf 200 m Höhe nutzen. 2. Mindestabstände zur Bebauung: Erfüllung des ursprünglichen Mindestkriteriums von 750 m zur Bebauung. 3. Wirtschaftliche Rentabilität: Bestätigt durch die Auswertung von Bestandsdaten nahegelegener Windparks. 4. Zustimmung der Eigentümer: Kooperation mit dem Flächeneigentümer und der iTerra energy GmbH zur Sicherstellung einer erfolgreichen Projektumsetzung sowie der Gemeinde Dischingen 5. Umwelt- und Naturschutz: Keine wesentlichen Konflikte mit Artenschutzräumen oder Wasserschutzgebieten. Gutachten wurden	Wird nicht gefolgt Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 51 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen, weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird. Das Vorranggebiet 51 "Dischingen / Nattheim" wird aufgrund von Anregungen zum 1. Anhörungsentwurf sowie nach Beratung und Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		bereits durchgeführt. 6. Militärische Belange: Keine Beeinträchtigungen nach Abfrage bei Bundeswehr Schlussfolgerung: Die Stellungnahme empfiehlt, die Ergänzungsfläche auszuweisen, um die vollständige und effiziente Nutzung der Windressourcen in der Region Ostwürttemberg zu gewährleisten.	
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 314	VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 1312 I. AUSGANGSLAGE 1. VERFAHREN Die Bundesländer sind aufgrund des Windenergieflächenbedarfsgesetzes dazu verpflichtet, einen ihnen zugewiesenen Flächenanteil als Eignungskriterium für die Nutzung der Windenergie auszuweisen. Das Land Baden-Württemberg hat diese Aufgabe den Regionalverbänden übertragen. Eine Konkretisierung wurde im Landesplanungsgesetz des Landes Baden-Württemberg dahingehend vorgenommen, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten bis zum 30. September 2025 erfolgen soll. Nach § 20 KlimaG BW werden landesweit mindestens 1,8% der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Nutzung der Windenergie vorgegeben. Für die Region Ostwürttemberg entspricht dies – bei einer Gesamtfläche von 2.138.53 km² - einer Fläche von mindestens 38,49 km² beziehungsweise 3.849 ha (vgl. Anlage 2 KlimaG BW). Der erste Entwurf der Fortschreibung des Regionalverbands Ostwürttemberg liegt mittlerweile aus. Privatpersonen und Unternehmen können zu dem Entwurf bis zum 30. Juni 2024 Stellung nehmen. 2. EINWENDER Wir, die iTerra energy GmbH, nehmen unser Recht als Vorhabenträger für geplante Windparkprojekte war. Die iTerra energy GmbH ist seit vielen Jahren am Markt tätig, sowohl als Projektentwickler als auch als Betreiber von Windenergieanlagen. Auf Grundlage einer intensiven Kooperation mit der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH sind wir bereits an vielen Projektentwicklungen in Baden-Württemberg beteiligt. Durch die intensive Kommunikation mit unserem Projektpartner und dem Ausstauch mit Kommunen und Eigentümern sind uns die	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		örtlichen Gegebenheiten und die örtlichen Interessen und Bedenken bekannt. 3. BETROFFENES GEBIET, GEPLANTE FESTSETZUNGEN Wir wenden uns an Sie betreffend das Gebiet „Dischingen/Nattheim“ mit der Nummer 51 des Planungsverfahren in der Gemeinde Aalen. Der Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 sieht die folgende Flächenausweisung vor: --> siehe Abbildung Anlage	
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 314	VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 1313 4. BETROFFENHEIT UND ALTERNATIVE Wir sind durch die geplante Ausweisung von Windenergie Gebieten betroffen, weil Flächen nicht ausgewiesen sind, die wir in unserer Eigenschaft als Vorhabenträger entwickeln könnten, wenn eine entsprechende Ausweisung erfolgen würde. Wir schlagen vor, die Ausweisung in der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wie folgt zu ergänzen (siehe Anlagen): --> siehe Abbildung Anlage Die Ergänzungsfläche in Kombination mit der ausgewiesenen Suchraumfläche der Teilfortschreibung Windenergie 2025, sowie eine potenzielle Planung auf dieser, ist in Form einer Übersichtskarte als Anlage diesem Schreiben beigefügt. Insgesamt bietet die dargestellte Fläche das Potenzial für 11 WEAs mit einer Gesamtleistung von 79,2 MW. Die Windenergieplanung wurde mit dem Typ Vestas V172-7.2 auf 199 m Nabenhöhe erstellt. Das ist der zurzeit größte bekannte Windkraftanlagentyp. Durch eine Erweiterung des Gebietes Nr. 51 ist es nicht nur möglich, den Bau von mehr Windkraftanlagen zu realisieren und somit dem Ziel der klimaneutralen Energiegewinnung einen Schritt näher zu kommen, es böte außerdem die Möglichkeit, die Windkraftanlagen optimal zu positionieren und auf Gegebenheiten während der Planung zu reagieren. Dadurch kann eine tatsächliche Ausnutzung der Fläche gewährleistet werden. Hinzukommt ein Synergieeffekt, welcher sich klar durch die Errichtung mehrerer Anlagen an einem Standort ergibt, da beispielsweise auf eine gemeinsame Infrastrukturplanung zurückgegriffen werden kann. Die Fläche ist als Windenergiegebiet bestens geeignet da sie die	Wird nicht gefolgt Die Ermittlung und Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischer Umweltprüfung. Im Rahmen der Anhörung vorgebrachte Gebietsvorschläge werden hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit dem Planungskonzept geprüft. Zu den von Ihnen erwähnten Faktoren zur Eignung einer Erweiterungsfläche werden nachfolgend nähere Erläuterungen gegeben.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		folgenden Faktoren erfüllt, welche in Kapitel II genauer erläutert, werden: 1. Gekappte Windleistungsdichte auf 200 m NH statt 160 m NH 2. Bestandsdaten bestätigen Wirtschaftlichkeit des Standortes 3. Erfüllung des Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung 4. Zustimmung der Eigentümer als Grundlage einer erfolgreichen Projektumsetzung 5. Artenschutzräume Schwerpunktvorkommen der Kategorie A & B und VRG Naturschutz und Landschaftspflege kein Widerspruch der Windenergie 6. Berücksichtigung von Wasserschutzgebieten durch Gutachten 7. Bundeswehrabfrage erfolgt	
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 314	VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 1314 II. ERLÄUTERUNG Der Regionalverband orientiert sich ausweislich der ausgelegten Unterlagen dem Planungskonzept an den Eignungskriterien Windhöffigkeit, rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien sowie sonstigen Abwägungskriterien. Im Zuge der Einzelfallprüfung kommt es ferner zu einer Betrachtung etwaiger Schutzgebiete und wirksamer Kulturdenkmale. Im Ergebnis bleiben Flächen übrig, die als Windenergiegebiete ausgewiesen werden sollen. Nach unserer Überzeugung erfolgte bislang in dem hier näher betrachteten Gebiet die Anwendung der Planungskriterien nicht richtig, vor allem weil bei der Aufstellung des Entwurfs der ersten Teilfortschreibung die nachfolgend genannten Aspekte übersehen worden sind. Vorab lassen Sie uns folgendes voranstellen: Der Ausbau der Windenergie zur Erreichung der Klimaneutralität setzt eine bestmögliche Nutzung vorhandener Flächen voraus. Deutschland ist in der Regel windschwach; speziell im Süden ist die Windhöffigkeit geringer als im Norden Deutschlands. Deutschland ist in weiten Gebieten dicht besiedelt; häufig müssen Konflikte mit anderen Nutzungen gelöst werden. Es geht also darum, als mögliche Windenergiegebiete identifizierte Flächen bestmöglich zu nutzen. Wir können es uns nicht erlauben, Gebiete ungenutzt zu lassen. Daher ist eine Ausweisung immer dann möglich und geboten, wenn andere Nutzungen nicht entgegenstehen. Ist eine Fläche grundsätzlich geeignet, ist eine möglichst intensive Nutzung sicherzustellen. Die Regionalplanung hat dabei im Auge zu behalten, dass konkrete Konflikte im Einzelfall vor Ort im	Wird nicht gefolgt In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Auswahl der Gebiete für Windenergienutzung als Vorranggebiete gesamtregional zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in der Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umfassung / Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu lösen sind. Im Folgenden wird auf einzelne Kriterien Stellung bezogen, wodurch die Möglichkeit einer Flächenvergrößerung bekräftigt wird:	Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Die schrittweise Anwendung von Eignungs-, Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien führt dazu, dass in der Region nur eine beschränkte Anzahl an Gebieten verbleibt, die sich als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen eignen. Die von der iTerra energy GmbH genannten Aspekte wurden auf Basis des regionsweit einheitlich angewendeten Konzepts in die Planung einbezogen. Ausführungen dazu erfolgen themenspezifisch zu den jeweiligen Absätzen.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 314	VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 1315 1. Gekappte Windleistungsdichte auf 200 m Nabenhöhe anstatt der Betrachtung auf 160 m Nabenhöhe: Der Regionalverband Ostwürttemberg stützt sich bei der Ausweisung der Windvorranggebiete auf die gemessene Windleistungsdichte in einer Höhe von 160 m. Der Standort „Dischingen / Nattheim (Nr. 51)“ erreicht auf dieser Höhe gemäß des LUBW eine Windhöffigkeit von < 160 – 215 W/m², weshalb der Regionalverband diesem Standort hinsichtlich der Windeignung eine niedrige Priorität zuweist. Aus unserer Sicht ist dies nicht korrekt, da der technische Fortschritt inzwischen den Bau wesentlich höherer Anlagen ermöglicht. Im süddeutschen Raum ist die Planung von Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von nahezu 200 m üblich. Indem der Planungsverband die Windleistungsdichte auf 160 m Nabenhöhe betrachtet, orientiert er sich an veralteten Standards statt an zukünftigen Entwicklungen. Eine Vergrößerung der Fläche 51 auf den oben beschriebenen Bereich würde nach unseren Berechnungen ebenfalls das Mindestkriterium der Regionalplanung in Bezug auf die mittlere gekappte Windgeschwindkeit erfüllen.	Wird nicht gefolgt Der Windatlas Baden-Württemberg (2019) stellt die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, welche von den Regionalverbänden für ihre Planung vom Land zugrunde gelegt wird. Auch wenn Windenergieanlagen inzwischen eine höhere Nabenhöhe als 160 m haben, ist dennoch davon auszugehen, dass der Windatlas Baden-Württemberg die Windverhältnisse in der Region in Relation zueinander korrekt beschreibt und somit deutlich wird, wo Gebiete mit höchster und geringster Windleistungsdichte in einer Region liegen. Damit stellt der Windatlas von Baden-Württemberg eine wichtige und geeignete Planungsgrundlage für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dar. Obwohl laut Umweltministerium des Landes vor allem Gebiete mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte über 215 W/m² in 160 m über Grund als Vorranggebiete festgelegt werden sollen, werden auch im Kriterienkatalog zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 Gebieten mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte von unter 190 W/m² in 160 m über Grund als Eignungskriterium berücksichtigt, wenn Nachweise (Windberechnungen, -messungen oder Abschätzungen des Energieertrags seitens Kommunen und/oder Projektierern) vorliegen, die das konkrete Interesse an der Umsetzung von Windenergievorhaben bestätigen. Diese Einzelfälle müssen besonders begründet werden. Dem Regionalverband wurde für das Gebiet 51 ein rechnerischer Nachweis vorgelegt, welcher eine höhere Windhöffigkeit belegt, als im Windatlas dargestellt ist. Dieser Nachweis ist in Abstimmung mit den zuständigen Fachbehörden als plausibel zu bewerten. Die vorgeschlagene Erweiterungsfläche zu Gebiet 51 weise keine Eignung aufgrund entgegenstehender planerischer Kriterien (z.B. Siedlungsabstand, entgegenstehende artenschutzrechtliche Kriterien) nach.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 314	VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 1316 2. Bestandsdaten bestätigen Wirtschaftlichkeit des Standortes: Um die Wirtschaftlichkeit eines potenziellen Standorts für die Errichtung von Windenergieanlagen zu beurteilen, ist es	Wird nicht gefolgt Siehe Ausführungen zu Windleistungsdichte.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		entscheidend, auf verlässliche und relevante Daten zurückzugreifen. In diesem Kontext wurden die Bestandsdaten eines nahegelegenen Windparks analysiert, um fundierte Erkenntnisse über die wirtschaftliche Rentabilität des neuen Standorts zu gewinnen. Die Ergebnisse der Auswertung bestätigen, dass der Standort vielversprechend ist und eine wirtschaftlich sinnvolle Investition darstellt.	
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 314	VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 1317 3. Erfüllung des Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung: Der Regionalverband Ostwürttemberg verwendet für die Ermittlung der geeigneten Windvorranggebiete einen Siedlungsabstand von 1000 m. Somit wurde der Siedlungsabstand im Laufe der Aufstellung der Regionalplanfortschreibung noch einmal deutlich erhöht, was einen deutlichen Flächenverlust zur Folge hat. Die vorgeschlagene Erweiterung der Fläche 51 erfüllt in seiner Gesamtheit das ursprüngliche Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung. In Teilen erfüllt sie nach der Vergrößerung der Mindestabstände zur Bebauung auch diese. Eine Erweiterung der Fläche bedeutet in diesem Fall eine Vergrößerung eines möglichen Windparks um bis zu vier Windenergieanlagen somit eine deutliche Steigerung des Potentials.	Wird nicht gefolgt Der Umgebungsabstand von 1.000m zu Siedlungsbereichen, die der Wohnnutzung unterliegen (allgemeine Wohngebiete, gemischte Bauflächen und Dorfgebiete sowie Einzelgehöfte und wohngenutzte Einzelgebäude im Außenbereich) ist ein vom politischen Gremium des Regionalverbandes (Verbandsversammlung) mehrstimmig beschlossenes planerisches Kriterium, welches zur Ermittlung von geeigneten Windenergiegebieten für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient. Im Rahmen der Erarbeitung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen (1. Anhörungsentwurf) wurde den Kommunen der Region eine Öffnung des vorsorglichen Umgebungsabstandes von 1.000m eingeräumt, wenn diese Windenergiegebiete innerhalb des Umgebungsabstandes bis 750m befürworten und dies mit einem entsprechenden Gemeinderatsbeschluss bestätigen. Für das Gebiet 51 liegen keine entsprechenden Beschlüsse vor.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 315	VRG 66 Bergenweiler / Sontheim	BE-ID: 1318 wir nehmen in unserer Eigenschaft als Vorhabenträger zum Inhalt des Entwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nachfolgend Stellung: ZUSAMMENFASSUNG DER STELLUNGNAHME ZUR TEILFORTSCHREIBUNG WINDENERGIE 2025 Betroffenes Gebiet: Bergenweiler / Sontheim, Planungsverfahren Nr. 66 Vorschlag zur Flächenerweiterung: - Aktuelle Fläche: ca. 391 ha, bis zu 7 Windenergieanlagen - Vorgeschlagene Ergänzung: ca. 50 ha, bis zu 3 Windenergieanlagen - Gesamtleistung (nach Erweiterung): Bis zu 72 MW bei bis zu 10 Windenergieanlagen Technische und rechtliche Begründung: 1. Technologischer Fortschritt: Nutzung von Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von 199 m (Vestas V172-7.2), welche eine höhere Windleistungsdichte auf 200 m Höhe nutzen. 2. Mindestabstände zur Bebauung: Erfüllung des ursprünglichen Mindestkriteriums von 750 m zur Bebauung.	Wird nicht gefolgt Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 66 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen, weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird. Das Vorranggebiet 66 "Bergenweiler / Sontheim" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wurde gemäß der Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		3. Zustimmung der Eigentümer: Kooperation mit dem Flächeneigentümer und der iTerra energy GmbH zur Sicherstellung einer erfolgreichen Projektumsetzung 4. Umwelt- und Naturschutz: Keine wesentlichen Konflikte mit Artenschutzräumen oder Wasserschutzgebieten. Gutachten wurden bereits durchgeführt. 5. Ablehnung der Windenergiefläche eines Eigentümers: Die Firma Schwenk wird seine Flächen nicht für Windenergie zur Verfügung stellen. Schlussfolgerung: Die Stellungnahme empfiehlt, die Ergänzungsfläche auszuweisen, um die vollständige und effiziente Nutzung der Windressourcen in der Region Ostwürttemberg zu gewährleisten.	
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 315	VRG 66 Bergenweiler / Sontheim	BE-ID: 1319 I. AUSGANGSLAGE 1. VERFAHREN Die Bundesländer sind aufgrund des Windenergieflächenbedarfsgesetzes dazu verpflichtet, einen ihnen zugewiesenen Flächenanteil als Eignungskriterium für die Nutzung der Windenergie auszuweisen. Das Land Baden-Württemberg hat diese Aufgabe den Regionalverbänden übertragen. Eine Konkretisierung wurde im Landesplanungsgesetz des Landes Baden-Württemberg dahingehend vorgenommen, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten bis zum 30. September 2025 erfolgen soll. Nach § 20 KlimaG BW werden landesweit mindestens 1,8% der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Nutzung der Windenergie vorgegeben. Für die Region Ostwürttemberg entspricht dies – bei einer Gesamtfläche von 2.138.53 km² - einer Fläche von mindestens 38,49 km² beziehungsweise 3.849 ha (vgl. Anlage 2 KlimaG BW). Der erste Entwurf der Fortschreibung des Regionalverbands Ostwürttemberg liegt mittlerweile aus. Privatpersonen und Unternehmen können zu dem Entwurf bis zum 30. Juni 2024 Stellung nehmen. 2. EINWENDER Wir, die iTerra energy GmbH, nehmen unser Recht als Vorhabenträger für geplante Windparkprojekte war. Die iTerra energy GmbH ist seit vielen Jahren am Markt tätig, sowohl als	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Projektentwickler als auch als Betreiber von Windenergieanlagen. Auf Grundlage einer intensiven Kooperation mit der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH sind wir bereits an vielen Projektentwicklungen in Baden-Württemberg beteiligt. Durch die intensive Kommunikation mit unserem Projektpartner und dem Ausstauch mit Kommunen und Eigentümern sind uns die örtlichen Gegebenheiten und die örtlichen Interessen und Bedenken bekannt. 3. BETROFFENES GEBIET, GEPLANTE FESTSETZUNGEN Wir wenden uns an Sie betreffend das Gebiet „Bergenweiler / Sontheim" mit der Nummer 66 des Planungsverfahren in den Gemeinden Sontheim an der Brenz, Niederstotzingen und Giengen an der Brenz. Der Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 sieht die folgende Flächenausweisung vor: --> siehe Abbildung Anlage	
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 315	VRG 66 Bergenweiler / Sontheim	BE-ID: 1320 4. BETROFFENHEIT UND ALTERNATIVE Wir sind durch die geplante Ausweisung von Windenergie Gebieten betroffen, weil Flächen nicht ausgewiesen sind, die wir in unserer Eigenschaft als Vorhabenträger entwickeln könnten, wenn eine entsprechende Ausweisung erfolgen würde. Wir schlagen vor, die Ausweisung in der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wie folgt zu ergänzen (siehe Anlagen): --> siehe Abbildung Anlage Die Ergänzungsfläche in Kombination mit der ausgewiesenen Suchraumfläche der Teilfortschreibung Windenergie 2025, sowie eine potenzielle Planung auf dieser, ist in Form einer Übersichtskarte als Anlage diesem Schreiben beigefügt. Insgesamt bietet die dargestellte Fläche das Potenzial für 10 WEAs mit einer Gesamtleistung von 72 MW. Die Windenergieplanung wurde mit dem Typ Vestas V172-7.2 auf 199 m Nabenhöhe erstellt. Das ist der zurzeit größte bekannte Windkraftanlagentyp. Durch eine Erweiterung des Gebietes Nr. 66 ist es nicht nur möglich, den Bau von mehr Windkraftanlagen zu realisieren und somit dem Ziel der klimaneutralen Energiegewinnung einen Schritt näher zu kommen, es böte außerdem die Möglichkeit, die Windkraftanlagen optimal zu positionieren und auf Gegebenheiten während der Planung zu reagieren. Dadurch kann eine tatsächliche Ausnutzung der Fläche gewährleistet werden.	Wird nicht gefolgt Die Ermittlung und Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischer Umweltprüfung. Im Rahmen der Anhörung vorgebrachte Gebietsvorschläge werden hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit dem Planungskonzept geprüft. Zu den von Ihnen erwähnten Faktoren zur Eignung einer Erweiterungsfläche werden nachfolgend nähere Erläuterungen gegeben.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Hinzukommt ein Synergieeffekt, welcher sich klar durch die Errichtung mehrerer Anlagen an einem Standort ergibt, da beispielsweise auf eine gemeinsame Infrastrukturplanung zurückgegriffen werden kann. Die Fläche ist als Windenergiegebiet bestens geeignet da sie die folgenden Faktoren erfüllt, welche in Kapitel II genauer erläutert, werden: 1. Gekappte Windleistungsdichte auf 200 m NH statt 160 m NH 2. Erfüllung des Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung 3. Zustimmung der Eigentümer als Grundlage einer erfolgreichen Projektumsetzung 4. Schwerpunktvorkommen Artenschutz Kategorie B und VRG für Naturschutz und Landschaftspflege kein Hindernis der Windkraft 5. Ablehnung der Windenergiefläche eines Eigentümers als Hindernis für die aktuelle Suchraumfläche	
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 315	VRG 66 Bergenweiler / Sontheim	BE-ID: 1321 II. ERLÄUTERUNG Der Regionalverband orientiert sich ausweislich der ausgelegten Unterlagen dem Planungskonzept an den Eignungskriterien Windhöffigkeit, rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien sowie sonstigen Abwägungskriterien. Im Zuge der Einzelfallprüfung kommt es ferner zu einer Betrachtung etwaiger Schutzgebiete und wirksamer Kulturdenkmale. Im Ergebnis bleiben Flächen übrig, die als Windenergiegebiete ausgewiesen werden sollen. Nach unserer Überzeugung erfolgte bislang in dem hier näher betrachteten Gebiet die Anwendung der Planungskriterien nicht richtig, vor allem weil bei der Aufstellung des Entwurfs der ersten Teilfortschreibung die nachfolgend genannten Aspekte übersehen worden sind. Vorab lassen Sie uns folgendes voranstellen: Der Ausbau der Windenergie zur Erreichung der Klimaneutralität setzt eine bestmögliche Nutzung vorhandener Flächen voraus. Deutschland ist in der Regel windschwach; speziell im Süden ist die Windhöffigkeit geringer als im Norden Deutschlands. Deutschland ist in weiten Gebieten dicht besiedelt; häufig müssen Konflikte mit anderen Nutzungen gelöst werden. Es geht also darum, als mögliche Windenergiegebiete identifizierte Flächen bestmöglich zu nutzen. Wir können uns nicht leisten, Gebiete ungenutzt zu lassen. Daher ist eine Ausweisung immer dann möglich, wenn	Wird nicht gefolgt In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Auswahl der Gebiete für Windenergienutzung als Vorranggebiete gesamtregional zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in der Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		andere Nutzungen nicht entgegenstehen. Ist eine Fläche grundsätzlich geeignet, ist eine möglichst intensive Nutzung sicherzustellen. Die Regionalplanung hat dabei im Auge zu behalten, dass konkrete Konflikte im Einzelfall vor Ort im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu lösen sind. Im Folgenden wird auf einzelne Kriterien Stellung bezogen, wodurch die Möglichkeit einer Flächenvergrößerung bekräftigt wird:	Windenergie 2025 erläutert. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umfassung / Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Die schrittweise Anwendung von Eignungs-, Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien führt dazu, dass in der Region nur eine beschränkte Anzahl an Gebieten verbleibt, die sich als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen eignen. Die von der iTerra energy GmbH genannten Aspekte wurden auf Basis des regionsweit einheitlich angewendeten Konzepts in die Planung einbezogen. Ausführungen dazu erfolgen themenspezifisch zu den jeweiligen Absätzen.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 315	VRG 66 Bergenweiler / Sontheim	BE-ID: 1322 1. Gekappte Windleistungsdichte auf 200 m Nabenhöhe anstatt der Betrachtung auf 160 m Nabenhöhe: Der Regionalverband Ostwürttemberg stützt sich bei der Ausweisung der Windvorranggebiete auf die hinsichtlich der mittleren gekappten Windgeschwindkeit Windleistungsdichte in einer Höhe von 160 m. Der Standort „Bergenweiler / Sontheim (Nr. 66)“ erreicht in dieser Höhe laut LUBW eine Windhöffigkeit von über 215 W/m², weshalb der Regionalverband diesem Standort hinsichtlich der Windeignung die höchste Priorität zuweist. Bereits auf der Höhe von 160 m zeigt der Standort eine hohe Windleistungsdichte. Zusätzlich ist festzuhalten, dass der technische Fortschritt inzwischen den Bau wesentlich höherer Anlagen ermöglicht. Im süddeutschen Raum ist die Planung von Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von nahezu 200 m üblich. Indem der Planungsverband die Windleistungsdichte auf 160 m Nabenhöhe betrachtet, orientiert er sich an veralteten Standards statt an zukünftigen Entwicklungen. Eine Vergrößerung der Fläche 66 auf den oben beschriebenen Bereich würde nach unseren Berechnungen ebenfalls das Mindestkriterium der Regionalplanung in Bezug auf die mittlere gekappte Windgeschwindigkeit erfüllen.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Der Windatlas Baden-Württemberg (2019) stellt die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, welche von den Regionalverbänden für ihre Planung vom Land zugrunde gelegt wird. Auch wenn Windenergieanlagen inzwischen eine höhere Nabenhöhe als 160 m haben, ist dennoch davon auszugehen, dass der Windatlas Baden-Württemberg die Windverhältnisse in der Region in Relation zueinander korrekt beschreibt und somit deutlich wird, wo Gebiete mit höchster und geringster Windleistungsdichte in einer Region liegen. Damit stellt der Windatlas von Baden-Württemberg eine wichtige und geeignete Planungsgrundlage für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dar. Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 66 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen, weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 315	VRG 66 Bergenweiler / Sontheim	BE-ID: 1323 2. Erfüllung des Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung: Der Regionalverband Ostwürttemberg verwendet für die Ermittlung der geeigneten Windvorranggebiete einen Siedlungsabstand von 1000 m. Somit wurde der Siedlungsabstand im Laufe der Aufstellung der Regionalplanfortschreibung noch einmal deutlich erhöht, was einen deutlichen Flächenverlust zur Folge	Wird nicht gefolgt Der Umgebungsabstand von 1.000m zu Siedlungsbereichen, die der Wohnnutzung unterliegen (allgemeine Wohngebiete, gemischte Bauflächen und Dorfgebiete sowie Einzelgehöfte und wohngenutzte Einzelgebäude im Außenbereich) ist ein vom politischen Gremium des Regionalverbandes (Verbandsversammlung) mehrstimmig beschlossenes planerisches Kriterium, welches zur Ermittlung von geeigneten Windenergiegebieten für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		hat. Die vorgeschlagene Erweiterung der Fläche 66 erfüllt in seiner Gesamtheit das ursprüngliche Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung. In Teilen erfüllt sie nach der Vergrößerung der Mindestabstände zur Bebauung auch diese. Eine Erweiterung der Fläche bedeutet in diesem Fall eine Vergrößerung eines möglichen Windparks um bis zu drei Windenergieanlagen somit eine deutliche Steigerung des Potentials.	Im Rahmen der Erarbeitung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen (1. Anhörungsentwurf) wurde den Kommunen der Region eine Öffnung des vorsorglichen Umgebungsabstandes von 1.000m eingeräumt, wenn diese Windenergiegebiete innerhalb des Umgebungsabstandes bis 750m befürworten und dies mit einem entsprechenden Gemeinderatsbeschluss bestätigen. Für das Gebiet 66 liegen keine entsprechenden Beschlüsse vor.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 309	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 2156 1. Gekappte Windleistungsdichte auf 200 m Nabenhöhe anstatt der Betrachtung auf 160 m Nabenhöhe: Der Regionalverband Ostwürttemberg stützt sich bei der Ausweisung der Windvorranggebiete auf die gemessene Windleistungsdichte in einer Höhe von 160 m. Der Standort „Pfaffentäle / Diepertsbuch (Nr. 53)“ erreicht in dieser Höhe laut LUBW eine Windhöffigkeit von < 160 W/m², weshalb der Regionalverband diesem Standort hinsichtlich der Windeignung eine niedrige Priorität zuweist. Aus unserer Sicht ist dies nicht korrekt, da der technische Fortschritt inzwischen den Bau wesentlich höherer Anlagen ermöglicht. Im süddeutschen Raum ist die Planung von Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von nahezu 200 m üblich. Indem der Planungsverband die Windleistungsdichte auf 160 m Nabenhöhe betrachtet, orientiert er sich an veralteten Standards statt an zukünftigen Entwicklungen. Eine Vergrößerung der Fläche 53 auf den oben beschriebenen Bereich erfüllt nach unseren Berechnungen ebenfalls das Mindestkriterium der Regionalplanung hinsichtlich der mittleren gekappten Windgeschwindkeit. Entsprechend des Gebietssteckbrief der Teilfortschreibung Windenergie 2025 liegt zudem ein Nachweis auf Wirtschaftlichkeit der Windenergienutzung in diesem Gebiet vor, was die Eignung des Gebietes und der dargestellten Erweiterungsfläche weiter unterstreicht.	Wird nicht gefolgt Der Windatlas Baden-Württemberg (2019) stellt die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, welche von den Regionalverbänden für ihre Planung vom Land zugrunde gelegt wird. Auch wenn Windenergieanlagen inzwischen eine höhere Nabenhöhe als 160 m haben, ist dennoch davon auszugehen, dass der Windatlas Baden-Württemberg die Windverhältnisse in der Region in Relation zueinander korrekt beschreibt und somit deutlich wird, wo Gebiete mit höchster und geringster Windleistungsdichte in einer Region liegen. Damit stellt der Windatlas von Baden-Württemberg eine wichtige und geeignete Planungsgrundlage für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dar. Obwohl laut Umweltministerium des Landes vor allem Gebiete mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte über 215 W/m² in 160 m über Grund als Vorranggebiete festgelegt werden sollen, werden auch im Kriterienkatalog zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 Gebieten mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte von unter 190 W/m² in 160 m über Grund als Eignungskriterium berücksichtigt, wenn Nachweise (Windberechnungen, -messungen oder Abschätzungen des Energieertrags seitens Kommunen und/oder Projektierern) vorliegen, die das konkrete Interesse an der Umsetzung von Windenergievorhaben bestätigen. Diese Einzelfälle müssen besonders begründet werden. Dem Regionalverband wurde für das Gebiet 53 ein rechnerischer Nachweis vorgelegt, welcher eine höhere Windhöffigkeit belegt, als im Windatlas dargestellt ist. Dieser Nachweis ist in Abstimmung mit den zuständigen Fachbehörden als plausibel zu bewerten. Die vorgeschlagene Erweiterungsfläche zu Gebiet 53 weise keine Eignung aufgrund entgegenstehender planerischer Kriterien (z.B. Siedlungsabstand, entgegenstehende artenschutzrechtliche Kriterien) nach.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 309	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 2157 2. Erfüllung des Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung: Der Regionalverband Ostwürttemberg verwendet für die Ermittlung der geeigneten Windvorranggebiete einen	Wird nicht gefolgt Der Umgebungsabstand von 1.000m zu Siedlungsbereichen, die der Wohnnutzung unterliegen (allgemeine Wohngebiete, gemischte Bauflächen und Dorfgebiete sowie Einzelgehöfte und wohngenutzte Einzelgebäude im Außenbereich) ist ein vom politischen Gremium des

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Siedlungsabstand von 1000 m. Somit wurde der Siedlungsabstand im Laufe der Aufstellung der Regionalplanfortschreibung noch einmal deutlich erhöht, was einen deutlichen Flächenverlust zur Folge hat. Die vorgeschlagene Ergänzung der Fläche 53 erfüllt in seiner Gesamtheit das ursprüngliche Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung. In Teilen erfüllt sie nach der Vergrößerung der Mindestabstände zur Bebauung auch diese. Eine Erweiterung der Fläche bedeutet in diesem Fall eine Vergrößerung eines möglichen Windparks um bis zu 4 Windenergieanlagen und somit eine deutliche Steigerung des Potentials.	Regionalverbandes (Verbandsversammlung) mehrstimmig beschlossenes planerisches Kriterium, welches zur Ermittlung von geeigneten Windenergiegebieten für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient. Im Rahmen der Erarbeitung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen (1. Anhörungsentwurf) wurde den Kommunen der Region eine Öffnung des vorsorglichen Umgebungsabstandes von 1.000m eingeräumt, wenn diese Windenergiegebiete innerhalb des Umgebungsabstandes bis 750m befürworten und dies mit einem entsprechenden Gemeinderatsbeschluss bestätigen. Für das Gebiet 53 liegen keine entsprechenden Beschlüsse vor.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 309	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 2158 3. Zustimmung der Eigentümer als Grundlage einer erfolgreichen Projektumsetzung: Das Projektgebiet in der Nähe von Großkuchen wird seit Dezember 2022 gemeinsam mit unserem Kooperationspartner, den Stadtwerken Ulm, und dem Flächeneigentümer, dem Forstbetrieb Blauwald, als möglicher Standort für Windenergieanlagen betrachtet. Diese Kooperation bildet einen soliden Grundstein für eine erfolgreiche Projektierung des Gebietes. Seit Beginn der Kooperation wurden gemeinsam diverse Schritte durchgeführt, um für eine Ausweisung der Fläche zu sorgen und die Umsetzbarkeit des Projektes zu erhöhen.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Flächen mit einer voraussichtlich schnellen Umsetzung wurden als Eignungsaspekt im Kriterienkatalog berücksichtigt. Insgesamt werden jedoch Flurstücksgrenzen oder Eigentumsverhältnisse bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung nicht berücksichtigt, die Ausformung der Vorranggebiet orientiert sich ausschließlich an planerischen Kriterien und nicht an Flurstücksgrenzen.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 309	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 2159 4. Erweiterung eines bestehenden Windparks: Das Gebiet 53, sowie die dargestellte Ergänzungsfläche, liegt in direkter Nähe zum bestehenden Windpark Nietheim. Durch die vorhandene Infrastruktur können auf diese Weise diverse Synergieeffekte in Sachen Zuwegungsmöglichkeiten und Netzanschluss genutzt werden und somit auch der Eingriff in die Natur minimiert werden. So wäre beispielsweise der Anschluss an das vorhandene Umspannwerk Rotensohl denkbar.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Flächen in der Nähe zu bestehenden Vorranggebieten für Windenergie und zu bestehender Infrastruktur sowie Flächen mit einer voraussichtlich schnellen Umsetzung wurden als Eignungsaspekte im Kriterienkatalog berücksichtigt.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 309	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 2160 5. Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege kein Hindernis der Windkraft: Ein Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege stellt kein pauschales Hindernis für die Ausweisung der Vorrangflächen für Windkraft dar. Es gilt die tatsächlichen Schutzgüter und das Verhältnis des möglichen Eingriffs abzuwägen. Die Windkraft verbraucht verhältnismäßig wenig Fläche. Außerdem werden auch hier standardmäßige naturschutzfachliche Gutachten durchgeführt die bei der Standortoptimierung berücksichtigt werden.	Wird nicht gefolgt Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 53 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen - nicht nur wegen dem Ausschluss durch die Betroffenheit von Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege - weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 309	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 2161 6. Vorbelastung des Gebietes durch Autobahn 7: Autobahnnahe Flächen sind in der Regel bereits durch Lärm und visuelle Einflüsse vorbelastet. Die Errichtung von Windenergieanlagen führt in diesen Gebieten zu keiner signifikanten zusätzlichen Beeinträchtigung des Landschaftsbildes oder der Geräuschkulisse, da die Akzeptanz für technische Infrastrukturen in solchen Bereichen bereits höher ist. Da Autobahnen oft durch Gebiete führen, die bereits eine niedrige ökologische Wertigkeit haben, ist die zusätzliche Beeinträchtigung durch Windenergieanlagen häufig gering. Der Bau in solchen vorbelasteten Gebieten minimiert die Auswirkungen auf Flora und Fauna, insbesondere auf geschützte Arten. Hinzu kommt, dass die Nähe zu Autobahnen logistische Vorteile bietet. Die bestehende Verkehrsinfrastruktur erleichtert den Transport und die Installation der Windenergieanlagen erheblich. Auch für Wartungsarbeiten sind die Anlagen gut erreichbar, was die Betriebskosten senkt und die Effizienz des Windparks erhöht.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 53 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen, weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 309	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 2162 Nach unserer Überzeugung ist es daher notwendig, die vorgeschlagenen Ergänzungsfläche auszuweisen, um dem Vorranggebiet Windenergie vor dem Hintergrund der gesetzlichen Regelungen und der Realisierung von Projekten sowie insbesondere der überragenden Bedeutung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien ausreichend Geltung zu verschaffen. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass unter der Berücksichtigung aller bekannten Faktoren die Realisierungswahrscheinlichkeit bei einer entsprechenden Ausweisung der Fläche als Windenergievorranggebiet hoch ist. Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit ebenso gerne zur Verfügung wie für ein persönliches Gespräch.	Wird nicht gefolgt Selbst wenn die Realisierungswahrscheinlichkeit der vorgeschlagenen Ergänzungsfläche bei einer entsprechenden Festlegung als Vorranggebiet für Windenergie hoch wäre, liegen neben Eignungskriterien auch etliche rechtliche und planerische Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Kriterien vor. Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 53 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen, weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird. Des Weiteren wird das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch"im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. In der Gesamtabwägung der im Rahmen der 1. Anhörung eingebrachten Anregungen und Bedenken werden anderen Nutzungen und Belangen Vorrang gewährt.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 310	VRG 69 Erweiterung Königsbronn / Ebnat	BE-ID: 2163 2. Erfüllung des Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung: Der Regionalverband Ostwürttemberg verwendet für die Ermittlung der geeigneten Windvorranggebiete einen Siedlungsabstand von 1000 m. Somit wurde der Siedlungsabstand im Laufe der Aufstellung der Regionalplanfortschreibung noch einmal deutlich erhöht, was einen deutlichen Flächenverlust zur Folge hat. Die vorgeschlagene Erweiterung der Fläche 69 erfüllt in seiner Gesamtheit das ursprüngliche Mindestkriterium von 750 m	Wird nicht gefolgt Der Umgebungsabstand von 1.000m zu Siedlungsbereichen, die der Wohnnutzung unterliegen (allgemeine Wohngebiete, gemischte Bauflächen und Dorfgebiete sowie Einzelgehöfte und wohngenutzte Einzelgebäude im Außenbereich) ist ein vom politischen Gremium des Regionalverbandes (Verbandsversammlung) mehrstimmig beschlossenes planerisches Kriterium, welches zur Ermittlung von geeigneten Windenergiegebieten für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient. Im Rahmen der Erarbeitung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		zur Bebauung. In Teilen erfüllt sie nach der Vergrößerung der Mindestabstände zur Bebauung auch diese. Eine Erweiterung der Fläche bedeutet in diesem Fall eine Vergrößerung eines möglichen Windparks um bis zu drei Windenergieanlagen somit eine deutliche Steigerung des Potentials.	Windenergieanlagen (1. Anhörungsentwurf) wurde den Kommunen der Region eine Öffnung des vorsorglichen Umgebungsabstandes von 1.000m eingeräumt, wenn diese Windenergiegebiete innerhalb des Umgebungsabstandes bis 750m befürworten und dies mit einem entsprechenden Gemeinderatsbeschluss bestätigen. Für das Gebiet 69 liegen keine entsprechenden Beschlüsse vor.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 310	VRG 69 Erweiterung Königsbronn / Ebnat	BE-ID: 2164 3. Zustimmung der Eigentümer als Grundlage einer erfolgreichen Projektumsetzung: Das Projektgebiet in der Nähe von Nietheim wird seit Dezember 2022 gemeinsam mit unserem Kooperationspartner, den Stadtwerken Ulm, und dem Flächeneigentümer, dem Forstbetrieb Blauwald, als möglicher Standort für Windenergieanlagen betrachtet. Diese Kooperation bildet einen soliden Grundstein für eine erfolgreiche Projektierung des Gebietes. Seit Beginn der Kooperation wurden gemeinsam diverse Schritte durchgeführt, um für eine Ausweisung der Fläche zu sorgen und die Umsetzbarkeit des Projektes zu erhöhen.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Flächen mit einer voraussichtlich schnellen Umsetzung wurden als Eignungsaspekt im Kriterienkatalog berücksichtigt. Insgesamt werden jedoch Flurstücksgrenzen oder Eigentumsverhältnisse bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung nicht berücksichtigt, die Ausformung der Vorranggebiet orientiert sich ausschließlich an planerischen Kriterien und nicht an Flurstücksgrenzen.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 310	VRG 69 Erweiterung Königsbronn / Ebnat	BE-ID: 2165 4. Erweiterung eines bestehenden Windparks: Das Gebiet 69 sowie die vorgeschlagene Erweiterung können als Zusatz zum bestehenden Windpark Nietheim gesehen werden. Durch die vorhandene Infrastruktur können auf diese Weise diverse Synergieeffekte in Sachen Zuwegungsmöglichkeiten und Netzanschluss genutzt werden. Des Weiteren kann der Eingriff in die Natur minimiert werden.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Flächen in der Nähe zu bestehenden Vorranggebieten für Windenergie und zu bestehender Infrastruktur sowie Flächen mit einer voraussichtlich schnellen Umsetzung wurden als Eignungsaspekte im Kriterienkatalog berücksichtigt.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 310	VRG 69 Erweiterung Königsbronn / Ebnat	BE-ID: 2166 5. Vorbehaltsgebiete für Bodenschutz kein Hindernis der Windkraft: Ein Vorbehaltsgebiet für Bodenschutz stellt kein pauschales Hindernis für die Ausweisung der Vorrangflächen für Windkraft dar. Es gilt die tatsächlichen Schutzgüter und das Verhältnis des möglichen Eingriffs abzuwägen. Die Windkraft verbraucht verhältnismäßig wenig Fläche. Außerdem werden auch hier standardmäßige Bodengutachten durchgeführt, die bei der Standortoptimierung berücksichtigt werden: die Strategische Umweltprüfung (SUP) nach § 14b i.V.m. Anlage 3 UVPG, Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nach § 3a i.V.m. Anlage 1 UVPG, Eingriffsregelung nach § 15 BNatSchG	Wird nicht gefolgt Vorbehaltsgebiete für Bodenschutz wurden weder als Ausschlusskriterium noch als Einzelfallprüfungskriterium im Kriterienkatalog geführt.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 310	VRG 69 Erweiterung Königsbronn / Ebnat	BE-ID: 2167 Nach unserer Überzeugung ist es daher notwendig, die vorgeschlagenen Ergänzungsfläche auszuweisen, um dem Vorranggebiet Windenergie vor dem Hintergrund der gesetzlichen Regelungen und der Realisierung von Projekten sowie insbesondere der überragenden Bedeutung des Ausbaus der Erneuerbaren	Wird nicht gefolgt Selbst wenn die Realisierungswahrscheinlichkeit der vorgeschlagenen Ergänzungsfläche bei einer entsprechenden Festlegung als Vorranggebiet für Windenergie hoch wäre, liegen neben Eignungskriterien auch etliche rechtliche und planerische Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Kriterien vor. Dem

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Energien ausreichend Geltung zu verschaffen. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass unter der Berücksichtigung aller bekannten Faktoren die Realisierungswahrscheinlichkeit bei einer entsprechenden Ausweisung der Fläche als Windenergievorranggebiet hoch ist. Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit ebenso gerne zur Verfügung wie für ein persönliches Gespräch.	Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 69 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen, weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird. Des Weiteren wird das Vorranggebiet 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat" im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. In der Gesamtabwägung der im Rahmen der 1. Anhörung eingebrachten Anregungen und Bedenken werden anderen Nutzungen und Belangen Vorrang gewährt.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 311	VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 2168 3. Zustimmung der Eigentümer als Grundlage einer erfolgreichen Projektumsetzung: Das Projektgebiet in der Nähe von Nattheim wird seit Dezember 2022 gemeinsam mit unserem Kooperationspartner, den Stadtwerken Ulm, und dem Flächeneigentümer, dem Forstbetrieb Blauwald, als möglicher Standort für Windenergieanlagen betrachtet. Diese Kooperation bildet einen soliden Grundstein für eine erfolgreiche Projektierung des Gebietes. Seit Beginn der Kooperation wurden gemeinsam diverse Schritte durchgeführt, um für eine Ausweisung der Fläche zu sorgen und die Umsetzbarkeit des Projektes zu erhöhen.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Flächen mit einer voraussichtlich schnellen Umsetzung wurden als Eignungsaspekt im Kriterienkatalog berücksichtigt. Insgesamt werden jedoch Flurstücksgrenzen oder Eigentumsverhältnisse bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung nicht berücksichtigt, die Ausformung der Vorranggebiet orientiert sich ausschließlich an planerischen Kriterien und nicht an Flurstücksgrenzen.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 311	VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 2169 4. Erweiterung eines bestehenden Windparks: Das Gebiet 52 sowie die vorgeschlagene Erweiterung können als Zusatz zum bestehenden Windpark Nattheim gesehen werden. Durch die vorhandene Infrastruktur können auf diese Weise diverse Synergieeffekte in Sachen Zuwegungsmöglichkeiten und Netzanschluss genutzt werden. Des Weiteren kann der Eingriff in die Natur minimiert werden.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Flächen in der Nähe zu bestehenden Vorranggebieten für Windenergie und zu bestehender Infrastruktur sowie Flächen mit einer voraussichtlich schnellen Umsetzung wurden als Eignungsaspekte im Kriterienkatalog berücksichtigt.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 311	VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 2170 5. Vorbehaltsgebiete für Bodenschutz kein Hindernis der Windkraft: Ein Vorbehaltsgebiet für Bodenschutz stellt kein pauschales Hindernis für die Ausweisung der Vorrangflächen für Windkraft dar. Es gilt die tatsächlichen Schutzgüter und das Verhältnis des möglichen Eingriffs abzuwägen. Die Windkraft verbraucht verhältnismäßig wenig Fläche. Außerdem werden auch hier standardmäßige Bodengutachten durchgeführt, die bei der Standortoptimierung berücksichtigt werden: die Strategische Umweltprüfung (SUP) nach § 14b i.V.m. Anlage 3 UVPG, Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nach § 3a i.V.m. Anlage 1 UVPG, Eingriffsregelung nach § 15 BNatSchG	Wird nicht gefolgt Vorbehaltsgebiete für Bodenschutz wurden weder als Ausschlusskriterium noch als Einzelfallprüfungskriterium im Kriterienkatalog geführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 311	VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 2171 Nach unserer Überzeugung ist es daher notwendig, die vorgeschlagenen Ergänzungsfläche auszuweisen, um dem Vorranggebiet Windenergie vor dem Hintergrund der gesetzlichen Regelungen und der Realisierung von Projekten sowie insbesondere der überragenden Bedeutung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien ausreichend Geltung zu verschaffen. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass unter der Berücksichtigung aller bekannten Faktoren die Realisierungswahrscheinlichkeit bei einer entsprechenden Ausweisung der Fläche als Windenergievorranggebiet hoch ist. Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit ebenso gerne zur Verfügung wie für ein persönliches Gespräch.	Wird nicht gefolgt Selbst wenn die Realisierungswahrscheinlichkeit der vorgeschlagenen Ergänzungsfläche bei einer entsprechenden Festlegung als Vorranggebiet für Windenergie hoch wäre, liegen neben Eignungskriterien auch etliche rechtliche und planerische Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Kriterien vor. Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 52 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen, weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird. Das Vorranggebiet 52 "Erweiterung Heidenheim / Nattheim" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wurde gemäß der Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 313	VRG 50 Dunstelkingen / Reistingen	BE-ID: 2172 4. Erweiterung eines geplanten Windparks: Das Gebiet 50 sowie die vorgeschlagene Erweiterung können als Gesamtplanung zum angrenzenden Windpark Ziertheim in der bayrischen Gemeinde Ziertheim gesehen werden, der sich derzeit auch in der Planung durch die iTerra energy in Kooperation mit den Stadtwerken Ulm befindet. Durch eine gemeinsame Infrastruktur können auf diese Weise diverse Synergieeffekte in Sachen Zuwegungsmöglichkeiten und Netzanschluss genutzt werden. Des Weiteren kann der Eingriff in die Natur minimiert werden.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Flächen in der Nähe zu bestehenden Vorranggebieten für Windenergie und zu bestehender Infrastruktur sowie Flächen mit einer voraussichtlich schnellen Umsetzung wurden als Eignungsaspekte im Kriterienkatalog berücksichtigt.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 313	VRG 50 Dunstelkingen / Reistingen	BE-ID: 2173 5. VRG Naturschutz und Landschaftspflege sowie Schwerpunktvorkommen Artenschutz: Ein Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege stellt kein pauschales Hindernis für die Ausweisung der Vorrangflächen für Windkraft dar. Es gilt die tatsächlichen Schutzgüter und das Verhältnis des möglichen Eingriffs abzuwägen. Die Windkraft verbraucht verhältnismäßig wenig Fläche. Außerdem werden auch hier standardmäßige naturschutzfachliche Gutachten durchgeführt die, bei der Standortoptimierung berücksichtigt werden. Schwerpunktvorkommen Artenschutz Kategorie A und B sind kein grundsätzliches Ausschlusskriterium für Windkraftanlagen. Flächen mit SPV A besitzen einen sehr hohen naturschutzfachlichen Wert. Hier prüft die Behörde den Einzelfall anhand der vorhandenen Daten zu windkraftsensiblen Arten und Arten mit besonderem Schutzstatus. Darüber hinaus werden trotz WindBG naturschutzfachliche Kartierungen durchgeführt, um mögliche Konflikte mit dem Artenschutz zu identifizieren und zu vermeiden. Die Standorte und Betriebszeiten werden entsprechend	Wird nicht gefolgt Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 50 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen - nicht nur wegen dem Ausschluss durch die Betroffenheit von Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege - weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		den tatsächlichen Schutzgütern nach naturschutzfachlichen Belangen optimiert und angepasst. Mögliche Konflikte mit dem VBG-Naturschutz und der Landschaftspflege können durch die Untersuchungen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vermieden werden: die Strategische Umweltprüfung (SUP) nach § 14b i.V.m. Anlage 3 UVPG, Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nach § 3a i.V.m. Anlage 1 UVPG, Eingriffsregelung nach § 15 BNatSchG	
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 313	VRG 50 Dunstelkingen / Reistingen	BE-ID: 2174 Nach unserer Überzeugung ist es daher notwendig, die vorgeschlagenen Ergänzungsfläche auszuweisen, um dem Vorranggebiet Windenergie vor dem Hintergrund der gesetzlichen Regelungen und der Realisierung von Projekten sowie insbesondere der überragenden Bedeutung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien ausreichend Geltung zu verschaffen. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass unter der Berücksichtigung aller bekannten Faktoren die Realisierungswahrscheinlichkeit bei einer entsprechenden Ausweisung der Fläche als Windenergievorranggebiet hoch ist. Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit ebenso gerne zur Verfügung wie für ein persönliches Gespräch.	Wird nicht gefolgt Selbst wenn die Realisierungswahrscheinlichkeit der vorgeschlagenen Ergänzungsfläche bei einer entsprechenden Festlegung als Vorranggebiet für Windenergie hoch wäre, liegen neben Eignungskriterien auch etliche rechtliche und planerische Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Kriterien vor. Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 50 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen, weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird. Des Weiteren wird das Vorranggebiet 50 "Dunstelkingen / Reistingen" im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. In der Gesamtabwägung der im Rahmen der 1. Anhörung eingebrachten Anregungen und Bedenken werden anderen Nutzungen und Belangen Vorrang gewährt.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 314	VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 2175 4. Zustimmung der Eigentümer als Grundlage einer erfolgreichen Projektumsetzung: Das Projektgebiet in der Nähe von Dischingen wird seit Dezember 2022 gemeinsam mit unserem Kooperationspartner, den Stadtwerken Ulm, und dem Flächeneigentümer, dem Forstbetrieb Blauwald, als möglicher Standort für Windenergieanlagen betrachtet. Diese Kooperation bildet einen soliden Grundstein für eine erfolgreiche Projektierung des Gebietes. Seit Beginn der Kooperation wurden gemeinsam diverse Schritte durchgeführt, um für eine Ausweisung der Fläche zu sorgen und die Umsetzbarkeit des Projektes zu erhöhen.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Flächen mit einer voraussichtlich schnellen Umsetzung wurden als Eignungsaspekt im Kriterienkatalog berücksichtigt. Insgesamt werden jedoch Flurstücksgrenzen oder Eigentumsverhältnisse bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung nicht berücksichtigt, die Ausformung der Vorranggebiet orientiert sich ausschließlich an planerischen Kriterien und nicht an Flurstücksgrenzen.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 314	VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 2176 5. Artenschutzräume Schwerpunktvorkommen der Kategorie A & B und VRG Naturschutz und Landschaftspflege kein Widerspruch der Windenergie Schwerpunktvorkommen A & B sind kein grundsätzliches Ausschlusskriterium für Windkraftanlagen. Flächen mit SPV A besitzen einen sehr hohen naturschutzfachlichen Wert. Hier prüft	Wird nicht gefolgt Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 51 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen - nicht nur wegen dem Ausschluss durch die Betroffenheit von Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege und Schwerpunktvorkommen der Kategorie A und B - weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		die Behörde den Einzelfall anhand der vorhandenen Daten zu windkraftsensiblen Arten und Arten mit besonderem Schutzstatus. Darüber hinaus werden trotz WindBG naturschutzfachliche Kartierungen durchgeführt, um mögliche Konflikte mit dem Artenschutz zu identifizieren und zu vermeiden. Die Standorte und Betriebszeiten werden entsprechend den tatsächlichen Schutzgütern nach naturschutzfachlichen Belangen optimiert und angepasst. Mögliche Konflikte mit den Kleinräumigen VRG Naturschutz und Landschaftspflege können durch die naturschutzfachlichen Untersuchungen im Vorfeld des Genehmigungsverfahrens vermieden werden.	
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 314	VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 2177 6. Berücksichtigung von Wasserschutzgebieten durch Gutachten: Die Errichtung von Windenergieanlagen in Wasserschutzgebieten kann mit Hilfe einer präzisen Planung und dem Einsatz modernster Technologien erfolgen, ohne die Wasserressourcen zu gefährden. Durch die Erstellung umfassender hydrogeologischer Gutachten können mögliche Risiken für das Grundwasser und die Wasserqualität identifiziert und effektiv vermieden werden. So kann die Sicherheit der Wasserressourcen gewährleistet und gleichzeitig ein wertvoller Beitrag zur nachhaltigen Energieversorgung geleistet werden.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 51 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen, weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 314	VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 2178 7. Bundeswehrabfrage erfolgt: Im Zuge der bisher erfolgten Projektentwicklung ist eine Abfrage bei der Bundeswehr erfolgt mit dem Ergebnis, dass keine Beeinträchtigung am dargestellten Standort vorliegt. Nach unserer Überzeugung ist es daher notwendig, die vorgeschlagenen Ergänzungsfläche auszuweisen, um dem Vorranggebiet Windenergie vor dem Hintergrund der gesetzlichen Regelungen und der Realisierung von Projekten sowie insbesondere der überragenden Bedeutung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien ausreichend Geltung zu verschaffen.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 51 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen, weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 314	VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 2179 Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass unter der Berücksichtigung aller bekannten Faktoren die Realisierungswahrscheinlichkeit bei einer entsprechenden Ausweisung der Fläche als Windenergievorranggebiet hoch ist. Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit ebenso gerne zur Verfügung wie für ein persönliches Gespräch.	Wird nicht gefolgt Selbst wenn die Realisierungswahrscheinlichkeit der vorgeschlagenen Ergänzungsfläche bei einer entsprechenden Festlegung als Vorranggebiet für Windenergie hoch wäre, liegen neben Eignungskriterien auch etliche rechtliche und planerische Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Kriterien vor. Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 51 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen, weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird. Das Vorranggebiet 51 "Dischingen / Nattheim" wird aufgrund von

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Anregungen zum 1. Anhörungsentwurf sowie nach Beratung und Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 315	VRG 66 Bergenweiler / Sontheim	BE-ID: 2187 3. Zustimmung der Eigentümer als Grundlage einer erfolgreichen Projektumsetzung: Das Projektgebiet in der Nähe von Sontheim wird seit Dezember 2022 gemeinsam mit unserem Kooperationspartner, den Stadtwerken Ulm, und dem Flächeneigentümer, dem Forst Baden-Württemberg, als möglicher Standort für Windenergieanlagen betrachtet. Diese Kooperation bildet einen soliden Grundstein für eine erfolgreiche Projektierung des Gebietes. Seit Beginn der Kooperation wurden gemeinsam diverse Schritte durchgeführt, um für eine Ausweisung der Fläche zu sorgen und die Umsetzbarkeit des Projektes zu erhöhen.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Flächen mit einer voraussichtlich schnellen Umsetzung wurden als Eignungsaspekt im Kriterienkatalog berücksichtigt. Insgesamt werden jedoch Flurstücksgrenzen oder Eigentumsverhältnisse bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung nicht berücksichtigt, die Ausformung der Vorranggebiet orientiert sich ausschließlich an planerischen Kriterien und nicht an Flurstücksgrenzen.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 315	VRG 66 Bergenweiler / Sontheim	BE-ID: 2188 4. Schwerpunktvorkommen Artenschutz Kategorie B und VRG für Naturschutz und Landschaftspflege kein Hindernis der Windkraft: Schwerpunktvorkommen B sind kein kategorischer Ausschlussgrund für die Windkraft. SPV B Flächen stellen einen hohen naturschutzfachlichen Wert dar. Im Zuge der Ausweisung für den Regionalplan muss allerdings keine Einzelfallprüfung stattfinden. In Bedarfsfällen kann eine artenschutzrechtliche Ausnahme nach §45 Abs. 7 in Verbindung mit §45b Abs. 8 BNatSchG erteilt werden. Darüber hinaus werden durch die iTerra trotz rechtlich ermöglichten Erleichterungen nach WindBG naturschutzfachliche Kartierungen unternommen, um mögliche Konflikte mit dem Artenschutz zu erkennen und zu umgehen. Dabei werden potenzielle Anlagenstandorte sowie der Betrieb auch nach naturschutzfachlichen Belangen optimiert. Mögliche Konflikte mit den kleinräumigen VRGs für Naturschutz und Landschaftspflege können in Vorbereitung auf das Genehmigungsverfahren vermieden werden.	Wird nicht gefolgt Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 66 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen - nicht nur wegen dem Ausschluss durch die Betroffenheit von Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege und Schwerpunktvorkommen der Kategorie B - weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird.
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 315	VRG 66 Bergenweiler / Sontheim	BE-ID: 2189 5. Ablehnung der Windenergiefläche eines Eigentümers als Hindernis für die aktuelle Suchraumfläche: Ein großer Anteil der derzeitigen Suchraumfläche befindet sich im Eigentum der Firma Schwenk. Nach Rücksprache mit der Firma Schwenk liegt uns die Information vor, dass die Flächen im Besitz der Firma nicht für die Windenergie zur Verfügung gestellt werden. Die örtlichen Bürgermeister wurden darüber informiert. Durch die Entscheidung der Firma Schwenk, die Flächen nicht zur	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 66 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen, weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Windenergienutzung bereitzustellen, fallen 58 % (226 ha) der aktuellen Suchraumfläche Nr. 66 weg. In der Anlage sind die Flächen der Firma Schwenk innerhalb der Suchraumfläche gekennzeichnet. Um den Standort Bergenweiler / Sontheim dennoch möglichst effizient beplanen zu können, ist eine Erweiterung der vorhandenen Fläche notwendig.	
lfd. Ident-Nr.: 521 iTerra energy GmbH Stn-Id: 315	VRG 66 Bergenweiler / Sontheim	BE-ID: 2190 Nach unserer Überzeugung ist es daher notwendig, die vorgeschlagenen Ergänzungsfläche auszuweisen, um dem Vorranggebiet Windenergie vor dem Hintergrund der gesetzlichen Regelungen und der Realisierung von Projekten sowie insbesondere der überragenden Bedeutung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien ausreichend Geltung zu verschaffen. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass unter der Berücksichtigung aller bekannten Faktoren die Realisierungswahrscheinlichkeit bei einer entsprechenden Ausweisung der Fläche als Windenergievorranggebiet hoch ist. Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit ebenso gerne zur Verfügung wie für ein persönliches Gespräch.	Wird nicht gefolgt Selbst wenn die Realisierungswahrscheinlichkeit der vorgeschlagenen Ergänzungsfläche bei einer entsprechenden Festlegung als Vorranggebiet für Windenergie hoch wäre, liegen neben Eignungskriterien auch etliche rechtliche und planerische Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Kriterien vor. Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 66 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen, weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird. Das Vorranggebiet 66 "Bergenweiler / Sontheim" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wurde gemäß der Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 522 Privat Stn-Id: 317		BE-ID: 1324 ich möchte mich hiermit explizit gegen den Bau von Windkraftanlagen in den folgenden Gebieten - Nummern gemäß Ihrem Lageplan (https://www.ostwuerttemberg.org/wpcontenVuploadsl2024/04/Lageplan-1 .Anhoerung-TF-Windenergie.pdf) - aussprechen: NEIN zu den Gebieten 57 und 65 NEIN zu den Gebieten 66, 67 und 68	Die Ablehnung der Gebiete wird zur Kenntnis genommen. Hinweise zu den in der Stellungnahme aufgeführten Gebieten: Das Vorranggebiet 57 "Herbrechtingen" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Die Vorranggebiete 65 "Schönbühl", 66 "Bergenweiler / Sontheim", 67 "Hermaringen" und 68 "Giengen" werden aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst und im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 522 Privat Stn-Id: 317		BE-ID: 1326 Neben Faktoren wie Verschandelung der Landschaft,	Die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfergebnisse werden im weiteren Planungsprozess in die

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt.
lfd. Ident-Nr.: 522 Privat Stn-Id: 317		BE-ID: 1327 Zerstörung von Lebensraum für z.B den Rotmilan,	Der Hinweis zum Lebensraum des Rotmilans wird zur Kenntnis genommen. Hinsichtlich der artenschutzfachlichen Belange wird auf das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 verwiesen, welches diese Belange umfassend und gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie der verbindlichen Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Insbesondere durch die Anwendung des o.g. Fachbeitrags Artenschutz erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes auf der genannten Planungsebene, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes im nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 522 Privat Stn-Id: 317		BE-ID: 1328 Zerstörung von Naherholungsgebieten und auch dem damit verbundenen Tourismus,	Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen (z.B. Naherholung) entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht zudem eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Zum eingebrachten Belang des Tourismus: Die Entwicklung des Tourismus ist wie auch die Bevölkerungsentwicklung von vielerlei Faktoren und Akteuren abhängig. Die Belange des Tourismus sind mittelbar (z.B. über Siedlungsflächen für die Erholung mit entsprechenden Umgebungsabständen, Bereiche mit sehr hoher Landschaftsbildqualität oder in höchstem Maße raumwirksame Kulturdenkmale, darunter auch UNESCO-Welterbestätten) als Ausschlusskriterien oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien in die Auswahl und Bewertung eingeflossen. Zudem sind entsprechende Aspekte über die Schutzgüter "Menschen und menschliche Gesundheit", „Kultur- und Sachgüter“ und "Landschaft" in die Strategische Umweltprüfung eingeflossen. Touristische Belange, sowie die Belange der Freizeit- und Erholungsnutzung wurden gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG einbezogen, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 522 Privat Stn-Id: 317		BE-ID: 1330 möglichen gesundheitlichen Risiken verursacht durch z.B. Infraschall, Mikroplastik, Havarien,	Der wissenschaftliche Konsens weist auf, dass durch Windenergieanlagen mit Schutzabständen zur Wohnbebauung keine allgemeine Gesundheitsgefahr gegeben ist. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung des Schutzgutes Mensch, insbesondere der menschlichen Gesundheit, wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch auf. Die berücksichtigten Ausschluss- und Konfliktkriterien hinsichtlich des Schutzgutes Mensch sind angesichts der Maßgaben des § 2 EEG auf regionaler Planungsebene ausreichend. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen eingegrenzt und im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) detailliert geprüft. Dabei werden sowohl Schallemissionen als auch andere potenziell schädliche Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Konkret zum Thema Infraschall durch Windenergieanlagen schreibt das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz unter https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/FAQ/Windenergie/faq-windenergie.html (Stand Juli 2024): „Infraschall-Töne unterhalb einer Frequenz von 20 Hertz - ist alltäglicher und überall präsenter Bestandteil unserer Lebenswelt. Er geht von einer Vielzahl sowohl natürlicher als auch technischer Quellen aus. Natürliche Quellen sind z. B. Wind, Gewitter, Meeresdünung und Vulkane sowie Meteoriten. Zudem gibt es zahlreiche künstliche und technische Infraschall-Quellen wie z. B. Klima- und Lüftungsanlagen, Umspannwerke, Kraftfahrzeuge, Lautsprechersysteme, Kühlschränke und Windenergieanlagen. Die Intensität des Infraschalls von Windenergieanlagen (sog. Schalldruckpegel) ist so gering, dass sie bereits in wenigen hundert Meter Entfernung deutlich unterhalb der menschlichen Wahrnehmbarkeitsgrenze liegt. In den meisten Fällen wird der Infraschall außerdem von natürlichen anderen Geräuschen überdeckt. So haben auch wissenschaftliche Studien bislang keinen Nachweis erbracht, dass der von Windenergieanlagen ausgehende Infraschall eine schädliche Wirkung auf die menschliche Gesundheit

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			hat.“ Das Umweltbundesamt (UBA) kommt zu dem Schluss, dass es keine Evidenz dafür gibt, dass durch Infraschall von Windenergieanlagen gesundheitliche Beeinträchtigungen verursacht werden. Nach heutigem Stand der Forschung ist die Belastung mit Infraschall durch Windenergieanlagen im Vergleich zu anderen Quellen von Infraschall natürlichen oder technischen Ursprungs (Heizungsanlage, Kühlschrank, Straßenverkehr oder Gewitter) zudem gering. Das belegt beispielsweise eine Messkampagne der Landesanstalt für Umwelt (LUBW) zwischen 2013 und 2015. Diese untersuchten tieffrequente Geräusche ab 1 Hz. in der näheren Umgebung von Windkraftanlagen sowie in urbanen und ländlichen Räumen. Die Untersuchung stellt, wie das UBA, unterschiedlichen Quellen und die Omnipräsenz von Infraschall im Alltag fest. Windkraftanlagen leisteten hierzu aber keinen wesentlichen Beitrag da deren Pegel schon in 300 m Entfernung zur Windkraftanlage deutlich unterhalb der Wahrnehmungsgrenze liegt. (Tieffrequente Geräusche inkl. Infraschall von Windkraftanlagen und anderen Quellen – Bericht über Ergebnisse des Messprojektes 2013-2015, LUBW 2016: https://pudi.lubw.de/detailseite/-/publication/84558). Das Landesamt für Umwelt Bayern (LfU 2022) kommt in einer neueren Studie ebenfalls zum Schluss, dass bereits viele sorgfältige, wissenschaftliche Studien zum Infraschall rund um Windenergieanlagen vorliegen. In ihnen aber keine schädlichen Wirkungen auf den Menschen gefunden werden, denn die Pegel in der Umgebung (Immissionen) lägen stets deutlich unterhalb der Hör- und Wahrnehmungsschwelle – und für diesen Bereich wurden bisher keine gesundheitlichen Wirkungen nachgewiesen. (https://www.lfu.bayern.de/buerger/doc/uw_117_windkraftanlagen_infraschall_gesundheit.pdf). Um den aktuellen Kenntnisstand zu Infraschall von Windenergieanlagen zu festigen und zu erweitern, beobachten das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und das Umweltbundesamt kontinuierlich die Entwicklung wissenschaftlicher Studien. Damit ist sichergestellt, dass neue Entwicklungen und gesicherte Erkenntnisse frühzeitig bekannt werden (vgl. vgl. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/4031/publikationen/umid_01-2021-infraschall.pdf). Bereits mehrere Gerichte haben sich mit dem Thema Infraschall beschäftigt und unterstützen die obenstehenden Ausführungen. So stellt das Oberverwaltungsgericht Münster zusammenfassend fest: „Die Rechtsprechung des Senats und anderer Obergerichte geht davon aus, dass Infraschall – wie auch tieffrequenter Schall – durch Windenergieanlagen nach dem bisherigen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse grundsätzlich nicht zu Gesundheitsgefahren führt“ Quelle: OVG Münster (8. Senat), Urteil vom 22. November 2021 – 8A 973/15. Pathogene Effekte durch von Windkraftanlagen abgegebene Luftdruckpulse sind weder bekannt noch belegt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Die Berücksichtigung von Infraschall auf Ebene der Regionalplanung bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie ist daher weder erforderlich noch geboten. Hinsichtlich des genannten Aspekts Mikroplastik wird darauf hingewiesen, dass es aufgrund von Umwelteinflüssen (UV-Strahlung, Wind, Temperaturwechsel u.a.) an den Rotoren von Windenergieanlagen zu Erosion und in Folge zur Freisetzung von Mikroplastik kommt, welches sich in der Umwelt ablagert. Nach einer Kurzinformation der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages (WD 8 - 3000 - 077/20 (8. Dezember 2020)) wird ein Maximalabtrag von ca. 1.400 t/a für alle ca. 31.000 Windkraftanlagen in Deutschland geschätzt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit liegt der tatsächliche Wert gem. IMES deutlich niedriger. Im Vergleich mit den vom Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik (UMSICHT) ermittelten Werte z.B. für Kunststoffemissionen in Form primären Mikroplastiks für Reifenabrieb (102.090 t/a) oder von Schuhsohlen (9.047 t/a) ist die Belastung durch Windenergieanlagen somit sehr gering Eine signifikante Erhöhung der Umweltbelastung durch Mikroplastik und eine Gesundheitsgefährdung des Menschen durch den Abrieb ist nicht belegt. Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind zudem nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb und zur Gefahrenabwehr der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind (s.o.). Des Weiteren sind die genannten Hinweise zu Havarien nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			ausgewählt sind. Ggf. wird dabei der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft.
lfd. Ident-Nr.: 522 Privat Stn-Id: 317		BE-ID: 1331 sehe ich die Wirtschaftlichkeit der Anlagen nicht, da die geringe Windhöffigkeit/Volllaststunden klar dagagen sprechen bzw. begrenzt sich diese, aus meiner Sicht, dank großzügigen Subventionen, auf die Betreiber und Grundstücksteigentümer/-pächter, der gemeine Bürger jdeoch hat nur Kosten, denn er zahlt den Preis für diese Ideologie in Form von hohen Stromkosten.	Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung und damit der Flächensicherung gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Berücksichtigung der mittleren gekappten Windleistungsdichte bei den Planungskriterien dient der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Im Ergebnis stellt der Windatlas eine für die Region Ostwürttemberg durchschnittlich gute bis sehr gute Windleistungsdichten dar und bescheinigt ihr damit eine grundsätzliche Eignung für die Windenergienutzung. Für die in der Stellungnahme genannten Vorranggebiete 66 "Bergenweiler / Sontheim" und 67 "Hermaringen" stellt der Windatlas eine mittlere gekappte Windleistungsdichte von überwiegend >215 W/m² dar und bestätigt damit eine sehr hohe Windhöffigkeit in den beplanten Bereichen. Für die Vorranggebiete 65 "Schönbühl" und 68 "Giengen" - Teilfläche 68/1 -, welche laut Windatlas einer geringeren Windhöffigkeit (mittlere gekappte Windleistungsdichte <215 W/m² in 160m über Grund) unterliegen, wurden dem Regionalverband ein Nachweise vorgelegt, welche eine höhere Windhöffigkeit belegen, als im Windatlas dargestellt sind. Diese Nachweise und die Interessensbekundung der betreffenden Kommunen Herbrechtingen und Giengen zu den jeweiligen Gebieten belegen die faktische und wirtschaftliche Umsetzbarkeit von Windenergievorhaben und das konkrete Umsetzungsinteresse in diesen Gebieten. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen). Zum in der Stellungnahme genannten Aspekt Subventionierung wird darauf verwiesen, dass die Umsetzung der Energiewende gesellschaftspolitischer Konsens sowie Beschlusslage sowohl im Deutschen Bundestag als auch im Landtag von Baden-Württemberg ist. Sie hat überdies Eingang in zahlreiche europäische, nationale und landesgesetzliche Vorgaben gefunden. Die vorliegende Planung setzt diese Vorgaben um. Grundsätzliche Betrachtungen über die Ausgestaltung des Strommarktes sowie finanzieller Anreize sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens, sondern

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			wären im Zuge möglicher Gesetzesänderungen von den jeweiligen Gesetzgebern vorzunehmen.
lfd. Ident-Nr.: 522 Privat Stn-Id: 317		BE-ID: 1333 Daher ein klaren NEIN von mir. Ein klares NEIN zum Bau von Windkraftanlagen!	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 523 Privat Stn-Id: 318		BE-ID: 1334 Hiermit erhebe ich Einspruch gegen die Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg, insbesondere gegen die Errichtung von Windkraftanlagen in den Gebieten der Gerstetter Alb und Herbrechtingen. Im Detail handelt es sich um die Positionsnummern 43, 57,63,64, 65 sowie der Bereich Teichau. Als betroffener Bürger habe ich mich umfassend über Windkraft(anlagen) und deren Vor- und Nachteile informiert. Als Ergebnis komme ich zu dem Schluss, dass WKA umwelt- und gesundheitsschädlich und nicht wirtschaftlich sind. Der angebliche Nutzenfaktor für die Kommunen/Bürger wird sich in einen immensen Kostenfaktor umwandeln. Zusätzlich werden die Menschen einer großen gesundheitliche Gefährdung ausgesetzt.	Die Anregungen und Bedenken werden zur Kenntnis genommen. Hinweise zu den in der Stellungnahme aufgeführten Gebieten: Die Vorranggebiete 43 "Gerstetten", 57 "Herbrechtingen" und 64 "Gussenstadt Nordost" werden im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg aufgrund unterschiedlicher Abwägungsbelange nicht weitergeführt. Die Vorranggebiete 63 "Erweiterung Gussenstadt" und 65 "Schönbühl" werden aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst und im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt. Das Vorranggebiet "Dettingen / Hürben" im Bereich Teichau war Inhalt der „Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014“ und wurde am 16. Oktober 2013 mit Satzungsbeschluss durch die Verbandsversammlung des Regionalverbands Ostwürttemberg festgelegt. Die Teilfortschreibung wurde durch das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur am 28. August 2014 genehmigt und mit der öffentlichen Bekanntmachung im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, Nr. 35 vom 05. September 2014 rechtskräftig. Die insgesamt 20 Vorranggebiet aus diesem Planungsverfahren sind bestandskräftig. Die Anmerkungen zum Gebiet "Teichau" beziehen sich insofern auf Inhalte, die nicht Bestandteil der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und somit nicht Gegenstand dieses Anhörungsverfahrens sind. Die Aufstellung des Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für Ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehenden räumlichen Nutzungsansprüchen bzw. -interessen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Der wissenschaftliche Konsens weist auf, dass durch Windenergieanlagen mit Schutzabständen zur Wohnbebauung keine allgemeine Gesundheitsgefahr gegeben ist. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung des Schutzgutes Mensch, insbesondere der menschlichen Gesundheit, wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch auf. Die berücksichtigten Ausschluss- und Konfliktkriterien hinsichtlich des Schutzgutes Mensch sind angesichts der Maßgaben des § 2 EEG auf regionaler Planungsebene ausreichend. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen eingegrenzt und im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) detailliert geprüft. Dabei werden sowohl Schallemissionen als auch andere potenziell schädliche Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 523 Privat Stn-Id: 318		BE-ID: 1335 Nur einige Details als Beispiel: 1. gesundheitliche Aspekte - Infraschall und Vibration	Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz schreibt zum Thema Infraschall durch Windenergieanlagen unter https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/FAQ/Windenergie/faq-windenergie.html (Stand Juli 2024): „Infraschall-Töne unterhalb einer Frequenz von 20 Hertz - ist alltäglicher und überall präsenter Bestandteil unserer Lebenswelt. Er geht von einer Vielzahl sowohl natürlicher als auch technischer Quellen aus. Natürliche Quellen sind z. B. Wind, Gewitter, Meeresdünung und Vulkane sowie Meteoriten. Zudem gibt es zahlreiche künstliche und technische Infraschall-Quellen wie z. B. Klima- und Lüftungsanlagen, Umspannwerke, Kraftfahrzeuge, Lautsprechersysteme, Kühlschränke und Windenergieanlagen. Die Intensität des Infraschalls von Windenergieanlagen (sog. Schalldruckpegel) ist so gering, dass sie bereits in wenigen hundert Meter Entfernung deutlich unterhalb der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			menschlichen Wahrnehmbarkeitsgrenze liegt. In den meisten Fällen wird der Infraschall außerdem von natürlichen anderen Geräuschen überdeckt. So haben auch wissenschaftliche Studien bislang keinen Nachweis erbracht, dass der von Windenergieanlagen ausgehende Infraschall eine schädliche Wirkung auf die menschliche Gesundheit hat.“ Das Umweltbundesamt (UBA) kommt zu dem Schluss, dass es keine Evidenz dafür gibt, dass durch Infraschall von Windenergieanlagen gesundheitliche Beeinträchtigungen verursacht werden. Nach heutigem Stand der Forschung ist die Belastung mit Infraschall durch Windenergieanlagen im Vergleich zu anderen Quellen von Infraschall natürlichen oder technischen Ursprungs (Heizungsanlage, Kühlschrank, Straßenverkehr oder Gewitter) zudem gering. Das belegt beispielsweise eine Messkampagne der Landesanstalt für Umwelt (LUBW) zwischen 2013 und 2015. Diese untersuchten tieffrequente Geräusche ab 1 Hz. in der näheren Umgebung von Windkraftanlagen sowie in urbanen und ländlichen Räumen. Die Untersuchung stellt, wie das UBA, unterschiedlichen Quellen und die Omnipräsenz von Infraschall im Alltag fest. Windkraftanlagen leisteten hierzu aber keinen wesentlichen Beitrag da deren Pegel schon in 300 m Entfernung zur Windkraftanlage deutlich unterhalb der Wahrnehmungsgrenze liegt. (Tieffrequente Geräusche inkl. Infraschall von Windkraftanlagen und anderen Quellen – Bericht über Ergebnisse des Messprojektes 2013-2015, LUBW 2016: https://pudi.lubw.de/detailseite/-/publication/84558). Das Landesamt für Umwelt Bayern (LfU 2022) kommt in einer neueren Studie ebenfalls zum Schluss, dass bereits viele sorgfältige, wissenschaftliche Studien zum Infraschall rund um Windenergieanlagen vorliegen. In ihnen aber keine schädlichen Wirkungen auf den Menschen gefunden werden, denn die Pegel in der Umgebung (Immissionen) lägen stets deutlich unterhalb der Hör- und Wahrnehmungsschwelle – und für diesen Bereich wurden bisher keine gesundheitlichen Wirkungen nachgewiesen. (https://www.lfu.bayern.de/buerger/doc/uw_117_windkraftanlagen_infraschall_gesundheit.pdf)Um den aktuellen Kenntnisstand zu Infraschall von Windenergieanlagen zu festigen und zu erweitern, beobachten das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und das Umweltbundesamt kontinuierlich die Entwicklung wissenschaftlicher Studien. Damit ist sichergestellt, dass neue Entwicklungen und gesicherte Erkenntnisse frühzeitig bekannt werden (vgl. vgl. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/4031/publikationen/umid_01-2021-infraschall.pdf). Bereits mehrere Gerichte haben sich mit dem Thema Infraschall beschäftigt und unterstützen die obenstehenden Ausführungen. So stellt das Oberverwaltungsgericht Münster zusammenfassend fest: „Die Rechtsprechung des Senats und anderer Obergerichte geht davon aus, dass Infraschall – wie auch tieffrequenter Schall – durch Windenergieanlagen nach dem bisherigen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse grundsätzlich nicht zu

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Gesundheitsgefahren führt“ Quelle: OVG Münster (8. Senat), Urteil vom 22. November 2021 – 8A 973/15. Pathogene Effekte durch von Windkraftanlagen abgegebene Luftdruckpulse sind weder bekannt noch belegt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Die Berücksichtigung von Infraschall auf Ebene der Regionalplanung bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie ist daher weder erforderlich noch geboten.
lfd. Ident-Nr.: 523 Privat Stn-Id: 318		BE-ID: 1336 - Lärmbelastung durch hörbaren Schall	Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Analgentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 523 Privat		BE-ID: 1337 - Schattenschlag und Dauerblinken	Windenergieanlagen führen bei klaren Wetterbedingungen durch den bewegten Anlagenrotor zu optischen Immissionen und können dadurch als

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 318			Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.
lfd. Ident-Nr.: 523 Privat Stn-Id: 318		BE-ID: 1338 - Mikropartikelerosionen (durch Umwelteinflüsse wie UV-strahlung, Wind, Blitz, Regen, Eis, etc.)	Aufgrund von Umwelteinflüssen (UV-Strahlung, Wind, Temperaturwechsel u.a.) kommt es an den Rotoren von Windenergieanlagen zu Erosion und in Folge zur Freisetzung von Mikroplastik, welches sich in der Umwelt ablagert. Nach einer Kurzinformation der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages (WD 8 - 3000 - 077/20 (8. Dezember 2020)) wird ein Maximalabtrag von ca. 1.400 t/a für alle ca. 31.000 Windkraftanlagen in Deutschland geschätzt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit liegt der tatsächliche Wert gem. IMES deutlich niedriger. Im Vergleich mit den vom Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik (UMSICHT) ermittelten Werte z.B. für Kunststoffemissionen in Form primären Mikroplastiks für Reifenabrieb (102.090 t/a) oder von Schuhsohlen (9.047 t/a) ist die Belastung durch Windenergieanlagen somit sehr gering Eine signifikante Erhöhung der Umweltbelastung durch Mikroplastik und eine Gesundheitsgefährdung des Menschen durch den Abrieb ist nicht belegt. Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind zudem nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Fragen der verwendeten Baustoffe werden im Vorhabenzulassungsverfahren für die konkret beabsichtigten Anlagen geprüft und nachgewiesen und ggfls. werden Auflagen festgesetzt.
lfd. Ident-Nr.: 523 Privat		BE-ID: 1339 - Mindestabstand (Unterschreitung der bisherigen 1000 m)	Hinsichtlich des Planungskriteriums Siedlungsabstand hat die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg den

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 318			Kommunen der Region die Verringerung des regionalen Planungskriteriums "1.000m Umgebungsabstand" auf 750m eingeräumt, wenn dies mit einem Gemeinderatsbeschluss belegt werden kann (vgl. Kriterienkatalog zur Teilfortschreibung Windenergie 2025).
lfd. Ident-Nr.: 523 Privat Stn-Id: 318		BE-ID: 1340 - bei Brand keine Löschmöglichkeit, Freisetzung giftiger Partikel	Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft.
lfd. Ident-Nr.: 523 Privat Stn-Id: 318		BE-ID: 1341 2. ökologische Aspekte - Rohstoff- und Energiebedarf beider Herstellung - Recyceln der Windradflügel? - Versiegelte Flächen	Die in der Anregung aufgeführte Themen sind nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung. Hinweis: Das Schutzgut Fläche (inkl. der potenziellen Auswirkungen auf das Schutzgut) ist in der Strategischen Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie berücksichtigt.
lfd. Ident-Nr.: 523 Privat Stn-Id: 318		BE-ID: 1342 - Beeinflussung des Mikro- und Makroklimas (v.a. durch Abholzung Wäldern)	Die vorliegende Teilfortschreibung dient der Steuerung und raumordnerischen Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen sowie dem Erreichen des gesetzlich festgelegten Flächenbeitragswerts von 1,8 % der Regionsfläche für Windenergie an Land (vgl. Abwägung zur BE ID 1334 dieser Stellungnahme). Erhebliche Auswirkungen auf klimatische Belastungsräume oder Beeinträchtigungen von siedlungsrelevanten Kaltluftströmen sind weder bekannt noch belegt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung - auf regionaler Planungsebene - als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Konkrete Auswirkungen auf das Schutzgut Klima werden im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft. Die weitere Berücksichtigung klimatischer Belange durch Windenergieanlagen auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 523 Privat Stn-Id: 318		BE-ID: 1343 - Landschaftsästhetik	Die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfergebnisse werden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt.
lfd. Ident-Nr.: 523 Privat Stn-Id: 318		BE-ID: 1344 - Zerstörung von Lebensraum der Tier und Pflanzenwelt, kein Artenschutz	Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Hinsichtlich der artenschutzfachlichen Belange wird auf das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 verwiesen, welches diese Belange umfassend und gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie der verbindlichen Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) berücksichtigt. Insbesondere durch die Anwendung des o.g. Fachbeitrags Artenschutz erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Weiterhin wurden in der Strategischen Umweltprüfung für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt.
lfd. Ident-Nr.: 523 Privat Stn-Id: 318		BE-ID: 1345 - Unterbrechung der natürlichen Wasserläufe im Karstgebiet, kein vollständiger Sockel-Rückbau mögllch	Der Wasserschutz findet im Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 gem. der gesetzlichen Vorgaben und für die regionale Planungsebene Berücksichtigung (vgl. Kriterienkatalog). Der konkrete Rückbau von Windenergieanlagen wird im Vorhabenzulassungsverfahren behandelt und ist nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Rückbauverpflichtungen des Windenergieanlagenbetreibers sind fester Bestandteil des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung), die vor Genehmigungserteilung nachgewiesen werden müssen. Insofern ergeben sich aus dem Aspekt keine Rückwirkungen auf die räumliche Steuerung der Nutzung der Windenergie in der Region.
lfd. Ident-Nr.: 523 Privat Stn-Id: 318		BE-ID: 1346 3. wirtschaftlicheAspekte - Trugschluss mit der Nennleistung (in Süddeutschland geringe Auslastung, schwacher Wind)	Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die vorliegende Planung (Teilfortschreibung Windenergie 2025) setzt diese Vorgaben um. Innerhalb dieser Region wurde ein ausgewogenes Planungskonzept entwickelt. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, welche von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Über die Regionsfläche hinaus besteht keine Regelungszuständigkeit. Es sei darauf hingewiesen, dass im Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) alle Bundesländer verpflichtet sind, zur Förderung des Ausbaus der Windenergie an Land beizutragen. Grundsätzliche Betrachtungen über die Ausgestaltung des Strommarktes sowie finanzieller Anreize sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens, sondern wären im Zuge möglicher Gesetzesänderungen von den jeweiligen Gesetzgebern vorzunehmen.
lfd. Ident-Nr.: 523 Privat		BE-ID: 1347 - Wertminderung von lmmobilien	Die Teilfortschreibung dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 318			gesetzlichen Planungsauftrags. Die Beurteilung des Immobilienwertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob Wertminderungen durch Windenergieanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls, insbesondere im Falle eines tatsächlichen Verkaufs der Immobilie ab. Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass der Wert und die Preisentwicklung von Immobilien von ökonomischen und demografischen Einflüssen dominiert werden und nicht von Windenergieanlagen. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kaum möglich, den Anstieg oder den Rückgang des Verkehrswertes eines bebauten oder unbebauten Grundstücks auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen (s. Landtag von Baden-Württemberg (2019): Kleine Anfrage des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Wertminderung von Immobilien infolge von Windkraftanlagen II (Drucksache 16 / 5820), 26. Februar 2019, Stuttgart (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5820_D.pdf).Daher und wegen des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ist es aus Sicht des Regionalverbands weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen.
lfd. Ident-Nr.: 523 Privat Stn-Id: 318		BE-ID: 1348 - Einfluss auf den Tourismus	Die Entwicklung des Tourismus ist wie auch die Bevölkerungsentwicklung von vielerlei Faktoren und Akteuren abhängig. Die Belange des Tourismus sind mittelbar (z.B. über Siedlungsflächen für die Erholung mit entsprechenden Umgebungsabständen, Bereiche mit sehr hoher Landschaftsbildqualität oder in höchstem Maße raumwirksame Kulturdenkmale, darunter auch UNESCO-Welterbestätten) als Ausschlusskriterien oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien in die Auswahl und Bewertung eingeflossen. Zudem sind entsprechende Aspekte über die Schutzgüter "Menschen und menschliche Gesundheit", „Kultur- und Sachgüter“ und "Landschaft" in die Strategische Umweltprüfung eingeflossen. Touristische Belange, sowie die Belange der Freizeit- und Erholungsnutzung wurden gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG einbezogen, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde.
lfd. Ident-Nr.: 523 Privat Stn-Id: 318		BE-ID: 1349 - hoher Anteil an Subventionen, finanziert über Steuergelder	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW). Die Umsetzung der Energiewende ist gesellschaftspolitischer Konsens sowie Beschlusslage sowohl im Deutschen Bundestag als auch im Landtag von Baden-Württemberg. Sie hat überdies Eingang in zahlreiche europäische, nationale und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			landesgesetzliche Vorgaben gefunden. Die vorliegende Planung setzt diese Vorgaben um. Grundsätzliche Betrachtungen über die Ausgestaltung des Strommarktes sowie finanzieller Anreize sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens, sondern wären im Zuge möglicher Gesetzesänderungen von den jeweiligen Gesetzgebern vorzunehmen.
lfd. Ident-Nr.: 523 Privat Stn-Id: 318		BE-ID: 1350 Alle Punkte sind durch zahlreiche Veröffentlichungen belegt.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 524 Privat Stn-Id: 319		BE-ID: 1351 ich möchte mich hiermit explizit gegen den Bau von Windkraftanlagen in den folgenden Gebieten - Nummern gemäß Ihrem Lageplan (https://www.ostwuerttemberg.org/wpcontenUuploadsl2024/04/Lageplan-l.Anhoerung-TF-\Mndenergie.pdf) - aussprechen: NEIN zu den Gebieten 57 und 65 NEIN zu den Gebieten 66, 67 und 68	Die Ablehnung der Gebiete wird zur Kenntnis genommen. Hinweise zu den in der Stellungnahme aufgeführten Gebieten: Das Vorranggebiet 57 "Herbrechtingen" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Die Vorranggebiete 65 "Schönbühl", 66 "Bergenweiler / Sontheim", 67 "Hermaringen" und 68 "Giengen" werden aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst und im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 524 Privat Stn-Id: 319		BE-ID: 1353 Neben Faktoren wie Verschandelung der Landschaft,	Die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfergebnisse werden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt.
lfd. Ident-Nr.: 524 Privat Stn-Id: 319		BE-ID: 1354 Zerstörung von Lebensraum für z.B den Rotmilan,	Der Hinweis zum Lebensraum des Rotmilans wird zur Kenntnis genommen. Hinsichtlich der artenschutzfachlichen Belange wird auf das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 verwiesen, welches diese Belange

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			umfassend und gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie der verbindlichen Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Insbesondere durch die Anwendung des o.g. Fachbeitrags Artenschutz erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes auf der genannten Planungsebene, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes im nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 524 Privat Stn-Id: 319		BE-ID: 1355 Zerstörung von Naherholungsgebieten und auch dem damit verbundenen Tourismus,	Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen (z.B. Naherholung) entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Die Größe der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Vorranggebiete ermöglicht zudem eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Zum eingebrachten Belang des Tourismus: Die Entwicklung des Tourismus ist wie auch die Bevölkerungsentwicklung von vielerlei Faktoren und Akteuren abhängig. Die Belange des Tourismus sind mittelbar (z.B. über Siedlungsflächen für die Erholung mit entsprechenden Umgebungsabständen, Bereiche mit sehr hoher Landschaftsbildqualität oder in höchstem Maße raumwirksame Kulturdenkmale, darunter auch UNESCO-Welterbestätten) als Ausschlusskriterien oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien in die Auswahl und Bewertung eingeflossen. Zudem sind entsprechende Aspekte über die Schutzgüter "Menschen und menschliche Gesundheit", „Kultur- und Sachgüter“ und "Landschaft" in die Strategische Umweltprüfung eingeflossen. Touristische Belange, sowie die Belange der Freizeit- und Erholungsnutzung wurden gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG einbezogen, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde.
lfd. Ident-Nr.: 524 Privat Stn-Id: 319		BE-ID: 1357 möglichen gesundheitlichen Risiken verursacht durch z.B. Infraschall, Mikroplastik, Havarien,	Der wissenschaftliche Konsens weist auf, dass durch Windenergieanlagen mit Schutzabständen zur Wohnbebauung keine allgemeine Gesundheitsgefahr gegeben ist. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung des Schutzgutes Mensch, insbesondere der menschlichen Gesundheit, wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch auf. Die

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			berücksichtigten Ausschluss- und Konfliktkriterien hinsichtlich des Schutzgutes Mensch sind angesichts der Maßgaben des § 2 EEG auf regionaler Planungsebene ausreichend. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen eingegrenzt und im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) detailliert geprüft. Dabei werden sowohl Schallemissionen als auch andere potenziell schädliche Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Konkret zum Thema Infraschall durch Windenergieanlagen schreibt das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz unter https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/FAQ/Windenergie/faq-windenergie.html (Stand Juli 2024): „Infraschall-Töne unterhalb einer Frequenz von 20 Hertz - ist alltäglicher und überall präsenter Bestandteil unserer Lebenswelt. Er geht von einer Vielzahl sowohl natürlicher als auch technischer Quellen aus. Natürliche Quellen sind z. B. Wind, Gewitter, Meeresdünung und Vulkane sowie Meteoriten. Zudem gibt es zahlreiche künstliche und technische Infraschall-Quellen wie z. B. Klima- und Lüftungsanlagen, Umspannwerke, Kraftfahrzeuge, Lautsprechersysteme, Kühlschränke und Windenergieanlagen. Die Intensität des Infraschalls von Windenergieanlagen (sog. Schalldruckpegel) ist so gering, dass sie bereits in wenigen hundert Meter Entfernung deutlich unterhalb der menschlichen Wahrnehmbarkeitsgrenze liegt. In den meisten Fällen wird der Infraschall außerdem von natürlichen anderen Geräuschen überdeckt. So haben auch wissenschaftliche Studien bislang keinen Nachweis erbracht, dass der von Windenergieanlagen ausgehende Infraschall eine schädliche Wirkung auf die menschliche Gesundheit hat.“ Das Umweltbundesamt (UBA) kommt zu dem Schluss, dass es keine Evidenz dafür gibt, dass durch Infraschall von Windenergieanlagen gesundheitliche Beeinträchtigungen verursacht werden. Nach heutigem Stand der Forschung ist die Belastung mit Infraschall durch Windenergieanlagen im Vergleich zu anderen Quellen von Infraschall natürlichen oder technischen Ursprungs (Heizungsanlage, Kühlschrank, Straßenverkehr oder Gewitter) zudem gering. Das belegt beispielsweise eine Messkampagne der Landesanstalt für Umwelt (LUBW) zwischen 2013 und 2015. Diese untersuchten tieffrequente Geräusche ab 1 Hz. in der näheren Umgebung von Windkraftanlagen sowie in urbanen und ländlichen Räumen. Die Untersuchung stellt, wie das UBA, unterschiedlichen Quellen und die Omnipräsenz von Infraschall im Alltag fest. Windkraftanlagen leisteten hierzu aber keinen wesentlichen Beitrag da deren Pegel schon in 300 m Entfernung zur Windkraftanlage deutlich unterhalb der Wahrnehmungsgrenze liegt. (Tieffrequente Geräusche inkl.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Infraschall von Windkraftanlagen und anderen Quellen – Bericht über Ergebnisse des Messprojektes 2013-2015, LUBW 2016: https://pudi.lubw.de/detailseite/-/publication/84558). Das Landesamt für Umwelt Bayern (LfU 2022) kommt in einer neueren Studie ebenfalls zum Schluss, dass bereits viele sorgfältige, wissenschaftliche Studien zum Infraschall rund um Windenergieanlagen vorliegen. In ihnen aber keine schädlichen Wirkungen auf den Menschen gefunden werden, denn die Pegel in der Umgebung (Immissionen) lägen stets deutlich unterhalb der Hör- und Wahrnehmungsschwelle – und für diesen Bereich wurden bisher keine gesundheitlichen Wirkungen nachgewiesen. (https://www.lfu.bayern.de/buerger/doc/uw_117_windkraftanlagen_infraschall_gesundheit.pdf). Um den aktuellen Kenntnisstand zu Infraschall von Windenergieanlagen zu festigen und zu erweitern, beobachten das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und das Umweltbundesamt kontinuierlich die Entwicklung wissenschaftlicher Studien. Damit ist sichergestellt, dass neue Entwicklungen und gesicherte Erkenntnisse frühzeitig bekannt werden (vgl. vgl. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/4031/publikationen/umid_01-2021-infraschall.pdf). Bereits mehrere Gerichte haben sich mit dem Thema Infraschall beschäftigt und unterstützen die obenstehenden Ausführungen. So stellt das Oberverwaltungsgericht Münster zusammenfassend fest: „Die Rechtsprechung des Senats und anderer Obergerichte geht davon aus, dass Infraschall – wie auch tieffrequenter Schall – durch Windenergieanlagen nach dem bisherigen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse grundsätzlich nicht zu Gesundheitsgefahren führt“ Quelle: OVG Münster (8. Senat), Urteil vom 22. November 2021 – 8A 973/15. Pathogene Effekte durch von Windkraftanlagen abgegebene Luftdruckpulse sind weder bekannt noch belegt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Die Berücksichtigung von Infraschall auf Ebene der Regionalplanung bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie ist daher weder erforderlich noch geboten. Hinsichtlich des genannten Aspekts Mikroplastik wird darauf hingewiesen, dass es aufgrund von Umwelteinflüssen (UV-Strahlung, Wind, Temperaturwechsel u.a.) an den Rotoren von Windenergieanlagen zu Erosion und in Folge zur Freisetzung von Mikroplastik kommt, welches sich in der Umwelt ablagert. Nach einer Kurzinformation der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages (WD 8 - 3000 - 077/20 (8. Dezember 2020)) wird ein Maximalabtrag von ca. 1.400 t/a für alle ca. 31.000 Windkraftanlagen in Deutschland geschätzt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit liegt der tatsächliche Wert gem. IMES deutlich niedriger. Im Vergleich mit den vom

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik (UMSICHT) ermittelten Werte z.B. für Kunststoffemissionen in Form primären Mikroplastiks für Reifenabrieb (102.090 t/a) oder von Schuhsohlen (9.047 t/a) ist die Belastung durch Windenergieanlagen somit sehr gering Eine signifikante Erhöhung der Umweltbelastung durch Mikroplastik und eine Gesundheitsgefährdung des Menschen durch den Abrieb ist nicht belegt. Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind zudem nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb und zur Gefahrenabwehr der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind (s.o.). Des Weiteren sind die genannten Hinweise zu Havarien nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird dabei der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft.
lfd. Ident-Nr.: 524 Privat Stn-Id: 319		BE-ID: 1358 sehe ich die Wirtschaftlichkeit der Anlagen nicht, da die geringe Windhöffigkeit/Volllaststunden klar dagagen sprechen bzw. begrenzt sich diese, aus meiner Sicht, dank großzügigen Subventionen, auf die Betreiber und Grundstücksteigentümer/-pächter der gemeine Bürger jdeoch hat nur Kosten, denn er zahlt den Preis für diese Ideologie in Form von hohen Stromkosten.	Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung und damit der Flächensicherung gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Berücksichtigung der mittleren gekappten Windleistungsdichte bei den Planungskriterien dient der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Im Ergebnis stellt der Windatlas eine für die Region Ostwürttemberg durchschnittlich gute bis sehr gute Windleistungsdichten dar und bescheinigt ihr damit eine grundsätzliche Eignung für die Windenergienutzung.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Für die in der Stellungnahme genannten Vorranggebiete 66 "Bergenweiler / Sontheim" und 67 "Hermaringen" stellt der Windatlas eine mittlere gekappte Windleistungsdichte von überwiegend >215 W/m² dar und bestätigt damit eine sehr hohe Windhöffigkeit in den beplanten Bereichen. Für die Vorranggebiete 65 "Schönbühl" und 68 "Giengen" - Teilfläche 68/1 -, welche laut Windatlas einer geringeren Windhöffigkeit (mittlere gekappte Windleistungsdichte <215 W/m² in 160m über Grund) unterliegen, wurden dem Regionalverband ein Nachweise vorgelegt, welche eine höhere Windhöffigkeit belegen, als im Windatlas dargestellt sind. Diese Nachweise und die Interessensbekundung der betreffenden Kommunen Herbrechtingen und Giengen zu den jeweiligen Gebieten belegen die faktische und wirtschaftliche Umsetzbarkeit von Windenergievorhaben und das konkrete Umsetzungsinteresse in diesen Gebieten. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen). Zum in der Stellungnahme genannten Aspekt Subventionierung wird darauf verwiesen, dass die Umsetzung der Energiewende gesellschaftspolitischer Konsens sowie Beschlusslage sowohl im Deutschen Bundestag als auch im Landtag von Baden-Württemberg ist. Sie hat überdies Eingang in zahlreiche europäische, nationale und landesgesetzliche Vorgaben gefunden. Die vorliegende Planung setzt diese Vorgaben um. Grundsätzliche Betrachtungen über die Ausgestaltung des Strommarktes sowie finanzieller Anreize sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens, sondern wären im Zuge möglicher Gesetzesänderungen von den jeweiligen Gesetzgebern vorzunehmen.
lfd. Ident-Nr.: 524 Privat Stn-Id: 319		BE-ID: 1360 Daher ein klaren NEIN von mir. Ein klares NEIN zum Bau von Wndkraftanlagen!	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 525 Privat Stn-Id: 320		BE-ID: 1237 Hiermit erhebe ich Einspruch gegen die Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg, insbesondere gegen die Errichtung von Windkraftanlagen in den Gebieten der Gerstetter Alb und Herbrechtingen. Im Detail handelt es sich um die Positionsnummern 43, 57, 63,64, 55 sowie der Bereich Teichau. Als betroffene Bürgerin habe ich mich umfassend über Windkraft(anlagen) und deren Vor- und Nachteile informiert. Als	Die Anregungen und Bedenken werden zur Kenntnis genommen. Hinweise zu den in der Stellungnahme aufgeführten Gebieten: Die Vorranggebiete 43 "Gerstetten", 57 "Herbrechtingen" und 64 "Gussenstadt Nordost" werden im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg aufgrund unterschiedlicher Abwägungsbelange nicht weitergeführt. Die Vorranggebiete 63 "Erweiterung Gussenstadt" und 65 "Schönbühl" werden aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst und im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Ergebnis komme ich zu dem Schluss, dass WKA umwelt- und gesundheitsschädlich und nicht wirtschaftlich sind. Der angebliche Nutzenfaktor für die Kommunen/Bürger wird sich in elnen immensen Kostenfaktor umwandeln. Zusätzlich werden die Menschen einer großen gesundheitliche Gefährdung ausgesetzt.	2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt. Das Vorranggebiet "Dettingen / Hürben" im Bereich Teichau war Inhalt der „Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014“ und wurde am 16. Oktober 2013 mit Satzungsbeschluss durch die Verbandsversammlung des Regionalverbands Ostwürttemberg festgelegt. Die Teilfortschreibung wurde durch das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur am 28. August 2014 genehmigt und mit der öffentlichen Bekanntmachung im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, Nr. 35 vom 05. September 2014 rechtskräftig. Die insgesamt 20 Vorranggebiet aus diesem Planungsverfahren sind bestandskräftig. Die Anmerkungen zum Gebiet "Teichau" beziehen sich insofern auf Inhalte, die nicht Bestandteil der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und somit nicht Gegenstand dieses Anhörungsverfahrens sind. Die Aufstellung des Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für Ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehenden räumlichen Nutzungsansprüchen bzw. -interessen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Der wissenschaftliche Konsens weist auf, dass durch Windenergieanlagen mit Schutzabständen zur Wohnbebauung keine allgemeine Gesundheitsgefahr gegeben ist. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung des Schutzgutes Mensch, insbesondere der menschlichen Gesundheit, wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch auf. Die berücksichtigten Ausschluss- und Konfliktkriterien hinsichtlich des Schutzgutes Mensch sind angesichts der Maßgaben des § 2 EEG auf regionaler Planungsebene ausreichend. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen eingegrenzt und im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) detailliert geprüft. Dabei werden sowohl Schallemissionen als auch andere potenziell schädliche Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 525 Privat Stn-Id: 320		BE-ID: 1238 Nur einige Details als Beispiel: 1. gesundheitliche Aspekte - Infraschall und Vibration	Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz schreibt zum Thema Infraschall durch Windenergieanlagen unter https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/FAQ/Windenergie/faq-windenergie.html (Stand Juli 2024): „Infraschall-Töne unterhalb einer Frequenz von 20 Hertz - ist alltäglicher und überall präsenter Bestandteil unserer Lebenswelt. Er geht von einer Vielzahl sowohl natürlicher als auch technischer Quellen aus. Natürliche Quellen sind z. B. Wind, Gewitter, Meeresdünung und Vulkane sowie Meteoriten. Zudem gibt es zahlreiche künstliche und technische Infraschall-Quellen wie z. B. Klima- und Lüftungsanlagen, Umspannwerke, Kraftfahrzeuge, Lautsprechersysteme, Kühlschränke und Windenergieanlagen. Die Intensität des Infraschalls von Windenergieanlagen (sog. Schalldruckpegel) ist so gering, dass sie bereits in wenigen hundert Meter Entfernung deutlich unterhalb der menschlichen Wahrnehmbarkeitsgrenze liegt. In den meisten Fällen wird der Infraschall außerdem von natürlichen anderen Geräuschen überdeckt. So haben auch wissenschaftliche Studien bislang keinen Nachweis erbracht, dass der von Windenergieanlagen ausgehende Infraschall eine schädliche Wirkung auf die menschliche Gesundheit hat.“ Das Umweltbundesamt (UBA) kommt zu dem Schluss, dass es keine Evidenz dafür gibt, dass durch Infraschall von Windenergieanlagen gesundheitliche Beeinträchtigungen verursacht werden. Nach heutigem Stand der Forschung ist die Belastung mit Infraschall durch Windenergieanlagen im Vergleich zu anderen Quellen von Infraschall natürlichen oder technischen Ursprungs (Heizungsanlage, Kühlschrank, Straßenverkehr oder Gewitter) zudem gering. Das belegt beispielsweise eine Messkampagne der Landesanstalt für Umwelt (LUBW) zwischen 2013 und 2015. Diese untersuchten tieffrequente Geräusche ab 1 Hz. in der näheren Umgebung von Windkraftanlagen sowie in urbanen und ländlichen Räumen. Die Untersuchung stellt, wie das UBA, unterschiedlichen Quellen und die Omnipräsenz von Infraschall im Alltag fest. Windkraftanlagen leisteten hierzu aber keinen wesentlichen Beitrag da

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			deren Pegel schon in 300 m Entfernung zur Windkraftanlage deutlich unterhalb der Wahrnehmungsgrenze liegt. (Tieffrequente Geräusche inkl. Infraschall von Windkraftanlagen und anderen Quellen – Bericht über Ergebnisse des Messprojektes 2013-2015, LUBW 2016: https://pudi.lubw.de/detailseite/-/publication/84558). Das Landesamt für Umwelt Bayern (LfU 2022) kommt in einer neueren Studie ebenfalls zum Schluss, dass bereits viele sorgfältige, wissenschaftliche Studien zum Infraschall rund um Windenergieanlagen vorliegen. In ihnen aber keine schädlichen Wirkungen auf den Menschen gefunden werden, denn die Pegel in der Umgebung (Immissionen) lägen stets deutlich unterhalb der Hör- und Wahrnehmungsschwelle – und für diesen Bereich wurden bisher keine gesundheitlichen Wirkungen nachgewiesen. (https://www.lfu.bayern.de/buerger/doc/uw_117_windkraftanlagen_infraschall_gesundheit.pdf)Um den aktuellen Kenntnisstand zu Infraschall von Windenergieanlagen zu festigen und zu erweitern, beobachten das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und das Umweltbundesamt kontinuierlich die Entwicklung wissenschaftlicher Studien. Damit ist sichergestellt, dass neue Entwicklungen und gesicherte Erkenntnisse frühzeitig bekannt werden (vgl. vgl. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/4031/publikationen/umid_01-2021-infraschall.pdf). Bereits mehrere Gerichte haben sich mit dem Thema Infraschall beschäftigt und unterstützen die obenstehenden Ausführungen. So stellt das Oberverwaltungsgericht Münster zusammenfassend fest: „Die Rechtsprechung des Senats und anderer Obergerichte geht davon aus, dass Infraschall – wie auch tieffrequenter Schall – durch Windenergieanlagen nach dem bisherigen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse grundsätzlich nicht zu Gesundheitsgefahren führt“ Quelle: OVG Münster (8. Senat), Urteil vom 22. November 2021 – 8A 973/15. Pathogene Effekte durch von Windkraftanlagen abgegebene Luftdruckpulse sind weder bekannt noch belegt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Die Berücksichtigung von Infraschall auf Ebene der Regionalplanung bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie ist daher weder erforderlich noch geboten.
lfd. Ident-Nr.: 525 Privat Stn-Id: 320		BE-ID: 1239 - Lärmbelastung durch hörbaren Schall	Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Analgentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 525 Privat Stn-Id: 320		BE-ID: 1240 - Schattenschlag und Dauerblinken	Windenergieanlagen führen bei klaren Wetterbedingungen durch den bewegten Anlagenrotor zu optischen Immissionen und können dadurch als Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.
lfd. Ident-Nr.: 525 Privat Stn-Id: 320		BE-ID: 1241 - Mikropartikelerosionen (durch Umwelteinflüsse wie UV-Strahlung, Wind, Blitz, Regen, Eis, etc.)	Aufgrund von Umwelteinflüssen (UV-Strahlung, Wind, Temperaturwechsel u.a.) kommt es an den Rotoren von Windenergieanlagen zu Erosion und in Folge zur Freisetzung von Mikroplastik, welches sich in der Umwelt ablagert. Nach einer Kurzinformation der Wissenschaftlichen Dienste des

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Bundestages (WD 8 - 3000 - 077/20 (8. Dezember 2020)) wird ein Maximalabtrag von ca. 1.400 t/a für alle ca. 31.000 Windkraftanlagen in Deutschland geschätzt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit liegt der tatsächliche Wert gem. IMES deutlich niedriger. Im Vergleich mit den vom Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik (UMSICHT) ermittelten Werte z.B. für Kunststoffemissionen in Form primären Mikroplastiks für Reifenabrieb (102.090 t/a) oder von Schuhsohlen (9.047 t/a) ist die Belastung durch Windenergieanlagen somit sehr gering Eine signifikante Erhöhung der Umweltbelastung durch Mikroplastik und eine Gesundheitsgefährdung des Menschen durch den Abrieb ist nicht belegt. Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind zudem nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Fragen der verwendeten Baustoffe werden im Vorhabenzulassungsverfahren für die konkret beabsichtigten Anlagen geprüft und nachgewiesen und ggfls. werden Auflagen festgesetzt.
lfd. Ident-Nr.: 525 Privat Stn-Id: 320		BE-ID: 1242 Mindestabstand (Unterschreitung der bisherigen 1000 m)	Hinsichtlich des Planungskriteriums Siedlungsabstand hat die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg den Kommunen der Region die Verringerung des regionalen Planungskriteriums "1.000m Umgebungsabstand" auf 750m eingeräumt, wenn dies mit einem Gemeinderatsbeschluss belegt werden kann (vgl. Kriterienkatalog zur Teilfortschreibung Windenergie 2025).
lfd. Ident-Nr.: 525 Privat Stn-Id: 320		BE-ID: 1243 - bei Brand keine Löschmöglichkeit, Freisetzung giftiger Partikel	Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 525 Privat Stn-Id: 320		BE-ID: 1244 2. ökologische Aspekte - Rohstoff- und Energiebedarf bei der Herstellung - Recyceln der Windradflügel? - Versiegelte Flächen	Die in der Anregung aufgeführte Themen sind nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung. Hinweis: Das Schutzgut Fläche (inkl. der potenziellen Auswirkungen auf das Schutzgut) ist in der Strategischen Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie berücksichtigt.
lfd. Ident-Nr.: 525 Privat Stn-Id: 320		BE-ID: 1245 - Beeinflussung des Mikro- und Makroklimas (v.a. durch Abholzung Wäldern)	Die vorliegende Teilfortschreibung dient der Steuerung und raumordnerischen Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen sowie dem Erreichen des gesetzlich festgelegten Flächenbeitragswerts von 1,8 % der Regionsfläche für Windenergie an Land (vgl. Abwägung zur BE ID 1334 dieser Stellungnahme). Erhebliche Auswirkungen auf klimatische Belastungsräume oder Beeinträchtigungen von siedlungsrelevanten Kaltluftströmen sind weder bekannt noch belegt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung - auf regionaler Planungsebene - als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Konkrete Auswirkungen auf das Schutzgut Klima werden im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft. Die weitere Berücksichtigung klimatischer Belange durch Windenergieanlagen auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage
lfd. Ident-Nr.: 525 Privat Stn-Id: 320		BE-ID: 1246 - Landschaftsästhetlk	Die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfergebnisse werden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 525 Privat Stn-Id: 320		BE-ID: 1247 - Zerstörung von Lebensraum der Tier und Pflanzenwelt, kein Artenschutz	Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Hinsichtlich der artenschutzfachlichen Belange wird auf das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 verwiesen, welches diese Belange umfassend und gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie der verbindlichen Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) berücksichtigt. Insbesondere durch die Anwendung des o.g. Fachbeitrags Artenschutz erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Weiterhin wurden in der Strategischen Umweltprüfung für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt.
lfd. Ident-Nr.: 525 Privat		BE-ID: 1248 - Unterbrechung der natürlichen Wasserläufe im Karstgebiet, kein	Der Wasserschutz findet im Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 gem. der gesetzlichen Vorgaben und für die regionale

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 320		vollständiger Sockel-Rückbau möglich	Planungsebene Berücksichtigung (vgl. Kriterienkatalog). Der konkrete Rückbau von Windenergieanlagen wird im Vorhabenzulassungsverfahren behandelt und ist nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Rückbauverpflichtungen des Windenergieanlagenbetreibers sind fester Bestandteil des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung), die vor Genehmigungserteilung nachgewiesen werden müssen. Insofern ergeben sich aus dem Aspekt keine Rückwirkungen auf die räumliche Steuerung der Nutzung der Windenergie in der Region
lfd. Ident-Nr.: 525 Privat Stn-Id: 320		BE-ID: 1249 3. wirtschaftliche Aspekte - Trugschluss mit der Nennleistung (in Süddeutschland geringe Auslastung, schwacher Wind)	Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die vorliegende Planung (Teilfortschreibung Windenergie 2025) setzt diese Vorgaben um. Innerhalb dieser Region wurde ein ausgewogenes Planungskonzept entwickelt. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, welche von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Über die Regionsfläche hinaus besteht keine Regelungszuständigkeit. Es sei darauf hingewiesen, dass im Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) alle Bundesländer verpflichtet sind, zur Förderung des Ausbaus der Windenergie an Land beizutragen. Grundsätzliche Betrachtungen über die Ausgestaltung des Strommarktes sowie finanzieller Anreize sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens, sondern wären im Zuge möglicher Gesetzesänderungen von den jeweiligen Gesetzgebern vorzunehmen.
lfd. Ident-Nr.: 525 Privat Stn-Id: 320		BE-ID: 1250 - Wertminderung von lmmobilien - Einfluss auf den Tourismus	Die Teilfortschreibung dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Beurteilung des Immobilienwertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob Wertminderungen durch Windenergieanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls, insbesondere im Falle eines tatsächlichen Verkaufs der Immobilie ab. Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass der Wert und die Preisentwicklung von Immobilien von ökonomischen und demografischen Einflüssen dominiert werden und nicht von Windenergieanlagen. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kaum möglich, den Anstieg oder den Rückgang des Verkehrswertes eines bebauten oder unbebauten Grundstücks auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen (s. Landtag von Baden-Württemberg (2019): Kleine Anfrage des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Wertminderung von Immobilien infolge von Windkraftanlagen II (Drucksache 16 / 5820), 26. Februar 2019, Stuttgart (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5820_D.pdf).Daher und wegen des überragenden

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ist es aus Sicht des Regionalverbands weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen. Die Entwicklung des Tourismus ist wie auch die Bevölkerungsentwicklung von vielerlei Faktoren und Akteuren abhängig. Die Belange des Tourismus sind mittelbar (z.B. über Siedlungsflächen für die Erholung mit entsprechenden Umgebungsabständen, Bereiche mit sehr hoher Landschaftsbildqualität oder in höchstem Maße raumwirksame Kulturdenkmale, darunter auch UNESCO-Welterbestätten) als Ausschlusskriterien oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien in die Auswahl und Bewertung eingeflossen. Zudem sind entsprechende Aspekte über die Schutzgüter "Menschen und menschliche Gesundheit", „Kultur- und Sachgüter“ und "Landschaft" in die Strategische Umweltprüfung eingeflossen. Touristische Belange, sowie die Belange der Freizeit- und Erholungsnutzung wurden gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG einbezogen, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde.
lfd. Ident-Nr.: 525 Privat Stn-Id: 320		BE-ID: 1251 - hoher Anteil an Subventionen, finanziert über Steuergelder	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW). Die Umsetzung der Energiewende ist gesellschaftspolitischer Konsens sowie Beschlusslage sowohl im Deutschen Bundestag als auch im Landtag von Baden-Württemberg. Sie hat überdies Eingang in zahlreiche europäische, nationale und landesgesetzliche Vorgaben gefunden. Die vorliegende Planung setzt diese Vorgaben um. Grundsätzliche Betrachtungen über die Ausgestaltung des Strommarktes sowie finanzieller Anreize sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens, sondern wären im Zuge möglicher Gesetzesänderungen von den jeweiligen Gesetzgebern vorzunehmen.
lfd. Ident-Nr.: 525 Privat Stn-Id: 320		BE-ID: 1252 Alle Punkte sind durch zahlreiche Veröffentlichungen belegt	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 526 Privat Stn-Id: 321	VRG 57 Herbrechtingen	BE-ID: 1230 das Windgebiet 57 ist laut öffentlicher Gemeinderatssitzung vom 27.06.2024 in Herbrechtingen auf der Webseite im PDF https://www.ostwuerttemberg.org/wp-content/uploads/2024/04/Lageplan-1.Anhoerung-TF-Windenergie.pdf nicht richtig dargestellt. Bitte um Klärung und Rückmeldung.	Die Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsamer Windenergieanlagen richtet sich nach regionalplanerischen Kriterien (s. auch Kriterienkatalog). Das Vorranggebiet 57 "Schönbühl" ist in den Unterlagen zur 1. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 - entsprechend der Festlegung auf Regionalplanebene - korrekt dargestellt. Kommunale Planungen können von diesen Festlegungen abweichen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 526 Privat Stn-Id: 321	VRG 57 Herbrechtingen	BE-ID: 1231 Meinen Bedenken, meine Fragen: 1) Können Sie garantieren, dass bei Spaziergängen in der Nähe von den Windkraftanlagen keinerlei Gefahr für den Menschen in Bezug auf Eiswurf und Infraschall besteht?	Das in der Stellungnahme aufgeführte Thema "Eiswurf" ist nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft. Hinsichtlich des Themas Infraschall durch Windenergieanlagen schreibt das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz unter https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/FAQ/Windenergie/faq-windenergie.html (Stand Juli 2024): „Infraschall-Töne unterhalb einer Frequenz von 20 Hertz - ist alltäglicher und überall präsenter Bestandteil unserer Lebenswelt. Er geht von einer Vielzahl sowohl natürlicher als auch technischer Quellen aus. Natürliche Quellen sind z. B. Wind, Gewitter, Meeresdünung und Vulkane sowie Meteoriten. Zudem gibt es zahlreiche künstliche und technische Infraschall-Quellen wie z. B. Klima- und Lüftungsanlagen, Umspannwerke, Kraftfahrzeuge, Lautsprechersysteme, Kühlschränke und Windenergieanlagen. Die Intensität des Infraschalls von Windenergieanlagen (sog. Schalldruckpegel) ist so gering, dass sie bereits in wenigen hundert Meter Entfernung deutlich unterhalb der menschlichen Wahrnehmbarkeitsgrenze liegt. In den meisten Fällen wird der Infraschall außerdem von natürlichen anderen Geräuschen überdeckt. So haben auch wissenschaftliche Studien bislang keinen Nachweis erbracht, dass der von Windenergieanlagen ausgehende Infraschall eine schädliche Wirkung auf die menschliche Gesundheit hat.“ Das Umweltbundesamt (UBA) kommt zu dem Schluss, dass es keine Evidenz dafür gibt, dass durch Infraschall von Windenergieanlagen gesundheitliche Beeinträchtigungen verursacht werden. Nach heutigem Stand der Forschung ist die Belastung mit Infraschall durch Windenergieanlagen im Vergleich zu anderen Quellen von Infraschall natürlichen oder technischen Ursprungs (Heizungsanlage, Kühlschrank, Straßenverkehr oder Gewitter) zudem gering. Das belegt beispielsweise eine Messkampagne der Landesanstalt für Umwelt (LUBW) zwischen 2013 und 2015. Diese untersuchten tieffrequente Geräusche ab 1 Hz. in der näheren Umgebung von Windkraftanlagen sowie in urbanen und ländlichen Räumen. Die Untersuchung stellt, wie das UBA, unterschiedlichen Quellen und die Omnipräsenz von Infraschall im Alltag fest. Windkraftanlagen leisteten hierzu aber keinen wesentlichen Beitrag da

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			deren Pegel schon in 300 m Entfernung zur Windkraftanlage deutlich unterhalb der Wahrnehmungsgrenze liegt. (Tieffrequente Geräusche inkl. Infraschall von Windkraftanlagen und anderen Quellen – Bericht über Ergebnisse des Messprojektes 2013-2015, LUBW 2016: https://pudi.lubw.de/detailseite/-/publication/84558). Das Landesamt für Umwelt Bayern (LfU 2022) kommt in einer neueren Studie ebenfalls zum Schluss, dass bereits viele sorgfältige, wissenschaftliche Studien zum Infraschall rund um Windenergieanlagen vorliegen. In ihnen aber keine schädlichen Wirkungen auf den Menschen gefunden werden, denn die Pegel in der Umgebung (Immissionen) lägen stets deutlich unterhalb der Hör- und Wahrnehmungsschwelle – und für diesen Bereich wurden bisher keine gesundheitlichen Wirkungen nachgewiesen. (https://www.lfu.bayern.de/buerger/doc/uw_117_windkraftanlagen_infraschall_gesundheit.pdf)Um den aktuellen Kenntnisstand zu Infraschall von Windenergieanlagen zu festigen und zu erweitern, beobachten das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und das Umweltbundesamt kontinuierlich die Entwicklung wissenschaftlicher Studien. Damit ist sichergestellt, dass neue Entwicklungen und gesicherte Erkenntnisse frühzeitig bekannt werden (vgl. vgl. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/4031/publikationen/umid_01-2021-infraschall.pdf). Bereits mehrere Gerichte haben sich mit dem Thema Infraschall beschäftigt und unterstützen die obenstehenden Ausführungen. So stellt das Oberverwaltungsgericht Münster zusammenfassend fest: „Die Rechtsprechung des Senats und anderer Obergerichte geht davon aus, dass Infraschall – wie auch tieffrequenter Schall – durch Windenergieanlagen nach dem bisherigen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse grundsätzlich nicht zu Gesundheitsgefahren führt“ Quelle: OVG Münster (8. Senat), Urteil vom 22. November 2021 – 8A 973/15. Pathogene Effekte durch von Windkraftanlagen abgegebene Luftdruckpulse sind weder bekannt noch belegt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Die Berücksichtigung von Infraschall auf Ebene der Regionalplanung bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie ist daher weder erforderlich noch geboten.
lfd. Ident-Nr.: 526 Privat Stn-Id: 321	VRG 55 Erweiterung Oberkochen	BE-ID: 1233 2) Wie wird verhindert, dass der Abrieb der Rotorblätter (Mikroplastik, PFAS) nicht in die Umwelt gelangt? Hinweis: PFAS sollen EU-weit beschränkt werden. https://www.umweltbundesamt.de/themen/pfas-sollen-eu-weit-beschraenkt-werden	Aufgrund von Umwelteinflüssen (UV-Strahlung, Wind, Temperaturwechsel u.a.) kommt es an den Rotoren von Windenergieanlagen zu Erosion und in Folge zur Freisetzung von Mikroplastik, welches sich in der Umwelt ablagert. Nach einer Kurzinformation der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages (WD 8 - 3000 - 077/20 (8. Dezember 2020)) wird ein Maximalabtrag von ca. 1.400 t/a für alle ca. 31.000 Windkraftanlagen in Deutschland geschätzt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit liegt der tatsächliche Wert gem. IMES deutlich niedriger. Im Vergleich mit den vom Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			(UMSICHT) ermittelten Werte z.B. für Kunststoffemissionen in Form primären Mikroplastiks für Reifenabrieb (102.090 t/a) oder von Schuhsohlen (9.047 t/a) ist die Belastung durch Windenergieanlagen somit sehr gering Eine signifikante Erhöhung der Umweltbelastung durch Mikroplastik und eine Gesundheitsgefährdung des Menschen durch den Abrieb ist nicht belegt. Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind zudem nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Fragen der verwendeten Baustoffe werden im Vorhabenzulassungsverfahren für die konkret beabsichtigten Anlagen geprüft und nachgewiesen und ggfls. werden Auflagen festgesetzt. Die vorliegende Teilfortschreibung dient der Steuerung und raumordnerischen Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen sowie dem Erreichen des gesetzlich festgelegten Flächenbeitragswerts von 1,8 % der Regionsfläche für Windenergie an Land (s. Abschnitt 1 dieses Dokuments). Wenn dieser Flächenbeitragswert nicht erreicht wird, gelten nach Ablauf des jeweiligen Stichtags die Rechtsfolgen des § 249 Abs. 7 Baugesetzbuch, d.h. Windenergieanlagen wären im Außenbereich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 Baugesetzbuch privilegiert zulässig und Darstellungen in Flächennutzungsplänen, Ziele der Raumordnung sowie sonstige Maßnahmen der Landesplanung könnten einem Vorhaben nach § 35 Absatz 1 Nummer 5, das der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dient, nicht entgegengehalten werden. Räumliche Steuerungsoptionen auf regionaler und kommunaler Ebene, wo Windenergieanlagen errichtet werden können, würden damit hinfällig. Die Steuerungswirkung der vorliegenden Teilfortschreibung ist damit unmittelbar vom Erreichen des Flächenbeitragswerts abhängig. Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie wurde eine sorgfältige Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG durchgeführt und das Gewicht jedes Belangs wurde angemessen berücksichtigt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Zudem ist es aus Sicht des Regionalverbands nicht sinnvoll, an die Abwägung Maßstäbe anzulegen, die zur Unterschreitung des Flächenziels führen, denn dann

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			würde die oben beschriebene Steuerungswirkung des Regionalplans entfallen und dem Anliegen würde gar keine Rechnung mehr getragen werden.
lfd. Ident-Nr.: 526 Privat Stn-Id: 321	VRG 57 Herbrechtingen	BE-ID: 1235 3) Wie wird der vollständige Rückbau der Windkraftanlagen auch bei einem karstigen Untergrund, wo der flüssige Beton in Öffnungen eindringen und versickern kann, sichergestellt? 4) Welche Betragsgrößen müssen die Firmen als Rückstellung für den Rückbau hinterlegen.	Der Rückbau von Windenergieanlagen sowie dessen Finanzierung wird im Vorhabenzulassungsverfahren der Anlagen behandelt und ist nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Rückbauverpflichtungen des Windenergieanlagenbetreibers sind fester Bestandteil des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung), die vor Genehmigungserteilung nachgewiesen werden müssen. Insofern ergeben sich aus dem Aspekt keine Rückwirkungen auf die räumliche Steuerung der Nutzung der Windenergie in der Region.
lfd. Ident-Nr.: 526 Privat Stn-Id: 321	VRG 57 Herbrechtingen	BE-ID: 1236 5) Für die Bereitstellung der Windkraftanlagen müssen Waldflächen gerodet werden. Vor kurzem wurde das EU-Renaturierungsgesetz verabschiedet, das die Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme bis 2030 verankert. Erklären Sie mir bitte konkret, wie dieses mit der Rodung von Waldflächen für Windkraftanlagen in Einklang gebracht werden soll.	Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Eine pauschale Bevorzugung von Offenlandbereichen oder Ausschluss von Waldgebieten wäre nicht sachgerecht für die Sicherung der günstigsten Standorte für die Windenergienutzung und spiegelt nicht die ökologische Wertigkeit der Lebensräume wider. Zudem zeigen aktuelle Erhebungen (vgl. Fachagentur Wind an Land), dass für die Dauer des Betriebes von Windenergieanlagen (WEA) durchschnittlich ca. 0,48 Hektar für den Betrieb einer WEA gerodet werden müssen. Hiervon entfallen ca. 0,05 ha auf die Versiegelung für das Fundament. Während der Bauphase sind zusätzlich ca. 0,47 ha freizuhalten, die nach Abschluss der Bauphase dann wieder aufgeforstet werden (Fachagentur Wind an Land 2024: Entwicklung der Windenergie im Wald.- Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Forstflächen in den Bundesländern.- Analyse.- S. 15f). Für die Inanspruchnahme der Waldflächen besteht das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung. Weiterhin liegen die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG).
lfd. Ident-Nr.: 527 CDU Ortsverband Ebnat Stn-Id: 335	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1215 Stellungnahme zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 auf der Gemarkung Ebnat als Vertreter des CDU-Ortsverbands Ebnat möchten wir unsere Stellungnahme zur geplanten Teilfortschreibung Windenergie 2025 abgeben. Dabei werden wir insbesondere die Lebensqualität der Einwohner von Ebnat und Niesitz betrachten, sowie unsere generelle Unterstützung für erneuerbare Energien betonen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 527 CDU Ortsverband Ebnat Stn-Id: 335	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1216 1. Auswirkungen auf die Lebensqualität der Einwohner von Niesitz Die strategische Umweltprüfung (SUP) hat bereits mehrere Konflikte identifiziert, die die geplanten neuen Vorranggebiete südwestlich von Ebnat betreffen. Unter anderem sind dies:	Ausführungen erfolgen themenspezifisch zu den jeweiligen Absätzen.
lfd. Ident-Nr.: 527 CDU Ortsverband Ebnat Stn-Id: 335	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1217 • Geräuschbelastung: Die bestehenden Windräder im Süden der Wohnbebauung von Niesitz verursachen bereits Geräusche, die von den Bürgern wahrgenommen werden, insbesondere bei entsprechender Windrichtung. Eine weitere Ausweitung der Windkraftanlagen würde die Lärmbelastung noch erhöhen und somit die Lebensqualität der Einwohner erheblich beeinträchtigen.	Wird nicht gefolgt Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die zuständige Immissionsschutzbehörde (das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Das heißt, die bestehende Windräder im südwestlich von Ebnat/Niesitz werden dabei ebenfalls betrachtet. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf DIN 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Analgentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 527 CDU Ortsverband Ebnat Stn-Id: 335	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1218 • Visuelle Beeinträchtigung: Die geplanten Windkraftanlagen würden die visuelle Integrität der Landschaft beeinträchtigen, was ebenfalls einen negativen Einfluss auf die Lebensqualität und das Landschaftsbild hätte. Ein Schlagschatten der Anlagen, vor allem aus dem Westen, wäre weit sichtbar, und ist aus diesem Grund zwingend zu vermeiden.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfergebnisse werden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Obwohl mit dem hier vorgebrachten Belang allein kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird aufgrund einer gleichzeitig hohen Betroffenheit anderer Belange in der regionalplanerischen Abwägung der Nutzung der Windenergie bei Gebiet 53 kein Vorrang eingeräumt, so dass das Gebiet im Rahmen der 2. Anhörung nicht weiterverfolgt wird. Der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 wurde optimiert und zwei südliche Teilbereiche aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			zurückgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 527 CDU Ortsverband Ebnat Stn-Id: 335	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1219 2. Verlust des Naherholungsgebiets Das geplante Vorranggebiet 54/1 südwestlich von Ebnat betrifft das letzte verbliebene Naherholungsgebiet des Ortes Ebnat: • Freizeitnutzung: Dieses Gebiet wird wochentags und vor allem am Wochenende von unzähligen Hundebesitzern, Spaziergängern, Wanderern, Fahrradfahrern, Joggern und anderen bewegungsbegeisterten Ebnatern und auswärtigen Bürgern intensiv genutzt. • Wallfahrtsort "Maria bei der Eiche": Dieser friedliche und ruhige christliche Ort ist ein wichtiger Bestandteil der lokalen Kultur und Spiritualität. Es ist von großer Bedeutung, diesen Ort zu schützen, damit die Menschen dort ungestört beten oder einfach die Seele baumeln lassen können.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Dennoch wurde nach Abwägung mehrerer Abwägungsbelange (u.a. Entlastung der Raumschaft Ebnat) das Gebiet 54 optimiert.
lfd. Ident-Nr.: 527 CDU Ortsverband Ebnat Stn-Id: 335	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1220 • Überlastungsschutz: Ebnat ist bereits in allen Himmelsrichtungen mit Windkraftanlagen, auch auf anderen Gemarkungen, umgeben. Weitere Anlagen würden zu einer deutlichen Überlastung führen.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Das Kriterium "Überlastungsschutz" wurde einschlägig geprüft. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Die Vorgehensweise ist in der Begründung dokumentiert. Dementsprechend (aufgrund der Überlastung von Niesitz sowie anderer Abwägungsbelange inklusiv Entlastung der Raumschaft Ebnat) wurde das Gebiet 53 gestrichen.
lfd. Ident-Nr.: 527 CDU Ortsverband Ebnat Stn-Id: 335	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1221 3. Bereitschaft und Engagement für erneuerbare Energien Die Bürger von Ebnat haben bereits viel zur Unterstützung der erneuerbaren Energien beigetragen: • Flächen-Photovoltaik: Eine geplante 42ha große Fläche für Flächen-Photovoltaik bei dem Ortsteil Diepertsbuch zeigt das Engagement der Gemeinde für die Nutzung erneuerbarer Energien. • Bestehende Windkraftanlagen: Die bereits im Jahr 2016 in Betrieb genommenen 12 Windräder im Süden von Niesitz demonstrieren die Akzeptanz und Unterstützung der Gemeinde für Windkraftprojekte. • Re-Powering: Es muss auch mit in Betracht gezogen werden, dass in naher Zukunft bestehende Anlangen durch Re-Powering eine Nabenhöhe von 200m erreichen werden. Dies würde zusätzlich zu weiterer Beeinträchtigung führen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 527 CDU Ortsverband Ebnat Stn-Id: 335	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1222 4. Forderung nach einer ausgewogenen Verteilung der Windkraftprojekte Trotz der Unterstützung für erneuerbare Energien ist es wichtig, die Belastungen gerecht zu verteilen: • Alternative Standorte: Es müssen geeignete Flächen an anderen Stellen im Stadtgebiet Aalen oder im Ostalbkreis gefunden werden, um die Last der erneuerbaren Energien gleichmäßig zu verteilen und die Lebensqualität der Bürger in Niesitz zu schützen. Eine Akzeptanz, in Form eines Kompromisses, könnte wenn dann nur durch eine gerechte Verteilung auf dem ganzen Stadtgebiet, z.B. Bereich Langert, erzielt werden. • Begrenzung der Belastung: Irgendwann muss es genug sein. Ebnat hat bereits viel getan und akzeptiert. Weitere Belastungen durch zusätzliche Windkraftanlagen sind nicht tragbar und unzumutbar für die Einwohner.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt zudem für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Zur Vermeidung einer räumlichen Umfassung (Umzingelung) wurde die Umfassungswirkung durch Windenergieanlagen betrachtet. Diese ist für die Regionalplanung ein abwägungsrelevanter Belang, der über die visuelle Wahrnehmung der Anlagen definiert wird. Der freie Blick in die

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Landschaft wird dabei über Freihaltekorridore oder -bereiche gesichert. Die Größe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen spielt dabei keine Rolle. Die Vorgehensweise ist in der Begründung dokumentiert. Aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange (inklusiv Entlastung der Raumschaft Ebnat) werden im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 angepasst und das Vorranggebiet 53 nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 527 CDU Ortsverband Ebnat Stn-Id: 335	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1225 5. Städtebauliche Entwicklung Ebnat / Niesitz • Wohnbebauung: Im derzeit gültigen Flächennutzungsplan der Stadt Aalen sind bereits Flächen im Süden von Ebnat für eine mögliche Wohnbebauung vorgesehen. Durch die Begrenzung im Norden (Nordumfahrung + ZEISS Ansiedlung), im Westen (Wald) und Osten (Industrie- und Gewerbegebiet), ist eine städtebauliche Entwicklung nur noch im Süden möglich. Weitere Windkraftanlagen würden diese Bauflächen unattraktiv machen. Wer möchte schon gerne sein neues Haus mit direktem Blick auf Windkraftanlagen bauen?	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die Planung zielt auf die räumliche Steuerung der Windenergienutzung, die an die Erfüllung der Flächenziele geknüpft ist. Der ansonsten entstehende ungesteuerte Zustand soll vermieden werden, so dass langfristige Planungssicherheit für die räumliche Entwicklung der Gemeinden gewährleistet und eine zielgerichtete Entwicklung unterstützt werden kann. Dennoch werden aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange (inklusiv Entlastung der Raumschaft Ebnat) im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 angepasst und das Vorranggebiet 53 nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 527 CDU Ortsverband Ebnat Stn-Id: 335	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1226 Schlussfolgerung Wir fordern daher, dass die geplanten Vorranggebiete für Windkraftanlagen auf der Gemarkung Ebnat, insbesondere in der Nähe von Niesitz, kritisch überdacht und alternative Standorte in Betracht gezogen werden. Die Lebensqualität der Bürger von Niesitz und Ebnat muss geschützt und die Lasten der erneuerbaren Energien gerecht verteilt werden.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Im Rahmen der mehrstufigen Methodik zur Auswahl von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen fand eine Abwägung aller auf regionalplanerischer Ebene erkennbaren schützenswerten Belange gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG statt. Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurde das Gewicht jedes Belangs angemessen berücksichtigt, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen für weitere Gespräche und Diskussionen gerne zur Verfügung.	(Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde. Im Großteil des Verbandsgebiets Ostwürttemberg war die Windenergienutzung nicht möglich oder andere Belange/schutzbedürftige Interessen hatten in der Abwägung ein höheres Gewicht als die Windenergienutzung. An den Stellen in der Region, an denen nun Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt werden sollen, überwiegt das überragende öffentliche Interesse an der Windenergienutzung gegenüber den anderen Belangen. Das Vorranggebiet 54 "Ebnat" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Der Gebietszuschnitt wurde dennoch optimiert und zwei südliche Teilbereiche aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange (inkl. Entlastung der Raumschaft, An- und Abflug des Flugplatzes Aalen-Elchingen, Windhöffigkeit) zurückgenommen. Das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" wurde aufgrund der Anwendung verschiedener Abwägungsbelange (u.a. Überlastung von Niesitz, Entlastung des Raums, An- und Abflug des Flugplatzes Aalen-Elchingen, geringe Windhöffigkeit) gestrichen. Im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg wird es nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 529 wpd onshore GmbH & Co. KG Stn-Id: 346	VRG 60 Rechberger Buch	BE-ID: 129 Die wpd plant seit über zwei Jahren in Kooperation mit der Stadt und den Stadtwerken Schwäbisch Gmünd einen Windpark am Rechberger Buch. Gemeinsam möchten wir einen wichtigen Beitrag zur gelingen der Energiewende und zum Erreichen der Klimaschutzziele leisten. Zudem soll der Windpark den nachhaltigen Technologiepark Aspen mit grüner Energie versorgen und so den Wirtschaftsstandort Schwäbisch Gmünd langfristig sichern. Der nachhaltige Technologiepark Aspen ist Teil der Modellregion grüner Wasserstoff und somit für die gesamte Region wirtschaftspolitisch bedeutsam. Aufgrund des bestehenden Windparks Lauterstein im Nachbarlandkreis Göppingen liegen der wpd Betriebsdaten aus über sechs Jahren vor, welche sich aufgrund der räumlichen Nähe sehr gut auf die Potentialfläche am Rechberger Buch übertragen lassen. Die Daten bestätigen die im baden-württembergischen Vergleich außerordentlich hohe Windhöffigkeit des Standorts. Im Vergleich zu windschwächeren Standorten in der Region, kann an diesem Standort mit einem	Die Hinweise und Informationen zum geplanten Vorranggebiet 60 "Rechberger Buch" werden zur Kenntnis genommen. Hinsichtlich der artenschutzfachlichen Belange wird auf das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 verwiesen, welches diese Belange umfassend und gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie der verbindlichen Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Insbesondere durch die Anwendung des o.g. Fachbeitrags Artenschutz erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes auf der genannten Planungsebene, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes im nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		vergleichbaren Eingriff eine deutlich größere Energiemenge erzeugt werden. ForstBW, der Eigentümer des Großteils der Potentialfläche, steht einem Windparkvorhaben positiv gegenüber und hat der Stadt Schwäbisch Gmünd die Gestattung zur Nutzung der Fläche für Windenergie zugesagt. Das Einverständnis des Flächeneigentümers ist ein wichtiger Aspekt für die zeitnahe Umsetzung des Vorhabens, im Falle einer positiven Ausweisung als Windvorranggebiet. In Zuge der Windparkplanung gab es bereits informelle Abstimmungen mit der Unteren Naturschutzbehörde und der Wasserschutzbehörde des Landratsamt Ostalbkreis. Zudem fanden Gespräche mit BUND und NABU statt. In diesen Gesprächen äußerten die Naturschutzverbände Bedenken hinsichtlich des Vogelzugs am Rechberger Buch. Im Zusammenhang mit der Windparkplanung hat die wpd eine Rast- und Zugvogel-Kartierung auf der Potentialfläche in Auftrag gegeben. Für den westlichen Teil der Fläche auf der Gemarkung Bargau haben die Untersuchungen bereits Anfang 2022 begonnen und sind weitestgehend abgeschlossen. Ein Kurzbericht zum Vorkommen von Gastvögeln anhand der durchgeführten Untersuchungen am Rechberger Buch ist dieser Stellungnahme angehängt. Die bisherigen Ergebnisse lassen nicht auf Konflikte im Zusammenhang mit Vorkommen von Gastvögeln schließen. Eine gesonderte Erfassung des Vogelzugs ist nach den Vorgaben der LUBW in der Regel nicht erforderlich. Die gezielte Ermittlung von Verdichtungsräumen würde mehr- bis vieljährige, umfangreiche Vergleichszählungen des Vogelzuggeschehens auf den beplanten Flächen sowie an mehreren Vergleichsstandorten erforderlich machen. Derartige Untersuchungen können Antragstellern nach derzeitigen Erkenntnisstand aus rechtlichen Gründen nicht zugemutet werden. Nach aktuellem Kenntnisstand geht die LUBW davon aus, dass Verdichtungserscheinungen des Vogelzugs zeitlich und räumlich hoch variabel sind. Die Abgrenzung von Verdichtungsräumen ist in der Regel mit großer methodischer Unsicherheit behaftet. In Baden-Württemberg ist nach derzeitigem Wissenstand bei den meisten Arten ein Breitenfrontzug vorherrschend. Bitte beachten Sie, dass die in Abb. 1. des Kurzberichts darstellten WEA-Standorte sowie die Potentialfläche nicht dem aktuellen	Hinweis: Das Vorranggebiet 60 "Rechberger Buch" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Planungsstand entsprechen. Die Ergebnisse der Untersuchungen am Rechberger Buch unterstreichen die Eignung der Fläche als Potentialfläche für die Gewinnung erneuerbarer Energien, sodass wir eine Ausweisung der Fläche als Windenergiegebiet im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 Regionalplan Ostwürttemberg begrüßen.	
lfd. Ident-Nr.: 529 wpd onshore GmbH & Co. KG Stn-Id: 346	VRG 60 Rechberger Buch	BE-ID: 2185 Anhang: Kurzbericht zum Vorkommen von Gastvögeln anhand der durchgeführten Untersuchungen 2023 im Windpark „Rechberger Buch“ (VRG 60) bei Schwäbisch Gmünd (Juli 2024). Die Ermittlung von Gastvogelarten für einen geplanten Windpark mit vier Anlagen im VRG 60 „Rechberger Buch“ bei Schwäbisch-Gmünd erfolgte auf Grundlage des aktuellen Leitfadens für die naturschutzfachlichen Erfassungen in Baden-Württemberg (LUBW, Fassungen vom 15.01.2021 bzw. 01.04.2014), den Hilfestellungen zum Umgang mit den Hinweisen zur Erfassung und Bewertung von Vogelvorkommen bei der Genehmigung von Windenergieanlagen bei Anwendung des novellierten Bundesnaturschutzgesetzes (§§ 45b ff. BNatSchG) vom 20.12.2022 sowie der Novelle des BNatSchG 2022. Gem. LUBW 2021 wurden zur Erfassung von Gastvogelarten in einem 2.000 m-Untersuchungsraum um die vier geplanten Anlagenstandorte (Abb. 1) in der Zeit von Mitte Februar bis Mitte Mai 2023 (Frühjahrszug) sowie von Mitte August bis Mitte November 2023 (Herbstzug) insgesamt 24 wöchentliche Erfassungen durchgeführt. Als Methode wurde eine Punkt-Stopp-Zählung angewandt. Dabei wurde von erhöhten Geländepunkten aus potenziell geeignete Flächen, hier insbesondere offenes Grünland und Ackerland, nach rastenden Individuen oder Rastvogeltrupps abgesucht. Fachlich begründete Hinweise auf relevante Winterreviere oder Überwinterungsplätze der besonders zu berücksichtigenden Arten bzw. Artengruppen lagen nicht vor. Als Ergebnis wurden insgesamt 5.193 Individuen im 2.000 m-Untersuchungsraum erfasst. Unter diesen verteilten sich ca. 79 % auf häufige und nicht-windkraftempfindliche Vogelarten wie Buchfink mit 1.610 Individuen, Star mit 970 Individuen, Wacholderdrossel mit 786 Individuen sowie Misteldrossel mit 746 Individuen (Tab. 1).	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Drei als windkraftempfindlich eingestuften Arten traten nur in geringen Anzahlen auf: der Rotmilan wurde 29-mal gesichtet, davon 13-mal sitzend und 16-mal überfliegend mit einem Tagesmaximum von vier Individuen. Wanderfalke und Rohrweihe wurden jeweils nur einmalig beobachtet. Hervorzuheben sind weiterhin Sichtungen von Braunkehlchen mit insgesamt acht Beobachtungen bzw. einem Tagesmaximum von drei Individuen in der Nachbrutzeit sowie zehn Beobachtungen des Wiesenpiepers mit einem Tagesmaximum von sieben Individuen im Oktober 2023 (Tab. 1). Einmalig wurde im Oktober ein Raubwürger festgestellt, jedoch in einer Entfernung von mehr als 1.500 m zum VRG (Abb. 1). Fazit: Aufgrund der Anwesenheit von vorrangig häufigen, nicht-windkraftempfindlichen Vogelarten besitzt der Untersuchungsraum eine eher untergeordnete Rolle als Rasthabitat für Gastvogelarten. Da der Untersuchungsraum zum größten Teil mit Waldflächen bedeckt ist, sind nur kleinräumige Offenlandbereiche vorhanden. Zudem bestehen diese überwiegend aus Acker- und Grünland bzw. im Norden auch Siedlungsbereiche. Da insgesamt keine weiträumige Offenheit der Landschaft besteht, stellen diese Bereiche keine hohe Rastplatzfunktion für seltene, anspruchsvollere Gastvogelarten dar. --> Tab. 1: Gesamtartenliste und Anzahl der Individuen im Rahmen der Gastvogelerfassung 2023 s. Anhang --> Abb. 1: Abgrenzung des Untersuchungsraums sowie Verortung von ausgewählten Gastvogelarten s. Anhang	
lfd. Ident-Nr.: 531 Waldgenossenschaft Röttingen Stn-Id: 368	VRG 48 Erweiterung Waldhausen / Beuren	BE-ID: 2118 die Waldgenossenschaft Röttingen ist Eigentümerin von rd. 170 ha Wald auf der Röttinger Höhe, südlich der B29 (Flurstücke [...]), im Bereich der Vorrangfläche Nr. 48/3. Unsere Waldgenossenschaft möchte einen Beitrag zur Erzeugung von regenerativer Energie durch den Ausbau weiterer Windenergieanlagen im Ostalbkreis leisten. Damit können wir auch das Ziel der Stadt Lauchheim die Klimaneutralität zu erreichen, unterstützen. Daher begrüßen wir die Ausweisung neuer Vorranggebiete für Windenergie in Ostwürttemberg.	Wird zur Kenntnis genommen
lfd. Ident-Nr.: 531 Waldgenossenschaft Röttingen Stn-Id: 368	VRG 48 Erweiterung Waldhausen / Beuren	BE-ID: 2119 An einer Erweiterung des Vorranggebiets Nr. 48/3 innerhalb unseres Waldgebiets nach Norden in Richtung B29 und Richtung Osten sind wir sehr interessiert und würden es begrüßen, wenn der Regionalverband das Plangebiet nach Möglichkeit erweitern würde.	Wird nicht gefolgt Wie im Textteil zum 1. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 definiert, sind die im Regionalplan festgelegten Vorranggebiete maßstabsbedingt nur gebiets- und nicht parzellenscharf abgegrenzt. Demnach werden keine Flurstücksgrenzen oder Eigentumsverhältnisse bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt, weshalb sich die Ausformung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			des Vorranggebiets 48 "Erweiterung Waldhausen / Beuren" ausschließlich an planerischen Kriterien - und nicht an Flurstücksgrenzen - orientiert. Der eingegebene Bereich wurde auf dessen Eignung als Erweiterungsflächen zu dem geplanten Vorranggebiet 48 "Erweiterung Waldhausen / Beuren" Teilfläche 48/3 geprüft. Die Flächen befinden sich teilweise innerhalb des Vorranggebiets 48 "Erweiterung Waldhausen / Beuren". Zum Teil liegen die Flächen auch in Ausschlussbereichen gem. des Kriterienkatalogs, weshalb sich diese im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht als Windenergiegebiete bzw. Erweiterungsflächen von geplanten Vorranggebieten eignen und demnach nicht in die Vorranggebietskulisse aufgenommen werden. grundsätzlich ist das Vorranggebiet 48 "Erweiterung Waldhausen / Beuren" für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 531 Waldgenossenschaft Röttingen Stn-Id: 368		BE-ID: 2120 Allein die Windenergie ermöglicht die Erzeugung sehr großer regenerativer Energiemengen und bietet im Vergleich zu Freiflächen-Photovoltaikanlagen eine deutlich bessere Flächenbilanz. Windenergieanlagen im Wald schonen zudem wertvolle landwirtschaftliche Nutzflächen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 531 Waldgenossenschaft Röttingen Stn-Id: 368	VRG 48 Erweiterung Waldhausen / Beuren	BE-ID: 2121 Sehr geehrte Frau Zanek, wir hoffen, dass Sie unser Anliegen befürworten und die Erweiterung der Vorrangfläche Nr. 48/3 in die Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufnehmen.	Wird nicht gefolgt Abwägung siehe BE ID 2119.
lfd. Ident-Nr.: 532 Privat Stn-Id: 275		BE-ID: 2105 Namens und im Auftrag meiner Mandantschaft gebe ich zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg die nachfolgende Stellungnahme ab. Die Stellungnahme für meine Mandantschaft bezieht sich auf die folgende Potenzialfläche: Windvorranggebiets Teichhau (Gemeinde Gerstetten im Kreis Heidenheim) A. Allgemeines Wie dem Regionalen Planungsverband sicherlich bekannt ist, bestand bereits in den Jahren 2015 bis 2017 die Absicht eines Windkraftbetreibers, auf dieser Fläche Windkraftanlagen zu errichten. Aufgrund mehrerer entgegenstehender Belange und insbesondere aufgrund der Existenz des UNESCO-Welterbes in diesem Bereich hat sich die Nutzung für Windenergieanlagen in diesem Bereich zerschlagen und die Planung wurde aufgegeben.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Die „Teilfortschreibung Windenergie 2025“ wird gemäß den aktuell geltenden planerischen und rechtlichen Vorgaben für Regionalplanverfahren basierend auf den geltenden Landes- und Bundesgesetzen sowie EU-Verordnungen durchgeführt. Die Stellungnahme bezieht sich auf das rechtskräftige Vorranggebiet Dettingen/Hürben (Ihre Bezeichnung: Teichhau) auf den Gemarkungen Gerstetten, Herbrechtingen und Giengen. Dieses Vorranggebiet war Inhalt der „Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014“ und wurde am 16. Oktober 2013 mit Satzungsbeschluss durch die Verbandsversammlung des Regionalverbands Ostwürttemberg festgelegt. Die Teilfortschreibung wurde durch das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur am 28. August 2014 genehmigt und mit der öffentlichen Bekanntmachung im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, Nr. 35 vom 05. September 2014 rechtskräftig. Die insgesamt 20 Vorranggebiete aus diesem Planungsverfahren sind bestandskräftig und nicht Teil der laufenden „Teilfortschreibung Windenergie 2025“. Eine Darstellung der Bestandsgebiete in den Verfahrensunterlagen zur laufenden Teilfortschreibung Windenergie 2025 erfolgt für die erforderliche

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Umso verwunderlicher ist es, dass diese Fläche nunmehr wieder als Prüffläche für Windenergieanlagen in die Planung aufgenommen wurde. An den entgegenstehenden Belangen hat sich nichts geändert. Deshalb wird beantragt, die Fläche aus der Regionalplanung zu nehmen und die Fläche als Ausschlussfläche für Windkraftanlagen zu behandeln. Als Überblick soll in der gebotenen Kürze auf die bereits damals vorgebrachten entgegenstehenden Belange unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtslage eingegangen werden: Grundsätzlich können im Rahmen der Regionalplanung auch die Nutzung des Plangebiets für Windkraftanlagen und Fotovoltaikanlagen geregelt werden. Vom Grundsatz her ist dies auch zu begrüßen. Allerdings hat das Planungsrecht in Baden-Württemberg im Jahr 2011 eine maßgebende Änderung erfahren müssen. Das Landesplanungsgesetz Baden-Württemberg enthielt bis zum Jahr 2011 auch die Möglichkeit, Ausschlussflächen für Windenergieanlagen festzusetzen. Grundsätzlich galt der gesamte Bereich außerhalb der Vorrangflächen und Vorbehaltsflächen zur Nutzung der Windenergie als sogenannte Ausschlussfläche. Ab dem Jahr 2011 konnten die Regionalverbände keine Ausschlussflächen für Windenergieanlagen mehr festsetzen. Dementsprechend gilt seit diesem Zeitraum der Grundsatz, dass alle Flächen in Baden-Württemberg grundsätzlich der allgemeinen Privilegierung nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB unterfallen und damit vom Grundsatz her jede Fläche in Baden-Württemberg der Windkraft zur Verfügung steht. Das wesentliche planungsrechtliche Element der Ausschlussfläche gilt seit 2011 nicht mehr. Nach den Gesetzesänderungen der Bundesregierung durch das Wind-an-Land-Gesetz (WalG) und das WindBG sollen Windeignungsgebiete ausgewiesen werden, die bei Erreichen des Flächenbeitragswerts eines jeden Landes Ausschlusswirkung betreffend der übrigen Landesfläche entfalten sollen. Bis zum Erreichen dieses Flächenbeitragswerts gibt es allerdings keine Ausschlussgebiete. Ungeachtet dessen können die einzelnen Gemeinden im Rahmen der Bauleitplanung zusätzliche Flächen ausweisen, die jedoch als	Betrachtung der Inhalte des Gesamtplans und die Bewertung möglicher Bündelungsoptionen. Eine Neuplanung oder Überprüfung der Bestandsgebiete erfolgt nicht. Eine entsprechende kartographische und textliche Differenzierung und Kennzeichnung als Bestand mit Hinweis auf das abgeschlossene Verfahren wurde in den Verfahrensunterlagen vorgenommen. Die Ausführungen beziehen sich insofern auf Inhalte, die nicht Bestandteil der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und somit nicht Gegenstand dieses Anhörungsverfahrens sind.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		solche keine Ausschlusswirkung entfalten können. Die Bundesregierung hat wiederholt Notverordnungen zur Sicherung des Energiebedarfs erlassen. Dadurch werden insbesondere Einschränkungen durch Naturschutz, Landschaftsschutz, Bodenschutz, Waldschutz, Denkmalschutz, regionale Grünzüge, Wasserschutz extrem eingeschränkt. Dies alles sind Folgen der maximalen Höherstufung des Ausbaus der Windenergie durch die Verleihung des Prädikats „überragendes öffentliches Interesse“. Diese rechtlichen Vorgänge begegnen jedoch erheblichen rechtlichen Bedenken. Der Gesetzgeber hat in § 35 Abs. 3 S. 1 BauGB jene Gründe ausdrücklich benannt, die der Verwirklichung sogenannter privilegierter Vorhaben im Außenbereich entgegenstehen. Durch die Gesetzesänderungen bzw. Erlass der Notverordnung werden diese Schutznormen nahezu bedeutungslos. Hierzu folgende Anmerkungen des Unterfertigten: Die gesetzlichen Neuerungen in § 2 EEG und § 45b BNatSchG sind aus hiesiger Sicht rechtswidrig. Diese Regelung in § 2 EEG und auch die Regelung in § 45b BNatSchG (überragendes öffentliches Interesse und öffentliche Sicherheit) führen dazu, dass die Abwägungsentscheidungen der Belange der Windkraftbetreiber und des Naturschutzes nicht nur in „Schieflage“ geraten, sondern dass eine massive Bevorzugung der Windkraftanlagen ohne hinreichenden Grund und unter Missachtung bundesrechtlicher Vorgaben erfolgt. Insbesondere liegt ein Verstoß gegen die Vogelschutzrichtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten vor. Danach dient die Vogelschutzrichtlinie der Erhaltung der Bestände sämtlicher im Gebiet der Europäischen Union natürlicherweise vorkommenden Vogelarten einschließlich der Zugvogelarten, indem sie die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu Erhaltung und Wiederherstellung der Lebensstätten und Lebensräume verpflichtet, die insbesondere durch die Errichtung von Schutzgebieten sowie durch die Einführung artenschutzrechtlicher Schutzvorschriften. Diesen Erfordernissen ist der Bundesgesetzgeber mit § 44 Abs. 1 BNatSchG nachgekommen.	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Durch die jetzt durch die Bundesregierung eingeführten Ausnahmevorschriften in § 45b BNatSchG wird dieser ursprüngliche Schutz des § 44 Abs. 1 BNatSchG unionsrechtswidrig ausgehöhlt bzw. teilweise sogar beseitigt. Abweichungen sind nur nach Art. 9 Abs. 1 V-RL erlaubt und zwar im Interesse der Gesundheit und der öffentlichen Sicherheit (Buchstabe a). Der Bundesgesetzgeber legt mit der neuen Regelung fest, dass der Betrieb einer Windkraftanlage stets der öffentlichen Sicherheit dient. Es wird aber damit verkannt, dass es einem Mitgliedstaat verwehrt ist, einen unionsrechtlichen Begriff rein national zu definieren, um über diesen Weg in den Anwendungsbereich einer Ausnahmeregelung in der V-RL zu gelangen. In Rechtsprechung und Literatur ist seit langem geklärt, dass jeder im Unionsrecht verwendete Begriff autonom in seinem spezifischen unionsrechtlichen Sinne aus sich selbst heraus auszulegen ist, und dass es wegen der notwendig einheitlichen Geltung des Unionsrechts unter allen Mitgliedstaaten keine Verweisung auf innerstaatliche Sinngehalte geben kann. Insoweit ist zu verweisen auf zwei Entscheidungen des EuGH aus den Jahren 2018 und 2019; vgl. EuGH, Urteil vom 6.3.2018 - C-284/16 Rn. 33 EuGH, Urteil vom 11.4.2019-C-483/17 Rn. 36 sowie auf die weitere Entscheidung des EuGH, Urteil vom 10.12.2018-C-621/18, Rn. 47. Hierin ist unter anderem klar festgelegt, dass das Unionsrecht dadurch gekennzeichnet ist, dass es einer autonomen Quelle entspringt und Vorrang vor dem Recht der Mitgliedstaaten hat. Dies deckt sich letztlich auch mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, wonach der Grundsatz der autonomen Auslegung des Unionsrechts von deutschen Gerichten beachtet werden muss; vgl. BVerfG, Beschluss vom 9.1.2001 - 1 BvR1036/99. Speziell hinsichtlich der öffentlichen Sicherheit hat der EuGH ausgeführt, dass dieser Begriff streng zu verstehen ist, sodass „ihr Umfang nicht einseitig von jedem der Mitgliedstaaten ohne Kontrolle durch die Organe der Europäischen Gemeinschaft festgelegt werden kann." Damit verbietet sich das Vorgehen der Bundesregierung für einen einzelnen Mitgliedstaat den unionsrechtlichen Begriff der „öffentlichen Sicherheit" eigenständig-zumal entgegen der	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		EuGH-Rechtsprechung und undifferenziert zu definieren. § 2 EEG sowie § 45b BNatSchG verstoßen dementsprechend gegen Art. 9V-RL. Eine konkrete Einzelfallabwägung zwischen dem Artenschutz und anderen Belangen kann deshalb auf dieser Grundlage nicht mehr erfolgen. Es ist davon auszugehen, dass die bezeichneten Neuregelungen europarechtlicher Prüfung nicht standhalten werden. Auf den Verstoß gegen Art. 20a GG wird ebenfalls verwiesen. Des Weiteren wurde auf Drängen der Bundesregierung auf EU-Basis die Möglichkeit des Erlasses von Notverordnungen zur Errichtung von Windkraftanlagen durchgesetzt, die wiederum in nationales Recht derzeit umgesetzt werden. Hierzu ist anzumerken, dass allein schon die Verfügung dieser „EU-Notverordnung“ auf EU-Basis sowohl gegen die artenschutzrechtlichen Vorgaben der Vogelschutzrichtlinie und weiterer Schutznormen für den Artenschutz verstoßen sowie gegen die bisherige ständige Rechtsprechung des EuGHs zu diesem Themenbereich. Darüber hinaus ist derzeit der Erlass einer „Notverordnung“ wegen Energiekrise rechtswidrig. Der Ausfall der Stromversorgung in Deutschland war zwar ursprünglich befürchtet worden, nachdem wegen verhängter Sanktionen sowohl die Erdgaslieferungen als nun auch die Rohöllieferungen aus Russland eingestellt wurden. Zwischenzeitlich hat sich die Lage aber derart entspannt, dass für eine Notverordnung kein Raum mehr bleibt. Die Gasspeicher sind gefüllt. Die Bundesregierung plant sogar die Errichtung von Gaskraftwerken. Auch die Prognosen für die Gasversorgung in den kommenden Jahren sind nach Aussage der Erdgasbetreiberfirmen und entsprechender Gutachter absolut gesichert. Gleiches gilt für die Versorgung mit Treibstoffen. Es hat zwar eine gewisse Teuerung stattgefunden. Die Versorgungslage ist aber nach wie vor in jeglicher Hinsicht gesichert. Insoweit verweise ich auf die erstatteten Gutachten sowie die Meldungen aus der Presse. Folglich sind weitere Maßnahmen, Gesetze und Verordnungen auf der Grundlage einer Notverordnung rechtswidrig. Der Ausbau erneuerbarer Energien ist grundsätzlich zu befürworten. Dies darf aber nicht auf dem Rücken des Artenschutzes und Naturschutzes ausgetragen werden. Die Maßgaben des § 45 Abs. 7 BNatSchG sowie den Neuregelungen in § 45b BNatSchG fehlt insoweit die Rechtsgrundlage.	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Aufgrund dieser Neuregelungen findet im Ergebnis keine Artenschutzprüfung mehr statt. Dies folgt auch aus den Regelungen der §§ 249 und 245 e BauGB. Der Naturschutz und der Artenschutz werden nach diesen Regelungen komplett ignoriert und ausgeschaltet. Die bisherigen Regelungen haben den Naturschutz und Artenschutz bereits stark zurückgedrängt. Eine Naturschutz- und Artenschutzprüfung war aber immer noch möglich. Die jetzigen Regelungen verstoßen gegen nationales Recht aber auch gegen Unionsrechts. Dementsprechend ist auch die deutsche Gerichtsbarkeit verpflichtet, europäische Vorgaben bei der Beurteilung von Klageverfahren wie in vorliegendem Fall zu beachten. Gleiches gilt auch für die anderen ebenfalls eingeschränkten entgegenstehenden Belange. Im Übrigen sei bei der Regionalplanung darauf hingewiesen, dass der Regionalplan als solcher grundsätzlich über ein Jahrzehnt und mehr Gültigkeit haben soll, wohingegen die Notverordnung in Kürze auslaufen wird. Unter diesen Gesichtspunkten ist nicht nachvollziehbar, wie das Ziel der Vereinbarkeit zwischen Windkraft und Naturschutz erreicht werden soll. Die politischen Vorgaben ignorieren den Naturschutz, Wasserschutz, Landschaftsschutz, Bodenschutz, Denkmalschutz und die weiteren Schutznormen einseitig zugunsten der Windkraft, wenngleich auch in der Öffentlichkeit anderes behauptet wird. Festzustellen ist insbesondere eine völlig übereilte und damit auch oberflächliche Raumplanung, wie im Folgenden noch ausgeführt wird. Ein Grund hierfür ist sicher das von der baden-württembergischen Landesregierung in § 20 Klimagesetz Baden-Württemberg verfügte Planungsziel bis spätestens 30.9.2025. Damit setzt der Landesgesetzgeber die Regionalverbände massiv unter Druck, sodass diese letztlich tatsächlich nur eine oberflächliche Planung vornehmen können. Offensichtlich ist dies seitens der Landesregierung in dieser Form auch gewünscht. Diese Fristsetzung zum 30.9.2025 ist nicht	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		zwingend erforderlich, weil der Bundesgesetzgeber in § 3 Abs. 1 WindBG bzw. in der Anlage zu dieser Vorschrift ein erstes Planungsziel zur Erreichung der Flächenbeitragswerte zum 31.12.2027 gesetzt hat. Der Zwang zur übereilten Planung in Baden-Württemberg ist deshalb völlig unbegründet und führt zwangsläufig zu Planungsfehlern, da die möglichen entgegenstehenden Belange nicht in dem notwendigen Umfang geprüft werden können. B. entgegenstehende Belange I. entgegenstehender Belang des Naturschutzes Der Ausweisung als Windeignungsgebiete stehen insbesondere Belange des Naturschutzes im Sinn des § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB i.V.m. § 44 Abs. 1 BNatSchG entgegen. Gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG darf eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung nur dann erteilt werden und eine Positivplanung nur dann erfolgen, wenn sichergestellt ist, dass die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden und gem. Nr. 2 der Vorschrift andere öffentlich-rechtliche Vorschriften der Errichtung und dem Betrieb der Anlage nicht entgegenstehen. Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BImSchG dürfen von immissionsträchtigen Anlagen keine schädlichen Umwelteinwirkungen, sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorgerufen werden. Die in § 6 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG angesprochenen „anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften” verweisen insbesondere auf die entgegenstehenden öffentlichen Belange, definiert in § 35 Abs. 3 BauGB, wobei die in § 35 Abs. 3 BauGB vorhandene Auflistung der entgegenstehenden öffentlichen Belange nur exemplarisch aber nicht abschließend ist. Nach § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 BauGB liegt eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange vor, wenn das Vorhaben die Belange des Naturschutzes beeinträchtigt. Die Belange des Naturschutzes sind unabhängig vom Naturschutzrecht zu prüfen und unterliegen der vollen gerichtlichen Kontrolle. Im Umweltbericht wird ausgeführt, dass der Planung einzig und allein ein vom Umweltministerium Baden-Württemberg herausgegebener Fachbeitrag für alle Regionalverbände	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Baden-Württembergs zugrunde gelegt wird. Nach eigenen Angaben des Planungsverbandes wurden lediglich die „landesweit wichtigsten Quellpopulationen windkraftsensibler Arten sowie ausgewählter weiterer Vogel- und Fledermausarten identifiziert“. Lediglich die naturschutzfachlich als besonders hochwertigen Schwerpunktvorkommen sind in die Abwägung und Auswahl der Vorranggebiete Windenergie eingeflossen. Der Planverband weist darauf hin, dass regionalplanerische Festlegungen, die in ihrer Umsetzung in einem unauflösbaren Konflikt zum Artenschutzrecht stehen würden, unzulässig seien. Bereits hieraus ergibt sich, dass angesichts des Unterlassens einer konkreten Artenschutzprüfung diese „unauflösbaren Konflikte“ weder erkannt noch beurteilt werden können. Es bleibt also den Zufall überlassen, ob seitens des LUBW zufällig Arten in diesem Gebiet festgestellt werden oder nicht. Nach Ansicht des LUBW genügt es für eine artenschutzrechtliche Prüfung, wenn die Potenzialflächen in Kategorien eingeteilt werden. Unterfällt eine solche Fläche der Kategorie B, könne in einem späteren Genehmigungsverfahren im Bedarfsfall mit hoher Wahrscheinlichkeit eine artenschutzrechtliche Ausnahme §§ 45 Abs. 1 i.V.m. 45b Abs. 8 BNatSchG und damit eine Genehmigung erteilt werden. Auf dieser Grundlage kann keine naturschutzfachliche/artenschutzfachliche Bewertung vorgenommen werden. Der Planungsverband wird dementsprechend seinem Auftrag, entgegenstehende naturschutzrechtliche Belange in Erfahrung zu bringen nicht gerecht. Dessen ungeachtet unternimmt der Planungsverband aber keine weiteren Aktivitäten, diese mehr als unsichere und oberflächliche Datenlage durch eine ordnungsgemäße artenschutzrechtliche Prüfung zu beseitigen. Der Planungsverband ist dementsprechend aufzufordern, für die oben genannten Potentialflächen eine ordnungsgemäße und fachlich korrekte umfassende artenschutzrechtliche Prüfung vorzunehmen.	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Meine Mandantschaft, die von ihrem Wohnhaus aus nahezu das gesamte Plangebiet überschauen kann, besitzt darüber hinaus weitreichende Aufzeichnungen hinsichtlich der Raumnutzung artengeschützter Vögel, insbesondere der Vogelart Rotmilan und Schwarzstorch. Der Rotmilanbestand hat sich seit 2000 in diesem Gebiet verdoppelt. Ein erhebliches Gefährdungspotenzial besteht darüber hinaus hinsichtlich der Fledermauspopulation. Landschaftsschutz und UNESCO-Welterbe Das Landesdenkmalamt hat anlässlich eines Versuchs der Genehmigung von Windkraftanlagen im Jahr 2017 eine Gefährdung des Denkmalschutzes eingeschätzt und einer entsprechenden Nutzung widersprochen. Genauer wurde damals eine Beeinträchtigung des geschützten Lonetals mit seinen Höhlen angemahnt und die Versagung des zu diesem Zeitpunkt beantragten UNESCO-Welterbe-Status befürchtet. Weil die Vogelherdhöhle in die Welterbe-Liste der UNESCO aufgenommen und 2017 die Höhle und die sie umgebende Landschaft zum UNESCO-Welterbe erklärt wurde, stellte die EnBW damals ihre Aktivitäten zum Windparkbau ein. Es ist deshalb nicht nachvollziehbar, weshalb eine erneute Windparkplanung nun in Gang gesetzt wird. An der Begründung für eine Genehmigungsversagung hat sich grundsätzlich nichts geändert. Vielmehr besteht nun das realistische Risiko der Aberkennung als Welterbestätte durch die UNESCO. Grundsätzlich liegt somit ein Verstoß gegen das Bekenntnis zum Kulturerbe im Koalitionsvertrag: „Welterbe vernetzen, schützen, erleben“. Aus dem Koalitionsvertrag zu den Bereichen Denkmalschutz und Denkmalpflege vom 11.5.21 ist zu zitieren: „Wir wollen den universellen Wert unserer bisher sechs UNESCO-Welterbestätten in Baden-Württemberg für zukünftige Generationen bewahren.“ Gerade erst im April 2024 wurde erfreulicherweise die Förderung	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		der UNESCO-Welterbestätten durch den Welterbefonds BW in Höhe von 1,4 Millionen Euro jährlich beschlossen. In Ihrer Pressemitteilung dazu heben sie die „herausragende Bedeutung innerhalb der Denkmallandschaft von Baden-Württemberg“ hervor und betonen die Wichtigkeit, „das gemeinsame Erbe derMenschheit für unsere Kinder und Kindeskinder zu bewahren“. Abgesehen vom Welterbe ist die Schwäbische Alb auch UNESCO-Geopark und Biosphärengebiet. Die Höhlenregion ist selbstverständlich dauerhaft ein Forschungsgebiet für das Jungpaläolithikum. Nicht zuletzt gilt auch das Eselsburger Tal, welches direkt an den geplanten Windpark grenzt, als kulturgeschichtlich bedeutsame Landschaft. Anzuführen ist ferner das große Engagement der Region im Bereich regenerativer Energien. So haben zum Beispiel viele Bürger der Gerstetter Alb in den letzten Jahren private Photovoltaik-Anlagen installiert. Vor allem deshalb wird der Energiebedarf inzwischen zu ca. 95 Prozent durch regenerative Energien gedeckt (Bericht zur Energiewende in Gerstetten). Auch der Tourismus steht mit dem Landschaftsschutz und dem Schutz der Kulturlandschaft in engem Zusammenhang. Die Aufzählung der geschützten und schützenswerten Güter in § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB ist nicht abschließend beschrieben, sondern exemplarisch dargestellt. Der Gesetzgeber hat hier die für nahezu sämtliche Bereiche des Landes geltenden Schutzgüter aufgelistet. Waldschutz Der Windpark soll vorwiegend im Wald errichtet werden. Der Teichhau-Wald ist ein sehr dolinenreicher Wald. Der Mischwald zeichnet sich durch eine große Vielfalt an Bäumen und Arten aus. Der Teichhau-Wald grenzt direkt an das Eselsburger Tal (Natura2000 Gebiet), ein sehr beliebtes Naherholungsgebiet und weit über den Kreis Heidenheim hinaus bekannt. Der Albschäferweg (Der beliebteste Wanderweg Deutschlands 2022) führt direkt durch den Teichhau und direkt an den Albschäferweg soll Windrad 4 gebaut werden. Außerdem ist auch das Lonetal – seit 2017 UNESCO Welterbe – nicht weit entfernt; Luftlinie ca 3-5 km. Hierzu werden breite Wege mit Einschränkungen bis zu 10 m (Kreuzungen, Einbiegungen, Kurven) in den Forst eingeschlagen.	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Hinzu kommen die großen Stellflächen für die Windkraftanlage selbst und die Kranfläche auch die Flügel mit einer Länge von 90 m müssen im Wald abgelegt werden, sodass entsprechender Kahlschlag erfolgt. Durch diesen massiven Eingriff in den Wald wird dieser nachhaltig geschädigt. Die Wasserversorgung des Waldes wird durch die Windkraftanlagen gefährdet. Es dürfte zwischenzeitlich allgemein bekannt sein, dass ein Hauptgrund für die Gefährdung des Waldes die Trockenheit ist. Durch die Windkraftanlage gerade im Bereich der oberirdischen und unterirdischen Wasserflächen wird die Wasserversorgung des Waldes extrem gefährdet. Dies gilt nicht nur für die Standfläche der Windkraftanlage, sondern auch für die zu schaffenden Zuwegungen. Es werden neue Wege in einer Breite von mindestens 4,5 m (in Kurven usw. weitaus größere Breiten) geschaffen und der Wald gerodet. Die bestehenden Wege müssen ebenfalls tief ausgegraben und für den Schwerlastverkehr ausgebaut werden. Dadurch wird der Wald in einzelne kleinere Fragmente geteilt. Es entstehen auf Dauer riesige Freiflächen, die insgesamt die Temperatur und Austrocknung des Waldes fördern. Insoweit verweise ich auf die ZDF- Dokumentation „Streitfall Windenergie“ vom 3.9.2023: https://www.zdf.de/dokumentation/planet-e/planet-e-streitfall-windenergie-100.html Professor Pierre Ibisch weist aufgrund eines untersuchten Windparks bei Nieskau auf die negativen Auswirkungen hin. Satellitenaufnahmen aus der Zeit vor dem Windkraftausbau und nach dem Windkraftausbau zeigen die massive Erhöhung der Oberflächentemperaturen der Freiflächen im Wald und die damit verbundenen negativen Auswirkungen auf den Wald. Jeder Weg und jede Schneise innerhalb des Waldes sorgen an heißen Tagen für eine deutliche Erwärmung des Waldes und damit eine fortschreitende Schädigung. Laut Aussage des Professors Ibisch ist die Folge Stress, die beiträgt zur Schwächung des Gesamtsystems Wald und erhöht dazu noch die Risiken für erhöhte Waldbrandgefahr. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang auch die am 10.2.2023 ergangene Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs zum Thema Waldschutz und „überragendes öffentliches	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Interesse“. Verwiesen wird auf die Internet Veröffentlichung: https://www.taylorwessing.com/de/insights-and-events/insights/2023/08/rechtsprechung-zum-waldrecht Hieraus ist zu zitieren: Der Hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH Hessen) hat im Februar diesen Jahres im Rahmen eines Eilrechtsschutzverfahrens (VGH Hessen, Beschluss vom 10.02.2023, Az. 9 B 247/22.T) gegen die Genehmigung einer Waldumwandlung von insgesamt rund 5 Hektar Waldfläche für den Ausbau einer Zuwegung zu einem Windpark eine Grenze des neuen § 2 EEG 2023 aufgezeigt: Zwar seien auf Grundlage des § 2 EEG die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die durchzuführende Schutzgüterabwägung einzubringen und könne das Interesse am Ausbau der erneuerbaren Energien nur in Ausnahmefällen überwunden werden – aber: Die für die Abwägung erforderliche Ermittlung aller relevanten Tatsachen muss der Entscheidung des VGH Hessen zufolge dennoch erfolgen. Die Zusammenstellung und Ermittlung der relevanten Tatsachen erfolgten im zu entscheidenden Fall nach Überzeugung des Gerichts nur lückenhaft. Dem Eilrechtsschutzantrag gegen das Vorhaben wurde daher stattgegeben. § 2 EEG bietet im Hinblick auf die vorzunehmende Ermittlung der Tatsachengrundlage also keine Erleichterung: Die für die Gewichtung der abwägungserheblichen Belange notwendige Tatsachengrundlage muss in einem ersten Schritt umfassend ermittelt werden. Erst innerhalb der (nachgelagerten) auf Grundlage aller zu berücksichtigenden Tatsachen vorzunehmenden Abwägung kommt § 2 EEG zum Zuge und kann zur Durchsetzung des Interesses am Ausbau erneuerbarer Energien verhelfen. Zu beachten ist, dass dieser allgemeine Grundsatz Geltung über das Waldrecht hinaus zugesprochen werden kann. Mangelnde Windhöffigkeit Die Aufzeichnung der Windgeschwindigkeiten Dettingen aus dem Jahr 2015 (Quelle wetter.com) liegen weit unterhalb der für Windkraftanlagen notwendigen Werte. Es entzieht sich der Kenntnis des Unterfertigten, inwieweit seitens der Investoren aktuell konkrete Messungen über einen Zeitraum eines gesamten Jahres durchgeführt wurden. Wie bereits an anderer Stelle mehrfach in Baden-Württemberg festgestellt, bieten die im Windenergieerlass angesprochenen Karten des TÜV bzw.	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		des DWD keine ausreichende und belastbare Aussagekraft zu den tatsächlichen Windgeschwindigkeiten in diesem Bereich. Wie die oben genannten Aufzeichnungen wiedergeben, liegen die tatsächlichen vorhandenen Windgeschwindigkeiten weit unterhalb einer sinnvollen Windenergienutzung. Die Windhöffigkeit liegt laut Messungen aus dem Jahr 2015 bei lediglich 5,6 m/s. Fazit. Insgesamt ist festzustellen, dass die Fläche aus der Planung Vorranggebiete für Windkraftanalgen herauszunehmen ist.	
lfd. Ident-Nr.: 330 Luftsportring Aalen e.V. Stn-Id: 103	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 2050 Das Vorranggebiet 53 ist weniger als 850 m von Queranflug- bzw. Querabflugteil der veröffentlichten Platzrunde des Verkehrslandeplatzes Aalen/Elchingen (EDPA) entfernt. Laut der von Ihnen selbst genannten und zu berücksichtigenden Vorgaben - in diesem Fall der "Nachrichten für Luftfahrer (NfL) 1-92-13" - muss ein Mindestabstand von 850 m eingehalten werden. Da dies ganz offensichtlich nicht der Fall ist, ist das Gebiet 53 vollständig aus der Planung zu nehmen. Dem Anhang Windraeder_NFL92.pdf kann der Sachverhalt entnommen werden. In blauer Farbe sind die einzuhaltenden Mindestabstände gemäß NFL 92/13 eingezeichnet	Wird gefolgt Die vorliegenden Daten wurden kontrolliert, die Abstände wurden zunächst angepasst. Zur Konfliktreduzierung mit dem Geradeausan- und -Geradeausabflug am Verkehrslandeplatz Aalen-Elchingen und in Verbindung mit anderen Abwägungsbelangen wird das geplante Vorranggebiets 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 330 Luftsportring Aalen e.V. Stn-Id: 103	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 2051 Wir weisen darauf hin, dass die genannte Vorgabe aus dem Jahr 1992 stammt, als Windräder noch deutlich kleiner, bzw. in den heutigen Dimensionen mit Blattspitzenhöhen von knapp 300 m und Rotorkreisdurchmessern bis fast 200 m kaum vorstellbar waren. Es ist daher davon auszugehen, dass heute im Falle eines Rechtsstreits bei einer konkreten Planung deutlich größere Abstände zugrundegelegt werden müssen.	Wird zur Kenntnis genommen. Die im Plankonzept (Kriterienkatalog) verankerten Abstände zu Flugplätzen folgen den Empfehlungen, die als Planungskorridor für die Regionale Planungsoffensive erarbeitet wurden. Die Prüfung von Abständen für konkrete Bauvorhaben erfolgt in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Die Luftfahrtbehörde wird bei diesen Verfahren beteiligt, um die luftfahrtrechtlichen Belange zu prüfen.
lfd. Ident-Nr.: 330 Luftsportring Aalen e.V. Stn-Id: 104	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2052 Der Verkehrslandeplatz Aalen/Elchingen (EDPA) ist eine Infrastruktureinrichtung des Landes Baden-Württemberg und für Flugzeuge bis 10 to Abfluggewicht zugelassen. So große Flugzeuge können nicht die veröffentlichte kleine Platzrunde	Wird zur Kenntnis genommen. Der erforderliche Geradeausan- und Geradeausabflug für am Verkehrslandeplatz Aalen-Elchingen zugelassenen Flugzeuge wird bei der Anpassung der Gebietskulisse des 1. Anhörungsentwurfs berücksichtigt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		fliegen (s. hierzu unsere Anmerkungen zum Gebiet 53), sondern benötigen An- und Abflugstrecken von rund 8 km Länge in gerader Verlängerung der Landebahnachse. Diese Strecken müssen frei von Hindernissen sein, da die Flugzeuge dort in niedriger Höhe fliegen. (siehe Anhang)	Die Anregungen der Luftfahrtbehörde (RP Stuttgart, Ident -Nr. 187, DS-Nr. 1967) werden hierbei besonders berücksichtigt. Durch die Anpassung der Gebietskulisse des 1. Anhörungsentwurfs wird der beschriebene Konflikt mit der Strecke für Geradeausan- und Geradeausabflüge am Verkehrslandeplatz Aalen-Elchingen reduziert. Die Hindernisfreiheit im An- und Abflugbereich ist ein Detail, das über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgeht und ist in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 330 Luftsportring Aalen e.V. Stn-Id: 104	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2055 Der Verkehrslandeplatz Aalen/Elchingen (EDPA) ist zudem Vertragsflugplatz für die Fachklinik Neresheim. Das ganze Jahr über finden wöchentlich mehrere An- und Abflüge von Luftfahrzeugen zur Verlegung von Patienten statt. Insbesondere bei marginalen Wetterlagen sind auch diese Luftfahrzeuge auf einen ungehinderten Anflug aus westlicher Richtung direkt auf die Piste angewiesen, welcher durch eine Realisierung des Gebiets 54/1 völlig abgeriegelt wird. Hierdurch wird die Nutzung des Flugplatzes für medizinische Flüge und die gewerbliche Luftfahrt stark eingeschränkt.	Wird zur Kenntnis genommen. Durch die Anpassung der Gebietskulisse des 1. Anhörungsentwurfs für den Geradeausan- und Geradeausabflug Verkehrslandeplatz Aalen-Elchingen wird das Vorranggebiet 54 im Süden zurückgenommen. Der beschriebene Konflikt wird dadurch reduziert.
lfd. Ident-Nr.: 330 Luftsportring Aalen e.V. Stn-Id: 104	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2056 Der Luftsportring Aalen (LSR) ist mit ca. 560 Mitgliedern einer der größten Segelflugvereine in Deutschland und hat in der Vergangenheit zahlreiche nationale und internationale Segelflugwettbewerbe ausgerichtet. Erst in diesem Jahr haben wir mit der Qualifikation zum Segelflug-Grand-Prix eine internationale Meisterschaft durchgeführt. In 2026 wird der LSR die Segelflug-Weltmeisterschaft der Junioren ausrichten. Um überhaupt Wettbewerbe auf diesem Niveau durchführen zu können, bedarf es ausgedehnter Freiflächen rund um den Flugplatz. Diese Flächen sind für die Start- und Landephase bei Wettbewerben zwingend erforderlich, da hier eine Vielzahl von Flugzeugen innerhalb kurzer Zeit in die Luft gebracht werden müssen bzw. landen. Hierzu werden insbesondere die Bereiche östlich und westlich der Landebahn als Schleppstrecken benötigt. Darüber hinaus sind Wartebereiche für Segelflugzeuge besonders im Norden des Flugplatzes erforderlich.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 330 Luftsportring Aalen	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien –	BE-ID: 2057 Wir beantragen daher eine Streichung des Gebiets 54/1, damit ein	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Teilfläche 54/1 des Gebiets "Ebnat" wird im Süden aufgrund von

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
e.V. Stn-Id: 104	Gebietssteckbriefe VRG 54 Ebnat	ungehinderter An- und Abflug in direkter Verlängerung der Start- und Landebahn des Verkehrslandeplatzes Aalen/Elchingen (EDPA) möglich bleibt. Dem Anhang können die erforderlichen An- und Abflugstrecken entnommen werden. Auf der Seite 2 ist die Überlagerung der An- und Abflugstrecken mit den geplanten Vorranggebieten 53 und 54 dargestellt.	Anregungen zur 1. Anhörung zurückgenommen. Für den An- und Abflug in direkter Verlängerung der Start- und Landebahn des Verkehrslandeplatzes Aalen/Elchingen (EDPA) wird eine Schneise freigehalten. Das Vorranggebiet 54 "Ebnat" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 330 Luftsportring Aalen e.V. Stn-Id: 105	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 48 Erweiterung Waldhausen / Beuren	BE-ID: 2059 Die im Luftfahrthandbuch (AIP) veröffentlichte Platzrunde des Verkehrslandeplatzes Aalen/Elchingen verläuft aus Lärmschutzgründen weitläufig nördlich um die Ortschaft Elchingen herum. Der Gegenanflugteil dieser Platzrunde verläuft entlang der Waldkante "Bisserhart" südlich der Ortschaften Beuren und Hohenlohe. Zur Landung muss in diesen Gegenanflugteil von Norden her eingeflogen werden und zwar bereits in Höhe der festgelegten Platzrunde. Diese Höhe beträgt 2.700 ft, entsprechend 823 m über NN. Dies bedeutet, dass bei einer Geländehöhe von über 600 m die Flugzeuge in einer Höhe von etwa 200 m über dem Gelände und damit deutlich unter der Blattspitzenhöhe der zukünftigen Windenergieanlagen fliegen müssen. Der Einflug von Norden in die Platzrunde ist durch die bereits bestehenden Windenergieanlagen östlich von Waldhausen stark beeinträchtigt. Bei einer Realisierung des Vorranggebiets 48/2 wird ein Einflug von Norden in gerader Richtung unmöglich gemacht. Hinzu kommt, dass in Höhe der Rotorkreise geflogen werden muss, was bei den vorherrschenden östlichen und westlichen Windrichtungen zu starken Turbulenzen und damit zu sicherheitskritischen Beeinträchtigungen der Anflüge führt. Des Weiteren wird dieser Bereich nördlich des Flugplatzes bei Segelflugmeisterschaften als Warteraum für die beteiligten Segelflugzeuge benötigt.	Wird zur Kenntnis genommen. Der erforderliche Anflug zur Platzrunde des Verkehrslandeplatz Aalen-Elchingen wird bei der Anpassung der Gebietskulisse des 1. Anhörungsentwurfs berücksichtigt. Die Anregungen der Luftfahrtbehörde (RP Stuttgart, Ident -Nr. 187, DS-Nr. 1968) werden hierbei besonders berücksichtigt. Die Teilfläche 48/2 des Vorranggebiets 48 "Erweiterung Waldhausen / Beuren" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Die Teilflächen 48/1 und 48/3 des Vorranggebiets 48 "Erweiterung Waldhausen / Beuren" sind für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 358 DHV e.V. - Deutscher Gleitschirmverband und Drachenflugverband Stn-Id: 61		BE-ID: 2048 der Deutsche Hängegleiterverband (DHV) ist Beauftragter des Bundesministeriums für Verkehr und zuständig für die Fluggeländezulassung nach § 25 LuftVG und für die Luftaufsicht nach § 29 LuftVG. Vorliegend betreibt unser Mitgliedsverein DHC Heidenheim e.V. einen Flugplatz nach § 6 LuftVG im Gemeindebereich 89561 Dischingen (Genehmigt durch das RP Stuttgart). Uns wurde mitgeteilt, dass in diesem Bereich Windkraftanlagen geplant sind. Vorsorglich weisen wir darauf hin,	Wird zur Kenntnis genommen. Alle flugverkehrlichen Belange wurden sachgerecht geprüft. Das Vorranggebiet 51 "Dischingen / Nattheim" wird aufgrund von Anregungen zum 1. Anhörungsentwurf sowie nach Beratung und Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		dass die Windkraftanlagen den Flugbetrieb nicht negativ beeinträchtigen dürfen. Hier geht es insbesondere um Verwirbelungen und einer möglichen Hindernissituation. Zu Ihrer Information der Standort des Geländes: https://www.dhv.de/db2/details.php?qi=glp_details&popup=1&item=1170	
lfd. Ident-Nr.: 358 DHV e.V. - Deutscher Gleitschirmverband und Drachenflugverband Stn-Id: 61		BE-ID: 2049 Sollten im Umfeld Planungen hinsichtlich Windkraft beabsichtigt sein, bitten wir um Beteiligung des DHV, des RP Stuttgart (Abt. Luftverkehr) und des DHC Heidenheim e.V. Gerne hören wir von Ihnen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 323 Privat Stn-Id: 140		BE-ID: 489 Befürwortende Stellungnahme zur Neuausweisung von Windvorranggebieten im Gemeindegebiet der Gemeinde Steinheim Als Bürger dem Gemeinde Steinheim am Albuch möchte ich zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 und der damit in Verbindung stehenden Neuausweisung von Windvorranggebieten wie folgt Stellung nehmen. Allgemein: Unser „Energiehunger“ wächst und die Produktion von erneuerbarer Energie ist wichtiger denn je. Dies insbesondere auch deshalb, da fossile Energieträger endlich sind und gerade in einem hoch technisierten Land wie bei uns in Deutschland, nicht in dem Maße zur Verfügung stehen, um unseren Bedarf aus eigenen Ressourcen decken zu können. Neben PV, bietet auch bei uns die Windenergie ein unendliches Potential, dass als wesentlicher Baustein in der Lage ist, uns nachhaltig mit Strom zu versorgen, um uns unabhängig von Anderen, möglichst autark aufzustellen. Doch nicht nur das. Die erneuerbaren Energien werden auch wesentlich dazu beitragen, uns klimaneutral zu positionieren, um so hoffentlich die Klimaänderungsfolgen abzumindern. Gut, dass unser Gesetzgeber nun endlich auch dieses Potential und die Bedeutung für unser Land, die Menschen (kleinräumig und auch global gedacht) und die Ökosysteme erkannt hat und die Errichtung und den Betrieb von Erneuerbare-Energien- Anlagen dem überragenden öffentlichen Interesse und der öffentlichen Sicherheit dienend zugeordnet hat. Gesetzgeberisch wurden die	Der Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie § 20 KlimaG.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Weichen gestellt, deren Ausfluss die nun laufende Teilfortschreibung ist. Vom Regionalverband wurden nun auch auf unserer Gemarkung, nach fundierter Faktenerhebung und Abwägung weitere Vorranggebiete ausgewiesen. Gebiet: Nr. 62 Erweiterung Gnannenweiler Nr. 63 Erweiterung Gussenstadt (mit Teilflächen auf Söhnstetter Gemarkung) Nr. 65 Gebiet Schönbühl	
lfd. Ident-Nr.: 323 Privat Stn-Id: 140		BE-ID: 491 Als Bürger der Gemeinde Steinheim befürworte ich einen weiteren sinnvollen Zubau auf unserer Gemarkung aus folgenden grundsätzlichen Gründen ausdrücklich: - Strom kann Vorort produziert werden und reduziert somit die Abhängigkeit von Anderen - Die Gemeinde und deren Bürger leisten durch die Akzeptanz ihren gesamtgesellschaftlichen Beitrag zum Gelingen der Energiewende - Alle Bürger der Gemeinde profitieren vom sich mittel und langfristig einstellenden positiven Klimaeffekt - Windkraftausbau fördert unsere Wirtschaftsleistung, was uns Bürger auf allen Ebenen entgegenkommt. - Alle Bürger der Gemeinde profitieren auch finanziell von Erneuerbaren Energien Anlagen in Form von möglichen Pachteinnahmen, anteiliger Gewerbesteuer und der freiwilligen (aber eigentlich längst üblichen) Kommunalabgabe gemäß § 6 EEG. Das Bewusstsein in Bezug auf all diese Punkte muss generell gestärkt werden, um die Akzeptanz der Erneuerbaren Energien Anlagen noch weiter zu erhöhen. Formal möchte ich zunächst zwei redaktionelle Hinweise geben. - In der Zusammenstellung auf Seite 76 der SUP, fehlt das Gebiet Nr. 63 „Erweiterung Gussenstadt, obwohl es im Gebietssteckbrief Seite 113 und 114 ebenfalls als „konfliktbehaftet“ deklariert und auch eine Erweiterung eines Bestandsgebietes ist. Die gleiche Einordnung gilt für das Gebiet Nr. 62 „Erweiterung Gnannenweiler“. Beide Gebiete sind im Bezug auf die Gemeinde Steinheim als gleich anzusehen. - Im Plansatz mit Begründung wird das Gebiet 62 „Erweiterung	Die Hinweise und Anmerkungen werden zur Kenntnis genommen. Die redaktionellen Hinweise zur SUP wurden geprüft und im Dokument angepasst. Weiterhin wurden der Plansatz inkl. der Gebietssteckbriefe zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 entsprechend der Anregungen - insb. seitens der zuständigen Raumordnungsbehörden - aus der 1. Anhörung überarbeitet. Den Ausführungen zum Kriterium Wind wird zugestimmt. Die geplanten Vorranggebiete 62 "Erweiterung Gnannenweiler" und 63 "Erweiterung Gussenstadt" liegen lauf Windatlas des Landes (LUBW, 2019) in sehr windhöffigen Bereichen (>215 W/m²) und sind dementsprechend für die Nutzung der Windenergie grundsätzlich gut geeignet. Hinsichtlich des Kriteriums Siedlungsabstand hat die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg den Kommunen die Verringerung des regionalen Planungskriteriums "1.000m Umgebungsabstand" auf 750m eingeräumt, wenn dies mit einem Gemeinderatsbeschluss belegt werden kann. Für das geplante Vorranggebiet 62 hat eine Reduzierung des Siedlungsabstandes keine Auswirkungen auf eine potenzielle Erweiterung des Gebiets, da im betroffenen Bereich andere planerische Ausschlusskriterien gem. des Kriterienkatalogs entgegenstehen. Auch im benannten Bereich "Reishalde" stehen der Festlegung eines Vorranggebiets für regionalbedeutsame Windenergieanlagen im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 Ausschlusskriterien entgegen. Für das Vorranggebiet 63 liegt seitens der betroffenen Kommune keine Stellungnahme und kein Gemeinderatsbeschluss zur Reduzierung des Siedlungsabstandes vor. Hinsichtlich des Hinweises auf die Wertung der Schutzgüter wird auf die SUP verwiesen. Das Kriterium Windhöffigkeit wurde im Zuge des gesamträumlichen, regionalen Planungskonzepte umfassend

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Gnannenweiler“ als „Gebiet mit schneller Umsetzung eingestuft. Dies muss auch für das Gebiet Nr. 63 festgelegt werden, da sich dieses Gebiet ebenfalls an ein Bestandsgebiet anlehnt und somit umsetzungsbegünstigende und beschleunigende Faktoren vorhanden sind. Der Plansatz ist in Bezug auf das Gebiet 63 entsprechend anzupassen und dies in der Gesamtabwägung zu berücksichtigen. Obwohl beide Gebiete in der Gesamtabwägung als „konfliktbehaftet“ eingestuft sind, bieten sie doch herausragendes Potential im Vergleich zu anderen Gebieten. Kriterium Wind: Was ist denn die wesentlichste Voraussetzung für den nachhaltigen Betrieb einer Windkraftanlage? Unsere Vorfahren haben es uns vorgemacht! Sie haben Windräder (Windmühlen) dort gebaut wo auch Wind, viel Wind wehte. Die Windhöffigkeit muss das wesentlichste Kriterium für die Ausweisung von Vorranggebieten sein! Und hier ist gerade das Gebiet 63 „Erweiterung Gussenstadt“ prädestiniert. Das Potential dieser Flächen wurde im regionalen Vergleich schon sehr früh erkannt, was sich daran erkennen lässt, dass sich hier die „ältesten“ Windkraftanlagen in unserer engeren Raumschaft befinden. Die Anlagen haben bereits Jahrzehnte lang wirtschaftlich Strom produziert. Einige von diesen Anlagen befinden sich momentan schon im Repowering um die Windhöffigkeit noch besser ausnutzen zu können. Ein Repowering würde wohl kaum stattfinden, wenn das Gebiet nicht Potential bieten würde Ich befürworte deshalb ausdrücklich, dieses äußerst windhöffige Bestandsgebiet weiter auszuweiten, um so den Grundstein für neue Erneuerbare-Energien- Anlagen, auch auf Söhnstetter Gemarkung, zu legen. Die gute Windhöffigkeit wird einen in allen Belangen „wirtschaftlichen“ Betrieb sicherstellen, da die Anlagen nicht nur Statisten sein werden, sondern durch Effizienz für grünen Strom mit hoher positiver Klimaleistung sorgen werden. Sinngemäß gilt das auch für das Gebiet Erweiterung Gnannenweiler. Kriterium Siedlungsabstand Um den Zubau insbesondere in den sehr windhöffigen Gebieten ideal gestalten zu können, sollte auch der Siedlungsabstand zu den	berücksichtigt und fand im Rahmen der Gesamtabwägung mit entsprechender Gewichtung ebenfalls Berücksichtigung. Die Hinweise zum Kriterium Gebietsarrondierung werden zur Kenntnis genommen. Weitere Eignungsfaktoren (s. Kriterienkatalog) wie bspw. Nähe zu bestehender Infrastruktur sind in die Gesamtabwägung eingeflossen. Zum genannten Kriterium Fläche und den Anregungen zur bevorzugten Nutzung von Offenlandflächen für die Windenergienutzung: Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Eine pauschale Bevorzugung von Offenlandbereichen oder Ausschluss von Waldgebieten wäre nicht sachgerecht für die Sicherung der günstigsten Standorte für die Windenergienutzung und spiegelt nicht die ökologische Wertigkeit der Lebensräume wider. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Insgesamt ist eine wertigkeitsunabhängige Bevorzugung von Gebieten im Offenland gegenüber Gebieten im Wald weder sachgerecht noch geboten. Die Hinweise unter Punkt "Fakten als Entscheidungsgrundlage" und "Zusammenfassung" werden zur Kenntnis genommen. Das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 fußt auf rechtlichen und planerischen Kriterien. Weitere im Einzelfall zu prüfende Kriterien (s. Kriterienkatalog) sowie die im Kriterienkatalog aufgeführten Eignungsfaktoren wurden entsprechend betrachtet und bewertet. Weiterhin finden im Abwägungsprozess konkrete Abwägungsbelange Berücksichtigung.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Einzelgehöften reduziert werden. Dass die Gemeinde Steinheim dem offen gegenüber steht, zeigen Siedlungsabstände (Abstände von Weilern) von WKA´s von „nur“ 700 m in Neuselhalden oder 450 m in Gnannenweiler, die in der Vergangenheit Zustimmung fanden. Probleme gab es aufgrund der geringeren Siedlungsabstände hier bisher nicht. Auch in der unlängst stattgefundenen Gemeinderatssitzung der Gemeinde Steinheim am 05.06.2024, bei der es um die gemeindliche Stellungnahme zur Regionalplanfortschreibung Wind ging, zeigte sich die Gemeinde für Siedlungsabstände ab 700 m offen. Da dies in dieser Sitzung explizit für das Gebiet 62 „Erweiterung Gnannenweiler“ beschlossen wurde, so wie für eine „gemeindeeigene Wunschfläche“ im Bereich Dudelhof/Reishalde, muss das auch für alle anderen Gebiete im Gemarkungsgebiet gelten, also auch für das Gebiet 63 „Erweiterung Gussenstadt“, welches auch die grundsätzliche Zustimmung der Gemeinde fand. Es müssen logischerweise gleiche Maßstäbe angewendet werden. Die relevanten Schutzgüter sind überall gleich zu beachten und deren Wertung in der Abwägung muss gleich gehandhabt werden. Durch Gebietsvergrößerungen an der richtigen Stelle, resultierend aus einer möglichen Verringerung der Mindestabstände, könnte die nachweisbare sehr gute Windhöffigkeit der jeweiligen Gebiete noch besser genutzt werden. Kriterium Gebietsarrondierung: Sowohl das Gebiet Nr. 62 „Erweiterung Gnannenweiler“ als auch das Gebiet Nr. 63 „Erweiterung Gussenstadt“ sind wie es der Name schon sagt Erweiterungsflächen von Bestandsgebieten. Dies bietet folgende Vorteile im Vergleich zur kompletten Neuausweisung von Gebieten: - Bestehende Infrastruktur kann genutzt werden - Bestehende Netzinfrastruktur kann bei vorhandener Reservekapazität mitgenutzt werden - Sichtbeziehungen sind durch bestehende WEA schon vorgeprägt. Keine Störung bisher gänzlich freier Sichtachsen - Die Raumschaft hat die Bestandsanlagen bereits „akzeptiert“. Ein Zubau fällt nur unerheblich ins Gewicht Aus diesen Gründen, sollten Erweiterungsflächen in der Abwägung generell noch positiver bewertet werden. Kriterium Fläche: Als aktiver Landwirt, der auch eigene Waldflächen bewirtschaftet,	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		habe ich die grundsätzliche Überzeugung, dass Acker- und Waldflächen vorrangig der Urproduktion zur Verfügung stehen sollten! Selbstverständlich ist mir aber bewusst, dass unser neuzeitlicher Lebensstandard hier Ausnahmen erfordert und manche Nutzungen, wie eben die Windkraft, nur im Außenbereich und somit auf land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen möglich sind. Es gilt hier deshalb besonders genau abzuwägen wie wir unsere Flächen nutzen. Bei Windkraft bin ich der Überzeugung, dass diese trotz des Flächenverlustes vorrangig auf Ackerflächen umgesetzt werden sollten. Waldflächen für Windkraft heranzuziehen sollte immer die „zweite Wahl“ sein, da hier die Eingriffe wesentlich massiver sind und auch die Biodiversität- und Klimaleistung von Wald ungleich höher ist. Windkraftausbau erfordert immer den Zugriff auf land- und forstwirtschaftliche Flächen, weil hier die Alternative fehlt. Anders als bei PV- Freiflächenanlagen, bei dem Raubbau an der Ressource Fläche betrieben wird, gibt es eben keine Standortalternative wie etwa Dächer oder Verkehrsflächen, da Siedlungsflächen aufgrund des Schutzgut Mensch komplett ausscheiden. In Bezug auf dieses Kriterium bietet insbesondere das Gebiet Erweiterung Gussenstadt Nr. 63 wesentliche Vorteile zu anderen potentiellen Vorranggebieten, die sich größtenteils bzw. ausschließlich in Waldflächen befinden. Kriterium „Fakten als Entscheidungsgrundlage“ Der Regionalverband Ostwürttemberg hat mit den ausgearbeiteten Unterlagen für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 ein fundiertes Planwerk erstellt, bei dem die unterschiedlichen Aspekte faktenbezogen analysiert, verglichen, abgewogen und konkret dargestellt wurden. Durch diese Arbeit wurden die Gebiete in unserer Raumschaft herausgearbeitet die für einen weiteren Zubau in Frage kommen könnten. Subjektive Empfindungen, wie Sie derzeit in der Anhörungsphase schon vorgetragen werden (die Presse hat schon mehrfach berichtet) dürfen die Fakten die ausgearbeitet wurden nicht überlagern und keinen negativen Einfluss auf die weiteren Entscheidungsprozesse haben. Fakten müssen das ausschließliche Kriterium für die finale Entscheidungsfindung sein! Zusammenfassung: Zusammengefasst mein Hinweis für den weiteren Planungs- und Festlegungsprozess:	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Windvorrangflächen (WKA´s) dort: - wo sie unter ausschließlicher Berücksichtigung der Fakten sinnvoll sind - wo die Ressource Fläche und die Biodiversitätsleistung möglichst wenig beeinträchtigt wird - wo Sie sich aufgrund bestehender Anlagen besser einfügen - wo sich Synergien und somit ein reduzierter Ressourcenverbrauch aufgrund von Bestandsgebieten ergeben und vor allem dort - wo eine nachweislich sehr gut Windhöffigkeit als wesentlichstes Kriterium vorherrscht	
lfd. Ident-Nr.: 323 Privat Stn-Id: 140		BE-ID: 492 Ich befürworte aus oben genannten Gründen deshalb ausdrücklich die Ausweisung des Gebiets Nr. 63 „Erweiterung Gussenstadt“ und des Gebiets Nr. 62 „Erweiterung Gnannenweiler“ auf unserer Gemarkung und bitte, diese Gebiete im abschließenden Entscheidungsprozess verbindlich als „Windvorrangfläche“, ggf. mit den obigen Hinweisen angepasst auszuweisen!	Wird zur Kenntnis genommen Die beiden Vorranggebiete 62 "Erweiterung Gnannenweiler" und 63 "Erweiterung Gussenstadt" sind für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb die Gebiete im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt werden. Beide Gebiete werden aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst / reduziert.
lfd. Ident-Nr.: 324 Privat Stn-Id: 8	Kartenteil VRG 60 Rechberger Buch	BE-ID: 33 Ist Vorranggebiet Rechberger Buch wirklich Rechberger Buch? Auf Karte ist der Bereich am Schorren eingetragen ist. Was gilt ?? Hier ist zwischen Karte und Aussage keine Übereinstimmung zu sehen! Bitte klären und ggf richtigstellen.	Der Bereich nördlich der Kitzinghöfe ist als Rechberger Buch definiert, woraus sich der Name des Vorranggebiets 60 "Rechberger Buch" ableitet. Das Gebiet umfasst sowohl den Rechberger Buch als auch Teile des Schorren sowie des Betzenhau.
lfd. Ident-Nr.: 324 Privat Stn-Id: 7	4. Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen und Alternativenprüfung des Regionalplans VRG 60 Rechberger Buch	BE-ID: 34 Ich lehne o g. Vorranggebiet ab, aus folgenden Gründen:	Wird zur Kenntnis genommen. Die vorliegende Planung setzt die gesetzlich vorgegebenen Flächenziele der Bundes- und der Landesregierung um. Der Regionalverband kommt somit seinem gesetzlichen Auftrag nach. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Das Vorranggebiet 60 "Rechberger Buch" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 324 Privat Stn-Id: 7	4. Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen und Alternativenprüfung des Regionalplans VRG 60 Rechberger Buch	BE-ID: 35 Hier würde eine intakte Wald und Naturschutzfläche mit wunderschönen alten Baumbeständen und zu schützenden Tierarten zerstört und gestört werden. Dieser Bereich in unserer Umgebung muss so erhalten bleiben, wie er ist!	Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. (Vergleiche auch: Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff.)
lfd. Ident-Nr.: 324 Privat Stn-Id: 7	4. Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen und Alternativenprüfung des Regionalplans VRG 60 Rechberger Buch	BE-ID: 36 Uns Bürgern von Bartholomä muss man noch eine Natur-und Erholungsfläche lassen um unser Leben in und um Bartholomä lebenswert zu ermöglichen!!Deshalb sind wir nach Bartholomä hochgezogen und haben unser Haus hier in Bartholomä gebaut ! Wir sehen schon heute von unserem Haus aus in Ost- , West - und Nordrichtung nur Windräder (WKA). Kommen die im o.g. Bereich noch dazu, (und noch viel höhere) ist die Landschaft nicht mehr das was wir wollen. Unsere Lebensqualitäten werden dadurch stark reduziert und unser Wohnvermögen würde stark reduziert	Das Kriterium "Überlastungsschutz" wurde einschlägig geprüft. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Die Überlastung von Teilräumen kann abschließend erst bei fortgeschrittenem Planungskonzept bewertet werden, was in der Region Ostwürttemberg nach Abschluss der 1. Anhörung der Fall ist. Im Rahmen der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		werden. Der Belastungsausdruck auf die Menschen steigt stark an.	Überarbeitung des Planungskonzeptes wurde das genannte Modell zur Bewertung möglicher Überlastungen angewendet und der Raum Bartholomä dezidiert geprüft. Gemäß des durch die Kommune Bartholomä ebenfalls eingeforderten Prüf- und Bewertungsmodells liegt für den Bereich Bartholomä selbst bei Einbeziehung der Planungen der Nachbarregion Verband Region Stuttgart keine faktische Überlastungssituation vor. Der Regionalverband erkennt jedoch die potenzielle Belastung in dieser Raumschaft. In Verbindung mit anderen Abwägungsbelangen und u.a. um die Raumschaft im Grenzbereich zu entlasten, wird das Vorranggebiet 61 "Erweiterung Falkenberg" im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weitergeführt. Weiterhin dient die Teilfortschreibung der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden zwischen Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen und bspw. Wohngebieten Umgebungsabstände eingehalten, um den Menschen vor erheblichen, potenziell schädlichen Einflüssen zu schützen. Im nachfolgenden Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) wird die Einhaltung der Mindestabstände zu Siedlungsbereichen und der immissionsschutzrechtlichen Belange bei Vorliegen konkreter Anlagenstandorte geprüft. Weitergehende Forderungen nach dem Erhalt einer objektiv vorhandenen oder subjektiv wahrgenommenen Wohn- und Lebensqualität gehen über den gesetzlichen Immissionsschutz- und den regionalplanerischen Vorsorgeanspruch hinaus. Die Beurteilung der Lebensqualität wird von verschiedenen Faktoren bestimmt, z.B. dem materiellen Lebensstandard, der Bildung, den Berufschancen, dem sozialen Status, der Gesundheit, der den Wohnort umgebenden Natur. Die Gewichtung dieser Faktoren ist subjektiv und kann sich von Person zu Person stark unterscheiden. Auch die Wohnqualität kann mangels objektiver Maßstäbe nicht allgemeingültig definiert werden. Windenergieanlagen können einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und -unabhängigkeit Deutschlands leisten und damit mittelbar zum Erhalt der Lebensqualität beitragen bzw. Beeinträchtigungen der Lebensqualität vermeiden. Je nach Einstellung des Individuums zum Thema Windenergienutzung kann die Sicherung der Vorranggebiete für Windenergie im räumlichen Umfeld zum eigenen Wohnort daher ebenso positiv wie negativ zur Wohn- und Lebensqualität beitragen. Fragen zur Wohn- und Lebensqualität von Einzelpersonen können auf regionalplanerischer Ebene daher weder beeinflusst noch beurteilt werden und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Teilfortschreibung.
lfd. Ident-Nr.: 324 Privat Stn-Id: 7	4. Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen und Alternativenprüfung des Regionalplans VRG 60 Rechberger Buch	BE-ID: 37 Warum muss Bartholomä so massiv mit WKA´s umstellt werden? Wo bleibt hier die gerechte Verteilung an jene Stellen, die solche WKA´s haben wollen. Das muss für Bartholomä aufhören !!! Das kann auch in Schwäbisch Gmünder und Heubacher Umgebung realisiert werden, wenn man es will!	In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Auswahl der Gebiete für Windenergienutzung als Vorranggebiete gesamtregional zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten und einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umfassung / Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Eine Verteilung anhand von bspw. kommunalen Wünschen, Gemeindegrößen oder dem tatsächlichen Energieverbrauch (Verbrauchsschwerpunkte) wäre aus regionalplanerischer Sicht nicht sachgerecht. Denn die schrittweise Anwendung von Eignungs-, Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien führt dazu, dass in der Region nur eine beschränkte Anzahl an Gebieten verbleibt, die sich als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen eignen. Würden sich die Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen vor allem an bspw. Gemeindegrößen o.Ä. orientieren, ginge das nur über eine teilräumliche Relativierung bzw. Nichtanwendung der vorhandenen Ausschluss- und Eignungskriterien. Teilräumlich würden nur Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden können, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Darüber hinaus sind auf Gemarkung Schwäbisch Gmünd und Heubach im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 durchaus Windenergiegebiete (Vorranggebiete) geplant. Das Vorranggebiet 61 "Erweiterung Falkenberg" auf Gemarkung Bartholomä wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 324 Privat Stn-Id: 46		BE-ID: 2074 Ich bin als Bartholomäer Bürger gegen die Aufstellung von Windräder im Rechberger Buch (RB) und im Utzenberg (UB) .Außerdem gebe ich Ihnen nachfolgende Punkte mit zur Realisierung eines sehr guten Gesamtkonzeptes!	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 324 Privat Stn-Id: 46		BE-ID: 2076 1.Windkraft Anlagen (WKA) : Wie wird die Anzahl der WKA festgelegt? Ich stelle heute im Lautersteiner Windpark und am Falkenberg fest, dass ich in diesem Jahr nie alle WKA gelaufen sind!!!! Folglich sind zu viele aufgestellt. Wie verhindern Sie dies?	Die konkrete Windenergieanlagenplanung inkl. Festlegung der Anlagenanzahl und -platzierung sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren zu klären sind. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Der Hinweis zu den Windenergieanlagen im Windpark Falkenberg wird zur Kenntnis genommen. Wie bereits erwähnt, ist die konkrete Anlagenplanung und -umsetzung nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene.
lfd. Ident-Nr.: 324 Privat Stn-Id: 46		BE-ID: 2077 2.PV Anlagen ,Balkonlösung, Privatdächer und großflächig Landschaftsflächen werden bezuschusst von KfW Bank. Das heißt, dass weitere PV Anlagen zunehmen. Wie wird das bei den WKA berücksichtigt?	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Das Land Baden-Württemberg legt beim Ausbau der Erneuerbaren Energien einen besonderen Fokus auf die Wind- und Solarenergie. In § 20 und § 21 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG) werden für die Träger der Regionalplanung daher Flächenziele für die Windenergie sowie für die Freiflächenphotovoltaik vorgegeben. Bei der Festlegung der Flächenziele

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			hat der Gesetzgeber eine Gesamtbetrachtung des Strombedarfes und aller regenerativen Energiequellen vorangestellt und im Lichte der bundesgesetzlichen Vorgaben des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) bewertet. Maßgebliche Zielsetzung der vorliegenden Teilfortschreibung ist die Steuerung und raumordnerische Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen und damit die Umsetzung der Landesflächenziele nach § 20 und § 21 KlimaG. Die Förderung anderer Energieträger – sofern sie sich innerhalb der Regelungsmöglichkeiten der Regionalplanung bewegt – ist nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Sie obliegt insbesondere dem jeweiligen Gesetzgeber auf europäischer, bundesdeutscher und landesweiter Ebene, der den entsprechenden gesetzlichen Rahmen setzt.
lfd. Ident-Nr.: 324 Privat Stn-Id: 46		BE-ID: 2078 3. Wo bleibt der Netzausbau??? Überlandleitungen fehlen, Erdkabel sind zu teuer und sollen mangels Erfahrungen wieder abgeschafft werden. Heute können schon nicht alle Systeme angeschlossen werden ,weil das Netz es nicht aufnehmen kann! Netzausbau dauert zu lange und läuft somit hinterher. Warum wird das nicht bei der Aufstellung von WKA berücksichtigt? 4.Umschaltanlagen (Gleichstrom in Wechselstrom) fehlen ebenfalls im Netz. Ebenfalls Umspannwerke sind nicht ausreichend vorhanden.	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die o.g. gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Gemäß den Vorgaben des Bundes hat die Landesregierung Baden-Württemberg damit den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne auszuarbeiten. Zielsetzung der vorliegenden Teilfortschreibung ist die Steuerung der Nutzung der Windenergie in der Region Ostwürttemberg. Der Netzausbau wird von den Übertragungsnetzbetreibern vorangetrieben, für die Verfahrensführung (Bundesfachplanung) ist in den meisten Fällen die Bundesnetzagentur, in den anderen Fällen die örtlich betroffene Landesbehörde (Regierungspräsidium) zuständig. Der Regionalverband Ostwürttemberg wird sich wie bisher im Rahmen seiner Eigenschaft als Träger öffentlicher Belange in diesen Verfahren für die regionalplanerischen Interessen der Region einsetzen. Es sei darauf hingewiesen, dass im Zuge der Regionalen Planungsoffensive und der Vorgaben in § 20 und 21 Klimaschutz- und Klimaanpassungsgesetz alle Regionalverbände Baden-Württembergs parallel die Festlegung von

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Gebieten für Windenergie und Freiflächen-Photovoltaik vornehmen. Dadurch besteht die Möglichkeit, dass Netzbetreiber die gleichzeitig in ganz Baden-Württemberg festgelegten Gebiete als Planungsgrundlage für den Netzausbau nutzen können.
lfd. Ident-Nr.: 324 Privat Stn-Id: 46		BE-ID: 2079 5.Entwicklung Strommenge i. d. Zukunft. E-Autos werden deutlich weniger gefahren. Autoindustrie geht wieder auf Verbrenner und Hybrid zurück. Industrie wandert aus Deutschland aus!!! s. BASF Großfirma. H2 Herstellung ist in Deutschland unrentabel. s. Schwäbisch Gmünd findet keinen Investor für H2 Herstellung usw. Grüner H2 wird billiger im Ausland produziert. Deutschland ist zu teuer und zu langsam. Bürokratie bremst. 6.Strompreisentwicklung. Nicht immer teurer machen, sondern billiger. Hier ist ein Kostencheck dringend notwendig. Denn am Ende zahlt immer der Bürger die Zeche und das muss aufhören!	Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.
lfd. Ident-Nr.: 324 Privat Stn-Id: 46		BE-ID: 2080 7.Zwischenzeitlich sind wir in Bartholomä umzingelt von WKA was unser Leben hier deutlich verschlechtert, Tourismus gebremst, mein Haus verliert an Wert, wenn weitere, höhere WKA im RB und UB kommen sollten. Wir haben in Bartholomä schon unseren Beitrag zur alternativen Energie geleistet. Jetzt müssen Andere das auch machen! 8. Der RB und UB ist eine geschützter Bereich für Mensch (Wandern ,Radfahren, Tourismus) und Natur (FFH- Gebiet , Landschaftsschutzgebiet, europ. Vogelschutzgebiet)	Das Kriterium "Überlastungsschutz" wurde einschlägig geprüft. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Die Überlastung von Teilräumen kann abschließend erst bei fortgeschrittenem Planungskonzept bewertet werden, was in der Region Ostwürttemberg nach Abschluss der 1. Anhörung der Fall ist. Im Rahmen der Überarbeitung des Planungskonzeptes wurde das genannte Modell zur Bewertung möglicher Überlastungen angewendet und der Raum Bartholomä dezidiert geprüft. Gemäß des durch die Kommune Bartholomä ebenfalls eingeforderten Prüf- und Bewertungsmodells liegt für den Bereich Bartholomä selbst bei Einbeziehung der Planungen der Nachbarregion Verband Region Stuttgart keine faktische Überlastungssituation vor. Der Regionalverband erkennt jedoch die potenzielle Belastung in dieser Raumschaft. In Verbindung mit anderen Abwägungsbelangen und u.a. um die Raumschaft im Grenzbereich zu entlasten, wird das Vorranggebiet 61 "Erweiterung Falkenberg" im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weitergeführt. Die Entwicklung des Tourismus ist wie auch die Bevölkerungsentwicklung von vielerlei Faktoren und Akteuren abhängig. Die Belange des Tourismus sind mittelbar (z.B. über Siedlungsflächen für die Erholung mit entsprechenden Umgebungsabständen, Bereiche mit sehr hoher Landschaftsbildqualität oder in höchstem Maße raumwirksame Kulturdenkmale, darunter auch UNESCO-Welterbestätten) als

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Ausschlusskriterien oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien in die Auswahl und Bewertung eingeflossen. Zudem sind entsprechende Aspekte über die Schutzgüter "Menschen und menschliche Gesundheit", „Kultur- und Sachgüter“ und "Landschaft" in die Strategische Umweltprüfung eingeflossen. Touristische Belange, sowie die Belange der Freizeit- und Erholungsnutzung wurden gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG einbezogen, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde. Die Teilfortschreibung dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Beurteilung des Immobilienwertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob Wertminderungen durch Windenergieanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls, insbesondere im Falle eines tatsächlichen Verkaufs der Immobilie ab. Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass der Wert und die Preisentwicklung von Immobilien von ökonomischen und demografischen Einflüssen dominiert werden und nicht von Windenergieanlagen. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kaum möglich, den Anstieg oder den Rückgang des Verkehrswertes eines bebauten oder unbebauten Grundstücks auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen (s. Landtag von Baden-Württemberg (2019): Kleine Anfrage des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Wertminderung von Immobilien infolge von Windkraftanlagen II (Drucksache 16 / 5820), 26. Februar 2019, Stuttgart (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5820_D.pdf). Daher und wegen des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ist es aus Sicht des Regionalverbands weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Hinsichtlich des tangierten Landschaftsschutzgebietes "Kaltes Feld bis Rosenstein“ (Angaben in LUBW-Gebietssteckbrief: LSG-Nr. 1.36.021, Verordnung vom 04.11.1974 in der derzeit gültigen Fassung) wird mit § 2 EEG – dem überragenden öffentlichen Interesse der Erneuerbaren Energien – und der grundsätzlichen Öffnung der Landschaftsschutzgebiete nach § 26 (3) BNatSchG der Nutzung der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Windenergie im Rahmen der Gesamtabwägung der Gebietskulisse der Teilfortschreibung Windenergie 2025 durch Festlegung der Vorranggebiete „Utzenberg“ (59) und „Rechberger Buch“ (60) der Vorrang eingeräumt. Weiterhin liegen die angesprochenen Vorranggebiete 59 "Utzenberg" und 60 "Rechberger Buch" nicht innerhalb von Natura 2000-Gebieten.
lfd. Ident-Nr.: 324 Privat Stn-Id: 46		BE-ID: 2081 9.Unsere Wälder sind zu 80% krank ,es dürfen keine weitere WKA mehr im Wald aufgestellt werden! Zerstörung der Waldrefugien und Habitat Baumgruppen sowie die ganze Tierwelt, durch Straßenbau, Netzwerkrealisierung mit Verkehr und Lärm ,verschlechtert den Zustand erheblich! WKA außerhalb den Wäldern aufstellen! Das gehört ebenfalls in den Planungsprozess.	Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien, insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Eine pauschale Bevorzugung von Offenlandbereichen oder Ausschluss von Waldgebieten wäre nicht sachgerecht für die Sicherung der günstigsten Standorte für die Windenergienutzung und spiegelt nicht die ökologische Wertigkeit der Lebensräume wider. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Auf das Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff. wird hingewiesen. Gemäß Fachagentur Wind an Land zeigen aktuelle Erhebungen, dass für die Dauer des Betriebes von Windenergieanlagen (WEA) durchschnittlich ca. 0,48 Hektar für den Betrieb einer WEA gerodet werden

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			müssen. Hiervon entfallen ca. 0,05 ha auf die Versiegelung für das Fundament. Während der Bauphase sind zusätzlich ca. 0,47 ha freizuhalten, die nach Abschluss der Bauphase dann wieder aufgeforstet werden (Fachagentur Wind an Land 2024: Entwicklung der Windenergie im Wald.- Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Forstflächen in den Bundesländern.- Analyse.- S. 15f). Für die Inanspruchnahme der Waldflächen besteht das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung.
lfd. Ident-Nr.: 324 Privat Stn-Id: 46		BE-ID: 2082 Fazit: Für ein gutes Energie-Gesamtkonzept sind die Punkte 1- 6 und 9 mit in den Planungsprozess einzubringen, sonst wird wie in der Politik immer nur ein kleiner Teil realisiert ,(nur WKA´s zählen),jedoch kein Konzept realisiert. Meine langjährige Erfahrung als LA aus der Industrie hat mir das gezeigt. Punkt 7- 8 ist meine klare Aussage und mein Wille alles dafür zu tun, dass RB und UB keine WKA bekommen.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten und einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien. Die Kriterien werden in Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umfassung / Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Auf die Abwägung zu den genannten Punkten (BE ID 2074, 2075 bis 2081) wird verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 327 Privat Stn-Id: 15	Anhang B der SUP: Gebietssteckbriefe VRG 41 Ellenberg / Jagstzell West	BE-ID: 47 anbei die Stellungnahme zur Erweiterung Ellenberg / Jagstzell Ost. Das Vorranggebiet 41/2 liegt im Virngrund, dem größten zusammenhängenden Waldgebiet Ostwürttembergs. Eine Zerschneidung des ursprünglichen, alten Urwalds trifft die Region und die Natur in großem Maße! Viele Gemeinden um das Vorranggebiet wie Wört oder Stödtlen feiern dieses Jahr 1000 jähriges Jubiläum - zur Zeit der Entstehung dieser Gemeinden war auch jahrhundertelang später in Ellenberg noch tiefster Wald. Die Region Ellenberg/Jagstzell ist ländlich geprägt und die Anwohner schon immer mit dem Wald verbunden.	Wird nicht gefolgt Die Hinweise zum Waldgebiet im Bereich des geplanten Vorranggebiets 41 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell West" werden zur Kenntnis genommen. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Das Waldgebiet wird von den Familien der anliegenden Gemeinden (Jagstzell, Ellenberg, Fichtenau) für Tages- und Wochenausflüge genutzt und dadurch den Kindern und kommenden Generationen der Wald als intaktes Ökosystem nähergebracht. Das Erlebbar machen der artgerechten Natur dient mittel- und langfristig Art-, Natur- und Klimaschutz. Zudem ist das Waldgebiet auch touristisch wertvoll. Nicht nur die zahlreichen Kulturdenkmäler sondern die Unberührtheit der Natur ist elementar für eine gute Auslastung von Ferienwohnungen, Pensionen etc. in den angrenzenden Gemeinden! Die Kommunen sind touristisch und nicht industriell geprägt. Aus gesundheitsorientierter Sicht ist der Virngrund ebenfalls von großer Bedeutung für den Mensch. Es werden dort Präventions- und Gesundheitsangebote durchgeführt - sei es von ortsansässigen Sportvereinen, Kräuterpädagogen als auch Gesundheitseinrichtungen. Von der GKV (Spitzenverband gesetzlicher Krankenkassen) zertifizierte Kursleiter und Therapeuten leiten die Kurse und bringen auf diesem Wege nicht nur das Nervensystem der Kursteilnehmer ins Gleichgewicht sondern leisten einen Beitrag zur Gesundheit der Bevölkerung und zum Naturschutz sowie dem Erhalt der Jahrhunderten alten Artenvielfalt. Auf Rezept lässt sich hier noch Waldluft atmen! In dem FFH-Gebiet ist ein relevantes Artenvorkommen und hochwertige Waldbestände (gesetzlich geschützte Waldbiotope etc.) zu Hause. Die Flächennutzung spricht Aufgrund der Windhöfigkeit, der geringen Grundwasserüberdeckung und des Artenschutzes nicht für das Vorranggebiet! Es ist einfach schön Kindern und Touristen, aber auch der Bevölkerung aus den Städten Ostwürttembergs Schwarzstörche, Schwarzspecht etc. "live" vor Ort zeigen zu können! Zudem ist die akustische und visuelle Beeinträchtigung sowohl von Wohnsiedlungen als auch von Erholungsgebieten nicht von der Hand zu weisen. Mit bald 12 WEA im Windpark Ellenberg/Jagstzell (Planung 2014) leisten sowohl die öffentliche Hand und Kommunen als auch die Anwohner bereits einen überdurchschnittlichen Anteil an der Energiewende in diesem Vorranggebiet! Die Grenznähe des Vorranggebiets zu Fichtenau (Regionalverband Heilbronn) als auch zu Bayern erschwert ihre Planungen im Vorranggebiet hier sicherlich und es besteht die Möglichkeit das die Gemeinden Ellenberg und Jagstzell mittel- und langfristig von sämtlichen, unterschiedlichen Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien "eingeschlossen" sind.	Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Auf das Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff. wird hingewiesen. Hinsichtlich der artenschutzfachlichen Belange wird auf das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 verwiesen, welches diese Belange umfassend und gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie der verbindlichen Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) berücksichtigt. Insbesondere durch die Anwendung des o.g. Fachbeitrags Artenschutz erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete - wie im Bereich Ellenberg / Jagstzell - zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten. Die angesprochene Einkesselung durch EE-Anlagen wurde über das Prüfkriterium "Überlastungsschutz" einschlägig geprüft. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Im Bereich Ellenberg und Jagstzell liegt gem. des Modells keine Überlastungssituation vor. Das Vorranggebiet 41 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell West" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Wir, die Anwohner, die ortsansässigen Vereine und Gruppierungen, die Kinder der Kindergärten und Grundschulen bitten Sie das Vorranggebiet zu überdenken und aus den weiterführenden Planungen zu streichen. Vielen Dank!	2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird allerdings aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung und nach Beratung im Planungsausschuss am 31.01.2025 angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 327 Privat Stn-Id: 14	Anhang B der SUP: Gebietssteckbriefe VRG 42 Ellenberg / Jagstzell Ost	BE-ID: 2151 anbei die Stellungnahme zur Erweiterung Ellenberg / Jagstzell Ost. Das Vorranggebiet liegt im Virngrund, dem größten zusammenhängenden Waldgebiet Ostwürttembergs. Eine Zerschneidung des ursprünglichen, alten Urwalds trifft die Region und die Natur in großem Maße! Viele Gemeinden um das Vorranggebiet wie Wört oder Stödtlen feiern dieses Jahr 1000 jähriges Jubiläum - zur Zeit der Entstehung dieser Gemeinden war auch jahrhundertelang später in Ellenberg noch tiefster Wald. Die Region Ellenberg/Jagstzell ist ländlich geprägt und die Anwohner schon immer mit dem Wald verbunden. Das Waldgebiet wird von den Familien der anliegenden Gemeinden (Jagstzell, Ellenberg, Fichtenau) für Tages- und Wochenausflüge genutzt und dadurch den Kindern und kommenden Generationen der Wald als intaktes Ökosystem nähergebracht. Das Erlebbar machen der artgerechten Natur dient mittel- und langfristig Art-, Natur- und Klimaschutz. Zudem ist das Waldgebiet auch touristisch wertvoll. Nicht nur der "Wallfahrtsort" Bildkapelle (Matzenbach) oder Keuerstadt sondern die Unberührtheit der Natur ist elementar für eine gute Auslastung von Ferienwohnungen, Pensionen etc. in den angrenzenden Gemeinden! Die Kommunen sind touristisch und nicht industriell geprägt. Aus gesundheitsorientierter Sicht ist der Virngrund ebenfalls von großer Bedeutung für den Mensch. Es werden dort Präventions- und Gesundheitsangebote durchgeführt - sei es von ortsansässigen Sportvereinen, Kräuterpädagogen als auch Gesundheitseinrichtungen. Von der GKV (Spitzenverband gesetzlicher Krankenkassen) zertifizierte Kursleiter und Therapeuten leiten die Kurse und bringen auf diesem Wege nicht nur das Nervensystem der Kursteilnehmer ins Gleichgewicht sondern leisten einen Beitrag zur Gesundheit der Bevölkerung und zum Naturschutz sowie dem Erhalt der Jahrhunderten alten Artenvielfalt. Auf Rezept lässt sich hier noch Waldluft atmen! In dem FFH-Gebiet ist ein relevantes Artenvorkommen und hochwertige Waldbestände (Waldrefugien etc.) zu Hause. Die	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Bildkapelle Matzenbach liegt im östlichen Randbereich des Vorranggebiets 42 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell Ost". Aufgrund der hohen Bedeutung der Kapelle als Wallfahrtsort sowie als Erholungsraum für die Bevölkerung der umliegenden Ortschaften, wird für die Kapelle der gleiche Umgebungsabstand (350m) wie für Flächen, die der kurzzeitigen Erholung dienen, entsprechend des Kriterienkatalogs als planerischer Ausschlussbereich nachgeführt. Nach der Anpassung des Vorranggebiets verbleiben zwei kleinere Teilflächen. In Verbindung mit anderen Belangen wird das Vorranggebiet 42 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell Ost" im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Die in der Stellungnahme benannten Aspekte zum betroffenen Waldgebiet und die touristischen sowie gesundheitlichen Belange werden zur Kenntnis genommen. Hinsichtlich der natur- und artenschutzfachlichen Belange wird auf das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 verwiesen, welches diese Belange umfassend und gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie der verbindlichen Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) berücksichtigt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Flächennutzung spricht Aufgrund der Windhöfigkeit, der geringen Grundwasserüberdeckung und des Artenschutzes nicht für das Vorranggebiet! Es ist einfach schön Kindern und Touristen, aber auch der Bevölkerung aus den Städten Ostwürttembergs Schwarzstörche, Turmfalken etc. "live" vor Ort zeigen zu können! Zudem ist die akustische und visuelle Beeinträchtigung sowohl von Wohnsiedlungen als auch von Erholungsgebieten nicht von der Hand zu weisen. Mit bald 12 WEA im Windpark Ellenberg/Jagstzell (Planung 2014) leisten sowohl die öffentliche Hand und Kommunen als auch die Anwohner bereits einen überdurchschnittlichen Anteil an der Energiewende in diesem Vorranggebiet! Die Grenznähe des Vorranggebiets zu Fichtenau (Regionalverband Heilbronn) als auch zu Bayern erschwert ihre Planungen im Vorranggebiet hier sicherlich und es besteht die Möglichkeit das die Gemeinden Ellenberg und Jagstzell mittel- und langfristig von sämtlichen, unterschiedlichen Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien "eingeschlossen" sind. Wir, die Anwohner, die ortsansässigen Vereine und Gruppierungen, die Kinder der Kindergärten und Grundschulen bitten Sie das Vorranggebiet zu überdenken und aus den weiterführenden Planungen zu streichen. Vielen Dank!	
lfd. Ident-Nr.: 328 Privat Stn-Id: 17	Kartenteil VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 51 Der hier gezeigt Standort an der Stadtgrenze Heidenheim Giengen im Bereich Oggenhausen ist aus Naturschutzgrünen für einen Windpark ungeeignet. Hier sind sehr viele Milane unterwegs. Die offenen Flächen zwischen Waldrand und Oggenhausen werden ebenso ständig von Reihern und Störchen sowie aller Arten von Greifvögeln frequentiert. In unmittelbarer Nähe zur ausgewiesenen Fläche wurde ein Biotop (Magdalenenjauchert) angelegt das durch eine vorhandene Windkraftanlage seine Ungestörtheit und seinen Sinn als Renaturierungsgebiet verlieren würde.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Hinsichtlich der artenschutzfachlichen Belange wird auf das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 verwiesen, welches diese Belange umfassend und gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie der verbindlichen Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Insbesondere durch die Anwendung des o.g. Fachbeitrags Artenschutz erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes auf der genannten Planungsebene, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes im nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Gesetzlich geschützte Biotope gem. § 30 BNatSchG und § 30a LWaldG werden in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren bei der konkreten Standortplanung von

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Windenergieanlagen berücksichtigt. In den Gebietssteckbriefen zu den geplanten Vorranggebieten wurde hierfür ein Hinweis zur Überprüfung im nachgelagerten Verfahren aufgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 328 Privat Stn-Id: 17	Kartenteil VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 52 Ebenso stellt die geplante Windkraftanlage ein Sicherheitsrisiko für den Sportflugplatz in Giengen an der Autobahn dar da hier die Starts und Landungen gefährdet sind. Ja nach Wetterlage befindet sich hier eine Einflugschneise. Der Bau der Anlage würde daher notfalls direkt Menschenleben gefährden.	Wird nicht gefolgt Im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 auf Ebene der Regionalplanung erfolgt eine Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen. Es erfolgt keine konkrete Planung von Windenergieanlagen. Die Belange der Luftfahrt und des Flugverkehrs sind im Planungskonzept der Teilfortschreibung berücksichtigt (s. Kriterienkatalog). In Rücksprache mit der zuständigen Luftfahrtbehörde (Regierungspräsidium Stuttgart, Referat 46.2 – Luftverkehr und Luftsicherheit) ergibt sich durch das geplante Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" keine Betroffenheit luftfahrttechnischer Belange.
lfd. Ident-Nr.: 328 Privat Stn-Id: 17	Kartenteil VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 54 Auf der Giengener Seite befindet sich neben einem Pferdehof auch ein Modellflugplatz. Dieser würde durch die Windkraftanlagen ebenfalls nicht oder nur noch eingeschränkt nutzbar sein. Der nahegelegene Grillplatz und der Trimmdich Pfad würden vom Naherholungsfaktor ebenfalls sehr leiden. Ein anderer Standort wäre hier besser geeignet.	Wird nicht gefolgt Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen (z.B. dem genannten Modelflugplatz oder Naherholungsbereich) entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird.
lfd. Ident-Nr.: 329 Privat Stn-Id: 26	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 63 1. Lärmbelästigung / Lärmemission: Windräder können Geräusche verursachen, die als störend empfunden werden, insbesondere in der Nacht. Die Lärmbelästigung durch den Betrieb von Windrädern kann sich negativ auf die Tierwelt auswirken und das Verhalten von Tieren beeinträchtigen. Entfernungsgrenze von 1000 m wurde nicht eingehalten.	Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Analgentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage. Das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" wurde nach Vorlage des Beschlusses des Gemeinderats Giengen zur Verringerung des Siedlungsabstandes auf 750m mit einem Abstand zu wohngenutzten Einzelgehöften im Außenbereich von 750m festgelegt. Dies entspricht dem Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025, welches von der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg am 15.12.2023 beschlossen wurde.
lfd. Ident-Nr.: 329 Privat Stn-Id: 26	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 65 2. Landschaftsverschandelung: Der Standort liegt in einem Landschaftsschutz- sowie Naherholungsgebiet.	Die Anmerkung ist nicht zutreffend. Das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" - insb. Teilfläche 2 - befindet sich in der Nähe zum Landschaftsschutzgebiet "Irpfel mit Bernauer Feld, Rechberg, Läutenberg, Kürnberg, Schießberg, Heideflächen im Hölletal", aber nicht innerhalb des genannten Schutzgebietes. Weiterhin sind Landschaftsschutzgebiete gem. §26 (3) BNatSchG derzeit* grundsätzlich für die Windenergienutzung geöffnet. *Flächenbeitragswerte nach Anlage 1 Spalte 2 des WindBG wurden noch nicht festgestellt (vgl. §5 WindBG). Nach Feststellung der erforderlichen Flächenziele gilt die Öffnung nur für Standorte in Windenergiegebieten nach §2 Nr. 1 WindBG. Hinsichtlich des genannten Naherholungsgebiets wird darauf verwiesen, dass sich die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW) begründet. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen.
lfd. Ident-Nr.: 329 Privat Stn-Id: 26	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 66 3. Gesundheitliche Bedenken- gesundheitliche Auswirkungen: Einige Studien legen nahe, dass Infraschall Herzrhythmusstörungen, Kopfschmerzen, Schwindel, Bluthochdruck, Schlafstörungen und Müdigkeit verursachen kann, auch dem Schattenwurf muss Beachtung geschenkt werden. Elektromagnetische Felder: Diese können ebenfalls eine Rolle spielen. Niederfrequentes Rauschen: Es kann ebenfalls Beschwerden verursachen. Druckwellen und Schattenflimmern: Letzteres könnte bei manchen Menschen epileptische Anfälle auslösen. In unmittelbarer Nähe befinden sich Wochenendgrundstücke, Gehöfe und Kitas (siehe Pläne)	Die Aufstellung des Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für Ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehenden räumlichen Nutzungsansprüchen bzw. -interessen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Der wissenschaftliche Konsens weist auf, dass durch Windenergieanlagen mit Schutzabständen zur Wohnbebauung keine allgemeine Gesundheitsgefahr gegeben ist. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung des Schutzgutes Mensch, insbesondere der menschlichen Gesundheit, wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang)

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch auf. Die berücksichtigten Ausschluss- und Konfliktkriterien hinsichtlich des Schutzgutes Mensch sind angesichts der Maßgaben des § 2 EEG auf regionaler Planungsebene ausreichend. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen eingegrenzt und im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) detailliert geprüft. Dabei werden sowohl Schallemissionen als auch andere potenziell schädliche Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Die Hinweise zu den Siedlungs- und Wochenendhausbereichen in der Umgebung zum geplanten Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" werden zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der Gesamtabwägung wird den Anregungen zur 1. Anhörung zur Berücksichtigung des Waldkindergartens im Bereich Schartenhof gefolgt. Das Vorranggebiet wird zum 2. Anhörungsentwurf angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 329 Privat Stn-Id: 26	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 67 4. Wertverlust von Immobilien: Die Nähe zu einem Windrad kann den Wert von Immobilien in der Umgebung beeinträchtigen sowie die Lebensqualität der Anwohner. Entfernungsgrenze von 1000 m wurde nicht eingehalten.	Die Teilfortschreibung dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Beurteilung des Immobilienwertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob Wertminderungen durch Windenergieanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls, insbesondere im Falle eines tatsächlichen Verkaufs der Immobilie ab. Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass der Wert und die Preisentwicklung von Immobilien von ökonomischen und demografischen Einflüssen dominiert werden und nicht von Windenergieanlagen. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kaum möglich, den Anstieg oder den Rückgang des Verkehrswertes eines bebauten oder unbebauten Grundstücks auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen (s. Landtag von Baden-Württemberg (2019): Kleine Anfrage des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Wertminderung von Immobilien infolge von Windkraftanlagen II (Drucksache 16 / 5820), 26. Februar 2019, Stuttgart (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5820_D.pdf).Daher und wegen des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ist es aus Sicht des Regionalverbands weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" wurde nach Vorlage des Beschlusses des Gemeinderats Giengen zur Verringerung des Siedlungsabstandes auf 750m mit einem Abstand zu wohngenutzten Einzelgehöften im Außenbereich von 750m festgelegt. Dies entspricht dem Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025, welches von der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg am 15.12.2023 beschlossen wurde.
lfd. Ident-Nr.: 329 Privat Stn-Id: 26	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 68 5. Vogelschlag: Windräder können eine Gefahr für Vögel darstellen, die in der Nähe der Ortschaft leben (z. B. Rotmilan). Vögel und Fledermäuse werden durch die Rotorblätter gefährdet und können verletzt oder getötet werden.	Hinsichtlich der artenschutzfachlichen Belange - wie z.B. windenergiesensible Vogel- und Fledermausarten - wird auf das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 verwiesen, welches diese Belange umfassend und gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie der verbindlichen Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Insbesondere durch die Anwendung des o.g. Fachbeitrags Artenschutz erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes auf der genannten Planungsebene, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes im nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 329 Privat Stn-Id: 26	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 69 In diesem Gebiet ist der Rotmilan beheimatet.	Wird zur Kenntnis genommen. Auf die Abwägung zu BE ID 68 wird verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 329 Privat Stn-Id: 26	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 70 6. Beeinträchtigung/Zerstörung des Ökosystems: Der Bau von Windrädern führt oft zur Zerstörung von natürlichen Lebensräumen und kann empfindliche Ökosysteme beeinträchtigen.	Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen, -funktionen sowie deren Wechselwirkungen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehenden räumlichen Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Satz 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, sowie deren Wechselwirkung zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Wechselwirkung der Schutzgüter wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine Beeinträchtigungen auf,

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			welche das ökologische Gleichgewicht bei dem zu betrachtenden Maßstab und Detaillierungsgrad gefährden. Maßgebliche Zielsetzung der vorliegenden Teilfortschreibung ist die Steuerung und raumordnerische Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen und damit die Umsetzung der Landesflächenziele nach § 20 KlimaG. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 329 Privat Stn-Id: 26	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 71 7. Wochenend-Grundstücke / Schafstall: Viele Einheimische haben in der Nähe ihre Wochenend-Grundstücke und möchten dort ungestört ihre freie Zeit verbringen sowie Obst- und Gemüse anpflanzen. Des Weiteren befindet sich auch ein Imker in der Nähe, dessen Bienen durch den Eingriff in das Ökosystem gestört werden. Außerdem liegt in unmittelbarer Nähe ein Schafstall. Zwei Wochenend-Grundstücke befinden sich nicht mal 200 m davon entfernt. Der Regionalverband Ostwürttemberg wirbt dafür, dass die 1000 m Grenze eingehalten wird, aber nicht an diesem Standort.	Wird nicht gefolgt Das Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt zu bestimmten Siedlungsbereichen, die der Wohnnutzung unterliegen, einen Umgebungsabstand von 1.000m (s. Kriterienkatalog). Das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" wurde nach Vorlage des Beschlusses des Gemeinderats Giengen zur Verringerung des Siedlungsabstandes auf 750m mit einem Abstand zu wohngenutzten Einzelgehöften im Außenbereich von 750m festgelegt. Dies entspricht dem Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025, welches von der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg am 15.12.2023 beschlossen wurde. Darüber hinaus wird gem. des Plankonzepts zu Wochenendhausgebieten als Flächen für die Erholung mit längerem Aufenthalt ein Abstand von 500m eingehalten (s. Kriterienkatalog). Die in der Anlage zur Stellungnahme eingegebenen Abstände (6 Abbildungen inkl. Entfernungsangaben) wurden überprüft. Die Angaben betreffen die Teilfläche 2 des Vorranggebiets 68 "Giengen an der Brenz". Bei Abbildung 3 auf S. 2 der Anlage wird die "Entfernung Wochenendgrundstück / Gehöft 101,36m mit Tierhaltung und Reitanlage" aufgeführt. Die ALKIS- und AROK-Daten wurden hinsichtlich des Vorhandenseins eines Wochenendgrundstücks und / oder wohngenutzten Einzelgehöfts im Außenbereich in genanntem Bereich geprüft. Für den in der Abb. 3 auf S. 2 der Anlage zu dieser Stellungnahme eingegebenen Bereich liegt - gem. der ALKIS-Daten - eine "Fläche gemischter Nutzung" sowie ein "Gartenhaus" vor. Die Fläche liegt nicht in einem Sondergebiet für die Erholungsnutzung (vgl. auch Geoportal Raumordnung BW), sodass keine Nachführung des im Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 (Kriterienkatalog) festgelegten Siedlungsabstandes erfolgt. Bei Abbildung 4 auf S. 2 der Anlage wird die "Entfernung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Wochenendgrundstück 214,43m" aufgeführt. Die ALKIS- und AROK-Daten wurden hinsichtlich des Vorhandenseins eines Wochenendgrundstücks in genanntem Bereich geprüft. Für den in der Abb. 4 auf S. 2 der Anlage zu dieser Stellungnahme eingegebenen Bereich liegt - gem. der ALKIS-Daten - eine landwirtschaftlich genutzte Fläche ("Landwirtschaft") vor. Die Fläche liegt nicht in einem Sondergebiet für die Erholungsnutzung (vgl. auch Geoportal Raumordnung BW), sodass keine Nachführung des im Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 (Kriterienkatalog) festgelegten Siedlungsabstandes erfolgt. Die Abbildungen 1 und 2 auf S. 1 sowie 5 und 6 auf S. 3 der Anlage zur Stellungnahe zeigen umfassende Abstände zu den genannten Bereichen auf. Hinweis: Das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 angepasst. Die südöstliche Teilfläche (2) des Vorranggebiets wird zum 2. Anhörungsentwurf verworfen.
lfd. Ident-Nr.: 329 Privat Stn-Id: 26	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 72 8. Unsere Bauern bestellen die Felder, was nun zu einer Beeinträchtigung führt. Verteilung von Plastikpartikeln, PFAS. Der Standort ist direkt an bestellten Feldern, d. h. die Verschmutzungen werden an die Menschen, die dort beheimatet sind, zurückgeführt! Umweltverschmutzung und Gesundheitliche Bedenken werden hier angemeldet!	Aufgrund von Umwelteinflüssen (UV-Strahlung, Wind, Temperaturwechsel u.a.) kommt es an den Rotoren von Windenergieanlagen zu Erosion und in Folge zur Freisetzung von Mikroplastik, welches sich in der Umwelt ablagert. Nach einer Kurzinformation der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages (WD 8 - 3000 - 077/20 (8. Dezember 2020)) wird ein Maximalabtrag von ca. 1.400 t/a für alle ca. 31.000 Windkraftanlagen in Deutschland geschätzt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit liegt der tatsächliche Wert gem. IMES deutlich niedriger. Im Vergleich mit den vom Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik (UMSICHT) ermittelten Werte z.B. für Kunststoffemissionen in Form primären Mikroplastiks für Reifenabrieb (102.090 t/a) oder von Schuhsohlen (9.047 t/a) ist die Belastung durch Windenergieanlagen somit sehr gering Eine signifikante Erhöhung der Umweltbelastung durch Mikroplastik und eine Gesundheitsgefährdung des Menschen durch den Abrieb ist nicht belegt. Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind zudem nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Fragen der verwendeten Baustoffe werden im

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Vorhabenzulassungsverfahren für die konkret beabsichtigten Anlagen geprüft und nachgewiesen und ggfls. werden Auflagen festgesetzt. Die vorliegende Teilfortschreibung dient der Steuerung und raumordnerischen Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen sowie dem Erreichen des gesetzlich festgelegten Flächenbeitragswerts von 1,8 % der Regionsfläche für Windenergie an Land (vgl. § 20 KlimaG BW). Wenn dieser Flächenbeitragswert nicht erreicht wird, gelten nach Ablauf des jeweiligen Stichtags die Rechtsfolgen des § 249 Abs. 7 Baugesetzbuch, d.h. Windenergieanlagen wären im Außenbereich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 Baugesetzbuch privilegiert zulässig und Darstellungen in Flächennutzungsplänen, Ziele der Raumordnung sowie sonstige Maßnahmen der Landesplanung könnten einem Vorhaben nach § 35 Absatz 1 Nummer 5, das der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dient, nicht entgegengehalten werden. Räumliche Steuerungsoptionen auf regionaler und kommunaler Ebene, wo Windenergieanlagen errichtet werden können, würden damit hinfällig. Die Steuerungswirkung der vorliegenden Teilfortschreibung ist damit unmittelbar vom Erreichen des Flächenbeitragswerts abhängig. Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie wurde eine sorgfältige Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG durchgeführt und das Gewicht jedes Belangs wurde angemessen berücksichtigt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Zudem ist es aus Sicht des Regionalverbands nicht sinnvoll, an die Abwägung Maßstäbe anzulegen, die zur Unterschreitung des Flächenziels führen, denn dann würde die oben beschriebene Steuerungswirkung des Regionalplans entfallen und dem Anliegen würde gar keine Rechnung mehr getragen werden.
lfd. Ident-Nr.: 329 Privat Stn-Id: 26	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 73 9. Landschaftsschutzgebiet: Das aufgeführte Grundstück liegt in einem Landschaftsschutzgebiet.	Die Anmerkung ist nicht zutreffend. Das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" - insb. Teilfläche 2 - befindet sich in der Nähe zum Landschaftsschutzgebiet "Irpfel mit Bernauer Feld, Rechberg, Läutenberg, Kürnberg, Schießberg, Heideflächen im Hölletal", aber nicht innerhalb des genannten Schutzgebietes. Weiterhin sind Landschaftsschutzgebiete gem. §26 (3) BNatSchG derzeit* grundsätzlich für die Windenergienutzung geöffnet. *Flächenbeitragswerte nach Anlage 1 Spalte 2 des WindBG wurden noch nicht festgestellt (vgl. §5 WindBG). Nach Feststellung der erforderlichen Flächenziele gilt die Öffnung nur für Standorte in Windenergiegebieten nach §2 Nr. 1 WindBG.
lfd. Ident-Nr.: 329 Privat Stn-Id: 26	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 76 10. Tierartenvielfalt: In dieser Gegend ist auch der Rotmilan und der Biber beheimatet. Der Rotmilan sowie der Biber stehen unter einem besonderen Artenschutz.	Wird zur Kenntnis genommen. Hinsichtlich der artenschutzfachlichen Belange wird auf das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 verwiesen, welches diese Belange umfassend und gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie der verbindlichen Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) auf Ebene der Regionalplanung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			berücksichtigt. Insbesondere durch die Anwendung des o.g. Fachbeitrags Artenschutz erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes auf der genannten Planungsebene, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes im nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 329 Privat Stn-Id: 26	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 77 11. Windhöffigkeit: Der Wind an dieser Stelle ist schlecht und somit auch nicht wirtschaftlich (gemäß Ihrer Präsentation). Windpotenziale mit 170 - 185 W/m² (5,8 m/s) sehr niedrig. Wirtschaftlichkeit wird in Frage gestellt. Hier steht nur das Profitdenken der Stadt und des privaten Eigentümers des Grundstückes im Vordergrund.	Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung und damit der Flächensicherung gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Berücksichtigung der mittleren gekappten Windleistungsdichte bei den Planungskriterien dient der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Im Ergebnis stellt der Windatlas eine für die Region Ostwürttemberg durchschnittlich gute bis sehr gute Windleistungsdichten dar und bescheinigt ihr damit eine grundsätzliche Eignung für die Windenergienutzung. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen). Dem Regionalverband wurde für das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" (Teilgebiet 1), welches laut Windatlas einer geringeren Windhöffigkeit (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) unterliegt, ein rechnerischer Nachweis vorgelegt, welcher eine höhere Windhöffigkeit belegt, als im Windatlas dargestellt ist. Dieser Nachweis und die Interessensbekundung der Stadt Giengen zum Gebiet belegen die faktische und wirtschaftliche Umsetzbarkeit von Windenergievorhaben und das konkrete Umsetzungsinteresse in diesem Gebiet (Teilfläche 1). Damit wird das benannte Vorranggebiet als vollziehbar gewertet. Da für die südöstliche Teilfläche (2) des Vorranggebiets 68 kein Nachweis vorgelegt wurde, wird die Teilfläche im Zuge des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weiterverfolgt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Eigentumsverhältnisse werden auf Ebene der Regionalplanung nicht berücksichtigt.
lfd. Ident-Nr.: 329 Privat Stn-Id: 26	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 78 12. Tierwelt: In der ausgewiesenen Fläche sind Amphibien, Biber, Rehe und Hasen beheimatet.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 329 Privat Stn-Id: 26	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 79 13. Bodenbeschaffenheit: Schlechte Bodenbeschaffenheit, da Quellen des Höllbachflusses sich dort befinden.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Bei den angesprochenen Aspekten handelt es sich um Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu prüfen und zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 329 Privat Stn-Id: 26	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 80 14. Oberleitungen / Freileitungen / Hochspannungsfreilaufleitungen: In unmittelbarer Nähe befinden sich einige Oberleitungen / Freileitungen und Hochspannungsfreilaufleitungen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Bei der Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurde - entsprechend der DIN EN 50341-2-4 (VDE 0210-2-4: 2019-09) - ein Mindestabstand zu Hochspannungsfreileitungen eingehalten. Im Genehmigungsverfahren sind die Abstände zu den Leitungsachsen anhand der konkreten WEA-Standorte zu prüfen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 329 Privat Stn-Id: 26	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 81 15. Naherholungsgebiet: Der Standort ist ein Naherholungsgebiet und für unseren ländlichen Raum als Funktion der Erholung gedacht.	Hinsichtlich des genannten Naherholungsgebiets wird darauf verwiesen, dass sich die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW) begründet. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen.
lfd. Ident-Nr.: 329 Privat Stn-Id: 26	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 82 16. Insektensterben / Bienenvölker --> Eingriff in das Ökosystem: Wir haben in unmittelbarer Nähe verschiedene Imker mit Bienen.	Wird zur Kenntnis genommen. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen, -funktionen sowie deren Wechselwirkungen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehenden räumlichen Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Satz 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, sowie deren Wechselwirkung zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Wechselwirkung der Schutzgüter wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine Beeinträchtigungen auf, welche das ökologische Gleichgewicht bei dem zu betrachtenden Maßstab und Detaillierungsgrad gefährden. Maßgebliche Zielsetzung der vorliegenden Teilfortschreibung ist die Steuerung und raumordnerische Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen und damit die Umsetzung der Landesflächenziele nach § 20 KlimaG. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 329 Privat Stn-Id: 26	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 83 17. Wasserschutzgebiet: Der Standort liegt in einem Wasserschutzgebiet. Die Quellen des Höllbachflusses befinden sich dort.	Das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" liegt in einem Wasserschutzgebiet der Zone III und IIIA ("WSG Fassungen im Brenztal, mehrere Kommunen 135/001/1", vgl. LUBW). Wasserschutzgebiete der Zone III stellen keinen rechtlichen Ausschluss für Windenergiegebiete sowie Windenergieanlagen dar. Die Wasserschutzgebietszonen I und II sind aufgrund ihrer Bedeutung für den Grund- und Trinkwasserschutz im Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt (s. Kriterienkatalog).
lfd. Ident-Nr.: 329 Privat Stn-Id: 26	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 84 18. Nichteinhaltung der Entfernungen 1000 m Entfernung 1000 m wurde nicht eingehalten, weder zu den Siedlungen und Gehöfen noch zu den anderen Windrädern.	Das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" wurde nach Vorlage des Beschlusses des Gemeinderats Giengen zur Verringerung des Siedlungsabstandes auf 750m mit einem Abstand zu wohngenutzten Einzelgehöften im Außenbereich von 750m festgelegt. Dies entspricht dem Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025, welches von der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg am 15.12.2023 beschlossen wurde. Ein pauschaler Abstand zu bestehenden Windenergieanlagen wurde im Plankonzept nicht definiert.
lfd. Ident-Nr.: 329 Privat Stn-Id: 26	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 85 19. Naturschutzgebiet Der Jakobs-Weg führt unmittelbar daran vorbei.	Wird zur Kenntnis genommen. Zu dem nächstgelegenen Naturschutzgebiet "Kürnberg" wird - entsprechend des Plankonzepts - ein Umgebungsabstand von 200m eingehalten.
lfd. Ident-Nr.: 333 Privat Stn-Id: 18	Anhang B der SUP: Gebietssteckbriefe VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 55 Ich beziehe mich auf die Gebietsbriefe und die Angaben im Offenlagebeschluss 1. Anhörung (DS-01/2024, 1. Erg.) Rein rechnerisch fehlen 0,3% Regionsfläche = 648 ha, nachgemeldet wurden 4.537 ha = 2,1% der Fläche. Bestehende Vorranggebiete aus 2014: 1,5% plus nachgemeldete Vorranggebiete aus 2024: 2,1% => 3,6% => Soll wäre weit übererfüllt Addiert man die als "geeignet" und "bedingt geeigneten" Flächen käme man 913 ha, also knapp 300 ha mehr als benötigt. D.h. man müsste gar nicht mehr auf Flächen wie das Vorranggebiet 68 zurückgreifen, das mit "sehr konfliktbehaftet" bzw. "konfliktbehaftet" bewertet wurde. Dies sollte in der Empfehlung des Regionalverbandes zum Ausdruck kommen.	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Das verbindlich vorgegebenen Teilflächenziel gemäß § 20 KlimaG wird für die Region Ostwürttemberg mit den bestehenden und geplanten Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfüllt. Die im Rahmen der ersten Anhörung geäußerte Haltung von Kommunen und der Bevölkerung zur Nutzung der Windenergie wird in die Abwägung zur Überarbeitung der Gebietskulisse einbezogen. Ob und inwiefern das gesetzlich geforderte Mindestflächenziel überschritten wird, obliegt der Entscheidung des politischen Gremiums (Verbandsversammlung) des Regionalverbandes Ostwürttemberg.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Die Strategische Umweltprüfung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 hat zum Ergebnis, dass in dem Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" als auch in weiteren geplanten Vorranggebieten des 1. Anhörungsentwurfes Konflikte vorhanden sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt und im Falle des genannten Vorranggebietes wird der Windenergienutzung Vorrang eingeräumt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Die in der Strategischen Umweltprüfung ermittelten Beeinträchtigungen werden im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) überprüft und durch Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung, Ausgleich bzw. Kompensation auf ein rechtskonformes Maß gebracht. Das Vorranggebiet 68 "Giengen" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 333 Privat Stn-Id: 19	2. Umweltziele VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 57 Es geht um den von den Rotorblättern abfallenden Plastikabrieb, der PFAS enthält. Durch die Änderung der Chemikalienverordnung REACH der EU wurde dieser chemische Stoff im Februar 2023 verboten. Das führte u.a. dazu, dass Frankreich (und Italien) bereits onshore-Windkraftanlagen verboten haben. Sollte Deutschland nicht nachziehen, besteht die Gefahr, dass die EU als Folge auch die Bewirtschaftung von PFAS-belasteten Ackerflächen,... verbietet. Dieses Risiko sollte unsere Region nicht eingehen.	Aufgrund von Umwelteinflüssen (UV-Strahlung, Wind, Temperaturwechsel u.a.) kommt es an den Rotoren von Windenergieanlagen zu Erosion und in Folge zur Freisetzung von Mikroplastik, welches sich in der Umwelt ablagert. Nach einer Kurzinformation der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages (WD 8 - 3000 - 077/20 (8. Dezember 2020)) wird ein Maximalabtrag von ca. 1.400 t/a für alle ca. 31.000 Windkraftanlagen in Deutschland geschätzt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit liegt der tatsächliche Wert gem. IMES deutlich niedriger. Im Vergleich mit den vom Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik (UMSICHT) ermittelten Werte z.B. für Kunststoffemissionen in Form primären Mikroplastiks für Reifenabrieb (102.090 t/a) oder von Schuhsohlen (9.047 t/a) ist die Belastung durch Windenergieanlagen somit sehr gering Eine signifikante Erhöhung der Umweltbelastung durch Mikroplastik und eine Gesundheitsgefährdung des Menschen durch den Abrieb ist nicht belegt. Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind zudem nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Fragen der verwendeten Baustoffe werden im Vorhabenzulassungsverfahren für die konkret beabsichtigten Anlagen geprüft und nachgewiesen und ggfls. werden Auflagen festgesetzt. Die vorliegende Teilfortschreibung dient der Steuerung und raumordnerischen Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen sowie dem Erreichen des gesetzlich festgelegten Flächenbeitragswerts von 1,8 % der Regionsfläche für Windenergie an Land. Wenn dieser Flächenbeitragswert nicht erreicht wird, gelten nach Ablauf des jeweiligen Stichtags die Rechtsfolgen des § 249 Abs. 7 Baugesetzbuch, d.h. Windenergieanlagen wären im Außenbereich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 Baugesetzbuch privilegiert zulässig und Darstellungen in Flächennutzungsplänen, Ziele der Raumordnung sowie sonstige Maßnahmen der Landesplanung könnten einem Vorhaben nach § 35 Absatz 1 Nummer 5, das der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dient, nicht entgegengehalten werden. Räumliche Steuerungsoptionen auf regionaler und kommunaler Ebene, wo Windenergieanlagen errichtet werden können, würden damit hinfällig. Die Steuerungswirkung der vorliegenden Teilfortschreibung ist damit unmittelbar vom Erreichen des Flächenbeitragswerts abhängig. Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie wurde eine sorgfältige Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG durchgeführt und das Gewicht jedes Belangs wurde angemessen berücksichtigt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Zudem ist es aus Sicht des Regionalverbands nicht sinnvoll, an die Abwägung Maßstäbe anzulegen, die zur Unterschreitung des Flächenziels führen, denn dann würde die oben beschriebene Steuerungswirkung des Regionalplans entfallen und dem Anliegen würde gar keine Rechnung mehr getragen werden. Des Weiteren sind Gesetzgebungen und Rechtsprechungen anderer Staaten sind nicht Gegenstand dieser Anhörung.
lfd. Ident-Nr.: 333 Privat	5. Verträglichkeit mit den Schutzzielen von Natura	BE-ID: 60 In dem Gebiet befindet sich mind. 1 Rotmilanhorst	Wird zur Kenntnis genommen. Die landesweite Planungshilfe für die Regionalplanung zur

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 20	2000 und Besonderem Artenschutz VRG 68 Giengen an der Brenz		Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung („Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ der LUBW, 2022) wurde bei der Konzepterstellung und Festlegung von Vorranggebieten im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt. Damit erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" liegt nicht innerhalb von Schwerpunktvorkommen der Kategorie A oder B des Fachbeitrags. Die in der Stellungnahme genannten Art Rotmilan ist über die kategorisierten Schwerpunktvorkommen des o.g. „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ bereits berücksichtigt. Die eingebrachten Informationen bewegen sich im Rahmen der Annahmen, die im Fachbeitrag zum Verhältnis der kategorisierten Schwerpunkträume zu den tatsächlichen Artvorkommen getroffen wurden. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes auf Projektebene (im nachgelagerten Verfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Auf der nachgelagerten Planungsebene können zudem auch Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen umgesetzt werden.
lfd. Ident-Nr.: 333 Privat Stn-Id: 21	Anhang B der SUP: Gebietssteckbriefe VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 61 zur Bewertung des Schutzgutes "ME": Es handelt sich um ein wichtiges, beliebtes Naherholungsgebiet "Hoher Stich" ist Teil des großen und in der Bevölkerung als "Kirnberg" bekannten Gebietes. Es ist eines von 2 aus Sicht der Bevölkerung wichtigen Naherholungsgebiete in Giengen. Diese Aussage ist valide, weil sie auf einer spontanen, ungeplanten Befragung von Bürgerinnen und Bürgern am 28.11.23 im Rahmen eines von der Stadt Giengen veranstalteten Bürgerdialogs fußt. Die Bedeutung als Naherholungsgebiet wird ferner durch die Tatsache unterstrichen, dass die Stadt Giengen dort eine Grillstelle unterhält und pflegt, gleiches gilt für Jogggingstrecken und einen Trimm-Dich-Pfad.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 333 Privat Stn-Id: 22	5. Verträglichkeit mit den Schutzzielen von Natura 2000 und Besonderem Artenschutz VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 62 Von den 5 geplanten Windrädern sollen 5 mitten im Wald stehen. Es wird Wald vernichtet und damit geht ein Stück Kühlungsfunktion des Waldes verloren und befördert unsere Erderwärmung. Das entspricht nicht dem übergeordneten Klimaziel, die Erderwärmung zu reduzieren.	Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels gem. der o.g. gesetzlichen Vorgaben

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Eine pauschale Bevorzugung von Offenlandbereichen oder Ausschluss von Waldgebieten wäre nicht sachgerecht für die Sicherung der günstigsten Standorte für die Windenergienutzung und spiegelt nicht die ökologische Wertigkeit der Lebensräume wider. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Auf das Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff. wird hingewiesen. Insgesamt ist eine wertigkeitsunabhängige Bevorzugung von Gebieten im Offenland gegenüber Gebieten im Wald weder sachgerecht noch geboten. Hinweis zum Umfang der Waldinanspruchnahme: Gemäß Fachagentur Wind an Land zeigen aktuelle Erhebungen, dass für die Dauer des Betriebes von Windenergieanlagen (WEA) durchschnittlich ca. 0,48 Hektar für den Betrieb einer WEA gerodet werden müssen. Hiervon entfallen ca. 0,05 ha auf die Versiegelung für das Fundament. Während der Bauphase sind zusätzlich ca. 0,47 ha freizuhalten, die nach Abschluss der Bauphase dann wieder aufgeforstet werden (Fachagentur Wind an Land 2024: Entwicklung der Windenergie im Wald.- Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Forstflächen in den Bundesländern.- Analyse.- S. 15f). Für die Inanspruchnahme der Waldflächen besteht das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			§ 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung.
lfd. Ident-Nr.: 333 Privat Stn-Id: 127	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 397 Es geht im Folgenden um das Vorranggebiet 68/1. Der Gemeinderat der Stadt HDH hat beschlossen, keine Vorranggebiete auf der Gemarkung HDH anzumelden. Die von der Stadt Giengen/B. vorgesehenen Windräder - zumindest 3 - im vorgenannten Vorranggebiet stehen zwar auf Gemarkung Giengen/B., haben jedoch auf Grund ihrer unmittelbaren Nähe zur Gemarkung HDH direkte Auswirkungen auf diese: während der Bauphase durch entsprechende Rodungen und Wegebau und vor allem beim späteren Betrieb durch PFAS- und Karbonabrieb. Auch würden sich die Rotorblätter teilweise über die Gemarkungsgrenze hinweg drehen. Ergo: Beschlusslage HDH und Vorhaben "Windrad auf Gemarkung Giengen" kollidieren.	In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt zudem für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Ausformung der Vorranggebiete orientiert sich ausschließlich an planerischen Kriterien - nicht an Gemarkungs-, Flurstücksgrenzen oder Eigentumsverhältnissen. Die in der Stellungnahme angesprochenen kommunalen Beschlüsse werden - sofern diese als formale Stellungnahme im Rahmen des Anhörungsverfahrens zur Teilfortschreibung Windenergie 2025

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			hervorgebracht wurden - in die Gesamtabwägung eingestellt. Die genannten Aspekte zum Bau und Betrieb von Windenergieanlagen sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Hinsichtlich der hervorgebrachten Bedenken zu möglichem Abrieb an Rotorblättern wird auf die Abwägung zur Stellungnahme 19 / BE ID 57 verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 333 Privat Stn-Id: 127	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 402 Ferner ist zu bedenken, dass im Falle einer Realisierung die An-/Abflugschneise für den Verkehrsflugplatz "Irpfel" sich nach Norden verschieben würde, d.h. die Wohnqualität des Heidenheimer Ortsteiles Oggenhausen wäre wegen des Fluglärmes massiv beeinträchtigt.	Die Belange der Luftfahrt und des Flugverkehrs sind im Planungskonzept der Teilfortschreibung berücksichtigt (s. Kriterienkatalog). In Rücksprache mit der zuständigen Luftfahrtbehörde (Regierungspräsidium Stuttgart, Referat 46.2 – Luftverkehr und Luftsicherheit) ergibt sich durch das geplante Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" keine Betroffenheit luftfahrttechnischer Belange.
lfd. Ident-Nr.: 336 Privat Stn-Id: 28	4. Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen und Alternativenprüfung des Regionalplans VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 86 ich beziehe mich mit meiner Stellungnahme auf die geplante Windkraftanlage in Giengen/Brenz. Als unmittelbar an das östlichste geplante Windrad (auf privatem Grund) gelegene Anlieger mit meiner Fläche von 1,5ha und der darauf betriebenen Hobby-Großtierhaltung von Rindern, Pferden und Eseln sehe ich der geplanten Anlage mit Sorge ins Auge. O.g. Fläche ist seit drei Generationen im Familienbesitz. Daher sind wir mit den örtlichen Gegebenheiten, Bodenverhätlnissen, etc. bestens vertraut.	Die eingebrachten Informationen werden zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 68 "Giengen" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst / reduziert. Hinweis: Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene.
lfd. Ident-Nr.: 336 Privat Stn-Id: 28	4. Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen und Alternativenprüfung des Regionalplans VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 87 Die für dieses Windkraftrad vorgeschlagene Fläche befindet sich komplett in feuchten Wiesengrund mit diversen ober- sowie unterirdischen Quellen und Entwässerungsgräben sowie Drainagen. Hier gibt es jedes Jahr Flurschäden allein durch die Bewirtung des Grünlandes, da selbst die erfahrenen Landwirte vor Ort hier vor den Tücken des Wassers kapitulieren müssen. Zusätzlich handelt es sich hier um ein lokal angrenzendes FFH	Die Informationen zu den Bodenverhältnissen im geplanten Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" werden zur Kenntnis genommen. Die konkrete Platzierung sowie der Bau von Windenergieanlagen und deren Zuwegung in den Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geht über den Regelungsgehalt der Regionalplanung hinaus und ist im nachgelagerten lanungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Gebiet in welchem auch der Biber an besagten Gräben und Wasserläufen anzutreffen ist. Die damit einhergehenden unumgänglichen Dammbauten und z.T. Überflutungen stehen im krassen Gegensatz zu den geplanten Baumaßnahmen ein tragfähiges Fundament für ein Windkraftrad bauen zu können. Eine funktioierende Infrastruktur zum Bau und Erhalt eines Windrades auf besagten Flächen zu erstellen scheint mir ebenso nicht möglich. Der schmale Feldweg entlang unseres Grundstückes als Zufahrt zum eingangs erwähnten Windrad mit Standort Giengen Ost, eignet sich gerade noch für die gelegentliche Nutzung mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen. Eine dauerhafte Befahrung mit 40to LKWs zur Errichtung und Montage kann Mangels Platzangebot nicht funktionieren.	
lfd. Ident-Nr.: 336 Privat Stn-Id: 28	4. Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen und Alternativenprüfung des Regionalplans VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 88 Einer Zerstörung der so wertvollen Feuchtwiesen mit ihren im Südwesten angrenzenden extensiv bewirtschafteten Grünland und FFH Gebiet, sowie neu angelegten Biotopsfläche nordöstlich der geplanten Anlage kann so nicht befürwortet werden. Allein auf meinem o.g. Privatgrundstück befinden sich seit 1956 Tümpel und Biotope, welche eine seltene Flora und Fauna beherbergen. Eisvogel, Baumläufer, Turmfalke, Rotmilan, div. Fledermausarten, Amphibien,...	Wird zur Kenntnis genommen. Bekannte, besonders sensible, stetige Lebensräume geschützter Arten, welche häufig bereits Teil geschützter Lebensräume (Biotope, Naturschutzgebiete, FFH-Mähwiesen, etc.) sind und den gesetzlichen Schutzanforderungen unterliegen, sind im Rahmen der Planungskriterien berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen sind. Die strategische Umweltprüfung umfasst u.a. Maßnahmen, welche auch bei erst späterem Kenntniserlang des Vorkommens einer geschützten Art zu einer Vermeidung bzw. Minimierung der Beeinträchtigung führen. Die Prüfung möglicher Beeinträchtigung geschützter Arten ist erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte möglich. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung.
lfd. Ident-Nr.: 336 Privat Stn-Id: 28	4. Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen und Alternativenprüfung des Regionalplans VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 89 Ganz zu schweigen vom Wertverlust des Grundstückes, welches bisher natürlich auch zur Erholung dient.	Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			einen Gewichtungsvorrang haben. Die Beurteilung des Immobilien- oder Grundstückswertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob Wertminderungen durch Windenergieanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls, insbesondere im Falle eines tatsächlichen Verkaufs der Immobilie oder des Grundstücks ab. Daher und wegen des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ist es aus Sicht des Regionalverbands weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien oder Grundstücken bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind darüber hinaus nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 336 Privat Stn-Id: 28	4. Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen und Alternativenprüfung des Regionalplans VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 91 Eine Windkraftanlage in unmittelbarer Nähe zum Grundstückszaun bedeutet zusätzlich Stress für unsere Tiere, da hier nicht nur die akustische Lärmemission sondern vor allem auch die Grenze des Infraschalles unterschritten werden wird. Mit größten Bedenken wende ich mich daher mit dieser Stellungnahme an Sie um o.g. Sachverhalte mit in Ihre Planung und Entscheidung einfließen zu lassen.	Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz schreibt zum Thema Infraschall durch Windenergieanlagen unter https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/FAQ/Windenergie/faq-windenergie.html (Stand Juli 2024): „Infraschall-Töne unterhalb einer Frequenz von 20 Hertz - ist alltäglicher und überall präsenter Bestandteil unserer Lebenswelt. Er geht von einer Vielzahl sowohl natürlicher als auch technischer Quellen aus. Natürliche Quellen sind z. B. Wind, Gewitter, Meeresdünung und Vulkane sowie Meteoriten. Zudem gibt es zahlreiche künstliche und technische Infraschall-Quellen wie z. B. Klima- und Lüftungsanlagen, Umspannwerke, Kraftfahrzeuge, Lautsprechersysteme, Kühlschränke und Windenergieanlagen. Die Intensität des Infraschalls von Windenergieanlagen (sog. Schalldruckpegel) ist so gering, dass sie bereits in wenigen hundert Meter Entfernung deutlich unterhalb der menschlichen Wahrnehmbarkeitsgrenze liegt. In den meisten Fällen wird der Infraschall außerdem von natürlichen anderen Geräuschen überdeckt. So haben auch wissenschaftliche Studien bislang keinen Nachweis erbracht, dass der von Windenergieanlagen ausgehende Infraschall eine schädliche Wirkung auf die menschliche Gesundheit hat.“ Das Umweltbundesamt (UBA) kommt zu dem Schluss, dass es keine Evidenz dafür gibt, dass durch Infraschall von Windenergieanlagen gesundheitliche Beeinträchtigungen verursacht werden. Nach heutigem Stand der Forschung ist die Belastung mit Infraschall durch Windenergieanlagen im Vergleich zu anderen Quellen von Infraschall natürlichen oder technischen Ursprungs (Heizungsanlage, Kühlschrank, Straßenverkehr oder Gewitter) zudem gering. Das belegt beispielsweise eine Messkampagne der Landesanstalt für Umwelt (LUBW) zwischen 2013 und 2015. Diese untersuchten tieffrequente Geräusche ab 1 Hz. in der näheren Umgebung von Windkraftanlagen sowie in urbanen und ländlichen Räumen. Die Untersuchung stellt, wie das UBA, unterschiedlichen Quellen und die Omnipräsenz von Infraschall im Alltag fest. Windkraftanlagen leisteten hierzu aber keinen wesentlichen Beitrag da deren Pegel schon in 300 m Entfernung zur Windkraftanlage deutlich unterhalb der Wahrnehmungsgrenze liegt. (Tieffrequente Geräusche inkl. Infraschall von Windkraftanlagen und anderen Quellen – Bericht über Ergebnisse des Messprojektes 2013-2015, LUBW 2016: https://pudi.lubw.de/detailseite/-/publication/84558). Das Landesamt für Umwelt Bayern (LfU 2022) kommt in einer neueren Studie ebenfalls zum Schluss, dass bereits viele sorgfältige, wissenschaftliche Studien zum Infraschall rund um Windenergieanlagen vorliegen. In ihnen aber keine schädlichen Wirkungen auf den Menschen gefunden werden, denn die Pegel in der Umgebung (Immissionen) lägen stets deutlich unterhalb der Hör- und Wahrnehmungsschwelle – und für diesen Bereich wurden bisher keine gesundheitlichen Wirkungen nachgewiesen. (https://www.lfu.bayern.de/buerger/doc/uw_117_windkraftanlagen_infraschall_gesundheit.pdf)Um den aktuellen Kenntnisstand zu Infraschall von

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Windenergieanlagen zu festigen und zu erweitern, beobachten das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und das Umweltbundesamt kontinuierlich die Entwicklung wissenschaftlicher Studien. Damit ist sichergestellt, dass neue Entwicklungen und gesicherte Erkenntnisse frühzeitig bekannt werden (vgl. vgl. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/4031/publikationen/umid_01-2021-infraschall.pdf). Bereits mehrere Gerichte haben sich mit dem Thema Infraschall beschäftigt und unterstützen die obenstehenden Ausführungen. So stellt das Oberverwaltungsgericht Münster zusammenfassend fest: „Die Rechtsprechung des Senats und anderer Obergerichte geht davon aus, dass Infraschall – wie auch tieffrequenter Schall – durch Windenergieanlagen nach dem bisherigen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse grundsätzlich nicht zu Gesundheitsgefahren führt“ Quelle: OVG Münster (8. Senat), Urteil vom 22. November 2021 – 8A 973/15. Pathogene Effekte durch von Windkraftanlagen abgegebene Luftdruckpulse sind weder bekannt noch belegt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Die Berücksichtigung von Infraschall auf Ebene der Regionalplanung bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie ist daher weder erforderlich noch geboten.
lfd. Ident-Nr.: 338 Privat Stn-Id: 29	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 93 Vorgesehene Gebiete für den Bau und Betrieb von regionalbedeutsamen Windenergieanlagen Giengen an der Brenz (68): Bitte um Erweiterung des Gebiets um Flurstück Hohenmemmingen [...] und eventuell angrenzende Gemeindename: Giengen an der Brenz Gemarkungsnummer: 082597 Gemarkungsname: Hohenmemmingen Flurstück-Zähler: [...] Flurstücksfläche [m²]: [...] Grünland Fläche [m²]: [...] Holzung Fläche [m²]: [...] Mittlere gekappte Windleistungsdichte 160 m über Grund [W/m²]: 180 - 200 (Stand der Daten: 2019) Guten Tag, hiermit bitte ich, das oben genannte Flurstück in ein vorgesehenes Vorranggebiet aufzunehmen. Das Waldgebiet erfüllt die Abstandsregelungen der Stadt Giengen an der Brenz und hält die Vorgaben vom BauGB des Freistaat Bayern ein. Auf dem Flurstück befindet sich eine Waldwiese, die mit zur Errichtung einer WKA	Wird nicht gefolgt Wie im Textteil zum 1. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 dargelegt, sind die im Regionalplan festgelegten Vorranggebiete maßstabsbedingt nur gebiets- und nicht parzellenscharf abgegrenzt. Demnach werden keine Flurstücksgrenzen bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Die Ausformung der Vorranggebiete orientiert sich ausschließlich an planerischen Kriterien - nicht an Flurstücksgrenzen oder Eigentumsverhältnissen. Der eingegebene Bereich wurde auf dessen Eignung als Erweiterungsfläche zu dem geplanten Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" geprüft. Die Fläche liegt in Ausschlussbereichen (u.a. planerisches Ausschlusskriterium Siedlungsabstand) gem. des regionsweit einheitlich angewendeten Kriterienkatalogs, weshalb sich diese im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht als Windenergiegebiete bzw. Erweiterungsflächen von geplanten Vorranggebieten eignet und nicht in die Vorranggebietskulisse aufgenommen wird.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		verwendedt werden bzw. als Ausgleichsfläche für Aufforstung dienen kann. Die Erweiterung des Vorranggebiets 68 um das Grundstück ermöglicht einen zusätzlichen WKA-Standort, mit dem Vorteil erhöhter Wirtschaftlichkeit und zusätzlicher Alternative zu den derzeit geplanten Standorten, die Realisationsmöglichkeit im Vorranggebiet wird erhöht. Das Flurstück war in der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 Teil einer angedachten Vorrangfläche. Die Bitte, um Aufnahme des Flurstücks, wurde mir auch vom Bürgermeister der Stadt Giengen an der Brenz, Alexander Fuchs, vorgeschlagen.	
lfd. Ident-Nr.: 340 Privat Stn-Id: 45		BE-ID: 117 meine nachfolgende Stellungnahme bezieht sich auf eine, in der derzeitigen Entwurfsplanung des Regionalplanes nicht (mehr) berücksichtigte Fläche : Mein Bruder und ich sind Eigentümer von Waldflächen zwischen Dischingen und Auernheim bzw. in dem Dreieck Auernheim - Fleinheim - Nattheim (Kartenmaterial findet sich anbei). Die Windhöffigkeit dieser Flächen wurde erst kürzlich – nicht nur, aber insbesondere auch – unter Berücksichtigung der tatsächlich erfassten Winddaten (2018-2022, also für 5 Jahre) des unmittelbar benachbarten Windparks Dischingen („Ohrberg“) bewertet. Diese Auswertung führt zu einem Wert in Bezug auf die Mittlere Gekappte Windleistungsdichte von ca. 225 W/m2 bereits bei einer Nabenhöhe von 140m2 und liegt damit deutlich über dem für mögliche Standorte mit „Eignung höchster Priorität“ gemäß Kriterienkatalog geforderten Wert von 215 W/m2 bei 160m Nabenhöhe. Diese Flächen weisen zudem noch eine Besonderheit auf, die gerade vor dem Hintergrund der bundesweit angestrebten energetischen Transformation der Wirtschaft einzigartig sein dürfte: Es ist geplant, bis 2032 die Wasserstoffpipeline (Trassenabschnitt Lampertheim nach Bissingen) an diesen Forstflächen vorbei bzw. sogar durch diese Forstflächen zu verlegen (siehe ebenfalls Kartenmaterial anbei). D.h. hier ergäbe sich die (vermutlich in der Form einmalige) Gelegenheit unter Berücksichtigung kürzestmöglicher (!!) Wege beide Wertschöpfungswege zu verbinden und ggf. temporär "überschüssigen" (Wind-)Strom im Wasserstoffnetz zu speichern und einen Beitrag zu leisten, die deutsche Wirtschaft auf Wasserstoff umzustellen. Wir sehen hier die Möglichkeit ein Projekt mit "Leuchtturmcharakter" zu realisieren und vorbereitende Gespräche mit möglichen Projektpartnern (die auch die o.g. Windhöffigkeit	Wird nicht gefolgt Wie im Textteil zum 1. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 dargelegt, sind die im Regionalplan festgelegten Vorranggebiete maßstabsbedingt nur gebiets- und nicht parzellenscharf abgegrenzt. Demnach werden keine Flurstücksgrenzen bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Die Ausformung der Vorranggebiete orientiert sich ausschließlich an planerischen Kriterien - nicht an Flurstücksgrenzen oder Eigentumsverhältnissen. Die eingegebenen Bereiche wurde auf dessen Eignung als Erweiterungsflächen geprüft. Die Flächen liegen nahezu vollständig in Ausschlussbereichen (u.a. Natura2000-Gebiet, Abstand zu Flächen für die kurzzeitige Erholung, Siedlungsabstände, Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege) gem. des regionsweit einheitlich angewendeten Kriterienkatalogs, zudem steht das Kriterium des Überlastungsschutzes entgegen, weshalb sich diese Bereiche im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht als Windenergiegebiete bzw. Erweiterungsflächen von geplanten Vorranggebieten eignen und nicht in die Vorranggebietskulisse aufgenommen werden. Die Hinweise zur Windhöffigkeit und zur geplanten Wasserstoffpipeline werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		ermittelt haben) sind bereits recht weit gediehen. Aber auch ohne diese Besonderheit einer möglichen Kombination eines Windprojektes mit der geplanten Wasserstoffpipeline, sind wir der Meinung, dass die auf Grundlage harter, gemessener (!!) Winddaten ermittelte Windhöffigkeit dazu angetan sein sollte, dass diese Waldflächen Berücksichtigung in der Regionalplanung finden sollten. Gerne stehe ich zur Verfügung, um Ihnen im Rahmen eines Gespräches weitere Hintergrundinformationen zu liefern. Eine Karte der die gegenständlichen Flächen, auf die ich mich beziehe, zu entnehmen sind, finden Sie anbei.	
lfd. Ident-Nr.: 348 Privat Stn-Id: 98		BE-ID: 268 zunächst einmal möchte ich mich zu dieser Internetseite äußern. Mir erscheint sie sehr unübersichtlich, überladen und macht es einem nicht leicht, z.B. diesen Bereich zu finden, um diese Stellungnahme abgeben zu können.	Die Anmerkung wird zur Kenntnis genommen. Die Beteiligungsplattform wird für das 2. Anhörungsverfahren überarbeitet.
lfd. Ident-Nr.: 348 Privat Stn-Id: 98		BE-ID: 269 Hier meine Stellungnahme zur geplanten Erweiterung: Wenn meine Informationen richtig sind, bekommt der Betreiber einer Windkraftanlage auch dann eine Vergütung, wenn seine Anlage abgeregelt wurde und somit gar keinen Strom erzeugt (Bezug dieser Info: https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/wirtschaft/strompreise-netzentgelt-windrad-stromnetz-120.html). Ich fahre jeden Tag an Windräder vorbei und muss mit ansehen, wie diese sich bei besten B-dingungen sehr oft n i c h t drehen. Wenn also ein Betreiber schon jetzt seinen erzeugten Strom nicht ins Netz einspeisen kann, wieviel Sinn macht es dann, weitere Stromerzeuger aufzustellen bzw. vorhandene Anlagen gegen leistungsfähigere Anlagen auszutauschen? Das führt doch nur dazu, dass diese Anlagen noch früher und noch öfter vom Netz genommen werden müssen, aber trotzdem weiter eine Vergütung bekommen. Dies ist zwar für den Betreiber (also in den meisten Fällen ein Strom-Netzbetreiber) sehr schön und lukrativ, für den Endkunden (also wir alle) aber genau das Gegenteil, da wir es bezahlen müssen. Somit scheint es doch klar, dass hier eine komplett falsches Vorgehensweise stattfindet. Nicht etwa die Erzeugung des Stroms muss vorangetrieben werden,	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die Umsetzung der Energiewende ist gesellschaftspolitischer Konsens sowie Beschlusslage sowohl im Deutschen Bundestag als auch im Landtag von Baden-Württemberg. Sie hat überdies Eingang in zahlreiche europäische, nationale und landesgesetzliche Vorgaben gefunden. Die vorliegende Planung setzt diese Vorgaben um. Grundsätzliche Betrachtungen über die Ausgestaltung des Strommarktes sowie finanzieller Anreize sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens, sondern wären im Zuge möglicher Gesetzesänderungen von den jeweiligen Gesetzgebern vorzunehmen. Der Ausbau erneuerbarer Energien und deren Speichermöglichkeiten sind wesentlicher Bestandteil der Energiewende. Die konkrete Entwicklung von Möglichkeiten zur Speicherung des erzeugten Stroms ist jedoch nicht Gegenstand dieses Verfahrens. Sie obliegt insbesondere dem jeweiligen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		sondern die Möglichkeit, diesen Strom ins Netz zu bekommen (Stichwort Netzausbau) und gleichzeitig auch die Speichermöglichkeiten für den überschüssigen Strom zu schaffen. Soll heißen: Zuerst den Netzausbau voranbringen, zuerst die Speichermöglichkeiten schaffen, und erst dann an die Erweiterung der Erzeugung gehen. Bezahlen muss es der Endkunden sowieso und immer. Bloß mit dem Unterschied, dass sich, bis die Infrastruktur realisiert ist, die Netzbetreiber nicht die Taschen auf Kosten der Allgemeinheit vollstopfen können.	Gesetzgeber auf europäischer, bundesdeutscher und landesweiter Ebene, der den entsprechenden gesetzlichen Rahmen setzt. Nach §249a BauGB ist die Herstellung und Speicherung von Wasserstoff in den Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen unter bestimmten Bedingungen möglich. Der in der Stellungnahme angesprochene Netzausbau wird von den Übertragungsnetzbetreibern vorangetrieben. Für die Verfahrensführung (Bundesfachplanung) ist in den meisten Fällen die Bundesnetzagentur, in den anderen Fällen die örtlich betroffene Landesbehörde (Regierungspräsidium) zuständig. Der Regionalverband Ostwürttemberg wird sich wie bisher im Rahmen seiner Eigenschaft als Träger öffentlicher Belange in diesen Verfahren für die regionalplanerischen Interessen der Region einsetzen. Es sei darauf hingewiesen, dass im Zuge der Regionalen Planungsoffensive und der Vorgaben in § 20 und 21 Klimaschutz- und Klimaanpassungsgesetz alle Regionalverbände Baden-Württembergs parallel die Festlegung von Gebieten für Windenergie und Freiflächen-Photovoltaik vornehmen. Dadurch besteht die Möglichkeit, dass Netzbetreiber die gleichzeitig in ganz Baden-Württemberg festgelegten Gebiete als Planungsgrundlage für den Netzausbau nutzen können.
lfd. Ident-Nr.: 348 Privat Stn-Id: 98		BE-ID: 274 Also bin ich klar g e g e n die geplante Erweiterung.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 348 Privat Stn-Id: 98		BE-ID: 275 Abgesehen davon ist es eine Frechheit, die Bedingungen für die Betreiber deutlich zu verbessern und die Rechte der Betroffenen (also alle in näherer Umgebung eines Windrads wohnen-den) zu verschlechtern (Abstandsregeln, Bauhöhen, …). So was nennt man wohl „Salamitaktik“ (zuerst Fakten schaffen und sich mit „kleinen“ Anlagen die Akzeptanz erschleichen, um später die Bedingungen zu ändern und die Gutmütigkeit der Betroffenen auszunutzen).	Das Planungskonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 umfasst - u.a. mit den im Kriterienkatalog festgelegten Siedlungsabständen - den Schutz der Bevölkerung (Mensch und Gesundheit). Auch der öffentliche Belang einer optisch bedrängenden Wirkung gem. § 249 Abs. 10 BauGB wird mit den festgelegten Siedlungsabständen umfassend berücksichtigt. Des Weiteren sind die einzuhaltenden Lärmimmissionen sind gesetzlich geregelt. Die Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (kurz TA Lärm) beinhaltet Immissionsrichtwerte für verschiedene Siedlungsgebiete (bspw. Wohngebiet, Mischgebiet, u.a.). Die TA Lärm dient dem Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie der Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch Geräusche und differenziert nach den in den Baugebietstypen zulässigen Immissionen. Die pauschalen Umgebungsabstände zu Siedlungen in der vorliegenden Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigen diese einzuhaltenden Lärmimmissionen. Die tatsächliche Einhaltung dieser Werte wird schließlich auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) behandelt, wenn mit einer Projektplanung Angaben zur Anzahl, zu Standorten und Anlagentypen bekannt sind. Der Betreiber muss hierbei den Nachweis führen, dass die Grenzwerte der TA Lärm eingehalten werden und damit eine

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Gesundheitsgefährdung ausgeschlossen wird.
lfd. Ident-Nr.: 348 Privat Stn-Id: 98		BE-ID: 276 Ich möchte Sie bitten mir mitzuteilen, wer all diese Stellungnahmen bekommt, was mit ihnen geschieht und ob diese öffentlich zugänglich gemacht werden.	Die Stellungnahmen inkl. Abwägungsvorschlag werden der Verbandsversammlung des Regionalverbandes vorgelegt. Die Verbandsversammlung beschließt unter Kenntnis der abwägungsrelevanten Aspekte aus der 1. Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit die Durchführung einer 2. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und beauftragt die Verbandsverwaltung, die Einwender über die Behandlung der Anregungen der 1. Anhörung zu informieren. Einzelne Stellungnahmen werden nicht veröffentlicht.
lfd. Ident-Nr.: 361 Privat Stn-Id: 82	Textteil VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 217 Hier meine Einwendungen zum geplanten Windrad am Standort Gebietsbrief 68/2: Im Einzugsgebiet des Windrades befindet sich mindestens 1 Milanhorst. Im Einzugsgebiet befindet sich ein Waldkindergarten mit im Freien liegenden Spiel- und Aufenthaltsplätzen, auch die Zufahrtswege zum Waldkindergarten sind direkt betroffen, weil sie nur wenige hundert Meter an dem Windrad vorbeiführen. In unmittelbarer Nähe des Windrades befindet sich eine Hochspannungsleitung. Das Windrad soll auf sumpfigem Untergrund erstellt werden, an seinem Fuß befinden sich zudem 2 Gärten.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Hinsichtlich der Anmerkung "zum geplanten Windrad" wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der vorliegenden Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt werden. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Artenschutzfachliche Belange - wie z.B. windenergiesensible Vogel- und Fledermausarten - sind im Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 umfassend und gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie der verbindlichen Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Insbesondere durch die Anwendung des o.g. Fachbeitrags Artenschutz erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes auf der genannten Planungsebene, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes im nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Der Waldkindergarten im Bereich des Schratenhofs inkl. des Umgebungsabstandes (1.000m) zu den Aufenthalts- und Spielbereichen wurde nachgeführt und bei der Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt. Die durch den nachgeführten Umgebungsabstand tangierten Bereiche des Vorranggebiets 68 "Giengen an der Brenz" wurden ausgeschnitten. Das Vorranggebiet 68 wird - mit entsprechend angepasstem / reduziertem Gebietszuschnitt - im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Hochspannungsfreileitungen sind - gem. des Plankonzeptes (s. Kriterienkatalog) - mit einem ausreichenden Umgebungsabstand berücksichtigt. Die Teilfläche 68/2 wird im 2. Anhörungsentwurf nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 361 Privat Stn-Id: 82	Textteil VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 220 Nachfolgend meine Einwendungen gegen die 4 geplanten Windräder am Standort Gebietsbrief 68/1: Im Einzugsgebiet befindet sich ein Waldkindergarten mit im Freien liegenden Spiel- und Aufenthaltsplätzen, auch die Zufahrtswege zum Waldkindergarten sind betroffen, weil sie unmittelbar an einem Windrad vorbeiführen.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Der Waldkindergarten im Bereich des Schratenhofs inkl. des Umgebungsabstandes (1.000m) zu den Aufenthalts- und Spielbereichen wurde nachgeführt und bei der Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt. Die durch den nachgeführten Umgebungsabstand tangierten Bereiche des Vorranggebiets 68 "Giengen an der Brenz" wurden ausgeschnitten. Das Vorranggebiet 68 wird - mit entsprechend angepasstem / reduziertem Gebietszuschnitt - im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 weitergeführt. Als Verkehrswege werden bei der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nur sind nur regionalbedeutsame Verkehrswege berücksichtigt (Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen). Der Hinweis zu Zufahrtswegen bezieht sich auf einen konkreten Analgenstandort. Die konkrete Standortplanung ist nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene. Die weiteren Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. Immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 361 Privat Stn-Id: 82	Textteil VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 221 Auch der Eisschlag stellt hier ein Problem dar, das zur eventuellen Sperrung der Zufahrtsstraße zum Waldkindergarten führen kann.	Die genannten Anregungen zur Thematik "Eisschlag" sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft.
lfd. Ident-Nr.: 361 Privat	Textteil VRG 68 Giengen an der	BE-ID: 222 Die Region Ostwürttemberg hat sich ausdrücklich auf einen	Hinsichtlich des Kriteriums Siedlungsabstand hat die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg den Kommunen die Verringerung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 82	Brenz	Abstand von 1000 m von jeglicher Wohnbebauung verständigt. Die Abstandsverkürzung auf 750 m war daher energiepolitisch nicht erforderlich, um das regionalverbandsweit geforderte Ziel der Windenergie-erzeugung zu erreichen.	des regionalen Planungskriteriums "1.000m Umgebungsabstand" auf 750m eingeräumt, wenn dies mit einem Gemeinderatsbeschluss belegt werden kann. Das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" wurde nach Vorlage des Beschlusses des Gemeinderats Giengen zur Verringerung des Siedlungsabstandes auf 750m mit einem Abstand zu wohngenutzten Einzelgehöften im Außenbereich von 750m festgelegt. Dies entspricht dem Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 (s.o.), welches von der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg am 15.12.2023 beschlossen wurde.
lfd. Ident-Nr.: 361 Privat Stn-Id: 82	Textteil VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 223 Die Windräder liegen im Wald, die damit einhergehende Zerstörung von Wald kann umwelttechnisch nicht gewollt sein. Es gibt geeignetere Flächen in Giengen. Einzelne Rotorblätter reichen in ein Naturschutzgebiet hinein.	Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Eine pauschale Bevorzugung von Offenlandbereichen oder Ausschluss von Waldgebieten wäre nicht sachgerecht für die Sicherung der günstigsten Standorte für die Windenergienutzung und spiegelt nicht die ökologische Wertigkeit der Lebensräume wider. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Auf das Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff. wird hingewiesen. Weiterhin besteht für die Inanspruchnahme von Waldflächen das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung. Die Anmerkung, dass Rotorblätter in ein Naturschutzgebiet hineinreichen, ist nicht zutreffend. Bei der Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wird zu Naturschutzgebieten - gem. den Festsetzungen des Kriterienkatalogs - (u.a. aufgrund der Rotor-out-Regelung) ein Pufferabstand von 200m eingehalten.
lfd. Ident-Nr.: 361 Privat Stn-Id: 82	Textteil VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 224 Die Windräder liegen in einem Erholungswald (sog. ME-Schutzgebiet); es handelt sich um ein für die Giengener Bevölkerung sehr beliebtes Naherholungsgebiet. Die Stadt Giengen unterstreicht diesen Aspekt durch die Pflege von Jogging bzw. Nordic Walking Strecken, eines Trimm-Dich-Pfades und einer Grillstelle im unmittelbaren Einzugsgebiet von 4 Windrädern. Ein Teil dieses Naherholungsgebietes ist als Naturschutzgebiet ausgewiesen. Die Bedeutung als sehr beliebtes Naherholungsgebiet wurde bei einer spontanen, nicht geplanten Umfrage der Stadt Giengen im Rahmen eines Bürgerdialogs am 28.11.2023 von den Bürgern unterstrichen. Insofern ist diese Bewertung repräsentativ. Auch der Albschäferweg, im Jahre 2022 ausgezeichnet als schönster Wanderweg Deutschlands, führt durch das betroffene Gebiet.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 361 Privat Stn-Id: 82	Textteil VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 225 Die schlechte Windhöffigkeit spricht gegen einen Bau. Es gibt Gebiete im Regionalverband mit einem deutlich besseren Windaufkommen.	Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung und damit der Flächensicherung gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Berücksichtigung der mittleren gekappten Windleistungsdichte bei den Planungskriterien dient der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Im Ergebnis stellt der Windatlas eine für die Region Ostwürttemberg durchschnittlich gute bis sehr gute Windleistungsdichten dar und bescheinigt ihr damit eine grundsätzliche Eignung für die Windenergienutzung. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen). Dem Regionalverband wurde für das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" (Teilgebiet 1), welches laut Windatlas einer geringeren Windhöffigkeit (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) unterliegt, ein rechnerischer Nachweis vorgelegt,

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			welcher eine höhere Windhöffigkeit belegt, als im Windatlas dargestellt ist. Dieser Nachweis und die Interessensbekundung der Stadt Giengen zum Gebiet belegen die faktische und wirtschaftliche Umsetzbarkeit von Windenergievorhaben und das konkrete Umsetzungsinteresse in diesem Gebiet (Teilfläche 1). Damit wird das benannte Vorranggebiet als vollziehbar gewertet. Da für die südöstliche Teilfläche (2) des Vorranggebiets 68 kein Nachweis vorgelegt wurde, wird die Teilfläche im Zuge des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weiterverfolgt.
lfd. Ident-Nr.: 361 Privat Stn-Id: 82	Textteil VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 226 Die Windräder stellen ein Problem für die Einflugschneise des Giengener Segelflugplatzes und den Polizeihubschrauberlandeplatz der Autobahnpolizei dar.	Wird nicht gefolgt Die Belange der Luftfahrt und des Flugverkehrs sind im Planungskonzept der Teilfortschreibung berücksichtigt (s. Kriterienkatalog). In Rücksprache mit der zuständigen Luftfahrtbehörde (Regierungspräsidium Stuttgart, Referat 46.2 – Luftverkehr und Luftsicherheit) ergibt sich durch das geplante Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" keine Betroffenheit luftfahrttechnischer Belange.
lfd. Ident-Nr.: 361 Privat Stn-Id: 82	Textteil VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 227 Die Gebietsbriefe weisen genügend Flächen als "bedingt geeignet" oder "geeignet" aus. Während 68/1 und 68/2 als "sehr konfliktbehaftet" ausgewiesen werden. Insofern liegt es nahe, auf die "bedingt geeigneten" und vor allem "geeigneten Flächen" zurückzugreifen.	Die Strategische Umweltprüfung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 hat zum Ergebnis, dass in dem Vorranggebiet 68 Konflikte vorhanden sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt und im Falle des genannten Vorranggebietes der Windenergienutzung Vorrang eingeräumt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Die in der Strategischen Umweltprüfung ermittelten Beeinträchtigungen werden im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) überprüft und durch Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung, Ausgleich bzw. Kompensation auf ein rechtskonformes Maß gebracht. Die Reduzierung des Gebiets 68 "Giengen an der Brenz" im 2. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 führt darüber hinaus zu einer Neubetrachtung und -bewertung der umweltfachlichen Belange im Rahmen des Umweltberichts.
lfd. Ident-Nr.: 364 Privat Stn-Id: 197	Kartenteil VRG 54 Ebnat	BE-ID: 783 die im Entwurf geplante Erweiterung der Vorrangflächen für Windenergieparks gem. Plangebiet 54 südwestlich von	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Anregungen werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Ebnat/Niesitz kann bei allem Verständnis und Wohlwollen nicht wie derzeit geplant erfolgen und bedarf zwingend notwendiger Anpaßungen. In der Gesamtbetrachtung des Ostalbkreises fällt auf, daß besondere der Osten des Landkreises und dort insbesondere die Plangebiete 54 Ebnat/Niesitz und 48 Lauchheim/Bopfingen trotz unauffälliger, ganz normaler Windhöffigkeiten, in besonderem Maße zulasten dortiger Menschen und Strukturen mit neuen zusätzlichen Windvorranggebieten bedacht werden sollen!!?	Vorranggebiet 54 "Ebnat", welches laut Windatlas einer geringeren Windhöffigkeit (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) unterliegt, befindet sich in der unmittelbaren Umgebung zum bestehenden Windpark Königsbronn / Ebnat. Da in diesem Bereich bereits Windenergieanlagen sowie die dazugehörige Infrastruktur vorhanden sind, wurde das Gebiet nicht pauschal für die Nutzung der Windenergie ausgeschlossen, sondern als Potenzialgebiet in die Gebietskulisse der ersten Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufgenommen. Dem Regionalverband wurde für das Gebiet 54 "Ebnat" ein rechnerischer Nachweis vorgelegt, welcher eine höhere Windhöffigkeit belegt, als im Windatlas dargestellt ist. Dieser Nachweis ist als plausibel zu bewerten (positive Umsetzungsprognose), weshalb die benannte Fläche als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen weiterverfolgt werden kann. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen). Aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange inkl. Windhöffigkeit werden im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 der Gebietszuschnitt der Vorranggebiete 54 und 48 angepasst und das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 364 Privat Stn-Id: 197	Kartenteil VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2029 Ich wohne seit 45 Jahren in Ebnat Südwest an der Ringstraße und habe seit 2016 15 WKA im Süden (Niesitz/Nietheim) in beeindruckender Nähe sowie weitere 10 WKA in Nattheim ständig vor Augen und somit täglich ein gestörtes Landschaftsbild und nächtlich blinkende Rotlichter zu verkraften. Insgesamt sehe ich von meinem Balkon bereits heute 40 WKA und ich kann mir nicht vorstellen, von weiteren, immer größer werdenden Anlagen umzingelt zu werden (noch höher, noch näher, tw. vor den bestehenden WKA!) Meines Erachtens muß zwingend ein Abstand von mind. 1500 m von bestehender Bebauung Berücksichtigung finden.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die im Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 festgelegten Siedlungsabstände berücksichtigen den öffentlichen Belang einer optisch bedrängenden Wirkung gem. § 249 Abs. 10 BauGB umfassend. Darüber hinaus ist die Festlegung eines größeren Siedlungsabstandes (>1.000 m) im Plankonzept der genannten Teilfortschreibung und auf regionaler Planungsebene gem. § 249 Abs. 9 BauGB nicht möglich. In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden zwischen Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen und bspw. Wohngebieten Umgebungsabstände eingehalten, um den Menschen vor erheblichen, potenziell schädlichen Einflüssen zu schützen. Im nachfolgenden Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) wird die Einhaltung der Mindestabstände zu Siedlungsbereichen und der immissionsschutzrechtlichen Belange bei Vorliegen konkreter Anlagenstandorte geprüft. In diesem Rahmen werden potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen durch rechtliche Regelungen eingegrenzt. Dabei werden sowohl Schallemissionen als auch andere potenziell schädliche Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Der Regionalverband erkennt die Belastung des Raumes Ebnat. In Verbindung mit anderen im Rahmen der 1. Anhörung eingebrachten Belangen wird die Gebietskulisse zur 2. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 überarbeitet.
lfd. Ident-Nr.: 364 Privat Stn-Id: 197	Kartenteil VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2030 Das Plangebiet 54/1 müsste somit im Süden/Südwesten wg. Niesitz sowie der Einflugschneisse Flugplatz Elchingen und auch im Norden wegen beliebtem, wichtigem Naherholungsgebiet, Kleinod Maria Eich, Wildkorridor, FFH-Gebiet, Naturschutz und u.a. Trassenführung Albaufstieg deutlich korrigiert/verkleinert werden.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange (inkl. Entlastung der Raumschaft, An- und Abflug des Flugplatzes Aalen-Elchingen, Windhöffigkeit) wurde der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 optimiert und zwei südliche Teilbereiche zurückgenommen. Des Weiteren wurde das Vorranggebiet 53 aufgrund der Anwendung verschiedener Abwägungsbelange (u.a. Überlastung von Niesitz, Entlastung des Raums, An- und Abflug des Flugplatzes Aalen-Elchingen, geringe Windhöffigkeit) gestrichen. Die Berücksichtigung der Belange des Denkmalschutzes auf Ebene der Regionalplanung entspricht der aktuellen, zuletzt zum 11. Februar 2023 geänderten Rechtslage nach dem Denkmalschutzgesetz BW. Der sogenannte Umgebungsschutz (vgl. § 15 DSchG) ist danach nur für die in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmalen zu berücksichtigen, welche "Maria Eich" nicht dazugehört. Die mögliche Beeinträchtigung weiterer, nicht in höchstem Maße raumbedeutsame Kulturdenkmale wird auf Ebene des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage geprüft. Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Des Weiteren sind einige naturschutzfachliche Belange im Gebietssteckbrief für den angepassten Gebiet 54 als Hinweis auf Restriktionen und weitere zu prüfende Belange zur Berücksichtigung im nachgelagerten Verfahren aufgeführt.
lfd. Ident-Nr.: 364 Privat Stn-Id: 197	Kartenteil VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2031 Ebnat trägt durch die bereits bestehenden WKA, die 24 KV Stromleitung Nord/Süd und den geplanten 42 ha großen Solarpark Diepertsbuch schon außerordentlich viel zur Energiewende bei und kann allenfalls moderate Erweiterungen zur kommunalen Versorgung (u.a. Zeiss) ohne gravierende Eingriffe in schützenswerte primäre anderweitige Belange und Strukturen hinnehmen und akzeptieren. Eine faire Verteilung der Lasten /Vorrangflächen ist dabei wichtig, zumal auch andernorts nicht weniger geeignete Windhöffigkeiten bestehen. Bitte paßen sie die entwurfsgeplanten Vorranggebiete bezüglich der vorgebrachten Anmerkungen unbedingt entsprechend an. Für eventuelle Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Mit §§ 20 und 21 KlimaG hat die Landesregierung den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (1,8% Regionsfläche für Windenergie an Land und 0,2% Regionsfläche für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ziel dieser Teilfortschreibung ist die Umsetzung dieser gesetzlichen Vorgaben. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Der Regionalverband erkennt die Belastung des Raumes Ebnat. In Verbindung mit anderen im Rahmen der 1. Anhörung eingebrachten Belangen wird die Gebietskulisse zur 2. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 überarbeitet.
lfd. Ident-Nr.: 365 Privat Stn-Id: 369	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 2202 Stellungnahme bzw. Einwände gegen den Bau von Windrädern im Gebiet 68/1 und 68/2: da die geplanten 4 Windräder allesamt in einem Waldgebiet stehen würden, wäre die Zerstörung immens. Dies kann so wohl nicht gewollt sein, zumal die einzelnen Rotorblätter bis in ein Naturschutzgebiet hinein reichen würden.	Der Hinweis bezieht sich auf 4 Windräder und vermutlich zu konkreten Anlagenstandorten. Die konkrete Standortplanung ist nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene. Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume und Naturschutzgebiete sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden. Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Um Naturschutzgebiete wird ein Vorsorgeabstand von 200m bei der Gebietsabgrenzung der Vorranggebiete berücksichtigt. Ein Überstreichen von Naturschutzgebieten durch Rotorblätter von Windenergieanlagen (Länge derzeit 80-90m) ist wenig wahrscheinlich.
lfd. Ident-Nr.: 365 Privat Stn-Id: 369	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 2203 Dieses Waldgebiet hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einem sehr beliebten Naherholungsgebiet mit ausgebauten Jogging- und Walkingstrecken sowie Trimm-Dich-Pfad und Grillstellen für das ganze Stadtgebiet entwickelt. Auch der Albschäferweg führt durch das betroffene Gebiet. Eine Zerstörung dieser Oase hätte für die ganze Bevölkerung immens schlechte Auswirkungen auf das Wohlbefinden und die Wohnqualität.	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 und 21 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 365 Privat Stn-Id: 369	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 2204 Erst kürzlich wurde im Einzugsgebiet Gebiet 68/1 68/2 ein Waldkindergarten errichtet. Durch den Bau wären die im Freien liegenden Spielplätze sehr negativ betroffen. Auch die Zufahrtswege wären eingeschränkt, da diese nur wenige hundert Meter am Windrad vorbei führen.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Der Waldkindergarten am Schratenhof wurde dem Regionalverband erst im Rahmen der 1. Anhörung bekannt. Wald- und Naturkindergärten wurden in den Kriterienkatalog aufgenommen und werden wie andere Gemeinbedarfsflächen mit einem Umgebungsabstand von 1.000m berücksichtigt. Die Abgrenzung des Gebiets 68 "Giengen" wird im 2. Anhörungsentwurf angepasst. Als Verkehrswege werden bei der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nur sind nur regionalbedeutsame Verkehrswege berücksichtigt (Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen). Der Hinweis zu Zufahrtswegen bezieht sich auf einen konkreten Analgenstandort. Die konkrete Standortplanung ist nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene. Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 365 Privat Stn-Id: 369	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 2205 Die Region Ostwürttemberg hat sich ausdrücklich auf einen Abstand von 1.000 m verständigt. Die Abstandsverkürzung auf 750 m war daher energiepolitisch nicht erforderlich, um das geforderte Ziel der Windenergieerzeugung zu erreichen.	Der Umgebungsabstand von 1.000m zu Siedlungsbereichen, die der Wohnnutzung unterliegen (allgemeine Wohngebiete, gemischte Bauflächen und Dorfgebiete sowie Einzelgehöfte und wohngenutzte Einzelgebäude im Außenbereich) ist ein vom politischen Gremium des Regionalverbandes (Verbandsversammlung) mehrstimmig nach intensiver Diskussion beschlossenes planerisches Kriterium, welches zur Ermittlung von geeigneten Windenergiegebieten für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient. Da rein rechtlich betrachtet auch geringere Abstände möglich sind, insbesondere im Außenbereich und zu Mischgebieten, wurde den Kommunen der Region eine Öffnung des vorsorglichen Umgebungsabstandes von 1.000m eingeräumt, wenn diese Windenergiegebiete innerhalb des Umgebungsabstandes bis 750m planen und dies dem Regionalverband mit einem entsprechenden Gemeinderatsbeschluss bestätigen. Die Stadt Giengen an der Brenz hat am 22.02.2024 einen Gemeinderatsbeschluss zur Verkürzung des Siedlungsabstands zu Gehöften auf 750m für die Windpotenzialfläche am Hohen Stich gefasst.
lfd. Ident-Nr.: 365 Privat Stn-Id: 369	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 2206 Eine Hochspannungsleitung im unmittelbaren Umfeld des geplanten Windrads wird auch für Probleme sorgen.	Der Hinweis bezieht sich auf einen konkreten Anlagenstandort. Die konkrete Standortplanung ist nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene. Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Bei der Abgrenzung der regionalen Vorranggebiete werden dem Plankonzept entsprechend Mindestabstände zu Hochspannungsleitungen berücksichtigt (s. Kriterienkatalog). Die erforderlichen Abstände von Windenergieanalgen zu Hochspannugnsleitungen sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren,

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 365 Privat Stn-Id: 369	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 2207 Außerdem spricht die schlechte Windhöffigkeit auf dieser Gemarkung gegen den Bau von Windrädern.	Die Berücksichtigung der mittleren gekappten Windleistungsdichte bei den Planungskriterien dient der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Im Ergebnis stellt der Windatlas eine für die Region Ostwürttemberg durchschnittlich gute bis sehr gute Windleistungsdichten dar und bescheinigt ihr damit eine grundsätzliche Eignung für die Windenergienutzung. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen). Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung und damit der Flächensicherung gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Dem Regionalverband wurde für das Gebiet 68 "Giengen" ein rechnerischer Nachweis vorgelegt, welcher eine ausreichende Windhöffigkeit und eine faktische und wirtschaftliche Umsetzbarkeit von Windenergievorhaben belegt. Die benannte Fläche wird daher als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen weiterverfolgt.
lfd. Ident-Nr.: 365 Privat Stn-Id: 369	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 2208 Im Bereich 68/2 ist der Untergrund sumpfig. Ebenfalls keine geeignete Ausgangslage.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 68 "Giengen" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Die Teilfläche 68/2 wird im 2. Anhörungsentwurfs nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 366 Privat Stn-Id: 65		BE-ID: 131 die Gemeinde Bartholomä ist umzingelt von Windrädern. Da kann es ja wohl nicht sein, dass jetzt noch weitere dazukommen sollen!	Wird zur Kenntnis genommen. Es ist zutreffend, dass im Norden und insbesondere im Südwesten mehrere Windenergieanlagen im Bestand vorhanden sind. Das Kriterium "Überlastungsschutz" wurde einschlägig geprüft. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Eine Umzingelung von Bartholomä durch die Bestandsanlagen kann bei Anwendung des o.g. Gutachtens nicht bestätigt werden.
lfd. Ident-Nr.: 366 Privat Stn-Id: 65		BE-ID: 132 Es gibt auch noch andere Gebiete, wo der Wind weht. Aber da wohnen wahrscheinlich mehr Wähler.	Wird nicht gefolgt Die Einwohnerzahl von Gemeinden ist kein Planungskriterium der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und spielt bei der Erarbeitung der Gebietskulisse keine Rolle. In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Auswahl der Gebiete für Windenergienutzung als Vorranggebiete gesamtregional zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten und einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umfassung / Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Eine Verteilung anhand von Gemeindegrößen oder Einwohnerzahl wäre aus regionalplanerischer Sicht nicht sachgerecht. Denn die schrittweise Anwendung von Eignungs-, Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien führt dazu, dass in der Region nur eine beschränkte

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Anzahl an Gebieten verbleibt, die sich als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen eignen. Würden sich die Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen vor allem an Gemeindegrößen orientieren, ginge das nur über eine teilräumliche Relativierung bzw. Nichtanwendung der vorhandenen Ausschluss- und Eignungskriterien. Teilräumlich würden nur Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden können, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang).
lfd. Ident-Nr.: 366 Privat Stn-Id: 65	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 60 Rechberger Buch	BE-ID: 133 Die 1000 m werden im Gebiet 60 zum bewohnten Gebiet (Möhnhof und Innerer und Äußerer Kitzing) nicht eingehalten.	Wird nicht gefolgt Bei der Abgrenzung des Vorranggebiets 60 "Rechberger Buch" wird zu den Wohngebäuden der genannten Gehöfte bzw. Weiler ein Mindestabstand von 1000m eingehalten.
lfd. Ident-Nr.: 383 Privat Stn-Id: 259		BE-ID: 2085 seit 2022 verfolge ich mit großem Interesse die Teilfortschreibung Windenergie und möchte mich zunächst bei Ihnen für den transparenten und informativen Prozess bedanken! Sie haben umfangreich informiert und die Kriterien anhand welcher Sie Bewertungen vornehmen und Abwägungen treffen nachvollziehbar offengelegt und erläutert. Sie haben es allen Interessierten ermöglicht an einer Vielzahl an Informationsveranstaltungen teilzunehmen. Sie haben als professionelles Team die Abstimmung mit allen betroffenen Kommunen in der Region Ostwürttemberg durchgeführt und unzählige Anfragen und Nachfragen von Kommunen, Projektierern und Privatpersonen immer zeitnah und umfassend beantwortet und dabei immer den richtigen Ton behalten.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 383 Privat Stn-Id: 259		BE-ID: 2086 Im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens möchte ich die Gelegenheit nutzen die hervorragende Eignung der Flächen (Utzenberg 59, Erweiterungsgebiet Lauterburg 58 und Hardt) an sich, die hohe Akzeptanz von Windenergie in der Region und auf die wirtschaftspolitische und standortsichernde Bedeutung einzugehen. Bei den betreffenden Flächen handelt es sich um Flächen mit sehr hoher Windhöffigkeit. In der Region gibt es kaum andere Flächen mit so hoher Windhöffigkeit. Messungen an Bestandanlagen haben ergeben, dass die tatsächliche Windleistungsdichte noch über den von LUBW veröffentlichten Werten liegt. Entsprechend LUBW sind die Flächen mit höchster Priorität zu nutzen. Ich als einer der Gesellschafter der Forstverwaltung Hohenroden GbR begrüße es, wenn die Flächen für Windenergie genutzt werden. Alle anderen Mitgesellschafter der Forstverwaltung Hohenroden GbR im Übrigen auch. Uns als Flächeneigentümer ist dabei die Akzeptanz in der Region sehr wichtig. Wir sind	Wird zur Kenntnis genommen. Die beiden Vorranggebiete 59 "Utzenberg" und 58 "Erweiterung Lauterburg" werden aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst und im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt. Das Gebiet "Hart" ist nicht Teil des 1. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Mit der Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen auf Ebene der Regionalplanung erfolgt keine abschließende Gebietsausweisung für Windenergieanlagen (vgl. § 11 Abs. 7 LplG). Kommunen haben weiterhin die Möglichkeit auf Ebene der Bauleitplanung selbst Konzentrationszonen für Windenergieanlagen auszuweisen (vgl. § 245e Abs. 1 BauGB). Diese zusätzliche planerische Steuerungsmöglichkeit von Windenergievorhaben bietet Städten und Gemeinden die Chance, die Nutzung der Windenergie in kommunale Projekte wie bspw. die kommunale Wärmeplanung einzubinden,

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		diesbezüglich seit langem im Austausch mit den Kommunen und Ortschaften Essingen, Heubach, Lautern, Lauterburg und auch Bartholomä. Alle Kommunen deren Gemarkung direkt betroffen ist stehen (nahezu einstimmig) hinter dem Vorhaben. Der Ortschaftsrat Lauterburg (unmittelbar betroffen) hat sich für alle drei genannten Gebiete auf Essinger Gemarkung ausgesprochen. Der Gemeinderat Heubach einstimmig dafür gestimmt. Der Gemeinderat Essingen hat sich ebenfalls einstimmig für die drei genannten Gebiete auf Essinger Gemarkung ausgesprochen. Aus Gesprächen mit Kommunen, Unternehmern und Vertretern der regionalen Wirtschaft bekommen wir fortlaufend Signale wie dringend regionale und bezahlbare Energie benötigt wird. Meines Erachtens handelt es sich um Gebiete von höchster wirtschaftspolitischer und standortsichernder Bedeutung!	Bürgerwindenergieprojekte gezielt kommunal umzusetzen sowie die Standortvorteile für Gewerbe und Wohnen durch vergünstigten lokalen Strom aus erneuerbaren Energien weiterhin auszubauen.
lfd. Ident-Nr.: 383 Privat Stn-Id: 259		BE-ID: 2087 Die Gebiete weisen fast keine Restriktionen auf. Kein Landschaftsschutzgebiet, kein Waldrefugium, kein großer unzerschnittener Raum, kein kleiner unzerschnittener Raum! Auch die Auswirkungen auf die im SUP definierten Schutzgüter, Mensch und Gesundheit, Kultur- und sonstige Sachgüter, Landschaft, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt, Boden, Wasser, Klima, Luft und Fläche sind in großen Teilen sehr überschaubar. Die Stellungnahme zu den einzelnen Schutzkriterien erfolgt gesondert.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Allerdings ist durch das Vorranggebiet 58 "Erweiterung Lauterburg" der Randbereich eines großen unzerschnittenen, ruhigen Raumes und durch das Vorranggebiet 59 "Utzenberg" ein Landschaftsschutzgebiet betroffen. Diese Belange wurden - auch unter Anwendung des § 2 EEG - abgewogen. Auf die Bewertung der Schutzgüter in der SUP zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 wird verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 383 Privat Stn-Id: 259		BE-ID: 2088 Unbestritten wird der Bau und der Betrieb von Windkraftanlagen das Landschaftsbild beeinflussen und in unmittelbarer Nähe auch Einfluss auf Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt haben. Durch langjährige eigene Beobachtungen an Bestandsanlagen (Lauterburgerfeld) konnte ich keine negative Veränderung auf die genannten Schutzgütern feststellen. Ganz im Gegenteil die Anzahl an Wanderern, Spaziergängern, Fahrradfahren in unmittelbarer Nähe der WEA ist stetig gestiegen. Ich konnte nicht beobachten, dass in der Nähe der Windanlagen die Artenvielfalt gesunken ist. Studien (Life-Eurokite) haben die häufigste Todesursache von Rotmilanen untersucht und festgestellt, dass Gift (durch vergiftete Ratten und Mäuse) die häufigste Todesursache ist, gefolgt vom Straßenverkehr, Stromschlag und Schienenverkehr, an letzter Stelle Windenergieanlagen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 383 Privat Stn-Id: 259		BE-ID: 2089 In Summe bin ich mir sicher, dass die positiven Effekte die großräumig auf weiteren Flächen der Forstverwaltung Hohenroden GbR als überkompensierende Maßnahmen umgesetzt werden, die Beeinträchtigungen durch WEA bei weitem überwiegen werden und zu einer deutlich positiven Bilanz dieser Faktoren führen werden. Die Erträge aus den WEA werden es der	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Forstverwaltung Hohenroden GbR ermöglichen die Investitionen in den großflächigen Waldumbau, in einen klimaresilienten Mischwald, deutlich zu erhöhen. Darüber hinaus werden eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen, wie der Erhalt und Ausbau von Streuobstwiesen, das Anlegen von Hecken, Blühstreifen, das Anstauen von Bachläufen und Gewässern, die Vermoorung von geeigneten Flächen nachhaltig umgesetzt. Gerne sind wir bereit die Maßnahmen und deren positiven Auswirkungen auf die Artenvielfalt, Biodiversität und das Landschaftsbild im Rahmen eines Pilotprojektes messbar abzubilden. Gerne stelle ich Detailkonzepte und -pläne persönlich vor, und zeige auf welchen Flächen welche Maßnahmen umgesetzt werden können.	Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 383 Privat Stn-Id: 259		BE-ID: 2090 Des Weiteren gibt es erste Konzepte für regionale Speicherlösungen. Was auch ein wichtiges Kriterium bei der Auswahl des Projektierers war – also die Bereitschaft und die Fähigkeit solche Speicherlösungen mitentwickeln zu können und in solche zu investieren. Ich selbst lebe gerne in der Natur für die Natur und mit der Natur. Ich bin früh mit dem Thema Klimawandel konfrontiert worden und konnte mir nicht vorstellen mit welcher Geschwindigkeit der Klimawandel voranschreiten wird. Gerne würde ich meinen Kindern eine Umwelt hinterlassen, in welcher sie selbst und nachfolgende Genrationen ein lebenswertes Leben führen können.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 383 Privat Stn-Id: 259		BE-ID: 2091 Insofern bitte ich Sie die einmaligen Windpotentialflächen auch als solche in der Regionalplanung zu berücksichtigen. Bitte deckeln sie nicht die Vorranggebiete bei 1,8% bzw. 0,3% aufgrund reiner Zielvorgaben. Ich gehe davon aus, dass nicht alle Flächen, welche Sie im gesamten Gebiet ausweisen auch in die Umsetzung und in die Bauentwicklung gehen werden. Nicht alle werden zeitnah einen Netzzugang bekommen. Seien sie weiter mutig, weitsichtig und weisen ausreichend Flächen für Windenergie aus, stärken die Region, schützen das Klima und unterstützen die CO^2 neutrale Energieerzeugung.	Die Regionalverbände haben die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Das eingegebene Flurstück befindet sich in einem - gem. des Kriterienkatalogs zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 - definierten Ausschlussbereich. Das verbindlich vorgegebenen Teilflächenziel gemäß § 20 KlimaG

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			wird für die Region Ostwürttemberg mit den bestehenden und geplanten Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfüllt. Ob und inwiefern das gesetzlich geforderte Mindestflächenziel überschritten wird, obliegt der ENtscheidung des politischen Gremiums (Verbandsversammlung) des Regionalverbandes Ostwürttemberg.
lfd. Ident-Nr.: 383 Privat Stn-Id: 259		BE-ID: 2092 Darüber hinaus sind wir sind aktuell mit dem Projektierer (ODR/ENBW) in Abstimmung über folgende mögliche Maßnahmen zur Reduzierung und Vermeidung von Umweltauswirkungen auf die definierten Schutzgüter. - Vermeidung von Lichtreflexion durch entsprechende Farben an den Anlagen - Vermeidung von Eiswurf durch entsprechende Technik - Sorgfältige Auswahl der einzelnen WEA Standorte auf folgende Schutzgüter optimiert: Klima; Fläche; Landschaft; Wasser; Boden; Tiere und Pflanzen; Kulturelles Erbe; Mensch und Gesundheit - Agrarstrukturelle Belange berücksichtigen --> nicht auf Agrarflächen bauen - Entwicklung entsprechender Brandschutzkonzepte - Vorhanden Infrastruktur und Wege bei der Erschließung nutzen, so dass möglichst wenig Räume zerschnitten werden - Unnötige Holzfällung vermeiden - Versiegelung und Bodenverdichtung vermindern	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 383 Privat Stn-Id: 259		BE-ID: 2093 Die Kommunen, viele Bürger, wir als Flächeneigentümer haben sich eindeutig dafür ausgesprochen. Die Auswirkung auf die Schutzgüter sind bei einer gewichteten Bewertung durchschnittlich gering und können durch die aufgezeigten Maßnahmen weiter verringert werden. Die Kompensationsmaßnahmen bieten viel Potential. Der Bedarf an Energie steigt fortlaufend. Ein Konzept zur Speicherung befindet sich in der Entwicklung.	Wird zur Kenntnis genommen. Die genannten Aspekte Eigentumsverhältnisse, Kompensationsmaßnahmen sowie Speichermöglichkeiten gehen über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinaus. Auf die Abwägung der BE ID 2089 und BE ID 2092 wird verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 392 Privat Stn-Id: 99	Kartenteil VRG 67 Hermaringen	BE-ID: 277 bezüglich des geplanten WKA auf der Gemarkung der Gemeinde Hermaringen (Gebiet 67) habe ich folgende Einwände.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 392 Privat Stn-Id: 99		BE-ID: 278 Als Ingenieur aus dem Bereich Erneuerbare Energien habe ich grundsätzlich nichts gegen den geplanten Windpark. Dennoch empfinde ich das Vorgehen der Gemeinde Hermaringen als stark verbesserungswürdig.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Entscheidungen kommunaler Gremien sowie der Weg dieser Entscheidungsfindungen sind nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene.
lfd. Ident-Nr.: 392 Privat Stn-Id: 99	Kartenteil VRG 67 Hermaringen	BE-ID: 279 Es wurde bewusst ein größerer Abstand der geplanten WKA zur Gemeinde Hermaringen realisiert, als zur Gemeinde Sachsenhausen. Dies wäre an sich nicht schlimm. Jedoch sieht die Gemeinde	Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Hermaringen keine Teilhabemöglichkeiten (außer die gesetzlich notwendigen 0,2ct/kWh) für die Bewohner von Sachsenhausen vor. Es liegt daher keine Gerechtigkeit und Gleichbehandlung im Sinne des Grundgesetzes vor. Dies liegt darin begründet, dass die Verteilungsgerechtigkeit in Bezug auf Immission und finanzielle Teilhabe bei der derzeitigen Planung des RV nicht gegeben ist. Diesbezüglich verlange ich Ausweisung gleicher Anlagenabstände zu den Ortschaften (Hermaringen und Sachsenhausen). Dies beinhaltet auch Anpassung (Reduzierung) der derzeit ausgewiesenen Eignungsflächen in Richtung der Ortschaft Sachsenhausen. Es können keine Flächen ausgewiesen werden, welche die Verteilungsgerechtigkeit nicht sicherstellen können.	gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Weiterhin werden die im Kriterienkatalog zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 definierten Siedlungsabstände eingehalten. Die Festlegung eines größeren Siedlungsabstandes (>1.000 m) im Plankonzept der genannten Teilfortschreibung und auf regionaler Planungsebene gem. § 249 Abs. 9 BauGB nicht möglich. Dementsprechend werden auch keine größeren Abstände zu Siedlungsbereichen als die im Plankonzept definierten 1.000m angewandt. Die angesprochenen Aspekte zur Platzierung von Windenergieanlagen, Verteilung von Immissionen sowie zur finanziellen Teilhabe sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 393 Privat Stn-Id: 128	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 403 Bei diesem Vorranggebiet handelt es sich um eine ungeeignete Fläche: das Merkmal „voraussichtlich schnelle Umsetzbarkeit“trifft nicht zu.	Wird zur Kenntnis genommen. Hinweis: Das Vorranggebiet 43 "Gerstetten" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 393 Privat Stn-Id: 128	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 404 Begründung: Verstoß gegen Verfahrensgrundsätze - beim Gemeinderatsbeschluss - wegen fehlender „frühzeitiger und effektiver“ Einbindung der Öffentlichkeit - fehlende Berücksichtigung öffentlicher und privater Belange	Die Entscheidungen kommunaler Gremien sowie der Weg dieser Entscheidungsfindungen sind nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene. Seitens des Regionalverbandes werden die im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Teilregionalplans bestehenden zahlreichen gesetzlich normierten Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit (gem. den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg (LplG)) eingehalten. Weiterhin werden im Rahmen der Gesamtabwägung alle eingebrachten Belangen sorgfältig geprüft und abgewogen.
lfd. Ident-Nr.: 393 Privat Stn-Id: 128	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 405 Verstoß gegen Auswahlkriterien:Natur- und Artenschutz Mögliche Unvereinbarkeit mit dem Schutz von Waldgebieten gem. EU- Verordnung zur Wiederherstellung der Natur v. 17.6.2024	Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Auch hinsichtlich artenschutzfachlicher Belange wird auf das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 verwiesen, welches diese Belange umfassend und gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie der verbindlichen Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Insbesondere durch die Anwendung des o.g. Fachbeitrags Artenschutz erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes auf der genannten Planungsebene, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes im nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 395 Privat Stn-Id: 154	Kartenteil VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 618 Stellungnahme zu 68/2 Im Gebiet finden eine Vielzahl von geschützten Tieren wie Erdkröten, Laubfrösche, Eidechsen, diverse Vogelarten und klein	Das geplante Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. In dem Zug wird die Teilfläche 68/2 nicht weitergeführt. Zu den geäußerten Anregungen und Bedenken:

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Säugern eine Heimat. Durch die massiven Erdarbeiten mit schwerem Gerät wird hier das Habitat empfindlich beeinträchtigt. Die Quellen des Höllbachzuflusses sind ein schützendeswertes Feuchtbiotop, von denen es immer weniger wegen Baumaßnahmen und Oberflächen Versiegelungen gibt. Auch ist die Lage für ein Windrad für einen technischen Leihen nicht nachvollziehbar, eine Lage in Höhere Gelände scheint hier sinnvoller zu sein.	Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Weiterhin ist die Platzierung / Standortwahl sowie der Bau von Windenergieanlagen nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene und damit auch nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung.
lfd. Ident-Nr.: 396 Privat Stn-Id: 109	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2122 Sehr geehrte Frau Zanek, sehr geehrte Damen und Herren, herzlichen Dank, dass Sie der Öffentlichkeit die Möglichkeit einräumen eine Stellungnahme zu den Planungsverfahren der Teilfortschreibung Windenergie 2025 einzureichen. Dies gibt uns die	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Zu den erwähnten Anregungen werden nachfolgend nähere Erläuterungen gegeben. Vorab: Der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 wird aufgrund von Anregungen im Rahmen der 1. Anhörung angepasst: Zwei südliche Teilbereiche des Vorranggebietes 54 "Ebnat" werden aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange (z.B. Entlastung der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Gelegenheit aufzuzeigen, dass die angedachte Erweiterung des bestehenden Windenergieparks, insbesondere im Planungsverfahren 54 innerhalb des Vorranggebiets 26 (Gebiet südwestlich von Niesitz und Ebnat, Ostalbkreis) auf Skepsis, Kritik und Ablehnung durch uns und andere ortsansässige Personen stößt. Entsprechend haben wir auch damit begonnen uns als Bürgerinitiative zu organisieren. Im Anhang finden Sie drei PDF-Dateien: 1) Ausführliche Stellungnahme Textteil 2) Anlage 2 - Illustrationen 3) Anlage 3 - Tabellarische Themenübersicht Wir bedanken uns für eine sorgfältige Erwägung der vorgebrachten Einwände und freuen uns auf eine weitere Beteiligung der Bürgerinitiative im fortlaufenden Verfahren.	Raumschaft, An- und Abflug des Flugplatzes Aalen-Elchingen, Windhöffigkeit) zurückgenommen. Des Weiteren werden die Vorranggebiete 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" und 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat", die in der angesprochenen Raumschaft liegen, aufgrund der Anwendung verschiedener Abwägungsbelange (u.a. Überlastung und Entlastung des Raums, An- und Abflug des Flugplatzes Aalen-Elchingen etc.) im 2. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weiterverfolgt.
lfd. Ident-Nr.: 396 Privat Stn-Id: 109	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2123 herzlichen Dank, dass Sie der Öffentlichkeit die Möglichkeit einräumen eine Stellungnahme zu den Planungsverfahren der Teilfortschreibung Windenergie 2025 einzureichen. Dies gibt uns die Gelegenheit aufzuzeigen, dass die angedachte Erweiterung des bestehenden Windenergieparks, insbesondere im Planungsverfahren 54 innerhalb des Vorranggebiets 26 (Gebiet südwestlich von Niesitz und Ebnat, Ostalbkreis) auf Skepsis, Kritik und Ablehnung durch uns und andere ortsansässige Personen stößt. Entsprechend haben wir auch damit begonnen uns als Bürgerinitiative zu organisieren. Bereits die vielen, seit 2016 in unserer Nähe betriebenen Anlagen verursachen bedeutsame Belastungen, u.a. durch das gestörte Landschaftsbild, das von den Windrädern schon heute dominiert und zerschnitten wird, die den einzigartigen, natürlichen Charakter des Gebiets verzerren und den Wert als erlebbaren Erholungsraum schmälern. Schon diese bestehenden Anlagen verursachen erhebliche Geräuschimmissionen die bei entsprechender Windrichtung schon am Tage deutlich wahrnehmbar sind aber insbesondere die nächtliche Ruhe empfindlich beeinträchtigen und einen konkret negativen Einfluss auf die Erholungs-, Schlaf- und Lebensqualität der in den angrenzenden Ortschaften lebenden Menschen mit sich bringen. Selbiges gilt für die erhebliche Anzahl rot leuchtender oder blinkender Befeuerungen, die den natürlichen Nachthimmel weithin sichtbar verfremden. Dass die schon seit Mitte 2017 regulatorisch zulässige und ab 1.1.2025 verpflichtende „bedarfsgerechte Nachtkennzeichnung“ (BNK) im bestehenden Windpark leider	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Anregungen und Kritik werden zur Kenntnis genommen. In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden zwischen Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen und bspw. Wohngebieten Umgebungsabstände eingehalten, um den Menschen vor erheblichen, potenziell schädlichen Einflüssen zu schützen. Im nachfolgenden Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) wird die Einhaltung der Mindestabstände zu Siedlungsbereichen und der immissionsschutzrechtlichen Belange bei Vorliegen konkreter Anlagenstandorte geprüft. In diesem Rahmen werden potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen durch rechtliche Regelungen eingegrenzt. Dabei werden sowohl Schallemissionen als auch andere potenziell schädliche Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Weitergehende Forderungen nach dem Erhalt einer objektiv vorhandenen oder subjektiv wahrgenommenen Wohn- und Lebensqualität gehen über den gesetzlichen Immissionsschutz- und den regionalplanerischen Vorsorgeanspruch hinaus. Die Beurteilung der Lebensqualität wird von verschiedenen Faktoren bestimmt, z.B. dem materiellen Lebensstandard, der Bildung, den Berufschancen, dem sozialen Status, der Gesundheit, der den Wohnort umgebenden Natur. Die Gewichtung dieser Faktoren ist subjektiv und kann sich von Person zu Person stark unterscheiden. Auch die Wohnqualität kann mangels objektiver Maßstäbe nicht allgemeingültig definiert werden.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		erst vor wenigen Tagen initial in Betrieb genommen wurde zeigt uns, dass den Betreibern nicht das Wohl der Anwohner und eine naturverträgliche Umstellung auf erneuerbare Energien, sondern lediglich der gewinnmaximierte Betrieb der Anlagen wichtig ist. Als in Niesitz lebende Bürgerinnen und Bürger bringen wir also zum Ausdruck, dass wir durch den in unserer unmittelbaren Nähe betrieben, großen Windpark schon seit Jahren erhebliche Belastungen erdulden. Wir haben dabei bisher stets konstruktiv alle Bestrebungen für nachhaltige Energiegewinnung – auch durch Windkraft - unterstützt, tolerieren bislang die Nachteile und leisten damit bereits einen bedeutsamen und in der Region klar überdurchschnittlichen Beitrag zur Energiewende. Ein erheblicher Teil der 2,5% Windkraftfläche welche die Stadt Aalen in ihrem Gemeindegebiet ausweist gehen unmittelbar zu unseren Lasten! Viele Bewohner*innen von Niesitz und Ebnat haben auch selbst, aus intrinsischer ökologischer Überzeugung und trotz nicht immer klar gegebener Wirtschaftlichkeit in private Photovoltaik- und Solarthermieanlagen oder in Niesitz auch in einen Anschluss an das örtliche Biogas-Wärmenetz investiert. Wir leisten bereits unseren Beitrag und halten uns keineswegs schadlos.	Windenergieanlagen können einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und -unabhängigkeit Deutschlands leisten und damit mittelbar zum Erhalt der Lebensqualität beitragen bzw. Beeinträchtigungen der Lebensqualität vermeiden. Je nach Einstellung des Individuums zum Thema Windenergienutzung kann die Sicherung der Vorranggebiete für Windenergie im räumlichen Umfeld zum eigenen Wohnort daher ebenso positiv wie negativ zur Wohn- und Lebensqualität beitragen. Fragen zur Wohn- und Lebensqualität von Einzelpersonen können auf regionalplanerischer Ebene daher weder beeinflusst noch beurteilt werden und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Die Teilfortschreibung dient der Flächensicherung für die Windenergienutzung gemäß dem gesetzlichen Planungsauftrag. Darüber hinaus gilt das verbindliche Teilflächenziel gemäß § 20 KlimaG BW für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an diversen Eignungs-, Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen sowie der Verzicht auf bereits vorbelastete Gebiete / Bereiche in der Region nicht möglich. Der Regionalverband erkennt die Belastung des Raumes Ebnat. In Verbindung mit anderen im Rahmen der 1. Anhörung eingebrachten Belangen wird die Gebietskulisse zur 2. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 überarbeitet.
lfd. Ident-Nr.: 396 Privat Stn-Id: 109	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2128 Als unmittelbar Betroffene haben wir aus den gemachten, realen Erfahrungen mit den bestehenden Windkraftanlagen eine hochkritische Haltung gegenüber einer weiteren Zunahme von Belastungen, die durch eine Erweiterung des Windparks mit vermutlich noch erheblich höher aufragenden Anlagen entstehen würden. Diese Haltung wurde auch gegenüber lokalen	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Der Teilfortschreibung Windenergie 2025 liegt ein nach den gesetzlichen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Bürgervertretern ausgesprochen und dies wird auch weiterhin mit Nachdruck geschehen. Der Ortschaftsrat Ebnat hat sich schon zuvor in einer nichtöffentlichen Sitzung am 29. Februar 2024 klar gegen den Ausbau der Windkraft bei Niesitz und Ebnat ausgesprochen. Bürgerinnen und Bürger der Teilorte und Stadtbezirke zählen darauf, dass ein Beschluss ihrer gewählten Vertreter als Teil der politischen Willensbildung entsprechendes Gewicht hat! Der Stadt Aalen ist die Beschlussfassung des Ortschaftsrates natürlich bekannt und die Einwände sind in der öffentlich einsehbaren Sitzungsvorlage 6124/013 auch teilweise dargelegt. Hingewiesen ist dabei u.a. auch explizit auf den Naturraum südlich von Ebnat mit seinem hohen Stellenwert für die Naherholung.	Vorgaben und dem anerkannten Stand der Wissenschaft und Technik erarbeitetes Planungskonzept zugrunde. Die Planungsverfahren der Regionalplanung sind transparent und demokratisch legitimiert. Teil des Verfahrens ist eine Beteiligung der Öffentlichkeit. Die prozeduralen und inhaltlichen Entscheidungen, von der Einleitung des Verfahrens bis hin zum Satzungsbeschluss des endgültigen Plans, treffen die Verbandsversammlungen. In der kommunal verfassten Regionalplanung in Baden-Württemberg sind die Entscheidungstragenden somit Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus der Region. Die Einwände des Ortschaftsrats Ebnat durch die Beschlussfassung am 29. Februar 2024 wurden uns im Rahmen der Anhörung vorgelegt und die Hinweise gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen einbezogen. Die betreffenden Vorranggebiet werden nach Abwägung aller Belange entsprechend angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 396 Privat Stn-Id: 109	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2129 Überdies geben wir zur Beachtung, dass es im unmittelbaren Umfeld von Niesitz und Ebnat bereits Lastkollektive gibt die das Landschaftsbild deutlich negativ prägen, mit multiplen Immissionen auf Mensch und Natur wirken und den siedlungsnahen Erholungsraum beeinträchtigen. Zu nennen sind u.a. die bestehende 380kV-Hochspannungsleitung, die Kläranlage Ebnat/Niesitz, der Verkehrslandeplatz Aalen-Elchingen (EDPA) mit regelmäßigem Sport-Flugverkehr über Niesitz, die Autobahn A7 mit Anschlussstelle und zukünftig auch die geplante Groß-Photovoltaikanlage mit 42ha Fläche samt Umspannwerk bei Niesitz/Diepertsbuch. Die bevorstehende, umfangreiche Ansiedelung der Firma Carl Zeiss im Norden von Ebnat wird im Laufe der kommenden Jahre einen erheblichen Flächenverbrauch und deutlich intensivierten PKW- und LKW-Verkehr mit allen einhergehenden Belastungen mit sich bringen. Die Ansiedlung wird auch nicht von allen Teilen der Bevölkerung uneingeschränkt positiv gesehen und die Auswirkungen auf den dörflichen Charakter werden – auch unabhängig von einer Erweiterung des Windparks – durchaus kontrovers diskutiert.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die aufgeführten Aspekte werden zur Kenntnis genommen. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind dabei nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			berücksichtigt. Auch die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfergebnisse werden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Weiterhin ist nach § 8 ROG sowie § 2a LplG bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Die betreffenden Vorranggebiet werden nach Abwägung aller Belange entsprechend angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 396 Privat Stn-Id: 109	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2131 Wir möchten an dieser Stelle nicht auf die unmittelbaren technischen Risiken des Betriebs von Windkraftanlagen eingehen (Brand, Eiswurf, etc.) da diese standortunabhängig, allgemein bekannt und vielfach diskutiert sind. Konkreter zu hinterfragen ist jedoch in diesem Planungsverfahren welche Abstände zum	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Der wissenschaftliche Konsens weist auf, dass durch Windenergieanlagen mit Schutzabständen zur Wohnbebauung keine allgemeine Gesundheitsgefahr gegeben ist. Zum konkreten Belang der Flugsicherheit wurden im Rahmen der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Verkehrslandeplatz EDPA und zu überflogenen Gebieten vorzusehen sind um einen sicheren Betrieb zu ermöglichen. Wir stellen uns die Frage, ob durch die turbulente Nachlaufströmung zusätzlicher und größerer Windkraftanlagen eine Risikozunahme für die häufig im Luftraum über Niesitz fliegenden Motor- und Segelflugzeuge des Luftsportrings Aalen einhergeht – mit Auswirkung auf die Unfallwahrscheinlichkeit über bebautem Gebiet.	Anhörung die Hinweise der Luftfahrtbehörde sowie des Luftsportrings entsprechend abgewogen. Demzufolge werden der südliche Bereich des geplanten Vorranggebiets 54 "Ebnat" sowie Gebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Zusätzlich wird im Gebietssteckbrief zum angepassten Gebiet 54 folgender Hinweis aufgenommen: "Der südliche Bereich des Gebiets befindet sich im Geradeausan- und -abflugbereich des Verkehrslandeplatzes Aalen-Elchingen. Die Zustimmung zu Windenergieanlagen in diesem Bereich ist eine Einzelfallentscheidung der Luftfahrtbehörde, voraussichtlich ist die Erstellung eines luftfahrtrechtlichen Gutachtens erforderlich. Eine frühzeitige Abstimmung mit der Luftfahrtbehörde wird empfohlen."
lfd. Ident-Nr.: 396 Privat Stn-Id: 109	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2133 Neben der Sorge hinsichtlich weiterer Einschränkungen der unmittelbaren, eigenen, tagtäglichen Lebensqualität im Siedlungsraum bestehen auch große Befürchtungen bezüglich weiterer Beeinträchtigung von Natur- und Kulturdenkmälern, die für uns von großer Bedeutung sind. Die Errichtung weiterer Windkraftanlagen würde die Gegebenheiten irreversibel zum Schlechten hin verändern und ihrer historischen und identitätsstiftenden Bedeutung erheblich schaden. Diese Situation ist den lokalen politischen Vertreter*innen und den an einer Erweiterung interessierten Unternehmen bekannt und ist auch in den Unterlagen des Regionalverbands beschrieben.	Die Anregungen werden zur Kenntnis genommen. In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden zwischen Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen und bspw. Wohngebieten Umgebungsabstände eingehalten, um den Menschen vor erheblichen, potenziell schädlichen Einflüssen zu schützen. Im nachfolgenden Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) wird die Einhaltung der Mindestabstände zu Siedlungsbereichen und der immissionsschutzrechtlichen Belange bei Vorliegen konkreter Anlagenstandorte geprüft. Weitergehende Forderungen nach dem Erhalt einer objektiv vorhandenen oder subjektiv wahrgenommenen Wohn- und Lebensqualität gehen über den gesetzlichen Immissionsschutz- und den regionalplanerischen Vorsorgeanspruch hinaus. Die Beurteilung der Lebensqualität wird von verschiedenen Faktoren bestimmt, z.B. dem materiellen Lebensstandard, der Bildung, den Berufschancen, dem sozialen Status, der Gesundheit, der den Wohnort umgebenden Natur. Die Gewichtung dieser Faktoren ist subjektiv und kann sich von Person zu Person stark unterscheiden. Auch die Wohnqualität kann mangels objektiver Maßstäbe nicht allgemeingültig definiert werden. Windenergieanlagen können einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und - unabhängigkeit Deutschlands leisten und damit mittelbar zum Erhalt der Lebensqualität beitragen bzw. Beeinträchtigungen der Lebensqualität vermeiden. Je nach Einstellung des Individuums zum Thema Windenergienutzung kann die Sicherung der Vorranggebiete für Windenergie im räumlichen Umfeld zum eigenen Wohnort daher ebenso positiv wie negativ zur Wohn- und Lebensqualität beitragen. Fragen zur Wohn- und Lebensqualität von Einzelpersonen können auf regionalplanerischer Ebene daher weder beeinflusst noch beurteilt werden und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Die Teilfortschreibung dient der Flächensicherung für die Windenergienutzung gemäß dem gesetzlichen Planungsauftrag.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Hinsichtlich der genannten Natur- und Kulturdenkmäler wird darauf hingewiesen, dass der Regionalverband Ostwürttemberg in enger Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege (Regierungspräsidium Stuttgart, Abteilung 8) die in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmale innerhalb sowie im Grenzbereich der Region eingehend geprüft hat. Das Landesamt für Denkmalpflege bewertet die geplanten Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen im Bereich Ebnat (53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch", 54 "Ebnat" und 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat") zum aktuellen Verfahrensstand als nicht kritisch; insbesondere, da diese Vorranggebiete nicht in Prüfbereichen zu in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmalen liegen. Auf die in den Gebieten vorhandenen archäologischen Kulturdenkmale (z.B. Grabhügelfelder) wurde vom Landesamt für Denkmalpflege hingewiesen. Im Gebietssteckbrief zum Vorranggebiet 54 "Ebnat" wurde der Hinweis auf ein im Gebiet enthaltenes Denkmal unter "Hinweise auf Restriktionen und weitere zu prüfende Belange" zur Berücksichtigung im nachgelagerten Verfahren aufgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 396 Privat Stn-Id: 109	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2134 Ebenso kritisch sehen wir die Bedrohung von Biotopen und besonders schützenswerten Habitaten, die Lebensraum für zahlreiche Pflanzen- und Tierarten bieten. Erhebliche Flächenanteile sind als Waldbiotope oder naturnaher Wald gekennzeichnet. Es handelt sich überdies um ein nachgewiesenes Vogelzuggebiet und einen bedeutenden Lebensraum von u.a. Fledermaus, Waldschnepfe, Wespenbussard, Roter Milan, Turmfalke, Kornweihe und ist auch der einzige offene Wildtierkorridor zwischen Baden-Württemberg und Bayern. Eine weitere Beeinträchtigung dieser ökologisch sensiblen Bereiche birgt ein beachtliches Risiko für nachhaltige Biodiversität und das ökologische Gleichgewicht in der Region und darüber hinaus.	Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Des Weiteren sind einige naturschutzfachliche Belange im Gebietssteckbrief für den angepassten Gebiet 54 als Hinweis auf Restriktionen und weitere zu prüfende Belange zur Berücksichtigung im nachgelagerten Verfahren aufgeführt.
lfd. Ident-Nr.: 396 Privat Stn-Id: 109	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2135 Das zur Erweiterung diskutierte Gebiet ist daher vom Regionalverband Ostwürttemberg wenig überraschend bereits als sehr konfliktbehaftet identifiziert, was unsere kritische Haltung argumentativ untermauert. Es ergeben sich dann in der Gesamtbetrachtung auch grundsätzlichere Zweifel an einem Planungsverfahren, das sich trotz unauffälliger Windhöffigkeit des Gebietes und bekannt starker Konfliktbehaftung wiederum auf das nordwestliche Härtsfeld und insbesondere Niesitz und Ebnat konzentriert. Dass andere Gebiete der Flächenstadt Aalen faktisch ausgeklammert werden bedingt eine zunehmend einseitige Lastverschiebung hin zu ohnehin schon stark beeinträchtigten Teilen der Bevölkerung, während andere offenbar geschont werden. Beim Ausbau der Windenergie ist auf Ausgewogenheit und gerechte Verteilung der Lasten in ganz Ostwürttemberg und im Stadtgebiet von Aalen zu achten. Eine wiederholte, einseitige Überbelastung einzelner Teilorte und Stadtbezirke ist nicht nachvollziehbar. Windkraft als Teil der Energiewende ist räumlich und zeitlich fair zu verteilen!	Wird zur Kenntnis genommen. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten. Hinsichtlich des Aspekts "Windhöffigkeit" ist für den Bereich Ebnat folgendes relevant: Wie bereits erwähnt, dient die Berücksichtigung der mittleren gekappten Windleistungsdichte bei den Planungskriterien der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Im Ergebnis stellt der Windatlas eine für die Region Ostwürttemberg durchschnittlich gute bis sehr gute Windleistungsdichten dar und bescheinigt ihr damit eine grundsätzliche Eignung für die Windenergienutzung. Vorranggebiet 54 "Ebnat" (sowie die umliegenden Gebiete 53 und 69), welches laut Windatlas einer geringeren Windhöffigkeit (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) unterliegt, befindet sich in der unmittelbaren Umgebung zum bestehenden Windpark Königsbronn / Ebnat. Da in diesem Bereich bereits Windenergieanlagen sowie die dazugehörige Infrastruktur vorhanden sind, wurde das Gebiet nicht pauschal für die Nutzung der Windenergie ausgeschlossen, sondern als Potenzialgebiet in die Gebietskulisse der ersten Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufgenommen. Dem Regionalverband wurde für das Gebiet 54 "Ebnat" ein rechnerischer Nachweis vorgelegt, welcher eine höhere Windhöffigkeit belegt, als im Windatlas dargestellt ist. Dieser Nachweis ist als plausibel zu bewerten (positive Umsetzungsprognose), weshalb die benannte Fläche als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen weiterverfolgt werden kann. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Windenergie 2025. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen). Hinweis: Aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange werden im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 angepasst und die Vorranggebiete 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" und 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat" nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 396 Privat Stn-Id: 109	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2137 Wir, die in Niesitz und Ebnat lebenden Menschen leisten seit Jahren einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende, vorauseilend und in positiver Grundhaltung. Wir lehnen aber die geplante Erweiterung des bestehenden Windparks südlich und westlich von Niesitz und Ebnat ab.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete - wie im Fall Ebnat - zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten. Das Vorranggebiet 54 "Ebnat" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 wird angepasst; und zwei südliche Teilbereiche aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange (inkl. Entlastung der Raumschaft, An- und Abflug des Flugplatzes Aalen-Elchingen, Windhöffigkeit) zurückgenommen. Die Vorranggebiete 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" und 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat" werden aufgrund diverser Abwägungsbelange im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weitergeführt. Durch die Anpassungen der Gebietskulisse zum 2. Anhörungsentwurf wird der genannte Bereich um Niesitz und Ebnat entlastet.
lfd. Ident-Nr.: 396 Privat Stn-Id: 109	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2138 Grundsätzlich erwarten Bürgerinnen und Bürger auch, dass sie aktiv, frühzeitig und transparent in Überlegungen und in Diskussionen zu konkreten Szenarien eingebunden werden. Dies gilt auch für die offenbar bereits im Detail zwischen den Unternehmen Carl Zeiss AG und Blauwald GmbH & Co. KG ausgearbeiteten und vereinbarten Umsetzungsplänen, in denen bereits die konkrete Anzahl und die genauen Positionen von Windkraftanlagen definiert sind – bereits weit vor einer ersten Öffentlichkeitsanhörung und einer Prüfung durch den Regionalverband.	Im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Teilregionalplans bestehen zahlreiche gesetzlich normierte Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit. Diese richten sich nach den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg (LplG). Die Frist zur Beteiligung der Öffentlichkeit ergibt sich aus § 9 Abs. 2 ROG i.V.m. § 12 Abs. 3 LplG: Sie beträgt i.d.R. einen Monat. Bei der Beteiligung ging der Regionalverband Ostwürttemberg zur Steigerung der Transparenz und zur Ermöglichung zusätzlicher Beteiligung über dieses gesetzlich geforderte Maß hinaus. Über ein eigens dafür eingerichtetes Online-Beteiligungstool war die

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Wir bedanken uns für eine sorgfältige Erwägung der vorgebrachten Einwände und freuen uns auf eine weitere Beteiligung der Bürgerinitiative im fortlaufenden Verfahren.	Abgabe von Hinweisen, Anregungen und Änderungsvorschlägen auch digital möglich. Alle Beteiligungsmöglichkeiten wurden in den regionalen Medien und im Internet angekündigt. Die Verfahrensunterlagen waren während der Öffentlichkeitsbeteiligung zusätzlich auf der Internetseite des Regionalverbandes einsehbar. Zusätzlich zu den gesetzlich vorgesehenen Beteiligungsmöglichkeiten hat der Regionalverband Ostwürttemberg weitere Informations- und Beteiligungsangebote, z. B. ein Informationsangebot auf der Homepage und drei öffentliche Informationsveranstaltungen in der Region (Ellwangen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd) vor Beginn der ersten formellen Anhörung umgesetzt. Alle eingegangenen Anregungen und Hinweise wurden sorgfältig geprüft und abgewogen. Die Projektierung und Anlagenplanung sowie die hierbei notwendige Beteiligung der Öffentlichkeit im nachgelagerten Planungsprozess eines konkreten Vorhabens (Windenergieparkplanung) geht über den Regelungsgehalt der Regionalplanung hinaus.
lfd. Ident-Nr.: 397 Privat Stn-Id: 110	5. Verträglichkeit mit den Schutzzielen von Natura 2000 und Besonderem Artenschutz VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 284 Stellungnahme gegen die Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen aufgrund des Lebensraums des Rotmilans für Vorranggebiet 45 Unterschneidheim/ Tannhausen Gefährdung des Rotmilans durch Windkraftanlagen Der Rotmilan ist besonders anfällig für Kollisionen mit Windkraftanlagen. Diese Greifvögel nutzen weite Flächen als Jagdgebiete und fliegen oft in niedrigen Höhen, in denen sich die Rotorblätter der Windkraftanlagen drehen. Untersuchungen haben gezeigt, dass Rotmilane zu den am häufigsten von Windkraftanlagen getöteten Vogelarten gehören. Der Verlust von Brutvögeln durch Kollisionen kann erhebliche Auswirkungen auf die Population haben, insbesondere weil der Rotmilan eine geringe Reproduktionsrate hat. Bedeutung des Lebensraums Rotmilane benötigen große, störungsarme Gebiete zum Brüten und Jagen. Sie sind auf abwechslungsreiche Kulturlandschaften mit einer Mischung aus Wald, offenen Feldern und Gewässern angewiesen. Die Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen in solchen Lebensräumen kann zu einer Zerstückelung und Degradation dieser Gebiete führen. Störungen durch Bau und Betrieb der Anlagen können dazu führen, dass Rotmilane ihre Brutplätze aufgeben und sich in weniger geeignete Gebiete zurückziehen müssen, was ihre	Die Informationen und Anmerkungen werden zur Kenntnis genommen. Die landesweite Planungshilfe für die Regionalplanung zur Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung („Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ der LUBW, 2022) wurde bei der Konzepterstellung und Festlegung von Vorranggebieten im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt. Damit erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Das Vorranggebiet 45 "Unterschneidheim / Tannhausen" liegt nicht innerhalb von Schwerpunktvorkommen der Kategorie A oder B des Fachbeitrags. Die in der Stellungnahme genannten Art Rotmilan ist über die kategorisierten Schwerpunktvorkommen des o.g. „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ bereits berücksichtigt. Die eingebrachten Informationen bewegen sich im Rahmen der Annahmen, die im Fachbeitrag zum Verhältnis der kategorisierten Schwerpunkträume zu den tatsächlichen Artvorkommen getroffen wurden. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes auf Projektebene (im nachgelagerten Verfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Auf der nachgelagerten Planungsebene

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Fortpflanzungserfolge weiter verringert. Im ausgewiesenen Vorranggebiet 45 leben mehrere Rotmilane. Der Bestand des Rotmilan ist hierbei noch bei einer „sensiblen“ Anzahl an Tieren. Der Schutz des Lebensraum muss eine hohe Priorität haben. Rechtslage und Schutzmaßnahmen Der Rotmilan ist durch nationale und internationale Gesetze geschützt, darunter die Vogelschutzrichtlinie der Europäischen Union und das Bundesnaturschutzgesetz. Diese Gesetze verpflichten zur Erhaltung und Wiederherstellung geeigneter Lebensräume und zur Vermeidung erheblicher Störungen der geschützten Arten. Die Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen in den Lebensräumen des Rotmilans steht in direktem Widerspruch zu diesen gesetzlichen Vorgaben. Eine vorrangige Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen ist daher unerlässlich. Alternativen und Lösungen Es gibt Möglichkeiten, den Ausbau der Windkraft mit dem Schutz des Rotmilans in Einklang zu bringen. Vorranggebiete für Windkraftanlagen sollten in erster Linie in Regionen ausgewiesen werden, die weniger empfindliche Lebensräume betreffen. Eine detaillierte Standortanalyse unter Einbeziehung von ornithologischen Gutachten kann helfen, geeignete Flächen zu identifizieren, die das Kollisionsrisiko minimieren. Darüber hinaus könnten technische Maßnahmen wie der Einsatz von Abschaltsystemen bei Vogelzug oder der Nutzung von Detektionssystemen zur Vermeidung von Kollisionen beitragen. Fazit Die Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen darf nicht auf Kosten des Rotmilans und anderer gefährdeter Arten erfolgen. Der Schutz der Biodiversität ist ebenso wichtig wie der Ausbau erneuerbarer Energien und muss in Planungs- und Genehmigungsprozessen angemessen berücksichtigt werden. Ein verantwortungsvoller und naturschutzgerechter Ausbau der Windenergie erfordert eine sorgfältige Abwägung und den Einsatz von Maßnahmen, die sowohl dem Klimaschutz als auch dem Artenschutz gerecht werden. Nur so kann ein nachhaltiger Beitrag zur Energiewende geleistet werden, der auch die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen sichert.	können zudem auch die genannten Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen umgesetzt werden.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 397 Privat Stn-Id: 111	4. Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen und Alternativenprüfung des Regionalplans VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 288 Kritische Stellungnahme zu Windkraftanlagen in der Nähe zur Ortschaft Geislingen Das geplante Vorranggebiet 45 liegt im Westen von der Ortschaft Geislingen. Das Vorranggebiet liegt im Mittel auf der identischen Meereshöhe wie die Häuser des Siedlungsgebietes von Geislingen. Aufgrund der extremen Höhen der geplanten Windanlagen und damit einhergehend Vergrößerung der Rotorflügel muss der Abstand zur Ortschafts deutlich erhöht werden. Die aktuell geltenden Abstandsregeln sind deutlich zu gering und begründen sich auf Windanlagen mit deutlich niedriger Nabenhöhe. Aufgrund der gestiegenen Nabenhöhe inkl. Vergrößerung der Rotorfläche muss der Abstand mehr als verdoppelt (>2000 Meter) werden.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Bei der Erarbeitung des Plankonzepts der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wurden Referenzanlagen mit aktuell gängigen Nabenhöhen von >160m herangezogen. Demnach ist die Anmerkung in Satz 4 der Stellungnahme nicht zutreffend. Die im Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 festgelegten Siedlungsabstände berücksichtigen den öffentlichen Belang einer optisch bedrängenden Wirkung gem. § 249 Abs. 10 BauGB umfassend. Darüber hinaus ist die Festlegung eines größeren Siedlungsabstandes (>1.000 m) im Plankonzept der genannten Teilfortschreibung und auf regionaler Planungsebene gem. § 249 Abs. 9 BauGB nicht möglich.
lfd. Ident-Nr.: 397 Privat Stn-Id: 111	4. Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen und Alternativenprüfung des Regionalplans VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 290 Lärmbelastung und Gesundheit Ein wesentlicher Kritikpunkt an Windkraftanlagen in Wohngebieten ist die Lärmbelastung. Die rotierenden Blätter der Turbinen erzeugen Geräusche, die insbesondere nachts als störend empfunden werden können. Studien haben gezeigt, dass der durch Windkraftanlagen erzeugte Lärm zu Schlafstörungen und Stress bei Anwohnern führen kann. Es gibt Hinweise darauf, dass langfristige Lärmbelastung negative Auswirkungen auf die Gesundheit haben kann, einschließlich erhöhter Risiken für Herz-Kreislauf-Erkrankungen.	Der wissenschaftliche Konsens weist auf, dass durch Windenergieanlagen mit Schutzabständen zur Wohnbebauung keine allgemeine Gesundheitsgefahr gegeben ist. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung des Schutzgutes Mensch, insbesondere der menschlichen Gesundheit, wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch auf. Die berücksichtigten Ausschluss- und Konfliktkriterien hinsichtlich des Schutzgutes Mensch sind angesichts der Maßgaben des § 2 EEG auf regionaler Planungsebene ausreichend. Des Weiteren werden potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen (wie z.B. Schallemissionen) durch rechtliche Regelungen eingegrenzt: Die von Windenergieanlagen ausgehenden Schallemissionen (tieffrequenter Schall und Infraschall) werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Analgentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Dabei werden sowohl Schallemissionen als auch andere potenziell schädliche Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 397 Privat Stn-Id: 111	4. Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen und Alternativenprüfung des Regionalplans VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 291 Infraschall und psychologische Effekte Neben dem hörbaren Lärm erzeugen Windkraftanlagen auch Infraschall – Schallwellen mit sehr niedrigen Frequenzen, die vom menschlichen Ohr nicht wahrgenommen werden können. Einige Forscher und Betroffene berichten von gesundheitlichen Beschwerden, die sie auf Infraschall zurückführen. Diese Beschwerden umfassen Kopfschmerzen, Schwindel und allgemeines Unwohlsein. Obwohl die wissenschaftliche Gemeinschaft noch keine einheitliche Meinung zu den Auswirkungen von Infraschall hat, bleiben die Sorgen der Anwohner bestehen und sollten nicht ignoriert werden.	Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz schreibt zum Thema Infraschall durch Windenergieanlagen unter https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/FAQ/Windenergie/faq-windenergie.html (Stand Juli 2024): „Infraschall-Töne unterhalb einer Frequenz von 20 Hertz - ist alltäglicher und überall präsenter Bestandteil unserer Lebenswelt. Er geht von einer Vielzahl sowohl natürlicher als auch technischer Quellen aus. Natürliche Quellen sind z. B. Wind, Gewitter, Meeresdünung und Vulkane sowie Meteoriten. Zudem gibt es zahlreiche künstliche und technische Infraschall-Quellen wie z. B. Klima- und Lüftungsanlagen, Umspannwerke, Kraftfahrzeuge, Lautsprechersysteme, Kühlschränke und Windenergieanlagen. Die Intensität des Infraschalls von Windenergieanlagen (sog. Schalldruckpegel) ist so gering, dass sie bereits in wenigen hundert Meter Entfernung deutlich unterhalb der menschlichen Wahrnehmbarkeitsgrenze liegt. In den meisten Fällen wird der Infraschall außerdem von natürlichen anderen Geräuschen überdeckt. So haben auch wissenschaftliche Studien bislang keinen Nachweis erbracht, dass der von Windenergieanlagen ausgehende Infraschall eine schädliche Wirkung auf die menschliche Gesundheit hat.“ Das Umweltbundesamt (UBA) kommt zu dem Schluss, dass es

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			keine Evidenz dafür gibt, dass durch Infraschall von Windenergieanlagen gesundheitliche Beeinträchtigungen verursacht werden. Nach heutigem Stand der Forschung ist die Belastung mit Infraschall durch Windenergieanlagen im Vergleich zu anderen Quellen von Infraschall natürlichen oder technischen Ursprungs (Heizungsanlage, Kühlschrank, Straßenverkehr oder Gewitter) zudem gering. Das belegt beispielsweise eine Messkampagne der Landesanstalt für Umwelt (LUBW) zwischen 2013 und 2015. Diese untersuchten tieffrequente Geräusche ab 1 Hz. in der näheren Umgebung von Windkraftanlagen sowie in urbanen und ländlichen Räumen. Die Untersuchung stellt, wie das UBA, unterschiedlichen Quellen und die Omnipräsenz von Infraschall im Alltag fest. Windkraftanlagen leisteten hierzu aber keinen wesentlichen Beitrag da deren Pegel schon in 300 m Entfernung zur Windkraftanlage deutlich unterhalb der Wahrnehmungsgrenze liegt. (Tieffrequente Geräusche inkl. Infraschall von Windkraftanlagen und anderen Quellen – Bericht über Ergebnisse des Messprojektes 2013-2015, LUBW 2016: https://pudi.lubw.de/detailseite/-/publication/84558). Das Landesamt für Umwelt Bayern (LfU 2022) kommt in einer neueren Studie ebenfalls zum Schluss, dass bereits viele sorgfältige, wissenschaftliche Studien zum Infraschall rund um Windenergieanlagen vorliegen. In ihnen aber keine schädlichen Wirkungen auf den Menschen gefunden werden, denn die Pegel in der Umgebung (Immissionen) lägen stets deutlich unterhalb der Hör- und Wahrnehmungsschwelle – und für diesen Bereich wurden bisher keine gesundheitlichen Wirkungen nachgewiesen. (https://www.lfu.bayern.de/buerger/doc/uw_117_windkraftanlagen_infraschall_gesundheit.pdf)Um den aktuellen Kenntnisstand zu Infraschall von Windenergieanlagen zu festigen und zu erweitern, beobachten das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und das Umweltbundesamt kontinuierlich die Entwicklung wissenschaftlicher Studien. Damit ist sichergestellt, dass neue Entwicklungen und gesicherte Erkenntnisse frühzeitig bekannt werden (vgl. vgl. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/4031/publikationen/umid_01-2021-infraschall.pdf). Bereits mehrere Gerichte haben sich mit dem Thema Infraschall beschäftigt und unterstützen die obenstehenden Ausführungen. So stellt das Oberverwaltungsgericht Münster zusammenfassend fest: „Die Rechtsprechung des Senats und anderer Obergerichte geht davon aus, dass Infraschall – wie auch tieffrequenter Schall – durch Windenergieanlagen nach dem bisherigen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse grundsätzlich nicht zu Gesundheitsgefahren führt“ Quelle: OVG Münster (8. Senat), Urteil vom 22. November 2021 – 8A 973/15. Pathogene Effekte durch von Windkraftanlagen abgegebene Luftdruckpulse sind weder bekannt noch belegt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Die

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Berücksichtigung von Infraschall auf Ebene der Regionalplanung bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie ist daher weder erforderlich noch geboten.
lfd. Ident-Nr.: 397 Privat Stn-Id: 111	4. Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen und Alternativenprüfung des Regionalplans VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 292 Landschaftsbild und Lebensqualität Windkraftanlagen sind aufgrund ihrer Größe und visuellen Dominanz oft ein Eingriff in das Landschaftsbild. Dies kann die Lebensqualität der Bewohner beeinträchtigen, die ihre Umgebung als weniger attraktiv empfinden. Gerade in ländlichen Gebieten, in denen das Landschaftsbild einen wichtigen Teil der Lebensqualität darstellt, wird dies als erheblicher Nachteil wahrgenommen. Diese ästhetischen Bedenken können auch wirtschaftliche Auswirkungen haben, insbesondere wenn Immobilienwerte sinken und der Tourismus beeinträchtigt wird.	Die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso werden die Ergebnisse der Prüfung erheblicher Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" (entsprechend an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepassten Erheblichkeitsschwellen) im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Weiterhin wird im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 - wie in der Abwägung zur BE ID 288 dieser Stellungnahme dargelegt - ausreichend Umgebungsabstände zwischen Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen und bspw. Wohngebieten eingehalten, um den Menschen vor erheblichen, potenziell schädlichen Einflüssen zu schützen. Im nachfolgenden Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) wird die Einhaltung der Mindestabstände zu Siedlungsbereichen und der immissionsschutzrechtlichen Belange bei Vorliegen konkreter Anlagenstandorte geprüft. Weitergehende Forderungen nach dem Erhalt einer objektiv vorhandenen oder subjektiv wahrgenommenen Wohn- und Lebensqualität gehen über den gesetzlichen Immissionsschutz- und den regionalplanerischen Vorsorgeanspruch hinaus. Die Beurteilung der Lebensqualität wird von verschiedenen Faktoren bestimmt, z.B. dem materiellen Lebensstandard, der Bildung, den Berufschancen, dem sozialen Status, der Gesundheit, der den Wohnort umgebenden Natur. Die Gewichtung dieser Faktoren ist subjektiv und kann sich von Person zu Person stark unterscheiden. Auch die Wohnqualität kann mangels objektiver Maßstäbe nicht allgemeingültig definiert werden.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Windenergieanlagen können einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und -unabhängigkeit Deutschlands leisten und damit mittelbar zum Erhalt der Lebensqualität beitragen bzw. Beeinträchtigungen der Lebensqualität vermeiden. Je nach Einstellung des Individuums zum Thema Windenergienutzung kann die Sicherung der Vorranggebiete für Windenergie im räumlichen Umfeld zum eigenen Wohnort daher ebenso positiv wie negativ zur Wohn- und Lebensqualität beitragen. Fragen zur Wohn- und Lebensqualität von Einzelpersonen können auf regionalplanerischer Ebene daher weder beeinflusst noch beurteilt werden und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Die Teilfortschreibung dient der Flächensicherung für die Windenergienutzung gemäß dem gesetzlichen Planungsauftrag. Hinsichtlich der Bedenken zur Wertminderung von Immobilien wird darauf verwiesen, dass die Teilfortschreibung der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags dient. Die Beurteilung des Immobilienwertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob Wertminderungen durch Windenergieanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls, insbesondere im Falle eines tatsächlichen Verkaufs der Immobilie ab. Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass der Wert und die Preisentwicklung von Immobilien von ökonomischen und demografischen Einflüssen dominiert werden und nicht von Windenergieanlagen. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kaum möglich, den Anstieg oder den Rückgang des Verkehrswertes eines bebauten oder unbebauten Grundstücks auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen (s. Landtag von Baden-Württemberg (2019): Kleine Anfrage des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Wertminderung von Immobilien infolge von Windkraftanlagen II (Drucksache 16 / 5820), 26. Februar 2019, Stuttgart (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5820_D.pdf).Daher und wegen des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ist es aus Sicht des Regionalverbands weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen. Und auch die Entwicklung des Tourismus ist - wie auch die Bevölkerungsentwicklung - von vielerlei Faktoren und Akteuren abhängig. Die Belange des Tourismus sind mittelbar (z.B. über Siedlungsflächen für die Erholung mit entsprechenden Umgebungsabständen, Bereiche mit sehr hoher Landschaftsbildqualität oder in höchstem Maße raumwirksame Kulturdenkmale, darunter auch UNESCO-Welterbestätten) als Ausschlusskriterien oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien in die

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Auswahl und Bewertung eingeflossen. Zudem sind entsprechende Aspekte über die Schutzgüter "Menschen und menschliche Gesundheit", „Kultur- und Sachgüter“ und "Landschaft" in die Strategische Umweltprüfung eingeflossen. Touristische Belange, sowie die Belange der Freizeit- und Erholungsnutzung wurden gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG einbezogen, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde.
lfd. Ident-Nr.: 397 Privat Stn-Id: 111	4. Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen und Alternativenprüfung des Regionalplans VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 293 Schattenwurf und Lichtreflexionen Ein weiterer Kritikpunkt ist der sogenannte Schattenschlag-Effekt. Dieser tritt auf, wenn die rotierenden Flügel der Windkraftanlagen Schatten auf nahegelegene Gebäude werfen, was zu flackernden Licht- und Schatteneffekten führt. Dies kann als äußerst störend empfunden werden und die Lebensqualität erheblich mindern. Zudem können die reflektierenden Oberflächen der Windkraftanlagen bei Sonneneinstrahlung blendende Lichtreflexionen erzeugen, was ebenfalls zu Unannehmlichkeiten führen kann. Der Schattenwurf stellt sich vor allem in den Abendstunden ein, da hier die Sonne in direkter Linie hinter den Windanlagen untergeht. Der hier entstehende Schattenwurf setzt am Feierabend wenn sie die Familie vom Alltagsstress im Garten erholen wird.	Wie in der Stellungnahme bereits dargelegt, führen Windenergieanlagen bei klaren Wetterbedingungen durch den bewegten Anlagenrotor zu optischen Immissionen und können dadurch als Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen (so auch potenzielle Reflexionen) durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.
lfd. Ident-Nr.: 397 Privat Stn-Id: 111	4. Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen und Alternativenprüfung des Regionalplans VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 294 Fazit Windkraftanlagen sind zweifellos ein wichtiger Bestandteil der Energiewende und tragen maßgeblich zur Reduktion von Treibhausgasemissionen bei. Dennoch dürfen die negativen Auswirkungen auf die Anwohner und die Umwelt nicht unterschätzt werden. Eine sorgfältige Standortwahl, umfassende Umweltverträglichkeitsprüfungen und eine frühzeitige Einbindung der betroffenen Bevölkerung sind unerlässlich, um die Akzeptanz zu erhöhen und mögliche negative Folgen zu minimieren. Der Abstand der Windanlagen zur Ortschaft muss sich auf mindestens 2000 Meter verdoppeln. Die Bevölkerung der Ortschaft Geislingen darf nicht die negativen Auswirkungen (wie beschrieben) eines Windparks zu spüren bekommen. Eine Beeinträchtigung der Lebensqualität oder mögliche Beeinflussung der Gesundheit kann nicht hingenommen	Die Hinweise, Anregungen und Bedenken werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte wie die Standortwahl von Windenergieanlagen oder die Durchführung einer UVP sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären bzw. durchzuführen sind. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Hinsichtlich der Anregung zur Verdopplung des Siedlungsabstandes wird auf die Abwägung zur BE ID 288 dieser Stellungnahme verwiesen. Hinsichtlich der Bedenken zu negativen Auswirkungen (Beeinträchtigung der Lebensqualität oder Beeinflussung der Gesundheit) wird auf die Abwägung zu den BE ID´s 290 bis 293 dieser Stellungnahme verwiesen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		werden.	
lfd. Ident-Nr.: 402 Privat Stn-Id: 118	Textteil VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 323 Offizielle Stellungnahme zur Ausweisung des Windenergiegebiets 45 Ich [...] möchte meine Bedenken zur Ausweisung des Windenergiegebets im Gemeindegebiet Unterschneidheim äußern. Obwohl ich die Bedeutung der Windenergie für den Klimaschutz anerkenne, habe ich erhebliche Vorbehalte gegenüber der Planung und Umsetzung dieses Projekts.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 402 Privat Stn-Id: 118	Textteil VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 324 Der Bau von Windrädern mit einer Nabenhöhe von bis zu 200 Metern wird das bisher unberührte Landschaftsbild stark verändern. Diese monumentalen Strukturen werden die Naturkulisse dominieren und die ästhetische Qualität der Region beeinträchtigen, was die Lebensqualität der Anwohner und den touristischen Wert mindern könnte.	Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen (bspw. landschaftsästhetische Funktion) entstehen kann. Die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind daher im Planungskonzept berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfergebnisse werden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Zum Schutz des Menschen vor erheblichen, potenziell schädlichen Einflüssen durch Windenergieanlagen werden im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 zwischen Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen und bspw. Wohngebieten Umgebungsabstände (i.d.R. 1.000m) eingehalten. Weitergehende Forderungen nach dem Erhalt einer objektiv vorhandenen oder subjektiv wahrgenommenen Wohn- und Lebensqualität gehen über den gesetzlichen Immissionsschutz- und den regionalplanerischen Vorsorgeanspruch hinaus. Die Beurteilung der Lebensqualität wird von verschiedenen Faktoren bestimmt, z.B. dem materiellen Lebensstandard,

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			der Bildung, den Berufschancen, dem sozialen Status, der Gesundheit, der den Wohnort umgebenden Natur. Die Gewichtung dieser Faktoren ist subjektiv und kann sich von Person zu Person stark unterscheiden. Windenergieanlagen können einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und -unabhängigkeit Deutschlands leisten und damit mittelbar zum Erhalt der Lebensqualität beitragen bzw. Beeinträchtigungen der Lebensqualität vermeiden. Je nach Einstellung des Individuums zum Thema Windenergienutzung kann die Sicherung der Vorranggebiete für Windenergie im räumlichen Umfeld zum eigenen Wohnort daher ebenso positiv wie negativ zur Wohn- und Lebensqualität beitragen. Fragen zur Wohn- und Lebensqualität von Einzelpersonen können auf regionalplanerischer Ebene daher weder beeinflusst noch beurteilt werden und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Die Teilfortschreibung dient der Flächensicherung für die Windenergienutzung gemäß dem gesetzlichen Planungsauftrag. Weiterhin ist die Entwicklung des Tourismus sowie der touristische Wert von (Landschafts-)Räumen wie auch die Bevölkerungsentwicklung von vielerlei Faktoren und Akteuren abhängig. Die Belange des Tourismus sind mittelbar (z.B. über Siedlungsflächen für die Erholung mit entsprechenden Umgebungsabständen, Bereiche mit sehr hoher Landschaftsbildqualität oder in höchstem Maße raumwirksame Kulturdenkmale, darunter auch UNESCO-Welterbestätten) als Ausschlusskriterien oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien in die Auswahl und Bewertung eingeflossen. Zudem sind entsprechende Aspekte über die Schutzgüter "Menschen und menschliche Gesundheit", „Kultur- und Sachgüter“ und "Landschaft" in die Strategische Umweltprüfung eingeflossen. Touristische Belange, sowie die Belange der Freizeit- und Erholungsnutzung wurden gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG einbezogen, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde.
lfd. Ident-Nr.: 402 Privat Stn-Id: 118	Textteil VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 327 Besonders besorgt bin ich über die Auswirkungen auf die Biodiversität. Die geplanten Windräder sollen überwiegend in Waldgebieten errichtet werden, was umfangreiche Rodungen alter Baumbestände erforderlich macht. Solche Eingriffe können gravierende Folgen für die Tier- und Pflanzenwelt haben, die auf diese Wälder angewiesen sind. Der Schutz unserer natürlichen Lebensräume ist entscheidend für die Erhaltung der Artenvielfalt und des ökologischen Gleichgewichts.	Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Eine pauschale Bevorzugung von

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Offenlandbereichen oder Ausschluss von Waldgebieten wäre nicht sachgerecht für die Sicherung der günstigsten Standorte für die Windenergienutzung und spiegelt nicht die ökologische Wertigkeit der Lebensräume wider. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Auf das Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff. wird hingewiesen. Zum Umfang der Waldinanspruchnahme: Gemäß Fachagentur Wind an Land zeigen aktuelle Erhebungen, dass für die Dauer des Betriebes von Windenergieanlagen (WEA) durchschnittlich ca. 0,48 Hektar für den Betrieb einer WEA gerodet werden müssen. Hiervon entfallen ca. 0,05 ha auf die Versiegelung für das Fundament. Während der Bauphase sind zusätzlich ca. 0,47 ha freizuhalten, die nach Abschluss der Bauphase dann wieder aufgeforstet werden (Fachagentur Wind an Land 2024: Entwicklung der Windenergie im Wald.- Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Forstflächen in den Bundesländern.- Analyse.- S. 15f). Für die Inanspruchnahme der Waldflächen besteht das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung.
lfd. Ident-Nr.: 402 Privat	Textteil VRG 45 Unterschneidheim	BE-ID: 329 Auch die zu erwartende Lärmbelästigung bereitet mir große	Die Festlegung eines größeren Siedlungsabstandes (>1.000 m) im Plankonzept der genannten Teilfortschreibung und auf regionaler

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 118	/ Tannhausen	Sorgen. Die kontinuierlichen Geräusche der Windkraftanlagen können die Lebensqualität und den Schlaf der Anwohner beeinträchtigen.	Planungsebene ist gem. § 249 Abs. 9 BauGB nicht möglich. Der wissenschaftliche Konsens weist auf, dass durch Windenergieanlagen mit Schutzabständen zur Wohnbebauung keine allgemeine Gesundheitsgefahr gegeben ist. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung des Schutzgutes Mensch, insbesondere der menschlichen Gesundheit, wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch auf. Die berücksichtigten Ausschluss- und Konfliktkriterien hinsichtlich des Schutzgutes Mensch sind angesichts der Maßgaben des § 2 EEG auf regionaler Planungsebene ausreichend. Des Weiteren werden potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen (wie z.B. Schallemissionen) durch rechtliche Regelungen eingegrenzt: Die von Windenergieanlagen ausgehenden Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Analgentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 402 Privat Stn-Id: 118	Textteil VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 330 Ein weiterer kritischer Punkt ist der dadurch entstehende Wertverlust von Immobilien in der Umgebung, der für mich und andere betroffene Eigentümer erhebliche finanzielle Verluste bedeutet.	Die Teilfortschreibung dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Beurteilung des Immobilienwertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob Wertminderungen durch Windenergieanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls, insbesondere im Falle eines tatsächlichen Verkaufs der Immobilie ab. Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass der Wert und die Preisentwicklung von Immobilien von ökonomischen und demografischen Einflüssen dominiert werden und nicht von Windenergieanlagen. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kaum möglich, den Anstieg oder den Rückgang des Verkehrswertes eines bebauten oder unbebauten Grundstücks auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen (s. Landtag von Baden-Württemberg (2019): Kleine Anfrage des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Wertminderung von Immobilien infolge von Windkraftanlagen II (Drucksache 16 / 5820), 26. Februar 2019, Stuttgart (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5820_D.pdf).Daher und wegen des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ist es aus Sicht des Regionalverbands weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen.
lfd. Ident-Nr.: 402 Privat Stn-Id: 118	Textteil VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 331 Zuletzt möchte ich auf die Flächenausweisung für Windenergie in Baden-Württemberg hinweisen. Es ist wichtig, dass in konfliktbehafteten Gebieten nicht eine einzelne Fläche von 301,3 Hektar an einem Ort ausgewiesen wird. Eine gleichmäßige Verteilung ist entscheidend für eine ausgewogene Entwicklung. Das geplante Projekt in Unterschneidheim würde eine übermäßige Belastung für die Region darstellen und steht im Widerspruch zum Prinzip einer ausgewogenen Flächenverteilung.	In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt zudem für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen.
lfd. Ident-Nr.: 402 Privat Stn-Id: 118	Textteil VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 332 Zudem wird die 10H-Regel in diesem Fall nicht eingehalten. Bei einem Umgebungsabstand von 1000 Metern geht man von Windrädern mit einer Nabenhöhe bis 165 Metern aus. In diesem Gebiet sollen jedoch Windräder mit einer Nabenhöhe von 200 Metern gebaut werden. Bei einer solchen Höhe ist ein Abstand von 2000 Metern angemessen, da Windräder mit einer Gesamthöhe	Die Anwendung der 10H-Regelung sowie die Festlegung von Siedlungsabständen >1.000m auf regionaler Ebene ist gem. § 249 Abs. 9 BauGB und aufgrund der Notwendigkeit einer einheitlichen gesamträumlichen Plankonzeption nicht möglich.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		von bis zu 300 Metern entstehen können Dieser Richtwert basiert auf wissenschaftlichen Erkenntnissen und praktischen Erfahrungen und wird in weiten Teilen Deutschlands eingehalten.	
lfd. Ident-Nr.: 402 Privat Stn-Id: 118	Textteil VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 333 Wenn man den Anteil der erzeugten erneuerbaren Energien im Verhältnis zur Gemeindefläche betrachtet, sieht man, dass die Bevölkerung bereits jetzt ihren Beitrag in hohem Maße leistet und eine weitere Belastung nicht zumutbar ist. Ich fordere den Regionalverband Ostwürttemberg auf, diese Bedenken ernst zu nehmen. Eine sorgfältige und partizipative Planung ist der Schlüssel, um sowohl die Energiewende voranzutreiben als auch unsere Lebensqualität zu erhalten und unsere wertvollen natürlichen Ressourcen zu schützen.	Die Anmerkungen werden zur Kenntnis genommen. Eine Verteilung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen anhand von Gemeindegrößen oder dem tatsächlichen Energieverbrauch (Verbrauchsschwerpunkte) wäre aus regionalplanerischer Sicht nicht sachgerecht. Denn die schrittweise Anwendung von Eignungs-, Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien führt dazu, dass in der Region nur eine beschränkte Anzahl an Gebieten verbleibt, die sich als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen eignen. Würden sich die Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen vor allem an Gemeindegrößen und Verbrauchsschwerpunkten orientieren, ginge das nur über eine teilräumliche Relativierung bzw. Nichtanwendung der vorhandenen Ausschluss- und Eignungskriterien. Teilräumlich würden nur Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden können, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Darüber hinaus wird auf die Abwägung zur BE ID 331 dieser Stellungnahme hingewiesen.
lfd. Ident-Nr.: 404 Privat Stn-Id: 116	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 54 Ebnat	BE-ID: 314 ich möchte mich kurz vorstellen. Mein Name ist Katja Grafl und ab September 2024 werde ich mich als Mitglied des Ortschaftsrats Ebnat für die Interessen der Bürger und Bürgerinnen von Ebnat, Niesitz, Affalterwang und Diepertsbuch einsetzen. Meine Familie und ich wohnen am süd- /westlichem Ortsrand von Ebnat und haben derzeit beste Sicht auf die bereits bestehenden Windkraftanlagen. Ihnen herzlichen Dank, dass Sie der Öffentlichkeit die Möglichkeit einräumen eine Stellungnahme zu den Planungsverfahren der Teilfortschreibung Windenergie 2025 einzureichen. Ich beziehe mich nun auf die angedachte Erweiterung des bestehenden Windenergieparks, insbesondere im Planungsverfahren 54 innerhalb des Vorranggebiets 26 (Gebiet südwestlich von Niesitz und Ebnat, Ostalbkreis). Diese Pläne stoßen bei uns sowie bei anderen ortsansässigen Personen auf Skepsis, Kritik und Ablehnung. Mittlerweile wurde	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden zwischen Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen und bspw. Wohngebieten Umgebungsabstände eingehalten, um den Menschen vor erheblichen, potenziell schädlichen Einflüssen zu schützen. Im nachfolgenden Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) wird die Einhaltung der Mindestabstände zu Siedlungsbereichen und der immissionsschutzrechtlichen Belange bei Vorliegen konkreter Anlagenstandorte geprüft. In diesem Rahmen werden potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen durch rechtliche Regelungen eingegrenzt. Dabei werden sowohl Schallemissionen als auch andere potenziell schädliche Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Weitergehende Forderungen nach dem Erhalt einer objektiv vorhandenen oder subjektiv wahrgenommenen Wohn- und Lebensqualität gehen über den gesetzlichen Immissionsschutz- und den regionalplanerischen Vorsorgeanspruch hinaus. Die Beurteilung der Lebensqualität wird von

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		bereits damit begonnen eine Bürgerinitiative „Windkraft – aber fair verteilt“ zu gründen. Grundsätzlich finde ich Erneuerbare Energien auch ich Form von Windkraft gut, richtig und wichtig. Aber alles mit Maß und Ziel und vor allem gerecht verteilt! Bereits die vielen, seit 2016 in unserer Nähe betriebenen Anlagen verursachen bedeutsame Belastungen: - Das Landschaftsbild ist bereits von Windrädern gestört, was den einzigartigen, natürlichen Charakter des Gebiets verzerrt und den Wert als Wohnraum und Naherholungsgebiet schmälert. - Die bestehenden Anlagen verursachen, vor allem bei entsprechender Windrichtung, Geräuschimmissionen. Diese sind mancherorts schon am Tage wahrnehmbar aber insbesondere nachts besteht ein negativer Einfluss auf die nächtliche Ruhe und beeinträchtigt somit die Lebensqualität der Anwohner (vor allem Ortsrandlage). - Durch die Nachtbeleuchtung wird der natürliche Nachthimmel ebenfalls gestört. Zumindest wurde die „bedarfsgerechte Nachtkennzeichnung“ (BNK) im bestehenden Windpark vor wenigen Tagen initial in Betrieb genommen. Lieber spät als nie. Bislang haben die Bewohner von Ebnat und Niesitz die Bestrebungen für nachhaltige Energiegewinnung, auch Windkraft, unterstützt und tolerieren die Nachteile. Wir leisten damit bereits einen bedeutsamen und in der Region klar überdurchschnittlichen Beitrag zur Energiewende. Ein erheblicher Teil der 2,5% Windkraftfläche welche die Stadt Aalen in ihrem Gemeindegebiet ausweist gehen unmittelbar zu unseren Lasten! Sehr viele von uns haben auch bereits in private Photovoltaik- und Solarthermieanlagen, oder in Niesitz auch in einen Anschluss an das örtliche Biogas-Wärmenetz, investiert. Wir leisten bereits unseren Beitrag und halten uns keineswegs schadlos. Als unmittelbar Betroffene haben wir aufgrund unserer Erfahrungen mit den bestehenden Windkraftanlagen eine kritische Haltung gegenüber einer Erweiterung des Windparks mit vermutlich	verschiedenen Faktoren bestimmt, z.B. dem materiellen Lebensstandard, der Bildung, den Berufschancen, dem sozialen Status, der Gesundheit, der den Wohnort umgebenden Natur. Die Gewichtung dieser Faktoren ist subjektiv und kann sich von Person zu Person stark unterscheiden. Auch die Wohnqualität kann mangels objektiver Maßstäbe nicht allgemeingültig definiert werden. Windenergieanlagen können einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und -unabhängigkeit Deutschlands leisten und damit mittelbar zum Erhalt der Lebensqualität beitragen bzw. Beeinträchtigungen der Lebensqualität vermeiden. Je nach Einstellung des Individuums zum Thema Windenergienutzung kann die Sicherung der Vorranggebiete für Windenergie im räumlichen Umfeld zum eigenen Wohnort daher ebenso positiv wie negativ zur Wohn- und Lebensqualität beitragen. Fragen zur Wohn- und Lebensqualität von Einzelpersonen können auf regionalplanerischer Ebene daher weder beeinflusst noch beurteilt werden und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Die Teilfortschreibung dient der Flächensicherung für die Windenergienutzung gemäß dem gesetzlichen Planungsauftrag. Hierzu: Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Mit §§ 20 und 21 KlimaG hat die Landesregierung den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (1,8% Regionsfläche für Windenergie an Land und 0,2% Regionsfläche für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ziel dieser Teilfortschreibung ist die Umsetzung dieser gesetzlichen Vorgaben. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien für Vorranggebiete für Windenergie in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		noch höheren Anlagen.	Dennoch wurde zur Vermeidung einer räumlichen Umfassung (Umzingelung) die Umfassungswirkung durch Windenergieanlagen betrachtet. Diese ist für die Regionalplanung ein abwägungsrelevanter Belang, der über die visuelle Wahrnehmung der Anlagen definiert wird. Der freie Blick in die Landschaft wird dabei über Freihaltekorridore oder -bereiche gesichert. Die Vorgehensweise ist in der Begründung dokumentiert. Aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange (inkl. Entlastung der Raumschaft, An- und Abflug des Flugplatzes Aalen-Elchingen, Windhöffigkeit) im Rahmen der 1. Anhörung wurde der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 optimiert und zwei südliche Teilbereiche zurückgenommen. Des Weiteren wurde das Vorranggebiet 53 aufgrund der Anwendung verschiedener Abwägungsbelange (u.a. Überlastung von Niesitz, Entlastung des Raums, An- und Abflug des Flugplatzes Aalen-Elchingen, geringe Windhöffigkeit) gestrichen.
lfd. Ident-Nr.: 404 Privat Stn-Id: 116	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 54 Ebnat	BE-ID: 456 Vor allem die Idylle bei der vielbesuchten Wallfahrtsstätte „Maria Eich“ würde durch einen direkt angrenzenden Windpark erheblich gestört werden.	Wird nicht gefolgt Die Berücksichtigung der Belange des Denkmalschutzes auf Ebene der Regionalplanung entspricht der aktuellen, zuletzt zum 11. Februar 2023 geänderten Rechtslage nach dem Denkmalschutzgesetz BW. Der sogenannte Umgebungsschutz (vgl. § 15 DSchG) ist danach nur für die in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmalen zu berücksichtigen, welche "Maria Eich" nicht dazugehört. Die mögliche Beeinträchtigung weiterer, nicht in höchstem Maße raumbedeutsame Kulturdenkmale wird auf Ebene des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage geprüft. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 404 Privat Stn-Id: 116	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 54 Ebnat	BE-ID: 457 Auch die im Planentwurf dargestellten geringeren Abstände zur bestehenden Bebauung ist inakzeptabel. Da für Ebnat durch die geplante Zeiss-Ansiedlung und der Nord-Umgehung eine Ortsausweitung nur im südlichen Ortsteil möglich ist, wird diese Option zusätzlich durch die Erweiterung des geplanten Windparks blockiert. Der Ortschaftsrat Ebnat hat sich schon zuvor in einer nichtöffentlichen Sitzung am 29. Februar 2024 klar gegen den Ausbau der Windkraft bei Niesitz und Ebnat ausgesprochen. Bürgerinnen und Bürger der Teilorte und Stadtbezirke zählen darauf, dass ein Beschluss ihrer gewählten Vertreter als Teil der politischen Willensbildung entsprechendes Gewicht hat! Der Stadt Aalen ist die Beschlussfassung des Ortschaftsrates natürlich bekannt und die Einwände sind in der öffentlich einsehbaren Sitzungsvorlage 6124/013 auch teilweise dargelegt.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Gemäß den Vorgaben des Bundes hat die Landesregierung Baden-Württemberg den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne auszuarbeiten. Maßgebliche Zielsetzung der vorliegenden Teilfortschreibung ist die Steuerung und raumordnerische Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen und damit die Umsetzung der Landesflächenziele nach § 20 und § 21 KlimaG. Der Teilfortschreibung Windenergie 2025 liegt ein nach den gesetzlichen Vorgaben und dem anerkannten Stand der Wissenschaft und Technik erarbeitetes Planungskonzept zugrunde. Die Planungsverfahren der Regionalplanung sind transparent und demokratisch legitimiert. Teil des Verfahrens ist eine Beteiligung der Öffentlichkeit. Die prozeduralen und inhaltlichen Entscheidungen, von der Einleitung des Verfahrens bis hin zum Satzungsbeschluss des endgültigen Plans, treffen die Verbandsversammlungen. In der kommunal verfassten Regionalplanung in Baden-Württemberg sind die Entscheidungstragenden somit Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus der Region. Auch der Umgebungsabstand von 1.000m zu allen Siedlungsbereichen, die der Wohnnutzung unterliegen (allgemeine Wohngebiete, gemischte Bauflächen und Dorfgebiete sowie Einzelgehöfte und wohngenutzte Einzelgebäude im Außenbereich) ist ein vom politischen Gremium des Regionalverbandes (Verbandsversammlung) mehrstimmig beschlossenes planerisches Kriterium, welches zur Ermittlung von geeigneten

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Windenergiegebieten für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient. Im Rahmen der Erarbeitung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen (1. Anhörungsentwurf) wurde den Kommunen der Region eine Öffnung des vorsorglichen Umgebungsabstandes von 1.000m eingeräumt, wenn diese Windenergiegebiete innerhalb des Umgebungsabstandes bis 750m befürworten und dies mit einem entsprechenden Gemeinderatsbeschluss bestätigen. Für das Gebiet 54 liegen aber keine entsprechenden Beschlüsse vor. Somit ist der 1.000m Siedlungsabstand für Ebnat – wie für fast alle anderen Siedlungsbereiche in der Region - eingesetzt. Anregungen und Bedenken wurden gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen einbezogen, wobei nach § 2 Satz 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz 2023 der Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt. Selbstverständlich können in der Abwägung zwischen unterschiedlichen Interessen nicht immer konsensuale Lösungen gefunden werden. Die Auswahl der Gebiete wurde unter der Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten wie u.A. Topografie, Siedlungsstruktur, Artenvorkommen und Schutzgebietskulisse getroffen. Die Einwände des Ortschaftsrats Ebnat durch die Beschlussfassung am 29. Februar 2024 wurden uns im Rahmen der Anhörung vorgelegt und die Hinweise darin entsprechend abgewogen. Dementsprechend, und aufgrund anderer Anregungen und Hinweisen im Rahmen der Anhörung (z.B. geringer Windhöffigkeit, Entlastung der Raumschaft, An- und Abflug des Flugplatzes Aalen-Elchingen), wurde der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 optimiert und zwei südliche Teilbereiche zurückgenommen. Des Weiteren wurde das Vorranggebiet 53 aufgrund der Anwendung verschiedener Abwägungsbelange (u.a. Überlastung von Niesitz, Entlastung des Raums, An- und Abflug des Flugplatzes Aalen-Elchingen, geringe Windhöffigkeit) gestrichen. Dennoch wird das Vorranggebiet 54 "Ebnat" im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg in angepasster Form aufgrund mehrerer Eignungsfaktoren (Windnachweis, konkretes Umsetzungsinteresse, indirekte Erweiterung eines bestehende Vorranggebiet, bestehende Infrastruktur) weitergeführt. Im nachgelagerten Planverfahren werden weitere Belange geprüft. Dabei werden potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen durch rechtliche Regelungen eingegrenzt und sowohl Schallemissionen als auch andere potenziell schädliche Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet. Diese sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 404 Privat Stn-Id: 116	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 54 Ebnat	BE-ID: 458 Hingewiesen ist dabei u.a. auch explizit auf den Naturraum südlich von Ebnat mit seinem hohen Stellenwert für die Naherholung.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird.
lfd. Ident-Nr.: 404 Privat Stn-Id: 116	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 54 Ebnat	BE-ID: 459 Das zur Erweiterung diskutierte Gebiet ist vom Regionalverband Ostwürttemberg bereits als sehr konfliktbehaftet identifiziert. Die Gründe dafür sind Ihnen sicherlich bekannt. Zu meinen Ausführungen kommen noch die noch nicht genannten Gefahren für die Motor- und Segelflugzeuge des Luftsportrings Aalen, Auswirkungen auf das nachgewiesene Vogelzuggebiet, den Wildkorridor, NFH-Schutzgebiete, Lebensraum für gefährdete Pflanzen und Tiere, …	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Dem Regionalverband lagen alle benötigten Daten und Informationen vor, um den Sachverhalt angemessen und sachgerecht zu beurteilen und eine sachgerechte Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG durchzuführen. Die präzise Darstellung der Vorgehensweise ist in den Unterlagen zur Anhörung (Textteil mit Begründung, Kartenteil (Lageplan), strategische Umweltprüfung inkl. Anhang, weitere zweckdienliche Unterlagen) dargelegt, ebenso wie die Bewertung aller Schutzgüter. Im Rahmen der Aufstellung des Teilfortschreibung Windenergie 2025 wurde eine Betrachtung aller Schutzgüter und weiterer Kriterien auf der Maßstabsebene der Regionalplanung als Abwägungsgrundlage für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen zur Erreichung der Flächenziele (WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§20, 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) durchgeführt. Im Planungskonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 sind

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Zum konkreten Belang der Flugsicherheit wurden im Rahmen der Anhörung Hinweisen der Luftfahrtbehörde sowie des Luftsportrings entsprechend abgewogen. Demzufolge werden der südliche Bereich des Gebiets 54 sowie Gebiet 53 im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Zusätzlich dazu wird als Hinweis im Gebietssteckbrief zum angepassten Gebiet 54 folgendes aufgeführt: "Der südliche Bereich des Gebiets befindet sich im Geradeausan- und -abflugbereich des Verkehrslandeplatzes Aalen-Elchingen. Die Zustimmung zu Windenergieanlagen in diesem Bereich ist eine Einzelfallentscheidung der Luftfahrtbehörde, voraussichtlich ist die Erstellung eines luftfahrtrechtlichen Gutachtens erforderlich. Eine frühzeitige Abstimmung mit der Luftfahrtbehörde wird empfohlen." Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurde das Gewicht jedes Belangs angemessen berücksichtigt, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien aufgrund des normierten überragenden öffentlichen Interesses an deren Ausbau ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde. Eine weitere Berücksichtigung der schutzgutbezogenen Belange auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Bei Windenergieanlagen werden detaillierte und standortbezogene Gutachten erst angefertigt und im Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) zur Beurteilung der Genehmigungsfähigkeit herangezogen, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie (z.B. Standorte, Anlagentypen, Anlagenhöhen, Auflagen beim Betrieb etc.) feststehen. Diese anlagenspezifischen Aspekte sind daher nicht Gegenstand der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			vorliegenden Teilfortschreibung, sondern Bestandteil des Vorhabenzulassungsverfahrens. Bei allen festgelegten Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen kann zum jetzigen Zeitpunkt davon ausgegangen werden, dass mögliche Beeinträchtigungen, die in den Vorranggebieten potenziell vorliegen könnten, im nachgelagerten Verfahren auf ein überwindbares Maß reduziert werden können. Das kann beispielsweise durch Verschiebungen der Anlagenstandorte innerhalb des Vorranggebietes oder durch die Erteilung von Nebenbestimmungen zur Genehmigung durch die Genehmigungsbehörde erfolgen.
lfd. Ident-Nr.: 404 Privat Stn-Id: 116	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 54 Ebnat	BE-ID: 460 Es ergeben sich in der Gesamtbetrachtung auch grundsätzlichere Zweifel an einem Planungsverfahren, das sich trotz unauffälliger Windhöffigkeit des Gebietes und bekannt starker Konfliktbehaftung wiederum auf das nordwestliche Härtsfeld und insbesondere Ebnat und Niesitz konzentriert. Dass andere Gebiete der Flächenstadt Aalen faktisch ausgeklammert werden, bedingt eine zunehmend einseitige Lastverschiebung hin zu ohnehin schon stark beeinträchtigten Teilen der Bevölkerung, während andere offenbar geschont werden. Ganz nach dem Motto: „Für die Stadt aber so, dass die Städter nichts davon sehen.“ Beim Ausbau der Windenergie ist auf Ausgewogenheit und gerechte Verteilung der Lasten in ganz Ostwürttemberg und im Stadtgebiet von Aalen zu achten. Eine wiederholte, einseitige Überbelastung einzelner Teilorte und Stadtbezirke ist nicht nachvollziehbar. Windkraft als Teil der Energiewende ist räumlich und zeitlich fair zu verteilen!	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten. Aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange werden im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 angepasst und das Vorranggebiet 53 nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 404 Privat Stn-Id: 116	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 54 Ebnat	BE-ID: 461 Ebnater und Niesitzer leisten seit Jahren einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende. Wir lehnen aufgrund der dargelegten Gründe die so geplante Erweiterung des bestehenden Windparks (Planungsverfahren 54/1 und 54/2) ab.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Aufgrund Anregungen und Hinweisen im Rahmen der Anhörung (z.B. geringer Windhöffigkeit, Entlastung der Raumschaft, An- und Abflug des Flugplatzes Aalen-Elchingen), wurde der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 optimiert und zwei südliche Teilbereiche zurückgenommen. Des Weiteren wurde das Vorranggebiet 53 aufgrund der Anwendung verschiedener Abwägungsbelange (u.a. Überlastung von Niesitz, Entlastung des Raums, An- und Abflug des Flugplatzes Aalen-Elchingen, geringe Windhöffigkeit) gestrichen. Dennoch wird das Vorranggebiet 54 "Ebnat" im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg in angepasster Form aufgrund mehrerer Eignungsfaktoren (Windnachweis, konkretes Umsetzungsinteresse, indirekte Erweiterung eines bestehende Vorranggebiet, bestehende Infrastruktur) weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 404 Privat Stn-Id: 116	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 54 Ebnat	BE-ID: 462 Es wäre schön, wenn künftig auch die Bürger frühzeitig über Planungen/Vorhaben informiert und eingebunden werden. Es kann nicht sein, dass man sowas kurz vor Ende der Einspruchsfrist zufällig erfährt. Für eine sorgfältige Prüfung und Berücksichtigung meiner Stellungnahme sind wir Ihnen dankbar!	Im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Teilregionalplans bestehen zahlreiche gesetzlich normierte Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit. Diese richten sich nach den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg (LplG). Die Frist zur Beteiligung der Öffentlichkeit ergibt sich aus § 9 Abs. 2 ROG i.V.m. § 12 Abs. 3 LplG: Sie beträgt i.d.R. einen Monat. Bei der Beteiligung ging der Regionalverband Ostwürttemberg zur Steigerung der Transparenz und zur Ermöglichung zusätzlicher Beteiligung über dieses gesetzlich geforderte Maß hinaus. Über ein eigens dafür eingerichtetes Online-Beteiligungstool war die

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Abgabe von Hinweisen, Anregungen und Änderungsvorschlägen auch digital möglich. Alle Beteiligungsmöglichkeiten wurden in den regionalen Medien und im Internet angekündigt. Die Verfahrensunterlagen waren während der Öffentlichkeitsbeteiligung zusätzlich auf der Internetseite des Regionalverbandes einsehbar. Zusätzlich zu den gesetzlich vorgesehenen Beteiligungsmöglichkeiten hat der Regionalverband Ostwürttemberg weitere Informations- und Beteiligungsangebote, z. B. ein Informationsangebot auf der Homepage und drei öffentliche Informationsveranstaltungen in der Region (Ellwangen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd) vor Beginn der ersten formellen Anhörung umgesetzt. Alle eingegangenen Anregungen und Hinweise wurden sorgfältig geprüft und abgewogen.
lfd. Ident-Nr.: 406 Privat Stn-Id: 112	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 70 Langert	BE-ID: 297 Ich möchte mich gegen die Nutzung von Flächen des Langert zur Aufstellung von Windkraftanlagen aussprechen. Nummer des Planungsverfahrens 70.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Zu den von Ihnen erwähnten Anregungen werden nachfolgend nähere Erläuterungen gegeben. Vorab: Der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 70 wurde aufgrund Anregungen und Hinweisen im Rahmen der Anhörung verkleinert. Dennoch wird das Vorranggebiet 70 "Langert" im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg in angepasster Form aufgrund mehrerer Eignungsfaktoren (Windnachweis, konkretes Umsetzungsinteresse) weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 406 Privat Stn-Id: 112	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 70 Langert	BE-ID: 298 Auf regenerative Energie zu setzten ist sicherlich richtig, schon um das Klima zu schützen. Ob man dafür allerdings einen nicht unerheblichen Teil des Waldes des Langert zur Disposition stellen muss, ist äußerst fragwürdig. Davon abgesehen, dass der Wald einen großen Beitrag zum Klimaschutz leistet, stellt der Langert für die Bewohner Aalens ein wichtiges Naherholungsgebiet dar, dass mit dem Aalbäumle auch einen traditionsreichen Zielpunkt für kleine und große Wanderungen beherbergt. Im Langert steht derzeit bereits die Umsetzung eines Bikerparks an, was, wenn das Konzept funktioniert, bereits für eine merkliche Beunruhigung sowohl für Spaziergänger und Wanderer als auch für die heimische Tierwelt führen wird. Den Langert nun noch zusätzlich mit Windkraftanlagen zu belasten, bedeutet für die Funktion als Naherholungsgebiet einen signifikanten Verlust an Qualität und für die Funktion als Lebensraum für unsere Tierwelt einen nachhaltigen Schaden und den Wegfall von lebensnotwendigen Rückzugsräumen.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 und 21 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Zur Inanspruchnahme des Walds: Gemäß Fachagentur Wind an Land zeigen aktuelle Erhebungen, dass für die Dauer des Betriebes von Windenergieanlagen (WEA) durchschnittlich ca. 0,48 Hektar für den Betrieb einer WEA gerodet werden müssen. Hiervon entfallen ca. 0,05 ha auf die Versiegelung für das Fundament. Während der Bauphase sind zusätzlich ca. 0,47 ha freizuhalten, die nach Abschluss der Bauphase dann wieder aufgeforstet werden (Fachagentur Wind an Land 2024: Entwicklung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			der Windenergie im Wald.- Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Forstflächen in den Bundesländern.- Analyse.- S. 15f). Für die Inanspruchnahme der Waldflächen besteht das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage).
lfd. Ident-Nr.: 406 Privat Stn-Id: 112	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 70 Langert	BE-ID: 300 Mit dieser Art der Nutzung werden wir den Langert überlasten. Ich bin, sehr häufig im Langert unterwegs, sowohl in Dämmerungsstunden als auch tagsüber und manches mal sachts. Auch wenn das Wild (noch) über jagdfreie Rückzugsräume verfügt, ist es für das Wild eine Herausforderung Bereiche zu finden, an denen sie zur Ruhe kommen bzw. ihre Jungen aufziehen können. Wenn man die vorhandenen Fläche weiter reduziert, wird dies eine Schädigung nicht nur für die Flora sondern speziell für die Fauna mit sich bringen. Wir beobachten Tiere wie den Milan, den Baumfalken, Schwarzspechte, Wespenbussarde sowie Fledermäuse. Es steht zu befürchten, dass Windräder auch für diese Tiere ein lebensbedrohende Gefahr bedeuten werden.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Es sind einige naturschutzfachliche Belange im Gebietssteckbrief für den angepassten Gebiet 70 als Hinweis auf Restriktionen und weitere zu prüfende Belange zur Berücksichtigung im nachgelagerten Verfahren aufgeführt.
lfd. Ident-Nr.: 408 Privat Stn-Id: 114	Kartenteil VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 302 Betrifft: Vorranggebiet Windkraft Nr. 43 im Gewann "Steinhaus", Gerstetten, nachdem der Gemeinderat Gerstetten in seiner Sitzung am 14. Mai 2024 eine Reduzierung des Siedlungsabstands von 1000 auf 750 m für das Vorranggebiet für Windkraft Nr. 43 im Gewann "Steinhaus", Gerstetten, mit 12 gegen 11 Stimmen beschlossen hat, nehmen wir als Anwohner und Betroffene dazu folgendermaßen Stellung: Mit guten Gründen hat der Regionalverband Ostwürttemberg bei den Planungen für neue Windkraftanlagen in seinem Bereich als „wesentliche Planungsgrundlagen“ unter Punkt 3 einen „Siedlungsabstand (von) 1 000 m zu allen Siedlungen in Ostwürttemberg“ festgelegt. Ausdrücklich wurde bei den Informationsveranstaltungen Anfang Mai 2024 darauf hingewiesen, dass diese Formulierung sogar Einzelgehöfte einschließt. Ohne vorherige Informationen, Gespräche oder Hinweise müssen wir als Betroffene wenige Tage später in der Zeitung vom oben genannten gegenteiligen Sitzungsbeschluss lesen. Den Sitzungsunterlagen entnehmen wir, dass der Beschluss mit 12 zu 11 Stimmen auch im Gremium sehr umstritten war. Damit werden die „wesentlichen Planungsgrundlagen“ des Verbandes unterlaufen. Der Verband betont, dass Planung und Förderung von Windenergieanlagen von Transparenz und Dialog mit den Bürgern, insbesondere den Betroffenen, mitgetragen werden soll. Dann steht das Vorgehen der Gemeinde hierzu im Widerspruch. Das betroffene Areal (der Gemeinde) befindet sich in einem Bereich von	Die Anregungen und Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Hinsichtlich des Kriteriums Siedlungsabstand hat die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg den Kommunen die Verringerung des regionalen Planungskriteriums "1.000m Umgebungsabstand" auf 750m eingeräumt, wenn dies mit einem Gemeinderatsbeschluss belegt werden kann. Für das Gebiet 43 "Gerstetten" wurde dem Regionalverband ein Gemeinderatsbeschluss zur Verringerung des Siedlungsabstandes seitens der Kommune Gerstetten vorgelegt, weshalb das genannte Vorranggebiet im 1. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 mit einem Abstand von 750m zu Siedlungsbereichen festgelegt wurde. Die Entscheidungen kommunaler Gremien sowie der Weg dieser Entscheidungsfindungen sind nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene. Seitens des Regionalverbandes werden die im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Teilregionalplans bestehenden zahlreichen gesetzlich normierte Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit (gem. den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg (LplG)) eingehalten. Zu den weiteren Fragen: Die Abstände zu wohngenutzten Gebäuden im Außenbereich werden anhand von ALKIS-Daten ermittelt und bemessen. In den Unterlagen zum Gebiet 43 wurde das Gewann "Salenhau" ergänzt. Das Vorranggebiet 43 "Gerstetten" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		750 bis 1000 m Entfernung zu mehreren sehr alten Siedlungen (nicht bloß Einzelgehöften). Angesichts der Größe und Höhe heutiger Windkraftanlagen erscheint uns diese unmittelbare Nähe unzumutbar. Insbesondere, da der Bau der maximal drei Anlagen in einem zertifizierten Waldgebiet stattfinden soll und im Bereich eines Landschaftsschutzgebietes (Wacholderheide) stehen wird. Wie viel an Natur geht hier unwiederbringlich verloren und kann auch durch Ausgleichsflächen nicht ersetzt werden? Bundestag und Bundesrat haben den Ausbau erneuerbarer Energien als wichtige Ziele für die nächsten Jahre beschlossen und die Regionalverbände sind dabei wichtige Weichensteller und Wegbereiter. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Akzeptanz bei den Bürgern. Ist es da hilfreich, wenn bereits im Vorfeld (!) vor allen Planungen von der Gemeinde „ein Gemeinderatsbeschluss zur Verringerung des Siedlungsabstandes auf 750 m… in Aussicht gestellt“ ist (Quelle: Sitzungsunterlagen)? Wann und von wem wurde dies mit welcher Legitimation vorgenommen? Je länger wir die Unterlagen studieren, desto mehr Fragen kommen auf: Warum wird der Abstand zu den Vorranggebieten nicht von Grundstücksgrenzen (mit Wohnbebauung) aus gemessen, wie im Ort? Warum wird von einer fiktiven Hausmitte aus festgestellt, der Abstand betrage genau 750,72 m? Warum wird das Gebiet Nr. 43 als Gewann „Steinhaus“ benannt, wenn es ebenso aus dem Gewann „Salenhau“ besteht? Warum müssen auf diesem siedlungsnahen Waldstück Windräder gebaut werden, wenn besser erschlossenere, größere und siedlungsfernere Areale in der Nähe zur Verfügung stehen? Zudem finden sich im genannten Waldstück auch noch Erdlöcher… Das Leben und Arbeiten in den Außensiedlungen von Orten ist mit einer Vielzahl von Einschränkungen und Mühen verbunden. Was im Ort selbstverständlich ist, ist außerhalb nur mit viel Liebe zur Heimat, zur Natur und dem eigenen Hof zu leisten. Diese Kulturleistung und Landschaftspflege in den Außenorten sollte von den Gemeinden und dem Regionalverband unterstützt werden. Ansonsten veröden diese Wohnplätze und damit auch unsere Heimat. Darum unterstützen (fast ausnahmslos) alle Betroffenen aus dem	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Gebiet Heutenburg/ Mäderhaus/ Harthöfe/ Erpfenhausen und ihre Angehörigen diese Stellungnahme. Dazu wissen wir uns auch von vielen Bürgern aus Gerstetten und Umgebung mitgetragen. Namentlich mehr als 60 Unterzeichnende: [...] … und weitere Unterstützende.	
lfd. Ident-Nr.: 410 Privat Stn-Id: 117		BE-ID: 316 als erstes möchten wir erwähnen, dass wir nicht gegen den Fortschritt oder erneuerbare Energien wie Solar/Photovoltaik oder Windenergie sind.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 410 Privat Stn-Id: 117		BE-ID: 317 Dennoch legen wir als Betroffene Einspruch gegen Ihr Vorhaben der Teilfortschreibung Windenergie 2025 zu den Planungsverfahren im Ostalbkreis ein: Planungsverfahren 1. 53/1 + 53/2 - Erweiterung Windpark Pfaffentäle / Diepertsbuch 2. 54/1 + 54/2 - Erweiterung Windpark Ebnat / bis zur Ebnater Steige 3. 48/1 + 48/2 - Erweiterung Windpark Waldhausen / Beuren	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 und 21 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Im Rahmen der mehrstufigen Methodik zur Auswahl von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen fand eine Abwägung aller auf regionalplanerischer Ebene erkennbaren schützenswerten Belange gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG statt. Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurde das Gewicht jedes Belangs angemessen berücksichtigt, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde. Im Großteil des Verbandsgebiets Ostwürttemberg war die Windenergienutzung nicht möglich oder andere Belange/schutzbedürftige Interessen hatten in der Abwägung ein höheres Gewicht als die Windenergienutzung. An den Stellen in der Region, an denen nun Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt werden sollen, überwiegt das überragende öffentliche Interesse an der Windenergienutzung gegenüber den anderen Belangen. Nach Abwägung aller Belange wurde die Gebietskulisse des 1. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wie folgt angepasst: Das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" wurde aufgrund der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Anwendung verschiedener Abwägungsbelange (u.a. Überlastung von Niesitz, Entlastung des Raums, An- und Abflug des Flugplatzes Aalen-Elchingen, geringe Windhöffigkeit) gestrichen. Im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg wird es nicht weitergeführt. Das Vorranggebiet 54 "Ebnat" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Der Gebietszuschnitt wurde dennoch optimiert und zwei südliche Teilbereiche aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange (inkl. Entlastung der Raumschaft, An- und Abflug des Flugplatzes Aalen-Elchingen, Windhöffigkeit) zurückgenommen. Das Vorranggebiet 48 "Erweiterung Waldhausen / Beuren" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Dennoch wird das Gebiet aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung (u.a. Entlastung des Raums, nördliche Einflugschneise des Flugplatzes Aalen-Elchingen, Sichtachse zur Kulturdenkmal Schloss Kapfenburg, langfristige Abbau- und Erweiterungsmöglichkeit des Steinbruchs) angepasst. Dementsprechend wurde 48/1 verkleinert und 48/2 gestrichen.
lfd. Ident-Nr.: 410 Privat Stn-Id: 117		BE-ID: 318 Begründung: es sind bereits 2% der Flächen mit Windrädern im Flur bei uns in Ebnat bebaut – mit einer weiteren Überbauung von Flächen an den oben genannten Standorten wird unser Wohngebiet mit einem Abstand von 1000 m umzingelt. Die bereits gebauten Windräder stehen jetzt schon oft still – mit Steuergeldern wird der Verlust des Ertrages an die Betreiber ausgeglichen!! Die Natur wird weiter versiegelt und zerstört. Weitere Rodung von Flur und Fauna verringern die Lebensräume der Tiere, die Lebensqualität der Anwohner und den Fremdenverkehr. Wir wollen in keiner Windparkanlage umzingelt von Windrädern wohnen und da ständige Blinken, ab Einbruch der Dämmerung, ertragen.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten. Zur Vermeidung einer räumlichen Umfassung (Umzingelung) wurde dennoch die Umfassungswirkung durch Windenergieanlagen betrachtet. Diese ist für die Regionalplanung ein abwägungsrelevanter Belang, der über die visuelle Wahrnehmung der Anlagen definiert wird. Der freie Blick in die Landschaft wird dabei über Freihaltekorridore oder -bereiche gesichert. Die Größe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen spielt dabei keine Rolle. Die Vorgehensweise ist in der Begründung dokumentiert. Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind ebenfalls im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			(Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange werden im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 die von Ihnen genannte Gebiete angepasst bzw. nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 410 Privat Stn-Id: 117		BE-ID: 322 Der Wertverlust unserer Häuser und Grundstücke, für den Kommerz anderer, wird enorm. Wir fordern Schadensersatz durch Wertminderung unserer Immobilien.	Wird nicht gefolgt Die Teilfortschreibung dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Beurteilung des Immobilienwertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob Wertminderungen durch Windenergieanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls, insbesondere im Falle eines tatsächlichen Verkaufs der Immobilie ab. Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass der Wert und die Preisentwicklung von Immobilien von ökonomischen und demografischen Einflüssen dominiert werden und nicht von Windenergieanlagen. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kaum möglich, den Anstieg oder den Rückgang des Verkehrswertes eines bebauten oder unbebauten Grundstücks auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen (s. Landtag von Baden-Württemberg (2019): Kleine Anfrage des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Wertminderung von Immobilien infolge von Windkraftanlagen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			II (Drucksache 16 / 5820), 26. Februar 2019, Stuttgart (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5820_D.pdf). Daher und wegen des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ist es aus Sicht des Regionalverbands weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen.
lfd. Ident-Nr.: 411 Privat Stn-Id: 122	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 57 Herbrechtingen	BE-ID: 365 ich erhebe Einspruch gegen die Ausweisung des Vorranggebietes 57 als Vorranggebiet für den Bau von Windenergieanlagen. Dieses ist wie in der Beschreibung bereits festgestellt nur bedingt Windhöffig mit 190-215 W/m2. Somit ist eine wirtschaftliche Nutzung so gut wie ausgeschlossen. Dafür darf die Heide und Waldlandschaft nicht zerstört werden. Dazu ist das Gebiet in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung Bolheim und dem Ugenhof. Das Gebiet wird bereits als konfliktbehaftet eingestuft. Betroffenheit des Kulturdenkmal UNESCO Welterbe Höhlen- und Eiszeitkunst des Lonetals, artenschutzrechtliche Bedenken sowie der Eingriff in ein Landschaftsschutzgebiet. Diese Fläche wird nicht zwingend benötigt um das Ziel der Landesregierung von 1,8% der Regionalgebietsfläche auszuweisen zu erreichen. Es werden lediglich weitere 600 ha Fläche benötigt.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Ob und inwiefern das gesetzlich geforderte Mindestflächenziel überschritten wird, obliegt der Entscheidung des politischen Gremiums (Verbandsversammlung) des Regionalverbandes Ostwürttemberg. Das Vorranggebiet 57 "Herbrechtingen" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg aufgrund verschiedener Abwägungsbelange nicht weitergeführt. Hinsichtlich der Anmerkung zur Windhöffigkeit: Die Berücksichtigung der mittleren gekappten Windleistungsdichte bei den Planungskriterien dient der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Im Ergebnis stellt der Windatlas eine für die Region Ostwürttemberg durchschnittlich gute bis sehr gute Windleistungsdichten dar und bescheinigt ihr damit eine grundsätzliche Eignung für die Windenergienutzung. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen). Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung und damit der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Flächensicherung gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Des Weiteren sind zu den in der Stellungnahme genannten Siedlungsbereichen die im Kriterienkatalog zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 festgelegten Abstände eingehalten.
lfd. Ident-Nr.: 411 Privat Stn-Id: 123	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 65 Schönbühl	BE-ID: 373 ich erhebe Einspruch gegen die Ausweisung des Vorranggebietes "65 Schönbühl" als Vorranggebiet für den Bau von Windenergieanlagen. Dieses ist wie in der Beschreibung bereits festgestellt nur bedingt Windhöffig mit 190-215 W/m2. Somit ist eine wirtschaftliche Nutzung so gut wie ausgeschlossen. Es wird eine sehr große Fläche mit 267 ha ausgewiesen. Im Moment sind dort jedoch nur drei Windräder geplant. Das macht keinen Sinn dafür eine solch große Fläche als Vorranggebiet auszuweisen. Ist dies der Fall stehen Projektierer die Tür für den Bau weiterer Windräder offen. Das hätte in diesem noch verbleibenden zusammenhängenden Waldstück äußerts negative Folgen. Wie bereits festgestellt verläuft dort der Wanderkorridor des Generalwildwegeplans. Ein Aufbrechen der Waldstruktur ist zwingend zu vermeiden. Des Weiteren befürchte ich eine negative visuelle Wahrnehmung im Bereich des Eselsburger Tals, das ein überregional touristisches Aushängeschild des Landkreises Heidenheim und der Ostalb ist. Wiederum wurde ein Gebiet an einer Gemarkungsgrenze gewählt. Somit haben die Bewohner von Erpfenausen (Gerstetten), die nahe dem Vorranggebiet wohnen kaum eine Möglichkeit der Einflussnahme beim Bau von Windrädern. Das Schönbühl gehört zur Gemarkung Herbrechtingen liegt aber an der Grenze zu Gerstetten. Diese konfliktbehaftete Fläche von 267 ha wird nicht zwingend benötigt um das Ziel der Landesregierung, von 1,8% der Regionalgebietsfläche auszuweisen, zu erreichen. Es werden lediglich weitere 600 ha Fläche benötigt.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Ob und inwiefern das gesetzlich geforderte Mindestflächenziel überschritten wird, obliegt der Entscheidung des politischen Gremiums (Verbandsversammlung) des Regionalverbandes Ostwürttemberg. Des Weiteren werden im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Zu den Bedenken hinsichtlich des Waldgebiets und des Wanderkorridors des Generalwildwegeplans im geplanten Vorranggebiet 65: Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Auf das Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff. wird hingewiesen. Hinsichtlich der Anmerkung zur Windhöffigkeit: Die Berücksichtigung der mittleren gekappten Windleistungsdichte bei den Planungskriterien dient der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Im Ergebnis stellt der Windatlas eine für die Region Ostwürttemberg durchschnittlich gute bis sehr gute Windleistungsdichten dar und bescheinigt ihr damit eine grundsätzliche Eignung für die Windenergienutzung. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen). Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung und damit der Flächensicherung gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Das Vorranggebiet 65 "Schönbühl" liegt überwiegend in Bereichen mit einer laut Windatlas BW (2019) mittleren gekappten Windleistungsdichte >190 W/m². Für die Bereiche des Vorranggebietes 65, die in Windleistungsdichten <190 W/m² liegen, wurde dem Regionalverband ein rechnerischer Nachweis vorgelegt, welcher eine höhere Windhöffigkeit belegt, als im Windatlas dargestellt ist. Das Vorranggebiet ist somit für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird allerdings aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst/reduziert.
lfd. Ident-Nr.: 411 Privat Stn-Id: 222		BE-ID: 883 mein Einspruch richtet sich generell gegen die Planungen "Teilfortschreibung Windenergie 2025" des Regionalverbandes Ostwürttemberg zur Festlegung weiterer Vorranggebiete für Windenergie. Der von der Landesregierung festgelegte Termin ist der 31.12.2027. Der Regionalverband möchte das Planverfahren bis zum 30.09.2025 abgeschlossen haben. Der daraus resultierende Zeitdruck sorgt für unausgereifte Flächenplanungen. Im Moment sind das 46 Vorrangflächen (Vorrangflächen 41 bis 70	Wird zur Kenntnis genommen. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg heißt es in Abs. 1 & 2: „Zur Erreichung der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		teilweise mit einzelnen Unterteilungen in 1,und 2,..). Davon sind: 5 St. = ca. 150 ha ha geeignet 10 St. = ca. 600 ha bedingt geeignet Von den restlichen ca. 1.450 ha sind 20 St. konfliktbehaftet und weiterere 11 sehr konfliktbehaftet. Die Flächen ergeben eine Größe von ca. 2.200 ha. Benötigt werden lediglich weitere 600 ha, um das Ziel von 1,8 % der Regionalfläche als Vorrangfläche auszuweisen, zu erreichen. Die notwendigen Flächen können mit geeigneten oder bedingt geeigneten Flächen gedeckt werden. Ich verstehe nicht, warum es notwendig ist weitere konflikt- und sehr konfliktbehafteten Flächen in die Planung mit aufzunehmen. Dieses Vorgehen sorgt für einen enormen unnötigen kostenintensiven Verwaltungs- und Prüfungsaufwand in den Kommuen und Landratsämtern. Um Zeit und Geld zu sparen beantrage ich die Herausnahme aller konflikt- und sehr konfliktbehafteten geplanten Vorrangflächen gemäß der "Strategischen Umweltprüfung" auf den Seiten 66 bis 69 aufgeführten Vorranggebiete.	Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt. [...] Die zur Erreichung der Teilflächenziele nach Absatz 1 notwendigen Teilpläne und sonstigen Änderungen eines Regionalplans sollen früher als in § 3 Absatz 1 WindBG vorgesehen bereits bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festgestellt werden. [...]“ Damit haben die Regionalverbände die Aufgabe, die Auswahl der Gebiete für die Windenergienutzung als Vorranggebiete gesamtregional zu steuern und diese Gebiete bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die gesetzlichen Vorgaben sind nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung. Der 1. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 enthält 30 Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen. Ob und inwiefern das gesetzlich geforderte Mindestflächenziel überschritten wird, obliegt der Entscheidung des politischen Gremiums (Verbandsversammlung) des Regionalverbandes Ostwürttemberg. Die Strategische Umweltprüfung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 hat zum Ergebnis, dass in einigen Vorranggebieten Konflikte vorhanden sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt und im Falle dieser Vorranggebiete der Windenergienutzung Vorrang eingeräumt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Die in der Strategischen Umweltprüfung ermittelten Beeinträchtigungen werden im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) überprüft und durch Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung, Ausgleich bzw. Kompensation auf ein rechtskonformes Maß gebracht.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 412 Privat Stn-Id: 119	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 335 ich möchte hier Stellung nehmen zum geplanten Bau des Windrades 68/2. Ich habe vergangenes Jahr ein Gartengrundstück in unmittelbarer Nähe des geplanten Windrades 68/2 erworben. Dieses liegt inmitten des Landschaftsschutzgebietes Hölltal. Hier befinden sich 6 Quellen des Höllbaches. Somit ist der Untergrund des geplanten Baugrundstückes meiner Ansicht nach zu feucht und sumpfig. Dies lässt sich dadurch belegen, dass es in einer benachbarten Wiese unterirdische Wasserausspülungen gab. Dadurch ist ein tiefes Loch entstanden.	Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" - insb. Teilfläche 2 - befindet sich in der Nähe zum Landschaftsschutzgebiet "Irpfel mit Bernauer Feld, Rechberg, Läutenberg, Kürnberg, Schießberg, Heideflächen im Hölletal", aber liegt nicht innerhalb des genannten Schutzgebietes. Die Hinweise zur Umgebung und den Untergrundverhältnissen werden zur Kenntnis genommen. Die Teilfläche 68/2 des geplanten Vorranggebiets 68 "Giengen an der Brenz" wird aufgrund diverser Belange (u.a. fehlender Windnachweis, Abstand zu Waldkindergarten) im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 412 Privat Stn-Id: 119	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 337 Auf meinem Grundstück und der näheren Umgebung sind zudem mehrere schützenswerte Tierarten zu beobachten. So z.B. Pirole, Eisvögel, Wanderfalkenbrutpaar (jährliche Brut im Nachbargrundstück), Biber, Fasane, Kolkraben,... .	Wird zur Kenntnis genommen. Hinsichtlich der artenschutzfachlichen Belange wird auf das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 verwiesen, welches diese Belange umfassend und gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie der verbindlichen Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Insbesondere durch die Anwendung des o.g. Fachbeitrags Artenschutz erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes auf der genannten Planungsebene, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes im nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 412 Privat Stn-Id: 119	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 338 Außerdem liegt das geplante Windrad in einer Senke. Wäre ein Standort, der höher gelegen ist nicht günstiger?	Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Die Teilfläche 68/2 des geplanten Vorranggebiets 68 "Giengen an der Brenz" wird aufgrund diverser Belange (u.a. fehlender Windnachweis, Abstand zu Waldkindergarten) im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 412 Privat Stn-Id: 119	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 339 Das Windrad 68/1 sehe ich aus folgenden Gesichtspunkten kritisch: Es würden ca. 1ha Wald zerstört werden, um den Bau umzusetzen.	Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Insgesamt ist eine wertigkeitsunabhängige Bevorzugung von Gebieten im Offenland gegenüber Gebieten im Wald weder sachgerecht noch geboten. Zum Umfang der Waldinanspruchnahme: Gemäß Fachagentur Wind an Land zeigen aktuelle Erhebungen, dass für die Dauer des Betriebes von Windenergieanlagen (WEA) durchschnittlich ca. 0,48 Hektar für den Betrieb einer WEA gerodet werden müssen. Hiervon entfallen ca. 0,05 ha auf die Versiegelung für das Fundament. Während der Bauphase sind zusätzlich ca. 0,47 ha freizuhalten, die nach Abschluss der Bauphase dann wieder aufgeforstet werden (Fachagentur Wind an Land 2024: Entwicklung der Windenergie im Wald.- Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Forstflächen in den Bundesländern.- Analyse.- S. 15f). Für die Inanspruchnahme der Waldflächen besteht das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			§ 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung.
lfd. Ident-Nr.: 412 Privat Stn-Id: 119	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 340 Zudem liegt es in unmittelbarer Nähe des Trimmdichpfades, der vielen Giengenern zur Naherholung dient.	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 412 Privat Stn-Id: 119	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 341 Der Kindergartenbetrieb des Waldkindergartens beim Schratenhof würde durch den Bau sicherlich erheblich beeinträchtigt.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Der Waldkindergarten im Bereich des Schratenhofs inkl. des Umgebungsabstandes (1.000m) zu den Aufenthalts- und Spielbereichen wurde nachgeführt und bei der Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs berücksichtigt. Die durch den nachgeführten Umgebungsabstand tangierten Bereiche des Vorranggebiets 68 "Giengen an der Brenz" wurden ausgeschnitten. Das Vorranggebiet 68 wird - mit entsprechend angepasstem / reduziertem Gebietszuschnitt - im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 412 Privat Stn-Id: 119	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 342 Bitte überdenken Sie, ob es sich bei den angedachten Standorten tatsächlich um geeignete Plätze für Windkrafträder handelt.	Das Gebiet 68 wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst/deutlich reduziert. Die Teilfläche 68/2 wird aufgrund diverser Belange im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs nicht weitergeführt. Das angepasste Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" ist für die Nutzung der Windenergie allerdings gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird.
lfd. Ident-Nr.: 413 Privat Stn-Id: 120	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 343 Beschwerde zum geplanten Windpark bei Geislingen als Bürger, der in Geislingen aufgewachsen ist, hier seine Wurzeln hat und den Plan verfolgt, ein Eigenheim zu bauen und eine Familie großzuziehen, möchte ich meine Besorgnis über das geplante Vorhaben zur Errichtung eines Windparks im Geislinger Forst ausdrücken.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 413 Privat Stn-Id: 120	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 344 => Besonders besorgniserregend ist die Nähe des geplanten Windparks zu unserem Neubaugebiet. Viele junge Familien haben sich entschlossen, hier ihre Zukunft zu gestalten, in der Hoffnung auf ein ruhiges, naturnahes Leben. Der Bau der Windräder würde diese Hoffnung zunichtemachen und die Lebensqualität erheblich beeinträchtigen. Zudem liegt der geplante Standort zu nahe am Dorf, was die negativen Auswirkungen noch verstärkt.	In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden zwischen Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen und bspw. Wohngebieten Umgebungsabstände eingehalten, um den Menschen vor erheblichen, potenziell schädlichen Einflüssen zu schützen. Den Planungskriterien des Kriterienkatalogs entsprechend beträgt dieser Umgebungsabstand 1000m zu Wohngebäuden, Wohnbauflächen und gemischten Bauflächen. Im nachfolgenden Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) wird die Einhaltung der Mindestabstände zu Siedlungsbereichen und der immissionsschutzrechtlichen Belange bei Vorliegen konkreter Anlagenstandorte geprüft.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Weitergehende Forderungen nach dem Erhalt einer objektiv vorhandenen oder subjektiv wahrgenommenen Wohn- und Lebensqualität gehen über den gesetzlichen Immissionsschutz- und den regionalplanerischen Vorsorgeanspruch hinaus. Die Beurteilung der Lebensqualität wird von verschiedenen Faktoren bestimmt, z.B. dem materiellen Lebensstandard, der Bildung, den Berufschancen, dem sozialen Status, der Gesundheit, der den Wohnort umgebenden Natur. Die Gewichtung dieser Faktoren ist subjektiv und kann sich von Person zu Person stark unterscheiden. Auch die Wohnqualität kann mangels objektiver Maßstäbe nicht allgemeingültig definiert werden. Windenergieanlagen können einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und -unabhängigkeit Deutschlands leisten und damit mittelbar zum Erhalt der Lebensqualität beitragen bzw. Beeinträchtigungen der Lebensqualität vermeiden. Je nach Einstellung des Individuums zum Thema Windenergienutzung kann die Sicherung der Vorranggebiete für Windenergie im räumlichen Umfeld zum eigenen Wohnort daher ebenso positiv wie negativ zur Wohn- und Lebensqualität beitragen. Fragen zur Wohn- und Lebensqualität von Einzelpersonen können auf regionalplanerischer Ebene daher weder beeinflusst noch beurteilt werden und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Die Teilfortschreibung dient der Flächensicherung für die Windenergienutzung gemäß dem gesetzlichen Planungsauftrag.
lfd. Ident-Nr.: 413 Privat Stn-Id: 120	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 345 Obwohl ich die Notwendigkeit und Dringlichkeit des Ausbaus erneuerbarer Energien anerkenne und unterstütze, habe ich erhebliche Bedenken bezüglich der konkreten Umsetzung dieses Projekts. Lassen Sie mich meine Bedenken im Detail darlegen: Geislingen ist ein kleines Dorf mit nur etwa 400 Einwohnern. Ein Projekt dieser Größenordnung steht in keiner Relation zur Größe und Struktur unserer Gemeinde. Die Auswirkungen eines solch großen Windparks auf unsere kleine Gemeinschaft wären unverhältnismäßig und schwerwiegend. Es ist fraglich, ob ein solch großer Eingriff in die Natur und die Lebensqualität gerechtfertigt ist, insbesondere wenn der Standort so nahe am Dorf liegt und die Belastung für die Bewohner dadurch extrem hoch wäre.	In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt zudem für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Die Festlegung eines größeren Siedlungsabstandes (>1.000 m) im Plankonzept der genannten Teilfortschreibung und auf regionaler Planungsebene ist gem. § 249 Abs. 9 BauGB nicht möglich. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Zur Vermeidung einer räumlichen Umfassung (Umzingelung) wurde die Umfassungswirkung durch Windenergieanlagen betrachtet. Diese ist für die Regionalplanung ein abwägungsrelevanter Belang, der über die visuelle Wahrnehmung der Anlagen definiert wird. Der freie Blick in die Landschaft wird dabei über Freihaltekorridore oder -bereiche gesichert. Die Größe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen spielt dabei keine Rolle. Die Vorgehensweise ist in der Begründung dokumentiert. Demnach ist um eine Umfassung und damit eine räumliche Überlastung von Ortslagen zu vermeiden, in der Regel in einem Abstand von ca. 2,5 Kilometern ausgehend vom Siedlungsrand ein Winkel von mindestens zweimal 60 Grad gegenüberliegend entsprechender Orte freizuhalten. Dabei handelt es sich um einen Orientierungswert, in Einzelfällen, z.B. bei nur einseitiger Betroffenheit der Siedlung, wurde von dieser Regelung abgewichen. Die Freihaltebereiche von Geislingen liegen weit über den erforderlichen Mindestwerten. Bezüglich der Hinweise zu Lebensquallität und Nähe zum Dorf wird auf die Abwägung zur BE ID 344 dieser Stellungnahme hingewiesen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 413 Privat Stn-Id: 120	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 346 Die durch die Rotoren verursachten Geräusche können die Lebensqualität der Anwohner erheblich beeinträchtigen, da sie sowohl den täglichen Alltag als auch den nächtlichen Schlaf stören. Diese kontinuierliche Lärmbelastung stellt eine erhebliche gesundheitliche Beeinträchtigung dar.	Der wissenschaftliche Konsens weist auf, dass durch Windenergieanlagen mit Schutzabständen zur Wohnbebauung keine allgemeine Gesundheitsgefahr gegeben ist. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung des Schutzgutes Mensch, insbesondere der menschlichen Gesundheit, wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch auf. Die berücksichtigten Ausschluss- und Konfliktkriterien hinsichtlich des Schutzgutes Mensch (Umgebungsabstand, Überlastungsprüfung) sind angesichts der Maßgaben des § 2 EEG auf regionaler Planungsebene ausreichend. Des Weiteren werden potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen (wie z.B. Schallemissionen) durch rechtliche Regelungen eingegrenzt: Die von Windenergieanlagen ausgehenden Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte, wenn mit einer Projektplanung Angaben zur Anzahl, zu Standorten und Anlagentypen bekannt sind. Der Betreiber muss hierbei den Nachweis führen, dass die Grenzwerte der TA Lärm eingehalten werden und damit eine Gesundheitsgefährdung ausgeschlossen wird.
lfd. Ident-Nr.: 413 Privat Stn-Id: 120	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 348 Darüber hinaus führt die Errichtung des Windparks zu einem signifikanten Wertverlust der umliegenden Immobilien und Grundstücke. Dieser finanzielle Nachteil trifft insbesondere die Eigentümer, die ihr Vermögen und ihre Zukunft in diese Immobilien investiert haben und investieren wollen.	Die Teilfortschreibung dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Beurteilung des Immobilienwertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob Wertminderungen durch Windenergieanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls, insbesondere im Falle eines tatsächlichen Verkaufs der Immobilie ab. Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass der Wert und die Preisentwicklung von Immobilien von ökonomischen und demografischen Einflüssen dominiert werden und nicht von

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Windenergieanlagen. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kaum möglich, den Anstieg oder den Rückgang des Verkehrswertes eines bebauten oder unbebauten Grundstücks auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen (s. Landtag von Baden-Württemberg (2019): Kleine Anfrage des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Wertminderung von Immobilien infolge von Windkraftanlagen II (Drucksache 16 / 5820), 26. Februar 2019, Stuttgart (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5820_D.pdf). Daher und wegen des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ist es aus Sicht des Regionalverbands weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen.
lfd. Ident-Nr.: 413 Privat Stn-Id: 120	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 349 => Geislingen würde durch den Bau des Windparks erheblichen Schaden an Neubauten und Renovierungen erleiden. Es stellt sich die Frage, wer dann noch bereit wäre, in Geislingen zu bauen. Geislingen verfügt über die mit geringste Infrastruktur in der Gemeinde, wie z.B. fehlende Schulen oder Einkaufgelegenheit wodurch die Attraktivität des Ortes weiter sinken würde.	Wie in der Abwägung zu BE ID 344 dieser Stellungnahem dargelegt, gehen Forderungen nach dem Erhalt einer objektiv vorhandenen oder subjektiv wahrgenommenen Wohn- und Lebensqualität über den gesetzlichen Immissionsschutz- und den regionalplanerischen Vorsorgeanspruch hinaus. Gleichwohl werden bei der Teilfortschreibung Windenergie durch das Plankonzept verschiedene Ausschluss- und Konfliktkriterien zum Schutz von Menschen in der gesamten Region gleich angewandt und gewährleisten eine auf regionaler Planungsebene ausreichende Berücksichtigung des Schutzguts Mensch. Die Attraktivität und Lebensqualität an einem Ort wird von verschiedenen Faktoren bestimmt und deren Gewichtung ist subjektiv und kann sich von Person zu Person stark unterscheiden. Je nach Einstellung der Einzelperson zum Thema Windenergienutzung kann die Sicherung der Vorranggebiete für Windenergie im räumlichen Umfeld zum eigenen Wohnort daher ebenso positiv wie negativ zur Wohn- und Lebensqualität beitragen. Fragen zur Wohn- und Lebensqualität von Einzelpersonen können auf regionalplanerischer Ebene daher weder beeinflusst noch beurteilt werden und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung.
lfd. Ident-Nr.: 413 Privat Stn-Id: 120	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 350 Zudem würde der Bau der Windräder die Naturidylle erheblich beeinträchtigen und das Landschaftsbild dominieren. Das Abholzen jahrzehntealter Waldflächen führt zu einem dramatischen Verlust an Biodiversität.	Die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind daher im Planungskonzept berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfergebnisse werden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Auf das Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff. wird hingewiesen.
lfd. Ident-Nr.: 413 Privat Stn-Id: 120	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 352 Ich bitte den Regionalverband Ostwürttemberg, diesen Plan zu überdenken und alternative Lösungen in Betracht zu ziehen, die weniger zerstörerisch sind und die Lebensqualität sowie die Naturidylle bewahren, die wir in Geislingen so sehr schätzen. "Es müssen bessere Alternativen, bessere Flächen in Ostwürttemberg geben, als Geislingen und Umgebung Windrädern dieser Größe und Anzahl auszusetzen!!" Ich bitte den Regionalverband Ostwürttemberg besser geeignete Flächen in Wind und Lage vorzuziehen.	Wird nicht gefolgt Der Windatlas Baden-Württemberg (2019) zeigt für das Gebiet 45 "Unterschneidheim / Tannhausen" gute und sehr gute Windhöffigkeiten auf. Die Strategische Umweltprüfung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 hat zum Ergebnis, dass in dem Vorranggebiet 45 Konflikte vorhanden sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt und im Falle des genannten Vorranggebietes der Windenergienutzung Vorrang eingeräumt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Die in der Strategischen Umweltprüfung ermittelten Beeinträchtigungen werden im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) überprüft und durch Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung, Ausgleich bzw. Kompensation auf ein rechtskonformes Maß gebracht. Das Vorranggebiet 45 "Unterschneidheim / Tannhausen" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird.
lfd. Ident-Nr.: 414 Privat Stn-Id: 121	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 353 Offizielle Stellungnahme zur Ausweisung des Windenergiegebiets 45 Ich [...] möchte meine Bedenken zur Ausweisung des Windenergiegebets im Gemeindegebiet Unterschneidheim äußern. Obwohl ich die Bedeutung der Windenergie für den Klimaschutz anerkenne, habe ich erhebliche Vorbehalte gegenüber der Planung und Umsetzung dieses Projekts.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 414 Privat	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 354 Der Bau von Windrädern mit einer Nabenhöhe von bis zu 200	Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 121		Metern wird das bisher unberührte Landschaftsbild stark verändern. Diese monumentalen Strukturen werden die Naturkulisse dominieren und die ästhetische Qualität der Region beeinträchtigen, was die Lebensqualität der Anwohner und den touristischen Wert mindern könnte.	-funktionen (bspw. landschaftsästhetische Funktion) entstehen kann. Die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind daher im Planungskonzept berücksichtigt u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfergebnisse werden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Zum Schutz des Menschen vor erheblichen, potenziell schädlichen Einflüssen durch Windenergieanlagen werden im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 zwischen Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen und bspw. Wohngebieten Umgebungsabstände (i.d.R. 1.000m) eingehalten. Weitergehende Forderungen nach dem Erhalt einer objektiv vorhandenen oder subjektiv wahrgenommenen Wohn- und Lebensqualität gehen über den gesetzlichen Immissionsschutz- und den regionalplanerischen Vorsorgeanspruch hinaus. Die Beurteilung der Lebensqualität wird von verschiedenen Faktoren bestimmt, z.B. dem materiellen Lebensstandard, der Bildung, den Berufschancen, dem sozialen Status, der Gesundheit, der den Wohnort umgebenden Natur. Die Gewichtung dieser Faktoren ist subjektiv und kann sich von Person zu Person stark unterscheiden. Windenergieanlagen können einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und -unabhängigkeit Deutschlands leisten und damit mittelbar zum Erhalt der Lebensqualität beitragen bzw. Beeinträchtigungen der Lebensqualität vermeiden. Je nach Einstellung des Individuums zum Thema Windenergienutzung kann die Sicherung der Vorranggebiete für Windenergie im räumlichen Umfeld zum eigenen Wohnort daher ebenso positiv wie negativ zur Wohn- und Lebensqualität beitragen. Fragen zur Wohn- und Lebensqualität von Einzelpersonen können auf

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			regionalplanerischer Ebene daher weder beeinflusst noch beurteilt werden und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Die Teilfortschreibung dient der Flächensicherung für die Windenergienutzung gemäß dem gesetzlichen Planungsauftrag. Weiterhin ist die Entwicklung des Tourismus sowie der touristische Wert von (Landschafts-)Räumen wie auch die Bevölkerungsentwicklung von vielerlei Faktoren und Akteuren abhängig. Die Belange des Tourismus sind mittelbar (z.B. über Siedlungsflächen für die Erholung mit entsprechenden Umgebungsabständen, Bereiche mit sehr hoher Landschaftsbildqualität oder in höchstem Maße raumwirksame Kulturdenkmale, darunter auch UNESCO-Welterbestätten) als Ausschlusskriterien oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien in die Auswahl und Bewertung eingeflossen. Zudem sind entsprechende Aspekte über die Schutzgüter "Menschen und menschliche Gesundheit", „Kultur- und Sachgüter“ und "Landschaft" in die Strategische Umweltprüfung eingeflossen. Touristische Belange, sowie die Belange der Freizeit- und Erholungsnutzung wurden gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG einbezogen, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde.
lfd. Ident-Nr.: 414 Privat Stn-Id: 121	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 357 Die geplanten Windräder sollen überwiegend in Waldgebieten errichtet werden, was umfangreiche Rodungen alter Baumbestände erforderlich macht. Der Schutz unserer natürlichen Lebensräume ist entscheidend für die Erhaltung der Artenvielfalt und des ökologischen Gleichgewichts.	Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Eine pauschale Bevorzugung von Offenlandbereichen oder Ausschluss von Waldgebieten wäre nicht sachgerecht für die Sicherung der günstigsten Standorte für die Windenergienutzung und spiegelt nicht die ökologische Wertigkeit der Lebensräume wider. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Auf das Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff. wird hingewiesen. Zum Umfang der Waldinanspruchnahme: Gemäß Fachagentur Wind an Land zeigen aktuelle Erhebungen, dass für die Dauer des Betriebes von Windenergieanlagen (WEA) durchschnittlich ca. 0,48 Hektar für den Betrieb einer WEA gerodet werden müssen. Hiervon entfallen ca. 0,05 ha auf die Versiegelung für das Fundament. Während der Bauphase sind zusätzlich ca. 0,47 ha freizuhalten, die nach Abschluss der Bauphase dann wieder aufgeforstet werden (Fachagentur Wind an Land 2024: Entwicklung der Windenergie im Wald.- Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Forstflächen in den Bundesländern.- Analyse.- S. 15f). Für die Inanspruchnahme der Waldflächen besteht das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung.
lfd. Ident-Nr.: 414 Privat Stn-Id: 121	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 359 Auch die zu erwartende Lärmbelästigung, bei einem Abstand von nur 1000m bereitet mir große Sorgen. Die kontinuierlichen Geräusche der Windkraftanlagen können die Lebensqualität und den Schlaf der Anwohner beeinträchtigen.	Die Festlegung eines größeren Siedlungsabstandes (>1.000 m) im Plankonzept der genannten Teilfortschreibung und auf regionaler Planungsebene ist gem. § 249 Abs. 9 BauGB nicht möglich. Der wissenschaftliche Konsens weist auf, dass durch Windenergieanlagen mit Schutzabständen zur Wohnbebauung keine allgemeine Gesundheitsgefahr gegeben ist. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung des Schutzgutes Mensch, insbesondere der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			menschlichen Gesundheit, wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch auf. Die berücksichtigten Ausschluss- und Konfliktkriterien hinsichtlich des Schutzgutes Mensch sind angesichts der Maßgaben des § 2 EEG auf regionaler Planungsebene ausreichend. Des Weiteren werden potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen (wie z.B. Schallemissionen) durch rechtliche Regelungen eingegrenzt: Die von Windenergieanlagen ausgehenden Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Analgentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 414 Privat Stn-Id: 121	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 360 Ein weiterer kritischer Punkt ist der dadurch entstehende Wertverlust von Immobilien in der Umgebung, der für mich und andere betroffene Eigentümer erhebliche finanzielle Verluste bedeutet.	Die Teilfortschreibung dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Beurteilung des Immobilienwertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Wertminderungen durch Windenergieanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls, insbesondere im Falle eines tatsächlichen Verkaufs der Immobilie ab. Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass der Wert und die Preisentwicklung von Immobilien von ökonomischen und demografischen Einflüssen dominiert werden und nicht von Windenergieanlagen. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kaum möglich, den Anstieg oder den Rückgang des Verkehrswertes eines bebauten oder unbebauten Grundstücks auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen (s. Landtag von Baden-Württemberg (2019): Kleine Anfrage des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Wertminderung von Immobilien infolge von Windkraftanlagen II (Drucksache 16 / 5820), 26. Februar 2019, Stuttgart (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5820_D.pdf).Daher und wegen des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ist es aus Sicht des Regionalverbands weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen.
lfd. Ident-Nr.: 414 Privat Stn-Id: 121	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 361 Zuletzt möchte ich auf die Flächenausweisung für Windenergie in Baden-Württemberg hinweisen. Es ist wichtig, dass in konfliktbehafteten Gebieten nicht eine einzelne Fläche von 301,3 Hektar an einem Ort ausgewiesen wird. Eine gleichmäßige Verteilung ist entscheidend für eine ausgewogene Entwicklung. Das geplante Projekt in Unterschneidheim würde eine übermäßige Belastung für die Region darstellen und steht im Widerspruch zum Prinzip einer ausgewogenen Flächenverteilung.	In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt zudem für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen.
lfd. Ident-Nr.: 414 Privat Stn-Id: 121	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 362 Zudem wird die 10H-Regel in diesem Fall nicht eingehalten. Bei einem Umgebungsabstand von 1000 Metern geht man von Windrädern mit einer Nabenhöhe bis 165 Metern aus. In diesem Gebiet sollen jedoch Windräder mit einer Nabenhöhe von 200 Metern gebaut werden. Bei einer solchen Höhe ist ein Abstand von 2000 Metern angemessen, da Windräder mit einer Gesamthöhe von bis zu 300 Metern entstehen können Dieser Richtwert basiert auf wissenschaftlichen Erkenntnissen und praktischen Erfahrungen und wird in weiten Teilen Deutschlands eingehalten.	Die Anwendung der 10H-Regelung sowie die Festlegung von Siedlungsabständen >1.000m auf regionaler Ebene ist gem. § 249 Abs. 9 BauGB und aufgrund der Notwendigkeit einer einheitlichen gesamträumlichen Plankonzeption nicht möglich.
lfd. Ident-Nr.: 414 Privat Stn-Id: 121	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 363 Wenn man den Anteil der erzeugten erneuerbaren Energien im Verhältnis zur Gemeindefläche betrachtet, sieht man, dass die Bevölkerung bereits jetzt ihren Beitrag in hohem Maße leistet und eine weitere Belastung nicht zumutbar ist. Ich fordere den Regionalverband Ostwürttemberg auf, diese Bedenken ernst zu nehmen. Eine sorgfältige und partizipative Planung ist der	Die Anmerkungen werden zur Kenntnis genommen. Eine Verteilung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen anhand von Gemeindegrößen oder dem tatsächlichen Energieverbrauch (Verbrauchsschwerpunkte) wäre aus regionalplanerischer Sicht nicht sachgerecht. Denn die schrittweise Anwendung von Eignungs-, Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Schlüssel, um sowohl die Energiewende voranzutreiben als auch unsere Lebensqualität zu erhalten und unsere wertvollen natürlichen Ressourcen zu schützen.	prüfende Kriterien führt dazu, dass in der Region nur eine beschränkte Anzahl an Gebieten verbleibt, die sich als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen eignen. Würden sich die Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen vor allem an Gemeindegrößen und Verbrauchsschwerpunkten orientieren, ginge das nur über eine teilräumliche Relativierung bzw. Nichtanwendung der vorhandenen Ausschluss- und Eignungskriterien. Teilräumlich würden nur Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden können, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Darüber hinaus wird auf die Abwägung zur BE ID 361 dieser Stellungnahme hingewiesen.
lfd. Ident-Nr.: 415 Privat Stn-Id: 124		BE-ID: 380 als naturverbundene Bürgerin von Bartholomä ist es mir ein großes Anliegen, mich hier aktiv zu beteiligen und Stellung zu der geplanten Erweiterung der Windkraftanlagen rund um unser Dorf zu nehmen. Ich hatte das Glück in Bartholomä aufzuwachsen und eine Kindheit in Mitten wunderschöner Natur zu verbringen. Ich lebe nun seit über 30 Jahren in Bartholomä und genieße noch immer die Natur rund um unser Dorf am Rande des Himmels. Bartholomä ist umrundet von riesigen, vielfältigen und artenreichen Wäldern, Naturschutzgebieten und einzigartigen Flecken Natur (Weiherwiesen, Rosenstein, Rauhe Wiese, Felsenmeer Wental, Falkenhöhle, usw.) und daher ein staatlich anerkannter Erholungsort. Ich habe mich bei einer Infoveranstaltung zu den geplanten Teilfortschreibungen der Windkraftanlagen informiert und war entsetzt. Es ist in Planung, dass nahezu in jeder Himmelsrichtung um Bartholomä neue Windräder entstehen sollen und dass nahezu jedes noch zusammenhängende Waldgebiet durchlöchert werden soll. Wir haben bereits 5 Windräder in Richtung Lauterburg (Vorranggebiet 58), 19 Windräder in westlicher Blickrichtung (Vorranggebiet 61) und die Windräder bei Böhmenkirch (Vorranggebiet 62) in unmittelbarer Nähe. Die Blickrichtungen Heubach und Steinheim/Zang sind aktuell die einzigen noch "windradfreien" Sichtfelder am Horizont.	Die Informationen und Anmerkungen werden zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 415 Privat Stn-Id: 124		BE-ID: 381 Bereits jetzt gibt es keinen einzigen Tag, an dem alle Windräder in Betrieb sind. Ich habe fast täglich Videos gemacht, die zeigen, dass mindestens 4-5 der Windräder im Vorranggebiet 61 fast immer	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz -

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		stehen. Auch die Windräder bei Lauterburg sind trotz Wind nicht täglich alle in Betrieb. Wieso müssen also noch mehr Windräder dazugestellt werden, wenn schon jetzt nicht alle vorhandenen Ressourcen genutzt werden können? Außerdem stellt sich mir die Frage, wie dafür die Rodung der Wälder und die Zerstörung der Natur gerechtfertigt werden kann? Mir blutet das Herz, wenn ich an die Abholzung unzähliger Bäume denke.	EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Bei der Festlegung der Flächenziele hat der Gesetzgeber u.a. den Aspekt der Effizienzsteigerung in seine Gesamtbetrachtung des Strombedarfes einbezogen. Die Auslastung der Kapazitäten bereits bestehender Windenergieanlagen ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung. Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Prüfungsergebnisse des Umweltberichts wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			§2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt (vgl. auch Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff.).
lfd. Ident-Nr.: 415 Privat Stn-Id: 124		BE-ID: 382 Außerdem frage ich mich, welchen Erholungswert unser Dorf dann umzingelt von Windrädern noch hat?	Durch die Errichtung von Windenergieanlagen im Freiraum kann ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen - wie bspw. des in der Stellungnahme genannten Erholungswertes - entstehen. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 415 Privat Stn-Id: 124		BE-ID: 383 Ganz unabhängig von meinem persönlichen Befinden, stellt sich mir die Frage, ob die geplanten Windkraftanlagen so viel "grünen" Strom produzieren können, dass diese weitreichende Zerstörung der Wälder gerechtfertigt werden kann. Es ist ja nicht nur der Platz für das Windrad selbst, der gerodet werden muss. Für die bestehenden Anlagen im Waldgebiet zwischen Falkenberg und Schöner Berg mussten autobahnähnliche Schneisen durch den Wald gezogen werden, um den Bau der Windräder zu ermöglichen. Ein Netzwerk aus Wegen und Straßen, das ein riesiges zusammenhängendes Waldgebiet bereits jetzt enorm beschädigt hat. Ich denke hierbei nicht nur an die Abholzung der Bäume (die noch immer unsere wichtigsten Helfer sind, das von Menschenhand produzierte CO2 wieder aus unserer Umwelt zu filtern), sondern ich denke auch an unsere heimischen Wildtiere und dutzende verschiedene Vogelarten, deren Lebensräume zerstört werden. Wofür? Dafür, dass noch mehr Windräder neben den anderen stehen, die dann auch nicht in Betrieb sind?	Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Im Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 sind ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Auf das Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff. wird hingewiesen. Gemäß Fachagentur Wind an Land zeigen aktuelle Erhebungen, dass für die Dauer des Betriebes von Windenergieanlagen (WEA) durchschnittlich ca. 0,48 Hektar für den Betrieb einer WEA gerodet werden müssen. Hiervon entfallen ca. 0,05 ha auf die Versiegelung für das Fundament. Während der Bauphase sind zusätzlich ca. 0,47 ha freizuhalten, die nach Abschluss der Bauphase dann wieder aufgeforstet werden (Fachagentur Wind an Land 2024: Entwicklung der Windenergie im Wald.- Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Forstflächen in den Bundesländern.- Analyse.- S. 15f). Für die Inanspruchnahme der Waldflächen besteht das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung. Hinweis zur CO2-Bilanz von Windenergieanlagen: 0,4 bis 0,5 ha Wald nimmt rund 2,2 bis 2,75 Tonnen CO2 pro Jahr auf (Umweltbundesamt 2021a/b: 2). Dagegen steht die jährliche CO2-Vermeidung einer Windenergieanlage von 4.200 Tonnen. Die CO2-Einsparung durch Windenergieanlagen ist somit um ein Vielfaches höher (Umweltbundesamt 2021a: 2). Quellen: Umweltbundesamt 2021a: Themenpapier.- Windenergie im Wald; Umweltbundesamt 2021b: Themenpapier.- Ökobilanz der Windenergieanlagen an Land
lfd. Ident-Nr.: 415 Privat Stn-Id: 124		BE-ID: 384 Die Vorhaben der Regionalverbände hinsichtlich dieser Erweiterungen der Windkraftanlagen sind lediglich ein Zeichen dafür, dass es der Politik nicht um Klimaschutz, geschweige denn Umweltschutz geht, sondern ausschließlich um die Erfüllung willkürlich gesteckter Ziele und den eigenen Profit. Die Rodung solcher großen Waldgebiete kann Nichts mit dem Umweltschutz zu tun haben. Auf das umweltschädliche Treibhausgas Schwefelhexafluorid, welches als Betriebsmittel in Windkraftanlagen eingesetzt wird gehe ich gar nicht erst ein (um den Rahmen nicht zu sprengen...). Ich bin nicht grundsätzlich gegen die Energiewende und mir ist durchaus bewusst, dass es unsere Pflicht ist uns für die Umwelt einzusetzen und unseren Energieverbrauch ökologisch nachhaltiger zu gestalten. Aber: Ich bin als Bürgerin von Bartholomä nicht bereit, diese Vorhaben der Regionalverbände auf meinen Schultern zu tragen und unsere Natur und die Wälder um Bartholomä für den grünen Wahnsinn der Politik und die Kassen der Landkreise zu opfern. Diese Meinung vertreten außerdem dutzende andere Mitbürger und Mitbürgerinnen.	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg). Die gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Für eine zukunftsfähige Energieversorgung sind die erneuerbaren Energien der zentrale Baustein. 2 % der Regionsfläche sollen laut Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen und Windenergie an Land gesichert werden – davon nach den Vorgaben des Bundes 1,8 % für die Windenergie an Land. Die vorliegende Planung setzt diese Vorgaben hinsichtlich Windenergie um. Die Transformation und damit die Gestaltung der Energiewende sowie die grundsätzliche Betrachtungen über die Ausgestaltung des Strommarktes und finanzieller Anreize sind dabei nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung Windenergie 2025. Sie obliegt insbesondere dem jeweiligen Gesetzgeber auf europäischer, bundesdeutscher und landesweiter Ebene, der den entsprechenden gesetzlichen Rahmen setzt. Das angesprochene Thema Schwefelhexafluorid ist nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern bezieht sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Fragen der verwendeten

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Baustoffe und Betriebsmittel werden im Vorhabenzulassungsverfahren für die konkret beabsichtigten Anlagen geprüft und nachgewiesen und ggfls. werden Auflagen festgesetzt. Hinsichtlich der genannten Aspekte zum Eingriff in den Wald und die Natur wird auf die Abwägung zur BE ID 383 dieser Stellungnahme verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 415 Privat Stn-Id: 124		BE-ID: 385 Ich fordere Sie daher dazu auf, die Kriterien Überlastungsschutz für Bartholomä und Abstand zu bestehenden Naturschutzgebieten und Wohngebäuden nochmals zu überprüfen. Insbesondere: Abstand Vorranggebiet 58 zum Naturschutzgebiet Weiherwiesen Abstand Vorranggebiet 58 zum Neubaugebiet Bartholomä und zu Birkenteich Vorranggebiet 58 gilt außerdem als wichtige Flugstrecke von Zugvögeln und ist Teil des Landeanflugs auf den Segelflugplatz Amalienhof Abstand Vorranggebiet 62 zu Natur- und Vogelschutzgebiet Kollmannswald/Gnannenweiler Abstand Vorranggebiet 59 & 60 zum Vogel- und Landschaftsschutzgebiet Rosenstein Abstand Vorranggebiet 61 zum Naturschutzgebiet Kaltes Feld mit Hornberg, Galgenberg und Eierberg	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Die Überlastung von Teilräumen kann abschließend erst bei fortgeschrittenem Planungskonzept bewertet werden, was in der Region Ostwürttemberg nach Abschluss der 1. Anhörung der Fall ist. Im Rahmen der Überarbeitung des Planungskonzeptes wurde das genannte Modell zur Bewertung möglicher Überlastungen angewendet und der Raum Bartholomä dezidiert geprüft. Gemäß des Prüf- und Bewertungsmodells liegt für den Bereich Bartholomä selbst bei Einbeziehung der Planungen der Nachbarregion Verband Region Stuttgart keine faktische Überlastungssituation vor. Der Regionalverband erkennt jedoch die potenzielle Belastung in dieser Raumschaft. In Verbindung mit anderen Abwägungsbelangen und u.a. um die Raumschaft im Grenzbereich zu entlasten, wird das Vorranggebiet 61 "Erweiterung Falkenberg" im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weitergeführt. Die Umgebungsabstände zu unterschiedlichsten Bereichen (u.a. Siedlungsbereiche, Naturschutzgebiete, Natura2000-Gebiete, etc.) wurden vom demokratisch gewählten Gremium des Regionalverbandes - der Verbandsversammlung - diskutiert. Der Kriterienkatalog als Teil des Plankonzeptes der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wurde am 15.12.2023 in öffentlicher Sitzung mehrheitlich beschlossen und fand bei der Ermittlung und Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen - so auch bei den in der Stellungnahme angeführten Gebieten - im Rahmen der vorliegenden Teilfortschreibung Anwendung. Weiterhin ist z.B. die Festlegung eines größeren Siedlungsabstandes (>1.000 m) im Plankonzept der genannten Teilfortschreibung und auf regionaler Planungsebene gem. § 249 Abs. 9 BauGB nicht möglich. Zu Landschaftsschutzgebieten ist kein Umgebungsabstand angesetzt. Diese

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Gebiete sind als im Einzelfall zu prüfende Kriterien im Plankonzept berücksichtigt. Landschaftsschutzgebiete sind nach Anwendung des §26 (3) BNatSchG derzeit grundsätzlich für die Windenergienutzung geöffnet. Eine Ausnahme hiervon besteht nur, wenn die Windenergiestandorte in Natura2000-Gebieten oder Weltkulturerbestätten […] liegen würden. Für die Errichtung und Betrieb von im Übrigen zulässigen Windenergieanlagen und mit Nebenanlagen ist dann keine Ausnahme oder Befreiung von der Erklärung zur Unterschutzstellung erforderlich, selbst wenn diese entgegenstehende Bestimmungen enthält. Im Rahmen der Einzelfallprüfung wurde die Betroffenheit der jeweiligen Landschaftsschutzgebiete geprüft. Hinsichtlich des tangierten Landschaftsschutzgebietes "Kaltes Feld bis Rosenstein“ (Angaben in LUBW-Gebietssteckbrief: LSG-Nr. 1.36.021, Verordnung vom 04.11.1974 in der derzeit gültigen Fassung) wird mit § 2 EEG – dem überragenden öffentlichen Interesse der Erneuerbaren Energien – und der grundsätzlichen Öffnung der Landschaftsschutzgebiete nach § 26 (3) BNatSchG der Nutzung der Windenergie im Rahmen der Gesamtabwägung der Gebietskulisse der Teilfortschreibung Windenergie 2025 durch Festlegung der Vorranggebiete 59 „Utzenberg“ und 60 „Rechberger Buch“ der Vorrang eingeräumt. Die Hinweise zum Vogelzug wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft und werden in den Umweltbericht aufgenommen. Ein Verdichtungsbereich Vogelzug kann ohne zusätzliche Daten oder Nachweise von behördlicher Seite nicht bestätigt werden. Der Anmerkung zum Anflug der Platzrunde Bartholomä-Amalienhof wird gefolgt. Das geplante Vorranggebiets 58 "Erweiterung Lauterburg" wird im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 angepasst. Durch die Anpassung der Gebietskulisse des 1. Anhörungsentwurfs wird ein potenzieller Konflikt mit der Strecke für Geradeaus- und Geradeausabflüge am Sonderlandeplatz Bartholomä-Amalienhof ausgeräumt. Auf die Stellungnahme der zuständigen Behörde - des Regierungspräsidiums Stuttgart (lfd. Ident-Nr. 187) wird hingewiesen.
lfd. Ident-Nr.: 416 Privat Stn-Id: 125	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 392 anbei erhalten Sie meine Anhörung zur Windenergie 2025 Regionalplan. Kurzfassung: Windenergie ja - Verteilung aber fair - wir in Ebnat leisten unseren Beitrag. Die Lösung kann nicht sein, dass durch die Ansiedelung der Firma Zeiss, die gesamte Energieerzeugung auf Gemarkung Ebnat, Niesitz stattfindet (Tübingen stellt die Windräder bei uns auf, wie kann das sein?)	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Persönlich leisten wir unseren individuellen Beitrag, in dem wir das Fünffache unseres Eigenbedarfs mit einer privaten PV-Anlage zur Einspeisung (unökonomisch) zur Verfügung stellen. Ebnat soll nicht nur wirtschaftlich, sondern auch als Lebensraum attraktiv bleiben. Durch die Ansiedelung der Firma Zeiss kann und soll Ebnat auch als Wohnort interessant bleiben. Ein Wachstum ist nur noch nach Süden/Westen möglich. Und dies bauen wir uns mit Windrädern zu?	Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Mit §§ 20 und 21 KlimaG hat die Landesregierung den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (1,8% Regionsfläche für Windenergie an Land und 0,2% Regionsfläche für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ziel dieser Teilfortschreibung ist die Umsetzung dieser gesetzlichen Vorgaben. Das verbindliche Teilflächenziel gemäß § 20 KlimaG BW gilt für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an diversen Eignungs-, Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen sowie der Verzicht auf bereits vorbelastete Gebiete / Bereiche in der Region nicht möglich. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen, -funktionen sowie deren Wechselwirkungen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehenden räumlichen Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Satz 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Der Regionalverband erkennt die Belastung des Raumes Ebnat. Aufgrund der Feststellung einer Überlastung von Niesitz wurde das Gebiet 53 gestrichen. Auch der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 wurde aufgrund Anregungen und Hinweisen im Rahmen der Anhörung (inkl.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Entlastung der Raumschaft) optimiert und zwei südliche Teilbereiche zurückgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 417 Privat Stn-Id: 126		BE-ID: 393 die Stellungnahme bezieht sich auf die Plangebiete 53 und 54, südlich und westliche von Ebnat/ Niesitz. Im vorgenannten Gebiet sind bereits zahlreiche Windkraftanlagen vorhanden, eine PV-Großanlage ist einhergehend mit der Industrieansiedlung der Firma Zeiss in Planung. Eine weitere Ausdehnung der schon bestehenden Windkraftanlagen würde die Bevölkerung der Dörfer Ebnat und Niesitz enorm belasten, die Häuser sind mit ihren Fensterfronten, Terrassen und Balkone jeweils Richtung Süden und Westen in der Regel ausgerichtet. Bereits jetzt ist das Landschaftsbild durch die vorhandenen Anlagen enorm beeinträchtigt, eine Ausdehnung der Anlagen und v.a. die Errichtung von Anlagen mit 200 m Nabenhöhe und teils lediglich 700 m Abstand zu Wohnbebauungen würde die Bevölkerung enorm beeinträchtigen und stößt nunmehr auf große Ablehnung. Gerade auch die Ausdehnung im Westen würde bei tiefstehender Sonne im Winter zu enormem Schattenwurf führen, ganz davon abgesehen, dass es auch Geräuschbelästigungen geben wird. Wobei dieses Gebiet bereits bei Westwind enorme Geräuschbeeinträchtigungen durch die BAB 7 hinnehmen muss. Hinzu kommt, dass die geplante Ansiedlung der Fa. Zeiss mit ca. 2500 Mitarbeitern zudem für weiteren Verkehrslärm sorgen wird. Weiter ist die Windhöffigkeit in diesen Gebieten nicht im geforderten Maße vorhanden, dies zeigt sich allein schon jetzt bei einem Blick aus dem Fenster, da die bereits vorhandenen Windkraftanlagen sehr oft nicht in Betrieb sind.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 und 21 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt zudem für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten. Dennoch wurde zur Vermeidung einer räumlichen Umfassung (Umzingelung) die Umfassungswirkung durch Windenergieanlagen betrachtet. Diese ist für die Regionalplanung ein abwägungsrelevanter Belang, der über die visuelle Wahrnehmung der Anlagen definiert wird. Der freie Blick in die Landschaft wird dabei über Freihaltekorridore oder -bereiche gesichert. Die Vorgehensweise ist in der Begründung dokumentiert. Bezüglich einer optisch bedrängenden Wirkung gilt seit dem 01.02.2023 § 249 Abs. 10 BauGB, wonach der öffentliche Belang einer optisch bedrängenden Wirkung einem Windenergievorhaben in der Regel nicht entgegensteht, wenn der Abstand von der Mitte des Mastfußes der Windenergieanlage bis zu einer zulässigen baulichen Nutzung zu Wohnzwecken mindestens der zweifachen Gesamthöhe der Windenergieanlage entspricht. Der schließlich beschlossene § 249 Abs. 10 BauGB verringert den bislang in der Rechtsprechung anerkannten Abstandwert von 3 H auf 2 H, denn nunmehr führt bereits das Einhalten der zweifachen Gesamthöhe als Abstandswert „in der Regel“ dazu, dass sich die WEA nicht als optisch bedrängend darstellt. Damit ist mit dem im Plankonzept festgesetzten Umgebungsabstand von 1.000 m zu Wohngebieten u.ä. auch bezüglich der optisch bedrängenden Wirkung den rechtlichen Vorgaben Folge geleistet. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Auch die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Weitergehende Forderungen nach dem Erhalt einer objektiv vorhandenen oder subjektiv wahrgenommenen Wohn- und Lebensqualität gehen über den gesetzlichen Immissionsschutz- und den regionalplanerischen Vorsorgeanspruch hinaus. Die Beurteilung der Lebensqualität wird von verschiedenen Faktoren bestimmt, z.B. dem materiellen Lebensstandard, der Bildung, den Berufschancen, dem sozialen Status, der Gesundheit, der den Wohnort umgebenden Natur. Die Gewichtung dieser Faktoren ist subjektiv und kann sich von Person zu Person stark unterscheiden. Windenergieanlagen können einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und -unabhängigkeit Deutschlands leisten und damit mittelbar zum Erhalt der Lebensqualität beitragen bzw. Beeinträchtigungen der Lebensqualität vermeiden. Je nach Einstellung des Individuums zum Thema Windenergienutzung kann die Sicherung der Vorranggebiete für Windenergie im räumlichen Umfeld zum eigenen Wohnort daher ebenso positiv wie negativ zur Wohn- und Lebensqualität beitragen. Fragen zur Wohn- und Lebensqualität von Einzelpersonen können auf regionalplanerischer Ebene daher weder beeinflusst noch beurteilt werden und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Die Teilfortschreibung dient der Flächensicherung für die Windenergienutzung gemäß dem gesetzlichen Planungsauftrag.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Aufgrund verschiedener Anregungen und Hinweisen im Rahmen der 1. Anhörung (z.B. geringer Windhöffigkeit, Entlastung der Raumschaft, An- und Abflug des Flugplatzes Aalen-Elchingen), wurde der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 optimiert und zwei südliche Teilbereiche zurückgenommen. Des Weiteren wurde das Vorranggebiet 53 aufgrund der Anwendung verschiedener Abwägungsbelange (u.a. Überlastung von Niesitz, Entlastung des Raums, An- und Abflug des Flugplatzes Aalen-Elchingen, geringe Windhöffigkeit) gestrichen. Dennoch wird das Vorranggebiet 54 "Ebnat" im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg in angepasster Form aufgrund mehrerer Eignungsfaktoren (Windnachweis, konkretes Umsetzungsinteresse, indirekte Erweiterung eines bestehende Vorranggebiet, bestehende Infrastruktur) weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 417 Privat Stn-Id: 126	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 394 Wichtige Wildtierkorridore, Schutzraum für Wildtiere und Naturschutzgebiete würden beeinträchtigt.	Wird nicht gefolgt Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Des Weiteren sind einige naturschutzfachliche Belange im Gebietssteckbrief für den angepassten Gebiet 54 als Hinweis auf Restriktionen und weitere zu prüfende Belange zur Berücksichtigung im nachgelagerten Verfahren aufgeführt.
lfd. Ident-Nr.: 417 Privat Stn-Id: 126	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 395 Auch würde ein einzigartiges, überregional sehr geschätztes Naherholungsgebiet vernichtet.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 417 Privat	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 396 In kultureller Hinsicht muss gesehen werden, dass die	Wird nicht gefolgt Die Wallfahrtstätte "Maria Eich" befindet sich außerhalb des Gebiets 54

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 126		Wallfahrtstätte "Maria Eich" sich mitten in diesen Gebieten befindet. Die Waldkapelle würde vollkommen ihren Charme verlieren, wenn sie sich plötzlich inmitten eines Windkraftparks befände. Diese Kulturstätte geht auf das Jahr 1686 zurück und erfreut sich großer Beliebtheit bei Besuchergruppen aus Nah und Fern. Hier wurde auch seit letztem Jahr ein sehr beliebter Krippenweg zur Waldkapelle in der Adventszeit geschaffen, auch verläuft hier ganzjährig der Trauerweg, Maja-Fischer-Hospiz.	sowie des Gebiets 53. Die Berücksichtigung der Belange des Denkmalschutzes auf Ebene der Regionalplanung entspricht der aktuellen, zuletzt zum 11. Februar 2023 geänderten Rechtslage nach dem Denkmalschutzgesetz BW. Der sogenannte Umgebungsschutz (vgl. § 15 DSchG) ist danach für die in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmalen zu berücksichtigen. Der Regionalverband Ostwürttemberg hat in enger Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege (Regierungspräsidium Stuttgart, Abteilung 8) die in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmale innerhalb sowie im Grenzbereich der Region eingehend geprüft. Das Landesamt für Denkmalpflege bewertet die geplanten Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen 53 und 54 zum aktuellen Verfahrensstand als nicht kritisch.
lfd. Ident-Nr.: 417 Privat Stn-Id: 126	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2197 Ich bitte Sie, diese Punkte in Ihre Erwägungen zu berücksichtigen und bitte Sie im Ergebnis einen für die Windkraft geeigneteren Standort zu finden.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Aufgrund Anregungen und Hinweisen im Rahmen der Anhörung (z.B. geringer Windhöffigkeit, Entlastung der Raumschaft, An- und Abflug des Flugplatzes Aalen-Elchingen), wurde der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 optimiert und zwei südliche Teilbereiche zurückgenommen. Des Weiteren wurde das Vorranggebiet 53 aufgrund der Anwendung verschiedener Abwägungsbelange (u.a. Überlastung von Niesitz, Entlastung des Raums, An- und Abflug des Flugplatzes Aalen-Elchingen, geringe Windhöffigkeit) gestrichen. Dennoch wird das Vorranggebiet 54 "Ebnat" im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg in angepasster Form aufgrund mehrerer Eignungsfaktoren (Windnachweis, konkretes Umsetzungsinteresse, indirekte Erweiterung eines bestehende Vorranggebiet, bestehende Infrastruktur) weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 419 Privat Stn-Id: 130		BE-ID: 2140 herzlichen Dank, dass Sie der Öffentlichkeit die Möglichkeit geben, eine Stellungnahme zu den Planungsverfahren der Teilfortschreibung Windenergie 2025 einzureichen. Dies gibt uns die Gelegenheit, aufzuzeigen, dass die angedachte Erweiterung des bestehenden Windenergieparks, insbesondere im Planungsverfahren 54 innerhalb des Vorranggebiets 26 (Gebiet südwestlich von Niesitz und Ebnat, Ostalbkreis), auf Skepsis, Kritik und Ablehnung durch uns und andere ortsansässige Personen stößt. Entsprechend haben wir auch damit begonnen, uns als Bürgerinitiative zu organisieren. Im Anhang finden Sie 3 PDF-Dateien: 1) Ausführliche Stellungnahme Textteil 2) Anlage 2 - Illustrationen 3) Anlage 3 - Tabellarische Themenübersicht	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Zu den von Ihnen erwähnten Anregungen werden nachfolgend nähere Erläuterungen gegeben. Vorab: Der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 wird aufgrund von Anregungen im Rahmen der 1. Anhörung angepasst: Zwei südliche Teilbereiche des Vorranggebietes 54 "Ebnat" werden aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange (z.B. Entlastung der Raumschaft, An- und Abflug des Flugplatzes Aalen-Elchingen, Windhöffigkeit) zurückgenommen. Des Weiteren werden die Vorranggebiete 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" und 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat", die in der angesprochenen Raumschaft liegen, aufgrund der Anwendung verschiedener Abwägungsbelange (u.a. Überlastung und Entlastung des Raums, An- und Abflug des Flugplatzes Aalen-Elchingen etc.) im 2. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weiterverfolgt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Wir bedanken uns für eine sorgfältige Erwägung der vorgebrachten Einwände und freuen uns auf eine weitere Beteiligung der Bürgerinitiative sowie der Bürgerschaft von Ebnat und Niesitz im laufenden Verfahren.	
lfd. Ident-Nr.: 419 Privat Stn-Id: 130		BE-ID: 2141 herzlichen Dank, dass Sie der Öffentlichkeit die Möglichkeit geben, eine Stellungnahme zu den Planungsverfahren der Teilfortschreibung Windenergie 2025 einzureichen. Dies gibt uns die Gelegenheit, aufzuzeigen, dass die angedachte Erweiterung des bestehenden Windenergieparks, insbesondere im Planungsverfahren 54 innerhalb des Vorranggebiets 26 (Gebiet südwestlich von Niesitz und Ebnat, Ostalbkreis), auf Skepsis, Kritik und Ablehnung durch uns und andere ortsansässige Personen stößt. Entsprechend haben wir auch damit begonnen, uns als Bürgerinitiative zu organisieren. Bereits die vielen, seit 2016 in unserer Nähe betriebenen Anlagen verursachen bedeutsame Belastungen, u.a. durch das gestörte Landschaftsbild, das von den Windrädern schon heute dominiert und zerschnitten wird, die den einzigartigen, natürlichen Charakter des Gebiets verzerren und den Wert als erlebbaren Erholungsraum schmälern. Schon diese bestehenden Anlagen verursachen erhebliche Geräuschimmissionen, die bei entsprechender Windrichtung schon am Tage in Niesitz und Umgebung deutlich wahrnehmbar sind. Selbiges gilt für die erhebliche Anzahl rot leuchtender oder blinkender Befeuerungen, die den natürlichen Nachthimmel weithin sichtbar verfremden. Dass die schon seit Mitte 2017 regulatorisch zulässige und ab 1.1.2025 verpflichtende „bedarfsgerechte Nachtkennzeichnung“ (BNK) im bestehenden Windpark leider erst vor wenigen Tagen initial in Betrieb genommen wurde, zeigt uns, dass den Betreibern nicht das Wohl der Anwohner und eine naturverträgliche Umstellung auf erneuerbare Energien, sondern lediglich der gewinnmaximierte Betrieb der Anlagen wichtig ist. Als in Ebnat lebende Bürgerinnen und Bürger bringen wir also zum Ausdruck, dass wir durch den in unserer unmittelbaren Nähe betriebenen großen Windpark schon seit Jahren Belastungen erdulden. Wir haben dabei bisher stets konstruktiv alle Bestrebungen für nachhaltige Energiegewinnung – auch durch Windkraft – unterstützt, tolerieren bislang die Nachteile und leisten damit bereits einen bedeutsamen und in der Region klar überdurchschnittlichen Beitrag zur Energiewende. Ein erheblicher Teil der 2,5% Windkraftfläche, welche die Stadt Aalen in ihrem Gemeindegebiet ausweist, geht unmittelbar zu unseren Lasten!	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Anregungen und Kritik werden zur Kenntnis genommen. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg). In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden zwischen Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen und bspw. Wohngebieten Umgebungsabstände eingehalten, um den Menschen vor erheblichen, potenziell schädlichen Einflüssen zu schützen. Im nachfolgenden Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) wird die Einhaltung der Mindestabstände zu Siedlungsbereichen und der immissionsschutzrechtlichen Belange bei Vorliegen konkreter Anlagenstandorte geprüft. In diesem Rahmen werden potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen durch rechtliche Regelungen eingegrenzt. Dabei werden sowohl Schallemissionen als auch andere potenziell schädliche Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Weitergehende Forderungen nach dem Erhalt einer objektiv vorhandenen oder subjektiv wahrgenommenen Wohn- und Lebensqualität gehen über den gesetzlichen Immissionsschutz- und den regionalplanerischen Vorsorgeanspruch hinaus. Die Beurteilung der Lebensqualität wird von verschiedenen Faktoren bestimmt, z.B. dem materiellen Lebensstandard, der Bildung, den Berufschancen, dem sozialen Status, der Gesundheit, der den Wohnort umgebenden Natur. Die Gewichtung dieser Faktoren ist subjektiv und kann sich von Person zu Person stark unterscheiden. Auch die Wohnqualität kann mangels objektiver Maßstäbe nicht allgemeingültig definiert werden. Windenergieanlagen können einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und -unabhängigkeit Deutschlands leisten und damit mittelbar zum Erhalt der Lebensqualität beitragen bzw. Beeinträchtigungen der Lebensqualität vermeiden. Je nach Einstellung des Individuums zum Thema

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Viele Bewohner*innen von Niesitz und Ebnat haben auch selbst, aus fester ökologischer Überzeugung und trotz nicht immer klar gegebener Wirtschaftlichkeit, in private Photovoltaik- und Solarthermieanlagen oder in Niesitz auch in einen Anschluss an das örtliche Biogas-Wärmenetz investiert. Wir leisten bereits unseren Beitrag und halten uns keineswegs schadlos.	Windenergienutzung kann die Sicherung der Vorranggebiete für Windenergie im räumlichen Umfeld zum eigenen Wohnort daher ebenso positiv wie negativ zur Wohn- und Lebensqualität beitragen. Fragen zur Wohn- und Lebensqualität von Einzelpersonen können auf regionalplanerischer Ebene daher weder beeinflusst noch beurteilt werden und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Die Teilfortschreibung dient der Flächensicherung für die Windenergienutzung gemäß dem gesetzlichen Planungsauftrag. Darüber hinaus gilt das verbindliche Teilflächenziel gemäß § 20 KlimaG BW für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an diversen Eignungs-, Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen sowie der Verzicht auf bereits vorbelastete Gebiete / Bereiche in der Region nicht möglich. Der Regionalverband erkennt die Belastung des Raumes Ebnat. In Verbindung mit anderen im Rahmen der 1. Anhörung eingebrachten Belangen wird die Gebietskulisse zur 2. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 überarbeitet.
lfd. Ident-Nr.: 419 Privat Stn-Id: 130		BE-ID: 2142 Als unmittelbar Betroffene haben wir aus den gemachten, realen Erfahrungen mit den bestehenden Windkraftanlagen eine hochkritische Haltung gegenüber einer weiteren Zunahme von Belastungen, die durch eine Erweiterung des Windparks mit vermutlich noch erheblich höher aufragenden Anlagen entstehen würden. Diese Haltung wurde auch gegenüber lokalen Bürgervertretern ausgesprochen und dies wird auch weiterhin mit Nachdruck geschehen. Besonders kritisch sehen wir die geplante Erweiterung des	Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Der Teilfortschreibung Windenergie 2025 liegt ein nach den gesetzlichen Vorgaben und dem anerkannten Stand der Wissenschaft und Technik erarbeitetes Planungskonzept zugrunde. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Windparks im Westen des Siedlungsgebiets von Niesitz und Ebnat. Diese würde ganzjährig zu Schattenschlag bei tiefstehender Sonne führen, was einen Großteil des gesamten Siedlungsgebiets betreffen würde. Zudem würde die nächtliche Ruhe im gesamten Siedlungsgebiet empfindlich beeinträchtigt, was sich negativ auf die Erholungs-, Schlaf- und Lebensqualität der Menschen in den angrenzenden Ortschaften auswirken würde.	-funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehenden räumlichen Nutzungsansprüchen bzw. -interessen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Der wissenschaftliche Konsens weist auf, dass durch Windenergieanlagen mit Schutzabständen zur Wohnbebauung keine allgemeine Gesundheitsgefahr gegeben ist. Zudem ist gem. § 8 ROG sowie § 2a LplG bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung des Schutzgutes Mensch, insbesondere der menschlichen Gesundheit, wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch auf. Die berücksichtigten Ausschluss- und Konfliktkriterien hinsichtlich des Schutzgutes Mensch sind angesichts der Maßgaben des § 2 EEG auf regionaler Planungsebene ausreichend. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen - wie der angesprochene Schlagschatten - werden durch rechtliche Regelungen eingegrenzt und im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) detailliert geprüft. Dabei werden sowohl Schallemissionen als auch andere potenziell schädliche Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 419 Privat Stn-Id: 130		BE-ID: 2143 Der Ortschaftsrat Ebnat hat sich schon zuvor in einer nichtöffentlichen Sitzung am 29. Februar 2024 klar gegen den	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz-

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Ausbau der Windkraft bei Niesitz und Ebnat ausgesprochen. Bürgerinnen und Bürger der Teilorte und Stadtbezirke zählen darauf, dass ein Beschluss ihrer gewählten Vertreter als Teil der politischen Willensbildung entsprechendes Gewicht hat! Der Stadt Aalen ist die Beschlussfassung des Ortschaftsrates natürlich bekannt und die Einwände sind in der öffentlich einsehbaren Sitzungsvorlage 6124/013 auch teilweise dargelegt. Hingewiesen ist dabei u.a. auch explizit auf den Naturraum südlich von Ebnat mit seinem hohen Stellenwert für die Naherholung.	und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die Planungsverfahren der Regionalplanung sind transparent und demokratisch legitimiert. Teil des Verfahrens ist eine Beteiligung der Öffentlichkeit. Die prozeduralen und inhaltlichen Entscheidungen, von der Einleitung des Verfahrens bis hin zum Satzungsbeschluss des endgültigen Plans, treffen die Verbandsversammlungen. In der kommunal verfassten Regionalplanung in Baden-Württemberg sind die Entscheidungstragenden somit Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus der Region. Anregungen und Bedenken wurden gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen einbezogen, wobei nach § 2 Satz 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz 2023 der Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt. Selbstverständlich können in der Abwägung zwischen unterschiedlichen Interessen nicht immer konsensuale Lösungen gefunden werden. Die Auswahl der Gebiete wurde unter der Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten wie u.A. Topografie, Siedlungsstruktur, Artenvorkommen und Schutzgebietskulisse getroffen. Die Einwände des Ortschaftsrats Ebnat durch die Beschlussfassung am 29. Februar 2024 wurden uns im Rahmen der Anhörung vorgelegt und die Hinweise gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen einbezogen. Die betreffenden Vorranggebiet werden nach Abwägung aller Belange entsprechend angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 419 Privat Stn-Id: 130		BE-ID: 2144 Überdies geben wir zur Beachtung, dass es im unmittelbaren Umfeld von Niesitz und Ebnat bereits Lastkollektive gibt, die das Landschaftsbild deutlich negativ prägen, mit multiplen Immissionen auf Mensch und Natur wirken und den siedlungsnahen Erholungsraum beeinträchtigen. Zu nennen sind u.a. die bestehende 380kV-Hochspannungsleitung, der Verkehrslandeplatz Aalen-Elchingen (EDPA) mit regelmäßigem Sport-Flugverkehr über Niesitz und Ebnat, die Autobahn A7 mit Anschlussstelle und zukünftig auch die geplante Groß-Photovoltaikanlage mit 42 ha Fläche samt Umspannwerk bei Niesitz/Diepertsbuch. Die bevorstehende, umfangreiche Ansiedelung der Firma Carl Zeiss im Norden von Ebnat wird im Laufe der kommenden Jahre einen erheblichen Flächenverbrauch und deutlich intensivierten PKW- und LKW-Verkehr mit allen einhergehenden Belastungen mit sich bringen. Die Ansiedlung wird auch nicht von allen Teilen der Bevölkerung uneingeschränkt positiv gesehen und die Auswirkungen auf den dörflichen Charakter werden – auch unabhängig von einer Erweiterung des Windparks – durchaus kontrovers diskutiert.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die aufgeführten Aspekte werden zur Kenntnis genommen. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Auch die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfergebnisse werden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Die betreffenden Vorranggebiet werden nach Abwägung aller Belange entsprechend angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 419 Privat Stn-Id: 130		BE-ID: 2145 Wir möchten an dieser Stelle nicht auf die unmittelbaren technischen Risiken des Betriebs von Windkraftanlagen eingehen (Brand, Eiswurf, etc.), da diese standortunabhängig, allgemein bekannt und vielfach diskutiert sind. Konkreter zu hinterfragen ist jedoch in diesem Planungsverfahren, welche Abstände zum Verkehrslandeplatz EDPA und zu überflogenen Gebieten vorzusehen sind, um einen sicheren Betrieb zu ermöglichen. Wir stellen uns die Frage, ob durch die turbulente Nachlaufströmung zusätzlicher und größerer Windkraftanlagen eine Risikozunahme für die häufig im Luftraum über Niesitz und Ebnat fliegenden Motor- und Segelflugzeuge des Luftsportrings Aalen einhergeht – mit Auswirkung auf die Unfallwahrscheinlichkeit über bebautem Gebiet.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Der wissenschaftliche Konsens weist auf, dass durch Windenergieanlagen mit Schutzabständen zur Wohnbebauung keine allgemeine Gesundheitsgefahr gegeben ist. Zum konkreten Belang der Flugsicherheit wurden im Rahmen der Anhörung Hinweisen der Luftfahrtbehörde sowie des Luftsportrings entsprechend abgewogen. Demzufolge werden der südliche Bereich geplanten Vorranggebiets 54 "Ebnat" sowie Gebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Zusätzlich wird im Gebietssteckbrief zum angepassten Gebiet 54 folgender Hinweis aufgenommen: "Der südliche Bereich des Gebiets befindet sich im Geradeausan- und -abflugbereich des Verkehrslandeplatzes Aalen-Elchingen. Die Zustimmung zu Windenergieanlagen in diesem Bereich ist eine Einzelfallentscheidung der Luftfahrtbehörde, voraussichtlich ist die Erstellung eines luftfahrtrechtlichen Gutachtens erforderlich. Eine frühzeitige Abstimmung mit der Luftfahrtbehörde wird empfohlen."
lfd. Ident-Nr.: 419 Privat Stn-Id: 130		BE-ID: 2146 Neben der Sorge hinsichtlich weiterer Einschränkungen der unmittelbaren, eigenen, tagtäglichen Lebensqualität im Siedlungsraum bestehen auch große Befürchtungen bezüglich weiterer Beeinträchtigung von Natur- und Kulturdenkmälern, die für uns von großer Bedeutung sind. Die Errichtung weiterer Windkraftanlagen würde die Gegebenheiten irreversibel zum Schlechten hin verändern und ihrer historischen und identitätsstiftenden Bedeutung erheblich schaden. Diese Situation ist den lokalen politischen Vertreter*innen und den an einer Erweiterung interessierten Unternehmen bekannt und ist auch in den Unterlagen des Regionalverbands beschrieben.	Die Anregungen werden zur Kenntnis genommen. In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden zwischen Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen und bspw. Wohngebieten Umgebungsabstände eingehalten, um den Menschen vor erheblichen, potenziell schädlichen Einflüssen zu schützen. Im nachfolgenden Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) wird die Einhaltung der Mindestabstände zu Siedlungsbereichen und der immissionsschutzrechtlichen Belange bei Vorliegen konkreter Anlagenstandorte geprüft. Weitergehende Forderungen nach dem Erhalt einer objektiv vorhandenen oder subjektiv wahrgenommenen Wohn- und Lebensqualität gehen über den gesetzlichen Immissionsschutz- und den regionalplanerischen Vorsorgeanspruch hinaus. Die Beurteilung der Lebensqualität wird von verschiedenen Faktoren bestimmt, z.B. dem materiellen Lebensstandard, der Bildung, den Berufschancen, dem sozialen Status, der Gesundheit, der den Wohnort umgebenden Natur. Die Gewichtung dieser Faktoren ist subjektiv und kann sich von Person zu Person stark unterscheiden. Auch die Wohnqualität kann mangels objektiver Maßstäbe nicht allgemeingültig definiert werden. Windenergieanlagen können einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und -unabhängigkeit Deutschlands leisten und damit mittelbar zum Erhalt der Lebensqualität beitragen bzw. Beeinträchtigungen der Lebensqualität vermeiden. Je nach Einstellung des Individuums zum Thema Windenergienutzung kann die Sicherung der Vorranggebiete für

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Windenergie im räumlichen Umfeld zum eigenen Wohnort daher ebenso positiv wie negativ zur Wohn- und Lebensqualität beitragen. Fragen zur Wohn- und Lebensqualität von Einzelpersonen können auf regionalplanerischer Ebene daher weder beeinflusst noch beurteilt werden und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Die Teilfortschreibung dient der Flächensicherung für die Windenergienutzung gemäß dem gesetzlichen Planungsauftrag. Hinsichtlich der genannten Natur- und Kulturdenkmäler wird darauf hingewiesen, dass der Regionalverband Ostwürttemberg in enger Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege (Regierungspräsidium Stuttgart, Abteilung 8) die in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmale innerhalb sowie im Grenzbereich der Region eingehend geprüft hat. Das Landesamt für Denkmalpflege bewertet die geplanten Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen im Bereich Ebnat (53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch", 54 "Ebnat" und 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat") zum aktuellen Verfahrensstand als nicht kritisch; insbesondere, da diese Vorranggebiete nicht in Prüfbereichen zu in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmalen liegen. Auf die in den Gebieten vorhandenen archäologischen Kulturdenkmale (z.B. Grabhügelfelder) wurde vom Landesamt für Denkmalpflege hingewiesen. Im Gebietssteckbrief zum Vorranggebiet 54 "Ebnat" wurde der Hinweis auf ein im Gebiet enthaltenes Denkmal unter "Hinweise auf Restriktionen und weitere zu prüfende Belange" zur Berücksichtigung im nachgelagerten Verfahren aufgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 419 Privat Stn-Id: 130		BE-ID: 2147 Ebenso kritisch sehen wir die Bedrohung von Biotopen und besonders schützenswerten Habitaten, die Lebensraum für zahlreiche Pflanzen- und Tierarten bieten. Erhebliche Flächenanteile sind als Waldbiotope oder naturnaher Wald gekennzeichnet. Es handelt sich überdies um ein nachgewiesenes Vogelzuggebiet und einen bedeutenden Lebensraum von u.a. Fledermaus, Waldschnepfe, Wespenbussard, Roter Milan, Turmfalke, Kornweihe und ist auch der einzige offene Wildtierkorridor zwischen Baden-Württemberg und Bayern. Eine weitere Beeinträchtigung dieser ökologisch sensiblen Bereiche birgt ein beachtliches Risiko für nachhaltige Biodiversität und das ökologische Gleichgewicht in der Region und darüber hinaus.	Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Des Weiteren sind einige naturschutzfachliche Belange im Gebietssteckbrief für den angepassten Gebiet 54 als Hinweis auf Restriktionen und weitere zu prüfende Belange zur Berücksichtigung im nachgelagerten Verfahren aufgeführt.
lfd. Ident-Nr.: 419 Privat Stn-Id: 130		BE-ID: 2148 Das zur Erweiterung diskutierte Gebiet ist daher vom Regionalverband Ostwürttemberg wenig überraschend bereits als sehr konfliktbehaftet identifiziert, was unsere kritische Haltung argumentativ untermauert. Es ergeben sich dann in der Gesamtbetrachtung auch grundsätzlichere Zweifel an einem Planungsverfahren, das sich trotz unauffälliger Windhöffigkeit des Gebietes und bekannter starker Konfliktbehaftung wiederum auf das nordwestliche Härtsfeld und insbesondere Niesitz und Ebnat konzentriert. Dass andere Gebiete der Flächenstadt Aalen faktisch ausgeklammert werden, bedingt eine zunehmend einseitige Lastverschiebung hin zu ohnehin schon stark beeinträchtigten Teilen der Bevölkerung, während andere offenbar geschont werden. Beim Ausbau der Windenergie ist auf Ausgewogenheit und gerechte Verteilung der Lasten in ganz Ostwürttemberg und im Stadtgebiet von Aalen zu achten. Eine wiederholte, einseitige Überbelastung einzelner Teilorte und Stadtbezirke ist nicht nachvollziehbar. Windkraft als Teil der Energiewende ist räumlich und zeitlich fair zu verteilen!	Wird zur Kenntnis genommen. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden,

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten. Hinsichtlich des Aspekts "Windhöffigkeit" ist für den Bereich Ebnat folgendes relevant: Wie bereits erwähnt, dient die Berücksichtigung der mittleren gekappten Windleistungsdichte bei den Planungskriterien der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Im Ergebnis stellt der Windatlas eine für die Region Ostwürttemberg durchschnittlich gute bis sehr gute Windleistungsdichten dar und bescheinigt ihr damit eine grundsätzliche Eignung für die Windenergienutzung. Vorranggebiet 54 "Ebnat" (sowie die umliegenden Gebiete 53 und 69), welches laut Windatlas einer geringeren Windhöffigkeit (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) unterliegt, befindet sich in der unmittelbaren Umgebung zum bestehenden Windpark Königsbronn / Ebnat. Da in diesem Bereich bereits Windenergieanlagen sowie die dazugehörige Infrastruktur vorhanden sind, wurde das Gebiet nicht pauschal für die Nutzung der Windenergie ausgeschlossen, sondern als Potenzialgebiet in die Gebietskulisse der ersten Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			2025 aufgenommen. Dem Regionalverband wurde für das Gebiet 54 "Ebnat" ein rechnerischer Nachweis vorgelegt, welcher eine höhere Windhöffigkeit belegt, als im Windatlas dargestellt ist. Dieser Nachweis ist als plausibel zu bewerten (positive Umsetzungsprognose), weshalb die benannte Fläche als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen weiterverfolgt werden kann. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen). Hinweis: Aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange werden im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 angepasst und die Vorranggebiete 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" und 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat" nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 419 Privat Stn-Id: 130		BE-ID: 2149 Wir, die in Niesitz und Ebnat lebenden Menschen, leisten seit Jahren einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende, vorauseilend und in positiver Grundhaltung. Wir lehnen aber die geplante Erweiterung des bestehenden Windparks südlich und westlich von Niesitz und Ebnat ab.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete - wie im Fall Ebnat - zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten. Das Vorranggebiet 54 "Ebnat" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 wird angepasst; und zwei südliche Teilbereiche aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange (inkl. Entlastung der Raumschaft, An- und Abflug des Flugplatzes Aalen-Elchingen, Windhöffigkeit) zurückgenommen. Die Vorranggebiete 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" und 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat" werden aufgrund diverser Abwägungsbelange im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weitergeführt. Durch die Anpassungen der Gebietskulisse zum 2. Anhörungsentwurf wird der genannte Bereich um Niesitz und Ebnat entlastet.
lfd. Ident-Nr.: 419 Privat Stn-Id: 130		BE-ID: 2150 Grundsätzlich erwarten Bürgerinnen und Bürger auch, dass sie aktiv, frühzeitig und transparent in Überlegungen und in Diskussionen zu konkreten Szenarien eingebunden werden. Dies gilt auch für die offenbar bereits im Detail zwischen den Unternehmen Carl Zeiss AG und Blauwald GmbH & Co. KG ausgearbeiteten und vereinbarten Umsetzungsplänen für Windkraftanlagen	Im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Teilregionalplans bestehen zahlreiche gesetzlich normierte Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit. Diese richten sich nach den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg (LplG). Die Frist zur Beteiligung der Öffentlichkeit ergibt sich aus § 9 Abs. 2 ROG i.V.m. § 12 Abs. 3 LplG: Sie beträgt i.d.R. einen Monat. Bei der Beteiligung ging der Regionalverband

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		südwestlich von Ebnat. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Berücksichtigung unserer Stellungnahme.	Ostwürttemberg zur Steigerung der Transparenz und zur Ermöglichung zusätzlicher Beteiligung über dieses gesetzlich geforderte Maß hinaus. Über ein eigens dafür eingerichtetes Online-Beteiligungstool war die Abgabe von Hinweisen, Anregungen und Änderungsvorschlägen auch digital möglich. Alle Beteiligungsmöglichkeiten wurden in den regionalen Medien und im Internet angekündigt. Die Verfahrensunterlagen waren während der Öffentlichkeitsbeteiligung zusätzlich auf der Internetseite des Regionalverbandes einsehbar. Zusätzlich zu den gesetzlich vorgesehenen Beteiligungsmöglichkeiten hat der Regionalverband Ostwürttemberg weitere Informations- und Beteiligungsangebote, z. B. ein Informationsangebot auf der Homepage und drei öffentliche Informationsveranstaltungen in der Region (Ellwangen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd) vor Beginn der ersten formellen Anhörung umgesetzt. Alle eingegangenen Anregungen und Hinweise wurden sorgfältig geprüft und abgewogen. Die Projektierung und Anlagenplanung sowie die hierbei notwendige Beteiligung der Öffentlichkeit im nachgelagerten Planungsprozess eines konkreten Vorhabens (Windenergieparkplanung) geht über den Regelungsgehalt der Regionalplanung hinaus.
lfd. Ident-Nr.: 423 Privat Stn-Id: 132	VRG 48 Erweiterung Waldhausen / Beuren	BE-ID: 424 1. Das Flächenziel von Baden - Württemberg für die Nutzung der erneuerbaren Energien legt fest, dass 1,8 % der Regionsfläche für die Windkraftnutzung auszuweisen sind. Im Jahre 2014 wurden bereits Vorrangflächen für die Windkraftnutzung festgesetzt. Zusammengenommen wurden 2014 ca. 3.223 ha Vorrangflächen festgesetzt. Bei der Gesamtfläche der Region Ostwürttemberg von ca.214.000 ha entspricht dies 1,5 % der Regionsfläche. Um das Vorgegebene Ziel zu erreichen würde die Ausweisung von zusätzlich ca.629 ha in der Region Ostwürttemberg ausreichen. Mit dem Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden nun weitere 4.457,86 ha Vorrangflächen Windenergie (dies allein entspricht 2,1 % der der Regionsfläche) angedacht. Zusammen mit den festgesetzten Vorrangflächen würden dann 3,6 % der Regionsfläche für Windenergie festgesetzt. Das entspricht dem doppelten des vom Land Baden -Württemberg vorgegebenen Zielwert. Möglicherweise ist es gerechtfertigt, dass der ländliche Raum bei dem Thema erneuerbaren Energien etwas mehr Verantwortung, gegenüber den Verdichtungsbereichen, die weniger können oder wollen, übernimmt.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 423 Privat Stn-Id: 132	VRG 48 Erweiterung Waldhausen / Beuren	BE-ID: 425 Jedoch vermisse ich im Gegenzug einen entsprechenden Ausgleich. Im Gegenteil wird der ländliche Raum mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien noch mit höheren Netzentgelten	Die Umsetzung der Energiewende ist gesellschaftspolitischer Konsens sowie Beschlusslage sowohl im Deutschen Bundestag als auch im Landtag von Baden-Württemberg. Sie hat überdies Eingang in zahlreiche europäische, nationale und landesgesetzliche Vorgaben gefunden. Die

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		„belohnt“.	vorliegende Planung setzt diese Vorgaben um. Grundsätzliche Betrachtungen über die Ausgestaltung des Strommarktes sowie finanzieller Anreize sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens, sondern wären im Zuge möglicher Gesetzesänderungen von den jeweiligen Gesetzgebern vorzunehmen.
lfd. Ident-Nr.: 423 Privat Stn-Id: 132	VRG 48 Erweiterung Waldhausen / Beuren	BE-ID: 427 2. Mit 671 ha stellt das bestehende Vorranggebiet für Windenergie Waldhausen/Beuren das größte zusammenhängende Vorranggebiet für Windenergie in der Region Ostwürttemberg dar. Mit der geplanten Erweiterung Waldhausen/Beuren sollen nochmals ca.416 ha hinzukommen. Auf die Gemarkung Lauchheim bezogen belegen die bestehenden Vorrangflächen für Windkraft jetzt schon 4,7 % der Gemarkungsfläche. Mit der geplanten Erweiterung (48/1, 48/2 und 48/3) würde die Vorrangflächen für Windkraft auf 14,6 % der Gemarkungsfläche von Lauchheim steigen. Das entspricht dem 8-fachen des vom Land geforderten Flächenziels.	In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten.
lfd. Ident-Nr.: 423 Privat Stn-Id: 132	VRG 48 Erweiterung Waldhausen / Beuren	BE-ID: 428 3. Insbesondere der Ortsteil Hülen ist von der bestehenden und geplanten Erweiterung der Windkraftanlegen betroffen. Die bestehenden Windkraftanlagen und Voranggebiet für Windkraft befinden sich im Süden und südöstlich des Ortes. Mit der geplanten Erweiterung sollen nun noch zusätzlich (ca. 366 ha Vorrangfläche) Windräder auf der Ostseite des Ortes und (ca. 40 ha Vorrangfläche) südlich des Ortes erfolgen. Zusätzlich rücken die Vorranggebiete näher an die Bebauung heran. Mit der geplanten Erweiterung wird der Ort mit Windkraftanlagen umringt wie kein anderer Ort in der Region. Den meist sind Wohnräume (und Terrassen) nach Süden ausgerichtet. Somit sind die Windräder ständig im Blickfeld und stören mehr als wenn sie sich auf der Nordseite eines Ortes befinden. Dies stellte eine besondere starke Beeinträchtigung dar.	Die im Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 festgelegten Siedlungsabstände berücksichtigen u.a. den öffentlichen Belang einer optisch bedrängenden Wirkung gem. § 249 Abs. 10 BauGB umfassend. Des Weiteren wurde das Kriterium "Überlastungsschutz" einschlägig geprüft. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Für den Ortsteil Hülen liegt keine Überlastungssituation vor. Allerdings wird das Vorranggebiet 48 aufgrund von anderen Anregungen zur 1. Anhörung angepasst/reduziert. Unter anderem entfallen Bereiche der Teilgebiete 48/1, 48/2 und 48/3 sowie das gesamte Teilgebiet 48/4. Das Vorranggebiet 48 "Erweiterung Waldhausen / Beuren" - in seiner zum 2. Anhörungsentwurf angepassten Gebietskulisse - ist für die Nutzung der Windenergie jedoch gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird.
lfd. Ident-Nr.: 423 Privat Stn-Id: 132	VRG 48 Erweiterung Waldhausen / Beuren	BE-ID: 429 Deshalb wird zum Schutz der Bevölkerung von Hülen, hier in diesem Fall gefordert, bei den Windkraftanlagen einen Mindestabstand von 1.500 m von jeglicher Bebauung festzulegen und die geplanten Erweiterungen der Vorranggebiete 48/1 und 48/2 ersatzlos zu streichen (siehe auch unter Punkt 9). (Neben dieser Beeinträchtigung hat Hülen noch im Westen die Autobahn A7 [Lärm] und oft den Umleitungsverkehr, wenn es Störungen auf der Autobahn gibt, als Last zu tragen).	Wird nicht gefolgt Die Festlegung eines größeren Siedlungsabstandes (>1.000 m) im Plankonzept der genannten Teilfortschreibung und auf regionaler Planungsebene ist gem. § 249 Abs. 9 BauGB nicht möglich. Weiterhin sind die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken sowie die Definition des Abstandes einzelner Windenergieanlagen zu Siedlungsbereichen nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Die in der Stellungnahme genannten Teilgebiete 48/1 und 48/2 werden aufgrund von anderen Abwägungsbelangen reduziert. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten.
lfd. Ident-Nr.: 423 Privat Stn-Id: 132	VRG 48 Erweiterung Waldhausen / Beuren	BE-ID: 430 4. Im Wald südlich von Hülen gibt es zwei ökologisch sehr wertvolle und bedeutsame Buchenwaldbestände. Diese ca. 180 Jahre alten Bestände beinhalten viele Habitatsbäume und Lebensräume für streng geschützte Tier- und Pflanzenarten. Einer dieser Bestände ist als Waldrefugium ausgewiesen (Schutzstatus vergleichbar Naturschutzgebiet). Diese sind unserer Meinung nach unbedingt zu erhalten. Durch den Bau von Windkraftanlagen in diesem Bereich würden diese Bestände unwiederbringlich zerstört werden.	Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Auf das Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff. wird hingewiesen. Die in der Stellungnahme genannten alten Waldbestände und Waldrefugien wurden in den Gebietssteckbriefen zum Vorranggebiet 48 im Textteil sowie im Umweltbericht zur Überprüfung und weiteren Berücksichtigung im nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren aufgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 423 Privat Stn-Id: 132	VRG 48 Erweiterung Waldhausen / Beuren	BE-ID: 431 5. Im Steinbruch Hülen brüten die nach EU-Recht streng geschützten Vogelarten Uhu, Wanderfalke und Kolkrabe. Aus artenschutzrechtlichen Gründen fordern wir um den Steinbruch eine Pufferzone von einem Kilometer Radius. Die Hauptvogelzugrichtung verläuft nach mehrfach örtlicher Beobachtung in Nordsüdrichtung an Schloss Kapfenburg vorbei. Dies ist bei der Festsetzung von Vorrangflächen für Windkraftanlagen zwingend zu beachten.	Die Informationen und Anmerkungen werden zur Kenntnis genommen. Der Forderung wird nicht gefolgt. Die landesweite Planungshilfe für die Regionalplanung zur Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung („Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ der LUBW, 2022) wurde bei der Konzepterstellung und Festlegung von Vorranggebieten im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt. Damit erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Das Vorranggebiet 48 "Waldhausen / Beuren" liegt nicht innerhalb von Schwerpunktvorkommen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			der Kategorie A oder B des Fachbeitrags. Die in der Stellungnahme genannten Art Wanderfalke ist über die kategorisierten Schwerpunktvorkommen des o.g. „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ bereits berücksichtigt. Die eingebrachten Informationen bewegen sich im Rahmen der Annahmen, die im Fachbeitrag zum Verhältnis der kategorisierten Schwerpunkträume zu den tatsächlichen Artvorkommen getroffen wurden. Die in der Stellungnahme aufgeführte Art Uhu kann bei Vorlage valider Daten bereits auf Ebene der Regionalplanung Berücksichtigung finden. Zu dem genannten Steinbruch bei Hülen wurde aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung (festgelegtes Rohstoffabbau- und Rohstoffsicherungsgebiet) ein größerer Umgebungsabstand nachgeführt. Demnach wurde das Teilgebiet 48/1 reduziert. Bei der genannten Art "Kolkrabe" handelt es sich nicht um eine windenergiesensible Vogelart. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes auf Projektebene (im nachgelagerten Verfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Auf der nachgelagerten Planungsebene können zudem Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen umgesetzt werden.
lfd. Ident-Nr.: 423 Privat Stn-Id: 132	VRG 48 Erweiterung Waldhausen / Beuren	BE-ID: 432 6. In dem von Naherholungssuchenden stark frequentiertem Landschaftsschutzgebiet „Kugeltal, Ebnater Tal, Teile des Heiligentals und angrenzende Gebiete“ fordern wir die landschaftlichen Besonderheiten des Trockentales (Oberes Ur-Egau-Tal) in seinem jetzigen Zustand zu erhalten. Um diesen Charakter zu bewahren, ist es auch notwendig den bestehenden Waldtrauf (Traufkulisse) geschlossen bestehen zu lassen. Windkraftanlagen im Landschaftsschutzgebiet wiedersprechen dessen Schutzzweck.	Wird nicht gefolgt Landschaftsschutzgebiete sind nach Anwendung des § 26 (3) BNatSchG derzeit grundsätzlich für die Windenergienutzung geöffnet. Eine Ausnahme hiervon besteht nur, wenn die Windenergiestandorte in Natura2000-Gebieten oder Weltkulturerbestätten […] liegen würden. Für die Errichtung und Betrieb von im Übrigen zulässigen Windenergieanlagen und mit Nebenanlagen ist dann keine Ausnahme oder Befreiung von der Erklärung zur Unterschutzstellung erforderlich, selbst wenn diese entgegenstehende Bestimmungen enthält. Das in der Stellungnahme benannte Landschaftsschutzgebiet wird im Zuge der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht von einem Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen überplant. Demnach ist keine direkte Betroffenheit des Schutzgebietes festzustellen.
lfd. Ident-Nr.: 423 Privat Stn-Id: 132	VRG 48 Erweiterung Waldhausen / Beuren	BE-ID: 433 7. Grundsätzlich sind wir der Auffassung, dass die sensible Blickbeziehung zu dem im höchsten Maße raumwirksamen Bau- und Kulturdenkmal Schloss Kapfenburg, ungestört erhalten bleiben muss. Die von unterhalb des Albtraufes sichtbaren Windräder würden den Anblick des Albtraufes und den Landschaftscharakter nachhaltig stören und extrem abwerten.	Hinsichtlich der im Zuge der vorliegenden Planung potenziell betroffene in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmale befindet sich der Regionalverband Ostwürttemberg in enger Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege (Regierungspräsidium Stuttgart, Abteilung 8). U.a. aufgrund von Belangen des Denkmalschutzes wird das Vorranggebiet 48 angepasst. Auf die Stellungnahme des Landesamts für Denkmalpflege wird verwiesen. Dennoch sind bei der Gesamtabwägung die Maßgaben des § 2 EEG - überragendes öffentliches Interesse des Ausbaus der Erneuerbaren Energien, Gewichtungsvorrang - zu

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			berücksichtigen und den Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien mit entsprechender Gewichtung einzubeziehen.
lfd. Ident-Nr.: 423 Privat Stn-Id: 132	VRG 48 Erweiterung Waldhausen / Beuren	BE-ID: 434 8. Generell wird gefordert, dass Windkraftanlagen nur in einem Abstand zum Dorf möglich sind, dass jeglicher Schattenschlag die Bebauung nicht erreicht. Dieses muss auch als eine Bedingung für eine Baugenehmigung der möglichen Windkraftanlagen gelten. Deshalb wird ein mindest Abstand von 1.500 m vom Ortsrand gefordert.	Wird nicht gefolgt Die Festlegung eines größeren Siedlungsabstandes (>1.000 m) im Plankonzept der genannten Teilfortschreibung und auf regionaler Planungsebene ist gem. § 249 Abs. 9 BauGB nicht möglich. Weiterhin sind die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken sowie die Definition des Abstandes einzelner Windenergieanlagen zu Siedlungsbereichen nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Zu den Anmerkungen zum Schattenschlag: Windenergieanlagen führen bei klaren Wetterbedingungen durch den bewegten Anlagenrotor zu optischen Immissionen und können dadurch als Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.
lfd. Ident-Nr.: 423 Privat Stn-Id: 132	VRG 48 Erweiterung Waldhausen / Beuren	BE-ID: 435 9. Ich und ich denke auch Lauchheim und insbesondere der Ort Hülen sind sich der Verantwortung und Aufgabe im Zusammenhang mit der Energiewende bewusst und auch bereit eine höhere Verantwortung/Last zu übernehmen. Jedoch wird aus den vorgenannten Argumenten gefordert, die geplanten Vorrangflächen 48/1 und 48/2 ersatzlos zu streichen. Mit der Erweiterung 48/3, zusammen mit dem Bestand des bestehenden Vorranggebietes für Windkraft, wären es immer noch 11,17 % der Gemarkungsfläche von Lauchheim für Windenergie. Trotz der in der Stellungnahme begründeten Ausschlussbereiche für Windkraftanlagen sind aus meiner Sicht im östlichen Gemarkungsbereich ausreichend Flächen für eine Windkraftnutzung vorhanden.	Der Forderung wird nicht gefolgt. Auf die Abwägung zu den einzelnen Punkte dieser Stellungnahme wird verwiesen. Das Vorranggebiet 48 "Erweiterung Waldhausen / Beuren" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 426 Privat	Anhang B der SUP: Gebietssteckbriefe	BE-ID: 438 1. Streichen des Vorranggebietes 70 (Langert). Keine	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 135	VRG 70 Langert	Windkraftanlagen (WKA) auf dem Langert (Vorranggebiet 70), da es sich hier um ein zu schützendes, einzigartiges Naturdenkmal (Albtrauf) handelt, welches, u.a., auf die Bevölkerung der Region eine wichtige, identitätsstiftende Wirkung ausübt.	berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen sowie durch die Berücksichtigung von einzigartigen geomorphologischen Erscheinungen wie den Albtrauf als Einzelfallprüfungskriterium). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfergebnisse werden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Dennoch wurde der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 70 „Langert“ aufgrund Anregungen und Hinweisen im Rahmen der Anhörung verkleinert.
lfd. Ident-Nr.: 426 Privat Stn-Id: 135	Anhang B der SUP: Gebietssteckbriefe VRG 70 Langert	BE-ID: 439 2.Mit dem Errichten von WKAs auf dem Langert würde eines der letzten, größeren zusammenhängende Waldgebiet im Raum Aalen und Essingen zerstört, mit seiner für die erholungssuchende Bevölkerung wichtigen, gesundheitsfördernden Funktionen (u.a. Ruhezone auf Grund der topographisch bedingten Abschirmung des Tallärmes (Bahn, B29, Stadt- und Gewerbegebietslärm (Dauerwang). Nirgends werden Windparks als Erholungsgebiete genutzt,	Wird nicht gefolgt Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 und 21 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 426 Privat Stn-Id: 135	Anhang B der SUP: Gebietssteckbriefe VRG 70 Langert	BE-ID: 440 von anderen Risiken für Mensch (u.a. im Winter Eiswurf)	Wird nicht gefolgt Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft.
lfd. Ident-Nr.: 426 Privat Stn-Id: 135	Anhang B der SUP: Gebietssteckbriefe VRG 70 Langert	BE-ID: 441 sowie für Flora und Fauna ganz zu schweigen.	Wird nicht gefolgt Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt.
lfd. Ident-Nr.: 426 Privat Stn-Id: 135	Anhang B der SUP: Gebietssteckbriefe VRG 70 Langert	BE-ID: 442 3. Nicht zuletzt würde dies auch im Widerspruch und im Konflikt mit dem zukünftigen, benachbarten zentralen Gesundheitsversorger stehen, welcher sowohl im Osten und Norden wie auch dann im Süden von Industrie- und Gewerbeanlagen umgeben wäre. Wohl kaum ein geeignetes Umfeld für ein Krankenhaus.	Wird nicht gefolgt Die Aufstellung des Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 und 21 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für Ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehenden räumlichen Nutzungsansprüchen bzw. -interessen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Der wissenschaftliche Konsens weist auf, dass durch Windenergieanlagen mit Schutzabständen zur Wohnbebauung keine allgemeine Gesundheitsgefahr gegeben ist. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung des Schutzgutes Mensch, insbesondere der menschlichen Gesundheit, wird in diesem

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch auf. Die berücksichtigten Ausschluss- und Konfliktkriterien hinsichtlich des Schutzgutes Mensch sind angesichts der Maßgaben des § 2 EEG auf regionaler Planungsebene ausreichend. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen eingegrenzt und im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) detailliert geprüft. Dabei werden sowohl Schallemissionen als auch andere potenziell schädliche Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 426 Privat Stn-Id: 135	Anhang B der SUP: Gebietssteckbriefe VRG 70 Langert	BE-ID: 443 4. Die im Gebietssteckbrief für das Vorranggebiet 70 (Anhang zu Kapitel 4.2.2.,Teilvortschreibung Windenergie) angegebene Windhöffigkeit (<160-215 W/m2) ist unterhalb dessen was die Teilfortschreibung als wirtschaftlich notwendige Windhöffigkeit ausweist. Der mögliche wirtschaftliche Ertrag steht damit nicht in einem vernünftigen Verhältnis zu den Nachteilen dieses Standortes.	Die Berücksichtigung der mittleren gekappten Windleistungsdichte bei den Planungskriterien dient der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Im Ergebnis stellt der Windatlas eine für die Region Ostwürttemberg durchschnittlich gute bis sehr gute Windleistungsdichten dar und bescheinigt ihr damit eine grundsätzliche Eignung für die Windenergienutzung. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung und damit der Flächensicherung gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen). Das Vorranggebiet 70 "Langert", welches laut Windatlas einer geringeren Windhöffigkeit (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) unterliegt, wurde nicht pauschal für die Nutzung der Windenergie ausgeschlossen, sondern als Potenzialgebiet in die Gebietskulisse der ersten Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufgenommen. Dem Regionalverband wurde für das Gebiet 70 "Langert" ein rechnerischer Nachweis vorgelegt, welcher eine höhere Windhöffigkeit belegt, als im Windatlas dargestellt ist. Für das geplante Vorranggebiet ist damit eine positive Umsetzungsprognose für

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Windenergieanlagen gegeben. Die benannte Fläche wird demnach als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen weiterverfolgt. Hinweis: Aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange inkl. Windhöffigkeit wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 der Gebietszuschnitt des Gebiets 70 angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 426 Privat Stn-Id: 135	Anhang B der SUP: Gebietssteckbriefe VRG 70 Langert	BE-ID: 444 5. Das Gebiet Langert sollte vielmehr als bisher als eine Zone zur Anpassung an den unweigerlichen Klimawandel betrachtet werden, dazu gehört auch seine wichtige Rolle als Frischluftzufuhrquelle für den urbanen Industrieraum Aalen-Essingen, sowie als Zone ohne weitere Bodenversiegelung mit seinen möglichen, katastrophalen Folgen bei wahrscheinlich zunehmenden Starkregenfällen, vor allem auch am Albtrauf mit besonders steilem Gelände.	Wird nicht gefolgt Gemäß Fachagentur Wind an Land zeigen aktuelle Erhebungen, dass für die Dauer des Betriebes von Windenergieanlagen (WEA) durchschnittlich ca. 0,48 Hektar für den Betrieb einer WEA gerodet werden müssen. Hiervon entfallen ca. 0,05 ha auf die Versiegelung für das Fundament. Während der Bauphase sind zusätzlich ca. 0,47 ha freizuhalten, die nach Abschluss der Bauphase dann wieder aufgeforstet werden (Fachagentur Wind an Land 2024: Entwicklung der Windenergie im Wald.- Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Forstflächen in den Bundesländern.- Analyse.- S. 15f). Für die Inanspruchnahme der Waldflächen besteht das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung. Beeinträchtigungen von siedlungsrelevanten Kaltluftströmen oder erhebliche Auswirkungen auf klimatische Belastungsräume (z.B. große Siedlungsgebiete in Tallagen) sind weder bekannt noch belegt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Die konkreten Auswirkungen auf das Schutzgut Klima werden im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft. Die weitere Berücksichtigung klimatischer Belange durch Windenergieanlagen auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 426 Privat Stn-Id: 135	Anhang B der SUP: Gebietssteckbriefe VRG 70 Langert	BE-ID: 445 6. Die Frist zur Kommentierung ist viel zu kurz. Eine Frist bis zum Ende der Sommerferien 2024 wäre angemessen.	Wird nicht gefolgt Seitens des Regionalverbandes werden die im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Teilregionalplans bestehenden zahlreichen gesetzlich normierte Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit (gem. den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg (LplG)) eingehalten.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Demnach ist ein Beteiligungszeitraum von mind. einem Monat vorgegeben (§ 9 ROG). Der Regionalverband hat diese Fristvorgabe bereits abweichend auf auf 8 Wochen verlängert.
lfd. Ident-Nr.: 427 Privat Stn-Id: 164		BE-ID: 651 wir leben nun schon seit über 50 Jahren in Bartholomä. Dem Erholungsort auf dem Albuch. Wir verbringen viel Zeit in der wunderschönen Natur rund um Bartholomä. Die Teilnahme an der Infoveranstaltung zu den geplanten Teilfortschreibungen der Windkraftanlagen in der TSV Halle in Bartholomä war für uns natürlich selbstverständlich. Ganz ehrlich, wir waren geschockt, was da auf uns zukommen kann. Als Bürger dieser Gemeinde sind wir nicht bereit diesem Wahnsinnigen Vorhaben zuzustimmen. Für uns ist das eine subventionierter Zerstörung der Natur. Uns blutet das Herz, wenn wir an die Abholzung unzähliger Bäume für diese fragwürdige Energiewende denken. Der Erhalt unseres Landschaftsbildes soll bewahrt werden. Der Schutz von Mensch, Tier und Natur sollte an oberster Stelle stehen. Zum Schluss noch ein Zitat von Reinhold Messner: „Alternative Energien sind sinnlos, wenn sie genau das zerstören, was man durch sie schützen will: die Natur.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.	Die Anregungen und Bedenken werden zur Kenntnis genommen. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die o.g. gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Für eine zukunftsfähige Energieversorgung sind die erneuerbaren Energien der zentrale Baustein. 2 % der Regionsfläche sollen laut Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen und Windenergie an Land gesichert werden – davon nach den Vorgaben des Bundes 1,8 % für die Windenergie an Land. Ziel dieser Teilfortschreibung ist die Umsetzung dieser gesetzlichen Vorgaben. Die Transformation und damit die Gestaltung der Energiewende (z.B. Subventionierung) ist dabei nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung Windenergie 2025. Sie obliegt insbesondere dem jeweiligen Gesetzgeber auf europäischer, bundesdeutscher und landesweiter Ebene, der den entsprechenden gesetzlichen Rahmen setzt. Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind u.a. ökologisch hochwertige Waldflächen in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Hinweis zum Umfang der Waldinanspruchnahme für die Dauer des Betriebes von Windenergieanlagen (WEA) (gem. Fachagentur Wind an Land): Aktuelle Erhebungen zeigen, dass durchschnittlich ca. 0,48 Hektar für den Betrieb einer WEA gerodet werden müssen. Hiervon entfallen ca. 0,05 ha auf die Versiegelung für das Fundament. Während der Bauphase sind zusätzlich ca. 0,47 ha freizuhalten, die nach Abschluss der Bauphase dann wieder aufgeforstet werden (Fachagentur Wind an Land 2024: Entwicklung der Windenergie im Wald.- Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Forstflächen in den Bundesländern.- Analyse.- S. 15f). Für die Inanspruchnahme der Waldflächen besteht das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung. Des Weiteren sind die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" im Planungskonzept berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfergebnisse werden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG).Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt.
lfd. Ident-Nr.: 441 Privat Stn-Id: 155	Kartenteil VRG 58 Erweiterung Lauterburg	BE-ID: 622 Das Vorranggebiet liegt auf Grund der Topographie direkt in einem Vogelzugkorridor. Zugvögel fliegen von Nord-Ost kommend in Richtung Remstal nach Süd-West (Herbstzug). Am Albtrauf überqueren sie bekannte niedrigere Einschnitte des Albtraufs wie in Lauterburg. Von dort streichen sie nach Süd-West. Der Topographie folgend queren Großvögel wie Kraniche und Milane alljährlich im Oktober/November Bartholomä, dies vor allem des nachts. Siehe Meldungen ornitho.de, DDA, OGBW. Dasselbe gilt für den Kleinvogelzug mit Feldlerche, Bluthänfling, Buchfink, Bergfink, Steinschmätzer. Auf dem Frühjahrszug von Süd-West kommend ziehen Kleinvögel in Schwärmen entlang der Talsenke auf das Grünland und die Ackerflächen. Feldlerchen ab Februar/März in hoher Zahl machen den Anfang. Der Zug geht bis Mai wenn Steinschmätzer rasten. Auf Grund der Lage und der hochwertigen Grünlandflächen im Gebiet mit Überschwemmungsflächen im Frühjahr können in den Lachen auf den Wiesen sogar Flussregenpfeifer im Frühjahrszug beobachtet werden. Großvögel wie Rotmilane und Schwarzmilane ziehen ebenfalls über die Flächen, alljährlich wird die Kornweihe im Vorranggebiet und der bestehenden Anlage registriert. Ornitho.de, DDA, OGBW. Das Gebiet wird von Kornweihe und Raubwürger im Winter als Überwinterungsgebiet besetzt. 2023/2024 überwinterten 3 adulte Kornweihen im Gebiet. In Deutschland gehört die Kornweihe mittlerweile zu den am stärksten bedrohten Vogelarten. Sie gelten als in Deutschland akut vom Aussterben bedroht. Die Landnutzung mit Ackerland und Grünland bietet sehr gute Rast - und Überwinterungsbedingungen für ziehende Vogelarten. Der Albtrauf kann in Lauterburg gut überquert werden. Deshalb ist davon auszugehen daß die Erweiterung der Anlage und die Erhöhung der Windräder auf 286m sowohl eine Scheuchwirkung als auch akutes Kollisionsrisiko für wandernde Vogelarten darstellt.	Die Hinweise zum Vogelzug und den genannten Vogelarten wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft und werden in den Umweltbericht aufgenommen. Ein Verdichtungsbereich Vogelzug kann ohne zusätzliche Daten oder Nachweise von behördlicher Seite nicht bestätigt werden.
lfd. Ident-Nr.: 441 Privat Stn-Id: 156	5. Verträglichkeit mit den Schutzzielen von Natura 2000 und Besonderem Artenschutz VRG 58 Erweiterung Lauterburg	BE-ID: 624 Die geplante Erweiterung des Gebietes und die Erhöhung der Anlagen (repowering) ist aus artenschutzrechtlichen Gründen abzulehnen.	Wird zur Kenntnis genommen. Hinsichtlich der artenschutzfachlichen Belange wird auf das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 verwiesen, welches diese Belange umfassend und gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie der verbindlichen Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Insbesondere durch die Anwendung des o.g. Fachbeitrags Artenschutz erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes auf der genannten Planungsebene, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes im nachgelagerten Planungs- und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 441 Privat Stn-Id: 156	5. Verträglichkeit mit den Schutzzielen von Natura 2000 und Besonderem Artenschutz VRG 58 Erweiterung Lauterburg	BE-ID: 627 Das Gebiet umfasst artenreiches Grünland, Wiesen im Talgrund mit regelmäßiger Überschwemmung mit Ausbildung von Lachen und temporären Aufstauungen. Ackerland und Gemüseanbau mit der Anlage von Blühstreifen werten das Gebiet zusätzlich auf. Der betroffene Wald besteht aus artenreichem Buchenmischwald mit altem Baumbestand am Waldrand. Das Naturschutzgebiet "Weiherwiesen" (Kennung 1059, FFH Gebiet) liegt in unmittelbarer Nähe und zieht ebenfalls zahlreiche Vogelarten als Brut- und Rastplatz an. Im Gebiet brüten zahlreiche Vogelarten, die Feldlerche kommt noch flächig und häufig vor. Regelmäßiger Brutvogel ist die Wachtel, es lassen sich mehrere Rufer in besetzten Revieren nachweisen. Das Grünland wird von Greifvögeln zur Nahrungssuche genutzt. Mäusebussard, Turmfalke und Rotmilan brüten unmittelbar im Gebiet. Bei Mahd und Umbruch nutzen Rotmilan und Schwarzmilan die Fläche im Windpark, es sind Alt - und Jungvögel nachweisbar. Auf Grund der Lage der bestehenden Anlage am Waldrand und im artenreichen Grünland kommt es regelmäßig zu Kollisionen von Greifvögeln. Siehe Meldung Bundesschlagopferdatei und Regierungspräsidium. Daten zu Sichtungen liegen der OGBW; DDA über ornitho.de über einen mehrjährigen Beobachtungszeitraum vor. Fotos der getöteten Rotmilane liegen vor (Dr. Karen Debler). Erschwerend dazu liegt die Anlage mitten in einem bekannten Zugkorridor. Im Frühjahrszug lassen sich Kleinvögel wie Steinschmätzer, Feldlerchen in großer Zahl, auf den Lachen sogar Flussregenpfeifer, Rotmilane und Schwarzmilane sowie Kornweihen nachweisen. Zugrichtung von Süd-West nach Nord-Ost über den Albtrauf bei Lauterburg. Im Herbstzug umgekehrt von Nord-Ost kommend Kranich, Rotmilan, Schwarzmilan, Kornweihe, Raubwürger. Kolkraben ziehen täglich von der Mülldeponie Ellert bei Lauterburg über den Albtrauf zu ihren Schlafplätzen. Das Gebiet ist Überwinterungsgebiet des Raubwürgers und der Kornweihe. Beide streng geschützte Arten sind in Deutschland vom Aussterben bedroht. Im Winter 2023/204 überwinterten 3 Kornweihen (2,1) im Gebiet. Im Buchenmischwald brüten Schwarzspechte. Die Altbuchen werden vom Rotmilan und Kolkrabe als Schlafplatz genutzt, zum Teil in zweistelliger Zahl.	Die gegebenen Informationen und Hinweise zum Gebiet werden zur Kenntnis genommen. Ältere Wälder sowie die in der Stellungnahme angesprochenen archäologischen Kulturdenkmale wurden bei Betroffenheit in die Gebietssteckbriefe - sowohl im Textteil als auch im Umweltbericht - aufgenommen, um diesen Belang bei der konkreten Standortwahl von Windenergieanlagen im nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Die Hinweise zum Vogelzug wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft und werden in den Umweltbericht aufgenommen. Ein Verdichtungsbereich Vogelzug kann ohne zusätzliche Daten oder Nachweise von behördlicher Seite nicht bestätigt werden. Hinsichtlich der genannten Artvorkommen wird auf die bei der Konzepterstellung und Festlegung von Vorranggebieten im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigte Datengrundlage verwiesen: Die landesweite Planungshilfe für die Regionalplanung zur Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung stellt der „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ der LUBW (2022) dar. Mit der Berücksichtigung des Fachbeitrags erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Das Vorranggebiet 58 "Erweiterung Lauterburg" liegt nicht innerhalb von Schwerpunktvorkommen der Kategorie A oder B des Fachbeitrags. Einige der in der Stellungnahme genannten Arten (darunter Rotmilan und Schwarzmilan) sind über die kategorisierten Schwerpunktvorkommen des o.g. „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ bereits berücksichtigt. Die eingebrachten Informationen bewegen sich im Rahmen der Annahmen, die im Fachbeitrag zum Verhältnis der kategorisierten Schwerpunkträume zu den tatsächlichen Artvorkommen getroffen wurden. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes auf Projektebene (im nachgelagerten Verfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Archäologisch liegen im Gebiet mehrere Hügelgräber der (vermutlich) Hallstattzeit die nicht erforscht worden sind. Der Buchenwald um die Gräber und angrenzend ist als hochwertig mit Höhlenbäumen und Altholz zu werten.	Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Auf der nachgelagerten Planungsebene können zudem auch die genannten Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen umgesetzt werden.
lfd. Ident-Nr.: 441 Privat Stn-Id: 194	VRG 59 Utzenberg	BE-ID: 764 Die Errichtung eines Windparks am Utzenberg beeinträchtigt die Gemeinde Bartholomä erheblich. Die Gemeinde ist durch die momentane Planung völlig überbelastet. Bartholomä übererfüllt bereits jetzt das Planungssoll für erneuerbare Energien mit der Errichtung eines Solarparks in Rötenbach und der Windkraftanlagen im Windpark Falkenberg. Die Gemeinde wird unverhältnismäßig belastet.	In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt zudem für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 EEG (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Die Überlastung von Teilräumen kann abschließend erst bei fortgeschrittenem Planungskonzept bewertet werden, was in der Region Ostwürttemberg nach Abschluss der 1. Anhörung der Fall ist. Im Rahmen der Überarbeitung des Planungskonzeptes wurde das genannte Modell zur Bewertung möglicher Überlastungen angewendet und der Raum Bartholomä dezidiert geprüft. Gemäß des Prüf- und Bewertungsmodells liegt für den Bereich Bartholomä selbst bei Einbeziehung der Planungen der Nachbarregion Verband Region Stuttgart keine faktische Überlastungssituation vor. Der Regionalverband erkennt jedoch die potenzielle Belastung in dieser Raumschaft. In Verbindung mit anderen Abwägungsbelangen und u.a. um die Raumschaft im Grenzbereich zu entlasten, wird das Vorranggebiet 61 "Erweiterung Falkenberg" im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 441 Privat	VRG 59 Utzenberg	BE-ID: 765 Der Utzenberg in unmittelbarer Nähe zu Bartholomä ist ein	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 194		beliebter Naherholungsraum für die Bürger. Mehrere Wanderwege und Radwege erschließen das Gebiet zum beliebten Ausflugsziel "Stock" und Rosenstein sowie Lauterburg. Wintersportler kommen von überregional um die Langlaufloipen zu nutzen. Die Erholungsfunktion und Wertigkeit des Gebietes wird erheblich reduziert.	WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 441 Privat Stn-Id: 194	VRG 59 Utzenberg	BE-ID: 766 Lärmeintrag und Rotorenbewegung ruinieren das Naturerlebnis komplett.	Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Anlagentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage. Die in der Stellungnahme angesprochenen optischen Immissionen, die durch den bewegten Anlagenrotor von Windenergieanlagen bei klaren Wetterbedingungen entstehen, können als Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.
lfd. Ident-Nr.: 441 Privat Stn-Id: 194	VRG 59 Utzenberg	BE-ID: 767 Eiswurf stellt eine Gefährdung dar.	Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft.
lfd. Ident-Nr.: 441 Privat Stn-Id: 194	VRG 59 Utzenberg	BE-ID: 768 Der Wald besteht aus wertvollem Buchenmischwald mit den im Frühjahr typischen charakteristischen Frühblühern. Ein aufgelassener Steinbruch sowie artenreiche Saumgesellschaften durch Schafbeweidung werten zusätzlich auf. Der Höhenzug des Utzenbergs mit Hallenbuchen ist Lebensraum und Brutgebiet für Rotmilan, Schwarzspecht und Waldschnepfe. Der bisher unzerschnittene Wald verbindet den Bärenberg mit dem Albtrauf Rosenstein und den Naturschutzgebieten dort. Der Utzenberg ist somit wichtig für die Vernetzung des Bärenbergs mit dem größeren Waldgebiet Rosenstein (Biotopverbund).	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 441 Privat Stn-Id: 194	VRG 59 Utzenberg	BE-ID: 769 Auf dem Vogelzug passieren die wandernden Arten den Albtrauf im Bereich Lauterburg und queren auch beim Utzenberg. Ein Windpark blockiert den Zugweg und hat Scheuchwirkung sowie Kollisionsrisiko.	Die Hinweise zum Vogelzug wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft und werden in den Umweltbericht aufgenommen. Ein Verdichtungsbereich Vogelzug kann ohne zusätzliche Daten oder Nachweise von behördlicher Seite nicht bestätigt werden.
lfd. Ident-Nr.: 441 Privat Stn-Id: 194	VRG 59 Utzenberg	BE-ID: 770 Auf Grund der Überbelastung der Gemeinde Bartholomä und der Entwertung des Naturraums als Naherholungsgebiet und Freizeitsportregion ist die Errichtung eines Windparks dort abzulehnen. Der gesamte Naturraum um Bartholomä wird unverhältnismäßig überplant und überbelastet. Das gilt insbesondere für die Zugvogelkorridore am Albtrauf und die	Wird zur Kenntnis genommen. Auf die Abwägung der BE IDs 764 bis 769 dieser Stellungnahme wird verwiesen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		windkraftsensitiven Arten wie Rotmilan und Waldschnepfe.	
lfd. Ident-Nr.: 441 Privat Stn-Id: 195	5. Verträglichkeit mit den Schutzzielen von Natura 2000 und Besonderem Artenschutz VRG 60 Rechberger Buch	BE-ID: 771 Das Rechberger Buch ist ein Vorranggebiet für Natur- und Landschaftspflege. Es befinden sich gesetzlich geschützte Waldbiotope, Naturdenkmale, Waldrefugien und ein Geotop dort. Am Albtrauf dominieren Buchenmischwälder mit wertvollen Altholzbeständen. Als Brutvögel können u.a. Schwarzspecht, Waldschnepfe, Sperlingskauz und Rauhfußkauz nachgewiesen werden. Das Gebiet beherbergt besonders geschützte Fledermausarten wie die Mopsfledermaus und das Mausohr. Am Albtrauf jagen und brüten Greifvögel wie Rotmilan, Schwarzmilan, Mäusebussard, Habicht, Sperber und Wanderfalke sowie Eulen wie der Uhu und Waldkauz. Auf dem Vogelzug passieren unzählige Klein-und Großvögel den Albtrauf im Gebiet.	Das Gebiet 60 "Rechberger Buch" ist in der Gesamtfortschreibung des Regionalplans Ostwürttemberg 2035 nicht als Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege festgelegt. Die Aussage ist nicht zutreffend. Die aufgeführten Belange (geschützte Biotope, Waldrefugien sowie Naturdenkmale im Umfeld) wurden in den Gebietssteckbriefen (Textteil und Umweltbericht) - zur weiteren Berücksichtigung auf der nachgelagerten Planungsebene - ergänzt. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Die Informationen zu Artenvorkommen werden zur Kenntnis genommen. Die landesweite Planungshilfe für die Regionalplanung zur Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung („Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ der LUBW, 2022) wurde bei der Konzepterstellung und Festlegung von Vorranggebieten im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt. Damit erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Das Vorranggebiet 60 "Rechberger Buch" liegt nicht innerhalb von Schwerpunktvorkommen der Kategorie A oder B des Fachbeitrags. Einige der in der Stellungnahme genannten Arten (Z.B. Fledermausarten, Rot- und Schwarzmilan) sind über die kategorisierten Schwerpunktvorkommen des o.g. „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ bereits berücksichtigt. Die eingebrachten Informationen bewegen sich im Rahmen der Annahmen, die im Fachbeitrag zum Verhältnis der kategorisierten Schwerpunkträume zu den tatsächlichen Artvorkommen getroffen wurden. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes auf Projektebene (im nachgelagerten Verfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Auf der nachgelagerten Planungsebene können zudem auch die genannten Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen umgesetzt werden. Die Hinweise zum Vogelzug wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft und werden in den Umweltbericht aufgenommen. Ein Verdichtungsbereich Vogelzug kann ohne zusätzliche Daten oder Nachweise von behördlicher Seite nicht bestätigt werden.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 441 Privat Stn-Id: 195	5. Verträglichkeit mit den Schutzzielen von Natura 2000 und Besonderem Artenschutz VRG 60 Rechberger Buch	BE-ID: 773 Die Errichtung von Windenergieanlagen entwerten den Naturraum völlig. Es muss mit erheblichen Kollisionsverlusten gerechnet werden. Die Scheuchwirkung auf windkraftsensitive Arten wie die Waldschnepfe ist erheblich. Durch die Lage am Albtrauf mit Thermik und Aufwind wird die Raumnutzung des Gebietes für Großvögel wie den Rotmilan stark verschlechtert. Bei gleichzeitiger geplanter Bebauung von Utzenberg, Lauterburg und Lauterstein wird der gesamte Naturraum im Gebiet für diese besonders geschützte Vogelart extrem verschlechtert. Die Auswirkungen auf den Vogelzugkorridor werden erheblich sein, gerade weil am Albtrauf das Kollisionsrisiko durch die Thermik und Aufwinde noch erheblich verschärft wird.	Wird zur Kenntnis genommen. Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Hinsichtlich der Anregungen zum Thema Artenschutz und Vogelzug wird auf die Abwägung zur BE ID 771 dieser Stellungnahme verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 441 Privat Stn-Id: 195	5. Verträglichkeit mit den Schutzzielen von Natura 2000 und Besonderem Artenschutz VRG 60 Rechberger Buch	BE-ID: 774 Die Planung der Anlagen am Rechberger Buch ist deshalb abzulehnen.	Die konkrete Planung von Windenergieanlagen ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene.
lfd. Ident-Nr.: 441 Privat Stn-Id: 196	6. Gesamtplanbetrachtung, kumulative Wirkungen und Wechselwirkungen VRG 60 Rechberger Buch	BE-ID: 775 Das Rechberger Buch liegt in unmittelbarer Nähe zu Bartholomä und den Siedlungen Kitzinghöfe und Möhnhof.	Wird zur Kenntnis genommen. Der im Kriterienkatalog zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 definierte Siedlungsabstand von 1.000m zu den in der Stellungnahme aufgeführten Siedlungsbereichen wird eingehalten.
lfd. Ident-Nr.: 441 Privat Stn-Id: 196	6. Gesamtplanbetrachtung, kumulative Wirkungen und Wechselwirkungen VRG 60 Rechberger Buch	BE-ID: 776 Bartholomä und seine Bürger werden unverhältnismäßig mit der Planung am Rechberger Buch belastet. Bereits jetzt erfüllt die Gemeinde mit der Erbauung eines Solarparks am Rötenbach und den Windenergieanlagen am Windpark Falkenberg die Vorgaben.	In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt zudem für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 EEG (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Die Überlastung von

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Teilräumen kann abschließend erst bei fortgeschrittenem Planungskonzept bewertet werden, was in der Region Ostwürttemberg nach Abschluss der 1. Anhörung der Fall ist. Im Rahmen der Überarbeitung des Planungskonzeptes wurde das genannte Modell zur Bewertung möglicher Überlastungen angewendet und der Raum Bartholomä dezidiert geprüft. Gemäß des Prüf- und Bewertungsmodells liegt für den Bereich Bartholomä selbst bei Einbeziehung der Planungen der Nachbarregion Verband Region Stuttgart keine faktische Überlastungssituation vor. Der Regionalverband erkennt jedoch die potenzielle Belastung in dieser Raumschaft. In Verbindung mit anderen Abwägungsbelangen und u.a. um die Raumschaft im Grenzbereich zu entlasten, wird das Vorranggebiet 61 "Erweiterung Falkenberg" im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 441 Privat Stn-Id: 196	6. Gesamtplanbetrachtung, kumulative Wirkungen und Wechselwirkungen VRG 60 Rechberger Buch	BE-ID: 777 Der Mindestabstand von 1000m zur Wohnnutzung auf den Wohnort Hinterfeld 1 wird unterschritten.	Wird gefolgt Die Nachmeldung des wohngenutzten Einzelgebäudes "Hinterfeld 1" auf Gemarkung Bartholomä wurde im Rahmen der Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs berücksichtigt. Der im Kriterienkatalog definierte Abstand wurde entsprechend nachgeführt. Die durch den nachgeführten Umgebungsabstand tangierten Bereiche der Vorranggebiete 59 "Utzenberg" und 60 "Rechberger Buch" wurden ausgeschnitten. Die beiden Gebiete sind für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb diese - mit entsprechend angepasstem / reduziertem Gebietszuschnitt - im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt werden.
lfd. Ident-Nr.: 441 Privat Stn-Id: 196	6. Gesamtplanbetrachtung, kumulative Wirkungen und Wechselwirkungen VRG 60 Rechberger Buch	BE-ID: 778 Der Albtrauf und das Albuch sind landschaftlich herausragende Gebiete für die Naherholung und von touristischer Bedeutung für die Gemeinde.	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Überdies ist die Entwicklung des Tourismus - wie auch die Bevölkerungsentwicklung - von vielerlei Faktoren und Akteuren abhängig. Die Belange des Tourismus sind mittelbar (z.B. über Siedlungsflächen für die Erholung mit entsprechenden Umgebungsabständen, Bereiche mit sehr hoher Landschaftsbildqualität oder in höchstem Maße raumwirksame Kulturdenkmale, darunter auch UNESCO-Welterbestätten) als Ausschlusskriterien oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien in die Auswahl und Bewertung eingeflossen. Zudem sind entsprechende Aspekte über die Schutzgüter "Menschen und menschliche Gesundheit", „Kultur- und Sachgüter“ und "Landschaft" in die Strategische Umweltprüfung eingeflossen. Touristische Belange, sowie die Belange der Freizeit- und Erholungsnutzung wurden gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG einbezogen, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde.
lfd. Ident-Nr.: 441 Privat Stn-Id: 196	6. Gesamtplanbetrachtung, kumulative Wirkungen und Wechselwirkungen VRG 60 Rechberger Buch	BE-ID: 780 Die Errichtung der geplanten Anlagen am Rechberger Buch werten den gesamten Naturraum erheblich ab. Die Größe der Räder und die entstehenden Geräusche sowie der Schlagschatten entwerten das beliebte Wandergebiet welches auch für den Freizeitsport wie Langlauf und Radfahren von überregionaler Bedeutung ist.	Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Im Planungsprozess wurden ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) berücksichtigt (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Auf das Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff. wird hingewiesen. Hinsichtlich der aufgeführten Aspekte Geräusche und Schlagschatten: Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Anlagentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage. Des Weiteren sind für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer, die bei klaren Wetterverhältnissen von den bewegten Rotoren von Windenergieanlagen ausgehen, Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.
lfd. Ident-Nr.: 441 Privat Stn-Id: 196	6. Gesamtplanbetrachtung, kumulative Wirkungen und Wechselwirkungen	BE-ID: 781 Die Verhältnismäßigkeit der Belastung für Bartholomä zu anderen Regionen ist nicht gegeben. Eine regelrechte Einkreisung des Ortes mit Windenergieanlagen und damit einhergehend Verlust	Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
	VRG 60 Rechberger Buch	von Wohnqualität, Lebensraum und Lebensqualität ist nicht akzeptabel.	Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Die Überlastung von Teilräumen kann abschließend erst bei fortgeschrittenem Planungskonzept bewertet werden, was in der Region Ostwürttemberg nach Abschluss der 1. Anhörung der Fall ist. Im Rahmen der Überarbeitung des Planungskonzeptes wurde das genannte Modell zur Bewertung möglicher Überlastungen angewendet und der Raum Bartholomä dezidiert geprüft. Gemäß des Prüf- und Bewertungsmodells liegt für den Bereich Bartholomä selbst bei Einbeziehung der Planungen der Nachbarregion Verband Region Stuttgart keine faktische Überlastungssituation vor. Der Regionalverband erkennt jedoch die potenzielle Belastung in dieser Raumschaft. In Verbindung mit anderen Abwägungsbelangen und u.a. um die Raumschaft im Grenzbereich zu entlasten, wird das Vorranggebiet 61 "Erweiterung Falkenberg" im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weitergeführt. Des Weiteren werden in der Teilfortschreibung Windenergie 2025 zwischen Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen und bspw. Wohngebieten Umgebungsabstände eingehalten, um den Menschen vor erheblichen, potenziell schädlichen Einflüssen zu schützen. Im nachfolgenden Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) wird die Einhaltung der Mindestabstände zu Siedlungsbereichen und der immissionsschutzrechtlichen Belange bei Vorliegen konkreter Anlagenstandorte geprüft. Die Umfassungswirkung (auch: Überlastung) durch Windenergieanlagen ist für die Regionalplanung ein abwägungsrelevanter Belang, der über die visuelle Wahrnehmung der Anlagen definiert wird. Gemäß dem Vorsorgeprinzip zur Sicherung der Lebensqualität des Menschen, wird der freie Blick in die Landschaft durch Freihaltekorridore gem. des o.g. Modells gesichert. Weitergehende Forderungen nach dem Erhalt einer objektiv vorhandenen oder subjektiv wahrgenommenen Wohn- und Lebensqualität gehen über den gesetzlichen Immissionsschutz- und den regionalplanerischen Vorsorgeanspruch hinaus. Die Beurteilung der Lebensqualität wird von verschiedenen Faktoren bestimmt, z.B. dem materiellen Lebensstandard, der Bildung, den Berufschancen, dem sozialen Status, der Gesundheit, der den Wohnort umgebenden Natur. Die Gewichtung dieser Faktoren ist subjektiv und kann sich von Person zu Person stark unterscheiden. Auch die Wohnqualität kann mangels objektiver Maßstäbe nicht allgemeingültig definiert werden. Windenergieanlagen können einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und - unabhängigkeit Deutschlands leisten und damit mittelbar zum Erhalt der Lebensqualität beitragen bzw. Beeinträchtigungen der Lebensqualität vermeiden. Je nach Einstellung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			des Individuums zum Thema Windenergienutzung kann die Sicherung der Vorranggebiete für Windenergie im räumlichen Umfeld zum eigenen Wohnort daher ebenso positiv wie negativ zur Wohn- und Lebensqualität beitragen. Fragen zur Wohn- und Lebensqualität von Einzelpersonen können auf regionalplanerischer Ebene daher weder beeinflusst noch beurteilt werden und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Die Teilfortschreibung dient der Flächensicherung für die Windenergienutzung gemäß dem gesetzlichen Planungsauftrag. Auf die Abwägung zur BE ID 776 dieser Stellungnahme verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 441 Privat Stn-Id: 196	6. Gesamtplanbetrachtung, kumulative Wirkungen und Wechselwirkungen VRG 60 Rechberger Buch	BE-ID: 782 Deshalb ist die Planung am Rechberger Buch abzulehnen.	Wird zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 60 "Rechberger Buch" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 441 Privat Stn-Id: 210	Textteil VRG 61 Erweiterung Falkenberg	BE-ID: 822 Die Erweiterung des bestehenden Windparks beeinträchtigt den Lebensraum Wald in erheblichem Maße. Es existieren nur noch wenige große zusammenhängende Waldgebiete im Ostalbkreis. Das Albuch mit seinen Wäldern ist vom Bernhardus bis Wental, Steinheim und Königsbronn nur durch wenige Straßen zerschnitten und flächig und durchgehend bewaldet. Große zusammenhängende Wälder sind existenziell für die Biotopvernetzung waldbewohnender und wandernder Arten. Der Wald bietet bietet Schutz und Rückzugsraum in einer zunehmend fragmentierten Umwelt. Das Albuch bietet sich auf Grund dessen als Lebensraum für störungssensitive Tierarten wie Wildkatze, Luchs (im Gebiet nachgewiesen) und Wolf (im Gebiet nachgewiesen) an. Die Wälder sind Lebensraum zahlreicher bedrohter Arten, insbesondere Fledermäuse finden in der Falkenhöhle Winterquartier. Das nahe gelegene NSG Rauhe Wiese lockt auf dem Zug Limikolen und Greifvögel an. Die Wälder sind reich an Amphibien und Reptilien. Schwarzspechte schaffen Bruthöhlen für Hohltaube, Rauhfußkauz, Sperlingskauz und Fledermausquartiere. Der Rotmilan ist regelmäßiger Brutvogel. Ebenso kommt der Uhu im Gebiet als Brutvogel vor. Gerade in der heutigen Zeit mit zunehmendem Verlust der Biodiversität und Waldsterben - jeder 4.Baum im Wald ist krank- dürfen diese letzten großen Waldräume nicht zerstört werden. Bautätigkeit, verbreiterte Waldwege, Öffnen des Kronendachs führen unweigerlich zu irreparablen Schäden im Ökosystem Wald. Der Wald wird anfälliger für Austrocknung. Das Mikroklima ändert sich am Waldboden durch die Lücken im Kronendach und die überbreiten Fahrwege. Der Wald wird anfälliger für Krankheiten und Windwurf. Der Schutz der letzten großen und vor	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Eine pauschale Bevorzugung von Offenlandbereichen oder Ausschluss von Waldgebieten wäre nicht sachgerecht für die Sicherung der günstigsten Standorte für die Windenergienutzung und spiegelt nicht die ökologische Wertigkeit der Lebensräume wider. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Insgesamt ist eine wertigkeitsunabhängige Bevorzugung von Gebieten im Offenland gegenüber Gebieten im Wald weder sachgerecht noch geboten.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		allem unzerschnittenen Waldgebiete muss Vorrang haben vor erneuter Planung. Bereits jetzt ist der Wald durch das bestehende Windkraftfeld belastet. Eine Erweiterung auf die dreifache Größe würde den Wald ökologisch entwerten und noch stärker fragmentieren.	
lfd. Ident-Nr.: 441 Privat Stn-Id: 210	Textteil VRG 61 Erweiterung Falkenberg	BE-ID: 824 Deshalb ist die Erweiterung abzulehnen.	Wird zur Kenntnis genommen. Hinweis: Das Vorranggebiet 61 "Erweiterung Falkenberg" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 441 Privat Stn-Id: 211	6. Gesamtplanbetrachtung, kumulative Wirkungen und Wechselwirkungen VRG 61 Erweiterung Falkenberg	BE-ID: 825 Die Gemeinde Bartholomä ist durch die bereits bestehenden Anlagen am Falkenberg und Lauterstein sowie Lauterburg bereits durch Windkraftanlagen belastet. Die Gemeinde erfüllt bereits ihre Klimaschutzvorgaben durch Errichtung eines Solarparks im Rötenbach. Die Erweiterung des Lautersteiner Windkraftanlagenbereichs würde die Gemeinde Bartholomä unverhältnismäßig belasten.	In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt zudem für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Zudem müssten

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 EEG (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Die Überlastung von Teilräumen kann abschließend erst bei fortgeschrittenem Planungskonzept bewertet werden, was in der Region Ostwürttemberg nach Abschluss der 1. Anhörung der Fall ist. Im Rahmen der Überarbeitung des Planungskonzeptes wurde das genannte Modell zur Bewertung möglicher Überlastungen angewendet und der Raum Bartholomä dezidiert geprüft. Gemäß des Prüf- und Bewertungsmodells liegt für den Bereich Bartholomä selbst bei Einbeziehung der Planungen der Nachbarregion Verband Region Stuttgart keine faktische Überlastungssituation vor. Der Regionalverband erkennt jedoch die potenzielle Belastung in dieser Raumschaft. In Verbindung mit anderen Abwägungsbelangen und u.a. um die Raumschaft im Grenzbereich zu entlasten, wird das Vorranggebiet 61 "Erweiterung Falkenberg" im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 441 Privat Stn-Id: 211	6. Gesamtplanbetrachtung, kumulative Wirkungen und Wechselwirkungen VRG 61 Erweiterung Falkenberg	BE-ID: 826 Bereits jetzt ist der Naherholungsraum Albuch in seiner Wertigkeit negativ beeinflusst.	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 441 Privat Stn-Id: 211	6. Gesamtplanbetrachtung, kumulative Wirkungen und Wechselwirkungen VRG 61 Erweiterung Falkenberg	BE-ID: 827 Fremdenverkehr und Tourismus leben von Naturräumen die unzerstört sind und einen hohen Erholungswert besitzen.	Die Entwicklung des Tourismus ist wie auch die Bevölkerungsentwicklung von vielerlei Faktoren und Akteuren abhängig. Die Belange des Tourismus sind mittelbar (z.B. über Siedlungsflächen für die Erholung mit entsprechenden Umgebungsabständen, Bereiche mit sehr hoher Landschaftsbildqualität oder in höchstem Maße raumwirksame Kulturdenkmale, darunter auch UNESCO-Welterbestätten) als Ausschlusskriterien oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien in die Auswahl und Bewertung eingeflossen. Zudem sind entsprechende Aspekte über die Schutzgüter "Menschen und menschliche Gesundheit", „Kultur- und Sachgüter“ und "Landschaft" in die Strategische Umweltprüfung eingeflossen. Touristische Belange, sowie die Belange der Freizeit- und Erholungsnutzung wurden gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG einbezogen, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde.
lfd. Ident-Nr.: 441 Privat Stn-Id: 211	6. Gesamtplanbetrachtung, kumulative Wirkungen und Wechselwirkungen VRG 61 Erweiterung Falkenberg	BE-ID: 828 Gerade das Albuch ist auch überregional als Fahrrad-, Wander- und Langlaufgebiet bekannt. Die Bürger Bartholomäs nutzen den Wald als Naherholungsgebiet. Eine zunehmende Industrialisierung der Landschaft durch Windparks ist dem entgegengesetzt. Weitere geplante Anlagen am Rechberger Buch und Utzenberg führen zu einer Umzingelung und damit Entwertung des gesamten Ortes.	Auf die Abwägung der BE IDs 825 und 826 dieser Stellungnahme wird verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 441 Privat Stn-Id: 211	6. Gesamtplanbetrachtung, kumulative Wirkungen und Wechselwirkungen VRG 61 Erweiterung Falkenberg	BE-ID: 829 Deshalb ist das geplante Vorranggebiet abzulehnen.	Wird zur Kenntnis genommen. Hinweis: Das Vorranggebiet 61 "Erweiterung Falkenberg" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 441 Privat Stn-Id: 155	Kartenteil VRG 58 Erweiterung Lauterburg	BE-ID: 2213 Deshalb ist die Erweiterung und Erneuerung der Anlage (repowering)abzulehnen. Gerade bei der Kornweihe ist jeglicher Verlust bei Rast- und Überwinterung entscheidend für den Erhalt der Art in Deutschland. Daten von Erfassungen liegen bei ornitho.de, dem Erfassungsportal der DDA (Dachverband Deutscher Avifaunisten) und der OGBW (Ornithologische Gesellschaft Baden-Württemberg) vor.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 441 Privat Stn-Id: 156	5. Verträglichkeit mit den Schutzzielen von Natura 2000 und Besonderem	BE-ID: 2214 Durch die Erweiterung der Anlage und Erhöhung der Räder auf 286m ist eine erhebliche Beeinträchtigung der Avifauna zu	Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
	Artenschutz VRG 58 Erweiterung Lauterburg	erwarten. Die Scheuchwirkung der Räder wird den Zugkorridor entwerten und Kollisionen werden unvermeidlich zunehmen. Dies ist aus artenschutzrechtlichen Gründen nicht hinzunehmen. Das Gebiet ist für eine noch größere Belastung als bisher nicht geeignet, das bestehende Gebiet sollte nicht erneuert werden da ungeeigneter Standort.	Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Das Vorranggebiet 58 "Erweiterung Lauterburg" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 441 Privat Stn-Id: 156	5. Verträglichkeit mit den Schutzzielen von Natura 2000 und Besonderem Artenschutz VRG 58 Erweiterung Lauterburg	BE-ID: 2215 Auch für den Mensch ist das Vorranggebiet beliebtes Wanderziel und Erholungsraum, zahlreiche Wanderwege des SAV und Loipen erhöhen die Bedeutung als Naherholungsgebiet. Auch überregional ist das Gebiet als Wanderregion zur Weiherwiese und zum Volkmarsberg bekannt. Durch die Erweiterung der Anlage und Erhöhung der Anlage wird es auch aus diesem Aspekt entwertet. Der Albtrauf als Landschaftsbild wird stark beeinträchtigt.	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Auch Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfergebnisse werden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 EEG im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt.
lfd. Ident-Nr.: 445 Privat Stn-Id: 217	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 54 Ebnat	BE-ID: 864 das Vorranggebiet 54/1 darf NICHT für einen (weiteren) Bau von Windkraftanlagen genutzt werden.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Zu den von Ihnen erwähnten Anregungen werden nachfolgend nähere Erläuterungen gegeben.
lfd. Ident-Nr.: 445 Privat Stn-Id: 217	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe	BE-ID: 866 Gründe dafür:	Wird nicht gefolgt Die Berücksichtigung der Belange des Denkmalschutzes auf Ebene der Regionalplanung entspricht der aktuellen, zuletzt zum 11. Februar 2023

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
	VRG 54 Ebnat	1) Westlich von Ebnat befindet sich im Wald direkt am Rand des gekennzeichneten Vorranggebiets 54/1 die Wallfahrtskapelle "Maria Eich", die täglich von zahlreichen Gläubigen und Ruhesuchenden Menschen aufgesucht wird, um Erholung und Ruhe zu finden. Diese bis jetzt dort zu findende Ruhe darf nicht durch die Hochfrequenzgeräusche und den anderen lauten Windkraftgeräuschen (Verstellung der Windräder, Aus- und Einkuppeln....) gestört werden. Der überregional bekannte Wallfahrtsort existiert dort bereits seit über 400 Jahren.	geänderten Rechtslage nach dem Denkmalschutzgesetz BW. Der sogenannte Umgebungsschutz (vgl. § 15 DSchG) ist danach nur für die in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmalen zu berücksichtigen, welche "Maria Eich" nicht dazugehört. Die mögliche Beeinträchtigung weiterer, nicht in höchstem Maße raumbedeutsame Kulturdenkmale wird auf Ebene des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage geprüft.
lfd. Ident-Nr.: 445 Privat Stn-Id: 217	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2198 2) Der komplette westliche Teil der Vorrangfläche 54/1 dient aufgrund seiner Ebenheit und guten Erreichbarkeit für Ebnat, Niesitz, Waldhausen und Unterkochen als Naherholungsgebiet zum Wandern, Nordic-Walking, Joggen und Fahrradfahren UND ist in dieser Form zu allen Jahreszeiten stark frequentiert. Die Anordnung von Windkraftanlagen in diesem Bereich stört den Erholungsfaktor massiv UND birgt vor allem im Winter zusätzliche Gefahren wie z.B. Eiswurf. Die Gefahr durch Eiswurf führte in der Vergangenheit an den zahlreichen anderen Anlagen näheren Umfeld bereits dazu, dass vor allem im Winterhalbjahr manche Wege, an denen Windkraftanlagen stehen, nur bedingt noch genutzt wurden. Deshalb und wegen störenden Geräuschemmissionen muss der o.g. Bereich unbedingt von neuen Windrädern verschont bleiben!!!!	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen wie z.B. Eiswurf und Geräuschemmissionen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Dennoch wurde nach der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange (inkl. Entlastung der Raumschaft, An- und Abflug des Flugplatzes Aalen-Elchingen, Windhöffigkeit) das Gebiet 53 sowie zwei südliche Teilbereiche des Gebiets 54/1 gestrichen.
lfd. Ident-Nr.: 445 Privat Stn-Id: 217	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2199 3) Im östlichen Teil des Vorrangbebiets 54/1 muss auf eine weitere Nutzung durch Windkraftanlagen verzichtet werden, da dort bereits seit Jahren eine große Anzahl von Anlagen platziert wurden. Diese weisen vor allem im Winter bei tiefstehender Sonne von Niesitz aus einen Stoposkop-Effekt auf. Durch die bereits platzierten Windräder, die nahezu alle auch auf der Gemarkung Ebnat gebaut wurden, ist die Belastung der in Niesitz lebenden Mitbürger nach meiner Meinung bereits ausgereizt.	Wird nicht gefolgt Windenergieanlagen führen bei klaren Wetterbedingungen durch den bewegten Anlagenrotor zu optischen Immissionen und können dadurch als Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.
lfd. Ident-Nr.: 445 Privat Stn-Id: 217	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2200 Ich bitte Sie, die angeführten Punkte bei der weiteren Planung zu berücksichtigen.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Das Vorranggebiet 54 "Ebnat" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Der Gebietszuschnitt wurde dennoch optimiert und zwei südliche Teilbereiche aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange (inkl. Entlastung der Raumschaft, An- und Abflug des Flugplatzes Aalen-Elchingen, Windhöffigkeit) zurückgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 446 Privat Stn-Id: 157	Kartenteil VRG 61 Erweiterung Falkenberg	BE-ID: 628 als Bürgerin von Bartholomä, ein Dorf im Ostalbkreis, welches von den geplanten Erweiterungen der Windkraftanlagen enorm betroffen ist, möchte ich mich hier beteiligen und Stellung zu Ihren Vorhaben nehmen. Bartholomä liegt mitten in wunderschöner Natur. Wir sind umrundet von großen und artenreichen Wäldern und einigen Landschaftsschutzgebieten und sind daher ein staatlich anerkannter Erholungsort. Bei einer Infoveranstaltung zu den geplanten Teilfortschreibungen der Windkraftanlagen wurde bekannt, dass es in Planung ist, nahezu in jeder Himmelsrichtung um Bartholomä neue Windkraftanlagen zu errichten. Hierfür müssten sämtliche noch	Die gegebenen Informationen und Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Das verbindlich vorgegebenen Teilflächenziel gemäß § 20 KlimaG wird für die Region Ostwürttemberg mit den bestehenden und geplanten Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfüllt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		zusammenhängende Waldgebiete um uns herum durchschnitten und zerstört werden. Bereits jetzt ist das Flächenziel des Landes von 1,8 Prozent für Windkraft mit den bestehenden 1,5 Prozent fast erreicht. Es fehlen nur noch 0,3 Prozent. Der Regionalverband plant jedoch mit weiteren 2,1 Prozent und schießt dadurch über das Ziel weit hinaus. Bartholomä hat eine kleine Gemeindegrenze, an der bereits die angrenzenden Landkreise ihre Windräder aufgestellt haben und aufstellen wollen. So stehen bereits im Vorranggebiet 58 bei Lauterburg 5 Windräder und im Vorranggebiet 61 bereits 19 Windräder. An keinem einzigen Tag sind alle dieser Windräder in Betrieb. An einem Tag wie heute drehen sich von den 19 Windräder im Vorranggebiet 61 an einem Arbeitstag nur 5 Stück. Wieso sollen noch mehr Windräder dazukommen, wenn bereits jetzt nicht alle vorhandenen Ressourcen genutzt werden? Wäre es nicht sinnvoller, in die bereits vorhandenen Windräder und deren Wartung und Instandhaltung zu investieren, anstatt noch mehr wertvolle Wälder für neue Windräder zu zerstören? Wir als Bürger eines kleines Dorfes, welches die Windräder dreier Landkreise in unmittelbare Nähe bekommen soll, sollen dabei zuschauen wie die ganze Natur um uns herum zerstört wird? Ein Erholungsort von Windrädern umzingelt?	Ob und inwiefern das gesetzlich geforderte Mindestflächenziel überschritten wird, obliegt der Entscheidung des politischen Gremiums (Verbandsversammlung) des Regionalverbandes Ostwürttemberg. Aufgrund des o.g. Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete - wie im vorliegenden Fall: Umgebung von Bartholomä - zu verzichten. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 EEG ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind dabei nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 EEG weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Hinsichtlich der in der Stellungnahme angesprochenen Waldgebiete wird darauf verwiesen, dass ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt wurden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Auf das Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff. wird hingewiesen. Weiterhin besteht für die Inanspruchnahme der Waldflächen das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung. Auch das Kriterium "Überlastungsschutz" wurde einschlägig geprüft. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Die Überlastung von Teilräumen kann abschließend erst bei fortgeschrittenem Planungskonzept bewertet werden, was in der Region Ostwürttemberg nach Abschluss der 1. Anhörung der Fall ist. Im Rahmen der Überarbeitung des Planungskonzeptes wurde das genannte Modell zur Bewertung möglicher Überlastungen angewendet und der Raum Bartholomä dezidiert geprüft. Gemäß des Prüf- und Bewertungsmodells liegt für den Bereich Bartholomä selbst bei Einbeziehung der Planungen der Nachbarregion Verband Region Stuttgart keine faktische Überlastungssituation vor. Der Regionalverband erkennt

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			jedoch die potenzielle Belastung in dieser Raumschaft. In Verbindung mit anderen Abwägungsbelangen und u.a. um die Raumschaft im Grenzbereich zu entlasten, wird das Vorranggebiet 61 "Erweiterung Falkenberg" im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weitergeführt. Weiterhin dient die Teilfortschreibung der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Der Betrieb einzelner Windenergieanlagen oder -parke ist nicht Regelungsgegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht der vorliegenden Anhörung.
lfd. Ident-Nr.: 446 Privat Stn-Id: 157	Kartenteil VRG 61 Erweiterung Falkenberg	BE-ID: 630 Bereits seit Bekanntwerden der Planung sind die Gebäudepreise gefallen und bei Wohnungen das vermieten schwieriger geworden. Bartholomä wird sowohl für die Bewohner selbst, als auch für Wanderer, Langläufer, und alle Naturliebhaber unattraktiv und hässlich. Sollen die Bürger von Bartholomä für ein Vorhaben geopfert werden, das auch noch die Natur um uns herum zerstört? Wie viel grünen Strom kann ein Windrad produzieren, dass so eine weitreichende Zerstörung von Wald und Wiese zu gerechtfertigt werden kann?	Die Teilfortschreibung dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Beurteilung des Immobilienwertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob Wertminderungen durch Windenergieanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls, insbesondere im Falle eines tatsächlichen Verkaufs der Immobilie ab. Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass der Wert und die Preisentwicklung von Immobilien von ökonomischen und demografischen Einflüssen dominiert werden und nicht von Windenergieanlagen. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kaum möglich, den Anstieg oder den Rückgang des Verkehrswertes eines bebauten oder unbebauten Grundstücks auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen (s. Landtag von Baden-Württemberg (2019): Kleine Anfrage des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Wertminderung von Immobilien infolge von Windkraftanlagen II (Drucksache 16 / 5820), 26. Februar 2019, Stuttgart (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5820_D.pdf).Daher und wegen des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ist es aus Sicht des Regionalverbands weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen.
lfd. Ident-Nr.: 446 Privat Stn-Id: 157	Kartenteil VRG 61 Erweiterung Falkenberg	BE-ID: 631 Wälder sind ein ökologisches Gesamtsystem und sie leiden enorm unter den breiten Schneisen und den riesigen Kahlschlägen, die für den Bau eines einzigen Windrads notwendig sind. Das Waldgebiet Falkenberg/ Schöner Berg ist bereits jetzt ein Netzwerk aus Straßen und Wegen, auf denen nie wieder etwas wachsen kann.	Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Dabei ist unser Wald der wichtigste Helfer im Kampf gegen das CO2 in unserer Umwelt. Unser natürlicher Klimaschutz wird zerstört um weitere unnötige Windkraftanlage zu erstellen, die dann neben den anderen stehen, die Natur völlig zerstört haben und dennoch nicht in Betrieb sind?! Für Wildtiere und Vögel werden Lebensräume zerstört und durchschnitten. Wofür?	Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Auf das Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff. wird hingewiesen. Zum Umfang der Waldinanspruchnahme: Gemäß Fachagentur Wind an Land zeigen aktuelle Erhebungen, dass für die Dauer des Betriebes von Windenergieanlagen (WEA) durchschnittlich ca. 0,48 Hektar für den Betrieb einer WEA gerodet werden müssen. Hiervon entfallen ca. 0,05 ha auf die Versiegelung für das Fundament. Während der Bauphase sind zusätzlich ca. 0,47 ha freizuhalten, die nach Abschluss der Bauphase dann wieder aufgeforstet werden (Fachagentur Wind an Land 2024: Entwicklung der Windenergie im Wald.- Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Forstflächen in den Bundesländern.- Analyse.- S. 15f). Für die Inanspruchnahme der Waldflächen besteht das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung. Hinweis zur CO2-Bilanz von Windenergieanlagen: 0,4 bis 0,5 ha Wald nimmt rund 2,2 bis 2,75 Tonnen CO2 pro Jahr auf (Umweltbundesamt 2021a/b: 2). Dagegen steht die jährliche CO2-Vermeidung einer Windenergieanlage von 4.200 Tonnen. Die CO2-Einsparung durch Windenergieanlagen ist somit um ein Vielfaches höher (Umweltbundesamt 2021a: 2). Quellen: Umweltbundesamt 2021a: Themenpapier.- Windenergie im Wald; Umweltbundesamt 2021b: Themenpapier.- Ökobilanz der Windenergieanlagen an Land. Des Weiteren sind bekannte, besonders sensible, stetige Lebensräume geschützter Arten, welche häufig bereits Teil geschützter Lebensräume (Biotope, Naturschutzgebiete, FFH-Mähwiesen, etc.) sind und den gesetzlichen Schutzanforderungen unterliegen, im Rahmen der Planungskriterien berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen sind. Die strategische Umweltprüfung umfasst u.a. Maßnahmen, welche auch bei erst späterem Kenntniserlang des Vorkommens einer geschützten Art zu einer Vermeidung bzw. Minimierung der Beeinträchtigung führen. Die Prüfung möglicher Beeinträchtigung geschützter Arten ist erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte möglich. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung.
lfd. Ident-Nr.: 446 Privat Stn-Id: 157	Kartenteil VRG 61 Erweiterung Falkenberg	BE-ID: 633 Für willkürlich gesteckte Ziele der Politik und für die Kassen der Landkreise und Städte, die aus dem Bau der Windräder Profit schlagen? Wie kann so etwas von einer „grünen Regierung“ unterstützt werden? Von Klimaschutz kann hier definitiv nicht die Rede sein. Es ist mir durchaus bewusst, dass wir Alle für den Klimaschutz unseren Energieverbrauch umgestalten müssen und dass wir Alle Opfer bringen müssen, um unsere Umwelt zu retten. Aber als Bürgerin von Bartholomä bin ich nicht bereit, genau das Gegenteil zu tun und unseren natürlichen Klimaschutz und unsere Natur um Bartholomä für diese Vorhaben der Regionalverbände zu opfern.	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient der Steuerung und raumordnerischen Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen sowie dem Erreichen des gesetzlich festgelegten Flächenbeitragswerts (vgl. § 20 KlimaG BW). Die o.g. gesetzlichen Grundlagen, die genaue gesetzliche Ausgestaltung der Energiewende und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung.
lfd. Ident-Nr.: 446 Privat Stn-Id: 157	Kartenteil VRG 61 Erweiterung Falkenberg	BE-ID: 634 Ich fordere Sie daher dazu auf, insbesondere den Überlastungsschutz für Bartholomä, den Sinn der Zerstörung heimischer Wälder und auch die Abstände zu bestehenden Naturschutzgebieten und Wohngebäuden nochmal zu überdenken.	Das Kriterium "Überlastungsschutz" wurde einschlägig geprüft. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Auf die Abwägung zur BE ID 628 dieser Stellungnahme und den erläuterten Umgang mit der Belastung für die Raumschaft Bartholomä wird verwiesen. Hinsichtlich der Anregung "Zerstörung heimischer Wälder" wird auf die

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Abwägung zur BE ID 631 dieser Stellungnahme verwiesen. Weiterhin wurden die im Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigten Abstände zu Naturschutzgebieten und Siedlungsbereichen von dem politischen Gremium des Regionalverbandes - der Verbandsversammlung - in öffentlicher Sitzung am 15.12.2023 mit Beschluss des Kriterienkatalogs mehrheitlich beschlossen und für die Festlegung der Vorranggebiete angewandt. Die weitere Berücksichtigung dieser Belange auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 453 Privat Stn-Id: 192	Anhang B der SUP: Gebietssteckbriefe VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 754 Mit dieser Stellungnahme erhebe ich Einspruch gegen die Ausweisung der Fläche 68/1 als Vorrangfläche für Windenergie. Die Gründe für meinen Einspruch habe ich in der Anlage detailliert dokumentiert.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 453 Privat Stn-Id: 192	Anhang B der SUP: Gebietssteckbriefe VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 755 Zusammenfassung: In ihrer Strategischen Umweltprüfung (SUP) für Gebiet 68/1 klassifizieren Sie das Gebiet gesamtheitlich als „sehr konfliktbehaftet“. Neben den dort bereits angeführten Auswirkungen auf die Schutzgüter können Sie in meiner Stellungnahme noch weitere Aspekte finden	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 453 Privat Stn-Id: 192	Anhang B der SUP: Gebietssteckbriefe VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 756 die Flugsicherheit und der 450MHz Funk,	Die Belange der Luftfahrt und des Flugverkehrs sind im Planungskonzept der Teilfortschreibung berücksichtigt (s. Kriterienkatalog). In Rücksprache mit der zuständigen Luftfahrtbehörde (Regierungspräsidium Stuttgart, Referat 46.2 – Luftverkehr und Luftsicherheit) ergibt sich durch das geplante Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" keine Betroffenheit luftfahrttechnischer Belange. Richtfunktrassen werden im nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) geprüft und berücksichtigt, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Hierzu wurden entsprechende Hinweise in die Gebietssteckbriefe der Vorranggebiete aufgenommen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 453 Privat Stn-Id: 192	Anhang B der SUP: Gebietssteckbriefe VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 757 die zusätzliche Belastung von Oggenhauser Flur und Bevölkerung durch vermehrte Übertragung von Autobahnlärm und -schmutz, Hell-Dunkel-Wechsel (Schattenschlag), Rotorblätterabrieb, Fluglärm und den Verlust eines regionalen Naherholungsgebietes.	Zu der in der Stellungnahme aufgeführten Thematik "Lärm": Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Anlagentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage. Inwieweit eine "vermehrte Übertragung von Autobahnlärm und -schmutz" durch potenzielle Windenergieanlagen möglich ist, kann auf Ebene der Regionalplanung weder geprüft noch beantwortet werden. Weiterhin ist das in der Anregung aufgeführte Thema "Fluglärm" nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung. Zum Thema "Schattenschlag": Windenergieanlagen führen bei klaren Wetterbedingungen durch den bewegten Anlagenrotor zu optischen Immissionen und können dadurch als Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Hinsichtlich der Bedenken zum Rotorblätterabrieb: An den Rotoren von Windenergieanlagen kommt es aufgrund von Umwelteinflüssen (UV-Strahlung, Wind, Temperaturwechsel u.a.) zu Erosion und in Folge zur Freisetzung von Mikroplastik, welches sich in der Umwelt ablagert. Nach einer Kurzinformation der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages (WD 8 - 3000 - 077/20 (8. Dezember 2020)) wird ein Maximalabtrag von ca. 1.400 t/a für alle ca. 31.000 Windkraftanlagen in Deutschland geschätzt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit liegt der tatsächliche Wert gem. IMES deutlich niedriger. Im Vergleich mit den vom Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik (UMSICHT) ermittelten Werte z.B. für Kunststoffemissionen in Form primären Mikroplastiks für Reifenabrieb (102.090 t/a) oder von Schuhsohlen (9.047 t/a) ist die Belastung durch Windenergieanlagen somit sehr gering Eine signifikante Erhöhung der Umweltbelastung durch Mikroplastik und eine Gesundheitsgefährdung des Menschen durch den Abrieb ist nicht belegt. Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind zudem nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Fragen der verwendeten Baustoffe werden im Vorhabenzulassungsverfahren für die konkret beabsichtigten Anlagen geprüft und nachgewiesen und ggfls. werden Auflagen festgesetzt. Die vorliegende Teilfortschreibung dient der Steuerung und raumordnerischen Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen sowie dem Erreichen des gesetzlich festgelegten

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Flächenbeitragswerts von 1,8 % der Regionsfläche für Windenergie an Land (s. Abschnitt 1 dieses Dokuments). Wenn dieser Flächenbeitragswert nicht erreicht wird, gelten nach Ablauf des jeweiligen Stichtags die Rechtsfolgen des § 249 Abs. 7 Baugesetzbuch, d.h. Windenergieanlagen wären im Außenbereich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 Baugesetzbuch privilegiert zulässig und Darstellungen in Flächennutzungsplänen, Ziele der Raumordnung sowie sonstige Maßnahmen der Landesplanung könnten einem Vorhaben nach § 35 Absatz 1 Nummer 5, das der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dient, nicht entgegengehalten werden. Räumliche Steuerungsoptionen auf regionaler und kommunaler Ebene, wo Windenergieanlagen errichtet werden können, würden damit hinfällig. Die Steuerungswirkung der vorliegenden Teilfortschreibung ist damit unmittelbar vom Erreichen des Flächenbeitragswerts abhängig. Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie wurde eine sorgfältige Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG durchgeführt und das Gewicht jedes Belangs wurde angemessen berücksichtigt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Zudem ist es aus Sicht des Regionalverbands nicht sinnvoll, an die Abwägung Maßstäbe anzulegen, die zur Unterschreitung des Flächenziels führen, denn dann würde die oben beschriebene Steuerungswirkung des Regionalplans entfallen und dem Anliegen würde gar keine Rechnung mehr getragen werden. Zu den Anregungen/Bedenken zum Naherholungsgebiet: Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 und 21 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 453 Privat Stn-Id: 192	Anhang B der SUP: Gebietssteckbriefe VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 758 Auf Seite 75 der SUP werden neue Vorranggebiete mit einer Fläche von 155,3 ha als „geeignet“ eingestuft und mit einer Fläche von 758,2ha als „bedingt geeignet“. Weitere Gebiete mit einer Fläche von 389,8ha sind zwar als „konfliktbehaftet“ eingestuft, stellen aber eine Erweiterung zu bestehenden Vorranggebieten dar. Von diesen insgesamt 1.303,3ha werden im Regionalverband Ostwürttemberg lediglich noch 650ha benötigt, um die Landesvorgabe von 1,8% zu erreichen. Es ist also gar nicht notwendig, „konfliktbehaftete“ und „sehr konfliktbehaftete“ Gebiete als Vorranggebiete auszuweisen.	Die Strategische Umweltprüfung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 hat zum Ergebnis, dass in dem Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" Konflikte vorhanden sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt und im Falle des genannten Vorranggebietes der Windenergienutzung Vorrang eingeräumt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			eingeräumt. Die in der Strategischen Umweltprüfung ermittelten Beeinträchtigungen werden im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) überprüft und durch Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung, Ausgleich bzw. Kompensation auf ein rechtskonformes Maß gebracht. Darüber hinaus führt die Reduzierung des Gebiets 68 "Giengen an der Brenz" im 2. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 zu einer Neubetrachtung und -bewertung der umweltfachlichen Belange im Rahmen des Umweltberichts.
lfd. Ident-Nr.: 453 Privat Stn-Id: 192	Anhang B der SUP: Gebietssteckbriefe VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 759 Ich bitte daher darum, Gebiet 68/1 aus der Vorrangflächenplanung Teilfortschreibung Windenergie 2025, Regionalplan Ostwürttemberg zu entfernen.	Wird nicht gefolgt Das genannte Teilgebiet 68/1 wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst/reduziert. Das Gebiet ist allerdings für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb es im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg mit angepasstem Gebietszuschnitt weitergeführt wird.
lfd. Ident-Nr.: 453 Privat Stn-Id: 192	Anhang B der SUP: Gebietssteckbriefe VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 2230 Windleistungsdichte / Windhöffigkeit lt. Windatlas suboptimal Das Vorranggebiet 68/1 (eingezeichnet in blau… nicht maßstabsgetreu) befindet sich lt. Windatlas in einem Gebiet mit mittlerer Gekappter Windleistungsdichte von 145-190W/m². --- Abb. Auszug Übersichtskarte Windatlas s. Anlage zur Stn. --- Lt. Windatlas entspricht dies bzgl. Windhöffigkeit nicht einer geeigneten Fläche in 160m über Grund. --- Abb. Auszug Berechnungsmethodik Energieatlas s. Anlage zur Stn. --- Es ist nicht nachvollziehbar wie die im Anhang zu 4.2.2 für Gebiet 68 dokumentierte Windhöffigkeit von 160-215W/m² ermittelt wurde da der als Quelle angeführte Windatlas in 160m einen anderen, geringeren, Wert ausweist (und zwar 145-190W/m² - siehe Grafik oben). n der SUP wird in diesem Zusammenhang auf S. 95 der nachhaltige Umgang mit der Ressource Fläche in Frage gestellt. Dort heißt es: „durch die Nutzung von Räumen mit einer geringen Windhöffigkeit bedarf es letztlich mehr Anlagen und Gebiete, um die energiepolitischen Ziele zu erreichen. Hierdurch werden Landschaften unnötig in Anspruch genommen.“ In ihrem Dokument „Teilfortschreibung Windenergie 2025 Regionalplan Ostwürttemberg, Plansätze mit Begründung“ steht auf Seite 5f zu lesen: --- Abb. Auszug Plansätze mit Begründung s. Anlage zur Stn. ---	Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung und damit der Flächensicherung gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Berücksichtigung der mittleren gekappten Windleistungsdichte bei den Planungskriterien dient der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Im Ergebnis stellt der Windatlas eine für die Region Ostwürttemberg durchschnittlich gute bis sehr gute Windleistungsdichten dar und bescheinigt ihr damit eine grundsätzliche Eignung für die Windenergienutzung. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen). Dem Regionalverband wurde für das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" (Teilgebiet 1), welches laut Windatlas einer geringeren Windhöffigkeit (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) unterliegt, ein rechnerischer Nachweis vorgelegt, welcher eine höhere Windhöffigkeit belegt, als im Windatlas dargestellt ist. Dieser Nachweis und die Interessensbekundung der Stadt Giengen zum Gebiet belegen die faktische und wirtschaftliche Umsetzbarkeit von Windenergievorhaben und das konkrete Umsetzungsinteresse in diesem Gebiet (Teilfläche 1). Damit wird das benannte Vorranggebiet als vollziehbar gewertet.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Liegt ein derartiger schriftlicher Nachweis über die wirtschaftliche Darstellbarkeit eines Windenergievorhabens für das Gebiet 68/1 vor und erfüllt es somit die Voraussetzung für die Ausweisung als Vorranggebiet mit mittl. gekappter Windleistungsdichte <190 W/m²? Die Standortgüte des Gebietes ist lt. Energieatlas für alle drei auswählbaren Anlagen in 160m Höhe <0,6. Laut einer bundesweiten Ausarbeitung der Fachagentur Windenergie über Standortqualitäten in Windkraftanlagen 2014 – 2016 wurden lediglich ca. 3% der Windkraftanlagen (WKA) in Gebieten mit Standortgüte <60% ermittelt. (Quelle: FA-Wind_WEA Standortqualitaeten_AnlReg_05-2016.pdf (fachagentur-windenergie.de) , Absatz 5.2) --- Abb. Auszug Windatlas s. Anlage zur Stn. --- Erst ab einer Berechnungshöhe von 200m über Grund verschiebt sich – lt. Energieatlas – die Standortgüte und damit auch der angenommene Jahresertrag. Das würde lt. meinem Verständnis entweder bedeuten, dass die WKA höher als 160m Nabenhöhe gebaut werden müssen, oder dass das Aufstellen von WKA in diesem Gebiet für einen Investor nicht rentabel ist. Mit zunehmender Höhe und größerem Rotordurchmesser erhöhen sich auch die physikalischen Effekte einer solchen WKA (Stömungsverhalten/Luftverwirbelung, Schattenschlag, Infraschall, etc.), sie erfordern größere Fundamente mit mehr Bodenverdichtung und der Abstand auf bewohntes Gebiet muss ggf. neu ermittelt werden. Die Auswirkungen auf Mensch und Natur, im SUP als „zu untersuchende Schutzgüter“ aufgeführt, ist somit unbekannt und kann nur vermutet werden. Aus diesem Grund ist das Vorranggebiet 68/1 abzulehnen.	
lfd. Ident-Nr.: 453 Privat Stn-Id: 192	Anhang B der SUP: Gebietssteckbriefe VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 2231 Angrenzende Gemeinde Oggenhausen direkt betroffen Das Vorranggebiet 68/1 befindet sich ca. 1,1km südlich von Oggenhausen. --- Abb. Auszug Hintergrundkarte LUBW Kartenserver s. Anlage zur Stn. --- Aufgrund der Lage ca. 1km südlich von Oggenhausen haben die Einwohner, zu welchen ich ebenfalls zähle, vermutlich folgende Auswirkungen zu erwarten: Lt. der Heidenheimer Messstation (Messwerte der letzten 12 Monate) weht der Wind meist aus SW bzw. NW. --- Abb. Auszug AWEKAS Stationsweb Heidenheim s. Anlage zur Stn. --- Der Rotor einer WKA ist dementsprechend in diese Richtung/en ausgerichtet, was – aus Blickpunkt Oggenhausen – einen fast vollständig sichtbaren Rotordurchmesser bedeutet. Die WKA würde bei SW-Wind die Geräusche und Feinstaubbelastung der	Wird zur Kenntnis genommen. Auf die Abwägung der BE ID 757 dieser Stellungnahme wird hingewiesen. In genannter Abwägung wird auf die ihier nochmals aufgeführten Themen, Anregungen und Bedenken einzeln und im Detail eingegangen. Weiterhin begründet sich die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für Ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung zwischen dem Interesse der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		naheliegenden Autobahn BAB 7 auf Oggenhauser Felder, Wälder und Wohngebiete verteilen was eine zusätzliche Belastung für Mensch und Natur zur Folge hat. Ebenso wird sich der Abrieb der Rotorblätter (Freisetzung von Mikroplastik, Quelle: https://www.bundestag.de/resource/blob/817020/27cf214cfbeaac330d3b731cbbd8610b/WD-8-077-20-pdf-data.pdf) und im Falle eines Brandes / Abbruchs auch die Glasfaser / Epoxidharz Verbindung über Oggenhauser Flur verteilen. Dies stellt eine direkte Bedrohung für Mensch und Natur dar. Anmerkung: Rotorblätter aus Glasfasern (GFK) werden mit Epoxidharzen verklebt. Darin enthalten sind giftige Stoffe wie Bisphenol A. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat daher dieses Material als ähnlich krebserregend eingestuft wie das inzwischen verbotene Asbest. Quelle: http://thinkaero.de/rotorblatter#:~:text=Rotorbl%C3%A4tter%20aus%20Glasfasern%20(GFK)%20werden,wie%20das%20inzwischen%20verbotene%20Asbest.) Betrachtet man eine Schwachwindanlage (Nabenhöhe 160m, Rotordurchmesser 160m, z.B. Enercon E-160 EP5) bezüglich Einfügung in die Landschaft und Auswirkung auf die Einwohner des Ortes Oggenhausen so lässt sich Folgendes anmerken: Der Einfallswinkel der Sonne schwankt im Jahresverlauf zwischen ca. 15,5° (Winter) und 62,5° (Sommer). Berechnet man die Länge des Schattens für eine 240m hohe Anlage (160m Nabe plus halber Rotordurchmesser von 80m) so ergibt sich ein Wert von 865m (Winter) und 125m (Sommer). Obwohl dieser Schattenwurf nicht bis in die Wohngebiete reicht ist dennoch mit einer visuell wahrnehmbaren Störung durch den andauernden Wechsel zwischen Hell und Dunkel zu rechnen. Viele Oggenhauser haben ihre Balkone / Wohnzimmer in südlicher Richtung. Der Hell/Dunkel-Wechsel / Schattenschlag würde das Wohlbefinden der Bevölkerung stark beeinträchtigen. --- Abb. Auszug Schattenwurf berechnen s. Anlage zur Stn. ---	Windenergienutzung und entgegenstehenden räumlichen Nutzungsansprüchen bzw. -interessen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Der wissenschaftliche Konsens weist auf, dass durch Windenergieanlagen mit Schutzabständen zur Wohnbebauung keine allgemeine Gesundheitsgefahr gegeben ist. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung des Schutzgutes Mensch, insbesondere der menschlichen Gesundheit, wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch auf. Die berücksichtigten Ausschluss- und Konfliktkriterien hinsichtlich des Schutzgutes Mensch sind angesichts der Maßgaben des § 2 EEG auf regionaler Planungsebene ausreichend. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen eingegrenzt und im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) detailliert geprüft. Dabei werden sowohl Schallemissionen als auch andere potenziell schädliche Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 453 Privat Stn-Id: 192	Anhang B der SUP: Gebietssteckbriefe VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 2232 WKA in einer solchen Nähe zu Wohngebieten führen zu einer erheblichen Wertminderung und machen die Baugrundstücke für Bauinteressenten unattraktiver. Der Ausblick in Richtung Süden würde durch errichtete WKA gestört. In genau dieser Blickrichtung jedoch zeigt sich immer wieder eine wunderschöne Alpenkulisse. Den Oggenhauser Bürgern diesen besonderen Anblick zu nehmen ist nicht	Die Teilfortschreibung dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Beurteilung des Immobilienwertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob Wertminderungen durch Windenergieanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls, insbesondere im Falle eines tatsächlichen Verkaufs der Immobilie ab. Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass der Wert und die Preisentwicklung von Immobilien von ökonomischen und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		hinnehmbar! In Dettingen lag 2013 (?) ein ähnlicher Fall vor, damals wurde sich dort gegen die Planung der WKA-Fläche entschieden um den Ausblick in Richtung Süden nicht zu verbauen. Viele Oggenhauser Bürger und auswärtige Gäste nutzen das Gebiet welches zum „Vorranggebiet 68/1“ erklärt wurde zur Naherholung. Der „Holzweg“ führt durch dieses Gebiet. Sowohl junge Familien mit Kinderwägen als auch Senioren spazieren auf dem ausgewiesenen Rundwanderweg von Oggenhausen über den „Skaterplatz“ (Spielplatz Bohnenfeld) zur historischen Franzoseneiche (Naturdenkmal), weiter durch den Wald in Richtung Rötenberg. Der kleine Abstecher zur Schmaudersgrube wird gerne genutzt um dort zu rasten, die schönen Seerosen zu bewundern oder den Fischen zuzusehen (Biotop). Weiter geht es zum Spielplatz am „Stuhl“ und dann zurück nach Oggenhausen. Die verschiedenen Stationen werden von Oggenhauser Bürgern gepflegt, die Schüler bemalen die Holzkatzen welche am Wegesrand den Wanderer begleiten. Es finden sich Geocaching spots und von Wanderern für Wanderer bemalte „Waldgeister“ entlang des Weges. Kinder lieben diesen Weg, weil es neben den erwähnten Spielplätzen auch immer etwas zu entdecken gibt. Der Holzweg ist offiziell als Tourismusaktivität der Heidenheimer Brenzregion und auf der Internetseite der Seniorenakademie geführt. --- Abb. Auszug Internetseite Heidenheimer Brenzregion s. Anlage zur Stn. --- Auch die Einwohner der Gemeinde Giengen nutzen die große zusammenhängende Waldfläche, die die Vorranggebiete 68/1 + 68/2 umfasst, als willkommenes Erholungsgebiet. In der ausgewiesenen Waldfläche befindet sich ein Sportpfad mit Grillstelle, der sehr gern genutzt wird und von den Senioren des Turn- und Sportvereins mit viel Engagement und stetig in Schuss gehalten wird. Mehrere Wander- und Radwege, einschließlich eines Jacobs-Weges laufen durch das Gebiet 68 bzw. direkt am Gebiet entlang. Eine Überbauung mit WKA wird den Erholungswert des gesamten Gebietes einschließlich der Rad- und Wanderwege, Spielplätze, Sport- und Grillstätten und der Landschaft mindern und die positive Entwicklung im Tourismus beeinträchtigen. Ich persönlich verliere meinen Erholungsraum und die Lebensqualität in meiner Heimat.	demografischen Einflüssen dominiert werden und nicht von Windenergieanlagen. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kaum möglich, den Anstieg oder den Rückgang des Verkehrswertes eines bebauten oder unbebauten Grundstücks auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen (s. Landtag von Baden-Württemberg (2019): Kleine Anfrage des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Wertminderung von Immobilien infolge von Windkraftanlagen II (Drucksache 16 / 5820), 26. Februar 2019, Stuttgart (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5820_D.pdf).Daher und wegen des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ist es aus Sicht des Regionalverbands weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen. Des Weiteren liegt die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang "[gestörter] Ausblick in Richtung Süden" kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Zu den Erholungsbereichen im Bereich des Vorranggebiets 68: Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Die darüber hinausgehenden Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 453 Privat Stn-Id: 192	Anhang B der SUP: Gebietssteckbriefe VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 2233 Wie im Abschnitt „sonstige Infrastrukturbelange“ näher ausgeführt würde eine Errichtung von WKA im Gebiet 68/1 eine Verlegung der An-/Abflugrouten des Flugplatzes Giengen nach Norden bedingen. Diese würden dann über Oggenhausen verlaufen. Neben dem Lärm der Autobahn (im W), der Belastung durch die Hochspannungstrasse (im O), den dann entstehenden WKA (im S) hätten die Oggenhauser Bürger zusätzlich mit vermehrtem Fluglärm zu rechnen!	Die Belange der Luftfahrt und des Flugverkehrs sind im Planungskonzept der Teilfortschreibung berücksichtigt (s. Kriterienkatalog). In Rücksprache mit der zuständigen Luftfahrtbehörde (Regierungspräsidium Stuttgart, Referat 46.2 – Luftverkehr und Luftsicherheit) ergibt sich durch das geplante Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" keine Betroffenheit luftfahrttechnischer Belange.
lfd. Ident-Nr.: 453 Privat Stn-Id: 192	Anhang B der SUP: Gebietssteckbriefe VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 2234 Die gesundheitlichen Risiken, die von WKA ausgehen, werden in meinen Augen in der Planung nicht ausreichend berücksichtigt. Infraschall, Schattenwurf/-schlag, Lärm und Abrieb/Abbruch sind ernst zu nehmende Gefahren für meine Lebensqualität und die meiner Mitbürger. Kopfschmerzen, Müdigkeit, Herz-Kreislaufprobleme können auftreten. Betroffene sind mitunter gezwungen ihre Heimat zu verlassen.	In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden zwischen Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen und bspw. Wohngebieten Umgebungsabstände eingehalten, um den Menschen vor erheblichen, potenziell schädlichen Einflüssen zu schützen. Im nachfolgenden Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) wird die Einhaltung der Mindestabstände zu Siedlungsbereichen und der immissionsschutzrechtlichen Belange bei Vorliegen konkreter Anlagenstandorte geprüft. --> auf die Abwägung der BE ID 757 wird hingewiesen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Weitergehende Forderungen nach dem Erhalt einer objektiv vorhandenen oder subjektiv wahrgenommenen Wohn- und Lebensqualität gehen über den gesetzlichen Immissionsschutz- und den regionalplanerischen Vorsorgeanspruch hinaus. Die Beurteilung der Lebensqualität wird von verschiedenen Faktoren bestimmt, z.B. dem materiellen Lebensstandard, der Bildung, den Berufschancen, dem sozialen Status, der Gesundheit, der den Wohnort umgebenden Natur. Die Gewichtung dieser Faktoren ist subjektiv und kann sich von Person zu Person stark unterscheiden. Auch die Wohnqualität kann mangels objektiver Maßstäbe nicht allgemeingültig definiert werden. Windenergieanlagen können einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und - unabhängigkeit Deutschlands leisten und damit mittelbar zum Erhalt der Lebensqualität beitragen bzw. Beeinträchtigungen der Lebensqualität vermeiden. Je nach Einstellung des Individuums zum Thema Windenergienutzung kann die Sicherung der Vorranggebiete für Windenergie im räumlichen Umfeld zum eigenen Wohnort daher ebenso positiv wie negativ zur Wohn- und Lebensqualität beitragen. Fragen zur Wohn- und Lebensqualität von Einzelpersonen können auf regionalplanerischer Ebene daher weder beeinflusst noch beurteilt werden und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Die Teilfortschreibung dient der Flächensicherung für die Windenergienutzung gemäß dem gesetzlichen Planungsauftrag.
lfd. Ident-Nr.: 453 Privat Stn-Id: 192	Anhang B der SUP: Gebietssteckbriefe VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 2235 Eine Bürgerinformationsveranstaltung in Oggenhausen fand nicht statt!	Der Regionalverband Ostwürttemberg führte zu Beginn der ersten formellen Anhörung drei öffentliche Informationsveranstaltungen in der Region (Ellwangen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd) durch. Weiterhin wurde in kommunalen Gremien über die Teilfortschreibung Windenergie 2025 informiert.
lfd. Ident-Nr.: 453 Privat Stn-Id: 192	Anhang B der SUP: Gebietssteckbriefe VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 2236 Sonstige Infrastrukturbelange: Auf dem Oggenhauser Wasserturm wurden kürzlich drei Funkantennen für die 450MHz Frequenz installiert, welche eine hochverfügbare Kommunikation für kritische Infrastruktur (Energie- , Wasserwirtschaft etc.) darstellt. Ein störungsfreier Funkverkehr muss ermöglicht werden. Die Kommunikation zwischen den einzelnen Standorten findet mittels Richtfunk statt. Eine der Antennen hat lt. Bundesnetzagentur eine Hauptstrahlrichtung von 195°, was einer S-SSW Richtung entspricht. Genau in dieser Richtung liegt aber das Vorranggebiet 68/1. Inwieweit eine WKA den Richtfunk der 450MHz Frequenz stört sollte im Interesse der öffentlichen Sicherheit dringend untersucht werden! Für Details können die Stadtwerke Heidenheim bzw. die Bundesnetzagentur kontaktiert werden. --- Abb. Auszug BNetzA s. Anlage zur Stn. ---	Richtfunktrassen werden im nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) geprüft und berücksichtigt, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Hierzu wurden entsprechende Hinweise in die Gebietssteckbriefe der Vorranggebiete aufgenommen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Hinweis: Die Bundesnetzagentur sowie die Stadtwerke Heidenheim und weitere Richtfunkbetreiber wurden im Rahmen der 1. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 als Träger öffentlicher Belange beteiligt. Die Belange der Luftfahrt und des Flugverkehrs sind im Planungskonzept der Teilfortschreibung berücksichtigt (s. Kriterienkatalog). In Rücksprache mit der zuständigen Luftfahrtbehörde (Regierungspräsidium Stuttgart, Referat 46.2 – Luftverkehr und Luftsicherheit) ergibt sich durch das geplante Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" keine Betroffenheit luftfahrttechnischer Belange.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Das Autobahnpolizeirevier Oggenhausen verfügt über einen Hubschrauberlandeplatz (s. Grafik unten; blaues X auf der zweiten Grafik). In Giengen befindet sich ein Flugplatz (rotes X). Der 3-km-Radius beider Stellen liegt über dem Vorrangebiet 68/1. Welchen Einfluss die zukünftigen WKA auf die Flugsicherheit haben kann ich nicht einschätzen. Dazu gibt es sicher Untersuchungen und Gutachten, die in die Entscheidung zu Gebiet 68/1 beachtet werden müssen. --- Abb. Auszug BNetzA & Abb. Kartenauszug s. Anlage zur Stn. --- Sollten WKA in Gebiet 68/1 errichtet werden so müssen, lt. Information vom Flugplatz Giengen, die An-/Abflugrouten nach Norden verschoben werden. D.h. der An- und Abflug wird dann direkt über Oggenhausen hinweggehen!	
lfd. Ident-Nr.: 461 Privat Stn-Id: 190	VRG 41 Ellenberg / Jagstzell West	BE-ID: 745 Eine Erweiterung der bestehenden Vorrangfläche durch die geplanten neuen Vorranggebiete Nr 41 und 42 ist abzulehnen.	Wird zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 41 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell West" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung und nach Beratung im Planungsausschuss am 31.01.2025 angepasst. Das Vorranggebiet 42 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell Ost" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 461 Privat Stn-Id: 190	VRG 41 Ellenberg / Jagstzell West	BE-ID: 747 Gründe: -Suchraum ist eines der größten nicht durch öffentliche Straßen zerschnittenes Waldgebiet in BW -Wanderkorridor des Generalwildwegeplans	Ruhige, unzerschnittene Räume und der Generalwildwegeplan (insbesondere Wildtierkorridore) sind im Kriterienkatalog zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 als im Einzelfall zu prüfende Kriterien festgelegt und werden entsprechend berücksichtigt. Korridore des Generalwildwegeplans können in vielen Bereichen bei der konkreten Standortplanung von Windenergieanlagen im nachgelagerten Verfahren berücksichtigt werden. Dafür wird in den Gebietssteckbriefen der betroffenen Vorranggebiete der Hinweis "Wanderkorridor des Generalwildwegeplans (GWP)" eingefügt. Bei dem Vorranggebiet 41 wird der Zuschnitt des Gebiets in Bezug auf den Generalwildwegeplan in Verbindung mit weiteren Abwägungsbelangen angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 461 Privat Stn-Id: 190	VRG 41 Ellenberg / Jagstzell West	BE-ID: 748 -Durch die zusätzliche Ausweisung entsteht eine zusätzliche 2. und 3. Reihe westl. und östl. der bestehenden Anlagen mit einem Abstand von jeweils ca. 1,5 Km D.h. bis jetzt fand die Störung nur Entlang der Autobahn statt, was auch bei der Bevölkerung Akzeptanz fand. Auch der Bau zweier	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		weiterer Windräder im alten Vorranggebiet wurde akzeptiert und unterstützt. Jetzt soll plötzlich ein Industriepark mitten im Wald, mit einem Durchmesser von ca. 3 Km, entstehen.	
lfd. Ident-Nr.: 461 Privat Stn-Id: 190	VRG 41 Ellenberg / Jagstzell West	BE-ID: 749 -Der Einfluß des zu erwartenden Wartungs- und Reparaturverkehrs, die flächigen Lärmimmissionen der Rotorblätter auf das Gesamtökogebiet "unzerschnittenes großes Waldgebiet" wird bis jetzt gar nicht untersucht, d.h. mögliche Auswirkungen auf die Fauna sind bis jetzt nicht abschätzbar.	Wird nicht gefolgt Im Rahmen der Umweltprüfung auf regionaler Planungsebene, als auch bei der Umweltprüfung in den nachgelagerten in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) sind die Auswirkungen auf Natur und Landschaft zu ermitteln, zu bewerten und geeignete Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung und gegebenenfalls Kompensation von Beeinträchtigungen zu ermitteln. In den nachgelagerten Verfahren richtet sich die weitere Prüfung und Abwägung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Im Umweltbericht zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden Vorgehensweise und Ergebnisse der Umweltprüfung im Rahmen des regionalen Planungsverfahrens ausführlich dargestellt.
lfd. Ident-Nr.: 461 Privat Stn-Id: 190	VRG 41 Ellenberg / Jagstzell West	BE-ID: 750 - Die Bevölkerung in der Raumschaft (Teile von Jagstzell, Rechenberg, Matzenbach, Birnhäusle, Breitenbach, Ellenberg) wird überproportional durch die Erweiterung von 8-10 neuen Anlagen mit einer Mindestnabenhöhe von 175 m belastet	Wird zur Kenntnis genommen. Aufgrund der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten und einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umfassung / Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend.
lfd. Ident-Nr.: 461 Privat	VRG 41 Ellenberg / Jagstzell West	BE-ID: 751 -Durch die größeren Rotorblätter, die zudem einteilig sind, gibt	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 190		es Probleme beim Transport im Wald. D.h. es müßen auf den geplanten Trassen fast alle alten Laubbäume (Ei, Bu) entfernt werden, da diese nicht baumunschädlich in der Krone aufgeastet werden können.	hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 461 Privat Stn-Id: 190	VRG 41 Ellenberg / Jagstzell West	BE-ID: 752 - Es bestehen nur geringe Synergieefekte zum alten Vorranggebiet, wie Autobahnausfahrt. (Für Nr 42 nicht nutzbar) - Die alte Stromtrasse wird nicht verwendet, es wird eine komplett neue Stromtrasse Richtung Stimpfach/Crailsheim geplant	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 42 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell Ost" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Die Erschließung des Vorranggebiets 41 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell West" ist ein Detail, welches über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgeht und in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären ist, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Es ist anzunehmen, dass eine teilweise Nutzung der bestehenden Erschließungswege möglich ist. Die Beurteilung der Eignung oder Leistungsfähigkeit Neubau der Strominfrastruktur ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Das Vorhandensein von Leitungstrassen wurde im Planungskonzept als Eignungsaspekt für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen aufgenommen (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Ein Erschließungskonzept für einen geplanten Windpark wird detailliert im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) ausgearbeitet. Die Wirtschaftlichkeit eines Ausbaus von Leitungstrassen und Versorgungswegen sowie der Transport und Wartung der Anlagen liegt im Ermessen des Projektierers/Betreibers. Konkret und abschließend wird das Vorhandensein einer ausreichenden Erschließung im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft.
lfd. Ident-Nr.: 461 Privat Stn-Id: 190	VRG 41 Ellenberg / Jagstzell West	BE-ID: 753 Nachdem dem Regionalverband Ostwürttemberg nur noch 0,3% von der gesetzlichen Vorgabe von 1,8% der zu planenden Vorrangfläche fehlt (das sind ca 642 ha), ist es nicht nachvollziehbar das der Regionalverband weitere 2,1% oder 4537 ha Suchräume für Vorranggebiete Windkraft ausgewiesen hat. Das ist das 7-fache von dem was gesetzlich eingefordert wird. Es sollten	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		nur Fortschreibungen von Vorranggebieten vorgenommen werden, wo die Bevölkerung und Kommunen dies auch mittragen. Nach meiner Einschätzung sind bis jetzt schon die noch fehlenden 642 ha durch Zustimmung der betroffenen Kommunen übertroffen worden.	der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Das verbindlich vorgegebenen Teilflächenziel gemäß § 20 KlimaG wird für die Region Ostwürttemberg mit den bestehenden und geplanten Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfüllt. Die im Rahmen der ersten Anhörung geäußerte Haltung von Kommunen und der Bevölkerung zur Nutzung der Windenergie wird in die Abwägung zur Überarbeitung der Gebietskulisse einbezogen. Ob und inwiefern das gesetzlich geforderte Mindestflächenziel überschritten wird, obliegt der Entscheidung des politischen Gremiums (Verbandsversammlung) des Regionalverbandes Ostwürttemberg.
lfd. Ident-Nr.: 461 Privat Stn-Id: 191	VRG 42 Ellenberg / Jagstzell Ost	BE-ID: 2196 Bitte meine Stellungnahme bezüglich Vorranggebiet 41 hier auch einfügen Nachfolgend zu Gebiet 42 die vom Stellungnehmer gewünschte Kopie der Stellungnahme zu Vorranggebiet 41: Eine Erweiterung der bestehenden Vorrangfläche durch die geplanten neuen Vorranggebiete Nr 41 und 42 ist abzulehnen. Gründe: -Suchraum ist eines der größten nicht durch öffentliche Straßen zerschnittenes Waldgebiet in BW -Wanderkorridor des Generalwildwegeplans -Durch die zusätzliche Ausweisung entsteht eine zusätzliche 2. und 3. Reihe westl. und östl. der bestehenden Anlagen mit einem Abstand von jeweils ca. 1,5 Km D.h. bis jetzt fand die Störung nur Entlang der Autobahn statt, was auch bei der Bevölkerung Akzeptanz fand. Auch der Bau zweier weiterer Windräder im alten Vorranggebiet wurde akzeptiert und unterstützt. Jetzt soll plötzlich ein Industriepark mitten im Wald, mit einem Durchmesser von ca. 3 Km, entstehen. -Der Einfluß des zu erwartenden Wartungs- und Reparaturverkehrs, die flächigen Lärmimmissionen der Rotorblätter auf das Gesamtökogebiet "unzerschnittenes großes Waldgebiet" wird bis jetzt gar nicht untersucht, d.h. mögliche Auswirkungen auf die Fauna sind bis jetzt nicht abschätzbar. - Die Bevölkerung in der Raumschaft (Teile von Jagstzell, Rechenberg, Matzenbach, Birnhäusle, Breitenbach, Ellenberg) wird überproportional durch die Erweiterung von 8-10 neuen Anlagen mit einer Mindestnabenhöhe von 175 m belastet -Durch die größeren Rotorblätter, die zudem einteilig sind, gibt es Probleme beim Transport im Wald. D.h. es müßen auf den geplanten Trassen fast alle alten Laubbäume (Ei, Bu) entfernt werden, da diese nicht baumunschädlich in der Krone aufgeastet werden können.	Die Ablehnung des Gebiets 42 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell Ost" wird zur Kenntnis genommen. Die Abwägung und Sachaufklärung zu den vorgebrachten Gründen ist wortgleich zur Abwägung der gleichlautenden Gründe zu Gebiet 41 in den BE ID 747 bis 752 des gleichen Stellungnehmers (Ident-Nr. 461). Das Vorranggebiet 42 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell Ost" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		- Es bestehen nur geringe Synergieefekte zum alten Vorranggebiet, wie Autobahnausfahrt. (Für Nr 42 nicht nutzbar) - Die alte Stromtrasse wird nicht verwendet, es wird eine komplett neue Stromtrasse Richtung Stimpfach/Crailsheim geplant Nachdem dem Regionalverband Ostwürttemberg nur noch 0,3% von der gesetzlichen Vorgabe von 1,8% der zu planenden Vorrangfläche fehlt (das sind ca 642 ha), ist es nicht nachvollziehbar das der Regionalverband weitere 2,1% oder 4537 ha Suchräume für Vorranggebiete Windkraft ausgewiesen hat. Das ist das 7-fache von dem was gesetzlich eingefordert wird. Es sollten nur Fortschreibungen von Vorranggebieten vorgenommen werden, wo die Bevölkerung und Kommunen dies auch mittragen. Nach meiner Einschätzung sind bis jetzt schon die noch fehlenden 642 ha durch Zustimmung der betroffenen Kommunen übertroffen worden.	
lfd. Ident-Nr.: 464 Privat Stn-Id: 202	Kartenteil VRG 60 Rechberger Buch	BE-ID: 788 Über dem Rechberger Buch ist eine Hauptzugrichtung des Vogelzuges. Diese Vogelschwärme kommen aus Osteuropa und ziehen in Richtung Westeuropa z.b. Frankreich, Spanien. Da hier im Herbst auch sehr viele Kranich Schwärme unterwegs sind und diese auch bei Nebel und in der Nacht ziehen, ist es nicht hinnehmbar, dass dort große Windkraftanlagen hin gebaut werden. Diese werden nicht erkannt und die Gefahr ist gegeben dass dort viele Individuen getötet werden. Beobachtungen von z.b Kranichen und anderen geschützten Arten, sind in der Datenbank von Ornitho dokumentiert. Auch ich habe im Herbst schon sehr viele Vogelschwärme gesehen, die den Rand der Schwäbischen Alb als Orientierung verwenden.	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft und werden in den Umweltbericht aufgenommen. Die Einschätzung der im Rahmen der 1. Anhörung genannten Vogelzug- und Verdichtungsräume erfolgte mit fachlicher Unterstützung der höheren Naturschutzbehörde. Laut deren Einschätzung kann aus den Aussagen zum Vogelzug keine bestätigten Verdichtungsräume und keine begründeten Verdachtsflächen für einen Verdichtungsraum ableiten werden. Unüberwindbare Hindernisse bestehen auf Ebene der Regionalplanung daher nicht. Da die Novellierung des BNatSchG (2022) den Vogelzug nicht einschließt, kann eine Berücksichtigung des Vogelzugs im Rahmen der nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) noch erfolgen. Die Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 464 Privat Stn-Id: 202	Kartenteil VRG 60 Rechberger Buch	BE-ID: 789 Auch gibt es im Rechberger Buch sehr viele alte Laubbäume die von Vögel wie Schwarzspecht, Hohltaube, Baumfalke usw. bewohnt werden. In diesen alten Wälder sind Fledermäuse unterwegs. Alte Totholzbäume sind wichtig für Insekten die durch Fällung oder Wegebau verloren gehen. Somit werden dort durch diese Windkraftanlagen Tiere getötet da es solche Lebensräume mit dieser Diversität nicht mehr viele gibt. Das alles ist nicht hinnehmbar und ich widerspreche hier dem Bau von Windkraftanlagen aus Naturschutz Gründen und bewusstem Töten von geschützten Arten. Hierbei wird es nicht um Einzelfälle gehen.	Hinsichtlich der artenschutzfachlichen Belange wird auf das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 verwiesen, welches diese Belange umfassend und gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie der verbindlichen Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Insbesondere durch die Anwendung des o.g. Fachbeitrags Artenschutz erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes auf der genannten Planungsebene, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes im nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren,

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Baugenehmigungsverfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Das Vorranggebiet 60 "Rechberger Buch" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 464 Privat Stn-Id: 203	Kartenteil VRG 58 Erweiterung Lauterburg	BE-ID: 792 Ich widerspreche hier dem Bau von Windkraftanlagen, da es in diesem Bereich einige Horste des roten Milan gibt der dort über dem freien Feld sein Jagdgebiet hat. Sobald hier die Bauern die Wiesen gemäht haben, kreisen dort sehr viele Rote Milane und weitere Greifvögel. Es handelt sich hier nicht um Einzeltiere und es wird bewusst in Kauf genommen, dass dort geschützte Tiere getötet werden. Diese getöteten Tiere werden regelmäßig gemeldet. Auch muss eine ansässige Tierärztin dort regelmäßig nach Anrufe schwer verletzte Tiere, die nicht mehr behandelbar sind, von ihren Leiden erlösen. Die Dunkelziffer von den Windkraftschlagopfer ist sehr hoch, da sich inzwischen z.b. Krähen oder Füchse darauf spezialisiert haben solche Gebiete als eigene Futterquelle abzusuchen.	Die Informationen und Anmerkungen werden zur Kenntnis genommen. Die landesweite Planungshilfe für die Regionalplanung zur Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung („Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ der LUBW, 2022) wurde bei der Konzepterstellung und Festlegung von Vorranggebieten im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt. Damit erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Das Vorranggebiet 58 "Erweiterung Lauterburg" liegt nicht innerhalb von Schwerpunktvorkommen der Kategorie A oder B des Fachbeitrags. Die in der Stellungnahme genannten Art Rotmilan ist über die kategorisierten Schwerpunktvorkommen des o.g. „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ bereits berücksichtigt. Die eingebrachten Informationen bewegen sich im Rahmen der Annahmen, die im Fachbeitrag zum Verhältnis der kategorisierten Schwerpunkträume zu den tatsächlichen Artvorkommen getroffen wurden. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes auf Projektebene (im nachgelagerten Verfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Auf der nachgelagerten Planungsebene können zudem auch die genannten Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen umgesetzt werden.
lfd. Ident-Nr.: 465 Privat Stn-Id: 204	1. Einführung VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 794 ich nehme hiermit die Möglichkeit von der Öffentlichkeitsbeteiligung bezüglich dem Thema „Teilfortschreibung Windenergie 2025 Regionalplan Ostwürttemberg – 1. Anhörung“ wahr. Im speziellen auf das Gebiet Nr. 45 in Unterschneidheim. Ich war auf Ihrer Info-Veranstaltungen im Juni in Unterschneidheim.	Wird zur Kenntnis genommen. Die in der Anregung angeführte Vorgehensweise von Projektierern zur vertraglichen Sicherung von Flächen ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalverbands Ostwürttemberg und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Respekt, dass Sie sich so viel Zeit dafür nehmen. Ich finde es gut und richtig, dass man die Meiungen der Menschen aus der Bevölkerung anhört und annimmt. Die Informationen bei der Veranstaltung waren interessant. Die im Anschluss vorgebrachten Wortmeldungen noch viel interessanter. Ich frage mich, warum die ganze Windenergiethematik überwiegend von einer Seite beleuchtet wird und warum die Grundstückbesitzer bereits zur Unterzeichnung der Verträge eingeladen wurden, BEVOR die Öffentlichkeit überhaupt von der ganzen Thematik erfährt. Wenn etwas gut ist, würde man dann so eine Vorgehensweise wählen?...	Hinweis: Das Vorranggebiet 45 "Unterschneidheim / Tannhausen" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird.
lfd. Ident-Nr.: 465 Privat Stn-Id: 204	1. Einführung VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 795 Kritische Themen wie z.B. der Infraschall gehören angesprochen und nicht unter den Teppich gekehrt. Denn auch wenn sie nicht dargestellt werden, so gibt es sie doch. Ich kenne einen Menschen, der von Dehlingen (= Härtsfeld) weggezogen ist, da seine ganze Familie von den Einflüssen des Infraschalls gesundheitlich sehr beeinträchtigt war. Die möglichen Belastungen auf den Mensch bezüglich Geräuschbelästigung und des Schattenwurfes wurden angesprochen, nicht jedoch, dass die Tiere im Wald genauso bzw. noch vielmehr davon betroffen, da die Windräder ja in ihrem „Wohnzimmer“ stehen und sie dort keine Fenster zum schließen haben.	In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wurden die Themen Schallimmissionen und Schattenwurf mit der auf regionaler Ebene möglichen Tiefenschärfe berücksichtigt. Die einzuhaltenden Lärmimmissionen sind gesetzlich geregelt. Die Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (kurz TA Lärm) beinhaltet Immissionsrichtwerte für verschiedene Siedlungsgebiete (bspw. Wohngebiet, Mischgebiet, u.a.). Die TA Lärm dient dem Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie der Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch Geräusche und differenziert nach den in den Baugebietstypen zulässigen Immissionen. Die pauschalen Umgebungsabstände zu Siedlungen in der vorliegenden Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigen diese einzuhaltenden Lärmimmissionen. Die tatsächliche Einhaltung dieser Werte wird jedoch auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) behandelt, wenn mit einer Projektplanung Angaben zur Anzahl, zu Standorten und Anlagentypen bekannt sind. Der Betreiber muss hierbei den Nachweis führen, dass die Grenzwerte der TA Lärm eingehalten werden und damit eine Gesundheitsgefährdung ausgeschlossen wird. Die Schattenwurfthematik wird durch die Umgebungsabstände zu Siedlungsflächen berücksichtigt. Windenergieanlagen führen bei klaren Wetterbedingungen durch den bewegten Anlagenrotor zu optischen Immissionen und können dadurch als Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb,

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Zum Thema Infraschall verweist der Regionalverband Ostwürttemberg auf die Einschätzung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz schreibt zum Thema Infraschall durch Windenergieanlagen unter https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/FAQ/Windenergie/faq-windenergie.html (Stand Juli 2024): „Infraschall-Töne unterhalb einer Frequenz von 20 Hertz - ist alltäglicher und überall präsenter Bestandteil unserer Lebenswelt. Er geht von einer Vielzahl sowohl natürlicher als auch technischer Quellen aus. Natürliche Quellen sind z. B. Wind, Gewitter, Meeresdünung und Vulkane sowie Meteoriten. Zudem gibt es zahlreiche künstliche und technische Infraschall-Quellen wie z. B. Klima- und Lüftungsanlagen, Umspannwerke, Kraftfahrzeuge, Lautsprechersysteme, Kühlschränke und Windenergieanlagen. Die Intensität des Infraschalls von Windenergieanlagen (sog. Schalldruckpegel) ist so gering, dass sie bereits in wenigen hundert Meter Entfernung deutlich unterhalb der menschlichen Wahrnehmbarkeitsgrenze liegt. In den meisten Fällen wird der Infraschall außerdem von natürlichen anderen Geräuschen überdeckt. So haben auch wissenschaftliche Studien bislang keinen Nachweis erbracht, dass der von Windenergieanlagen ausgehende Infraschall eine schädliche Wirkung auf die menschliche Gesundheit hat.“ Das Umweltbundesamt (UBA) kommt zu dem Schluss, dass es keine Evidenz dafür gibt, dass durch Infraschall von Windenergieanlagen gesundheitliche Beeinträchtigungen verursacht werden. Nach heutigem Stand der Forschung ist die Belastung mit Infraschall durch Windenergieanlagen im Vergleich zu anderen Quellen von Infraschall natürlichen oder technischen Ursprungs (Heizungsanlage, Kühlschrank, Straßenverkehr oder Gewitter) zudem gering. Das belegt beispielsweise eine Messkampagne der Landesanstalt für Umwelt (LUBW) zwischen 2013 und 2015. Diese untersuchten tieffrequente Geräusche ab 1 Hz. in der näheren Umgebung von Windkraftanlagen sowie in urbanen und ländlichen Räumen. Die Untersuchung stellt, wie das UBA, unterschiedlichen Quellen und die Omnipräsenz von Infraschall im Alltag fest. Windkraftanlagen leisteten hierzu aber keinen wesentlichen Beitrag da deren Pegel schon in 300 m Entfernung zur Windkraftanlage deutlich unterhalb der Wahrnehmungsgrenze liegt. (Tieffrequente

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Geräusche inkl. Infraschall von Windkraftanlagen und anderen Quellen – Bericht über Ergebnisse des Messprojektes 2013-2015, LUBW 2016: https://pudi.lubw.de/detailseite/-/publication/84558) Bereits mehrere Gerichte haben sich mit dem Thema Infraschall beschäftigt und unterstützen die obenstehenden Ausführungen. So stellt das Oberverwaltungsgericht Münster zusammenfassend fest: „Die Rechtsprechung des Senats und anderer Obergerichte geht davon aus, dass Infraschall – wie auch tieffrequenter Schall – durch Windenergieanlagen nach dem bisherigen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse grundsätzlich nicht zu Gesundheitsgefahren führt“ Quelle: OVG Münster (8. Senat), Urteil vom 22. November 2021 – 8A 973/15 Pathogene Effekte durch von Windkraftanlagen abgegebene Luftdruckpulse sind weder bekannt noch belegt. Es ist fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Die Berücksichtigung von Infraschall auf Ebene der Regionalplanung bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie ist daher weder erforderlich noch geboten. Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt.
lfd. Ident-Nr.: 465 Privat Stn-Id: 204	1. Einführung VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 2260 Das Kernproblem liegt im Ziel der Regierung - die Klimaneutralität! Warum dieses Ziel? Es ist von Anfang an eine Ideologie. Eine Sackgasse. Sie wird alternativlos dargestellt. Es gibt immer eine Alternative. Die Frage ist nur, ob man es möchte. Sie haben schon recht. Irgendwoher muss der Strom ja kommen. Würden Sie aber als Privatmann zuerst die Kernkraftwerke ausschalten und erst dann die Ersatztechnik aufbauen? Gesamtheitlich betrachtet, hat das mit Klimaneutraliät wenig zu tun... zum Abbau wird natürlicher Lebensraum zerstört - Abbau von Rohstoffen die zuerst einmal durch die ganze Welt tranportiert werden müssen, Energieaufwand für die Herstellung der einzelnen Bauteile, am Aufstellort wird wieder natürlicher Lebensraum zerstört....Eine ganzheitliche Betrachtung ist nötig, und nicht nur eine wenn das Windrad letztendlich steht (wobei das wiederum der Beginn von ganz neuen Problemen nach sich zieht (Trockenheit, Kilometerweite Verwirbelungen in der Luft, natürliche Abläufe gestört). Schauen wir mal in die Vergangenheit, vor allem in unsere deutsche Vergangenheit. Zwei Kriege haben soviel Leid und Elend über unser Volk gebracht - doch für die eigentlichen Verantwortlichen so viel Geld, wie wir uns gar nicht vorstellen können. Jeder normale Mensch möchte einfach in Frieden und Harmonie zusammen mit seinen Liebsten (Familie, Freunde, Bekannte) leben. Wie haben die Verantwortlichen es damals geschafft, die Menschen dafür zu gewinnen, dass sie für einen Krieg sind? Sich gegenseitig Leid antun? Welche Mama, egal aus welchem Land, schickt ihre Söhne freiwillig an die Front, nachdem sie Ihr Leben lang all ihre Enerige in das heranwachsen ihrer Söhne gelegt hat? Meiner Meinung nach immer nur, weil wir Menschen angelogen wurden. Jeder Krieg, beginnt mit einer Lüge! Den ReGIERungen bzw. Verantwortlichen ging es nie um die Menschen selbst, sondern	Gemäß der Vorgaben des Bundes hat die Landesregierung Baden-Württemberg den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg). Die weiteren in der Anregung aufgeführten Themen sind nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		nur um MACHT und GIER. Und warum ist das möglich? Weil jeder von uns mitmacht. WIR haben es in der Hand, was man mit uns vorhat und wie wir uns behandeln lassen. Und genauso haben wir es beim Thema Windenergie in der Hand. Nur weil alle möglichen Instutuionen von der Klimaneutralität berichten, heißt es noch lange nicht, dass es richtig und wahr ist. Ganz schnell bemerkt man dass, wenn man sich kritisch der vorgegebenen Meinung äussert. Um was geht es denn wirklich, bei der Windenergie? Sie wird durch Subventionen und Fördergelder gefördert...und wer erhält diese? Der Privatmensch wohl eher nicht...aber der bekommt am Ende einen Strom, den er teuer bezahlen muss bzw. jetzt schon teuer bezahlt. Und mit jedem weiteren Windrad wird er wohl nicht billiger werden...	
lfd. Ident-Nr.: 465 Privat Stn-Id: 204	1. Einführung VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 2261 Ich frage sie ganz im Ernst: was meinen Sie, welche Ziele die ReGIERung verfolgt? Meinen Sie, die meinen es gut mit uns? Es lohnt auch hier einen Blick in unsere Vergangenheit zu werfen. Denken wir an die Pharaonen, frühere Herrscher oder Könige...war Ihnen ihre Macht und ihr Einfluss wichtig oder ihre Untertanen? Ist es heute anders als früher? Früher musste der Bauer von seinem Ertrag einen Zehntel abgeben, heute bleibt uns vom Erarbeiteten vielleicht noch ein Zehntel übrig... Wir sitzen alle im gleichen Boot. Wir haben nur eine Erde. Wir gehören alle zur Menschheitsfamilie. Warum zerstören wir unseren natürlichen Lebensraum? Wir sägen damit den eigenen Ast ab, auf dem wir sitzen. Wir machen das nur, weil wir einer Lüge aufsitzen. Genauso wie damals als es zum 1. bzw. 2. Weltkrieg kam. Alles beginnt mit einer Lüge. Nur weil wir eine Aussage ständig und überall hören, heißt es noch lange nicht, dass sie wahr sein muss. Das haben frühere Herrscher übrigens auch schon festgestellt: man muss eine Lüge nur oft genug wiederholen, irgendwann glauben die Menschen dann, dass es wahr sei.	Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.
lfd. Ident-Nr.: 465 Privat Stn-Id: 204	1. Einführung VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 2262 Das liebe CO2: warum ist es eigentlich so gefährlich? Haben Sie schon einmal nachgeschaut, wie groß der CO2- anteil in unserer Luft ist? Laut Wikipedia 0,0407%. Und warum gedeihen Pflanzen in Gewächshäuser besser, wenn man CO2 hinzufügt? Wenn wir wirklich ein CO2 Problem haben, warum pflanzen wir dann nicht einfach viele Bäume? Indem wir auf Windenergie aus unserer Region setzen, fällen wir Bäume bzw. holzen wir beträchtliche Waldbereiche ab. Durch die Schneisen entstehen mehr Randflächen. Der Wald wird dadurch viel stärker Wind und Sonne	Wird nicht gefolgt Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen zu Mikroplastik und CO2-Bilanz sind nicht Gegenstand der Teilfortscheribung Windenergie, sondern beziehen sich auf technische Parameter von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		ausgesetzt. Gleichzeitig kontaminieren wir das Umland mit kiloweise Mikroplastik durch Abrieb der Rotorflächen, wodurch das Umland wertlos wird. Trockenheit? Die wird durch das Abholzen und die Windräder auch gefördert, und nicht durch den angeblichen Klimawandel, wie uns immer wieder plakativ aufs Neue eingeredet werden soll...In Norwegen und Frankreich baut man übrigens bestehende Windräder bereits wieder ab..	Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Fragen der verwendeten Baustoffe werden im Vorhabenzulassungsverfahren für die konkret beabsichtigten Anlagen geprüft und nachgewiesen und ggfls. werden Auflagen festgesetzt. Der Ressourcenverbrauch für Windenergieanlagen ist im Vergleich zu anderen Stromerzeugungsarten vergleichsweise gering. Die CO2-Bilanz von Windenergieanlagen ist abhängig vom Modell der Windenergieanlage. Windenergieanlagen amortisieren sich energetisch gesehen im Laufe des ersten Betriebsjahres. Auf die produzierte Kilowattstunde Strom (kWh) bezogen, erzeugen Windenergieanlagen weniger Treibhausgase als andere Energieträger wie Photovoltaik oder fossile Energieträger. Bei Windenergieanlagen im Wald liegt die Einsparung von CO2 durch Windenergieanlagen um einen Faktor von mehr als 1.000 höher, als die durch die dafür notwendige Rodung von Wald verlorene CO2-Aufnahme (Umweltbundesamt). Zum Umfang der Waldinanspruchnahme: Gemäß Fachagentur Wind an Land zeigen aktuelle Erhebungen, dass für die Dauer des Betriebes von Windenergieanlagen (WEA) durchschnittlich ca. 0,48 Hektar für den Betrieb einer WEA gerodet werden müssen. Hiervon entfallen ca. 0,05 ha auf die Versiegelung für das Fundament. Während der Bauphase sind zusätzlich ca. 0,47 ha freizuhalten, die nach Abschluss der Bauphase dann wieder aufgeforstet werden (Fachagentur Wind an Land 2024: Entwicklung der Windenergie im Wald.- Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Forstflächen in den Bundesländern.- Analyse.- S. 15f). Für die Inanspruchnahme der Waldflächen besteht das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung. 0,4 bis 0,5 ha Wald nimmt rund 2,2 bis 2,75 Tonnen CO2 pro Jahr auf (Umweltbundesamt 2021a/b: 2). Dagegen steht die jährliche CO2-Vermeidung einer Windenergieanlage von 4.200 Tonnen. Die CO2-Einsparung durch Windenergieanlagen ist somit um ein Vielfaches höher (Umweltbundesamt 2021a: 2). Quellen: Umweltbundesamt 2021a: Themenpapier.- Windenergie im Wald; Umweltbundesamt 2021b: Themenpapier.- Ökobilanz der Windenergieanlagen an Land Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Die vorliegende Teilfortschreibung dient der Steuerung und raumordnerischen Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen sowie dem Erreichen des gesetzlich festgelegten Flächenbeitragswerts von 1,8 % der Regionsfläche für Windenergie an Land (s. Abschnitt 1 dieses Dokuments). Wenn dieser Flächenbeitragswert nicht erreicht wird, gelten nach Ablauf des jeweiligen Stichtags die Rechtsfolgen des § 249 Abs. 7 Baugesetzbuch, d.h. Windenergieanlagen wären im Außenbereich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 Baugesetzbuch privilegiert zulässig und Darstellungen in Flächennutzungsplänen, Ziele der Raumordnung sowie sonstige Maßnahmen der Landesplanung könnten einem Vorhaben nach § 35 Absatz 1 Nummer 5, das der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dient, nicht entgegengehalten werden. Räumliche Steuerungsoptionen auf regionaler und kommunaler Ebene, wo Windenergieanlagen errichtet werden können, würden damit hinfällig. Die Steuerungswirkung der vorliegenden Teilfortschreibung ist damit unmittelbar vom Erreichen des Flächenbeitragswerts abhängig. Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie wurde eine sorgfältige Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG durchgeführt und das Gewicht jedes Belangs wurde angemessen berücksichtigt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Auf das Gerichtsurteil des

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff. wird hingewiesen.
lfd. Ident-Nr.: 465 Privat Stn-Id: 204	1. Einführung VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 2263 Interessant zu sehen ist auch, dass es bei den Förstern heißt: Wald vor Wild - sprich, sämtliches Wild wird aus Vorsorge abgeknallt. Vorsorge im Hinblick, dass das Wild junge Bäume anknappert und diese dann nicht wachsen könnten. Dort ist es angeblich wichtig, den Wald zu schützen und bei Windenergie anscheinend nicht. Die ReGIERung dreht es so hin, wie es ihnen passt. Wir alle wollen doch im Grunde das gleiche: nämlich in Liebe und Frieden zusammen mit unseren Liebsten umgeben von einer intakten Natur leben können und jeden Tag ausreichend zum Essen haben. Auch am Thema Windenergie wird klar: Geld regiert die Welt. Warum ist denn sooo viel Geld im Spiel? Für die Grundstücksbesitzer, für die Energieunternehmen, für die Gemeinden? Wir alle verkaufen für Geld unsere Seele! Den Verantwortlichen, und da zählen auch sie dazu, wird sich letztendlich an irgend einem Punkt ihr Gewissen melden und jeder muss dann damit selber klar kommen (egal, welche Entscheidung er bewusst oder unbewusst gefällt hat oder ob er nur einer Ideologie aufgesessen ist). Das Schlimmste an allem: Die Erfüllungsgehilfen meinen, sie tun etwas Gutes - doch genau das Gegenteil ist der Fall. Wir befinden uns in einem Krieg - nämlich in einem Informationskrieg. Die Medien spielen dabei eine große Rolle. Warum kommen ständig Nachrichten (= wir sollen uns NACH etwas RICHTEN)? Sie manipulieren uns ständig und überall damit. Sie versetzen uns unbewusst und ständig in einen Angstzustand. Angst war und ist ein schlechter Begleiter. Ich habe keine Angst mehr, da ich das Theater durchschaut habe. Die Wahrheit ist die Lösung. Die Wahrheit verträgt nämlich alles, die Lüge aber die Wahrheit nicht. Die Wahrheit wird gelernt, nicht gesagt. Und wie hat Friedrich Schiller bereits geschrieben: Die Großen hören auf zu herrschen, wenn die Kleinen aufhören zu kriechen! Wir alle gehören zu den Kleinen, denn die großen Player werden nicht gewählt, wie uns Seehofer mal verlauten ließ: Die, die gewählt werden, haben nichts zu sagen, und die, die etwas zu sagen haben, werden nicht gewählt. Genauso ist es. Unsere oberen Politiker sind nur Marionetten.	Die in den Anregungen aufgeführten Themen sind nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.
lfd. Ident-Nr.: 465 Privat	1. Einführung VRG 45 Unterschneidheim	BE-ID: 2264 Ich bin dafür, dass alle Lebewesen und unser gemeinsamer	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 204	/ Tannhausen	natürlicher Lebensraum erhalten bleiben und die Wahrheit siegt. Dafür setze ich mich ein.	
lfd. Ident-Nr.: 466 Privat Stn-Id: 205	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 797 Grundsätzlich ist anzumerken, dass die gesetzlichen Abstände zu hinterfragen und vor Ort in den Planungen anzupassen sind: Die Abstände rings um Wohnbereich gleich groß zu wählen ist lebensfremd, weil die "Schokoladenseiten" der Wohnbereich im Süden, Südwesten und Westen viel größere Abstände erforderlich machen. Hier ist eine Korrektur vor Ort durch die Planungen erforderlich.	Wird nicht gefolgt Die im Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 festgelegten Siedlungsabstände berücksichtigen den öffentlichen Belang einer optisch bedrängenden Wirkung gem. § 249 Abs. 10 BauGB umfassend. Darüber hinaus ist die Festlegung eines größeren Siedlungsabstandes (>1.000 m) im Plankonzept der genannten Teilfortschreibung und auf regionaler Planungsebene gem. § 249 Abs. 9 BauGB nicht möglich. In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden zwischen Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen und bspw. Wohngebieten Umgebungsabstände eingehalten, um den Menschen vor erheblichen, potenziell schädlichen Einflüssen zu schützen. Im nachfolgenden Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) wird die Einhaltung der Mindestabstände zu Siedlungsbereichen und der immissionsschutzrechtlichen Belange bei Vorliegen konkreter Anlagenstandorte geprüft. In diesem Rahmen werden potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen durch rechtliche Regelungen eingegrenzt. Dabei werden sowohl Schallemissionen als auch andere potenziell schädliche Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 466 Privat Stn-Id: 205		BE-ID: 2245 Auf Grundlage des Windatlas und der neuen Technologien mit ca. 200 m Nabenhöhe und ca. 260 m Rotorblatthöhe sind auch marginal schwächere Windlagen bevorzugt in Betracht zu ziehen. Die primär sehr guten Lagen sich bereits erschöpfend verträglich in Nutzung, deshalb ist mit neuer Technologie eine gerechtere Verteilung auf die Gesamtstadt, ja geradezu auch auf andere Regionalverbände angezeigt und geboten. Das Härtsfeld alleine kann die Energiewende nicht "wuppen", muss es auch nicht, weil auch in anderen Raumschaften Strom, welcher dort verbraucht wird, produziert werden muss. Alte Argumente wie Albtrauf, Hochkanten an Geländekesseln, taugen nicht mehr als Begründung für ein "weg aus meinem Blick" und hin zu schon genutzten Bereichen. Gerade Frischluftschneisen drängen sich in Tallagen als Windergieanlagenstandort auf, weil hier ständige Windströmungen die neuen Anlagen effektiv antreiben können.	Wird nicht gefolgt Die Berücksichtigung der mittleren gekappten Windleistungsdichte bei den Planungskriterien dient der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Im Ergebnis stellt der Windatlas eine für die Region Ostwürttemberg durchschnittlich gute bis sehr gute Windleistungsdichten dar und bescheinigt ihr damit eine grundsätzliche Eignung für die Windenergienutzung. Auch Gebiete, welche laut Windatlas einer geringeren Windhöffigkeit (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) unterliegen, wurden nicht pauschal für die Nutzung der Windenergie ausgeschlossen, sondern als Potenzialgebiet in die Gebietskulisse der ersten Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 unter bestimmten Bedingungen (z.B. angrenzende Windenergieanlagen, bestehende Infrastrukturen, Windnachweis) aufgenommen. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung und damit der Flächensicherung gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags.
lfd. Ident-Nr.: 466 Privat Stn-Id: 205		BE-ID: 2246 Zu den Vorrangflächen auf dem Härtsfeld: Aalen "rühmt" sich, große Vorrangflächen schon zu haben und will diese vorgesehene Konzentration auf die Markungen Waldhausen und Ebnat sind m. E. in einem unverantwortlichem Maß geplant. In der Raumschaft Aalen ist die Konzentration nur auf das Härtsfeld aus Sicht der Tallage Aalens m. E. eigennützig. Schon jetzt stehen auf Markung Ebnat mit angrenzendem Markungen 14 WEA, mit 4/5 Verteilung Ebnat. In Ebnat können bis zu 50 ha Freiflächenphotovoltaik entstehen, wovon 42 ha zeitnah bei Diepertsbuch umgesetzt werden. In Niesitz versorgt eine Biogasanlage angeschlossene Gebäude mit Fernwärme, in Affalterwang ist dieses geplant. Das Härtsfeld kann schon jetzt als WEA-freundlich und sehr aufgeschlossen hinsichtlich regenerativer Energie betrachtet werden. Weitere Flächen für WEA`s auf Markung Ebnat führen unstreitig zu einer ÜBERLASTUNG des Landschaftsraum Ebnat. Insbesondere in Kombination mit der sich über mehrere Hektar erstreckenden Gewerbeansiedlung ZEISS wird die einseitige und konzentrierte Überfrachtung des Landschaftsraums Ebnat deutlich. Ist die Frage gestattet ZEISS oder Windenergie? Oder muss diese Frage offen gestellt werden? Wird beides, sich angeblich bedingend, nicht viel zu viel für Ebnat? Anzumerken ist, dass sonst bei jeglicher geänderten Flächennutzung gebrauchte Wort "FLÄCHENFRAß" hinsichtlich der ZEISS-Ansiedlung nicht ein mal gebraucht wurde und auch bei der Flächenausweisung Wind ist dieses nicht im öffentlichen Sprachgebrauch. Andere Flächen waren im Vorfeld in der Betrachtung. Es sollen im Sinne des Gesetzgebers "vorbelastete" Flächen entlang BAB und	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Mit §§ 20 und 21 KlimaG hat die Landesregierung den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (1,8% Regionsfläche für Windenergie an Land und 0,2% Regionsfläche für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ziel dieser Teilfortschreibung ist die Umsetzung dieser gesetzlichen Vorgaben. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		DB-Anlagen bevorzugt werden. Der Regionalverband möge dieses tun und gerade im Vorfeld betrachtete, marginal windschwächere Bereiche für Windenergienutzung ausweisen, also entlang der A 7, im Osten von Ebnat, dort wo verträgliche Abstände zu Wohnbebauungen möglich sind. Solche Flächen können generiert werden unter Einhaltung der Einflugschneise Landeplatz Elchingen. So können WEA`s in erträglicher Anzahl und noch nähere beim Werk ZEISS entstehen. Eneregie kann transportiert werden, dort sind die Transportwege kürzer. Mit Flächen im Nord-Osten/Osten von Ebnat kann sich der Regionalverband weiterhin deutlich über den Vorgaben des Landes wissen, die vorgesehenen Flächen im Süden, Süd-Westen und Westen auf Markung Ebnat mit Hinweis auf die Vorreiterrolle nicht nur in Baden-Württemberg streichen. Zusammengefasst: Flächen im Süden, Süd-Westen und Westen auf Markung Ebnat streichen und die dort vorgesehenen Anlagen auf die Nachbarmarkungen schieben (diese haben die WEA`s dann im Osten bzw. Norden). Die vorbetrachteten Flächen östlich von Ebnat (nördlich der Einflugschneise) stattdessen aufnehmen. So ist eine verantwortliche und zumutbare Verteilung und so in der Bevölkerung akzeptierte Lösung zu erzielen! Eine m.E. überfrachtende und unstreitig den Landschaftsraum Ebnat absolute überlastende Konzentration auf Markung Ebnat missachtet die Interessen der tatsächlich betroffenen Bürger in Ebnat - diese Bürger sehen die Anlagen und leben in diesem Landschaftsraum - andere sprechen darüber	Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten. Zur Vermeidung einer räumlichen Umfassung (Umzingelung) wurde die Umfassungswirkung durch Windenergieanlagen betrachtet. Diese ist für die Regionalplanung ein abwägungsrelevanter Belang, der über die visuelle Wahrnehmung der Anlagen definiert wird. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Die Vorgehensweise ist in der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Begründung dokumentiert. Der Regionalverband erkennt die Belastung des Raumes Ebnat. Aufgrund der Feststellung einer Überlastung von Niesitz wurde das Gebiet 53 gestrichen. Auch der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 wurde aufgrund Anregungen und Hinweisen im Rahmen der Anhörung (inkl. Entlastung der Raumschaft) optimiert und zwei südliche Teilbereiche zurückgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 467 Privat Stn-Id: 223		BE-ID: 884 Meine Stellungnahme für das Vorranggebiet 57 und 65 finden sie im beigefügten Anlagendokument Bedauerlicherweise wurde ich erst heute auf die Online-Plattform für Stellungnahme der geplanten Vorranggebiete aufmerksam gemacht, gerne hätte ich meine Stellungnahme detaillierter und professioneller vorbereitet doch nun muss, eine mit „heißer Nadel“ gestrickte Kurzversion genügen. Bedingt durch die Notfallverordnung für beschleunigten Ausbau zur Nutzung Erneuerbarer Energien und des damit verbundenen Raumordnungsverfahren, sind jegliche Stellungnahmen und Einsprüche eher hinfällig. Die Windkraftanlagen müssen nicht wirtschaftlich arbeiten, der Artenschutz wird ausgelagert, Natur- und Umweltschutzbedenken sind sekundär und Bürgerinitiativen sind völlig irrelevant. Und dennoch muss und sollte man sich weiterhin für unsere Natur, Wälder und Umwelt engagiert einsetzen. Gerade in dem geplanten Vorranggebiet | 57 Bolheim | Herbrechtingen befindet man sich als Privatperson, im ständigen Einsatz und Engagement für den Natur- und Umweltschutz. Eigentlich sollte man sich entspannt zurücklehnen können, in der Gewissheit, dass Kommunen & Land sich verantwortungsvoll Natur- und Umweltschutz einsetzen, doch die Praxis zeigt in einigen Kommunen ein völlig anderes Bild. Hinweis: Detaillierte Informationen zu Umweltvergehen im Vorranggebiet 57, sind über nachfolgende Links einsehbar. Bolheim | Kohlhau: https://albpain.com/bolheim-kohlhau/ Bolheim | Wangenfeld: https://albpain.com/altlasten-im-wangenfeld/	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Der Artenschutz ist im Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt (vgl. auch Kriterienkatalog): Artenschutzfachliche Belange werden hierbei umfassend und gemäß der gesetzlichen Vorgaben sowie der verbindlichen Planungshilfe des Landes (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW 2022) auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Insbesondere durch die Anwendung des o.g. Fachbeitrags Artenschutz erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes auf der genannten Planungsebene, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes im nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Weiterhin bestehen im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Teilregionalplans zahlreiche gesetzlich normierte Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit. Diese richten sich nach den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg (LplG). Die Frist zur Beteiligung der Öffentlichkeit ergibt sich aus § 9 Abs. 2 ROG i.V.m. § 12 Abs. 3 LplG: Sie beträgt i.d.R. einen Monat. Bei der Beteiligung ging der Regionalverband Ostwürttemberg zur Steigerung der Transparenz und zur Ermöglichung zusätzlicher Beteiligung über dieses gesetzlich geforderte Maß hinaus. Über ein eigens dafür eingerichtetes Online-Beteiligungstool war die Abgabe von Hinweisen, Anregungen und Änderungsvorschlägen auch digital möglich. Alle Beteiligungsmöglichkeiten wurden in den regionalen Medien und im Internet angekündigt. Die Verfahrensunterlagen waren während der Öffentlichkeitsbeteiligung zusätzlich auf der Internetseite des Regionalverbandes einsehbar. Zusätzlich zu den gesetzlich vorgesehenen Beteiligungsmöglichkeiten hat der Regionalverband Ostwürttemberg weitere Informations- und Beteiligungsangebote, z. B. ein

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Informationsangebot auf der Homepage und drei öffentliche Informationsveranstaltungen in der Region (Ellwangen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd) vor Beginn der ersten formellen Anhörung umgesetzt. Alle eingegangenen Anregungen und Hinweise wurden sorgfältig geprüft und abgewogen. Das in der Stellungnahme benannte Vorranggebiet 57 "Herbrechtingen" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 467 Privat Stn-Id: 223		BE-ID: 885 --- Abb. VRG 57 s. Anlage zur Stn. --- Geplante Vorranggebiete 57 | 65 Die weitläufige Waldfläche zwischen Bolheim und Söhnstetten gehört zu den wenigen zusammenhängenden Waldflächen im süddeutschen Raum. Bei einer nur mittelmäßigen Windhöffigkeit < 190 W/m² ist ein wirtschaftlicher Betrieb von Windkraftanlagen nicht gegeben und steht in keiner Relation zum Verlust dieser zusammenhängenden Waldfläche. Diese besitzt ein Alleinstellungsmerkmal und muss in dieser Form für kommende Generationen bewahrt werden. Wirtschaftlichkeit Aus einer geplanten WEA im Bolheimer Schönbühl sind aktuell 3 WEA geworden, da sich der Betrieb von lediglich einer WEA, als völlig unwirtschaftlich herausgestellt hat. Bezeichnend war auch die Situation, dass sich 80% der Investoren, aus wirtschaftlichen Gründen zurückgezogen haben. WEA im Schönbühl: https://albpain.com/wea-bolheim-3/	Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Auf das Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff. wird hingewiesen. Zum Umfang der Waldinanspruchnahme: Gemäß Fachagentur Wind an Land zeigen aktuelle Erhebungen, dass für die Dauer des Betriebes von Windenergieanlagen (WEA) durchschnittlich ca. 0,48 Hektar für den Betrieb einer WEA gerodet werden müssen. Hiervon entfallen ca. 0,05 ha auf die Versiegelung für das Fundament. Während der Bauphase sind zusätzlich ca. 0,47 ha freizuhalten, die nach Abschluss der Bauphase dann wieder aufgeforstet werden (Fachagentur Wind an Land 2024: Entwicklung der Windenergie im Wald.- Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Forstflächen in den Bundesländern.- Analyse.- S. 15f). Für die Inanspruchnahme der Waldflächen besteht das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung. Des Weiteren dient die Berücksichtigung der mittleren gekappten Windleistungsdichte bei den Planungskriterien der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Im Ergebnis stellt der Windatlas eine für die Region Ostwürttemberg durchschnittlich gute bis sehr gute Windleistungsdichten dar und bescheinigt ihr damit eine grundsätzliche Eignung für die Windenergienutzung. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen). Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung und damit der Flächensicherung gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Das Vorranggebiet 65 "Schönbühl" liegt überwiegend in Bereichen mit einer leut Windatlas BW (2019) mittleren gekappten Windleistungsdichte >190 W/m². Für die Bereiche des Vorranggebietes 65, die in Windleistungsdichten <190 W/m² liegen, wurde dem Regionalverband ein rechnerischer Nachweis vorgelegt, welcher eine höhere Windhöffigkeit belegt, als im Windatlas dargestellt ist. Das Vorranggebiet ist somit für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird allerdings aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Das Vorranggebiet 57 "Herbrechtingen" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg aufgrund verschiedener Belange im Rahmen der Gesamtabwägung nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 467 Privat Stn-Id: 223		BE-ID: 886 --- Abb. s. Anlage zur Stn. --- Geologischer Schatz Das geplante Vorranggebiet 57 bezieht sich auf den Gemarkungen Kohlhau, Eschenbrunnen, Kahlschlag, Lettengrube, Birkle, Rothau, Wachtelhau, Dornhau und befindet sich entlang der Klifflinie des	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Einzelhafte Kulturdenkmale - wie die genannten Hügelgräber u.a. - sowie die potenzielle Betroffenheit von in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmalen durch einzelne Windenergieanlagen werden konkret in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren,

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Molassemeeres. Die Kliffküste aus dem Jungtertiär bildete hier die Brandungszone des Molassemeeres und besitzt mit seinen fossilreichen Standsanden einen einzigartigen geologischen Schatz. --- Abb. s. Anlage zur Stn. --- Einzigartige Quarzsande Als eines der ältesten Flusssysteme in Deutschland, mündete exakt hier die Urbrenz in das Molassemeer. Hier finden sich einzigartige Quarzsande, welche auf der gesamten Schwäbischen Alb nicht zu finden sind. In diesen lehmhaltigen Quarzsanden finden seltene Wildbienenart ein überlebenswichtiges Habitat. --- Abb. s. Anlage zur Stn. --- Die fragliche Notfallverordnung hat auch hierfür vorgesorgt und so können seltene Wildbienenarten sicherlich problemlos auch an anderen Standorten angesiedelt werden. --- Abb. s. Anlage zur Stn. --- Älteste Böden der Alb Im Bereich der Gemarkungen Kahlschlag und Lettengrube befinden sich die ältesten Böden der Schwäbischen Alb. Diese rötlich-grauen Lehme blieben nur hier in dieser Karstsenke erhalten. Die Eigenschaften dieser früheren tropischen Wasserstellen blieben erhalten und so ist es nicht verwunderlich, wenn selbst in trockenen Hitzeperioden, der Waldboden an dieser Stelle, eine außergewöhnliche Feuchtigkeit aufweist. Kein Mensch kann solche geologischen Besonderheiten wieder herstellen und der Bau von massiven WEA-Fundamenten, würde diese Einzigartigkeit unwiderruflich zerstören. --- Abb. Lindachhöhle / Bolheim s. Anlage zur Stn. --- Höhlensysteme In unmittelbarer Nähe des geplanten Vorranggebietes 57, befindet sich die Lindachhöhle. Die Höhlensysteme sind noch nicht erforscht worden und im ausgewiesenen Vorranggebiet dieser Karsthochfläche, weisen Bodenvertiefungen | Dolinen darauf hin, dass weitere, bisher unentdeckte Höhlensysteme, in diesem Bereich existieren. In den kommenden Jahren wird die Nabenhöhe von Windenergieanlagen im Bereich von 300 Meter liegen und auch	Baugenehmigungsverfahren) geprüft und berücksichtigt, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Für die Berücksichtigung dieser Belange in den nachgelagerten Verfahren wurden diese in die Gebietssteckbriefe der Vorranggebiete der Teilfortschreibung Windenergie 2025 im Textteil und Umweltbericht aufgenommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		die Betonfundamente müssen deutlich massiver ausgeführt werden. Werden wasserführende Höhlensysteme dann einfach ausbetoniert, um die statischen Eigenschaften gewährleisten zu können? --- Abb. Schachtsystem in der Lindachhöhle s. Anlage zur Stn. --- --- Abb. Seelilienstengel / Bolheim s. Anlage zur Stn. --- Fossilien Zahlreiche und seltene Fossilienfunde im geplanten Vorranggebiet 57. Versteinerte Seelilien, Haifischzähne, Seeigel und weitere fossile Schätze finden sich in diesem geologisch einmaligen Bereich. Dies gilt es zu bewahren und nicht durch fragliche Investoren-Projekte zu verlieren. --- Abb. Versteinerte Seeigelschalen in der Lindachhöhle s. Anlage zur Stn. --- --- Abb. Hügelgräber / Bolheim s. Anlage zur Stn. --- Hügelgräber und kulturelles Erbe In unmittelbarer Nähe der geplanten Vorranggebiete 57 und 65 befinden sich zahlreiche Hügelgräber aus keltischer Zeit. Im Bereich Küpfendorf (Vorranggebiete 65) und Scheiterhau/Reutenen (Vorranggebiete 57) sind diese auch auf aktuellen Karten verzeichnet. Zusätzlich existieren in diesem Bereich noch weitere keltische Hügelgräber, die jedoch nur auf alten topografischen Karten verzeichnet sind. Link | Hügelgräber: https://albcloud.com/tour-huegelgraeber/ Die Anzahl dieser Hügelgräber | Bohnenerzgruben | Kultstätten ist sehr bedeutend und sollte auch im Mittelpunkt unseres kulturellen Erbes stehen. Wenn man bedenkt, mit welchem Aufwand das Land Baden-Württemberg z.B. solche kulturelle Schätze fördert (z.B. Keltische Hügelgräber in Grabenstetten), so ist es umso unverständlicher, dass Privatpersonen aktiv werden müssen, um solch ein unwiderbringliches Erbe zu schützen. Im Lonetal wurden Windkraftanlagen-Projekte überraschend verworfen, als es um das Zertifikat für das UNESCO Welterbe ging. Kein UNESCO Zertifikat wenn sich Windkraftanlagen in Sichtweite befinden, dabei war die Windhöffigkeit in diesem Bereich sehr gut bis ausgezeichnet.	
lfd. Ident-Nr.: 467 Privat Stn-Id: 223	VRG 57 Herbrechtingen	BE-ID: 887 --- Abb. VRG 57 s. Anlage zur Stn. ---	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Lokale Fallwinde / Wetterphänomen Wer sich für seine Umwelt und die Meteorologie interessiert, kann in Bolheim dieses lokale Wetterphänomen bestätigen. Die geografische und topografische Lage von Bolheim ermöglicht ein besonderes Wetterphänomen, somit kommt es innerhalb von mehreren 100 Meter zu unterschiedlichen Wetterbedingungen. Während z.B. in Neu-Bolheim Schnee fällt, liegt wenige Meter weiter in Bolheim, keine einzige Schneeflocke. Die Fallwinde aus westlicher Richtung sorgen regelmäßig für überraschende Wetterphänomene und auch die heftigsten Unwetter, sind in den letzten Jahrzehnten, stets knapp nördlich und südlich an Bolheim vorbeigezogen. Warum sollte eine solch natürliche Unwetterschutzfunktion aufs Spiel setzen? Gutachter werden auch dieses Argument sofort negieren und in Frage stellen, doch zahlreiche und großdimensionierte Windenergieanlagen werden einen deutlichen Einfluß auf die Windströmungen haben. Ergänzende Argumente werden über folgenden Link eingestellt: https://albpain.com/wea-bolheim-57/	
lfd. Ident-Nr.: 467 Privat Stn-Id: 223		BE-ID: 888 --- Abb. Karte Bolheim s. Anlage zur Stn. --- Schlusswort In aller Kürze habe ich heute einen Teil meiner Argumente dargelegt um die Deadline einhalten zu können. Das Dokument „Strategische Umweltprüfung“ konnte ich leider nur kurz anlesen, etwas überrascht war ich doch über die Ermittlung und Bewertung von Umweltauswirkungen (Vorranggebiete 57 | 65). Wer dieses Gebiet mit all seinen Besonderheiten kennt, würde dies sicherlich als sehr kritisch für ein geplantes Windkraft-Vorranggebiet einstufen. Aus diesem Grund habe ich heute meinen Argumenten Stellung bezogen und werde an diesem Thema engagiert dran bleiben. Es ist sicherlich auch im öffentlichen Interesse, wenn ich als Privatperson, auf den Websites AlbCloud.com und AlbPain.com fachlich und objektiv, über die weitere Entwicklung dieser Planungen berichten werde.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 467 Privat Stn-Id: 223		BE-ID: 889 Zur Person [...]: Nein, ich bin kein Windkraftgegner - Bereits Ende der 70er Jahre habe ich an den ersten Windkraft-Prototypen mitgearbeitet (Standort: Stötten) und mich stets für den Natur- und Umweltschutz	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		eingesetzt. Im Vergleich zu vielen Profiteuren der Windkraftindustrie, habe null finanzielle Interessen und konnte somit meine Objektivität stets bewahren. Windkraft JA, aber nur am passenden Standort. In Baden-Württenberg haben wir noch zahlreiche Landkreise mit ausgezeichneter Windhöffigkeit, diese wirtschaftlichen sinnvollen Standorte müssen forciert werden und nicht mit aller Gewalt, irgendwelche Planzahlen erfüllen. Nur wenn die Maßnahmen nachvollziehbar sind, kann man eine gewisse Akzeptanz in der Bevölkerung erwarten. Ein letzter sportlicher Vergleich zur Windhöffigkeit: Läuft jemand die 100 Meter in 16 sec., so braucht man sich keine ernsthaften Gedanken über eine Wettkampfteilnahme machen.	
lfd. Ident-Nr.: 468 Privat Stn-Id: 206		BE-ID: 799 als Dorf am Rande des Himmels wird unser schönes Bartholomä bezeichnet, mit weitläufigen Wanderstrecken durch erholungsschenkenden Waldgebieten und großflächigen Naturschutzgebieten. Diese schöne Natur seh ich immer mehr in Gefahr durch weiteren Bau von Windkraftanlagen rund um Bartholomä. Den Sinn von weiteren Anlagen können sehr viele Bürger unseres Ortes nicht nachvollziehen, da die bestehenden Windräder Richtung Lauterburg und Falkenberg, an vielen Tagen still stehen. Für was muss man neue Windräder bauen, Bäume roden, wenn doch die bestehenden nicht voll ausgenutzt werden!! Bitte überdenken Sie die Aufstellung weiterer Windkraftanlagen rund um Bartholomä.	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 limaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Für eine zukunftsfähige Energieversorgung sind die erneuerbaren Energien der zentrale Baustein. 2 % der Regionsfläche sollen laut Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen und Windenergie an Land gesichert werden – davon nach den Vorgaben des Bundes 1,8 % für die Windenergie an Land. Ziel dieser Teilfortschreibung ist die Umsetzung dieser gesetzlichen Vorgaben. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung oder anderen Freiraumbelangen sind aufgrund dessen, dass Windenergieanlagen im Freiraum errichtet werden, nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung und naturschutzfachlich hochwertige Bereiche, wie z.B. die in der Stellungnahme genannten Naturschutzgebiete sowie Bann- und Schonwälder und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035), werden in der vorliegenden Planung durch planerische

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch oder dem Schutzgut Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist (vgl. Gebietssteckbriefe SUP). Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (überragendes öffentliches Interesse der Erneuerbaren Energien) weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Schutzgüter auf und die im Plankonzept berücksichtigten Vorsorgeabstände (bspw. zu Naturschutzgebieten) gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Frei- und Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht zudem eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 469 Privat Stn-Id: 207		BE-ID: 802 mit diesem Schreiben lege ich Einspruch zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 für die Gebiete 53 und 54 ein.	Wird zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Das Vorranggebiet 54 "Ebnat" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 469 Privat Stn-Id: 207	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 803 In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wurden südlich und westlich non Aalen-Niesitz und Ebnat weitere ca. 600ha an Potentialflächen für Windenergie ausgewiesen. Diese Flächen	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		waren bereits 2014 ausgewiesen und wurden aufgrund Naturschutzes, Flugplatz Elchingen, Brutstätten für viele seltene Vogelarten (roter Milan etc..) und durch den Einsatz von Bürgern und Bürgerinitiative für „Windenergie aber mit Abstand auf“ ein erträgliches Maß für alle Anwohner mit ausreichend Abstand eingeschränkt. In der Zwischenzeit stehen auf diesem Gebiet 54, 15 Windkraftanlagen. Derzeit der größte Windpark Ostwürttembergs. Die Anlagen mit einer Gondelhöhe von 160m beeinträchtigen seit der Inbetriebnahme 2016 die Ortschaft Niesitz in hohem Maße, da jedes Haus eine Süd/West Ausrichtung hat. Weiter wurde bekannt, dass sich die Fa. Zeiss mit dem Bau weitere Windkraftanlagen in diesem Gebiet beschäftigt und mit dem örtlichen Waldbesitzer bereits konkrete Planungen laufen hat. .	
lfd. Ident-Nr.: 469 Privat Stn-Id: 207		BE-ID: 804 Nach Auskunft sollen mindestens weitere 16 Windkraftanlagen gebaut werden. Ist das fair gegenüber der Bevölkerung, die dort lebt? Hier geht es nur um wirtschaftliche Aspekte, die sicher nachvollziehbar sind. Aber nicht eine faire Verteilung und verträgliche Energiewende für alle Bürger, die dort wohnen und leben.	Hinweis: Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis zu betreiben. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient dabei der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Im Rahmen dieser Teilfortschreibung (auf Ebene der Regionalplanung) werden Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt. Die konkrete Planung von Windenergieanlagen / -parken ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Die Regionalverbände haben die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten und einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umfassung / Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend.
lfd. Ident-Nr.: 469 Privat Stn-Id: 207		BE-ID: 805 In diesem Bereich liegt die Windhöffigkeit bei 160-215Wqm bei 160m Höhe, was nicht einmal bedingt geeignet ist. Auch hier werden wirtschaftliche Aspekte in den Vordergrund gestellt. Fläche mit dieser Windhöffigkeit gibt es überwiegend im Planungsgebiet. Auch dort wo bisher keine Windenergieanlagen stehen.	Die genannten Angaben zur Windhöffigkeit stimmen weitgehend mit den Angaben zu mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund im Windatlas der LUBW (2019) für die Vorranggebiete 53 und 54 des 1. Anhörungsentwurfs überein. Nach Einschätzung des Umweltministeriums gelten Bereiche mit einer Windleistungsdichte von 190-215 W/m² als grundsätzlich vollziehbar (Schreiben Umweltministerium vom 22.11.2022). Im 2. Anhörungsentwurf erfolgt eine Weiterführung von Bereichen mit einer Windleistungsdichte unter 190W/m² laut Windatlas nur, wenn für diese Bereiche Windberechnungen oder Ertragsabschätzungen vorliegen, die eine höhere Windhöffigkeit bzw. eine faktische und wirtschaftliche Umsetzbarkeit von Windenergievorhaben belegen. Bereiche ohne ausreichende Nachweise werden im 2. Anhörungsentwurf nicht weitergeführt. Der Aspekt "ausreichende Windhöffigkeit" wurde neben anderen Anregungen bei der Anpassung des Gebiets 54 "Ebnat" berücksichtigt.
lfd. Ident-Nr.: 469 Privat Stn-Id: 207	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 806 Niesitz ist, was erneuerbare Energien betrifft, Vorreiter. Seit vielen Jahren sind die meisten Stallungen und Maschinenhallen mit PV belegt. Auch die meisten privaten Häuser haben eine PV-Anlage auf dem Dach. Des Weiteren wird aus Biomasse Energie gewonnen und mit der Abwärme die Häuser geheizt. Anfang des Jahres wurde eine ca. 50ha große Freiflächen-Fotovoltaikanlage im Bereich Niesitz - Diepertsbuch beschlossen. Was erneuerbare Energien betrifft haben wir im Teilort Niesitz, wie oben genannt alles vor der Haustüre.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 469 Privat Stn-Id: 207	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 807 Weitere Flächen für Windkraft auszuweisen ist nicht mehr zumutbar und würde die Landschaft und das Leben vor Ort nicht mehr lebenswert machen. In diesem Gebiet 54 ist die Grenze des machbaren für alle Anwohner aber auch für die Landschaft erreicht.	Wird zur Kenntnis genommen. Wie in der Abwägung zur BE ID 804 dargelegt, erfolgt die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten. Die Kriterien, in denen auch der Schutz der Landschaft und der Menschen in der Region Eingang gefunden haben, werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden zwischen Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen und bspw. Wohngebieten Umgebungsabstände eingehalten, um den Menschen vor erheblichen, potenziell schädlichen Einflüssen zu schützen. Im nachfolgenden Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Konzentrationswirkung) wird die Einhaltung der Mindestabstände zu Siedlungsbereichen und der immissionsschutzrechtlichen Belange bei Vorliegen konkreter Anlagenstandorte geprüft. Die Umfassungswirkung (auch: Umzingelung) durch Windenergieanlagen ist für die Regionalplanung ein abwägungsrelevanter Belang, der über die visuelle Wahrnehmung der Anlagen definiert wird. Gemäß dem Vorsorgeprinzip zur Sicherung der Lebensqualität des Menschen, wird der freie Blick vom Siedlungsbereich in die Landschaft durch Freihaltekorridore gesichert. Im Raum Niesitz wird die Gebietskulisse im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg aufgrund anderer Anregungen und zur Begrenzung der Raumbelastung in diesem Bereich reduziert.
lfd. Ident-Nr.: 469 Privat Stn-Id: 207		BE-ID: 808 Die geplanten Vorrangflächen sind zu streichen und auf bisher freien Flächen in Ostwürttemberg zu verteilen.	Wird nicht gefolgt Das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung nicht weitergeführt. Das Vorranggebiet 54 "Ebnat" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Dem Vorschlag die Vorranggebiete auf bisher "freie Flächen in Ostwürttemberg zu verteilen" wird nicht gefolgt, da die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen entsprechend dem Planungskonzept und dem Kriterienkatalog erfolgt.
lfd. Ident-Nr.: 469 Privat Stn-Id: 207		BE-ID: 809 Hier weise ich nochmals auf die bereits jetzt schon vorhanden 2,5% der Regionsfläche hin, die bereits mit Windkraft versehen ist. Wir erfüllen schon jetzt mehr als die von der Landesregierung vorgegeben Flächen. Wir haben genug Windkraft – schon jetzt!! Es kann nicht sein, dass die Energiewende im Süden und Westen von Niesitz ausgetragen wird und sich Industriebetriebe daran bereichern, die schon Mrd. Umsätze machen. Wir kämpfen mit unserer Bürgerinitiative. Solche vorhaben haben nichts mit Energiewende zu tun sondern sind Denkmäler für Natur und Bürger. Ausreichend Windkraft haben wir schon- Niesitz und Ebnat hat	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ In dem bestehenden Regionalplan "Erneuerbare Energien" von 2014 sind

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		genug!!	erst 1,5% der Regionsfläche als Vorranggebiet für Windenergie festgelegt. Eine Ergänzung der in Regionalplänen festgelegten Vorranggebiete für die Windenergie ist daher erforderlich. Die Gebietskulisse des 1. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wird aufgrund der eingegangenen Anregungen für den 2. Anhörungsentwurf deutlich reduziert.
lfd. Ident-Nr.: 469 Privat Stn-Id: 215	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 850 In diesem kurzen Text nehme ich Stellung bezüglich der Windräder welche Südlich und Westlich von Niesitz Gebaut werden sollen. Ich bin [...], [..] Jahre alt und wohne in Niesitz. Als ich von diesem Thema erfahren habe war ich nicht besonders Glücklich, da ich noch länger und in Zukunft in diesem kleinen Ort leben will. Hier in Niesitz haben wir eine sehr schöne ländliche Umgebung. Wir haben bereits schon ca.15 Windräder, die Energie liefern. Das Thema "Energie" geht jeden etwas an und ich finde es Ungerecht wenn die ganzen Windräder bei uns stehen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 469 Privat Stn-Id: 215	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 851 Vielen Leuten, die diese Energie brauchen, wissen nicht welche Auswirkungen das auf andere hat. Wenn ich mit meinem Fahrrad durch Niesitz oder durch Ebnat fahre sehe ich viele Häuser auf denen keine PV-Anlagen verbaut sind. Wenn jeder eine PV-Anlage auf sein Dach bauen würde könnte jeder einen Teil seines Energieverbrauchs decken. Es gibt auch sehr viele Firmen mit großen Dächern auf denen nichts drauf ist. Wenn man dort auch noch PV-Anlagen bauen würde, würde das auch noch eine menge Energie Produzieren. Das ist aber auch sehr teuer und kann sich nicht jeder leisten. Deshalb verstehe ich es auch teilweise, dass es viel Häuser ohne PV-Anlagen gibt.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Stromerzeugung mit gebäudegebundenen Photovoltaikanlagen ist ein für die Energiewende wichtiger Baustein für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Sie ist zusätzlich zur Windenergie erforderlich, um eine ganzjährig ausgeglichene Stromproduktion zu gewährleisten. Photovoltaik ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung. Die Regionalverbände in Baden-Württemberg haben die Aufgabe, die Auswahl der Gebiete für Windenergienutzung als Vorranggebiete gesamtregional zu steuern und das durch Bundes- und Landesgesetze vorgegebene Flächenziel für Windenergie zu erfüllen.
lfd. Ident-Nr.: 469 Privat Stn-Id: 215	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 852 Trotz allem sollten nicht nur wir diejenigen sein, die Windräder nahe am Dorf haben und davon nicht profitieren. Wenn man irgendwann all die ganzen Dörfer mit Windräder zu baut, gibt es bald keine schönen Orte mehr bei denen man sich von dem Stadt Leben erholen kann.	Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten und einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Aspekte Erholung und Landschaft sind im Plankonzept berücksichtigt. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Windenergie 2025 erläutert. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umfassung / Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend.
lfd. Ident-Nr.: 469 Privat Stn-Id: 215	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 853 Weiter sind für mich die Windräder die bereits um Niesitz stehen nicht produktiv. Aus meinem Jugendzimmer sehe ich sehr oft, dass sich keine Rotorblätter drehen.	Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen. Die Produktivität und die Laufzeiten bestehender Windenergieanlagen sind nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung. Abschaltzeiten können neben ungünstiger Windverhältnisse auch aufgrund von Auflagen aus den Genehmigungen ergeben (Schutz von Vögeln und Fledermäusen, Immissionsschutz wg. Schatten oder Schall) , zu wenig Strombedarf im Netz oder wegen Wartungsarbeiten entstehen. Die Gründe sind für Außenstehende nicht erkennbar.
lfd. Ident-Nr.: 469 Privat Stn-Id: 215	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 854 Für mich sind Windräder auch Hindernisse für viele seltene Vögel die bei uns auf den Wiesen und Wälder leben. Dieses Frühjahr waren sogar Storche auf den Wiesen zu sehen. Mein Opa besitzt Wiesen in naher Umgebung. Beim mähen der Wiesen ist der Rote Milan immer zu hören und sehen. Für mich muß hier mehr auf die Natur und Lebewesen geachtet werden.	Bekannte, besonders sensible, stetige Lebensräume geschützter Arten, welche häufig bereits Teil geschützter Lebensräume (Biotope, Naturschutzgebiete, FFH-Mähwiesen, etc.) sind und den gesetzlichen Schutzanforderungen unterliegen, sind im Rahmen der Planungskriterien berücksichtigt. Für die Berücksichtigung des Artenschutzes bei den aktuellen Regionalplan-Teilfortschreibungen Windenergie hat das Land Baden-Württemberg für windenergiesensible Vogel- und Fledermausarten den "Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie" (LUBW, 2022) erstellt. Windkraftsensible Arten wie der genannte Rotmilan sind darin berücksichtigt. Die im Fachbeitrag angegebenen Schwerpunktvorkommen der Kategorie A werden entsprechend des Kriterienkatalogs bei der Planung berücksichtigt und inklusive eines Pufferabstands von 100 m freigehalten. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen sind. Die strategische Umweltprüfung beschreibt u.a. Maßnahmen, welche auch bei erst späterem Kenntniserlang des Vorkommens einer geschützten Art zu einer Vermeidung bzw. Minimierung der Beeinträchtigung führen. Die konkrete Prüfung möglicher Beeinträchtigungen geschützter Artenund ggf. Festlegung von Schutz- und Kompensationsmaßnahmen ist erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte möglich und erfolgt im Rahmen der nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) anhand der konkreten Projektplanung. Die Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 469 Privat Stn-Id: 215	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 855 Ich finde das die Abschaffung der Kernkraftwerke ein großer Schritt war. Leider fehlen die Alternativen um dauerhaft diese Energie liefern zu können. Es fehlt an Akkus usw.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die o.g. gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Dieser Hinweis ist für viele der folgenden Einwendungen relevant, entsprechende Verweise sind eingefügt. Für eine zukunftsfähige Energieversorgung sind die erneuerbaren Energien der zentrale Baustein. 2 % der Regionsfläche sollen laut Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen und Windenergie an Land gesichert werden – davon nach den Vorgaben des Bundes 1,8 % für die Windenergie an Land. Ziel dieser Teilfortschreibung ist die Umsetzung dieser gesetzlichen Vorgaben. Die Transformation und damit die Gestaltung der Energiewende ist dabei nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung Windenergie 2025. Sie obliegt insbesondere dem jeweiligen Gesetzgeber auf europäischer, bundesdeutscher und landesweiter Ebene, der den entsprechenden gesetzlichen Rahmen setzt. Der Ausbau erneuerbarer Energien und deren Speichermöglichkeiten sind wesentlicher Bestandteil der Energiewende. Die konkrete Entwicklung von Möglichkeiten zur Speicherung des erzeugten Stroms ist jedoch nicht Gegenstand dieses Verfahrens. Sie obliegt insbesondere dem jeweiligen Gesetzgeber auf europäischer, bundesdeutscher und landesweiter Ebene, der den entsprechenden gesetzlichen Rahmen setzt. Nach §249a BauGB ist die Herstellung und Speicherung von Wasserstoff in den Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen unter bestimmten Bedingungen möglich.
lfd. Ident-Nr.: 469 Privat Stn-Id: 215	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 856 So lange dies so ist, müssen sich Firmen und auch jeder einzelne an die Situation anpassen. Man muss mit der vorhandenen Energie zu recht kommen. Meiner Meinung nach muss jeder Strom sparen und im Sommer vielleicht auch die Klimaanlagen im Haus oder in den Büros ausgeschaltet lassen.	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 469 Privat Stn-Id: 215	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 857 Weitere Fläche rund um unseren Ort für Windkraft auszuweisen kann ich nicht verstehen. Wir haben für die Energiewende vieles getan und wollen unser Dorf weiter lebenswert und idylisch für uns und die nächsten Generationen erhalten. Keine Weitere Windkraftanlagen- Wir haben schon genug!	Wird zur Kenntnis genommen. Aufgrund von zur 1. Anhörung eingegangenen Anregungen ergeben sich für den 2. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 Anpassungen der Vorranggebiete um Niesitz. Das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Das Vorranggebiet 54 "Ebnat" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Das Vorranggebiet 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 471 Privat Stn-Id: 208	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 810 Allgemein stelle ich den Nutzen von WKAs hinsichtlich einer ganzheitlichen Lösung zur Energieversorgung in Frage. Es stellt sich zusätzlich die Frage unter welchen Bedingungen ein etwaiger Schutz versucht wird und welcher Nachteil oder gar Schaden dadurch entsteht. Insbesondere an meinem Wohnort habe ich dazu weitere Bedenken.	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die o.g. gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch in Deutschland betrug im Jahr 2023 56 Prozent. Die Windenergie war dabei mit einem Anteil von 31 Prozent der wichtigste Energieträger für die deutsche Stromerzeugung und überstieg dabei den Anteil des Kohlestroms (Quelle: Statistisches Bundesamt). Die Windenergienutzung leistet einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende. Die genaue gesetzliche Ausgestaltung der Energiewende ist nicht Gegenstand des vorliegenden Teilfortschreibung.
lfd. Ident-Nr.: 471 Privat	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 811 Beeinträchtigung der Wohnlage, Lebensqualität und der	In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden zwischen Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen und bspw.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 208		Gesundheit. 1) Einschränkung meiner Mietanlage durch gestörte und genommene Alpensicht. WKA Schattenruf, Geräusche oder auch Umlenkung von Schall, sowie Störung des Landschaftsbild wirkt sich negativ auf mein Wohlbefinden und ggf auf Mieter aus	Wohngebieten Umgebungsabstände eingehalten, um den Menschen vor erheblichen, potenziell schädlichen Einflüssen zu schützen. Im nachfolgenden Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) wird die Einhaltung der Mindestabstände zu Siedlungsbereichen und der immissionsschutzrechtlichen Belange bei Vorliegen konkreter Anlagenstandorte geprüft. Die Umfassungswirkung (auch: Umzingelung oder Überlastung) durch Windenergieanlagen ist für die Regionalplanung ein abwägungsrelevanter Belang, der über die visuelle Wahrnehmung der Anlagen definiert wird. Gemäß dem Vorsorgeprinzip zur Sicherung der Lebensqualität des Menschen, wird der freie Blick in die Landschaft durch Freihaltekorridore gesichert. Weitergehende Forderungen nach dem Erhalt einer objektiv vorhandenen oder subjektiv wahrgenommenen Wohn- und Lebensqualität gehen über den gesetzlichen Immissionsschutz- und den regionalplanerischen Vorsorgeanspruch hinaus. Die Beurteilung der Lebensqualität wird von verschiedenen Faktoren bestimmt, z.B. dem materiellen Lebensstandard, der Bildung, den Berufschancen, dem sozialen Status, der Gesundheit, der den Wohnort umgebenden Natur. Die Gewichtung dieser Faktoren ist subjektiv und kann sich von Person zu Person stark unterscheiden. Auch die Wohnqualität kann mangels objektiver Maßstäbe nicht allgemeingültig definiert werden. Windenergieanlagen können einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und - unabhängigkeit Deutschlands leisten und damit mittelbar zum Erhalt der Lebensqualität beitragen bzw. Beeinträchtigungen der Lebensqualität vermeiden. Je nach Einstellung des Individuums zum Thema Windenergienutzung kann die Sicherung der Vorranggebiete für Windenergie im räumlichen Umfeld zum eigenen Wohnort daher ebenso positiv wie negativ zur Wohn- und Lebensqualität beitragen. Fragen zur Wohn- und Lebensqualität von Einzelpersonen können auf regionalplanerischer Ebene daher weder beeinflusst noch beurteilt werden und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Die Teilfortschreibung dient der Flächensicherung für die Windenergienutzung gemäß dem gesetzlichen Planungsauftrag. Weitere von Windenergieanlagen ausgehende Emissionen sowie eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte können erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Anlagentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung geprüft werden. Die weitere Berücksichtigung dieser Belange auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage. Im Detail zum Thema Schall: Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Weitere Prüfung auf der nachgelagerten Ebene s.o. Im Detail zum Thema Schattenwurf: Windenergieanlagen führen bei klaren Wetterbedingungen durch den bewegten Anlagenrotor zu optischen Immissionen und können dadurch als Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind (s.o.).
lfd. Ident-Nr.: 471 Privat	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 812 2) Aufenthalt in der Umgebung wird eingeschränkt:	Die Hinweise und Bedenken werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 208		2.1) Störung und Schädigung der Natur mit Biotopen und Öffentlichen Anlagen mit Ruheplätzen durch Auf/Abbau, Betrieb und Wartung von WKAs. 2.2) Belastung der Infrastruktur durch WKAs fortlaufend erwartet (Ansprechpartner bei Störung / Schädigung?). Meine Beeinträchtigung sehe ich hier durch Störung der Energieversorgung, Belastung des Verkehrsnetz und Veränderungen durch Aufgrabung/Aufschüttung	des Regionalplans hinausgehen. Diese sind in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn eine konkrete Projektierung von Windenergieanlagen stattfindet und Standorte sowie anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 471 Privat Stn-Id: 208	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 814 3) Fragwürdiger Nutzen von WKAs generell und im speziellen Verwendung von WKAs im Gebiet 68/1: Wartung Anlagen ist aus eigener Erfahrung aufwändig und ständige Belastung. Beobachtungen und Messungen die eine ausreichende Bedingungen für den Betrieb von WKAs belegen sind für mich nicht in entsprechender Form gegeben oder nachweislich vollständig und korrekt dokumentiert	Hinsichtlich der Anmerkung zum Nutzen von Windenergieanlagen generell wird auf die Abwägung zur BE ID 810 dieser Stellungnahme verwiesen. Die genannten Aspekte zur Wartung von Windenergieanlagen gehen über den Regelungsgehalt der regionalen Planungsebene hinaus und sind damit auch nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung / Anhörung. Hinsichtlich der "ausreichenden Bedingungen" für den Betrieb von Windenergieanlagen wird auf die Planungsgrundlage bzw. das Plankonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 verwiesen: Ein wichtiges Eignungskriterium für die Suche nach geeigneten Gebieten für die Windenergienutzung sind die Windenergiepotenziale. Im Windatlas 2019 sind diese für ganz Baden-Württemberg berechnet und in einer Karte dargestellt. Die Maßeinheit für das Windenergiepotenzial ist die mittlere gekappte Windleistungsdichte in Watt pro Quadratmeter (W/m²). Es handelt sich um einen Durchschnittswert, der die Windgeschwindigkeit und die Windverteilung in Abhängigkeit der jeweiligen Luftdichte über das Jahr darstellt. Damit wird der zu erwartende Energieertrag am jeweiligen Standort beschrieben. Je höher der Wert, desto mehr Energieertrag ist zu erwarten. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, welche von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Der Windatlas Baden-Württemberg stützt sich auf punktuelle Daten und extrapoliert diese durch Simulationen flächendeckend auf das gesamte Landesgebiet. Es handelt sich damit um Simulationsergebnisse, die von den Rechenmethoden, Grundlagendaten und insbesondere der Kalibrierung an Messpukten abhängen. Deswegen kann es sein, dass sich die Daten des Windatlasses von den Ergebnissen konkreter Windmessungen vor Ort unterscheiden. Dennoch ist davon auszugehen, dass der Windatlas Baden-Württemberg die Windverhältnisse in der Region in Relation zueinander korrekt beschreibt und somit deutlich wird, wo Gebiete mit höchster und geringster Windleistungsdichte in einer Region liegen. Damit stellt der Windatlas von Baden-Württemberg eine wichtige und geeignete Planungsgrundlage für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dar. Tatsächliche Windmessungen werden erst zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks vorgenommen, wenn die konkreten Anlagenstandorte bekannt sind. Projektierer nehmen zur Absicherung wirtschaftlicher Risiken in aller Regel

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			immer konkrete Windmessungen – üblicherweise über den Zeitraum eines gesamten Kalenderjahres – vor. Damit liegen dann konkrete Messdaten vor, die exakter sind als dies allein über die Übernahme der Inhalte aus dem Windatlas leistbar wäre.
lfd. Ident-Nr.: 472 Privat Stn-Id: 209	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 817 Allgemein stelle ich den Nutzen von WKAs hinsichtlich einer ganzheitlichen Lösung zur Energieversorgung in Frage. Es stellt sich zusätzlich die Frage unter welchen Bedingungen ein etwaiger Schutz versucht wird und welcher Nachteil oder gar Schaden dadurch entsteht. Insbesondere an meinem Wohnort habe ich dazu weitere Bedenken.	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die o.g. gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch in Deutschland betrug im Jahr 2023 56 Prozent. Die Windenergie war dabei mit einem Anteil von 31 Prozent der wichtigste Energieträger für die deutsche Stromerzeugung und überstieg dabei den Anteil des Kohlestroms (Quelle: Statistisches Bundesamt). Die Windenergienutzung leistet einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende. Die genaue gesetzliche Ausgestaltung der Energiewende ist nicht Gegenstand des vorliegenden Teilfortschreibung.
lfd. Ident-Nr.: 472 Privat Stn-Id: 209	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 818 Beeinträchtigung der Wohnlage, Lebensqualität und der Gesundheit. 1) Einschränkung meiner Mietanlage durch gestörte und genommene Alpensicht. WKA Schattenruf, Geräusche oder auch Umlenkung von Schall, sowie Störung des Landschaftsbild wirkt sich negativ auf mein Wohlbefinden und ggf auf Mieter aus	In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden zwischen Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen und bspw. Wohngebieten Umgebungsabstände eingehalten, um den Menschen vor erheblichen, potenziell schädlichen Einflüssen zu schützen. Im nachfolgenden Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) wird die Einhaltung der Mindestabstände zu Siedlungsbereichen und der immissionsschutzrechtlichen Belange bei Vorliegen konkreter Anlagenstandorte geprüft. Die Umfassungswirkung (auch: Umzingelung oder Überlastung) durch Windenergieanlagen ist für die Regionalplanung ein abwägungsrelevanter Belang, der über die visuelle Wahrnehmung der Anlagen definiert wird. Gemäß dem Vorsorgeprinzip zur Sicherung der Lebensqualität des Menschen, wird der freie Blick in die Landschaft durch Freihaltekorridore gesichert. Weitergehende Forderungen nach dem Erhalt einer objektiv vorhandenen oder subjektiv wahrgenommenen Wohn- und Lebensqualität gehen über den gesetzlichen Immissionsschutz- und den regionalplanerischen Vorsorgeanspruch hinaus. Die Beurteilung der Lebensqualität wird von

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			verschiedenen Faktoren bestimmt, z.B. dem materiellen Lebensstandard, der Bildung, den Berufschancen, dem sozialen Status, der Gesundheit, der den Wohnort umgebenden Natur. Die Gewichtung dieser Faktoren ist subjektiv und kann sich von Person zu Person stark unterscheiden. Auch die Wohnqualität kann mangels objektiver Maßstäbe nicht allgemeingültig definiert werden. Windenergieanlagen können einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und - unabhängigkeit Deutschlands leisten und damit mittelbar zum Erhalt der Lebensqualität beitragen bzw. Beeinträchtigungen der Lebensqualität vermeiden. Je nach Einstellung des Individuums zum Thema Windenergienutzung kann die Sicherung der Vorranggebiete für Windenergie im räumlichen Umfeld zum eigenen Wohnort daher ebenso positiv wie negativ zur Wohn- und Lebensqualität beitragen. Fragen zur Wohn- und Lebensqualität von Einzelpersonen können auf regionalplanerischer Ebene daher weder beeinflusst noch beurteilt werden und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Die Teilfortschreibung dient der Flächensicherung für die Windenergienutzung gemäß dem gesetzlichen Planungsauftrag. Weitere von Windenergieanlagen ausgehende Emissionen sowie eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte können erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Anlagentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung geprüft werden. Die weitere Berücksichtigung dieser Belange auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage. Im Detail zum Thema Schall: Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Weitere Prüfung auf der nachgelagerten Ebene s.o. Im Detail zum Thema Schattenwurf: Windenergieanlagen führen bei klaren Wetterbedingungen durch den bewegten Anlagenrotor zu optischen Immissionen und können dadurch als Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind (s.o.).
lfd. Ident-Nr.: 472 Privat Stn-Id: 209	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 819 2) Aufenthalt in der Umgebung wird eingeschränkt: 2.1) Störung und Schädigung der Natur mit Biotopen und Öffentlichen Anlagen mit Ruheplätzen durch Auf/Abbau, Betrieb und Wartung von WKAs. 2.2) Belastung der Infrastruktur durch WKAs fortlaufend erwartet (Ansprechpartner bei Störung / Schädigung?). Meine Beeinträchtigung sehe ich hier durch Störung der Energieversorgung, Belastung des Verkehrsnetz und Veränderungen durch Aufgrabung/Aufschüttung	Die Hinweise und Bedenken werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen. Diese sind in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn eine konkrete Projektierung von Windenergieanlagen stattfindet und Standorte sowie anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 472 Privat Stn-Id: 209	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 821 3) Fragwürdiger Nutzen von WKAs generell und im speziellen Verwendung von WKAs im Gebiet 68/1: Wartung Anlagen ist aus eigener Erfahrung aufwändig und ständige Belastung. Beobachtungen und Messungen die eine ausreichende Bedingungen für den Betrieb von WKAs belegen sind für mich nicht in entsprechender Form gegeben oder nachweislich vollständig und	Hinsichtlich der Anmerkung zum Nutzen von Windenergieanlagen generell wird auf die Abwägung zur BE ID 810 dieser Stellungnahme verwiesen. Die genannten Aspekte zur Wartung von Windenergieanlagen gehen über den Regelungsgehalt der regionalen Planungsebene hinaus und sind damit auch nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung / Anhörung. Hinsichtlich der "ausreichenden Bedingungen" für den Betrieb von Windenergieanlagen wird auf die Planungsgrundlage bzw. das Plankonzept

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		korrekt dokumentiert	der Teilfortschreibung Windenergie 2025 verwiesen: Ein wichtiges Eignungskriterium für die Suche nach geeigneten Gebieten für die Windenergienutzung sind die Windenergiepotenziale. Im Windatlas 2019 sind diese für ganz Baden-Württemberg berechnet und in einer Karte dargestellt. Die Maßeinheit für das Windenergiepotenzial ist die mittlere gekappte Windleistungsdichte in Watt pro Quadratmeter (W/m²). Es handelt sich um einen Durchschnittswert, der die Windgeschwindigkeit und die Windverteilung in Abhängigkeit der jeweiligen Luftdichte über das Jahr darstellt. Damit wird der zu erwartende Energieertrag am jeweiligen Standort beschrieben. Je höher der Wert, desto mehr Energieertrag ist zu erwarten. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, welche von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Der Windatlas Baden-Württemberg stützt sich auf punktuelle Daten und extrapoliert diese durch Simulationen flächendeckend auf das gesamte Landesgebiet. Es handelt sich damit um Simulationsergebnisse, die von den Rechenmethoden, Grundlagendaten und insbesondere der Kalibrierung an Messpukten abhängen. Deswegen kann es sein, dass sich die Daten des Windatlasses von den Ergebnissen konkreter Windmessungen vor Ort unterscheiden. Dennoch ist davon auszugehen, dass der Windatlas Baden-Württemberg die Windverhältnisse in der Region in Relation zueinander korrekt beschreibt und somit deutlich wird, wo Gebiete mit höchster und geringster Windleistungsdichte in einer Region liegen. Damit stellt der Windatlas von Baden-Württemberg eine wichtige und geeignete Planungsgrundlage für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dar. Tatsächliche Windmessungen werden erst zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks vorgenommen, wenn die konkreten Anlagenstandorte bekannt sind. Projektierer nehmen zur Absicherung wirtschaftlicher Risiken in aller Regel immer konkrete Windmessungen – üblicherweise über den Zeitraum eines gesamten Kalenderjahres – vor. Damit liegen dann konkrete Messdaten vor, die exakter sind als dies allein über die Übernahme der Inhalte aus dem Windatlas leistbar wäre.
lfd. Ident-Nr.: 473 Privat Stn-Id: 213	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 836 Betr.: Windräder Hoher Stich/Kirnberg in Giengen Einwände Zu 68/1: 1. Giengen wichtigstes Naherholungsgebiet ist betroffen. Es grenzt direkt Heidelandschaft an mit geschützten Pflanzen. Es gibt Trimm-Dich-Pfad, Seerosenteich (Schmaudersgrube), also ehemalige Bohnerzgrube, Nabu-Wiese mit seltenen Orchideen,	Wird zur Kenntnis genommen. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Auch sind besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Grillstelle, wichtigem Wanderweg (Albschäferweg), Naturschutzgebiet.	naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion sowie der weiteren genannten Schutzgüter werden in diesem Rahmen behandelt. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete - so auch das Vorranggebiet 68 - keine unzumutbaren Beeinträchtigungen u.a. der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 473 Privat Stn-Id: 213	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 837 2. Der relativ kleine Wald wird zerstört. Er ist für Giengen überaus wichtig.	Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Auf das Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff. wird hingewiesen. Des Weiteren zeigen aktuelle Erhebungen (vgl. Fachagentur Wind an Land), dass für die Dauer des Betriebes von Windenergieanlagen (WEA) durchschnittlich ca. 0,48 Hektar für den Betrieb einer WEA gerodet werden müssen. Hiervon entfallen ca. 0,05 ha auf die Versiegelung für das Fundament. Während der Bauphase sind zusätzlich ca. 0,47 ha freizuhalten, die nach Abschluss der Bauphase dann wieder aufgeforstet werden (Fachagentur Wind an Land 2024: Entwicklung der Windenergie im Wald.- Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Forstflächen in den Bundesländern.- Analyse.- S. 15f). Für die Inanspruchnahme der Waldflächen besteht das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung.
lfd. Ident-Nr.: 473 Privat Stn-Id: 213	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 838 3. Es gibt dort einfach zu wenig Wind.	Die Berücksichtigung der mittleren gekappten Windleistungsdichte bei den Planungskriterien dient der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Im Ergebnis stellt der Windatlas eine für die Region Ostwürttemberg durchschnittlich gute bis sehr gute Windleistungsdichten dar und bescheinigt ihr damit eine grundsätzliche Eignung für die Windenergienutzung. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen). Dem Regionalverband wurde für das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" (Teilgebiet 1), welches laut Windatlas einer geringeren Windhöffigkeit (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) unterliegt, ein rechnerischer Nachweis vorgelegt, welcher eine höhere Windhöffigkeit belegt, als im Windatlas dargestellt ist. Dieser Nachweis und die Interessensbekundung der Stadt Giengen zum Gebiet belegen die faktische und wirtschaftliche Umsetzbarkeit von Windenergievorhaben und das konkrete Umsetzungsinteresse in diesem Gebiet (Teilfläche 1). Damit wird das benannte Vorranggebiet als vollziehbar gewertet.
lfd. Ident-Nr.: 473 Privat Stn-Id: 213	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 839 4. Ein Waldkindergarten mit Zufahrtswegen liegt im Einzugsgebiet (Problematik Eisschlag, ggf. Sperrung der Zufahrtsstraße).	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Der Waldkindergarten im Bereich des Schratenhofs inkl. des Umgebungsabstandes (1.000m) zu den Aufenthalts- und Spielbereichen wurde nachgeführt und bei der Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs berücksichtigt. Die durch den nachgeführten Umgebungsabstand tangierten Bereiche des Vorranggebiets 68 "Giengen an der Brenz" wurden ausgeschnitten. Das Vorranggebiet 68 wird - mit entsprechend angepasstem / reduziertem Gebietszuschnitt - im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 weitergeführt. Die genannten Anmerkungen zur Thematik Eisschlag sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft.
lfd. Ident-Nr.: 473 Privat Stn-Id: 213	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 840 5. Der Abstand zur Wohnbebauung (mehrere landwirtschaftliche Höfe und ein Reiterhof) beträgt nur 750 m. Dies widerspricht dem ausdrücklich vereinbarten Abstand von 1000 m in der Region	Hinsichtlich des Kriteriums Siedlungsabstand hat die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg den Kommunen die Verringerung des regionalen Planungskriteriums "1.000m Umgebungsabstand" auf 750m eingeräumt, wenn dies mit einem Gemeinderatsbeschluss belegt werden

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Ostwürttemberg.	kann. Das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" wurde nach Vorlage des Beschlusses des Gemeinderats Giengen zur Verringerung des Siedlungsabstandes auf 750m mit einem Abstand zu wohngenutzten Einzelgehöften im Außenbereich von 750m festgelegt. Dies entspricht dem Plankonzept zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 (s.o.), welches von der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg am 15.12.2023 beschlossen wurde.
lfd. Ident-Nr.: 473 Privat Stn-Id: 213	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 841 Zu 68/2: 1. Das Windrad betrifft auch hier den Waldkindergarten sowie ein Vereinsheim (Schützenhaus Hohenmemmingen).	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Der Waldkindergarten im Bereich des Schratenhofs inkl. des Umgebungsabstandes (1.000m) zu den Aufenthalts- und Spielbereichen wurde nachgeführt und bei der Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs berücksichtigt. Die durch den nachgeführten Umgebungsabstand tangierten Bereiche des Vorranggebiets 68 "Giengen an der Brenz" wurden ausgeschnitten. Das Teilgebiet 68/2 wird - in Verbindung mit anderen Abwägungsbelangen - im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 473 Privat Stn-Id: 213	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 843 2. Sehr nah führt eine Hochspannungsleitung vorbei. 3. Der Untergrund besteht aus sumpfigem Gelände.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Bei der Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurde - entsprechend der DIN EN 50341-2-4 (VDE 0210-2-4: 2019-09) - ein Mindestabstand zu Hochspannungsfreileitungen eingehalten. Im Genehmigungsverfahren sind die Abstände zu den Leitungsachsen anhand der konkreten WEA-Standorte zu prüfen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 473 Privat Stn-Id: 213	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 844 4. Landschaftsbeeinträchtigung des kleinen Tales mit Quellen hinter dem Schützenhaus.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Teilfläche 68/2 wird im 2. Anhörungsentwurfs nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 473 Privat Stn-Id: 213	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 845 5. Mindestens 1 Milanhorst befindet sich im Einzugsgebiet.	Die landesweite Planungshilfe für die Regionalplanung zur Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung („Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ der LUBW, 2022) wurde bei der Konzepterstellung und Festlegung von Vorranggebieten im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt. Damit erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Das Vorranggebiet 68 "Giengen an der Brenz" liegt nicht innerhalb von Schwerpunktvorkommen der Kategorie A oder B des Fachbeitrags. Die Arten Rot- und Schwarzmilan sind beispielsweise über die kategorisierten Schwerpunktvorkommen des o.g. „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ bereits berücksichtigt. Die eingebrachten Informationen bewegen sich im Rahmen der Annahmen, die im Fachbeitrag zum Verhältnis der kategorisierten Schwerpunkträume zu den tatsächlichen Artvorkommen getroffen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			wurden. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes auf Projektebene (im nachgelagerten Verfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen, richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Auf der nachgelagerten Planungsebene können zudem auch Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen umgesetzt werden.
lfd. Ident-Nr.: 474 Privat Stn-Id: 221	Kartenteil VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 875 Hiermit möchten wir unseren Unmut gegenüber der Teilfortschreibung Windenergie 2025 vor allem über das Gebiet Nr.45 (Unterschneidheim/Tannhausen)zum Ausdruck bringen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 474 Privat Stn-Id: 221	Kartenteil VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 876 1. Kritikpunkt Das ausgewiesen Gebiet besteht überwiegen aus Wald. Somit wird durch den Bau pro Windkraftanlage 1ha Wald zerstört. Die Zerstörung von Fauna und Flora ist gegenüber anderen unbewaldeten Gebieten unverhältnismäßig hoch.	Wird nicht gefolgt Der pauschalen Bewertung, dass Standorte in unbewaldeten Gebieten für Flora und Fauna konfliktärmer sind als Standorte in Wäldern, wird nicht zugestimmt. Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind ebenfalls mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt (vgl. Gerichtsurteil des OVG Berlin, Urt. v. 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23 –, juris Rn. 37 ff.). Zum Umfang der Waldinanspruchnahme: Gemäß Fachagentur Wind an Land zeigen aktuelle Erhebungen, dass für die Dauer des Betriebes von Windenergieanlagen (WEA) durchschnittlich ca. 0,48 Hektar für den Betrieb einer WEA gerodet werden müssen. Hiervon entfallen ca. 0,05 ha auf die Versiegelung für das Fundament. Während der Bauphase sind zusätzlich ca. 0,47 ha freizuhalten, die nach Abschluss der Bauphase dann wieder aufgeforstet werden (Fachagentur Wind an Land 2024: Entwicklung der Windenergie im Wald.- Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Forstflächen in den Bundesländern.- Analyse.- S. 15f). Für die Inanspruchnahme der Waldflächen besteht das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung.
lfd. Ident-Nr.: 474 Privat Stn-Id: 221	Kartenteil VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 877 In der strategischen Umweltprüfung wird noch auf weitere Einflüsse hingewiesen: „In der Fläche verläuft ein Gewässer 2. Ordnung und es sind gesetzlich geschützte Offenlandbiotope gem. § 30 BNatSchG vorhanden; diese Belange sind bei der konkreten Standortwahl von	Wird zur Kenntnis genommen. Die Hinweise im Umweltbericht und den Gebietssteckbriefen dienen dazu, frühzeitig auf für die weitere Planung wichtige Aspekte hinzuweisen. Die genannten geschützten Biotope sind gesetzlich geschützt und gehören zu den rechtlichen Ausschlussbereichen für die Teilfortschreibung Windenergie. Aufgrund ihrer geringen Größe und des

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Windenergieanlagen zu berücksichtigen“ Außerdem ist das Waldgebiet durch seine ruhige Lage und natürlichen Wege sehr beliebt als Ausflug- und Wanderziel.	Planungsmaßstabs von 1.50.000 sind sie im 1. Anhörungsentwurf aus Gründen der Darstellung nicht aus dem Gebiet ausgeschnitten. Mit dem Hinweis wird darauf aufmerksam gemacht, dass bei den weiteren Planungen der Schutzstatus der Biotope zu beachten ist. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird.
lfd. Ident-Nr.: 474 Privat Stn-Id: 221	Kartenteil VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 878 2. Kritikpunkt Das ausgewiesene Gebiet liegt mit 1000m Abstand zu Nahe zum	Die Festlegung eines größeren Siedlungsabstandes (>1.000 m) im Plankonzept der genannten Teilfortschreibung und auf regionaler Planungsebene ist gem. § 249 Abs. 9 BauGB nicht möglich.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Wohngebiet des Ortsteils Geislingen. Die Lärmbelästigung bzw. Beeinträchtigungen durch Schattenschlag durch den Betrieb solcher Windkraftanlagen ist den dort ansässigen Bürgern nicht zu zumuten.	Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Anlagentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage. Windenergieanlagen führen bei klaren Wetterbedingungen durch den bewegten Anlagenrotor zu optischen Immissionen und können dadurch als Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb,

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.
lfd. Ident-Nr.: 474 Privat Stn-Id: 221	Kartenteil VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 880 3. Kritikpunkt Durch nicht ausreichend vorhandener Infrastruktur (Stromtrasse, Umspannwerk) werden mit Bau dieser Anlagen weitere Flächen zerstört. Derzeit sind keine weiteren Einspeisungen größeren Ausmaßes in das Fernnetz technisch möglich.	Das Vorhandensein von Leitungstrassen wurde im Planungskonzept als Eignungsaspekt für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen aufgenommen (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Ein Erschließungskonzept für einen geplanten Windpark wird detailliert im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) ausgearbeitet. Die damit verbundenen Auswirkungen auf Natur und Umwelt im jeweiligen Vorhabenzulassungsverfahren ermittelt und geprüft. Die Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 474 Privat Stn-Id: 221	Kartenteil VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 881 4. Kritikpunkt Das Gebiet Unterschneidheim produziert schon ca. 250% Strom aus erneuerbarer Energie. Aus sozialer Gerechtigkeit sollten andere geeigneter Gebiete bevorzugt werden. Siehe Ausweisung der strategische Umweltprüfung.	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. 2 % der Regionsfläche sollen laut Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen und Windenergie an Land gesichert werden – davon nach den Vorgaben des Bundes 1,8 % für die Windenergie an Land. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Auswahl der Gebiete für Windenergienutzung als Vorranggebiete gesamtregional zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten und einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten.
lfd. Ident-Nr.: 474 Privat Stn-Id: 221	Kartenteil VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 882 Deshalb sprechen wir uns gegen eine vorrangige Ausweisung dieses „Gebiet 45“ aus.	Wird zur Kennntnis genommen. Die zur 1. Anhörung eingegangenen Anregungen wurden geprüft, die Gebietskulisse der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wurde angepasst.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Das Vorranggebiet 45 "Unterschneidheim / Tannhausen" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg mit geringfügigen Anpassungen weitergeführt wird.
lfd. Ident-Nr.: 475 Privat Stn-Id: 214	Kartenteil VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 846 aus gegebenem Anlass bin ich gezwungen, hier meine Stellungnahme zum geplanten „Windpark Geislingen“ Gebiet 45 abzugeben.	Wird zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass durch die Teilfortschreibung Windenergie 2025 Gebiete festgelegt werden, in denen die Nutzung der Windenergie Vorrang vor anderen regionalbedeutsamen Nutzungen Vorrang hat. Die anschließende Windparkplanung ist nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene.
lfd. Ident-Nr.: 475 Privat Stn-Id: 214	Kartenteil VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 2266 Ich finde es beschämend, auf den Medien zu erfahren, dass ein Windpark in Geislingen errichtet werden soll. Wieso würden hier nicht aktiv die Teilorte und die Anwohner darüber informiert?	Die Windparkplanung ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung. Für den Regionalverband besteht kein Anlass über konkrete Windparkplanungen zu informieren. Im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Teilregionalplans bestehen zahlreiche gesetzlich normierte Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit. Diese richten sich nach den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg (LplG). Die Frist zur Beteiligung der Öffentlichkeit ergibt sich aus § 9 Abs. 2 ROG i.V.m. § 12 Abs. 3 LplG: Sie beträgt i.d.R. einen Monat. Bei der Beteiligung ging der Regionalverband Ostwürttemberg zur Steigerung der Transparenz und zur Ermöglichung zusätzlicher Beteiligung über dieses gesetzlich geforderte Maß hinaus. Über ein eigens dafür eingerichtetes Online-Beteiligungstool war die Abgabe von Hinweisen, Anregungen und Änderungsvorschlägen auch digital möglich. Alle Beteiligungsmöglichkeiten wurden in den regionalen Medien und im Internet angekündigt. Die Verfahrensunterlagen waren während der Öffentlichkeitsbeteiligung zusätzlich auf der Internetseite des Regionalverbandes einsehbar. Zusätzlich zu den gesetzlich vorgesehenen Beteiligungsmöglichkeiten hat der Regionalverband Ostwürttemberg weitere Informations- und Beteiligungsangebote, z. B. ein Informationsangebot auf der Homepage und drei öffentliche Informationsveranstaltungen in der Region (Ellwangen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd) vor Beginn der ersten formellen Anhörung umgesetzt. Alle eingegangenen Anregungen und Hinweise wurden sorgfältig geprüft und abgewogen.
lfd. Ident-Nr.: 475 Privat Stn-Id: 214	Kartenteil VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 2267 Als Anwohner und auch als Grundstückbesitzer eines Waldes in geplanten Windpark kann und werde ich nicht meine Zusage zum geplanten Windpark nicht geben.	Wird zur Kenntnis genommen. Wie im Textteil zum 1. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 dargelegt, sind die im Regionalplan festgelegten Vorranggebiete maßstabsbedingt nur gebiets- und nicht parzellenscharf abgegrenzt. Es werden keine Flurstücksgrenzen oder Eigentumsverhältnisse bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt. Die Ausformung der Vorranggebiete orientiert sich ausschließlich an planerischen Kriterien.
lfd. Ident-Nr.: 475 Privat	Kartenteil VRG 45 Unterschneidheim	BE-ID: 2268 Wieso können wir die geplanten Investitionen des Windparks nicht	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 214	/ Tannhausen	anderweitig einsetzten. Ausbau der PV-Anlagen. Versiegelte Flächen erstmal ausschöpfen, bevor neue Flächen versiegelt werden. Entwicklung und Ausbau von Energiespeichern. Da wären die Millionen-Investitionen besser aufgehoben.	(EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die o.g. gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Maßgebliche Zielsetzung der vorliegenden Teilfortschreibung ist die Steuerung und raumordnerische Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen und damit die Umsetzung der Landesflächenziele nach § 20 und § 21 KlimaG. Die Umsetzung der Energiewende ist gesellschaftspolitischer Konsens sowie Beschlusslage sowohl im Deutschen Bundestag als auch im Landtag von Baden-Württemberg. Sie hat überdies Eingang in zahlreiche europäische, nationale und landesgesetzliche Vorgaben gefunden. Die vorliegende Planung setzt diese Vorgaben um. Grundsätzliche Betrachtungen über die Ausgestaltung der Energiewende sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens, sondern wären im Zuge möglicher Gesetzesänderungen von den jeweiligen Gesetzgebern vorzunehmen. Der Ausbau erneuerbarer Energien und deren Speichermöglichkeiten sind wesentlicher Bestandteil der Energiewende. Die konkrete Entwicklung von Möglichkeiten zur Speicherung des erzeugten Stroms ist jedoch nicht Gegenstand dieses Verfahrens. Sie obliegt insbesondere dem jeweiligen Gesetzgeber auf europäischer, bundesdeutscher und landesweiter Ebene, der den entsprechenden gesetzlichen Rahmen setzt. Nach §249a BauGB ist die Herstellung und Speicherung von Wasserstoff in den Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen unter bestimmten Bedingungen möglich. Betrachtungen zu Investitionen in Windparks sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.
lfd. Ident-Nr.: 475 Privat Stn-Id: 214	Kartenteil VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 2269 Ich bin für die Energiewende, es sollte aber in Einklang mit den Bürgern und der Natur die beste Lösung gefunden werden.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Auswahl der Vorranggebiete für Windenergie erfolgte anhand eines nachvollziehbaren Planungskonzepts in mehreren Planungsschritten (Flächenauswahlprozess). Die Vorgehensweise ist in der Begründung transparent dokumentiert, die Kriterien sind Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025) dargelegt. Die Aspekte der Schutzgüter "Mensch" und "Natur" werden dabei in verschiedenen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Einzelkriterien berücksichtigt. Im Rahmen der mehrstufigen Methodik zur Auswahl von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen fand eine Abwägung aller auf regionalplanerischer Ebene erkennbaren schützenswerten Belange gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG statt. Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurde das Gewicht jedes Belangs angemessen berücksichtigt, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde. Im Großteil des Verbandsgebiets Ostwürttemberg war die Windenergienutzung nicht möglich oder andere Belange/schutzbedürftige Interessen hatten in der Abwägung ein höheres Gewicht als die Windenergienutzung. An den Stellen in der Region, an denen nun Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt werden sollen, überwiegt das überragende öffentliche Interesse an der Windenergienutzung gegenüber den anderen Belangen. Für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bestehen im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Teilregionalplans zahlreiche gesetzlich normierte Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit. Diese richten sich nach den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg (LplG). Die Frist zur Beteiligung der Öffentlichkeit ergibt sich aus § 9 Abs. 2 ROG i.V.m. § 12 Abs. 3 LplG: Sie beträgt i.d.R. einen Monat. Bei der Beteiligung ging der Regionalverband Ostwürttemberg zur Steigerung der Transparenz und zur Ermöglichung zusätzlicher Beteiligung über dieses gesetzlich geforderte Maß hinaus. Über ein eigens dafür eingerichtetes Online-Beteiligungstool war die Abgabe von Hinweisen, Anregungen und Änderungsvorschlägen auch digital möglich. Alle Beteiligungsmöglichkeiten wurden in den regionalen Medien und im Internet angekündigt. Die Verfahrensunterlagen waren während der Öffentlichkeitsbeteiligung zusätzlich auf der Internetseite des Regionalverbandes einsehbar. Zusätzlich zu den gesetzlich vorgesehenen Beteiligungsmöglichkeiten hat der Regionalverband Ostwürttemberg weitere Informations- und Beteiligungsangebote, z. B. ein Informationsangebot auf der Homepage und drei öffentliche Informationsveranstaltungen in der Region (Ellwangen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd) vor Beginn der ersten formellen Anhörung umgesetzt. Alle eingegangenen Anregungen und Hinweise wurden sorgfältig geprüft und abgewogen.
lfd. Ident-Nr.: 475 Privat Stn-Id: 214	Kartenteil VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 2270 Als Betreiber eine PV-Anlage würde ich sofort meine Anlage vergrößern, wenn da nicht die Bestimmungen des Staats und des	Wird zur Kenntnis genommen. Das in der Anregung aufgeführte Thema Photovoltaik ist nicht Gegenstand

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Netzbetreiber wären.	der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.
lfd. Ident-Nr.: 475 Privat Stn-Id: 214	Kartenteil VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 2271 Daher bin ich aktuell gegen den geplanten Windpark Geislingen Gebiet 45	Wird zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 45 "Unterschneidheim / Tannhausen" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg mit geringfügigen Anpassungen weitergeführt wird.
lfd. Ident-Nr.: 477 Privat Stn-Id: 218	2. Umweltziele VRG 57 Herbrechtingen	BE-ID: 869 u.a. scheinen hier 2 Dinge komplett falsch zu laufen. 1.) Es wird z.B. im Gebiet Gerstetten ein Waldgebiet (57+65) geopfert, um hier WEA's zu errichten. Auf der anderen Seite ist von der EU gefordert (https://info.bml.gv.at/themen/wald/eu-international/eu-waldstrategie.html), Waldfläche aufzubauen. Welchen Vorteil bringt es ein intaktes Waldgebiet zu zerstören und ein neues aufzubauen?	Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. So auch die beiden genannten Vorranggebiete 57 "Herbrechtingen" und 65 "Schönbühl". Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung als Waldgebiet und ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Eine pauschale Bevorzugung von Offenlandbereichen oder Ausschluss von Waldgebieten wäre nicht sachgerecht für die Sicherung der günstigsten Standorte für die Windenergienutzung und spiegelt nicht die ökologische Wertigkeit der Lebensräume wider. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Waldstrategie der EU-Kommission ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.
lfd. Ident-Nr.: 477 Privat Stn-Id: 218	2. Umweltziele VRG 57 Herbrechtingen	BE-ID: 871 2.) Bei der Infoveranstaltung am 8.5.24 in HDH wurde das Thema "WIRTSCHAFTLICHKEIT" einer WEA ausgeklammert. Ist dies nicht relevant? Geht es nur um ein Ziel: Errichtung von WEA/WKAs?! Wer haftet für diese zukünftige Geldvernichtung? Vielen Dank für Ihre Antworten und Erklärversuche,	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg). Sie dient der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 in der Region Ostwürttemberg festgelegten Vorranggebiete für die Nutzung der Windenergie grundsätzlich geeignet. Die anschließende Windenergieanlagenplanung inkl. Prognosen zur Wirtschaftlichkeit von geplanten Windenergieanlagen gehen über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinaus und sind in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren zu klären, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 478 Privat Stn-Id: 219	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 54 Ebnat	BE-ID: 872 Sehr geehrte Damen und Herren ich beteilige mich an der o.g. Stellungnahme, da ich entschieden gegen weitere Windkraftanlagen in der Region Ebnat/Niesitz bin. Prinzipiell bin ich ein Befürworter der erneuerbaren Energie, aber nicht um jeden Preis.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 478 Privat Stn-Id: 219	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 54 Ebnat	BE-ID: 873 Ich sehe durch die Planungen einen zerstörerischen Eingriff ins Naherholungsgebiet Rund um Maria Eich. Ferner sollte auch ein größerer Abstand zu Wohngebieten eingehalten werden. Natur genießen ist inmitten von dutzenden Masten und Rotorblättern nicht möglich!	Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die Aspekte Erholung und Landschaft sind im Plankonzept berücksichtigt. Der Bereich um Maria Eich ist in der Planung als "Erholungsraum - kürzerem Aufenthalt" mit dem entsprechenden Mindestabstand von 350m berücksichtigt (s. Kriterienkatalog). Der Mindestabstand zu Wohngebieten ist mit 1.000m im Kriterienkatalog berücksichtigt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Der Umgebungsabstand von 1.000m zu Siedlungsbereichen, die der Wohnnutzung unterliegen (allgemeine Wohngebiete, gemischte Bauflächen und Dorfgebiete sowie Einzelgehöfte und wohngenutzte Einzelgebäude im Außenbereich) ist ein vom politischen Gremium des Regionalverbandes (Verbandsversammlung) mehrstimmig beschlossenes planerisches Kriterium, welches zur Ermittlung von geeigneten Windenergiegebieten für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient. Dieser Abstand entspricht den Vorgaben des § 249 Abs. 9 BauGB. Eine Erhöhung des Abstandes als regionsweit einheitlich anzuwendendes Planungskriterium ist gem. der genannten gesetzlichen Grundlage nicht möglich und darüber hinaus im Hinblick auf das Erreichen des Flächenziels gem. § 20 KlimaG BW auch nicht für die Region Ostwürttemberg anwendbar.
lfd. Ident-Nr.: 478 Privat Stn-Id: 219	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 54 Ebnat	BE-ID: 874 Die Regien Ebnat/Niesitz ist in mehrfacher Hinsicht bereits ein Vorreiter für erneuerbare Energie (Windkraft, BGA, 50 ha Solarpark, private PV Anlagen), es kann nicht sein dass hier zu Lasten der Anwohner noch weitere Anlagen aufgestellt werden. Hier sollen erst mal andere Regionen in Aalen gleichziehen.	Wird zur Kenntnis genommen. Wie in der Abwägung zu BE ID 873 erläutert, ergibt sich die Verteilung der Vorranggebiete aus der Anwendung der Eignungs-, Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien des Plankonzepts. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten. Zur Vermeidung einer räumlichen Umfassung (Umzingelung) wurde die Umfassungswirkung durch Windenergieanlagen betrachtet. Diese ist für die Regionalplanung ein abwägungsrelevanter Belang, der über die visuelle Wahrnehmung der Anlagen definiert wird. Der freie Blick in die Landschaft wird dabei über Freihaltekorridore oder -bereiche gesichert. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Aufgrund von zur 1. Anhörung eingegangenen Anregungen ergeben sich für den 2. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 Anpassungen der Vorranggebiete um Ebnat/Niesitz. Das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg aufgrund anderer Anregungen und zur Begrenzung der Raumbelastung in diesem Bereich nicht weitergeführt. Das Vorranggebiet 54 "Ebnat" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Das Vorranggebiet 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 479 Privat Stn-Id: 216	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 859 als Bürgerin in Ebnat mache ich von der Möglichkeit Gebrauch, mich gegen eine Erweiterung der Windkraftenergie in Niesitz/Ebnat auszusprechen. Wir sind bereits umzingelt von Windrädern und erhalten zudem eine Freiland-PV-Anlage. Die 2% sind damit längst erreicht.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die aufgeführten Aspekte werden zur Kenntnis genommen. Der Regionalverband erkennt die Belastung des Raumes Ebnat. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß § 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Mit §§ 20 und 21 KlimaG hat die Landesregierung den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (1,8% Regionsfläche für Windenergie an Land und 0,2% Regionsfläche für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ziel dieser Teilfortschreibung ist die Umsetzung dieser gesetzlichen Vorgaben. Das verbindliche Teilflächenziel gemäß § 20 KlimaG BW gilt für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an diversen Eignungs-, Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen sowie der Verzicht auf bereits vorbelastete Gebiete / Bereiche in der Region nicht möglich. Das Kriterium "Überlastungsschutz" wurde einschlägig geprüft. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Aufgrund der Feststellung einer Überlastung von Niesitz wurde das Gebiet 53 gestrichen. Auch der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 wurde aufgrund Anregungen und Hinweisen im Rahmen der Anhörung (inkl. Entlastung der Raumschaft) optimiert und zwei südliche Teilbereiche zurückgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 479 Privat Stn-Id: 216		BE-ID: 2247 Wir haben Menschen in unmittelbarer Nähe, die gesundheitliche Probleme entwickelt haben und an der vorhandenen Situation knabbern. Es gibt Bürger/innen, die von der Blinkerei der Windräder in ihrem Zuhause eingeschränkt wurden.	Wird nicht gefolgt Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung zwischen dem Interesse der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Windenergienutzung und entgegenstehenden räumlichen Nutzungsansprüchen bzw. -interessen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung des Schutzgutes Mensch, insbesondere der menschlichen Gesundheit, wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch auf. Die berücksichtigten Ausschluss- und Konfliktkriterien hinsichtlich des Schutzgutes Mensch sind angesichts der Maßgaben des § 2 EEG auf regionaler Planungsebene ausreichend. Der wissenschaftliche Konsens weist auf, dass durch Windenergieanlagen mit Schutzabständen zur Wohnbebauung keine allgemeine Gesundheitsgefahr gegeben ist. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen eingegrenzt und im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) detailliert geprüft. Dabei werden sowohl Schallemissionen als auch andere potenziell schädliche Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 479 Privat Stn-Id: 216		BE-ID: 2249 Auch die Abholzung ist enorm. Es wird immer mehr in Flora und Fauna eingegriffen, was ich nicht gut heiße und besorgt verfolge.	Wird nicht gefolgt Gemäß Fachagentur Wind an Land zeigen aktuelle Erhebungen, dass für die Dauer des Betriebes von Windenergieanlagen (WEA) durchschnittlich ca. 0,48 Hektar für den Betrieb einer WEA gerodet werden müssen. Hiervon entfallen ca. 0,05 ha auf die Versiegelung für das Fundament. Während der Bauphase sind zusätzlich ca. 0,47 ha

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			freizuhalten, die nach Abschluss der Bauphase dann wieder aufgeforstet werden (Fachagentur Wind an Land 2024: Entwicklung der Windenergie im Wald.- Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Forstflächen in den Bundesländern.- Analyse.- S. 15f). Für die Inanspruchnahme der Waldflächen besteht das gesetzliche Erfordernis des Waldausgleichs nach § 9 Landeswaldgesetz BW. Der Waldausgleich wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geregelt, wenn die genauen Standorte für Windenergieanlagen bekannt sind, und ist daher nicht Gegenstand der Regionalplanung. Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt.
lfd. Ident-Nr.: 479 Privat Stn-Id: 216		BE-ID: 2250 Zudem sind wir das "gastliche Härtsfeld" mit Naherholungsgebiet. Beides sehe ich gefährdet. Auch meine eigene Erholungsflächen in Wald und auf den Feldern würden weiter verringert. Wo Kraft schöpfen?	Wird nicht gefolgt Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend.
lfd. Ident-Nr.: 480 Privat Stn-Id: 224	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 890 hiermit nutzen wir die Möglichkeit der Stellungnahme zum Planungsverfahren der Teilfortschreibung „Windenergie 2025“ in o.g. Plangebieten 53 und 54 (Gebiet südwestlich von Ebnat/Niesitz sowie Diepertsbuch	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Zu den erwähnten Anregungen werden nachfolgend nähere Erläuterungen gegeben. Vorab: Der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 wird aufgrund von Anregungen im Rahmen der 1. Anhörung angepasst: Zwei südliche Teilbereiche des Vorranggebietes 54 "Ebnat" werden aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange (z.B. Entlastung der Raumschaft, An- und Abflug des Flugplatzes Aalen-Elchingen, Windhöffigkeit) zurückgenommen. Des Weiteren werden die Vorranggebiete 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" und 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat", die in der angesprochenen Raumschaft liegen, aufgrund der Anwendung verschiedener Abwägungsbelange (u.a. Überlastung und Entlastung des Raums, An- und Abflug des Flugplatzes Aalen-Elchingen etc.) im 2. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weiterverfolgt.
lfd. Ident-Nr.: 480 Privat Stn-Id: 224	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 891 Durch die Erstellung/den Neubau zusätzlicher (zu den bereits vielzählig bestehenden) Windkraftanlagen sehen wir eindeutig eine einseitige Überbelastung der Region und der dort lebenden Menschen an.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Der Regionalverband erkennt die Belastung des Raumes Ebnat. Das Kriterium "Überlastungsschutz" wurde einschlägig geprüft. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Aufgrund der Feststellung einer Überlastung von Niesitz wurde das Gebiet 53 gestrichen. Auch der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 wurde aufgrund Anregungen und Hinweisen im Rahmen der Anhörung (inkl. Entlastung der Raumschaft) optimiert und zwei südliche Teilbereiche zurückgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 480 Privat Stn-Id: 224	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 892 Der Naherholungsbereich „Härtsfeld“ stellt für viele Erholungssuchende eine nicht mehr wegzudenkende Möglichkeit	Wird nicht gefolgt Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		der regionalen Naherholung dar – Spaziergänger, Radfahrer oder Freizeitsportler nutzen diese intensiv. Auch die Marien-Wallfahrtskapelle „Maria Eich“, welche jedes Jahr von Tausenden Menschen besucht wird sowie das idyllisch gelegene Naturdenkmal „Egelsee“ werden durch die unmittelbare Nähe zusätzlicher Windkraftanlagen negativ beeinflusst. Durch 16 weitere Windräder, welche das gesamte Landschaftsbild optisch weitläufig zerschneiden, wird dieser Naherholungsfaktor eindeutig in seiner Funktion geschmälert.	in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen wie z.B. Eiswurf und Geräuschemmissionen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Die Berücksichtigung der Belange des Denkmalschutzes auf Ebene der Regionalplanung entspricht der aktuellen, zuletzt zum 11. Februar 2023 geänderten Rechtslage nach dem Denkmalschutzgesetz BW. Der sogenannte Umgebungsschutz (vgl. § 15 DSchG) ist danach nur für die in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmalen zu berücksichtigen, welche "Maria Eich" nicht dazugehört. Die mögliche Beeinträchtigung weiterer, nicht in höchstem Maße raumbedeutsame Kulturdenkmale wird auf Ebene des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage geprüft.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 480 Privat Stn-Id: 224	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 893 Westlich sowie südwestlich von Niesitz und Ebnat verläuft der Wildtierkorridor des überregionalen Populationsverbundes für mobile, waldassoziierte, terrestrische Säugetiere, dessen Relevanz mit „internationaler Bedeutung“ eingestuft ist (s. Generalwildwegeplan ((GWP)) Baden-Württemberg der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg, FVA). Zudem befinden sich in diesem Bereich 2 wichtige Knotenpunkte dieser Wildtierkorridore. Die Umsetzung des GWP bedarf laut der Versuchs- und Forschungsanstalt „… einer langfristigen Sicherung der für die Tierwelt benötigten Flächen vor weiterer Fragmentierung oder gar Flächenverlust, wozu eine Berücksichtigung des GWP vor allem in der Verkehrsplanung, der Regionalplanung und in nachgeordneten Planungen wie der Eingriffsplanung erforderlich ist.“ Es dürfte unstrittig sein, dass die Erstellung von 16 Windkraftanlagen diesen Wildtierkorridor langfristig und nachhaltig negativ beeinflusst – abgesehen vom Baulärm, der sich über monatelange, wenn nicht gar jahrelange Zeit hinziehen wird, über die gigantisch breit ausgebauten, neuen Waldwege, welche die intuitiv durch die Tiere genutzten Wildwege kreuzen oder gar zerstören.	Wird nicht gefolgt Die Betroffenheit und der Umgang mit Wildtierkorridoren des Generalwildwegeplans wurde mit den zuständigen Unteren Naturschutzbehörden abgestimmt. Im Ergebnis stellen Wildtierkorridore kein Ausschlusskriterium für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen dar, sondern werden im Rahmen einer Einzelfallprüfung betrachtet. In vielen Bereichen können die benannten Korridore des Generalwildwegeplans bei der konkreten Standortplanung von Windenergieanlagen im nachgelagerten Verfahren berücksichtigt werden. Dafür wird in den Gebietssteckbriefen der betroffenen Vorranggebiete der Hinweis "Wanderkorridor des Generalwildwegeplans (GWP)" eingefügt. In begründeten Einzelfällen werden die Zuschnitte der Vorranggebiete in Bezug auf den Generalwildwegeplan in Verbindung mit weiteren Abwägungsbelangen angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 480 Privat Stn-Id: 224	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 894 Das Plangebiet ist zudem Lebensraum zahlreicher, geschützter Vogelarten: seien es Milan-, Bussard- oder Falkenarten, die vom Aussterben bedrohte Kornweihe, Kiebitz, Waldrapp und noch viele weitere. Ebenfalls ist der Planbereich Habitat zahlreicher Fledermaus-Arten, die zum Teil ebenfalls unter besonderem Schutz stehen.	Wird nicht gefolgt Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Des Weiteren sind einige naturschutzfachliche Belange im Gebietssteckbrief für den angepassten Gebiet 54 als Hinweis auf Restriktionen und weitere zu prüfende Belange zur Berücksichtigung im nachgelagerten Verfahren aufgeführt.
lfd. Ident-Nr.: 480 Privat Stn-Id: 224	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 895 Ein weiterer, bedenkenswerter Aspekt ist die steigende Lärmbelästigung durch weitere Anlagen. Bereits jetzt sind bei entsprechender Windrichtung deutliche Geräuschemissionen sowohl am Tag als auch nachts wahrnehmbar – dies wirkt sich besonders negativ auf die Schlaf- und Lebensqualität der in unmittelbarer Nähe lebenden Menschen aus.	Wird nicht gefolgt Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Analgentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 480 Privat Stn-Id: 224	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 896 Zudem bestehen im Umfeld von Niesitz und Ebnat bereits weitere Lastkollektive, welche sowohl optisch als auch durch multiple andere Emissionen stark belastend sind: die bestehende 380 kV-Hochspannungsleitung, die Kläranlage Ebnat/Niesitz, die Autobahn A7 mit Anschluss-Stellen, eine Schweinemast-Betrieb in unmittalbarer Nähe, der Betrieb einer Biogas-Anlage, die geplante Groß-Photovoltaik-Anlage mit 42 ha Fläche und nicht zuletzt der Verkehrslandeplatz Aalen-Elchingen mit regelmäßigem Sport-Flugverkehr über Niesitz.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die aufgeführten Aspekte werden zur Kenntnis genommen. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Der Regionalverband erkennt die Belastung des Raumes Ebnat. In Verbindung mit anderen im Rahmen der 1. Anhörung eingebrachten Belangen wird die Gebietskulisse zur 2. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 überarbeitet.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 480 Privat Stn-Id: 224	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 897 Hier stellt sich insbesondere die Frage, ob durch turbulente Nachlauf-Strömungen zusätzlicher und größerer WKA eine Risiko-Zunahme für die häufig im Luftraum über Niesitz fliegenden Motor- und Segelflugzeuge des Luftsportrings Aalen einhergeht – mit Auswirkung auf die Unfallwahrscheinlichkeit über bewohntem Gebiet.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Zum konkreten Belang der Flugsicherheit wurden im Rahmen der Anhörung die Hinweise der Luftfahrtbehörde sowie des Luftsportrings entsprechend abgewogen. Demzufolge werden der südliche Bereich des geplanten Vorranggebiets 54 "Ebnat" sowie Gebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Zusätzlich wird im Gebietssteckbrief zum angepassten Gebiet 54 folgender Hinweis aufgenommen: "Der südliche Bereich des Gebiets befindet sich im Geradeausan- und -abflugbereich des Verkehrslandeplatzes Aalen-Elchingen. Die Zustimmung zu Windenergieanlagen in diesem Bereich ist eine Einzelfallentscheidung der Luftfahrtbehörde, voraussichtlich ist die Erstellung eines luftfahrtrechtlichen Gutachtens erforderlich. Eine frühzeitige Abstimmung mit der Luftfahrtbehörde wird empfohlen."
lfd. Ident-Nr.: 480 Privat Stn-Id: 224	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 898 Nicht zu vernachlässigen sind die Auswirkungen auf unterirdische Wasserläufe, welche durch die tiefen Fundamente unwiederbringlich zerstört oder zumindest verändert werden können und noch nicht bekannte (Langzeit-) Auswirkungen auf Flora, Fauna und das unterirdische Wassersystem im Karstboden haben.	Wird nicht gefolgt Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 legt Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen fest, die der räumlichen Steuerung der Windnutzung im regionalen Maßstab dienen. Die Auswirkungen auf den Wasserhaushalt betreffen nicht die Gebiete insgesamt, sondern den Nahbereich der späteren Anlagenstandorte. Die Wirkungen auf den Wasserhaushalt ergeben sich aus der spezifischen Situation an den potenziellen Standorten und werden im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft. Die hydrologische Unbedenklichkeit im Rahmen der Vorhabenzulassungsverfahren sicher zu stellen.
lfd. Ident-Nr.: 480 Privat Stn-Id: 224	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 899 Grundsätzlich ergeben sich Zweifel an der Gesamtbetrachtung des Planungsverfahrens: Trotz nachgewiesener unauffälliger Windhöffigkeit sollen zusätzliche Windkraftanlagen in diesem Bereich erstellt werden ? Bei den durch das Land Baden-Württemberg ermittelten Windpotentialflächen sind die Plangebiete 53 und 54 weder eine „geeignete Fläche“ noch eine „bedingt geeignete Fläche“ (s. Windatlas Baden-Württemberg) Bereich westlich und südlich von Niesitz: zwischen 105-145 W/qm und 145-190 W/qm.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Vorranggebiet 54 "Ebnat" (sowie die umliegenden Gebiete 53 und 69), welches laut Windatlas einer geringeren Windhöffigkeit (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) unterliegt, befindet sich in der unmittelbaren Umgebung zum bestehenden Windpark Königsbronn / Ebnat. Da in diesem Bereich bereits Windenergieanlagen sowie die dazugehörige Infrastruktur vorhanden sind, wurde das Gebiet nicht pauschal für die Nutzung der Windenergie ausgeschlossen, sondern als Potenzialgebiet in die Gebietskulisse der ersten Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufgenommen. Dem Regionalverband wurde für das Gebiet 54 "Ebnat" ein rechnerischer Nachweis vorgelegt, welcher eine höhere Windhöffigkeit belegt, als im Windatlas dargestellt ist. Dieser Nachweis ist als plausibel zu bewerten (positive Umsetzungsprognose), weshalb die benannte Fläche als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen weiterverfolgt werden kann. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			(z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen). Hinweis: Aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange inkl. Windhöffigkeit werden im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 angepasst und das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 480 Privat Stn-Id: 224	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 900 Zusammenfassend ist das zur Erweiterung diskutierte Gebiet daher vom Regional-Verband Ostwürttemberg wenig überraschend bereits als sehr konfliktbehaftet eingestuft, was unsere kritische Haltung argumentativ untermauert.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Eine strategische Umweltprüfung (SUP) hat die Aufgabe, die Umweltauswirkungen eines Planwerks aufzuzeigen. Sie bietet die Möglichkeit, verschiedene Aspekte der Auswirkungen eines Planinhalts zu betrachten und diese in die Entscheidungsfindung angemessen einzubringen. Jedoch fließen in die Entscheidungsfindung auch weitere Aspekte mit ein. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zeitlich befristet in einem überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, soll in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien für einen Teil des Gebiets 54 der Vorrang eingeräumt werden. Auf die bestehenden Konflikte und mögliche Lösungsansätze im Zuge einer Realisierung wird im Umweltbericht hingewiesen. Es wird darauf hingewiesen, dass das Gebiet 54 "Ebnat" aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst und reduziert wird. Das bislang vorgesehene Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" wird im 2. Anhörungsentwurf nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 480 Privat Stn-Id: 224	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 901 Als unmittelbar betroffene Bürger haben wir aus den gemachten, tatsächlichen Erfahrungen mit den bestehenden Windrädern eine hochkritische Haltung gegenüber einer weiteren Zunahme von Belastungen, die durch die Erweiterung des Windparks mit vermutlich noch erheblich höher aufragenden Anlagen entstehen würden. Diese Haltung wurde auch gegenüber den lokalen Bürgervertretern ausgesprochen und dies wird auch weiterhin mit Nachdruck in Form einer gegründeten Bürgerinitiative geschehen.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Anregungen werden zur Kenntnis genommen. In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden zwischen Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen und bspw. Wohngebieten Umgebungsabstände eingehalten, um den Menschen vor erheblichen, potenziell schädlichen Einflüssen zu schützen. Im nachfolgenden Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) wird die Einhaltung der Mindestabstände zu Siedlungsbereichen und der immissionsschutzrechtlichen Belange bei

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Vorliegen konkreter Anlagenstandorte geprüft. Weitergehende Forderungen nach dem Erhalt einer objektiv vorhandenen oder subjektiv wahrgenommenen Wohn- und Lebensqualität gehen über den gesetzlichen Immissionsschutz- und den regionalplanerischen Vorsorgeanspruch hinaus. Die Beurteilung der Lebensqualität wird von verschiedenen Faktoren bestimmt, z.B. dem materiellen Lebensstandard, der Bildung, den Berufschancen, dem sozialen Status, der Gesundheit, der den Wohnort umgebenden Natur. Die Gewichtung dieser Faktoren ist subjektiv und kann sich von Person zu Person stark unterscheiden. Auch die Wohnqualität kann mangels objektiver Maßstäbe nicht allgemeingültig definiert werden. Windenergieanlagen können einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und - unabhängigkeit Deutschlands leisten und damit mittelbar zum Erhalt der Lebensqualität beitragen bzw. Beeinträchtigungen der Lebensqualität vermeiden. Je nach Einstellung des Individuums zum Thema Windenergienutzung kann die Sicherung der Vorranggebiete für Windenergie im räumlichen Umfeld zum eigenen Wohnort daher ebenso positiv wie negativ zur Wohn- und Lebensqualität beitragen. Fragen zur Wohn- und Lebensqualität von Einzelpersonen können auf regionalplanerischer Ebene daher weder beeinflusst noch beurteilt werden und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Die Teilfortschreibung dient der Flächensicherung für die Windenergienutzung gemäß dem gesetzlichen Planungsauftrag. Dennoch wird in Verbindung mit anderen im Rahmen der 1. Anhörung eingebrachten Belangen die Gebietskulisse zur 2. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 überarbeitet.
lfd. Ident-Nr.: 480 Privat Stn-Id: 224	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 902 Ein Großteil der Ebnater Ortschaftsräte sprechen sich offen gegen den Ausbau der Windkraft bei Niesitz und Ebnat aus – Bürger der Teilorte und Stadtbezirke zählen darauf, dass ein Beschluss ihrer gewählten Vertreter als Teil der politischen Willensbildung ernst genommen wird und entsprechendes Gewicht hat.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Der Teilfortschreibung Windenergie 2025 liegt ein nach den gesetzlichen Vorgaben und dem anerkannten Stand der Wissenschaft und Technik erarbeitetes Planungskonzept zugrunde. Die Planungsverfahren der Regionalplanung sind transparent und demokratisch legitimiert. Teil des Verfahrens ist eine Beteiligung der Öffentlichkeit. Die prozeduralen und inhaltlichen Entscheidungen, von der Einleitung des Verfahrens bis hin zum Satzungsbeschluss des endgültigen Plans, treffen die Verbandsversammlungen. In der kommunal verfassten Regionalplanung in Baden-Württemberg sind die Entscheidungstragenden somit Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus der Region. Die Einwände des Ortschaftsrats Ebnat durch die Beschlussfassung am

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			29. Februar 2024 wurden uns im Rahmen der Anhörung vorgelegt und die Hinweise gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen einbezogen. Die betreffenden Vorranggebiet werden nach Abwägung aller Belange entsprechend angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 480 Privat Stn-Id: 224	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 903 Ausgesprochen fraglich erscheint es zudem, dass, losgelöst vom derzeitigen Regionalplanverfahren, durch die Fa. Zeiss in Zusammenarbeit mit der Fa. Blauwald bereits konkrete Pläne zu Gestaltung des Plangebietes 54 erarbeitet wurden (konkrete Anzahl, genaue Positionen…) Es erweckt den Anschein, dass (Gewinnmaximierungs-?) Absichten der beiden agierenden Firmen weit höher stehen als die Wohn- und Lebensqualität der Menschen, die in der Umgebung der angedachten Windkraftanlagen leben.	Wird nicht gefolgt Im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Teilregionalplans bestehen zahlreiche gesetzlich normierte Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit. Diese richten sich nach den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg (LplG). Die Frist zur Beteiligung der Öffentlichkeit ergibt sich aus § 9 Abs. 2 ROG i.V.m. § 12 Abs. 3 LplG: Sie beträgt i.d.R. einen Monat. Bei der Beteiligung ging der Regionalverband Ostwürttemberg zur Steigerung der Transparenz und zur Ermöglichung zusätzlicher Beteiligung über dieses gesetzlich geforderte Maß hinaus. Über ein eigens dafür eingerichtetes Online-Beteiligungstool war die Abgabe von Hinweisen, Anregungen und Änderungsvorschlägen auch digital möglich. Alle Beteiligungsmöglichkeiten wurden in den regionalen Medien und im Internet angekündigt. Die Verfahrensunterlagen waren während der Öffentlichkeitsbeteiligung zusätzlich auf der Internetseite des Regionalverbandes einsehbar. Zusätzlich zu den gesetzlich vorgesehenen Beteiligungsmöglichkeiten hat der Regionalverband Ostwürttemberg weitere Informations- und Beteiligungsangebote, z. B. ein Informationsangebot auf der Homepage und drei öffentliche Informationsveranstaltungen in der Region (Ellwangen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd) vor Beginn der ersten formellen Anhörung umgesetzt. Alle eingegangenen Anregungen und Hinweise wurden sorgfältig geprüft und abgewogen. Die Projektierung und Anlagenplanung sowie die hierbei notwendige Beteiligung der Öffentlichkeit im nachgelagerten Planungsprozess eines konkreten Vorhabens (Windenergieparkplanung) geht über den Regelungsgehalt der Regionalplanung hinaus.
lfd. Ident-Nr.: 480 Privat Stn-Id: 224	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 904 Bereits jetzt umfasst das Gebiet für raumbedeutende Windenergieanlagen in Aalen rund 360 ha. Diese nahezu bereits komplett genutzten Flächen stellen allein bereits etwa 2,5 % der Aalener Gemeindefläche dar – hier sind die künftigen 42 ha Großflächen-Photovoltaikanlage noch nicht einmal dazugezählt. Die gesetzlich vorgegebenen 2 % Landesfläche für erneuerbare Energien sind also allein durch das Härtsfeld mehr als abgedeckt. Wir Menschen in Niesitz und Ebnat sind der Meinung, dass wir unser Soll mehr als erfüllt haben und plädieren dafür, Windenergie künftig gerecht verteilt in allen Teilen der Stadt und der Region	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		gleichmäßig zu schöpfen. Die Akzeptanz der Bevölkerung ist der maßgebliche Erfolgsfaktor für den Ausbau von Windenergie. Dies setzt eine Ausgewogenheit und gerechte Verteilung der Lasten voraus. Vor diesem Hintergrund sind zunächst andere, bisher von Windenergie nicht tangierte Gebiete von Baden-Württemberg sowie der Region Ostwürttemberg bei der Ausweisung von Vorranggebieten zu berücksichtigen, welche auch wesentlich geeignetere Windpotentialflächen darstellen.	geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten. Aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange werden im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 angepasst und das Vorranggebiet 53 nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 480 Privat Stn-Id: 224	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2201 Wir bitten Sie, unsere Einwände sorgfältig zu prüfen und die genannten Erwägungen in Ihre Entscheidung mit einzubeziehen.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Anregungen werden zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 54 "Ebnat" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 wird angepasst, zwei südliche Teilbereiche werden aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange (inkl. Entlastung der Raumschaft, An- und Abflug des Flugplatzes Aalen-Elchingen,

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Windhöffigkeit) zurückgenommen. Die Vorranggebiete 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" und 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat" werden aufgrund diverser Abwägungsbelange im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weitergeführt. Durch die Anpassungen der Gebietskulisse zum 2. Anhörungsentwurf wird der genannte Bereich um Niesitz und Ebnat entlastet.
lfd. Ident-Nr.: 481 Privat Stn-Id: 228	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 921 bezüglich der Teilfortschreibung Windenergie und hier im Besonderen das Vorranggebiet 45 erhebe ich folgende Einwände:	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 481 Privat Stn-Id: 228	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 922 1. Zerstörung des Naherholungsgebiet der Ortschaften Nordhausen und Geislingen. Die betroffene Fläche ist eine der letzten relativ naturbelassenen Flächen der Gemeinde Unterschneidheim.	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 und 21 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt.
lfd. Ident-Nr.: 481 Privat Stn-Id: 228	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 923 Besonders der Bereich um den Baronen-Weiher muss geschützt werden und würde durch die geplanten Baumaßnahmen sehr negativ beeinflusst. Auf die in diesem Habitat lebende Fauna würde diese Maßnahme eine extreme Belastung bedeuten und wichtige Rückzugsgebiete vernichten.	Der Baronenweiher südöstlich von Tannhausen mit seinen geschützten Bereichen (FFH-Gebiet, geschützte Biotope) wurde bei der Abgrenzung des Vorranggebiets 45 "Unterschneidheim / Tannhausen" berücksichtigt. Zu den vorhandenen Schutzgebieten werden die im Kriterienkatalog festgelegten Umgebungsabstände eingehalten. Schwerpunktvorkommen windkraftsensibler Arten liegen laut Fachbeitrag Artenschutz (LUBW 2022) im Bereich des Baronenweihers nicht vor. Das Vorranggebiet 45 umfasst nur Bereiche südlich des Baronenweihers. Der Weiher selbst, sowie seine Umgebung im Westen, Norden und Osten werden freigehalten. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen sind. Die strategische Umweltprüfung umfasst u.a. Maßnahmen, welche auch bei erst späterem Kenntniserlang des Vorkommens einer geschützten Art zu einer Vermeidung bzw. Minimierung der Beeinträchtigung führen. Die Prüfung möglicher Beeinträchtigung geschützter Arten ist erst in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren) möglich, wenn Anlagenstandorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergienutzung bekannt sind. Die weitere Prüfung und Abwägung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 481 Privat Stn-Id: 228	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 924 2. Das betroffene Gebiet ist nur durch leichte Feldwege erschlossen. Es gibt keine belastbaren Zufahrtswege und auch sonst keine Infrastruktur. Durch die geplanten Maßnahmen müssten deshalb größer Straßen gebaut und mit großem Aufwand eine Anbindung an die überregionalen Stromnetze erfolgen. Durch das Ausmaß dieser Baumaßnahmen würde die Naturidylle unwiederbringlich zerstört.	Wird zur Kenntnis genommen. Das Vorhandensein von Leitungstrassen wurde im Planungskonzept als Eignungsaspekt für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen aufgenommen (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Ein Erschließungskonzept für einen geplanten Windpark wird detailliert im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) ausgearbeitet. Die damit verbundenen Auswirkungen auf Natur und Umwelt im jeweiligen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Vorhabenzulassungsverfahren ermittelt und geprüft. Die Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 481 Privat Stn-Id: 228	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 925 3. Die bisher gefassten Beschlüsse im Ortschaftsrat Nordhausen und im Gemeinderat Unterschneidheim muss wegen Befangenheit eines Teils des Gremiums abgelehnt werden. Zum Teil handelt es sich hier um direkt begünstigte Flächenbesitzer oder Personen die im engen Verwandtschaftsverhältnis zu Flächenbesitzer stehen.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Entscheidungen kommunaler Gremien sowie der Weg dieser Entscheidungsfindungen sind nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene. Seitens des Regionalverbandes werden die im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Teilregionalplans bestehenden zahlreichen gesetzlich normierte Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit (gem. den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg (LplG)) eingehalten.
lfd. Ident-Nr.: 481 Privat Stn-Id: 228	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 926 4. Durch das Ausmaß der geplanten Windräder (Höhe annähernd 300m) und dem geringen Abstand zur Wohnbebauung ist mit großem Einfluss auf die Wohnqualität der anliegenden Ortschaften (Nordhausen und Geislingen) zu rechnen. Die Belastung durch Betriebsgeräusche und Lichtverschmutzung für Alle sind mit dem geplanten Nutzen für wenige nicht zu rechtfertigen.	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG) und dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten und einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umfassung / Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden zwischen Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen und bspw. Wohngebieten Umgebungsabstände eingehalten, um den Menschen vor erheblichen, potenziell schädlichen Einflüssen zu schützen. Im nachfolgenden Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) wird die Einhaltung der Mindestabstände zu Siedlungsbereichen und der immissionsschutzrechtlichen Belange bei Vorliegen konkreter Anlagenstandorte geprüft. Weitergehende Forderungen nach dem Erhalt einer objektiv vorhandenen oder subjektiv wahrgenommenen Wohn- und Lebensqualität gehen über den gesetzlichen Immissionsschutz- und den regionalplanerischen Vorsorgeanspruch hinaus. Die Beurteilung der Lebensqualität wird von verschiedenen Faktoren bestimmt, z.B. dem materiellen Lebensstandard, der Bildung, den Berufschancen, dem sozialen Status, der Gesundheit, der den Wohnort umgebenden Natur. Die Gewichtung dieser Faktoren ist subjektiv und kann sich von Person zu Person stark unterscheiden. Auch die Wohnqualität kann mangels objektiver Maßstäbe nicht allgemeingültig definiert werden. Windenergieanlagen können einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und -unabhängigkeit Deutschlands leisten und damit mittelbar zum Erhalt der Lebensqualität beitragen bzw. Beeinträchtigungen der Lebensqualität vermeiden. Je nach Einstellung des Individuums zum Thema Windenergienutzung kann die Sicherung der Vorranggebiete für Windenergie im räumlichen Umfeld zum eigenen Wohnort daher ebenso positiv wie negativ zur Wohn- und Lebensqualität beitragen. Fragen zur Wohn- und Lebensqualität von Einzelpersonen können auf regionalplanerischer Ebene daher weder beeinflusst noch beurteilt werden und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Die Teilfortschreibung dient der Flächensicherung für die Windenergienutzung gemäß dem gesetzlichen Planungsauftrag. Die Festlegung eines größeren Siedlungsabstandes (>1.000 m) im Plankonzept der genannten Teilfortschreibung und auf regionaler Planungsebene ist gem. § 249 Abs. 9 BauGB nicht möglich. Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Anlagentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage. Windenergieanlagen führen bei klaren Wetterbedingungen durch den bewegten Anlagenrotor zu optischen Immissionen und können dadurch als Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Die Befeuerung von Windenergieanlagen zur Kennzeichnung als Luftfahrthindernis kann vor allem nachts zu störenden Lichtimmissionen führen. Zur Reduktion der Störwirkung ist ab 2025 ist eine bedarfsgerechte bzw. bedarfsgesteuerte Nachtkennzeichnung gesetzlich festgelegt. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 481 Privat Stn-Id: 228	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 927 5. Vor der Errichtung des Windpark im Nonnenholz (ebenfalls Gemarkung Unterschneidheim) wurde vereinbart, dass die dort zur Verfügung gestellte Fläche so groß dimensioniert ist, dass Unterschneidheim damit seinen Beitrag zur Windenergie-Fläche abgeleistet hat. Warum diese Vereinbarung nun nicht mehr gültig sein soll, kann nicht nachvollzogen werden.	Wird zur Kenntnis genommen. Seit der Errichtung des Windparks im Nonnenholz (Inbetriebnahme 2017) haben sich die Rahmenbedingungen durch die Gesetzgebung auf EU-, Bundes- und Landesebene deutlich verändert. Die aktuellen Rechtsgrundlagen sind in der Abwägung zu BE-ID 926 dieser Stellungnahme bereits aufgeführt, diesbezüglich wird auf die Abwägung zu BE-ID 926 dieser Stellungnahme verwiesen. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gilt gemäß § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) zudem für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG.
lfd. Ident-Nr.: 481 Privat Stn-Id: 228	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 928 6. Lt. vorliegenden Unterlagen gehört die Windhöfigkeit im Vorzugsgebiet 45 nicht zu den besten der zur Auswahl stehenden Gebiete. Warum sollte eine Naturzerstörung im großem Maßstab erfolgen, wenn es geeignetere Gebiete gibt?	Wird nicht gefolgt Die Windhöffigkeit in 160m Höhe liegt laut Windatlas Baden-Württemberg (2019) im Vorranggebiet 45 bei mehr als der Hälfte des Gebiets über 215 W/m2, im übrigen Bereich beträgt sie mindestens 190 W/m2. Die vorhandene Windhöffigkeit entspricht den im Kriterienkatalog der Teilfortschreibung Windenergie 2025 festgelegten Eignungskriterien für die Nutzung Windenergie. Die Regionalverbände haben die Aufgabe, die Auswahl der Gebiete für Windenergienutzung als Vorranggebiete gesamtregional zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten und einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept als Ausschluss- und Einzelfallkriterien berücksichtigt (vgl. Kriterienkatalog).
lfd. Ident-Nr.: 481 Privat	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 929 7. In Ostwürttemberg fehlen zur Einhaltung der regionalen	Wird zur Kenntnis genommen. Die Vorgehensweise bei der Ermittlung der Vorranggebiete wird in der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 228		Windenergie-Fläche gerade einmal 0,3% zur Planvorgabe von 1,8% der Regionalfläche. Das Vorzugsgebiet 45 wäre so groß dimensioniert, dass alleine die Gemeinde Unterschneidheim mehr als die Hälfte dieser 0,3% aufbringen würde. Diese ungleiche und ungerechtfertigte Belastung besonders der Ortschaften Nordhausen und Geislingen darf es nicht geben. Auch die Bürger dort haben ein Recht auf eine lebenswerte Umwelt.	Abwägung zu BE-ID 928 bereits dargelegt. Hierfür wird auf die Abwägungen zu den BE-ID 928 dieser Stellungnahme verwiesen. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umfassung / Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten. Das Kriterium "Überlastungsschutz" wurde einschlägig geprüft. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Eine Überlastung von Nordhausen oder Geislingen liegt demnach nicht vor.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 481 Privat Stn-Id: 228	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 930 8. Die Gemeinde Unterschneidheim erzeugt schon heute erneuerbare Energien, die weit über den eigenen Verbrauch hinaus gehen. Die damit verbundenen Belastungen tragen die Bürger heute schon. Eine weiter Verschlechterung der Wohn- und Lebensqualität ist somit abzulehnen.	Wird zur Kenntnis genommen. Wie in den Abwägungen zu den vorangehenden Einwendungen dargelegt ist, haben die Regionalverbände aufgrund der Gesetzgebung des Bundes (§ 3 WindBG) und des Landes (§ 20 KlimaG BW) die Aufgabe auf mind. 1,8 % der Regionsfläche die Nutzung der Windenergie als verbindliches regionales Teilflächenziele festzulegen. Es wird hierfür auf die Abwägungen zu den BE-ID 922, 926 dieser Stellungnahem verwiesen. Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gilt gemäß § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) zudem für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Auch andere Formen zur Erzeugung Erneuerbarer Energien sind mit diesem Flächenziel nicht verrechenbar. In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden zwischen Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen und bspw. Wohngebieten Umgebungsabstände eingehalten, um den Menschen vor erheblichen, potenziell schädlichen Einflüssen zu schützen (s. Kriterienkatalog). Im nachfolgenden Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) wird die Einhaltung der Mindestabstände zu Siedlungsbereichen und der immissionsschutzrechtlichen Belange bei Vorliegen konkreter Anlagenstandorte geprüft. Die Umfassungswirkung (auch: Umzingelung) durch Windenergieanlagen ist für die Regionalplanung ein abwägungsrelevanter Belang, der über die visuelle Wahrnehmung der Anlagen definiert wird. Gemäß dem Vorsorgeprinzip zur Sicherung der Lebensqualität des Menschen, wird der freie Blick in die Landschaft durch Freihaltekorridore gesichert. Das Kriterium "Überlastungsschutz" wurde einschlägig geprüft. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Im Umfeld des Gebiets 45 "Unterschneidheim / Tannhausen" wurden keine Überlastungssituationen festgestellt. Weitergehende Forderungen nach dem Erhalt einer objektiv vorhandenen oder subjektiv wahrgenommenen Wohn- und Lebensqualität gehen über den gesetzlichen Immissionsschutz- und den regionalplanerischen Vorsorgeanspruch hinaus. Die Beurteilung der Lebensqualität wird von verschiedenen Faktoren

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			bestimmt, z.B. dem materiellen Lebensstandard, der Bildung, den Berufschancen, dem sozialen Status, der Gesundheit, der den Wohnort umgebenden Natur. Die Gewichtung dieser Faktoren ist subjektiv und kann sich von Person zu Person stark unterscheiden. Auch die Wohnqualität kann mangels objektiver Maßstäbe nicht allgemeingültig definiert werden. Windenergieanlagen können einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und -unabhängigkeit Deutschlands leisten und damit mittelbar zum Erhalt der Lebensqualität beitragen bzw. Beeinträchtigungen der Lebensqualität vermeiden. Je nach Einstellung des Individuums zum Thema Windenergienutzung kann die Sicherung der Vorranggebiete für Windenergie im räumlichen Umfeld zum eigenen Wohnort daher ebenso positiv wie negativ zur Wohn- und Lebensqualität beitragen. Fragen zur Wohn- und Lebensqualität von Einzelpersonen können auf regionalplanerischer Ebene daher weder beeinflusst noch beurteilt werden und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Die Teilfortschreibung dient der Flächensicherung für die Windenergienutzung gemäß dem gesetzlichen Planungsauftrag.
lfd. Ident-Nr.: 481 Privat Stn-Id: 228	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 931 9. Es gäbe deutlich bessere und schonendere Möglichkeiten um den Anteil der erneuerbaren Energien zu erhöhen. Leider werden diese von Seiten des Netzbetreiber immer wieder abgelehnt, weil angeblich das Netz nicht entsprechend ausgelegt ist. Nun soll aber ein riesiger Windpark erstellt werden. Das widerspricht jeglicher Logik und hat offensichtlich nur den Zweck einer kleinen Gruppe einen großen Profit zu ermöglichen und dafür den restlichen Bürgern die Belastungen zu überlassen.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Gestaltung der Energiewende obliegt insbesondere dem jeweiligen Gesetzgeber auf europäischer, bundesdeutscher und landesweiter Ebene, der den entsprechenden gesetzlichen Rahmen setzt. Die gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Das Land Baden-Württemberg legt beim Ausbau der Erneuerbaren Energien einen besonderen Fokus auf die Wind- und Solarenergie. In § 20 und § 21 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG) werden für die Träger der Regionalplanung daher Flächenziele für die Windenergie sowie für die Freiflächenphotovoltaik vorgegeben. Bei der Festlegung der Flächenziele hat der Gesetzgeber eine Gesamtbetrachtung des Strombedarfes und aller regenerativen Energiequellen vorangestellt und im Lichte der bundesgesetzlichen Vorgaben des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) bewertet. Maßgebliche Zielsetzung der vorliegenden Teilfortschreibung ist die Steuerung und raumordnerische Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen und damit die Umsetzung der Landesflächenziele nach § 20 und § 21 KlimaG. Die Anregung andere Formen zur Erzeugung Erneuerbarer heranzuziehen ist nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung Windenergie 2025. Das Vorhandensein von Leitungstrassen wurde im Planungskonzept als Eignungsaspekt für Vorranggebiete für regionalbedeutsame

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Windenergieanlagen aufgenommen (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Im Gegenzug wurde das Fehlen von Stromnetzen nicht als negativer Aspekt berücksichtigt, da ein Ausbau des Stromnetzes grundsätzlich möglich ist. Ein Erschließungskonzept für einen geplanten Windpark wird detailliert im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) ausgearbeitet. Die Wirtschaftlichkeit eines Ausbaus von Leitungstrassen und Versorgungswegen sowie der Transport und Wartung der Anlagen liegt im Ermessen des Projektierers/Betreibers. Dabei ist die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung stark vom erwarteten Winddargebot und den Renditeerwartungen des Betreibers abhängig. Konkret und abschließend wird das Vorhandensein einer ausreichenden Erschließung im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft.
lfd. Ident-Nr.: 481 Privat Stn-Id: 228	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 932 Ich bitte Sie freundlichst meine Einwendungen bei der weiteren Bearbeitung zu beachten und in die Auswahl der Vorranggebiete einfließen zu lassen.	Wird zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der mehrstufigen Methodik zur Auswahl von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen fand eine Abwägung aller auf regionalplanerischer Ebene erkennbaren schützenswerten Belange gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG statt. Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurde das Gewicht jedes Belangs angemessen berücksichtigt, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde. Im Großteil des Verbandsgebiets Ostwürttemberg war die Windenergienutzung nicht möglich oder andere Belange/schutzbedürftige Interessen hatten in der Abwägung ein höheres Gewicht als die Windenergienutzung. An den Stellen in der Region, an denen nun Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen festgelegt werden sollen, überwiegt das überragende öffentliche Interesse an der Windenergienutzung gegenüber den anderen Belangen. Das Vorranggebiet 45 "Unterschneidheim / Tannhausen" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg mit geringfügigen Anpassungen weitergeführt wird.
lfd. Ident-Nr.: 482 Privat Stn-Id: 226	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 906 hiermit nutzen wir die Möglichkeit der Stellungnahme zum Planungsverfahren der Teilfortschreibung „Windenergie 2025“ in o.g. Plangebieten 53 und 54 (Gebiet südwestlich	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Zu den erwähnten Anregungen werden nachfolgend nähere Erläuterungen gegeben.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		von Ebnat/Niesitz sowie Diepertsbuch)	
lfd. Ident-Nr.: 482 Privat Stn-Id: 226	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 907 Durch die Erstellung/den Neubau zusätzlicher (zu den bereits vielzählig bestehenden) Windkraftanlagen sehen wir eindeutig eine einzige Überbelastung der Region und der dort lebenden Menschen an.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Der Regionalverband erkennt die Belastung des Raumes Ebnat. Das Kriterium "Überlastungsschutz" wurde einschlägig geprüft. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Aufgrund der Feststellung einer Überlastung von Niesitz wurde das Gebiet 53 gestrichen. Auch der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 wurde aufgrund Anregungen und Hinweisen im Rahmen der Anhörung (inkl. Entlastung der Raumschaft) optimiert und zwei südliche Teilbereiche zurückgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 482 Privat Stn-Id: 226	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 908 Der Naherholungsbereich „Härtsfeld“ stellt für viele Erholungssuchende eine nicht mehr wegzudenkende Möglichkeit der regionalen Naherholung dar – Spaziergänger, Radfahrer oder Freizeitsportler nutzen diese intensiv. Auch die Marien-Wallfahrtskapelle „Maria Eich“, welche jedes Jahr von Tausenden Menschen besucht wird sowie das idyllisch gelegene Naturdenkmal „Egelsee“ werden durch die unmittelbare Nähe zusätzlicher Windkraftanlagen negativ beeinflusst. Durch 16 weitere Windräder, welche das gesamte Landschaftsbild optisch weitläufig zerschneiden, wird dieser Naherholungsfaktor eindeutig in seiner Funktion geschmälert.	Wird nicht gefolgt Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen wie z.B. Eiswurf und Geräuschemmissionen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Die Berücksichtigung der Belange des Denkmalschutzes auf Ebene der Regionalplanung entspricht der aktuellen, zuletzt zum 11. Februar 2023 geänderten Rechtslage nach dem Denkmalschutzgesetz BW. Der sogenannte Umgebungsschutz (vgl. § 15 DSchG) ist danach nur für die in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmalen zu berücksichtigen, welche "Maria Eich" nicht dazugehört. Die mögliche Beeinträchtigung weiterer, nicht in höchstem Maße raumbedeutsame Kulturdenkmale wird auf Ebene des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage geprüft.
lfd. Ident-Nr.: 482 Privat Stn-Id: 226	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 909 Westlich sowie südwestlich von Niesitz und Ebnat verläuft der Wildtierkorridor des überregionalen Populationsverbundes für mobile, waldassoziierte, terrestrische Säugetiere, dessen Relevanz mit „internationaler Bedeutung“ eingestuft ist (s. Generalwildwegeplan ((GWP)) Baden-Wür3emberg der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg, FVA). Zudem befinden sich in diesem Bereich 2 wichtige Knotenpunkte dieser Wildtierkorridore. Die Umsetzung des GWP bedarf laut der Versuchs- und Forschungsanstalt „… einer langfristigen Sicherung der für die Tierwelt benötigten Flächen vor weiterer Fragmentierung oder gar Flächenverlust, wozu eine Berücksichtigung des GWP vor allem in der Verkehrsplanung, der Regionalplanung und in nachgeordneten Planungen wie der Eingriffsplanung erforderlich ist.“ Es dürfe unstrittig sein, dass die Erstellung von 16 Windkraftanlagen diesen Wildtierkorridor langfristig und nachhaltig negativ beeinflusst – abgesehen vom Baulärm, der sich über monatelange, wenn nicht gar jahrelange Zeit hinziehen wird, über die gigantisch breit ausgebauten, neuen Waldwege, welche die intuitiv durch die Tiere genutzten Wildwege	Wird nicht gefolgt Die Betroffenheit und der Umgang mit Wildtierkorridoren des Generalwildwegeplans wurde mit den zuständigen Unteren Naturschutzbehörden abgestimmt. Im Ergebnis stellen Wildtierkorridore kein Ausschlusskriterium für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen dar, sondern werden im Rahmen einer Einzelfallprüfung betrachtet. In vielen Bereichen können die benannten Korridore des Generalwildwegeplans bei der konkreten Standortplanung von Windenergieanlagen im nachgelagerten Verfahren berücksichtigt werden. Dafür wird in den Gebietssteckbriefen der betroffenen Vorranggebiete der Hinweis "Wanderkorridor des Generalwildwegeplans (GWP)" eingefügt. In begründeten Einzelfällen werden die Zuschnitte der Vorranggebiete in Bezug auf den Generalwildwegeplan in Verbindung mit weiteren Abwägungsbelangen angepasst.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		kreuzen oder gar zerstören.	
lfd. Ident-Nr.: 482 Privat Stn-Id: 226	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 910 Das Plangebiet ist zudem Lebensraum zahlreicher, geschützter Vogelarten: seien es Milan-, Bussard- oder Falkenarten, die vom Aussterben bedrohte Kornweihe, Kiebitz, Waldrapp und noch viele weitere. Ebenfalls ist der Planbereich Habitat zahlreicher Fledermaus-Arten, die zum Teil ebenfalls unter besonderem Schutz stehen.	Wird nicht gefolgt Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Des Weiteren sind einige naturschutzfachliche Belange im Gebietssteckbrief für den angepassten Gebiet 54 als Hinweis auf Restriktionen und weitere zu prüfende Belange zur Berücksichtigung im nachgelagerten Verfahren aufgeführt.
lfd. Ident-Nr.: 482 Privat Stn-Id: 226	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 911 Ein weiterer, bedenkenswerter Aspekt ist die steigende Lärmbelästigung durch weitere Anlagen.	Wird nicht gefolgt Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Bereits jetzt sind bei entsprechender Windrichtung deutliche Geräuschemissionen sowohl am Tag als auch nachts wahrnehmbar – dies wirkt sich besonders negativ auf die Schlaf- und Lebensqualität der in unmittelbarer Nähe lebenden Menschen aus.	Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Analgentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 482 Privat Stn-Id: 226	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 912 Zudem bestehen im Umfeld von Niesitz und Ebnat bereits weitere Lastkollektive, welche sowohl optisch als auch durch multiple andere Emissionen stark belastend sind: die bestehende 380 kV-Hochspannungsleitung, die Kläranlage Ebnat/Niesitz, die Autobahn A7 mit Anschluss-Stellen, eine Schweinemast-Betrieb in unmittelbarer Nähe, der Betrieb einer Biogas-Anlage, die geplante Groß-Photovoltaik-Anlage mit 42 ha Fläche und nicht	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die aufgeführten Aspekte werden zur Kenntnis genommen. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§ 20 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		zuletzt der Verkehrslandeplatz Aalen-Elchingen mit regelmäßigem Sport-Flugverkehr über Niesitz.	Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Der Regionalverband erkennt die Belastung des Raumes Ebnat. In Verbindung mit anderen im Rahmen der 1. Anhörung eingebrachten Belangen wird die Gebietskulisse zur 2. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 überarbeitet.
lfd. Ident-Nr.: 482 Privat Stn-Id: 226	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 913 Hier stellt sich insbesondere die Frage, ob durch turbulente Nachlauf-Strömungen zusätzlicher und größerer WKA eine Risiko-Zunahme für die häufig im Luftraum über Niesitz fliegenden Motor- und Segelflugzeuge des Luftsportrings Aalen einhergeht – mit Auswirkung auf die Unfallwahrscheinlichkeit über bewohntem Gebiet.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Zum konkreten Belang der Flugsicherheit wurden im Rahmen der Anhörung die Hinweise der Luftfahrtbehörde sowie des Luftsportrings entsprechend abgewogen. Demzufolge werden der südliche Bereich des geplanten Vorranggebiets 54 "Ebnat" sowie Gebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Zusätzlich wird im Gebietssteckbrief zum angepassten Gebiet 54 folgender Hinweis aufgenommen: "Der südliche Bereich des Gebiets befindet sich im Geradeausan- und -abflugbereich des Verkehrslandeplatzes Aalen-Elchingen. Die Zustimmung zu Windenergieanlagen in diesem Bereich ist eine Einzelfallentscheidung der Luftfahrtbehörde, voraussichtlich ist die Erstellung eines luftfahrtrechtlichen Gutachtens erforderlich. Eine frühzeitige Abstimmung mit der Luftfahrtbehörde wird empfohlen."
lfd. Ident-Nr.: 482 Privat Stn-Id: 226	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 914 Nicht zu vernachlässigen sind die Auswirkungen auf unterirdische Wasserläufe, welche durch die Zefen Fundamente unwiederbringlich zerstört oder zumindest verändert werden können und noch nicht bekannte (Langzeit-) Auswirkungen auf Flora, Fauna	Wird nicht gefolgt Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 legt Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen fest, die der räumlichen Steuerung der Windnutzung im regionalen Maßstab dienen. Die Auswirkungen auf den Wasserhaushalt betreffen nicht die Gebiete insgesamt, sondern den Nahbereich der späteren Anlagenstandorte. Die

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		und das unterirdische Wassersystem im Karstboden haben.	Wirkungen auf den Wasserhaushalt ergeben sich aus der spezifischen Situation an den potenziellen Standorten und werden im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft. Die hydrologische Unbedenklichkeit im Rahmen der Vorhabenzulassungsverfahren sicher zu stellen.
lfd. Ident-Nr.: 482 Privat Stn-Id: 226	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 915 Grundsätzlich ergeben sich Zweifel an der Gesamtbetrachtung des Planungsverfahrens: Trotz nachgewiesener unauffälliger Windhöffigkeit sollen zusätzliche Windkraftanlagen in diesem Bereich erstellt werden ? Bei den durch das Land Baden-Württemberg ermittelten Windpotentialflächen sind die Plangebiete 53 und 54 weder eine „geeignete Fläche“ noch eine „bedingt geeignete Fläche“ (s. Windatlas Baden-Württemberg). Bereich westlich und südlich von Niesitz: zwischen 105-145 W/qm und 145-190 W/qm.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Vorranggebiet 54 "Ebnat" (sowie die umliegenden Gebiete 53 und 69), welches laut Windatlas einer geringeren Windhöffigkeit (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) unterliegt, befindet sich in der unmittelbaren Umgebung zum bestehenden Windpark Königsbronn / Ebnat. Da in diesem Bereich bereits Windenergieanlagen sowie die dazugehörige Infrastruktur vorhanden sind, wurde das Gebiet nicht pauschal für die Nutzung der Windenergie ausgeschlossen, sondern als Potenzialgebiet in die Gebietskulisse der ersten Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufgenommen. Dem Regionalverband wurde für das Gebiet 54 "Ebnat" ein rechnerischer Nachweis vorgelegt, welcher eine höhere Windhöffigkeit belegt, als im Windatlas dargestellt ist. Dieser Nachweis ist als plausibel zu bewerten (positive Umsetzungsprognose), weshalb die benannte Fläche als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen weiterverfolgt werden kann. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen). Hinweis: Aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange inkl. Windhöffigkeit werden im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 angepasst und das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 482 Privat Stn-Id: 226	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 916 Zusammenfassend ist das zur Erweiterung diskutierte Gebiet daher vom Regional-Verband Ostwürttemberg wenig überraschend bereits als sehr konfliktbehaftet eingestuft, was unsere kritische Haltung argumentativ untermauert.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Erzeugung erneuerbarer Energien für einen Teil des Gebiets 54 der Vorrang eingeräumt. Das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" wird nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 482 Privat Stn-Id: 226	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 917 Als unmittelbar betroffene Bürger haben wir aus den gemachten, tatsächlichen Erfahrungen mit den bestehenden Windrädern eine hochkritische Haltung gegenüber einer weiteren Zunahme von Belastungen, die durch die Erweiterung des Windparks mit vermutlich noch erheblich höher aufragenden Anlagen entstehen würden. Diese Haltung wurde auch gegenüber den lokalen Bürgervertretern ausgesprochen und dies wird auch weiterhin mit Nachdruck in Form einer gegründeten Bürgerinitiative geschehen.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Anregungen werden zur Kenntnis genommen. In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden zwischen Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen und bspw. Wohngebieten Umgebungsabstände eingehalten, um den Menschen vor erheblichen, potenziell schädlichen Einflüssen zu schützen. Im nachfolgenden Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) wird die Einhaltung der Mindestabstände zu Siedlungsbereichen und der immissionsschutzrechtlichen Belange bei Vorliegen konkreter Anlagenstandorte geprüft. Weitergehende Forderungen nach dem Erhalt einer objektiv vorhandenen oder subjektiv wahrgenommenen Wohn- und Lebensqualität gehen über den gesetzlichen Immissionsschutz- und den regionalplanerischen Vorsorgeanspruch hinaus. Die Beurteilung der Lebensqualität wird von verschiedenen Faktoren bestimmt, z.B. dem materiellen Lebensstandard, der Bildung, den Berufschancen, dem sozialen Status, der Gesundheit, der den Wohnort umgebenden Natur. Die Gewichtung dieser Faktoren ist subjektiv und kann sich von Person zu Person stark unterscheiden. Auch die Wohnqualität kann mangels objektiver Maßstäbe nicht allgemeingültig definiert werden. Windenergieanlagen können einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und - unabhängigkeit Deutschlands leisten und damit mittelbar zum Erhalt der Lebensqualität beitragen bzw. Beeinträchtigungen der Lebensqualität vermeiden. Je nach Einstellung des Individuums zum Thema Windenergienutzung kann die Sicherung der Vorranggebiete für Windenergie im räumlichen Umfeld zum eigenen Wohnort daher ebenso positiv wie negativ zur Wohn- und Lebensqualität beitragen. Fragen zur Wohn- und Lebensqualität von Einzelpersonen können auf regionalplanerischer Ebene daher weder beeinflusst noch beurteilt werden und sind daher nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Die Teilfortschreibung dient der Flächensicherung für die Windenergienutzung gemäß dem gesetzlichen Planungsauftrag. Dennoch wird in Verbindung mit anderen im Rahmen der 1. Anhörung eingebrachten Belangen die Gebietskulisse zur 2. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 überarbeitet.
lfd. Ident-Nr.: 482 Privat Stn-Id: 226	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2237 Ein Großteil der Ebnater Ortschaftsräte sprechen sich offen gegen den Ausbau der Windkraft bei Niesitz und Ebnat aus – Bürger der Teilorte und Stadtbezirke zählen darauf, dass ein Beschluss ihrer gewählten Vertreter als Teil der politischen Willensbildung ernst genommen wird und entsprechendes Gewicht hat.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Der Teilfortschreibung Windenergie 2025 liegt ein nach den gesetzlichen Vorgaben und dem anerkannten Stand der Wissenschaft und Technik erarbeitetes Planungskonzept zugrunde. Die Planungsverfahren der Regionalplanung sind transparent und demokratisch legitimiert. Teil des Verfahrens ist eine Beteiligung der Öffentlichkeit. Die prozeduralen und inhaltlichen Entscheidungen, von der Einleitung des Verfahrens bis hin zum Satzungsbeschluss des endgültigen Plans, treffen die Verbandsversammlungen. In der kommunal verfassten Regionalplanung in Baden-Württemberg sind die Entscheidungstragenden somit Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus der Region. Die Einwände des Ortschaftsrats Ebnat durch die Beschlussfassung am 29. Februar 2024 wurden uns im Rahmen der Anhörung vorgelegt und die Hinweise gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen einbezogen. Die betreffenden Vorranggebiet werden nach Abwägung aller Belange entsprechend angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 482 Privat Stn-Id: 226	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2241 Ausgesprochen fraglich erscheint es zudem, dass, losgelöst vom derzeitigen Regionalplanverfahren, durch die Fa. Zeiss in Zusammenarbeit mit der Fa. Blauwald bereits konkrete Pläne zu Gestaltung des Plangebietes 54 erarbeitet wurden (konkrete Anzahl, genaue Positionen…) Es erweckt den Anschein, dass (Gewinnmaximierungs-?) Absichten der beiden agierenden Firmen weit höher stehen als die Wohn- und Lebensqualität der Menschen, die in der Umgebung der angedachten Windkraftanlagen leben.	Wird nicht gefolgt Im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Teilregionalplans bestehen zahlreiche gesetzlich normierte Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit. Diese richten sich nach den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg (LplG). Die Frist zur Beteiligung der Öffentlichkeit ergibt sich aus § 9 Abs. 2 ROG i.V.m. § 12 Abs. 3 LplG: Sie beträgt i.d.R. einen Monat. Bei der Beteiligung ging der Regionalverband Ostwürttemberg zur Steigerung der Transparenz und zur Ermöglichung zusätzlicher Beteiligung über dieses gesetzlich geforderte Maß hinaus. Über ein eigens dafür eingerichtetes Online-Beteiligungstool war die Abgabe von Hinweisen, Anregungen und Änderungsvorschlägen auch digital möglich. Alle Beteiligungsmöglichkeiten wurden in den regionalen Medien und im Internet angekündigt. Die Verfahrensunterlagen waren während der Öffentlichkeitsbeteiligung zusätzlich auf der Internetseite des Regionalverbandes einsehbar. Zusätzlich zu den gesetzlich vorgesehenen Beteiligungsmöglichkeiten hat der Regionalverband Ostwürttemberg weitere Informations- und Beteiligungsangebote, z. B. ein Informationsangebot auf der Homepage und drei öffentliche Informationsveranstaltungen in der Region (Ellwangen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd) vor Beginn der ersten formellen Anhörung umgesetzt. Alle eingegangenen Anregungen und Hinweise wurden sorgfältig geprüft und abgewogen. Die Projektierung und Anlagenplanung sowie die hierbei notwendige Beteiligung der Öffentlichkeit im nachgelagerten Planungsprozess eines konkreten Vorhabens (Windenergieparkplanung) geht über den

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Regelungsgehalt der Regionalplanung hinaus.
lfd. Ident-Nr.: 482 Privat Stn-Id: 226	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2242 Bereits jetzt umfasst das Gebiet für raumbedeutende Windenergieanlagen in Aalen rund 360 ha. Diese nahezu bereits komple3 genutzten Flächen stellen allein bereits etwa 2,5 % der Aalener Gemeindefläche dar – hier sind die künftigen 42 ha Großflächen-Photovoltaikanlage noch nicht einmal dazugezählt. Die gesetzlich vorgegebenen 2 % Landesfläche für erneuerbare Energien sind also allein durch das Härtsfeld mehr als abgedeckt. Wir Menschen in Niesitz und Ebnat sind der Meinung, dass wir unser Soll mehr als erfüllt haben und plädieren dafür, Windenergie künftig gerecht verteilt in allen Teilen der Stadt und der Region gleichmäßig zu schöpfen. Die Akzeptanz der Bevölkerung ist der maßgebliche Erfolgsfaktor für den Ausbau von Windenergie. Dies setzt eine Ausgewogenheit und gerechte Verteilung der Lasten voraus. Vor diesem Hintergrund sind zunächst andere, bisher von Windenergie nicht tangierte Gebiete von Baden-Württemberg sowie der Region Ostwürttemberg bei der Ausweisung von Vorranggebieten zu berücksichtigen, welche auch wesentlich geeignetere Windpotentialflächen darstellen.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten. Aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange werden im

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 angepasst und das Vorranggebiet 53 nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 482 Privat Stn-Id: 226	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 2243 Wir bitten Sie, unsere Einwände sorgfältig zu prüfen und die genannten Erwägungen in Ihre Entscheidung mit einzubeziehen.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Anregungen werden zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 54 "Ebnat" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Der Gebietszuschnitt des Vorranggebietes 54 wird angepasst; und zwei südliche Teilbereiche aufgrund der Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange (inkl. Entlastung der Raumschaft, An- und Abflug des Flugplatzes Aalen-Elchingen, Windhöffigkeit) zurückgenommen. Die Vorranggebiete 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" und 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat" werden aufgrund diverser Abwägungsbelange im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weitergeführt. Durch die Anpassungen der Gebietskulisse zum 2. Anhörungsentwurf wird der genannte Bereich um Niesitz und Ebnat entlastet.